WOCHEN-BLATT DES NATIONAL-VEREINS: 1867, JAN. - 30. SEPT

Deutscher Nationalverein

Digitized by Google

2° Eph. pol. 16 -1867

Manuscript

Digitized by Google

<36601909340010

<36601909340010

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek MÜNCHEN

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 85. Heidelberg, den 3. Januar. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf den mit dem 1. Jan. 1867 begonnenen neuen Jahrgang des „Wochenblatts des Nationalvereins“ einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen darauf hasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, in neuester Zeit zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei direktem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 kr. oder 10½ Sgr. Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im Dezember 1866.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Der Nationalverein vor und nach dem Kriege. — Aus Preußen. — Blut und Eisen. — Die weckland. Parteien in der Parlamentswahl. — Aufnahme der Hansestädte in den Zollverein. — Die preußische Zeitungssteuer. — Zeitungsschau.

Wegen Unwohlseins des Herausgebers muß der Wochenbericht dies Mal ausfallen.

Der Nationalverein vor und nach dem Kriege.

I.

N „Nur um's Himmelswillen keine Compromisse mehr“, hieß es unlängst in einer Zuschrift des Localcomité in Konstantinopel an den Vereinsvorstand, „denn sie vor Allem sind es gewesen, wodurch der Nationalverein zuerst innerlich erschüttert und dann nach außen lahmgelegt wurde.“ Wie der Zusammenhang ergibt und wie sich übrigens von selbst versteht, sind es die Zugeständnisse an die Stimmungen und Anschauungen des Südens und der süddeutschen Demokratie, welche hier von unseren Freunden beklagt werden. Nach anderen Seiten hin haben Compromisse bekanntlich nicht stattgefunden; namentlich ist der Verein, wie oft ihm auch von seinen radikalen Gegnern dies nachgeredet wurde, niemals in den Fall gekommen, dem Standpunkt der preußischen Regierung „Rechnung zu tragen.“ Daß er zu solchen Compromissen keinen Anlaß fand, war nicht sowohl sein Verdienst, als sein — Unglück.

Nicht bloß „hinten weit in der Türkei“, auch im Vaterlande wurde und wird vielfach der obige Vorwurf erhoben. Besonders sei es die Generalversammlung von 1864 gewesen, wo das deutsche Programm des Vereins bis zur Unkenntlichkeit entstellt, Eisenach, die Geburtsstätte der Nationalpartei, der Ort, wo ihr der Todesstoß gegeben worden.

Im Munde Derer, welche dergleichen Anklagen unseres Wissens zuerst laut werden ließen, der Altliberalen, sind sie vollkommen, wo nicht begründet, so doch folgerichtig. Die Altliberalen für ihren Theil haben niemals daran gedacht, Volkspolitik zu treiben, den politischen Geist und Willen der Nation zu einer Macht zu entwickeln, vielmehr stets nur durch Anlehnung an die organisirten Regierungsgewalten zu wirken sich beschieden. Sie sind somit auch nie in der Lage gewesen, Compromisse mit anderen oppositionellen Parteien nöthig zu finden, wenigstens nicht außerhalb ihrer Kammerthätigkeit. Sie ließen und lassen es sich wohl gefallen, wenn die öffentliche Meinung so viel Kraft gewinnt, um die Regierung zu den auch von ihnen gewünschten Zugeständnissen zu nöthigen, aber zu solcher Kraftesbildung durch die Mittel der volksthümlichen Agitation selbst Etwas beizutragen, freilet gegen ihre Natur und Gewöhnung. Ein Anlauf dazu, welchen in der ersten Zeit des Nationalvereins, durch Anschluß an denselben, Einige von ihnen genommen, geräth denn auch bald genug wieder in's Stocken.

Nicht, als ob die Gründer des Nationalvereins umgekehrt in dem Wahne gestanden hätten, daß die Ziele der Bewegung ausschließlich durch die Kraft und Initiative der Nation, und ohne die Bundesgenossenschaft der Regierung Preußens erreicht werden konnten. Aber um das Bündniß mit der Nation zu schließen, mußte man in Berlin doch erst von dem Werthe desselben sich überzeugen, mußte erfahren, daß das deutsche Volk zu einem Factor geworden, mit dem man rechnen könne, zu rechnen müsse, eine Macht, deren Freundschaft Gewinn, deren Groll Gefahr zu bringen im Stande war. Daß die preußische Staatsgewalt eines Tages sich für stark genug halten würde, um Preußens deutsche Aufgabe, oder doch ein ansehnliches Stück derselben, allein aus eigener Kraft zu lösen, dies zu erwarten, konnte Niemanden im Traum einfallen. Angesichts des durchgängigen, unter jedem Ministerium gleichgebliebenen, von dem Gefühl der relativen Schwäche, gegenüber Oesterreich und den anderen Großmächten, ganz und gar beherrschten, unschlüssigen, zaghaften, leisetreterischen Charakters der preußischen Politik seit 1815.

Nun wohl, um die Nation in Respekt zu setzen, war vor Allem Eines nöthig. Man sagte sich mit Recht, daß die klägliche Ohnmacht des deutschen Volkswillens während der Jahre 1849—59 in erster Linie dem Mangel an Einmüthigkeit dieses Willens, dem selbstmörderischen Hader im eigenen Lager zuzuschreiben sei. Die „Constitutionellen“ und „Demokraten“ hatten einander mit grimmigem Eifer zerfleischt,

Digitized by Google

und die Reaction sodann mit Leichtigkeit beide einzelne überwältigt. Es galt nun, über die Kluft der bisherigen Gegensätze hinüber eine Brücke zu schlagen, die liberal und national gesinnten Elemente in der Nation zu einer möglichst großen und dichten Masse zusammenzufassen, Alles in den beiden alten Parteien, was lebens- und entwicklungsfähig war, zu einer neuen, umfassenderen Partei zu verschmelzen. In diesem Sinne wurde der Nationalverein gestiftet.

Mit der bloßen Masse und ihrer äußerlichen Zusammenbringung und Disciplinirung war es nun freilich nicht gethan, man mußte auch ein innerliches Band, ein leitendes Princip, einen bestimmten klaren Gedanken haben, welcher dem Körper der neuen Partei Seele und Leben gab. Die Unklarheit über Wege und Ziel war ja eine andere Hauptklippe gewesen, woran der Versuch von 1848 scheiterte. Nun hätte die Mehrzahl der Väter des Nationalvereins für ihre Person ohne Zweifel gewünscht, daß das Hauptziel der Bewegung, die Einheit, gleich Anfangs ganz bestimmt in der einzig möglichen Form, als preußische Führung, gefaßt würde. Aber damit wäre wieder jener anderen Lebensbedingung, dem körperlichen Wachsthum der neuen Partei, Eintrag geschehen, ja vielleicht — man erinnere sich an die Verhandlungen in Frankfurt vom September 1859 — ihre Geburt von vornherein unmöglich gemacht worden. Wenigstens die Geburt einer in Wahrheit nationalen d. h. einer Partei, an welcher die ganze Nation, also auch der Süden, Antheil hatte. Würde man im Jahr 1859, wie später Bismarck, sich auf die Maximine beschränkt haben, dann freilich hätte der Nationalverein eine ganz andere Entwicklung genommen; aber diese Idee, falls sie überhaupt auftauchte, wäre allgemein mit Abscheu zurückgewiesen worden, und wie uns scheint, trotz Alledem und Alledem, mit vollem Recht.

Man resignirte sich also, zunächst ganz allgemein die „Einheit und die freiheitliche Entwicklung“ als Ziel der Bewegung aufzustellen. Die Arbeit eines Jahres genügte indeß, um die preußische Obergewalt, gegen den vereinzelten Widerspruch eines Häufchens Frankfurter, zum Vereinsprogramm zu erheben. Der Nationalverein wuchs nun zusehends, selbst in Schwaben begann die dicke Kruste des Vorurtheils und der Abneigung gegen alles Nichtschwäbische im Allgemeinen und alles Preußische insbesondere, zu schmelzen — als der innere Conflict in Preußen ausbrach und den weiteren Aufschwung hemmte, ja bald genug in Rückgang verwandelte.

Es ist nichts leichter, als vom Standpunkt der jetzigen Erfahrung zu sagen: der Verein hätte sich durch den Charaktr des Berliner Regiments nicht irre machen, an dem Programm der preußischen Spitze unbeirrt und unverrückt festhalten, und die damit Unzufriedenen einfach ihre Wege gehen lassen sollen. Hätte er das gethan, so würde er vor Allem den Süden sofort wieder verloren haben — und die Gewinnung des Südens, d. h. nicht bloß einiger zerstreuter Einzelner, sondern die Bildung einer zusammenhängenden politisch aktionsfähigen Partei in Süddeutschland, war ja einer seiner allerersten Lebenszwecke — überhaupt aber zu einer Colonie von Leuten zusammengeschmolzen sein, die zwar ein sehr klares Programm, aber nicht den mindesten Einfluß auf die Volkspolitik hatten. Wollte er dies nicht, dann mußte der Verein, seinem Statut getreu, neben dem Einheitsgedanken auch die Forderung der Freiheit ihre Stelle behaupten lassen, und konnte somit nicht die preußische Führung um jeden Preis als Banner aufpflanzen. Dies vorausgesetzt, konnte aber seine Haltung und Entwicklung im Ganzen und Großen keine viel andere sein, als die, welche sie gewesen. Wir wollen nicht jede einzelne Wendung vertreten; vielleicht war die Besorgniß, den Süden abzustoßen, wenn man in Eisenach strammer am preußisch-deutschen Programm hielte, eine übertriebene, oder besser, vielleicht hätte man wissen können, daß im Süden damals doch nicht viel mehr zu halten sei*). Im Wesentlichen war die Geschichte des Nationalvereins vor dem Kriege die ganz naturgemäße Entwicklung seiner ersten Anlage, und diese Anlage wieder konnte keine andere sein, wenn man deutsche Volkspolitik machen wollte. Man konnte Volkspolitik nicht machen, ohne das deutsche Volk, ohne Uebereinstimmung mit dem Geist und Sinn desselben; ein reiner Theoretiker mochte sich mit diesem Geist und Sinn in Widerspruch setzen; das schadete ihm Nichts, seine Schlüsse wurden dadurch um nichts weniger bewolfräftig, und er konnte ihren siegreichen Einzug in die Köpfe von der blauen Zukunft erwarten. Nicht so eine politische Partei, welche in der Gegenwart wirken und schaffen wollte.

Damit soll keineswegs angedeutet werden, als hätten etwa die leitenden Männer des Vereins, indem sie dem Drange nach Freiheit auch auf dem Gebiete der Einheitsfrage seinen Platz einräumten, lediglich Accommodationspolitik getrieben. Nein, sie theilten die allgemeine Ueberzeugung, daß nur ein liberales Preußen seinen deutschen Beruf erfüllen könne, vollständig*). Ob sie hierin ebenso vollständig geirrt, muß die Zukunft lehren — die Frage ist noch nicht spruchreif. Aber daß jener, dem liberalen vom nationalen Menschen eingeräumte Platz ein so breiter und bevorzugter wurde, dazu trug ohne Zweifel die Rücksicht auf die süddeutschen und demokratischen Stimmungen das Meiste bei. Am wenigsten wohl war dies der Fall in der schleswig-holsteinischen Frage, wo wir durch eine Art unentflechtbaren geschichtlichen Verhängnisses dazu geführt wurden, die liberale Forderung, hier die des Selbstbestimmungsrechts, unverhältnißmäßig stark zu betonen. Das Volk der Mittel- und Kleinstaaten zahlte in dieser Sache dem preußischen seinen inneren Conflikt heim — setzte bu bei die zu Hause die Freiheit über die großen Staatsfragen, so thun wir das Nämliche bei den Ländern im Norden, auch wenn es dir da unbequem sein sollte. Versteht sich, es geschah dies unbewußt, rein instinktmäßig, aus dem innersten Geist und Gemüth der bisherigen deutschen Volkspolitik heraus.

Ob nun aber in diesem politischen Bewußtsein des deutschen Volkes, d. h. des liberalen und nationalen Bürgerthums — mit den übrigen Klassen war ohnehin wenig oder Nichts zu machen — nicht gewisse Grundirrthümer vorhanden waren, ob namentlich das gleichzeitige Verlangen nach Einheit und möglichst viel Freiheit nicht einen inneren Widerspruch barg, der in der Geschichte der letzten Jahre zur thatsächlichen Entfaltung gekommen ist: das ist eine andere Frage, die wir fürerst unerörtert lassen wollen. Keine Frage aber ist, daß der Nationalverein als solcher nicht verantwortlich gemacht werden kann, für die etwaige politische Unreife der Nation und ihres geschichtlichen Lebens überhaupt. Ebenso gut könnte man ihm einen Vorwurf daraus machen der ihm denn auch in der That nicht erspart worden ist), daß er, selbst in der Zeit seiner höchsten Blüthe, nicht über 25,000 Mitglieder, statt deren mindestens ein paar mal Hunderttausend, sein genannt hat. Hätte er sie gehabt, und mit ihnen eine zehnmal verstärkte Druck- und Wirkungskraft, alsdann wäre vielleicht Alles ganz anders gegangen. Aber um eine solche Menge zusammenzubringen, hätte das politische Leben in Deutschland überhaupt viel weiter sein müssen, und dann wäre der Nationalverein am Ende — gar nicht nöthig gewesen.

Ist er heute noch nöthig, heute, wo der Krieg uns ein so gutes Stück Weges vorwärts geschoben hat und die Geschichte wie von selbst ihrem Endziel zuzurollen scheint?

*) Gestehen wir es ganz offen, der fragliche Eisenacher Beschluß war eine Inconsequenz, die kaum eine Erklärung, geschweige denn eine Entschuldigung zuläßt. D. H.

*) Wir wissen wohl, daß auch diese Ueberzeugung auf eine Anderquemung hinausläuft, denn sie gründet sich auf den Gedanken, daß das deutsche Volk, um so große Anstrengungen zu machen und so schwere Opfer zu bringen, wie sie die Herstellung Deutschlands in Aussicht stellte, des Sporns der Freiheit nicht entrathen könne. Indeß schadet diese Gedanken doch wohl Jeder aus der eigenen Brust. Gleichwohl hat es schon vor dem Kriege Viele gegeben und gibt es ihrer heute noch mehr, welchen die Einheit auch um den Preis einer zehnjährigen Diktatur nicht zu theuer erkauft scheint, ohne daß man ein Recht hat, dieselben des Mangels an Freiheitsliebe zu bezüchtigen. Sie haben vielleicht nur mehr Staatssinn, als die Anderen. D. B.

Digitized by Google

Manche verneinen diese Frage, und sie haben unserer Ansicht nach vollkommen Recht, sofern es sich um die alten Aufgaben und die alte Methode des Nationalvereins handelt; vollkommen Unrecht aber, wenn sie glauben, es gebe für eine wohlorganisirte deutsche Nationalpartei überhaupt nichts mehr zu thun. Im Gegentheil, zu thun gibt es eigentlich erst jetzt Etwas, nachdem wir aus dem grauen Nebelmeer der Theorie auf dem festen Erdreich der Praxis angekommen sind. Aber freilich, unsere Stellung und Aufgabe ist eine darchaus andere geworden, und demgemäß wird auch unser ganzes Verfahren ein durchaus anderes werden müssen, wenn unser Dasein jetzt noch Berechtigung und Nutzen haben soll.

Preußische Landtagsbriefe.

VII.

Berlin, 29. Dezember. Ich muß noch einmal auf die Debatte über die Einverleibung Schleswig-Holsteins zurückkommen, weil in den Reden der Abgg. Groote und Twesten der Unterschied zwischen der nebelhaften Zukunftspolitik der Idealisten und der praktischen Auffassung der Verstandespolitiker so hell hervortritt. Bei den Ausführungen jener, welche verlangen, daß die Welt absolut so laufen soll, wie sie sich ihren Lauf vorgestellt haben, weiß man in der That oft nicht, wo die Idee aufhört und wo die Marotte anfängt. Die revolutionäre Idee, daß die öffentliche Wohlfahrt das höchste Gesetz sei, ist ihnen bei ihrem Radikalismus sehr geläufig, wenn die Revolution von den Völkern gegen die Fürsten gemacht wird. Kommt aber die Revolution von oben, so soll sie sich pedantisch vor dem „wohlbegründeten" Recht Einzelner beugen. „Wer noch ein Herz für das große deutsche Vaterland hat", sagt Hr. Groote, der sich für einen Mustermann dieser Idealpolitik hält, „der darf im Geiste dieses theuern Vaterlandes Einverleibungen gegen den Willen des Volkes alsdann zulässig finden, wenn der einverleibende Staat sein Sonderwesen ganz aufgibt, um in Deutschland aufzugehen. Preußen hat diese Garantie nicht dar; also konnte auch im Augenblick an den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes nicht gegangen werden. Nun fanden sich aber trotzdem (rein zufällig?!) eine Menge von Kleinstaaten ihrer Sonderherrschaften beraubt. Die Wiedereinsetzung dieser Fürsten oder ihre Ersetzung durch andere konnte der Mehrheit (der Zukunftspolitiker natürlich!) nicht erwünscht sein; also mußte Preußen diese Kleinstaaten als Reichsländer aufbewahren, um sie seiner Zeit in das große deutsche Staatswesen einzufügen."

„Deutschland ist das einzige Land der Welt, wo man glaubt, ein guter Patriot sein und doch auf Schwächung des eigenen Staates hinarbeiten zu können, antwortete Twesten. Anderen Nationen fällt das nicht einmal im Traum ein; aber bei uns decken sich oben Staat und Nation nicht und darum ist der Staatssinn traurig geschwächt. Die Zukunftspolitiker vergessen, daß auch Rom nicht an einem Tage gebaut ist. Einem künftigen idealen Deutschland wollen sie Alles opfern; so lange es aber nicht fertig dasteht — Nichts! Solange ist ihre Devise: Nur nicht anfangen! Und in dieses neue Lied stimmen denn auch die stärksten Particularisten überall mit großem Eifer und starker Stimme mit ein. Denn das ist der bequemste Weg, um nie zu etwas zu kommen. Es ist meistens nur ein Vorwand, sich jeder Leistung zu entziehen, die man an sich als eine berechtigte und nothwendige nicht zu läugnen wagt. Wir haben das Ganze im Auge zu halten, und wir ist der preußische Staat (nach der erwiesenen Lebensunfähigkeit der anderen) nicht mehr ein deutscher Staat, sondern der deutsche Staat. Die Erwerbstitel Preußens entsprechen weder dem Staatsrecht, noch dem Völkerrecht; das Gutachten des Kronsyndikats macht der preußischen Jurisprudenz ungefähr ebenso viel Ehre, wie der Beschluß des Obertribunals gegen die parlamentarische Redefreiheit. Aber Preußen hat für sich das ewige Recht der Zukunft des deutschen Volkes, das einzige Recht, auf welches wir uns stützen können. Die Schleswig-Holsteiner finden in der Annexion ohne ihre Zustimmung eine Verletzung wohlbegründeter Rechte, irrthümliche Auffassung der nationalen Aufgabe Preußens, Widerspruch an Stelle des Gesetzes, Umsturzpolitik, welche die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft in Frage stellt. In derselben Weise eiferte man zu Anfang dieses Jahrthunderts gegen die Fürsten-Revolution, die aus 300 Territorivrien 40 Staaten schuf, was Niebuhr ein Unrecht, aber eine Nothwendigkeit nannte; in derselben Weise verwahrten sich die italienischen Fürsten gegen die Einheit Italiens. In den Motiven über die Einverleibung Hannovers ꝛc. sagt die Staatsregierung: „Die Regierungen haben durch ihre beharrliche Ablehnung der von Preußen vorgeschlagenen Reformen bewiesen, daß auf ihre Mitwirkung zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse und berechtigten Wünsche des deutschen Volkes nicht zu rechnen ist; sie haben damit ihren Fortbestand unmöglich gemacht." Das ist der Grundsatz, mit dem revolutionäre Gewalten das bestehende Recht beseitigen, um neue Thatsachen als Grundlagen eines neuen Rechts an die Stelle zu setzen; denn geschichtliche Umwälzungen erfolgen nun einmal nicht in den Wegen des Rechts."

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Twesten aus, wie alle Parteien durch die Thatsachen dieses Jahres genöthigt worden seien, Manches als unhaltbar zu erkennen, was sie früher geglaubt und gehofft haben: die Konservativen die Personal-Union mit Dänemark, die Nationalen das selbstständige Schleswig-Holstein unter dem Augustenburger u. s. w., aber es ist nicht die Aufgabe eines politischen Mannes, aber einer politischen Versammlung, festzuhalten an einem früheren Standpunkte, wenn der Ort, auf dem man stand, nicht mehr vorhanden ist. Er nahm den Augustenburger in Schutz gegen den Vorwurf eines zweideutigen Verhaltens bei seinen Verhandlungen mit Bismarck, bedauerte die Klausel in dem Friedenstraktat in Bezug auf Nordschleswig, die nun freilich ausgeführt werden müsse, tadelte die Berufung des unpopulären Hrn. v. Scheel-Plessen, der so lange zu Dänemark gehalten habe, die Verwendung dänenfreundlicher Beamten und die Verfolgung preußenfeindlicher Zeitungen, namentlich aber die Verspottung und Verhöhnung dessen, was man in den Herzogthümern für Recht halte, wodurch die Offiziösen eine immer steigende Erbitterung in den Herzogthümern hervorgerufen und deren Assimilation gewaltig erschwert hätten.

Hierauf erhob sich Bismarck zu der Rede, welche durch die offenherzige Darlegung der auswärtigen Verhältnisse so großes Aufsehen in Europa erregt hat. Nachdem er mit merklicher Gereiztheit nochmals die in den Verhandlungen überall hervorgetretene Hinterhaltigkeit des Augustenburgers behauptet und sich dafür auf vorhandene Briefe und auf die kurz vor dem Gasteiner Vertrag versuchte Vermittelung des Frhrn. v. d. Pfordten berufen hatte, im Vorbeigehen noch eine Lanze brechend für seinen abwesenden Freund Scheel-Plessen, „ein so treuer Diener Sr. Majestät, wie irgend ein anderer", ging er zu der Klausel in Bezug auf Nordschleswig über. Schon in der Kommission, die den Vertrag mit Oldenburg und die diesem zu zahlende Entschädigung vorberieth, hatte er offen erklärt, dieser Schritt sei „ein Stein in einem politischen System, den man nicht herausnehmen könne, ohne daß andere nachstelen". Die russische Cession hätte einmal einen unbequemen Rechtsvorwand abgeben können; also habe er sie aus der Welt schaffen müssen, indem er Rußland beschwichtigte durch Auszahlung eines Spielhonorars an den Oldenburger, der so bereitwillig die Prätendentenrolle übernahm, als es Bismarck bequem war. Billiger war das Geschäft nicht zu machen, trotz alles Markttens! Gegen den Vorwurf, daß er mit diesem Vertrage bedenklich von der nationalen Politik in die dynastische zurückfalle, entgegnete er leichthin: „Mit seinen Nachbarn muß man sich gut stellen; man braucht bald den einen, bald den andern." Aehnliche Erwägungen führten zu der nordschleswig'schen Klausel. Das historisch-diplomatische Exposé über

Digitized by Google

die Verhältnisse der europäischen Staaten zu einander, welches Bismarck bei dieser Gelegenheit zum Besten gab, schien mit nicht den Charakter einer Improvisation zu tragen. Vielleicht ist die Offenherzigkeit auch ein „Stein des Systems", und diese Vermuthung wird gewiß nicht geschwächt durch das Lob, welches er der unerschütterlichen Vertragstreue Italiens, der napoleonischen Versuchung gegenüber, zollte, und durch den Werth, den er auf das fernere Bündniß mit Italien legte, dessen der König von Italien in seiner Thronrede, freilich darin der preußischen folgend, gar nicht erwähnt. Diese Rede Bismarck's ist der öffentliche Abschluß jener Entwickelung, welche er nach den, gewiß nicht absichtslos grade jetzt veröffentlichten, vertraulichen Briefen aus der Zeit seiner diplomatischen Lehrjahre in Frankfurt und Petersburg durchgemacht hat. Der Abgeordnete Bismarck von 1849 eiferte gegen die schleswig-holsteinischen „Rebellen" aus Legitimitätsgründen, warnte Preußen vor der revolutionären Rolle Piemonts, hieß die Schmach von Olmütz gut, und verwarf den Dreikönigsbund zu Gunsten der österr. Allianz. Der Diplomat Bismarck kommt nun nach und nach, unter steten Beschwerden über schlechte Behandlung Seitens der feudalen Partei, „mit der er aus einem Topf gegessen", und unter bitteren Ausfällen gegen den „Unverstand des liberalen Federviehs, das in ihm das Beste an ihrer eigenen Sache angreife, ohne es zu merken", dahin, wo der Staatsmann jetzt steht: Erkenntniß der Unhaltbarkeit der konservativen Solidarität, Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland als Rache für Olmütz, Bündniß mit Italien, herzliches Einvernehmen mit Frankreich, Aufstören der nationalen Fahne, Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, Zollparlament, ja Errichtung des norddeutschen Bundes!

Diesen Entwicklungsgang will nun der Redner illustriren und motiviren. Die heilige Allianz bis 1848, sagte er, war ein europäisches Defensivsystem gegen Frankreich; es gewährte den Theilnehmern Sicherheit, aber eine abhängige, wenigstens für Preußen. Es fiel durch die aggressive Politik Oesterreichs gegen Preußen seit 1850; den letzten Stoß erhielt es durch das Verhalten Oesterreichs gegen Rußland im orientalischen Kriege. Seit dem Zerfall dieser Allianz galt Preußen im Auslande und zum Theil auch im Inlande für permanent hülfsbedürftig Frankreich gegenüber, und diese Hülfsbedürftigkeit machten Oesterreich und unsere deutschen Bundesgenossen zur Basis einer sehr weit getriebenen Spekulation auf unsere Nachgiebigkeit. Preußen hat bei einem Kriege mit Frankreich nichts zu gewinnen und muß ein freundnachbarliches Verhältniß mit ihm wünschen. Dasselbe erkannte der Kaiser Napoleon in seiner Weisheit als dem Interesse beider Nationen entsprechend, im Widerspruch mit anderen französischen Dynastien; er erkannte, daß zu solchen Beziehungen mit Frankreich nur ein selbständiges Preußen behülflich sei. Vielleicht sehen das nicht alle seine Unterthanen ein; wir haben es nur mit der französischen Regierung zu thun. Eine Einigung von ganz Deutschland unter Oesterreich, ein übermächtiges Reich von 75 Millionen liegt nicht im Interesse Frankreichs, selbst nicht um den Preis für die Rheingränze.*) Es ist für ein Frankreich, welches mit Deutschland im Frieden leben will, ein Vortheil, wenn Oesterreich daran nicht betheiligt ist (was denn bekanntes Briefe Napoleon's widerspricht!), wegen vielfach kollidirender Interessen im Orient, in Italien. Mit einem von Oesterreich getrennten Deutschland hat Frankreich weniger feindliche Berührungspunkte, und es ist ihm im defensiven Kampfe vollständig gewachsen. Nun liegt im Interesse der gegenwärtigen französischen Dynastie wesentlich die Berücksichtigung der Nationalitäten, und demgemäß hat Frankreich die dänische Frage von Anfang an aufgefaßt und vertraulich besprochen. Wir haben die Initiative nicht ergriffen, weil sie uns unbequem war, wir haben die Frage als eine offene behandelt und nur immer erklärt, daß wir unsere militärische Sicherheitslinie durch kein Arrangement kompromittirt lassen würden. Nun kam Frankreich, im Juli d. J., von Oesterreich zum Vermittler unseres Streites berufen und also vollständig legitimirt, in die Lage, seine eigenen Wünsche mit einem ungewöhnlich starken Gewichte zu accentuiren. Daß es dabei die Erfordernisse seiner Politik berücksichtige, kann ihm Niemand verdenken, und es hat sie mit Mäßigung geltend gemacht. Gewiß hat Niemand Preußen zumuthen wollen, zwei große europäische Kriege zu gleicher Zeit zu führen, oder wie ein verwegener Spieler nochmals Alles auf's Spiel zu setzen, indem es seine Beziehungen zu anderen Großmächten kompromittirte, während die Früchte des ersten Krieges noch nicht gesichert waren. — Und so kam also die Klausel wegen Nordschleswigs in den Vertrag — aus Rücksicht auf Frankreich, — dessen „Mäßigung" vielleicht mit der „unerschütterlichen Vertragstreue" Italiens in Wechselbeziehung stand, wenn das auch, trotz aller Offenherzigkeit, nicht ausgesprochen wurde. —

*) Diese Stelle der B.'schen Rede ist, beiläufig gesagt, die schwächste Seite derselben. D. H.

Blut und Eisen.

R Dieses Wort des Herrn v. Bismarck hat in dem Munde vieler Leute einen ähnlichen Klang, wie Mord und Todtschlag, Sengen und Brennen, Hölle und Teufel. Man meint damit die ruchlosesten Gesinnungen anzudeuten, die schwärzesten Thaten zu kennzeichnen, den tiefsten Abscheu auszudrücken. Der Mann von „Blut und Eisen" — damit glaubt man Alles gesagt zu haben, was Herrn v. Bismarck der Verdammniß würdig macht und seine Werke dem Fluche der Menschheit überantwortet.

Wir gehören, wie jeder Leser dieser Blätter weiß, nicht zu den Freunden des preußischen Ministers und man wird uns nicht vorwerfen, daß wir bei Beurtheilung seiner Politik unsre Worte auf die Goldwage zu legen gewohnt sind. In jenes Zetergeschrei über „Blut und Eisen" aber haben wir zu keiner Zeit eingestimmt, weil wir unser ehrliches Urtheil niemals dem innern oder äußern Drange des Augenblicks geopfert. Heute nun finden wir uns sogar veranlaßt, in der sonderbaren Rolle eines Anwalts des Herrn v. Bismarck aufzutreten, weil die gegen dessen Person gerichtete Anklage durch unermüdliche Wiederholung auf eine Begriffsverwirrung hinarbeitet, deren Wirkungen auf die öffentliche Sache zurückfallen würden, mit welcher der Name des Herrn v. Bismarck ein für alle Mal unzertrennlich verknüpft ist.

Die deutsche Einheit, sagte Herr v. Bismarck, wird nicht durch parlamentarische Reden und Beschlüsse hergestellt werden, sondern durch Blut und Eisen. Der damit ausgesprochene Gedanke ist so einleuchtend, so selbstverständlich, so unwiderleglich, daß man bei einer Unbefangenheit kaum begreift, daß irgend ein verständiger Mann eine Einwendung dagegen erheben mag. Die Geschichte aller Staaten ist ein fortlaufendes Zeugniß dafür, daß große Verfassungsveränderungen nur durch die Mittel der Gewalt bewirkt werden können. Hat doch selbst, um auf ein Beispiel hinzuweisen, das noch in frischer Erinnerung ist, hat doch sogar die schweizerische Bundesreform der Vierziger Jahre, dieses leichteste Stück politischer Arbeit der jüngsten Art, das man sich denken kann, zu seiner Durchführung des Sonderbundekrieges bedurft, also des Blutes und des Eisens. Ein schwierigeres Unternehmen, das unter unsern Augen vorgegangen und im Augenblicke noch nicht vollendet ist, die italienische Einigung, hat Blut in Strömen und Berge von Eisen gekostet, und wird beides in Zukunft wahrscheinlich noch mehr kosten, ohne daß der Preis von den Betheiligten selbst zu hoch befunden würde. Deutschland nun vollends, mit seinen beiden Großmächten und seinen militärtüchtigen Mittelstaaten, wie hätte es jemals aus der Unbeweglichkeit, in welcher es die Bundesverfassung gebannt hielt, sich herausreißen können, ohne einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den Trägern der großen Interessen, die bei einer solchen Veränderung im Spiel waren!

Indessen es hat allerdings immer Leute gegeben, die da meinten, daß es zur deutschen Bundesreform eigentlich nur des guten Willens bedürfe, daß ein Fürstentag, eine constituirende Nationalversammlung zur Bewerkstelligung derselben

Digitized by Google

hinreiche. Solchen Leuten mag ihre naive Meinung unbenommen bleiben; in politischen Dingen mitzureden aber haben sie kein Recht. Der namhafteste Wortführer des weiland Reformvereins, welcher bekanntlich aus jener Fiktion der Möglichkeit einer friedlichen politischen Entwickelung Deutschlands hervorgegangen war, Herr v. Lerchenfeld selbst, hat in der baierischen Kammer das Geständniß abgelegt, daß er an die Ausführbarkeit seines eigenen Programms im Grunde genommen nicht glaube. „Die deutsche Einheit, sagte er, ist nur möglich in Folge eines großen Nationalunglücks.“ Die Verschiedenheit der Ausdrucksweise wird Niemand verhindern, die vollkommene Uebereinstimmung des Lerchenfeld'schen Gedankens mit der Bismarck'schen zu erkennen. Gleichwohl wurde der Ausspruch des baierischen Staatsmannes wie ein weises Prophetenwort aufgenommen, während man den des Herrn v. Bismarck als die Kundgebung einer schwarzen Gesinnung der allgemeinen Verwünschung preisgab.

Das deutsche Volk hatte die Wahl, sich innerhalb des ausgefahrenen Geleises seiner Geschichte einem schimpflichen Untergange entgegenzuschleppen, oder sich gewaltsam eine neue Bahn zu brechen — darüber gibt es unter verständigen und ehrlichen Gegnern keinen Streit. Aber freilich, die Ehrlichkeit im politischen Parteikampfe ist nicht Jedermanns Sache, und, genau besehen, kommen die leidenschaftlichsten Angriffe auf die sogenannte Blut- und Eisentheorie gerade von der Seite, wo man vor der Anwendung der alleräußersten Mittel im Dienste der eigenen Parteipolitik am wenigsten zurückschrecken würde. So oft das Bismarck'sche Wort mit einem unbegreiflichen Aufwande von sittlicher Entrüstung besprochen wird, so oft die Schrecken und Leiden des „Bruderkrieges“ zu Bildern voll moralischen Grausens ausgemalt werden, so oft man den Urheber dieses Krieges im Tone des Todtenrichters zu der untersten Hölle verdammt — fast immer geschieht es von einem Munde oder durch eine Feder, die mit dem Gedanken einer allgemeinen deutschen Revolution auf Du und Du stehen, und die sich über die bekannten Umstände, welche ein solches Ereigniß zu begleiten pflegen, ohne alle Sentimentalität, wie über nothwendige Uebel, hinwegsetzen. Allerdings sind diese Leute selbst durchweg bei Weitem nicht so schlimm wie ihre Redensarten, wenn sie aber: Kreuzige, kreuzige! über Den schreien, welcher so handelt, wie sie sprechen, so muß man wenigstens ihre Uebung von Treue und Redlichkeit eine sehr mangelhafte nennen.

Da es sich hier um einen allgemeinen Satz und nicht um dessen Anwendung im einzelnen Falle handelt, so brauchen wir uns heute nicht mit der Frage zu befassen, ob Herr v. Bismarck die an sich ganz unanfechtbare Blut- und Eisentheorie im Kriege gegen Oesterreich wohl oder übel gehandhabt habe. Genug, daß wir selbst von vornherein, nach Lage der Dinge, zu den entschiedensten Gegnern der Berliner Kriegspolitik gehört haben, daß wir auch heute noch dafür halten, dieselbe würde, bei besserer politischer Vorbereitung, befriedigendere Ergebnisse gehabt haben, daß wir aber nicht eigensinnig und thöricht genug sind, uns die großen Vortheile hin, wegleugnen zu wollen, welche die deutsche Nationalsache durch die über alle Erwartung hinausgehenden preußischen Siege wirklich gewonnen hat. Wenn wir den deutschen Krieg, diesen frühere oder spätere Nothwendigkeit für uns feststand, unter den Umständen des vorigen Sommers für ein Nationalunglück hielten, so haben wir uns durch den Erfolg eines Andern belehren lassen.

Doch das beiläufig. Der Punkt, wie gesagt, um welchen es sich heute handelt, ist lediglich die handgreifliche Wahrheit, daß ein ernstlicher Anfang zur politischen Einigung Deutschlands, ohne Anwendung von Waffengewalt unter keiner Voraussetzung möglich war. Zur Vollendung derselben bedarf es freilich noch ganz anderer Hülfsmittel.

Denn die deutsche Einheit wird nicht fertig sein, bis sie in der Ueberzeugung und dem freien Entschlusse der gesammten Nation ihre Bestätigung gefunden hat. Ob Herrn von Bismarck die Mittel auch zu diesem Zwecke zu Gebot stehen, mag dahin gestellt bleiben. Bis jetzt hat er kaum andeutungsweise zu erkennen gegeben, daß ihm nicht jedes Verständniß der moralischen Bedingungen des schließlichen Gelingens des großen Werkes mangelt, an welches er die erste starke Hand gelegt.

Indessen, was immer der Berliner Kabinetspolitik etwa an Erkenntniß und auch an gutem Willen fehlen mag, das wird die unausbleibliche Noth des Lebens mit der Zeit ergänzen. Und dann wird der durch das Eisen aufgeackerte und mit Blut gedrängte Boden seine vollen Früchte tragen.

Die Mecklenburgischen Parteien vor den Parlamentswahlen.

☐ Die am 1. Dezember in Rostock stattgehabte Versammlung der liberal-nationalen Partei, hat auch die entgegengesetzten politischen Parteien in Bewegung gesetzt. Wenige Tage nach jener Versammlung trat der Vorstand des mecklenburgischen Handwerkerbundes, welcher in Rostock seinen Sitz hat, zusammen, um sich über die Wahlen zum Reichstage zu berathen und eine Candidatenliste aufzustellen. Dieser Bund von Zünftlern ward vor einigen Jahren errichtet, um der Gewerbefreiheitsidee entgegenzuwirken. An der Spitze desselben steht ein verkommener Radler, welcher den Maschinen die Schuld des Ruins seines Geschäftes beimißt und deßhalb ein wüthender Feind der Gewerbefreiheit ist. Die Intelligenz ist in dem Bunde nicht vertreten und er führt daher eine sehr kümmerliche Existenz. Der intelligentere und bessere Handwerker, welcher im Laufe der Jahre sich mehr und mehr mit der Gewerbefreiheit befreundete, hat sich von dieser geistesarmen Verbindung losgesagt. Ihre Hauptanhänger hat sie in den kleineren, wenig unterrichteten Handwerkern, denen man eingredet hat, daß die Gewerbefreiheit sie ruiniren werde, in denjenigen Handwerkern, welche von der Zunft als Botengänger, Bohnhasenjäger oder in sonstiger Eigenschaft besoldet werden, und in den kleineren Städten, wo die politische und wirthschaftliche Einsicht im Allgemeinen sehr zurückgeblieben ist. Aber auch in Rostock ist dieser Bund nicht ohne Anhänger, weil dort die Zünfte nicht unbedeutende politische Vorrechte besitzen. Sie werden als solche in dem zweiten Quartier vertreten, welches mit dem, aus den Vertretern der Kaufmannschaft bestehenden ersten Quartier die Bürgervertretung bildet. Die Rostocker Democratie hat niemals, wie dies theilweise in den Hansestädten geschehen ist, mit den Zünftlern geliebäugelt, sondern sich stets offen zur Fahne der Gewerbefreiheit bekannt. Die Junker dagegen haben dies in ihrem Interesse ausgebeutet, indem sie sich als Freunde der Zunft hinstellten, um dadurch einen Bundesgenossen zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien zu gewinnen. Die Zünftler waren ihren Schmeicheleien nur allzusehr zugänglich und merkten nicht die Absicht. Sie sind zu kurzsichtig, um einzusehen, daß der Junker in seinem Vollblutsgefühl sie im Innersten des Herzens tief verachtet und daß er durch seine Privilegien, durch die Geschlossenheit des Grundbesitzes, durch die Vernichtung des Bauernstandes die Bildung eines kräftigen Mittelstandes auf dem platten Lande verhindert, die Entvölkerung des Landes herbeigeführt und so in unbeilvoller Weise auf den Wohlstand des städtischen Handwerkerstandes eingewirkt hat. Dazu kommt, daß die Handwerker, namentlich in den kleinen Städten, von den Junkern in materieller Beziehung abhängig sind. Der politisch „schlechtgesinnte“ Handwerker wird durch Arbeitsentziehung bestraft. So ist es gekommen, daß die Zünftler der junkerlichen Reaktion in die Arme getrieben sind. Auf dem Fürstencongreß in Frankfurt stellte der Großherzog von Schwerin einen Antrag auf Schutz des Handwerkerrechts, d. h. der Zunft. Dadurch gewann er die Herzen der Zünftler in hohem Grade: sie betrachten ihn jetzt als den eigentlichen Hort der Zunft. Der Handwerkerbund hat in fast allen Städten Filialvereine und seine Mitglieder zählen nach vielen Hunderten. Trotzdem ist die Zunftpartei nicht so stark, wie ihre Wortführer auszuposaunen. Der Mitgliederbeitrag beträgt nur 1 Schilling oder $^3/_4$ Sgr. für das Jahr, und die ganze vorjährige Einnahme des Bundes

Digitized by Google

beitet sich, nach öffentlich abgelegter Rechnung, nur auf 17 Thlr. Die von dem Rostocker Vorstande des Handwerkerbundes aufgestellte Candidatenliste für den Reichstag hat übrigens selbst bei dem befreundeten ministeriellen „Nordd. Corresp." großes Mißfallen erregt. Derselbe tadelte es, daß der Rostocker Vorstand vorgegangen, ohne seine Bundesbrüder in den übrigen Städten zu befragen. Ueberdies mag er es schwer empfunden haben, daß die Rostocker Zünftler, neben dem Minister des Innern, Herrn Wetzell, einen ehrsamen Rostocker Schneider, Namens Mohrmann, als Candidaten aufgestellt haben, was doch fast einer Amtsehrenbeleidigung gleichkommt. Jene Zünftler sind denn auch sofort zu Kreuz gekrochen und haben erklärt, sich einem in Schwerin gebildeten Centralcomite zur Disposition stellen zu wollen.

Dies Centralcomite wird, nach dem „Nordd. Corresp.", sehr bald mit einer öffentlichen Ansprache hervortreten, auch demnächst die Bildung gleichgesinnter Local-Comitées veranlassen. Ueber das Programm dieser Partei verlautet bis jetzt nur so viel, daß es weniger auf bestimmte politische Principien und Parteiunterschiede den Nachdruck legen wird, „als auf die von fast allen treuen Mecklenburgern empfundene Nothwendigkeit, in Angelegenheiten der deutschen Politik der Führung unseres verehrten und geliebten Großherzogs und Herrn vertrauensvoll zu folgen." Es sollen daher von dem Centralcomite demnächst auch nur solche Männer zu Abgeordneten vorgeschlagen werden, „von welchen gehofft werden darf, daß ihre Wahl von Seiten des Allerhöchsten Landesherrn gebilligt werden wird." Dies ist also die eigentliche absolutistisch-particularistische Partei, welche es am liebsten sehen würde, daß gar keine Wahlen stattfänden und daß statt dessen der Großherzog die Abgeordneten ernennte. Zu derselben wird natürlich das große Heer der großherzogl. Beamten und aller Derer, welche vom Hofe mehr oder weniger abhängig sind, gehören.

In den letzten Tagen hat sich zu Rostock eine neue Partei gebildet, welche sich die „gemäßigte Linke" nennt. Die Führer der Partei des Nationalvereins hatten das Mögliche gethan, um alle Bekenner des Liberalismus unter gemeinsamem Banner zu sammeln, um auf diese Weise dem übermächtigen Junkerthum in möglichst festgeschlossener Masse gegenüberstreten zu können. Im allgemeinen ist ihnen dies auch gelungen. Das Programm, unter Mitwirkung von Männern verwandter Richtung entworfen, fand fast ungetheilten Beifall. Die aufgestellte Candidatenliste enthält Namen aller liberalen Fractionen. In der Versammlung vom 1. Dezember waren Vertrauensmänner aus allen Theilen des Landes gegenwärtig, und fast alle Klassen der Bevölkerung in den Städten und auf dem platten Lande vertreten. Männer, die im Jahre 1848 weit auseinander gegangen waren, fanden sich wieder zusammen. Die liberalen bürgerlichen Gutsbesitzer, wie die Pogge's, Wien-Hohenfelde, Bade-Grebow 2c. hatten sich dieser Versammlung angeschlossen. Allgemein war die Ansicht, daß alle frühreren Parteiunterschiede für jetzt aufhören und daß alle liberalen Elemente sich zu einer einzigen nationalen Partei vereinigen müßten, um unter Preußens Führung an dem großen Werke der Einheit und Freiheit des Vaterlandes mitzuarbeiten. Aber es gibt immer Einzelne, welche sich nicht unterordnen wissen dem Allgemeinen. Ihre eigene Person steht ihnen höher als die Sache. So geschah es auch hier. Unter ganz nichtigen Vorwänden sonderten sich Einige, obgleich sie mit dem Programm einverstanden waren, von der liberal-nationalen Partei ab, um auf eigene Faust unter dem Namen „gemäßigte Linke" Politik zu treiben. Diese „gemäßigte Linke" gebärdet sich liberal, aber sie hat merkwürdiger Weise kein Programm aufgestellt und man weiß daher nicht, was sie eigentlich will. Im sechsten Wahlkreise, zu welchem auch die Stadt Rostock gehört, hat sie den Vicepräsidenten des Rostocker O.-A.-Gerichts, Trotsche, als Candidaten für den Reichstag aufgestellt. Derselbe war zur Zeit unserer kurzen constitutionellen Periode Mitglied der mecklenb. Abgeordnetenkammer und gehörte als solcher zum sogen. „linken Centrum", welches sich hauptsächlich aus Solchen, welche ursprünglich der „Linken" angehörten, gebildet hatte. Ihr Programm wich im Wesentlichen nicht vom Programm der Linken ab. Persönliche Motive hatten die Spaltung herbeigeführt. Nachdem auf diese Weise die Linke die Majorität verloren hatte, ward Trotsche im Präsidium der Nachfolger von Moritz Wiggers. In die Hände des ersteren und der beiden Vicepräsidenten legte der Großherzog das feierliche Gelöbniß auf die Verfassung ab. Seitdem aber diese in rechtswidriger Weise im Jahr 1850 vernichtet worden, ist Trotsche von der politischen Bühne verschwunden und fast verschollen. Nichts ist seinerseits geschehen, um das rechtswidrig beseitigte, auch von ihm beschworene Staatsgrundgesetz wieder zurückzuführen. Der junkerliche Staatsstreich ward von ihm ruhig hingenommen und als Richter fungirte er weiter, und sprach Recht auf Grund des rechtlich aufgehobenen alten Erbvergleichs. Während der O.-A.-Rath Ackermann, welcher als Mitglied des rechten Centrums seinen constitutionellen Grundsätzen treu blieb, deßhalb des Amtes entsetzt ward, avancirte Trotsche unter dem Reactions-Minister v. Schröter vom O.-A.-Rath zum Vicepräsidenten. Als seine ehemaligen politischen Freunde in den schreißlichsten Isolirzellen des Bützower Criminalgefängnisses schmachteten, ward Trotsche verschiedene Male zur Inspection desselben vom O.-A.-Gericht deputirt. Er that aber nichts, um ihnen ihre grauenvolle Lage zu erleichtern, ja, antwortete nicht einmal auf die an ihn gerichteten gerechten Beschwerden. Seine jetzigen politischen Ansichten sind völlig unbekannt, aus seiner Vergangenheit ist kein Rückschluß auf dieselben möglich. Auch der jetzige Justizrath Spangenberg war in den Jahren 1848 und 1849 Mitglied des „linken Centrums". Das hat ihn aber nicht davon zurückgehalten, sich von dem Minister v. Schröter als überzähligen Kanzleirath in die Güstrower Justizkanzlei deputiren zu lassen, um die Verurtheilung der im sogen. Rostocker Hochverrathsprocesse Angeklagten, seiner ehemaligen politischen Freunde, zu ermöglichen und ihnen ihre politische Vergangenheit zum Vorwurf zu machen, wie des Weiteren in Julius Wiggers': „Vierundvierzig Monate Untersuchungshaft" zu lesen ist. Es dient aber zur Charakteristik einer Partei, wenn sie einen Candidaten für den Reichstag empfiehlt, der eine solche Vergangenheit hat, und dessen gegenwärtige politische Grundsätze ihr völlig unbekannt sind.

Es gibt hier wohl einzelne Radicale, welche aus Haß gegen Bismarck von Preußen nichts wissen wollen, aber keine eigentliche radicale Partei. Die Democraten von 1848 sind fast alle preußisch gesinnt. Sie sind der Kleinstaaterei überdrüssig. Der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, die Vernichtung des Bundestages und das über einzelne Kleinstaaten-Fürsten gehaltene Gericht ist von ihnen mit Freuden begrüßt. Sie sehen ein, daß gegenwärtig nur durch Preußen die Einheit Deutschlands geschaffen werden kann und daß der Weg zur Einheit auch der Weg zur Freiheit ist. Man findet sie daher fast alle auf Seiten der nationalen Partei.

Schließlich haben wir noch die Junkerpartei zu betrachten. Unter den 6 bis 700 Rittergutsbesitzern in M.-Schwerin ist etwa die Hälfte bürgerlich. Ein kleiner Theil derselben gehört zur nationalen Partei, der bei weitem größere Theil aber hält zum Adel, denn wenn man auch wegen seines Hochmuths und seiner Ueberhebung den Adel haßt, so will man doch die großen Vorrechte, welche die Feudalverfassung auch dem bürgerlichen Rittergutsbesitzer gewährt, nicht aufgeben. Darum kämpfen die meisten bürgerlichen Gutsbesitzer, vereint mit dem Adel, für den Particularismus und gegen die nationale Partei. Wie nun die Junker sich den Wahlen gegenüber verhalten werden, ist noch ungewiß. Daß und aus welchen Gründen sie gut österreichisch und Preußen feindlich gesinnt sind und die Einigung der deutschen Nation mit Wuth bekämpfen, ist bekannt und schon früher in diesem Blatte von mir eingehend dargelegt. Die eigentlichen Feudalissimi werden voraussichtlich entweder gar nicht wählen, oder mit den Wahlen Spott zu treiben suchen, indem sie, wie von Einzelnen von ihnen ausgesprochen, für ihre Wirthschafter, Kutscher oder Schulmeister die Wahlzettel abgeben. Diese Partei ist unter dem

Digitized by Google

Adel stark vertreten und ihre Anschauungen waren in dem Minoritätserachten des Comité des 23 Hyperordentlichen Landtags enthalten, in welchem beantragt ward, das Bündniß mit Preußen dem Großherzoge zu widerrathen. In jenem Erachten sprachen sie es aus, „daß die beabsichtigten Wahlen schwerlich ohne Gefährdung der nöthigen Achtung vor Gottes- und Menschenordnung ausgeführt werden könnten.“ Der so diesen freudlen Hyperboren nicht gehörige Theil der adeligen Grundbesitzer wird höchst wahrscheinlich bei den Wahlen mit der Regierung Hand in Hand gehen. Begreiflich wird das Verhalten des Adels rücksichtlich der Wahlen bei der Abhängigkeit der Taglöhner von ihren Herren und bei dem Einfluß, der den Grundbesitzern als Gutsobrigkeiten bei der Wahlhandlung durch Gesetz eingeräumt ist, auf die Wahlresultate eine nicht zu unterschätzende Wirkung üben.

Die Aufnahme der Hansestädte in den deutschen Zollverband.

L. Die allarmirende Nachricht, daß Hamburg bei England Schutz für seine anscheinend bedrohte Freihafen-Stellung gesucht habe, scheint sich glücklicher Weise nicht zu bestätigen. Im Gegentheil will der Senat auf ein Anerbieten von englischer Seite, sich für die Erhaltung dieses Vorrechts in Berlin diplomatisch zu verwenden, dankend, aber ablehnend geantwortet haben, da solche auswärtige Einmischung den Hansestädten eher schaden als nutzen werde, und die Ansichten in Berlin auch ohnehin der Beibehaltung der hanseatischen Freihafen-Privilegien nicht ungünstig seien.

Wenn dies Letztere richtig ist, so hat man es wohl hauptsächlich dem volkswirthschaftlichen Congreß zuzuschreiben. Dieser hat noch in manchen anderen Fragen, als die seiner Tagesordnung im Lauf der Jahre förmlich und öffentlich einverleibt wurden, eine wohlthätige Ausgleichung divergirender Ansichten herbeigeführt; er hat z. B., um nur Eins anzuführen, verhindert, daß aus der Berlin-Stettiner Freihandelsschule eine antistaatliche und antinationale Partei hervorging. Indem er besonnene und kundige Vertreter der hanseatischen Interessen, Männer wie Böhmert und Soetbeer — keine geborene Hanseaten, und dabei bewährte deutsche Patrioten — mit den tonangebenden preußischen Nationalökonomen in einer langen Reihe gemeinsamer Bestrebungen zusammenführte, bahnte er dem Verständniß der besonderen Stellung der Hansestädte unvermerkt den Weg bis in die Spitzen der preußischen Bureaukratie hinein. Was diese Umstimmung erleichterte, war der gemeinschaftliche Gegensatz gegen die Schutzzöllner des Zollvereins. Man gefiel sich darin, zu sagen, es sei dem Zollverein ganz Recht, daß die Hansestädte nicht eintreten wollten, warum sei sein Tarif so wenig freihändlerischer Natur? — Oder auch: nicht die Hansestädte müssen zu dem Zollverein, sondern der Zollverein müsse zu den Hansestädten übergehen, d. h. sie müssen ihren Vereinigungs- und Verschmelzungspunkt in einem so freisinnigen Zollsystem, wie etwa demjenigen Hamburgs und Bremens, finden. Wörtlich genommen, wäre man damit freilich nachgerade bei dem Nichts angekommen, und ohne Zölle möchte doch auch wohl der herzhafteste Freihändler den preußisch-deutschen Bundesstaat nicht zu constituiren unternehmen.

Weniger günstig im Sinne der Hansestädte blieb die Auffassungsweise weiterer Kreise, auch wo man unter dem Einfluß des sich stetig steigernden und ausdehnenden nationalen Zusammenwirkens die alten groben Vorurtheile von ihrer Gemeinschädlichkeit, von „Factoreien des Auslandes auf deutschem Boden“ u. dgl. völlig abstreifte. Die Industrie im Binnenlande ist sehr geneigt, zu glauben, Bremen und Hamburg würden mehr für ihren Absatz nach außen thun, wenn sie dem Zollverein förmlich angehörten. Die Zollvereins-Häfen finden ihre Concurrenz mit den Hansestädten durch deren handelspolitische Unabhängigkeit unbilliger Weise erschwert. Der gesunde Menschenverstand der Unbetheiligten endlich wundert sich, daß zum Flor Hamburgs und Bremens unbedingt nöthig sein solle, was London und Liverpool, Havre und Bordeaux, Antwerpen, Rotterdam und Newyork ohne eine Spur von Unbehagen entbehren.

Diese Stimmungen mochten die Hansestädte gleichmüthig auf sich beruhen lassen, so lange sie sich staatsrechtlicher Selbstbestimmung erfreuten und der Zollverein von ihnen nichts erlangen konnte, außer durch völlig freien Vertrag. Aber mit dem Eintritt in den norddeutschen Bund geht diese bisherige feste Grundlage ihrer Freihafen-Stellung verloren. Sie müssen sich, so gut wie Mecklenburg und die preußische Provinz Schleswigholstein, der Zollgesetzgebung des Reichstages und der Zollverwaltung der neu einzusetzenden obersten Bundesgewalt unterwerfen. Was sie daher bis jetzt kraft eigenen Rechts und Willens besaßen, unangetastet von außen her, außer allenfalls durch ohnmächtige Drohungen und Verwünschungen, das müssen sie nun von der Einsicht und dem Wohlwollen nationaler Gewalten erwarten, in deren Zusammensetzung ihr eigener Antheil so gut wie verschwinden wird. Gelingt es ihnen nicht, die preußische Regierung mindestens und die Mehrheit des Parlaments dauernd auf ihre Seite zu bringen, so werden alle Proteste sie nicht vor einfacher Cassirung der bisher genossenen wichtigen Privilegien schützen.

Diese Lage hat man sich in den Hansestädten natürlich lange klar gemacht. Wie sie Bremen nicht abgehalten hat, den Siegeszug der preußischen Heere mit den lautesten und lebhaftesten Sympathien zu begleiten, so treibt sie auch in Hamburg die verständigen Leute nicht zu Hilfsgeschen an auswärtige Mächte. Man bereitet sich vielmehr ernstlich vor, demnächst im hohen Rathe der Nation den Beweis für die Erhaltungswürdigkeit einer gewissen Sonderstellung anzutreten. Man wird da versuchen, allen Anbefangenen deutlich zu machen, daß Hamburg und Bremen — Lübeck mit seinem zusammengeschrumpften Verkehr stellt sich selber anders — wenigstens noch für eine Weile und unter gewissen einschränkenden Bedingungen Freihäfen bleiben müssen, nicht weil es ihnen nun einmal so gefällt, oder weil sie es von jeher so gewohnt sind, sondern weil ihr Handel sonst voraussichtlich Einbußen erleiden würde, die nicht deutschen, sondern ausländischen concurrirenden Plätzen zu Gute kommen möchten, und an denen binnenländische deutsche Interessen, zumal die Industrie, mitzutragen hätten.

Der von London, Newyork u. s. w. hergenommene Gegengrund ist gewiß triftig, aber doch in engeren Grenzen, als meistens diejenigen annehmen, welche ihn am liebsten im Munde führen. Es wird dabei leicht außer Acht gelassen, daß sich der Hamburger und Bremer Handel doch nun einmal auf der bisher gegebenen Grundlage entwickelt hat. Was es ihm entziehen würde, wenn er sie plötzlich verlöre, kann Niemand im voraus mit Sicherheit übersehen. Der nicht für Deutschland bestimmte Zwischenhandel müßte sich dann auf die Gebäude einer zollfreien Niederlage beschränken; daraus ergibt sich schon die jähe und bedeutende Entwerthung einer Menge durch die ganze Stadt verstreuter Speicher, die jetzt diesem Zwischenhandel ebenfalls dienen. Einen solchen Schaden, der gleichbedeutend wäre mit Schwächung des dem Handel dienenden festangelegten Capitals, wird ein weiser Gesetzgeber Niemanden ohne Noth zufügen wollen, am wenigsten Denjenigen, deren Capitalkraft und Unternehmungsgeist es sind, wovon, im angespannten Wetteifer der Nationen, unser Antheil am Welthandel, d. h. an einer allen Völkern gleichmäßig zugänglichen großen Erwerbsquelle, hauptsächlich abhängt.

Etwas ganz Anderes wäre es, wenn der deutsche Zolltarif bereits die Einfachheit gewonnen hätte, die, nach England's classischem Vorgang, auch den Bundesfinanzen ohne Zweifel am zuträglichsten sein würde. Beschränkte er sich auf wenige Haupttartikel, so möchte deren Verwollung aus den Speichern und Packhäusern in die zollfreie Niederlage keine nambaften Schwierigkeiten bieten. Dem Streben nach einer derartigen Vereinfachung des Tarifs stehen nicht einmal die schutzzöllnerischen Interessen — wenn man dergleichen überhaupt als berechtigt anerkennen will — unbedingt entgegen. Warum sie also bei der nun endlich erreichten Beweglichkeit der Zoll-

Digitized by Google

gesetzgebung in den Vordergrund schieben? Die Aufhebung der hanseatischen Privilegien könnte dann ohne allen Kampf und Nachtheil erfolgen.

Bis dahin wünscht man jetzt auch in Hamburg, dasjenige Verhältniß zum Zollverein einzunehmen, dessen Bremen zu beiderseitiger völliger Zufriedenheit schon seit zehn Jahren genießt. Es besteht der Hauptsache nach darin, daß der Zollverein in der Freihafenstadt ein mit weiten Befugnissen ausgestattetes Hauptzollamt und eine zollfreie Niederlage für Zollvereinswaaren unterhält, während die dortige Kaufmannschaft durch ein von ihr errichtetes und unterhaltenes Deklarationsbüreau sich selbst die unentbehrliche Leichtigkeit des Verkehrs, der Zölle und den richtigen Eingang der Zölle sichert. Seit der Herstellung dieser Einrichtungen ist in Bremen auf diesem Gebiet aller Veränderungsdrang verschwunden. Die 1853 festgete Agitation einzelner Classen für den Eintritt in den Zollverein, gleichzeitig mit Hannover und Oldenburg, ist gegenwärtig, wo ihr doch die Umstände soviel günstiger waren, noch gar nicht einmal wieder erwacht. Man hat also guten Grund zu der Annahme, daß das System sich auch als Uebergangsmaßregel in Hamburg bewähren würde, das jetzt durch Schleswigholsteins und Mecklenburgs Eintritt in den allgemeinen deutschen Zollverband in dieselbe Lage geräth, wie Bremen am 1. Jan. 1854 durch den Eintritt Oldenburgs und Hannovers.

Die preußische Zeitungssteuer.

Es war nicht gerade die liebliche Ueberraschung für die neu annectirten preußischen Provinzen, als im Verlauf der hinsichtlich Budget-Berhandlungen ein Regierungscommissär erklärte, man denke daran, die Zeitungssteuer auf sie zu übertragen. Sie würden, wenigstens zum größeren Theil den Landrath nicht gern bei sich eingiehen hören; aber vor der Zeitungssteuer haben sie einen wahren Abscheu, und bei mit Recht. Wenn der Justizminister erklärt, die hannover'sche Gerichtsverfassung sei soviel besser als die preußische, daß er eher diese durch jene als jene durch diese verdrängen werde, so hätte der Finanzminister vollends Grund, das politisch nicht unwichtige Gewerbe der Buchdrucker und sonstigen Zeitungsverleger zu beruhigen, indem er die unbegründete Aeußerung seines Commissärs im Abgeordnetenhause Lügen strafte. Der Schlechtigkeit der Sache, welche dieser vertrat, war übrigens seine Führung derselben werth. Der Geh. Finanzrath Burckhardt ist unter Herrn v. Patow des Ministerium getreten, und man möchte damit einen Gesinnungswechsel bekunden wie von dem zum Liberalismus: in dem Gefecht über die Zeitungssteuer, das er mit dem Abgeordneten Michaelis führte, hat er weder Liberalismus noch Capacität bewährt.

Die Zeitungssteuer bringt ungefähr zwei Promille der preußischen Staatseinnahmen auf. Ihr Ertrag ist also nicht beträchtlich genug, um bei einem bedrängten Finanzministter und pflichtgetreuen Regierungscommissären eine Wuth in der Abwehr ähnlich der, mit welcher die Bärin ihre Jungen vertheidigt, zu rechtfertigen. Lassen sie sich hier von blindem Eifer hinreißen, so werden unabsehbare Jahrer immer auf den Schluß kommen, die Steuer sei ihnen wohl aus andern Gründen als den finanziellen Erträgen halber und Herz gewachsen. Wenn sie wirklich zwar als ein Werkzeug der allgemeinen politischen Reaktion eingeführt worden ist, aber heute nur noch als Finanzkapricle betrachten wird, so kann sie nicht schleunig genug aufgehoben werden. Die Regierung wird keine zwei anerkannte Lehrer der Nationalöconomie anfreiben, welche diese Steuer als eine vollkommen schädlich geschäftstelle passiren lassen. Wie des Satzmenschen, so sollte sie sich auch der mit voller gehäuften Zeitungsfeuer entledigen, nachdem die wahrweise und glückliche Erweiterung der Staatsgrenzen dazu einen so todesloses Anstoß gegeben hat.

Die deutsche Presse hat ohnehin noch einen ganzen Sack voll Beschwerden gegen die landläufige Regierungspraxis. Seit einiger Zeit ist noch mindestens ein gewisser Schlendrian in der Erfindung immer neuer Berathungen dieser Jedermann gleich zugänglichen, ausschließlich mit geistigen Waffen kämpfenden und ihre Sünden selbst corrigirenden Berufsart eingetreten; man wurde darauf die Hoffnung schöpfen, daß das Bürgerrecht der Zeitungen im öffentlichen Leben allmählich wenigstens im Grundsatz anerkannt sei und die Verfolgung ihre erste Hitze verlieren werde. Sollte die preußische Zeitungssteuer, dieser Bastard einer jämmerlichen Politik und einer gänzlich verkannten fiskalischen Eifers, nun, anstatt nach dem Antrag des Abgeordnetenhauses bis spätestens 1867 Jahr aufgehoben, stillweiter auch in die neuen Landestheile nach den eingeführt werden, so müßte die Presse darin eine Erneuerung der Feindseligkeiten erblicken und ihre bisherigen zahmen Versuche, sich der Fesseln zu entledigen, zu rücksichtslosen und bis zum Erfolg wiederholten Anläufen steigern. (Bremer Handelsblatt.)

Zeitungsschau.

„Abgeschlachtet" ist der Titel eines Artikels des Stuttgarter „Beobachters", in welchem dies Blatt seine eigene Absurdität überbietet. Abgeschlachtet ist Schleswig-Holstein, abgeschlachtet durch das Metzger-Messer des preußischen Abgeordnetenhauses, dessen Zeit die Fortschrittspartei in der Hand hält. „Ehe die preußischen Abgeordneten Weihnachtsferien machten und auf das Fest der Freude heimreisten zu Frau und Kind, haben sie zur Erhöhung der Festfreude und zur Stärkung auf den Weg noch das letzte gute Wort gethan, welches die Blutmenschen hören Ohre von ihnen forderten."

Irgend ein verrückter Schleswig-Holsteiner soll, laut Zeitungsberichten, neulich erklärt haben: im preuß. Abgeordnetenhause wird unser Blut neben dem Ihrigen sein. Der „Beobachter" — welcher übrigens selbst nicht ohne Zweifel Verschuß leisten, wenn er sagt: „Zu der Minorität, die sich die Hände rein hielt (vom Blute Schleswigs-Holsteins) gehörten die Polen". Der Schluß, wie sich's gebührt, krönt das Werk: „So wurde gerettet Schleswig-Holstein, von Brudermördern gemordet, das treulose deutsche Land, und kann mit blutbefleckter Hand zu Frau und Kind, zum Fest der Freude und Liebe! Wohl, freut euch und jubelt, aber Ihr habt auf euch geladen den Kainsfluch und die Zeit wird kommen, wo Ihr ihn fühlt an Haupt und Gliedern." Zu einer solchen Höhe der Verrücktheit läßt sich's bringen, wenn man dem gesunden Menschenverstande Valet gesagt und seine Schaam den Fetzen Egoi abgestissen hat.

Der

Bauer- und Bürgerfreund.

beginnt mit dem 1. Januar abermals, einmal wöchentlich erscheinend, für 4 Sgr. 6 Pf. für das Vierteljahr, worauf jeder preußische Postanstalt Auftrages darauf annimmt, seinen Lauf von Gumbinnen aus, unter alter Redaktion.

Durch Beschlagnahmen und Verurtheilungen unbeirrt, wird er nach wie vor in volksthümlicher Sprache für Freiheit und Recht schreiben und kämpfen, stets hinterm für ein Recht der Freiheit, gestützt auf Deutschland.

Nach Beschlagnahmen wird er stets neu erscheinen, wenn's nicht anders möglich ist, als weißes Blatt. Der guten Sache wegen, und wegen des bei vorkommenden notwendigen Verkehrs, der natürlich die Kosten zwar verdoppelt, wäre doppelte Abonnentenzahl erwünscht. Noch verläßt er den Kampfplatz nicht, also — heran neue Leser!

Inserate finden für 3 Silbergroschen die Zeile Verbreitung durch ganz Deutschland und sind an die Redaktion dieses Blattes einzusenden

Die Herausgeber

Büttler-Marienhöhe. Th. Käswurm-Puspern.

Einladung zum Abonnement

auf das

Mannheimer Journal.

Mit dem 1. Januar 1867 beginnt ein neues Abonnement auf das täglich erscheinende Mannheimer Journal, zu welchem wir hiermit ergebenst einladen. Die Redaktion wird es sich angelegen sein lassen, die Ereignisse im politischen Leben unparteiisch und rasch wiedergeben, durch besondere Artikel die Fragen der Gegenwart zu beleuchten, wobei eine entschieden freisinnige Richtung sie leiten, die Beförderung der Einigung und Machtstellung unseres Vaterlandes, des Ausbaues der politischen, sittlichen und socialen Zustände desselben in freiheitlichem Sinne ihr Ziel sein wird. Den volkswirthschaftlichen Interessen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen, für eine gediegene Unterhaltungsbeilage in dem Geschmack die Woche beigegebenen feuilleton Sorge tragen.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt im Großherzogthum Baden 1 fl. 33 kr. im deutschen Postverband 4 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 18 Sgr. pro C.

Der großen Verbreitung wegen eignet sich das Mannheimer Journal vorzüglich zu Anzeigen und wird der Raum der vierspaltigen Petitzeile mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder erbitten wir franco. In Mannheim selbst beguemlichder als „Anzeigebiatt" an allen öffentlichen Plätzen x ausschlagene Annoncenbret des Mannheimer Journals eine allgemeine Verbreitung der Inserate an diesen Plätze. Auswärtige nehmen Inserate für uns entgegen: Die Herren Havas, Laffite, Bullier u. Comp., 8 place de la bourse zu Paris, Herr H. Nijgh, Verleger des Nieuwe Rotterdamsche Courant in Rotterdam, Herr C Schlotte in Bremen, Herr W. Breyen, Buchhändler in Cöln, die Jaegerschen Buch-, Papier- und Landkarten-Handlung und Herren G. L. Daube u. Co in Frankfurt a. M., Herren Haasenstein und Vogler in Wien, Berlin, Altona, Hamburg, Basel und Frankfurt a. M., Herr A. Retemeyer Breitestraße 1 in Berlin, Herr L. Stangen in Breslau, Herren Gugen a. Fort und Herr H. Engler in Leipzig, Herr A. W. Jörg in Augsburg, Herr A. Reckhagel in Nürnberg, Herr Fr. Schultheß in Zürich und Herr C. Steiger, German News Agent North William St 17 und 19 in New-York. Letzterer nimmt auch Abonnements an.

Mannheim, im Dezember 1866.

Die Expedition.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schmid in Heidelberg.

Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 Fr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Fr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 Fr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 86. Heidelberg, den 10. Januar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Nationalverein vor und nach dem Kriege. II. — Preußischer Landtagsbrief. — Aus Süddeutschland. — Aus Thüringen. — Salzmonopol und Salzsteuer. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 8. Januar.

*Wie die letzte Woche des alten, so ist die erste Woche des neuen Jahres ein leeres Blatt in der deutschen Verfassungsgeschichte gewesen. Leer freilich nicht an Worten, aber an Thatsachen, an solchen wenigstens, die einigermaßen ins Gewicht fallen. Haben die Geschäfte nicht ganz geruht, so sind doch keine Ergebnisse zu Tage gekommen, wie der Drang der Zeit sie verlangt. Für die Organisation der annektirten Länder ist zumal immer noch nichts geschehen, was der Rede werth wäre, und selbst in Bezug auf die verrufene Jagdgesetzgebung in Nassau hat man es, nach sechswöchentlichem Schweigen und Nichtsthun, erst zu einem Versprechen für die Zukunft gebracht. Die Sache ist zu schwierig, heißt es, um über'n Knie gebrochen zu werden, während es sich doch lediglich um die Wiederherstellung eines durch fürstliche Willkür frevelhaft gebrochenen privatrechtlichen Zustandes handelt. —

Die Berliner Ministerconferenz hat Weihnachtsferien gehalten. Heitere Festtage werden es nicht gewesen sein, die man an den kleinstaatlichen Höfen begangen. Denn, allen Berichten zufolge, hält Herr v. Bismarck unerbittlich fest an den starken Forderungen, welche er an die bundesfürstliche Souveränetät gestellt, und die, wie es scheint, der Sache nach auf eine Art von Mediatisirung hinauslaufen, ohne welche denn allerdings die militärische, diplomatische und wirthschaftliche Einheit des Norddeutschen Bundes ein bloßer Name bleiben würde. Nach äußeren Zeichen zu schließen, ist das Ende der zu Hause angestellten Betrachtungen und Berathungen durchweg die schließliche Ergebung in das von dem eisernen Willen des preußischen Ministerpräsidenten getragene Schicksal gewesen, eine Ergebung, die insbesondere den mecklenburgischen Regierung sehr schwer geworden sein soll, welche ja auch von Anbeginn kein Hehl daraus gemacht hat, daß sie mit dem äußersten Widerwillen in die militärisch-politische Gemeinschaft mit Preußen gegen Oesterreich und den Bundestag eingetreten ist. Gleichwohl pochte man in Schwerin auf die nothgedrungenen Maßen geleisteten Kriegsdienste, und verlangte man von der preußischen Dankbarkeit allerlei zarte Rücksichten für das obotritische Schlaraffenthum, das jetzt das Ende seiner nichtsnutzigen Tage mit Schrecken hereinbrechen sieht.

— Obgleich die den bannverfallenen Officieren gegebene Frist erst in acht Tagen abläuft, hat sich die Mehrzahl derselben bereits für den Eintritt in das preußische Heer gemeldet. Es ist sehr erfreulich, diese Angelegenheit, in Hannover eben so wie in Kurhessen und Nassau, in Uebereinstimmung mit den strengsten Formen des militärischen Gewissens geregelt zu sehen. Mögen dieselben immerhin übertrieben scheinen, so zeugen sie doch von einer Stärke des Pflichtgefühls, die dem deutschen Charakter zur Ehre gereicht. In vielen andern Ländern würde, in ähnlichem Falle, weder Freund noch Feind auch nur daran gedacht haben, die Frage aufzuwerfen, an welche bei uns Hunderte von jungen Männern ihre Zukunft, und eben so viele Familienväter ihre und der Ihrigen Existenz setzen zu müssen glaubten. Mit dem Herzen dieser Männer fühlen wir das eigene Herz erleichtert, ohne deßhalb in das Lob und den Preis des Königs Georg, wegen der endlich bewilligten Eidesentbindung, mit irgend einem Gedanken einzustimmen. Was der König Georg gethan, war er sich selbst noch viel mehr schuldig, als seinen ehemaligen Officieren; es war keine Handlung der Großmuth, sondern eine Abwehr des anderweitig wohlverdienten Vorwurfs der niedrigen Gesinnung und der gebässigsten Selbstsucht. Den Soldaten, ohne alle Gegenleistung, an seinem Fahneneide wie in Ketten und Banden festzuhalten, ware die That eines gemeinen Wucherers, der mit einem hinfällig gewordenen Schuldschein rechtlosen Wiederauch treibt. — Auch der Herzog von Augustenburg hat die Schleswig-Holsteiner der ihm geleisteten Huldigung entbunden. Auch ihm kann man zu diesem Entschlusse in seinem eigenen Interesse nur Glück wünschen, mehr als zur Motivirung dürften ihm und zu den dabei angeknüpften Vorbehalten.

— Der Ministerwechsel in Baiern wird von allen Seiten im Sinne des Fortschritts und des Anschlusses an Preußen aufgefaßt. Ein bestimmtes Maß der auf den Fürsten Hohenlohe zu setzenden Erwartungen wird indessen erst von dem beglaubigten Programm desselben zu erwarten sein, das bis jetzt nicht vorliegt. Von dem Eintritte Baierns in den Norddeutschen Bund, auf die für die übrigen Mitglieder desselben geltenden Bedingungen, wird darin schwerlich die Rede sein.

Die darmstädtische Regierung hat sich genöthigt gesehen, ihren Widerspruch dagegen fallen zu lassen, daß die auf dem rechten Mainufer gelegenen Orte Castell u. s. w., obgleich der Provinz Rheinhessen angehörig, Bestandtheile des Norddeutschen Bundesgebiets werden. Nach dem unzweideutigen Buchstaben des einschlägigen Vertragsartikels war das zwar mit der größten Gewißheit vorauszulagen; in Darmstadt aber scheint es Grundsatz zu sein, keine Gelegenheit zur Bezeugung des übeln Willens gegen Preußen unbenutzt zu lassen. Noch unlängst gedachte Herr v. Dalwigk, die militärischen Ansprüche des Norddeutschen Bundes dadurch abzufinden, daß er demselben jeweilig drei beliebige Bataillone des großherzoglichen Armeecorps zur Verfügung stellte, ganz wie dies ehemals von Seiten Dänemarks in Bezug auf sein Bundescontingent zu geschehen pflegte. Die inzwischen in Berlin über diesen Punkt gepflogenen Verhandlungen werden den darmstädter Minister wohl zu der Erkenntniß gebracht haben, daß das Ministerium Bismarck in Militärsachen weniger leicht zu befriedigen ist, als der verlaud Bundestag, aber an neuen Anläßen zur Schaustellung der besannten Hoffnungen auf die „rothen Hosen" wird es in Darmstadt auch künftig nicht fehlen. Wer mit dieser Haltung und diesen Gesinnungen der Darmstädter Hof- und Cabinetspolitik am wenigsten unzufrieden zu sein Ursache hat, ist sicherlich Herr v. Bismarck.

Digitized by Google

Eine gewisse Bereitwilligkeit, sich der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland anzupassen, bethätigt sich an den thüringenschen Höfen. Auf Betrieb des Herzogs von Koburg werden in Meiningen fürstliche Conferenzen abgehalten, die sich, wie es heißt, mit dem Gedanken einer Verschmelzung der thüringenschen Fürstenthümer unter der Regierung des Großherzogs von Weimar beschäftigen. Andererseits will man wissen, daß der Herzog Ernst damit umgehe, nach dem Vorgange der Fürsten von Hohenzollern, zu Gunsten des Königs von Preußen abzudanken. Das wäre der kürzeste Weg zum Ziele und, nach Lage der Sache, ohne Zweifel der beste.

— In Oesterreich, dieselbe der Leitha, soll also wirklich wieder ein Mal der Versuch mit einem constituirenden Reichstage gemacht werden. Unglücklicher Weise aber will dies Mal von vorne herein kein Mensch an das Gelingen desselben glauben. Mehr als das: statt der Hoffnungen sind es Proteste, mit denen man die Ankündigung des Reichstags begrüßt, Proteste gegen die Rechtsbeständigkeit und Competenz desselben, welche sich auf die ungeschwächte Rechtskraft des Februarpatents stützen. Die Verständigung mit Ungarn, welche die Voraussetzung der Wirksamkeit des neuen parlamentarischen Rüstzeugs ist, macht nicht allein keine Fortschritte, sondern wird durch neue Schwierigkeiten immer unwahrscheinlicher. So durch die entschieden feindliche Stellung, welche Kroatien gegen das Magyarenthum in jüngster Zeit wieder eingenommen hat und durch den nothgedrungenen Entschluß der Wiener Regierung, in dem System der allgemeinen Dienstpflicht eine innere Verstärkung der österreichischen Wehrkraft zu suchen, während dieses System mit den altverbrieften Rechten, den Gewohnheiten und den gesellschaftlichen Verhältnissen Ungarns im entschiedenen Widerspruche steht. Bei der deutschen Bevölkerung des Kaiserstaats ist die Verstimmung und Entmuthigung in sichtlichem Zunehmen, wiewohl man nicht begreifen darf, daß die Langmuth derselben auch die schwersten Proben siegreich bestehen werde, auf welche sie neuerdings durch beleidigende Zurücksetzung gegen Magyaren, Tschechen u. s. w. gestellt worden ist. Ihre beste Stütze findet die österreichische Regierung zur Zeit in Galizien, dessen polnische Bevölkerung durch den immer schroffer werdenden Gegensatz zu den Ruthenen der Wiener Cabinetspolitik in die Arme getrieben wird. Die nationalen Hoffnungen der Polen überdauert suchen ihren Rückhalt seit einiger Zeit in Oesterreich, dessen Beistand ihnen allerdings unter Umständen förderlicher werden kann, als der französische Schutz oder die Revolution, die wechselseweise ihre Unwirksamkeit oft genug bewährt haben, um von gesunden Menschenverstandes wegen endlich außer Rechnung gelassen zu werden.

— Der französische Kaiser hat das neue Jahr mit Worten des Friedens eingeleitet, welche sehr aufrichtig klingen und wahrscheinlich auch aufrichtig gemeint sind, die indessen ihren Zweck, die Beruhigung des öffentlichen Geistes, gleichwohl nicht ganz erreicht haben. Man möchte sagen, die französische Eifersucht auf Preußen und Deutschland fürchtet sich vor sich selbst, sie traut sich nicht zu, die Bitterkeiten, welche ihr das vorige Jahr gebracht, verwinden zu können, sie glaubt sich vielmehr fort und fort auf einen unwillkürlichen Ausbruch ihres eigenen Grolles gefaßt halten zu müssen. Jeden Falls aber wird bis dahin auf eine geraume Frist der Sammlung zu rechnen sein, nicht sowohl wegen der Pariser Gewerbeausstellung, als aus dem viel triftigeren Grunde, weil Frankreich inmitten seiner Heeresreorganisation einen großen Krieg zu führen nicht im Stande ist.

— In Spanien dauert, wenn auch nicht das Königthum, so doch wenigstens das regierende Haus, im Knaster, dem Rande eines bodenlosen Abgrunds zu. Die spanischen „Democraten" sind ohne Zweifel noch größere Phantasten als ihre Namensvettern in manchen andern Ländern, in einem Punkte aber haben und behalten sie augenscheinlich Recht: mit der Königin Isabella und der ganzen bourbonischen Sippschaft ist keine erträgliche Existenz für Spanien länger möglich. Die liberale Opposition in Spanien, es ist wahr, hat durch Verketzerthesten und Maßlosigkeiten, durch Zungendrescherei und Nichtsthun, durch Selbstsucht und Unfähigkeit an ihrem eigenen Ruin wirksamer gearbeitet als die Camarilla und die Schwester Patrocinio; die Tollheit und Blindheit der jetzigen Reaktion jedoch ist dazu gemacht, alle Sünden und Versäumnisse des Liberalismus binnen kürzester Zeit in Vergessenheit zu bringen. Ein sehr beachtenswerther Umstand ist es dabei, daß das Ministerium Narvaez gleichwohl — oder vielleicht eben deshalb? — von dem Tuilerienecabinet ans lebhaft begünstigt wird.

— Während der Aufstand der Kandioten von den Türken mühsam bewältigt wird, wächst die Gährung auf dem europäischen Festlande des osmanischen Reiche. In Thessalien, Epirus und sogar in der Bulgarei, die sich bisher noch niemals gerührt hat, droht Empörung und wird der Beistand der Christenheit gegen das muhamedanische Joch angerufen; Serbien und Montenegro machen Miene zum Kreuzzuge gegen den Halbmond, und die moldau-walachische Regierung geht mit großen Plänen schwanger. Das Königreich Griechenland wird nur durch diplomatischen Einfluß von dem Bruche mit der Türkei zurückgehalten, und auch Italien hat, wie es scheint, nicht übel Lust zu einem orientalischen Abenteuer, in welchem möglicher Weise eine gute Beute zu holen wäre. Rußland schürt den Brand, und Preußen würde denselben vermuthlich nicht ungern zum Dache hinausschlagen sehen. Die übrigen Großmächte sind heute, wie immer, einig in dem Wunsche, die Krisis hinzuhalten, aber in großer Verlegenheit wegen der Mittel zum Zweck. Man spricht von einem Congreß, auf welchem die Gewährleistung der Integrität des osmanischen Reichs, gegen angemessene Zugeständnisse an die christliche Bevölkerung desselben, zur Sprache gebracht werden solle. Mit einem solchen Flickwerk würde der bankalligen hohen Pforte gewiß nicht geholfen sein.

Der Nationalverein vor und nach dem Kriege.

II.

N Die Politik des Nationalvereins vor dem Kriege war also das naturgemäße Produkt der Zeit und der Lage. Weiß der Himmel, es war eine sehr mißliche Lage und eine beinahe unlösbare Aufgabe. Auch ist unter allen Anklagen des Vereins uns noch nicht Einer aufgestoßen, der einen gangbaren Weg zu zeigen vermocht hätte, auf dem wir bessere Aussicht gehabt hatten, unser Ziel zu erreichen. An die, welche dem Nationalverein vorwerfen, seine Revolution gemacht, oder wohl gar, das vor Kampflust glühende deutsche Volk am Loofchlagen verhindert zu haben, ist kein Wort zu verschwenden. Umgekehrt beschuldigt man uns, zu viel bloße Agitation getrieben zu lange versäumt zu haben, uns an „die einzige wirksame politische Kraft in Deutschland", die Regierung Preußens, anzulehnen. Aber man sage uns doch, wann und wo für die liberale Nationalpartei die Möglichkeit gegeben war, mit der damaligen Berliner Politik zusammenzuwirken, ohne aufzuhören, die liberale Nationalpartei zu sein? Und auch gesetzt, sie hätte diese Hälfte ihrer Seele drangegeben, wo war denn vor dem Kriege ein sicherer Anhaltspunkt dafür, daß die preußische Regierung die nationale Aufgabe in die Hand nehmen würde? Vielmehr mußten wir die Berliner Cabinetspolitik auch auf diesem Gebiete für unsere Gegnerin halten. Graf Bismarck hat sich zwar, wie aus den bekannten Briefen ersichtlich, schon 1860 darüber beschwert, daß er von uns verkannt werde; aber selbst noch im Frühjahr 1866 war es nur ein verschwindendes Häuflein von Hellsehern, welche an ihn und seinen preußischdeutschen Stern glaubten. Thatsachen von überzeugendem Gewicht für die Nation, waren vor der großen Hauptprobe noch keine vorhanden — wenn schon wir zugeben, daß ohne die Einwirkung des inneren Conflikts die Erfolge der Bismarck'schen schleswig-holsteinischen Politik, namentlich die beim Ausland gegenüber errungenen, jedenfalls besser gewürdigt worden wären, als es unter den gegebenen Umständen der Fall sein konnte.

Doch jetzt hat sich Alles geändert, in den Menschen so gut wie in den Dingen. Skizziren wir die Hauptzüge des eingetretenen Umschwungs, so weit sie den Nationalverein angehen:

Digitized by Google

Vor dem Kriege erschien als einziger Weg zum Ziele der Sturz des herrschenden und die Herstellung eines liberalen Regiments in Preußen, welches dann die Neugestaltung Deutschlands in die Hand nehmen sollte. Um diesen Wandel in Berlin zu bewirken, mußte man, wie neulich ausgeführt, eine möglichst große und geschlossene Macht des öffentlichen Willens auf die Beine zu bringen suchen. Dies war aber nur möglich durch Compromisse innerhalb der verschiedenen Schattirungen der nationalen Bewegungspartei. Nicht minder mußte man Preußens innere Opposition nach Kräften unterstützen und durfte nicht gegen sie selbst wieder Opposition machen, auch wenn man die Art ihrer Kriegführung ganz oder theilweise mißbilligte.

Heute schwebt das große Ziel nicht mehr in dämmernder Ferne, zu der neuen einheitlichen Verfassung Deutschlands ist bereits der Grund gelegt, es gilt den Auf- und Ausbau des begonnenen Werkes. Hier die gedeihliche Constituirung des Norddeutschen Bundes wie die Einfügung des Südens, ist nur möglich durch Zusammenwirken mit der bestehenden preußischen Regierung. Compromisse der Nationalpartei mit dieser Regierung, das sind die von der heutigen Lage und Aufgabe gebotenen. Wir müssen Alles aufbieten, um so viel Stärke zu gewinnen, daß die Regierung unseres guten Willens nicht entrathen kann, ohne das Werk selbst zu gefährden; aber wir dürfen gleichzeitig nicht vergessen, daß dieses Werk ein von ihr und uns gemeinschaftlich, somit nur durch gegenseitige Verständigung zu vollbringendes ist. Dabei ist sie jedoch insofern im Vortheil, als sie ohne uns allerdings nichts Rechtes, wir ohne sie aber gar Nichts vermögen. Höchstens könnten wir ihr die Lösung ihrer Aufgabe erschweren, damit würden wir aber gegen unser eigenes Interesse wüthen.

Dagegen würde es in unserer heutigen Lage keinen Sinn und Verstand mehr haben, wollten wir mit Parteien, deren Urtheil darüber, was diese heutige Lage zu thun und zu lassen gebietet, in wesentlichen Punkten von dem unserigen abweicht, bloß deßhalb uns verkoppeln, weil ihr Zusammengehen mit uns unter gänzlich anderen Umständen erfolgverheißend schien.

Jedoch — wer sind denn eigentlich „Wir“? Der Nationalverein in seinem jetzigen Mitgliederbestande, gut; allein wir will und wird er sich zur gegenwärtigen Aufgabe verhalten: wird er die eben aufgestellten Gesichtspunkte sich aneignen oder aber z. B. die Ansicht der Volkszeitung, daß die liberale Nationalpartei unentwegt das Banner der Reichsverfassung hochhalten müsse? Ohne Frage, diese Ansicht stimmt mit der von uns verfochtenen schlecht zusammen. Denn wer sich mit der preußischen Regierung vertragen will, wird nicht umhin können, den von ihr vorgelegenen Entwurf der neuen Bundesverfassung rückhaltlos als Grundlage anzunehmen. Dagegen die Reichsverfassung fordern, heißt, sich vorneweg auf den Standpunkt einer bloß verneinenden Opposition zurückziehen, und damit die Regierung nöthigen, ihren Inhalt vielmehr bei unseren Gegnern zu suchen, da Niemand im Ernste glauben wird, daß sie, wie heute die Dinge liegen, zur Annahme des Werkes von 1849 gebracht werden könnte. Für dieses war vielmehr eine Zukunft zu hoffen nur unter den alten, jetzt hinfällig gewordenen Voraussetzungen, wenn nämlich der Umschwung der deutschen Verhältnisse überwiegend durch die Kraft und Initiative der Nation bewirkt worden wäre.

Aber wahr ist, daß diese Ansicht der Volkszeitung recht wohl innerhalb des bisherigen Nationalvereins gehegt werden kann; es ist Nichts in seinem Statut oder seiner Geschichte, was sie ausschließt. Desselben sind wir natürlich von der unserigen überzeugt; und dergleichen gegensätzliche Auffassungen ließen sich noch mehrere anführen, welche alle im alten Nationalverein recht wohl bei einander wohnen konnten, jetzt aber „hart im Raum einander stoßen“. Denn vor dem Kriege lebten wir im Reich der Ideen, jetzt aber leben wir in der wirklichen Welt.

Freilich, bis vor Kurzem konnte es noch gehen, durch ein möglichst allgemein gehaltenes Programm diese Gegensätze einzuhüllen und scheinbar unter Einen Hut zu bringen. Aber damit wird es zu Ende sein, sobald wir, mit dem Zusammentritt des Reichstags, an die Geschichte, an die praktischen Aufgaben herantreten haben. Aehnliches hat sich ja auch schon im Abgeordnetenhause gezeigt, wo das Zerbröckeln der Fortschrittspartei mit dem besten Willen nicht aufzuhalten war. Tausch uns nicht Alles, so war der Aufruf des Berliner Centralcomité's die letzte Manifestation jener alten Einmüthigkeit im Unbestimmten, wenn auch ihrem nächsten Zweck vollkommen entsprechend.

Das soll natürlich nicht heißen, daß künftig keine Coalitionen der liberalen Parteien, zur Bekämpfung der gemeinsamen Gegner, mehr vorkommen werden oder sollen; sondern nur dies, daß eine bestimmte, fest organisirte Partei für die neue Lage und Aufgabe auch ein klares bestimmtes Programm wird haben müssen.

Eine Reorganisation des Nationalvereins in diesem Sinne, halten wir allerdings für geboten, wenn er nicht an innerer Zersetzung sterben soll. Wir haben die Compromißpolitik des Vereins neulich als eine seiner Zeit unumgängliche vertheidigt, müssen aber jetzt auch einen empfindlichen Nachtheil hervorheben, den sie unläugbar im Gefolge gehabt hat. Durch die wachsende Spannung, welche der innere Conflikt in Preußen zwischen dem Einheits- und Freiheitsinteresse der Nation hervorrief, hatte sich der Verein genöthigt gesehen, zwischen verschiedenen, sich immer mehr von einander entfernenden Standpunkten die Schwebe zu halten, deren äußerster links mit dem äußersten rechts schließlich nicht viel mehr gemein hatte, als etwa den Gedanken: Es muß anders werden in Deutschland. Hiedurch befriedigte er aber zuletzt Niemanden mehr vollständig; wer nur halbwegs gerecht und billig dachte, sagte sich zwar, daß die Sache nun einmal nicht anders gehe, aber eine rechte Freude, eine rechte innerliche Theilnahme hatten Wenige mehr an einer Gemeinschaft, in der sie nur einen halben und verschwommenen Ausdruck ihrer eigenen Anschauungen und Bestrebungen wieder erkannten. Daraus entstand allmälig Etwas, was schlimmer war, als Abneigung, nämlich Gleichgültigkeit. Man wußte ja doch nicht genau und bestimmt, was man in seiner Eigenschaft als Mitglied des Nationalvereins eigentlich wollte und wollen sollte, und so ließ man denn die Sache laufen, wie sie lief, und blieb dem Verein am Ende nur noch getreu aus alter Anhänglichkeit und in Erinnerung an die unbestreitbaren Verdienste, die er sich um die Belebung des nationalen Gedankens in seiner Blüthezeit erworben. Dazu kam dann der Mangel alles und jedes handgreiflichen Erfolgs, der diese Verdienste der inneren Vorbereitung mehr und mehr in Vergessen brachte.

Heute vollends sind ja alle alten Parteien, nur die ganz außerhalb des geschichtlichen Lebensstroms stagnirenden, wie die Ultramontanen und süddeutschen Radikalen, etwa ausgenommen, in Schwanken und Auflösung gerathen. Am allermeisten aber mußte von der Umwälzung der nationalen Dinge naturgemäß die Nationalpartei berührt werden. Die übrigen sind mit einem Stück, sie ist mit dem Ganzen ihrer Thätigkeit auf einen neuen Boden gestellt. Mit unseren alten Programmen ist jetzt überall Nichts mehr zu wollen, sie gehören der Geschichte unserer Danaidenarbeit in Altdeutschland an.

Preußische Landtagsbriefe.

VIII.

Berlin, 6. Jan. Die Ferien gehen zu Ende. Das Abgeordnetenhaus hält morgen wieder Sitzung. Der Kommission des Herrenhauses, welcher die Regierungs-Vorlage in Bezug auf die durch die Wahlen in den neuen Landestheilen nothwendig gewordenen Abänderungen der Verfassung und des Wahlgesetzes überwiesen ist, sollte sogar schon gestern zusammentreten, wenn der Berichterstatter (Kleist-Retzow) bis dahin zu berichten bereit wäre. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über diese Vorlage vom 21. Dez. v. J.

Digitized by Google

können dem Herrenhause erst 21 Tage nach der zweiten Lesung zugehen, also gegen den 12. Januar. Da nun auch im Herrenhause darüber zweimal, mit einem Zwischenraum von 21 Tagen, Beschluß gefaßt werden muß, so muß die Sache sehr expeditiv behandelt werden, wenn sie noch in dieser Session erledigt werden soll, die man nicht über den Januar hinaus fortgesetzt sehen möchte. Sonst würde ihre Erledigung eine besondere Sommer-Session nöthig machen, für die man freilich noch einige wichtige, wenn auch nicht gerade eilige Sachen aufsparen könnte, um die gegenwärtige Session dann um so rascher zu schließen, was wegen der Wahlen zum norddeutschen Parlamente allerdings sehr wünschenswerth wäre. Nach mancherlei Anzeichen zu schließen, wünschen Kleist-Retzow und die Ultras der Junkerpartei im Herrenhause jene Vorlage über die Verfassungs-Aenderungen zu verschleppen, um in der Zwischenzeit für das eigene Haus zu sorgen und ihm „zuverlässige" Mitglieder und Hülfsarbeiter aus den neuen Landestheilen zu sichern. Zwar kann der König „aus persönlichem Vertrauen" so viel neue Pairs aus den neuen Provinzen ernennen, als ihm zuräthlich, und Herr v. Kleist-Retzow u. Gen. hoffen auch wohl vertrauensvoll, daß dieses königliche Vorrecht lediglich zu Gunsten des „treuen" Adels werde ausgeübt werden, wenn diese „Treue" auch spritzisch, welfisch, hessisch oder nassauisch gefärbt ist. Aber — sicherer ist sicherer, und wo es die Befestigung der Standesherrschaft gilt, wissen diese Herren, trotz ihrer sonstigen Bewunderung der unbeschränkten Machtfülle des Königthums von Gottes Gnaden, eine Beschränkung desselben zur Förderung ihres Privatvortheils sehr wohl mit ihrer loyalen „Königstreue" zu vereinigen. Sie haben unter Bismarck's Regiment vortrefflich gelernt, sich in politischen Angelegenheiten mit ihren „Prinzipien" abzufinden, und thun das auch im Handel und Wandel. So erschien Herr v. Kleist-Retzow in diesen Tagen auf der Börse! Er hat sich nämlich mit manchen anderen Gesinnungsgenossen, trotz ihrer vielen Deklamationen gegen den „Wucher", an der verunglückten riesigen Kornspekulation eines Herrn Hüttemann betheiligt, die den Spekulanten die Herrschaft über die Kornpreise sichern sollte. In Bezug auf das Herrenhaus steht diesen Herren nun die königliche Verordnung von 1865 im Wege, durch welche die Bildung des Herrenhauses auf dem Verordnungswege für abgeschlossen erklärt wurde, nachdem die unter der neuen Aera von 100 auf 50 herabgesetzte Zahl der Sitze für den „alten und befestigten Grundbesitz" wieder auf 100 gebracht war. Sie möchten nunmehr auch die verschiedenen Kategorien, welche das Herrenhaus durch Uebereinkunft der dem Könige im Jahr 1854 durch die Kammern übertragenen legislatorischen Befugniß recht eigentlich zu einer Vertretung des grundbesitzenden Adels gemacht haben (der alte und befestigte Grundbesitz, die Familien- und Grafen-Verbände ꝛc.) auf die neuen Landestheile ausdehnen. Gesetzlich ist das nur ausführbar durch ein Gesetz, und ein solches ist eben nicht ohne die Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu Stande zu bringen. Da mögen sie nun nach Auswegen suchen und denken: Zeit gewonnen, viel gewonnen! —

Die Regierung hat den Bundesgenossen mitgetheilt, daß sie den Zusammentritt des norddeutschen Parlaments, welches nun doch zur großen Beruhigung des Herrenhauses, nicht in dessen, sondern in des Abgeordnetenhauses Räumen tagen soll, bis zum 15. Februar ermöglicht zu sehen hoffe. Die Wahllisten sollen in Preußen am 15. Januar aufgelegt werden. Die Eintheilung der Wahlkreise, die man im Großen und Ganzen als sachgemäß und nicht tendenziös anerkennen kann, und das Wahlreglement ist veröffentlicht. Nach diesem brauchen die Wahlzettel nicht geschrieben zu sein; die Wähler können sich auch gedruckter, oder besser lithographirter Zettel bedienen, wel man bei gedruckten Zetteln leicht den Namen von der Rückseite lesen kann, was einem besonders „gewissenhaften" Wahlvorstande Veranlassung zur Ungültigkeitserklärung des Zettels geben könnte. Das Geheimniß der Wahl ist für kleine ländliche Gemeinden sehr dreinträchtigt durch die Bestimmung, daß die Wahlurnen nicht an den Hauptort zusammengetragen, sondern an Ort und Stelle geöffnet werden sollen. Die Regierung hat bereits begonnen, Regierungs-Kandidaten durch ihre Organe in der Provinz aufstellen zu lassen und scheint dabei vorzugsweise ihr Augenmerk auf die Oberbürgermeister gerichtet zu haben, die ja in der Regel ziemlich bedeutenden Einfluß auf die Bevölkerung haben. Hr. Bachem in Köln, der Urheber des Verbotes des Abgeordnetenfestes, hat sich natürlich ganz zur Verfügung gestellt und bereits mit den Beamten der verschiedenen ihm unterstehenden Eisenbahnen die nöthige „Rücksprache" genommen, während der Oberbürgermeister von Elberfeld, Hr. Boedt, entschieden abgelehnt haben soll, sich als Gegenkandidat gegen Hrn. v. Forckenbeck aufstellen zu lassen. Die Wahlagitation im Lande nimmt allmählig an Lebendigkeit zu, obwohl bestimmte Kandidaten nur erst für wenige Kreise fest in Aussicht genommen sind. Das Wahlresultat ist noch ganz unberechenbar, wird aber, wie ich fürchte, für die liberale Partei schwerlich sehr günstig sein.

Die Bevollmächtigten der einzelnen Bundesregierungen sind bereits gestern wieder zu einer Berathung zusammen getreten. Offiziell ist über den Inhalt der preußischen Vorlage noch nichts bekannt; die Offiziösen beschränken sich auf gelegentliche geheimnißvolle Andeutungen. Wenn z. B. die „Kreuzzeitung" und die „Volks-Ztg." von sehr verschiedenen Standpunkten aus, über den Mangel eines Staatenhauses sich ereifern, an dessen Stelle ein neuer Bundestag, aus Bevollmächtigten der einzelnen Fürsten bestehend, treten soll, so erklären die Offiziösen mit übergelegenem staatsmännischem Lächeln: „Ja, ja, der neue Bund ist eben nicht nach der Schablone gearbeitet; er ist weder Bundesstaat, noch Staatenbund, noch bloßes Bündniß; sein wesentlichstes Merkmal ist, daß er die Pflichten vor den Rechten betont." Darum finden sie es auch ganz in der Ordnung, daß die „sogenannten Grundrechte, ohnehin von sehr zweifelhaftem Werth", in der Bundesverfassung keinen Platz finden, sondern der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überwiesen werden. —

Eine vollständige Kritik des Verfassungs-Entwurfes läßt sich erst geben, wenn dieser selbst vorliegt. Aus dem bis jetzt Bekannten kann man z. B. nicht mit Bestimmtheit ersehen, in wie weit der König von Preußen als der Träger der vollen Centralgewalt, oder als ein durch den neuen Bundesrath mehr oder minder gehemmter „Beamter des Bundes" zu betrachten ist — eine Stellung, die Bismarck allerdings früher einmal als die, den Fürsten gegenüber, leichter durchführbare bezeichnete. Insofern treten in den Mittheilungen der verschiedenen Zeitungen, namentlich der „Weser-Zeitung", die wir für richtig zu halten alle Ursache haben, einige sehr bedenkliche Punkte hervor, gegen welche die liberale und nationale Partei schon jetzt bestimmt Stellung nehmen muß, weil sie das Ziel gefährden und weil jetzt, wo die Dinge noch im Fluß sind, eine Abänderung eher möglich ist, als nach dem Abschluß der Berathungen der Regierungs-Bevollmächtigten. Bismarck würde vielleicht abermals den Vorwurf erheben, daß die liberale Partei, als es noch zu reden Zeit war, geschwiegen und ihn über ihre Wünsche und Forderungen ganz im Unklaren gelassen hätte.

Ich beschränke mich natürlich auf die wichtigsten und auch offiziös bestätigten Punkte. Wenn das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht den richtigen Ausdruck des Volkswillens zu Tage fördern und nicht bloß ein Werkzeug in der Hand der herrschenden Gewalt sein soll, so muß für das ganze Bundesgebiet die Freiheit der Person und der Presse (hier in Berlin ist schon ein Flugblatt an die Reservisten und Landwehrmänner konfiscirt, welches einzelne Provinzialblätter unangefochten abdrucken!), des Vereins- und Versammlungsrechts verfassungsmäßig gewährleistet und es darf die Wählbarkeit nicht dadurch beschränkt werden, daß man die Staatsbeamten durch ein Verbot, und die Unbemittelten durch Verfagung von Diäten und Reisekosten von der Bewerbung um ein Mandat ausschließt *).

*) Dem Diätenmangel ließe sich immerhin anderweitig abhelfen. D. H.

Digitized by Google

Bride B:schränkungen würden unter unseren deutschen Verhältnissen von dem größten Nachtheil für die Bedeutung des Parlamentes sein. Die Sachkenntniß der Beamten ist für jetzt noch jeder parlamentarischen Versammlung unentbehrlich, und die Erfahrung lehrt, daß der Reichthum durchaus keine Garantie für parlamentarische Befähigung bietet.

Viel schlimmer aber noch ist die Bestimmung, welche der Centralgewalt ein Militär-Budget von 66 Millionen Thalern jährlich zusichern und diesen Normal-Etat jeder parlamentarischen Einwirkung entziehen soll. Das kann die liberale Partei nun und nimmermehr zugeben, und in allen deutschen Ländern sind doch die Liberalen die sichersten Stützen der zu erstrebenden Einheit. Eine Verfassung, die mit der Vernichtung bestehender Volksrechte beginnt, wird weder den Süden anziehen, noch den Norden zusammenhalten. Für die preußische Volksvertretung ist jede wirksame Einwirkung auf die Staatsverwaltung verloren, wenn ihr der Militär-Etat entzogen wird, welcher alle übrigen Posten des Budgets an Bedeutung weit überragt. Sie hat schon in ihrer letzten Adresse an den König erklärt: „Wenn Rechte des preußischen Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, so muß diesem die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein.“ Darnach muß das preußische Abgeordnetenhaus eine Bundesverfassung mit einem Normal-Militär-Etat, welcher das Budgetrecht für beide Volksvertretungen vollständig illusorisch macht, entschieden ablehnen, und das haben auch bereits einige hervorragende Mitglieder der nationalen Fraktion (Twesten, v. Unruh, v. Hennig) in Briefen an ihre Wahlkreise unumwunden ausgesprochen. Auch der Präsident v. Forckenbeck theilt diese Ansicht durchaus. —

Die „Weser-Ztg.“ setzt bei Bismarck eine doppelte Absicht bei der Feststellung der Bundesverfassung voraus: die Wirksamkeit des constituirenden Parlaments lähmt er durch vertragemäßige Abmachungen mit den Regierungen über die einzelnen Bestimmungen, und die größeren oder geringeren Befugnisse des definitiven Reichstages wägt er ab nach der geringeren oder größeren Willfährigkeit der Bundesfürsten, den Forderungen Preußens nachzukommen. Wie dem aber auch sei, das kann Niemand verkennen, daß aus dieser neuen Bundesverfassung, je nach ihrem Inhalt, eine größere Gefahr für die ganze konstitutionelle Entwicklung ersteben kann, als diese bis jetzt bestanden hat. Für das preußische Volk steht viel auf dem Spiele. Wie mangelhaft unsere Verfassung auch ist — sie bildet doch eine grade jetzt einigermaßen gesicherte Grundlage für die weitere Entwicklung des konstitutionellen Lebens, und wir können und dürfen sie nicht preisgeben ohne sicheren Ersatz. Nur wenn dem norddeutschen Parlament alle die Rechte gesichert sind, die ein Parlament bedarf, um lebensfähig zu sein, darf die preußische Volksvertretung zu einem Provinzial-Landtage sich herabdrücken lassen. Ein norddeutsches Parlament für die materiellen Interessen, ohne politische Rechte, neben einem preußischen Abgeordnetenhause mit politischen Rechten, die bei dem Mangel jedes Einflusses auf die materielle Entwickelung rein in der Luft schwebten, — das sind unhaltbare Schöpfungen, die sich gegenseitig zum größten Schaden der Volks-Interessen hemmen und lähmen. Ist das die Meinung, so wird das norddeutsche Parlament ohne Sang und Klang in's Grab sinken, wie weiland das Erfurter. Dann wäre es wahrlich noch viel besser, „wenn die kleinen Staaten, wie Waldeck einmal sagte, ihre Sache in Berlin abmachten“, indem bei Berathung gemeinsamer Angelegenheiten ihre Vertreter dem Abgeordnetenhause zuträten. Ohne allerlei Anomalien geht es in einer Uebergangs-Periode einmal nicht ab. Ein Bundesstaat unter Monarchien ist ein bis jetzt praktisch noch nicht gelöstes Problem, und ein bundesstaatliches Verhältniß zwischen einem Staate von 24 Millionen und anderthalb Dutzend fürstlicher und freistädtischer Territorien mit zusammen 4½ Millionen Einwohnern sieht von vornherein nicht sehr haltbar aus. Auf den Einheitsstaat drängt unsere ganze Entwickelung seit dem letzten Kriege sichtlich hin, und auf den Einheitsstaat muß auch das Parlament zugeschnitten sein, wenn man ihm nicht den Todesstein schon in die Wiege legen will. — Auffallend könnte es erscheinen, daß die offiziöse Zeitung von Zeit zu Zeit immer wieder zur Constituirung eines Südbundes ermuntert, von dem im Süden anscheinend, außer den „Staatsmännern“ der „Volkspartei“, Niemand etwas wissen will; aber vielleicht ist das auch ein „Stein des Systems“ — zur Vereinfachung der Schlußabrechnung! —

In der Proklamation, durch welche der Augustenburger die Schleswig-Holsteiner ihrer Verpflichtungen gegen sich entbindet, liest man mit Erstaunen, fast mit Twesten's Worten, die bestimmte Versicherung, daß der Erbprinz vor dem Kriege sich mit dem Könige über das künftige Verhältniß beider Länder im vollen Einverständniß befunden habe. Bismarck erklärte es neulich mit großer Gereztheit für unwahr, daß der Erbprinz jemals annehmbare Bedingungen rücksichtslos angenommen habe, und drohte mit Veröffentlichung von Briefen, mit denen er nun wohl wird hervortreten müssen.

---

† Aus Süddeutschland Anfang Jan. Die Sturmfluth der Leidenschaften hat ausgebraust, der Wellenschlag des stolzgreifsten beschwichtigt sich zusehends, die Urtheilskraft gewinnt die Oberhand über Wuth, Haß und Verblendung. Noch einige Wochen zum Sammeln der Besinnung, dann wird auch drei uns zu Lande den Thatsachen, welche das abgelaufene Jahr geschaffen, mit Ruhe ins Gesicht zu sehen und die unabweislichen Folgerungen aus denselben mit Fassung hinzunehmen und mit einiger Umbefangenheit zu würdigen gelernt haben. Schon heute sind es nur noch vereinzelte Köpfe, die sich auf der „Höhe der Stimmung“ des vorigen Sommers behaupten. Selbst im Schwabenland hat die damalige Verschwörung der Gesinnung und des politischen Verstandes eigentlich nur noch eine einzige Stütze — das Redaktionsbüreau des Stuttgarter „Beobachters“.

Der ganze Geist dieses Blattes spiegelt sich in dem Leitartikel der diesjährigen zweiten Nummer desselben, welcher deßhalb der näheren Betrachtung werth ist.

Die Machthaber, sagt der „Beobachter“, wissen was sie wollen, jedoch: „was wir wollen, das wissen auch wir“ Möglich, daß es ist, in diesem Falle aber macht der Beobachter aus seinen Absichten ein tiefes Geheimniß, denn keine Leser wissen bis auf den heutigen Tag in dem wichtigsten Dingen nicht, was er will. Will er den Bundestag Souverainetätsrechte und die abgetretenen Fürsten auf ihre Throne zurückgeführt sehen? Bezweckt er die Einführung der Reichsverfassung von 1849, oder eine allgemeine deutsche Revolution? Hat er einen monarchischen oder einen republikanischen Bundesstaat im Sinn? Auf alle diese und viele andere Fragen deutschen Belangs hat er noch mit keinem Worte geantwortet. Mit allgemeinen Redensarten von deutscher Freiheit und deutschen Föderativmaß ist diese Lücke nicht ausgefüllt; wer wirklich weiß was er will, von dem darf man wenigstens die Aufklärung bestimmter Begriffe und deutlicher Ziele verlangen.

„Immerdar, sagt der „Beobachter“ weiter, werden wir diejenige Einheit bekämpfen, welche nicht auf die Freiheit und auf die Vielheit gebaut ist.“ Für ein Blatt, welches sich selber klar zu sein behauptet, ist diese Ausdrucksweise jenen Falls sehr unklar. Die Einheit innerhalb der Vielheit ist ein Räthsel, das freilich eine vermittelnde Deutung zuläßt, das jedoch im schwäbischen Munde eben so gut den bekannten verrechten Kreis bedeuten kann. Mit solchen dunkeln Worten bezeugt man nicht, daß man weiß was man will.

„Aber, fährt das Stuttgarter Blatt fort, wird das Vaterland in tausend Fetzen zerrissen werden, als daß es sich freiwillig einem Herrn, einem Einzigen beugt.“ Wir wollen, so wenig wie irgend Jemand, daß das Vaterland sich überhaupt beuge, geschweige denn vor einem Herrn — noch weniger, daß es sich vor vielen Herren beuge, am allerwenigsten aber, daß es in tausend Fetzen zerrissen, und wie alsdann doch wohl geschehen würde, von Pferden und Kühen mit Füßen getreten werde. Wie nun aber, wenn wir von der in ihrer Unbestimmtheit nichtssagenden Phrase zum praktischen Falle übergehen: gilt der König von Preußen dem „Beobachter“ für einen „Herren“ in einem andern Sinne des Worts, als der König von Baiern oder von Würtemberg? Und wenn nicht, wie man doch wohl zu Ehren des gesunden Menschenverstandes annehmen muß; wäre es in den Augen des „Beobachters“ wirklich ein so entsetzliches Unglück, wenn die bestehende deutsche Bielherrlichkeit der preußischen Einheitlichkeit wiche, daß leichter die Zerreißung „in tausend Fetzen“ nachdrücklich geringere Uebel sein würde? Mag der „Beobachter“ dazu Ja oder Nein sagen, immer kommt er damit auf ein Geständniß der eigenen Thorheit hinaus.

„Wie werden hier im Süden, heißt es weiter, den Anschluß an den Nordbund so lange bekämpfen, als in diesem irgend ein Rest nach seiner Willkür, und nicht das Volk nach seinem Willen herrscht.“ Dieser Gegensatz zwischen königlicher Willkür und rechtmäßigen Volkswillen ist wieder einer jener abstrakten Sätze, welche für die Anlegenheiten der deutschen Wirklichkeit ohne alle Anwendbarkeit sind. Der Volkswillen hat in Deutschland nirgends die überlegene Macht, welche der „Beobachter“ für denselben beanspruchi, und daß bis zu dem Augenblicke seiner Alleinherrschaft alle andern großen Volks-Interessen brach liegen und selbst die Bedingungen der Existenz der Nation in der Schwebe bleiben sollen, das könnte doch wohl nur die Zumuthung eines Tollhäusters sein.

Digitized by Google

„Wir werden jeder Zeit stark genug sein, jagt der „Beobachter" von den Süddeutschen, um eine Gestaltung zu verhindern, welche den Süden der Freiheit in dem Maße berauben würde, als es sich der Norddeutschen unter dem neuen Bunde gefallen läßt, in welchem thatsächlich der jeweilige König von Preußen das einzige sich noch selbst bestimmende Wesen ist." Die dreißig Millionen des Norddeutschen Bundes liegen also an der Kette der neuen Bundesverfassung, noch ehe dieselbe auch nur existirt; wie wird es erst werden, wenn das Parlament sie angenommen und Herr von Bismarck sie in Kraft gesetzt hat! Um indessen das Bild der schauderhaften Sklaverei des Nordens noch anschaulicher und abschreckender zu machen, fügt der Beobachter hinzu:

„Unser Württemberg ist heute das Asyl der deutschen Freiheit." Mit diesen Worten fällt die Anwaldheit geradezu ins Kindische. Württemberg mit seiner durch die russische Staatsstreich, ohne Widerstand und ohne zu sagen ohne Wiederrede, erstaunten Verfassung, mit seiner Standesherrenkammer, mit seinem, zu einem Viertheile aus Vertretern der Ritterschaft und Prälaten, und zur Hälfte aus büreaukratischen Zöberern zusammengesetzten zweiten Kammer, Württemberg mit seinen ebenmäßigsichern Bürgermeistern, seinem „deutschen Universitätsregiment, seinen Stockprügeln — Württemberg der Hort der deutschen Freiheit! Um so zu sprechen, muß man am Ueberschwappen sein, oder sein Publikum für blödsinnig halten.

Genug der Uebertreibungen, der Albernheiten, der Unwahrheiten des Beobachters, die schließlich auf eine Verwerbung um die Bundesgenossenschaft „aller Parteien" hinauslaufen, denen an der Freiheit und an der Erhaltung der berechtigten Selbstständigkeit gelegen ist" — was sich ein hoher Adel und eine hohe ultramontane Geistlichkeit gefallen lassen wird. Daß der Beobachter mitunter Ausschneidereien und Schmeicheleien und seinen Bestechungsversuchen vor den seinen eigenen Landsleuten wenig Glück zu machen Ausschuß hat, dafür haben wir bereits sein eigenes, in der ersten Nummer des Blattes abgedrucktes Zeugniß. Dieser wirft nämlich sich bald zum wunderbare Gesinnung vorgelegt, daß die gesammte Intelligenz des Landes, einschließlich der Beamten, für die Vereinigung Württembergs mit dem Norddeutschen Bunde bereits so gut wie gewonnen sei. Selbst „die Offiziere mit wenigen Ausnahmen," sind, wie der Beobachter sich zu drücken „genöthigt gewesen." Sie wollen nicht mehr von dem „erbärmlichen Staat" wissen, „der die drüssen und tapferen Männer durch falsche Einrichtungen in so falsche Lagen bringt, daß sie da, wo sie ihr Beites zu thun und Leib und Leben für ihn einzusetzen bereit sind, als Krüppe und Thoren erscheinen müssen." — Was vodarf es dort weiteren Zeugnisses.

**. Aus Thüringen, 4. Jan. Daß Herr v. Bismarck nicht nur von der liberalen Presse, sondern auch auf ganz entgegengesetzter Seite verkannt wurde, dafür habe ich einige nicht unwesentliche Beweise, die nebenbei auf das politische Verständniß gewisser Kreise ein helles Licht werfen.

Im Frühling v. J. kam ein kleiner Erbprinz aus Thüringen von Berlin auf sein väterliches Schloß zurück, voll des Lobes der Hrn. von Bismarck.

„Ah," sagte er zu seiner Umgebung, „das ist ein großer Mann, unser Retter, Schützer der Demokratie, der Hort der Monarchie in Deutschland." Bemerken Sie wohl, diese Aeußerung fiel, als schon von Preußen der Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes in der Bundesstagssitzung vom 9. April gestellt war. Gleichwohl glaubte man nicht, daß ein preußischer Minister von Geist und Energie noch ganz andere Pläne im Kopfe haben konnte, noch eine andere Aufgabe sich gestellt, als die: der Junker St. Georg zu werden, welcher den Umwwmm des Liberalismus der deutschen Demokratie tödtet. Selbst vier Wochen später, vielleicht zwei Monate vor Königgrätz, hatten die kleinen fürstlichen Höfe kein Ahnung davon, daß Bismarck es wagen würde, gegen den Souverainetätsschwindel der deutschen Fürsten ein kräftiges Sturzbad anzuwenden. Jetzt freilich, nach Rückkehr ihrer Bevollmächtigten aus Berlin, von den Conferenzen zur Berathung über den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, sehen sie ein, daß es mit der bisherigen Kleinstaaterei absolut nicht mehr geht. So ungefähr ich sie klagt: bis noch vor Kurzem hatte man sich in einigen der ministeriellen Kreise dieser Kleinstaaten mit der Hoffnung getragen, daß der Norddeutsche Bund eine Art aufgewärmter Bundestag werden würde, mit einigen wenig einschneidenden Opfern. . . . Hier heute leben in größtenheils mit ihren politischen Ansichten von der Hand in den Mund, aber von Tag zu Tag, und der Stillstand, der seit dem Nikolsburger Frieden und dem Friedensschluß mit Sachsen eingetreten war, hatte ihre Hoffnungen wieder aufgefrischt, die einst, in jenen heißen Juni- und Julitagen, bis auf den Nullpunkt gesunken waren. . . . Und wissen Sie, was so überschwänglich und verstimmend auf diese kleinen, deutschen Minister gewirkt und ihnen das Weihnachtsfest so gründlich verdorben hat? Daß die für den einzelnen Mann des Norddeutschen Bundesheeres zu zahlende Rate auf 225 Thaler jährlich festgesetzt worden. Diese einzige Bestimmung ist hinreichend, um die bisherige Soldatenspielerei dieser kleinen, ohnmächtigen Gemeinwesen unmöglich zu machen. Bis jetzt war freilich das Militärbudget in den meisten dieser sogenannten Staaten um wenigstens zwei Drittheile niedriger als es von nun an in Folge dieser Bestimmung sein wird. Aber genau betrachtet war es trotzdem unendlich kostspieliger, weil mit den dafür verausgabten Summen durchaus kein Zweck erreicht wurde.

In den 15 „Staaten", welche früher die Reservedivision des Bundesheeres für den Festungsdienst stellten, sind in den fünfzig Jahren des Bestehens des deutschen Bundes Millionen und wieder Millionen ausgegeben worden. Diese Ausgabe war durchaus nutzlos, denn diese kleinen Contingente würden — wie dies die Erfahrungen des Jahres 1866 bei den größeren Contingenten von Baiern, Württemberg, Hessen, Hannover, Baden u. s. w. gezeigt haben — in einem Krieg mit einer großen Militärmacht, wie Frankreich oder Rußland, gegenüber einer einheitlich organisirten und commandirten großen Armee durchaus unbrauchbar gewesen sein; wie würden genöthigt gewesen sein, dieselben, um sie brauchbar zu machen, im Angesicht des Feindes der preußischen Heeresformation einzuverleiben.

Bisher war das Militärwesen in diesen kleinen deutschen Staaten, ein gänzlich kostspieliger Zeitvertreib für Fürsten und Prinzen. Jetzt wird es zwar auch eine kostspielige Anstalt, aber eine ernste, der Vertheidigung, der Sicherheit, der Würde und Ehre unseres deutschen Vaterlandes gewidmete Anstalt.

Diese Ersparniß, diese Opfer werden wir bringen müssen. Aber wir werden diese Opfer nicht umsonst bringen. Ueberdies werden wir Gelegenheit haben, im Bereiche der kleinstaatlichen Verwaltung beträchtliche Ersparnisse zu machen. In Reuß, Weimar, Meiningen u. s. w. gibt es Staatsminister mit 3000—4000 Thaler Gehalt, Staatsräthe und Landräthe und Projectenmacherei u. s. w., die jährlich enorme Summen kosten. In Preußen wird derselbe Dienst, um die Hälfte mindestens, billiger besorgt, und, nebenbei bemerkt, ebenso exact, wenn nicht noch exacter, als es die und da in manchem Kleinstaate geschieht.

Das Salzmonopol und die Salzsteuer.

Der jüngst bekannt gewordene Plan der preußischen Regierung, das Salzmonopol im Zollverein aufzuheben und dafür eine Salzsteuer von 2 Thalern auf den Centner zu legen, hat in Süddeutschland, soweit dieser verlautete, weder bei den Regierungen noch bei der Bevölkerung Anklang gefunden. Nicht nur in Bayern und Württemberg, selbst in Baden haben sich Stimmen dagegen erhoben. Daß Regierungen, zumal kleinere, schwer an die Abschaffung eines ihrer Monopolien gehen, weil sie fürchten, sich damit einen Theil ihrer augenblicklichen Souverainetätsrechte zu entäußern, ist leicht zu begreifen. Allein dieser Standpunkt, den wir für die fester dieses Blattes wohl nicht als einen unberechtigten zu erweisen brauchen, ist nicht jener der Bevölkerung, und kann es vernünftigerweise nicht sein. Der Grund des Widerstrebens der letzteren ist ein anderer: er will überhaupt von einer Salzsteuer nichts wissen, gesetzwerde denn von einer hohen, und als solche erscheint in der That die von der preußischen Regierung beabsichtigte, da sie mindestens das Vierfache des durchschnittlichen Produktionswerthes der Salze beträgt. Unsere südwestlichen Mitbürger scheinen aber zu vergessen, daß auch die bisherige Salzmonopolsanstalt ihrer Salzsteuer und durchaus keine geringe haben, die dem Verkaufspreise des Staatssalzes zugeschlagen wird, und daß sie daneben noch die schädlichen Wirkungen des Regierungsmonopols in volkswirthschaftlicher Hinsicht tragen müssen. Wir möchten ihnen warnend den Spruch zurufen: „das Gessere ist der Feind des guten", und dabei noch an ein anderes deutsches Sprichwort erinnern, welches lautet: „Es fällt kein Baum auf den ersten Hieb." Die Sache liegt nicht so, als ob wir einfach zwischen dem Salzmonopol und der Nichtbesteuerung des Salzes zu wählen hätten. Wir könnte wohl so sanguinisch sein zu glauben, daß es uns gelingen werde, aus dem bisherigen über Vernunft baren Zwangsverhältniß ohne weiteres in den Zustand der vollen Freiheit und Vernunft hinüber zu springen? Wenn wir den Preis unseres Salzmonopols so hoch halten, so könnte es leicht kommen, daß wir keine Käufer dafür finden und außerdem noch Gefahr laufen, das einzige Band, welches uns Süddeutsche zur Zeit noch mit dem übrigen Deutschland verbindet, die Zollgemeinschaft mit demselben zu lösen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß die von Preußen vorgeschlagene Ersetzung des Salzmonopols durch eine Salzsteuer von 2 Thalern, die auf Grund des letzten Zollvereinsvertrages in Hannover und Oldenburg bereits besteht, eine von den in Aussicht genommenen Reformen des Zollvereins ist. Die lebensvolle Beharrlichkeit, mit der es Preußen bisher verfochten hat, seine deutschen Regierungsacten, allem Widerstande zum Trotz, durchzuführen, wird es auch bezüglich dieser Angelegenheit thun, die es nach der Niederwerfung Oesterreichs gegenwärtig in Deutschland errungen, vermissen lassen. Hängt doch die Fortdauer des Zollvereins für die süddeutschen Staaten, nachdem mit dem hergestellten Frieden die Zollvereinsverträge nur vorläufig und auf sechsmonatliche Kündigung wieder in Kraft getreten sind, überhaupt nur noch an einem schwachen Faden.

Worauf es in der Salzfrage vor Allem ankommt, ist die Abschaffung des Regierungsmonopols und die Festsetzung der Salzproduktion und des Salzhandels für die Privatunternehmer. Dies ist aber Angesichts der heutigen Finanzlage unserer Staaten nur dadurch zu erreichen, daß wir die Salzsteuer, die, wie schon oben gesagt, mit dem Salzmonopol zugleich auf uns lastet, uns in einer anderen Form, nämlich als Steuer auf die Privatproduktion, die jedoch der Produzent für den Konsumenten, den eigentlichen Steuerpflichtigen, bloß vorschießt, noch eine Zeit lang gefallen lassen. Sie soll also nur Uebergangsmaßregel sein und die völlige Befreiung des Salzes von jeglicher Abgabe immer das schließlich anzustrebende Ziel bleiben. Denn daß die Salzsteuer, die aus einer Zeit stammt, wo die Finanzkunst nur das eine Prinzip kannte, das zu nehmen, was leicht und ohne daß der Gebende angenblicklich den Verlust merkte, zu erlangen war, eine durch und durch verwerfliche Abgabe ist, daß sie ohne alle Rücksicht auf Steuerfähigkeit Reiche und Arme gleich trifft, ja als Steuer auf ein nothwendiges Lebensbedürfniß letztere sogar noch härter als jene, daß sie aufrerem sich auch noch in einer lästigen Produktionssteuer für die Bundesstaatskasse und eine Reihe von Gemeinden gestaltet — darüber herrscht unter allen denkenden Staats- und

Digitized by Google

Volkswirthen schon lange volle Uebereinstimmung. Aber in Bezug auf den Salzmonopol ist die Salzsteuer immer noch das kleinere Uebel. Bei dem Salzmonopol treten zu den Mißbräuchen der Salzbesteuerung noch die Nachtheile hinzu, die überhaupt jeder Staatsmonopol mit sich führt. Diese sind keineswegs gering anzuschlagen; es ist nicht weniger als ein fünfzehnter Verlust, den das Volk durch ein Staatsmonopol erleidet. Erstlich entgeht dem Bolksvermögen schon das, was die Besteuerung weniger ergeugt; zweitens das, was die Staatsproduktion mehr kostet; dann kommt drittens, daß bei allerem das Staatsfabrikat schlechter ist; viertens muß das Volk, da das Staatsfabrikat theurer, für seine Konsumtion mehr ausgeben und beziehlich gleichgiltig wegen der geringeren Güte desselben das fragliche Bedürfniß in mangelhafter Weise; endlich fünftens entbehrt es alle die Gewinnste, die es bei dem Betriebe des ihm vom Staate vorenthaltenen Produktionszweiges hätte erzielen können. Gegen solche Beträchte, die bei einem Artikel, der, wie das Salz, zu den absolut nothwendigen gehört, dann in Bayern fast ums so schwerer ins Gewicht fallen, geschickt zu sein, ist wahrlich kein zu verachtender Gewinn und selbst mit einer hohen Salzsteuer nicht zu theuere erkauft. Man sollte daher dem preußischen Projekte nicht widersprechen, sondern ihm entgegenkommen; statt es zu bekämpfen, sollte man es vielmehr unterstützen. Es schließt eine wichtige Reform in sich, wenn auch keine vollständige, doch mehr als eine halbe, mit der das Schwierigste bereits gethan ist.

Allerdings werden bei der Höhe der badischjetzigen Steuer die süddeutschen Salzconsumenten kaum eine merkliche Erleichterung fühlen, sie werden aber auch nichts verlieren, an allerwenigsten die bayerischen, die in Süddeutschland den höchsten Salzpreis nämlich 3 Thlr. 12 Sgr. für den Centner und im Kleinverkauf 5 kr. für das Pfund bezahlen müssen und denen daher aus der in Nede stehenden Veränderung sogar ein nicht ganz unbedeutender Vortheil erwachsen würde. In Würtemberg stellen sich in der letzten Zeit die Produktionskosten bei dem Kochsalz durchschnittlich nicht höher als auf 15 Sgr. und bei dem Steinsalz nur auf 4 bis 5 Sgr. für den Centner, sie werden sich nach Aufhebung des Monopols ohne Zweifel noch vermindern. Das preußische Koch- und Steinsalz wird daher dann in Bayern viel eingeben. Bringt man ferner noch in Anschlag, daß nach Beseitigung des Monopols und Einführung einer gleichmäßigen Salzsteuer im ganzen Zollvereins selbstverständlich auch das ausländische und namentlich das englische Salz, von welchem in den preußischen Ostseehäfen der Centner bloß 7 bis 8 Sgr. und in den deutschen Nordseehäfen noch etwas weniger kostet, gegen einen Eingangszoll in der Höhe der Salzsteuer ein Zollvereins freien Zutritt haben wird, so wird der bayerische Konsument selbst bei einer Steuer von 2 Thalern in der Lage sein, den Centner Salz unter 3 Thaler die Grade auf 2½ Thaler zu kaufen. Weitergehende Erleichterungen können nicht ausbleiben. Ist nur einmal das Monopol gefallen, so bieten fernere Steuerermäßigungen keine unübersteiglichen Schwierigkeiten und werden sich gar bald selbst im finanziellen Interesse empfehlen, da mit dem Wohlbefinden werden des Salzes die Konsumtion desselben nothwendig zunehmen muß. Das unterliegt freilich keinem Zweifel, daß bei freier Zufuhr des wohlfeilen preußischen und englischen Salzes ein Theil der süddeutschen und insbesondere der bayerischen Salinen nicht mehr wird betrieben werden können. Allein die Einstellung ihres Betriebes ist kein Verlust im Gegentheil ein Gewinn; er war erkünstelt und nur möglich bei völliger Sperrung des Salzverkehrs. Es ist hohe Zeit, daß solche wirthschaftliche Anomalien verschwinden und ein Artikel fernerhin nicht mehr an einem Orte mit dem sechzehnfachen Betrage der Kosten erzeugt wird, die zu dessen Herstellung an einem anderen Orte erforderlich sind, der von ersterem bei unseren heutigen Verkehrsmitteln kaum eine Tagreise entfernt ist.

Auch die Kassen der Zollvereinsregierungen werden durch die projektirte Salzsteuer keinen Schaden leiden. Das Einkommen, welches sie bisher aus dem Salzmonopol bezogen, beträgt im Ganzen beiläufig jährlich 9 Millionen Thaler. Da nun der jährliche Salzverbrauch im Zollvereine gegenwärtig auf 6 Millionen Centner geschätzt wird, so würde eine Salzsteuer von 2 Thalern für den Centner jährlich einen Ertrag von 12 Millionen Thalern gewähren, wovon allerdings noch die Kosten der Erhebung und Kontrolle abzuschlagen sein. Derselbe muß aber sicher selbst auf 25 Prozent — gewiß der höchste Ansatz, der gemacht werden kann — und zieht also 3 Millionen Thaler hiefür ab, so kommen die Zollvereinsregierungen auch bei dem neuen System auf ihre frühere Einnahme.

Die größte Bedeutung der badischjetzigen Maßregel und ihr eigentlicher Werth liegt aber entschieden darin, daß durch sie für die Einheit des deutschen Wirthschaftsgebietes um einen starken Schritt weiter gerückt wird. Die Naturrechtshaltung des in den einzelnen deutschen Staaten verschieden eingerichteten Salzmonopols machte eine strenge gegenseitige Absperrung derselben in Bezug auf den Salzverkehr nothwendig und den Zollvereinigkeit. Mit der Beseitigung des Salzmonopols hören diese besonderen inneren Verkehrsgebiete auf und sämmtliche Zollvereinsstaaten bilden dann auch für den Handel mit Salz ein ungetheiltes Gebiet. Die ungeschmälerte Erhaltung und Fortbildung des Zollvereins ist aber für die süddeutschen Staaten in diesem Augenblicke nicht nur eine wirthschaftliche, sondern zugleich eine politische und nationale Lebensfrage, weil daran ihre künftige Theilnahme an dem neugegründeten norddeutschen Bunde und die Umwandlung desselben in einen allgemeinen deutschen Bundesstaat geknüpft ist. Damit ist die Stellung bezeichnet, welche in Süddeutschland Volk und Regierung zu dem preußischen Reformprojekt allein einnehmen können und dürfen.

(Wochenschrift d. F. L. B.)

Zeitungsschau.

Die Köln. Ztg. bringt den folgenden Auszug aus einem Schreiben des Herrn Twesten über Stellung und Aufgabe des Norddeutschen Parlaments: „Was die jetzt über die Constituirung des Norddeutschen Bundes bekannt gewordenen, ist noch lückenhaft und in manchen Punkten bestritten. Indessen sind einige Angaben der Art, daß es nothwendig ist, ihnen gegenüber die leitenden Ideen Stellung zu nehmen. Eine dieser Angaben beglebt sich auf die Behandlung des Verfassungs-Entwurfs im Parlament. Zwar ist den Bevollmächtigten widersprochen, als hätte der Bundesverfassung durch Vertrag der Regierungen unabänderlich festgestellt und dem Parlament zur einfachen Annahme oder Verwerfung an bloß vorgelegt werden. Dagegen könnte man wohl die Absicht haben, dasselbe zu erreichen und dem Parlament die Befugniß des Amendirens zu entziehen, indem man bei jeder Aenderung das ganze Werk als gefährdet, jede Abstimmung als von ihrer Verhältnung befreit darstellte. Nun scheint es mir, daß das Parlament unter keinen Umständen eine so untergeordnete Rolle annehmen darf, sondern unbedingt in der Lage sein muß, die einzelnen Verfassungs-Bestimmungen zu prüfen und zu ändern. Es ist ja auch jetzt schon abweichenden Beschluß — wie er namentlich zur Sicherung eines freien Handwerks des Volkswillens bei den Wahlen und eines maßgebenden Einflusses der Volksvertretung im Parlament nothwendig werden könnte — das Gange in Frage zu stellen; und ich hoffe, daß unsere Regierung dies berücksichtigen und fürsorge treffen wird, daß Abänderungen des Entwurfs möglich bleiben, ohne jeder Regierung das Recht der Lossagung zu geben. Ein einfacher Weg dazu wäre gegeben, wenn vertragsmäßig der Bundesrath mit seinem Stimmenverhältniß schon vor die Feststellung der Verfassung als Einheit des Bundesstaates gegenüber gestellt und mit der Vollmacht bekleidet würde, durch seine Mehrheits-Beschlüsse die einzelnen Regierungen zu binden. Sollte das Zustandekommen der Bundesverfassung von der freien Zustimmung sämmtlicher Regierungen abhängig gemacht werden, so würde es hoffnungslos erscheinen. Indessen wird keiner der kleinen Staaten in der Lage sein, ernstlich Widerstand zu leisten, wenn die preußische Regierung und das Parlament sich einigen. Diese Einigung ist unzweifelhaft die wirkliche Bedingung des Gelingens, und das Interesse des Staates an dem Gelingen verdrängt dem Parlament einen gewichtigen Einfluß. Ihn im Sinne der politischen Freiheit geltend zu machen wird die Sache der tüchtigen Partei sein."

„Ich denke, Wenige, die ein politisches Verständniß der Lage haben, werden sich durch die Worte Bundesstaat, Parlament und gleiches Wahlrecht verleiten lassen, von dem Bunde eine unmittelbare Erweiterung und Kräftigung der Volksrechte zu erwarten. Das Nebeneinanderbestehen zweier parlamentarischer Körper, wie das Nordbeutsche Parlament und das preußische Abgeordnetenhaus, ihre sich durchkreuzenden Befugnisse, die Schwierigkeit, dem Parlament neben dem Recht der Ausgaben-Bewilligung eine reale Macht auch über Steuern und Finanzgesetze zu gewähren, die Unmöglichkeit, eine wirkliche Verantwortlichkeit der Regierung ihm gegenüber zu begründen, das alles ist nur geeignet, die Bedeutung der Volksvertretung herabzudrücken, und rechterlich wünschenswerthe Erweiterung, wenn sie dem Grafen Bismarck nothwendig erscheinen sollte, wird gewiß: er werde den Parlamentarismus im Parlament begraben. Eine bundesstaatliche Verfassung nach amerikanischem oder schweizer Vorbild ist zwischen der Großmacht Preußen und den kleinen Nordseeischen Staaten undenkbar, und eben so unmöglich scheint es mir, eine Verfassung herzustellen, in welche bereits die süddeutschen Staaten ohne Weiteres eintreten könnten. Ich glaube, daß die nationale Entwicklung Deutschlands auf den Einheitsstaat hindrängt, und daß in ihm nicht bloß die äußere Macht, sondern auch die bürgerliche und politische Freiheit des Volkes besser verbürgt sind wird, als in der schwerfälligen Maschinerie eines monarchischen Bundesstaates. In diesem Sinne liegt ich weit größeren Werth auf die unmittelbare Vergrößerung des preußischen Staates als auf irgend eine Bundesverfassung; und ich würde den Eintritt von Abgeordneten der übrigen Länder in unser Abgeordnetenhaus zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten der Begründung eines besonderen parlamentarischen Bundesverfassung weit vorziehen. Das wird sich aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchsetzen lassen. Noch weniger läßt sich die Frist ersehen, wann wir zum Einheitsstaat durchdringen werden, und selbst wenn wir das Ziel in der Hauptsache erreicht haben, werden wir uns eine Reihe noch alterlei Anomalien gefallen lassen müssen. Bis dahin haben wir zu sorgen, daß das Staat Recht und Freiheit, welches wir erworben haben, nicht wieder verloren gehe, daß nicht die Gewöhnung des absolutistischen Regimes wiederkehren."

„Eine dauernde, theoten Ansprüchen genügende Verfassung für den Norddeutschen Bund halte ich für unmöglich. Es gibt, eine Entfernung zu finden, welche den augenblicklichen Verhältnissen entspricht und sich nicht auf die bloße Unterordnung der militärischen Kräfte unter unserer Regierung beschränken darf. Das bildet bereits der letzte Krieg, wenn alle anderen Versuche scheitern sollten; aber das wäre ein Unglück und eine Gefahr, die zu vermeiden für Regierung und Parlament eine gleich dringende Pflicht ist. In der Ordnung der militärischen Angelegenheiten wird, wo irgendwelchen Bedürfnissen entsprechend, ein Kompromiß der Verfassung liegen; sie verdient daher die ernsteste Aufmerksamkeit. Es heißt, die Regierung wolle in der Verfassung einen Präsenzstand der Friedens-Armee von ungefähr 300,000 Mann und ein Militär-Budget von 66 Millionen festsetzen. Eine solche Festsetzung würde also das Ausgabe-Bewilligungsrecht der Volksvertretung in dem wesentlichsten Punkte aufheben. Für den Augenblick hat das Militärbudget die entschiedenste Bedeutung im Staatshaushalt, und würde neben dem mangelnden Steuer-Bewilligungsrecht auch dieses der Einwirkung der Volksvertretung entzogen, so würde jeder parlamentarischer Einfluß auf die Regierung, ihr System und ihre Politik aufhören. Es ist gewiß obenein bedenklich, ein bestehendes Verfassungsrecht und Verfassungsleben der Unsicherheit neu zu begründender Verhältnisse Preis zu geben, trotzdem wissen wir um des großen Zieles willen dieses Opfer wagen, aber wir dürfen es

nur, wenn mindestens diejenige Machtvollkommenheit, welche das Abgeordnetenhaus verfassungsmäßig besitzt, auch das Parlament übergeht, wir dürfen nicht zugeben, daß bei diesem Uebergange das Volksrecht selbst geschmälert oder beseitigt werde. Hierin stimmen meine nächsten politischen Freunde durchaus mit mir überein. Sollte die Regierung im Parlament eine gefügige Mehrheit finden, welche bereit wäre, um der Einheit willen auf das wichtigste parlamentarische Recht zu verzichten, so würden wir von dem Vorbehalte Gebrauch machen, welcher dem Abgeordnetenhause die Mitwirkung bei der Aenderung der preußischen Verfassung durch die Bundesverfassung sichert; und ich bin überzeugt, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses würde in solchem Falle auf jede Gefahr hin das ganze Verfassungswerk verwerfen."

„Im Uebrigen wünsche ich dringend, daß eine feste liberale Mehrheit im Parlament nach den gegebenen Zuständen das Nöthige thue, um neben der nothwendigen Concentration der militärischen Macht eine wirkliche constitutionelle, dem legal ausgesprochenen Volkswillen entsprechende Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten zu sichern, und sich nicht verleiten lasse, das Gebiet idealer Constructionen oder abstracter Theorien zu betreten. Endlich bereitigten, im bestehenden Recht begründeten Forderungen wird sich die Regierung im Interesse des Staates fügen müssen, wie sie sich dem amendirten Indemnitätsgesetz und den Abänderungen des Budgets gefügt hat, welche die Einkants terribles des Herrenhauses für verfassungswidrig erklären wollten. Eine peſſimistische und nihilistische Opposition würde nur dem Absolutismus in die Hände arbeiten. Die Jahre des Conflicts haben naturgemäß die Empfänglichkeit für Phrasen und Abstractionen verstärkt, welche die Anfangs-Perioden des öffentlichen Lebens begleitet. Es ist Zeit, will den gegebenen Elementen einen Stande zu bringen, und will der Gefahr nahme des Verfalls an einer positiven Behandlung der Geschäfte die einzige dauerhafte Grundlage der politischen Freiheit und des volksthümlichen Fortschritts zu sichern. . . ."

Unser der Ueberschrift: Unsere nächste und schwerste Aufgabe bringt das Wochenblatt der Fortschrittsmorthen in Baiern den folgenden Artikel: „Wahrlich es ist eine schlimme Lage, in der wir augenblicks das deutschen und deshalb nur norddeutschen Bundes Gebiedenen uns befinden, eine schlimmere, als die der Hannoveraner oder Schleswig-Holsteiner. Not man in Hannover Mühe, sich in die neue Ordnung zu finden, und ist Schleswig-Holstein noch größere Mühe, den Rechtsbruch zu verwinden, der sie geschaffen hat; so sieht man sich doch zu einer Thätigkeit aufgerufen, sei es unberechtigte Eigenthümlichkeiten zu wahren und ihre Vertretgkeit mit der neuen Ordnung zu bewirken, sei es um denen zu helfen, die sich in Unmacht über das, was geschehen ist, eigentlich nicht zu Frieden gegen das, was werden muß. Das mag ein saures Leben sein, zumal wenn man selbst einen Riß im Herzen fühlt, den der Verband noch nicht heilen will, und die Treue ehren muß, deren Ungeberdigkeit man bekämpft. Ein rauhes Leben ist es jedenfalls, aber doch ein lebens. Nie aber sind zur Unthätigkeit verurtheilt, und Unthätigkeit ist der Tod".

„Man hat gesagt, wenn der Norden sich zusammenschließe, solle der Süden das gleiche thun: dieß sei das uns angemessene Arbeitsfeld. Als wenn es unsere Aufgabe sein könnte, die Kluft zu vertiefen, die sich zwischen den Norden und den Süden gelegt hat! Aber als wenn man sie um so sicherer überbrücke, je weiter man haben und drüben auseinanderrückt! Man hat gesagt, jetzt eben, nachdem wir von dem gemeinsten Theile Deutschlands ausgeschlossen seien, müsse in den verneinten deutschen Ländern die Bereitschaftwille um so größer sein, Neues thätsächlich zu machen. Als wenn die Erfahrung nicht gezeigt hätte, daß unsere Einzelstaaten zu eng sind, eine Volkskraft darin zu entfalten, und daß nicht nur der Zeich, einem Kaufmann gewinnten Deutschland anzugehören, uns nicht zur Ruhe kommen läßt in solcher Enge, sondern auch das Verhandsbedürfniß des einzelnen Gliedes seine Betriebigung nicht anders finden kann, als im Zusammenhange des Ganzen!"

„Doch es ist vor allem bei uns in Baiern dafür gesorgt, daß uns Schmuck und Duft der Blume unsers Staats, an dem wir uns genügen lassen sollen, nicht über die Schwelle treten, die uns von dem deutschen Garten trennt. Wer hat, sei wir uns auf allein angewiesen sind, auch nur von einem einzigen Gedanken gehört, wie der Boden unsers Staatsliebens zu erneuern und seinem Gewächs mehr Licht zu schaffen und bessere Luft zuzuführen sei? Denn was man mit unserm Hermessen vorhat, ist und nur aufdeckungsweise angeflogen und für sich allein nur eine neue Last, ein nupsoser Versuch, den schlotternden Leib durch neue Rüstung stark zu machen. In allen anderen Dingen ist von durchschlagenden Gedanken, wie der zu Tage getretenen Hastlosigkeit unsers Staatswesens zu heilen sei, so auch nur von einem Bewußtsein gezeigt, daß solche Gedanken nöthig oder von einer Ahnung, daß sie möglich seien. Nichts, aber auch gar Nichts zu verspüren".

„Wir können denen, welche sie von Amtswegen haben sollten, kaum einen Vorwurf daraus machen, daß sie Ihnen abgehen. Sie bleiben auf dem Wege, den sie hergekommen sind, und wie ihr Ausgangspunkt, so ist ihr Zielpunkt. Aber eben deshalb ist auch keine Hoffnung, daß sie uns neue Wege führen oder neue Ziele, auch wenn man sie ihnen zeigt, ins Auge fassen. Die Macht des Schlendrian wird und gewungen halten, bis wir uns dieser Enge hinausgedrohen und in den vollen Strom eines gesunden, eines deutschen Staatslebens hineingestellt werden. Bis dahin wird auch das Beste, was solchem Schlendrians zu seinem Aerger abgewungen werden mag, verkümmern und verstrüppeln und die Mühe, die es kostet, es ihm abzuzwingen, nur kärglich lohnen."

„Wie hinaus aus dieser Enge! Diese Verengerung ist unser Tod. Nur im großen deutschen Walde gedeihen unsere Stämme. Aber was thun, um dahin zu gelangen? Der Weg ist uns verspertt und, was viel schlimmer ist, in unserm Volke selbst scheint der Drang, dahin zu kommen, erstickt zu sein und nicht früher frei werden zu wollen, als bis die äußere Noth ihn wach ruft. Er ist erstickt viel weniger unter dem Zorn über die Art und Weise, wie es zu einem deutschen Bunde über uns gekommen ist, als vielmehr unter einer erschlaffenden Verstimmung über unsere Ausschließung von ihm, die sich hieran über Alles gelegt hat. Gegen den Zorn könnte man angehen und ihn sagen, wie weit er Recht, oder worin er Unrecht hat, und er würde sich wohl beruhigen und zu beste entschlossenerer Wiederaufnahme des nationalen Gedankens bewegen lassen. Aber was will man machen gegen die Verstimmung?"

„So lange nicht ein Ungewitter über uns hereinbricht und den lahm gewordenen Volksgeist mit Donnerschlägen aufrüttelt, giebt es nur Ein Mittel, welches helfen kann. Nur die kräftigste Mahnung an eine große Pflicht, nur der begeisterndste Hinweis auf ein hohes Ziel vermag die Gemüther aus einer Verstimmung zu reißen, in der sie verstumpfen. Recht im Gegensatze gegen die kleinlichen Gesetzen, die ihrem eigenen Aerger damit glücklich thun, daß sie sort und sort nur an alle Unbilden erinnern, die mit der Herstellung eines norddeutschen Bundes verknüpft waren, und alle Fehler verzeichnen und anstrichen, die von der preußischen Regierung begangen worden, müssen wir die Größe der Aufgabe, das begonnene Werk einer wahrhaften Einigung der deutschen Nation hinausführen, die Größe des Umfangs, wenn es zu halbem Werke stecken bleibt, und die Größe der Pflicht, daß Jeder an seinem Theile sich stramm halte, bis es vollbracht ist, dem Volke immer und immer wieder in die Ohren rufen."

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Schwerin, 2. Januar. Als im Jahre 1864 auf Befehl des Großherzogs das streifprechende Erkenntniß des Raths in der Untersuchung gegen die Rostocker Mitglieder des Nationalvereins cassirt und das neuerthelente Erkenntniß einer Instanz an die Stelle gesetzt, auch der Rostocker Rath zur Ausführung dieser Anordnung im Wege der mittlärischen Executus gezwungen wurde, wandten sich die von dieser Maßregel betroffenen Mitglieder des Rostocker Nationalvereins mit einer Beschwerde wegen gebrochter Rechtspflege an den Bundestag. Dieser stellte hierauf an den großh. Regierung das Ersuchen, sich über die Beschwerde mit thunlichster Beschleunigung zu äußern. Die großh. Regierung entsprach der Aufforderung nach einiger Zeit. Bevor aber die Bundesversammlung Zeit gefunden hatte, ihre Entscheidung in dieser Beschwerdesache abzugeben, traten die Ereignisse ein, welche die Auflösung des deutschen Bundes zur Folge hatten, und damit blieb die Beschwerde perdete. Da es nun höchst wahrscheinlich und jedenfalls eine Forderung der Gerechtigkeit ist, daß für die Erledigung der von dem Bundestage perhirt gebliebenen Rechtssachen eine neue Behörde geschaffen werden wird, so wandten sich die Beschwerdeführer an die inzwischen eingetretene Bundesliquidations-Commission mit der Bitte, die in der Beschwerdesache erwachsenen Acten der preußischen Regierung zu einstweiligen Außerwahrung und demnächstigen Auslieferung an die zu constituirende Appellbehörde zu überantworten. Es sollten auf diese Weise die Acten zusammengehalten werden und die Sache in dem Stadium verbleiben, bis zu welchem sie bereits vorgerückt war, als der Bundestag auseinanderging. Die Bundesliquidations-Commission ist jedoch auf diesen Antrag nicht eingegangen, sondern hat sich nur darauf erklärt, die von den Beschwerdeführern producirten Acten an diese auszuliefern. Damit konnte denselben jedoch nicht gedient sein, da sie in diesem Falle den Rechtsweg wieder ganz von Neuem hätten anfangen müssen. Sie haben daher gegen diese Entscheidung der Liquidations-Commission bei der preußischen Regierung Recurs eingelegt, und das k. Staatsministerium in Berlin ersucht, die bezeichneten Acten an sich zu nehmen, dieselben einstweilen aufzubewahren und sie seiner Zeit auf Antrag an diejenige Behörde zur rechtlichen Entscheidung übergeben zu wollen, welcher innerhalb des norddeutschen Bundes die Entscheidung über denn Bundesstage pendent gebliebene Beschwerden werde übertragen werden.

Diesem Gerichte, welches mit einem Hamburger Blatte entnehmen, fügen wir hinzu, daß die Rostocker Beschwerdeführer sich vorn dem bei der preußischen Regierung gethanen Schritt ohne Zweifel eben so wenig Erfolg versprechen, als sie einen solchen von der Anrufung des seligen oder unseligen Bundestages erwartet haben werden. Gleichwohl ist es alles Beifalls und aller Nachahmung werth, daß man keinen durch Gewaltstreich, Unbilligkeit, oder sonstigen Mißbrauch des Regiments begangenen Skandal einschlafen läßt, so lange es irgend eine Form gibt, ihn im Gedächtniß der Thäter und des Publikums wach zu erhalten.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direkter Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 87. Heidelberg, den 17. Januar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Nationalverein vor und nach dem Kriege. III. — Preußischer Landtagsbrief. — Der Ministerwechsel in Baiern. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 15. Januar.

* Mit der Annäherung des Tages der Parlamentswahlen belebt sich die Wahlbewegung, aber auch heute noch fehlt es derselben fast allenthalben an Schwung und Kraft. Am meisten in dem alten Preußen selbst, so sehr, daß sogar die ministerielle Presse an der Lauheit und Lahmheit des öffentlichen Geistes Aergerniß nimmt und vornwrfevoll auf die größere Rührigkeit in den einverleibten Provinzen und den Kleinstaaten hinweist. Die Quelle des Uebels liegt so offen da, daß es kaum nöthig ist, mit dem Finger darauf hinzudeuten: es ist die Schwäche im Glauben an den Erfolg. Verstimmung, Kleinmüthigkeit, Zweifel aller Art drücken auf den Volksgeist und auf dessen Theilnahme an den öffentlichen Dingen. Der Charakter der Berliner Cabinetspolitik überhaupt, wie so Manches, was über den Inhalt des Bismarck'schen Bundesverfassungsentwurfs verlautet, bringt die Vorstellung hervor, daß es den preußischen Machthabern hauptsächlich darauf ankomme, in den Parlamente ein neues Werkzeug der Herrschaft im bisherigen Style zu gewinnen, ein Vorhaben, dessen Gelingen man nach den gemachten Erfahrungen für nicht unwahrscheinlich hält und dessen Vereitelung im glücklichen Falle wenigstens keine Aussichten bietet, für die man sich erwärmen mag.

So folgerichtig der hier angedeutete Gedankengang bei oberflächlicher Betrachtung zu sein scheint, so läuft er doch auf einen Trugschluß hinaus, der nur in der Mangelhaftigkeit der bisherigen Schule unseres politischen Lebens eine Entschuldigung findet. Die preußische Regierung, indem sie mit Oesterreich gebrochen, den deutschen Bund gesprengt und eine Anzahl deutscher Fürsten entthront, hat ein für alle Mal den überlieferten Boden verlassen, auf welchem allein sie noch einen Rückhalt hatte in ihrem Kampfe gegen den Geist der Zeit und der Nation. Mit dem Kriege des vorigen Jahres ist Preußen in das Lager der — im besten Sinne des Worts — revolutionären Mächte des Jahrhunderts übergezogen, hat es gar nicht mehr die Wahl, die Bundesgenossenschaft derselben anzunehmen oder abzulehnen. Die Bedingungen dabei zu stellen ist jetzt **unsere** Sache, die Sache der Partei der liberalen und nationalen Bewegung, und kein Pakt, der sich innerhalb der Grenzen der politischen Vernunft hält, kann uns von der preußischen Staatsgewalt auf die Dauer verweigert werden.

Wenn sich dieses neue Verhältniß noch nicht in handgreiflichen Thatsachen darstellt, so ist das Geheimniß desselben doch längst durch Hrn. v. Bismarck selbst verrathen. Daß der preußische Minister zum Beispiel den Norddeutschen Reichstag nach allgemeinem Wahlrecht einberuft, geschieht wahrlich nicht aus Liebhaberei für parlamentarische Einrichtungen und demokratische Staatsformen, sondern unzweifelhaft aus das Gebot einer politischen Nothwendigkeit. Wenn Hr. v. Bismarck durch Waffengewalt die Bundesverfassung gestürzt, Könige und Fürsten vertrieben, die preußische Gränze bis an den Main vorgeschoben, und ganz Norddeutschland von Preußen abhängig gemacht, so ist er sich doch bewußt, daß man im Europa des neunzehnten Jahrhunderts mit Blut und Eisen allein keine Staaten und keine Verfassungen aufbaut, daß große politische Veränderungen in unserer Zeit, um Bestand zu haben, einer bessern Rechtsunterlage bedürfen, als das Recht der Eroberung und der Wortlaut erzwungener Verträge ihnen geben kann. Vor Allem muß es der preußischen Politik darauf ankommen, das Gewissen Deutschlands mit der jüngsten Vergangenheit vollends zu versöhnen, das bürgerliche Bewußtsein mit den heutigen Verhältnissen in Einklang zu bringen, dem erschütterten Glauben an das öffentliche Recht einen neuen Inhalt zu geben. Daß man in Berlin diese Aufgabe begreift, wenn man dieselbe auch leider nicht immer mit geschickter und glücklicher Hand anfaßt, wird hinlänglich bezeugt durch die seit dem Ausbruch des Krieges oft wiederholte feierliche Anrufung der großen Interessen der gesammten deutschen Nation, die noch unlängst für die preußische Staatskunst kaum zu existiren schienen, von deren Wortführern kaum jemals einer ernstlichen Erwähnung gewürdigt wurden. Mag das politische Altpreußenthum sich gelegentlich noch so trotzig in die Brust werfen, und auf seine Vergangenheit steifen, sein Glaube an die eigne Zukunft schwindet ansehends dahin, es fühlt, daß die wichtigsten Hebel der Politik einer um den andern seinen Händen entgleiten werden, und wie die legitimistische und conservative Rechtsgläubigkeit der Männer am preußischen Staatsruder unter dem Druck der Umstände über Nacht in ihr Gegentheil umgeschlagen ist, so drängt die Macht der jetzigen Verhältnisse des Staats auch das bisherige stockpreußische Regiment in die Bahnen der Nationalpolitik herüber.

Dem Druck der innern Umstände kommen dabei die Antriebe von außen her zu Hülfe: die Mißgunst und Eifersucht der europäischen Mächte und die offene oder heimliche Opposition der ganz oder halb mediatisirten deutschen Fürsten. Die aus dieser doppelten Gegnerschaft erwachsenden Schwierigkeiten sind zu ernsthafter Art, als daß man sich dieselben mit Hülfe eines Siegesrausches ein für alle Mal aus dem Sinn schlagen könnte. Die militärischen Errungenschaften des vorigen Jahrs verlangen auch nach außen hin eine Weihe und Bürgschaft, durch welche die nackte Thatsache in ein unantastbares Recht verwandelt wird. Zur schließlichen Bestätigung der Ergebnisse von Krieg und Frieden, zu ihrer endgültigen Anerkennung als Bestandtheil der europäischen Verfassung kann die förmliche Zustimmung der Nation oder ihrer Vertretung nicht entbehrt werden. So bringt der Geist der Zeit, ja das Gewohnheitsrecht des Jahrhunderts es mit sich, das in diesem Falle in den Nebenbuhlern und Widersachern Preußens seine gewichtigen Gewährsmänner hat.

Um Alles in Ein Wort zusammenzufassen: Preußen und Deutschland befinden sich in einem Provisorium, das seinen Abschluß nur von dem Parlamente zu erwarten hat, und bei

Digitized by Google

dessen Abschlusse Niemand so unmittelbar und so tief betheiligt ist, als die preußische Regierung selbst. Das Parlament soll der Berliner Cabinetspolitik einen unermeßlichen Dienst leisten, für welchen es große Gegenleistungen beanspruchen kann, ohne Gefahr, mit seinen Forderungen abgewiesen zu werden, so lange dieselben nicht über ein gewisses Maß Dessen hinausgehen, was nach Umständen und Persönlichkeiten überhaupt möglich ist. Nichts grundloser, als die Befürchtung, daß in Berlin eine Wiederholung des parlamentarischen Schattenspiels bevorstehe, welches wir seiner Zeit in Erfurt erlebt haben. Damals stand es der preußischen Politik noch frei, auf halbem Wege, wenn auch nicht ohne den größten Schimpf und Schaden, wieder umzukehren; heute treibt ein eisernes Muß sie unerbittlich vorwärts. Das Parlament dies Mal unverrichteter Sache nach Hause gehen, oder die Beschlüsse desselben wirkungslos zu Boden fallen zu lassen, wäre ein Bankerott Angesichts der zum Zugriff bereit stehenden Gläubiger und Häscher.

Mit seiner gewöhnlichen Offenherzigkeit hat Herr v. Bismarck schon in der Sommersession des Landtags die Herrschaft anerkannt, welche die Nationalidee in Folge der Ereignisse über die Cabinetspolitik gewonnen hat. Die preußische Regierung, erklärte er, stütze sich bei den Annexionen nicht bloß auf das Recht der Eroberung, „sondern vor Allem auf das Recht der deutschen Nation, zu existiren, zu athmen, und die dazu nöthige Grundlage zu gewinnen.“*) Und, fügte er später hinzu: „unser Bedürfniß erheischt vor Allem den raschen Zusammentritt des Parlaments, dessen Beschlüsse ein größeres Gewicht haben werden, als diejenigen der stärksten Regierung.“

Genug zur Kennzeichnung der ungeheuren Bedeutung der Wahlen zu dem Parlamente, auf dessen Unterstützung die stärkste Macht, welche Deutschland seit vielen Jahrhunderten besessen, angewiesen ist, hinter dessen Beschlüssen die preußische Executive steht. Durch gute Parlamentswahlen kann Deutschland die Versäumnisse und Fehler von Menschenaltern wieder gut machen. Daß der Erfolg durch reaktionäre Bearbeitung des allgemeinen Stimmrechts vereitelt werden könnte, ist eine grundlose Besorgniß, vorausgesetzt, daß die liberalen Parteien überhaupt, und insbesondere die Nationalpartei, nur annähernd in Uebereinstimmung mit der Volksmehrheit stehen, so werden die Stimmen derselben doch schon durch die der Wähler in den Städten der nämlichen Provinzen ohne Zweifel nahezu aufgewogen. Aus Rheinland und Westphalen aber, aus den annektirten Ländern und den norddeutschen Kleinstaaten, also aus einem Gebiete, welches weit über die Hälfte der Bevölkerung des Norddeutschen Bundes enthält, wird die preußische Reaktion kaum einen einzigen Abgeordneten nach ihrem Herzen im Parlamentssaale sich einfinden sehen. Kurz, es ist die größte statistische Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die entschiedene Mehrheit des Parlaments aus den Reihen der nationalen Fortschrittspartei hervorgehen wird, wenn diese nicht etwa sich selbst im Stiche läßt. Eine solche Mehrheit aber hat die Gestaltung der Bundesverfassung und damit das politische Schicksal Deutschlands in ihrer Hand, unter der selbstverständlichen Bedingung freilich, daß sie Kühnheit und Mäßigung, Klugheit und Festigkeit in richtiger Mischung mit einander zu verbinden weiß.

— Das preußische Abgeordnetenhaus hat sich in seiner letzten Sitzung wieder einmal mit der Judenfrage zu beschäftigen gehabt, welche durch das Staatsgrundgesetz seit langen Jahren im Sinne der vollständigen Gleichberechtigung beantwortet zu sein schien, und die gleichwohl von der Regierung selbst durch kleinliche Deuteleien und gehässige Ausnahmsmaßregeln alle Tage im Neuen aufgeworfen wird. Einem schlichten bürgerlichen Verstande sind die politischen Beweggründe zu diesem fortgesetzten Kampf für eine längst verlorene Sache geradezu unbegreiflich. Im größten Theile der civilisirten Welt ist die Judenemancipation aus dem Gesetze in Sitte übergegangen, zur Thatsache geworden, und in Preußen selbst macht dieselbe von Jahr zu Jahr sichtliche Fortschritte. Gleichwohl besteht die herrschende preußische Politik darauf, der Emancipation, vor der sie Schritt um Schritt zurückweichen muß und deren schließlicher Sieg nicht dem allermindesten Zweifel unterliegt, jeden Fußbreit Bodens bis zum Aeußersten streitig zu machen und dadurch einen großen und und einflußreichen Theil der Bevölkerung mit täglich erneuerter Bitterkeit zu kränken, die sich dann natürlich an ihren Urhebern in empfindlicher Weise rächt. Begreife das, wie gesagt, wer kann.

— Wenn der Congreß in Washington Vorbereitungen zur Anklage gegen den Präsidenten trifft, so geschieht es zum größten Aergernis unserer Conservativen, welche in der Entrüstung über diesen Versuch der Auflehnung gegen die Obrigkeit sogar vergessen, daß Johnson doch eigentlich nur ein Schneider ist, der seinen Beruf verfehlt hat. Das böse Beispiel ist ihnen auch an einem republikanischen Staatschef und jenseits des Oceans anstößig und im gewissen Sinne ganz mit Recht. — Auf der anderen Seite verdient es Beachtung, daß unsre Radikalen, welche sich über den Umsturz der deutschen Bundesverfassung, und dessen was damit zusammenhängt, nicht trösten können, daß diese Leute durchweg leidenschaftlich Partei nehmen gegen Johnson, welchem der Congreß doch einzig und allein darum Opposition macht, weil er auf der Erfüllung der nordamerikanischen Bundesverfassung besteht. Diese Verfassung, Niemand kann es läugnen, wird alle Tage zum Nachtheil des Südens der Union gebrochen, dem man seit Wiederherstellung des Friedens sogar Sitz und Stimme im Congreß verweigert. Unsere trauernden Cato's auf den Trümmern von Altdeutschland haben gegen die entsprechenden Staatszustände in Amerika nicht das Mindeste einzuwenden; im Gegentheil, sie schreien Zeter über den Präsidenten, welcher die verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen will. Die „Principientreue“ dieser Herren muß also doch wohl nicht ganz sattelfest sein, ihre Theorie, daß das bestehende Recht gehandhabt werden müsse, sollte auch die Welt darüber zu Grunde gehen, scheint irgendwo ein großes Loch zu haben. Macht es in ihren Augen vielleicht einen wesentlichen Unterschied, ob ein unhaltbar gewordener öffentlicher Rechtszustand von ihren Gesinnungsgenossen oder von ihren Gegnern umgestoßen wird? — Unseres Erachtens steht Johnson eben so fest auf dem Boden des amerikanischen Gesetzes, wie unlängst Oesterreich und die Mittelstaaten auf dem Boden des Deutschen; der Buchstabe dieses Gesetzes aber ist dort wie hier zu einer Gefahr für die höchsten Güter der Nation geworden und das geschriebene Gesetz hat deßhalb einem höheren Rechte zu weichen.

*) In einer frühern Nummer haben wir diese Worte irrthümlich auf den preußischen Staat bezogen.

Der Nationalverein vor und nach dem Kriege.
III.*)

N Also ein neues Programm — das ist das Wort des Räthsels? Freilich nicht, um eine Resolution mehr auf dem Papier, sondern um eine positive Grundlage für die Thätigkeit der heutigen Nationalpartei zu haben.

Aber was für ein Programm?

Wie sich versteht, kann diese Frage hier nur individuell, vom Standpunkte dieses einzelnen Schreibers, beantwortet worden; doch denken wir, nach unseren Wahrnehmungen, laß wir dabei mit der Mehrzahl der Vereinsgenossen im ungefähren Einklang sind.

Die Antwort liegt eigentlich schon in der oben versuchten Gegenüberstellung der früheren und der jetzigen Aufgabe unserer Partei. Indem wir als jetzige Hauptaufgabe die Mit-

*) Im vorigen Artikel bitten wir, auf Seite 673 Spalte 1 Zeile 17 statt „Leiter die gerichtliche Constituirung“ u. s. w.: Beides u. s. w. zu lesen; es war nicht unsere Meinung, die Realisirung eines Kompromisses mit der preußischen Staatsgewalt beklagenswerth zu finden. Ferner ist auf Spalte 2 Zeile 2 von oben von einem Eintreten nicht in die Geschäfte, sondern in die Geschäfte die Rede. D. R.

Digitized by Google

arbeit an dem Werke der Neugestaltung Deutschlands bezeichnen, schließen wir zwei Extreme aus. Erstlich Diejenigen, welche da meinen, unseres Zuthuns bedürfe es überhaupt nicht, Bismarck werde schon Alles allein besorgen. Diese Ansicht ist auch unter einem Theil der Unsern, besonders im östlichen Preußen, stark verbreitet; das alte überreiche Mißtrauen in die Kraft und Einsicht der preußischen Staatsleitung ist jetzt bei Vielen in grenzenlose Vertrauensseligkeit umgeschlagen. Es ist dafür gesorgt, daß die Dauerhaftigkeit dieser Stimmung nicht in die Ewigkeit wächst. Umgekehrt wollen Andere von keiner, das eigene Thun allerdings beschränkenden Mitarbeit wissen, vielmehr fortfahren, auf eigene freie Hand nationale Politik zu machen, ihren eigenen Bauplan mitbringen u. s. w., um alsdann, wenn darauf nicht eingegangen wird, mit grimmigem Vergnügen das alte Hauptgeschäft des deutschen Volkspolitikers, abstraktes Besserwissen, Schelten und Nergeln, wieder aufzunehmen. Beiden Abirrungen stehen wir Andern gegenüber, die wir einestheils glauben, daß die Mitwirkung der Nationalpartei nothwendig, und anderntheils wünschen, daß sie fruchtbringend sei.

Um mit einem scheinbaren Paradoxon fortzufahren: nothwendig ist unsere Mitarbeit vor Allem, um möglichst viel Freiheit in das neue Gebäude einzuführen, und fruchtbringend wird sie nur sein, wenn wir nicht die Freiheit, sondern die Einheit an die Spitze unserer Bestrebungen stellen und das Maß unserer Freiheitsansprüche demgemäß beschränken. Das Einheitsinteresse ist uns und der preußischen Regierung gemeinsam, eine wesentliche Differenz zwischen ihr und uns wird sich bei dieser Frage nicht erheben, und wenn sie dennoch gewisse Zugeständnisse an die verbündeten Regierungen macht, die wir sonst nicht billigen würden, so thut sie dies, allem Anschein nach, doch nur aus einer naheliegenden Zukunftsrücksicht auf den Süden, die wir, und gerade wir, um so mehr billigen müssen. Dagegen wird sie das uns erwünschte Maß von Freiheitsrechten im neuen Bunde aus eigenem Antrieb gewiß nicht zugestehen, dazu vielmehr auf Schritt und Tritt von uns gedrängt werden müssen. Drängen lassen wird sie sich aber nur, wenn sie ihren Vortheil dabei findet, d. h. wenn sie unserer Gegenleistung auf dem Einheitsgebiete, die sie jedenfalls wird brauchen können, versichert ist, und wir nicht etwa Forderungen erheben, von deren Erfüllung sie mehr Schaden als Nutzen für ihr Werk erwartet. Die Differenzen zwischen uns und ihr über das Maß des zu Gewährenden werden aber nur dann auszugleichen sein, wenn, eben in der Einheit, in dem Aufbau des Bundesstaats, beide Theile ein gemeinschaftliches Hauptanliegen haben.*)

Möglichst viel Freiheit, sagten wir, und damit ist auch schon die Grenze gezogen. Aber bloß um seine Gesinnungstüchtigkeit zu zeigen, oder der idealen Reinheit eines abstrakten Systems zu Liebe Freiheiten zu fordern, von denen man genau weiß, daß sie zur Zeit unerreichbar sind, man mache denn eine Revolution, die man nicht machen kann: dergleichen Politik scheint uns nicht recht für Männer zu passen, welche an einem so großen und, trotz Königgrätz, noch immer so schweren Werke mithelfen wollen, wie es die Herstellung des deutschen Staates ist. Dagegen gibt es Gründe genug, um, im Interesse gerade dieses Staatsbaus, auf Erweiterung der Freiheitsrechte zu dringen, so vor Allem um des Südens willen — wenn schon wir nicht glauben, daß selbst nach Einführung der Grundrechte die Schwaben aufhören würden, von der norddeutschen Knechtschaft zu faseln.

*) Schon jetzt freilich läßt sich voraussehen, daß über diese und jene Bestimmung des Verfassungsentwurfs zwischen der Regierung und sämmtlichen Schattirungen der liberalen Partei (sie Altliberalen allein vielleicht ausgenommen) ein heißer Kampf entbrennen wird, in welchem, falls ersterer nicht voll und ganz nachgeben sollte, ein Ausgleich vorerst nicht zu erhoffen ist. Dies gilt z. B. von dem zehnjährigen Normalbudget. Was dagegen den angeblich vom Graf Bismarck selbst erfundenen, so eigenthümlich dem Entwurf hinzugefügten Ausschuß der Beamten aller Kategorien betrifft, so können wir ein so unsinniges Projekt unmöglich für ernsthaft gemeint, sondern nur für ein diplomatisches Manöver halten, um, nach scheinbar hartnäckiger Vertheidigung und endlicher Preisgebung dieses Artikels, wenigstens die Diätenlosigkeit anerkannt zu machen.

Das Erste ist die Existenz, und das Zweite die Form der Existenz: zuerst die Einheit und dann die Freiheit — dies wird, unserer Ansicht nach, das A und O der heutigen Nationalpartei sein müssen. Dieses „Zuerst" und „Alsdann" ist natürlich nicht zeitlich gemeint, als ob der Kampf um die Freiheit vertagt werden sollte (wie man es neulich in Danzig mißverstand), sondern es ist eine Priorität des Rangs: stoßen beide Interessen zusammen, so muß dasjenige der Einheit vorgehen. Dieser Conflikt ist übrigens immer nur ein scheinbarer, da ja die Einheit, als die Bedingung der nationalen Unabhängigkeit vom Auslande, die Grundlage aller inneren Freiheiten, die erste und Urfreiheit ist.

Am Statut würde durch das neue Programm nichts geändert werden, nur daß die Voranstellung der „Einigung" vor der „freiheitlichen Entwicklung" dann nicht mehr bedeutungslos sein, oder — denn ganz bedeutungslos war sie wohl niemals — doch mehr zu bedeuten haben würde, als bisher, nämlich das Obige. Für das Programm selbst würde natürlich eine konkretere Formulirung zu wählen sein, als die hier gegebene; uns war es nur um Aufstellung des allgemeinen Prinzips zu thun. Im Uebrigen mag das Programm dann so weit sein, als es sein kann, wenn es nur in diesem einen Punkt so bestimmt ist, als es sein muß. Für ganz unpraktisch würden wir es z. B. halten, wenn wir Fragen, wie die: Bundes- oder Einheitsstaat? zu Programmfragen machen wollten.

Ohne eine neue innere Zusammenfassung aber, wir wiederholen es, wird der Nationalverein, und damit die Organisation der liberalen Nationalpartei, nicht mehr zusammenhalten sein. Möglich, daß der Kern des reorganisirten Vereins Anfangs ein sehr kleiner sein wird, aber er wird schon zunehmen, und je fester und dichter er ist, um so größere Anziehungskraft entwickeln. Denn das Bedürfniß, an die Stelle der losen und schlotterigen Verbindungen, wie sie unseren liberalen Parteien natürlich sind, eine straffere und zugleich umfassendere Organisation zu setzen, ist ganz unabweisbar, und das innere Band für eine solche Organisation ist vorerst immer nur auf dem nationalen Gebiete zu finden.

Mit dem Programm allein ist's nun freilich nicht gethan, ein gutes Programm ist nichts weiter als ein guter Vorlag, und mit guten Vorsätzen ist bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert. Es kommt auf die Ausführung an, es muß eine bei Weitem regere Thätigkeit entwickelt werden, als früher. Das ist nun zunächst Sache jedes einzelnen Vereinsgenossen; nichts ungerechter, als verlangen, daß das Centrum allein von sich aus der Heerd und die Quelle aller Lebendigkeit sein solle; nur durch Wechselwirkung Aller wird das Ganze im Fluß erhalten. Aber allerdings kann und muß mehr als bisher geschehen, um die Thätigkeit der Einzelnen anzuregen. In Altdeutschland war das schwierig, weil wir, in Ermangelung jedes thatsächlichen Vorwärtskommens, genöthigt waren, uns „wie ein Thier auf kürrer Haide", im Kreise herumzudrehen und stets das alte Thema zu variiren, was allgemach langweilig werden mußte, den Rednern und Schreibern wahrhaftig noch mehr, als den Hörern und Lesern. Jetzt dagegen sind wir aus dem Bann heraus und vor uns liegt ein schönes großes Arbeitsfeld, mit immer neuen praktischen Einzelaufgaben; diese werden, z. B. durch Flugblätter u. s. w., innerhalb der Partei verarbeitet werden, und der Anstoß dazu wird allerdings in der Regel vom Mittelpunkt ausgehen müssen.

Noch ein scheinbar äußerlicher, in der That wesentlicher Punkt ist dieser. Vor dem Kriege lebte der deutsche Nationalstaat bloß im Reich der Ideen, hoch über der Zeit und dem Raume; es war daher gleichgültig, wo die Partei dieses Staats, die nationale, ihren irdischen Sitz hatte, ob in Coburg, Frankfurt oder Wo sonst; das Weltenkukuksheim, die ideale Mitte, war überall und nirgends. Heute ist der deutsche Staat, wenn auch noch nichtvollständig, eine politische und geographische Wirklichkeit. In Folge davon wird auch der äußere Mittelpunkt für die Thätigkeit der Partei des deutschen Staates nur noch in dessen wirklicher Hauptstadt, in Berlin, sein können.

Sodann würde, um der neuen, konkreteren, mit der Tagesgeschichte ungleich inniger verflochtenen Gestalt zu entsprechen,

Digitized by Google

welche unsere Aufgabe angenommen hat, das periodische Organ des Vereins aus einem Wochenblatt in ein Tagblatt umzuwandeln sein; es scheint und das so selbstredend, daß jede Motivirung überflüssig ist. Natürlich müßte das neue Organ gleichfalls in Berlin erscheinen. Freilich, es gibt dort schon Blätter genug; aber sie gehören den alten Parteien und keines ganz und voll der unsern.

Endlich wäre noch die Veränderung unseres Verhältnisses und unserer Aufgabe, Süddeutschland gegenüber, in's Auge zu fassen. Indeß ist dieser Gegenstand zu wichtig und umfassend, um nur so nebenher, und nicht besser eigens behandelt zu werden. Nur eine Bemerkung zum Schluß. Allerdings, der Norden ist heute nicht mehr in der Lage und Laune, sich zum Süden zu stellen, wie der unverdrossene Werber zur spröden Braut, glücklich die Wünsche der Schönen zu erraten und ihr ein Lächeln abzugewinnen. Er ist vielmehr wie der ältere Bruder, der sein Geschäft etablirt hat, und dem Jüngeren den Eintritt gewähren oder versagen kann. Aber gänzlich falsch ist es, zu glauben, wie jetzt in Norddeutschland Manche, als hätten wir an diesem Eintritt ein minder starkes und dringendes Interesse, als der Süden selber und als könnten wir ihn mit aller Seelenruhe abwarten. Nein! daß die Nation Eins wird, das ist ein Anliegen, gleich wichtig für jeden ihrer Theile, auch abgesehen von den Rücksichten der Sicherheit und Macht, schon vom Standpunkt des nationalen Gedankens und Gewissens, dem die Getrenntheit unerträglich sein muß. Die Nationalpartei hat daher, wenn auch auf andern Wegen und mit anderen Mitteln, als früher, nach wie vor über den Main hinüber eine sehr ernste und dringliche Aufgabe zu erfüllen. Und hätte sie auch keinen anderen Grund zusammenzuhalten, als diesen, er allein schon, dünkt uns, wäre mehr als genügend.

Preußische Landtagsbriefe.

IX.

Berlin, 13. Januar. Der Bericht der Kommission des Herrenhauses über die Regierungs-Vorlage, die durch die Wahlen in den neuen Landestheilen nothwendig gewordenen Abänderungen der Verfassung betreffend, überbietet die kühnsten Erwartungen hinsichtlich der darin entwickelten bösen Gelüste, die Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände daselbst zu verzögern. Eingewickelt sind dieselben in einen Schwall von so hirnverbrannten Rabulisterien, daß man dem Steger der „Nat.-Ztg." wahrhaftig die Ideen-Assoziation zu Gute halten muß, die ihn, bei der Ankündigung dieser Angelegenheit für die morgende Tagesordnung dieses hohen Hauses, setzen ließ: „Tagesordnung des Irrenhauses." Die Kommission hat in der That den Gesetzentwurf, wie er unter Zustimmung der Regierung aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen war, abgelehnt, nachdem sie eventuell einen Artikel hinzugefügt hatte, welcher verlangt, daß die Vertretung der neuen Landestheile im Herrenhause nach den seitherigen Kategorien durch königliche Verordnung geregelt, und daß dem Landtage ein Gesetz vorgelegt werde zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus der Verordnung vom 10. November 1865 ergeben, durch welche die Bildung des Herrenhauses auf dem Verordnungswege für abgeschlossen erklärt wurde. Die Herren meinen, aus dem Gesetze, nach welchem die preußische Verfassung in den neuen Landestheilen am 1. October 1867 in Kraft treten soll, folge noch keineswegs, daß nun auch zugleich die Vertretung derselben geregelt werden müsse, eine Rabulisterei, der doch auch der Minister des Innern entschieden vom konstitutionellen Standpunkte aus entgegentrat. Mit dem 1. Oktober c. hört das der Krone in jenen Landestheilen übertragene alleinige Gesetzgebungsrecht auf; aber die Kleist-Retzow, Senfft-Pilsach, Klützow, Graf Brühl und Konsorten halten es eben — unter dem Vorwande der Erhaltung berechtigter Eigenthümlichkeiten — für ganz wünschenswerth, daß dort auch ferner absolutistisch weiter regiert werde und sie hoffen, durch so unerträgliche Zustände ein Gesetz über die Anwendung der faktisch bei uns geltenden Kategorien der Herrenhaus-Vertretung auf jene Landestheile zu erzwingen. Daneben bricht denn auch dem Bericht des Hrn. v. Kleist-Retzow auch der ganze Ingrimm seiner Klique über die Stellung hervor, „in welche das Herrenhaus auch rücksichtlich dieser wichtigen Vorlage gebracht werde, als ob nur die Ansicht des Abgeordnetenhauses zu berücksichtigen sei und dieses für sich allein schon die Vertretung des Landes bilde". Die Herren können die süße Erinnerung an die schönen Tage des Konflikts, während dessen das Junkerthum als die alleinige Stütze des gottbegnadeten Königthums glänzte, noch immer nicht verwinden. „Schon habe das Herrenhaus bei dem Wahlgesetz für den Norddeutschen Bund und bei der Wuchergesetzfrage dem Drängen der Regierung nachgegeben; aber es sei für dasselbe eine Ehrensache, in dieser Frage den es selbst und das ganze Land (!) tief berührenden Bedenken in seinen Beschlüssen Ausdruck zu geben." Das Standesinteresse der Rittergutsbesitzer, denen durch jene Kategorien der Herrenhaus-Vertretung ein weit über ihren Besitz und noch mehr über ihre Intelligenz hinausgehendes Gewicht gegeben wird, steht natürlich hoch über den Interessen des Vaterlandes! —

Man hoffte, daß die zweite Lesung dieses Gesetzes in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ohne neue Diskussion vor sich gehen würde; aber man hatte diese Rechnung ohne den „Neffen seines Onkels" gemacht, den Abg. v. Gerlach, — einen so unverfrorenen Jüngling, wie er nur jemals aus den Reihen des märkischen Junkerthums auf dem Berliner Pflaster umhergewandelt ist, der es sich nicht nehmen ließ, als Sprachrohr Kleist-Retzow's in der Volksvertretung zu fungiren. Er kann sich eine Landesvertretung ohne die Bänke der edlen Geschlechter der Strubelwitze und Prudelwitze gar nicht denken; und welche eminenten Verdienste hat das Herrenhaus sich erworben durch sein verfassungswidriges Verhalten in dem Streit um das Budgetrecht und die Reorganisation! Aber sein Opfermuth trug ihm nichts ein, als ein allgemeines Gelächter. „Wenn das Herrenhaus das Zustandekommen dieses Gesetzes bis zum 1. Oktober c. verhindere, so schaffe es in den neuen Landestheilen einen Zustand der Anarchie; eine Staatsinstitution aber, die solche Zustände herbeiführe, werde zermalmt werden", sagte Lasker. „Man habe bisher mit dem Herrenhause verhandelt, ohne über die Rechtsbeständigkeit seiner Zusammensetzung zu rechten, seit einmal vor Jahren ein auf Untersuchung derselben gerichteter Antrag in der Kommission begraben sei", fügte Twesten hinzu; „aber niemals werde das Abgeordnetenhaus einer Ausdehnung jener verfassungswidrigen Kategorien auf die neuen Landestheile zustimmen. Sollte ihm jemals eine solche Zumuthung gemacht werden, so werde es sich genöthigt sehen, jenen Kategorien näher zu treten. Uebrigens habe das Herrenhaus schon öfter gesagt, man könne es wohl brechen, aber nicht biegen, und es sei nachher doch gebogen; so werde es auch diesmal wieder gehen." Natürlich wies der Reg.-Kommissär, Abg. Graf Eulenburg, — ein junger landrathlicher Vetter des gleichnamigen Ministers, den man über diese wichtige Frage allein im Namen der Regierung sprechen ließ, während doch wenigstens Hr. v. d. Heydt anwesend war! — jeden Zweifel an der rechtmäßigen Zusammensetzung des Herrenhauses, und gar dessen Zermalmung, weit von sich, und Graf Schwerin fand Twesten's Aeußerungen über das „Biegen oder Brechen" des Herrenhauses, „welches gewiß immer nur nach seiner Ueberzeugung stimme", sehr unopportun für das Zustandekommen des Gesetzes*), und das Kreisblatt eines bloßen Kommissionsberichts des anderen Hauses (der dem Abgeordnetenhause doch offiziell mitgetheilt wird!) schien ihm sehr unparlamentarisch. Indessen erklärte Twesten sehr kaltblütig, daß er, dem Herrenhause gegenüber, welches die Verhandlungen und die Personen des Abgeordnetenhauses so oft in gehässiger Weise vor sein Forum ziehe, welches wieder in diesem Bericht die Zahlung der Diäten als das Motiv für die Vollthätigkeit des Abgeordnetenhauses anzuführen sich nicht entblöde, sich von jeder Pflicht parlamentarischer Höflichkeit entbunden erachte.

*) Worin man dem Grafen Schwerin wohl beistimmen muß. D. H.

Digitized by Google

Das Gesetz wurde in zweiter Lesung mit allen gegen 2 Stimmen (Gerlach und Dr. Kosch von der Fortschrittspartei, aus irgendwelchen unfindbaren formalen Bedenken) angenommen. Der Präsident stellte den nunmehr legalisirten Beschluß sofort seinem Collegen vom Herrenhause zu. Dessen Kommission trat noch gestern Abend wieder zusammen, lehnte aber eine erneute Berathung des Berichtes ab, über welchen also morgen das Herrenhaus entscheiden wird. Alle Getreuen aus der Provinz sind herbeigerufen. Man wettete vielfach pro und contra „Biegen oder Brechen"; ich glaube an Biegen! —

Das Abgeordnetenhaus hat im Laufe der Woche eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen erledigt. Abgelehnt wurde der von der Regierung vorgelegte Entwurf betr. die Pflichten der Handelsmäkler (Sensale), durch welchen ihnen, unter Aufhebung des Art. 69. Ziffer 6 des deutschen Handelsgesetzbuches, gestattet werden sollte, auch von Abwesenden brieflich oder telegraphisch Aufträge zu übernehmen. Die Redner der Majorität erklärten sich wohl für die völlige Beseitigung des veralteten Instituts der vereideten Sensale; so lange sie aber bestehen sollen, dürfe man ihnen nicht Befugnisse geben, die ihren Charakter als Urkundspersonen beeinträchtigen, und zudem würde eine Erweiterung ihrer Befugnisse ihre privilegirte Stellung befestigen, obgleich sie im Namen der zu erweiternden Verkehrsfreiheit gefordert werde. — Angenommen wurde ein Gesetz über Erweiterung mehrerer Bestimmungen des Invaliden-Versorgungs-Gesetzes (Erhöhung der Sätze für die Verstümmelten und Hinterbliebenen der Gharargirten, vom Oberfeuerwerker abwärts, und der unteren Militärbeamten). Der Abg. Frentzel griff das Gesetz an, als „ungenügend und ungerecht", weil bei der allgemeinen Wehrpflicht sich auch in den Reihen der Gemeinen viele gebildete Männer befanden, die ihren Familien durch ihre Thätigkeit weit höhere Ansprüche an das Leben hätten gewähren können. Für die Verstümmelten und Gefallenen müsse der Staat, für den sie sich geopfert, eintreten und darum sei auch der Unterschied zwischen den Pensionen der Officiere und der Soldaten ungerecht. Dabei rechnete er aus, wie viel hinterbliebenen Familien aus den Dotationen der Generale, die doch auch, wie die Soldaten, nur ihre Pflicht gethan, eine befriedigende Existenz geschaffen werden könnte; da indessen alle diese Monita vor Einführung der gleichen Besoldung aller Chargen und der völligen socialen Gleichheit, oder vor Verwendung sämmtlicher Staatseinnahmen für die Armee und ihre Angehörigen, nicht zu erledigen sind, so stimmte der eifernde Abgeordnete denn auch schließlich für das „ungerechte und ungenügende" Gesetz — in Ermangelung eines besseren. Dasselbe that der ultramontane Abg. Dr. Michelis, der diese äußerordentlich passende Gelegenheit ergriff, nochmals seinen Abscheu vor der Annexionspolitik zu erklären und aus der neulichen Rede Bismarcks zu folgern, daß jene Politik eine Politik im Interesse Frankreichs sei, „da Bismarck selbst eingestanden habe, daß eine Einigung von ganz Deutschland unter Oesterreich den Franzosen nicht erwünscht sein könne"; das sei derselbe Gesichtspunkt, der Moritz von Sachsen und Gustav Adolf bei ihrer Verbindung mit Frankreich gegen Karl V. und Ferdinand geleitet habe, deren Bestrebungen diesem philosophischen und geschichtskundigen Pfarrer natürlich durchaus und rein deutsch erschienen. Natürlich ist er dafür bereits der Nemesis des heutigen „Kladderadatsch" verfallen; aber es ist bei der in unserer Zeit so häufigen innigen Verbindung der radicalen Demagogie mit dem Ultramontanismus doch nützlich, zuweilen hervorzuheben, daß dessen nationale Gesinnungen und Bestrebungen immer in der Begeisterung für das altgläubige Habsburgerthum gipfeln, welches die Blüthe der deutschen Nation im Interesse des hispanischen Regierungs-Maximen und der Reinheit des Glaubens unbedenklich für ein ganzes Jahrhundert knicken ließ. Der liebe Gott, der einen guten Deutschen nie verläßt, wolle ihn auch vor solchen Freunden wahren. —

Angenommen wurde ferner ein Gesetz, betr. die Regelung der direkten Besteuerung in Hohenzollern-Hechingen, nach Streichung eines Paragraphen, durch welchen die Regierung dem Fürsten „aus Gründen der allgemeinen Gesetzgebungs-Politik" eine Entschädigung für die aufgehobene Befreiung von der Grundsteuer zuschanzen wollte — trotz des „freiwilligen" Verzichts darauf bei dieselbe im „tollen" Jahr 1848! — Angenommen wurde ferner die Befürwortung einer Petition des Oberrabbiners Sutro in Münster um die endliche Verwirklichung der Artikel 4 und 12 der V. U. und die Ungültigkeits-Erklärung der der Verfassung widersprechenden Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Juli 1847, wodurch die Staatsbürgerlichen Rechte der Juden, ihre Anstellungsfähigkeit als Richter, Lehrer an öffentlichen Schulen u. dgl. schwer beeinträchtigt werden. Der Justizminister glänzte bei dieser Frage durch seine Abwesenheit und sein Kommissar hüllte sich in tiefes Schweigen, während der Cultusminister erklärte, „daß die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Juli 1847 fortan im Cultusministerium nicht mehr als maßgebend betrachtet werden." Das ist für Herrn v. Mühler eine gewaltige Konzession! Der ultramontane Abg. Michelis sprach sich bei dieser Verhandlung entschieden für unbedingte Lehrfreiheit an den höheren Bildungsanstalten aus, wofür er denn freilich den ganz ausschließlich konfessionellen Charakter der Elementarschule um so eifriger in Anspruch nahm, und erklärte es von seinem katholischen Standpunkte aus für durchaus zulässig, daß ein Christ auch vor einem jüdischen Richter einen Eid ableiste, was der Irvingianische Erzengel Wagener für jedes wahrhaft christliche (und mit etwas feudalem Judenhaß durchsäuerte) Gemüth mit großer Emphase für unmöglich erklärte. Herrn Wagener's religiöses Pathos reizt unwillkührlich zum Lachen, sogar den Pfarrer Michelis, was Hr. Wagener dann natürlich den unchristlichen oder unkirchlichen Gesinnungen der Liberalen zuschreibt. —

In der nächsten Woche werden unter Anderm die eingebrachten Gesetzentwürfe des Abg. Paur über die Gewährung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten, über die Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages, ferner eine Interpellation Twestens über die Abführung eines hannoverschen Bürgers, der nicht dem Heere angehört und auch nicht einen Militär beleidigt hatte, nach Minden, und wahrscheinlich auch eine Frankfurter Petition um Rückerstattung der Kontribution von 6 Mill. Fl. zur Verhandlung kommen. — Der in der Budget-Kommission abgelehnte, oder wenigstens in der Form sehr verballhornte Antrag Michelis', auf Verlegung des Beginns des Finanzjahrs auf den 1. Juli, wird hoffentlich im Hause wiederhergestellt werden. —

Graf zur Lippe hat wieder einmal einen Antrag auf strafrechtliche Verfolgung eines Blattes wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses an dieses gerichtet, natürlich eines liberalen Blattes, des von Konfiskationen viel geplagten Gumbinner „Bürger- und Bauernfreundes." Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. —

Für die Sitzungen des norddeutschen Parlaments ist nun doch definitiv das Lokal des Herrenhauses bestimmt. In Bezug auf die künftige Verfassung vertraut der Wahl-Aufruf der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses vollständig dem Grafen Bismarck, der bisher Alles wohl gemacht hat und es auch fernerhin wohl machen wird. Die „Spen. Ztg." stimmt dem im Grunde mit einigen abgeblaßten konstitutionellen Phrasen vollständig bei. Die Kreuzzeitung motivirt ihre eifrige Befürwortung eines auf Fürsten bestehenden Oberhauses, mit dem tiefen Respekt des Volkes vor ihren Personen; aber die „N. A. Z." fürchtet, daß dieser Respekt eben in der parlamentarischen Mühle rasch zerrieben werden würde. Daneben schimpft sie auf die „partikularistische Demokratie", weil ihr der Ausspruch der „Nationalen" sehr unbequem ist, daß man lieber die gemeinsamen Angelegenheiten Norddeutschlands, unter Zuziehung seiner Vertreter, im preußischen Abgeordnetenhause behandeln

Digitized by Google

wolle, als die Rechte dieses letzteren preisgeben, ohne und ehe daß sie dem Norddeutschen Parlamente übertragen worden. Die Nachrichten über die Kandidaturen drücken bis jetzt meistens noch nicht viel mehr aus, als die Wünsche Derer, die sie verbreiten, wie die ministerielle Zeitung ganz richtig bemerkt, nur daß das in noch viel höherem Maaße von den conservativen Candidaturen gilt, was sie natürlich verschweigt. Verdiente Generale, wie Vogel v. Falckenstein in Königsberg, sind noch lange keine geeignete Parlamentsmitglieder, wie die „Konigsb. Ztg." sehr richtig sagt. — Der Oberbürgermeister Bredt in Barmen erklärt die ihn betreffende Nachricht, die ich mittheilte, für rein aus der Luft gegriffen. Die Aufstellung oder die Ablehnung der Kandidatur?! —

Unter Blinden ist der Einäugige König, und die in „Volkszeitung", die immer bändelsüchtiger an den „Nationalen" herumnergelt, ist sehr erfreut, in einer wunderlichen Erklärung des bekannten Herrn Roßmäßler noch mehr Orthodoxie zu finden, als sie selbst für zulässig hält. Die unter Jakobi's Auspicien erscheinende „Zukunft" erklärt Jeden für wahlunfähig und für reif zum Herrenhause, der für Indemnität, Anleihe, Dotation, Anerion, oder sonst für irgend eine Bewilligung, incl. des Etats, gestimmt hat, — wornach vom gegenwärtigen Abgeordnetenhause nur noch Jakob, Virchow, Runge, Groote und der Dr. Michelis wählbar sind. Uebrigens scheint dieser absolut mangelnde Staatssinn, trotz der persönlichen Hochachtung, welche Jakobi in Volkskreisen mit Recht genießt und welche seine Kandidatur überall auftauchen läßt, den Leuten doch allmählich bedenklich zu werden. In einer Versammlung von Vertrauensmännern im 5. Wahlbezirke (vorwiegend Arbeiter) erhielt seine Candidatur nur eine geringe Majorität, viel geringer, als die Waldeck's, Schulze's, Benningsen's und des demokratischen Stadtrichters Hirsemenzel, der in der auswärtigen Politik den Standpunkt der „Nationalen" theilt.

Der Ministerwechsel in Bayern.

Das neue Jahr hat uns zwar nicht ein neues Ministerium gebracht, wie leichtgläubige Leute nach den wiederholten Versicherungen ministerieller Solidarität vielleicht angenommen haben, wohl aber ist Herr v. d. Pfordten aus dem Amte getreten, und seine Stelle als Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten hat Fürst Hohenlohe übernommen. Von den verschiedensten Seiten wurde dieses neben Herrn von Heintz liberalste Mitglied unserer Reichsrathskammer schon seit längerer Zeit als die geeignete Persönlichkeit bezeichnet, um eine nationale Politik Bayerns nach außen hin zu vertreten und dem kümmerlichen Schwanken ein Ende zu machen, welches unter der bisherigen Leitung das Ergebniß impotenter Selbstüberhebung war. Nicht bloß die gewöhnlichen Menschen, auch die Minister müssen an ihren Früchten erkannt werden, und für das Land Ersprießliches zu leisten, wird einem Staatsmanne dann um so leichter werden, wenn ihm, wie bloß beim Fürsten Hohenlohe offenbar der Fall ist, eine wohlwollende Gesinnung entgegenkommt; aber zunächst können die Aktenstücke für unsere Erwartungen und Hoffnungen nur in der früheren Haltung und in den bisher bekannten Aeußerungen des neuen Ministers gesucht werden.

Es ist aber um so nöthiger, auf diese authentischen Quellen zurückzugehen, als sich schon in mehreren Blättern Versuche bemerklich machen, dem Fürsten das Konzept zu verbessern. In der A. A. Ztg. versteig man sich schon bis zur Behauptung, daß die Politik des Fürsten Hohenlohe von der sogenannten des Frhrn. von der Pfordten gar nicht, oder doch gar nicht wesentlich verschieden sei; nicht selten mit der freudigen Erwartung, daß derselbe angeblich auf ihn gesetzte Hoffnungen der Fortschrittspartei gründlich täuschen werde.

Bei all diesem Gerede merkt man deutlich den Pferdefuß. Die Fortschrittspartei so gut, wie alle übrigen wirklich Liberalen im Lande von deutscher Gesinnung, werden abwarten wollen und sich freuen, wenn der neue Minister die richtigen Wege zum richtig erkannten Ziele einschlägt. Daß er aber die Pfade des Herrn v. d. Pfordten nicht wandeln oder vielmehr taumeln kann, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen, beweist die Rede, welche er in der Sitzung vom 31. August in der bayerischen Reichsrathskammer zur Unterstützung des Antrags der Kammer der Abgeordneten gehalten hat. Dieser Antrag, dem bei der Abstimmung außer ihm nur noch Fürst Fugger-Babenhausen, Graf v. Pappenheim und Fürst von Oettingen-Wallerstein sich anschlossen, lautet nämlich wie folgt: „Seine Königliche Majestät wollen allergnädigst geruhen, dahin zu wirken, daß durch einen engen Anschluß an Preußen der Weg betreten werde, welcher zur Zeit allein dem angestrebten Endziele entgegenführen kann: Deutschland unter Mitwirkung eines freigewählten und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten Parlaments zu einigen, die nationalen Interessen wirksam zu wahren und etwaige Angriffe des Auslandes erfolgreich abzuwehren." Wir müssen es uns versagen, um des Gegensatzes willen die Aeußerungen anderer Reichsräthe, die rachesüchtaubende Bereksamkeit des Frhrn. von Zu-Rhein, die Harlesschen Sentimentalitäten und die Gemeinplätze einiger Anderer aus dem offiziellen Bericht wiederzugeben; nur der famosen Auseinandersetzung des damaligen Staatsministers des königlichen Hauses und des Aeußern mag hier kurz gedacht werden, um zu zeigen, wie weit die Anschauung des abgetretenen Ministers von der damals ausgesprochenen Ueberzeugung seines Nachfolgers abweicht. Herr v. d. Pfordten hält noch dafür, daß die bayerische Regierung „völlig allein auf dem ganz sicheren und ausreichenden Boden der eigenen Verfassung stehen kann." Er wagt noch nicht „zu beurtheilen, ob eine nähere verfassungsmäßige Verbindung, insbesondere mit Preußen und dem durch dasselbe zu bildenden Norddeutschen Bunde, möglich sein wird und vereinbar mit der Selbstständigkeit Bayerns." Dem Gedanken, Bayern müsse wo möglich jetzt beitreten, um auf die Bildung des Norddeutschen Bundes Einfluß zu gewinnen, kann der Minister keine Berechtigung zuerkennen, mit der wunderbaren Begründung „denn eben um dem Süden seinen Einfluß auf die Gestaltung des Norddeutschen Bundes zu gestatten, will man die Ubeilnahme des Südens jetzt nicht"; wobei denn freilich zugestanden wird, der Minister „habe es für seine Pflicht gehalten, den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund gar nicht anzuregen." Allerdings wird darauf Bezug genommen, daß von anderer Seite diese Frage angeregt worden sei und Preußen sich ablehnend verhalten habe; aber wer sieht nicht, daß es etwas ganz Anderes war, wenn Bayern im Interesse Deutschlands diesen Eintritt forderte, oder ein kleiner Staat wie Baden, und Bayern nicht. Den Schluß dieser ministeriellen Antwort auf die Hohenlohe'sche Rede bildet die berühmte Verspörerung der v. d. Pfordten'schen Politik in dem falschen Citat aus Rückert: „Wenn die Blume selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten." Jedes Wort dieser Auslassung, wie in der That Alles, was Frhr. v. d. Pfordten seit seiner theilweise so wechselvollen Ministerlaufbahn geäußert hat, athmet den krassesten, vorurtheilsvollen, sich selbst überhebenden Partikularismus. Ganz anders betrachtet der Fürst von Hohenlohe damals, und somit voraussichtlich auch noch heute, die Rechte und Pflichten Bayerns gegen Deutschland. Seine Rede lautet:

„Die Hohe Kammer wolle mir erlauben, über den zweiten Antrag der Kammer der Abgeordneten einige Bemerkungen zu machen. Es scheint mir dieser Antrag von hoher Bedeutung zu sein. Er führt uns mit einem Male in die deutsche Frage, und zeugt von einer Meinungsänderung des Landes von so durchgreifender Art, wie sie mir in meinem politischen Leben noch nicht vorgekommen ist. Als ich vor 17 Jahren in der Sitzung vom 12. November 1849 der Neugestaltung Deutschlands im Sinne der damaligen Vorschläge Preußens, im Sinne des engeren Anschlusses an Preußen, das Wort redete, that ich es und mußte ich es thun unter der ausdrücklichen Anerkennung, daß ich mich mit den Anschauungen des bayerischen Volkes im Widerspruch befände. Ich habe mich damals den Anschauungen der Mojorität ge-

Digitized by Google

fügt. Seitdem sind zahlreiche Projecte im großdeutschen Sinne aufgetaucht und wieder verschwunden. Ich habe sie nie für praktisch durchführbar gehalten. Heute nun sehen wir uns einem Antrage der großen Mehrheit der Abgeordnetenkammer gegenüber, der die Neugestaltung Deutschlands im engen Anschluß an Preußen anstrebt. Sie werden, meine Hohen Herren, es konsequent finden, wenn ich mich diesem Antrage anschließe und Ihnen dessen Annahme empfehle. Wenn Sie staunend fragen, wie es möglich ist, daß ein solcher Umschwung in der Meinung des bayerischen Volkes stattfinden konnte, so ist die Antwort darauf sehr leicht. Nach dem Austritte Oesterreichs aus dem deutschen Bunde, nach der Sprengung des deutschen Bundes lag an uns die Frage, was wird aus Bayern?"

„Drei Wege bleiben uns offen. Die Gründung des südwestdeutschen Bundes, die Isolirung Bayerns und die Anlehnung an Preußen. Daß die Gründung des südwestdeutschen Bundes in das Bereich der Möglichkeit gehöre, hat wohl noch Niemand im Ernste behauptet. Es ist mir wenigstens noch kein wirklicher Anhänger dieses sogenannten Mittelteutschland vorgekommen. Ebenso unmöglich erscheint mir die Stellung Bayerns als selbständiger unabhängiger Staat in Mitte der europäischen Großmächte. Niemand wird behaupten, daß eine solche Stellung eines Staates von 5 Millionen möglich ist ohne Anlehnung an eine größere Macht. Es könnte also nur die Frage sein, ob wir uns, wir zur Zeit des Rheinbundes, an Frankreich, oder ob wir uns an Preußen anlehnen wollen."

„Nun muß ich zu Ehren unseres Vaterlandes konstatiren, daß selbst in den schlimmsten Tagen unserer neuesten Geschichte sich kein Fürsprecher für einen französischen Bund gefunden und mit Ausnahme vielleicht eines Münchener Winkelblattes, das diesen Gedanken vertheidigt hat. Es bleibt also nur das Bündniß mit Preußen. Hier entsteht nun die Frage, ob es jetzt schon an der Zeit sei, dieses Bündniß anzustreben. Man könnte dagegen einwenden, und es ist dieß, wenn auch nicht in dieser Hohen Kammer, gethan worden, es sei Bayerns nicht würdig, jetzt schon dem siegreichen Feinde die Hand zu reichen. Ich gestehe, daß ich diesen Einwand nie verstanden habe. Wir haben Frieden mit Preußen geschlossen, Friede aber bedeutet Versöhnung, und schließt jeden Gedanken der Rache und Bitterkeit aus. Es ist die Prärogative civilisirter Völker, den Krieg als eine politische Nothwendigkeit anzusehen im Gegensatze zu den Negerstämmen Mittelafrikas, die den Krieg aus Beutelust und Blutdurst führen, und schließlich ihre Gefangenen schlachten und verzehren. Bei civilisirten Völkern hört die feindliche Gesinnung auf, wenn die politische Nothwendigkeit verschwunden ist, um so mehr bei Völkern eines und desselben Stammes, welche auf einander angewiesen sind".

A „Ein anderer Einwand, der hier gemacht wurde, besteht darin, daß man erst abwarten wolle, wie der Norddeutsche Bund sich gestalten wird, ehe man erklärt, ob man eintreten wolle oder nicht. Allein, bedenken Sie, meine Hohen Herren, daß solches Abwarten für Bayern sehr gefährlich werden kann. Wer steht Ihnen dafür, daß die gegenwärtige Ruhe Europas ungestört bleiben wird? Tritt aber ein Ereigniß ein, das diese Ruhe erschüttert, so steht Bayern allein und verlassen da. Was es aber heißt, keinen Fürsprecher, keinen Freund, keinen Alliirten zu haben, hat der Herr Staatsminister des Aeußern in Berlin zur Genüge erfahren. Ich halte es aber für zweckmäßiger, jetzt, wo noch Alles im Fluße ist, wo man noch im Organisiren begriffen ist, die Stellung zum Norddeutschen Bunde zu erstreben, jetzt, wo es noch möglich ist, für die Selbständigkeit Bayerns und seiner Dynastie günstige Bedingungen zu erlangen, als anzuklopfen, um mich eines Bildes zu bedienen, welches der sehr verehrte zweite Herr Präsident gebraucht hat, an einem fertigen Hause, das, so zu sagen, kryställisirt ist, und dessen Thore verschlossen sein können. Dann werden wir entweder ausgeschlossen bleiben, oder wir müssen uns Bedingungen fügen, die für unsere Dynastie und für unsere Stammeseigenthümlichkeit vernichtend sein können".

„Man hat auch gesagt, Preußen will unser Bündniß gar nicht. Ich glaube, die Stimmung in Preußen zu kennen, und muß behaupten, daß diese Abneigung gegen einen Bund mit Süddeutschland nur bei einer Partei, bei der sogenannten Kreuzzeitungspartei, existirt, der das konstitutionelle Leben in Süddeutschland ein Gräuel ist. Das preußische Volk zu seiner Majorität theilt diese Abneigung nicht, und ebensowenig die Regierung. Wenn die preußische Regierung uns keinen Vorschlag gemacht hat, um uns zum Eintritt in den Bund, oder zu einem Bündnisse einzuladen, so ist dieß bei der Stellung Preußens zu Frankreich sehr natürlich. Dieß kann aber für die süddeutschen Länder und ihre Vertreter kein Grund sein, ihre Meinung zu verschweigen. Ich sollte denn doch meinen, daß, wenn auch Preußen Grund hat, auf Frankreich Rücksicht zu nehmen, die deutsche Nation groß genug ist, zu sagen, was sie will, was sie für gut, für recht und für zweckmäßig hält für ihr eigenes Wohl, unbekümmert um das, was jenseits des Rheins gewünscht und gehofft wird".

„Auch bin ich der Ansicht, daß die angebliche feindselige Stimmung in Frankreich, gegenüber von Deutschland, eine durch unlautere Parteibestrebungen künstlich gemachte ist. Das französische Volk ist zu großdenkend, zu selbstbewußt und zu edel, um sich zu fürchten vor der Konstituirung eines geeinigten Deutschland".

„Ich gestehe, daß die Formulirung des Antrags zu wünschen übrig läßt. Wenn aber der Anschluß an Preußen nothwendig ist, wenn er jetzt schon nothwendig ist, so ist es Pflicht, dieß auszusprechen, wie es der vorliegende Antrag, wenn auch in unvollkommener Weise, thut. Ich sehe in dem Antrage keine Mediatisirung Bayerns, sondern nur den Wunsch des Landes, auf irgend eine Weise aus der Isolirung heraus zu treten. Er kann also nur die Grundlage weiterer Unterhandlungen bilden. Ich empfehle Ihnen dessen Annahme im Interesse unseres Vaterlandes, im Interesse Bayerns, im Interesse der Erhaltung Deutschlands."

Mit Ton und Inhalt dieser Worte wird sich Jeder einverstanden erklären können, der in dem Zusammenschluß des deutschen Nordens und Südens zu einer kraftigen, von einer einheitlichen auswärtigen Politik geleiteten Staatsmacht das nothwendige und nächste Ziel der liberalen Bestrebungen sieht.

(Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern.)

Zeitungsschau.

Die Kreuzzeitung vermißt in dem Entwurfe der Verfassung des Norddeutschen Bundes nichts schmerzlicher, als ein Oberhaus. Nachdem sie diesen Mangel mehrmals bitter beklagt, tritt sie schließlich mit einem Vorschlage zur Abhilfe hervor. „In der künftigen Bundesverfassung, sagt sie, muß — wenn anders die Nachtheilen der öffentlichen Blüthe über die Köpfchen der preußischen Regierung eitelig sind — die Thätigkeit des aus den Gesandten der Bundesregierungen zu bildenden „Bundesraths" sich im Wesentlichen auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung beschränken. Denn die wichtigsten Funktionen der Executive, die Verfügung und der Oberbefehl über die Armee, die Vertretung nach außen und die Einschreitung über Krieg und Frieden müssen selbstverständlich allein dem Präsidium (der Preußischen Regierung) übertragen werden; in Betreff der Leitung der öffentlichen Verkehrsanstalten scheint Aehnliches deutschseitig zu sein, d. s. heißt, daß die Bramten der Post, Telegraphie u. s. w. unserer Königs Treue schwören sollen. Da nun die sonstige innere Landesadministration zunächst in den Händen der einzelnen Bundesregierungen bleiben wird, und da für die Streitigkeiten zwischen dem Reich und den einzelnen Bundesgliedern, oder dieser unter sich, eigene Rechtsgerichte eingesetzt werden dürften, — so zeigt sich, daß zu einer erneuerlichen Thätigkeit des Bundesraths als solchen wenig Raum bleibt, und daß diese Verrichtungen wie die einzelnen Bundesfürsten von großem Werth sein kann. Ebenso kann für diese auch die Mitwirkung des „Bundesraths" bei der Gesetzgebung von keinem realen Erfolge sein, da wir ja wenlich ausgeschlossen, das entscheidende Gewicht bei Preußen liegen wird und liegen muß. Daß der Sitz im Bundesrath um deswillen ein werthloses Recht sei, wollen wir nicht behaupten; denn den Fürsten und freien Städten ist im Bundesrath immerhin die Ehre gewahrt, auch sortan mit dem Bundeshaupte auf dem Fuße einer Ebenbürtig zu dem andern Souverain zu verkehren. Diese „Kostbarkeit" gehört gewiß auch zu den „kleinen Dingen, welche Großes bewirken" können; und Graf Bismarck hat mit vollem Recht bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses es als einen Vorzug seines Entwurfs, gegenüber der Reichsverfassung von 1849, bezeichnet, daß er den Schein meide, als ob die andern Fürsten zu Unterthanen gemacht würden."

„Aber fallo dieser „Schein" die deutschen Fürsten zur Einflußlosigkeit und zur Unthätigkeit brächte, in einem Kampfe, bei welchem es sich

Digitized by Google

am letzten Ende nicht nur um das Wohl und Wehe ihres Landes, sondern auch um die fortdauer ihrer herrschaftlichen Stellung in diesem Lande und um das deutsche Führertum überhaupt handelt; wenn sie so die äußere Ehre mit einer Schädigung ihrer Machtstellung erkaufen müßten, dann handeln sie sicherlich am würdigsten und am klügsten, wenn sie überseits, trotz allem „nur um des Friedens willen" entgegenkommend eine Stellung zu gewinnen suchen, in welcher sie mit Aussicht auf Erfolg thätig in den Lauf der Dinge eingreifen können."

„Solch eine Möglichkeit dürfte sich ihnen aber darbieten, wenn sie für ihre Person die Stellung von Vors de. Norddeutschen Reiches fordern und damit die Grundlage für ein würdiges Übertaus der Deutschen Nationen legen. Die Regierungen der kleinen Staaten haben, wenn sie als kuweräne Mächte mittels diplomatischer Noten oder motivirter Abstimmungen ihrer Gesandten eingereicht wollen, nicht auf großen Erfolg zu rechnen. Wenn aber die Fürsten persönlich einreten in die politische Arena und mit allem Ernst und Eingabe für die Interessen ihres Landes und für die Erhaltung der größten Güter der Nation einstehen, so können sie, auch wenn etwa nicht ihnen allen parlamentarische Talente gegeben wären, mit Sicherheit erwarten, daß ihr Thun nicht ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse bleiben wird. Der Respect vor den deutschen Fürstenthum und die Verehrung vor der fürstlichen Persönlichkeit ist noch so groß(?) und weiterverbreitet, daß sie jetzt noch als ein wichtiger Factor in dem politischen Calcul benutzt werden kann; ob sie es auch noch nach einer Reihe von Jahren sein wird, wenn sich die Fürsten der neuen Entwickelung gegenüber nur passiv verhalten, — das ist eine andere Frage."

— Ueber den neuesten Ausbruch der Tollwuth des spanischen Absolutismus läßt sich die Köln. Zeitung aus London schreiben: „Wenn der letzte Freidruck eine Handlung zu sein scheint, welche gewissenlicher Grundsatzlosigkeit bezeuge, rieten seine Unterthanen bewunderend aus: Jeder Fell ein König! Denn des gewöhnlichen Spaniers Ideal einer Regierung ist der Despotismus. Letztere Anschauung liegt einem Artikel der Saturday Review zu Grunde, in welchem es heißt: „Der Zustand Spaniens wäre lächerlich, wenn die Heradwürdigung nicht zugleich ein geeigneter Gegenstand des Spottes wäre. Der Glaube an die Lebensfähigkeit freier Institutionen in Spanien, wie er vor zwanzig oder dreißig Jahren noch obwaltete, war ein hochbezüger Übergläube; neuere Erfahrung hat dargethan, daß die zarte Pflanze der Freiheit nur in die spanische Atmosphäre und Bodenbeschaffenheit erbleicht. In vielen (!) Ländern des Continentes hat die Sache der Freiheit in der letztern Generation Rückschritte gemacht; so tief wie Spanien aber ist kein kand Europa's gesunken. Um die materielle Wohlfahrt steht es leidlich gut. Ermüdung des Aufstandes ist noch zu keinem ernsten, dauerhaften Kampf und revolutionäre Agitationen sind unerobrücht, jede plausible Entschuldigung für tyrannische Uebergriffe beseitigt: alles Das hat einen verderben Hof nur dazu ermuthigt, den wildesten Gelüsten seiner despotischen Laune den Zügel schießen zu lassen. Ein Regierungssystem, welches sich dem wenigstens lauterlichen Urtheil der Menschen hingibt erregt nur deßhalb Verwunderung, weil ein Soldat von langjähriger Erfahrung an seiner Spitze steht. Die neuesten Maßregeln Narvaez' können aus einem einzigen Wunsche gefloffen sein, die Welt von der Gleichgiltigkeit der Spanier gegen der Freiheit zu überzeugen. Narvaez repräsentirt nichts als die Gewalt. Kein Nebenbuhler würde den geringsten Scrupel fühlen, ihn zu stürzen; aber Jeder weiß, daß, wenn ihm der Versuch mißlingt, der Galgen, die Kugel oder mindestens Deportation seiner und seiner Genossen warten; und die Königin schützt einen Diener, der ihr dienstlich nie mit Grundsätzen beschwert. So sehr sie auch ihr persönliches Wohl dem Heile ihrer Krone hintansetzt, so vernachlässigt sie doch auch das Letztere nicht, so lange sich die Ortodoxie mit dem Bajonnet und dem Strick aufrechterhalten läßt. Der eigenthümliche Nachtheil Spaniens gegen andere absolutistisch regierte Länder ist nur den Hof der herrschende merkwürdige Form der Frömmigkeit und die Unterordnung der bürgerlichen Autorität unter die Militärgewalt. Durch eine Reihe von Kouvertrügen mit einer Reihe militärischer Emporkömmlinge muß die verworrene und schwache Regierung Spaniens ihre Existenz fristen. Die öffentliche Meinung ist ohnmächtig, vielleicht gar nicht vorhanden und Bürgerliche sind von dem politischen Leben ausgeschlossen, es sei denn, daß sie, wie der jetzige Minister des Innern, sich zu knechtischen Werkzeugen einer schamlosen Regierung hergeben. Die Organe des spanischen Despotismus schienen bewiesen zu wollen, daß eine parlamentäre Convention in revolutionärer Gewaltthätigkeit von einer Monarchie noch übertroffen werden kann. Der Pariser Berg von 1794 vertuhr kaum mit der Willkür und Launenhaftigkeit der Madrider Camarilla."

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Heidelberg, 13. Januar. Der für die gestrige Sitzung des Nationalvereins angekündigt gewesene Vortrag des Professor Diegel über den Zollverein wurde, in Anbetracht des schwachen Besuches der Versammlung (die Einladung zu derselben war leider allzuspät veröffentlicht worden), vertagt. Auf den Vorschlag des Dr. Jhne beschloß man, in eine Discussion über den Werth des allgemeinen Wahlrechts und die wahrscheinlichen Ergebnisse desselben für die Zusammensetzung des Norddeutschen Parlamentes einzutreten. Professor Cantor eröffnete, daß das allgemeine Wahlrecht in mehreren deutschen Staaten, speciell in Baden bestehe, daß die Festsetzung eines bestimmten Lebensjahres für die Erlangung des Wahlrechtes, die Ausschließung der Verbrecher u. s. w. sowie ähnliche Beschränkungen keine Schmälerungen dieses Rechtes seien, da sie eventuell einem Jeden sühlbar werden können. Hinsichtlich des direkten oder indirekten Modus der Wahl stehe er keinen principiellen Unterschied. Es handle sich hier nur um eine Frage der Opportunität. Es lassen sich bei beiden Weisheiten gleich gute Ergebnisse erzielen. Die indirekte Wahl habe insbesondere den Vortheil, daß die Urwähler die Wahlmänner und diese den Kandidaten genauer prüfen können, was in großen Volksversammlungen mehrfache Schwierigkeiten biete. Das Interesse des Gesammtvaterlandsthums an den Wahlen werde allerdings etwas geschwächt, insofern sei bei einer gewissen politischen Reife diese Schwächung nicht gerade nothwendig. Der Redner geht sodann auf die Frage nach der Wahlbarkeit der Beamten ein, und vertritt dieselbe auf das Entschiedenste, da ein Jeder das Recht haben müsse, einen jeden Mann seines Vertrauens wählen zu dürfen. Uebrigens finde er es unverfänglich, wenn der Beamte, durch die Annahme einer Abgeordnetenstelle an der Ausübung seiner Berufspflichten verhindert, einen Substituten aus eigenen Mitteln, oder denen seiner Partei stellen müsse. Prof. Cantor geht weiter auf die Diätenfrage ein, und citirt die Ansicht des gewiß freisinnigen Benjamin Franklin, der sich auf das Bestimmteste gegen die Diätenzahlung erklärt. Man müsse bemüht sein, möglichst viele unabhängige Männer in das Parlament zu bringen. Hr. v. Rochau stimmt im Allgemeinen den Ansichten des Vorredners bei. Hinsichtlich der direkten oder indirekten Wahlen bemerkt er, daß, falls die Betheiligung der Urwähler an öffentlichen Dingen eine einigermaßen lebhafte sei, sie natürlich die Wahlmänner vorschlagen werden, eine bestimmte ihnen genehme Person zu wählen. Das allgemeine, direkte Wahlrecht schicke sich nicht für alle Verhältnisse, habe sich aber in Deutschland 1848 glänzend bewährt. Im Frankfurter Parlament sei die Elite der politischen Bildung Deutschlands vereinigt gewesen. In Frankreich zeige sich das allgemeine Wahlrecht allerdings verderblich. Er hoffe hinsichtlich der Wahlresultate für den Norddeutschen Reichstag Gutes. Die 10 Millionen der annectirten und der noch selbstständigen Länder nördlich vom Main würden ohne Kuonahme nur freisinnige Männer wählen, eben so die Rheinprovinz, Westphalen und alle größeren preußischen Städte. Die letzteren allein umfaßten ein Drittel der Bevölkerung. Er glaube daher, daß die entschiedene Majorität im Parlament eine wahrhaft liberale und nationale Haltung einnehmen, und die Ergebnisse der Berathungen befriedigen werden. Die Beamten seien vorlaufig in den Volksvertretungen unentbehrlich, da die für die Zwecke eines Parlamentes erforderliche politische Geschäftsbildung außerhalb des Beamtenstandes nicht hinlänglich vorhanden sei. Die Diätenfrage sei ein sehr heikler Punkt. Principiell sei er für die Ansicht des Vorredners. Auch die Geschworenen entschädige man ja nicht für ihre Mühseligkeiten. Aber bei der großen Zahl deutscher Volksvertreter für die Einzelparlamente (etwa 2000) sei es praktisch vorläufig nicht wohl ausführbar, Männer von genügender Wohlhabenheit für die unentgeltliche Uebernahme aller Abgeordnetenstellen aufzufinden. Für das Nationalparlament glaube er, daß die verhältnißmäßig nicht große Zahl von geeigneten Persönlichkeiten nicht fehlen werde. Im Interesse Unbemittelter ließe sich ja übrigens leicht Abhülfe treffen, da allerdings nicht zugelassen werden dürfe, daß bedeutende Capacitäten vom Parlament ausgeschlossen bleiben des leidigen Geldpunkts wegen. Man habe übrigens mit der Diätenentlehnung in Frankreich unter der Restauration (unter Napoleon I. wurden bekanntlich die Deputirten glänzend zratsschädigt,) sehr traurige Erfahrungen gemacht. Interessen sei bei der Unentgeltigkeit und Reellichkeit des deutschen Volkscharakters nicht zu fürchten, daß jene Erfahrungen auch bei uns an den Tag treten würden. Nach diesen Erörterungen wurde die Sitzung geschlossen. (Deutsch. Journal.)

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 88. Heidelberg, den 24. Januar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Preußischer Landtagsbrief. — Das norddeutsche Heer. — Die nordamerikanischen Unionsstaaten und der deutsche Liberalismus. — Aus Frankfurt. — Vom Bodensee. — Eine Stimme aus der Fremde. — Politische Literatur. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 22. Januar.

* Die Thätigkeit der Berliner Ministerconferenz zur Berathung der Norddeutschen Bundesverfassung hat eine so lange Unterbrechung erlitten, daß in den letzten Tagen sogar die Frage aufgeworfen wurde, ob sie überhaupt zum Ziele kommen werde. Möchte ein solcher Zweifel immerhin eine Uebertreibung sein, so lag ihm doch wenigstens die Thatsache zu Grunde, daß die Verhandlungen auf größere Schwierigkeiten gestoßen sind, als man, in Anbetracht aller Umstände, voraussetzen. Auf der einen Seite Preußen mit seinem ungeheuren Uebergewicht, auf der andern Seite das innerlich gebrochene Sachsen und zwei Dutzend beinahe willenlose Kleinstaaten — und dennoch hartnäckiger Widerspruch und Widerstand gegen die Vollziehung des in seinen Hauptzügen längst festgestellten Bundesvertrags! Damit soll nach keiner Seite hin ein Vorwurf ausgesprochen sein, um so weniger, als die Streitpunkte, um welche es sich handelt, erst andeutungsweise zur öffentlichen Kenntniß gekommen sind; ein neues und starkes Zeugniß jedoch gegen die Möglichkeit der deutschen Reform auf dem Wege der freien Vereinbarung wirklicher Machthaber ist jedenfalls durch die Erfahrung gegeben, daß selbst unter den Verhältnissen des heutigen Tages die Zustimmung der schwachen Regierungen des Norddeutschen Bundes nicht ohne die größte Mühe herauszupressen ist. Und zwar nur eine Zustimmung mit Vorbehalt. Denn es stellt sich heraus, daß Preußen, um endlich zum Abschlusse zu kommen, von seinen ursprünglichen Forderungen Dies und Jenes nachgelassen hat, wiewohl man einstweilen hoffen darf, daß wesentlicher Zugeständnisse auf Kosten der Einheit in den nothwendigen Dingen nicht gemacht worden sind.

Das Abgeordnetenhaus hat die von Neuem angeregte Frage der Tagesgelder für die Mitglieder des Norddeutschen Parlaments dies Mal, wie zu erwarten stand, besaht, wenn auch ohne Aussicht, die Zustimmung der Regierung und des Herrenhauses zu erlangen. Ob die Wichtigkeit dieser Frage, wenigstens für den heute vorliegenden Fall, nicht von beiden Seiten überschätzt wird? Das bei der letzten Verhandlung des Abgeordnetenhauses aufgewendete Pathos scheint denn doch über die Bedeutung der Sache hinauszugehen, und einzelne der dabei gebrauchten rednerischen Hülfsmittel werden wohl, auch innerhalb der engsten Gesinnungsgenossenschaft, nicht nach Jedermanns Geschmack gewesen sein.

Im Herrenhause ist das persönliche Einschreiten des Hrn. v. Bismarck nöthig gewesen, oder doch für nöthig gehalten worden, um den Widerstand zu überwinden, welchen das Vollblutjunkerthum dem Wahlgesetze für die einverleibten Provinzen entgegenstellte, weil und so lange nicht zugleich mit der Erweiterung des Abgeordnetenhauses auch für eine Verstärkung des Herrenhauses gesorgt sei. Indem das Herrenhaus diese Forderung fallen lassen, hat es in der That, wie die Kleist-Retzow und Waldow-Steinhövel behaupteten, seine eigne Zukunft preisgegeben. Das preußische Abgeordnetenhaus wird voraussichtlicher Weise niemals ohne Weiteres seine Einwilligung dazu geben, daß der Adel der neuen Provinzen auf der jetzigen Basis des Herrenhauses zu Sitz und Stimme in demselben gelange, durch Vertreter von „Grafenverbänden“ oder des „alten und befestigten Grundbesitzes“ u. s. w. Damit ist denn eine Handhabe zur Reform des Herrenhauses gewonnen, welche unter Umständen mit großer Wirkung benutzt werden kann, und die man sicherlich nicht loslassen wird, ehe sie ihren vollen Dienst gethan hat. Dem Norddeutschen Parlamente gegenüber, das doch früher oder später das Uebergewicht über den preußischen Landtag gewinnen muß, wird das Herrenhaus ohnehin seine jetzige Stellung und seinen bisherigen Bestand auf die Dauer schwerlich behaupten können. Angenommen auch, daß die deutsche Verfassung selbst zu ihrem Abschluß eines Ober- oder Staatenhauses neben dem Volkshause bedarf, so wird sie diese Ergänzung doch nimmermehr auf dem Boden des Krautjunkerthums suchen und finden, auf welchem die jetzigen preußischen Lords und Pairs gewachsen sind.

Das Programm der deutschen Politik des Fürsten Hohenlohe entspricht in seinen Grundzügen allen Erwartungen, welche man auf die Einsicht und den nationalen Sinn des neuen baierischen Ministers gesetzt hatte. Kein Anschluß an Oesterreich, kein Südbund, am allerwenigsten Anlehnung an eine auswärtige Schutzmacht, sondern möglichst vollständige militärisch-politische Gemeinschaft mit Preußen bis zum förmlichen Eintritt Baierns in den neuen Bund — das ist die Aufgabe, welche der Fürst Hohenlohe der baierischen Politik vorgezeichnet sieht. Daß dabei gewisse Vorbehalte zu Gunsten der baierischen Souveränität und Unabhängigkeit gemacht werden, bringen die Verhältnisse mit sich. Durch die ausdrückliche Anerkennung der Nothwendigkeit einer „kräftigen Centralgewalt“ für das vereinigte Deutschland bezeugt Fürst Hohenlohe hinlänglich, daß er jene Souveränetät und Unabhängigkeit nicht im Sinne eines engherzigen Particularismus aufgefaßt haben will.

Unter der Einwirkung des Münchener Beispiels kann die Stuttgarter Regierung beim besten oder schlechtesten Willen nicht umhin, in die nämliche Richtung einzulenken. Nachdem man in Baiern Anstalt gemacht, das Militärwesen auf preußischen Fuß zu setzen und damit die Einheit des deutschen Heerwesens vorzubereiten, scheint man auch in Würtemberg auf den Gedanken einer besondern schwäbischen Heeresform zu verzichten, durch welche Herr v. Varnbüler*) die Eigenliebe seiner Landsleute, besonders Derer von der „Volkspartei“ zu kitzeln gedachte. Ein nach Maßgabe des sog. Miliz̈systems ausgearbeiteter militärischer Organisationsplan des würtembergischen Kriegsministers Hardegg soll bei Seite gelegt und der Minister selbst mit seinem Entwurfe zu Falle gekommen sein.

*) Berufung gesagt war Herr v. Varnbüler früher ein Eiferer gegen die Conscription und für das Verbesserungen, aus volkswirthschaftlichen Gründen.

Digitized by Google

Auch in Darmstadt hat die deutsche Sache eine Wendung zum Bessern genommen, wenn nicht in der Haltung und Handlungsweise der Regierung, so doch in der öffentlichen Stimmung und Erkenntniß. Die Kammermehrheit, welche vor wenigen Wochen von Herrn v. Dalwigk, im Bunde mit dem Bischof Ketteler und den „Radikalen", zu Stande gebracht wurde, versagt der Hof- und Cabinetspolitik schon heute den Dienst. Sie spricht durch den Mund ihres über den Friedensvertrag Berichterstatten Ausschusses die anumwundene Anerkennung der Nothwendigkeit aus, daß das ganze Hessen-Darmstadt in den Norddeutschen Bund trete, und beruft sich dabei, man sollte fast meinen boshafter Weise, auf den entsprechenden Inhalt der unmittelbar nach der Rückkehr des Großherzogs in seine Residenz veröffentlichten Proklamation, mit deren Worten die nachfolgenden Thaten der Regierung bis auf den heutigen Tag in fortwährendem Widerspruch gestanden haben.

— In den Wust der österreichischen Zustände scheint endlich, Dank der magyarischen Willenskraft und Ausdauer, einige Ordnung gebracht werden zu sollen. Die Ungarn sind drauf und dran, alle ihre Forderungen gegen die kaiserliche Hofburg durchzusetzen, womit denn wenigstens die eine Hälfte des Reichs Aussicht hat, ihren seiten verfassungsmäßigen Bestand zu gewinnen. Wie der Kaiserstaat als Ganzes dabei bestehen wird, ist freilich eine andere Frage. Auch die Rückwirkung, welche die Regelung der ungarischen Angelegenheiten auf die politische Gestaltung in den übrigen österreichischen Ländern hervorbringen wird, läßt sich noch nicht mit Sicherheit beurtheilen. In Bezug auf die sogenannten deutsch-slavischen Provinzen, das heißt, das ganze nicht-ungarische Oesterreich, steht die Wiener Cabinetspolitik auch heute noch vor der Wahl zwischen den beiden entgegengesetzten Systemen, welche mit den Worten Centralisation und Föderalismus bezeichnet werden, und von denen das eine eben so wenig wie das andere gemacht ist, irgend eine ernstliche parlamentarische Probe zu bestehen. Einstweilen fährt die Regierung fort, den Slaven insgesammt, insbesondere aber den Tschechen und Polen, den Hof zu machen, deren Launen und Forderungen die Interessen aller anderen Nationalitäten, und insbesondere der deutschen, weichen müssen. So namentlich in der Sprachenfrage, die für Böhmen und Galizien in jedem streitigen Falle in jenem Sinne entschieden zu werden pflegt. Liegt diesem Verfahren überhaupt ein Gedanke zu Grunde, so kann es wohl nur der eines im Orient bevorstehenden Zusammenstoßes mit Rußland sein, gegen welches man sich des guten Willens der kräftigsten slavischen Nationalitäten im eigenen Lande versichern will. Ob man auf deutscher Seite nicht mehr verliert, als man auf slavischer gewinnt, darüber scheint man sich in Wien keine Sorge zu machen. Als sicher darf man annehmen, daß die orientalische Krisis von der österreichischen Staatskanzlei stark in Berechnung gezogen wird, daß Herr v. Beust insbesondere in einer gewissen Uebereinstimmung der orientalischen Interessen Oesterreichs und Frankreichs die Elemente einer gemeinschaftlichen Politik der beiden Länder sucht.

— Die öffentlichen Verhältnisse Frankreichs verwickeln sich; die Politik des Tuilerienkabinets scheint sich alle Wege offen halten zu wollen, der Geist und Wille, den der Gesetzgebende Körper dies Mal nach Paris mitbringen wird, ist unberechenbar, die royalistischen Parteien rühren sich von Neuem, die öffentliche Meinung ist beunruhigt und voll von Zweifeln. In einem Punkte indessen ist Frankreich mit sich selbst vollkommen einig: in der Feindseligkeit gegen das neue Deutschland. Der Graf Chambord und der „Temps", Herr Thiers und die Kreisley, die Armee und der Pariser Spießbürger, sie alle wetteifern miteinander in Kundgebungen der äußersten Verstimmung über die Anfänge der politischen Einigung Deutschlands. Frankreich hat aufgehört der alleinige Schiedsrichter Europas zu sein — dieser Gedanke ist der französischen Eigenliebe unerträglich. Das alte Uebergewicht mit den Waffen in der Hand wiederherzustellen, hat Frankreich in den Augen der Nation natürlich ein unbestreitbares Recht, dessen Ausübung lediglich durch Klugheitsrücksichten bedingt ist. Daß der rechte Augenblick dazu schon jetzt gekommen sei, ist freilich die Meinung der Wenigsten, und selbst, ob die versäumte Gelegenheit überhaupt jemals wiederkehren werde, gilt Manchen bereits für zweifelhaft. Immer einstimmiger und lauter dagegen wird die Verurtheilung der nach der Schlacht bei Sadowa begangenen Versäumniß und Dessen, welchem dieselbe zur Last fällt.

Wenn die neue Verfassungsänderung, welche Napoleon III. für nothwendig erachtet, bestimmt ist, den öffentlichen Geist von der unliebsamen Beschäftigung mit der auswärtigen Politik abzuziehen, so ist sie sicherlich dazu bestimmt, daß das Hellmittel sich als schlimmer erweisen werde, als das Uebel. Die Zugeständnisse, welche der Kaiser dem öffentlichen Freiheitsbedürfnisse zu machen vorgibt, können eben so gut als neue Beschränkungen der bisherigen Volksrechte aufgefaßt werden, und sind jeden Falls viel zu geringfügig, als daß der feierliche Ton, in welchem Napoleon III. davon spricht, als von der „Krönung des Staatsbaues", einen andern Widerhall finden sollte, als den des Spottes und Hohns. Ueberhaupt ist das Schreiben, in welchem der Kaiser, in gewohnter Weise, seine Absichten kundgibt, dies Mal ein so schwaches Machwerk, daß der Eindruck desselben den Glauben an die Festigkeit des Willens und der Hand des Verfassers unmöglich stärken kann. Ein Mißgriff, welcher deutliches Zeugniß von einem Nachlaß der alten Kraft und Kunst ablegt, ist jeden Falls das Abschneiden der Hoffnung auf jede weitere Entwicklung des Verfassungslebens, dessen Spielraum über die durch die letzten Maßregeln bezeichnete Grenze hinaus, nach den unzweideutigen Worten des Kaisers, niemals erweitert werden kann, darf und wird. Damit ist allen verzweifelten Anschlägen der beste Vorwand gegeben.

Preußische Landtagsbriefe.

IX.

Berlin, 20. Jan. Gebogen und nicht gebrochen, — das ist das Resultat der zweitägigen parlamentarischen Schlacht im Herrenhause. Twesten konnte also seine Pappenheimer und hat Recht behalten, womit ich übrigens durchaus nicht gelagt haben will, daß diese Prophezeiung politisch klug gewesen. Unser kleiner Landadel hat Alles auf, um seinen Standesgenossen in den neuen Landestheilen denselben, durch die politische Verrunft längst als gänzlich unberechtigt verurtheilten Einfluß auf die Gesetzgebung des Landes zu verschaffen, den er selbst leider faktisch besitzt, und dadurch diesem Zerrbilde eines Oberhauses neue Lebenskräfte einzuhauchen. Mit Recht hob Bismarck hervor, wie unpolitisch es sein würde auf den verbissen partikularistischen und preußenfeindlichen Landadel der neuen Provinzen die junkerlichen Kategorien unseres Herrenhauses auszudehnen und ihn durch Bildung von Korporationen (alter und befestigter Grundbesitz, Familien-Verbände u. dgl.) mit Präsentations-Recht zu einer künstlichen Bedeutung aufzublasen. „Wir können nicht wünschen, sagte er, daß Unterthanen des Königs ihre Stellung im Herrenhause wieder dazu benutzen, um sich zu Organen preußenfeindlicher Herrscher zu machen (wie der Hr. v. Busche bei seinem Annexions-Protest), oder daß sie, wenn ihnen die auswärtige Politik nicht gefällt, dem Könige den Huldigungseid kündigen", wie Graf Westphalen, — der denn, beiläufig gesagt, aus reiner Bosheit mit allen seinen Leuten eifrig und erfolgreich für die Wahl des liberalen Abg. Elven gewirkt hat und wahrscheinlich bei den Parlamentswahlen dasselbe thun wird, natürlich in der Absicht, nichts zu Stande kommen zu lassen. Für die Don Quixote's unseres Landjunkerthums ist diese Preußenfeindlichkeit ihrer annektirten Standesgenossen eine sehr zu respektirende, wenn auch versteckte „Königstreue", ein rührender Beweis, daß der ächte Ritter ohne Furcht und Tadel noch immer an der Dame seines Herzens, an der Legitimität, festhält, und schlimmsten Falls eine liebenswürdige Schwachheit begeht, die sich bald verlieren wird, wenn die edlen Herren nur erst sehen, wie mannhaft die St. George des Herrenhauses gegen den Lindwurm des destruktiven und revo-

Digitized by Google

lutionären Parlamentarismus ihre Reden, in Ermangelung der Lanzen, einlegen. „Preußenfeindlich, — bah, sagt Kleist-Retzow, die Abstimmung hat gezeigt, wie lau und flau dieses hohe Haus geworden ist; wir brauchen solche Hechte im Karpfenteich". „Ja wohl, seufzt ein Freund Senfft-Pilsach, sehr nöthig; denn es ist schrecklich zu sehen, daß die Bürgermeister uns überstimmen, obgleich wir 14 Mill. Landbewohner vertreten (wie so?!), die von sehr gesunder Nahrung leben". Das thun nun zwar die Herren Bürgermeister, allem Anschein nach, auch; aber sie müssen doch zugleich die Verhandlungen des Herrenhauses genießen, vor welcher „Nahrung" die Bauern bewahrt bleiben, und die Reden Senfft-Pilsach's gleichen, den Wohlgeschmack abgerechnet, durchaus einer Gänseleber-Pastete an Unverdaulichkeit und krankhaftem Ursprunge. —

Die Wortführer des Junkerthums (Kleist-Retzow, Senfft-Pilsach, Brühl, Waldow, Brünneck) thaten, was in ihren Kräften stand, um den in ihren Herzen kochenden Grimm über ihre „Zurücksetzung", hinter der sie bereits den Abgrund gähnen sahen, in welchen die Regierung, aus Liebediennerei gegen die Revolution, ihre zuverlässigen Hülfsarbeiter aus der herzerquälenden Zeit des Konflikts einst stürzen wird, auch in die Herzen der Majorität zu gießen. „Man setzt uns die Pistole auf die Brust; wir sollen nur noch sagen: zu Befehl!" — „Der Konflikt wird bald wieder da sein; woher sollen wir, nach so schnöder Behandlung, die Freudigkeit zum neuen Kampfe nehmen?" — „Die Minister haben ihre alten Waffenbrüder im Konflikte verlassen, um an die Spitze der Opposition zu treten"; „wir sollen künftig von der Gnade des Abgeordnetenhauses leben": — das sind die Schmerzensschreie der kämpfenden Paladine im Getümmel der Schlacht, und Senfft-Pilsach, mit seinem zärtlichen Gewissen und seiner staunenswerthen Verfassungstreue, „würde sich für einen vollständig eidbrüchigen Menschen halten, wenn er für das Gesetz ohne das Amendement Kröcher stimmte", was ihm freilich einen Ordnungsruf eintrug. Vergebens sucht Bismarck durch die Erinnerung an ihre frühere Cameradschaft die theils betrübten, theils zornigen Junker zu beschwichtigen; vergebens sucht er ihnen klar zu machen, daß eine Partei-Regierung verwerflich und jetzt unmöglich sei, — was, beiläufig, die beste Rechtfertigung der Opposition und die schärfste Verurtheilung der eigenen Vergangenheit ist. Alles vergebens! Die Junker halten die Wendung der Dinge, die Lösung des inneren Conflikts, deren absolute Nothwendigkeit wegen der äußeren Verhältnisse Bismarck nochmals nachdrücklich betonte, das Einlenken in verfassungsmäßigere Bahnen, für eine reine Marotte, wenn nicht für einen durch inneren Abfall diktirten bösen Willen des Minister-Präsidenten. Ein „schlichter Landedelmann", v. Zedlitz-Neukirch, spricht diese Anschauung des Junkerthums am naivsten aus. „Ich bewundere Alles, was das Ministerium bis zur Schlacht bei Königgrätz gethan hat; aber ich begreife nicht und bin sehr betrübt über das, was nachher geschehen, wodurch das Band, welches die konservativen Elemente zusammengehalten hat, sehr gelockert, sogar zerrissen ist." Diese Junker haben eben keine Ahnung von der veränderten Haltung, zu der grade die Erfolge Preußen zwingen; ich werde ihnen zur Erleuchtung den Wochenbericht der vorigen Nummer dieses Blattes zusenden. —

Am ersten Tage suchten die Rufer im Streit um jeden Preis eine Abstimmung zu verhindern, weil bis zum andern Morgen noch einige telegraphisch beschiedene uckermärkische Grauben eintreffen sollten. Umsonst! Die Sitzung wurde erst vertagt, nachdem das entschiedene Amendement Kröcher (Ausdehnung der Kategorien durch königliche Verordnung) mit 54 gegen 49 Stimmen verworfen war. Und am andern Tage, nachdem noch verschiedene „Wüthende auf Berberessen", wie weiland der Bastard von Orleans, vorgesprengt waren, um durch andere Amendements „der Schlacht eine andere Wendung zu geben", wurde das Gesetz, wie es aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen war, mit 64 gegen 28 Stimmen angenommen; 18 enthielten sich der Abstimmung, unter ihnen der grimmige Waldow-Steinhövel, „dessen Ahnen eher da waren, als die Hohenzollern!" Es waren also noch einige Streiter herbeigeeilt; aber — der anfängliche Sturmlauf hatte sich in einen Rückzug verwandelt; der märkische Junkertrutz war über Nacht gebrochen! —

Von dem guten Willen des Abgeordnetenhauses abhängen: — das ist der Kern der Sache. Graf Eulenburg hat so bestimmt, wie man es nur verlangen kann, erklärt: „Der König kann natürlich aus Allerhöchstem Vertrauen berufen, wen er will, auch solche Personen, die den bei uns geltenden Kategorien angehören würden; aber landschaftliche Bezirke des alten und befestigten Grundbesitzes, Familien- und Grafen-Verbände, kurz, unsere Korporationen mit Präsentations-Recht können nur durch ein Gesetz auf die neuen Landestheile ausgedehnt werden", — und das Abgeordnetenhaus soll noch erfunden werden, welches einem solchen Gesetz seine Zustimmung gibt. Grad Bismarck, der diese bittere Pille mit seinen schönsten Worten vergoldete, gebrauchte in Bezug auf die Ernennung nach solchen Kategorien einige zweideutige Wendungen. Als aber Kleist-Retzow und Brühl ihn sofort darauf festzunageln suchten, um künftige Interpretationen und Lücken vorzubeugen, sah er sich doch genöthigt, seine volle Uebereinstimmung mit der Erklärung Eulenburg's bestimmt auszusprechen, — und die kaum erblühten Hoffnungen welkten wieder. Verhüllten Hauptes gingen Kleist-Retzow und Senfft-Pilsach von dannen; denn aus der ganzen Debatte trat nur das Eine mit erschrecklicher Deutlichkeit hervor, daß das Herrenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung kein lebensfähiger Organismus im Staate ist, sondern eine, jede gesunde staatliche Entwickelung erstickende, Stimmaterpflanze, die man früher oder später ausreißen muß. Und das ist für die kleinen Herren bitter! — Eine Interpellation des Abg. Twesten, über die Abführung des hannoverschen Kaufmanns Sonntag nach der Festung Minden, obgleich er weder der hannoverschen Armee angehört, noch einen Militair in Uniform beleidigt hatte, während die einschlägige Militair-Verfügung nur unter diesen beiden Voraussetzungen die Abführung nach der preußischen Festung androht, beantwortete der Justizminister dahin: Die Regierung halte sich eigentlich nicht für verpflichtet, Interpellationen des Abgeordnetenhauses über Vorgänge in den neuen Landestheilen zu beantworten, weil die Verfassung dort noch nicht gelte. Damit es aber nicht scheine, als sei ihr diese Interpellation unangenehm, wolle er erklären, daß die Regierung allerdings das Recht zu Ausnahms-Maßregeln dort in Anspruch nehme und daß der Kaufmann Sonntag verdächtig sei, die Fäden der von auswärts angesponnenen welfischen Wühlereien in seiner Hand zu vereinigen. Uebrigens sei der Mann dem bürgerlichen Gerichte übergeben. — Von 4 früher beanstandeten konservativen Wahlen, die jetzt wiederum zur Entscheidung vorlagen, sind 2 (Landräthe Schulz und Degen für Memel-Heydekrug) mit sehr großer Majorität (und ebenso die Urwahlen) fassirt, bei 2 anderen, natürlich auch Landräthe (v. Brand und v. Hippel in einem Gumbinner Wahlbezirk) betreffend, wurde leider mit 4 Stimmen Majorität nur abermalige Beanstandung beschlossen, obgleich der landräthliche Wahlkommissarius, nach eidlicher Aussage eines Zeugen, die Wirkung der erhaltenen Einberufungs-Ordens für die Landwehr und Reserve mit dem Resultat der Wahl in eine sehr bedenkliche Wechselbeziehung gesetzt hatte und obgleich ein Reskript des Gumbinner Schumacher-Siehr vorlag, welches den Lehrern die Wahl regierungsfreundlicher Kandidaten vorschreibt, „die man ihnen bezeichnen werde." Wo solche gesetzwidrige Beeinflussungen erwiesen sind, deren Wirkung sich ja doch nie ganz in Zahlen ausdrücken läßt, da sollte man jedes formale Bedenken schwinden lassen. Nur durch radikale Mittel, durch die Kassation sämmtlicher so beeinflußten Urwahlen, kann man sich auf diesem „Verschießfelde der Reaction" — fast alle Wahlproteste kommen aus jenen Bezirken — vor korrumpirten Wahlen schützen.

Das Abgeordnetenhaus hat in der vergangenen Woche wieder eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen erledigt und es

Digitized by Google

ist wohl kaum eine andere Session so fruchtbar an wirklich zu Stande gekommenen Gesetzen gewesen, wie die gegenwärtige. Angenommen, unter Zustimmung der Regierung, sind die Gesetze über die definitive Unterordtheilung und Erhebung der Grundsteuer in den 6 östlichen Provinzen, und über die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für Darlehen auf Hypotheken (weil dieselben unter diesen Beschränkungen so schwer zu beschaffen sind, daß eine schwere Krisis droht).

Angenommen wurde ferner ein Gesetz über Diäten und Reiseentschädigung für die Abgeordneten zum Norddeutschen Parlament. Ich verschone die Leser mit all den Einwendungen gegen die Diäten und die Zulässigkeit der Beamten, welche die Abg. Wagener, Flottwell und Bethusy-Hue, natürlich immer unter Hinweisung auf das konstitutionelle England, vorbrachten, dessen Klassen-Gesetzgebung (?) wir weder haben, noch haben wollten. Gegen die Diäten stimmten nur die Reaktionäre und die beiden Vincke; für dieselben ergab sich eine Majorität von 70 Stimmen, darunter Schwerin und die Altliberalen und vom konservativen Strosser und Holzapfel; Simson fehlte. Bismarck's Kommissär erklärte, die Regierung könne dem Gesetz nicht zustimmen, „weil die übrigen Regierungen einen Reichstag ohne Diäten zu erwarten berechtigt seien." Und doch haben manche von ihnen bereits der Gewährung von Diäten zugestimmt! Leider ist nun aber nicht zu erwarten, daß die Regierung den Widerstand des Herrenhauses gegen das Gesetz zu beseitigen versuchen wird.

Ein Abg., Landrath v. Gravenitz, versichert in seinem Kreisblatt, daß das Norddeutsche Parlament nicht zur Ausbildung, sondern zur Beseitigung des Parlamentarismus, zur Bestattung der preußischen Verfassung bestimmt sei; daher rühre auch die manchem Konservativen so anstößige Versöhnung; denn warum solle man die Verfassung nicht in Frieden begraben! Das sind freilich nur fromme Wünsche eines einzelnen verbissenen Reaktionärs; aber es ist doch im höchsten Grade politisch unschicklich, daß die Regierung solche Ausbrüche in einem amtlichen Kreisblatt duldet.

Hier in Berlin, wo die Wahlbewegung allmählig, wie im ganzen Lande, wächst, stellt die Regierungs-Partei die dotirten Minister und Generale als Kandidaten auf. Die bekannten Generale werden von ihr auch im Lande vielfach aufgestellt; es ist aber doch sehr fraglich, ob die Reservisten-Landwehrmänner ihre Bewunderung der militärischen Leistungen dieser Herrn unbedingt auf deren Politik übertragen. Das System der Regierungs-Kandidaten entwickelt sich täglich mehr; nur rathen die Offiziösen, nicht so plump dabei zu Werke zu gehen, wie in Frankreich, weil man in dieser Beziehung in Deutschland viel empfindlicher sei.

Elberfelder Wähler haben, auf eine Anfrage beim Ministerium, von Eulenburg die Antwort erhalten, daß die Regierung nichts gegen Forckenbeck's Kandidatur einzuwenden habe. Das wird denn von den Extremen und Persiden beider Seiten, die ihm schaden wollen, dahin übersetzt, Forckenbeck sei der gouvernementale Kandidat. Zum Ueberfluß hat er den dortigen Wählern in einem Briefe seine Ansichten über das Verhältniß zwischen Parlament und Abgeordnetenhaus, über Normalbudget, Diäten, Beamte nochmals klar dargelegt. —

Von bekannten Abgeordneten lehnt Virchow jede Kandidatur ab, weil er bei den Angriffen früherer Gesinnungsgenossen die Freudigkeit verloren habe, und Jacoby, weil er in einem norddeutschen Sonderbunde nicht den Ausgangspunkt einer nationalen und staatlichen Einigung sehen könne; „nur ein freies und ungetheiltes Deutschland könne Ausgangspunkt und Ziel sein."*) Ausgangspunkt und Ziel! Also nir anfangen, bis alles fertig ist: — da werd natürlich auch die Erklärung des bairischen Ministerpräsidenten die Ansichten Jacoby's über die Stellung und Zukunft des „Sonderbundes" durchaus nicht alterieren. Die Welt dreht sich; aber er nimmt keine Notiz davon, — was man Konsequenz nennt. Wie sagt doch Hr. Mayer im „Beobachter": „Die Preußen sind politisch so unreif, daß man ihnen ihre Sünden nicht allzu schwer anrechnen darf. So lange noch Dr. Frese in Stuttgart für Preußen und Dr. Jacoby in Berlin für Deutschland spricht, so lange ist noch nicht jedes Band zwischen Nord und Süd zerschnitten." Nun, ich bekenne, daß ich mich lieber auf die Erklärung Hohenlohe's und ihre Konsequenzen verlasse. Uebrigens hätte Jacoby seinen Anhängern viel Mühe und Zeit erspart, wenn er seine Ablehnung erklärt hätte, ehe sie ihn in allen möglichen und unmöglichen Wahlbezirken aufstellten. —

*) Der ablehnende Brief an Herrn Langhans lautet anders; es spricht von der „Bildung eines norddeutschen Sonderbundes unter preuß. Militärherrschaft", zu welcher Herr Jacoby nicht behülflich sein könne. D. H.

Das norddeutsche Heer.

I. In der Verfassung der Norddeutschen Bundes, wie sie nun zunächst unter den Regierungs-Bevollmächtigten in Arbeit ist, um später den Reichstag zu beschäftigen, den Erstgeborenen des allgemeinen Stimmrechts,*) bildet das Heerwesen unbestreitbar den Kern. Alles Uebrige darf eher mangelhaft auffallen, als dieser Theil des Werkes. Denn noch ist Deutschland, die Schwert-Geburt, nicht fertig; auch können sogar die Ergebnisse des diesjährigen Kriegs der Vertheidigung im Felde bedürfen, und jedenfalls ist der Süden in den verhaßten Bund nicht hereinzuziehen, ohne daß die Nation sich in dem Zustand befindet, es mit einer oder mehreren ihr an Volkszahl überlegenen Großmächten aufzunehmen.

Zum Glücke sind die wesentlichen Grundlagen einer so wichtigen Schöpfung durch allgemeine Uebereinstimmung bereits gegeben. Der glückliche Ausgang des Krieges hat eine Menge verschiedenartiger Oppositionen gegen das System der preußischen Heerverfassung auf einmal verstummen gemacht. Vor Allem die allgemeine Wehrpflicht steht heute so überwältigent siegreich da, daß weder die städtischen Republiken ihre Werbung, noch die kleinen Monarchien ihre Ausbehung nach dem Loose gegen sie mehr zu verfechten wagen. Aber auch das numerische Verhältniß des Friedensstandes zum Kriegsstand, wie es in Preußen einmal besteht, scheint augenblicklich kaum noch Anfechtung zu erfahren. Die Phantasien von einer schweizerischen Miliz, oder von einem stehenden Heere in der verhältnißmäßigen Höhe des nordamerikanischen, haben höchstens noch in Stuttgart und München vereinzelte Bekenner, und selbst da nur in Solchen, die überhaupt die ganze gegenwärtige Entwickelung der Dinge verabscheuen. Endlich herrscht auch darüber, in der Hauptsache, wenig Meinungsverschiedenheit, daß das Heer für allen ernstlichen Gebrauch so sicher und unbedingt in die Hand des von selber gegebenen Oberbefehlshabers, d. h. des Königs von Preußen oder seines Bevollmächtigten, gelegt werden muß, wie bisher das preußische in derselben lag. Wer es im Herzen anders wünscht, wie wahrscheinlich die verderblichen Interessenten in Dresden, Darmstadt und beiden Mecklenburg, der schmeichelt sich doch nicht, damit durchzukommen.

Gleichwohl scheint auf diesem Punkte, auch von Seiten der Volks-Politik, Wachsamkeit nicht ganz überflüssig. Der preußische Hof hat zwar ohne Zweifel volle Einsicht in die unentbehrlichen Erforderniße der Führung, und da dieselbe ihm zufallen soll, auch alles Interesse, auf ihrer Gewährung zu bestehen; andererseits aber fühlt er erfahrungsmäßig auch alle Schmerzen mediatisirter Souveräne empfindsam mit, und die legitimistisch-conservative Sympathie könnte ihm also wieder einmal mit dem Verstande davonlaufen. Dem Grafen Bismarck wird solche Anwandlungen natürlich Keiner zutrauen. Allein er möchte sich in diesem Stücke auf die Stimmung des Parlaments verlassen, und folglich glauben, nicht gerade scheuerieste die äußersten Mittel gegen Anwandlungen, gleich den bezeichneten, nöthig zu haben. Offiziöse Andeutungen lassen dieser Annahme in der That einigen Spielraum. Man hat

*) Dieser Titel gebührt doch wohl dem Frankfurter Parlament. D. H.

Digitized by Google

sich zwar gegen die anfängliche Absicht entschlossen, die kleinen norddeutschen Contingente sammt und sonders nicht neben dem preußischen Heer für sich bestehen zu lassen, sondern in den auf zwölf vermehrten preußischen Armeecorps einfach unterzustecken; man will sich auch den Fahneneid schwören lassen, und die Ernennung der selbstständig commandirenden Offizieren vorbehalten. Aber bis zu einer vollständigen, uneingeschränkten Uebertragung des Heerwesens auf den Bund scheint man sich nicht zu erheben. Und doch wäre dies offenbar das Einzig-Vernünftige. Alles Andere bedeutet Halbheit, Unklarheit, Widerstreit und Schwäche. Man mag es einen Compromiß mit den dynastischen Traditionen nennen, aber dann ist es ein schlechter und falscher — eingegangen auf einem Gebiete, das solche Compromisse nicht duldet, wenn die Nation ruhig schlafen soll. Man darf im neuen Bunde dem Verrath egoistischer Interessen auch nicht das schmalste Hinterpförtchen offen lassen. Zum Guten ist ein Antheil der Kleinfürsten an der Kriegsherrlichkeit nicht verwendbar, und daß er zum Schlimmen verwendet werde, nicht völlig ausgeschlossen. Von dieser Anschauung ausgehend, wird der Reichstag die strengste Einheitlichkeit des Heeres fordern, und wenn irgend möglich, durchsetzen müssen. Es wäre ächenfalls sehr thöricht, wollte er es aus bloßer Anhänglichkeit an die Reichsverfassung von 1849 unterlassen. Dieselbe ging von wesentlich andern politischen Voraussetzungen aus, und das Militärwesen ist überhaupt ihre anerkannt schwächste Partei.

Sollte es gleichwohl nicht gelingen, dem König von Sachsen und seinen Mitwasallen allen legalen Einfluß auf die Armee zu nehmen, so darf um so eher eine Forderung anderer Art, welche muthmaßlich von den Hansestädten her erhoben werden wird, auf billige und verständige Rücksicht rechnen. Die Bewohner der freien Städte bringen an sich schon ein größeres Opfer, als die der übrigen Kleinstaaten, wenn sie sich der allgemeinen Wehrpflicht unterwerfen, denn sie waren bisher größtentheils ganz frei von der Pflicht, die Waffen zu tragen. Indessen versteht es sich von selbst, daß sie weder der allgemeinen Wehrpflicht entgehen, noch auf die besondere Härte derselben für sie einen Entschädigungsanspruch irgend einer Art begründen können. Auch sieht man ihr in den Hansestädten, trotz aller Ungewohnheit, gar nicht ausschließlich mit Schrecken und Sorge entgegen. Einsichtige Mitglieder des Handelsstandes sützen vielmehr auf sie gerade die Hoffnung einer längeren Schulzeit, einer gründlicheren und vielseitigeren allgemeinen Ausbildung ihres jungen Nachwuchses, der jetzt dem Unterricht durchschnittlich viel zu früh entläuft. Insofern die Dienstpflicht den angehenden Kaufmann abhalten wird, schon vor dem zwanzigsten Jahre in fremde Länder, wohl gar weit übers Meer zu gehen, muß sie überwiegend heilsam auch in dieser Richtung einwirken. Anders aber steht es freilich mit denjenigen Verpflichtungen, welche nach vollendeter ein- bis dreijähriger Präsenzzeit fortdauern. Diese treffen, ohne dem Staate einen entsprechenden Gewinn zu gewähren, eine der Grundlagen, darf man wohl sagen, des deutschen Welthandels: die Gewohnheit des hanseatischen Kaufmannsstandes, einen namhaften Theil seiner jungen Mannschaft regelmäßig in die fremden Weltheile zu schicken, damit er dort gewissermaßen Factoreien, mercantile Colonien der Mutterstadt ins Leben rufe. Aus hundert Gründen sollte vermieden werden, an diesem gesunden Trieb nationalen Unternehmungsgeistes die Art zu legen. Es wird wohl nicht unmöglich sein, ein Auskunftsmittel zu finden, das diesen Sendlingen erlaubt, drüben feste Engagements auf verantwortlichen Posten anzunehmen, oder auch sich selbst zu etabliren, ohne daß damit die Umgehung der allgemeinen Wehrpflicht wesentlich erleichtert würde. Auf jeden Fall sollte es aufrichtig versucht werden. Findet sich eine solche Maßregel in untadeliger Form, so würde sie sich selbstverständlich nicht auf die Hansestädte, oder auf den Kaufmannsstand beschränken dürfen, sondern alle Deutsche in gleicher oder ähnlicher Lage einzuschließen haben.

Die nordamerikanischen Unionshändel und der deutsche Liberalismus.

P Diese gewiß sehr verschiedenartigen Dinge in einen gewissen Zusammenhang zu bringen, ist ein Einfall, welcher der Nordd. Allg. Ztg. vorbehalten blieb. Dieselbe benutzt nämlich den neuerdings zwischen dem Unions-Präsidenten und dem Congreß ausgebrochenen Conflikt, um — man rathe nur, um — dem deutschen Liberalismus den Kopf zu waschen. Um dieses zu ermöglichen, wird von ihr die Behauptung aufgestellt, die deutschen Liberalen hätten die nordamerikanische Unionsverfassung bisher als Ideal aufgestellt, und erlitten jetzt, da zum zweitenmale ein Bürgerkrieg bevorstehe — wie die Nordd. Allg. Ztg. wohl etwas zu poetisch annimmt — zum dritten Male mit ihrem Ideale Schiffbruch, gleich wie es schon früher mit dem englischen, noch früher mit dem französischen Ideale ihnen begegnet sei u. s. w. Kurz, die N. A. Z. bricht wieder einmal Händel mit dem Liberalismus vom Zaun, den sie gerade jetzt alle mögliche Ursache hat, ungetschoren zu lassen, da sein Beistand selbst Hrn. v. Bismarck unentbehrlich geworden ist. Eben so unbegreiflich ist die Haltung, welche die N. A. Z. in den nordamerikanischen Dingen einnimmt. Anstatt, wie es dem Organe einer mit der Union in Freundschaft lebenden Regierung zukäme, in dem zwischen den gleichberechtigten obersten Faktoren der Unionsregierung ausgebrochenen Streite mindestens neutral zu bleiben, nimmt sie offen Partei für den Präsidenten Johnson gegen den Congreß, obgleich mit der höchsten Wahrscheinlichkeit, ja mit Gewißheit anzunehmen ist, daß der letztere aus dem Streite siegreich hervorgehen wird. Sie tritt also für eine verlorene Sache auf und verfeindet sich im Voraus mit der siegenden Partei. Ja, sie geht noch viel weiter, indem sie sogar für die rebellischen Demekraten, d. h. für die Sclavenstaaten und deren Anhang eine Lanze schwingt und dabei lügenhafte Behauptungen wieder aufwärmt. Sie will ihren Lesern den ebenso abgedroschenen wie unwahren Satz aufs Neue einreden, daß die Südstaaten durch den Radikalismus der republikanischen Partei, der sie mit Unterdrückung bedroht habe, zum Aufstand gebracht worden seien; die Südstaaten hätten sich nur von der Tyrannei des Nordens befreien wollen. Bekanntlich verhält es sich gerade umgekehrt

Mit Hunderttausenden von Menschenleben, mit Hunderten von zerstörten Ortschaften und unermeßlichen Vermögensverlusten hat die große Mehrheit des nordamerikanischen Volks die Ueberzeugung erkauft, daß die Herrschaft der Südbarone gründlich gebrochen und die Union auf neuen Grundlagen wiederaufgebaut werden müsse, um der früheren oder späteren Wiederholung des Bürgerkriegs vorzubeugen. Diese Ueberzeugung ist es, die bei den jüngsten Congreßwahlen mit überwältigender Mehrheit selbst in solchen Staaten sich ausgesprochen hat, wo die Demekraten früher bei Siege stets gewiß waren. Von dieser Ueberzeugung werden beide Häuser des Congresses jetzt erfüllt und getragen, von ihr sind die, nach Lage der Sache, immer noch sehr gemäßigten Beschlüsse und die Bedingungen ausgegangen, unter denen er den Südstaaten den Wiedereintritt gestatten will. Dieser Ueberzeugung tritt aber die ganze Politik des Präsidenten Johnson schnurstracks entgegen. Derselbe befindet sich dabei im Widerspruch, nicht blos mit dem Congreß, sondern mit der großen Mehrheit des Volkes, namentlich auch mit seinen eignen Wählern. Inwieferen seine Beschlüsse und Maßregeln Stoff zu förmlicher Anklage und Grund zur Absetzung enthalten, wird sich demnächst herausstellen; soviel aber ist gewiß, daß die Tage seiner Herrschaft gezählt sind.

Was soll man nun dazu sagen, wenn das officiöse Organ der preußischen Regierung für diesen verlornen Mann Partei nimmt, und sich sogar mit der Hoffnung schmeichelt, derselbe werde, umdes Autoritäts-Principes willen, zu einem Staatsstreiche seine Zuflucht nehmen? Aus demselben Grunde, weßhalb z. B. in Preußen die Souverainetät dem Königthume gehört, nämlich wegen der Einheit und Unibeilbarkeit der Staatsidee, aus demselben Grunde liegt sie in Nordamerika

Digitized by Google

im Congreß, dem daher kraft der Unionsverfassung die höchsten Regierungsrechte, auch die Proceßführung und Abtheilung des Präsidenten zustehn. Aus demselben Grunde daher, weßhalb die Nordd. Allg. Ztg. bei und gegen jede Theilung der Gewalten eifert, sofern dadurch das Königthum in seiner Souverainetät beschränkt wird, aus demselben Grunde müßte sie offenbar sich gegen den Präsidenten, als unfügsamen Beamten, ereifern. Es ist ein Hauptmangel der Unionsverfassung, daß sie dem Präsidenten, sowohl in der Art seiner Bestellung, als in den ihm zugewiesenen Befugnissen eine Stellung gibt, durch welche allerdings eine gewisse Theilung stattfindet und solche Conflikte möglich werden, wie der gegenwärtige. Es ist im Grosen derselbe Widerspruch, wie er sich im Kleinen nur noch in der Genfer Cantonsverfassung, sonst aber, unseres Wissens, nirgends findet. Es steht zu erwarten, daß der gegenwärtige Conflikt dazu dienen wird, die Unionsverfassung auch in dieser Beziehung zu berichtigen. Das Reconstructionswerk, in welchem der Congreß jetzt begriffen ist, trägt nach jeder Richtung hin, sowohl formell als materiell, dieselbe Berechtigung in sich, wie vor neunzehn Jahren die Reconstruction der Eidgenossenschaft, und in diesem Augenblicke die Gründung des norddeutschen Bundes durch das siegreiche Preußen. Wollte Gott, daß Preußens Verfahren in jeder Hinsicht ebenso unanfechtbar und der Zustimmung aller Redlichen in Europa ebenso sicher wäre, wie das der siegreichen Nordstaaten der Union! Um so thörichter sind die Angriffe, welche gerade das officiöse Blatt der preuß. Regierung gegen die Congreßpolitik richtet. In der feudalen Kreuzzeitung oder im mecklenburgischen Junkerblatt haben sie einen Sinn, denn diese Blätter folgen nur der Wahlverwandtschaft, die sie zu den Sklavenbaronen hinzieht. Aber in einem Regierungsblatt des Deutschen Reformstaates? — Dazu kommt, daß der preußische Staat noch besonders Anlaß hat, in der Union, die sich der innern Verwandtschaft ihrer Aufgaben mit der des preußischen Staates wohl bewußt ist und wo deßhalb die preußischen Dinge unverhoiene Sympathien gefunden haben, seinen natürlichsten Alliirten der Zukunft zu betrachten, ein Verhältniß, welches schon jetzt für die einzelnen Deutschen, wie für den Staat selbst, sehr ersprießlich werden, aber durch die unsinnige Aufführung der officiösen Presse leicht gefährdet werden kann.

Z **Aus Frankfurt a. M.**, Mitte Jan. Zu meinem letzten Briefe versprach ich, Ihnen von Zeit zu Zeit Nachricht zu geben, wie sich die Verhältnisse unserer Stadt gestaltet haben. Leider kann ich Ihnen heute noch keine angenehme Schilderung von unsern Zuständen machen. Noch und noch wurden uns zwar durch königliche Verordnungen einige Stücke preußischer Einrichtungen beigebracht, aber in den Hauptsachen ist es noch die alte und wird. — Die Reinigung hat stattgefunden und der uns Eidbrüchen nicht genehme Frankfurter wird sich, wie wir hoffen, bald mit der allgemeinen Wehrpflicht versöhnen. Hat er erst selbst Interesse an dem Wohl und Wehe der Truppen, steht er seine eigenen Söhne, seine eigenen Brüder in den Reihen derselben, so kann es nicht ausbleiben, daß sich der Widerwillen gegen das Soldatenwesen legt und mit der Länge der Zeit jedem Frankfurter in dem „Dienen" nicht mehr ein schreckliches Unglück, sondern eine patriotische Pflicht erscheinen wird. Es läßt sich nicht leugnen, daß die künftig Jahre, während welcher die Stadt Frankfurt frei von so vielen Lasten und Opfern gehalten ist, die den übrigen deutschen Staaten aufgebürdet waren, einen Zustand geschaffen hatten, der den Gewohnern Frankfurts höchst behaglich und angenehm war und deßhalb die plötzliche Veränderung um so schwerer fühlen läßt. Allein wir glauben, daß, ist nur einmal der erste Schritt des Ungewohnlichen glücklich überwunden, unserer Bürgerschaft alles und jedes Opfer gerne bringen wird, wenn man ihrer Stadt und ihrem Gemeinwesen auch diejenige Stellung gibt, welche den besuchte teren und drohenden Verfall des hiesigen Wohlstandes abwendet. Und das zu thun, liegt gewiß im Interesse des preußischen Staates selber.

Frankfurt hatte seither als die Königin des Südens; Handel und Wandel war hier centralisirt und das südeutsche Geschäft ohne Frankfurt ist wie ein Tanz ohne Musik. Preußen hat jetzt diese Stadt in seinem Besitze; sie bildet die Grenze dieses Landes. Aber nach allen Gesetzen der Vernunft kann es diese Stadt nicht als eine Grenzfeste, nicht wie einen verlorenen Posten betrachten, sondern es muß sie mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte mehr und mehr zu heben suchen. Auf diese Weise würde die Süddeutschen an sich heranziehen, indem es durch Hebung des hiesigen Handels und Verkehrs die preußische Stadt als kaufmännischen Mittelpunkt des Südens erhält.

Wenn aber das geschehen soll, ist es vor allen Dingen nothwendig, daß die dringendsten Gebrechen unserer Stadt beseitigt werden und dazu gehört: Geld, Geld und abermals Geld! Die Brückendauen müssen ausgeführt, Lagerhäuser errichtet, die Verbindungsbahn muß verbessert, für die Gesundheit durch Anlage von Wasserleitungen und Kanälen gesorgt werden. Das sind so einige unserer nöthigsten Sachen, andere, weniger kostspieliger, aber darum nicht minder erforderlicher, gar nicht zu gedenken. Fragt man aber, woher soll das Geld hieryu kommen, so sind wir allerdings in einer großen Verlegenheit. Der Staatsschatz ist leer, eure Ortsvermögenthum ist enorm im Werthe gesunken, die Gebäude tragen darunter und vertragen keine Erhöhung der Steuern. Da gibt es nur eine Quelle, die sich uns auftun kann, und diese Quelle ist in Berlin. Die sechs Millionen, die man haar als Kriegscontribution von hier weggeführt hat, sind, trotz des Rauschrufs unseres Ministerpräsidenten: Annexion — keine Contribution!, bis jetzt nicht zurückerstattet. Doch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß uns der Telegraph auf einmal die frohe Nachricht bringen wird, die Zurückgabe sei angeordnet worden. Es ist bereits über diese 6 Millionen so viel geredet und geschrieben worden, daß ich kein weiteres Wort darüber verlieren mag. Nur einmal noch möchte ich gerne darauf zurückkommen, und zwar in Form einer Danksagung für die Rückzahlung.

Z **Vom Bodensee.** Ein Hauptargument der Gegner einer bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Preußen, nur von preußisch-deutschem Einheitsstaates, zu dem diese nothwendig nur die Brücke sein kann, ist bekanntlich der Hinweis auf die individualistische Tendenz des deutschen Geistes. Die fromme Centralisation habe sich sogar in Frankreich als verderblich und auf die Dauer nicht durchführbar erwiesen; dem deutschen Geiste widerstehe sie in solchem Maße, daß ihre Durchführung gleichbedeutend wäre mit seiner Zerstörung. Der Satz ist richtig, aber die Voraussetzungen, welche ihm erst eine Bedeutung geben würden: daß Preußen eine frommere Centralisation anstrebt und daß ein Gelingen dieses Versuches in naher Aussicht steht, sind grundfalsch. Gerade in entgegengesetzter Richtung, welche in Preußen gegenwärtig am Ruder ist, läßt keine Gelegenheit zur Abweichung der „Abweichungs-Centenzen" unserer Zeit vorübergehen; sie sucht die Provinzialstände und Kreistage zu stärken, befürwortet die Aufrechterhaltung verschiedenartiger Gesetzgebung und Verwaltungsformen in den neuerworbenen Landestheilen u. Aehnliches hat sie hierbei stets ihre Nebengedanken; daß ihr aber der nivellirende Geist in Wirklichkeit ein Gräuel ist, braucht nicht bezweifelt zu werden. Käme die liberale Partei ans Ruder, so würden allerdings jene provinziellen Verschiedenheiten in ihrer Wirksamkeit erheblich beschnitten werden, dagegen aber die ohnehin starkentwickelte Gemeindefreiheit gepflegt und weiter ausgebildet. Denn es ist so richtig, daß die individualistische, decentralisirende Tendenz vor Allem im Volksgeiste selbst liegt; es ist das so richtig, daß keine Regierungsgewalt hieran etwas ändern kann, daß, forcirte Centralisirung, Liberalismus oder Radicalismus, dem Wesen nach dasselbe Bestreben, nur in verschiedener Form, auftreten wird, und daß überhaupt die centrifugale Tendenz in unserem Volke gegenwärtig noch die centripetale weit überwiegt. Eine Stärkung und Pflegung der ersteren ist durchaus noch nicht erforderlich — sie ist stärker als sie sein sollte.

Gibt es anderswo ein Beispiel, daß ein beliebig zusammengeschwelzter Staat schon nach einer Generation jene Art von Loyalität erzeugen konnte, welche (wie in Nassau) auch den sylvestrischen, allen Volksinteressen muthwillig in's Gesicht schlagenden Fürsten „ewige Liebe und Treue" in die Verdammung nachwinselt? Und jene „Treue" des Sachsen und Hannoveraners, jene als Partikularismus bezeichnete seltsame Verbindung ganzer Volksmassen — was ist sie anders, als die Herrschaft des centrifugalen, in die möglichst engen Kreise sich einspinnenden deutschen Volksgeistes? Aber auch mehr. Nicht nur der Liebe und Anhänglichkeit fürsten in Deutschland, kann geschaffen, eine Stütze in dieser eigenthümlichen Gestaltsrichtung; auch innerhalb seines Bestandes braucht man die partikularistischen Tendenzen nur wachzurufen, um sie sich alsbald mit Macht entfalten zu sehen. Ein auffallendes Beispiel bietet gegenwärtig Baden. Kaum seit einem Jahre ist die Kreiseintheilung mit den Sondervertretungen der Kreise in's Leben getreten, und schon beginnt man, die Kreisinteressen im Gegensatze zu den Staatsinteressen aufzufassen, beginnt wohlgefällig, sich als Mitglied dieses oder jenes Kreises zu fühlen und die Gegensätze abzumessen, die eine möglichst große Autonomie des Kreises demselben gewähren könnte. Allerdings zerfällt das langgestreckte, in seiner Weise ein wirthschaftliches Ganze bildende Baden ganz von selbst in eine Reihe von Einzellandschaften, in denen eine gewisse Gemeinschaft der Interessen von selbst gegeben ist. Auf der andern Seite entbehrt das Land einer Hauptstadt, die in Kampfzeiten oder früheren Regierungen so gänzlich, hat auch in bewegten Zeiten so viel Freud und Leid mit einander zu tragen gehabt, daß ein Gefühl der Zusammengehörigkeit gleichwohl von Menschen die Konstanz sehr mächtig ist. Da darf es nun gewiß sehr interessirter Erscheinung genannt werden, daß die gemeinsamen Gefühle des Sonderinteresses, des landschaftlich-Partikularismus sich alsbald von überraschender Stärke erwiesen haben und schwerlich wieder ganz zu bannen sind. Die seine Nase der Ultramontanen, die anfangs so jubilirt waren, diese Rauschgiftung zu benützen und zu verspeisten, hat über unwirschen herausgefunden, und wir setzen gegenwärtig in dem schwarzen Blättchen eifrige Vertreter der Kreisinteressen, im Bodenbacher einen Verunderer dieser „heißen Schüpfung des Minsterium Lamey."

Doch die Sache ist verderblich; im Gegentheil, wir begrüßen auch hierin ein Zeichen gesunden, kräftigen Volksgeistes. Es handelt sich nur

Digitized by Google

um das richtige Maß. Und um dies im Gesamt-Organismus des deutschen Volkstestes herzustellen, bedarf es für jetzt noch einer ernstlichen Pflege der Richtung auf das Ganze.

Eine Stimme aus der Fremde.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das Berliner Centralwahlcomité einen Brief des Herrn L. Bamberger, welcher die Gegner des Nordbundes Bundes mit folgenden Worten anredet: „Hättet Ihr doch Etwas von dem Geist, dem Schwung der Gesinnung, welche Euch das Ausland jetzt bergt! Könnten doch der Neid, die Furcht, das Staunen, die ringsum an Euren Grenzen aufsodern, Euch Lebensfeuer in das Adern blasen! Könnter Ihr Euch mit fremden Augen sehen. Das ist das Geheimniß, aus dem erklärlich, warum von den braußer lebenden Deutschen die meisten so ungeduldig rufen: Greifet zu, greifet zu! — Ja, Ihr habt es nicht erlebt, wie wir, daß ein Fremder die Karte an Eurer Wand anstaunte, mit den sechsundzwölfig abenteuerlich verschlungenen Farbenkleckse und, mittelstwohl den Finger darauf legend, fragte: „Ist das ein Vaterland?" Ihr habt nicht, mehr als einmal, die Klage hören müssen: „Ich habe kein Vaterland?" Ihr habt nicht, wie es werden einstmals!" innerlich aber würgten Scham und Zweifel. — Und jetzt erlebt Ihr es nicht, daß ringsum alle Stimmen rufen: „Heil Euch Deutschen; jetzt geht es in Erfüllung: Euer Land erhebt aus der Asche!" Ihr erlebt es nicht, daß Euer Namen auf Euch blicken, daß alle Hände hinwärts deuten und weit im Kreise die ganze gestitete Welt laut ausruft: „Dort kommt ein Volk zur Welt!" . . . Diejenigen, welche das Maß verloren für ihr eigenes Gesicht, sollten sich mahnen lassen von dem Urtheil ihrer Nationen, denen Bild geschärft worden durch Erlebnisse ohnegleichen Größe und eigenen Falls: Niemand in ganz Frankreich, der nicht die Dinge bei uns zu Haus für die größten der neuen Zeit erklärte! Selbst der Sturz des Parlthums hat bisher katholische Land unendlich weniger aufgeregt, als der Sturz Oesterreichs und der drei deutschen Fürsten. Sie betrachten Alles als so fertig, als so sichtenwunden, sie sehen so als ans möglich an, daß wir das Werk als unvollendet stehen lassen — was sag ich? — daß wir es mißtrauisch selbst zerstören, daß sie bereits tragen: Was wird nun das einige Deutschland zunächst beginnen? — Und sie antworten sofort: „Deutschland wird von uns das Elsaß zurückfordern." Vergeblich erwidert man ihnen: „Friede, Freiheit, Wohlstand!" Sie gehen weit genug, zu glauben: Deutschland, geeinigt unter einem Parlament, könne sich rasch zu solcher Herrlichkeit entwickeln, daß die seit zweihundert Jahren Frankreich einverleibten und mit ganzer Seele ihm anhangenden deutschen Provinzen sich schätzen zum Vaterreich hinzugegen sühlen. Wie kann es wir ihnen die Wahrheit gestehen! Wie wollten wir! Wer wurde sie nun glauben! Geht doch ihn und erzählt einem Franzosen: „Die Deutschland, das Ihr so groß und drauend fertig seh, hat erst noch seine besten Freunden zu Hause zu gewinnen, ehe es daran denken kann über seine Grenzen zu gehen. Es hat nicht Geld noch Gut für den Einfall." Der Hannoveraner, der Hesse, der Schwabe, der macht ihm noch das Leben sauer. Der Fremde erkennt uns an, indem er gegen uns rüstet; zu Hause verlassen hunderttausend Landsleute noch ihre eigene Bestimmung, indem sie nicht einmal die Hand ausstrecken zur Wahl ihres Parlaments." So sitzen wir draußen in der Fremde, und alle die Glückwünsche, alle die Eifersucht, alle die Befürchtungen, die unseren Herzen zujubeln, werden zu ebenso viel bitteren Pfeilen, wenn eine Botschaft aus der Heimath kommt. Sie wollen nicht wahren; das Parlament ist ihnen nicht gut genug! Es spielt einmal, mit den Fremden Urtheil, auch einen seiner Weisheitssprüche: „So viel der Mann werth ist, so viel auch seine Sache"! Geht einem Stümper das beste Instrument, er wird ihm seinen Ton entlocken; geht einem Künstler nur eine gespannte Saite, er wird sie beleben. Stellt einen Schwachkopf an die Spitze des glücklichsten Unternehmens, er wird es zu Grunde richten; stellt einem Mann von Genie die nothdürftigste Anstalt, er wird sie zum Gedeihen bringen. So viel der Mann werth ist, so viel die Sache. Seid Ihr selbst was werth, so wird Euer Parlament was werth sein, viel sogar, unermeßlich viel. Seid Ihr aber faule, und Euch selbst vergnügende Schläfer, so wird es weniger sein, als nichts, ein Quell von Unglück und Beschämung."

Politische Literatur.

Politische Vorgeschichte des deutschen Krieges von 1866. Zweiter Artikel. In „Unserer Zeit", 24. Heft, Leipzig, 15. December 1866, Brockhaus.

M Die Fortsetzung des in Nr. 83 vom 20. December v. J. angezeigten Artikels über die Vorgeschichte des vorjährigen Krieges ist bereits erschienen und wir dürfen wohl sagen, daß auch der Inhalt dieses Artikels sobald, wenn wir von der, wie uns scheint, nicht ganz zutreffenden Schilderung einzelner rechts und links behandelter Persönlichkeiten und gewisser politischer Parteien absehen, vollauf befriedigt hat. Er beginnt mit dem Vermittlungsversuche Bayerns durch die Note vom 31. März und endigt mit dem Austritte Oesterreichs aus dem Bunde. Er umfaßt also jene verhängnißvollen zehn Wochen, in denen jeder Tag irgend ein Ereigniß für Deutschland brachte, in denen aber die Köpfe so erhitzt und theilweise so verwirrt waren, daß gar viel Wichtiges übersehen, oder doch falsch beurtheilt worden ist. Schlag auf Schlag stürmten damals die Deutschen an uns vorüber und es ist daher verzeihlich, wenn in der Erregung des Augenblicks Manches der wohlverdienten und zur richtigen Würdigung der Schläge nöthigen Beachtung entging. Hieraus entwickelte sich aber jene schreckliche Einseitigkeit und Oberflächlichkeit, mit der, sowohl ein Theil der deutschen Presse, wie die heutigen Stubenhänder ihr Urtheil gebildet und die Ereignisse eingereiht haben. Jetzt, in ruhigeren Tagen, gejammt es daher Jedem, der nicht absichtlich Schwung für Bah auszuschlagen, sich mit Bligesschnelle dahingereilte Zeit nochmals Tag für Tag vorzuführen und zu studiren, und zu diesem Behufe glauben wir denn den citirten Satzen, aber inhaltreichen, klaren und durch Thatsachen belegten Aufsatz bestens empfehlen zu können. Ueber die Stimmung, wie sie besonders außerhalb Preußens vor dem Kriege war, heißt es treffend: „Im Allgemeinen war der Hab gegen Preußen so groß, daß er dünkhinge zur Parteinahme für Oesterreich hindrängte. Der Haß und nur der Haß war das leitende Motiv. Denn daß Oesterreich in seiner Verfassung entschieden, nach wiederholten Staatskrisen, mit seinem auf rein dynastischen Tendenzen beruhenden Festhalten am alten Bund, mit seiner stets offen proclamirten Verleugnung des Nationalitätsprincips, der Einheit und Freiheit größere Garantien geboten hätte, als Preußen, dessen Minister, trotz einer illiberalen Politik im eigenen Lande, mit einer Parlamentsberufung auf Grund directer Volkswahlen hervorgetreten war, wird niemand behaupten können. Dieser Haß, je mehr er sich zu erkennen gab, beschwichtigte denn auch im preußischen Volke jeden Scrupel wegen eines Bürgerkrieges, er ließ die Ueberzeugung mit jedem Tag gewinnen, daß nur durch das Schwert die Lösung der Aufgabe, die alle Parteien dem eigenen Staat in Deutschland zuerkannten, ermöglichen werde, daß jede freie Verständigung unmöglich sei. Zur Ehre des preußischen Volkes muß es gesagt werden, daß es der blutigen Katastrophe selbst wie dieß entgegenging. Kein Wort des Hasses gegen Oesterreich ist je in der Presse, den Vereinen oder anderwärts laut geworden; allen Parteien gebührt gleichmäßig diese Anerkennung". In dieser Schilderung liegt eine furchtbare Wahrheit, die leider nicht oft genug den Gebildeten vorgehalten werden ist. Sie predigten den uns hitterlichsten Preußenhaß, in Preußen aber sprach man wohlmeinend von den „Deutschen im Süden", ohne sie je mit einem Worte zu kränken oder sie gar als Menschen hinzustellen, die man hassen und fliehen müsse. Wo aber die Leidenschaften so gewaltig aufreten, wo man den „Haß" als Triebfeder alles Thun und Handelns gelten läßt, kann nicht mehr von einer vernünftigen, klaren politischen Ansicht gesprochen werden; der Fanatismus ergreift vielmehr eine völlige Verrückung der Gedanken. Dann tritt, wie gewöhnlich, ein Verrühren der Extreme ein und es erfolgt schließlich Schwäche und Kindischsein, wie wir das jetzt täglich in den Organen der Südhundsschwärmer sehen. In diesem Urtheil gelangt jeder, der unsere Zustände, mit unbefangenem Auge betrachtet, Temperiren aber, welcher stellen, aus irgend welchem Grunde, nicht mit unüberwindlichem, empfehlen wir nochmals das Lesen der trefflichen „politischen Vorgeschichte"; er wird darin eines Besseren belehrt werden.

Die Unione liberale Italiana, welche sich bekanntlich mit dem Nationalverein in Verbindung gesetzt hat, veröffentlicht ihre bisherigen Verhandlungen, darunter auch ihre Correspondenz mit den Ausschüssen des Nationalvereins, in einem zu Bologna gedruckten Hefte, welchem das Programm der Unione vorangestellt ist. Dieses Programm bekennt sich zu der „breitesten demokratischen Grundlage", läßt nur die „Nationalsouveränetät" gelten, „anerprint" dagegen die durch Volksabstimmung angenommene verfassungsmäßige Monarchie. An der Spitze des Vereins stehen ein Senator, mehrere ehemalige Landtagsabgeordnete, Professoren der Universität und andere Männer von Namen und Einfluß.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

-n- Ueber die Zukunft des Zollvereins hielt Prof. Diezel am 17. d. M. einen längeren Vortrag vor den Heidelberger Mitgliedern des Nationalvereins, welche bei dieser Gelegenheit auch nicht dem Vereine Angehörige eingeladen hatten, an der Versammlung theilzunehmen. Bei dem großen Interesse, welches an den behandelten Gegenstand sich knüpft, dürfte es gestattet sein, einigermaßen ausführlicher über den Gedankengang der Rede zu berichten.

Uns Allen, so begann Prof. Diezel, ist die Zollvereinskrisis frisch im Gedächtniß, welche fast drei Jahre lang Deutschland in Aufregung erhielt; damals galt es einer Veränderung der Handelspolitik. Heute handelt es sich um in einer Krisis weit eingreifenderer Natur; der ganze Bestand unserer wirthschaftlichen Vereinigung in Deutschland ist in Frage gestellt, und gleichwohl bleibt Alles ruhig. Man hat sich noch nicht allgemein gegen die zwei Thatsachen vergegenwärtigt, einmal daß der Zollverein aufgelöst ist, zweitens daß eine ganz neue wirthschaftliche Stellung Deutschlands sich gegenwärtig vollzieht. Diese Punkte in das gehörige Licht zu setzen sei der Zweck seines Vortrages.

Bei Königgrätz ist der Zollverein zu Grunde gegangen. Als Folge dieser Schlacht hat eine Anzahl der früheren Zollvereinsstaaten aufgehört zu existiren. Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt haben nicht weiter an dem Zollvereinsvertrage der Staatsregierungen sich zu betheiligen; sie sind einem größeren Ganzen einverleibt. Der Bestand der anderen norddeutschen Staaten ist für die Landtage aufbehalten, aber sie sind der Unterordnung unter eine wirthschaftliche Einheit nicht entgangen;

Digitized by Google

Zollenclave schließt aber als das Zwingendere eine freie Zollvereinigung aus. Die süddeutschen Staaten endlich haben in dem jüngst geschlossenen Frieden europäische Selbstständigkeit erhalten, den Zollverein, so nur die Möglichkeit des Zollvereins verloren. Mag auch scheinbar sich Nichts verändert haben, mögen noch dieselben Verkehrserleichterungen bestehen, an die wir gewohnt sind, der Zollverein hat aufgehört. Bestimmen noch die jeweiligen Friedenskapitulationen der südwestdeutschen Staaten mit Preußen nur eine Fortdauer des bisherigen Zollvereinsverhältnisses mit jedem einzelnen Staate, und Einzelverträge stehen im Gegensatze zu einem Vereine; sind doch selbst diese Verträge nur provisorischer Natur durch den Vorbehalt sechsmonatlicher Kündigung, welcher gleichfalls unseren Begriffen des Zollvereins widerspricht und jeder größeren Verkehrsoperation hindernd in den Weg tritt.

Wenn wir somit in den Gedanken der Auflösung des Zollvereins uns finden müssen, so sind Trostgründe und Hoffnungen in nicht geringem Maße vorhanden, welche unserem Bedauern das Gegengewicht halten können. Der alte Zollverein war der Bundestag in's Volkswirthschaftliche übersetzt. Wenn er trotzdem segensreich wirken konnte, so war es, weil die Interessen von Millionen immer durchdrungen sicher sind; weil die alte Zeit mit ihrer Handelssperre, mit Armuth und Elend ein noch traurigeres Bild bietet. Die Zollerneuung des Zollvereins schaf. wenigstens für den innern Verkehr ein freies Gebiet und machte eine Handelspolitik nach außen überhaupt möglich; denn vorher war kein deutscher Einzelstaat mächtig genug für sich eine wahre Handelspolitik zu treiben, d. h. Verträge abzuschließen, bei welchen nicht bloß der Andere seine Rechnung findet. So war der Zollverein besser als der frühere Zustand. Gleichwohl hätte er durch seine Verfassung sich überlebt.

Ein erster Mißstand dieser Verfassung war die Periodicität des Vertrages, welcher immer nur auf 12 Jahre abgeschlossen wurde, als die äußerste Zeit, bis zu welcher die einzelnen Zollvereinsstaaten auch nur das Minimum Souveränetät darangegeben sich entschließen konnten, welches sie dem Vertrage zum Opfer brachten. Welche Unsicherheit des Verkehrs mußte daraus in der letzten Zeit vor Ablauf jeden 12jährigen Termines eintreten, namentlich seit wir auf bessern Wege sind ein großes Industriewerk zu werden. Ein zweiter Mißstand war das Erforderniß der Einstimmigkeit aller Contrahenten bei jeder Veränderung der Zollgesetze, eine Bedingung, an welcher so viele Veränderungen scheiterten, wie die Herabsetzung der Zölle auf Roheisen an dem auf Domänialvortheilen beruhenden Widerstande Nassaus. So ging es bei der Essenacher Zollconferenz von 1857, so bei anderen Gelegenheiten. Wenn bei dem freien Vereinsgleichberechtigter Staaten zwei wollen, will natürlich der dritte nicht, und so kam es, daß auch eine einheitliche Leitung nicht erreichbar war, welche nach außen unentbehrlich ist. Der dritte und größte Mißstand war, daß die Zollvereinsverfassung jeder Art von Volksvertretung entbehrte, deren Einfluß in wirthschaftlichen Fragen doch kein Bedenken entgegenstehen sollte. Eine Volksvertretung, meint der Redner, hätte die anderen Mißstände weniger fühlbar gemacht oder ihnwweggeräumt. Sie hätte nicht, wie es von Seiten der Regierungen geschah, politische Bedenken in die Zollbedatte hineingetragen, da es für Tabak, Wein und Baumwollöle gleichgültig sein müßte, ob man Preußen haßt und Oesterreich liebt. Sie hätte der Periodicität des Zollvertrages ein Ende gemacht. Sie hätte das nothwendige Uebergewicht der größeren Vertragsstaaten über die kleineren in die richtige Formel gebracht, da in der Volksvertretung die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen habe. Endlich wären durch sie die etwaigen Krisen vielleicht schärfer aber jedenfalls kürzer gewesen; eine dreijährige Krisis wie die von 1861—1864 wäre undenkbar.

Neben diesen großen Mängeln des Zollvereins hat er dennoch den Gedanken deutscher Einigung bei Vielen erzeugt, bei Allen großgezogen. Bei der ersten Abstellung des Zollvereins war der Widerstand der Regierungen kaum größer als der der liberalen Volksmänner, welche z. B. in Baden mit aller Kraftanstrengung sich gegen den Zutritt sträubten. Heute denkt Niemand anders als mit Schrecken an die Möglichkeit der Wiedereinführung von Zollschranken zwischen dem Süden und Norden. Auch unser jüngstes politisches Volksleben hat durch den Zollverein gewonnen, wie die aus eigener Machtvollkommenheit zusammentretenden volkswirthschaftlichen Congresse und Handelstage beweisen. Von letzteren gingen vor mehreren Jahren Vorschläge einer Verfassungsreform aus. Ein Directorium sollte nebst einem Zollparlamente an die Spitze des Zollvereins treten. Für sich allein war die Verwirklichung dieses Planes unmöglich. Die Einzelstaaten hätten freiwillig dieses Stück Souveränetät nicht hergegeben, außer im Zwangswege gleichgeeilt mit anderen Rechten.

Die staatlichen Reformen sind für Nord- und Mitteldeutschland eingetreten. Das norddeutsche Parlament ist hauptsächlich und zunächst Zollparlament. Mancher verurtheilt in dem Bundesentwurf die Grundrechte, aber wirkliches Bestimmungsrecht in Zollsachen ist wichtiger als ein ganzer Cotner Grundrechte auf Papier geschrieben. Hängt doch mit ersterem die Einwirkung auf die bedeutsamsten realen Einrichtungen zusammen, wie schon die jetzigen mehr oder weniger einheitlichen Bestimmungen über Münze, Gewicht, Post und Telegraphenwesen, Wechselordnung und Handelsrecht den Fortbildungsbestimmungen ihre Entstehung verdanken.

Die Süddeutschen werden an der gegenwärtig beginnenden Regelung der wirthschaftlichen Verhältnisse nicht mitwirken. Ihre Theilnahme an dem einmal geordneten Zustande dagegen scheint gesichert. Der norddeutsche Bund wird den Süddeutschen das Zollvereinsleben nicht kündigen; dafür bürgt der Einfluß der preußischen Regierung, welche sich von jeher zu vernünftigen volkswirthschaftlichen Grundsätzen bekannt hat und das gegenseitige Interesse von Nord- und Süddeutschland an der Zollgemeinschaft zu würdigen weiß. Die sogenannte Zurückstellung des Südens wird nicht stattfinden, Zwed des Bundes ist und bleibt schließlich das Ganze zu umfassen. Aber die Vereinbarung zwischen den Regierungen allein ist unmöglich geworden seit Einberufung des norddeutschen Parlamentes. Diesem wird seine Befugniß die Zollverfassung festzustellen nicht verkümmert werden, es wird die Verfassung machen, und wir werden und bereits fügen müssen, uns einfach anzuschließen — ein Opfer für unseren Stolz, ungefährlich für unsere Interessen. Mögen wir darin Trost finden, daß der wichtigste Streitpunkt zwischen den extremen Schutzzöllnern des Südens und Freihändlern des Nordens schon durch den Tarif von 1865 beseitigt ist, und die Befürchtungen aller Gegner an demselben sich als nichtig erwiesen haben. So dürften kaum große Principienstreitigkeiten mehr zu erwarten sein, wenn, wie es scheint, die Salzfrage bereits erledigt ist. Endlich aber soll und wird die Frage der Zollverfassung, wenn die Nothwendigkeit ihrer Lösung erst recht erkannt ist, die Einleitung zur politischen Einigung des gesammten Deutschlands bilden.

So weit etwa der Redner, dessen Vortrag allseitiger Beifall folgte, wie auch während der Entwicklung der Versammlung häufige Zeichen ihrer Theilnahme äußerte.

Einige im Wesentlichen zustimmende Bemerkungen anderer Mitglieder betonten die aus der jetzigen Sachlage hervorgehende Abhängigkeit der süddeutschen Staaten von dem norddeutschen Bunde, dessen Maßregeln in Zollangelegenheiten sich hinfort Baden, Baiern rc. blindlings zu unterwerfen haben werden, bei Strafe des Ausschlusses vom Zollverein. Die Folgerung aus diesem unerträglichen Zustand lautet natürlich: Eintritt in den neuen Bund.

— Unterm 15. d. M. hat der Geschäftsführer des Nationalvereins ein Rundschreiben an die Agenten gerichtet, in welchem, nach Besprechung einiger geschäftlichen Angelegenheiten, die gegenwärtige Lage des Vereins behandelt und besonders die Nothwendigkeit einer gesteigerten Lebensthätigkeit desselben hervorgehoben wird. „Das erste Mittel dazu, sagt das Rundschreiben, ist Zusammenfassung, Disciplin, Organisation. Gewiß, daß wir vor bisherige Organisation, soll sie nicht trog Altersm unhaltbar werden, mit neuem Geist und Leben sich wohl erfüllen müssen. Dafür zu sorgen, vor Allem durch Aufstellung eines den Geboten der heutigen Lage entsprechenden Programms, sodann durch Verständigung über kräftigere, regelmäßigere Formen des Wirkens nach Außen, wie der Wegleitwirkung im Innern des Vereins, dies würde die Aufgabe unserer nächsten Generalversammlung sein. Entschließt sich die Generalversammlung in diesem Sinne, für Fortbestand also und Neorganisation, dann dürfen wir mit Zuversicht vertrauen, daß die dem Verein bisher treu gebliebenen Mitglieder den Stamm bilden werden, von welchem aus eine neue Blüthe unserer Wirksamkeit sich entfalten".

Wahlagitationsfonds.

Für denselben sind bei dem Unterzeichneten eingegangen: Von Herrn Apotheker Klasse in Großheringen (Gotha) 3 fl. 30 kr.; von J. in N. 17 fl. 30 kr. zusammen 21 fl. was hiemit bescheinigt wird.

Der Geschäftsführer.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 89. Heidelberg, den 31. Januar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Preußischer Landtagsbrief. — Landtagsbrief aus Darmstadt. — Deutschland und Frankreich. — Dritte oder intrigente Wahl? — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 29. Januar.

* Die Festsetzung des Tags der Einberufung des Norddeutschen Reichstags beweist, daß die Verhandlungen der Berliner Ministerconferenz über die künftige Bundesverfassung zum Abschlusse gekommen sind, wenn auch noch nicht der Form, so doch der Sache nach. Ob das Werk den Meister loben wird? Einstweilen ist man zu der Hoffnung berechtigt, daß wenigstens bei Ausstattung der Centralgewalt, gegenüber den einzelnen Bundesgliedern, nicht gegeizt worden sei. Daß man auch dem Reichstage die Bedingungen einer anständigen parlamentarischen Existenz nicht werde verfagen wollen, läßt sich aus den auf der Hand liegenden Gründen des Interesse und der Klugheit folgern; mit einem Parlamente; welches durch Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht der Spott der Welt wäre, ist der heutigen preußischen Politik, Angesichts ihrer schweren Aufgaben, eben so wenig gedient, wie dem deutschen Volke selbst.

Langsam zwar, aber glücklicher Weise noch zur rechten Zeit, kommt die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum allgemeinen Bewußtsein. Von planmäßiger Wahlenthaltung, diesem Auskunftsmittel der Einfalt und Schwäche, ist nirgends die Rede, die Parteien ohne Ausnahme sammeln sich um Programme und Candidaten, um ihre Kräfte in geschlossenen Gliedern gegen einander zu messen, kaum irgendwo wagt ein offener Gegner der neuen Ordnung der Dinge als Bewerber aufzutreten, und nur an vereinzelten Stellen hat die partikularistische Opposition überhaupt noch den Muth, Farbe zu bekennen. Kurz, die Aussichten der Nationalpartei sind so gut, daß nur das eigene Ungeschick und die eigene Trägheit dieselben noch vereiteln zu können scheint.

Mit der Vollziehung der letzten Förmlichkeiten der Einverleibung Schleswig-Holsteins geht noch einmal ein Ach- und Wehruf durch die buntscheckigen Reihen der Widersacher Preußens in Deutschland. Nach dem Klagegeschrei zu urtheilen, mit welchem sie die Luft erfüllen, scheint eine Wiederholung der Zerstörung Jerusalems, oder der Eroberung von Konstantinopel durch die Türken vor sich gegangen zu sein. In Wirklichkeit ist eine Dynastie beseitigt, die niemals regiert hat, eine Verfassung aufgehoben, die lediglich auf dem Papier bestanden, eine staatliche Selbständigkeit vernichtet, die seit vierhundert Jahren ein bloßer Name gewesen. Wegen des Austauschs solcher Besitzthümer gegen die preußische Staatsangehörigkeit sich das Haar zu raufen und im Sack in Asche zu trauern, ist eine Narrheit oder ein Komödiantenstreich.

Die schleswig-holsteinischen Dinge, es ist wahr, sind nicht verlaufen wie Deutschland vorausgesehen und gewünscht hat. Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, vermöge des Erbrechts des Herzogs von Augustenburg — das war das Aeußerste, was wir bis zum Jahr 1866 erwarteten und verlangten. Den Annexionsplänen des Ministeriums Bismarck wurde sogar, und insbesondere auch vom Nationalverein, nach besten Kräften Widerstand geleistet, theils im Namen der Consequenz, theils in der richtigen Voraussicht, daß jene Pläne nicht ohne einen Krieg durchgeführt werden konnten, bei welchem das ganze Schicksal Deutschlands auf dem Spiele stand. Die Ereignisse selbst haben diesen doppelten Beweggrund beseitigt. Der Krieg ist glücklich überstanden und zugleich das Beharren auf dem ursprünglichen schleswig-holsteinischen Standpunkte der Volkspolitik zum Widersinn geworden. Denn dieser Standpunkt war selbstverständlicher Weise stets bedingt durch das souveräne Interesse der deutschen Nation, das durch jede Verkürzung der heutigen Größe und Macht des preußischen Staates tödlich gefährdet würde. Um heute noch an dem Herzog Friedrich, an der Selbständigkeit Schleswig-Holsteins, und an seiner Verfassung von 1848 festzuhalten, muß man aller politischen Vernunft Hohn sprechen, und jede nationale Pflicht bis zum Verrathe verleugnen; denn nur auf den Trümmern Deutschlands könnte hinfort den Herzogthümern zu jenem ihrem, gleichviel ob wirklichen oder bloß sogenannten Rechte verholfen werden.

Daß es den Schleswig-Holsteinern schwer wird und durch die groben Mißgriffe des dortigen Regiments nicht erleichtert ist, sich in die Nothwendigkeiten einer ohne ihre Mitwirkung und wider ihre Wünsche geschaffenen Lage zu finden, darf ihnen billiger Weise nicht verargt werden. Was man aber von ihrer Einsicht und ihrem Nationalsinn verlangen kann und muß, was sie bei ihrer Ehre zu leisten schuldig sind, ist der Verzicht auf Pläne und Hoffnungen, deren Erfüllung den Ruin des Vaterlandes zur Voraussetzung hat. Ein solcher Verzicht ist die natürliche Brücke zur Versöhnung.

Die Schleswig-Holsteiner sind unbefragt und sogar wider den unzweifelhaften Willen ihrer Mehrheit preußisch geworden. Die Uebelstände eines solchen Zwangsverhältnisses wird kein verständiger Mann verkennen oder verleugnen. Nur daß man dieselben nicht ins Maßlose übertreibe, wie es von manchen öffentlichen Stimmen geschieht, welche an der nämlichen Thatsache in andern Ländern nicht das Mindeste auszusetzen haben, welche sie in Deutschland als das Werk der schändlichsten Tyrannei brandmarken. Wer hat in den Vierziger Jahren die Sonderbundskantone der Schweiz bei der Eidgenossenschaft festgehalten? Niemand anders, als ein General an der Spitze von 100,000 Mann. Wodurch sind die amerikanischen Südstaaten in die Union zurückgeführt? Durch Waffengewalt, die noch heute als das unentbehrliche Mittel angesehen und angewendet wird, sie in Gehorsam zu halten. Wenn man solche Maßregeln und Zustände in Amerika ganz in der Ordnung findet, während man über die Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts Schleswig-Holsteins Zeter schreit, so straft man sich selber lügen. Die Wahrheit, welche jenseits und diesseits des Oceans gilt, ist der alte Satz, daß Staat und Volk ihr oberstes Gesetz nur in dem Gemeinwohl finden, dem jedes Einzelinteresse und jedes Sonderrecht sich unterzuordnen hat und im Nothfalle aufgeopfert wird.

— Zu den unbegreiflichen Dingen, zu den preußischen Maßregeln, bei welchen den besten Freunden Preußens der Ver-

Digitized by Google

stand still steht, gehört die Behandlung der Frankfurter Contributionsangelegenheit, von Anbeginn bis auf den heutigen Tag. Wir wollen unsererseits die Vergangenheit nicht aufrühren; aber wie ist es möglich gewesen, daß die preußische Regierung sechs Monate hat vergehen lassen, ohne die Sühne, welche sie, der Welt gegenüber, sich selbst schuldig ist! Das Abgeordnetenhaus hat gezögert, ein Wort der Mahnung zu sprechen, offenbar um dem freien Antriebe der Regierung nicht vorzugreifen, und in der Voraussicht, daß eine über jenen traurigen Gegenstand gepflogene Verhandlung nicht zum Vortheile und noch weniger zum Ruhm des preußischen Staats gereichen könne. Endlich aber, nach langem vergeblichen Warten und mit dem richtigen Gefühl, daß das fortgesetzte Schweigen zum größern Uebel ausschlagen würde, als das Reden, hat das Abgeordnetenhaus eine erste Aufforderung in der schonendsten Form an die Regierung ergehen lassen. Das letzte Wort in dieser Sache aber wird nun und nimmermehr gesagt sein, bevor dieselbe, durch volle Entschädigung der Stadt Frankfurt für die gezahlten Millionen, erledigt ist. Bis dahin bleibt die Contribution ganz von selbst auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, und wird die Wiederholung und Verschärfung der in der vorigen Woche darüber geführten Debatte in jeder neuen Landtagssession naturgemäß zu einem Bestandtheile der Geschäftsordnung. Daß die Forderung des öffentlichen Gewissens schließlich durchdringen muß und wird, sollte es auch erst nach einem Thronwechsel geschehen, daran kann kein urtheilsfähiger Mensch zweifeln. Am wenigsten die preußische Regierung selbst, mag sie bei ihrem Widerstande auch eine noch so zuversichtliche Miene annehmen. Die Gewißheit des Ausganges der Sache ist es, was die jetzige Behandlung derselben vollends unfaßlich macht.

— Mit seiner angeblichen „Krönung des Staatshaus" hat Napoleon III., wie leicht vorauszusehen war, kein Glück gemacht. Außer dem auf Bestellung gelieferten Beifall — der sich namentlich auch in der englischen Presse bemerklich macht — klingt das einheimische so gut wie das auswärtige Urtheil über die angeblichen Zugeständnisse an die öffentliche Freiheit fast durchweg wie Zweifel und Spott. Gleichwohl neigt sich die Meinung sichtlich mehr und mehr zu der Annahme hin, daß der Volksgeist den Bonapartismus dies Mal beim Wort nehmen und aus den gemachten Zusagen dies und jenes brauchbare Resultat herauspressen werde. — Hinsichtlich der Bedeutung des französischen Ministerwechsels für die auswärtige Politik, gehen die Ansichten weit auseinander. Während man darin auf der einen Seite eine neue Bürgschaft für die friedlichen Gesinnungen des Tuilerienkabinets sehen will, versichert man auf der andern Seite, die Berufung des Marschall Niel in das Ministerium bedeute den Krieg. Sehr möglich, daß die eine wie die andere dieser Auffassungen lediglich von vorgefaßten Meinungen und Wünschen ausgeht. Daß die auswärtige Politik Frankreichs freilich nicht die Hände in den Schooß legt, daß sie vielmehr, eifriger als je, nach Gelegenheiten sucht, den französischen Einfluß geltend zu machen und zu erweitern, versteht sich von selbst. Der Gedanke einer Zolleinigung Frankreichs mit der Schweiz, Belgien und Holland indessen — wenn es wahr ist, daß derselbe vom Tuilerienkabinette aus verfolgt wird — kann wohl kaum ein glücklicher genannt werden, weil seine Ausführung zu den unwahrscheinlichsten Dingen gehört. Natürlich, daß die Regierungen dieser Staaten die ihnen von Paris aus gemachten ersten Vorschläge mit allen Zeichen der Bereitwilligkeit und des vorläufigen Einverständnisses aufnehmen; daß aber auch nur eine einzige derselben ihre handelspolitische Selbstständigkeit wirklich zu opfern geneigt sei, das müßte man sehen, um es zu glauben.

Preußische Landtagsbriefe.

XI.

Berlin, 27. Januar. Die Verhandlungen über den Antrag des Abg. Michaëlis auf Verlegung des Etats-Jahres auf die Periode vom 1. Juli des einen, bis zum 30. Juni des folgenden Jahres haben einen unerwarteten und nicht sehr löblichen Ausgang genommen: — es ist Alles beim Alten geblieben! Bekanntlich ist es im vorigen Jahr zum ersten Mal, so lange die Verfassung in Preußen besteht, gelungen, den Staatshaushalts-Etat so frühzeitig durchzuberathen, daß das Budget-Gesetz noch vor dem Beginn des neuen Etatsjahres in der Gesetz-Sammlung publicirt werden konnte. Eine so angestrengte Arbeit, wie sie zur Erreichung dieses Zieles nöthig war, kann aber der Landesvertretung unmöglich in jedem Jahre zugemuthet werden; denn wenn sie einer solchen Zumuthung entsprechen wollte, so würde die übrige gesetzgeberische Arbeit in gemeinschädlicher Weise in den Hintergrund gedrängt werden. Bisher waren nun alle Schattirungen der liberalen Partei darüber einig, daß das Zustandekommen des Budget-Gesetzes vor Beginn des neuen Finanzjahres für das ganze konstitutionelle Leben im höchsten Grade wünschenswerth und im Geiste der Verfassung unbedingt geboten sei. Bestritten wurde das eigentlich nur von den feudalen Ultras, denen das Zustandekommen des Budgets überhaupt gar nicht am Herzen liegt, weil sie wollen, daß das Budget-Gesetz, wie jedes andere Gesetz, so lange gelte, bis es durch ein anderes Gesetz, unter Mitwirkung aller drei Faktoren der Gesetzgebung, abgeändert sei. Bismarck hat 1849 als Abgeordneter diese Theorie eifrig vertheidigt, wenn nicht erfunden, und im Jahre 1850 hat sich das damalige Ministerium durch Staatsministerial-Beschluß ausdrücklich zu ihr bekannt. Jetzt endlich hat sich aber die gegenwärtige Staatsregierung vollständig von derselben losgesagt, und der Minister Bismarck wird sich dem Herrn v. Gerlach, der natürlich wieder eine Lobrede auf die süße vergangene Zeit verübte, für die Erinnerung an die junkerlichen Jugendsünden des Abgeordneten Bismarck schwerlich zu großem Danke verpflichtet fühlen. Für die liberale Partei ist das Aufreten dieses enfant terribles der Feudalen stets sehr nützlich.

Wollte man nun nicht den müßlichen Weg einer Berathung des Budgets um 10—12 Monate im Voraus einschlagen, so müßte man sich zu der beantragten Verlegung des Finanzjahres, gleichviel ob man gerade den 1. Juli oder den 1. Mai wählte, entschließen. Der Commission erschienen die administrativen Schwierigkeiten der Trennung des Finanzjahrs vom Kalenderjahr, obgleich sie doch in manchen andern konstitutionellen Ländern überwunden sind, so groß, daß sie die Aufforderung an die Regierung vorzog, den Etat künftig mindestens 4 Monate vor Beginn des Finanzjahres vorzulegen, den Etat für 1868 aber bis zum 1. Oktober c. Indessen hat eine Einberufung des Landtags im September auch ihr Mißliches, nicht sowohl, weil die Geheimräthe dann nicht in's Bad reisen können, wie der Regierungscommissarius gelind gesagt, sondern weil im Vorherbst viele Abgeordnete durch ihren Beruf zu erscheinen verhindert sind, so daß eine solche Einrichtung die Wahlen noch mehr, als jetzt schon, auf Beamte lenken würde. Die Regierung aber wies diese drei Vorschläge sämmtlich zurück und noch obendrein den ganz nichtssagenden Antrag Winckel's auf „rechtzeitige" Vorlage des Budgets, und darauf fühlte sich Graf Schwerin sogar genöthigt, diesen Antrag in eine vertrauensselige motivirte Tagesordnung umzuwandeln, die Alles dem guten Willen der Regierung überläßt. Die Altliberalen, und namentlich Vincke, hoffen in der Vorberathung im ganzen Hause augenscheinlich ein Mittel gegen eine eingehende Budgetberathung, bei welcher immer allerlei üble fatale, ihre „patriotischen" Gefühle verletzenden inneren Schäden besprochen werden, gefunden zu haben. Das traurige Resultat war, wie gesagt, daß alle vorliegende Anträge einer nach dem anderen abgelehnt wurden. Die Verfassung schreibt vor, daß der Landtag in dem Zeitraum vom Anfang des Novembers bis zum 15. Januar einberufen werden muß. Ob und unter welchen Schwierigkeiten künftig ein Budget vor Beginn des Finanzjahres zu Stande kommt, das steht also, nach wie vor, im Belieben der Staatsregierung! —

Der Antrag des Abg. Paur auf Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhand-

Digitized by Google

lungen des Norddeutschen Parlaments wurde ohne Diskussion angenommen.

Eine Interpellation des Abg. Waligorski, ob die Regierung Schritte thun wolle, um den Gränzverkehr mit Rußland, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, zu regulieren und auf Abstellung der Verkehrshemmungen und sonstigen Verationen dieserhalb Staatsangehörigen zu dringen, wurde von dem Ministerpräsidenten eingehend beantwortet, und in Erwartung seiner Antwort war die Diplomaten-Loge sehr stark besetzt, namentlich mit Damen. Bismarck erkannte die vielen Uebelstände in jenem Gränzverkehr an, wenn der Interpellant auch, zu seinem Bedauern, Manches übertrieben habe. Viel Aussicht auf Abhülfe könne er nicht machen; die preußische Regierung lasse es an Vorstellungen und Reklamationen in den einzelnen Fällen nicht fehlen; aber die Verträge habe Rußland nicht verletzt, und im Uebrigen höre es lediglich auf seinen eigenen Vortheil. Großen Lärm rief er durch die unpassende Aeußerung hervor, daß die preußischen Unterthanen auch oft selbst an ihren Ungelegenheiten Schuld seien, „weil sie mit den russischen Gränzbeamten glauben ebenso unverschämt sprechen zu dürfen, wie daheim mit ihrem Landrath.“ Eine ungerechtere Beschuldigung, als die der Unverschämtheit gegen Beamte, namentlich gegen Landräthe, ist wohl gegen den preußischen Bürger- und Bauernstand noch niemals erhoben worden, und sie ist im vorliegenden Falle um so unerhörter, als die russischen Beamten sie natürlich zur Rechtfertigung ihrer notorischen Brutalität und zur Bemäntelung ihrer Habgier verwerthen werden. Die innerste Natur bricht bei Bismarck von Zeit zu Zeit durch allen diplomatischen Firniß wieder hindurch. —

Eine Petition um Aufhebung, resp. Beschränkung der Schuldhaft, auf welche die Regierung für jetzt wenigstens nicht eingehen zu können erklärte, wurde nach einer gründlichen und interessanten Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Es wird aber wahrscheinlich in der nächsten Session, bei größerer Muße, ein Gesetzentwurf über diese Angelegenheit eingebracht werden. —

Zwei Petitionen waren gegen Steuer-Ueberbürdungen gerichtet. In dem einen Falle hatte die Einschätzungs-Commission den Ertrag von verkauften Grundstücken als ein Jahres-Einkommen, statt als eine veränderte Kapitals-Anlage, angesehen und die Einschätzung nach dem Betrage des Kapitals, statt nach dem der jährlichen Zinsen vorgenommen. Die Regierung wird aufgefordert, den verschiedenen Einschätzungs-Commissionen diesen Unterschied klar zu machen. In dem anderen Falle ist ein Bäckermeister Pippart, in einem Dorfe bei Berlin, innerhalb 4 Jahren von 4 Thlr. Klassen- resp. Gewerbesteuer auf 30 Thlr. Einkommensteuer und 20 Thlr. Gewerbesteuer gesteigert! Die letzte Steigerung von 12 auf 30 Thlr. erfolgte 1864, nachdem eine frühere Petition vom Abgeordnetenhause zur Untersuchung und Abhülfe der Regierung überwiesen war. In den blühenden Zeiten des Konflikts kamen solche Antworten auf Beschlüsse des Abgeordnetenhauses öfter vor, und Steuererhöhungen wegen mißliebiger Wahlen, auf welche der von seinem Landrath, dem Abg. Scharnweber, als politischer Agitator bezeichnete Petent auch die vorliegende zurückgeführt, waren leider nicht selten. Natürlich stellte der Abg., Landrath Scharnweber, jedes politische Motiv entschieden in Abrede; er hatte nur durch eifrige Nachforschungen bei Zollämtern, Juden und Christen, und durch willkürliche Erhöhung der sachverständigen Einschätzung, herausgebracht, daß der Petent durch seine Intelligenz sein Geschäft bis zu einem Ertrage von mehr als 1000 Thlr. gehoben habe, und die Rechte unterstützte seine Behauptungen von der durchaus gerechtfertigten, sachgemäßen Steuererhöhung mit brüllendem Gelächter und lärmenden Beifallsgeschrei. Trotzdem wiesen die sorgfältigen Ermittelungen des Abg. Berger eine kolossale, ungerechte Steuer-Ueberbürdung fast bis zur Evidenz nach. Nach dem landräthlichen Protokoll über die Einschätzung des Petenten, haben die beiden Sachverständigen aus dem Dorfe den Ertrag seiner Bäckerei auf 800 Thlr. geschätzt. Sie selbst haben aber jetzt schriftlich erklärt, daß sie denselben nur auf höchstens 300 Thlr. angegeben hätten! Das Haus ging zur Tagesordnung über, weil das Ministerium erklärte, daß es dem Landrath Scharnweber die Untersuchung abgenommen und der Bezirks-Regierung in Potzdam übertragen habe. Das Junkerthum fand aber eine Verletzung der Courtoisie des Ministers gegen einen konservativen Landrath darin, daß jener die Untersuchung der Bezirks-Regierung übertragen habe, ohne diesen direkt davon zu benachrichtigen. Als nun der Finanzminister diesen Anspruch sehr trocken als ganz ungerechtfertigt zurückwies, fühlten sich die feudalen Landräthe durch diesen schroffen Undank für geleistete zuverlässige Hülfsarbeiter-Dienste so beleidigt, daß sie den Minister, der vor seiner letzten Rückkehr auf den geliebten Ministersitz auf der Führer der Conservativen im Abgeordnetenhause war und, trotz Gerlach, herzerquickende Anträge stellte, zwölmal wüthend auszischten! Wie wird der „schlichte Landedelmann“ im Herrenhause über diese fürchterliche Lockerung des Bandes der konservativen Elemente klagen! —

Stürmische Scenen begleiteten die Debatte über die Petition eines Frankfurter Bürgers um Rückerstattung der Kontribution von 6 Millionen. Die Commission schlug zwar, weil Petent nicht legitimirt war, im Namen der Stadt Frankfurt zu petitionieren, Uebergang zur Tagesordnung vor, fügte aber die Erwartung hinzu, „daß begründete Anträge der Frankfurter Behörden bei der Staatsregierung billige Berücksichtigung finden würden.“ Unterdessen war nun die Frankfurter Petition an den Grafen Bismarck gerichtet und von den Zeitungen veröffentlicht. Auf die Anträge dieser Petition wies der Abg. Lüning in seinem mündlichen Bericht über die Kommissionsverhandlungen hin. Er verurtheilte entschieden die, unter Androhung von Beschießung, gestellte weitere Forderung von 25 Millionen Gulden, selbst wenn sie nicht ernstlich gemeint gewesen wäre, weil ein preußischer General eine solche, seit Davoust und Vandamme unerhörte Forderung niemals hätte sollen stellen dürfen; führte weiter aus, daß diese, gegen die humane Behandlung der anderen annektirten Länder so grell abstechende Härte gegen Frankfurt durch nichts gerechtfertigt sei, auch nicht durch preußenfeindliche Gesinnungen, wie sie ja der hannöversche Adel noch heute hege, daß man sie deßhalb vielfach durch die Annahme persönlicher Gereiztheit sich erkläre, und daß, mehr noch, als die Billigkeit und die einem großen Staate ziemende Großmuth, die politische Klugheit gebiete, diese unselige Kontributions-Geschichte wieder gut zu machen. Ob durch Rückerstattung, durch Verwendung zu öffentlichen Bauten oder durch Anerkennung als Staatsschuld, das mögen sich die Regierung überlegen. Obgleich aber der Abg. Dr. Haym, nachher selbst gestand, daß Frankfurt allerdings Unrecht geschehen sei, so bäumte sich doch der „Patriotismus“ der Altliberalen heftig auf gegen die entschiedene Mißbilligung einer nicht zu rechtfertigenden Handlung eines Generals oder Ministers, sofern sie auf den letzten Krieg Bezug hat. Mit großer Hitze protestirte Graf Schwerin, unter dem Jubel der Rechten, gegen die Motivirung des Beschlusses der Kommission, wozu diese den Referenten nicht ermächtigt habe, weil sie nur ganz allgemein die Hoffnung auf eine billige Berücksichtigung von Frankfurter Wünschen habe aussprechen wollen. Die Rechte tobte gegen das Vorbringen von so viel neuem Material, worauf sie nicht vorbereitet sei. Dann bezeugte Virchow, daß der Referent nur das in der Kommission Verhandelte weiter ausgeführt habe und konstatirte, zur eigenen Ueberraschung des Grafen Schwerin, daß derselbe bei der Beschlußfassung über die Petition gar nicht in der Kommission anwesend gewesen sei. Noch mehr als den Bericht begleitete die Rechte natürlich die überschriftliche Darstellung der einzelnen Vorgänge bei der Besetzung der Stadt, des Benehmens der Offiziere u. dgl. durch den Abg. Classen-Cappelmann mit lärmenden und ungezogenen Mißfallsbezeugungen. Der Abg. v. Hoverbeck zog einen Antrag auf direkte Rückerstattung der Kontribution, nach der Motivirung der Tagesordnung durch den Abg. Lüning, zurück und diese wurde denn mit ziemlicher Majorität (auch von einigen Altliberalen wie Schwerin und Haym)

Digitized by Google

angenommen. Leider erklärte der Commissarius des Finanzministers, der die Ministerbank ganz allein zierte, daß die Regierung eine Rückerstattung dieser bereits erhobenen Contribution niemals beabsichtigt habe. Auf die vorgebrachten Thatsachen könne er nicht eingehen, aus Mangel an Vorbereitung; aber der Ruhmesschild Preußens aus jenen Tagen glänzt, nach Versicherung, so hell, daß die Contribution keinen Flecken darauf macht, — eine Meinung, welche die Rechte, bis zu Schwerin und Vincke hin, vollständig theilt. Dr. Hayn suchte bei'm Abg. Classen-Kappelmann hinter der Verurtheilung der Frankfurter Vorgänge partikularistische Gelüste. Aber die nationale Partei verurtheilt sie nicht, um den Partikularismus zu stärken, sondern um ihm eine Waffe zu entwinden, die ihm das begangene Unrecht gibt; sie will Preußen makellos sehen, weil sie dadurch die Erfüllung seiner deutschen Aufgabe am besten zu fördern meint. Darum hält sie es für patriotisch, darauf zu dringen, daß geschehenes Unrecht wieder gut gemacht werde. Sie hält es für thöricht obendrein, solche Schäden zu verhüllen und abzuleugnen, und sich einzubilden, man könne solche Thatsachen todtschweigen. —

Gestern verlagte das Haus fast einstimmig dem Justizminister die erbotene Ermächtigung, den „Bürger- und Bauernfreund" wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses verfolgen zu lassen. Den groben Schmähungen und Verläumdungen gegenüber, welche während des Conflicts in offiziösen und offiziellen Blättern gegen dasselbe massenhaft ausgestoßen wurden, sind diese Anträge des Justizministers auf Verfolgung literaler Blätter, wegen relativ sehr unschuldiger Artikel, wirklich ein charakteristisches Kennzeichen. —

Die von mir in meinem vorigen Brief citirten Worte Jacoby's finden sich in seiner Antwort an das Breslauer Wahlcomité. Der Brief an Herrn Langerhans erschien erst nach Absendung des meinigen. Virchow beharrt auf seiner Ablehnung der Wahl zum Parlament aus persönlichen Gründen, hauptsächlich aus Mangel an Zeit, erklärt aber ausdrücklich, daß er das Zustandekommen des Parlaments für durchaus geboten halte und nach Kräften fördern werde. Jacoby sieht noch immer mit Roßmäßler in schauerlicher Einsamkeit da, und seine „Zukunft" scheint keine Zukunft zu haben. —

Ein Landtagsbrief aus Hessen-Darmstadt.

Darmstadt, 26. Januar. Das Wochenblatt des Nationalvereins brachte kürzlich „neueste Hessische Zustände", worin die Zweideutigkeit einer gewissen im Großherzogthum gebüten Politik, welche amtlich aufrichtigen Anschluß an Preußen, rückhaltloses Streben nach Eintritt in den Norddeutschen Bund und dergleichen versichere, heimlich aber mit allen Mitteln gegen Preußen hetze, gekennzeichnet wurde. Einen Beleg hiefür lieferte die Sitzung II. Kammer vom 24. Jan., welche auch durch die hiebei mitwirkenden, bekannten Anhänger bestimmter Parteirichtungen — Dümont (Volkspartei), H.v. Gagern, Hallwachs (Konfervativ-Liberaler), Zentgraf (Ministerieller per excellence) und Metz größeres Interesse erregt, und dadurch eine etwas speciellere Schilderung verdient. Die Tagesordnung bildete der Friedensvertrag mit Preußen, dessen Genehmigung die Regierung beantragt hatte. Der vom Abg. Hofgerichtsrath Hallwachs erstattete Bericht des zweiten Ausschusses, worin fünf Ministerielle neben zwei Fortschrittsmännern sitzen, lautete, unter nachdrücklicher Befürwortung der staatlichen Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden, dahin:

„dem zwischen Sr. K. Hoheit dem Großherzoge und Sr. Majestät dem Könige von Preußen unterm 3. Sept. v. J. abgeschlossenen Friedensvertrage, soweit erforderlich, die nachträgliche ständische Zustimmung zu ertheilen."

Der Bericht war vom ganzen Ausschusse ohne Widerspruch gebilligt, namentlich auch vom Abg. Zentgraf, dem Ministeriellsten der Ministeriellen, und von Oberstudiendirektor Kritzler. Die ganze Presse faßte diesen Bericht, womit das Ministerium sich einverstanden erklärt hatte, als zu Gunsten eines kräftigen Strebens von Hessen-Darmstadt nach baldigstem Eintritt in den Norddeutschen Bund auf. Eine andere Auffassung war auch nicht möglich, nachdem Herr Hollwachs, der Führer der Conservativ-Liberalen, in der Köln. Zeitung seine aufrichtige Ueberzeugung vom Beruf Preußens zur Führung Deutschlands ꝛc. versichert und sich als entschiedener Anhänger des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung, sowie als Verfechter des innigsten Anschlusses Hessens an diesen Norddeutschen Bund, mittelst Namensunterschrift erklärt hatte. Was aber geschah in der Sitzung vom 24. Januar? Die kaum ein Drittheil der II. Kammer bildende deutsche Fortschrittspartei brachte durch zwei ihrer bis jetzt am wenigsten anstößigen Mitglieder, die Herren George und Bamberger ein Amendement dahin ein:

„Die Kammer erklärt, daß der Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund, als von den Interessen des Großherzogthums und des ganzen Vaterlandes geboten, mit allen Kräften zu ersterben sei."

Metz fragte, nachdem dies Amendement von verschiedenen Seiten todtgeschwiegen oder indirect bekämpft zu werden schien, den als alleinigen Regierungskommissär anwesenden Herrn Ministerpräsidenten von Dalwigk, ob er, nach seiner vom Ausschußbericht geschilderten und gebilligten Politik, dieses Amendement George-Bamberger nicht unbedingt gutheiße und nicht seine Annahme durch die Kammer wünsche, da ein Ablehnen desselben sehr leicht als feindseliger Akt gegen den Norddeutschen Bund aufgelegt werden könne. Dalwigk erklärte, daß ihm der Beschluß der Kammer „gleichgültig" da die Stellung der Regierung genommen sei. Als Metz die Mehrheit der Kammer ironisch aufforderte, sich für diesen gerade nicht übertriebenen conftitutionellen und jedenfalls sehr geringschätzigen Ausspruch bei Dalwigk zu bedanken, legte dieser das Wort „gleichgültig" dahin aus, daß es auf einen Ausspruch der Kammer nicht mehr ankomme, weil die Regierung von selbst und von sich aus bereits seit Wochen auf dem von George-Bamberger gewünschten Weg gehe, von selbst alle die in diesem Amendement bezeichneten Ziele erstrebe. Zugleich gab Dalwigk der Kammermehrheit seinem „ganz unmaßgeblichen" Vorschlag anheim, über das Amendement George-Bamberger die Abstimmung bis nach Bekanntwerden der Norddeutschen Bundesacte zu verschieben, da die sehr bedeutenden „militärischen" Opfer, welche von den Kassen der Einzelstaaten verlangt würden, vielleicht die Stimmen für den sofortigen Eintritt etwas abhältten. Nach diesem Wunsche des Ministers stellte Damrat, der bekannte einzige Anhänger der Volkspartei in der Darmstädter Kammer, einen entsprechenden Antrag auf Vertagung, mit welchem sich auch Zentgraf einverstanden erklärte. Ja, Zentgraf, welcher den obigen Ausschußbericht ohne irgend welche Glosse oder Verwahrung vollständig gebilligt hatte, hielt eine förmliche Philippika, worin er sich als „Gefühlspolitiker" entpuppte, der als Endziel seines Lebens „ein Deutschland, soweit die deutsche Zunge reicht" bezeichnete, der in Deutschland keine Ruhe für möglich hält, bis Oesterreich wieder aufgenommen, „das Festungsviereck", als „Grundlage und Eckstein Deutschlands", wieder gewonnen und Deutschland, „jetzt ein kräftiger Körper ohne Gliedmaßen", wieder durch Oesterreich zur vollständigen klassischen Statue geworden sei. Wie nur Oesterreich und Preußen zusammen Deutschland von der Fremdherrschaft 1813 befreit hätten, so könne auch nur die Wiederherstellung des jetzt zerschnittenen innigsten Bandes zwischen Oesterreich und Preußen das jetzige Deutschland erretten! Der Berichterstatter Hallwachs, welcher durch diese und andre „conservativ-liberale" Herzensergießungen vielleicht etwas frappirt und erschüttert wurde und eine Auseinandersetzung zu suchen schien, um dem mit seinem Bericht übereinstimmenden Amendement George-Bamberger zu entgehen, erklärte jetzt, daß er auf letzteres Amendement nur eingehen könne, falls die Worte: „unbeschadet der Selbstständigkeit des Großherzogthums in inneren Fragen", zugesetzt würden. Als beide Antragsteller — vielleicht wider Erwarten von Hallwachs — diesen feinen Zusatz annahmen, erklärte sich Hallwachs

Digitized by Google

mit dem Amendement einverstanden, während freilich Dümont, Schütze von Gernsheim und H. von Gagern sich gegen dasselbe erklärten. Gagern, dessen Rede wir unten näher skizziren werden, sprach seine Uebereinstimmung mit Dümont, dem Manne der Volkspartei, aus und fand seine wie Dümonts Entwicklungen übereinstimmend mit der Anschauung der Regierung, was auch Zentgraf von seinen Ausführungen behauptet hatte! Herr von Löw und von Riedesel dagegen fanden keinen Grund, sich von dem Amendement George-Bamberger fern zu halten und erklärten, für dieses zu stimmen. Als die Mehrheit der Kammer sich entschieden für dieses Amendement giltig zeigte, erklärte, nach Schluß der Debatte, Berichterstatter Hallwachs in seinem Schlußworte, daß er jetzt ein selbstständiges Amendement dahin stellen wolle, „in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Herrn Regierungskommissärs", dem Amendement George-Bamberger, mit seinem oben angeführten Zusatz für die Selbstständigkeit des Großherzogthums, beizutreten. Metz, Kempf, Hoffmann II. und die Antragsteller protestirten gegen die Zulässigkeit dieses neuen Amendements von Hallwachs, worauf dieser Wiedereröffnung der Debatte fordert und erklärt, ohne diesen neuen Zusatz gegen das Amendement George-Bamberger stimmen zu müssen. Metz weist nach, daß es eine unerlaubte Manipulation sei, plötzlich, nach vorheriger Annahme eines Amendements, einen neuen selbstständigen Antrag mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium einschmuggeln zu wollen, er zeigt, daß Hallwachs gegen das seinem Bericht materiell entsprechende und im Lauf der Verhandlungen von ihm selbst, mit einem andrerseits angenommenen Zusatz, genehmigte Amendement, nach derenSchluß nicht stimmen könne, ohne gerechten Verdacht von Hintergedanken zu erregen; Hallwachs beharrt aber, trotz der Bitte des Präsidenten Buff, sein verspätetes Amendement zurückzuziehen, auf demselben und verliert überhaupt ganz den Kopf, indem er das Schlußwort unterläßt und gedankenvoll das Haupt aufsinkt, theilnahmlos gegen die weitern Kämpfe. Offenbar fühlt Herr Hallwachs, daß das Ertapptwerden bei Einschmuggeln eines Amendements von solcher Tragweite, nach Schluß der Debatte, dem Berichterstatter überhaupt nicht sehr schmeichelhaft sei, am wenigsten aber für Hallwachs, welcher stets mit so vielem Pathos den von der Fortschrittspartei hartnäckig bezweifelten ehrlichen Anschluß an Preußen pomphaft versichert hatte! Die Mehrheit der Kammer kam durch alle diese Zwischenfälle ins Schwanken und glaubte sich durch Annahme des vom „Ministerpräsidenten" v. Dalwigk gewünschten und vom „Demokraten" Dümont gestellten Vertagungsantrags am besten aus der Verlegenheit zu ziehen. Sie beschloß daher mit 24 gegen 21 Stimmen, nach siebenstündiger Verhandlung, Vertagung der Berathung und Abstimmung über das Amendement George-Bamberger, bis nach vollständigem Vorliegen der Norddeutschen Bundesacte. Die Ultramontanen stimmten geschlossen mit den eigentlichsten büreaukratischen Anhängern des Ministeriums für Vertagung, während die ganze Fortschrittspartei — mit Ausnahme der beiden Mainzer Abgeordneten — und einige minder Abhängige, sowie einige oberhessische Adlige gegen Vertagung stimmten. Der Vertagungsbeschluß nach eingängiger Berathung war um so auffallliger und gegen Preußen feindlicher, als vier ministerielle Ausschußmitglieder gegen ihren eigenen frühern Ausschußbericht stimmten, und als schon am Tag vorher, auf Antrag Gagerns, bezüglich der Belassung von Kastel und Kostheim im Norddeutschen Bund, mit 22 gegen 21 St. beschlossen worden war, diese Belassung nicht deßhalb zu genehmigen, weil man die preußische Vertragsauslegung billige, sondern nur, um dem Ministerium keine Verlegenheiten zu bereiten, während Dalwigk selbst wußte, daß Preußen seine Ansprüche mit Recht erheben habe.

Von den wichtigern Momenten der Verhandlung ist noch hervorzuheben, daß, auf die Bemerkung des Abg. Volhard, „wir wollen mit unsern Norddeutschen Landsleuten im Norddeutschen Bunde kämpfen, streiten und leiden"

Dalwigk sich mit der Ansicht des Volhard hämisch einverstanden erklärte, falls er noch den Zusatz mache „„une zahlen"", und daß der Minister schwieg, als Metz dieß Aeußerung grade für seine Empfehlung des Norddeutschen Bundes durch den Minister erklärte und hinwarf, daß Dalwigk amtlich preußenfreundlich spreche, aber heimlich gegen Preußen und seine ehrlichen Anhänger hetze, z. B. in den amtlichen Kreisblättern.

Ebenso verdient die Stellung Heinrich von Gagerns, wie sie sich jetzt klar dargelegt hat, im Hinblick auf die frühere große Bedeutung dieses Mannes nähere Beleuchtung. Wir schicken voraus, daß die Kammer einstimmig Hrn. v. Gagern zu einem der 6 Candidaten für den Präsidentschaftsstoß erwählt und daß die Fortschrittspartei sich zu diesem Schritte hauptsächlich verstanden hatte, um ihm zu zeigen, daß sie in seinen guten Willen und seinen guten Glauben keinen Zweifel setze. Gagern trat aber sofort mit der Mehrheit insoweit in nähere Verbindung, als er dem Club sich anschloß, worin die Adeligen und Ultramontanen, freilich mit den Conservativ-Liberalen und den früheren Altliberalen, rathen und thaten. Nur Abg. George trat neuerdings der Fortschrittspartei bei.

Bei Gelegenheit der Berathung über die Aufnahme von Kastel und Kostheim in den Norddeutschen Bund trat Gagern zuerst hervor und schloß sich den heftigsten Tiraden Dümonts gegen Preußen mit obigem Amendement an, welches Dalwigk den andern Tag als ungerechtfertigt erklären mußte.

In der Debatte über den Friedensvertrag hielt H. v. Gagern eine größere, offenbar genau ausgearbeitete Rede, welche durch ihren ruhigen Ton und durch den vollen Klang seiner Stimme große Aufmerksamkeit und tiefen Eindruck hervorrief, trotzdem aber den Redner zu einem ganz verlornen politischen Mann herabdrückte. Um die Hauptsätze seiner Rede wiederzugeben, so suchte er, unter Bezugnahme auf seine politische Vergangenheit, darzuthun

1) daß der 1866 vernichtete Deutsche Bund, als einziges Band der deutschen Nation, besser gewesen sei, als der jetzige Zustand.

2) Daß das Ziel der Bewegung von 1848 die Schaffung eines Bundes mit Oesterreich gewesen, daß Deutschland jetzt ohne Oesterreich verloren sei und Preußen sich wieder mit Oesterreich verbinden müsse.

3) Daß Preußen zwar seinen Beruf zur militärischen Führung Deutschlands bewährt, dagegen sich unfähig zu Erfüllung des Berufs gezeigt habe, Deutschland zur Freiheit zu führen, indem die neuesten Handlungen seiner (Gagerns) alten Parteigenossen die gewöhnlichsten parlamentarischen Lebenssätze aufgegeben hätten, wie er denn auch Preußens „perfider" Politik in der Schleswig-Holsteinischen Sache nie Beistand leisten könne.

4) Daß bei einem etwaigen Bündnisse Preußens mit Rußland in der orientalischen Frage, um Oesterreich den Garaus zu machen, Deutschlands nationales Interesse doch ein Gehen mit Preußen verbiete, also auch unserm Großherzogthum es unmöglich mache.

5) Daß Neutralität bei der Katastrophe von 1866 für die Mittel- und Kleinstaaten ebenso wenig möglich gewesen sei, wie die Neutralität einer Lämmerherde bei dem Kampf zweier Löwen.

Abg. Metz, welchen Gagern bezüglich des ersten und vierten Punktes zur Antwort aufgefordert hatte, erwiderte:

Zu 1. Der jetzige Zustand sei ihm lieber, weil jetzt ein Anfang, die Möglichkeit eines deutschen Bundesstaats, nach Außen kräftig, nach Innen frei, geschaffen sei, der frühere deutsche Bund aber zwei Todfeinde (Oesterreich und Preußen) zusammengeschmiedet habe und dem Sack zu vergleichen sei, worin Affe und Schlange und Katze und Weib eingenäht würden, um sich gegenseitig zu zerfleischen.

Zu 2. Die deutsche Nation habe 1848 einen freien deutschen Bundesstaat als Ziel gehabt und nicht einen Bundesstaat mit Oesterreich, sondern einen Bundesstaat mit Einer Spitze und diesen Bundesstaat im Bund mit Oesterreich. Er hoffe, daß die lähmende, eifersüchtige, doppelte

Digitized by Google

Führung zweier Großstaaten Deutschland fernerhin erspart bleibe.

Zu 3. Preußens Volk und Abgeordnetenhaus habe wohl im „Siegestaumel" Manches gefehlt, in Manchem vielleicht mehr als nöthig zugestanden; wir aber dürften den Splitter in des Bruders Auge nicht sehen, nachdem in Hessen ein uns zur schmählichen Niederlage führendes Ministerium, zum Lohn seiner Fehler, durch überwiegende Regierungswahlen ein glänzendes Vertrauensvotum erhalten habe. Gagern verurtheile unbedingt die Revolution. Wenn also das deutsche Volk nicht führerlos untergehen solle, wer sei der Führung zur Freiheit würdig und hiezu berufen? Etwa Oesterreich, oder Frankreich, oder Bayern, oder einer der andern drei Südstaaten? Etwa Dalwigk mit seiner glänzenden Erfüllung des Edicts vom 6. März 1848, mit seinem Preß- und Wahlgesetz?

Zu 4. Auch bei einem als möglich nicht zu bestreitenden Bündniß Preußens mit Rußland, um Oesterreich den Garaus zu machen, könne Hessen nur mit Preußen gehen. Oder, fragte Metz, werden wir, während Oberhessen mit dem Norddeutschen Bund zu Preußen halten muß, wird Starkenburg und Rheinhessen gegen Preußen, also gegen unsere Brüder in Oberhessen kämpfen? Ohnedies werde hoffentlich bald die Lerche von Königgrätz das Lied der deutschen Einheit und Freiheit auch den österreichischen Deutschen vorjubeln und so vielleicht diese scheinbar unlösbare Frage zu Gunsten Deutschlands, obgleich mit Untergang des österreichischen Gesammtstaats, zerhauen werden.

Gagern beantwortete diese Gegenfragen von Metz nicht, ebenso wie er auch zu 5 schwieg, als Metz entwickelte, daß das neutrale Lamm „Braunschweig" z. B. besser weggekommen sei, als das hessische Lämmchen, welches der Göre des Schlagens an der Seite Oesterreichs theilhaftig geworden und dafür viel Wolle verloren habe.

Der Verlauf der ganzen höchst interessanten und theilweise stürmischen Debatte bewies, daß Dalwigk und seinen Getreuen heute noch, wie im Mai vorigen Jahres, und wie bis zum Jahr 1850 zurück unverbesserliche Anhänger der Habsburgischen Wirthschaft sind und daß Preußens erster Unfall das Signal für manchen jetzigen conservativ-liberalen sog. Preußenfreund sein würde, auf graden und krummen Wegen, diesem geschichtlich berufenen Staate der freien deutschen Entwicklung jegliches Hinderniß entgegenzustellen und jede Schlinge zu legen.

Deutschland und Frankreich.

N Der Anblick, welchen die heutige Haltung des französischen Publikums, Deutschland gegenüber, darbietet, ist für uns Deutsche ebenso neu als erfreulich. Nicht mehr, wie seit Menschengedenken, der Gegenstand des Mitleids, des Achselzuckens, des Spottes, sondern der widerwilligen Achtung, des Neides, ja der Furcht zu sein: das muß in der That bei Jedem von uns, der nur einen Funken nationalen Ehrgeizes in sich hat, ein Gefühl der innigsten Befriedigung erwecken. Daß es Leute gibt, die davon rein gar Nichts empfinden, die vielmehr wie z. B. der Stuttgarter „Beobachter" und seines Gleichen, sich fortwährend gebärden, als sei über Deutschland das entsetzlichste Nationalunglück hereingebrochen, das beweist nur, daß bei diesen Leuten, nicht blos im Kopf, sondern auch im Herzen Etwas nicht richtig ist.

Aber freilich, neben dem Wohlthuenden hat diese plötzliche französische Rivalität und eifersüchtige Gereiztheit für uns auch eine abstoßende und unerwünschte Seite.

„Wiele Pfade bin ich gelaufen,
Auf dem Neidpfad hat mich Niemand betroffen."

Das stolze Göthe'sche Wort kann das deutsche Volk zwar schwerlich auf sich anwenden, denn wir hatten politisch leider nur zu viel Ursache, andere Völker zu beneiden. Aber unser humaner Sinn ließ uns doch niemals über jenen harmlosen Neid, welcher einfach das Gute, was Andere haben, sich auch wünscht, abirren zu diesem dunkelgelben widerwärtigen französischen, der selbst das, was er längst besitzt, seinem Nächsten nicht gönnen will. Eines solchen Neides kann nur eine, nicht sowohl große, als maßlos eitle Nation fähig sein. Allerdings, sie zu entschuldigen und in gewissem Sinne und zu versöhnen, mag die Erwägung dienen, daß das Bewußtsein, eine mächtige nicht bloß, sondern die erste, die Heldenrolle in Europa zu spielen, zur Lebensluft des heutigen französischen Nationalgefühls gehört, um so mehr, als sie seit dem Verluste der inneren Freiheit sonst nichts Politisches haben, worauf sie sich Etwas einbilden können, und weiter, daß dieses Ueberragen ganz allein auf die Schwäche und Zerrissenheit Deutschlands gebaut war, und mit dieser sofort verschwinden wird. Das wissen die Franzosen, so gut als wir, ja ihre lebhafte, der Entwicklung der Zeiten vorauseilende Phantasie spiegelt ihnen schon die Umkehrung des Verhältnisses, eine erdrückende Uebermacht des Germanenthums*) vor die Augen, und obendrein mag ihnen das böse Gewissen Allerlei in die Ohren raunen von zukünftigen Berliner Reunionskammern. . . .

Nur zu leicht ist es möglich, daß Gefühle und Vorstellungen dieser Art, aller Einsprache der Friedensinteressen und einer vernünftigen Minderheit zum Trotz, unsern Nachbarn schließlich in blutigen Wettstreit gegen uns hineinreißen. Es mag sein, daß Napoleon III. nur mit äußerstem Widerstreben sich in dies, für seine Dynastie lebensgefährliche, Wurfelspiel einlassen wird. Wenschen wir dem „großen und guten Mann" der Kölnischen Zeitung seine bisherige Zurückhaltung keineswegs als lauterer Tugend anrechnen; die neulichen Gesländnisse des Constitutionel über die disponible Heeresstärke Frankreichs lassen schließen, daß es, im vorigen Sommer, eben nur die Noth war, aus der er eine Tugend gemacht hat. Doch wie dem auch sei, L. N. ist weder unsterblich noch allmächtig, es gibt eine Grenze, bis wohin er die Fluthen des aufgeregten Machtinstinkts der Nation zurückkämmen kann, ohne ein noch weit gewagteres Spiel zu spielen, als das eines Kriegs mit Deutschland. Nur durch Erfahrung werden die Völker klug, und auch den Franzosen wird ihr Uebermachtskitzel kaum anders auszutreiben sein, als durch die Blut- und Eisenkur der Thatsachen. Auch Deutschland selbst hat vielleicht erst noch einen Krieg mit Frankreich nöthig, wenn anders seine neue Stellung in Europa kugelfest werden soll. Trotz Alledem, und so wenig wir diesen Krieg, im gemeinen Sinn des Worts, zu fürchten brauchen, darüber wird Niemand unter uns im Zweifel sein, daß er eine schreckliche Geißel, ein verheerendes Unwetter, ein europäisches Unglück ersten Ranges sein würde. Nicht zu denken wäre bei diesem Kampfe ebenbürtiger Streiter an einen so traumhaft kurzen Feldzug, wie der von 1866; wohl würde jeder von beiden seine Kraft aufs Aeußerste spannen, aber keiner wahrscheinlich könnte sie zu solcher Ueberlegenheit benützen, um den andern mit ein paar Hauptschlägen zu Boden zu werfen. Hinter den beiden Heeren stünden die beiden Nationen, glühend vor Stolz und Wuth, entschlossen, den letzten Mann und den letzten Heller an den endlichen Triumph zu setzen, ein schreckbarer Völkerkrieg würde entflammen, in welchem der ganze mühsam aufgespeicherte Gewinn einer langen Friedensarbeit in Lehe aufginge. Und dieser Krieg würde auch schwerlich ein bloßes Duell bleiben, wie die beiden letzten, ganz Europa würde hereingezogen, und leicht möglicher Weise der gemeinsame Gegner beider Culturvölker, Rußland, das stets aus der Selbstzerfleischung des Westens sich Kraft zu saugen wußte, schließlich die Hauptbeute davontragen.

So großen Unheil vorzubeugen, sollen wir, als die Vernünftigeren, Alles thun was nur irgend in unserer Macht steht und nicht wider Ehre und höheres Interesse streitet. Aber was können wir dabei thun?

Es liegt nahe, an direkte Einwirkung auf das öffentliche Urtheil Frankreichs zu denken. Auch ist das zu neuerlich schon wiederholt versucht worden, auch von Privaten, und mag nicht ohne allen Nutzen sein, aber eine wesentliche Umstimmung ist

*) Siehe z. B. die Briefe Edgar Quinet's. D. B.

Digitized by Google

davon, aus hundert Gründen, nicht wohl zu erwarten. Vor Allem fehlt es uns an den nöthigen Anknüpfungspunkten; zwischen den feindseligen natürlichen Alliirten, den Liberalen beider Länder, besteht leider so gut wie keine Verbindung, und gerade der französische Liberalismus ist, mit wenigen ehrenwerthen Ausnahmen, theils aus Opposition, theils aus naturwüchsiger Verkehrtheit, gerade in dieser Frage stockdumm und stockblind gegen alle Gründe und seine eigenen wohlverstandenen Principien und Interessen. Vollends vergeblich würde es sein, den Franzosen auszureden zu wollen, daß durch die preußisch-deutsche Einheit die bisherigen Machtstellungen zu ihrem Nachtheil verschoben werden — wie dies z. B. Bismarck, nach dem Vorgang der N. A. Z., unlängst versuchte, indem er das Siebzigmillionenreich scherzhafter Weise als eine furchtbare Gefahr darstellte, welcher die Welt und Frankreich insbesondere, durch den Ausgang des deutschen Krieges glücklich entronnen sei. Dies blisse Ungethüm, durch unheilbare Verdauungsbeschwerden an jeder Regung und Bewegung verhindert, gesetzt ein solches Meerwunder könnte überhaupt geboren werden — das wäre wahrhaftig kein Gegenstand für die Scheu und Besorgniß der Nachbarn!

Aber wir haben ein anderes, vielleicht unfehlbares Mittel, um die bewegten Gemüther der Franzosen zur Ruhe zu bringen und ihnen die Idee eines Eifersuchtskrieges mit uns gründlich zu verleiden. Sie geben uns dieses Mittel selbst an die Hand. Man lese ihre Expüse, und man wird in den verschiedensten Wendungen, immer dem Gedanken begegnen, daß Deutschland jetzt zwar der Einheit entgegengehe, aber (glücklicher Weise) der Freiheit entbehre; Frankreich, wolle es den Kampf bestehen, müsse also der Einheitsidee die Idee der Freiheit gegenüberstellen. Offenbar sagen sie sich, daß hierin, in dem Mangel der Freiheit, wie ja auch früher immer, unsere Achillesferse liege, die Bresche, durch welche sie eindringen könnten. Der gewaltsame, militärische Weg, auf welchem die Umwälzung vollbracht wurde, der laute und stille Mißmuth in den annektirten Ländern u. s. w., liefert ihnen die Data für diese Ansicht. Falls sie nun aber sähen und hörten, daß in unserem neuen Staatsbau doch auch der Freiheit eine geräumige Wohnstätte bereitet werde, dann — ja dann würden sie diesen Bau doch wohl für zu stark halten, um einen Angriff gegen ihn zu unternehmen. Den Hetzern und Schürern würde alsdann, mit den Deklamationen gegen die preußische Tyrannei, sofort ihr Hauptboden unter den Füßen weggezogen, die besseren und liebenswürdigen Elemente aber im französischen Volkscharakter, der ja auch sein gut Theil Idealismus hat, würden dann allgemach ihre Stimme für Frieden und Freundschaft mit uns erheben. Jedenfalls würden die Franzosen dann begreifen, daß sie, um uns gewachsen zu sein, allen Ernstes auch bei sich erst die Freiheit wieder aufrichten müssen, und damit bekämen sie einstweilen genug, um Andere in Ruhe zu lassen, zu thun. Mit dem Ueberdrehen in diesem Stück, wovon sie heute träumen, hat es ohnedies gute Wege.

Gar nicht zu reden hier davon, daß, wenn es uns gelingt, im Norddeutschen Bunde der Freiheit ein weites Thor zu öffnen, wir damit zugleich den Eintritt Süddeutschlands erleichtern und beschleunigen, also auch unsere materielle Kraft um ein sehr respektables Maß erhöhen.

Also die Hand ans Werk! Und thut das Volk bei den Wahlen nur halbwegs seine Schuldigkeit und weiß die liberale Partei Umsicht mit Energie zu verbinden, so wird sie, was flaue, faule und verzagte Leute auch sagen mögen, auf dem Norddeutschen Reichstage die Gelegenheit und die Macht haben, ein gehöriges Stück Freiheit unter Dach zu bringen.

Directe oder indirecte Wahl?

L Die Action des allgemeinen Stimmrechts, welche gegenwärtig aus Anlaß der Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im größten Theile Deutschlands begonnen hat, ist in ihrer Art eine ebenso interessante und wichtige politische Erscheinung, wie Preußens militärische Action im vorigen Sommer. Jetzt, wie damals, wird durch eine entscheidende Probe ermittelt, was in dem Volke Norddeutschlands steckt. Damals handelte es sich zugleich um die Bewährung der Armeereform, heute um den Werth eines in Deutschland noch so gut wie gar nicht zur Anwendung gekommenen neuen Wahlrechts. Ja, wenn man in der Parallele noch weiter gehen wollte, könnte man allenfalls das Zündnadelgewehr mit der Vorenthaltung der Diäten zusammenstellen, die jedenfalls auch nur für ein reifes Volk ein den Zweck verbürgendes Mittel ist.

Die aufmerksamste Beobachtung aller Vorgänge bei den Wahlen ist daher von selbst geboten. Soweit sich bis zum gegenwärtigen Augenblicke urtheilen läßt, wird namentlich Eine Veränderung des Verfahrens auf Grund der Praxis wohl als wünschenswerth heraustreten: die Rückkehr zur indirecten Wahl. Mit der directen Wahl mögen wir ein allgemeines Stimmrecht haben, aber wir haben in den meisten Wahlkreisen kein gleiches Stimmrecht. Der Gedanke der gleichen Berechtigung Jedermanns bei der Wahl der Abgeordneten verliert seine Vernünftigkeit, wenn in so großen Wahlkreisen direct gewählt wird.

Man blicke nur auf die thatsächlich bestehenden Verhältnisse. Die Wahlkreise enthalten im Durchschnitt hunderttausend Seelen. Das sind, bei der deutschen Bevölkerungsdichtigkeit, die wenigen großen Städte ausgenommen, in der Regel zwanzig bis dreißig Quadratmeilen. Die Wähler einer so ausgedehnten Fläche, zwölf- bis zwanzigtausend an der Zahl, an Einem und demselben Orte gleichzeitig wählen zu lassen, nachdem sie die Candidaten mündlich der Reihe nach vernommen haben — was doch sozusagen der ideale Begriff einer directen Wahl wäre, — ist von vornherein, als schlechthin unausführbar, aufgegeben worden. Jeder wählt in seinem Wohnort, oder, wenn es doch kommt, in einem demselben nahen Mittelpunkt einer Mehrzahl von Dörfern und Weilern. Die große Masse der Wähler bekommt auf diese Weise die verschiedenen Candidaten nie zu sehen noch zu hören. Sie kommt bei ihrer Aufstellung höchstens insofern in Betracht, als die eigentlichen Wahlmacher es für rathsam halten mögen, starkempfundne und weitverbreitete Sympathien oder Antipathien bei der Auswahl unter den möglichen Candidaten in Anschlag zu bringen. Das ist denn doch noch weit mehr ein bloß indirekter Antheil an der Ernennung des Abgeordneten, als man durch die Wahl von Wahlmännern ausübt. Der Umstand, daß man auf seinen Stimmzettel nicht einen mit dem definitiven Wahlact wieder verschwindenden Mittelsmann, sondern den muthmaßlichen Abgeordneten des Kreises selbst zu schreiben hat, kann nicht schaden halten für die Verringerung des geübten wirklichen Einflusses. Er mag eine Befriedigung des Selbstgefühls für Solche sein, die das Wesen dem Scheine nachsetzen: für alle Uebrigen ist er nichtig. Wenn dagegen der Wahlkreis zum Zwecke von Wahlmännerwahlen in soviel Abtheilungen zerlegt wird, daß innerhalb jeder derselben füglich eine vernünftige directe Wahl möglich ist, d. h. daß man da einander hinlänglich kennt und jeder Einzelne aus einem durchaus bekannten Kreise den tauglichsten Mann herauszufinden hat, so übt jede dieser einzelnen Abtheilungen durch ihren Gewählten unmittelbaren und gerecht bemessenen Einfluß auf das schließliche Ergebniß aus. Die Wahl ist dann ungleich weniger, als jetzt, das Produkt kleiner leitender Kreise im Mittelpunkt des Bezirks, die in den verschiedenen Parteien und Richtungen den Ton angeben. Sie ist vielmehr das Resultat gehöriger Verständigung zwischen den Vertrauensmännern aller einzelnen Theile des Bezirks, der entlegenen sogut, wie der um den Mittelpunkt gruppirten.

In den meisten norddeutschen Wahlkreisen gestaltet sich augenblicklich die Sache so, daß in dem Hauptorte des Kreises — dergleichen natürlich in der Regel einer vorhanden ist, und zwar auch nur Einer — die leitenden Köpfe der bestehenden Parteien sich zusammenstecken, und feststellen, wer der Candidat der Partei sein soll. Dann berufen sie eine Wählerversammlung, an der selbstverständlich immer nur sehr wenige auswärtige theilnehmen (zumal jetzt mitten im Winter), in der aber doch zwischen den einzelnen Anwesenden kein Unter-

Digitized by Google

schied gemacht werden darf, weil das ja gegen das Princip der allgemeinen und gleichen Stimmberechtigung liefe, und diese pflegt dann den ihr allein, oder doch mit besonderem Nachdruck empfohlenen Candidaten der Führer „fast einstimmig“ oder „so gut wie einstimmig“ zu acceptiren.*) Die Gleichgesinnten in den kleineren Städten und auf dem Lande kommen nicht rechtzeitig zu Worte, können also empfundne Bedenken gegen die bestimmte Person nicht mit dem ihnen erwünschten Erfolg, d. h. ohne Nachtheil der Partei, geltend machen, und müssen im Interesse der letzteren für ihn stimmen, oder sich schlimmsten Falls der Wahl enthalten, werden aber auch im ersteren Falle gewiß nicht halb soviel für ihn thun, als wenn sie bei der Aufstellung mitgewirkt hätten. Diesem Uebelstande hat man freilich mancher Orten vorgebeugt, indem man sogenannte Vertrauensmänner zu Vorbesprechungen einlud. Aber da kommt man bei den conservativen Blättern, die im Geheimniß der officiellen Auffassung des allgemeinen Stimmrechts zu sein behaupten, schön an. Der Vertrauensmann ist ja, bei Lichte besehen, nichts, als der gesetzlich zur Thüre hinausgeworfene Wahlmann, den die Fortschrittspartei zur Hinterthür wieder hereinschmuggelt! Allerdings, die Regierung, oder ihre Partei, braucht nicht erst Wahlmanner einzuschmuggeln, sie glaubt sie an Landräthen, Bürgermeistern und Schulzen schon nach Bedarf zu besitzen. Aber der hierin so naiv verrathene dem allgemeinen Stimmrecht beigelegte Sinn wird von der Vertretung der Nation niemals anerkannt werden. Um seinen wahren Sinn daher zu ungehinderter Entwicklung gelangen zu lassen, wird sie voraussichtlich die indirecte Wahl wieder einführen.

Zeitungsschau.

Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ nimmt von der Erklärung des Fürsten Hohenlohe Abstand, der lausendmal wiederholten Behauptung, daß Preußen sich in Nikolsburg und Prag verpflichtet habe, ein für alle Mal auf die staatliche Gemeinschaft mit Süddeutschland zu verzichten, endlich einen bestimmten Wortlaut entgegenzustellen. Sie sagt: „Es scheint uns bei dieser Gelegenheit an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß diese angeblich von Preußen anerkannte Trennung Deutschlands durch die Mainlinie nichts als eine Fiction ist. Die Trennung oder Nichttrennung Deutschlands durch den Main beruht lediglich auf dem freien und guten Willen der südwestdeutschen Staaten gegenüber dem Norddeutschen Bunde. Wenn der Artikel IV. des Prager Friedensvertrages den genannten Staaten eine „unabhängige, internationale Existenz“ garantirt, so kann doch schlechterdings damit nichts Anderes gemeint sein, als daß die südwestlichen Staaten, falls sie wollen, eine solche Stellung einnehmen dürfen. Wollten sie ganz entschieden einen südwestdeutschen Bund bilden, und machte etwa Preußen, nach Bildung eines solchen, Protestationen an sie, welche ihre Unabhängigkeit gefährdeten, so wäre hier südwestdeutsche Bund, trotz jenes Artikels des Friedensvertrages, allerdings mit allem Fug berechtigt, Protest dagegen zu erheben, eventuell die Hülfe Oesterreichs, oder des anderen Contrahenten des Friedensvertrages, anzurufen. Falls aber die süddeutschen Staaten dies nicht gewillt sind, falls sie im Gegentheil eine Theilhaber Souveränetätsrechte zu Gunsten einer engeren Einigung mit Norddeutschland freiwillig verzichten wollen, so ist durchaus nicht abzusehen, wie ihnen dies durch jenen Artikel verwehrt sein soll, der ihnen gar eine „unabhängige“ Stellung, also damit doch auch die völlige Freiheit ihrer Entschließung formell garantirt. Wir wissen nicht, nach welchem Paragraphen des Völkerrechts irgend welchem anderen Staate von „unabhängiger internationaler Stellung“ verwehrt werden könnte, diese seine Unabhängigkeit zu Gunsten eines anderen, vielleicht benachbarten Staates nach freiem Entschlusse aufzugeben, ebenmal ganz in demselben aufzugehen. Wenn z. B. Volk und Regierung von Dänemark sich mit Schweden zu einer skandinavischen Macht vereinigen wollten, welche europäische Macht soll sie daran hindern? Diese Eventualität liegt allerdings thatsächlich sonst für keinen der unabhängigen europäischen Staaten, von internationaler Stellung, augenblicklich im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Aber gerade, daß dies in Bezug auf die süddeutschen Staaten der Fall ist, daß sie an die skeptische Auffassetheilung ihrer unabhängigen, internationalen Stellung nicht denken, das beweist die Unnatürlichkeit des Verhältnisses, in das sie eintreten würden, wollten sie, die einzelnen Glieder einer ganzen, größeren Nation, sich jene ihnen vom Prager Friedensvertrag allerdings gestattete Freiheit zu Nutze machen. Eine Unnatürlichkeit, welche nur von jenen Hitzköpfen der Aeltern französischen Partieen verkannt werden dürfte, welche den ihnen sonst in politischen Dingen eigenen Scharfsinn in Beurtheilung der deutschen Frage bis zu einem Grade gelangen genommen haben, der in denkwürdiger Weise die Hinfälligkeit aller wenschlichen Befähigungen konstatirt.“

„Der bairische Hr. Minister kann also als Motiv seines Wunsches, Baiern zunächst nicht in den Norddeutschen Bund eintreten zu sehen, weniger jene angeblich anerkannte Mainlinie, sondern nur seine unmittelbar darauf ausgesprochene Ansicht gehabt haben, daß ein bedingungsloser Eintritt in den, seiner Meinung nach allzulose zum Einheitsstaate hinneigenden Norddeutschen Bund mit der Würde Baierns unvereinbar sei. Entgegengesetzt dem obenerwähnten Gutachten der Oppositionsmitglieder, welche den Eintritt in den Bund vor erfolgter definitiver Konstituirung zum Zwecke einer nationalen Einwirkung desselben vorschlagen, hat sich der Hr. Minister, daß man sich bei der Bildung des Norddeutschen Bundes durch die Rücksicht auf den Süden nicht werde aufhalten lassen.“

„Die ministerielle „Provinzialkorrespondenz“ verspricht den preußischen Staatsangehörigen eine Erleichterung der bisherigen Militärlast durch Verkürzung der Dienstzeit, nicht zwar der Dienstzeit bei der Fahne, sondern der Gesammtdauer der Wehrpflicht. Sie schreibt: „Das preußische Volk hat bisher mit seinen 19 Millionen sich stets dazu gerüstet halten müssen, ganz Norddeutschland gegen alle Angriffe zu vertheidigen; von jetzt an werden 30 Millionen Norddeutsche das selbe thun, sich gleichsetzen und klar umgränzte Bundesgebiet mit gemeinsamer Militärkraft und mit gleichen Pflichten schützen und vertheidigen. Durch die Einrichtungen des Norddeutschen Bundes wird denn zunächst ein Wunsch erfüllt werden können, der in unserer Landesvertretung oftmals ausgesprochen worden ist: die Zahl der Truppen, welche Preußen und jeder Staat des Norddeutschen Bundes im Frieden bei den Fahnen halten sollen, kann nunmehr durch eine feste Bestimmung nach dem Verhältnisse der Bevölkerung geregelt werden. Bei den Verhandlungen über die Heeres-Einrichtungen wurde von solchen, welche ernstlichen im Allgemeinen zustimmten, vielfach das Verlangen geheilt, die Regierung möge sich nun aussprechen, eine bestimmte Zahl der Friedensstärke des Heeres zu verwirklichen, damit nicht einer Vermehrung des stehenden Heeres und der Ausgaben für dasselbe ins Unbegränzte Statt finden könne, damit vielmehr durch eine feste Bestimmung über die Zahl der Truppen auch eine Begränzung der jährlichen Kosten des Heerwesens gesichert werde. Die Erörterungen über diese Festsetzung (Contingentirung) der Friedensstärke konnten jedoch unter den damaligen Verhältnissen zu keiner Verständigung führen. Jetzt, wo unsere Heeres-Einrichtungen für das erweiterte Gebiet Preußens und des Norddeutschen Bundes geregelt werden sollen, wird auch jener Wunsch in Erfüllung gehen. Indem die allgemeine Wehrpflicht auf alle Norddeutschen ausgedehnt wird, kann die Friedensstärke des gemeinsamen Norddeutschen Heeres von vorn herein auf einen bestimmten und mäßigen Satz der Bevölkerung berechnet werden. Alle Bundesstaaten müssen die besten des Gutes leisten, sollen auch gemeinschaftlich tragen, und zwar nicht bloß die Wehrpflicht, sondern eben so die Kosten des Heeres; demnach wird durch die Bundesoberfassung außer der Verhältnißzahl der Truppen auch im voraus genau festgestellen sein, wie viel jeder Einzelstaat an seinem Antheile zur Ausrüstung und Unterhaltung der Truppen an die gemeinsame Bundeskasse zu entrichten hat. Die Festsetzung der Truppenzahl hätte keinen Werth, wenn nicht auch die Beurtheilung der Staaten für deren Unrechtmäßigkeit; sonst gäbe es in Zukunft möglicher Weise in jedem Jahre neuen Streit mit den preußischen Regierungen und Landesvertretungen über ihre Beiträge zu den Kosten des Norddeutschen Heeres. Die Erleichterung aber, die dem preußischen Staate durch die Zusammenfassung der militairischen Kräfte von ganz Norddeutschland zu Theil werden soll, wird in anderer Beziehung seinen einzelnen Wehrpflichtigen noch viel unmittelbarer Vortheil gewähren: bei der naturgemäßen Vergrößerung des Heeres wird es möglich sein, die Wehrpflicht für den Einzelnen um eine Reihe von Jahren abzukürzen. Während schon jetzt die von der Regierung früher gemachten Vorschläge zur Reorganisation des preußischen Heeres eine Kürzung der Wehrpflicht um 3 Jahre eintreten sollte, so daß dieselbe mit dem 36., nicht mehr, wie früher, mit dem 39. Lebensjahre aufhören sollte, wird jetzt eine verdoppelte Erleichterung möglich werden: die gesammte Dienstpflicht wird vermuthlich mit dem vollendeten 32. Jahre abgeschlossen sein. Damit wird das Streben des Königs vollends erreicht: die älteren Jahrgänge der Wehrpflichtigen, also vorzugsweise die Familienväter und Ernährer, sollen theils von der Wehrpflicht gänzlich befreit, theils bedeutend erleichtert werden; die Mannschaften über 32 Jahre werden aller Dienstpflicht enthoben, die Männer von 30—32 Jahren nur selbst dann zu ernstem Dienste herangezogen werden.“

*) Bei der intendirten Wahl macht sich die Sache aber kaum anders, insofern der Wahlmann regelmäßig von vornherein auf eine bestimmte Candidatur verpflichtet wird. D. H.

Wahlagitationsfonds.

Uebertrag 21 fl. Welter eingegangen, von Herrn Pfarrer B. in H. 20 fl. zusammen 41 fl.

Durch einen Druckfehler war das vorige Mal ein Beitrag als von J. in R. herrührend bezeichnet; es muß J. in K. heißen.

Der Geschäftsführer.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 Sgr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Sgr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 Sgr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 90. Heidelberg, den 7. Februar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Nationalverein von auswärts betrachtet. — Preußischer Landtagsbrief. — Von der sächsischen Grenze. — Aus Thüringen. — Aus Franken. — Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover. — Salzmonopol und Salzsteuer. — Beseitigung der Taxis'schen Post.

Wochenbericht.

Heidelberg, 5. Februar.

* Je näher der Tag der Wahlen heranrückt, desto zuversichtlicher wird das Auftreten der Nationalpartei, desto unsichrer die Haltung ihrer Gegner. Abgesehen von der preußischen Regierung selbst, weiß nur die Nationalpartei, was sie will, und sie will nichts, als was auf der einen Seite möglich, auf der andern Seite nothwendig, mit einem Worte was vernünftig ist. Der altpreußische Conservatismus, der im Berliner Herrenhause seinen greisten Ausdruck findet, treibt ohne Steuer und Ziel auf der hohen See, und hat bereits den besten Theil seiner Principien und seiner Vergangenheit über Bord geworfen, um wo möglich wenigstens dieses oder jenes Stück seiner Selbstsucht zu retten. Der Partikularismus in den einverleibten Ländern und den bundesgenössischen Staaten, fast allenthalben gänzlich entmuthigt, wagt kaum anders, als mit verlarvtem Gesichte und verstellter Sprache aufzutreten, und bringt der nationalen Sache durch die zaghafte und unaufrichtige Weise, in welcher er dieselbe bekämpft, seine unfreiwillige Huldigung. Der Radikalismus endlich zieht sich, im Bewußtsein seiner Ohnmacht, vor dem Augenblicke der Entscheidung aus dem Kampfe zurück, für den er keine bessern Waffen hat, als Worte ohne sachlichen Inhalt.

Von solchen Worten ist im lieben Deutschland freilich, seit den ersten Anfängen unseres politischen Lebens, ein ausgiebiger Gebrauch gemacht worden, niemals aber haben dieselben bohler geklungen als heute, beim Anprall an eine massive Wirklichkeit. Allerdings, diese Wirklichkeit ist nicht die Verkörperung eines Ideals und sie läßt sogar viele billige Wünsche und Forderungen unbefriedigt; was sie uns aber dennoch gibt und leistet, ist jedenfalls tausend Mal mehr werth, als alle Versprechungen, mit denen uns Phantasie oder System seit fünfzig Jahren gefoppt haben. In all' der mündlichen und schriftlichen Beredsamkeit, welche sich gegen die mit der Bildung des Norddeutschen Bundes begonnene staatliche Entwicklung tagtäglich ergießt, sucht man vergebens nach irgend einem praktischen Gedanken, einem brauchbaren Auskunftsmittel, einer Handhabe zum Bessermachen. Mit bloßem Parlos aber, gleichviel ob wahrem oder falschem, mit Witz, Zorn und schönen Redensarten ins Blaue hinein ist der öffentlichen Sache wahrhaftig nicht gedient, am wenigsten in einem Augenblicke der größten thatsächlichen Entscheidungen. Obendrein sind die meisten jener Schlagwörter, mit denen man die Forderungen des Tags zurückweisen zu können meint, unehrlich oder doch unwahr. — Deutschland, heißt es zum Beispiel, ist durch die Norddeutsche Bundespolitik in drei Stücke zerrissen — als ob es jemals ein Ganzes und nicht vielmehr ein Inbegriff von einigen dreißig Fetzen gewesen wäre, von denen jetzt wenigstens die große Mehrzahl zu leidlicher Einheit verbunden wird! Die Freiheit, sagt man, wird auf dem Altare der Einheit geschlachtet — obgleich man nicht ein einziges öffentliches Recht zu nennen weiß, welches dem Norddeutschen Bunde aufgeopfert worden wäre oder aufgeopfert werden sollte und wollte. Für das Berliner Cabinet, fährt man fort, handelt es sich nur um die Vermehrung der Hohenzollern'schen Hausmacht — als ob innerhalb der monarchischen Verfassung, die wir nun einmal in Deutschland haben, die nach außen gekehrte Macht des Königthums von der auswärtigen Staatsmacht überhaupt getrennt werden könnte. Der Norddeutsche Bund, sagt man weiter, ist Großpreußen, und nicht das geeinigte Deutschland — was in gewissem Sinne richtig sein mag, nur daß der Norddeutsche Bund zugleich der Sperling in der Hand ist, das geeinigte Deutschland aber die Taube auf dem Dache. Nur ein constituirendes, ein souveraines Parlament, ruft man aus, ist der Nation würdig und den Aufgaben der Zeit gewachsen — als ob sich die constituirende Macht hinter dem Zaune finden, oder auch etwa durch Dekret schaffen ließe! Um ein deutsches Parlament mit der verlangten Souveränetät auszustatten, müßten vor allen Dingen die bestehenden politischen Gewalten, und insbesondere der preußische Staat, zu Boden geworfen, vernichtet sein, und bis dahin mit der Reconstituirung Deutschlands zu warten, möchte die Sache denn doch sehr verzögern. Und angenommen, diese Vorbedingung wäre erfüllt, gibt es denn heute noch irgend einen Menschen von gesunden Sinnen, der sich einbildet, die Neugestaltung Deutschlands könnte durch Mehrheitsbeschlüsse einer parlamentarischen Versammlung geschaffen werden? Gar nicht zu reden von dem immerhin sehr wahrscheinlichen Falle, daß in den wichtigsten Dingen überhaupt keine Mehrheitsbeschlüsse zu Stande kämen.

Indessen es handelt sich für die Volkspolitik nicht um das, was sein könnte, sondern um das, was ist, und zwar nicht um die Beurtheilung, sondern um die Bearbeitung desjenigen, was ist. Jeder unbefangene Blick auf den heutigen Bestand der deutschen Sache erkennt die großen Fortschritte, welche dieselbe im Laufe des vorigen Jahres gemacht hat, zugleich aber allerdings auch die große Entfernung, welche uns noch von dem Ziele trennt. Ist es eine Schwachköpfigkeit, zu grollen, weil nicht Alles auf ein Mal geleistet oder gewonnen worden, so würde es eine Schwachherzigkeit sein, sich darüber zu täuschen, daß das schwerste Stück Arbeit noch zu thun übrig bleibt. Der Soldat und der Staatsmann, die bis jetzt allein am Werke waren, werden ohne Zweifel später zu noch schwereren Leistungen berufen sein, das deutsche Volk aber, das bis jetzt nur die Rolle des kritisirenden Zuschauers gespielt, hat endlich ohne weitern Verzug selbst in die Handlung einzutreten, und die unentbehrliche Mitbürgschaft für deren bisherige und künftige Ergebnisse zu übernehmen. In diesem Sinne sind die bevorstehenden Wahlen eins der größten geschichtlichen Ereignisse, die seit Menschengedenken in Deutschland stattgefunden haben. Durch die Wahlen tritt das deutsche Volk in die, so zu sagen, persönliche Verantwortlichkeit für den Bestand und die Fortentwickelung der neuen deutschen Staats-

Digitized by Google

ordnung ein; mit den Wahlen verpfändet das Volk sein Wort für die Gegenwart und die Zukunft des Norddeutschen Bundes.

Gewisse Vorbereitungen zur politisch-militarischen Verständigung zwischen Nord- und Süddeutschland sind, allen Zeugnissen zufolge, in der Stille schon seit Monaten getroffen worden. In den jüngsten Tagen wurde die erste öffentliche Maßregel zu diesem Zweck durch die Eröffnung der Stuttgarter Militärconferenzen vollzogen. Die Staatsmänner verhandeln über eine gemeinschaftliche neue Kriegsverfassung auf Grund des preußischen Wehrsystems, und bei den entscheidenden guten Willen der baierischen und badischen Regierung wird das eben so entschieden widerwillige Hessen-Darmstadt und das auf beiden Schultern tragende Würtemberg ohne Zweifel der herrschenden Strömung folgen müssen. Gleichförmiges Heerwesen in Nord- und Süddeutschland, mit der anerkannten Verpflichtung, im Falle eines französischen Angriffskrieges unter preußischem Oberbefehl gemeinschaftliche Sache zu machen — das ist das Ergebniß, welches sich von den Stuttgarter Conferenzen mit ziemlicher Sicherheit erwarten läßt, um so mehr, als bei der ganz kurz anberaumten Dauer derselben die Verständigung über die wesentlichen Punkte zwischen den betheiligten Regierungen offenbar bereits erfolgt sein muß.

Nach der politischen Seite hin scheint übrigens das Hohenlohe'sche Programm entweder anfänglich zu günstig aufgefaßt, oder nachträglich abgeschwächt zu sein, wenn nicht vielleicht gar, wie ein baierisches Blatt behauptet, österreichischer und französischer Einfluß einen Umschwung in der baierischen Politik bewirkt hat. Zufolge der neuesten, in der ersten Kammer abgegebenen Erklärungen des baierischen Ministers, soll nämlich die von ihm erstrebte staatliche Gemeinschaft mit Preußen nur auf die Bedingung der vollkommenen „Gleichberechtigung" eingegangen werden, was denn natürlich die Beschränkung auf ein bloß völkerrechtliches Verhältniß, ähnlich dem des weiland deutschen Bundes, mit sich bringt. Damit würde denn freilich für die nationale Einheit einstweilen sehr wenig gewonnen sein; aber die Macht der deutschen Sache wird sich auch innerhalb eines solchen Zustandes bald genug stärker erweisen, als das selbstsüchtige Widerstreben des Particularismus. —

Mit dem Thurn- und Taxis'schen Postprivilegium fällt endlich eine der widersinnigsten öffentlichen Einrichtungen, welche sich, zum Spott auf das Jahrhundert, bis in unsre Tage erhalten haben, ein System der Besteuerung des Verkehrs von Menschen und Sachen, dessen einziger Grund und Zweck die Bereicherung eines Privatmannes war, und welches außerhalb Deutschlands kaum begriffen wurde, geschweige denn, daß es in irgend einem andern Lande der civilisirten Welt möglich gewesen wäre. Damit ist denn wenigstens der Anfang zur Wegräumung des mittelalterlichen Kehrichts gemacht, welcher der neuen Zeit bei uns noch haufenweise im Wege liegt und den Preußen selbst in den letzten Jahren unglaublicher Weise durch seine standesherrlichen Restaurationen unter den Schutz seiner conservativen Politik gestellt hat, so daß noch heute ein beliebiger Ex-Reichsgraf es wagen darf, auf preußischem Grund und Boden Schlagbäume mit seinen Familienfarben zu errichten und Strafmandate von Gottes Gnaden gegen Forstfrevler zu erlassen. Unter dem vorigen Könige von Preußen würde eine solche, auf Kosten der Hoheit des Staats und des rechtmäßigen Selbstgefühls der Bürger getriebene Romantik, als ein unbedeutendes Stück des damaligen politischen Carnevals, mit einem bloßen Achselzucken hinlänglich gewürdigt sein; heutiges Tages dagegen, wo es sich um die höchsten Aufgaben einer ernstlich gemeinten Staatsmannschaft handelt, fordert jener Mummenschanz ein lautes Urtheil und das nachdrückliche Verlangen heraus, daß dem Unwesen ein Ende gemacht werde, welches Tausende preußischer Bürger zu Hintersassen einiger Adelsfamilien herabdrücken will.

Da die Einheit des norddeutschen Seewesens die Einheit der Flagge mit sich bringt, so hat Preußen sich dazu verstanden, auf seine bisherige Flagge zu Gunsten einer neuen Bundesflagge zu verzichten. Unter diesen Umständen wäre nichts natürlicher, einfacher und zweckmäßiger gewesen, als die Annahme der deutschen Farben, an denen nun ein Mal das Herz des Volkes hängt und die überdies in der Welt draußen wenigstens nicht ganz unbekannt sind. Die preußische Regierung aber hat es für wichtiger erachtet, durch die Wahl der Farben der neuen Flagge den Hansestädten eine kleine Aufmerksamkeit zu erzeigen — die freilich sehr wenig gewürdigt und anerkannt werden wird — als der Nation zu Willen zu sein und deren rechtmäßiger Eigenliebe einen Gefallen zu thun. Der General Moltke soll abgethan, aber seine Meinung von den deutschen Farben sitzt fest im Militärcabinet. Dem bloßen persönlichen Vorurtheil opfert man den handgreiflichsten politischen Vortheil. Die sich fast täglich wiederholenden Erfahrungen dieser Art sind nicht ermuthigend. —

— Die französische Regierung scheint durch den Drang der Umstände über die ursprünglichen Gränzen ihres Reformplanes bereits hinausgeführt worden zu sein. Namentlich der Presse werden jetzt allerlei Zugeständnisse in Aussicht gestellt; von denen anfänglich mit keinem Worte die Rede war. Eine Beschwichtigung des nach langer Windstille wieder in Wallung gerathenen öffentlichen Geistes wird durch solche Mittel allerdings am wenigsten erreicht werden, und kann dabei auch wohl kaum beabsichtigt sein.

— Dem neuesten Versuche des Ausgleichs zwischen dem Königreiche Italien und dem Papstthum stellen sich auf Schritt und Tritt Hindernisse entgegen, welche das schwierige Unternehmen schon heute als hoffnungslos erscheinen lassen. Im Vatikan will man wohl empfangen, aber nicht geben, und im italienischen Abgeordnetenhause zeigt man nicht die mindeste Neigung, überhaupt zu geben. Der nächste Stein des Anstoßes ist die Frage der mit Beschlag belegten Kirchengüter, welche die Regierung gegen eine mäßige Abfindungssumme zurückgeben möchte, während in der Kammer die Ansicht überwiegt, daß die Geistlichkeit der Sorgen um ihr irdisches Besitzthum vollständig zu entlasten sei. Diese Ansicht wird ohne Zweifel durchdringen, wenn die päpstliche Regierung sich nicht im letzten Augenblicke der Unterhandlungen noch herbeiläßt — wozu freilich nicht die mindeste Aussicht vorhanden — auch politische Verzichte ein Anrecht an den finanziellen guten Willen der Volksvertretung zu erwerben. Indessen, auch im günstigsten Falle wird man zwischen Florenz und Rom nicht über ein notdürftiges Provisorium hinauskommen, in dessen Hintergrunde die Alternative steht: Vernichtung des Königreichs Italien, oder Ergänzung desselben durch die Einverleibung von Rom. Innerhalb größerer Verhältnisse wird die deutsche Geschichte über kurz oder lang eine ähnliche Wahl vor sich haben.

Der Nationalverein von auswärts betrachtet.

L Bei der Erwägung der Frage, was unter den so gründlich veränderten Umständen aus dem Nationalverein werden soll, wird auch die erlangte auswärtige Geltung in Betracht zu ziehen sein. Nicht, als ob eine Form, der das innere Leben abhanden gekommen, erhalten werden müßte, weil und so lange sie, aus der Ferne gesehen, noch den Schein des Lebens hervorruft. Liegt der Partei selbst nichts mehr an ihrer bisherigen Organisation, gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht, oder läßt sich kein hinlänglicher Kern von Parteigenossen mehr in einem wirklichen Verbande zusammenhalten, so wird keine Rücksicht auf erworbenes Ansehen im Ausland verhindern, daß der Verein sich auflöst. Sind umgekehrt aber die zur Auflösung hindrängenden Stimmen nur die Nachwirkungen überwundener Lagen und Umstände, so mögen auch solche Erwägungen zweiten Ranges wohl dazu beitragen, daß man frischen Muth zum Fortleben schöpfe. Wir spiegeln uns in dem Eindrucke, den die sechsjährige Thätigkeit des Nationalvereins jenseits der deutschen Grenzen zurückgelassen hat, ja sicher nicht aus eitlem Selbstgefühl; weit näher, als Ueberredung, wird den meisten von uns eine gewisse Beschämung über die Geringfügigkeit unserer politischen Leistungen liegen. Aber auch Gegner und neutrale Beobachter, wofern sie einigermaßen unbefangen sind, werden einräumen, daß die Anerkennung des Nationalvereins im Auslande, als einer mora-

Digitized by Google

lischen Potenz, weit weniger der in ihm organisirten Partei, als dem Vaterlande im Allgemeinen zu Gute kommt.

Die Adresse ist bekannt, welche während des Krieges im vorigen Sommer die neugebildete Unione Liberale (freisinnige Gesellschaft) in Bologna an den Nationalverein richtete, — eben so, wie die Antwort, welche dann im Herbste dessen Vorsitzender darauf ertheilte. Von dieser Unione Liberale, die sich den politischen Fortschritt ihrer Nation im Allgemeinen zum Ziele gesetzt zu haben scheint, die gleichzeitig z. B. die friedliche Eroberung Rom's und die Ausdehnung des Volksunterrichts betreibt, und die sich nicht ohne Erfolg über die ganze italienische Halbinsel zu verbreiten strebt, liegt uns nun der erste Jahresbericht vor. In diesem ist es denn doch merkwürdig, die bedeutende Rolle zu sehen, welche die mit dem deutschen Nationalverein angeknüpfte Verbindung spielt. Im Laufe des nicht sehr langen Berichts kommt der Verfasser wiederholt auf sie zurück. Außer dem Antwortschreiben R. v. Bennigsen's wird auch eine Aeußerung von Fries erwähnt, welcher versichert habe, daß der Bund zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke, den jener Schriftenwechsel einzuleiten versprechen, von der gesammten deutschen Fortschrittspartei mit Freuden begrüßt worden sei. Es wird endlich noch angeführt, daß ein in Köln wohnhafter, ausgezeichneter Landsmann, Salvator de Castrone-Marchesi, es übernommen habe, die Unione Liberale in Deutschland zu repräsentiren. Eine Art Volks-Gesandter also, beglaubigt bei dem Nationalverein, als dem Hauptorgan des deutschen Volkes für die auswärtige Politik.

Mit ungleich kritischeren Blicken, als die rückhaltlos und aus Interesse sympathisirenden Italiener, betrachten bekannter Maßen die politisch erfahrenen Schweizer unsern Gang zur Einheit. Sie sind im ganzen schwerlich aufgelegt, das Bestreben des Nationalvereins an und für sich zu ermuthigen, weil sie nicht umhin können, mit einiger stiller Furcht dem Augenblicke entgegenzusehen, wo drei vollkommen abgeschlossene, innerlich fertige, mächtige Nationalstaaten sie auf drei, wenn nicht gar auf allen vier Seiten unmittelbar umgeben, und dann, so setzen sie voraus, beginnen werden, ihre überlegene Anziehungskraft auf die drei in der Schweiz vermischten, ihnen entsprechenden Nationalitäten zu üben. Gleichwohl ist es hervorragenden schweizerischen Politikern beinahe lächerlich vorgekommen, als sie von einer möglicher Weise bevorstehenden freiwilligen Auflösung des Nationalvereins vernahmen. Ob sein Ziel denn schon erreicht sei? ob das Deutschland, welches er habe begründen helfen wollen, am Main abschneide? ob er ein so übermenschliches Vertrauen auf die Gesinnungen und Gaben des Grafen Bismarck setze, daß er weder für seine Unterstützung noch für seine Controle mehr den geringsten Spielraum wahrnehme? oder ob für ihn das Allgemeine Stimmrecht, von unreifen und theils leidenschaftlich tiefe gehenden, theils träge einförmig denkenden Massen ausgeübt, der politische Knüppel aus dem Sack sei, der alle noch übrigen Feinde unfehlbar zu Boden schlagen werde? Die Schweizer Staatsmänner mögen den Bestrebungen des Nationalvereins nur eine kühle Theilnahme zollen, — aber vor einer rein preußischen Eroberungspolitik, wie die Bismarck'sche ihnen erscheint und erscheinen muß, haben sie denn doch noch einen ganz anderen Respect. Daher wünschen sie, und haben ein klares Interesse zu wünschen, daß der Nationalverein auf der Bühne bleibe. Er ist für sie gleichsam ein mäßigendes Element, das den Ungestüm des Helden zweckmäßig zügelt. Nach der großen militärischen Niederlage Oesterreichs und der Mittelstaaten sehen sie die Fähigkeit zu solcher Einwirkung nur noch bei den moralischen Mächten der deutschen Nation, und unter diesen däucht ihnen der Nationalverein, nach wie vor, obenan zu stehen.

In der gleichen Lage aber wie die Schweizer, fühlen sich mehr oder weniger alle die kleineren Staaten um uns her. Sie haben jetzt zu ihrem Schrecken erkannt, daß der langgehemmte Einheitstrieb der Deutschen noch viel gewaltsamere Formen annehmen, noch viel weiter hinaus liegende Ziele zu verfolgen im Stande ist, als durch den Nationalverein geschehen; dieser rückt für sie daher ungefähr in dasselbe Licht, wie die dünne Dampfsäule, welche einem Ventil entströmt, im Vergleich mit einer Explosion des Kessels.

Vergessen wir aber über den Fremden auch unser eigenes Fleisch und Blut im Auslande nicht. Jene enthusiastische Bewegung, welche in den ersten Lebensjahren des Nationalvereins so zahlreiche deutsche Colonien in fernen Ländern und Welttheilen zu ihm heranführte, als zu einem nationalen Mittelpunkt, dem man seine Heimaths- und Vaterlands-Treue durch Kundgebungen und Opfer bezeugen müsse, hat freilich in den letzten Jahren erheblich abgenommen. Zum Theil war der erste Enthusiasmus über diese freie und würdige Schöpfung des so lange niedergehaltenen deutschen Volksgeistes eben verraucht; zum Theil aber wandte man sich draußen auch weit früher, als durchschnittlich daheim, dem aufgehenden Gestirn des Grafen Bismarck zu, und begrüßte es entweder geradezu mit hoffnungsvollen Hymnen, oder verstummte doch gegen den Nationalverein, der „den preußischen Cavour" im Bunde mit der Fortschrittspartei so ertönter angriff. Aber damit haben diese auswärts lebenden Gesinnungsgenossen sich noch keineswegs für immer von uns getrennt. Wenn der größere Abstand, in welchem sie von den vaterländischen Vorgängen stehen, sie besser als uns befähigt, das Wesentliche aus dem Wust des Nebensächlichen herauszufinden und über den täglichen Wechseln den großen Gang der Entwicklung nicht zu übersehen, wenn ferner die Ausschließlichkeit ihres eigenen Interesses an der Macht, die Deutschland nach außen hin entfaltet, sie empfänglicher, als die Meisten von uns, für eine Politik stimmen muß, die nur auf Macht und nichts als Macht ausgeht — so hören sie darum doch nicht auf, liberale Männer zu sein, die dem Kampfe ihrer Landsleute für gesicherte Freiheit eine uneigennützige Sympathie widmen. Nachdem deßhalb die liberale Nationalpartei das rechte Verhältniß zu Preußen wieder gewonnen, den vom Grafen Bismarck eröffneten Weg zur Einheit entschlossen betreten hat, sind auch jene, ihre Verlässer, wieder eingeholt. Schon zeigt sich, daß die alten Beziehungen von Neuem angeknüpft und so lebendig wie je gepflegt werden. Das ist ebenfalls ein nicht gering anzuschlagendes Zeugniß des Werthes, den die Organisation des Nationalvereins für den nationalen Fortschritt überhaupt besitzt. Ohne sie, fehlte es jener so vielfach wichtigen patriotischen Correspondenz dieselbe an einem Organ; denn an die preußische Regierung, oder demnächst an den Norddeutschen Bundeskanzler kann sie sich doch nicht füglich adressiren. Es liegt aber in der Wiedererwärmung der erkalteten Sympathien auch eine Aufforderung für uns, diesen Verkehr noch sorgfältiger zu pflegen und noch planmäßiger zu verwerthen, als bisher geschehen, wenn es der Wille des Nationalvereins ist, gleichzeitig mit der Nation selbst ein neues hoffnungsvolleres Leben zu beginnen.

Preußische Landtagsbriefe.

XII.

Berlin, 3. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat diese Woche wieder mit voller Dampfkraft gearbeitet, um eine so zeitige Schließung der Session zu ermöglichen, daß die Abgeordneten wenigstens einige Tage vor den Wahlen zum Norddeutschen Parlament in ihrer Heimath sein können. In fünf langen Plenarsitzungen hat es eine solche Fülle von Interpellationen und Gesetzes-Vorlagen erledigt, daß ich mit der bloßen Aufzählung der Gegenstände eine ganze Spalte füllen müßte. Selbstredend muß ich mich auf die wichtigsten Vorlagen beschränken, und kann auch bei diesen nur in so weit auf die Debatte eingehen, als bei derselben wichtige Prinzipienfragen berührt und entschieden wurden.

Als charakteristisch für die gesetzgeberische Fähigkeit und Umsicht des Hrn. Justizministers muß ich aber doch des Gesetzentwurfs, betreffend das Güterrecht der Ehegatten im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein, erwähnen, der in der Legislaturperiode von 1865 nicht

Digitized by Google

mehr erledigt werden konnte und für dessen erneute Vorlegung in der gegenwärtigen Session sich schlechterdings kein anderer Grund auffinden läßt, als der, daß, der Entwurf einmal vorhanden war. Denn, wenn auch vor der Einverleibung von Kurhessen, Nassau, Frankfurt das Bedürfniß einer Reform der neun verschiedenen Statute über eheliches Güterrecht in dem schmalen ostrheinischen Bezirke mit 168,000 Einw. sich seit längerer Zeit geltend machte, so war es nach der Einverleibung jener Länder doch dringend geboten, diese Reform nicht in diesem kleinen Bezirk allein, sondern gleichzeitig in allen diesen neuen Landestheilen, in denen ebenfalls eine partikulare Gütergemeinschaft gilt, eintreten zu lassen. Das Haus ermangelte dieser Einsicht nicht und lehnte den Gesetzentwurf beinahe einstimmig ab.

Es passiren leider noch immer, wie bei Lebzeiten des melancholischen Dänenprinzen, Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt. Unser Disziplinar-Gesetz bestimmt, daß, nach einer gerichtlichen Freisprechung, wegen desselben Vergehens oder Verbrechens eine Disziplinar-Untersuchung nicht stattfinden darf, wenn nicht gleichzeitig noch ein dienstliches Vergehen vorliegt. Ein rheinischer Lehrer wurde nun eines Vergehens angeklagt. Der rheinische Gerichtshof wies die Anklage als unbegründet zurück, und die zuständige rheinische Bezirksregierung urtheilte darauf natürlich dahin, daß nun auch eine Disziplinar-Untersuchung nicht einzuleiten sei. Anders der Herr Kultusminister, der bekanntlich seine Verantwortlichkeit in das Jenseits verlegt hat, und allem Anschein nach sich schon jetzt jenseits der Gränzen der irdischen Logik bejndet. Er interpretirt das Gesetz dahin, daß die Zurückweisung einer Anklage, als unbegründet, keineswegs einer Freisprechung gleichkomme, daß solche Beschlüsse das freie und uneingeschränkte Ermessen der Disziplinar-Behörden nicht ausschließen, daß also eine Disziplinar-Untersuchung einzuleiten ist, wenn auch ein Dienstvergehen nicht vorliegt. Da das Abgeordnetenhaus den Inhalt der Gesetze dieser Welt nur nach den Gesetzen irdischer Logik beurtheilen kann, so wird es sich wohl näher mit dieser haarsträubenden Deduktion befassen müssen. — Diese byzantinische Interpretations-Kunst ist die giftige Frucht des langjährigen inneren Conflikts, während dessen sie, zu Nutz und Frommen des budgetlosen Regiments, auf Kosten des gesunden Menschenverstandes geübt wurde, und unser ganzes Staatsleben wird noch lange daran siechen. Wird sie, wie in der vergangenen Woche, auf die finanziellen Verhältnisse des Staates angewendet, so zerstört sie das verfassungsmäßige Leben in der Wurzel, entzieht der Wirksamkeit der Volksvertretung jeden gesunden Boden und würdigt die konstitutionellen Formen zu einem gleißnerischen Deckmantel für den Absolutismus herab. Was soll aus dem verfassungsmäßigen Recht des Landes, auf Kontrole des Staatshaushalts durch seine Vertretung, werden, wenn jede Ablehnung einer Forderung der Staatsregierung die Erhebung eines neuen Conflikts genannt wird, welcher zu einem neuen budgetlosen Regiment zwinge, und wenn vom Ministertisch der unerhörte Satz aufgestellt wird, Alles, was nicht mit dürren Worten in der preußischen Verfassung verboten ist, das ist erlaubt, wie sinnlos es auch, dem Geiste des constitutionellen Systems gegenüber, erscheinen mag!

Mit solchen Sätzen mußte sich das Abgeordnetenhaus in der vergangenen Woche bei den wichtigsten Finanzgesetzen herumschlagen. Das Vorspiel lieferte die Debatte bei der Ertheilung der Decharge für die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859—1863. In diesen trat in ungewöhnlicher Häufigkeit die Justifizirung ungehöriger Verausgabungen durch Cabinets-Ordres hervor, welche die Ober-Rechnungskammer allerdings, durch Instruktion vom 18. Dezember 1824, als ausreichend für jede Abweichung von dem Staatshaushalts-Etat, also vom Gesetz, zu betrachten angewiesen ist. Aber diese Instruktion war ja eben für den absoluten Staat berechnet; auf jedem anderen Gebiet ist die Unverträglichkeit eines solchen rein persönlichen Regiments mit den gegenwärtigen Staatsinstitutionen längst anerkannt; nur auf dem Boden der Finanz-Gesetzgebung soll die Cabinets-Ordre ihre alte Geltung behalten! Natürlich hat die Volksvertretung seit Bestehen der Verfassung dies niemals anerkannt, wenn auch Abweichungen vom Etat öfters ohne ihr Wissen passirt sein mögen, weil die Ober-Rechnungskammer sich bei der Cabinetsordre beruhigte und die Abweichung nicht monirte. Das Haus beschloß nun auf Antrag der Budget-Kommission, „die Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session ein Gesetz über die Einrichtung und Befugnisse der Ober-Rechnungskammer vorzulegen“; und ferner, (weil der Finanzminister auch jetzt darüber eine bestimmte Zusage nicht ertheilen wollte und weil das Gesetz ja möglicher Weise, wie vor einigen Jahren das lang ersehnte Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz, wegen völliger Unbrauchbarkeit von der liberalen Partei zurückgewiesen werden muß), „schon jetzt die Instruktion der Ober-Rechnungskammer vom 21. Juni 1862 dahin zu erweitern, daß auch ihre Bemerkungen über diejenigen erheblichen Mängel der Verwaltung, die bei der Prüfung der Rechnungen entdeckt werden, so wie diejenigen Abweichungen von dem gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats und von den denselben zu Grunde liegenden Etats und Nachweisungen, welche etwa durch Allerhöchste Ordres schon vor der Rechnungs-Revision justifizirt worden sind, der Landesvertretung mitzutheilen seien.“

Eine durch Allerhöchsten Befehl angeordnete Ausgabe vor dem Forum der Landesvertretung vielleicht verworfen: — dieser Gedanke revoltirte die Loyalität des Hrn. v. Vincke so, daß er, wie schon öfter, die konstitutionellen Rücksichten bei Seite setzte und die Wegfassung der oben gesperrten Worte beantragte, in denen er einen Eingriff in die Rechte der Krone und den Keim eines neuen Konflikts erblickte. Natürlich rief ihm Hr. v. Blankenburg, mit dem er so oft in dieser Session Arm in Arm die liberale Partei in die Schranken forderte, dafür mit strahlenden Blicken lauten Beifall zu; aber das Haus blieb bei seinem Beschluß, nachdem Zwesten genantwortet hatte, daß schon der Abg. Kühne die gegenwärtige übliche Dechargirung ein leeres Gaukelspiel genannt habe; daß dieser Beschluß dem Erlaß solcher Cabinetsordres ein Ende machen werde; daß auch zweckmäßige Birements, die vorkommen könnten, der nachherigen Zustimmung des Landtages bedürften, die ihnen nicht fehlen würde; daß auch bei einfachen Etatsüberschreitungen stets eine Cabinetsordre ertrahirt werde, die aber den Minister nur der Krone, nicht dem Landtage gegenüber decke, so daß die Nichtgenehmigung jener Etats-Ueberschreitungen nicht ein Conflikt mit der Krone sei, sondern nur die Verantwortlichkeit des Ministers, dem Landtage gegenüber, wiederherstelle. Es liegt ja auch auf der Hand, daß jede Abweichung von dem gesetzlich festgestellten Etat ohne Gesetz ein Mißbrauch ist, der nur durch Ertheilung der Indemnität straflos bleiben kann, und daß die staatsrechtliche Bedeutung der Etats-Titel, wegen deren durch den bekannten Hagen'schen Antrag verlangter Vermehrung das Ministerium der neuen Aera einst das Haus auflöste, um hinterher seinerseits von der Krone aufgelöst zu werden, nach der Vincke'schen Auffassung gewaltig sinken würde.

Nun kam die Gesetzvorlage betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie (3½ %) des Staates für das Anlage-Kapital einer Eisenbahn von Cöslin nach Danzig. Das Haus war dazu bereit. Um aber ähnlichen Geschäften, wie dem mit der Köln-Mindener Gesellschaft, in Zukunft vorzubeugen, beantragte die Commission, bei diesem Spezialgesetz das allgemeine Prinzip, durch Einschiebung eines besonderen Paragraphen in folgender Fassung, zu wahren: „Eine Abänderung oder Auflösung der vom Staate mit Eisenbahn-Gesellschaften abgeschlossenen Garantie-Verträge, oder zwischen dem Staate und Eisenbahn-Gesellschaften festgestellten Bedingungen von Zinsgarantien, namentlich eine Veräußerung der aus denselben dem Staate zustehenden Ansprüche auf Einnahmen oder eines Theils derselben, oder ein Verzicht des Staates auf solche, bedarf zur Rechtsgültigkeit

Digitized by Google

der Zustimmung beider Häuser des Landtags." Vom Ministertisch, wo man freie Hand behalten wollte, nannte man das eine „konstitutionelle Ungeheuerlichkeit", und obgleich, nach dem Vorgange aller konstitutioneller Staaten, jede Volksvertretung, unbeschadet aller sonstigen Bedenken, jedes bestrittene Recht stets bei der ersten besten Gelegenheit wahren sollte, so bissen die Altliberalen doch so eifrig auf diesen Zapf an, daß ein Amendement Vincke, welches nur die Abänderung oder Auflösung dieses speziell vorliegenden Vertrags von der Zustimmung des Landtags abhängig machte, eine geringe Majorität erhielt.

Aber das war eine kurze Freude; am anderen Tage stand man wieder vor demselben Princip im vergrößerten Maßstabe, bei der Gesetzvorlage, betreffend eine Anleihe von 24 Millionen für die Erweiterung bestehender und Anlage neuer Staats-Eisenbahnen. Der Handels- und der Finanzminister versicherten beide, daß die Regierung keine Bahnen zu verkaufen gedenke; sie beriefen sich darauf, daß sie ja den beabsichtigten Verkauf der Westphälischen Bahn dem Landtage vorgelegt hätten; aber sie weigerten sich hartnäckig, das Recht desselben und die Verpflichtung der Regierung dazu anzuerkennen, und diese Weigerung, in Verbindung mit der Köln-Mindener Affaire, nahm natürlich ihren sonstigen Erklärungen jeden Werth. Das Recht des Landes geht freilich schon aus Art. 99 der Verfassung hervor, und man denke sich nur die „konstitutionelle Ungeheuerlichkeit", daß eine Regierung, die etwa keine Kriegs-Anleihe zu bekommen wüßte, sich eine Anleihe für Staats-Eisenbahnen bewilligen ließe, um sich am anderen Tage aus dem Verkauf oder der Verpachtung derselben das gewünschte Geld, gegen den Willen der Volksvertretung, zu machen. Aber der verfassungstreue Finanzminister v. d. Heydt, der vielgewandelte, besteht auf seinem Schein; es steht nicht direkt in der Verfassung, daß die Zustimmung des Landtags zu solchen Verkäufen nothwendig sei; also — ist sie unnöthig! Der Handelsminister, Graf Itzenplitz, erklärt offen, daß es ohne die freie Verfügung über das Staatseigenthum absolut unmöglich sei, zu regieren (d. h. unmöglich, absolut zu regieren), beschuldigt mit dreister Stirn die Verwerfenden, daß sie durch die Verweigerung dieser nothwendigen Ausgaben, aus nichtigen oder verwerflichen (Ausdehnung der verfassungsmäßigen Rechte) Gründen, die höchsten Interessen des Landes schädigen, und schließt mit der sentimentalen Klage, daß ihm dadurch der Muth genommen werde, noch fernerhin seine schätzbare Thätigkeit für das Wohl des Landes zu verwenden. Und doch bewilligte das Haus die geforderte Anleihe einstimmig; nur die Regierung verwarf die daran geknüpfte nothwendige Bedingung!

Diese starre negative Haltung der Regierung in einer Frage, in der es sich in der That gar nicht um die Erweiterung, sondern nur um die Wahrung eines bestehenden Rechts handelte, trieb denn doch auch die Altliberalen wieder in den Kampf. Neben Lasker, Virchow, Twesten trat auch Graf Schwerin entschieden für das Recht des Landes ein und forderte mit einiger Emphase ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, damit die Minister, bei etwaiger Gesetzesverletzung aus höheren politischen Rücksichten, mit ihrem Vermögen und ihrem Kopf einstehen können, wodurch die Indemnität erst einen Sinn erhalte. Und Hr. v. Vincke springt wieder mit beiden Füßen auf seinen, so oft unter dem jubelnden Beifall der Rechten, den er diesmal freilich entbehren muß, verlassenen, vielfach durchlöcherten „Rechtsboden", — und vielleicht bringt diese gute Rede einigermaßen jene schlimme, dem Liberalismus absagende Rede gegen das Steuerbewilligungsrecht, in Vergessenheit, der es ohne Zweifel zuzuschreiben ist, daß seine Kandidatur, trotz seiner großen parlamentarischen Begabung, noch in keinem einzigen Wahlkreise aufgetaucht ist. Er beschränkte auch hier das allgemeine Princip, indem er dem Gesetzparagraphen der Kommission die unterstrichenen Worte hinzufügte, so daß er lautet: „Jede Verfügung der Staatsregierung über eine der durch dieses Gesetz berührten Staatsbahnen, durch Veräußerung oder Verpachtung, bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages." Nachdem noch der Abg. Graf Renard, unter Zustimmung des Ministers, den Versuch gemacht hatte, das Haus dadurch abzufinden, daß seine Zustimmung zum Verkauf der noch zu bauenden Staatseisenbahnen als nothwendig anerkannt werden sollte, wurde der Kommissionsantrag mit dem Amendement Vincke mit 175 gegen 114 Stimmen angenommen. —

Wird die Regierung auf den nothwendigen Ausbau der Staatseisenbahnen verzichten, um ein klares Recht des Landtags nicht anzuerkennen? Die feudale Presse hofft es, und hetzt Regierung und Herrenhaus zur Verwerfung des Gesetzes. „Lieber noch länger auf einem Geleise nach Osten, als mit dem Kourierzug in den vollen Parlamentarismus", ruft die Kreuzzeitung. Wird die Regierung die Zeiten wieder für ungewöhnliche halten und handeln, wie früher? Famulus Wagener drohte so etwas an, wie er früher öfter that — als Munstück der Regierung. Doch kann ich an eine so kolossale Sachfinnigkeit und Kurzsichtigkeit kaum glauben. Das Herrenhaus wird schon morgen über das Gesetz beschließen. —

Außer dem Gesetz über die Uebernahme des gesammten Thurn- und Taxis'schen Postwesens auf Preußen (für 3 Mill. Thaler; ursprüngliche Forderung 18 Mill. fl.) hat das Haus noch einer wichtigen ökonomischen Maßregel zugestimmt, der Aufhebung des Salzmonopols, gegen Einführung einer Steuer von 2 Thlr. pro Centner Speisesalz, wie in Hannover. Es wurde lebhaft die moralische Pflicht hervorgehoben, namentlich von Hoverbeck, stets nach weiterer Verminderung und endlich gänzlicher Beseitigung der den Armen unverhältnißmäßig drückenden Salzsteuer zu streben; aber auch er erkannte doch für jetzt die Unmöglichkeit eines solchen Steuerausfalls an. Leider sei neben anderen Anträgen auch einer von Hagen, der nur 1 Thlr. Steuertag von 1 Thlr. 20 Sgr. zugestehen wollte. Der Finanzminister drohte, das Monopol auch in die neuen Landestheile einzuführen, wenn man ihm nicht 2 Thlr. bewilligte. Dieser Schreckschuß blieb nicht ganz ohne Wirkung; Viele schlugen auch die gänzliche Freiheit des Salzverkehrs und die Steuerfreiheit für alles denaturirte Salz so hoch an, daß sie die hohe Steuer, als unvermeidliches Uebel, in den Kauf nahmen. —

△ Von der sächsischen Grenze, 31. Jan. Die Wahlbewegung im Königreich Sachsen hat noch einen äußerst verworrenen chaotischen Character. Die Wahlversammlungen verlaufen zum großen Theil höchst unerquicklich und häufig als Tollhäuser. Niemand weiß, welche sich in der Gefahr sieht, überstimmt zu werden, erhebt, um diesem Verhängniß vorzubeugen, kurz vor der Abstimmung Geschrei und Lärm und verhindert durch alle möglichen Mittel des parlamentarischen und unparlamentarischen Scandals die Feststellung der Ansicht der Versammlung. Sehr stark darin tritt die sogenannte Volkspartei, die in einem Dresdner Advocaten, Schraps mit Namen, ihren Hauptvertreter hat. Auch die Lassalleaner und „Sachsen", das heißt, die hartgesottenen Particularisten, leisten darin das Menschenmögliche. Wenn ich Ihnen eine Charakterisirung der verschiedenen Parteien geben wollte, insbesondere eine Charakterisirung der Volkspartei, unter welchem Namen sich die guten Altsachsen verstecken, so würden Sie über die Menge Phrasen in den Progeammen und über den Mangel an wirklichem, ächten Inhalt erstaunen. Es herrscht wirklich unter diesen politischen Parteien Sachsens eine wahre Scheu vor Festsetzung auf Redensarten, von denen die eine immer bombastischer und womöglich „anschleuderer" klingt, als die andere. Vergleicht man mit diesem Uebermuth des Wortes, mit diesem Mißbrauch der Rede die kraftlose und fruchtlose Haltung, welche dieselben Leute viele Jahre lang, als Volksvertreter Brust gegenüber, einnahmen, vergleicht man mit den maaßlosen Forderungen, die sie an die jukünftige Verfassung des nordeutschen Bundes in freiheitlicher Hinsicht stellen, die klägliche Beschedenheit, die ihnen erlaubt, mit der sächsischen Landesverfassung zufriedenzusein, so gelangt man zu dem Urtheil, daß dieses Volk in die ernste Schule eines großen, vielleicht Staatsleben gehen muß, bevor von ihm eine gedeihliche Betheiligung an öffentlichen Dingen und Arbeiten zu erwarten ist.

Die Ausschüsse der nationalen Partei in Sachsen sind nicht die besten, Männer wie Biedermann, Joseph, Derrey sind zu den Todten gewesen, d. h. sie haben nicht die geringste Aussicht für sich, in irgend einem sächsischen Wahlbezirke gewählt zu werden. Und doch gehören gerade diese Männer zu den Wenigen, welche sich in der langen Krankheitsnacht als politische Charaktere und als politische Arbeitskräfte bewährt haben. Bei Biedermann ist besonders anzuerkennen, daß er in der großen Krisis, die im vorigen Jahre ausbrach, die nationale Sache, den Anschluß Sachsen's an Preußen, unermüdlich vertheidigt hat und daß er in dieser Hinsicht seinem 1849 und 1850 von ihm dargelegten Programm treu geblieben ist. Joseph, der nun länger als dreißig Jahre für die bürgerliche Freiheit in Sachsen ge-

Digitized by Google

wirft, fehlt auf den Candidatenlisten, einfach deßhalb, weil er als „Preußenfreund“ unpopulär ist. Es fragt sich freilich, ob es nicht trotzalledem zweckmäßig wäre, wenn Leute, wie Jrisch, Biedermann, Loerg u. s. w. dennoch als Gewerber auftraten. Daß sie von vornherein verzichten, um sich nicht einer Niederlage bei der Wahl auszusetzen, das erscheint uns nicht gerechtfertigt. Jm Interesse der Sache wäre es gewiß höchst wünschenswerth, wenn noch in der letzten Stunde sich die nationale Partei zusammenraffte und ihre entschiedensten Anhänger aufstellte.

Was ist es denn für ein Unglück, wenn sie in Bahlkampf unterliegen? Die persönliche Unannehmlichkeit einer Bahlniederlage darf nicht in Betracht kommen, und ist auch nicht so groß, daß sie in Anschlag gebracht werden könnte. Gelbstverständlich erscheint es uns, ganz vom Kampfplatz vorläufig abzutreten. Dem steht Ehr. Schaffrath in Dresden gehört ihr eigentlich nicht vollständig an. Nur allein im Voigtlande scheint sie den Kampf aufnehmen zu wollen. Hier sind einige alte bewährte Kämpfer für die Reichsverfassung von 1849, Leubner z. B. aufgestellt worden. Wir wollen hoffen, daß man sich auch anderwärts bestimmen lassen wird, in Leipzig erwannt und den Gegnern nicht kampf- und muthlos von vornherein den Platz räumt.

** Aus Thüringen, 23. Jan. Jn den thüringischen Kleinstaaten brodelt es, wie in dem Keßel der Hexenküche. An alle diese kleinen Höfe tritt das Schicksal heran und drängt sie: sich mit der großen Frage, „Ein oder Nichtein“ zu beschäftigen. Ministerveränderungen und Thronbesteigungen zeigen von der Aufregung in dieser sonnigen Welt. Jm Herzogthum Sachsen-Altenburg ist der bisherige Minister, von Lutsch, früher preußischer Landrath, Verwandter des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel, auch der Nachfolger von den Berliner Conferenzen plötzlich entlassen worden, obgleich in den Zeitungen von einem freiwilligen Rücktritt zu lesen war. Aus einer glaubwürdigen Quelle wird mir darüber mitgetheilt: Herr v. Lutsch habe seinem Souverain, dem Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, gerathen, in Anbetracht der Dinge, die der Berliner Congreß von den Bundesfürsten verlange, Opfer, die unerschwinglich seien, wenn die bisherige doppelstellige Vermittelung aufrecht erhalten werden solle, zu Gunsten des Königs von Preußen auf die Regierung zu verzichten. Darob soll Herzog Ernst von Altenburg in gewaltige Aufregung gerathen sein und den Minister entlassen haben. Die Ueber einer Abdankung der übrigen thüringischen Fürsten, besonders den des Großherzogs von Weimar, unter dessen Scepter dann ein Königreich Thüringen gebildet werden sollte, ist angegeben. Es war, oben gestanden, wie auch die offizielle „Coburger Zeitung“ später selbst erklärte, von vornherein eine unglückliche Ueber. Die Schaffung eines neuen Mittelstaates mit einer Million Einwohner wäre heute, in einer Zeit, die uns schriftlich dem deutschen Staatsleitstaat zuführt, eine That, die mit dem Stempel der Lächerlichkeit und Dummheit behaftet wäre. Auch würde nicht einmal irgend ein wirklicher Vortheil für das thüringische Land daraus erwachsen sein. Jn die Raumpellammer mit solchen Ideen! Der Ruf: Los von der Kleinstaaterei klingt aus dem Munde jedes politisch anständigen und gebildeten Mannes, fort mit der Kleinstaaterei, mag diese nun ihre Unterschaaren nach einem oder einigen Hundertausenden zählen. — Wir wollen uns endlich einmal als Bürger, als Angehörige einer Nation betrachten und bewegen, eines Staates, der auf eigenen Füßen steht, der nicht bloß kraft der Verträge, kraft geschriebener Urkunden existirt und der nicht abhängig ist von dem Willen, der Gnade der Mächtigen, sondern, der besteht kraft des Rechtes seiner Existenz. Es gibt einen einzigen Staat in Deutschland, von dem man dies sagen kann: Preußen. Also darin sind wir den Vortheilen, die uns der Stellung eines solchen auf seiner eigenen Macht ruhenden Staates entspringen, liegt die Anziehungskraft, welche Preußen auf uns in Thüringen ausübt. Wie dürftig eines Großstaates, um uns frei zu machen von allen den kleinlichen Gegensätzigkeiten, engherzigen Gesichten, beschränkten Ansichten, welche das Kleinstaatenthum in uns genährt hat. . . Jn diesem Sinne und Geiste bewegt sich auch die Bahlagitation Seitens der nationalen Partei, während die Gegenpartei, die kleinstaatlich-reactionäre, offen erklärt, daß sie von dem „Selbstständigkeit des Vaterlandes“ so viel retten will, wie möglich.“ Am leidenschaftlichsten wird in dem kleinen thüringischen Ländchen Reuß-Greiz der Wahlkampf geführt. Nächst Mecklenburg ist Reuß-Greiz vielleicht deutsche Bundesfürstchen gewesen, in welchem die gute alte Zeit sich bis herauf in unsere Gegenwart am reinsten erhalten hat. Von constitutionellen Verfassungen, Landtag, Gesetzgebung, Vereinsrecht, Gewerbefreiheit, Selbstverwaltung der Gemeinde u. s. w. kann von allen diesen Einrichtungen und Zuständen, welche das Wesen des modernen Staates bilden, findet man in diesem Ländchen keine Spur; das gegen Bundesbänke, Heimlichkeit des Gerichtsverfahrens, Zunftzwang, Vereinigung der Justiz und Verwaltung in einer und derselben Behörde, Kirchenbann, kurz den ganzen Staatsapparat des vorigen Jahrhunderts noch in bester Zusammensetzung. Aber trotzdem dieses veraltesten „Staatswesens“ hat sich eine ruhige, gewerbefleißige Bevölkerung entwickelt, die die Bevölkerung, die die Jndustrie und der Handel mit den übrigen deutschen Nachbarländern in die innigste Berührung bringt. Diese Bevölkerung, von der in Greiz, der Hauptstadt des Ländchens, die Jntelligenz dem Nationalverein angehört, hat den Kampf mit dem fürstlich reußischen Sonderbündlerthum muthig aufgenommen und einen tüchtigen Anhänger der Nationalpartei, den Rechtsanwalt und weimarischen Landtagsabgeordneten Salzmann in Berka, als ihren Parlamentscandidaten aufgestellt. Die Regierung von Greiz hat sich genöthigt gesehen, für die Parlamentsagitation das bis jetzt schroffe dem Volk verweigerte Versammlungsrecht zu Preßfreiheit zu gewähren, und stürmisch, wie im Jahre 1848 klagen die Gegensätze aufeinander. Jm Allgemeinen geht die Wahlbewegung einer ruhigen Bahn in Thüringen, welche trotz aller Hetzbewegungen der Gegenpartei voraussichtlich lauter nationale gesinnte Abgeordnete in's Parlament schicken wird.

Nur in Weimar wird es in einem Wahlbezirke voraussichtlich zu einem Kampfe zwischen dem der entschieden nationalen Partei angehörigen Professor Ortloff und dem in Bundesdiensten stehenden Minister von Wydrow kommen, worüber ich mir eine besondere Mittheilung vorbehalte.

† Aus Franken. Es ist bewerkenswerth, daß der erste Eindruck, welchen das Programm des Fürsten Hohenlohe machte, bei den meisten der einer kleinen Enttäuschung war. Man hatte sich etwas mehr versprochen und es bedurfte erst des näheren Beschauens und der bestimmten Aeußerungen der Führer der Linken, um zu finden, daß im Grunde gedacht und gesagt sei, was sich für jetzt bieten läßt. Die nationale Partei kann bei der gegenwärtigen Lage der Dinge gewiß mit vollem Rechte sagen: „Wer nicht wider uns ist, der ist für uns;“ wenn wir überhaupt ehrlich Hand an's Werk bei deutschen Einigung legt, der ist unser Mitarbeiter, der muß und wird auf unsere Seite treten, sobald die Grundsätze der Nationalpartei zur Geltung. Das ist es auch, was bei uns immer mehr allgemeine Ansicht wird. Wenn trotzdem die Bewegung für den Anschluß an Norddeutschland, oder gar den Eintritt in den Norddeutschen Bund noch nicht so stark ist, als zu wünschen wäre, so sind der Gründe dafür mancherlei. Es ist bekannt, daß unser politisches Leben überhaupt keine große Regsamkeit hat, daß wir, besonders in Altbayern, aber auch hier in Franken, eine Partei, die den engern Anschluß an das übrige Deutschland unter preußischer Leitung in jeder Form consequent bekämpft und der jede andere Gestaltung lieber wäre, mächtig darüber gebietet, daß in Deutschland zu Grunde gehen, wenn der Schlag nur das protestantische Preußen mittreffe. Hier ist alle Belehrung vergeblich, diese Partei wird sich nur fügen, wenn sie muß und soweit sie muß. Ein weiterer Grund liegt in einem großen Theil unserer Presse. Früher Preßfreiheit großentheils gefannt, haben viele Blätter jetzt am eigentlichen Boden unter den Füßen verloren, können sich aber, um consequent zu erscheinen, nicht entschließen, sich auf den Boden der gegebenen Thatsachen zu stellen. So ist z. B. der Münchener Correspondent, ein intelligenter Mann, selbst von großer Begabung, ein großer Verächter der deutschen Sache ausübt, indem es, ohne sagen zu können, was es eigentlich will, in der alten Weise fortfährt, an Preußen um jeden Preis zu mäkeln und zu nergeln. Ein Hauptbalrerth der nationalen Bewegung bei uns und überhaupt bisher bei den Gegnern mit aller Gerechtigkeit anzuerkennen verbietet Rücksicht, Preußen wolle uns bloß nur ganz nicht annehmen, auch wenn wir uns den Anschluß sogar „betteln“ wollten. Die neulichen Aeußerungen der Nordd. Allg. Ztg. und der Provinzial-Correspondenz, daß der Norddeutsche Bund die Thätigkeit habe, sich zu Gesammtdeutschland zu erweitern, und daß das Schwergewicht des Schwerpunkt der Einigung Deutschlands angeblich bereiten solle, eine Fiktion sei, sobald man in Süddeutschland ernstlich wolle, brachte indessen eine gute Gegenwirkung hervor. Die Freunde wurden ermuthigt und die Gegner beschämt. Endlich, was soll man sich's verhehlen, das bei uns die öffentliche Meinung darum verstimmt ist, daß der neue Bund vorläufig nicht deutsch sondern preußisch gefärbt ist. Das sind die Gründe, um derentwillen hauptsächlich bis jetzt die öffentliche Thätigkeit sich noch nicht so recht regen will. Jndessen ist wenigstens Eines erreicht: Mit dem Südbund, den neuen Militärverträgen ist es klar, daß das Fiasco der Hohenlohe's wird auch die öffentliche Thätigkeit wieder in Fluß bringen. Tritt nun vollends das Parlament in Berlin nächstens zusammen und versteht man dort einigermaßen seinen Vortheil, so kann die Rückwirkung nicht ausbleiben, und was zusammen gehört, wird auch zusammen kommen trotz aller entgegenstehenden Hindernisse.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover über den Krieg.

Jm Verlage der v. Decker'schen Hof-Buchdruckerei ist eine Broschüre: „Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrages“, erschienen, welche durch ihren Jnhalt und durch die veröffentlichten Depeschen und Telegramme ihren offiziellen Ursprung erkennen läßt. Die Schrift knüpft an ein in der Hof-Buchdruckerei zu Schwerin vor mehreren Monaten erschienenes, aus höheren hannoverschen Dienstkreisen stammendes Flugblatt an, in welchem behauptet wurde, „die Kimerier Hannovers werde in Berlin allein aus dem Grunde politischer Rathlosigkeit motivirt, nicht aber, wie die die Gerüchte verbreiten, weil König Georg angeblich ihm gemachte Anträge zurückgewiesen habe“. Die offizielle preußische Schrift geht auf die Sache genauer ein, und zählt die einzelnen Berichte des preußischen Cabinett auf, Hannover zu einem Neutralitäts-Vertrage, unter Garantie des hannover'schen Besitzstandes und unter Erlaß jeder Theilnahme an einem Kriege gegen Oesterreich, zu bestimmen.

Die österreichische Depesche vom 16. März v. J., in welcher den vertrauten Bundesgliedern die Absicht mitgetheilt war, dem Bunde

Digitized by Google

die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage zu übertragen, einen Antrag auf Wahrung des Bundesfriedens einbringen und bei größerer Schärfung des Conflictes die Mobilmachung der Bundescorps im Anschlusse an die österreichische Armee in Frankfurt zu beantragen, damit für die frühere hannover'sche Regierung in ihrer Politik gegen Preußen als Nachstimme. Hannover bestritt dem Prinzen von Augustenburg jedes Anrecht auf die Herzogthümer. Wenn seine Regierung sich dennoch auf Oesterreichs Seite stelle, so geschah es aus Anhänglichkeit gegen die vom Preußen in der Depesche vom 24. März v. J. angezogene Bundesreform mit parlamentarischer Vertretung, wie Graf Platen in seiner Denkschrift vom 8. August v. J. es selbst eingestanden hat. „Die hannover'sche Regierung", sagt der Minister, „glaubte es mit ihrer Würde und dem Rechte ihrer von Europa anerkannten Souveränität nicht vereinbar, diese Bedingungen mit Bedrohungen zu verbinden, welche für die Ehre der Armee und die Selbstständigkeit des Landes so große Opfer forderten. . . . Eine Unterwerfung dürfte nur mit voller Wahrung der militärischen Ehre erfolgen." Dieses ist alles das Motiv des heutigen Tages war. Langenlage; die entsetzlichen Bedrängnisse waren jene, welche Preußen am 14. Juni v. J. in Frankfurt vorgelegt hatte.

Sie zum 24. März v. J. bestand zwischen Preußen und Hannover ein freundliches Verhältniß. Graf Platen wurde von seiner Hannöver heit in Berlin im Januar v. J. mit dem Großkreuze des Adler-Ordens ausgezeichnet; er hielt es für das Beste, wenn die Herzogthümer mit Preußen durch eine Personalunion oder durch eine Staatsconföderation verbunden würden; er bekannte die gegen Preußen gerichtete im österreichischen Agitationen als Hetzgeschwätz und in der Berlin. Mit der preußischen Depesche vom 24. März v. J. änderte sich die hannöver'sche Politik. Anfangs sprach man noch von Neutralität, dann wurde sie zur Forderung „bewaffneter Neutralität", endlich zur Forderung der Verrechtigung „der Kriegsrüstungen auf beiden Theilen" und gewandelt, schwand Preußen in den entschiedensten Theile erklärt hatte, eine „bewaffnete Neutralität" Hannovers wegen seiner territorialen Lage nicht dulden und eine Mobilmachung auf Anweisung des Bundes als eine Kriegserklärung betrachten und behandeln zu müssen. Mit der Täuschung, daß eine Mobilmachung noch nicht gegen Preußen gerichtet sei, suchte man in Hannover Preußen allerdings vergeblich zu umgarnen. Eine bestimmte Antwort auf die preußische Depesche vom 24. März v. J. lehnte Hannover ab. Dann folgten in Hannover ohne Gerücht die fallen Verhandlungen für die Oesterreichischen Mobilmachung des Contingents, am 1. April die Nichtentlassung der Reserven und, nachdem König Georg die Zusicherung gegeben, daß es damit sein Bewenden haben solle, am 5. Mai v. J. die Einberufung dreier Jahrgänge der Beurlaubten der Infanterie, welche sonst im Herbste zu geschehen pflegte, darauf am 9. Mai v. J. auch die Verlegung der Waffenübungen der Artillerie in das Frühjahr, statt in den Herbst, und in Folge der preußischen ernsten Warnungen die Zusage vom 14. Mai, wegen eines Neutralitäts-Vertrages mit dem dortigen Cabinet verhandeln zu wollen.

Die Hoffnung des Preußischen Hofes, welche in einem Schreiben vom 12. Mai an den König Georg die „auffällige" Nachricht von einem Vertrage mit Preußen bei den „zwischen unseren beiden Höfen bestehenden freundschaftlichen Verhältnissen" in „gerechten Zweifel" gezogen hatte, schien sich nicht zu bestätigen.

Die Rückäußerung der Kurfürsten läßt erkennen, wie mächtig der österreichische Einfluß in Kassel war, welcher auch einen Monat später zu gehässigen Demonstrationen gegen Preußen führte, als die österreichischen Truppen aus Holstein durch die kurfürstliche Hauptstadt zogen. Die entschiedene preußische Erklärung vom 9. Mai, eine „bewaffnete Neutralität Hannovers" als eine Bedrohung Preußens behandeln zu wollen, und die Forderung der Rückkehr der Rüstungen führten in Hannover für einen Augenblick zum Siege der Gemäßigten. König Georg hatte am 5. April sein Wort verpfändet, in der Centralität verbleiben zu wollen, und damit Preußen wegen der Zurückhaltung der Reserven zu beruhigen gesucht, aber durch die Verlegung der herbstlichen Exercitien für Artillerie und Infanterie in den Mai beim breiter Cabinet doch die Annahme hervorgerufen, daß man in Hannover nur auf einen Vorwand suche, um abgehen zu können. Am 14. Mai erklärte sich endlich Graf Platen zu Verhandlungen über einen Neutralitäts-Vertrag bereit; preußischerseits ging man sofort darauf ein. Schon nach drei Tagen wurde der preußische Gesandte mit vorläufigen und am 20. Mai mit ausführlichen Instructionen versehen, aber die österreichischen Vorgänge waren der Fortgang der Verhandlungen zu verhindern. Am Bundestage warnte am 19. Mai sogar der österreichische Vertreter Hannover vor Separat-Verhandlungen, und als am Tage darauf der Stiefbruder des Königs Georg, General in Oesterreichischen Diensten, Herzog zu Cumberland-Braunschweig, Hannover eintraf, war eigentlich das Scheitern der Neutralitäts-Verhandlungen vorauszusehen. Dieser Bevollmächtigte überbrachte ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den König Georg, durch welches dieser die Uebergabe von der Uebertragung der österreichischen Waffen benachrichtigt und die Besetzung der Bundesfestungen zur Pflicht gemacht wurde. Er hatte den Auftrag, wegen Abschlusses eines Vertrages mit Oesterreich zu verhandeln und die Brigade Kalik zur Verfügung zu stellen. Bekannt ist, daß damals das Gerücht ging, Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz werde den Oberbefehl über die vereinigten Truppen übernehmen, das hoffentlich Contingent mobilisiren, die Garnisonen aus Mainz und Rastadt herangiehen und mit einer Nord-Armee gegen Berlin auftreten. Vorbereitungen für ein Lager bei Stade wurden getroffen.

Wie erfahren jetzt, daß diesen Gerüchten wirkliche Pläne zu Grunde lagen, deren Verwirklichung nur die Entschlossenheit des preußischen Cabinets verhinderte, welches durch schnelles Handeln das Netz zerriß, mit dem Preußen umgarnt werden sollte. Schon damals mußte der preußische Gesandte den Grafen Platen warnen, nicht auf Preußens Niederlage zu spekuliren, denn bei einem großen Kriege sei Hannover nicht sicher, nichts helfe weniger zu Compensationen zu dienen. Die Unterhandlungen hatten keinen weiteren Erfolg, auch als der preußische Gesandte am 28. Mai benachrichtigt wurde, daß in den hannover'schen Festungen bereits Gerücht für eine „Lüge" zu erklären, Preußen habe einen gehörigen Mann mit Frankreich wegen Abtretung des linken Rheinufers und Erwerbung Hannovers und Sachsens als Entschädigung abgeschlossen. Am 31. Mai sich bei diesen Windbüchsen Preußen in Hannover erklären, es könne auf den Abschluß einer Neutralitäts-Vertrages nicht mehr rechnen. Am 12. Juni warnte Preußen dringend in Hannover vor der Annahme des österreichischen Antrages in Frankfurt vom 11. Juni wegen Mobilisirung der Bundescorps. Derselbe werde nur dazu dienen, eine Kriegserklärung behandelt werden. Sachsens Truppen waren seit dem 20. Mai in ihrer Mobilmachung vollendet, die anderen Contingente Süddeutschlands standen zum Kriege gerüstet da, Baiern hatte eine Mobilisirungsordre mit Oesterreich abgeschlossen, die auf der Botschaft vom 14. Juni erfolgte. Bei der Ueberreichung der Summation vom 15. in Hannover erklärte der Gesandte, daß die preußischen Truppen nach der Bekriegserklärung sofort in Hannover einrücken würden. König Georg wollte nichts von einem Vertrage mit Preußen wissen; er verweigerte noch am 24. Juni die Garantie, daß seine Truppen ein Jahr nicht gegen Preußen fechten sollten, sobald ihm der Durchmarsch durch Thüringen nach Baiern gestattet sei; er verweigerte am 26. Juni, dem Tage vor der Schlacht von Langensalza, die Anerkennung des Obersten v. Döring, welcher von Berlin als außerordentlicher Bevollmächtigter ins hannover'sche Hauptquartier geeilt war, um einen letzten Versuch zu machen, „gegen Garantie des hannover'schen Besitzstandes und Anerkennung der Berechtigkeit wegen Bundesreformen vom 14. Juni v. J." ein mildes unzweideutiges Bündniß zu verbinden. König Georg zog die Entscheidung der Waffen vor, um, wie Graf Platen sagt, die militärische Ehre zu wahren. (Köln. Z.)

Salzmonopol und Salzsteuer.

Neueste Nachrichten zufolge scheinen die süddeutschen Regierungen sich zur Annahme des preußischen Projectes, das Salzmonopol in den Zollvereinsstaaten durch eine gleichförmige Salzsteuer von 2 Thalern für den Centner zu ersetzen, aufschließen zu haben. So wäre es denn gewissen Organen der süddeutschen und namentlich bairischen Presse, die als Verfechter des Salzmonopols auftraten und theils aus volkswirthschaftlicher Unkenntniß, theils auch wider besseres Wissen und bloß aus Verdruß über die durch den Prager Frieden in Deutschland herbeigeführten Veränderungen zum Widerstande gegen jene Maßregel aufforderten, nicht gelungen, die Regierungen auf falsche Wege zu leiten. Diese erkennen sowohl das deutschen Gesammtvaterlandes kann es den Regierungen zur Dank wissen, daß sie jenen verlockenden Stimmen nicht folgten. Ein Widerstand von ihrer Seite wäre im vorliegenden Falle nicht nur fruchtlos gewesen, sondern geradezu unverantwortlich. Preußen hätte, dafür bürgt seine offene Erklärung, mit der Kündigung des Zollvereins geantwortet. Unmöglich konnten die süddeutschen Regierungen an dem Ernst dieser Kündigung zweifeln, da Preußen mit dem Nordzollverein Bund einen geschlossenen Handelskörper bildet, der, zumal nach Einführung von Meklenburg- und Schleswig-Holstein, groß genug ist, um für sich selbst bestehen zu können. Dursten aber sie mit einem Gebiete, kaum größer als der fünfte Theil von Deutschland, ohne Meeresküste und eingezwängt zwischen Frankreich und Oesterreich, den Zollverein opfern, der ihnen allein zu einer ökonomischen Selbstständigkeit verhilft, um ihr Salzmonopol zu retten? In der That, wir müßten fürchten, die süddeutschen Regierungen zu beleidigen, wenn wir ihnen zutrauten, daß sie eine solche Wahl treffen und einem abgestandenen wirthschaftlichen Anachronismus, jenem Schädlichkeit täglich mehr anerkannten wird, den Vorzug vor den zweifellosen Vortheilen gönnten, die der Zollverein über das ganze deutsche Wirthschaftsleben in reicher Fülle ausgießt, und von denen auch die Staatskassen ihren reichlichen Antheil empfangen. Es wäre abgeschmackt, hier von einem Mißbrauche der Macht des Stärkeren reden zu wollen, der sich der Schwächere nothgedrungen unterwerfen müsse. Wer sich zu dem, was für ihn entschieden vortheilhafter und heilsamer ist, zwingen läßt, verschuldet die ihm angethane Gewalt nur selbst. Nicht in dem von den Stärkeren ausgeübten Druck liegt da die Unvernunft, sondern in dem Widerstande des Schwächeren. Und wer ist hier der Stärkere? Weit weniger der preußische Staat, als die Macht der wirthschaftlichen Verhältnisse und der sie beherrschenden Gesetze, vor der sich die mächtigsten Regierungen beugen müssen. Stände aber auch hierbei die Existenz des Zollvereins nicht in Frage und hätte man einfach zwischen Salzmonopol und Salzsteuer zu wählen, so könnte die Entscheidung unter Berücksichtigung seiner Haupteinwürfe gegen das Salzmonopol kaum zweifelhaft sein. Sie müßte auch dann gegen das Monopol ausfallen, weil mit ihm alle die Verluste, welche es durch die kostspieligere, schlechtere und dabei unzulänglichere Production des Staates und die Ausschließung der Privatproduction dem Volkswohlstande auferlegt, verschwinden, und zugleich ein wichtiges Verkehrshinderniß im Innern des Zollvereins beseitigt wäre.

Einige baierische Zeitungen werden nicht müde, auf Grund einer Vergleichung der baierischen Salzconsumtion mit der preußischen auf eine jährliche Einbuße von 700,000 fl. hinzuweisen, welche das baierische Staatseinkommen bei Annahme des preußischen Projectes erleiden würde.

Digitized by Google

Wir können diese Berechnung schon darum nicht gelten lassen, weil sie nicht ehrlich ist, indem ihr Daten zu Grunde gelegt sind, die nicht aus derselben Zeit stammen, für Bayern neuere und für Preußen ältere, daher uns günstigere. Doch selbst angenommen, sie sei richtig, so müssen der bekanntlich evangelischen Einbuße die mit der Freigebung der Salzproduktion und des Salzhandels verbundenen nicht geringen volkswirthschaftlichen Vortheile und die hohe Zolleinnahme von 6 bis 7 Millionen Gulden entgegengehalten werden, welche Bayern jährlich dem Zollverein verdankt und die wir bestens auf die Schätze, welche sich bei uns werden heben lassen, wenn es in Folge seiner Festhaltung am Salzmonopol genöthigt wäre, ein Zollgebiet für sich zu bilden. Uebrigens scheint es uns gegen das speziftsche baierische Interesse zu sein, dem freie Blätter doch zu klauen glauben, die vermeintliche größere Salzconsumtion Baierns so sehr zu betonen, weil daraus nicht von nordeutscher Seite mit Berufung auf die billige oder sonstige stärkere Consumtion anderer Artikel (Colonialwaaren, fremde Weine u. s. w.) eine Gegenrechnung gemacht werden könnte, die für Baiern schrecklich wäre mit einem Gulhaben obschliessen würde. Aber es ist überhaupt verkehrt, die Salzfrage aus finanziellem Gesichtspunkte zu beurtheilen. Man müßte sonst, wenn Preußen statt des Salzmonopols eine mäßige Salzsteuer oder gar keine vorschläge, mit noch schärferen Waffen dagegen kämpfen, weil dann der Ausfall in den Staatseinnahmen noch größer wäre. Damit ist es aber nicht getan, das bündige Maß festzustellen, wie viel die Sache ist, welche die Vertheidiger des Salzmonopols vertreten. Schließlich möchten wir den letzteren noch den Rath geben, nicht über einen Gegenstand zu schreiben, von dem sie sich nicht genau unterrichtet haben. Eine nähere Kenntniß des preußischen Projekts würde sie und namentlich den unermüdlichen Korrespondenten eines Oberlich in der K. K. Ztg. vor der Lächerlichkeit bewahrt haben, den baierischen Landwirthen und Industriellen vorzurechnen, daß nach Einführung desselben der Preis des für landwirthschaftliche und gewerbliche Zwecke verwendeten Salzes, das die Regierung bisher zu 1 fl. 30 Kr., und 45 Kr. liefernte, sich um den vollen Betrag der projektirten Steuer erhöhen würde. Wir können unsern Landwirthen und Industriellen zu ihrer Beruhigung sagen, daß der preußische Entwurf das in der Landwirthschaft und in den Gewerben verwendete Salz von der Steuer befreit und diese nur auf das Speisesalz legt. Wir unterstellen, werden daher das baierische Salz, das ihnen die Regierung zu obigen Preisen abgeben will, mit die Steuerzahler zu decken hatten, ablassen können, dann gar nicht mehr nöthig haben, indem ihnen das viel wohlfeilere preußische, dessen Gewinnungsstätten in Stafurt für den Centner bloß 3 bis 4 Sgr. betragen, zur Verfügung stehen wird.

W. d. F. in W.

Die Beseitigung der Taxis'schen Post.

Der Vertrag zwischen Preußen und dem Fürsten Thurn und Taxis ist das bedeutendste politische Ereigniß der Woche nennen, wenn der Werth der Taxis'schen Post für die Feinde Preußens in Deutschland allgemeiner bekannt wäre. Sie war eines der wirksamsten Werkzeuge des kaiserlichen und ultramontanen Einflusses, benutzt durch die den betreffenden Staatsbehörden vorenthaltenen Ueberschüsse des Postwesens, thätig in der Presse sowohl als auf vielfältige andere Weise.

Mit drei Millionen Thalern ist die Ablösung nicht zu theuer bezahlt. Man hätte allerdings wünschen können, nach so unerhörter Ausdehnung des Monopols Jahrzehnte hindurch, nachdem es seine Dienste geleistet, zum Wohlthat Plage geworden war, wäre der Inhaber riesig auf den Fortgenuß der bisherigen Bezahlung angewiesen worden, die ihn bereits zu einem der reichsten Privatmänner Europas macht; und wenn er während der vorübergehenden Ereignisse seine Privilegien nur etwa in weniger rücksichtigen Weise hätt gemacht hätte, wie einer der depossedirten drei Souveräne, so würde das so wohl auch geschehen sein. Allein der gute Mann ist sein Verschwender und hat sich weislich gehütet, das ihm angesonnene Privileg zu den herrschsüchtigen oder zu südrussischen Zwecken hinlänglich zu lassen. Es fehlte daher wahrscheinlich eine zinslängliche äußere Restriktirung des Verfahrens, welches das einzige wahrhaft gerechte und verdienstgemäße gewesen sein würde. Mußte folglich abgelöst werden, so ist das Geschäft so übel nicht, welches Preußen macht. Gibt kunftiger Mann, der sich verstorbenen Dr. Stempe, den in vielen Blättern vor ungefähr 2 Jahren das Taxis'sche Reklamchronomen aus der Post auf Eine bis Fünfviertel Millionen angeschlagen.*) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Fürst Taxis seine Domänen durchschnittlich zufriedet bezahlte. Aber unbestritten hat er auch die Verwaltung des Postwesens und damit diejenige seiner Erträge durch einen greulichen Schlendrian aufgehalten. Auf die von ihm genossene Rente wird deswegen wohl auch für die Zukunft zu rechnen sein. Es fragt sich allerdings, auf welchen Standpunkt Preußen sich dem Fürsten Taxis gegenüber gestellt hat und welchen es demzufolge und den übrigen betheiligten Regierungen gegenüber einnehmen wird. Tritt es einfach an die Stelle von Taxis? Werden die bestehenden Verträge, insbesondere die bestehenden Herauszahlungen an die einzelnen Staatsposten als fortdauernd angesehen? Oder wie sie verändern? — Diese schwierigen und beiderseits fragen werden erheblich vereinfacht durch den Uebergang des Postwesens auf den Norddeutschen Bund, wenn derselbe unbedingt und rücksichtslos durchgeführt wird. Dann werden die streitenden Interessen auf einmal beseitigt. Preußen braucht dann nicht für den Fortbestand gehässiger Verträge einzutreten, die beispielsweise Kleinstaaten sich nicht mit einem so übrigenen Contrahenten wie Preußen auf das gefährliche Feld neuer Unterhandlungen einzulassen. Je mehr die Post einbringt, d. h. je rascher, besser und allseitiger sie sich entwickelt und die Entfaltung des Verkehrs begünstigt, desto lieber muß es dann Allen sein, weil sie eine auf Alle gleichmäßig wohnende Last, wie der Bundeszuschuß für Heer, Flotte, auswärtige Vertretung u. s. f. desto umfänglicher zu erleichtern dient.

Für die allgemeine Ausbildung des Postwesens ist die Auerottung der Schmutzconcurrenz Taxis im Nachbarn Oldenburg. Auf der letzten deutschen Post-Conferenz in Karlsruhe, hatte man zwar das seltsame und ärgerliche Schauspiel, in dem ganz wenigen und darunter wichtigen Fällen den preußischen Vertreter dem Bevollmächtigten des Fürsten Taxis die Hand reichen zu sehen, um jetzgemäße Reformen zu hintertreiben. Allein das war bei Personen nur die vorübergehende Wirkung zeitweiliger Finanznoth, hervorgerufen aus dem inneren Conflikt und der drohenden Nähe eines großen Krieges. Es ist von dieser traurigen Disposition im Schoße des preußischen Finanzministeriums unmerklich noch etwas zurückgeblieben, wie das Verhalten bei der gestrichenen Porto-Vertrags-Verhandlung; aber so großen Abwandlungen reaktionärer Laune, wie im vorigen Winter, wird man sich doch nicht mehr hingeben. Im Taxis'schen Post-Cabinet zu Regensburg dagegen war der verscheuchtliche Schrecken zuvorus zahlen recht ergründlich zu Hause. Der Fürstlichen Herr selbst fand bort sowenig Gnade wie im Vatican. Die Taxis'schen Privilegien hingen folglich wie ein Bleigewicht am deutschen Postwesen überhaupt, nicht bloß an demjenigen der Staaten, die noch nicht Kraft und Selbstbewußtsein genug entwickelt hatten es abzuschütteln, und setzt bedeutet Abschüttelung ist keine der kleinsten weltgeschichtlichen Segnungen, die wir dem Umschwung der nationalen Verhältnisse seit vorigem Sommer verdanken. (Bremer Handbl.)

Zeitungsschau.

Der Schwäbische Merkur schreibt in Bezug auf die Stuttgarter Ministerkonferenzen: „Es ist eine für jeden denkenden Menschen in die Augen springende Wahrheit, daß unserer Wehrverfassung ein politischer Gegensatz zu Grunde liegen muß. Die Verwortlichkeit und Unfruchtbarkeit faßt aller Beherztwilige, welche in letzter Zeit in Süddeutschland war Pläne entstanden sind und die alle auf unsere Gegen, politischen Verhältnisse baßirt waren, bestätigen zur Genüge jene Wahrheit. Es lange war auf dem Standpunkte der württembergischen Kammer stehen, deren Mehrheit am 13. Oktober vorigen Jahres es von sich gewiesen hat, die Solidarität der deutschen Nation nach Außen als unumstößliche Richtschnur der Politik anzuerkennen, so lange konnten wir mit gleicher Berechtigung jede beliebige Wehrverfassung annehmen und unsere Schaffung und Einführung möglichst billiger Kombinationen versuchen. — Jene Partei, die, unter der Devise „keine Einheit ohne Freiheit", so weit gegangen ist, selbst an einen Anschluß an die Schweiz zu denken, handelt vollkommen logisch, wenn sie jetzt auf die Annahme des preußischen Wehrgesetzes durchaus entschlossen ist. Wenn wir uns dabei entschieden wollen, wie die Schweiz, in der europäischen Staatengesellschaft die Rolle des Gebäudeten zu spielen, so genügt jede Wehrverfassung, die uns gestattet, unter nicht zu ungünstigen Verhältnissen uns auf eingerwohn unserer Haut zu wehren. Es haben wen auch die Vertheidiger des sogenannten Volkheers, wenigstens die Sachverständigen unter denselben, nie daran gedacht, mit unseren Mitteln und bandwehren eine feindliche Invasion von unsern Grenzen abzuweisen; insbesondere war ihr Landesvertheidigungssystem darauf berechnet, bei einer Invasion, die uns voraussichtlich vollständig unvorbereitet überraschen werde, unser zusammengerafftes Volksheer unter dem Schutze der Festung Ulm zu sammeln, um dann im günstigen Moment zur Wiedereroberung unseres eigenen Landes in Masse auftreten zu können. So standen die Verhältnisse bis jetzt, so haben wir sie vom weiland deutschen Bunde ererbt, so kommen. Die Reitgnation, sich zurck schlagen und demüthigen zu lassen, ehe man sich zu großartigen Leistungen aufrafft, ist ein Gefühl, das die Ohnmacht und Zerfahrenheit der deutschen Zustände im Volke gebaren hat und das bis mit dem deutschen Bunde begraben werden sollte. Die bevorstehenden Minister-Konferenzen werden uns, so Gott will, aus dieser prekären, wenig ehrenvollen Lage retten. Der nationale Gedanke, der so Manchem in den Wirren des verflossenen Jahres verloren gegangen ist, wird, von unseren Staatsmännern als politisches Princip anerkannt, auch Einzug in die öffentliche Meinung buchbringen, und alle Baiern werden sich in der Ueberzeugung vereinigen, daß die deutsche Nation, zur Vertheidigung ihrer Integrität und Ehre, Herrn Mussielen muß, die im Stande sind, jedergeit den kriegsgeübtesten Armeen der Welt siegreich die Spitze zu bieten." — —

„Von den 38 Millionen Deutschen, aus denen Deutschland für die nächste Zukunft bestehen wird, haben 30 Millionen eine gemeinsame Wehrverfassung bereits durchgeführt — welchen Grad von Uebereinstimmung es sie erreicht hat, kommt hier nicht in Betracht, denn es handelt sich um eine Thatsache. Und den Zurückgebliebenen (vier Zurückgelassenen) erübrigt nichts, als entweder durch die Annahme der norddeutschen Wehrverfassung diese zur deutschen zu machen, oder doch wenigstens ein Wehrsystem einzuführen, das uns zu ähnlichen kriegerischen Leistungen befähigt und unser Contingente mit denen des Norddeutschen Bundes zu einem organischen Ganzen, zu Einem Bundesheere vereinigt. So hat denn allerdings die Wiederaufnahme der nationalen Idee uns unmittelbar der preußischen Wehrverfassung gegenüber gestellt, und es dürfte, zur Klarstellung der Einen wie zur Beruhigung der Anderen in gegenwärtigen Augenblicke nicht unangezeigt sein, diese Wehrverfassung einer sorgfältigen Betrachtung zu unterziehen".

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.

Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 Sr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Sr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 Sr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 91. Heidelberg, den 14. Februar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Preußischer Landtagsbrief. — Abschaffung des Reichserbpostmeisters. — Oesterreichische Zustände. — Politische Literatur. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 12. Februar.

* Durch mühselige Vorarbeiten und schwere Geduldsproben hindurch sind wir heute am Tage der Parlamentswahlen angekommen, das heißt, am Anfange des Anfangs des politischen Aufbaus auf dem militärisch gedrehten Boden. Gleichwohl haben wir alle Ursache, mit dem bisherigen Gange der Arbeit zufrieden zu sein, und zu bezeugen, daß dieselbe nur unter besonderer Gunst der Umstände und durch ungewöhnliche Triebkräfte binnen sechs oder acht Monaten auf den heutigen Punkt gebracht werden konnte. Ohne die herrschende Stellung, welche Preußen im vorigen Jahr gewonnen, und ohne den diktatorischen Geist der gegenwärtigen preußischen Politik würde der neueste Versuch, einige zwanzig Souveränetäten durch die Mittel des Vertrags unter einen Hut zu bringen, von vorn herein eben so hoffnungslos gewesen sein, wie alle vorhergehenden. Im Jahre 1848 freilich gingen die Dinge anfänglich rascher, wurde die Frankfurter Nationalversammlung durch eine vermeinte Revolution aus dem Boden gestampft und deren souveräne konstituirende Gewalt ohne Widerstand und Widerspruch proklamirt. Unglücklicher Weise aber war jener glatte Verlauf nur dadurch möglich, daß alle ernstlichen Hindernisse vorsichtig umgangen wurden, erwies sich die sogenannte Märzrevolution hinterdrein als ein bloßer Schreckschuß, von dessen Eindrucke die Betroffenen sich bald genug erholten, und platzte die angeblich Souveränetät der Nationalversammlung, wie eine Seifenblase, beim ersten Zusammenstoß mit der wirklichen Macht. Heute steht die Sache anders. Die in den geschichtlichen Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten der politischen Reform sind, wenigstens in Norddeutschland, wirklich überwunden, das Norddeutsche Parlament hat nicht so stolze Ansprüche, wie die Frankfurter Nationalversammlung, aber eine stärkere Berechtigung, und die Wirkung seines, allerdings nicht souveränen aber doch mitentscheidenden, Wortes wird verbürgt durch die ganze Macht des preußischen Staats. Kurz, wir haben es dies Mal nicht mit schmeichlerischen Selbstäuschungen und hohlen Formen zu thun, sondern mit leibhaftigen Thatsachen, nicht mit dem Schemen eines Parlaments, sondern mit einer Nationalvertretung in Fleisch und Blut, welche sich zwar nicht allmächtig dünken, wohl aber stark genug fühlen wird, um mit der preußischen Regierung auf dem Fuße der Gleichheit zu verhandeln.

Es ist bemerkenswerth, daß, je tiefer die Wahlbewegung den Volksgeist aufgeregt, desto entschiedener dabei die Personen in den Vordergrund, die Programme dagegen in Schatten getreten sind. Diese Erscheinung kennzeichnet die Lage sowohl wie die Stimmung. Die Stimmung insofern, als dieselbe sich von Schultheorien und Parteisystemen mehr und mehr abwendet, die Lage in so fern, als sie die Aufgaben des Parlaments sehr vereinfacht und ein ziemlich durchgreifendes Einverständniß über die Behandlung derselben von selbst mit sich gebracht hat. Dazu kommt kann allerdings, daß die Einzelnheiten des in den Berliner Ministerconferenzen vereinbarten Verfassungsentwurfs noch nicht in die Oeffentlichkeit gelangt sind, also auch nicht Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzen haben werden können, die den Wahlkampf belebt und erhitzt hätten. Unter solchen Umständen kann ein bewährter Name in der That für ein ausreichendes Programm gelten, und daß dies in den meisten Wahlkreisen anerkannt wird, ist von guter Vorbedeutung für die bevorstehenden Verhandlungen und deren Ausgang.

Ein schlimmes Inventariumstück wird der Norddeutsche Reichstag bei seinem Eintritt ins Amt vorfinden: die Verweigerung des freien Drucks für das freie parlamentarische Wort. Während dem Reichstag die unbedingte Redefreiheit zugestanden worden, welche man dem preußischen Landtage durch Strafprozesse zu verkümmern sucht, verweigert man dem ersteren die unbedingte Preßfreiheit für seine Verhandlungen, welche dem letztern verfassungsmäßig geschieht ist. Die für diese Beschränkung der parlamentarischen Freiheit und Würde von Herrn v. Bismarck bei gebrachten Gründe haben, außerhalb des Herrenhauses, sehr wenig überzeugenden Eindruck gemacht, so wenig, daß man dieselben hinterdrein in der ministeriellen Presse selbst hat fallen lassen, um eine noch viel unwahrscheinlichere Motivirung an deren Stelle zu setzen. Gewiß ist, daß man in Berlin wieder einmal ein großes Mittel zu einem kleinen Zwecke angewendet, den Gegnern der preußischen Politik beinahe muthwillig eine neue Blöße geboten und deren Freunden eine neue Verlegenheit bereitet hat. Das Ministerium scheint indessen wenigstens nachträglich zur Erkenntniß des eigenen Fehlers gekommen zu sein und denselben, laut Erklärung des Staatsanzeigers, durch thatsächliche Gewährung der Preßfreiheit für Parlamentsreden, so weit möglich, wieder gut machen zu wollen.

Eine ähnliche Erkenntniß läßt sich leider nicht aus den weiteren Schritten folgern, welche die Regierung in Betreff der Frankfurter Contributionsfrage gethan hat. Die abschlägige Antwort des Finanzministers auf ein Gesuch, das doch schließlich gewährt werden muß und wird; ist ein neuer bedauerlicher Mißgriff, und von der dem Minister des Innern zur Last fallenden Zeitbestimmung für die königliche Audienz, welche den Bevollmächtigten der Stadt in dieser Sache gewährt werden soll, läßt sich mindestens sagen, daß sie weder von Großmuth zeugt, noch von der Kunst, die Menschen zu behandeln.

Die Formen in denen der Schluß des preußischen Landtags erfolgt ist, berechtigen zu der Annahme, daß die Regierung von der Nothwendigkeit des innern Friedens gründlich überzeugt und demnach auch gewillt ist, die verfassungsmäßigen Bedingungen desselben in Zukunft zu erfüllen. Wie weit jene Ueberzeugung sich bewähren und dieser gute Wille reichen wird, steht abzuwarten, was denn wohl in vorherrschend ungläubiger Gemüthsverfassung geschehen wird.

— In Oesterreich haben die letzten acht Tage den Aus-

Digitized by Google

gleich mit Ungarn auf die Bedingungen der Magyaren, einen Cabinetswechsel und zugleich einen neuen Umschwung der für die sogenannten deutsch-slavischen Länder gültigen Verfassungspolitik der Regierung gebracht. Das Staatsgrundgesetz des Kaiserreichs ist hinfort der Dualismus, gegen den sich das Haus Habsburg Jahrhunderte lang mit aller Macht des Selbsterhaltungstriebes gesträubt, und Herr von Beust hat mit gewohntem Selbstvertrauen das schwierige Amt übernommen, den österreichischen Staatswagen mit vorn und hinten angespannten Pferden über die hohen Berge des Deficit, der Nationalitätenfragen, der Heeresorganisation u. s. w. zu bringen.

Der Rückschlag der in Wien eingetretenen Veränderungen wird zunächst sehr unangenehm in Galizien empfunden werden, wo man sich unter der Gunst des Ministeriums Belcredi, nach polnischer Weise, rasch in einen national-politischen Taumel eingelebt hatte, dessen Maßlosigkeiten das neue System schwerlich wird dulden können, wahrscheinlich auch nicht wird dulden wollen, besonders wenn es wahr ist, daß zwischen Oesterreich und Rußland, gelegentlich der orientalischen Frage, eine Wiederannäherung stattgefunden hat, vermöge deren der Stützpunkt, welchen die Wiener Politik, der russischen gegenüber, in dem polnischen Elemente suchte, für die nächste Zeit wenigstens entbehrlich geworden sein würde. Wie die Polen vor vier Jahren die ihnen von Rußland, durch Vermittlung des Markgrafen Wielopolski, zugedachten Reformen durch Leidenschaft, Unklugheit und Selbstüberschätzung zu nichte machten und in ihr Gegentheil verwandelten, so sind sie jetzt auf dem besten Wege, die ihnen zugewendete Gunst der österreichischen Regierung und die von dem besonnenen Regiment des Grafen Goluchowski für ihre Nationalsache zu hoffenden Ergebnisse durch gänzlichen Mangel an Selbstbeherrschung zu verscherzen.

— Das französische Regierungssystem schwankt hin und her zwischen seinen innern Antrieben und den von außen her auf dasselbe eindringenden Forderungen. Der Nationalgeist verlangt stürmisch noch erweiterten Spielraum für seine in langer erzwungener Ruhe gesammelten Kräfte, während der Bonapartismus durch seinen Ursprung und seinen eingebornen Neigungen an den militärischen Absolutismus gebunden ist. Die Gewährung der, wenn auch für jetzt noch so bescheidenen, Freiheitsforderungen der gebildeten öffentlichen Meinung — denn der Masse des Volkes sind diese Forderungen fremd — ist wenigstens eben so gefährlich, wie deren Zurückweisung. Man kann also zu keiner rechten Entschließung kommen, man gibt mit der einen Hand, um mit der andern zu nehmen, und geräth immer tiefer in eine unhaltbare Stellung. Als letztes Auskunftsmittel wird schließlich doch wohl nichts Anderes übrig bleiben, als ein Krieg, der die großen Nationalleidenschaften zur Bundesgenossenschaft mit den Interessen des Bonapartismus nöthigt.

Für einen solchen Fall ist, wie man bie und da annimmt, die Unterstützung berechnet, welche dem jetzigen spanischen Regierungssystem von dem Tuileriencabinette aus mit höchst auffälliger Schaustellung geleistet wird. Narvaez, heißt es, ist bereit, mit der französischen Regierung ein Bündniß abzuschließen, kraft dessen Frankreich für den Kriegsfall auf 100,000 Mann spanischer Hülfstruppen zählen könnte. Diese Combination hat indessen einen zu phantastischen Anstrich, als daß dieselbe, bis auf Weiteres, für glaubwürdig gelten könnte. Unterreichts möchten wir es für wahrscheinlicher halten, daß es der französischen Politik genügt, Spanien für den schlimmsten Fall lahm gelegt, unschädlich gemacht zu wissen, was denn allerdings mit den geringsten Unkosten durch die Begünstigung des jetzigen Regiments in Madrid erreicht wird, welches über kurz oder lang, aller menschlichen Voraussicht nach, zu einer Katastrophe führen muß.

— Auch in Spanien und Portugal fängt man an, sich mit der Frage der Sklavenemancipation in den Kolonien zu beschäftigen. Freilich, zwischen dem Anfange und dem Ende pflegt in diesen beiden Ländern, und besonders in dem ersteren derselben, ein weiter Zwischenraum zu liegen, der mit den weitschweifigsten Formalitäten und mit ernsthaftem Nichtsthun ausgefüllt wird; indessen auch die entfernteste Aussicht, das Brandmal des Eigenthums am Menschen von der Stirne Europas gänzlich wegglesscht zu sehen, ist eine Erfrischung und Ermuthigung des ganzen Jahrdutzends auf der Bahn des Fortschritts.

— Nachdem die Pforte drei Monate und ein ägyptisches Hülfskorps auf die Bekämpfung einer Handvoll Kretenser verwendet, ist sie des Aufstandes der Insel zwar Meister geworden, aber nicht ohne neue Einbuße an Ansehen und Macht, zumal sie sich, trotz ihres Sieges, genöthigt sieht, der griechischen Bevölkerung von Kreta, oder, wenn man will, der europäischen öffentlichen Meinung zu Gunsten dieser Bevölkerung, wesentliche politische Zugeständnisse zu machen. Die aufständische Bewegung auf dem Festlande, in Thessalien und Epirus, ist inzwischen freilich zum Stillstande gebracht, dagegen aber rüsten Griechenland und Serbien offen zum Kriege gegen die Türkei, von der man alles Ernstes zweifeln kann, ob sie diesen beiden unbedeutenden Gegnern heute noch gewachsen ist. Wie die europäischen Mächte sich zu dem augenblicklichen Stande der Dinge im Orient verhalten, ist so unklar, daß die darüber umlaufenden Gerüchte keine große Aufmerksamkeit verdienen. Immerhin ist es jedoch beachtenswerth, daß der Glaube an einen baldigen Ausbruch der orientalischen Krisis von Neuem die Oberhand gewinnt. Von allen europäischen Ländern hat Deutschland wohl am wenigsten Ursache, sich darüber zu beunruhigen.

Preußische Landtagsbriefe.

XIII.

Berlin, 10. Februar. Gestern Mittag um 1 Uhr ist die Session geschlossen. Die „erlauchten, edlen und geehrten" Herren von beiden Häusern des Landtags kehren heim, nachdem ihnen der König am Schluß einer inhaltreichen Sitzungsperiode seinen Dank dafür ausgesprochen hat, daß sie seiner Regierung geholfen, die Hoffnungen in Erfüllung zu bringen, die er an diese Session geknüpft habe. Landtag und Regierung sind also wiederum in Frieden geschieden. Der Konflikt, den die feudale Partei mit freudigem Jubel heraufziehen sah, ist glücklich noch in der zwölften Stunde beigelegt; Bismarck sah ein, daß er sich vergaloppirt hatte und lenkte ein. Aber, wie schöne Frauen, so haben auch Ministerien nicht immer ihren schönen Tag, und verschiedene unserer Minister hatten in der That in dieser letzten Woche recht dunkle Stunden. Der Friede ist äußerlich wieder hergestellt; aber die Session schließt mit einem schweren Mißklang durch die Rede des Grafen Bismarck gegen die Strafosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhandlungen des Norddeutschen Parlaments. Das ist der größte politische Fehler, den er bis jetzt begangen hat, und Preußen wird an den Folgen zu tragen haben. —

Ich knüpfe an meinen vorigen Brief an. Bismarck erklärte im Herrenhause, daß die Staatsregierung das Gesetz über die Eisenbahn-Anleihe in der vom Abgeordnetenhause beliebten Form (Amendement Binde) nicht annehmen könne. Lieber würde sie die beabsichtigten Erweiterungen und Neubauten unterlassen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verbindungsbahn um Berlin polizeilich geschlossen werden müsse. Die Staatsregierung beabsichtige nicht, Eisenbahnen zu veräußern; sie halte sich dazu auch nicht für berechtigt bei Eisenbahnen, über deren Erträge gesetzlich, oder durch Verpfändung dauernd verfügt sei. Das treffe bei allen in Rede stehenden Bahnen zu; der faktische Unterschied in beiden Auffassungen sei also ein äußerst geringfügiger; aber — ohne den Verkauf der Köln-Mindener Bahn hätte die Regierung ihre Politik nicht durchführen können, weil ihr das Abgeordnetenhaus die Mittel für den dänischen, wie für den österreichischen Krieg abgeschlagen habe, und außerdem könne die Regierung nicht zugeben, daß das Abgeordnetenhaus eine Geldbewilligung an die Bedingung der Entscheidung einer Prinzipienfrage in seinem Sinne knüpfe. Es versteht sich, daß das Herrenhaus

Digitized by Google

diesen ganz im Geist und im Tone vergangener Tage gehaltenen Ausführungen freudig zustimmte. Es verwarf die Fassung des Abgeordnetenhauses und nahm das dort gestellte Amendement des Abg. Grafen Renard an, das ausdrücklich nur bei den noch zu erbauenden Staatsbahnen die Zustimmung des Landtages zu Veräußerungen für nöthig erklärte. Hrn. v. Kleist-Retzow und seinen Genossen war natürlich selbst diese Beschränkung schon viel zu groß; aber sie fügten sich und hofften auf die weitere Entwickelung des „Konflikts". —

In der Kommission des Abgeordnetenhauses, an welche nun das Gesetz zurückging, war man sofort darüber einig, daß man, grade wegen der Ausführungen des Ministerpräsidenten im anderen Hause, in der Sache durchaus nicht nachgeben könne. Die Form änderte man auf Bonin's Antrag dahin, daß statt der Worte: „der durch dieses Gesetz berührten Eisenbahnen" diese im Art. 1 erwähnten 8 Eisenbahnen ausdrücklich aufgeführt wurden und daß man die „Verpachtung" wegließ. Bismarck erkannte seinen Mißgriff. Er sagte, man habe seine Rede mißverstanden; wenn man das „ornamentale Beiwerk" (eben den Ton früherer Tage) wegnehme, so werde sich kein großer Unterschied ergeben. Kurz, die Regierung erklärte sich mit der Fassung Bonin's, in der auch ein sehr skrupulöses Auge eine wesentliche Differenz von dem Amendement Bincke nicht entdecken wird, einverstanden und so wurde denn das Gesetz in beiden Häusern mit großer Mehrheit angenommen. Die nothwendigen Bauten werden also nicht unterbleiben. Es versteht sich von selbst, daß die feudale Presse, nach deren konstitutionellem Katechismus jedes Nachgeben der Regierung ein politischer Fehler und eine Schädigung der Rechte der Krone ist, sich nachträglich das Vergnügen macht, ihren Lesern zu beweisen, daß das Abgeordnetenhaus im Princip nachgegeben habe. Vorher bewiesen sie das „sonnenklare" Recht der Regierung auf Veräußerung der Staatsbahnen durch Art. 104 der Verfassung, der von Etatsüberschreitungen handelt! —

Der Konflikt war also beigelegt; aber die Paladine der Junkerpartei fühlten sich wunderbar getröstet durch die Rede des Grafen Bismarck gegen den Paur'schen Antrag auf Strafosigkeit wahrheitgetreuer Parlaments-Berichte. Fast wäre das Herrenhaus durch die Unachtsamkeit seiner Kommission in den Abgrund des Parlamentarismus hereingefallen. Die Kommission, in ihrer Majorität (9 Mitglieder), empfahl die Annahme des entsprechenden Antrages und die Majorität des Hauses wäre ihr arglos nachgefolgert, wenn Bismarck sie nicht mit starker Hand zurückgewiesen hätte, so daß nur 8 Pairs im Ganzen verstockt auf dem Irrwege weiter wandelten. Zur Entschuldigung der Kommission wußte Herr v. Kleist-Retzow nur anzuführen, daß sie die Intentionen der Staatsregierung nicht gekannt habe! Freilich ist es wahr, daß die Regierung weder im anderen Hause, noch in der Kommission das mindeste Bedenken gegen diesen Antrag geäußert hatte; aber die Nase der ächten Ehevalerie, der Kleist-Retzow, Senfft-Pilsach, Brühl, Brünneck sollte doch den revolutionären Parfüm dieses Gesetzes gewittert haben. Das haben sie auch ohne Zweifel; aber das ist ja eben in den Augen des rechtgläubigen Junkerthums der Fluch unserer Zeit, daß man nicht sicher ist, ob nicht die Staatsregierung im einzelnen Falle auch Opportunitäts-Rücksichten revolutionäre Intentionen hat. „Sie hat schon so viele Uebergriffe des Abgeordnetenhauses hingenommen", klagte Herr v. Senfft-Pilsach; wer konnte wissen, ob sie nicht auch diesen neuen hinnehmen wollte?" Um so freudiger war die Ueberraschung, als Bismarck dem scheinbar so harmlosen Gesetzentwurf die Maske abriß und ihn in seiner ganzen revolutionären Nacktheit darstellte. Sie empfingen den „hochverehrten Staatsmann", der sie schon so oft gezwungen hat, ihren Lauch, wie Fähndrich Pistol, zu essen, wie den verlorenen Sohn, der reuig heimkehrt zum Vaterhause. Vor einigen Tagen hatte der weiland Minister Manteuffel zum ersten Mal im Herrenhause, bei der Berathung des Genossenschafts-Gesetzes, seine Mitpairs durch einige nationalökonomische Platitäten erquickt, die an schönere vergangene Zeiten erinnerten; aber wie Sphärenharmonie tönten ihnen die Worte Bismarcks ins Ohr, die ganz so lauteten, als habe er mit dem „glücklich beseitigten" Ministerpräsidenten Manteuffel seine Ideen ausgetauscht. Wie Schuppen fiel es den Pairs von den Augen, als ihnen Bismarck mit staatsmännischer Ueberlegenheit, an der Hand seiner reichen bonapartistischen Erfahrungen, den gewaltigen Unterschied zwischen Redefreiheit und Druckfreiheit auseinandersetzte, und sie warnte, den unglücklichen, diesen Unterschied aufhebenden Artikel, den die preußische Verfassung leider enthalte, auch auf den Norddeutschen Bund auszudehnen. Was sollte aus dem Bunde werden, wenn Dr. Frese und alle „die Juden, Franzosen und Polen", die nach der erleuchteten Ansicht seines Vorgängers alle Revolutionen machen, von der Tribüne herab ihre revolutionären Brandreden den Zeitungsschreibern in die Feder diktirten und „den Prozeß der Nation gegen Blut und Eisen" führten! Natürlich fürchtet der preußische Ministerpräsident auf der Höhe seiner Macht die Gattilinarischen Existenzen nicht, und in der That, je giftiger die Ausbrüche des Partikularismus sind, desto nützlicher werden sie sein — trotz alles revolutionären Anstrichs. Aber, sagen die Offiziösen, Preußen müsse zur Beruhigung der kleinen Fürsten zeigen, daß es nicht im Bunde mit der Revolution die Legitimität zu vernichten gedenke, weil ja schon manche Mahlkandidaten unverholen den revolutionären Einheitsstaat predigen. Ich glaube nun zwar, daß den kleinen Fürsten bei diesem Schutze gegen die Revolution, die sie viel weniger fürchten, als — manches Andere, recht übel zu Muthe sein wird; aber das Gesetz sei — und mit ihm, fürchte ich, ein Theil der Hoffnungen, die man auf das Parlament gesetzt hatte. Ein härterer Schlag, als diese Rede, ist seit Königgrätz nicht gegen Preußen geführt worden.

Gelegentlich der Kassation der Wahlen des Wahlbezirks Memel-Heydekrug, hatte das Haus, auf Antrag des Abg. Dr. Lüning beschlossen, die Regierung aufzufordern, zu Wahlkommissaren keine Beamten mehr zu ernennen, denen bereits ungehörige Wahlbeeinflussungen nachgewiesen seien. Trotzdem ernannte die Regierung zu Königsberg zum Wahlkommissarius in diesem Bezirk wiederum denselben Landrath Schultz, dessen Wahl schon zweimal aus solchem Grunde kassirt ist. Die Wahlbeeinflussungen in jenen Gegenden treten, in Folge der Untersuchungen bei beanstandeten Wahlen, immer greller hervor. Der Abg. Lüning interpellirte wegen dieser Ernennung, welche der öffentlichen Meinung und den Beschlüssen des Hauses Hohn spreche und nicht nur die politischen Schicklichkeits-Rücksichten, sondern auch das Rechtsgefühl des Volkes tief verletze. Der Minister erwiderte: sa, jener Beschluß habe sich auf ganz andere Wahlen bezogen und zu einer Interpellation über Reichstagswahlen sei das Abgeordnetenhaus gar nicht competent. Aber die erste Bedingung für die Bedeutung des Parlaments ist der Glaube an die Integrität der Wahlen, und das Haus hat das größte Interesse, darüber zu wachen, daß seine dahin zielenden Beschlüsse geachtet werde. Indessen die Rechte rief, unter Anführung des Hrn. v. Winde, dem Minister für seine Beschränkung der Competenz des Hauses Beifall; bei diesen „Liberalen" gilt es jetzt für Patriotismus, alle Mißgriffe der Regierung, namentlich in der deutschen Frage, todtzuschweigen. Als wenn sie darum verborgen blieben! —

Nachdem das Haus noch das Gesetz über die Genossenschaften, mit den unwesentlichen Aenderungen des Herrenhauses, angenommen, die von diesem wiederhergestellte Regierungs-Vorlage über Abänderung der Postare, unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse, abermals abgelehnt, ebenso einen Gesetzentwurf des Justizministers über die Anstellung von Justizbeamten der neuerworbenen Landestheile in den älteren Provinzen, um die Besetzungen nicht lediglich in die Hand des Justizministers zu legen und zu einem Organisations-Gesetze zu gelangen, verworfen, und schließlich noch eine ganze Reihe von Petitionen erledigt hatte, bei denen H. v. Bincke mehrmals Gelegenheit fand, in der Auffassung der politischen Rechte des Volkes und der Stellung der Beamten mit den zuverlässigsten Landräthen zu wetteifern: —

Digitized by Google

wurde das Ende der Session verkündigt, indem der Minister des Innern durch Königl. Botschaft die Mitglieder des Hauses auf Sonnabend 1 Uhr Mittags in den weißen Saal des Schlosses entbot. Der Präsident v. Forckenbeck zählte in seiner Schlußrede die zahlreichen und wichtigen Arbeiten der Session auf und betonte namentlich den durch alle Beschlüsse der Volksvertretung sich wie ein rother Faden hindurch ziehenden Entschluß, das Errungene zu wahren. Das ist auch der Grundgedanke der Thronrede, bei deren Verlesung der König, neben dem Dank für die Förderung der Gesetzgebung des preußischen Staatswesens durch die vielen wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten dieser inhaltreichen Session, besonders den Verzicht der Regierung auf einzelne schwer zu entbehrende Ausgabe-Positionen betonte, als Beweis für den hohen Werth, den sie auf Verständigung mit der Landesvertretung lege; natürlich hofft sie auf künftige Bewilligung, zum Lohn für ihre Tugend. Aus dem Schlußpassus über die deutsche Frage ersehen wir zuerst die Thatsache, daß der preußische Verfassungs-Entwurf für den Norddeutschen Bund von allen verbündeten Regierungen angenommen worden ist. Die Unterzeichnung hat gestern Mittag, kurz vor dem Schluß des Landtags, stattgefunden. Der König glaubt sich zu der Zuversicht berechtigt, „daß dem deutschen Volke, auf Grund einer einheitlichen Organisation, wie Deutschland sie in Jahrhunderten des Kampfes vergeblich erstrebte, die Segnungen werden zu Theil werden, zu welchen es durch die Fülle der Macht und Gesittung, die ihm beiwohnt, von der Vorsehung berufen ist, sobald es seinen Frieden im Inneren und nach außen zu wahren versteht." „Ich werde es, fügt er hinzu, als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerthen." —

Die Gegen des Hofes und der Diplomatie waren bei dem Schlußakt stark besetzt. Neben den ziemlich zahlreich anwesenden Mitgliedern beider Häuser, unter denen der schwarze Frack in verschwindender Minorität blieb, war auch noch die ganze in Berlin anwesende Generalität aufgestellt. Die Generale sollen durchaus in die parlamentarische Carrière hinein. Das Hoch beim Eintritt des Königs brachte der Präsident des Herrenhauses, das bei seinem Abgange der Präsident des Abgeordnetenhauses aus. Das Abgeordnetenhaus tritt in seiner gegenwärtigen Gestalt schwerlich wieder zusammen. Die Eröffnung des Parlaments steht vor der Thür. Die Wahlaussichten haben sich für die nationale Partei sichtlich gebessert. Möge das deutsche Volk seine Schuldigkeit thun und möge die Regierung nicht die zahlreiche Zahl der von Preußen versäumten Gelegenheiten um eine neue vermehren!

Die Abschaffung des Reichserbpostmeisters.

L „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage". — das ist, in ein kurzes Motto zusammengefaßt, die Geschichte der Postverwaltung des Hauses Taxis in Deutschland. Als der Ahnherr dieses jetzt so reichen und vornehmen Hauses, der Italiener Giambattista Taxis, im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts die zerstreuten Erfahrungen fremder Länder in dem damals noch so wenig entwickelten Postfach für das deutsche Reich nutzbar machte, vertrat er einen wichtigen Fortschritt; und es war vollkommen in der Ordnung, daß reiche Einkünfte und Ehren dafür in seinen Schooß sowohl, wie in denjenigen seiner Nachkommen fielen. Aber eben diese Fülle äußerer Belohnungen verfehlte auf die Dauer ihre gewöhnliche Wirkung nicht. Die Grafen, später Fürsten von Taxis, wurden träge, üppig, hochmüthig; die Fortbildung des gemeinnützigen Betriebs, dem sie ihr Glück verdankten, hörte mit der Zeit völlig auf, ihnen am Herzen zu liegen. Sie ließen ihn verfallen gleich dem Reiche, dessen Erbpostmeister sie spielten, und hätten daher, als solche, spätestens gleichzeitig mit dem Reiche von der Bühne des öffentlichen Lebens verschwinden sollen. Statt dessen überstanden sie nicht nur glücklich die Jahre der napoleonischen Gewaltherrschaft, die sich sonst doch für alle solche feudale Ueberbleibsel als ein fressendes Feuer erwies, sondern selbst die Prüfung des Wiener Congresses. Auf diesem war es unbegreiflicher Weise Preußen, das sich der Erhaltung des Taxis'schen Post-Instituts am wärmsten annahm.

Das Haus Taxis ist dem preußischen Staate für diesen Liebesdienst nicht sonderlich dankbar gewesen. Es witterte in ihm ganz richtig den Todfeind seiner öffentlichen Stellung, wie freundlich auch zeitweilige Vertreter dieses Staates sich derselben vorübergehend bezeigen mochten. Schon als ein völlig moderner Staat, von meist musterhafter Ordnung, Sparsamkeit und Verwaltungs-Technik, konnte Preußen sich unmöglich dauernd mit der Taxis'schen Postverwaltung befreunden, diesem Staate im Staate, oder, besser gesagt, dieser Ruine mitten in einem wohnlichen und ordentlichen Hause. Noch gefährlicher war der Position des Hauses Taxis der vorwärtsstrebende, umsichgreifende nationale Charakter Preußens. Jede stärkere Centralisirung in Deutschland bedrohte es mit dem Verlust seines einträglichen Monopols, und da Preußen der geborene Träger der nationalen Centralisations-Tendenzen war, so sah das Haus Taxis in ihm seinen natürlichen, unversöhnlichen Feind, selbst in solchen leider weder seltenen noch kurzen Perioden der preußischen Geschichte, wo der Staat, in Folge seiner bekannten langdauernden Entwicklungskrankheit, wie ein rasch emporgeschossener Jüngling, zeitweise aller energischeren Thätigkeit nach außen entsagen mußte. Das Haus Taxis ließ sich daher früh unter die Clienten des Hauses Habsburg aufnehmen, als des einzigen dem Hause Hohenzollern gewachsenen Rivalen in Deutschland. In diesem Knappendienste hat der Fürst Taxis viel Geld ausgegeben. Man braucht nur an die langjährigen Zuschüsse zur Oberpostamtszeitung, später Frankfurter Postzeitung, zu erinnern, die aus seiner Tasche flossen. Da dieses unbedingt österreichische Blatt in der Regel nur wenige hundert Abonnenten zählte, so war es für seinen Inhaber jedenfalls eine ziemlich fühlbare regelmäßige Abzugsquelle von Einkünften. Aber freilich war er seinerseits ein noch viel gefährlicherer Schmarotzer an dem Wohlstand der Einzelstaaten und der Nation.

Fürst Taxis zahlte (und zahlt) bekanntlich denjenigen Staaten, in denen ihm das Postwesen überlassen war (oder ist), eine feste jährliche Summe als Kanon. Dieselbe sollte, der Idee nach, natürlich das Reineinkommen repräsentiren, das die Staaten im Falle eigener Verwaltung unmittelbar genossen haben würden. Da der Fürst etwa zwanzig mittleren und kleineren Staaten die Sorge um den Postbetrieb abnahm, so wäre es an sich ja auch gar nicht so undenkbar gewesen, daß er den einzelnen Regierungen eine Rente hätte zahlen können, die derjenigen aus eigenem Betriebe mehr oder weniger gleichgekommen wäre, und doch selbst immer noch ein gutes Geschäft gemacht hätte. Böte man einem großen Geschäftsmann, auf solche Bedingungen hin, die Uebernahme an, er würde sich nicht besinnen, darauf einzugehen, und alle Theile würden mit dem Ergebniß voraussichtlich zufrieden sein dürfen. Allein der Fürst von Thurn und Taxis hatte den Geschäftsmann längst ausgezogen und sich als Drohne im Bienenkorbe der Volkswirthschaft entpuppt. Er wollte nur noch genießen, nicht länger arbeiten, sinnen und wogen. Das Geschäft, welches die mit ihm verbundenen Staaten machten, war so schlecht, daß z. B. Baden im Jahre 1822, wenige Jahre nachdem es das Postwesen selbst übernommen hatte, statt eines Kanons von wenigen Tausend Gulden, schon 200,000 Fl. rein einnahm, und Würtemberg im Jahre 1862/63 246,000 Fl., nachdem es seit 1849 auf einen Taxis'schen Kanon von nur 70,000 Fl. verzichtet hatte. Daß gleichwohl selbst größere Staaten, wie die beiden Hessen und Nassau, die Schmarotzerpflanze jahrzehntelang an ihren Finanzen zehren ließen, und keine Agitation aufgeklärter Landtagsmitglieder oder freisinniger Zeitungen sie, bis auf die Gegenwart herab, zum Entschluß der Auflösung zu drängen vermochte, ist einer der stärksten Beweise gegen den Fortbestand der Kleinstaaterei. Für die Sicherheit des Vaterlandes seien volle Quote zu tragen, war wan anscheinend zu arm, nicht aber in den Säckel des stein-

Digitized by Google

reichen Fürsten Taxis jahraus jahrein Hunderttausende von Gulden zu schütten.

Hätte die Taxis'sche Postverwaltung die finanzielle Beeinträchtigung so vieler deutschen Staaten wenigstens noch durch aufmerksame und rechtzeitige Erfüllung der volkswirthschaftlichen Bedürfnisse zu verschleiern gesucht! Aber ganz im Gegentheil. Allen Fortschritten anderer Postverwaltungen hinkte sie säumig und widerstrebend nach. Auf den Conferenzen des deutsch-österreichischen Postvereins behauptete sie steif den äußersten rechten Flügel, und erstreckte so die lähmende Wirkung ihres unberechtigten, unverantwortlichen Daseins noch über die Gebiete hinaus, welche so nachtheilig waren, sie zu dulden, auf ganz Deutschland und Oesterreich. Nicht einmal seinen eigenen Beamten ließ der Fürst den sauer verdienten Antheil an seinen überreichen Einnahmen ungeschmälert zukommen. Der Gesetzgebende Körper der Freien Stadt Frankfurt hat wiederholt öffentlich ausgesprochen, daß die Taxis'schen Postbeamten schlechter bezahlt und behandelt würden, als, im Verhältniß, irgend eine Beamten-Classe in irgend einem civilisirten Staate. Sie durften nicht heirathen, außer wenn es ihrem Sultan in Regensburg so gefiel, auch dann nicht, wenn das gemeinste Pflichtbewußtsein sie dazu drängte. Mancher hat im Lauf des letzten halben Jahrhunderts die Taxis'sche Postwirthschaft verwünscht, aber Niemand haßt sie so bitter und unversöhnlich, wie die Mehrzahl ihrer eigenen Angestellten. Es war eben an dem ganzen Institut schon lange kein gutes Haar mehr.

Preußen hat daher allen überbaupt in Frage kommenden Interessen einen wahren und großen Dienst dadurch erwiesen, daß es sich unverzüglich nach der Einnahme Frankfurts in den Besitz der ganzen Taxis'schen Post setzte und sich darin erhielt. Sie fortbestehen zu lassen, verbot ihm die hohe Politik ebensosehr, wie die Finanz- und Wirthschafts-Politik. Das Post-Cabinet in Regensburg war ein Nest der giftigsten Preußenfeinde, die theils mit dem Gelde, theils mit der dieselben Autorität des Fürsten Taxis Hunderte von Menschen und Federn unaufforderlich gegen Preußen und die nationalen Ideen in Bewegung setzten. Es war zugleich ein Hauptsitz der „streitenden Kirche" des Ultramontanismus. Schade, daß man rechtlich nicht umhin gekonnt hat, in die Schatzkammer dieses feindlichen Lagers noch zu guter Letzt drei Millionen Thaler fließen zu lassen! Aber besser, unendlich viel besser doch, man gewährt der Schlange noch diesen einen Fraß, der ihr hoffentlich einige Verdauungsbeschwerden zuzieht, als daß man sie länger im eignen Busen trage und vom Schweiße der Nation sich nähren lasse. Mit dem Taxis'schen Postwesen scheiden wir nicht bloß ein gänzlich veraltetes, unnützes und hemmendes Institut aus dem Umkreise unserer Verkehrsanstalten aus, sondern auch einen störenden fremden Körper aus unserem Blute, einen Vorposten des Feindes aus dem täglichen Leben der Nation.

Oesterreichische Zustände.

†* Der Ausgleich mit Ungarn steht vor der Thür, und die österreichischen Papiere wirbeln in die Höhe. Ist das nur einer jener täuschenden Sonnenblicke, wie sie bei mancher unheilbaren chronischen Krankheit, z. B. bei der Schwindsucht, gerade dann am liebsten sich einstellen, wenn es dem Ende zugeht, oder sollte wirklich die Verständigung mit Ungarn, wie theuer erkauft sie auch sei, der Anfang der Besserung, der entscheidende Schritt sein, heraus aus dem Mirrsaal Altösterreichs in die Bahn zu einer lebensfähigen Zukunft? Freilich, der Conflict mit Ungarn war nicht das einzige Gebrechen des Kaiserstaats, aber gewiß war es sein lähmendstes; vielleicht daß die Regierung, dieser Sorge ledig, nun die Kraft und die Mittel findet, um die Heilung auch der übrigen Schäden und Wunden des Reichskörpers zu vollbringen.?

Es ist Vieles möglich in der Welt, was für unmöglich galt bis es geschehen war, die Geschichte des verflossenen Jahres allein zeigt das in Dutzenden von Beispielen; und so könnte auch die ziemlich allgemeine Meinung von der Unheilbarkeit der österreichischen Staatskrankheit sich als übereilt herausstellen und der von fast aller Welt aufgegebene Patient am Ende dennoch zu neuem Leben und voller Gesundheit sich verjüngen. Möglich, wie gesagt, aber ungeheuer unwahrscheinlich. Warum? Das pfeifen die Spatzen von den Feldzug unserer Armeekorps an böhmischen Feldzug mitgemacht hat, im Februarheft der Preußischen Jahrbücher veröffentlichten Aufsatz „über Land und Leute in Oesterreich." Denn in der That beruht die Frage von Oesterreichs Verfall oder Wiedergedeihen in letzter Instanz auf der Frage von Land und Leuten; mit bloßen Ausbesserungen in der Staatsmaschinerie, der Verfassung und Verwaltung, ist es nicht gethan.

In dem fraglichen Aufsatz wird nun zunächst auf den schlechten Stand der Bodenkultur in Oesterreich hingewiesen. Trotz seines sprichwörtlichen Naturalreichthums steht Oesterreich in der landwirthschaftlichen Produktion, und demgemäß in der Ernährungsfähigkeit, hinter den übrigen Großstaaten, Rußland natürlich ausgenommen, bedeutend zurück. Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist in Oesterreich bekanntlich noch nicht 3000 Einwohner auf die Quadratmeile (im Norddeutschen Bund fast 4000, in Frankreich 3700). Um dieses ungünstige Ergebniß zu erzeugen, wirken verschiedene Ursachen zusammen. Zunächst hat Oesterreich noch fast ebenso viel Wald als Ackerland (während z. B. in Preußen der Wald, noch vollkommen ausreichend, nur 1/4 des Gesammtareals enthält), nämlich 60 Millionen Morgen und dazu noch gegen 30 Millionen Morgen Weiden. Das Schlimmste aber ist, selbst der bebaute Boden bringt nicht die Hälfte, ja kaum ein Drittel der Erzeugnisse, welche er bei rationeller Bewirthschaftung bringen müßte, und trotz der kolossalen Weideflächen deckt die Viehzucht noch nicht ganz den einheimischen Bedarf; die Einfuhr ist immer noch größer als die Ausfuhr.

Zu Alledem kommt nun die Geldkalamität; billige Hypotheken sind natürlich in einem Lande nicht zu haben, wo der Staat als Schuldner die höchsten Zinsen gibt, eben so schwer sind Güter gegen baar zu verkaufen; haben doch die Staatsgüter, aus Mangel an geeigneten Käufern, trotz vortheilhafter Anerbietungen, noch nicht zu Gelde gemacht werden können. So geht denn die Landwirthschaft von Tag zu Tag mehr zurück, der wichtigste Nahrungszweig für 2/3 der Bevölkerung.

Dieselben Schäden drücken auf die Industrie. „Die zurückgebliebene Cultur der Volksmassen, die Mangelhaftigkeit des Kommunikationsnetzes, das Fehlen des Baarkapitals erklären die Protektionsbedürftigkeit; die Thatsache, daß die größten Fabrikanlagen auf den Gütern der Aristokratie sich befinden, trägt nicht wenig dazu bei, daß der Protektionsdruf nicht ungehört verschallt. Es ist eine Kette von Uebeln, ein jedes wieder Ursache und Wirkung, an denen die Volkswirthschaft darniederliegt, schwer heilbar, weil die österreichische Staatswirthschaft dieser Uebel schlimmstes ist."

„Doch aus noch schlimmeren wirthschaftlichen Zuständen kann ein Volk sich emporarbeiten, zumal bei solchem natürlichen Reichthum, wenn es Jugendfrische, Arbeitsamkeit, Vertrauen zu sich selbst besitzt. Doch es gibt kein österreichisches Volk und, statt des Selbstvertrauens, ist in diesem Lande ein tiefes gegenseitiges Mißtrauen der Nationalitäten und einzelnen Stämme unter einander, und ein allseitiges gegen die Regierung, die Lebenslust, die das Reich athmet."

Der Verf. führt nun zunächst die ziemlich bekannten Thatsachen der Nationalitätenstatistik vor, und die aus ihnen sich ergebende immer weitere Zurückdrängung der deutschen Elemente. Nur das Erzherzogthum und das kleine Salzburg sind, wie man weiß, reindeutsch zu nennen, in dem ganzen ehemaligen Bundeslande sind, unter 13 Millionen Einwohnern, kaum 7 Millionen Deutsche. Es ist aber auch nirgends auf deutschem Boden das deutsche Element so zurückgeblieben, als in Deutsch-österreich, eine zweifellose Thatsache, trotz ununterbrochener Verbindung mit Deutschland! Nirgends ist bekanntlich das

Digitized by Google

Rückschreiten des deutschen Elements so stark und zugleich der Racenkampf so erbittert, als in Böhmen.

Die Tschechen finden ihren Hauptrückhalt an der Verbindung mit den übrigen Slaven; so wenig sich auch Nord- und Südslaven unter einander verstehen. Ueber alle ihre Verschiedenheiten „geht die gemeinsame Abneigung gegen die Deutschen und das Bewußtsein der Slaven, zusammen im Kaiserstaat die relative Majorität (14½ Mill.*) gegen 8 Mill. Deutsche, 5 Mill. Magyaren) unter allen Volksstämmen zu haben. Dies Gefühl allein gibt ihnen Kraft; vom österreichischen Kaiserstaat losgelöst, würden Böhmen und Mähren in nicht langer Frist germanisirt sein, Steiermark, Kärnthen und Krain würden nicht mehr Schwierigkeit machen.“

„In Wien mag man der Illusion leben, in einem Kulturstaate und in einem deutschen Staate sich zu befinden. Wer von uns, sei es als Feinde, wie wir, sei als Freunde, wie die Sachsen, mit dieser slavischen Landbevölkerung in nähere Beziehung getreten, hatte das Gefühl nicht, in einem modernen Staat zu leben, vom deutschen Staate gar nicht zu reden. Nicht, daß wir verschiedene Sprachen hörten, gab uns dies Bewußtsein, sondern, daß diese Menschen mit ihren verschiedenen Sprachen sich gegenseitig so glühend haßten, daß der Bauer in einer hartnäckigen Verstocktheit und in einem Fanatismus gegen deutsches Wesen und deutsche Sprache befangen ist, daß er bei seiner geistigen Beschränktheit ein reines Werkzeug, und ein sehr gefährliches, in den Händen seiner Führer sein muß. So hatten wir Alle dasselbe unheimliche Gefühl, Freunde wie Feinde, dessen sich Wenige wohl erwehrt haben: hier ist der Kampf der Elemente noch nicht überwunden, den der Staat hinter sich haben muß, will er mehr als eine dem Augenblick genügende Polizeianstalt sein. Die Kur in den böhmischen Dörfern wäre für die hartköpfigen Schwaben und andere Freunde Oesterreichs eine sehr heilsame, sie würden die Fundamente kennen lernen, auf denen ihr Fels und ihre Hoffnung, das deutsche Oesterreich, steht. Auch in Wien scheint diese Gefahr unterschätzt zu werden; je mehr sie steigt, desto mehr wird und muß sich die Stellung der Deutschen zum Hause Oesterreich ändern.“

Es leuchtet in die Augen, wie sehr der nationale und sprachliche Mischmasch die innere Einheit des Heeres beeinträchtigen muß. Die Seele jeder Armee, der lebendige Zusammenhang zwischen Befehlenden und Gehorchenden, wird dadurch geradezu gebrochen. Der Verf. weist dies im Einzelnen nach; es ist indeß auch dieser, in der That unheilbare, Schaden des österreichischen Heerwesens auch von Andern schon genügend beleuchtet worden. Wir erinnern nur daran, daß derselbe erst mit der neuern Kriegskunst, der Ausbildung des Tirailleurwesens und damit dem Hervortreten des Individuums, zu seiner ganzen Stärke sich entwickelt hat; es genügt da nicht mehr das Verständniß einzelner Worte, „hier sollen Beobachtungen treu wieder gegeben, genau verstanden und auf dieses Verständniß neue Instruktionen ertheilt werden; welche Fülle von Mißverständnissen, Fehlern und Aergernissen muß aus gegenseitigem Nicht- oder Halbverstehen hervorgehen.“ Zwar existirt eine Ordre in der österreichischen Armee, wonach jeder Offizier binnen Jahresfrist die Sprache seines Regiments erlernt haben soll; aber da es sich nicht um allgemeine Kultursprachen dabei handelt, die jeder gern und darum leicht lernt, sondern um magyarisch, wallachisch und die zahlreichen slavischen Dialekte, und da die Disposition über das Offizierkorps doch auch nicht ausschließlich nach Sprachkenntniß getroffen werden kann, so ist dieser Befehl auf dem Papier stehen geblieben. Nicht Benedek, noch das Zündnadelgewehr, noch der Nebel von Chlum, sondern der nationale Mischmasch der kaiserlichen Armee, gegenüber einer Nationalarmee voll Muth und Spannkraft, Energie und Intelligenz unter ausgezeichneter Führung, hat solche Niederlage und solche Flucht verschuldet.

*) Dieser Anschlag ist viel zu gering, wie sich schon daraus ergibt, daß die Summe der Zahlen des Vf. weit hinter der Ziffer der Gesammtbevölkerung — wenigstens 33 Millionen — zurückbleibt. D. H.

Indeß, Freiheit und Bildung können auch nationale Differenzen lösen und eine Harmonie der Interessen herstellen, wo die Gleichheit des Ursprungs und der Sprache fehlt. Dies beweist z. B. die Schweiz. Oesterreich aber suchte die Rettung aus dem Abgrund, welchen die nationalen Wirren von 1848 eröffnet hatten, bekanntlich im — Konkordat. Damit ist Alles gesagt. Die Folgen liegen vor, und lassen sich in Jahrzehnten nicht beseitigen. Das System, das mit dem Konkordat eingeleitet war, hat nicht einmal unmittelbar etwas genutzt, denn der Klerus hat überall für die Nationalitäten gegen die Reichseinheit Partei genommen; denn, wie der Verf. mit Recht bemerkt, „die Reichseinheit kann in Oesterreich nur auf der Basis des Deutschthums zu Stande kommen, nur das deutsche Element kann den Kitt des Reiches bilden, wegen seiner allgemeinen Verbreitung, der Einheit der Sprache, der Kultur und Intelligenz. Aber die Gefügigkeit eines Volkes gegen seine Führer steigt mit seiner Abgeschlossenheit, also muß man die kleinen Stämme und Stämmchen vorziehen, und, wie immer beschaffen, Deutschthum bleibt Bildung, Deutschthum Freisinn; wie kann man vom Klerus verlangen, seine göttlichen Interessen den Reichsinteressen hintanzusetzen?“

Es werden dann die Früchte beleuchtet, die das System für den Volksunterricht und die Volksbildung entwickelte. In Deutschösterreich steht es damit immer noch am besten, aber schrecklich in den übrigen Ländern aus; 1857 waren von den Rekruten des Schreibens kundig, in Niederösterreich unter 2649: 2323, in Böhmen von 11,111: 6600, in Dalmatien von 928: 9. — Das Gesammtbild des geistigen Zustands in Oesterreich zeichnet der Verf. wie folgt: „Der Geistesdruck, der den Bauer in Fanatismus und Robheit erhalten, hat in den Mittelständen Stumpfsinn und Leichtsinn, Schwäche und Mattheit im Denken und Wollen hervorgebracht, ein leichtlebiges fast französisches Element charakterisirt die Deutschen Oesterreichs, liebenswürdig und nur allzu gefällig, zeigen sie wenig von jenem soliden festen Wesen, das sonst auch den Süddeutschen eigen ist.“

Der Verf. kommt dann auf die Beamtenschaft, ihre mangelhafte Bildung, ihre Denkfaulheit und mechanische Behandlung der Geschäfte, ihr schwaches Pflichtbewußtsein; doch können wir das, weil ziemlich bekannt, übergehen, ebenso die Ausführung über die Finanzlage. Wir schließen mit Anführung dessen, was über die Stellung unserer deutschen Landsleute im Kaiserstaat gesagt wird: „Von allen Völkern, welche Oesterreich bilden, haben die Deutsch-Oesterreicher am wenigsten Interesse an der Erhaltung des Reiches. Man fördert sie mit der Ausbeutung der materiellen Interessen des Reiches, aber welches Reiches! Eines aus Slovaken, Tschechen, Kroaten, Ruthenen und anderen in der Kultur zurückgebliebenen Völkern vorzugsweise bestehenden Reiches. Wo ist die materielle Blüthe der Deutschen, zu deren Erlangung eine gesunde Volkswirthschaft auf dem deutschen Boden nöthig wäre, und die sie, bei Fortdauer der österreichischen Zustände, nicht erhalten, und wenn das Reich noch dreimal so groß ist? Sie allein von allen Deutschen sind zurückgeblieben in ihrem Wohlstand, der dabei noch auf völlig unsicherem Grunde ruht, sind zurückgeblieben in ihrer geistigen Ausbildung. Und über einem materiellen Segen, der nicht vorhanden ist, sollten sie nicht merken, daß der deutsche Boden unter ihren Füßen zu wanken anfängt? Daß es dem Bunde ihrer „deutschen“ Regierung mit all' den unkultivirten Nationalitäten gelungen ist, das deutsche Element zum Stillstand zu bringen, ja eine retrograde Bewegung einzuleiten? Sicherheit vor dem Fortschreiten der slavischen Bewegung auf deutschem Boden kann gar nicht mehr der österreichische Staat mit seinen zahlreichen Slaven gewähren, nur der unmittelbare Anschluß an Deutschland vermag diese Bewegung zu hemmen. Was Oesterreich seinen Deutschen bietet, ist ein armseliges Linsengericht, gegenüber der Blüthe, welche dieser von der Natur so reich gesegnete Boden allein durch das Eindringen deutschen Kapitals, durch die Intelligenz deutscher Landwirthe, durch die Sorgfalt eines Beamtenthums erfahren würde, das seiner Aufgabe gewachsen ist; und nicht zuletzt würde der Segen des deutschen Staates von dem niederen Klerus empfunden werden, der, für

Digitized by Google

das Concordat begrüßert zu sein, keinen Anlaß hat, und, wenn zuletzt, doch nicht am wenigsten, auch von jenen Kavalierern, die ihre Scheingröße vom einem geschierten Reichthum verunzieren würden. Die österreichischen Zustände sind eben derartig geworden, daß, den hohen Klerus ausgenommen, schon jeder Stand die wichtigsten staatlichen Bedürfnisse nicht mehr befriedigt sieht. Dauern sie fort, so wird bald Deutsch-Oesterreich den Tag, von Königgrätz gegnen, der einen Staat geschaffen, welcher Macht und Willen haben wird, diesen deutschen Boden für die deutsche Nationalität zu bestellen."

Politische Literatur.

„Ein offenes Wort an die Landbewohner" ist der Titel eines Flugblatts von Friedrich Hennberg in Gotha, welchem die weiteste Verbreitung zu wünschen ist. Die kleine Schrift behandelt die gegenwärtige Lage Deutschlands und insbesondere die Stellung und die Aufgabe des Norddeutschen Parlaments vom Standpunkte der Nationalpartei in einfacher und eindringlicher Sprache, die zum Verstande und zum Herzen geht. Hier eine Probe derselben.

„Wollen wir mit Preußen, sagt der Verfasser, den Anfang zu einem großen Deutschland im Norddeutschen Bunde machen, so müssen vor allen Dingen die Mittel dargestellt werden, daß wir uns als ein großer Körper zur Wehre setzen können, wenn wir bei unseren Werke gestört werden sollten. Wenn man dies auswärts sieht, so wird man die Störung am ersten unterlassen."

„Wer kommen wir nun an den Punkt der Gerechtigkeit. Wollen wir einen deutschen Staat haben, so müssen wir auch die größte Last, die Militärlast, gleichmäßig tragen. Wie sollen die Preußen dazu kommen, einen Theil der Last für uns mit zu tragen, wenn doch der Vortheil gleichmäßig einem Theil mit zufließt? Ich bin der Meinung, offen heraus mit der Sprache der Gerechtigkeit: wir dürfen uns vorüber nicht gegen sie wehren und die Grundlosen verschwachen; es ist gewiß, daß wir verpflichtet sind, die Militärlast nach gleichem Stole mit zu tragen, auch wenn es uns noch zehn Mal sauer fällt, als den Preußen, die schon treu gewohnt sind."

Nachdem Herr Hennberg hierauf den Gedanken des auf 10 Jahre zu bewilligenden Normal-Budgets mit dem entsprechenden Satz von 225 Thlr. für jeden zu stellenden Soldaten scharf beurtheilt und als ein nur für den äußersten Nothfall zu machendes Zugeständnis dargestellt, fährt er fort: „Wir aber wollen gar nichts verstecken und verstellen und behalt kommen wir nieder auf die Scheere der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit. Die Nothwendigkeit ist, das sagt sich jeder halbwegs Klarsehende, daß in dem jetzigen Augenblicke die deutsche Militärmacht nicht geschwächt, sondern, bis wir fertig sind mit der deutschen Verfassung, dauern verstärkt werde, daß vorerst Alles auf den preußischen Fuß in Bis Aller gebracht werden muß. Man kann in einer solchen Zeit der Entscheidung und des Uebergangs keinen solchen festen Körper umwühlen und umgestalten. Dazu, daß dies bewerkstelligt werde, müssen Alle gleichmäßig die Opfer bringen und die Opfer, welche man mit Grund verlangen wird, werden schwer sein. Da gilt kein Hadern und Bäsaelkoppern, sie müssen sie gleichmäßig bringen, das verlangt die gegenseitige Gerechtigkeit. Kein Volk, das seine Freiheit und Einheit errungen hat, hat sie ohne so schwere Opfer an Gut und Blut der Landesfohne errungen. Der Deutsche kann nicht vertangen, daß er sie, wie einen Schatz, mit der kinglichen Leichtigkeit des Besitzes hatte und nur zugreifen braucht nach den Goldmünzen. Wenn wir einig sein wollen, müssen wir zuerst gerecht sein; das ist der einzig ehrenhafte, sichere und vortheilhafte Weg."

„So wird sich also darum handeln, daß man die vorübergehenden großen Opfer darzubringen sich entschließt, sich aber das Recht der gesetzlichen Ordnung des Militärwesens nach dem Bildungs- und Vermögensstande des Volkes, mit Rücksicht auf die europäischen Verhältnisse, sowie das Gesetzvertheilungsrecht entscheiden verwahrt. Ohne das würde jede deutsche Verfassung nur ein einer Unterdrückung des Volkerrechte sein, so daß wir ganz von vorn wieder anfangen müßten."

„Es ist aber auch klar, daß dies der einzig sichere und vortheilhafte Weg ist: sicher, weil nur so Alle das gleiche Schicksal theilen und im Verhältniß zufrieden gestellt werden können, an eine Einigung aber gar nicht zu denken ist, wenn Jeder blos seinen Vortheil sucht; einigen wir uns aber nicht, so werden wir ganz sicher, so oder so, eine Beute der Verwirrung und Gewaltherrschaft. Vortheilhaft aber ist es, weil klar ist, daß wir zu unseren Lasten für die übrigen Bundesbedürfnisse, welche das Landbedürfe verlangt, als da sind Chausseen, Armenwesen, Gesundheitspflege, Bildungsanstalten und Volksschulwesen, Polizei und Justizpflege u. s. w., mit einem Worte für eine fördernde Regierung in Gemeinde und Staat, auf die Dauer nicht eine so große Militärlast tragen können, ohne daß das Gedeihen der Friedenskräfte beschädigt wird. Ja den Kleinstaaten ist das nun ganz besonders auffallend und wenn wir erst alle zusammen gehören, werden die Preußen ganz sicher auch nur dann gerecht gegen uns sein können, wenn wir es gegen sie gewesen sind. Bekanntlich ist aber den Preußen, trotz der Bewilligung, die jetzige Militärlast ebenfalls zu drücken und sie streben nach einer Erleichterung, wovon zeigt nach dem Kriege fürs Erste nicht weiter die Rede sein kann. Der Streit darüber ist einstweilen bei Seite gelegt und Jedermann sagt sich, daß er im Norddeutschen Bunde ausgeschieden werden muß. Wenn also das deutsche Volk, Preußen sammt Coburg-Gotharn, Sachsen u. s. w., sieht, daß die Last Allen zu schwer wird, dann werden sie, wenn der Zeitpunkt gekommen, d. h. der Norddeutsche Bund beseitigt ist, mit Festigkeit und Gleichgesinnt in die Militärfrage herantreten und sie so lösen, wie es die Ziele eines freien Volkes, im Einklang mit seiner Bildung und seinem Wohlstand, fordern. Dann werden wir alle in Reih und Glied mit den Preußen streiten und es wird, bei unbiegsamen Rechtsgefühlen und nach Beseitigung der dringenden nationalen Bedürfnisse, der Widerstreit mit der Regierung weit eher durch einen billigen und vernünftigen Ausgleich beseitigt werden können. Wir wollen das Militär als eine nothwendige Anstalt des Staates hoch in Ehren halten, aber ihm vereint im deutschen Staat keinen größern Spielraum zulassen, als die Sicherheit der auf den Frieden gerichteten Arbeit in Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe, Ackerbau und Hauswerk angelegten Staatsgesellschaft es erfordert und zuläßt. Daß das Volk das unbedingte Steuerbewilligungsrecht nicht blos in Bezug auf das Militärwesen, sondern für alle Staatszwecke haben muß, versteht sich ganz von selbst."

— Ringblatt XII des Nationalvereins ist gegen Ende des vorigen Monats an die Vereinsmitglieder versandt worden. Wir entlehnen demselben den folgenden Anfang:

Wenn die Ereignisse des vorigen Jahres unser Programm in einigen Punkten durchkreuzt haben, so haben sie dasselbe in andern und wichtigeren Stücken um so vollständiger erfüllt und gerechtfertigt. Oesterreich hat aufgehört, das wiederwärtigste Hinderniß der deutschen Einigung des übrigen Deutschland zu sein; Preußen steht unbestritten an der Spitze der Nation; die Einberufung eines, wenn auch zunächst nur norddeutschen Parlaments ist eine ausgemachte Sache.

Auf solcher Übergang des Gewinnes und Verlustes, des Krieg und Frieden der deutschen Nationalsache gebracht hat, stellt sich schließlich ein beträchtlicher Ueberschuß zu Gunsten derselben heraus. Wer von uns möchte den heutigen Zustand der Dinge wieder vertauschen mit demjenigen, welcher dem Kriege vorherging! Die Schmutzsucht nach der Bevormundung Ueberlassen mit den absetzigsten Fürsten, der preußischen Oberherrschaft, den Einzelnen der weggefallenen Civilisten, den ultramontanen Freunden des Hauses Habsburg und den schwäbischen Radikalen. Letzter die Gegenwart den großen Interessen der Nation noch in keiner Weise Genüge, so gibt sie uns doch sichere Anwartschaft auf eine befriedigende Zukunft. Die deutsche Verfassungsfrage ist aus den luftigen Höhen der Spekulation und Phantasie auf den festen Boden der Thatsachen heruntergetragen, und zwar unter Umständen, welche eine praktische Lösung versehen binnen kürzester Frist für die preußische Dreschmacht selbst zur Nothwendigkeit machen. Der parlamentarischen Vertretung von dreißig Millionen Deutschen ist er vorbehalten, ein mitentscheidendes Wort dabei zu sprechen. War der deutschen Kriegsmacht das mit Oesterreich endlich ehrenvoll wieder Beperkt bekommen, der sich mit der bewundrigen Organisirung des Norddeutschen Bundestheeres in ungeahnter Weise steigern wird. Die Einheit Deutschlands, als Ziel der Nation, welcher Deutschland fünfzig Jahre lang in Unbeweglichkeit und Ohnmacht erhalten hat.

Mit dem Allen ist eine große Vorarbeit zu dem politischen Aufbau des Bundesstaates geliefert, welche als Grundlage der ganzen Arbeit auch von Denen angenommen werden muß, die von vornherein einen andern Plan vorgezogen haben würden. Die Lösung der Nationalpolitik heißt jetzt: Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum vereinigten Deutschland.

Aber, werdet man ein, Preußen selbst, wie man von dem Bunde wiederholt erklärt, will nicht, daß Süddeutschland in den neuen Bund trete; Preußen kann und will sich nicht von der Verabredung mit Frankreich losſagen, kraft deren es an der Mainlinie Halt gemacht; es scheut überdies die mit dem Umfange des Bundesgebiets wachsenden Schwierigkeiten der Gesetzgebung und Gesetzhandhabung. Alle diese Worte, welche in solchen Dingen die Verstärkung, welche die liberale Opposition im Süden finden würde: kann man also der Berliner Politik mit Anstand die Hand reichen, die unfehlbar zurückgewiesen werden wird, soll man um eine Kufnahme „betten", die im Voraus abgeschlagen ist?

Es hat seine Richtigkeit damit, daß der politischen Verschmelzung Nord- und Süddeutschlands noch schwere Hindernisse entgegenstehen und in erster Reihe derselben allerdings der Widerstand Frankreichs, welcher um so weniger gering anzuschlagen werden darf, als die in Betreff des französischen Volkes und Heeres den gemeinsamen Interessen der Politik des Tuilerieencabinetts in diesem Widerstand begegnen. Preußen hat darin, wie schon gesagt, einen hinreichenden Grund gefunden, mitten im vollen Siegeslauf stehen zu bleiben und wird sich dadurch ebne Zweifel auch künftig abhalten lassen. Süddeutschland Gewalt anzuthun. Vorausgesetzt aber, wo der Süden dem Norden freiwillig entgegenkommt, fällt für Preußen und Deutschland jener Grund zur fernern Berücksichtigung des Redes und der Eifersucht Frankreichs hinweg. So gefährlich uns die Franzosen bei einem deutschen Familienstreit werden können, so ohnmächtig würde ihr etwaiger Versuch der gewaltsthätigen Störung unserer Versöhnung und Einigung sein.

Die anderweitigen Gründe gegen die Aufnahme Süddeutschlands in den neuen Bund, welche man der preußischen Regierung unterlegt, sind bis auf Weiteres blose Vermeidungen ohne genügenden Inhalt. Die Berliner Cabinetspolitik hat niemals verlauten lassen, daß sie den süddeutschen Liberalismus für zu gefährlich halte, um Gemeinschaft mit demselben pflegen zu wollen, und daß das Bismarck'sche Regiment sich wenigstens heimlich mit solchen Besorgnissen trage um in wesentlichen Dingen dadurch beirrhaften lasse, ist, bei seiner sonstigen Selbstgewerficht, nicht gerade wahrscheinlich. Es widerspricht vielmehr dem ganzen Charakter der heutigen preußischen Politik, daß sie aus Furcht vor der liberalen Opposition darauf verzichten sollte, ihr Machtziel bis an seine natürlichen Grenzen auszudehnen, die zur dauernden Sicherheit derselben unentbehrlich sind. Gilt

schon in dem deutschen Kriege für Preußen der Sap: wer nicht für mich ist, der ist wider mich, so wird sich derselbe beim nächsten europäischen Krieg in Bezug auf die sämmtlichen deutschen Staaten unter doppelt verhängnißvollen Umständen bewähren. Für einen solchen Fall, der unter allen Umständen nicht lange ausbleiben wird, kann die Frage von der Zugehörigkeitsfreiheit oder Feindschaft Süddeutschlands eine Frage von Sein und Nichtsein für Preußen werden. Doch das Interesse Preußens, sich Süddeutschlands ein für alle Mal zu versichern, ist zu einleuchtend, als daß es demselben zu werben brauchte und es wäre eine Kränkung wider den gesunden Menschenverstand, daß diesem Interesse gegenüber eine schwache müthige und schwachköpfige Scheu vor liberaler Anschauung ins Gewicht fallen könnte.

Damit erledigt sich denn auch der Widerspruch gegen das vorgebliche „Bieten" um die Zulassung in den Bund. Süddeutschland hat nicht bloß zu empfangen, sondern auch zu geben und kann, wenn nicht den Zaglern, so doch dem Werther nach, eben soviel geben, als es empfängt. Süddeutschland soll auch nicht etwa bitten, sondern fordern, sich nicht um seine Gunst bewerben, sondern sein Recht verlangen. Wie das bereits Volk seine politischen Forderungen, den Machthabern gegenüber, Jahrzehnte lang geltend gemacht, und theilweise durchgesetzt hat, ohne sich dabei das Mindeste zu vergeben, so hat jeder deutsche Volksstaat seine nationalen Ansprüche auf die Staatsgemeinschaft des gesammten Deutschland zu bethätigen, nicht als Bittsteller sondern als Gläubiger.

Es fehlt inzwischen nicht an anderweitigen Vorwänden, das deutsche Volk an seinen eigenen Einheitsbestrebungen irre zu machen und dem das jetzt deutlich vor Aller Augen aufgerollte Ziel derselben zu verdächtigen. Fort mit der Einheit, ruft man aus, die war von einem Bismarck geboren wird. Keine politische Gemeinschaft mit dem heutigen Preußen; der süddeutsche Bund sei die Losung! Daß der Bildung eines süddeutschen Bundes unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, braucht, als eine Redensart, hier nicht nachgewiesen zu werden. Der Punkt, auf den allein es im Grunde ankommt, ist der Gedanke, von welchem der Plan des Südbundes zeugt. Dieser Geist verleugnet die Gegenwart und die Zukunft der Nation. Er kennt keine deutsche Pflicht, sondern nur einen bairischen, schwäbischen u. s. w. Vorthell. Es ist der nämliche Geist, welcher die Schweiz und die Niederlande von Deutschland trennte, welcher Elsaß und Lothringen mit der französischen Eroberung ausgeliefert hat. Sich dem gemeinschaftlichen Schicksal des Vaterlandes zu entziehen, um sich diese oder jene Last zu ersparen, um sich diesen oder jenen Vortheil zu sichern, dafür gibt es keinen andern zutreffenden Namen, als den des verrätherischen Abfalls von der Sache des eigenen Volks.

Vergebens, daß man diesen Abfall durch das Interesse der öffentlichen Freiheit zu beschönigen sucht. Und wenn alle Schätze der besten staatlichen Verfassung dadurch zu erkaufen wären, daß man sich von der deutschen Gemeinschaft der Nation losjagt, es wäre darum nicht weniger eine ehrlose Ueberlisterei. Glaubt man, daß irgend eine französische Provinz, um alle politischen Güter der Welt, sich von dem heutigen Kaiserreiche trennen würde? In einem solchen politischen Schacher haben die Franzosen zu viel Verstand und zu viel Achtung vor sich selbst. Bei aller Verschiedenheit sonstiger Verhältnisse aber sind die Pflichten gegen die Nation in Deutschland nicht anderer Art als in Frankreich.

Man mag annehmen, wenn man will — obgleich es nichts weniger als ausgemacht ist — daß die Schweiz und die Niederlande bei der Trennung von dem stukenden deutschen Reiche mehr gewonnen als verloren haben. Heute liegen die Dinge anders, heute könnte ein Versuch der Nachahmung jenes Weltpreis nur auf einen großen Selbstbetrug hinauskommen. Die deutsche Geschichte bewegt sich augenscheinlich wieder in aufsteigender Linie und die innere Entwickelung, welche Jahrhunderte lang auf eine immer größere Zersplitterung hinarbeitete, ist im mächtigen Rückkauf nach der entgegengesetzten Richtung hin begriffen. Gegen diesen Strom zu schwimmen, ist ein verzweifeltes Wagestück, das nimmermehr zum guten Ziele führen kann. Am wenigsten an dem sichereren Ufer der staatlichen Unabhängigkeit und der bürgerlichen Freiheit.

Zeitungsschau.

Ueber das Verhältniß Preußens zu Rußland schreibt die Zeitung für Nordeutschland: „In einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde die Regierung von einem Mitgliede der polnischen Fraction darüber interpellirt, welche Schritte sie zu thun gedächte, um auf die Abstellung der von russischer Seite in neuerer Zeit für die preußisch-russische Grenze angeordneten Verkehrshemmungen und sonstiger Vexationen preußischer Staatsangehöriger zu dringen. Ein langes Sündenregister wurde zur Begründung der Interpellation aufgerollt, das aber allerdings nur dann ganz am Platze gewesen wäre, wenn an Stelle des Grafen Bismarck Fürst Gortschakoff dem Interpellanten gegenübergesessen hätte. Graf Bismarck hat im Verlaufe der gegenwärtigen Landtagssession nur selten das Wort ergriffen. Nur wo eine Vorlage, deren Durchbringung die Regierung dringend wünschen mußte, hart bekämpft wurde und die Annahme sehr fraglich war, trat er auf. Dann aber immer mit einer wohl durchdachten, große Gesichtspunkte eröffnenden Rede, die ihres Eindrucks und der beabsichtigten Wirkung nie verfehlte. Die Reden des Grafen Bismarck waren immer parlamentarischer Thaten. Von keiner anderen gilt dies aber vielleicht so sehr, als von derjenigen, welche als Antwort auf die Interpellation des Abgeordneten v. Wallgorski vom Ministertische erging. Nicht die ironische Behandlung, welche dem Interpellanten dafür zu Theil wurde, daß er von der preußischen Regierung eine Einwirkung auf die russische Gesetzgebung und innere Verwaltung verlange, nicht die sachliche und überzeugende Erörterung von der Unausführbarkeit des Vertrages vom 3. Mai 1815 und der in demselben verbrieften Herstellung des alten polnischen Reiches als einer Einheit wenigstens auf dem Zoll- und Handelsgebiet, nicht die Anekdoten über Schmuggelwesen und die zahlreich eingestreuten witzigen Wendungen, die unter Anderm mit Humor an den Ton erinnerten, in welchem früher Abgeordnetenhaus und Ministerpräsident mit einander zu sprechen pflegten; nicht dieses Alles fesselte in der ausführlichen Rede sofort die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses, als die, bei aller Höflichkeit gegen die russische Regierung, doch rückhaltlose Art und Weise, in welcher der Ministerpräsident sich über die Verkehrtheit und Verderblichkeit der eigenen Interessen am schwersten schädigenden russischen Zoll- und Handelspolitik aussprach, die Art, wie er deutlich genug dem in Rußland getriebenen Unwesen Schmuggel den legalen gegenüberstellte, die Unbefangenheit, in der ein preußischer Minister russische Zustände überhaupt kritisirte; hierin erblicken wir die Bedeutung der Bismarck'schen Rede. Dieselbe fand in der Thronrede einige einen sehr gespannten Zuhörer an dem ältesten Mitgliede der russischen Gesandtschaft. Der Herr kaiserlich russische Staatsrath wird gewiß den ausgesprochenen Wunsch des Grafen Bismarck erfüllen und seinem Chef die Ansichten von dessen Berliner Collegen mittheilen. Der Herr Fürst Gortschakoff aber kann sich die Regionen denken, wenn er die Stellung, die Preußen bei seinem Amtsantritt im April 1856 gegen Rußland einnahm, mit derjenigen vom Januar 1867 vergleicht. Wie sind Dinge umgekrempt, nicht in Petersburg allein, sondern ebenso auch in Paris und London und die jüngste Rede des Grafen Bismarck Aufsehen erregen. Sie wird als ein Zeichen dafür angesehen werden, wie anders und wie viel selbständiger das preußische Cabinet seiner Stellung zu dem russischen jetzt auffaßt, als es vordem, ein halbes Jahrhundert hindurch, der Fall war."

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wiesbaden, 9. Febr. Die auf gestern Abend von Herrn Prokurator Schenk berufene Versammlung der hiesigen Nationalvereinsmitglieder war von nahe 200 Personen besucht. Auf der Tagesordnung standen die Parlamentswahlen, die Domänenfrage, die Jagdgesetzgebung. Herr Enss, Redakteur der Mittelrh. Ztg. debattirte die Wahlfrage und die Aufgabe des Norddeutschen Parlaments. — Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung besprach Direktor Schenk. Er wies nach, daß die Domänen rechtmäßiges Staatseigenthum und, in Folge der Einverleibung des Herzogthums in Preußen, Eigenthum des preußischen Staates geworden seien. Jedes Abkommen bezüglich der Domänen in anderem Sinne sei rechtlich undenkbar. Die liberale Partei wünsche, daß dem Herzoge von Nassau eine Rente aus den Domänen zugesichert, der wirkliche Grundbesitz aber dem Staate erhalten werde. — Dr. Braun debattirte in einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage die Jagdfrage. Die Abschaffung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden sei schon lange eine dringliche Forderung gewesen, und unsere neue Regierung möge wohl erwägen, wie sehr der bäuerliche Grundbesitz durch das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden beschädigt werde. Schließlich wurde noch die Einrichtung einer Petition an das Ministerium in Berlin in diesem Sinne beschlossen. — Herr Schenk beantragte die Abhaltung von regelmäßigen Nationalvereinsversammlungen, einmal in jedem Monate. (Nach dem F. J.)

— In der letzten Versammlung der Londoner Nationalvereinsmitglieder wurde eine Zustimmungsadresse an den Fürsten Hohenlohe beschlossen, von deren Inhalt auch der bairischen Kammer, wie aus deren neuestem Sitzungsprotokolle ersichtlich, Anzeige gemacht worden ist.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 92. Heidelberg, den 21. Februar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Zur Geschäftsordnung des Reichstags. — Particularismus und Gesammtinteresse. — Die Flotte und Herr Bismarck. — Wahlpraxis. — Aus Preußen. — Aus Thüringen. — Das allgemeine Stimmrecht und der Socialismus. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 19. Februar.

* Sind die Reichstagswahlen nicht ganz so günstig für die Nationalpartei ausgefallen, als man erwarten durfte, so haben wir doch alle Ursache, Deutschland zu dem Verlaufe derselben Glück zu wünschen. Wie im Jahre 1848, so hat auch dies Mal das allgemeine und gleiche Stimmrecht die Probe gut bestanden, manche seiner mißtrauischen Freunde beruhigt und manche seiner bisherigen Gegner mit sich ausgesöhnt. Von allen Seiten kommen derselben Zeugnisse für die belebende und erhebende Rückwirkung, welche die Ausübung dieses bürgerlichen Amtes auf das Bewußtsein und die Haltung der Massen ausübt. Dem entsprechend ist auch das Gesammtergebniß der Wahlen, trotz einzelner Fehlrechnungen und Fehlgriffe, ein befriedigendes zu nennen. Die im Lande vorhandenen politischen Parteien haben, mit freien Händen und unter allgemeiner Betheiligung, ihre Kräfte gegen einander gemessen, und das Resultat ist ein unzweifelhaftes Uebergewicht der liberalen Nationalpartei. Eben so wichtig wie die Summe des Facits aber sind die einzelnen Posten, aus denen es sich zusammensetzt.

Zunächst haben schon die altpreußischen Wahlen eine, wenn auch schwache, nationalliberale Mehrheit ergeben, deren Bedeutung, der Berliner Cabinetspolitik gegenüber, durch diesen Ursprung natürlich sehr gehoben wird. Nicht minder stellt sich für die einverleibten Provinzen insgesammt ein Ueberschuß nationalliberaler Wahlen heraus. Von den sämmtlichen bundesgenössischen Landen endlich ist das Königreich Sachsen das einzige, welches Männer einer Gegenpartei in das Parlament schickt. Innerhalb jeder der drei Gruppen also, in welche das Bundesgebiet vermöge seiner Entstehungsgeschichte zerfällt, hat sich das Uebergewicht der Interessen und der Stimmen bewährt, welche die staatliche Einigung Deutschlands auf dem durch die Ereignisse des vorigen Jahrs gebahnten Wege und auf dem Boden der Volksfreiheit verlangen.

Nicht genug indessen, daß die Gegenparteien durchweg in der Minderzahl sind, werden sie durch die Schwäche ihrer Stellung doppelt ohnmächtig. Die conservativen Stockpreußen, die Männer des altpreußischen Königthums und der Junkerpartei müssen sich, wohl oder übel, zu der bundesstaatlichen Einigung Norddeutschlands bekennen, welche ihrer bisherigen Politik den Boden unter den Füßen wegzieht, wogegen die partikularistische Opposition, die aus Sachsen, Schleswig-Holstein und einem Theile von Hannover ihre Vertreter nach Berlin sendet, gar nicht umhin kann, nach der Seite der Freiheitsinteressen hin mit der liberalen Mehrheit gemeinschaftliche Sache zu machen, während sie auf die bundesstaatliche Frage gar keine Antwort hat, wenn man nicht ein im Sinne der Verneinung gemeintes Stillschweigen dafür gelten lassen will. Denn von der Thronbesteigung des Herzogs von Augustenburg, von der Wiedereinsetzung des Königs von Hannover und von der Wiederherstellung der unversehrten Souveränetät des Königs von Sachsen wird doch wohl schwerlich die Rede sein sollen.

So steht denn die Nationalpartei auf dem Reichstage zwischen zwei weit schwächeren Gegnern, deren jeder bis zu einem gewissen Punkte ihr nothgedrungener Bundesgenosse, und für welche eine ehrliche Verständigung unter sich ein für alle Mal unmöglich ist. Sie hat es lediglich mit der Regierung selbst zu thun, welche ihrerseits allerdings im ausschließlichen Besitz der wirklichen Staatsmacht, zu gleicher Zeit aber durch die brennendsten politischen Interessen daraf angewiesen ist, die bundesstaatliche Constituirung Norddeutschlands mit dem Reichstage zum Abschluß zu bringen. Mit einem Worte, die Nationalpartei ist die Meisterin der Situation, so weit und so lange sie die ungeheuren Vortheile ihrer Stellung mit Festigkeit und Mäßigung zu benutzen weiß.

Der von den Regierungen vereinbarte Entwurf der Bundesverfassung wird beim Reichstage voraussichtlicher Weise nur in wenigen seiner wichtigern Bestimmungen wesentlichen Widerspruch finden, in manchen andern dagegen der Ergänzung und nähern Feststellung unterworfen werden müssen. So namentlich in dem sehr unklaren Punkt des Budgetrechtes des Reichstags. Die Vertheilung der öffentlichen Gewalt auf den Bund und die Einzelstaaten ist nach dem Verfassungsentwurf so beschaffen, daß die vielfach laut gewordene Furcht vor übermäßiger Centralisation dadurch hoffentlich zum Schweigen gebracht werden wird. Der Reichstag wird viel mehr Ursache haben, auf Verstärkung, als auf weitere Abschwächung der Bundesgewalt hinzuarbeiten. Manche der Zugeständnisse, welche der Verfassungsentwurf den Einzelstaaten macht, zumal in militärischen Dingen, erklären sich vielleicht nur aus der Absicht, den süddeutschen Staaten den Anschluß an den Bund zu erleichtern, ein Zweck, der allerdings selbst große Opfer werth ist, nur daß man einstweilen keine Bürgschaft dafür hat, daß der dafür gezahlte Preis nicht weggeworfen sein werde. Eine Annäherung des Südens ist indessen auf den Stuttgarter Conferenzen, durch die getroffenen Verabredungen über gemeinschaftliche Annahme der Grundlagen des preußischen Militärsystems, wirklich erfolgt, und wenn jetzt von einem inzwischen eingetretenen oder bevorstehenden Wechsel der Gesinnungen der baierischen Regierung die Rede ist, so darf man solche Gerüchte einstweilen auf sich beruhen lassen.

— Nachdem sich das Wiener Cabinet endlich mit den Ungarn abgefunden, geht es darauf aus, sich auch mit den Deutschen auf einen leidlichen Fuß zu setzen. Unsre österreichischen Landsleute wurden von der eigenen Regierung bekanntlich von jeher wie die Stiefkinder des Hauses behandelt und das glücklich beseitigte Ministerium Belcredi insbesondere setzte die deutsche Nationalität mit einer empörenden Parteilichkeit gegen jede andere zurück. Herr v. Beust kündigt jetzt die Absicht an, hierin Wandel zu schaffen und wenigstens in zweiter Linie den Stützpunkt seiner Politik in Deutsch-Oesterreich zu suchen. Das unverständige Gebahren der bisher

Digitized by Google

von Wien aus besonders bevorzugten Tschechen hat der Regierung einen solchen Entschluß allerdings sehr nah gelegt. Kaum ist den Ungarn ein eigenes Ministerium bewilligt, so verlangen das Tschechenthum, dieser kleine Grenzrost, das nämliche Zugeständniß für sich, unbekümmert darum, daß er damit dem Kaiserstaate zumuthet, seine Selbstauflösung im Princip anzuerkennen und in der Praxis planmäßig zu betreiben.

— Es gereicht den Franzosen zum sichtlichen Trostе, daß die Thronrede ihres Kaisers auch dies Mal wieder als ein europäisches Ereigniß aufgenommen worden ist, zum Beweise, daß Frankreich noch nicht aufgehört hat, von der Welt gefürchtet zu werden. Von dem Inhalte der kaiserlichen Rede scheint die öffentliche Meinung weniger erbaut zu sein, obgleich derselbe sorgfältig darauf angelegt ist, der französischen Eigenliebe angenehme Eindrücke zu verschaffen. Daß Preußen sich der Neutralität Frankreichs versichert hat, ehe es sich zum Bruch mit Oesterreich entschlossen, daß die französische Einsprache den preußischen Waffen an den Thoren von Wien Halt geboten, daß die preußische Politik sich fortwährend angelegen sein läßt, die französische „Empfindlichkeit“ zu schonen — diese Erklärungen der Thronrede sind freilich ein wohlthuender Balsam auf die Wunden, welche die französische Eifersucht aus dem Kriege des vorigen Jahres davongetragen. Aber an den Erfolgen Preußens und an den dadurch geschaffenen neuen Staatszuständen Deutschlands wird durch alle jene schönen Worte nichts geändert, ja Napoleon III. spricht sogar unumwunden, und mit Berufung auf die Autorität seines großen Vorgängers, die Ueberzeugung aus, daß die Einigung Deutschlands in einem großen Nationalstaate ein unabwendbares Verhängniß ist, mit dem man sich ein für alle Mal abfinden muß.

Mit dieser Anerkennung der geschichtlichen Nothwendigkeit des deutschen Gesammtstaats gewinnt die französische Thronrede allerdings auch für Deutschland eine gewisse politische Bedeutung, die man indessen überschätzen würde, wenn man eine Art von Bürgschaft für ungestörte Fortentwickelung und Vollendung unsrer öffentlichen Verhältnisse darin suchen wollte. Richtige Erkenntniß und folgerichtiges Handeln ist zweierlei. Uebrigens bedarf es keines Beweises, daß die Politik des Tuilerienkabinets sich durch die am 14. Februar gesprochenen kaiserlichen Worte auch nicht einmal für den nächsten Tag zu irgend einem Thun oder Lassen verpflichtet hat.

Die nachdrückliche Erinnerung an den der Bismarck'schen Politik durch das Versprechen der Neutralität geleisteten Dienst und an den hinzudrein auf die Bismarck'sche Politik geübten Einfluß, wird in Berlin übel vermerkt worden sein. Während des Krimkrieges und in den Tagen von Solferino und Magenta sind von Berlin aus nach Paris hin ähnliche Dienste geleistet und vielleicht auch ähnliche Einflüsse geübt worden, ohne daß man einen besonderen Dank dafür beansprucht oder sich dessen gerühmt hätte. Wenn Napoleon III. dagegen seinen Antheil an den Ereignissen des vorigen Jahres heute mit eigenem Munde in die Welt hinausruft, so spielt er dabei sicherlich keine vortheilhafte Figur und Jedermann erräth, daß die Triebfeder seiner Großsprecherei keine andere ist, als die Angst. In Deutschland fehlt es natürlich nicht an Leuten, welche die französische Thronrede als vernichtendes Zeugniß gegen Herrn v. Bismarck behandeln, die es dem preußischen Minister als eine Nichtswürdigkeit anrechnen, daß er beim Kriege gegen ein, den Zahlen nach, weit überlegene Macht, sich wenigstens den Rücken frei zu halten gesucht, und die nicht umhin können, ihre äußerste Verachtung darüber zu bezeugen, daß Preußen lieber auf den Eingug in die österreichische Kaiserstadt verzichtet, als die Gefahr eines Bruchs mit Frankreich aufgenommen hat. Es ist schwer zu sagen, ob die Klugheit oder die Ehrlichkeit dieser Leute größer ist, von der Tapferkeit, die man ihnen aufs Wort glauben muß, ganz zu schweigen.

Das Mißlingen des mexikanischen Abenteuers wird von Napoleon III. in seiner Thronrede, wie es denn freilich im Augenblicke der Abberufung der französischen Truppen nicht anders möglich war, unumwunden eingestanden. Der Rückzug des Expeditionscorps geht mit allen militärischen Ehren vor sich, nur daß derselbe so und so viel tausend Mann weniger beimbringt, als von Frankreich ausgezogen waren, daß die schlesische Rechnung für das verfehlte Unternehmen sich doch in die Hunderte von Millionen belaufen wird und daß der politische Einfluß Frankreichs in Amerika dadurch mancherlei empfindliche Einbuße gelitten hat. —

Die zweideutigste Stelle der Thronrede ist diejenige, welche von der römischen Angelegenheit handelt. Die Einen wollen darin eine neue Bürgschaft für die weltliche Herrschaft des Papstes finden, die Andern deren gänzliches Preisgeben, indem die Anweisung derselben auf den Beistand „Europas“ eine leere Redensart sei. Diese letztere Auffassung gewinnt einen beträchtlichen Rückhalt dadurch, daß die ultramontane Partei, auf Kosten ihrer dringendsten Interessen, dieselbe für die richtige zu halten scheint.

Zur Geschäftsordnung des Norddeutschen Reichstags.

N Die unbegreifliche Verweigerung der unbedingten Druckfreiheit für die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags scheint der preußischen Regierung hinterdrein freilich allerlei Skrupel, ja sogar einige Reue verursacht zu haben; die gesetzlichen Wirkungen des begangenen Fehlers werden aber dadurch so wenig aufgehoben, wie die moralischen, vielmehr läßt sich die von dem Grafen Bismarck geschaffene Schlage nur noch durch die energische Selbsthülfe des Reichstags so weit verbessern, wie es die Würde und das Interesse einer großen parlamentarischen Versammlung verlangt. Der Reichstag und jedes einzelne Mitglied desselben ist der Nation und sich selber schuldig, dafür zu sorgen, daß ein buchpäblich getreuer und vollständiger Bericht über die bevorstehenden Verhandlungen abgefaßt und veröffentlicht werde — sich selber schuldig, im Namen seiner geschichtlichen Verantwortlichkeit, der Nation schuldig, kraft des großen Auftrags, welchen er von derselben erhalten und von dessen Ausführung er Rechenschaft bis ins Kleinste hinein abzulegen hat. Nach Maßgabe dieser Verpflichtung ist es unmöglich, daß der Reichstag überhaupt in die Geschäfte eintrete, bevor er sich freie Hand zur Erfüllung derselben geschaffen hat. Nach erfolgter Constituirung des Reichstags wird es die erste Aufgabe desselben sein müssen, von dem Berliner Cabinette die Mittel und die Gewähr für Herstellung und unverkürzte Veröffentlichung stenographischer Berichte zu verlangen. Sollte diese Forderung auf Hindernisse stoßen, sollte die Regierung die entsprechende Geldbewilligung verzagen, oder, mit Rücksicht auf die bestehende Gesetzgebung, die straffreie Veröffentlichung der stenographischen Berichte nicht verbürgen wollen oder können, so hätte der Reichstag des Weitern die eigne Hand an die Sache zu legen. Die erforderlichen Geldmittel wären durch Nationalsubscription aufzubringen und ein sicherer Druckort für die Berichte im „Auslande“ zu suchen. Es ist anzunehmen, daß die preußische Regierung es zu einem solchen Aeußersten nicht kommen lassen wird, noch sicherer aber darf man hoffentlich darauf rechnen, daß der Reichstag im Nothfall vor diesem Aeußersten nicht zurückschrecken würde. Sich auf Verhandlungen einzulassen, deren vollständige Aufzeichnung und Veröffentlichung nicht im voraus gesichert ist, wäre von Seiten des Reichstags ein noch viel schwererer Mißgriff, als derjenige, dessen sich Graf Bismarck durch Vereitlung des Paur'schen Antrags schuldig gemacht — eine Versündigung an dem sonnenklaren Rechte der Nation und an der eigenen politischen Ehre.

Partikularismus und Geschichtskunde.

N Daß die große Masse der politisch Ungebildeten, vor Allem das Landvolk, in den annektirten wie in den zum Norddeutschen Bund gezogenen Ländern, die neue Ordnung der Dinge keineswegs mit freudigen Augen betrachtet, ist ebenso gewiß wie begreiflich. Denn diese neue Ordnung bedeutet

Digitized by Google

für sie lediglich eine Steigerung der Ansprüche, welche „der Racker Staat“, um mit Friedrich Wilhelm IV. zu reden, an ihre Person und an ihren Geldbeutel stellt. Für alles Uebrige fehlt ihnen fürerst jedes Verständniß und jede Empfindung.

Ein Theil der hier in Betracht kommenden Bevölkerung, der ledige und flottirende Arbeiterstand — auch abgesehen von den Lassallianern, die sich ja geradezu für den Einheitsstaat erklärt haben — dürfte zwar durch die größere soziale Freiheit, wie sie in Preußen bereits besteht und vom Norddeutschen Reichstag hoffentlich für den ganzen Bundesstaat eingeführt wird, sich leicht und bald auch für die politische Neubildung gewinnen lassen. Nicht so die Landbevölkerung, deren begüterte eingesessene Angehörige in den sozialen Reformen, vor Allem in der Erleichterung der Ansässigmachung, vielmehr einen weiteren Grund zum Mißvergnügen finden dürften.

Nun ist wahr, daß in ruhigen Zeiten die Stimmung und Gesinnung der unteren Klassen, und besonders des Landvolks, wenig in's Gewicht fällt, und, wenn sie mit derjenigen der intelligenten und besitzenden in Widerstreit ist, doch dagegen nicht aufzukommen vermag. Ob das allgemeine direkte Wahlrecht hierin eine wesentliche und durchgreifende Aenderung bewirken wird, bleibt abzuwarten; wir bezweifeln es. Keinenfalls wird sie so radikal sein, wie in Frankreich, wo durch das allgemeine Stimmrecht das politisch gebildete Bürgerthum zu Gunsten des Landvolks so zu sagen mediatisirt ist, oder vielmehr *gewesen* ist; denn der Umschwung hat bereits begonnen. Doch, wie dem auch sei, eine ernstere Bedeutung gewinnt die Sache in Perioden der Aufregung und des Sturms, vor Allem im Kriege; alsdann kann der Mangel eines gleichgerichteten Zugs und Triebs in der Gesammtheit des Volks leicht verhängnißvoll werden. Wie machtlos die politisch gebildeten Klassen sind, -für sich allein und ohne Nachschub der Massen, hat sich voriges Jahr mit einbringlicher Deutlichkeit gezeigt. Aber dieser Fall, daß das ganze liberale Bürgerthum sich einer Politik widersetzt, die schließlich durch den Erfolg gerechtfertigt wird, bildet eine Ausnahme, die sich so leicht nicht wiederholen wird. Man nehme daggegen an, es käme zu einem Krieg mit Frankreich, in welchem wir Anfangs Unglück hätten, so daß ein großer Aufschwung der ganzen Nation, die opferbereite Hingabe aller ihrer Kräfte für die Rettung des Vaterlandes Noth thäte: dazu würde gehören, daß *alle* Klassen, in Stadt und Land, im Süden wie im Norden, ähnlich wie die Preußen 1813, eines Sinnes und Herzens zusammenwirkten. Welche Calamität, wie beschämend und unheilvoll, ja nach Umständen vernichtend würde es sein, wenn dann der größere Theil des Volkes fühl, gleichgültig, verdrossen zur Seite stehen bliebe!

Indessen, auch ohne so düstere Folgen, auch an sich, ist es zu beklagen, wenn in einem Volke der nationale Sinn und Geist bloß auf die Gebildeten beschränkt ist, und eine ganze große Schicht, ja die numerische Mehrzahl, außerhalb der elektrischen Strömung des vaterländischen Gemeingefühls steht. Es ist zu beklagen, um dieser Klasse selbst willen; denn mit der Liebe zum Vaterland, mit dem Sinn für seine Ehre und Größe, enthehrt sie eines der wichtigsten Antriebe geistig-sittlicher Erhebung und Veredlung. In dem besonderen Falle der annektirten Bevölkerungen kommt hinzu, daß man überall da, wo man kein Gefühl und Verständniß hat für das höhere Recht und Interesse der Nation, in der Zertrümmerung historischer Rechte durch Preußen lediglich einen brutalen Gewaltakt sehen muß, und dies kann nur demoralisirend wirken, das Rechtsgefühl verwirren und verletzen, und zugleich gegen die politisch Gebildeten, welche anscheinend dem bloßen Erfolg huldigen verstimmen und erbittern.

Wie ist nun aber zu helfen? Mit direkter politischer Agitation ist wenig zu machen, denn ihr fehlen die Mittel und Handhaben, um auf diese Kreise, namentlich um auf das Landvolk, irgend nachhaltig zu wirken. Würden wie auch z. B. massenhaft populäre Flugschriften auf das Land werfen, so hieße das Geld und Mühe verschwenden, denn die inneren Anknüpfungspunkte sind nicht da, die Leute *verstehen* uns einfach nicht, auch wenn wir noch so glatterständlich und ohne alle Fremdwörter schreiben, sobald wir von Dingen, wie von Preußens nationalem Beruf und dergleichen, zu reden anfangen. Der hannöversche und hessische Bauer hat wohl hin und wieder von Deutschland gehört, aber näher steht seinem Herzen sein Hannover oder Hessen, und warum diese zu Gunsten Preußens nicht mehr sein sollen, das geht ihm schlechterdings nicht in den Kopf.

Das Uebel muß an der Wurzel angegriffen werden. Der Partikularismus steckt allerdings tief im deutschen Blute; nur Seichtigkeit und Unkenntniß kann wähnen, es sei bloß das deutsche Landesfürstenthum gewesen, welches die Zersplitterung der Nation verschuldet habe. Als ob die Dynastien diese Jahrhunderte lange Arbeit hätten fertig bringen können, ohne die Sinnesart und das Naturell des deutschen Volkes für sich zu haben! Der nationale Gedanke ist in Deutschland ein Produkt der geschichtlichen Bildung. An dieser Bildung haben aber die unteren Klassen bisher keinen Theil gehabt, vielmehr sind sie mit bewußter Absicht, mit besonderer Beflissenheit seit dem Erwachen der Einheitsidee, in den Anschauungen und Ueberlieferungen des Partikularismus aufgezogen und festgehalten worden. Man braucht nur einen flüchtigen Blick in die meisten Geschichtslehrbücher der Elementar-, oft auch noch der höheren Schulen, besonders der Mittelstaaten zu werfen, um sich mit Schrecken hievon zu überzeugen. Die Unwissenheit über unsere Nationalgeschichte, die Ahnungslosigkeit darüber, daß es eine *deutsche* Geschichte gibt, was sie bedeutet, ist denn auch auf dem Lande und in den unteren Klassen, theilweise selbst noch im Kleinbürgerthum, unglaublich und haarsträubend. Zu schweigen von einer nähern Kenntniß z. B. dessen, was Preußens Staat und Volk Jahrhunderte hindurch für Deutschland geleistet haben: selbst Leute, die sich für gebildet halten, wissen lediglich vom alten Fritz und den Befreiungskriegen. Dafür kursiren die ruhmredigsten und verdrehtesten Fabeln über die Partikulargeschichte und ihre fürstlichen Helden; daß die Meisten darunter, als Vasallen des Auslands, Verräther an Deutschland waren, kommt den Leuten kaum in den Sinn. Das Erste, was zur Besserung geschehen muß, ist natürlich die Reform des Geschichtsunterrichts, so weit er überhaupt bisher ertheilt wurde, in der Volksschule. Auch auf dem Lande, und bei noch so beschränkter Zeit, kann Alles gelehrt werden, was nöthig ist, um in den Herzen der Jugend das Feuer der Vaterlandsliebe zu entzünden. In einem volksthümlich und mit dem rechten Geist geschriebenen Lehrbuche lassen sich die Hauptzüge der deutschen Geschichte auf wenigen Bogen zusammendrängen. Natürlich muß auch die Bildung des Volksschullehrers in diesem Sinne reformirt werden, und auch hier kommt es weniger auf die Masse des Stoffs an, als auf das richtige Verständniß.

Was die annektirten Länder angeht, so wird man und vielleicht ein, daß Preußen durch Einführung seiner Geschichtslehrbücher u. s. w. für das Erforderliche schon zu sorgen wissen werde. Und es ist ja richtig, daß die preußische Geschichte, neben derjenigen der übrigen Einzelstaaten, eine ganz unvergleichliche ist; ihre Lichtseiten sind zugleich, in den letzten Jahrhundert wenigstens, die einzigen, welche die Geschichte Deutschlands besitzt. Aber bei Alledem wäre doch sehr zu wünschen, daß das heutige, auf der Bahn zum Reiche vorwärtsschreitende Preußen, auch den Jugendunterricht mit der jetzt bewußt ergriffenen deutschen Aufgabe des Staates in Einklang bringt, und somit in seinen Geschichtslehrbüchern die deutschen Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund stellt, als dies bisher der Fall ist. Der hannöversche, hessische u. s. w. Partikularismus wird nicht schneller und leichter auszurotten sein, als wenn ihm nicht wieder ein Partikularismus, wenn auch ein macht- und inhaltsvollerer, sondern die nationale Idee, der große Gedanke des einen Deutschland entgegengestellt wird. Auch für das preußische Volk wäre es ein großer Segen, wenn allen seinen Klassen von Jugend auf dieser höhere und weitere Gesichtspunkt eingeprägt würde.

In den übrigen deutschen Staaten muß die Nationalpartei das Ihrige aufbieten, um die Regierungen zu der bezeichneten Reform zu nöthigen. Sie werden sich theilweise mit aller

Digitized by Google

Heftigkeit sträuben; man denke z. B., daß in sämmtlichen sächsischen Schulen deutsche Geschichte in unserem Sinne gelehrt würde, so gäbe es, über ein Kleines, keinen sächsischen Partikularismus mehr. Mittlerweile sollten wir allerdings thun, was freie Wirksamkeit thun kann, so z. B. dadurch, daß wir populäre deutsche Geschichtswerke abfassen ließen und zu möglichst billigen Preisen im Volke verbreiteten. Geschichte hört auch der Bauer gern, sie muß ihm nur mundgerecht gemacht werden. Ferner sollten unsere Genossen, mehr als bisher, in Arbeiterbildungs- und ähnlichen Vereinen, sodann mittelst der Volksbibliotheken, Kenntniß und Verständniß der deutschen Geschichte zu befördern suchen. Wie gesagt, so lange diese Kenntniß, so lange das Bewußtsein von dem, was wir waren und was und wie wir es geworden sind, dem Volke abgeht, ist bei ihm alles Reden über das, was wir werden müssen, verlorene Mühe.

Die deutsche Flotte und Herr Wichmann in Hamburg.

Ein Menschenalter lang hat Deutschland nach einer Kriegsflotte gerufen, durch deren Beschaffung der Nationalgeist, in dunklem Drange, eine Bedingung deutscher Größe und Macht erfüllt wissen wollte. Je tauber die Ohren der Regierungen für diese Forderung waren, desto hartnäckiger steifte sich der Sinn des Volkes darauf; im Binnenlande wie an den Küsten, und bis ins Hochgebirge hinein, wurde die deutsche Flotte eine wahre Herzensangelegenheit der ganzen Nation. Die Ausdauer, mit welcher lange Jahre hindurch die fast hoffnungslose Flottensache betrieben wurde, blieb nicht ohne Wirkung; denn sicherlich würde es ohne diese unermüdliche Agitation auch nicht einmal zu den ersten schwachen Anfängen der preußischen Flotte gekommen sein, diesem widerwillig betriebenen Werke einer gewissen politischen Schaam. Der Krieg gegen Dänemark brachte endlich die Erkenntniß der Unentbehrlichkeit der Seemacht in Berlin zum Durchbruch, und der Krieg des vorigen Jahres gab dem preußischen Staate die Mittel, dem anerkannten Bedürfnisse in reichem Maße Befriedigung zu verschaffen. Deutschland ist wenigstens nach der Seeseite hin zur Einheit gelangt, die preußische Regierung legt kräftig Hand an die Flottenarbeit, unser Volk hat die Aussicht, binnen einer verhältnißmäßig kurzen Zeit an dem langjährigen Ziele seiner maritimen Wünsche angekommen zu sein.

In dieser Lage der Dinge nun erstedt ein neuer Prophet in Hamburg, welcher uns schwarz auf weiß beweist, daß eine Flotte für Deutschland nicht bloß überflüssig, sondern sogar vom Uebel ist. Eine Kriegsflotte, wehklagt er, kostet Geld, viel Geld, sie nimmt der Handelsmarine einen Theil ihrer Matrosen weg, sie gibt den Seefahrern ein Gefühl von Sicherheit, welches ihrer Vorsicht, ihrer Schmiegsamkeit Eintrag thut, sie lähmt den Kaufmannsgeist, wie das Beispiel der Engländer und Franzosen zeigt, deren Handel in demselben Verhältniß zurückgegangen, wie ihre Seemacht gewachsen ist u. s. w.

Daß es hier oder dort einen verschrobenen Kopf gibt, der irgend eine volks- oder staatsfeindliche Schrulle ausheckt und in Umlauf setzt, ist eine alltägliche Erscheinung, an der man auch in dem heutigen Falle kaum Aergerniß nehmen sollte. Wenn aber eine solche Thorheit lauten Anklang findet, auch bei Solchen, die noch Tags zuvor als verständige Leute urtheilten und wollten, dann wird unsre Kaltblütigkeit auf eine harte Probe gestellt. — So dies Mal. Statt jenen Hrn. Wichmann in Hamburg mit seiner Flottenfeindschaft einen Narren auf eigne Hand sein zu lassen, ruft man ihm in der Presse ein vielfältiges Bravo zu. Dem Einen hat er das Herz erleichtert, dem Andern eine große Wahrheit offenbart, dem Dritten eine neue Waffe zu hämischen Ausfällen gegen Preußen geliefert. Es ist wahrhaftig um irre zu werden an der öffentlichen Meinung, oder doch wenigstens an ihren Organen. — Drei Mal im Laufe der letzten zwanzig Jahre haben wir es erlebt, daß ein elender Staat wie Dänemark unsere Flüsse schloß, unsern Handel brach legte, unsere Uebermacht zu Lande nutzlos machte, und trotz dieser frischen Erfahrungen gelingt es heute einem Politiker und Nationalökonomen von dem Kaliber eines Gewürzkrämers, einen Theil der Presse durch die nichtswürdigsten Argumente irre zu machen an den eigenen langjährigen Ueberzeugungen, und an der unerläßlichsten Bedingung einer anständigen Nationalerstenz! — Angesichts solcher Erscheinungen fängt man an, Herrn v. Bismarck zu begreifen.

Wahlpraxis.

L Eine so allgemeine und gewaltige Erregung der Massen, wie die Wahl zum Norddeutschen Reichstag sie in der größeren Hälfte der Nation hervorgerufen hat, geht nicht vorüber, ohne die herrschende politische Bildung ein gutes Stück vorwärtszurücken. Die Betheiligung bei den Wahlen ist, allem Anschein nach, durchschnittlich stärker gewesen, als selbst 1848 und 49 in Deutschland erlebt worden; folglich ist nur ein verschwindend geringer Bruchtheil des Volkes von den Einflüssen des wochenlangen Wahlkampfes ganz unberührt geblieben. In diesen Einflüssen aber hat sich naturgemäß die höhere Reife geltend gemacht, welche der politisirende Theil der Nation in den letzten beiden Jahrzehnten erlangt hat. So ließ sich denn im Allgemeinen mit Befriedigung erkennen, daß Ernst, Würde und Anstand in den Volksversammlungen, Klarheit und Nüchternheit in den Reden, richtiges Gefühl und Verständniß bei den Abstimmungen merklich gewachsen sind. Das allgemeine Stimmrecht entwickelt unter uns nicht solche Gefahren, wie in Frankreich oder Nordamerika, weil die gebildeten Classen hier sich von dem Wahlgeschäft nicht spröde fernhalten und zu den ungebildeten Classen überwiegend in dem natürlichen Verhältniß der Führung stehen.

Gleichwohl glauben wir in der Behandlung der neuen politischen Aufgabe, wie bei den frisch zugelassenen Wählern noch starke Reste von Rohheit und staatswidriger Selbstsucht, so bei dem liberalen Bürgerthum noch eine gewisse unklare Scheu vor den praktischen Consequenzen des allgemeinen Stimmrechts zu entdecken, über die sich wohl nicht füglicher ein Wort sagen läßt, als in der Zeit unmittelbar nach der Wahlhandlung.

Im Anfang der Bewegung schien man vieler Orten geneigt, ein Wahl-Programm des Candidaten für überflüssig zu halten. Man berief sich theils auf die allgemeine Bekanntheit seiner Person sowohl, als seiner politischen Haltung, ohne welche man ja nicht leicht daran hätte denken können, ihn aufzustellen; theils darauf, daß die gegenwärtige politische Lage so wenig, wie die Stellung eines Abgeordneten überhaupt, Verpflichtungen zulasse, welche ihm später wider das öffentliche Interesse und vielleicht selbst wider den Wunsch seiner Wähler zu lähmenden Fesseln werden möchten. Der eine dieser Gründe schlägt nicht mehr durch, als der andere.*) So bekannt ein Candidat der Bevölkerung des Wahlkreises sein mag, so müssen die, welche ihn in einem gegebenen Augenblick in den großen Rath der Nation absenden sollen, doch genau erfahren, wie er in eben diesem Augenblick über die der Nationalrepräsentation gestellten Aufgabe denkt. Daß er sich damit nicht unbedingt bindet, sondern nur eben seine Meinung so kundgibt, wie sie sich unter den Umständen und Bedingungen des Moments gestaltet hat, versteht sich von selbst. Sache der Wählerschaft ist es, zu ermessen, ob er die wünschenswerthen persönlichen Bürgschaften für vernünftige Beharrlichkeit und Festigkeit in seinen Ueberzeugungen bietet.

Ferner suchte man sich hier und da um die Nothwendigkeit eigentlicher Volksversammlungen hinwegzurücken. Insofern man, statt großer Gesammtversammlungen für eine volksreiche Stadt, Bezirksversammlungen eintreten ließ, war nichts dagegen zu sagen; selbst zu diesen letzteren bedurfte man häufig schon der geräumigsten Locale des Orts, die auf den letzten Winkel. Aber directe und allgemeine Wahl, ohne allgemein

*) In der vorigen Nummer haben wir eine abweichende Ansicht vertreten; das Urtheil der Leser wird wohl eben so verschieden sein, je nach Standpunkten und gemachten Erfahrungen. D. H.

Digitized by Google

zugängliche Versammlungen wäre ein Unding. Wo möglich sollte sich in diesen auch der Candidat den Wählern persönlich vorstellen. Doch erheischen Entfernung, Stellung und Persönlichkeit von dieser Regel allerdings gewisse Ausnahmen.

Am schwierigsten wird es vor der Hand den Deutschen noch, zwischen erlaubten und unerlaubten Stimmwerbe-Mitteln zu unterscheiden, und die letzteren zwar gewissenhaft zu meiden, die ersteren aber im Nothfall auch bis auf das letzte auszunutzen. Namentlich im Schooße des liberalen und patriotischen Bürgerthums hegt man meist einen so gründlichen Abscheu vor Wahlmanövern zweideutiger, oder geradezu verwerflicher Art, daß man durchschnittlich viel leichter zu peinlich zu Werke geht, als zu sorglos. Man hat eben zu oft und lange unter den Schlichen gewissenloser Regierungen gelitten. Aber von solchen Nachwirkungen früherer Schickfale muß man die Seele befreien, wenn man innerhalb der neuen Zustände seinen Stand mit Glück behaupten will. Was kann z. B. vom Gesichtspunkt vernünftiger Ueberlegung dagegen einzuwenden sein, daß der Wahlausschuß einer Partei solchen Anhängern derselben, die vom Wahllocal sehr entfernt wohnen, am Wahltag Wagen zur Verfügung stelle, damit Armuth, Krankheit, oder träger Sinn ihr nicht eine Anzahl freiwillig gegebener Stimmen entziehe? Oder was dagegen, daß ein solcher Wahl-Ausschuß durch Unterausschüsse bezirksweise förmlich Buch führen lasse über die Stimmung der Wahlberechtigten, um jeden Augenblick den Stand der Dinge übersehen und seine Maßregeln danach bemessen zu können? Weil solche Veranstaltungen den Meisten einstweilen noch fremdartig vorkommen mögen, ist noch keineswegs gesagt, daß sie unzulässig sind. Ein ausgebildet geschäftsmäßiger Betrieb der Wahlsache ist der einzige, der ihrer politischen Bedeutung entspricht. Alles Andere ist halbwächsiger Dilettantismus.

Aus Preußen, 17. Februar. Der Wahltag mit seinen Aufregungen ist vorüber. Stadt und Land haben allmälig das gewöhnliche Aussehen wiedergewonnen. Ueber das Resultat im Großen und Ganzen läßt sich natürlich auch heute noch nichts Bestimmtes sagen, da erst gestern überall in den Hauptorten der Wahlkreise die Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke offiziell zusammengestellt wurden. Die ersten aus diesen eingehenden Berichte und die auf die Eindrücke des Augenblicks basirten Schlußfolgerungen haben sich hinterher nur zu oft als irrig erwiesen. Aber das läßt sich schon jetzt mit Sicherheit behaupten, daß in allen den Wahlkreisen, aus denen bestimmte Nachrichten vorliegen, das Wahlgeschäft in der größten Ruhe und Ordnung, trotz aller Erregung, und unter der lebhaftesten Betheiligung der Bevölkerung vor sich gegangen ist. Am schwächsten scheint die Betheiligung in den ehemals kurhessischen Landestheilen gewesen zu sein; auch in einzelnen rheinischen Bezirken soll sich große Lauheit gezeigt haben. Aber bei den meisten der bis jetzt bekannten Wahlen in Rheinland und Westfalen, in Hannover, in Sachsen und Schlesien, wie in der Mark und in Pommern, Posen und Preußen sind 70—90 % der Wahlberechtigten an der Wahlurne erschienen, um, ihrer Bürgerpflicht nachkommend, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Wenn die Konservativen nicht mehr Stimmen erhalten haben, als sie leider schon erhalten haben mögen, so hat das wahrlich nicht an der Bescheidenheit und Zurückhaltung der amtlichen Organe der Staatsregierung gelegen. Vom Regierungspräsidenten bis zum Gensdarmen und Gerichtsboten herunter, wurde mit dem größten Eifer für das „Durchdrücken" der Regierungscandidaten gearbeitet; Reaktionäre und Servile aus Neigung, Stellenjäger, sowie herrschsüchtige pietistische Pfaffen, die alle immer und überall der Macht die Schleppe tragen, stellten sich mit Eifer als freiwillige Handlanger zur Verfügung, drangen bei Tag und Nacht in die Bürger- und Bauernhäuser, um sie mit ihren Wahlzetteln zu überschwemmen, und die armen abhängigen Subalternbeamten wurden mit Zuckerbrot und Peitsche zum Agitiren für die Konservativen gezwungen, während man ihnen früher sogar liberale Abstimmungen als Dienstvergehen anrechnete und sie mit Chikanen und Maßregelungen dafür strafte. Allen voran an Diensteifer steht wieder der Landrath des Saarlgter Kreises in Pommern, der Hr. v. Waldow-Steinhövel, der sich auch in seiner Verwaltung noch immer in die goldenen Zeiten des Junkerthums zurückversetzen scheint, in denen es noch keine Hohenzollern, sondern nur Stegreifritter und diebische Krautjunker in der Mark gab. Er eröffnete den Kreisein gesessenen amtlich im Kreisblatte, daß man jetzt zwar nicht mehr die Abstimmung der Einzelnen, wohl aber die der Dörfer kontrolliren könne; das möchten die Bauern nicht vergessen und ja bedenken, „daß es, nachdem die Regierung ihre Kandidaten aufgestellt habe, ein Akt offener Feindseligkeit gegen dieselbe sei, für einen Gegenkandidaten zu stimmen." Im Uebrigen — sei die Wahl frei! Ein junkerlicher Gutsbesitzer wies die Einwohner eines Dorfes, die mit liberalen Wahlzetteln versehen waren, fünfmal zurück, „weil die Zettel nicht vorschriftsmäßig zusammengefaltet waren", — bis den armen Leuten das Wählen leid wurde. Ein Geh. Rath Esse in Berlin, früher sogar Stadtverordneten-Vorsteher daselbst, bestellte, als Vorsteher des Wahlbezirks der Charité, alle Angestellten derselben um 10 Uhr, und läßt, nachdem sie abgestimmt, die Wahlzettel aus der Urne herausnehmen und diese dann für die Anderen, die etwa noch stimmen wollen, wieder auffüllen. Solche plumpe und andere feinere Wahlmanöver (Unvollständigkeit der Wahllisten u. dgl.) mögen vielfach vorgekommen sein, und außerdem fehlt uns ja die nothwendige Voraussetzung des allgemeinen, direkten Wahlrechts, ohne welche dasselbe gar zu leicht ein Werkzeug in den Händen der Regierungsgewalt wird, das unbeschränkte Versammlungsrecht, die unbedingte Preßfreiheit. Wachsame Staatsanwälte konfisziren in Berlin jedes Flugblatt des Central-Komité's, von dem sie besorgten, daß es die Wähler „packen" würde. Wenn nun, trotz dieses Arbeitens der Verwaltungs-Maschine mit Hochdruck, trotz dieser ungleichen Vertheilung von Wind und Sonne, trotz der für die Regierung, seit dem glorreichen Feldzug, so günstigen Volksströmung, doch auch in vielen ländlichen Wahlkreisen liberal gewählt wurde, so darf man daraus wohl die beruhigende Ueberzeugung schöpfen, daß der Bildungszustand und die Selbstständigkeit unseres Volkes im Ganzen doch zu groß ist, als daß es jemals, wie in Frankreich, in willenloser Unterwürfigkeit auf Kommando stimmen würde. —

Damit will ich freilich nicht behauptet haben, daß nun jeder Einzelne, wenn ihm auch die Bedeutung und das hohe Ziel des Norddeutschen Parlaments in unbestimmten Umrissen vorschwebt, darum schon jetzt eine klare Vorstellung von seinen nächsten Arbeiten und Aufgaben, und namentlich von seiner Competenz gewonnen habe. Darüber herrschen, im Gegentheil, bei dem gewöhnlichen Manne die wunderlichsten Vorstellungen, und die Reaktion hat diese mangelnde Einsicht, welche sie stets zur Förderung ihrer Zwecke zu vergrößern sucht, natürlich nach Kräften ausgebeutet. Da hadert in einer kleinen Stadt das Kleinbürgerthum mit seiner liberalen Gemeindevertretung, weil diese das Grundvermögen der Gemeinde, zur Erhöhung des Ertrages, in Acker und Wiese verwandelt hat, statt es lediglich zur Weide liegen zu lassen. Klugs benützt die Reaktion die Erbitterung des kurzsichtigen Pfahlbürgers, um ihm, statt der Kandidatur Waldeck's, die Vogel'sche Falckenstein unterzuschieben; — dieser tapfere General wird den in ihren „Rechten" gekränkten Bürgern von Krähwinkel gewiß die Weideberechtigung in ihrer alten Ausdehnung erhalten! Da besitzen einige entlegene Dörfer auf eine Eisenbahn, die sie aus ihrer Isolirung reißen soll. Sofort beweist ihnen die Reaktion sonnenklar, daß sie ihren eigenen Vortheil nicht verstehen müßten, wenn sie nicht den Herrn Landrath wählen wollten, der ihnen gewiß die Eisenbahn verschaffen würde. Der Bauer kann sich gar nicht vorstellen, daß der Minister dem hochgeborenen Herrn Landrath eine solche Kleinigkeit abschlagen sollte, — und der Landrath geht siegreich, aus der Urne hervor! Die Bürger der guten mecklenburgischen Stadt Schwerin stimmten Mann für Mann gegen die Liberalen, weil diese die Freizügigkeit wollten, als deren unmittelbare

Digitized by Google

Folge ihnen vorgestellt wurde, daß sofort ganze Schaaren hungerleiderischer Preußen in ihre gute Stadt einbrechen würden, um sich auf ihren fetten Weiden zu mästen.

Die Landräthe und die Soldaten haben bei der ersten Ausübung des direkten Wahlrechts eine große Rolle gespielt. Der Abg. Landrath Graf Westarp meinte einmal, wenn man seinen Collegen die Beeinflussungen, über welche sich die liberale Partei so laut beschwere, nicht gönnen wolle, so bleibe nichts übrig, als, sie während der Wahlen einzusperren, — und er hat damit in der That ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Wenigstens ist die Unvereinbarkeit des Landrathsamtes mit dem Mandat eines Volksvertreters sehr einleuchtend; der persönliche Einfluß des Landrathes, des guten wie des schlechten, ist in der That zu groß. Die Conservativen haben mehrfach mit Glück versucht, den Kriegsruhm ihrer Kandidaten als einen genügenden Anspruch auf einen Parlamentssitz geltend zu machen. Die Generale Moltke und Vogel, v. Falckenstein sind gewählt, Herwarth v. Bittenfeld steht irgendwo am Rhein auf der engeren Wahl, und auch Steinmetz hat mehrfach Stimmen erhalten. Freilich kennt man ihre politischen Ansichten nicht; aber es ist doch wohl erklärlich, daß die werkfälischen Reservisten und die Landwehrmänner von der Mainarmee für ihren bewährten General stimmen und Propaganda machen. In Minden-Lübbecke ist sogar gegen den alten Harkort ein ganz gleichgültiger Oberst des 15. (Mindener) Regiments gewählt, offenbar hauptsächlich, weil das Regiment in diesen Kreisen rekrutirt! Unbegreiflicher ist es indessen, daß in der „Stadt der reinen Vernunft", in dem von jeher entschieden freisinnigen Königsberg der General Vogel mit einer kleinen Majorität, freilich mit Hülfe von 7—800 Militärstimmen, über einen bewährten liberalen Bürger siegen konnte. Der Humbug der Conservativen, „daß Diejenigen, welche die Existenz des norddeutschen Bundes auf dem Schlachtfelde erstritten hätten, nun auch die geeignetsten Männer wären, ihn einzurichten," hätte doch in einer großen Stadt nicht durchschlagen dürfen. Ich fürchte, die Nation wird eine scharfe Kritik dieser „reinen Vernunft" üben. Prinzipiell möchte ich gegen die Anwesenheit von Soldaten in einer Volksvertretung nichts sagen. Sie werden dadurch — schon durch die Vereidigung auf die Verfassung — vielleicht rascher und inniger mit dem politischen Leben des Volkes verknüpft, als Manchem lieb ist. Freilich werden sie erst zu zeigen haben, in wie weit sie die Unabhängigkeit des Volksvertreters gegen die blinde Subordination des Soldaten unter seinen Chef zu wahren wissen. Bürgerliche Tugenden waren es bis dahin gerade nicht, die an unseren Generalen am meisten geschätzt wurden. Ein verdienter 71jähriger General, v. Prittwitz, ist vom Kriegsgericht ein Jahr auf die Festung Glogau geschickt „wegen öffentlicher Anreizung zur Nichtbefolgung der Einberufungs-Ordres." Das Graudenzer Localblatt hatte, nach einer bei der Redaktion aufgefundenen Notiz des Generals, ausgeführt, daß die Einberufungs-Ordre für die Landwehr nur dann gesetzliche Gültigkeit habe, wenn sie von einem Minister gegengezeichnet sei. Und darum ein Jahr Festung — und die Amnestie ist nicht auf diesen Fall angewendet! —

Die Berliner haben sich, trotz aller ihrer Begeisterung für die Thaten der Armee, welche sie beim Einzuge derselben so glänzend bekundeten, beim Wahlgeschäft nicht verwirren lassen. Der glänzende Sieg der sechs Oppositions-Kandidaten (Lasker, Waldeck, Moritz Wiggers, Runge, Franz Duncker, Schulze-Delitzsch), über die berühmtesten Namen des letzten Krieges ist ein bitterer Wermuthstropfen in den Freudenbecher, den die Kreuzzeitung eben auf die Erfolge des direkten Wahlrechts leeren wollte. „Allemal Opposition, groult sie; ohne das thut's der Berliner nun einmal nicht. Der kleine Lasker siegt über den großen Roon!" Die bibelfeste Kreuzzeitung scheint vergessen zu haben, daß einst auch der kleine David über den Goliath siegte! Uebrigens muß man nicht glauben, daß die Berliner Wähler im 4. und 5. Wahlbezirk etwa durchaus auf dem politischen Standpunkt der HH. Runge und Duncker ständen. Mit ihren Abstimmungen gegen die Annexionen, oder mit der Runge'e gegen das ganze Budget, sind ganz gewiß mindestens neun Zehntheile nicht einverstanden. Sie sind gewählt als „entschiedene" Männer, weil die „Volksztg." und einige untergeordnete Agitatoren der Fortschrittspartei täglich die schrecklichen Folgen der „Unentschiedenheit" der „Nationalen" mit den greellsten Farben und oft mit den perfidesten Unwahrheiten schilderten. Die nationale Partei, obwohl der Kern der Bürgerschaft offenbar ihre Grundanschauungen theilt, ist gegenwärtig die bestverläumdete in Berlin, und der Korrespondent der „Rhein. Ztg." läßt sich, nach seiner Versicherung, nur noch durch eine gewisse Rückscht abhalten, schon jetzt zu beweisen, oder wenigstens zu behaupten, daß einzig und allein ihre „Unentschiedenheit" an den Erfolgen der Konservativen Schuld sei. Sela!

Nach allen Anzeichen wird im Ganzen die liberal-nationale Partei, von der kein namhafter Führer fehlen wird, sollte er auch erst in einer Nachwahl durchdringen, stark genug sein, um, in Verbindung mit anderen oppositionellen Fraktionen, den Volksrechten gefährliche Bestimmungen der Verfassung abzuwehren und die preußische Regierung zu zwingen, mit ihr zu rechnen. Bismarck hat, meines Erachtens, nach der ganzen politischen Lage Europas, selbst wie sie in der „friedlichen" französischen Thronrede sich widerspiegelt, alle Ursache, den Norddeutschen Bund möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen, und der Reformentwurf Beust's in Oesterreich, was auch immer sein Ausgang sein möge, zwingt ihn, in einem mindestens nicht kleinlichen Style zu bauen. Wege er sich seine verhängnißvolle Herrenhaus-Rede vom 4. Febr. zur Warnung dienen lassen! So etwas rächt sich immer und ist nur schwer wieder gut zu machen. Entschließt sich aber die preußische Regierung, ihre Bestrebungen mit denen der liberal-nationalen Partei zu vereinigen, so wird der Reichstag des Norddeutschen Bundes, trop alledem und alledem, dem Auslande für das deutsche Parlament gelten, und er wird es auch endlich sein, obgleich die „Volksztg." heute, in ihrer grämlichen Verkehrtheit und mit ihrer gewohnheitsmäßigen Spitzfindigkeit, männiglich beweis't, daß dieser Reichstag auch nicht um ein Haar mehr Rechte habe, als jeder Klubb, und daß der Präsident nichts dagegen machen könnte, wenn der Portier eines schönen Tages, auf Befehl seines Vorgesetzten, ihm und dem hohen Hause die Thür vor der Nase zuschlösse. Vom Erhabenen bis zum Lächerlichen ist ja bekanntlich nur ein Schritt! —

*) Aus Thüringen,") 10. Febr. — — Uebrigens spricht sich die Stimme der nationalen Partei immer entschiedener dahin aus, daß die gegenwärtige Lage der Dinge ein Provisorium sei, welches nach kurzer Dauer zum Einheitsstaat führen müsse. Denn man verhehlt sich nicht, daß die großen materiellen Opfer, welche das Volk in den Kleinstaaten bringen muß, nur dadurch aufgewogen werden, wenn wir auch alle die Vortheile dafür erhalten, welche die Bürger großer Staaten haben. Wie können unsere kleinstaatlichen Beamtenheere mit ihren guten Besoldungen und wenigen Arbeiten — so kommt z. B. in Preußen durchschnittlich auf 100,000 Einwohner ein Landrath, während in den Kleinstaaten auf 30,000 Einw. ein derartiger Verwaltungsbeamter kommt — in dieser Weise zukünftig nicht mehr erhalten. Hier muß gespart werden. Ebensowenig können die Kleinstaaten die verhältnißmäßig ungeheuren Civillisten verschlingen. Der König von Preußen, der Regent eines Staates von 23 Millionen Einwohnern, hat 3 Millionen Thaler Civilliste, während z. B. der Fürst von Reuß j. L. aus dem Ertrag der Domänen jährlich ein Einkommen von gegen 300,000 Thalern bezieht, rr. der Regent eines Ländchens, welches noch nicht 90,000 Einwohner hat. Zudem sind diese Domänen theilweise ehemalige Reichsdomänen, die den Vögten im Voigtlande als Pfandlehnungen zugewiesen wurden. Trotzdem, daß die Vögte aufhörten, und Kaiser und Reich mit ihnen, beziehen die durch die Rheinbundakte souverän gewordenen Fürsten Reuß j. L. diese ungeheuren Einkünfte fort. Das sind Verhältnisse, die auf die Dauer nicht mehr haltbar sind; der Umschwung aller dieser Verhältnisse wird und muß uns den Einheitsstaat zuführen — ruhig, ohne Revolution, auf dem Wege der Nothwendigkeit, welcher sich Fürst, wie Volk nicht entziehen können.

*) Die Mittheilungen des Herrn Einsenders über die Wahlbewegung in Thüringen müssen wir unterdrücken, weil dieselben erst 8 Tage nach der Wahl fertig an unsere Leser gelangen würden. D. H.

Digitized by Google

Das allgemeine Stimmrecht und der Socialismus.

Derjenige geringe Bruchtheil des Arbeiterstandes, der sich gern schlechthin die Arbeiterpartei nennt und auf die leichtfertig hingeworfenen Schelttau Lassalle's die zum letzten Buchstaben schwört, schreit von dem allgemeinen Stimmrecht für diesmal keinen erfolgreichen Gebrauch gemacht zu haben. Zunächst konnte man nur in einer verschwindend geringen Anzahl von Wahlbezirken überhaupt daran denken, am Wahltampfe als gleichberechtigte Partei theilzunehmen, oder gar einen eigenen Candidaten aufzustellen. Den diesen wenigen Wahlbezirken aber haben die meisten ebenfalls andern Bewerbern, als den von den Jüngern Lassalle's aufgestellten, den Vorzug gegeben. Die Partei wolle im Nordeutschen Reichstag höchstens durch ein paar verlegte und machtlose Stimmen vertreten sein. Diese erfährt also an einem neuen großen Triebsitz, wie sie Phantasien ihres Herrn und Meisters zu der Praxis des Lebens übel stimmen, und daß insbesondere der von ihm gepredigte Glaube an die Macht des allgemeinen Stimmrechts, ihr einen Antheil an der Herrschaft im Staate zu gewinnen, eine bloße Seifenblase ist. Es ist damit nicht gesagt, daß die socialdemokratischer Partei ein anderes Mal nicht einige Siße mehr mit den Ihrigen besetzen mag, aber, daß sie vermöge des allgemeinen Stimmrechts an den Wahlen nicht einen Antheil zu nehmen vermöchte, der ihr auch für ihre Hergenswünsche bessere Aussichten eröffnet, als sie sie bisher besessen hat. Denn diesmal freilich, das müssen die klaren und fühlen Köpfe unter ihren Angehörigen selbst einsehen, haben sie über die Maßen schlecht operirt.

Das Programm, welches in Erfurt, vor dem Beginn der Wahl-Kampagne, durch Vertreter der Hauptelemente des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins festgestellt wurde, war zu sehr nicht erfassen und abgefaßt. Es stellte in die erste Linie die nationale Einheit, den Einheitsstaat ohne Umschweif; die übrigen Forderungen, die der Freiheit sowohl als die der Gleichheit — socialistisch verstanden — folgten nach. Aber die Ausführung blieb nicht, was der Vorsatz versprochen hatte. In Eisenach wie Leipzig, Frankfurt am Main, Hannover, Hildesheim, Harburg u. s. w. stellten sich die Socialisten offen auf die Seite des ausschließenden und erbitterten Particularismus. Sie liebäugelten mit der süddeutschen Volkspartei; sie nahmen das Bündniß aller alten Verbrüder des Vaterlandes und der Freiheit an, adliger und bürgerlicher Reactionäre, weltlicher und geistlicher Preußenfresser. In den alten preußischen Landesbieten und in Süddeutschland, wo der Gegensatz zu Preußen nichts volksthümliches hat, liefen sie sich auf solchen Abwegen natürlich nicht betreten. Allein auch hier thaten sie nichts, das Vertrauen ihrer Parteigenossen in den neuen Kampfgenossen auszugleichen, — durch lobhafte und nachdrückliche Betonung der Einheitsgedanken den Beweis zu liefern, daß auch in ihrer Mitte das alle Stände durchdringende Nationalgefühl begeisterte Zeiger hat, das nationalistische Gefühl der Vereinbarkeit finden. Viel mehr trugen sie allenthalben im Reden und Thun eine unverkennliche Beschränktheit des Sinnes auf ihre eigenen Standes- oder Partei-Interessen zur Schau. Diese Nüchtigkeit kann ihnen nicht etwas bloß doch über allen stehen, es sohne die einzige zu sein, welcher sie sich ausschließlich hingeben. Eine solche Selbstsucht, kann nicht, die öffentliche Meinung abwendig zu machen und die übrigen Schichten der Gesellschaft mit Antipathie zu erfüllen. Wohl ist es begreiflich, wenn der Arbeiterstand, auf dem die Noth des Lebens durchschmiedlich zu drücken lastet, weniger leicht, als materiell besser gestellte Klassen, sich zu den Interessen der Nation und den allgemeinen Ideen der Zeit emporzuschwingen vermag; aber was der Masse schwer, ja unmöglich werden mag, das können die Führer doch ohne Anstrengung leisten, — würden es, wenn in ihnen selbst ein etwas edlerer Ehrgeiz stedte, als vager Neid- und Verständnißgeiz, — müssen es, wenn sie jemals auf einen grünen Zweig gelangen und den Baum der gesetzgebenden und regierenden Gewalt zu Gunsten der Ihrigen schütteln wollen.

Die socialdemokratische Arbeiter-Partei hätte unseres Erachtens, um von dem ihr unverwüstet zugefallenen Stimmrecht würdigen und wirksamen Gebrauch zu machen, für diesen Reichstag lediglich die Einheit, die Einheit im absolutesten Sinne, auf ihre Wahlzettel schreiben sollen, und von den aufstretenden Candidaten überall den unterstützen, der in diesem Betracht das Beste verspricht. Ihr Interesse ist, daß die Einheit, so rasch und so unantastbar wie möglich, hergestellt werde; denn dann erst ist Aussicht, daß die gesetzgebenden und regierenden Gewalten in Deutschland zu jener Beschäftigung mit socialen Reformen übergehen, die als eigentliche Parteiaufgabe seit Jahrzehnten vorzugsweise in die Augen fassen. Eine solche Haltung hätte man sich zugleich von der preußischen Regierung und allen übrigen Einheitsfreunden nöthig gemacht, und durch die That bewiesen, daß man einiger Hingebung an große vaterländische Interessen fähig sei. Die gute Wirkung hätte nicht ausbleiben können. Statt dessen hat man sich sich fast überall nicht allein auf die unentschiedene, sondern auch auf die von der öffentlichen Meinung preisgegebene Seite geschlagen, was zur Folge haben muß, daß die allgemeinen Ansichten für die Interessen und Tendenzen der Partei sich verfolechtern. Insofern dieselbe aber nun praktisch erfahren hat, daß das allgemeine Stimmrecht für sie nicht exorient den ihm von Lassalle zugeschriebenen Werth besitzt, wird sie hoffentlich überhaupt sich selbst bescheiden lernen, und damit desto leichter werden, ihr wirkliches Recht und Interesse erfolgreich geltend zu machen. (Br.-Hldbl.)

Zeitungsschau.

Der Stuttgarter „Beobachter" weint blutige Thränen auf dem Grabe der Bleistaaterei, welches, wie er voraussieht, demnächst auch den Süden Deutschlands verschlingen wird, diesen letzten Zufluchtsort der aus Hessen, Hannover, Nassau, Mecklenburg u. s. w. vertriebenen Freiheit und öffentlichen Wohlfahrt. Deutschland geht dem Schicksal Italiens entgegen; wie hier, so droht wird die „Centralisation" alle die Herrlichkeiten zu Grunde richten, in denen Krieg, wie Jedermann weiß, wir, die unser Nachbarn jenseits der Alpen, so glückliche Jahrhunderte durchlebt haben. „Seht ihr es nicht aus dem Beispiel des unglücklichen Italien, ruft der Beobachter den Männern der deutschen Einigung zu: Ueberall Not, Elend, Hungersnot, Krieg, Steuerverderbnis und Corruption in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, Untergang aller bürgerlichen Wohlfahrt, Stillstand des Handels und Gewerbes, Hunger und Trauer, stumme Verzweiflung der getemüthigten Stämme, innerste Zwietracht unter den zur frammten Einheit gezwungenen Rossen, Erlöschen alles Freiheitsgefühls in der Centralsation, Erlöschen aller geistigen Fähigkeit überhaupt, ein dumpf brütendes Verlassensvoll, dem seine eigene Nationalität zum Ekel wird, weil sie der Moloch war, dem die Freiheit geopfert wurde." Es fehlt nur noch, daß uns auch die italienischen Briganten besuchen.

— Die „Zeitung für Norddeutschland" bespricht den Verlauf und die Ergebnisse der letzte preußischen Landtagssession und findet dabei allerlei Anlaß zu beifälligen Aeußerungen über die jetzige Haltung des Grafen Bismarck. Dabei macht sie jedoch den folgenden nachdrücklichen Vorbehalt: „Wir möchten übrigens durch unsere offene Anerkennung der parlamentarischen Beredtsamkeit des Grafen Bismarck bei keine weise in den Verdacht geraten, denselben für einen bekehrten Liberalen und Freund des Parlamentarismus zu halten. Wir erblicken in ihm, im Gegentheil, einen sehr scharfen Reflexkraten, den die Vorzüge seines Standes, namentlich die Fähigkeit zu regieren und zu gebieten, innewohnen, aber nicht minder auch die Fehler. Graf Bismarck denkt sicherlich sehr gering von der öffentlichen Meinung, er ist durchaus mißgünstig den Organen der öffentlichen Meinung, der Presse, die er vorwiegend in den Händen von Leuten wähnt, die ihren Beruf verfehlt haben, er ist von der Schädlichkeit des liberalisirens von jeher überzeugt gewesen und ist in unserer Ueberzeugung durch die jüngste Vergangenheit sicherlich nur bestärkt worden. Wenn er trotzdem die Zusammenziehung der liberalen Partei zu befördern sucht und zu einer solchen Kräftigung des Parlamentarismus mitwirkt, wie wir sie in der abgelaufenen Session haben erfahren dürfen, wie wir überzeugt sein, erhandelt so, weil er so handeln muß, wenn er seine Ziele erreichen will. Graf Bismarck hat es, vor einer Reihe von Jahren schon, dem Kronprinzen gegenüber, als die Aufgabe seines Lebens bezeichnet, den Thron der Hohenzollern fester mit der gesunden Macht Deutschlands zu verknüpfen. Daß der König von Sachsen oder die Großherzoge von Mecklenburg und Hessen ihm hiebei helfen werden, wird unser einsichtiger Staatsmann ebensowenig voraussehen, als er in dem Zuwachsthum der Kleist-Retzow oder Alvensleben eine sonderliche Bundesgenossenschaft erblicken wird. Das wird sich Graf Bismarck auch im deutschen Parlament ist es mit dem er regieren und auf das er sich stützen muß. Lassen wir den Grafen Bismarck seine Absichten und Aberzeugungen und acceptiren wir, was er trotz derselben Gutes uns bietet. Sein ihm durch die thatsächlichen Verhältnisse abgetrungenes Wirken ist uns gerade unter diesen Zwängen werthvoller, als die wohlgemeinten Velleitäten mancher liberalen Minutiären."

— In einem Artikel über die maritimen Aufgaben Preußens und Deutschlands kommt die N. A. Z., nach mancherlei Flegeleien über die Flottenbewegung der letzteren Jahre, zu dem Ergebniß, daß es an der Zeit sei, den deutschen Kolonialwesen zu gründen. Sie schreibt: „Deutsch ist Preußen durch den jüngsten ruhmvollen Krieg in Besitz der ihm gebührenden Machtstellung in Norddeutschland gelangt, und es werden seit dem Herbst des Jahres 1866, wo die letzten Seeküsten Schleswig-Holsteins, das ferner nicht Hannover, das treue Oldenburg und Bremen, die Hansestadt norddeutschen Staaten maritim und kosulariisch innigst mit Preußen verbunden sind, welches nunmehr auch nach Territorialausdehnung und Seelenzahl als wirkliche Großmacht dasteht, selbst jene bisherigen Widersacher preußisch-deutschen Kolonialwesens ehrlich eingestehen müssen, daß ihre Einwendungen nicht stichhaltig gewesen, theils auch den angedeuteten glücklichen Umschwung der Dinge desselben bewirkt haben."

„Bereits während der letzten dänischen Krieges ist angeregt worden, daß, falls die preußische Regierung in Besitz bedeutender neuer maritimer Machtmittel in Ost- und Nordsee gelange, sie in der Lage sein könnte, die zuvartende Stellung verlassen werde. Diese Aenderungen, welche, wie so manche andere Winke über die großartigen Reformen, mit welchen sich die königliche Staats-Regierung für die Zukunft zum Besten Deutschlands trug, in der Aufregung der Zeit von vielen Seiten übersehen worden, sind nunmehr durch den Artikel VI. des Bundesreform-Vorschlages vom 10. Juni 1866 seitens der preußischen Regierung in offenster Form als ein Theil ihrer zukünftigen politischen Progeammes aufgestellt und von sämmtlichen Bundesgenossen feierlich und förmlich anerkannt worden. In ihr ist zugleich verzeichnet, daß die künftige Bundes-Gesetzgebung mit Telegraphenwesen, (Heer und Marine) der preußischen Regierung unterstellt ist, welcher überstellt dasse die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen nach Außen hin (Marine, Handelsvertrag, konsularische Vertretung, Auswanderungsbehörden und Kolonialwesen) obliegt. Alle diese Konsulaten Verwandten, oder doch in Wirthschaftlicher Beziehung zu denselben stehenden Institute werden in dem erwähnten Artikel VI. der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterstellt. Dahin zu rechnen sind: die Zoll- und Handelsgesetzgebung, das Post- und Telegraphenwesen; ferner gemeinsame deutsche Eisenbahnwesen in Betreff der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehres, der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle, die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt mit ihrer Flagge zu See, und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird. Endlich fügt Nr. 6. hinzu: „die Bestimmungen über die Freizügigkeit, Heimaths- und Ansiedlungs-Verhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen

Digitized by Google

Ländern." Die gewaltige Tragweite, welche dieser wichtigen Verordnung für die Zukunft vorbehalten ist, läßt sich zur Zeit selbstredend nicht ermessen, wohl aber kann man behaupten, daß man darin fast die Magna Charta des preußisch-deutschen Reichslandesrechts erkennen wird."

— Die ministerielle Provinzialcorrespondenz findet den Augenblick dazu angethan, der liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses einen neuen Absagebrief zu schreiben.

„In den bewußten oder unbewußten Täuschungen, sagt sie, welche in Bezug auf den Verlauf und Zusammenhang der Session verbreitet werden, gehört auch die Behauptung, als sei es die alte Mehrheit der Fortschrittspartei, welcher die günstigen Erfolge der jüngsten parlamentarischen Thätigkeit zu danken seien."

„So ist wichtig, daß sich das Volk durch solche Darstellungen nicht täuschen läßt."

„Diejenige Mehrheit des jetzigen Abgeordnetenhauses, welche sich mit der Regierung vereinigte, um den Zwiespalt der letzten Jahre zu beseitigen und eine gemeinsame ersprießliche Thätigkeit zu üben, ist in ihrer Zusammensetzung weit verschieden von der Mehrheit der letzten vier Jahre."

„Den festen Kern derselben bildete eine Zahl von etwa 130 konservativen Abgeordneten, welche durch die letzten Wahlen ins Abgeordnetenhaus gelangt waren; mit ihnen vereinigten sich, zur entschiedenen Durchführung einer Politik der Versöhnung, die gleichfalls vermehrten Mitglieder der gemäßigten altliberalen Partei. Bei den wichtigsten Entscheidungen aber trat zu diesen beiden Parteien eine wechselnde Anzahl (30 bis 40) von fortschrittlichen Anhängern der Fortschrittspartei hinzu. Das waren die Gesetzentwürfe der Mehrheit, welche Lasker den Frieden und Gesetzlichkeit gegeben hat. Die Mehrzahl der fortschrittlichen Abgeordneten dagegen widerstrebte ebenso der Ertheilung der Indemnität, durch welche der Friede wieder hergestellt wurde, wie den wichtigsten Beschlüssen, welche zur Förderung der Macht und der Wohlfahrt des Landes gefaßt wurden. Ja, die eifrigen Anhänger der Fortschrittspartei machen Denjenigen ihrer sonstigen Genossen, welche aus patriotischen und nationalen Gründen der Regierung die Hand zum Frieden geboten haben, fort und fort den bittersten Vorwurf daraus."

„Also nicht die Fortschrittspartei hat die jetzigen Erfolge erreicht, diese sind vielmehr von allen gemäßigten Bestandtheilen des Hauses gegen die Fortschrittspartei errungen worden."

„Die ehrsprüchige Thätigkeit der Fortschrittspartei war in Wahrheit gelähmt; eine fruchtbringende Thätigkeit ist erst wieder möglich geworden, nachdem die alte Mehrheit zertrümmert und gespalten war."

Dafür werden dann hinterdrein dem künftigen Reichstage einige vorgreifende Complimente gemacht, von denen zu befürchten steht, daß sie sich, im Sinne der Provinzialcorrespondenz nachträglich als unverdient erweisen werden. Das ministerielle Blatt sagt:

„Die erfreulichen thatsächlichen Erfolge der preußischen Landesvertretung werden auch den Reichstage des Norddeutschen Bundes ein Anlaß und Antrieb sein, durch entschiedenes, thatkräftiges Zusammenwirken mit der Regierung den Dank des deutschen Volkes zu erringen. Niemals waren einer Versammlung so klare, bestimmte Ziele für die Hebung nationaler Wohlfahrt und Kraft vorgezeichnet, wie dem kommenden Reichstage: bei seiner ganzen Aufgabe, wie sie ihm unsere Regierung, in Uebereinstimmung mit ihren Verbündeten, entgegenträgt, ist kein Punkt, der nicht seine unmittelbare praktische Bedeutung für die Entwickelung der Macht und des Gedeihens unseres Volkes hätte."

„Möge derselbe Geist besonnener Einsicht und patriotischer Hingebung, der die Mehrheit des letzten preußischen Landtags beseelte, auch die Berathungen des kommenden Reichstags erfüllen, zum dauernden Segen des deutschen Vaterlandes!"

— Die Köln. Zeitung macht über die Zustände Italiens die folgenden, zwar nicht tröstlichen, aber leider sehr zutreffenden Betrachtungen: „Die Italiener sind noch lange nicht im Trockenen. Der Fremdherrschaft sind sie los, doch Zuchtlosigkeit der Gesinnungen und Gesetzesverachtung sind nicht so leicht zu verwinden, selbst wenn es sich um eine so ungemein begabte Nation handelt, wie die italienische, der manchen Schatten seines ihres Volks-Charakters, ist und bleiben wird. Missmen, die aus Tausenden von Stimmen aufsteigen, sind nicht durch ein paar Dezennien weiter zu verrügen. Der Keim, gegen Oesterreich ist ausgerungen, der Kampf gegen die Nachwehen der habsburgischen und bourbonischen Wirthschaft hat aber nun erst recht begonnen."

„Im Norden, wo die Bevölkerung von Lignrien und Piemont von jeher frischer und kräftiger gebildet war, nicht minder in der Lombardei, wo ein, durch ein altes, ausgezeichnetes Bewässerungs-System, ungewöhnlich fruchtbar gemachter Boden und der zu Handel und Wandel trefflich gelegene alte Getreidemarkt Mailand einen mächtigen Centralpunct bildet, macht sich das materielle Uebelwagen über die schlechte Finanzwirthschaft der Parteien einer Cohnets mit jedem Tage fühlbarer. In Turin ist es sogar schon zu Arbeiterunruhen gekommen, und der Radicalismus, der Mißchbruder des Pessimismus, der Schwur im Wachen begriffen, droht dem Kreuze des Hauses Savoyen schwere Gefahren. In den früheren Herzogthümern, sämtlich vom Po, und in der Romagna herrscht unter der Bevölkerung noch politische Rührigkeit, und der herzlich gute Wille, daß die Einheit fortbestehen möge, findet sich nur zu oft gefährdet durch die Kränkung so mancher tiefen alten Gewohnheit und die Verwüstung so mancher Sonder-Interessen, welches man zwar gerufen hat, das aber doch nachhinein. In der Romagna und in den Marken ist man italienischer, als man es vielleicht sonst wäre, weil man gegen die gewaltige Herrschaft einen wohlbegründeten Haß empfindet, doch immer noch nicht gänzlich der Furcht entwachsen ist, daß noch einmal die Restauration die Oberhand bekommen und der Kirchenstaat, wo nicht ganz in der alten Gestalt, so doch in den alten Grenzen hergestellt werden könnte. Im Neapolitanischen wird die öffentliche Meinung fast täglich durch Lärmnachrichten beunruhigt die eines wohlgeordneten Gemeinwesens unwürdig und Beweise von der Unverlässigkeit jener wegen Mißtrauen sind, welche unter den Bourbonen wie Meisenpilze in dumpfer Schwüle aufschießen: keine Straße ist sicher vor Raub und Mord, kein einzeln stehendes Haus vor nächtlichen Ueberfällen; in den Dritschaften tobt Zwietracht unter den Einzelnen und Mißtrauen gegen Behörden und Corporationen, nur in Neapel selbst folgt eine Lustbarkeits Unterhaltung, Müßiggang und Bilderstürmlichkeit der anderen, und kein Fest ist zu kostbar, ohne alte Abrüge, die auf baldes Rollen spielen. Noch schlimmer steht es mit Sicilien, wo General Medici so eben erst für Ende dieses Monats verschärfte, ja drakonische Maßregeln anzuordnen sich genöthigt sah, schwerer noch als mit Räuber und Mörder, die gelegentlich Erscheinungen, welche ein großer moderner Staat an alle seine Söhne stellen muß, während die Masse bisher gewohnt war, für das neue Italien zu schwärmen, doch im alten Lumpen- und Lotterleben anstermarlig fort zu vegetiren."

„Die Italiener waren von einer großen Fabrik- und Handelsnation herabgesunken zu einem Kellnervolke, wo, von dem Zuge der Fremden leben und im Nothfalle lieber Hunger und Elend ertulten, als sein Brod im Schweiße des Angesichtes essen wollte. Jetzt aber gilt es, zu arbeiten und die Concurrenz mit den vorgeschrittenen Nationen, mit Franzosen, Engländern und Deutschen zu bestehen; jetzt gilt es nicht mehr, Zahlenrechnungen mit doppelter Kreide für unbestreitbare Leistungen zu schreiben, jetzt gilt es, den gesunden volkswirthschaftlichen Grundsätzen der schweren Arbeit, der richtigen Sparsamkeit, der soliden Bildung, der echten Auffassung der Ehre zu gehen, die Leute zwingen sprüht der Kampf, aber aber auch verurtheilen in die Trostlosigkeiten der halbbarbarischen Mittelmeerstaaten zur Linken wie zur Rechten, des griechischen und türkischen wie des spanischen und portugiesischen Staates."

— Ueber den Conflikt zwischen dem warbamerikanischen Congreß und dem Präsidenten Johnson schreibt die Allg. Ztg.: „Ein Anklageverfahren gegen den Präsidenten kann nur Denjenigen als ein revolutionäres Beginnen erscheinen, welche sich in der irrige Annahme befinden, daß, wenn Präsident der Ver. Staaten ein Staatsoberhaupt im europäischen Sinn des Wortes sei. Das ist er aber nicht — wenigstens nicht, wenn das Bundesgesetzt über einem im Laufe der Zeit eingerissenen Mißbrauch steht. Der Bundesgewalt ist der Congreß, welchem die Verfassung ausdrücklich „alle gesetzgebende Gewalt" zutheilt, der Präsident ist lediglich erster Verwaltungsbeamter, und zunächst rechtlich (wie immer eine mißbräuchliche Praxis davon abgewichen sein mag) nicht mit einem Karl I oder Ludwig XIV. zu vergleichen, nicht verantwortlichen Ministern. Anklageverfahren gegen solche, Verurtheilungen, ja sogar Hinrichtungen derselben, haben wenn doch auch in Europa schon vielfach stattgefunden, ohne, daß man solche Vorgänge als Revolutionen bezeichnet hätte. Der Mangel der Ver. Staaten ist die Verfassung, und solange noch alle Parteien sich — wenn auch aus verschiedenen Meinungen — mit dieser Form zu, auftatt ihr Trotz zu bieten, hat es mit einer „Revolution" noch gute Wege."

„Die Möglichkeit ihres Eintritts soll nicht geleugnet sein, aber, wenn überhaupt, würde sie nicht in der Form eines (von der Verfassung ausdrücklich sanktionirten) Anklageverfahrens gegen den Präsidenten, indem in der einer gewaltsamen Auflehnung des letztern, d. h. in der Form eines Staatsstreichs, eintreten. Wenn Worte Thaten wären, nun wenn namentlich an amerikanischen Drohungen nicht so sehr viel Tara wäre, so stünde ein solcher Staatsstreich in nächster Aussicht. Denn der „National Intelligencer," das Leiborgan des Präsidenten, kündigt schon in der brutalsten Form an. „Wenn," sagt er, „die radicale Majorität des Congresses ihr bahnverrätherische Gebahren noch länger fortsetzt, so wird der Präsident mit Kacker, eiserner Hand dagegen einschreiten. Er wird seine Armee und Marine mißbrauchen, um die Staaten wieder in ihre Rechte zu setzen." Der Anfang eines solchen Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Die Radicalen mögen große Mannschaften in der Debatte sein, aber wenn es darauf ankäme, daß sie Cohorten ins Feld führen sollten, würde ihr Chor bald verstummen, und es würde anders stehen. Wie sich dann, positives (die gesetzgebende Gewalt — eine „Opposition" gegen den Oberbefehlshaber!) die unwiderrechtlich festsetzende Thatsache an, daß Andrew Johnson seinen vollen Amtsbefugnis ausübenen, daß er sich einem etwaigen Absetzungsbeschluß nicht fügen wird."

„Vielleicht thut man Unrecht, solche Drohungen zu leicht zu nehmen, und den Umstand, daß Hr. Johnson nach nicht die Hand gegen den von ihm als unberechtigten Rumpf bezeichneten Congreß erhaben hat, als Bürgschaft dafür anzunehmen, daß er es auch nicht thun wird. Wie man nach demokratischen Zeitungen erzählt, würde Dr. Johnson seinen Widerstand gegen ein Anklageverfahren nur bis Besaumung gründen, daß dazu ein Congreß, in welchem nicht alle Staaten vertreten seien, keine Competenz besitze. Man kann freilich die Competenz dieses Congresses schon anerkannt haben, indem er seine Bothschaften an ihn gerichtet, Beschlüsse desselben sanktionirt und gegen andere sein Veto eingelegt hat. Allein, daß er nicht der Mann ist, um vor einer Inconsequenz zurückzuschrecken, hat er schon sattsam bewiesen."

„So viel wenigstens folgt aus dem drohenden oder braunbarsirenden Auftreten des Präsidenten und seiner Anhänger, daß der Congreß, ehe er zur Anklage schreitet, sich aller Mittel zur Niederschmetterung etwaigen bewaffneten Widerstands versichern muß."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schmab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 Kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 Kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 93. Heidelberg, den 28. Februar. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands. — Aus Preußen. — Aus Hannover. — Aus Wiesbaden. — Aus Thüringen. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 26. Februar.

* Die anfängliche Berechnung der Ergebnisse der Reichstagswahlen hat sich nachträglich als falsch erwiesen; die nationalliberale Partei in Preußen ist bei den Wahlen in entschiedener Minderheit gegen die „Conservativen“ geblieben und wenn sie im Reichstage selbst, Dank den aus den einverleibten und den bundesgenössischen Landen ihr zugewachsenen Stimmen, die Mehrheit gewinnt, so wird dieselbe allem Anscheine nach keine bedeutende sein. Wir haben eine starke Enttäuschung erlebt, zugleich aber eine überaus lehrreiche Erfahrung gemacht, die uns für die Zukunft hoffentlich zu gut kommen wird.

Die Mehrheit des preußischen Volkes ist also, wenigstens in Sachen des Norddeutschen Bundes, Bismarckisch gesinnt, das heißt, sie will die nationalpolitischen Ergebnisse des vorigen Jahres vor allen Dingen und um jeden Preis feste und sichergestellt wissen; die Ergänzung des preußischen Staatsgebietes durch die neuen Provinzen und die vertragsmäßige Anordnung des preußischen Machtgebietes auf ganz Norddeutschland ist in den Augen der Masse des preußischen Volkes die große Angelegenheit des Tages, hinter welcher jedes andere politische Interesse bis auf Weiteres zurücktritt: das ist die erste wichtige Folgerung, welche sich aus dem Wahlresultate ergibt. Welche Lektion für den Radikalismus, der dem preußischen Abgeordnetenhause zumuthete, daß es, im Namen dieses oder jenes Princips, tapfer Opposition mache gegen die Machtpolitik des Ministeriums Bismarck! — Aber der Radikalismus verachtet die Thatsachen zu sehr, um sich dadurch irre machen zu lassen an seinem System. Er frohlockt über die Niederlage, welche die Fortschrittspartei bei den Wahlen erlitten, als wäre er selbst der Sieger gewesen, ja er scheut sich nicht, mit dreister Stimme zu versichern, daß das Volk die Fortschrittspartei gerade deßhalb im Stiche gelassen, weil sie der Bismarck'schen Vergrößerungspolitik keinen entschlossenen Widerstand geleistet. Nach verwünschten Gründen darf man natürlicher Weise bei solchen Behauptungen nicht fragen. Bei einem geringen Grade von Schaam, Ehrlichkeit und Consequenz würde die radikale Presse sich durch die Reichstagswahlen überzeugen lassen, daß sie und ihre vereinzelten Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhause auf dem besten Wege waren, die Volksvertretung von dem Volke selbst gänzlich loszureißen, die öffentliche Meinung der Bismarck'schen Politik vollends in die Arme zu treiben. Und da die Mehrheit, nach den Grundsätzen des Radikalismus, immer Recht hat, was kann der Radikalismus, ohne zum Lügner an sich selbst zu werden, gegen das Verdammungsurtheil einwenden, welches durch die preußischen Reichstagswahlen über seine deutsche Politik gesprochen worden ist?

In Bezug auf die Wahlen in den neuen preußischen Provinzen bestätigt sich das vorausgesetzte Gesammtergebniß einer nationalliberalen Mehrheit, gegenüber einer mehr oder weniger partikularistisch gesinnten Minderheit, während das Berliner System hier keinen einzigen seiner Candidaten durchgebracht hat. Ohne die mindeste Ueberhebung dürfen wir sagen, daß der Nationalverein an jenem Resultate einen großen Antheil gehabt, daß ohne seine Vorarbeit die Wahlen in Hannover, Kurhessen und Nassau wahrscheinlich nicht viel anders ausgefallen sein würden, als in Schleswig-Holstein, dessen neun Abgeordnete bekanntlich durchweg preußenfeindlich gesinnt sind (wiewohl anzunehmen steht, daß sich die meisten derselben im Reichstage selbst mit den Nothwendigkeiten der Lage schließlich abfinden werden). Wenn also der preußischen Regierung und dem preußischen Staate die Dankbarkeit erspart ist, die Abgeordneten der neuen Provinzen in Masse als einen lebendigen Protest gegen deren jetzige Staatsangehörigkeit in den Reichstag eintreten zu sehen, so hat man es in Berlin vorzugsweise einer Partei zu verdanken, welche von dort aus mit größerer Feindseligkeit behandelt worden ist, als von Seiten irgend einer der anderen Regierungen, deren Mißgunst eben so unzweifelhaft war, zugleich aber viel besseren Grund hatte, als die des Berliner Cabinets.

An dem Entwurfe der Verfassung des Norddeutschen Bundes werden mit Recht viele Ausstellungen gemacht. Er trägt die deutlichen Spuren einer hastigen Arbeit in dem Mangel an Ordnung, Deutlichkeit und Vollständigkeit. Einige seiner Bestimmungen sind kleinlich, einige seiner Dunkelheiten schienen berechnet, einige seiner Lücken lassen sich nur durch ein reines Vergessen erklären. Trotz alledem muß man, unparteiischer Weise, zugestehen, daß der Verfassungsentwurf im Großen und Ganzen ein zweckmäßiges Provisorium für die staatlichen Verhältnisse Norddeutschlands aufstellt — denn daß dieser Norddeutsche Bund nur ein Durchgangspunkt sein will und kann, ist von selbst einleuchtend, und wird sogar in der Thronrede des Königs von Preußen ziemlich unumwunden anerkannt. Insbesondere die Bestimmungen über die Befugnisse der Präsidialmacht, über das Heerwesen, die Flotte, die Verkehrs- und Handelsangelegenheiten, einschließlich der Handelsdiplomatie, sind, der Hauptsache nach, so bemessen, daß das nationale Bedürfniß seine Rechnung dabei findet, wiewohl die Einräumungen an den Einzelstaat in gewissen Punkten immer noch weiter gehen, als wünschenswerth. Die schwachen Seiten des Entwurfs sind dagegen die Artikel, welche vom Reichstage und von den Bundesfinanzen handeln. Daß hier wesentliche Ergänzungen stattfinden müssen, wenn dem Reichstage der Charakter eines wirklichen Nationalparlaments gegeben und dem preußischen Abgeordnetenhause die erforderliche theilweise Abdankung zu Gunsten des Reichstags ermöglicht werden soll, darüber wird innerhalb aller liberalen Parteien keine Meinungsverschiedenheit obwalten. Ist auch das Budgetrecht des preußischen Landtags, wie die Erfahrung der letzten vier Jahre bis zum Ueberflusse dargethan hat, kaum mehr als ein bloßer Name, so kann doch das preußische Abgeordnetenhaus, in Bezug auf die Bundesfinanzen, niemals auf den mit jenem Namen gegebenen Anspruch verzichten, wenn derselbe nicht ausdrücklich auf den

Digitized by Google

Reichstag übertragen wird. Hier ist der Fall gegeben — vielleicht der einzige innerhalb aller Streitfragen, welche der Verfassungsentwurf anregen wird — wo der Norddeutsche Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus gleichmäßig verpflichtet sind, im Gegensatze zu dem Inhalt des Entwurfs, an einer parlamentarischen Rechtsforderung unbedingt festzuhalten, und sollte die ganze Bundesverfassung darüber in Gefahr kommen.

— Obgleich das Ministerium Hohenlohe eine ziemlich stramme Haltung zeigt, so will man doch nicht recht glauben, daß es auf festen Füßen stehe. Am lebhaftesten äußert sich der Zweifel in der baierischen Kammer selbst. Die zum Nachtheil des Ministeriums thätigen Einflüsse stammen aus den höchsten und den tiefsten Quellen zugleich; aus Fürst Hohenlohe gilt nicht für die außerordentliche Persönlichkeit, die da nöthig wäre um dem tagtäglichen Andrange derselben auf die Dauer gewachsen zu sein. Inzwischen hat der Minister allerdings die Ratification der in Stuttgart getroffenen militärischen Vereinbarungen der Südstaaten durchgesetzt, mit deren Ausführung Baden seinerseits dadurch den Anfang gemacht, daß es sich das preußische Zündnadelgewehr angeeignet. Damit sind denn die andern Südstaaten zwischen die Wahl gestellt, auf die übereinstimmende Bewaffnung entweder zu verzichten, oder dieselbe durch Nachahmung des badischen Beispiels zu bewerkstelligen.

— Einige für die deutsche Geschichte des vorigen Jahrs sehr wichtige Thatsachen ergeben sich aus den diplomatischen Aktenstücken, welche die französische Regierung dem Gesetzgebenden Körper vorgelegt hat. So namentlich die Gewißheit, daß, nach französischem Urtheil wenigstens, die Widerstandskraft des österr. Heeres durch die Schlacht bei Sadowa vollständig gebrochen war, und dem Einrücken der Preußen in Wien kein ernstliches militärisches Hinderniß mehr im Wege stand. Von noch größerer Bedeutung aber ist die urkundliche Bestätigung der bis dahin unbeglaubigten Gerüchte von der Anrufung französischen Beistandes durch die Regierungen der deutschen Südstaaten, mit Ausnahme Badens. Verständige Leute werden sich darüber weder wundern noch beklagen, denn solchen ist es von jeher nicht im Mindesten zweifelhaft gewesen, daß die rücksichtsloseste Selbstsucht der Grundzug in der Natur der Souveränetät ist, daß insbesondere eine regierende Dynastie niemals irgend ein Mittel zu anspröig, oder ein Opfer — besonders auf fremde Kosten — zu groß finden wird, um sich zu behaupten. Schwachköpfe aber, welche den vertriebenen Fürsten von Hannover, Hessen, Nassau sentimentale Thränen nachweinen, oder den Trauerflor tragen um den verminderten Glanz der sächsischen Krone, solche Schwachköpfe werden aus der neuesten Wiederholung einer vielhundertjährigen Erfahrung vielleicht eine dunkle Vorstellung davon schöpfen, daß und warum eine Nation, mit vielköpfiger Souveränetät, bei jeder ernstlichen Krisis sich von vorn herein für verratben und verkauft erachten muß.

— Wenn man den Worten des Hrn. v. Beust glauben darf, so denkt die österreichische Politik nicht entfernt daran, der Neugestaltung Deutschlands auf der Grundlage des Prager Friedens irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, oder ihre verlorenen Stellungen in Deutschland wieder zu gewinnen. Grund genug zu solcher Entsagung ist in den innern Verhältnissen des Kaiserstaats allerdings vorhanden. Von allen andern Verlegenheiten Oesterreichs zu schweigen, ist die Angriffsmacht desselben außerordentlich geschwächt, seitdem man den Ungarn ein mitentscheidendes Wort, auch in den wichtigsten Militärangelegenheiten, hat zugestehen müssen. Am wenigsten wird jemals ein nach der deutschen Seite hin gerichtetes Unternehmen des althabsburg'schen Ehrgeizes die Zustimmung und Unterstützung des Pesther Reichstages erlangen, auf welchen der etwaige Erfolg wie ein Strafgericht zurückfallen würde. Die Aufmerksamkeit der auswärtigen Politik Oesterreichs ist denn auch zur Zeit vorzugsweise nach Osten gerichtet. Wenn das Metternich'sche System des strengen Conservativismus in Bezug auf den Orient bisher seine Herrschaft in Wien behauptet hatte und die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches fort und fort als eine Hauptaufgabe der österreichischen Staatskunst behandelt wurde, so hat Herr v. Beust auch auf diesem Gebiete einen Neuerungsversuch gemacht, der indessen übel ausgefallen und alsbald wieder aufgegeben zu sein scheint. Während das Metternich'sche System darauf ausging, alle Unabhängigkeitsregungen innerhalb der Türkei niederzuhalten, sollten, einem neuerdings aus der Wiener Staatskanzlei hervorgegangenen Vorschlage zufolge, die Großmächte sich dahin verständigen, bei der Pforte eine durchgreifende politische Emancipation der christlichen Bevölkerung der Türkei zu betreiben. Für solche Vorschläge glaubte man ohne Zweifel auf den lebhaften Beifall Frankreichs und Rußlands zählen zu können, und zwar des letztern um so mehr, als Herr v. Beust dessen Interessen im Orient, durch einen förmlichen Antrag auf Revision des dieselben beschränkenden Friedensvertrags von 1856, einen weiteren Vorschub zu leisten beflissen war. Gleichwohl und trotzdem, daß die französische Thronrede auf die Beust'schen Pläne einzugehen schien, sind dieselben, aus bisher unbekannten Ursachen, ins Stocken gerathen, wenn nicht gänzlich fallen gelassen. Herr v. Beust ist zwar bekanntlich ein diplomatisches Genie, aber er hat leider keine glückliche Hand. Mit Hülfe einer französisch-russischen Allianz im Orient, hätte sich übrigens wohl auch im Occident mit der Zeit Dies und Jenes ausrichten lassen.

Der Prager Friede als Grundlage der Neugestaltung Deutschlands.

Unter diesem Titel hat der badische Landtagsabgeordnete, Herr v. Feder, eine Schrift veröffentlicht, welche aus der sonstigen Broschürenliteratur ihres Druckorts, Mannheim, wenigstens durch Geist und Styl vortheilhaft hervorsticht, wiewohl sie den preußenfeindlichen Stempel ihres Ursprungs nicht verleugnen will und kann. Ausgehend von der Auflösung des heiligen römischen Reichs deutscher Nation — eine Missethat, welche der Politik Friedrichs des Großen und seiner Nachfolger mit schweren Ziffern zur Last geschrieben wird — zeichnet Herr v. Feder in flüchtigen Umrissen die deutsche Verfassungsgeschichte der letzten sechzig Jahre, in welcher wiederum Preußen durchweg die schlimmste Rolle spielt, bis es durch den verjährigen Krieg, durch die Sprengung des deutschen Bundes, durch die Ausstoßung Oesterreichs aus Deutschland, durch die Einverleibung eines Theils der eroberten Lande und durch die Gründung des Norddeutschen Bundes seinen bösen Werken die Krone aufsetzt.

Indessen, das Unglück ist nun einmal geschehen und es handelt sich darum, den angerichteten Schaden möglichst wieder gut zu machen. Der nothwendige völkerrechtliche Stützpunkt bei dieser Arbeit ist der Prager Friede, die einzige internationale Grundlage einer gemeinschaftlichen deutschen Politik, welche es, wie Herr v. Feder versichert, zur Zeit überhaupt noch giebt. Dem Inhalte des Prager Vertrags gemäß, kann, wie der Verf. meint, von einem Eintritte der einzelnen süddeutschen Staaten in den neuen Bund nicht die Rede sein, ist vielmehr eine vorgängige Einigung derselben unter sich durchaus geboten, deren Zweck jedoch keineswegs die Gründung eines dauernden Südbundes sein soll, sondern der gemeinschaftliche Anschluß an Norddeutschland und zwar — auf Grundlage der Reichsverfassung von 1849.

Dieser Inhalt der uns vorliegenden Schrift ist von dem Verf. stellenweise mit großem Geschick behandelt, und gibt demselben manche Gelegenheit, einen klaren Blick in die geschichtlichen und politischen Verhältnisse unseres Vaterlandes zu bekunden und schlagende Urtheile über Menschen und Dinge abzugeben. Deste wunderlicher freilich nimmt sich so manche augenscheinliche Verkehrtheit der Auffassung und so mancher abgeneigte Trugschluß aus, zu denen sich Herr v. Feder mit der größten Unbefangenheit bekennt. So z. B. stimmt er den fast verklungenen Jammer über die Selbstverstümmelung Deutschlands, durch die Ausscheidung Oesterreichs, von Neuem an. Daß der Nationalverein damit einverstanden, ist dessen großes Verbrechen. „Niemals, ruft der Verf. in verwurfsvollem Tone

Digitized by Google

aus, kam es einem italienischen Patrioten in den Sinn, von dem einigen Italien die Lombardei, oder Venetien, oder Rom ausschließen zu wollen.“ Es ist wahr, die Italiener haben niemals irgend einen Theil ihres Landes, der auf die Bedingungen ihrer politischen Einigung eingehen konnte und wollte, auszuschließen getrachtet, aber sie haben sich auch durch den nothgedrungenen einstweiligen Verzicht auf dies oder jenes Gebiet nicht abhalten lassen, den Anfang mit der Constituirung derjenigen Landestheile zu machen, die wirklich zur Verfügung standen. So wird in ähnlicher Lage, jedes Volk verfahren, das nicht etwa im Rausche blinder Leidenschaften sogar den Naturtrieb der Selbsterhaltung verloren hat, wie man das von den Polen sagen kann, und so hat der Nationalverein verlangt, daß Deutschland zu Werke gehe. Wir haben Deutsch-Oesterreich aus den nämlichen Vernunftgründen bei Seite liegen lassen, wie die Italiener Corsica und Tessin, die wahrhaftig in vollem Sinne des Wortes Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut sind, als Böhmen und Mähren, Kärnthen und Krain von dem unsrigen. Die patriotische Entrüstung, welche Herr v. Feder bei dieser Gelegenheit gegen den Nationalverein aufwendet, würde vielleicht auf einem Turnplatze, vor der versammelten zugendlichen Gemeinde, nicht ohne einige der Absicht entsprechende Wirkung bleiben; vor einem politisch urtheilsfähigen Publikum und im Munde eines reifen Mannes, der mitten im öffentlichen Leben steht, macht sie — sagen wir es gerade heraus — nur den Eindruck der Unehrlichkeit.

Aber nicht blos an dem Einheitsgedanken der Nation hat sich, nach Herrn v. Feder, der Nationalverein versündigt, sondern auch von der Freiheitsidee, die doch sonst in seinem Programm eine Rolle spielt, ist er abgefallen, wie Herr v. Feder versichert, weil er nicht versucht hat, unter dem Kriegsgetümmel des vorigen Jahres und unter dem unmittelbaren Eindrucke der Erfolge der preußischen Waffen, dem Mißbrauche des Sieges, wie er in Frankfurt und anderen Orten vorgekommen, seinen Einspruch entgegenzustellen. Abgesehen davon, daß es eben so weise gewesen sein würde, einen Waldbrand mit Weihwasser löschen zu wollen, hat der Nationalverein, unseres Wissens, niemals das Amt des Censors der einzelnen Regierungshandlungen in den deutschen Staaten übernommen, so weit dieselben nicht mit den durch sein Programm festgestellten Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhange standen. Welchen Sinn hätte es auch wohl gehabt, wenn der Nationalverein etwa die feierliche Erklärung, mit entsprechender Betonung, abgegeben: wir mißbilligen die der Stadt Frankfurt angethane Behandlung! Die öffentliche Meinung bedurfte in diesem Punkte wahrhaftig keiner Belebung, und daß solche Kundgebungen zur Erleichterung der Lage Frankfurts beigetragen haben würden, ist doch auch wohl Herrn v. Feder nicht wahrscheinlich. Der Resolutionen, um der Resolutionen willen, aber war der Nationalverein aus guten Gründen eben so satt wie das Publikum.

Ganz recht hat übrigens Herr v. Feder, wenn er sagt, daß durch die Ereignisse des vorigen Jahres die deutsche Verfassungsfrage mehr als je in den Vordergrund der Interessen des Nationalvereins getreten ist. Der Krieg, welchen der Nationalverein nicht gewollt, dem er sich vielmehr bis zum letzten Augenblicke nach Kräften widersetzt, dieser Krieg hat für den Einheitszweck unerhoffte Erfolge gebahrt, welche nur vermöge einer unverantwortlichen Frivolität, oder eines unvernünftigen Eigensinnes wieder preisgegeben werden könnten und die der Nationalverein, seinerseits, unbedingt festzuhalten gesonnen ist. Von den Errungenschaften des vorigen Jahres, welche freilich auf militärischem Wege gewonnen sind, die aber durch das dafür vergossene Blut doch wohl nicht weniger werthvoll gemacht werden, ist schon die für Norddeutschland geschaffene einheitliche Wehrverfassung zu Wasser und zu Lande ein Besitzthum, welches nicht leicht überschätzt werden kann, eine Bürgschaft der Sicherheit und der Macht, die dem deutsche Volke im ganzen Laufe seiner zweitausendjährigen Geschichte, in solchem Umfange, jetzt zum ersten Male zu Theil geworden. Können wir diesen ungeheuren Gewinn durch eine angemessene Erweiterung der Freiheitsrechte des Volkes steigern, so wird die Gelegenheit dazu am allerwenigsten vom Nationalverein unbenutzt bleiben; unter allen Umständen aber will der Nationalverein das bereits fertige Stück deutscher Einheit festhalten und in Sicherheit bringen helfen. Ist es eine Thorheit, den Sperling in der Hand loszulassen, um nach der Taube auf dem Dache zu greifen, so würde es eine offenbare Verrücktheit sein, den Sperling wegzuwerfen aus bloßem Aerger darüber, daß man nicht zugleich auch die Taube haben kann.

Dagegen ist nichts grundloser, als die von Herrn v. Feder erhobene Beschuldigung, daß für den Nationalverein Preußen, seit seinem Sieg über Oesterreich, der „Musterstaat“ sei, in Bezug auf welchen der Verein sich des Rechts und der Pflicht der Kritik völlig begeben habe, und dessen sämmtliche Handlungen er unbesehen als vortrefflich anerkenne. Dieses Gerede vom „Musterstaat“, oder vom „constitutionellen Musterstaat“, oder vom „Staate der Intelligenz“ und wie die satyrisch sein sollenden Formeln sonst lauten, mit denen man die Anhänger Preußens in Verlegenheit zu bringen meint, läßt der Nationalverein überhaupt gänzlich unbeirrt. Wir haben uns zu dem preußischen Staate niemals bekannt wegen seiner vermeinten oder wirklichen Tugenden und Vortrefflichkeiten, sondern einzig und allein wegen der Macht, die er vor allen andern deutschen Staaten voraushatte, und die längst keinen Mann von gesunden politischen Urtheil darüber zweifelhaft lassen konnte, daß Deutschland entweder auf jede Gesammtverfassung verzichten, oder innerhalb derselben der preußischen Regierung eine herrschende Stellung zugestehen müsse. Dem jetzigen preußischen Regierungssystem hat der Nationalverein, wie Jedermann weiß, der sich um öffentliche Dinge bekümmert, so lebhaft Opposition gemacht, wie irgend eine Partei, und uns der willenlosen Hingebung an dasselbe beschuldigen, heißt der landkundigen Wahrheit Hohn sprechen. Daß aber Preußen auch unter Herrn v. Bismarck der Staat gebrieben, auf welchem die Zukunft Deutschlands beruht, das hat der Nationalverein, inmitten seiner Opposition, allerdings niemals verkannt, und das sollte doch auch dem Ungläubigsten heut zu Tage als erwiesen gelten.

Herr v. Feder will also, daß die deutschen Südstaaten politische Gemeinschaft mit einander machen, insbesondere auch durch Einberufung eines süddeutschen Parlaments, um als geschlossener Körper mit dem Norddeutschen Bunde in Unterhandlung wegen des Anschlusses zu treten. Angesichts der großen Schwierigkeiten, welche sich der, unter unendlich günstigeren Voraussetzungen begonnenen, Constituirung des Norddeutschen Bundes entgegengestellt haben und noch entgegenstellen, gehört ein ungewöhnlicher Muth dazu, ein solches Auskunftsmittel vorzuschlagen und einen guten Erfolg desselben zu erwarten, wenn man die scharfen Gegensätze zwischen den Regierungen der Südstaaten so gut kennt, wie Herr v. Feder. Wenn er dabei annimmt, daß das einzuberufende süddeutsche Parlament „die anzubahnende Einigung den bedenklichen Schwankungen der Cabinetspolitik entziehen und auf die breite Basis der Volkszustimmung übertragen würde“, so klingt das zwar recht erbaulich, aber wir möchten fast zweifeln, ob auch nur Herr v. Feder selbst an diese seine Worte aufrichtig glaubt. Unseres Dafürhaltens würde die Einberufung eines baierisch-schwäbisch-badisch-darmstädtischen Parlaments nichts bewirken, als die Herstellung eines Musterbildes parlamentarischer Confusion, aus der schwerlich etwas Anderes hervorgeringe, als der thatsächliche Beweis der Widersinnigkeit des Unternehmens selbst.

Aus Preußen, 24. Febr. Heute Mittag wird also der Reichstag für den Norddeutschen Bund im königlichen Schlosse der preußischen Hauptstadt durch den König von Preußen in Person eröffnet werden. Vor dem Throne sollen die Reichseinsignien der Krönung von 1701 aufgestellt werden. Ueberhaupt wird es an äußerem Glanze nicht fehlen, mögen die Bundesfürsten nun persönlich bei der Eröffnung zugegen sein, oder nicht. Wann wäre an einem großen Hofe jemals Mangel gewesen an stattlichen Herren, welche bunte, goldgestickte, mehr

Digitized by Google

oder minder geschmackvolle Uniformen in tadelloser Haltung mit vorgeschriebenem Anstande zu tragen verstünden! Allem Anschein nach wird man überhaupt den Reichstag mit äußerlichen Ehren überhäufen, um ihn vor dem oft so „renitenten“ Abgeordnetenhause auszuzeichnen, oder um ihn, und die Welt mit ihm, über seine reale Macht zu täuschen. Das heutige Galadiner im königlichen Schlosse, zu welchem sämmtliche Abgeordnete zum Reichstage Einladungen erhalten haben, ist ohne Zweifel nur der Anfang einer Reihe von Festlichkeiten, für welche er, seiner Zusammensetzung nach, wahrscheinlich empfänglicher sein wird, als das Abgeordnetenhaus. Der Bonapartismus hat es verstanden, den plebejischen Ruf nach Brod und Zeitvertreib in die höheren Gesellschaftskreise zu verpflanzen, und wir haben leider nur zu viel vom Bonapartismus gelernt! Aber das sind doch am Ende nur Aeußerlichkeiten, die vor dem ernsten Inhalte rasch verschwinden werden, wenn eben der Inhalt nicht selbst estamotirt wird. Gewiß ist der 24. Februar ein hochwichtiger Tag für Preußen und Deutschland, ein Tag, an welchem unser Staat, die Beschränkung der Vergangenheit aufgebend, mit einem Fuße kühn in die deutsche Zukunft hinüberschreitet: — darin kann man der ministeriellen „Prov. Corr.“ nur beistimmen. Aber seine wahre und dauernde Bedeutung wird dieser Tag doch erst erhalten, wenn der Reichstag wirklich die Stellung erringt, die ein Faktor der gesetzgebenden Gewalt in einem konstitutionellen Staate haben muß, wenn er nicht zu einer leeren Form, zu einem kostspieligen Spektakelstück, zur Täuschung des Volkes aufgeführt, herabsinken soll; und diese Stellung gibt ihm der vorliegende Verfassungs-Entwurf entschieden — nicht. In der Berathung der Abänderungen desselben liegt die Bedeutung des Reichstages, — und das ist gewiß kein guter Anfang, wenn man darum auch noch keineswegs die Hoffnung auf ein gutes Ende aufzugeben braucht. —

Die lange Liste der als „konservativ“ bezeichneten Abgeordneten, an ihrer Spitze der Prinz Friedrich Karl, der Erwählte der Kreise Labiau-Wehlau, an Prof. John's Stelle, unter ihnen ein halbes Dutzend Herzoge und Fürsten, und ungezählte Grafen und kleine Herren, ist allerdings eine unangenehme Illustration zu dem Lobe, welches ich dem preußischen Volke über die eifrige und doch in Ruhe und Ordnung vor sich gehende erste Ausübung des allgemeinen direkten Wahlrechts spendete. Sehr schwerlich ist für die liberale Partei namentlich der gänzliche Umschwung in Ostpreußen, welches sonst der festeste Hort des Liberalismus war und welches diesmal nur 3 Liberale gewählt hat! Ich beneide die „Köln. Ztg.“ wahrhaftig nicht um ihren guten Humor über diesen Sieg des stockpreußischen Junkerthums über die „Herren Frentzel und Genossen, die es auch gar zu arg gemacht haben“, — genau, wie der Ritter Vincke, der Fortschrittspartei gegenüber, sagte, als er aus demselben Grunde das Steuerbewilligungsrecht, den Schlußstein des ganzen konstitutionellen Systems, für das er doch zu streiten behauptet, preisgab. Diese niedrige Freude über die Niederlage einer Fraktion der liberalen Partei, im Munde einer angeblich liberalen Zeitung wird nur noch übertroffen durch den Jubel über den Wahlsieg zweier Dänen in Nordschleswig, den die Kölnische Zeitung in derselben Nummer ersonnen läßt, weil sie die Verwirklichung ihrer stets Ihre, der Auslieferung der Deutschen in den schleswig'schen Grenzdistrikten an die Dänen, die sie in alternativer und geschmackvollster Uebertreibung „das deutsche Venetien“ nennt, einen Schritt näher gekommen zu sein hofft.

Das beiläufig. Es ist aber von Interesse, sich über die Ursachen der Niederlage der Fortschrittspartei gerade in Ostpreußen klar zu werden. Sind die Massen dort plötzlich reaktionär und wohl gar Verehrer des Junkerthums geworden, welchem die Massen in Mecklenburg so eben eine empfindliche Lektion gegeben haben? Schwerlich, wenn auch die offiziöse Presse eilfertig diesen herzerwärmenden Schluß zieht. Natürlich haben Junkerthum und Regierung zusammen in diesen Kreisen, wo sie durch keine „revolutionäre“ Gemeindeordnung gehemmt sind, alle erlaubten und unerlaubten Mittel aufgeboten, um ihren Kandidaten den Sitz zu sichern. Im Kreise Mohrungen, wo Forckenbeck, der frühere Vertreter dieses Kreises, aufgestellt war, haben elf Herrenhäuser ihre Besitzungen, und es wäre eine gänzliche Verkennung der persönlichen und politischen Natur dieser Herren, wenn man ihnen die Einsicht unterschieben wollte, daß ein Mann von Forckenbeck's Bedeutung nothwendig in das Parlament gehöre. Die allgemeine Anerkennung, die er als Präsident der Volksvertretung, im Volke sowohl, als bei der Regierung, gefunden hat, ist für den „Patriotismus“ dieser Conservativen ein Grund mehr, ihren Haß gegen die liberalen Bürger wohl zu konservieren und ihren ganzen Einfluß bis zum Aeußersten anzustrengen, um ihm eine Niederlage bei der Wahl zu bereiten. Von den Mitteln, welche feudale Landräthe für erlaubt halten, führe ich nur eines an; die kleinen Kunststücke der Wahlvorsteher, die den empfangenen Zettel mit Ostentation von allen Seiten gegen das Licht halten, um den Bauern das Geheimniß der Wahl als illusorisch erschinen zu lassen u. dgl. m. übergehe ich. Der Landrath v. Wepser macht im Kreise Flatow amtlich bekannt: „Ich bin ermächtigt, den Hrn. N. N. als Candidaten der Regierung zu bezeichnen, und fordere also Alle, die im Sinne Sr. Majestät des Königs wählen und seine Regierung unterstützen wollen, auf, für ihn zu stimmen. Die Gemeinde-Vorstände haben diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Zuwiderhandlungen werden von den vorgesetzten Behörden gerügt event. bestraft.“ Natürlich bezieht der Bauer die bedrohte Zuwiderhandlung auf die Abstimmung; der Landrath aber versichert, wenn die Sache zur Sprache kommt, er habe sie nur auf die Bekanntmachung bezogen, und alle Conservativen schreien Lärm über die Liberalen, die eine so loyale Handlung verdächtigen. —

Aber wie schwer diese lokalen Einflüsse auch ins Gewicht fallen, so genügen sie doch nicht, die gänzliche Niederlage der liberalen Partei in Ostpreußen zu erklären. Ich glaube, daß die Fortschrittspartei dort den gewaltigen Einfluß, den die großen Thaten unserer Armee im vorigen Sommer, bei den in der altpreußischen Bevölkerung lebenden militärischen Traditionen und bei ihrem strammen soldatischen Sinn, auf ihren Geist üben mußten, vollständig unterschätzt hat. Das Volk glaubte die Einheit Deutschlands, die es so lebhaft, wie irgend ein anderer Stamm, ersehnte, durch Preußens Siege zur Vermehrung von Preußens Macht und Größe hergestellt zu sehen; es glaubte an keine Gefahr für die Freiheit; darum wandte es sich von der pessimistischen Verbissenheit der alten Fortschrittspartei, die sich durchaus nicht unbefangen auf den Boden der neuen Thatsachen zu stellen vermochte, verstimmt ab — und schoß nach der andern Seite über das Ziel hinaus. Wenn die „Volkszeitung“ in ihrem Grimm über die Nationalen noch heute ernsthaft verkündet: „die von diesen als Kleritale, Partikularisten, Augustenburger, Preußenfeinde und Großdeutsche geschmähten Männer sind ernste Vorkämpfer der Freiheit“, so ist das sicher nicht geeignet, die Stellung der Fortschrittspartei im Volke wieder zu bessern. Die Klerikalen wenigstens haben eine entschiedene Niederlage erlitten. Die „Volksztg.“, die „Rhein. Ztg.“ u. a. m. haben während der Wahlbewegung durch ihre schier zur fixen Idee gewordene Schwärmerei für die Reichsverfassung, durch ihre großdeutschen Phantasmen und namentlich durch ihre gehässigen Hetzereien gegen die Nationalen offenbar verwirrend und zersetzend auf die liberale Partei gewirkt. Und obgleich das Central-Wahlkomite aus beiden Fraktionen zusammengesetzt war und einmüthig arbeitete, so entblößen sich jene beiden Blätter auch heute noch nicht, während Einigkeit aller Liberalen so dringend geboten ist, den Nationalen allein die Schuld an den Mißerfolgen bei den Wahlen aufzubürden, — gerade weil sie den Konservativen noch bei Weitem mehr Sitze entrissen haben, als die alte Fortschrittspartei! Diese Blätter thäten besser, wenn sie statt dieses kindischen oder perfiden Nergelns sich einmal überlegten, wie ganz anders geschlossen die liberale Partei zu den Wahlen gegangen wäre, wenn die unzweifelhaft national gesinnten Führer Schulze-Delitzsch,

Digitized by Google

Bowe, Birchow, Hoverbeck sich, nach dem Vorgange von Unruh, Twesten und Genossen hätten entschließen können, ihre Verdrossenheit und ihren Pessimismus über Bord zu werfen und sich von den unklaren radikalen, oder klerikalen Großdeutschen zu trennen. —

Die Konservativen haben einen großen Erfolg errungen, das ist unläugbar. Das platte Land hat die Städte zu ihren Gunsten niedergestimmt. Vielleicht macht sich die Verstimmung, welche der Verfassungs-Entwurf der Regierung überall hervorruft, schon bei den 29 noch ausstehenden Neuwahlen geltend, obwohl Bismarck in Elberfeld über Forckenbeck mit Hülfe der Lassallianer gesiegt hat. Es war unter den gegebenen Umständen vielleicht nicht ganz loyal, daß Bismarck, dem Kipel, über den gefeierten Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu siegen, nicht widerstehend, sich in der letzten Stunde gegen Forckenbeck aufstellen ließ; doch soll er nachträglich die Wahl in Elberfeld abgelehnt haben, so daß dort nun Forckenbeck mit dem Lassallianer v. Schweitzer — Mannheimer Andenkens — zu streiten hätte. Sonst sind bei den Nachwahlen 22 konservative, 6 altliberale, 19 liberale, 8 klerikale, 3 polnische Kandidaten aufgestellt. Nach dem wahrscheinlichen Ausfall derselben werden sich unter den altpreußischen Reichstags-Abgeordneten etwa 107 Konservative, 22 Altliberale, 41 Liberale, 11 Klerikale, 13 Polen befinden. Demnach reduzirte sich die 2/3 der Stimmen in allen Provinzen, welche die Regierung in ihren offiziösen Blättern erhalten zu haben behauptet, schon erheblich. Nun fallen auf die neuen Provinzen noch 23 Nationale und 20 Partikularisten, und unter den 60 Abgeordneten der übrigen Länder werden sich etwa 40 Liberale finden, die zwar vielfach auf dem politischen Standpunkt der preußischen Altliberalen stehen mögen, die aber doch höchst wahrscheinlich nicht geneigt sind, die politischen Rechte aufzugeben, die ihre Kammern daheim ausüben. Zum Verzweifeln hat die nationale Partei also noch gar keinen Grund. —

Von den hervorragendsten Männern der liberalen Partei sind noch nicht gewählt Forckenbeck, Twesten, Löwe. Der erstere wird in Neuhaldensleben, an des doppelt gewählten Schwerin Stelle und wahrscheinlich nochmals in Elberfeld, aufgestellt. Twesten's Wahl ist in Danzig gesichert und wahrscheinlich auch in Reichenbach-Neurode; seinem deutschfeindlichen Besuche in diesem schlesischen Wahlkreise haben sich „amtliche Hindernisse" entgegengestellt: — sollte Graf Lippe zu dem kleinlichen Mannöver einer Urlaubsverweigerung gegriffen haben?!

Von den Ministern sind bis jetzt nur Bismarck (zweimal, in Elberfeld und Zerichow!) und Roon gewählt; Itzenplitz steht irgendwo auf der engeren Wahl. Von v. d. Heydt, Eulenburg ist keine Rede gewesen. General Moltke ist dreimal gewählt und hat in Memel-Heydekrug angenommen, wo indessen wegen grober Unregelmäßigkeiten ein Wahlprotest vorbereitet wird; ebenso Vogel v. Falckenstein, der noch 2 Nachwahlen zu bestehen hat, und Steinmetz; Herwarth v. Bittenfeld sieht auf engerer Wahl. Nach einer statistischen Zusammenstellung der „Zukunft" werden im Parlament sitzen: 1 Prinz, 2 Herzoge, 4 Fürsten, 26 Grafen, 9 Freiherrn und 62 Adelige. Nach ihrem Berufe sind davon 56 Rittergutsbesitzer, 24 Landräthe, 9 Minister, 7 Generale, 2 Oberpräsidenten, 6 Präsidenten, 5 Staatsanwälte! Und trotz dieses „glänzenden" Resultates freuen sich sicher die meisten Junker über diesen durch das direkte allgemeine Wahlrecht errungenen Sieg grade so, wie der Bauer, dessen Haus brennt, über das Feuer! —

Zu Reichstags-Kommissaren sind Graf Bismarck und Savigny ernannt. Die Konservativen werden, wie im Abgeordnetenhause, 2 Fraktionen bilden, eine äußerste Rechte (Graf Stolberg, der Präsident des Herrenhauses, Bodelschwingh, Blanckenburg, Wagener, Eulenburg), und eine freie konservative Vereinigung (Grafen Bethusy-Hue und Renard, Herzöge v. Ujest und v. Ratibor). Zu einer Versammlung der liberalen Mitglieder laden die HH. v. Carlowitz, Duncker, v. Hennig, v. Hilgers, Schulze-Delitzsch, v. Unruh, v. Vaerst ein. Die meiste Aussicht zum Präsidenten scheint, in Forckenbeck's Abwesenheit, Graf Schwerin zu haben. —

Es fehlt mir an Raum, heute noch auf den Verfassungs-Entwurf einzugehen. Daß er keinen Bundesstaat und kein Staatsoberhaupt, sondern nur einen obersten Beamten des Bundes schafft, das möchte ich nicht tadeln; vielleicht ist der Uebergang aus diesem Fürstenbunde zum Einheitsstaate leichter, als aus einem Bundesstaate.*) Die auf die Einheit bezüglichen Bestimmungen in diplomatischer, militärischer und handelspolitischer Hinsicht, Freizügigkeit, Indigenat, Konsulatswesen u. s. w. sind gewiß im höchsten Grade begrenzenswerth, trotz der bedenklichen neuen Auflage des Bundestages, auf dem Preußen nur 17 Stimmen unter 43 hat. Das Schicksal, welches dessen Vorgänger für den Majoritrungs-Versuch traf, wird für die kleinen Fürsten nicht verloren sein. Aber ein Reichstag, dem keine Minister gegenüberstehen, ohne Adreß- und Interpellationsrecht, ohne klares Steuer- und Ausgabewilligungsrecht, ohne jährlichen Staatshaushalt, und doch den Einzelvertretungen das Militär-Budget entziehend, ohne Unverletzlichkeit seiner Mitglieder, ohne Diäten, ohne Garantie für unverkürzten Druck seiner Verhandlungen; dann die Ausdehnung der in Preußen noch immer ungesetzlichen siebenjährigen Dienstzeit im stehenden Heere und der gesammten preußischen Militär-Gesetzgebung auf den ganzen Norddeutschen Bund, die Berufung auf ein gar nicht existirendes preußisches Gesetz über den Belagerungs-Zustand (es existirt nur eine aufgehobene Verordnung) und dessen Einführung im Bunde: — man mag allen Respekt vor der Geschicklichkeit des Grafen Bismarck in diplomatischen Unterhandlungen, vor der Kühnheit seiner politischen Kombinationen und vor seinem energischen Handeln haben — aber in den Ruf staatsrechtlicher Klarheit und gesetzgeberischer Kunst wird ihn dieser Entwurf, in welchem das Widerstrebendste unharmonisch und verwirrt durch einander geworfen ist, nicht bringen. Den Famulus merkt man, aber von Faust ist keine Spur. Dieser Entwurf sieht Allem eher ähnlich, als einer konstitutionellen Verfassung im bisherigen staatsrechtlichen Sinne; er ist das Grab des Konstitutionalismus, ein Plagiat am Bonapartismus. In dieser Form und mit diesem Inhalt wird er von der ganzen liberalen Presse, so sehr die Liberalen das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes wünschen müssen, für unannehmbar erklärt, namentlich von der „Nat.-Ztg." Und doch lügt der Berliner Correspondent der „Rhein. Ztg." dreist in die Welt hinaus, daß die Nationalen ihn bereits gutheißen! Selbst die „Köln. Ztg." verlangt vor der Annahme einen konstitutionellen Umbau. Wenn die Altliberalen nicht ihre ganze Vergangenheit verläugnen wollen, was freilich bei Hrn. v. Vincke nicht unmöglich wäre, so können sie nicht zustimmen. Die liberale Partei ist mit Hülfe der anderen oppositionellen Elemente, die nichts zu Stande kommen lassen wollen, stark genug, die gefährlichen Artikel zu verwerfen, und die Konservativen sind nicht zahlreich genug, den Entwurf so, wie er ist, durchzudrücken. Und das wird doch auch Bismarck einsehen, daß ein solches Werk nicht mit einer Majorität von 5—10 Stimmen durchgeführt werden kann, daß er sich vielmehr mit den Liberalen verständigen muß, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, seine Verfassung in den Einzelvertretungen verwerfen zu sehen. In der Hand der liberal-nationalen Partei ruht die Entscheidung; möge sie fest und gemäßigt auftreten und geschickt operiren!

*) Diesen Gegensatz von „Fürstenbund" und „Bundesstaat" können wir, in der Anwendung, welche unser Herr Correspondent davon macht, nicht gelten lassen. Fürstenbund immerhin, aber mit starken bundesstaatlichen Garantien, möchte man das in dem Verfassungsentwurf aufgestellte Verhältniß mit größerem Rechte nennen. — Die nachfolgende Skizze des Verfassungsentwurfs, welche unser Correspondent zeichnet, scheint uns hie und da überladen und das daran geknüpfte Urtheil können wir nicht unterschreiben, für sehr übertrieben zu halten. D. H.

Digitized by Google

H Hannover im Febr. Die Wahlbewegung zum Deutschen Reichstag ist vorüber; noch niemals hat unsere Gegend eine solche politische Erregung erlebt, weit der Adel, die Geistlichkeit und die Beamten die Massen des Kleinbürgerthums, der Bauern und der Arbeiter in den altthannoverschen Provinzen dermaßen bearbeitete, daß diesen, sonst dem öffentlichen Leben so fern stehenden Leuten, von allen Händerdrücken, Versprechungen und Vorspiegelungen jede klare Einsicht der Lage der Dinge unmöglich gemacht wurde. Daß natürlich die nationale Partei, wie immer, offen und ehrlich für ihre gute Sache durch Flugblätter und öffentliche Versammlungen zu wirken suchte, versteht sich von selbst; allein weit auf Seite der Particularisten, Ultramontanen, abgesallenen Nationalen wie, E. Stüvy, Beher u. s. w. die Gegner der, in religiösen Dingen Neutralen in den Wahlsammlungen, sobald ihr Candidat genannt wurde, Hurrah zu rufen, dann zu jauchzen und thunlichst die Besprechungen zu vereiteln. Aithemdrote Volksmänner, namentlich der talentvollste und unerschrockenste Vorsechter gegen unsere langjährige Reaktion, N. v. Bennigsen, wurden mit den allerniedrigsten Verdächtigungen verfolgt und mit den scheußlichsten Verleumdungen überschüttet, dabei ward die Einverleibung unseres Landes dem Nationalverein in die Schuhe geschoben, und behauptet, wenn man den, übrigens mit der Regierung Georg's in steter Fehde gelebt habenden Staatsminister a. D. v. Münchhausen, wähle, werde man wieder hannoversch, was natürlich in den niedern Volkskassen, in denen fortgesetzt Preußenhaß gepredigt wird, einen fruchtbaren Boden findet. Es war daher auch vorauszusehen, daß in der Hauptstadt v. Bennigsen unterliegen würde, man hielt es jedoch für angewiesen, gerade unseren Führer in den Kampf zu ziehen, wo wie die Gefahr am größten war; es fielen ihm aber auch 5331 Stimmen des gebildeten Mittelstandes zu, ein Beweis, daß die früher oder später doch entscheidende Intelligenz für ihn sich aussprach, womit man in der That zufrieden sein kann. Daß die hiesige, die Arbeiterbezirke leitenden Persönlichkeiten, welche sich gleichfalls dem Bennigsen'schen Wahlcomité, wie im 5. Wahldistrikt erhielt man 4 Candidaten seiner die absolute Mehrheit, indessen sind über 7000 nationale Stimmen gegen 6000 partikularistische anzunehmen. Daß von unsern Freunden, mit seltsich erheblichen Minoritäten, O.-G.-Rath Pland in Meppen, Stadtsyndikus Albrecht in Hannover, Redeen Hannover-Land, Sanetzki in Osnabrück unterlegen, ist freilich zu beklagen, allein die Staatsminister v. Münchhausen, Fehr. v. Hammerstein, Ertleben und Windhorst (ertelkat), sind als habilverale Männer persönlich geachtete Leute, welche bei den Bauern aus ihren Ehrenverhältnissen noch guten Namen haben, daher ihr Sieg erklärlich. Nur die Wahl der Schaprätze a. D. v. Rössing und v. Bothmer sind für die politische Ignoranz der Menge bezeichnend, da diese finsterlichen Herren mit zu den Hauptagitatoren des Welfs gegen unsere Verfassung und den Trägern der unsilligen freiheitsfeindlichen Politik gehörten, da namentlich v. Rössing die Kreisstimmer noch in der letzten Minute verhetzte, den Kreis von Bennigsen zuzuwenden und den Grafen Platen in seinen Tendenzen zu bestärken. Als sog. Großdeutscher machte er sich z. B. in reaktionären Kreisen genugsam bekannt, doch nicht so, daß unsere Bauern im Calenderglauben sein Bild im Gedächtniß behalten haben, trotz aller versuchten Auffrischung durch die Presse. Im Großen und Ganzen ist aber das Wahlresultat ein sehr erfreuliches für unsere Partei gewesen, besonders wenn wir annehmen, daß uns die offiziösen Stimmen zumeist gehören; denn es sind 12385 Stimmen für die nationalliberale und 12040 für die reaktionäre, ultramontane (Coalitions-) Partei abgegeben; die zersplitterten Stimmen nicht eingerechnet. Hätte die neue Regierung übrigens es besser verstanden, sich das Vertrauen zu erwerben, als dies thatsächlich der Fall ist, hätte sie wirkliche Freunde bei ihren Maßregeln jemals in Rath gewonnen, was selten nie geschah, hätte sie die jetzt erfolgende Berufung der Beamten früher vollzogen und endlich die hannoverschen Offiziere ohne Verzug in ihre Armee einverleibt, das Wahlresultat wäre ein ungleich günstigeres gewesen. Bei Nachwahlen in andern norddeutschen Wahldistrikten möchten wir übrigens auf C.-G.-Rath Pland besonders aufmerksam gemacht haben, da dieser Name jedenfalls eine Zierde des Reichstags sein würde.

+ Wiesbaden, 19. Februar. Eine Maßregel der Landesregierung gegen die (satte) „Mittelrheinische Zeitung", das Organ der deutschen Fortschrittspartei in Nassau, erregt in allen liberalen Kreisen des Landes Verwunderung. Man war unter dem früheren reaktionären Regiment und insbesondere zur Zeit der „wilden und grechten" Verwaltung der Herren Werten und Schepp gewohnt, die „Mittelrheinische Zeitung" mit Preßprocessen bedroht, verwarnt und durch Entzug an die Kenner in ihrer Verbreitung im Lande getroffen zu sehen. Damals war es auch nichts Unerwartetes, daß eines Tages ein Regierungserlaß erschien, welcher sämmtlichen Behörden verbot, dem (in Nassau weitverbreiteten) Blatte Inserate zugehen zu lassen und daß, einer geringfügigen Veranlassung wegen, eine zweimonatliche Suspension des Blattes erfolgte. Trotz aller dieser systematischen Gehässigkeiten blieb die „Mittelrheinische Zeitung" ihrer deutschnationalen Richtung treu und schrieb nach wie vor entschieden liberal. Dabei fand sie sich, auch ohne amtliche Anzeigen, weil sie zahlreiche und treue Freunde im Volke gewonnen, weit besser, als das Regierungsblatt, die mit Zwangsinseraten und Zwangsabonnements versorgte „Nassauische Landeszeitung." Als man im Frühjahr 1866 der Eigenthümer und Chefredacteur des Blattes, Dr. Dr. Reitinger, gestorben war und der bisherige Mitredacteur, Herr Becker, in der Tonart der Frankfurter Circusvorstellung auf eigene Faust in dem Blatte zu orgeln anfangen wollte, besonders aber die hiesigen Abgeordneten schmähete, weil sie nicht mit in die Kriegsrethsche Kriegstrommete stehen und ihnen zurief: „Neutralität ist Feigheit und Verrath" — da entließ die unmenschige Witwe (Frau Wittwe Reitinger) Herrn Becker, unachtet der Drohungen der damaligen herzoglichen Regierung, und unter unvergeßlichster Freund, der unlängst verstorbene Abgeordnete Lang, engagirte als Redacteur Hrn. Dr. Cras, den bisherigen Redacteur der „Mittelrheinischen Volkszeitung" in Leipzig, als dieses Blatt nach national-liberal war. Unter jener Leitung schloß sich die „Mittelrheinische Zeitung" im vorigen Sommer dem Verhalten der liberalen Majorität des Landtags auf das Engste an und es gelang, ihre auch nur einen Zoll breit vom Conservatismus in Blatte Vorrsiion zu machen, die schlimme Zeit zu überdauern, wo die herzogl. nassauische Regierung tagtäglich in ihrem Leiborgan, der „Landeszeitung", alle Fortschrittsmänner und die Leiter und Mitarbeiter der „Mittelrheinischen" insbesondere mit dem Stricke bedrohen ließ, für den Fall, daß die „gerechte Sache", nämlich Oesterreich, siegen würde. Es kam anders, wie Nassau wurde annektirt. Die „Mittelrheinische Ztg." begrüßte die Neugestaltung Deutschlands als einen Fortschritt zur Einheit und suchte durch Belehrung und Betrachtung dahin zu wirken, ihre Leser will der neuen Entwickelung der Dinge zu befreunden, damit auf dem gewonnenen Boden weiter gebaut werden könne und nicht durch die Apathie der Bevölkerung die Verwaltung lahm gelegt werde. Daß sie dadurch nicht auf eine gerechte und ernste Kritik der Regierungshandlungen verzichten wollte, versteht sich wohl von selbst und die Kritik, die sie übte, gab den Stimmen erfahrener und um das Gemeinwohl verdienter Männer Ausdruck, war nur maßvoller. Nichtsdestoweniger scheint die Landesregierung eine solche Kritik nicht dulden zu wollen. Es ist ein lithographirtes vervielfältigtes Reskript an sämmtliche Aemter hergzgl. nassauische Aemter versendet worden, in welchem die Regierung erklärt: 1) Die Mittelrh. Z." sei nicht ihr Organ und es auch niemals gewesen; das hat dieses Blatt auch niemals von sich behauptet; im Gegentheile, es ist von seinen Feinden oft fälschlich, seiner nationalen Richtung wegen, in diesem Sinne verdächtigt worden. 2) Die Regierung kann es nicht dulden, daß ihre Handlungen nicht billigen; das kann wohl nur einem Mißtrauen der partikularistischen Absichten des Blattes zuzuschreiben sein. 3) Die sämmtlichen Aemter werden hiermit angewiesen, die Schlußerung jeder Verwaltungsmaßregel in der „Mittelrhein. Zeitung" zu überwachen und darüber zu berichten; auch sei es das Reskript sämmtlichen Unterbehörden mitzutheilen; dies kann auf alle Fälle nur zur planmäßigen Denunciation der Gesinnung des Blattes führen. Wie schon gesagt, versteht diese Maßregel unserer kundesregierung nicht, große Aufsehen bei der liberalen Majorität des Landes hervorzurufen. Aber noch mehr! Der Redacteur des Blattes ist vor der Polizeidirection beschieden worden, um wegen der Haltung des Blattes im Allgemeinen und wegen zweier Artikel sich zu verantworten, welche das von derselben, daß die Vorhaben ein Bürgermeister im Amte belassen wolle, wegen seiner Betheiligung bei den Wahlen zum Reichstage verlieren, so alle Gemeinderäthe ihr Amt niederlegeid haben und die Gemeinde die Neuwahl vorweigert, so lange er noch im Amte ist. Das Rescript, welches die Regierung an die Polizeidirection behufs gerichtet hat, gebraucht Ausdrücke, wie „unverständig", „arbiter" u. s. w. in Bezug auf das Blatt und jene Artikel. Der Schluß des Regierungsrescriptes lautet: „Königl. Polizeidirection sei hiermit ersucht, den Redakteur Dr. Cras darüber zu constituiren (zur Rechtfertigung aufzusordern), wie er in der „Mittelrheinischen Zeitung" eine derartige Leitung gegen die königliche Regierung zu habe einnehmen können und zu befragen, was in Zukunft in der Haltung der „Mittelrheinischen Zeitung", der königl. Regierung gegenüber, zu erwarten sei!" Der Redacteur, Hr. Dr. Cras hat hierauf folgende Erklärung abgegeben: „Königlicher Regierung bedauere ich gänzlich das Blatt nicht in königlicher Regierung zur Rechtfertigung über die Art und Weise aufzuforderen, wie ich die „Mittelrheinische Zeitung" redigire, sowie mir Erklärungen darüber abzuforderen, welche Haltung ich in Zukunft der von mir redigirten Zeitung, den Maßregeln und den Verfügen hiesiger Königlichen Regierung gegenüber, geben werde. Abgesehen davon, daß es ganz von dem Charakter der künftigen Maßnahmen königl. Regierung selbst abhängt, welches Urtheil ein liberales Blatt, wie das von mir geleitete, über dieselben wird fällen können, ist die Aufforderung zu einer solchen vorgreifenden Erklärung der gesetzlichen Preßfreiheit (S. Edikt vom 4./5. Mai 1814, welcher durch das Constitutionsedikt vom 1./2. September 1814 bestätigt und selbst durch die Ministerialverordnung vom 23. August 1854 nicht wieder aufgehoben ist) durchaus zuwider und ergreife ich daher wegen gegenwärtigen Reskripts königl. Regierung zunächst Rekurs an die königl. Großherzogl. Regierung, eine weitere Entscheidung fraglicher Angelegenheit mir, wo nöthig, vorbehaltend. Dr. Cras." Man ist sehr begierig, zu erfahren, was weiter geschehen soll. Verwarnung! Suspension? Unterdrückung!? — Den Bundestag sind wir los, die Bundestagsgesetzgebung ist uns geblieben.

o. Aus Thüringen, 20. Febr. Alle Schleusen des Himmels waren am 12. Februar, dem Wahltage für das Parlament, geöffnet und die Wege auf dem platten Lande, zumal in den Waldgegenden, kaum passirbar. Trotzdem war die Betheiligung des Volkes eine ungemein rege, in

Digitized by Google

einzelnen Distrikten zahlreicher, als die bei der Wahl zum Frankfurter Parlament von 1848. Die Wahlen in Thüringen sind entschieden zu Gunsten der nationalen Partei ausgefallen, die Gegner erhielten, trotzdem, daß die ganze Autorität des Beamtenthums für sie zu Felde rückte, nur eine kleine Anzahl von Stimmen. In den letzten Tagen hatte der Particularismus noch eine Anzahl schöner Programme im Land hinein flattern lassen, zu Gunsten seiner Candidaten; allein die Programme haben beim Volk jeden Glauben verloren. Man hielt sich an die Personen, an die Männer. Es geht, das konnte man bei diesen Wahlen recht deutlich wahrnehmen, ein tiefer Zug des Mißtrauens gegen alle Worte und Versprechungen durch unser Volk.

„Diesmal sagte wie ein Bauer aus einem Walddorfe, fängt man uns nicht wieder, wie anno 48. Wir gehen nicht wieder auf die Leimruthe und hocken nicht auf die schönen Worte." Deshalb war auch jede directe und indirecte amtliche Beeinflussung ohne Wirkung. Einzelne mögen sich haben bestimmen lassen, im Allgemeinen ist die bureaukratische Autorität kläglich zu Schanden gewordenen. Wenige Tage noch dem Wahltag wurde die Verfassung des Nordeutschen Bundes veröffentlicht, und sonach ist die jetzt gehört habe, ist der Eindruck, welchen dieser Entwurf gemacht hat, kein ungünstiger.

Besonders Artikel 3, welcher von dem gemeinsamen Staatsbürgerrecht aller Angehörigen des Nordeutschen Bundes handelt, hat bei den Arbeiterklassen eine gute Wirkung eine durchschlagender geübt. Die Uebersiedelung ist nicht mehr mit particularistischem Patriotismus, mit Begeisterung für die Dynastien zu ertauben. In den particularistischen Kreisen freilich ist man gerade über diesen Artikel nicht sehr erfreut. Der bureaukratischen Bleibegelerecht wird dadurch ein unendlich großes Terrain entrissen, das endlich freiheitig Millionen den gemeinschaftlichen Vaterland haben, wo sie ohne dabe obrigkeitliche Erlaubniß sich niederlassen und ehrliche, freie Arbeit treiben dürfen. Insbesondere für die kleinen deutschen Länder Nord- und Mitteldeutschlands wird dieser Artikel höchst wahlthätig wirken und der hier und da hattbrodenen Stagnation der Bevölkerung, durch Zuführung frischer Elemente, ein schnelles Ende machen.

Je näher übrigens der Tag der Verwirklichung des Verfassungsentwurfs rückt, desto trübseliger wird das offizielle Kleinstaatliche Gesicht.

Das Wort des Grafen Hohenthal in der sächsischen Reichskammer, das Wort vom „ehrlichen Ehrerpräsidenten", zu welchem der norddeutsche Bund die kleinen Souveraine zu machen drohe, ist den Herren sehr in die Glieder gefahren und wenn sie auch Alle so ziemlich sich des Unvermeidliche schicken und vorgeben, an die Fortdauer ihrer Dynastien zu glauben: sie wissen, daß die Tage des Particularismus, die Tage der Kleinstaaterei in Deutschland gezählt sind. Mag der Einheitsstaat in den Intentionen der preußischen Regierung liegen, oder mag er nicht darin liegen — und wir glauben sogar, daß er für jetzt nicht in ihren Absichten liegt — der Zug der innern Nothwendigkeit ist ein zu starker, zu mächtiger.

Auf welche Weise übrigens die Kleinstaaten bei dem erhöhten Militärbudget ihr Dasein fristen wollen — darüber verlautet noch Nichts und wird dieses Räthsel den Herren mehr Kopfzerbrechen machen, als ihrer Zeit die Fristen der Weingeists-Tarantel den Kretern. Die 225 Thaler für einen Mann und die Friedenspräsenzstärke von 1% Prozent der Bevölkerung, nach der Zählung von 1865, sind die Todtengräber des Kleinstaatenthums. Mögen die Worte, welche Herr von Wydrazf vor einigen Tagen im weimarischen Landtag sprach, noch so trostvoll für die Anhänger des Kleinstaatenthums klingen — unter diesen Bedingungen, wie sie der Entwurf des Nordeutschen Bundes feststellt, können die Kleinstaaten nicht ferner existiren als selbstständige Gemeinwesen. Die Geschichte ist es, an der sie zu Grunde gehen müssen.

Zeitungsschau.

In der „hessischen Morgenzeitung" giebt Herr Fr. Oetker eine Abfertigung des gegen ihn erhobenen Vorwurfs des Particularismus. „Es gehört, sagt er, zu den wunderlichsten, fast möchte ich sagen, heitersten Begegnissen meines Lebens, daß ich verdächtig sein kann, mich gegen den Vorwurf des „Particularismus", gegen die Beschuldigung eines übergroßen Festhaltens an hessischem Sonderthum, zum Nachtheil der deutschen Einheit, zu verwahren. Seit länger als einem Viertel Jahrhundert glaubte ich im Thun und Leben des lieben Vaterlandes zu leben, daß mir die nationale Frage, die Einheit, Freiheit, Macht und Herrlichkeit Deutschlands über Alles gehe; da plötzlich über Nacht soll ich ein „mit dem lust. Verfassungsstreit absolut identificirter" Particularist geworden sein, während Diejenigen, welche es mir früher an hessischen Rücksichten fehlen weit zuvorthaten, als nationale „Patrioten von Kantonalmischer Einheit" darorteilt werden. Und doch: um der Vorgänge von 1848—1850 zu gelchweigen, wer hat denn im letzten Jahrzehnt stärker als ich die nationale Sache betont? Als 1859 der deutsche Nationalverein gegründet wurde, gehörte ich zu den Stiftern und wahr eifrigen Anschuhmitglieder, während Andere, aus Besorgniß um die kurhessische Verfassungsfrage, sich vorsichtig zurückhielten; als ich im Frühjahr 1862 das Wahlgesetz nicht aufgeben wollte und mich dabei auf die nationale Bedeutung der vollen Durchführung des Verfassungsstandes berief, da hieß es: „ob wolle das Land nicht zur Ruhe kommen lassen", ich mache daselbe zum „Raum chen auf dem Scheiterhfe" für die Versuche des Nationalvereins, während Andere, die nachgehends den Mund äußerst voll genommen haben, zur Nachgiebigkeit bereit waren. Und weiter, als 1864 der Krieg in Schleswig beginnen sollte und der schleswig-holsteinische Anschluß in Kassel namentlich die Herren Dr. Weigel, Henkel, Rebelthau, Wiegand, Justizrath u. A. dem Kurfürsten erklärten: „sein treues Hessenvolk wolle nicht preußisch werden," da hielt ich mich von solchen Kundgebungen fern, trat 1865 für die vollen Februarbedingungen Preußens ein, wird darauf hin, daß Kurhessen das „natürliche Bindeglied" der verschiedenen preußischen Landestheile sei und war 1866, nachdem ich unter den letzten Mahnern gewesen, der Erste, welcher dem neuen Regimente, das sich durch die ernstlichen Zusicherungen einführte, die Hand reichte. Und dennoch ein hessischer Particularist? dennoch auf einem „überwundenen Standpunkte"? — Mir freudigem Herzen habe ich die glänzenden Waffenerfolge Preußens begrüßt und den auf solche Weise ermöglichten Friedensschluß und den darauf beruhenden Bund, die deutsche Einheitsfrage zur Lösung zu bringen, anerkannt. Niemand hat die geschichtliche und nationale Berechtigung der norddeutschen Großmacht, selbst im Wege des Zwanges den Boden für das neue deutsche Reich zu gewinnen, entschiedener verwerfen können als ich. Alles was zur Durchführung des Einheitsgedankens, den Kleinstaaten gegenüber, den Ausländer gegenüber, erforderlich ist, habe ich von jeher im vollsten Maße zugestanden wissen wollen; die Kriegsheheit, das Webrwesen zu Wasser und zu Lande, die Vertretung nach Außen, das Handels-, Zoll-, Münz- und Gewerbewesen, die Posten und Telegraphen, die Regierung der Eisenbahn-, Land- und Wasserstraßen, kurz Alles, was zur Begründung eines einheitlichen und starken Staatswesens erforderlich ist, muß im vollsten Umfange für die Centralgewalt, bezw. für Preußen in Anspruch genommen werden. Und dennoch ein Particularist? und dennoch mit dem Verfassungsstreit „absolut identificirt"?

Im weitern Verlaufe seiner Erklärung führt Herr Oetker aus, daß er allerdings ein entschiedener Gegner der heillosen Lehre von dem Erlöschen alles Oertlichen Rechtes durch die Eroberung gewesen sei und bleiben werde, daß er sich der Vertheidigung über die wichtigsten Landesinteressen, ohne Zustimmung der Landesvertretung, widersetzt, daß er die wenigstens einstweilige Beibehaltung der hessischen Kammer als Provinzial-Ständeversammlung gewollt und überhaupt bis zum förmlichen Eintritt Kurs Hessens in den preußischen Staatsverband, also bis zum 1. Oct. d. J. ein der Personalunion sich annähernden Verhältniß für besser gehalten habe, als den wirklich eingetretenen Zustand.

— Ueber die Bedeutung, welche die Norddeutsche Verfassungssache in den berliner Hofkreisen einnehmen dürfte, ist uns vermuthlich ein Licht aufgesteckt von den Ans- und Absichten der preußischen Regierung erfahren soll, macht die „Norddeutsche Allg. Ztg." die folgenden sehr beachtenswerthen Bemerkungen: „Wie ein jeder Privatmann, der in der Lage sich befindet, mit mehreren anderen Personen einen Vertrag abzuschließen, im Interesse des guten Einvernehmens darauf Rücksicht nehmen wird, daß die Form dieses Vertragsprincips nach dieser und jener Seite manche Konzessionen wird machen müssen, die das Vertragsideal, welches ihm bei Eröffnung der Verhandlungen vorschwebte, mehr oder weniger modifiziren, so wird auch die preußische Regierung, um die Zustimmung ihrer Verbündeten zu erlangen, nicht mit starrer Consequenz alle Einzelheiten ihres Entwurfs haben festhalten können, sie wird vielmehr nur darauf bedacht gewesen sein, die wesentlichen und nothwendigen Zustimmungen desselben vor einer Verwerfung oder Abänderung zu sichern."

— „Eine gleiche schonende Rücksichtnahme auf die Vertragsnatur des Verfassungsentwurfes wird man am Schlusse des ganzen Werkes auch von dem zusammentretenden Reichstage erwarten dürfen. Keinen Augenblick wird der Reichstag die Absuche aus den Augen verlieren dürfen, daß ihm nicht eine Regierung gegenüberstehe, sondern, daß zu Jeder berung, die er an dem Entwurfe vornimmt, eine abermalige Verständigung unter 22 Regierungen vorausseht, die dem Gesetze der Majorität nicht unterliegen, von denen eine jede das Uiberum veto hat."

— „Diese und der Natur der Sache folgende Positionen des Reichstages ergiebt sofort mit Nowendigkeit den Satz, daß aus dem Fehlen gewisser Bestimmungen, welche diese oder jene Partei wünscht, niemals die Berauslassung zum Scheitern des ganzen Werks folgen darf; denn es ist lediglich eine Konsequenz der richtig erfaßten Vertragsnatur, daß kein Kontrahent den andern zum Zugeständniß eines Plus zwingen kann. So weit die in dem Entwurf gegebenen Bestimmungen den politischen Grundsätzen der Reichstagsmitglieder nicht widersprechen, so weit müssen sie denselben annehmen, niemals aber dürfen sie ihn wegen nicht gegebener (wenn auch ihrer Ansicht nach sehr wünschenswerther) Bestimmungen in Frage stellen."

— Die „Karlsruher Zeitung", das amtliche Blatt der badischen Regierung spricht sich mit großem Nachdruck für den Anschluß des Südens an den Norden aus. „Die abgeschlossenen Verträge eben so wenig, sagt sie, als die Rücksichten auf ihren geistigen Aufschwung und ihre materielle Wohlfahrt gestatten den Süddeutschen Staaten, sich in einer lediglich „internationalen Stellung" zu stellen."

„In glücklicher Uebereinstimmung hiermit, sind die Bestrebungen aller patriotischen Parteien darauf gerichtet, die Einigung der Deutschen Stämme zu einem einzigen, durch die eigene Kraft geschirmten Ganzen immer enger zu schließen und die gemeinsamen Einrichtungen auf allen der staatlichen Gesetzgebung unterstehenden Gebieten zu erweitern."

„Alle Deutsche Vaterlandsfreunde werden mit uns darin übereinstimmen, daß die Regierung dieser Bestrebungen durchaus nach jeder Richtung ersolgen muß; zum Zwecke der möglichsten Förderung der materiellen Wohlfahrt des Gesammtgebiets, und dann zum Zwecke der Gemeinsamkeit der militärischen und der mit denselben unmittelbar zusammenhängenden diplomatischen Action."

„Der soeben der Oeffentlichkeit übergegebene Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes wird, wie wohl vorauszusehen ist, in seinen Grundzügen und wesentlichsten Bestimmungen die Zustimmung der Reichsvertretung erhalten und Reichs-Grundgesetz werden. Was dieser Entwurf in Betreff des Gewerbewesens, des Handels und des Zollvereinbandes, ferner über Posten und Telegraphen anordnet, sehnt sich unmit-

Digitized by Google

leiber an die bestehenden Verträge und Vereinbarungen zwischen der überwiegenden Mehrzahl der Deutschen Staaten an und bietet eine nahe liegende Möglichkeit, die gemeinsamen Einrichtungen zum Vortheil des Verkehrs angemessen auszubilden. Es darf hierbei besonders betont werden, daß den Einzelstaaten so wenig, als dies im Zollverein geschehen ist, eine Verzichtleistung auf eigene Souveränitätsrechte zu Gunsten eines anderen Staates zugemuthet ist, daß vielmehr die Staaten sich nur zu Gunsten solcher Einrichtungen, die ihrem Wesen nach der Willkür der einzelnen Vereins-Mitglieder entzogen bleiben müssen, den gemeinsamen Beschlüssen unterzuordnen haben."

„Die Fähigkeit, den Bestand des Deutschen Gebietes wider einen auswärtigen Gegner zu beschützen, und in den Fragen der Europäischen Politik den von den Deutschen Interessen geforderten Einfluß auszuüben, hängt hauptsächlich von der Militair-Verfassung ab, die sich über den in nationaler Verbindung stehenden Staatenkomplex erstreckt."

„Um in dieser Beziehung die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, hat bekanntlich bereits eine Conferenz von Vertretern der Süddeutschen Staaten zu Stuttgart stattgefunden. Wie wir hören, dürfte die Ratification der dort getroffenen Vereinbarungen in kurzer Frist bevorstehen."

„Falls die Süddeutschen Staaten ihre eigene Sicherung und die Integrität der Deutschen Grenzen in einer Gemeinsamkeit mit dem Norddeutschen Bunde aufrechten wollen, so ist es nothwendig geboten, ihre militärischen Einrichtungen denjenigen des Nordens so weit anzuähnern, daß eine einheitliche Führung der Armeen wirklich möglich ist."

— Die „Neue Preußische Zeitung" läßt sich am Vorabend der Eröffnung des Reichstags folgendermaßen vernehmen: „Morgen wird der Reichstag des Norddeutschen Bundes feierlich eröffnet."

„Auf die Verhandlungen besselben sind — diesmal dürfen wir das ohne Phrase sagen — die Augen von Europa gerichtet."

„Ueberall im Auslande erwartet man mit Spannung die thatsächliche Beantwortung der Frage: ob die Deutschen die besten Interesse verstehen und in weiser Einigkeit die förderlamsten Wege zu dessen Wahrnehmung einschlagen, oder ob sie in schwerer Verkennung dieses Interesses ihrem alt-overderblichen Fehler der Uneinigkeit und des Streites sich hingeben werden."

„Nach traurigen Verwickelungen haben eine muthige Politik und großartige Thaten es ermöglicht, daß dem Einheitsbedürfniß der deutschen Nation zunächst durch die feste Constituirung Norddeutschlands zu einer wohlgegründeten achtunggebietenden Macht ist sicherer Eingang und Anschauung geboten wird. Unter dem Vorangehen Preußens sind durch das Zusammenwirken der Norddeutschen Regierungen die Verfassungsgrundlagen gelegt werden zu einem Bundesverhältniß, welches in der Gemeinsamkeit wichtiger Gesetzgebungs-Einrichtungen, in der Besetzung des Bundesrats von weiten Kreisen der Nation mit Vertrauen begrüßt, mächtigen Fortschritte auf allen Gebieten des Betriebs- und des Culturlebens, so wie in der einheitlichen Zusammenfassung der nationalen Wehrkräfte die zuversichtlichsten Bürgschaften dafür enthält, daß der neue Bund zum Segen Gesammtdeutschlands, kräftig geschützt nach Außen, in wohlbewährtem Frieden zur gedeihlichsten inneren Entwickelung gelangen werde."

„Selbst Gegner erkennen die Vorzüge dieses Verfassungswerkes bereitwillig an. Der Meinung wird nun zu zeigen haben, wie er seinen Beruf zur ernsten patriotischen Mitarbeit zu bewähren zu erfassen weiß. Allen seinen Genossen liegt — vor dem Vaterlande, wie vor dem Urtheil der Geschichte — eine schwerwiegende Verantwortlichkeit ob."

„Bereits tauchen von verschiedenen Seiten Bestrebungen auf, welche die vertragmäßig festgestellten Grundlagen des Norddeutschen Bundesverhältnisses zu erschüttern trachten und einen Verfassungsbau in anderer Richtung aufzuführen bemüht sind. Die graue Theorie stellt sich den sachlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten feindlich entgegen. Ein wüster Parteigeist sucht sich geltend zu machen in Einigungswerk einzunisten und an Stelle einer gesunden Organisation seine schon wiederholt geschilderte Schablonenpolitik zur Geltung zu bringen. Das Panier zur Sammlung einer Opposition aus den innerlich einander widerstreitenden Elementen wird aufgesteckt."

„Oeffentlich erkennt, allen solchen Unternehmungen gegenüber, die Wehrheit des Reichstages den ganzen Ernst und die ganze Größe ihrer Aufgabe. Es gilt, das feste Zusammenhalten und das feste gemeinschaftliche Wirken aller ächten Vaterlandsfreunde zur heilsamen Vollendung eines großen Werkes. Daß dies im rechten und entsprechenden Geiste geschehe, — welcher Vaterlandsfreund sollte das nicht wünschen von Herzen?"

„Der 24. Februar 1867, heute sagen wir nicht, was er werden wirdete, wenn die Kinder der Erneuerung obliegen."

„Nein, — uns möge er sein ein Tag des Dettauens, ein Tag froher Hoffnung, ein Tag, da zukunftvoller Same deutschen Friedens ausgestreut werde in ein gut Land zu hundertfältiger Frucht. Und die Enkel dieses Geschlechtes mögen sicher wohnen im Schatten des jetzt gepflanzten Baumes."

— Die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung" schreibt: „Der Verfassungs-Entwurf enthält treffliche Artikel, deren Annahme einer theilweisen Wiederherstellung des Absolutismus gleichkäme und die deßhalb unbedingt zu bekämpfen sind. Unbedingt — wir dürfen das sagen, obgleich wir keine Antwort hätten, wenn man uns fragen wollte, auch auf die Gefahr vollständigen Scheiterns des Einigungswerkes? Die Annahme dieser Möglichkeit scheint nach der Lage der Dinge unstatthaft. Wie das Volk das Gewicht anerkennen muß, welches die Zustimmung der Regierungen zum Entwurfe demselben von vorn herein verleiht, so wird auch das preußische Ministerium die Bedeutung eines von der Zustimmung des Volkes getragenen Reichstags-Votums nicht unterschätzen können. Nimmermehr würde sich eine Regierung zu halten vermögen, welche die Umwälzung des vorigen Jahres ergebnißlos bleiben ließe, nur um eine Reaction gegen das bestehende Verfassungsrecht durchzusetzen; und die Lage Europa's ist nicht der Art, daß weit ausschehende constitutionelle Kämpfe die politische Kraft der Deutschen verzehren dürften."

— Das „Bremer Handelsblatt" macht die folgenden Angaben und Bemerkungen über das Wahlresultat in den neuen preußischen Provinzen: „Im ehemaligen Königreich Hannover haben 279,000 Stimmberechtigte ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon sind 142,000 auf die preußische Seite getreten, 136,000 auf die hannoversche. Dieses sehr erfreuliche Ergebniß, das ein Dämpfer auf alle wahnwitzigen Restaurationsgelüste ist, wird in seinem Werthe bestehen bleiben, auch wenn auf der jetzigen Berechnung der beiden Parteien über die Wahlreife schließlich ein Stz mehr für die Particularisten als für die Patrioten hervorgehen sollte. In Schleswig-Holstein wurde ein Wahlgrieg, das auch den Mindersten gerecht würde, wie das von dem Engländer Hare vorgeschlagene, „demzufolge mindestens zwei Fünftel preußischgesinnten Vertreter zugewandt haben. Jetzt gehen von da sieben spezifische Schleswig-Holsteiner und zwei Dänen nach Berlin; aber von den 130,000 Wählern haben 30,000 preußisch gestimmt, und konnten nur wegen ihrer Zerstreuung über die ganze Provinz in seinem Wahlkreise sie es den deutschen aber sei es den dänischen Particularisten den Sieg entreißen. Im Ganzen ist also klar, daß das Uebergewicht der noch viel stark trübe gährenden Stimmungen in den neuen Provinzen sich auf die preußische Seite neigt. Das ist gewiß alles was man jobald nach der Einwerfelung, und wie es scheint, ist die Dinge liegen, erwarten konnte. Von nun an wird es täglich beffer werden, und der Ausfall der gegenwärtigen allgemeinen Abstimmung selbst ist, indem er bekannt wird, geeignet, den heilsamen und nothwendigen Proceß der Verschmelzung zu beschleunigen.

Die „Allg. Zeitung" unterzieht die von Herrn v. Beust unternommene Umwandlung der übeliserten orientalischen Politik Oesterreichs einer scharfen Erörterung, welche auf unbedingte Verurtheilung hinauskommt. Zweck des Herrn v. Beust, meint der Verfa. Sig., sind erfahrungsmäßig unerreichbar und ihr Resultat kann kein anderes sein, als die Förderung der Interessen Rußlands. Hier der Anfang des sehr beachtenswerthen Artikels: „Nicht lange dauerten die Flitterwochen und die offiziösen Jubelhymnen der neuorientirten orientalischen Politik Oesterreichs. Wohl treut man sich auch hier und da über die so erhofften Erfolge und über die napoleonischen Anerkennungsphrasen. Allein während man sich kürzlich auch in moskowitischer Haus konnte, schlug leider der Wind um, und eilig satt weht es vom Norden her. Darf man die „russische Kriegsordnung" für ein Organ der maßgebenden Kreise halten, so hat Herr v. Beust wenig Grund sich mit St. Petersburger Sympathien zu schmeicheln. Mit vernichtender Kritik liest ihm das offizielle Journal ein Capitel über die (ersten) Elemente orientalischer Politik. Wie sehr wir auch Mißverständnissen und hyperkritische Gelüste bekämpfen, so müssen wir doch Logik und Argumente als tadellos bezeichnen. Gleich Keulenschlägen fallen die nordischen Lehren auf den Mann, der für sein orientalisches Pensum Lob und Erfolge erwartet hatte."

„Das russische Organ verspottet den „reformerischen Minister," der abgeneigte Methoden für neue zusammen und probate ausgeben möchte. Aber bitterer als der Hohn ist die Wahrheit. Man erweist die Methode nicht allein als veraltet, sondern als fehlerhaft. Hr. v. Beust kann es verzeihen, wenn man ihn als homo novus betrachtet. Er kann sogar beruhigt sein, wenn man sich über seine neuen vorenige Zustände ärgert. Aber, daß man zu St. Petersburg ihn als Schüler und Dilettanten beurtheilt, daß man ihm mangelhaftes Verständniß der anatolischen Dinge nachweist, daß man seine Mittel als ungenügende, seine Pläne als nicht einmal „ernstlich gemeinte" erklärt, das wird der Getadelte schwer verwinden. Daßelbe kann ihn das preußische Wort Napoleons über die Gemeinsamkeit der österreichischen mit der galeerussischen Politik im Orient nicht entschädigen."

„Hr. v. Beust wollte bekanntlich seine orientalischen Sporen verdienen, indem er den Sultan zur Nachgiebigkeit gegen die Christen in der Türkei zu bewegen versuchte. Das St. Petersburger Journal erklärt aber ungeschminkt solche Versuche als fruchtlos. Und aber, der die Verhältnisse zwischen Christen und Muselmanen, zwischen der Pforte und ihren christlichen Unterthanen kennt, weiß es ebenfalls wenigen. „Kein Zugeständniß," schreibt jenes Journal, „vermöchte die christlichen Glaubensgenossen sich ihm (dem Sultan) zu nähern, und diese Zugeständnisse würden, weil ungenügend, wirkungslos bleiben. Niemand kann sich ein Heil von der Unterschiedlichkeit der beiden Stämme machen, und deunoch will man an die Möglichkeit eines friedlichen glauben. . . . Diese Hinweisbeziehungsphrase kann uns nicht genügen, denn sie gewährt kein Heilmittel für die leiden unserer Glaubensgenossen!" Das ist deutlich gesprochen. Es wird nicht mehr, wie so oft, behauptet, daß es sich um die Erlösung christlicher Parias, um Menschenrechte und Gewissensfreiheit handele, um die Abschaffung muselmanischer Intoleranz. Der Mann im Norden wirft die Maske weg und nennt das Ding beim Namen. Er gesteht, daß es sich nicht mehr auf Zugeständnisse und Privilegien, sondern einzach auf den Besitz und die Herrschaft ankomme. „Es müssen die Christen Herren des Landes werden, das sie bewohnen."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 94. Heidelberg, den 7. März. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Rechtmäßige und unrechtmäßige Ansprüche an die Bundesverfassung. — Die Wahlsiegerlage der preußischen Fortschrittspartei. — Parlamentsbriefe. — Aus Preußen. — Redaktionswechsel. — Steckbrief. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 5. März.

* Die erste Stimmprobe im Berliner Reichstagssaale ist so günstig für die liberale Nationalpartei ausgefallen, wie man erwarten durfte. Nicht sowohl die Wahl des Herrn Simson, welche wegen der dabei wahrscheinlich, für und wider, im Spiele gewesenen Nebenrücksichten kaum für ein reines politisches Resultat gelten kann, als die des Herrn v. Bennigsen gibt vollgültiges Zeugniß für das mindestens relative Uebergewicht unserer Gesinnungsgenossen im Parlament. Für den Präsidenten des Nationalvereines, das steht wohl fest auch ohne Beweis, ist keine Stimme abgegeben worden, die nicht unmittelbar oder mittelbar dem Verein angehört, am wenigsten irgend eine conservative oder partikularistische.

Dem weiteren Verlaufe der parlamentarischen Dinge in Berlin dürfen wir, nach allen bisherigen Anzeichen, mit Beruhigung entgegensehen. Die etwa vorhandenen Schwierigkeiten werden nicht im Reichstage liegen, sondern in der Regierung. Der Reichstag wird ohne Zweifel Alles gutheißen, was der Verfassungsentwurf von den Regierungen der Einzelstaaten für die Präsidialmacht verlangt, zugleich aber mit unbeugsamer Festigkeit, als das geringste Maß seiner eigenen Rechte, die Befugniß beanspruchen, welche die preußische Verfassung dem preußischen Landtage beilegt. Innerhalb dieser Gränzen liegt freilich eine ganze Reihe von Zweckmäßigkeitsfragen, auf welche Herr von Bismarck eine andere Antwort in Bereitschaft hat, als die nationalliberale Partei, über deren praktisch befriedigende Lösung man sich indessen durch Abund Zugeben verständigen kann und wird; die Verweigerung des Budgetrechtes nach Maßgabe der preußischen Verfassung dagegen wäre der Bruch — der Bruch auf die Verantwortlichkeit des Berliner Regimentes.

— Nach übereinstimmender Aussage verschiedener Gewährsmänner hat sich der König von Hannover, wie es heißt unter englischer Vermittlung, dazu verstanden, über die Bedingungen seiner Abdankung mit der preußischen Regierung in Unterhandlung zu treten. Gleichwohl wird man wohl thun, dieser Nachricht zu mißtrauen. Ohne seine ganze Vergangenheit und sich selbst zu verläugnen, kann König Georg unmöglich Verzicht auf den Thron leisten, den er für seine Nachkommenschaft unzählige Male „bis an das Ende der Dinge" in Anspruch genommen, und wenn er dennoch in die angeblichen Unterhandlungen mit Preußen eingetreten sein sollte, so könnte es wohl nur mit einer Hoffnung geschehen sein, deren Erfüllung eine doppelte und dreifache Unmöglichkeit entgegensteht, mit der Hoffnung, wenigstens die Stellung eines mediatisirten Fürsten wiederzugewinnen. Ein so großes Interesse die preußische Regierung haben mag, die nachträgliche Abtretung der frühern Souveränetät des Königs von Hannover zu erlangen, so kann sie sich doch nimmermehr auf ein Gegenzugeständniß einlassen, welches dessen dynastische Legitimität, gleichviel in wie beschränktem Umfange, hinterdrein wieder anerkennte, dem damit wäre das ganze Ergebniß des Krieges und des Vertrags wieder in Frage gestellt. Vom Standpunkte der Nationalpartei aber kann man sogar eine unbedingte Abdankung des Königs von Hannover und der Fürsten, welche sein Schicksal getheilt haben, keineswegs wünschen; denn Alles, was der Legitimität der preußischen Krone in den neuen Provinzen fehlt, das wächst von selbst der deutschen Nationalpolitik zu, an Recht und Macht. Zu dem Abkommen, welches Preußen mit dem Herzoge von Nassau getroffen haben, oder zu treffen im Begriff sein soll, hat sich also die Nationalpartei durchaus nicht Glück zu wünschen. Um so weniger, als dasselbe schwere finanzielle Opfer mit sich zu bringen scheint, die natürlich immer der Tasche des Volkes zur Last fallen. Ist Deutschland immerhin reich genug, um seine Einheit zu bezahlen, so liegt darin doch kein Grund, sich dieselbe unnöthig vertheuern zu lassen.

— Die baierische Hof- und Adelskabale gegen den Fürsten Hohenlohe, eifrigst unterstützt durch den tausendzüngigen Ultramontanismus, soll in der Person des Exkönigs von Griechenland, der mit seiner Gemahlin unlängst in München angekommen ist, ihr sichtbares Oberhaupt anerkennen, während die eigentliche Seele derselben zur Zeit wahrscheinlich in Rom zu suchen ist. Die Schicksale des Königs Otto sind allerdings reich an guten Lehren, nur daß der entthronte Fürst selbst vielleicht der am wenigsten geeignete Mann ist, dieselben seinem jungen Neffen in München zu verdolmetschen. Worauf dieser baierische Patriotismus, welcher in dem Fürsten Hohenlohe seinen Todfeind bekämpft, hinauswill, bezeugt eine im Dienste desselben geschriebene Flugschrift, welche mit der größten Unbefangenheit die Niederlage Preußens im Kriege gegen Frankreich für denjenigen Ausgang der wahrscheinlich bevorstehenden Krisis erklärt, bei welcher sich Baiern am besten stehen würde. Wenn man unter Baiern das Haus Wittelsbach und dessen dynastischen Anhang versteht, so mag es mit dieser Bedeutung in gewissem Sinne seine Richtigkeit haben, wirwohl es darum nicht weniger eine Unverschämtigkeit, ja ein grober Fehler ist, dieselbe an die Spitze eines Programms der Opposition gegen den Fürsten Hohenlohe zu stellen. Fände eine solcher Maßen motivirte Opposition Grund und Boden in dem baierischen Volke selbst, dann freilich bedürfte es keiner weitern Rechtfertigung einer Berliner Militärpolitik, die darauf ausginge, ganz Norddeutschland in ein von Waffen starrendes Heerlager zu verwandeln, dann würde Aller kurz oder lang „Blut und Eisen" das Feldgeschrei der deutschen Nationalpolitik selbst werden. Denn daß Deutschland um jeden Preis eins werden muß, wo irgend möglich auf dem Wege des Vertrags, im Nothfalle aber durch unerbittliche Anwendung der Gewalt, dafür gibt es keinen beredteren Beweisgrund, als jenen Partikularismus, der sich lieber an Frankreich verkaufen, als der deutschen Vormacht unterordnen will.

— Mehrere der Kleinstaaten sollen mit Preußen Militärconventionen abgeschlossen haben, kraft deren sie dem Bundes-

Digitized by Google

präsidium die Reste der „Kriegsherrlichkeit“, welche ihnen durch den Entwurf der Bundesverfassung belassen worden, abgetreten, dagegen aber einen Nachlaß an ihrem Antheile an dem Kriegsbudget des Bundes erlangt haben. So wenig gegen den ersten Theil einer solchen Uebereinkunft einzuwenden sein möchte, so große Bedenken erheben sich gegen den zweiten. Die dadurch in dem Kriegsbudget des Bundes entstehende Lücke würde der preußische Landtag schwerlich geneigt sein, auf Kosten der preußischen Finanzen auszufüllen, und es ist auch nicht abzusehen, wie man eine Zumuthung dieser Art überhaupt begründen könnte. — Dem Gerüchte, daß Preußen mit diesem oder jenem Kleinstaate wegen gänzlicher Einverleibung in Verhandlung stehe, wird von Cabinets wegen widersprochen. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben.

Was die deutsche Bielstaaterei für unsere Stellung nach außen und für unsere innere Wohlfahrt bedeutet, wird uns wieder einmal durch den mecklenburgisch-französischen Handelsvertrag eingetränkt, welcher, erst im vorigen Sommer abgeschlossen, planmäßig darauf angelegt zu sein scheint, den durch die Ereignisse bereits damals angebahnten Zwangseintritt Mecklenburgs in den Zollverein noch für eine Weile zu hintertreiben. Daß das Tuilleriencabinet sich weigert, Mecklenburg dieses Vertrags auf billige Bedingungen zu entlassen, muß man lediglich als eine politische Chicane gegen Preußen ansehen, als ein Werk, des übeln Willens, welchem der augenscheinlichste volkswirthschaftliche Vortheil Frankreichs aufgeopfert wird. Kurz, wir müssen uns darauf gefaßt machen, die Zolleinigung Deutschlands, nachdem alle inneren Hindernisse derselben beseitigt sind, auf Jahre hinaus vertagt zu sehen, weil eine fremde Macht durch einen deutschen Kleinstaat ein Einspruchsrecht dagegen erworben hat. Ein Verrath, welcher diese oder jene Gränzfestung an den Landesfeind ausleuferte, würde nicht verbrecherischer, wahrscheinlich aber weit weniger verderblich sein, als der mecklenburgische Zollvertrag mit Frankreich.

— Nachdem sich Herr v. Beust an der heißen orientalischen Frage, bei seinem dreisten Zugreifen, die Finger verbrannt, ist der Staatsmännische Credit, den er sich durch den Ausgleich mit Ungarn verschafft, wieder sehr zweifelhaft geworden. Bei näherer Betrachtung der Sache findet man, daß das ganze Verdienst des Ministers, der den langjährigen Proceß des Magyarenthums gegen das Haus Habsburg endlich zum Austrage gebracht, eigentlich darin besteht, daß er dem Widerpart des Kaisers Alles zugestanden was derselbe gefordert; auf solche Bedingungen einen alten Hader zu schlichten, meint man, sei keine Kunst, und der Vortheil, der dabei herauskommen solle, müsse sich erst noch zeigen. Gewiß ist, daß Ungarn zur Zeit völlig zufriedengestellt ist und dem Kaiserreiche bis auf Weiteres keine Verlegenheiten mehr machen wird, wie denn auch der Pester Reichstag, nachdem man ihm in der Hauptsache den Willen gethan, der Regierung in Nebendingen gern seine guten Dienste leistet. Desto ungebärdiger zeigen sich einige andere Provinzen, die sich den Ungarn geopfert glauben, oder doch meinen, daß ihnen recht sei, was Ungarn billig. So vor allen andern Croatien, welches ungefragt, ja wider seinen wohlbekannten Willen, als Bestandtheil der ungarischen Krone, nach Maßgabe der revolutionären Verfassung von 1848, an die Magyaren ausgeliefert ist, gegen welche es seiner Zeit, unter dem Ban Jellachich, für Kaiserhaus und Kaiserreich als Helfer in der äußersten Noth auftrat und die größten Dienste leistete, die jetzt mit schwarzem Undank heimgezahlt werden, wie die bittre und drohende Klage der Kroaten sagt. Noch trotziger, wo möglich, treten die Tschechen auf, mit dem Anspruche, daß Böhmen als ein selbstständiger politischer Körper innerhalb des Reiches constituirt werde. Mähren, bisher eine der fügsamsten Provinzen Oestreichs, folgt jetzt dem Beispiele des Nachbarlandes. Auch auf den Landtagen in Kärnthen und Krain nimmt das Slaventhum, in seinem Streben nach Emancipation, eine zuversichtliche Haltung und eine dreiste Sprache an. Die Polen und Ruthenen grollen um die Wette mit der neuen Wiener Politik. Ja sogar in Tyrol macht die Pfaffenpartei gemeinschaftliche Sache mit den Slaven in der Opposition gegen die Centralgewalt, die, nach ungarischem Muster, auf das engste Gebiet beschränkt und von der Einmischung in Gesetzgebung und Verwaltung der Provinzen wo möglich ganz ausgeschlossen werden soll. Daß diese Besterungen, bewußt oder unbewußt, auf die Auflösung des Kaiserstaats hinausgehen, ist einleuchtend. Noch unlängst konnte Oesterreich seine inneren Widersacher, so viele ihrer auch sein mochten, durch altüberlieferte Künste und Auskunftsmittel ohne große Mühe im Schach halten; heute, nachdem das Haus Habsburg durch zwei unglückliche Kriege und den Verlust seiner beiden schönsten Provinzen, an Macht und Ansehen sehr herunter gekommen ist, heute steht seine Partie schlechter als je, und es ist kaum abzusehen, wie sich dieselbe wiederherstellen ließe.

Rechtmäßige und unrechtmäßige Ansprüche an die Bundesverfassung.

R Der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes, und die Thronrede, mit welcher der Reichstag vom Könige von Preußen eröffnet worden ist, haben im In- und Auslande im Allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden. Ohne die Mängel des Entwurfs zu verkennen, und ohne auf mancherlei nothwendige Ergänzungen und Berichtigungen desselben zu verzichten, läßt man dessen wesentlichen Inhalt als die vorläufige Grundlage gesunder öffentlicher Verhältnisse gelten, und wenn man in der Thronrede die politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte unzulänglich findet, so verkennt man doch nicht den nationalen Geist, welcher sich darin mit unerwartetem Nachdruck ausspricht. In diesem Sinne stimmt das Urtheil der englischen und französischen Presse — Ausnahmen vorbehalten — mit dem der großen Mehrzahl der verständigen liberalen Blätter Deutschlands überein, wiewohl bei diesen letzteren, ihrer unmittelbaren Betheiligung an den Dingen gemäß, die Einwendungen und Bedenken schärfer hervortreten, als in den mehr über Bausch und Bogen abgegebenen Gutachten der auswärtigen Stimmen.

Auf der andern Seite fehlt es natürlich nicht an entgegengesetzten Auffassungen, denen der Entwurf nicht bloß ungenügend, sondern geradezu unbrauchbar erscheint, und welche denselben kurzer Hand abgewiesen, oder wenigstens von Grund aus umgearbeitet wissen wollen. Die Gründe oder Vorwände dazu werden hauptsächlich von den herkömmlichen Begriffen und Formen des Verfassungswesens hergenommen, denen der Entwurf allerdings in vielen Stücken nicht entspricht. Ein Staatsgrundgesetz, welches der Volksvertretung kein Ministerium gegenüberstellt, in welchem von Regierungsverantwortlichkeit nicht die Rede ist, welches die gesetzgebende Gewalt auf einen scharf abgegränzten Theil der öffentlichen Angelegenheiten beschränkt, welches von seiner Art von „Grundrechten“ spricht und so manche andre Dinge mit Stillschweigen übergeht — Adressen, Interpellationen, Diäten u. s. w. — die in sämmtlichen Verfassungen des üblichen Musters, von der französischen des Jahres 1791, bis auf die der deutschen Kleinstaaten aus neuester Zeit herunter, wohl paragraphirt zu finden sind, ein solches Staatsgrundgesetz hält man überhaupt für eine Ungeheuerlichkeit, welcher durch den Namen einer Verfassung viel zu viel Ehre angethan werde.

Solche Urtheile gehen zumeist aus einem großen Irrthume hervor, welcher in der ganzen politischen Geschichte der neuesten Zeit eine traurige Rolle spielt, aus der Meinung, daß die Grundlagen der Staatsverhältnisse durch Dinte und Papier geschaffen und zerstört oder beliebig umgestaltet werden können, während es sich doch in Wirklichkeit bei der schriftlichen Abfassung eines Staatsgrundgesetzes, wenn dasselbe lebendig werden soll, im Wesentlichen nur darum handelt, die vorhandenen Zustände zu ordnen, zu regeln, durch Ab- und Zugehen in ein gewisses Ebenmaß zu bringen, mit einem Worte, den bestehenden politischen Thatsachen einen staatsrechtlichen Ausdruck und Bestand zu geben. In diesem Sinne war die vielgeschmähete Verfassung des weiland deutschen Bundes eine unta delhafte, das wahrheitsgetreue Abbild der deutschen Zerfahrenheit und Ohnmacht, welche die Bun-

Digitized by Google

desakte eben so wenig geschaffen hatte, als sie dieselbe hätte abstellen können, wie denn auch den vermeinten Fehlern dieser Verfassung durch keinen Reformversuch im Mindesten abzuhelfen war, bis im vorigen Sommer die Gewalt der preußischen Waffen den Zuständen ein Ende machte, aus denen sie hervorgegangen und denen sie sich angepaßt hatte.

Die heutige Verfassung Deutschlands datirt von dem Siege bei Sadowa und es kam schon seit jenem Tage eigentlich nur noch darauf an, sie zu Papier zu bringen. Nicht, als ob Preußen durch seine Kriegserfolge freie Hand erhalten, hätte, in Deutschland zu schalten und zu walten nach Laune und Gutdünken; es wird vielmehr auch innerhalb seines neuen Machtgebiets noch allen Seiten hin beschränkt und zu Rücksichten gezwungen: Rücksichten auf die bundesgenössischen Staaten, auf das Ausland, auf die deutsche Gesammtnation. Eine moralische Unmöglichkeit wäre es zum Beispiel gewesen, die Fürsten von ihren Thronen zu stoßen, welche im Kriege gegen Oesterreich, wohl oder übel, auf Preußens Seite gestanden. Eine Unmöglichkeit war es ferner, aus bekannten diplomatischen Gründen, dem Könige von Sachsen das Schicksal des Königs von Hannover angedeihen zu lassen. Eine Unmöglichkeit anderer Art würde es sein, das neue preußische Machtgebiet ohne Beiziehung einer Nationalvertretung zu regieren, oder auf die Ausdehnung desselben bis an die Gränzen des alten Deutschland ein für alle Mal zu verzichten. Kurz, man hatte es in Berlin nicht mit einem weichen Thon zu thun, dem sich jede beliebige Form geben ließ, sondern mit einem sehr spröden und ungleichartigen Stoff, dessen gegebenen Eigenschaften das Modell selbst angepaßt werden mußte.

Tritt man unter solchen Gesichtspunkten an den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes heran, so wird der allgemeine Plan desselben alsbald verständlich und rechtfertigen sich manche seiner auffallendsten Eigenthümlichkeiten von selbst. Vor allen andern die Beschränkung der künftigen Bundesgemeinschaft auf das Nothwendigste: die Wehrverfassung, die auswärtige Politik, das Zoll- und Handelswesen; eine Regel, von welcher nur die Gewährleistung der Freiheit des innern Verkehrs der Menschen und ihres Gewerbebetriebs als eine Ausnahme erscheint, als ein Uebergriff, aber ein sehr dankenswerther, in ein dem Bundeszwecke, im strengen Sinne des Wortes, fremdes Gebiet. Die bürgerliche und Strafgesetzgebung, das Verwaltungswesen, das System der bürgerlichen und politischen Rechte, so weit sie nicht unmittelbar in die Bundesinteressen eingreifen, die Steuerverfassung u. s. w. wurde aus einleuchtenden Gründen den Einzelstaatsgewalten überlassen, denen man, da man sie einmal fortbestehen lassen wollte und mußte, nicht allen Boden unter den Füßen wegziehen durfte und konnte.

Eben so ist die Aufstellung des, schon wegen seiner Aehnlichkeit mit dem unseligen Bundestag, viel angefeindeten Bundesrathes nur eine unabweisliche Folgerung aus den thatsächlichen Verhältnissen, welche durch die Bundesverfassung in ein politisches System gebracht werden sollen. In dem Bundesrathe ist den Regierungen der Einzelstaaten ein Ehrenplatz angewiesen, auf den sie, kraft ihres Daseins, einen unabweislichen Anspruch hatten und der ihnen gerne gegönnt werden mag, so lange sie denselben nicht mißbrauchen, daß heißt, so lange sie im Bundesrathe, gegenüber der preußischen Regierung, lediglich das Gewicht ihrer Gründe geltend machen und nicht die Zahl ihrer Stimmen. Sollte das Letztere jemals in irgend einem ernstlichen Falle versucht werden, so würde die Bundesverfassung eine solche Probe allerdings schwerlich bestehen; ähnliche Schwächen aber haben alle Verfassungen der Welt, wie denn z. B. die englische den Gebrauch des königlichen Veto kaum noch ertragen würde und wie die amerikanische, durch die Ausübung der unzweifelhaften constitutionellen Befugnisse des Präsidenten, aus Rand und Band gebracht zu werden droht.

Aus den Grundlagen und der Zusammensetzung des Norddeutschen Bundes erklärt sich ferner die Nichtaufstellung eines Bundesministeriums. Es würde zwar keine große Schwierigkeit haben, unter diesem Namen irgend ein von dem Bundesrathe zu bestellendes Commissariat zu schaffen; die dem Namen entsprechende Stellung aber könnte man einer solchen Behörde durch kein noch so feierliches Patent verleihen. Um ein wirkliches norddeutsches Ministerium zu haben, müßte man sich kurz und gut entschließen, das preußische Cabinet als solches anzuerkennen — ein Heraustreten aus der bundesstaatlichen Form, welches Preußen selbst aus tausend Gründen nicht wünschen, geschweige denn betreiben kann.

Genug, je aufmerksamer man sich den Verfassungsentwurf betrachtet und je näher man denselben mit den thatsächlichen Zuständen zusammenhält, aus denen er hervorgewachsen ist und die er zu respectiren hat, desto mehr überzeugt man sich, daß die allgemeinen Umrisse und Grundzüge desselben durchaus richtig gezeichnet sind. Daß manche Einzelheiten anders und besser hätten ausfallen können, ist dadurch selbstverständlicher Weise nicht ausgeschlossen und daß wenigstens in einem Punkte, in dem des Budgetrechts (obgleich auch hier anerkannt werden muß, daß in der Natur der verwickelten Verhältnisse des Norddeutschen Bundes selbst ungemeine Schwierigkeiten liegen, die sich nicht nach dem A B C des landläufigen Constitutionalismus behandeln lassen), eine Ergänzung des Entwurfs als Lebensbedingung desselben gelten muß, ist in diesen Blättern bereits nachdrücklich genug betont worden.

So wird denn die Verfassung des Norddeutschen Bundes, ebenso wie der heutige Entwurf derselben, aller Voraussicht nach ein sehr unregelmäßiges Werk sein, das vom Standpunkte der Theorie viel zu wünschen übrig läßt und selbst den Bedürfnissen der Praxis nicht überall genügt. Auch die Aussichten auf nachträgliche Verbesserungen der — wenn man will — Grundfehler dieser Verfassung liegen in ziemlich weiter Ferne. Mehr als das: es ist sehr zweifelhaft, ob man vom Standpunkte der großen Nationalinteressen daran arbeiten soll, daß die Veränderung der Grundlagen der Verfassung eine Aufgabe der nächsten Zukunft werde. Denn diesen Interessen ist ohne Zweifel zunächst mehr gedient durch Beschleunigung der politischen Vereinigung von Nord- und Süddeutschland, als durch die Berichtigung der noch übrig gebliebenen schiefen Winkel und Unebenheiten des norddeutschen Verfassungsfirstes.

Eine Verfassung, „wie sie im Buche steht", ist überhaupt nur unter einer zweifachen Voraussetzung für uns zu haben: entweder auf dem Boden des monarchischen Einheitsstaats, oder auf den Trümmern des Königthums überhaupt. Bis der eine oder der andere dieser beiden Fälle eintritt, wird aber wohl noch viel Wasser den Rhein hinunterlaufen, und inzwischen will doch auch gelebt sein. So gut wie möglich allerdings, und jeder Gedanke, jeder Vorschlag, welcher eine Verbesserung der uns durch den Entwurf der Bundesverfassung gebotenen Lebensbedingungen darbietet, wird von allen verständigen Patrioten willkommen geheißen werden.

Wenn man aber den Maßstab der Schultheorie, oder des Ideals an diesen Entwurf legt, um uns zu beweisen, daß er nicht langt, so ist das eine eitle Spielerei. Vor einer solchen Methode besteht keine Einrichtung in der Welt. Zu keinem gültigen Resultate gelangt man durch Vergleichung mit ausländischen Mustern. Um ein brauchbares Ergebniß zu finden, messen wir vielmehr unser Heute mit unserm Gestern, unser Wollen mit unserer Kraft, unsern Patriotismus mit unsern nationalen Untugenden und wir werden nicht blos beschränkene werden, sondern auch der Wahrheit der Dinge näher kommen.

Die Wahlniederlage der preußischen Fortschritts-Partei.

Das Ergebniß der Reichstagswahlen, kann von uns, der liberalen Nationalpartei, nur mittgiehr gemischten Empfindungen, „mit Einem heitern, Einem nassen Aug'", betrachtet werden. Mit Einem heitern, wenn wir auf Neupreußen und die übrigen Bundesländer blicken, mit Einem nassen, bei Musterung der mit Leichen der Unsern übersäten Wahlstatt

Digitized by Google

Mit Leichen der Unsern — das ist freilich nur in eingeschränktem Sinne zu verstehen. Die preußische Fortschrittspartei, welche am 12. Februar ihr Königgrätz erlebte, sie war und ist uns nicht nur liberalerseits eng verwandt und befreundet, ein großer Theil von ihr hält auch auf dem nationalen Gebiet unsern Standpunkt ein, oder steht ihm doch mehr oder weniger nahe. So weit also werden wir ihr Mitgeschick auch als das unsrige empfinden. Aber es gibt eine Grenze, wo unser Kummer aufhört; um sie zu ziehen, brauchen wir blos das Nationalvereinsstatut zur Hand zu nehmen. Auch wenn dieses in dem für die Einheit ungünstigsten Sinne ausgelegt wird, muß doch immer das Einheitsinteresse dem freiheitlichen mindestens gleichgestellt, darf demselben nicht untergeordnet werden. Nun schließt, wie nicht zu läugnen, die preußische Fortschrittspartei Elemente ein, welche, in partikularistischer Weise möchten wir sagen, wenn man uns nicht mißverstehen will, die liberalen Anliegen, die Anliegen ihrer innern Parteipolitik, über die nationalen zu setzen geneigt sind, und sehr leicht dazu kommen können, um dieses oder jenes, in unseren Augen keineswegs zu den schlechthin unentbehrlichen gehörenden Freiheitsrechts, oder irgend eines doctrinären Ideals willen, das ganze Werk der Neugestaltung Deutschlands zu gefährden, oder in Frage zu stellen. Und gerade die Niederlage dieser Unterabtheilung der preußischen Fortschrittspartei — wir wollen sie, der Kürze halber, die radikale nennen — ist eine ganz kolossale, wahrhaft überwältigende. Nicht blos in Anbetracht der verschwindend kleinen Zahl der Männer die sie zur Entsendung nach dem weißen Saale übrig gelassen, sondern vor Allem, weil sie auf dem Schlachtfeld des allgemeinen, geheimen, directen Wahlrechts erfolgt ist, auf demjenigen also, welchen gerade diese Partei von jeher mit hörem Verlangen herbeigesehnt, auf welchem sie ihre besten Trümpfe auszuspielen, ihre reichsten Lorbeeren einzuernten gedachte. Und selbst die letzte, auch bei diesem Wahlrecht noch mögliche Bemäntelung, daß nämlich nur ein geringer Bruchtheil der Wähler sich betheiligt habe, ist diesmal abgeschnitten. Uebertrotzen wird diese Niederlage nur noch von derjenigen der Lassallianer, welche, wenn ihnen das Glück und der Unverstand der Wähler von Glauchau, Meerane u. s. w. treu bleibt*), einen, sage einen Vertreter auf den neugepolsterten Sesseln des Herrenhauses sitzen haben werden. Wo sind nun die 96 Prozent der Bevölkerung geblieben, welche, nach Lassalle oder seinen Nachbetern, zu den Arbeitern gehören! Allerdings, nach dem Heidenlärm, den die Arbeiterpartei vor den Wahlen vollführte, hätte man denken müssen, daß es sogar noch mehr, etwa 96½ % seien.

Indessen es fragt sich, welchen Einfluß wird die Niederlage der preußischen Fortschrittspartei auf den ganzen Feldzug haben, was ist, auf Grund der Gesammtergebnisse der Wahlen, vom Reichstag zu erwarten? Hierüber eingehende Vermuthungen aufzustellen, würde müßig sein, wir werden ja bald genug aus Erfahrung wissen, woran wir sind. Einstweilen genügt es, zu sagen, daß auch auf diese Frage unsere Antwort nur eine sehr getheilte sein kann; wir haben ziemliche Befriedigung für die nationale, nur kärgliche für die liberale Hälfte unserer Seele zu hoffen. Natürlich muß jede Partei in erster Linie wünschen, die Mehrheit zu erhalten, in zweiter, wenigstens die Mehrheit zusammen mit der ihr nächstverwandten. Um vom Ersten zu schweigen, so ist auch fürs Zweite wenig Hoffnung;**) sei es nun, daß wir den nationalgesinnten Theil der Fortschrittspartei oder die Altliberalen als nächstverwandt betrachten. Die liberalen Fractionen der Nationalpartei werden vielmehr nur die Mehrheit haben mit Hilfe der unzuverlässigen und wenig ersprießlichen Bundesgenossenschaft der Radikalen, der liberalen Partikularisten, für sich allein dürften sie der Regierungspartei kaum gewachsen sein. Denn mit dieser werden natürlich überall da, wo es sich darum handelt, das wesentlich centralistische Institut des Reichstags nicht reichlicher mit Rechten auszustatten, als im Verfassungsentwurfe beliebt worden, die konservativen und reactionären Partikularisten stimmen, die wohl mit den Conservativen zusammen beinahe schon die Mehrheit ausmachen. Auf der andern Seite ist es ein glücklicher Umstand für uns, daß für alle im Interesse der Einheit getroffenen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs die Regierung zwar auf eine imponirende Mehrheit rechnen kann, diese Mehrheit aber nur mit uns gebildet wird, ohne uns dagegen kaum eine kleine, vielleicht gar keine herauskommt, auch wenn die Altliberalen unentwegt zur Regierung halten. Diese wird also nicht umhin können, unseren An- und Absichten auch auf dem freiheitlichen Gebiet einige Rechnung zu tragen. Und bei einer Abstimmung den Ausschlag zu geben, das Zünglein der Wage zu bilden, ist unter Umständen eine ebenso vortheilhafte Stellung, als selber im Besitz der Mehrheit zu sein. Zudem steht mit einigem Grund zu hoffen, daß in den großen konstitutionellen Prinzipfragen, so namentlich was das Budget betrifft, die Altliberalen zu uns stehen werden, ja ein Gleiches darf man vielleicht von der Frakion Bethusy-Hue (den gemäßigten Conservativen) voraussetzen. Ueberhaupt, wir denken, oder aufrichtig gesagt wir hoffen, daß dieser Reichstag den ersten Anstoß geben werde zu einer Neubildung, oder wenigstens neuen Gruppirung der Parteien.

Doch genug hievon, kehren wir zu unserem Thema, der Schlappe der preußischen Fortschrittspartei, zurück. Wie erklärt sich dieselbe? Dies zu wissen, hat wahrhaftig nicht bloß ein historisches, sondern ein höchst praktisches Interesse: nur durch klare Einsicht in die wirkenden Ursachen der Mißerfolge lassen sich nützliche Lehren für die Zukunft aus demselben ziehen.

Dieser Einsicht verschließt man sich aber von vornherein, wenn man, wie nicht wenige unserer Freunde, auch diesmal die Hauptschuld auf die Wahlumtriebe der Gegner, ihre angeblich größere Rührigkeit, insbesondere ihre Ausbeutung amtlicher und sozialer Machteinflüsse schieben will. All' das mag ja im Spiele gewesen, ein und der andere landräthliche Pascha mit zwei oder drei Roßschweifen mag sich große Exzesse erlaubt haben; aber widersinnig wäre es, anzunehmen, daß dergleichen Manöver den Ausschlag gegeben hätten bei der geheimen Abstimmung, während bei der öffentlichen die Fortschrittspartei so und so oftmal die glänzendsten Siege davontrug. Wollen ja doch umgekehrt Blätter vom Schlage der Kreuzzeitung den Sieg der Conservativen beßhalb der geheimen Wahl zuschreiben, weil sie den „Terrorismus" der „Bourgeoisie", der modernen Raubritter, über die Arbeiter, die kleinen Leute gebrochen habe. Die eine dieser beiden Behauptungen, dünkt uns, ist so vernünftig wie die andere.

Weiter wird, namentlich von Anhängern des gemäßigten Liberalismus, für das schlechte Produkt, welches das allgemeine direkte Wahlrecht geliefert hat, unter Anführung einiger greller Fälle, kurzweg dieses Wahlrecht selbst verantwortlich gemacht. Denn es gebe die Entscheidung in die Hände der politisch ungebildeten Klassen. In Städten, wie Königsberg, Elbing seien es die bekannten Sackträger und andere von lange her für die Reaktion gewonnene Proletarierhaufen, auf dem Lande seien es die, blindlings ihren feudalen und pastoralen Leitbämmeln nachtrollenden Bauern gewesen, welche das intelligente und besitzende Bürgerthum niedergestimmt haben. Daran ist ohne Zweifel viel thatsächlich Wahres. Es fragt sich aber, haben wir hier eine bloße Thatsache oder ein „ehernes Gesetz," um mit Lassalle zu reden, vor uns, hat das allgemeine Wahlrecht diese Wirkung seiner Natur nach gehabt, muß es also immer und überall so wirken, oder ist das diesmalige preußische Ergebniß nur ein, ihm gegenüber, zufälliges, sind es also in Wahrheit andere Factoren, deren Mitwirkung dasselbe herbeigeführt hat? Im ersteren Falle

*) Ist seitdem geschehen, indem seiner Herr Bebel, welcher manchem Leser des Wochenblatts in unliebsamer Erinnerung sein wird, bei der Stichwahl in Glauchau die Stimmenmehrheit erhalten hat, und zwar als Candidat der Lassallianer, gegen welche er sich unlängst dem Nationalverein als „Reiseprediger" angeboten hatte, und als solcher vom Nationalverein angenommen und ausgerüstet war. Kuferdem ist übrigens ein zweiter Vertreter der „Arbeiterpartei" in Herr Schraps, gleichfalls in Sachsen, gewählt worden. D. H.

**) Der Artikel ist vor den Vorstandswahlen geschrieben. D. H.

Digitized by Google

müßte natürlich, aller Gleichheit und Demokratie zum Trotz, auf schleunigste Wiederabschaffung des allgemeinen Wahlrechts gedrungen werden. Denn ein Wahlgesetz, welches die politisch mündigen Klassen zu Gunsten der politisch unreifen und unmündigen mundtodt macht, ist absolut sinnlos und verderblich, und müßte unaufbleiblich zuerst die Freiheit, und schließlich den Staat selbst ruiniren.

So schlimm steht indessen die Sache doch nicht, mag im Uebrigen gegen dieses Wahlrecht noch so viel einzuwenden sein. Dies zeigt schon ein Blick z. B. auf Nassau und Kurhessen, ja selbst auf Hannover, wo so seit dem vorigen Sommer die unteren und ländlichen Klassen gleichfalls Einflüssen unterworfen sind, welche den Anschauungen des politisch gebildeten Bürgerthums widerstreiten, und dennoch letzteres mehr oder minder vollständig triumphirt hat. Es muß also in der That noch eine andere Ursache gewesen sein, durch deren Hinzutritt die Wagschale der Fortschrittspartei in die Höhe geschnellt wurde.

Wir hatten so weit geschrieben, als uns das vorige Wochenblatt zukam. Was dort im Wochenbericht (theilweise auch im Preußischen Brief) zur Sache bemerkt wird, ist genau das, was auch wir sagen wollten, wir können uns daher ganz kurz fassen. Die Grundstimmung des preußischen Volkes, des gesammten preußischen Volkes, ohne Unterschied der Stände und Klassen, gegenüber der deutschen Frage, ist im Wesentlichen „Bismarckfeindlich", d. h. das preußische Volk will das Werk in der Weise, wie es angefangen, möglichst rasch und sicher zu Ende geführt haben, es hält den leitenden Minister für den rechten Mann hiezu, und es vertraut ihm, daß er machen werde, „was gemacht werden kann." Gegen die Fortschrittspartei aber hegt ein großer Theil dieses Volkes, auf Grund ihres Vorlebens, ihrer Irrthümer in der Auffassung der Lage vor dem Krieg u. s. w., den, einerlei ob begründeten oder unbegründeten Verdacht, daß sie das Werk mehr als nöthig hindern, stören und aufhalten werde — und genau im Verhältniß der Stärke dieses Verdachts sind die einzelnen Schattirungen der Fortschrittspartei an der Niederlage betheiligt.

Diese Grundstimmung hat sich in einer Wolke von Anzeichen kundgegeben, und es gehört die ganze Befangenheit eines verbissenen Parteimanns dazu, dieselbe nicht zu sehen oder nicht sehen zu wollen. Daß aber diese Stimmung so rein und ungebrochen zum Ausdruck gekommen, davon finden wir einen Hauptgrund allerdings in der Natur des Wahlrechts, aber nicht deßhalb, weil dasselbe ein allgemeines, sondern weil es ein direktes gewesen ist. Wie sehr die direkte Wahlart dazu angethan ist, die Instinkte und Vorschwebungen der Gesammtheit, gegenüber den bewußten Tendenzen der organisirten Parteien, die als solche ja immer Minoritäten sind, zur Geltung zu bringen, darüber konnte man dießmal höchst belehrende Beobachtungen anstellen. Doch dies, so wie die Frage, ob diese Eigenthümlichkeit der direkten Wahlart mehr Tugend oder Fehler, ist eine Sache für sich, und wohl einer gelegentlichen eigenen Besprechung werth.

Die Lehre aber, welche die preußische Fortschrittspartei aus ihrer Niederlage zu ziehen hat, ist unserer Ansicht nach die, daß sie sich entweder vollends zu Grunde richten wird, oder reorganisiren, d. h. vor allen Dingen das radikale Element völlig aus Leib und Seele, aus ihren Reihen und aus ihrem Innern, ausmerzen muß. Das preußische Volk, zu Wahlen für das Abgeordnetenhaus berufen, wird allerdings größeres Gewicht auf die Freiheitsinteressen legen, als dießmal, aber schwerlich wird es — es müßte denn eine arge Mißregierung von Neuem den Boden aufwühlen — so bald wieder Männern sein Vertrauen zuwenden, denen, verrannt in ihre radikale Dogmatik, wie sie sind, jeder Sinn und Verstand für den Staat und seine Aufgaben abhanden gekommen ist. In der That wird es nachgerade moralisch unmöglich, sich mit Leuten zu einer Parteigemeinschaft zusammenzukoppeln, welche, wie so eben in Köln, dem Kandidaten einer staats- und freiheitsfeindlichen Partei ihre Stimmen geben, nur um ja einem Vertreter von Preußens deutscher Politik den Sieg zu entreißen. Die innere Reform, welche die Fortschrittspartei noch nöthig hat, wird sich nach Beseitigung dieses ihres bisherigen Grundschadens von selbst vollziehen.

Parlamentsbriefe.

I.

W. Berlin, 3. März. Vor acht Tagen feierliche Eröffnung im weißen Saale, gestern Präsidentenwahl im Sitzungssaal des Herrenhauses — so ward aus Abend und Morgen die erste Reichstagswoche. Es ist gut, daß sie hinter uns liegt, diese Zeit der ersten chaotischen Gährung und Gestaltung, daß Meer und Festland, liberales und conservatives Element, sich deutlich zu scheiden begonnen hat, denn mochte die Sonne vom Thron herab auch noch so hell und glänzend über unserem werdenden Mikrokosmus leuchten, unser politischer Erdball war doch eben noch wüst und leer und die ersten primitiven Erzeugnisse seiner Flora und Fauna, als da sind: Alterspräsidentenleitung, Abtheilungsverloosungen, Wahlprüfungen, Präsidentenwahlen mit Hindernissen und Fractionsbildungsversuche, das Alles mag wohl gut sein für Saurier und Leviathan's; für den Organismus des politischen Menschen ist es kein genügender Nahrungsstoff.

Die gestrige Sitzung, mit ihren fünfstündigen Wahlexperimenten, war zwar eine harte Geduldsprobe, aber sie war doch auch der entscheidende Schritt zu erträglichen Zuständen und bot in ihren Ergebnissen viel Stoff zum Nachdenken. Sie bewies klar und unzweideutig, daß vorläufig keine der beiden großen Parteien die Entscheidung in der Hand hat, weder die liberale noch die conservative. Wir waren ursprünglich geneigt, mit der blauen Schattirung der conservativen Partei, mit der s. g. freien conservativen Vereinigung (Herzog von Ujest, Herzog von Ratibor, Graf Bethusy-Huc, Graf Renard ꝛc.) ein Compromiß dahin einzugehen, daß wir gemeinschaftlich unsere Stimmen auf Simson, als ersten Präsidenten, und den Herzog von Ujest, als zweiten Präsidenten, abgeben wollten. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, da man von conservativer Seite an dem Herzog von Ujest, als ersten Präsidenten, festhielt. So blieb Nichts übrig, als sich auf eigene Füße zu stellen, und es auf die freie Kraftprobe ankommen zu lassen. Gemeinschaftlich mit der äußersten Linken (Schulze-Delitzsch, Waldeck, Becker, F. Duncker, Richter) und den Altliberalen entschieden wir uns daher für Simson, von Bennigsen und Braun aus Wiesbaden. Hiermit wären wir auch durchgedrungen, da wir zusammen 122 Stimmen hatten und Graf Schwerin wettete bereits, daß Simson im ersten Wahlgang durchkommen werde. Allein er hatte seine Rechnung ohne die beiden Bincke gemacht, welche für ihn selbst stimmten und ohne ein mir unbekanntes Mitglied, welches Simson mit einem p geschrieben und dadurch — es gibt auch einen Hrn. v. Simpson im Reichstag — seinen Wahlzettel unwirksam gemacht hatte. So kam Simson um zwei Stimmen zu kurz und wir hatten das Vergnügen, die Wahl wiederholen zu müssen. Bei der Wahl des zweiten Präsidenten ließen uns nun gar die 18 Altliberalen im Stiche und gaben ihre Stimmen, statt für Bennigsen, für den Herzog von Ujest. Und bei der Wahl des dritten Präsidenten wären wir wahrscheinlich, trotzdem die Altliberalen mit uns stimmten, abermals mit Bennigsen, wenigstens zum ersten Mal, unterlegen, wenn die Wahlbetheiligung eben so stark gewesen wäre, wie im Anfang, denn Schulze und einige seiner Freunde waren schlechterdings nicht zu bewegen, ihre Stimmen für Bennigsen abzugeben; sie hielten hartnäckig an Braun, als dritten Präsidenten, fest, „wie es von Anfang an ausgemacht sei".

Das Ergebniß der Präsidentenwahl: Simson-Ujest-Bennigsen kann uns nun zwar vollständig recht sein, denn es schließt sowohl den Candidaten der äußersten Rechten, den Herrenhaus-Präsidenten, Grafen v. Stolberg, wie die Candidaten der Partikularisten, die Herren v. Wächter und Haberkorn, aus; allein die mühsam durchgesetzte Wahl von Simson und Bennigsen beweist uns denn doch auch, daß die

Digitized by Google

liberale Partei nur bei geschlossenem Zusammenhalten etwas durchzusetzen vermag und auch dies nur unter der Voraussetzung, daß die sächsischen, schleswig-holsteinischen und hannoverschen Partikularisten, sowie die Polen — die immerhin zusammen gegen 25 bis 30 Stimmen haben — sich nicht mit den Conservativen vereinigen. Zu einer absoluten Majorität werden wir Liberalen es dagegen in keinem Falle bringen, denn wenn es gut geht, bekommen wir durch die Nachwahlen noch etwa 12 Stimmen, und das macht, mit unserer jetzigen Stimmenzahl, etwa 134 Stimmen, während die absolute Majorität 149 beträgt.

Ob ich dieses Verhältniß willkommen heißen oder bedauern soll — offen gestanden, ich weiß es bis jetzt noch nicht. Die liberale Partei ist seit einer Reihe von Jahren gewohnt gewesen, fast nur mit großen Majoritäten zu operiren. Das ist sehr bequem, allein die Bequemlichkeit ist nicht immer die beste Lehrerin und daß wir noch nicht völlig angelernt, das hat uns wohl der Verlauf der letzten zwölf Monate bewiesen. Zudem will es mir scheinen, als wenn es gerade für eine constituirende Versammlung nicht so ganz unangemessen wäre, wenn alle Parteien in gehöriger Weise darin vertreten sind. Endlich aber: reichen die hergebrachten Begriffe von liberaler und conservativer Partei heute, nach so tief einschneidenden politischen Veränderungen, überhaupt noch aus? Stehen nicht heute die Conservativen auf einem Boden, den wir Jahre lang als das kritische Merkmal für die Liberalen betrachtet haben, auf dem Boden einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung — wenn auch vorläufig nur für Norddeutschland — und decken sich nicht hierdurch allein die früheren Begriffe „liberal“ und „conservativ“ bis zu einem vorerst noch nicht zu bestimmenden Grad? Es wird schwer halten, diese Fragen zu verneinen. Andererseits weiß ich indeß auch noch nicht, wie viele Differenzpunkte zwischen den Anhängern des Grafen Stolberg oder des Herzogs von Ujest trotzdem noch bestehen bleiben, deren Bestehenbleiben wir im nationalen Interesse bedauern müssen. Alles in Allem erwogen und mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, das Verfassungswerk für den Norddeutschen Bund vorerst einmal zu Stande zu bringen, bin ich dis jetzt keineswegs geneigt, die Zusammensetzung des Reichstages ohne Weiteres für eine verfehlte zu erklären. Mein definitives Urtheil muß ich mir dagegen allerdings noch vorbehalten.

Ich habe bisher so ohne Weiteres von „Wir“ gesprochen. Für den pluralis majestatis haben Sie dieß wohl nicht gehalten; immerhin aber fühle ich, daß ich Ihnen zum Schluß noch mit ein Paar Worten Rechenschaft darüber zu geben habe, wer denn eigentlich dieß „Wir“ ist. Ich weiß dieß selbst erst seit dem letzten Donnerstag Abend, als sich unter dem Vorsitz v. Bennigsen's 53 Mitglieder als „nationalliberale“ Partei unterzeichneten. Diese 53 Mitglieder — ich nenne davon u. A. Braun, Lasker, Lette, v. Hennig, Miquél, Grumbrecht, Graf Dohna, Gustav Freitag, v. Unruh, Graf Henkel von Donnersmarck, Oetker, Jungermann, Julius Wiggers, Fries — das ist das „Wir“ und wir hoffen in wenigen Tagen uns auf 60 bis 65 Mitglieder, darunter auch Twesten, verstärkt zu haben. Ein festes und geschriebenes Programm haben wir nicht aufgestellt. Unser Programm beruht einstweilen auf einer mündlichen Auseinandersetzung Bennigsen's, welche dahin ging, daß wir uns weder für eine Annahme des Verfassungsentwurfs en bloc, noch für eine Verwerfung desselben, für den Fall, daß gewisse bereits formulirte freiheitliche Forderungen nicht zugestanden werden sollten, sondern daß wir uns dahin entscheiden wollten, das Zustandekommen des Verfassungswerks mit allen irgend erreichbaren Garantien für die freiheitliche Entwickelung der Nation zu fördern. Mit der ersten Negation nehmen wir Stellung gegen den Grafen Stolberg und dessen Anhänger, sowie gegen die „Freien Conservativen“, mit der zweiten Negation scheiden wir aus von der äußersten Linken unter Waldeck, Schulze und F. Duncker und halten vorerst den Einen entscheidenden Punkt fest, daß die Zuständigkeit des Reichstages in finanziellen Fragen, insbesondere hinsichtlich des Etats für Heer und Marine, in der Weise nicht beschränkt werden kann, wie der Verfassungsentwurf will. Der 11. und 12. Abschnitt des Verfassungsentwurfs bilden sonach für uns den Angelpunkt der Parteistellung; sie werden überhaupt das eigentliche Object der bevorstehenden parlamentarischen Discussion abgeben. Gelingt es uns hier eine Verständigung mit der Regierung zu erzielen, so ist das Verfassungswerk so gut wie geschert, wenn nicht — nicht. Quod. Dii bene vertant!

Aus Preußen, 3. März. Es ist schwer, aus Preußen gegenwärtig über etwas Anderes zu berichten, als über Reichstagsverhandlungen, Reichstagswahlen und Bundesverfassung. Nach einem alten Spruch verhält es sich mit den Regierungen, wie mit den Frauen; diejenigen sollen die besten sein, von denen man am wenigsten spricht. Indessen wird auch diese Regel, wie alle anderen, ihre Ausnahmen haben, und ich möchte sie durchaus nicht unbedingt auf die gegenwärtige preußische Regierung angewendet wissen, obgleich man augenblicklich von ihrem Thun und Lassen, so weit Beides nicht auf den Reichstag Bezug hat, sehr wenig spricht. Die endliche Bestätigung der 6 letztgewählten unbesoldeten Berliner Stadträthe (darunter die Abgg. Hennig und Reichenheim) hätte, trotz des unbegreiflich langen Nachdenkens über diesen hochwichtigen Casus, bei den bescheidenen Ansprüchen der Volkes wahrscheinlich einen sehr günstigen Eindruck gemacht, wenn sie nicht noch häufig, in anderen ebenso unbegreiflichen Nichtbestätigungen der friedlichsten Magistrate in den unbekanntesten Städten, ein ärgerliches Gegenstück erhielte. Die erlesenen Regierungs-Präsidentenstellen werden noch immer mit den zuverlässigsten Hülfsarbeitern der Reaktion besetzt; so in Frankfurt a./O. durch den Abg. v. Nordenflycht, an dessen Stelle in Minden Einer Derer v. Bodelschwingh tritt, in deren Händen schon eine übermäßige Zahl von Verwaltungsämtern in Westfalen ist. In nichts bereit sich die Regierung mehr, als in der Beförderung der conservativen Abgeordneten, die sich irgend brauchbar erweisen, was zum Glücke nur sehr selten der Fall ist. Der Abg. v. Ernsthausen wurde alsbald vom Landrath zum kommissarischen Oberbürgermeister und dann zum Regierungs-Präsidenten befördert; er ist zugleich der Schwiegersohn des bekannten Herrenhäuslers, von Waldow-Steinhövel. Die Abg. Wagener und Landrath Graf Eulenburg, des Ministers Vetter, sind rasch zu Geheimen Regierungsräthen emporgestiegen, und der Abg. Landrath Graf Westarp ist so eben als Hülfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen, — schwerlich aber, um daselbst an der Verwirklichung seines tiefsinnigen Gedankens zu arbeiten, daß die Landräthe eigentlich während der Wahlen eingesperrt werden müßten. Die Dienstentlassung des Abg. v. Kirchmann durch Urtheil des Disciplinar-Gerichtshofes, der zu dessen Begründung nicht bloß auf die unermüdlich denunzirte Zweikinder-Rede, sondern auch auf die muthmaßlichen Landtagsberichte des Angeklagten in der „Breslauer Ztg“, ja sogar auf sonstige Schriften desselben aus dem Jahre 1854 zurückgegangen sein soll, ist der Schatten, den dieses conservative Lichtbild auf die Fortschrittspartei wirft. Aber alle diese Dinge gehen fast unbeachtet vorüber in der Aufregung, die noch immer, von den Wahlen her, in der Bevölkerung nachzittert, namentlich in Rheinland und Westphalen, wo gerade in diesen Tagen so manche Nachwahlen stattgefunden haben, oder eben jetzt stattfinden. Bei Weitem mehr Eindruck hat die eilige Verfügung gemacht, in welcher die Regierung den richterlichen Beamten im Reichstage die Einbehaltung eines Theils ihres Gehalts als Stellvertretungskosten ankündigt. Von einer ähnlichen Maßregel in Bezug auf die Präsidenten und Landräthe verlautet natürlich nichts. Die Disciplinaruntersuchung gegen Twesten, wegen zweier Reden vor dem Kriege (Termin 3. April), macht auch böses Blut. Man kann unmöglich den Grafen Lippe allein für diese Dinge verantwortlich machen, obgleich er ihnen sicher mit dem größten Wohlbehagen zugestimmt hat. Könnte er nur auch dem Lasker an den kleinen Leib! Alle diese Klein-

Digitized by Google

lichkeiten, haben den sehr günstigen Eindruck der Thronrede sichtlich wieder abgeschwächt. —

Ja, das preußische Volk will vor Allem das Einigungswerk vollendet sehen. Darum hat es namentlich die Stelle der Thronrede über die nationale Wiedervereinigung mit dem Süden mit lautem Beifall begrüßt. Es hat durch seine Wahlen kundgethan, daß es diesem Hauptzweck Alles untergeordnet wissen will; das Votum gegen die Indemnität wurde manchem Candidaten gefährlich, und Hoverbeck, eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der „Entschiedenen", steht in dem sonst so „entschiedenen" Ostpreußen nur in einem sonst fleritalen Kreise zur engeren Wahl. Aber hoffentlich wird das Volk niemals glauben, die Einheit durch freiwilligen Verzicht auf kostbare Volksrechte zu fördern, und die glänzendsten Erfolge werden niemals seinen Augen diese kleinlichen Versuche, die liberale Partei durch Ausbungern vom Parlamente auszuschließen, anders, als kleinlich erscheinen lassen. In den bisherigen Nachwahlen siegten denn auch fast überall die Candidaten der Liberalen, Twesten (zweimal), Sybel, v. Bockum-Dolffs, Michaelis u. a., — freilich, in der großen Handelsstadt Cöln, wahrscheinlich mit Hülfe der Radikalen, auch der Frankfurter Stadtpfarrer Thissen, noch dazu vor dem Carneval und ebenso in Lippstadt-Brilon Graf Galen, weil er den Jesuiten in Münster 40 Morgen Land geschenkt haben soll, und wahrscheinlich in Kempen der Pastor Michelis, mit seinen ebenso schnurrigen als endlosen „historisch-philosophischen" Betrachtungen. Forckenbeck's Wahl scheint in Wollmirstadt-Neuhaldensleben, an Schwerin's Stelle, gesichert; Löwe kann in Danzig für Twesten eintreten, der in einem schlesischen Landkreise durchgekommen ist, wo die Arbeiter nicht, wie in Elberfeld, auf den Lassalle'schen Zopf anbissen, obgleich „ein Arbeiter", wahrscheinlich Bismarck's Schützling, Prül, den er einst beim Könige einführte, sie dazu dringend aufforderte. Und selbst Izenplitz, der durch sein drolliges Poltern und seine naive Unkenntniß der Dinge so oft eine Quelle der Heiterkeit für das Haus war, ist in der Wahlschlacht dem Kreisrichter Pannier erlegen, obgleich ein Dorfpfarrer laut für seine Wahl auf der Kanzel gebetet hatte, — und noch dazu in den Marken! —

Als ich den „Wochenbericht" in der vorigen Nummer dieses Blattes las, glaubte ich, mich mit dem Herrn Herausgeber, in Bezug auf unser Urtheil über den vorgelegten Verfassungs-Entwurf, ziemlich in Uebereinstimmung zu finden und war daher ein wenig überrascht durch die Note, daß meine Skizze überladen und mein Urtheil übertrieben sei.*) Gestatten Sie mir, darauf einige Worte zu erwiedern. Ein Bundesstaat mit etwa 20 Dynasticn ist ein heikles Ding, und ich schwärme wahrhaftig nicht genug dafür, um mich gegen den Entwurf, wegen seines Abweichens von der bundesstaatlichen Schablone, einnehmen zu lassen. Ich sehe in der bundesstaatlichen Centralisation der diplomatischen, militärischen und volkswirthschaftlichen Angelegenheiten ebenfalls einen ungeheueren Fortschritt und fürchte daneben den Staaten- oder vielmehr fürstenbündlerischen Bundesrath nicht sehr, obgleich derselbe eine Karrikatur eines Staatenhauses ist und den einheitlichen Charakter einer Bundesregierung, der er Ausschüsse, statt Minister beigibt, geschäftlich sehr beeinträchtigt. Darum will ich auch den Entwurf nicht abgelehnt, sondern amendirt wissen; denn daß die Abschnitte über Bundesfinanzen und Bundeskriegswesen, ohne eine gänzliche Umgestaltung, dem ganzen konstitutionellen System die größte Gefahr drohen, darüber stimmen wir ja wohl wieder überein; — ich glaube allerdings, daß das bestimmter Plan und nicht bloß Folge mangelhafter Fassung war. Hier in der Peovinz können sich die Leute gar nicht vorstellen, wie ein nur mit den gegenwärtig ihm zugedachten Befugnissen ausgerüstetes Bundesparlament und das preußische Abgeordnetenhaus neben einander sollten bestehen können, ohne daß die schwer errungenen Volksrechte die empfindlichste Einbuße erlitten. Man meint, daß die durch die preußische Verfassung verbürgten Volksrechte das Minimum der dem Bundesparlament beizulegenden seien müßten. Und grade darum wird auch die Bildung einer starken national-liberalen Fraktion im Reichstage, der man dieselbe Tendenz zutraut, und die so eben hier bekannt gewordene gestrige Wahl Simson's zum Präsidenten — trotz der Niederlage Bennigsens als ersten Vizepräsidenten durch die vereinigten Anstrengungen der conservativen Fraktionen — einen sehr guten Eindruck machen. Man hat nicht vergessen, daß Simson auch da, als Binde es schmählich verlaugnete, rüthaltlos für das Budgetrecht des Landes eingetreten ist, und das ist das erste und fürnehmste konstitutionelle Gebot! Als ein gutes Zeichen betrachtet man es auch, daß die „N. A. Z.", welche Anfangs sehr hochfahrend nur die Wahl zwischen Annehmen und Ablehnen ließ, jetzt schon mit leidlicher Bescheidenheit Verbesserungen — nicht für unmöglich hält. —

*) Bei dem damaligen Urtheil unserer Herrn Korrespondenten über den Verfassungsentwurf waren sicht und Staaten anders vertheilt, als bei dem heutigen und daher ein ganz anderer Eindruck auf den leser. Die gleichwohl noch etwa übrig bleibenden Differenzpunkte ergeben sich aus dem Art. „Rechtmäßige und unrechtmäßige Ansprüche" u. s. w. D. H.

Nordschleswig.

L. Fahrelandet, das Hauptorgan der dänischen Nationalpartei, läßt sich unterm 13. Februar aus Flensburg schreiben: „Die Reichstagswahl hat gezeigt, daß die preußischgesinnte Partei hier in Flensburg eine bedeutend verschwindende Minderheit ist. Sollte es zu einer Abstimmung kommen, ob wir bei Preußen bleiben oder zu Dänemark zurückkehren wollen, so werden mindestens drei Viertel der Bevölkerung, wo nicht mehr, für Dänemark stimmen, denn unter ihnen wird der größte Theil Derjenigen sein, welche jetzt für den schleswigholsteinisch gesinnten Candidaten Kraus gestimmt haben. Wenn die Wahl nur ist zwischen Preußen und Dänemark, so heißt es ringsum: „Viel lieber dänisch, als preußisch!" Wir theilen diese Behauptung eines Flensburger Dänenfreundes hier nicht mit, um darauf Anklagen gegen die schleswigholsteinische Partei in den Herzogthümern zu gründen. Mancher mag während der letzteren schweren Jahre, im Unmuth über den preußischen Druck, solche vaterlandsverrätherische Aeußerungen herausgestoßen haben, ohne deswegen schon fähig zu sein, sie in That zu übersetzen, wenn ihm dazu Gelegenheit geboten würde. Es ist auf dänischer Seite gewiß Selbsttäuschung, wenn man darnach seine Berechnungen über den voraussichtlichen Ausfall einer Abstimmung anstellt; es wäre auf unserer Seite weder gerecht noch klug, wollte man ohne Weiteres Alle, die sich einmal in dieser Art vergessen haben, auch die weniger besonnenen und zurechnungsfähigen, als entartete Söhne der Nation behandeln. Allein so lange es überhaupt möglich ist, zu denken, daß ein noch so kleiner Theil der deutschgesinnten Bevölkerung für Dänemark stimmen werde, um seinem Hasse gegen Preußen, oder das augenblickliche preußische Regiment, Luft zu machen, so lange ist offenbar in den Herzogthümern diejenige Ruhe und Klarheit des Urtheils noch nicht eingetreten, welche für einen so wichtigen Act, wie eine allgemeine Abstimmung über die Staats- und Nationalangehörigkeit, selbst wenn man sich mit derselben sonst befreunden wollte, muß vorausgesetzt werden können.

Abgesehen von dieser dänischen Behauptung hat die Reichstagswahl aber auch sonst noch allerlei herausgestellt, was die dem fünften Artikel des Prager Friedens entgegenstehenden Schwierigkeiten und Bedenken ins hellste Licht setzt. Mit Ausnahme allenfalls der äußersten nordwestlichen Ecke Schleswigs, eines Striches von etwa zwanzig Quadratmeilen mit vierzigtausend Einwohnern, zwischen Apenrade und dem südlichen Oste Ripen, wohnt die dänisch gesinnte Bevölkerung nirgends compact zusammen; am compactesten noch im Sundewitt und auf der Insel Alsen, die die militärischen Autoritäten in Berlin aber für schlechthin unentbehrlich erklären. In der Stadt Flensburg verhalten sich die Dänischgesinnten zu den Deutschgesinnten wie 8 zu 7, in Apenrade sogar nur wie 13 zu 12, in Hadersleben wie 18 zu 13; und in Tondern, das nördlicher als Flensburg liegt, hat sogar die ent-

Digitized by Google

schiedene Mehrheit der Wähler deutsch gestimmt, ebenso wie in den noch nördlicher gelegenen beiden Flecken Hoyer (der Insel Sylt gegenüber) und Lügumkloster. Wie könnte man sich entschließen, solche feste und stetig wachsende Kerne deutscher Nationalität zu opfern? Die dänische Sprache, nach welcher der sogenannte Gerechtigkeitsfinn der Kölnischen Zeitung die Sache gern entschieden sehen möchte, gilt nicht einmal den Kopenhagener Blättern mehr für ein zuverlässiges Merkmal dänischer Gesinnung. Dagbladet und Fädrelandet jammern um die Wette, daß einige der entschiedensten Deutschgesinnten in Hadersleben und Apenrade dänischer Nationalität seien und erst seit 1864 überhaupt deutsch sprechen gelernt haben. Daran erkennt man denn auch, daß die Hinneigung zu Deutschland anfangs, unter den dänischredenden Schleswigern Wurzel zu schlagen, was unter den bisherigen trübseligen Verhältnissen unmöglich anders als vereinzelt geschehen konnte, da es aber doch immerhin schon geschieht, für die Zukunft die erfreulichsten Aussichten eröffnet.

Wenn feststeht, daß zwischen Flensburg und der Königsau die deutsche und dänische Bevölkerung dergestalt durcheinander gemischt erscheinen, daß es schwer sein würde, eine von der Nordsee bis zur Oster reichende Grenzlinie zu ziehen, welche nordwärts dänisches, südwärts deutsches Volk halbwegs glatt und vollständig von einander schiede, und wenn folglich ganz ohne „Fremdherrschaft“ doch nicht durchzukommen ist, so wird es an sich immer besser sein, daß die Grenze des gröberen Volkes sich zuweit vorschiebt, als umgekehrt. Eine Nation, wie die deutsche, kann es ohne Sorge und Eifersucht ertragen, das einige Tausend oder Zehntausend dänischredende Menschen innerhalb ihrer politischen Grenzen wohnen; weder öffentliche noch Privat-Interessen drängen sie zu Bekehrungs- oder Unterdrückungs-Versuchen. Ein kleines Volk, wie das dänische, dagegen, das sich nicht für sicher in seinen Gränzen hält ohne einheitliche Nationalität, und dessen Bürger oder Beamte vielfach persönlich interessirt sind an der Erweiterung oder Verengerung der Sprachgrenzen, ist gewissermassen providentiell unduldsam, und fühlt sich innerlich ohne Unterlaß getrieben, den fremden Tropfen in seinem Blute entweder auszustoßen, oder gewaltsam zu assimiliren. Schon gegenwärtig ist das preußische Regiment in Nordschleswig so, daß die Kopenhagener Blätter auf alle ihre Schmerzensschreie und Beschwerde-Bestellungen keine halbwegs brauchbare Fülle, um an die große Glocke gehängt zu werden, erlangen können. Wie wüthete dagegen der tollköpfige Graf Karl Moltke im deutschen Schleswig, als das Dänen-Regiment, nach 1850, frisch restaurirt worden war!

Steckbrief.

* Durch eine geradezu unvernünftige Behandlung des norddeutschen Verfassungsentwurfs zeichnet sich jener Theil der süddeutschen Presse aus, welcher unter dem Einflusse des Stuttgarter „Volksvereins“ und seiner Gesinnungsgenossen steht. Hört man diese Herren, so sind sie es, welche die Hebel des Geistes der Nation in ihrer Hand halten, nur daß die vermaledeiten Gothaer, Fortschrittler, Nationalvereinler sie im Gebrauche derselben hindern. Unter wechselnder Maske tritt insbesondere, bald in Stuttgart, bald in Mannheim, bald in Frankfurt, bald in Wien ein politischer Gaukler auf, den man in jeder Verkleidung an dem falschen Klange seiner großen Trommel sofort wieder erkennt, deren Tonleiter in den Worten „Corporalismus“ — „Großpreußenthum“ — „Rumpfparlament“ — „der Brandenburger“ — „die Todtenhand des Junkerthums“ und einem halben Dutzend ähnlicher Kraftausdrücke besteht, wie man sie auf dem Jahrmarkte braucht, um ein Publikum von Maulaffen vor der Schaubude zu sammeln. Wie der Teufel im Puleinellekasten vom Hauswurst, so wird hier der preußische Staat von unserem Zungendrescher bald in dieser bald in jener Gestalt, vorzugsweise aber in der Person der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses, alle Tage von Neuem, zur großen Belustigung der lieben Gassenjugend, durchgeprügelt, daß ihm alle Rippen im Leibe krachen.

Das große Unglück Deutschlands heißt Preußen, der große politische Verbrecher in Preußen ist, nächst Hrn. v. Bismarck, die Fortschrittspartei, und wenn nach allen Gräueln, welche im vorigen Jahre die preußische Regierung begangen und das preußische Abgeordnetenhaus genehmigt hat, noch ein armseliger Rest von öffentlichem Recht und von persönlicher Freiheit in Preußen übrig geblieben ist, so steht der Sarg schon bereit, in welchem er begraben werden wird, nämlich der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Dieser Entwurf, schon vermöge seines Ursprungsorts gerichtet — was kann aus Berlin Gutes kommen! — ist vom ersten Buchstaben bis zum letzten darauf angelegt, ein Werkzeug der ruchlosesten Gewaltherrschaft abzugeben, welche Europa je gesehen, darauf angelegt, das deutsche Volk unter die Zucht des Korporalstocks zu stellen, die letzte Stimme der Freiheit zu ersticken, die Ruhe des Kirchhofs über das ganze Land zu verbreiten. Kurz der Moskowiter haust nicht ärger in Polen, als der Preuße es, mit Hülfe der neuen Bundesverfassung, in Deutschland vorhat.

Bei diesem Gekreische und Gekeife wird, wie gesagt, vorzugsweise die Fortschrittspartei in Preußen mit den kräftigsten Redensarten aus dem Wörterbuche des Jahres 1848 bedacht. Es ist, um die Kammunisten von damals, sammt den heutigen Lassallianern, vor Neid und Eifersucht bersten zu machen. Glaubt man unserem Gewährsmann, so gibt es keine politische Schlechtigkeit, deren die Fortschrittspartei nicht fähig wäre, keine Untreue, keinen Verrath, deren sie sich nicht schuldig gemacht. Die ganze Partei ist ein Haufen von Schwachköpfen, Heuchlern, Wetterfahnen, von Menschen ohne Willen, ohne Verstand, ohne Charakter und ohne Ueberzeugung. Ja, in der ganzen „liberalen“ Oppostition gibt es eigentlich nur zwei ehrliche Leute, den Mann nämlich, welchen die Berliner „Zukunft“ als die „granitne Säule der Freiheit“ betitelt und einen andern, dessen nähere Bezeichnung die Bescheidenheit verbietet. Durch den Einfluß der Fortschrittspartei und des Nationalvereins ist Preußen und ganz Norddeutschland in Grund und Boden verdorben, entnervt, um Ehre und Gewissen gebracht, so vollständig, daß erst von einer künftigen Generation, die von bessern Lehrmeistern und Vorbildern erzogen ist, eine Wiederherstellung der öffentlichen Moral und damit das wahre Heil des Vaterlandes zu erwarten steht. Bis dahin beruht die ganze Hoffnung Deutschlands auf dem, glücklicher Weise, noch gesunden Volke im Süden des Main; nur daß dasselbe, auf die Stimme des großen Propheten, der zu ihm spricht, sich endlich zu ermannen, sich seiner ganzen Länge nach aufzurichten hat, um ungeheure Thaten der Rettung und des Heils zu verrichten.

Was nun aber von Seiten des Volkes in Baiern und Schwabenland eigentlich gethan werden soll, davon haben wir noch das erste Wort zu erfahren. Mit dem stürmischen Rufe: seine Willenskraft zu sammeln, sich aufzuraffen, Hand an's Werk zu legen ist die ganze Weisheit des Propheten erschöpft, der nur noch die schwere Drohung hinzuzufügen weiß, daß er, bei längerer Unbotmäßigkeit des Volks, seine Hand von demselben abziehen, es dem entsetzlichen Schicksale der „Borussifizirung“ überlassen werde.

In Summa, diese von Geifer triefende Beredtsamkeit hat so wenig positive Gedanken wie vernünftige Zwecke, ihre Quelle ist auch nicht etwa in einer ächten politischen Leidenschaft zu suchen, sondern in einem gemeinen Renegatenhaß, welcher sich für den eigenen Rechnungsfehler an den ehemaligen Parteigenossen rächen will. Mögen die Dienste eines solchen Ueberläufers noch so gern angenommen, noch so laut belobt werden, im Grunde des Herzens wird jeder anständige Mann, auch wenn er sie benutzen zu sollen glaubt, dieselben nur verachten. Und über ein Kleines, so steigert sich die Verachtung zum Ekel. Auf die Dauer bleibt den Leuten dieses Schlages nur ein einziger Unterschlupf innerhalb Deutschlands, ein einziger Ort, wo man sie in die Länge gebrauchen und ertragen kann, nämlich Wien. Dorthin weisen auch bereits die Fußstapfen eines vorausgegangenen Kumpans, der auf den Nachteter hoffentlich nicht lange mehr warten wird.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 95. Heidelberg, den 14. März. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die preußische Regierung und die Preßfreiheit. — Berliner Reichstagsabschiede. — Parlamentsbriefe II. — Aus Preußen. — Aus Thüringen. — Aus Mecklenburg. — Das einzige Ziel. — Literatur. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 12. März.

* Die Abklärung der Ansichten über den Verfassungsentwurf und die entsprechende Gruppirung der Parteien im Reichstage ist so weit gediehen, daß die am letzten Tage der vorigen Woche begonnene allgemeine Verhandlung einen ziemlich sichern Einblick in den bevorstehenden Gang der parlamentarischen Dinge zu geben verspricht. Ohne den Aufschlüssen vorzugreifen, welche uns die nächsten Reichstagssitzungen bringen werden, läßt sich indessen schon heute die zuversichtliche Erwartung aussprechen, daß in der wichtigsten der obschwebenden Streitfragen, in der Frage des parlamentarischen Budgetrechts, die Stimme der nationalliberalen Partei den Ausschlag geben wird. Die Regierung selbst, will sie nicht ihr Werk den Wechselfällen einer äußerst ungewissen Zukunft preisgeben, hat das größte Interesse bei einer Entscheidung in diesem Sinne. Die Stellung, welche sie auf dem Gebiete der Finanzen in dem Verfassungsentwurf eingenommen, erweist sich in der That bei näherer Betrachtung als unhaltbar, und insbesondere als ganz unverträglich mit den gebieterischen Gründen, welche verlangen, daß die Constituirung des Norddeutschen Bundes zu einem raschen Abschlusse gebracht werde. Nicht zu reden von der Gehässigkeit des Versuchs, von dem karg zugemessenen Verfassungsrechte Preußens bei einer solchen Gelegenheit wieder ein gutes Stück, ohne Ersatz, abzuzwacken, würde man dabei im preußischen Abgeordnetenhause und zugleich in zwanzig kleinstaatlichen Landtagen auf einen Widerstand stoßen, zu dessen Ueberwindung wenig Aussicht vorhanden wäre und dessen Bekämpfung jeden Falls einen Aufwand von Zeit und Kräften erforderte, welche andern und wichtigern Zwecken entzogen werden müßten. Nicht bloß in den preußischen Staatszuständen und in der Beschaffenheit der deutschen Verhältnisse, sondern auch in der ganzen Weltlage liegt für das Berliner Cabinet die dringende Aufforderung, in diesem Falle einen billigen Vergleich, wie er ohne Schwierigkeit zu haben ist, einem langwierigen und unsichern Prozesse vorzuziehen, und es ist also nicht anzunehmen, daß die Herausforderungen und Drohungen, mit denen die in diesem Sinne gestellten Forderungen und Vorschläge von dem Famulus Wagener beantwortet wurden, der Ausdruck der Gesinnungen des Herrn und Ministers, geschweige denn dessen letztes Wort gewesen sind.

Die Ergänzungs- und Nachwahlen scheinen keine nennenswerthe Veränderung in der anfänglichen Zusammensetzung des Reichstags hervorzubringen, sich vielmehr ziemlich gleichmäßig auf die verschiedenen Hauptgruppen desselben zu vertheilen. Mehrere der bedeutendsten Männer des preußischen Abgeordnetenhauses, namentlich die Herren Löwe-Calbe, Forckenbeck und Hoverbeck haben ihre Plätze im Reichstage leider immer noch nicht gefunden. Noch bedauerlicher ist es, daß in Marienwerder ein polnischer Candidat mit Hülfe „liberaler“ deutscher Stimmen die Mehrheit gegen seinen deutschen Mitbewerber gewonnen hat — wenn anders die darüber von der Neuen Preußischen Zeitung gemachten Angaben richtig sind, welche überdies zwei Advokaten als die Urheber dieses Verrathes an der Nation bezeichnet. Es würde der Mühe werth sein, dieser Sache auf den Grund zu gehen, wäre es auch nur, um den Namen jener Ehrenmänner den verdienten Platz am Pranger zu verschaffen. — Daß Herr M. Wiggers, der mecklenburg'schen Regierung und Junkerei zum Trotz, Eingang in den Reichstag gefunden, ist ein Triumph der öffentlichen Moral und der parlamentarischen Gerechtigkeit, welcher um so höher angeschlagen werden muß, als auch die preußische Regierungspartei ihre Mitwirkung dazu nicht versagt hat. Zugleich erhält dadurch jene Gesetzgebungspolitik und Justiz eine angemessene Beleuchtung, welche — und leider nicht in Mecklenburg allein — durch eine im Dienste der Rache angewendete Strafe Personen entehren möchte, durch welche im Gegentheil die Strafe zu Ehren gebracht wird.

— Die Genehmigung und Veröffentlichung der Stuttgarter Conferenzbeschlüsse in Betreff der Militärreform in den Südstaaten kann für den Beweis gelten, daß in München und Stuttgart, eben so wie in Karlsruhe, die Richtung auf die Annäherung an den Norden bis jetzt die Oberhand über alle Gegenbestrebungen behauptet. Läßt der Inhalt der Stuttgarter Vereinbarungen Vieles zu wünschen übrig, so stellt er doch wenigstens die Ueberzeugung der betheiligten Regierungen außer Zweifel, daß die Einheit der militärischen Organisation Deutschlands eine Nothwendigkeit geworden ist und daß dieselbe nur im Anschlusse an die preußische Heeresverfassung erreicht werden kann. Eine Abweichung von derselben, welche in der Bestimmung enthalten sein mag, daß die grundsätzlich festgehaltene dreijährige Präsenzzeit thatsächlich durch längere Beurlaubungen abgekürzt werden könne, wird von der öffentlichen Meinung in Norddeutschland eben so willkommen geheißen werden, wie südlich des Mains, und wahrscheinlich auch bei der preußischen Regierung keinen ernstlichen Anstoß erregen, welche sich doch wohl schwerlich einen Theil daraus machen kann, daß ihr eigenes System in diesem Punkte sich auf die Dauer nicht durchführen läßt. Die allgemeine Wehrpflicht steht mit der dreijährigen Präsenz in einem Gegensatze, welcher auf die Dauer unerträglich ist und der früher oder später auf Kosten der letzteren ausgeglichen werden muß. Das nächstliegende Auskunftsmittel ist mit jenem Vorbehalte der Stuttgarter Uebereinkunft bezeichnet, ein Auskunftsmittel, welches übrigens auch bisher schon in Preußen selbst zu einiger, wiewohl sehr beschränkten, Anwendung gekommen ist, und dessen umfassendern Gebrauche kaum ein größeres Hinderniß entgegenstehen mag, als der feste Glaube des Urhebers der heutigen preußischen Wehrverfassung an sein „eigenstes Werk“. Persönliche Glaubensartikel sind aber bekanntlich nicht für die Ewigkeit gemacht.

Digitized by Google

Die preußische Regierung und die Preßfreiheit.

N Graf Bismarck gehört bekanntlich nicht zu den Steeng-gläubigen der konservativen Partei, er hat sich, von der auswärtigen Politik ganz abgesehen, schon unterschiedliche Ketzereien zu Schulden kommen lassen, und ist, wie er gelegentlich den Zeloten im Herrenhaus erklärt hat, überhaupt der Ansicht, daß ein großer Staat nach keinem Parteifactionismus regiert werden könne. Zu den Punkten jedoch, wo seine Orthodoxie bisher unbefleckt und zweifelsohne geblieben, gehört, wie es scheint, seine Auffassung der Presse und Preßfreiheit.

Beweis dessen ist seine Herrenhausrede vom 4. Februar in Betreff der Zeitungsberichte über die Parlamentsverhandlungen, dann aber die gesammte Regierungspraxis in der Behandlung der Presse, die, nach wie vor, von bureaukratischer Aengstlichkeit, Empfindlichkeit und Abneigung beherrscht wird. Wäre Graf Bismarck in dieser Sache wesentlich freier gesinnt, als die übrige Regierungswelt, so hätte er sicherlich längst ein liberaleres Verfahren durchgesetzt. In der That, wehte von Oben her ein nur etwas milderer Wind, so könnten sich die Vertreter der Regierung in den Provinzen unmöglich ein Verfahren gestatten, wie z. B. das neulich gegen die Mittelrheinische Zeitung. Daß man dieses, wegen seiner Preußenfreundlichkeit von dem alten Regime fast zu Tode gehetzte und geschundene Blatt jetzt mit einer Verwarnung auf Grund des — Bundespreßgesetzes heimsucht, und dieß bloß, weil das Blatt auf die Beseitigung eines, als Handlanger der Schepp-Werren'schen Willkürwirthschaft seinem Bauern verhaßt gewordenen ländlichen Bürgermeisters gedrungen, und dieses Verlangen auch gegen die Ansicht der Regierung festgehalten hatte — das geht denn doch über die Gränze des Verständlichen hinaus. Die Anhänger der gestürzten Alten reiben sich natürlich über derartige Geniestreiche schadenfroh die Hände — und weiter hat es keinen Zweck.

Was die Druckfreiheit der Reichstagsberichte anlangt, so hat, nach den neuesten Erklärungen offiziöser Blätter, die Regierung es allerdings für besser gehalten, so weit einzulenken, als es ihr im eigenen Antrieb möglich, ohne die Herrenhausrede des Ministerpräsidenten allzu stark zu verläugnen. Immer aber bleiben die Berichte der Diskretion der Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften preisgegeben, das Damoklesschwert der Confiskation und strafgerichtlichen Verfolgung bleibt über ihnen hängen. Wir möchten es jedoch ganz weg haben, auch wenn es niemals niederfallen sollte, und deßhalb wünschen wir, daß, trotz der offiziösen Verheißungen, die Angelegenheit recht bald im Reichstag zur Sprache gebracht und die gesetzlich verbürgte Straflosigkeit erwirkt würde. *)

Und zwar wünschen wir das zunächst gar nicht aus liberaler Vorliebe für die Preßfreiheit, auch sind wir weit entfernt, die letztere, oder irgend eine andere Freiheit, für ein Gut zu halten, welches auf Kosten der höchsten Staatszwecke gebraucht und gepflegt werden dürfte, sondern wir stellen uns auf den Standpunkt des Grafen Bismarck selbst, und behaupten, daß auch von diesem aus die Druckfreiheit das Richtigere ist. Wir setzen dabei voraus, daß ihm so gut wie uns daran liegen muß, daß die Reichstagsverhandlungen möglichst unverfälscht den Lesern überliefert werden, und einen möglichst bedeutenden Eindruck hervorbringen. Nun was wird, was muß aber die Folge sein, wenn die Druckfreiheit ausgeschlossen bleibt? Wohl zu merken, es handelt sich, nach dem Gesetze, welches der Paarliche Antrag auch für die Reichstagsverhandlungen angewandt wissen wollte, um die Druckfreiheit für wahrheitsgetreue Berichte, in welchem Zusatz doch wahrlich Schutz und Schranke genug gegen böswliche Entstellungen gegeben ist. Indem aber dieser Freiheit für die Wahrheitstreue, d. h. vor Allem die möglichste Vollständigkeit, aufgehoben wird, fällt auch wesentlicher Antrieb und eine moralische Nöthigung hinweg, getreu und objektiv zu berichten. Es mag sein, daß eine und die andere heftige, in der Form ausschweifende Aeußerung nun ungedruckt bleibt. Die feindselig gesinnte, d. h. radikale, partikularistische, ultramontane Presse wird sich aber für den ihr hierdurch angethanen Zwang doppelt und dreifach zu entschädigen wissen. Bei jeder Gelegenheit, wo die Gründe der Ihrigen schwach und dürftig, die der Freunde des nationalen Werkes schlagend und unwiderstehlich sind, wird sie, offen oder versteckt, ihren Lesen zu verstehen geben, daß man, auch den bekannten Gründen, das Beste ja doch nicht drucken könne, zugleich aber die Reden der Gegner nur noch mehr beschneiden und abschwächen, als sie außerdem gethan hätte. In weiten Kreisen, und besonders bei der Leserklasse, für welche gerade Graf Bismarck durch die Verfassung der Druckfreiheit Sorge tragen wollte, wird sich die Vorstellung verbreiten, die Wahrheit über die Verhandlungen bekomme man gar nicht zu lesen, und die moralische Wirkung derselben dadurch wesentlich geschwächt, oder ganz aufgehoben werden. Der Schaden, den ein paar gröbliche Ausfälle etwa anrichten könnten, fällt hiegegen kaum in's Gewicht.

Dasselbe aber, was hier von der Verweigerung der Druckfreiheit, gilt auch von der überreizten Strenge, womit, auf dem ganzen übrigen Gebiet der politischen Zeitungspresse, die Mittel der administrativen und strafrechtlichen Gewalt gehandhabt werden. Es ist immer der nämliche Wurm, der, was die Presse in ihrer Behandlung angeht, der konservativen Anschauung im Leibe steckt, nämlich die totale Verkennung der eigenthümlichen Natur der moralischen Kräfte: daß man ihnen von Außen, durch bloße Gewalt, wenig oder gar nicht beikommen kann. Wenigstens nicht durch dasjenige Maß von Gewalt, das heute allein noch zulässig ist. Die konservative Praxis erreicht daher in der Regel das Gegentheil ihrer Absicht. Angenommen, sie wolle, wie dies ja von der heutigen preußischen im Allgemeinen gelten mag, durchaus nicht alle und jede Opposition, sondern nur die bösartige, staatsfeindliche unterdrücken, so bringt sie es mit allen ihren Maßregelungen doch stets nur dahin, daß an die Stelle eines offenen, mannhaften, derben, stellenweise leidenschaftlichen Ausdrucks eine versteckte, schleichende, heimtückische, hinterlistige Angriffsweise tritt. Welche Form aber, im Interesse des Staates selbst, im Interesse der politischen Moralität, vorzuziehen ist, liegt auf der Hand. Beispiele sind mißlich, wir können aber die schlagendsten dafür anführen, wie dies und jenes Blatt, dieser und jener Korrespondent die hämischen, giftigen, feindseligsten Dinge tagtäglich auftischt, ohne daß mit Preßgesetz und Preßpolizei Etwas dagegen zu machen ist — gar nicht zu reden von der Waffe des Schweigens und der Unterschlagung von Thatsachen und Aktenstücken, welche das Urtheil der Leser für die Regierung stimmen würden. Dafür, daß man diesen grundsätzlichen Gegnern Nichts anhaben kann, hält man sich dann schadlos durch Maßregelungen von in der Hauptsache freundlich gesinnten Blättern, wenn sich diese einmal durch ihr gutes Gewissen und ihren patriotischen Eifer zu einem nicht ganz vorsichtig abgemessenen Wort des Tadels hinreißen lassen. Oder man leitet Verfolgungen ein, wegen Abdrucks strafbarer Aeußerungen Dritter z. B. einer Rede Kuranda's oder eines Artikels des „Herald" — ein Verfahren, womit man es am Ende noch dahin bringen kann, daß die Tagblätter völlig aufhören, Quellen der Zeitgeschichte zu sein.

Die Ansicht von der Presse, an welcher die preußische Regierung heute noch festhält, ist ein Erbstück aus Preußens und Deutschlands Vergangenheit. So lange man der Nation keine wahrhafte Befriedigung bieten konnte, suchte man auch den Schein ihrer Schnsucht möglichst zu ersticken. Man durfte nicht hoffen, das Gift der auflösenden Tendenzen durch das Gegengift der Freiheit unwirksam zu machen, denn die besten Kräfte und Säfte verkümmerten in Unthätigkeit, oder verzehrten sich in innerer Gährung. Heute steht es aber anders; was keine Gewalt vermochte und jemals vermögen wird, nämlich die Gesinnung der Menschen zu verändern und zu gewinnen, zu gewinnen für hingebende Mitarbeit an der Aufgabe des Staats: große schöpferische Thaten haben es zu

*) Was freilich kaum zu bewerkstelligen sein wird, da dem Reichstag keine gesetzgeberische Befugniß zusteht: auf Abhülfe irgend einer Art aber sollte der Reichstag allerdings ernstlich bedacht sein, und wir zweifeln nicht, daß er dieselbe beschaffen kann, wenn er will. D. H.

Digitized by Google

Stande gebracht. Damit sind aber auch die Ueberlieferungen hinfällig geworden aus der Zeit, wo der Staat krank war und man ängstlich jede „Aufregung“ von ihm fernzuhalten suchte. (Die „aufregenden“ Wirkungen der Reichstagsberichte spielten noch eine Hauptrolle in der Bismarck'schen Rede.) Uebrigens, Graf Bismarck hat ja schon oft gezeigt, daß die Entwicklung seiner Ansichten noch nicht abgeschlossen ist; vielleicht überzeugt er sich demnächst auch davon, daß eine strenge Diät, die für die Presse des siechen und gebundnen Staates am Platze sein mochte, im gesunden und erstarkten vom Uebel ist.

Berliner Reichstagseindrücke.

X Die Verschiedenheit der Verhältnisse, unter welchen der Reichstag des Norddeutschen Bundes am 24. v. Mts. zu Berlin eröffnet worden, von denen der Zeit, wo die Nationalversammlung in Frankfurt zusammentrat, zeigte sich schon in der äußeren Erscheinung. Im weißen Saale des k. Schlosses war z. B. der schwarze Frack in entschiedener Minderheit.

Die Versammlung machte — das läßt sich nicht läugnen — einen glänzenden Eindruck. Der äußere Pomp vermochte jedoch für denjenigen, welcher zu Frankfurt im Jahre 1848 mitgetagt, den Mangel aller Begeisterung, ja fast jeder gehobenen Gefühlsstimmung, nicht zu ersetzen, wenn auch einige Stellen der Eröffnungsrede solche hervorzurufen schienen. Jedes Mitglied des Reichstags war offenbar von dem Gefühle durchdrungen, daß es sich um die nüchterne Behandlung geschäftlicher Fragen handelt und Viele empfanden gewiß, daß sie Thatsachen gegenüber stehen, die sie nicht geschaffen, ja vielleicht nicht ein Mal gewollt.

Dazu kann nun ein Gefühl der Unsicherheit, welches die Meisten und namentlich viele Mitglieder der liberalen Partei aus den neupreußischen Provinzen und den Bundesstaaten, weil sie sich plötzlich wie verwandelt, auf fremden Boden in eine Umgebung versetzt sehen, die ihnen in jeder Beziehung unbekannt war. Die unmittelbar auf die Wahl folgende Berufung hatte für die Meisten und namentlich für diejenigen, welche dem öffentlichen Leben bis dahin etwas ferner gestanden, jede vorherige Orientirung unmöglich gemacht.

Daher erklärt es sich denn auch, daß die conservativen Mitglieder des Hauses, zum größten Theile aus Altpreußen bestehend, sich leichter zusammenfanden, als die liberalen, deren Parteiorganisation langsamer und schwerfälliger vor sich ging, als dies sonst wohl der Fall gewesen. Die Büreauwahlen in den Abtheilungen liefern dafür den Beweis, da man aus ihnen eine größere Stärke der conservativen Parteien folgern konnte, als sich bei den späteren Präsidentenwahlen herausgestellt hat. Legen wir diese zum Grunde, so ergibt sich, daß die beiden conservativen Parteien (die der eigentlichen und die der sog. freien oder Liberal-Konservativen) und die beiden liberalen Parteien (die der National-Liberalen und die äußerste Linke) für jetzt fast gleich stark sind, wahrscheinlich aber die letztern doch in der That 10 bis 20 Stimmen mehr zählen. Von den dann übrig bleibenden ungefähr 50 Mitgliedern der bisherigen Gesammtzahl gehören 12 zu den Polen und der Rest zu den sog. Altliberalen und den Particularisten. Durch die Stimmen der ersteren ist der Herzog von Ujest zum ersten Vicepräsidenten gewählt, womit schließlich alle Parteien zufrieden zu sein scheinen. Die nationale darf auch ihrer Seits das Resultat der Präsidentenwahl als ein Hoffnung erweckendes anerkennen, da sie in Simson die Bestrebungen der Frankfurter Nationalversammlung und in Bennigsen die der neueren Zeit gewürdigt sieht. Daß daneben der Aristokratie durch die Wahl des Herzog von Ujest, welcher zu der liberal-conservativen Partei gehört und auf Grund eines ziemlich liberalen Programms gewählt sein soll, ein Compliment gemacht worden, welches auch weiter hinauf empfunden werden dürfte, scheint vom allgemein politischen Standpunkt durchaus zu billigen.

Die Gefahr einer Annahme des Verfassungsentwurfs im Bausch und Bogen, an welche die Heißsporne der Conservativen gedacht haben sollen, ist durch die Zusammensetzung des Reichstags vollständig beseitigt und wenn nun auf der andern Seite unter vermünftigen Politikern von einer Ablehnung desselben eben so wenig die Rede sein kann, so wird doch die Präsidialregierung in wesentliche Verbesserungen willigen und namentlich das Bewilligungsrecht des Reichstages in Bezug auf den Kriegs- und Marineetat im Principe anerkennen müssen, wenn sie die Zustimmung des Reichstages zu dem Verfassungswerke erhalten will. In so weit scheinen die liberalen Parteien auf die Unterstützung der sog. Altliberalen, ja vielleicht auch eines Theils der Liberal-Conservativen rechnen zu können.

Das sind natürlich nur Vermuthungen, welche noch mehr berechtigt sein würden, wenn die Abstimmungen der sog. Particularisten, welche bis dahin mehr durch Empfindungen als verständige Erwägungen geleitet scheinen, mit Sicherheit vorauszusagen wäre.

Die national-liberale Partei, der bis jetzt 69 Mitglieder beigetreten sind und noch 5 bis 10 voraussichtlich beitreten werden, hat sich unter das Präsidium von Bennigsen, Braun aus Wiesbaden und v. Unruh gestellt. Ihr bis dahin zwar nicht schriftlich, aber doch durch gegenseitige Uebereinstimmung festgestelltes Programm geht im Wesentlichen dahin, dem Reichstage mindestens diejenigen verfassungsmäßigen Rechte zu verschaffen, welche bisher den Einzelvertretungen, und namentlich der preußischen, zugestanden haben.

Parlamentsbriefe.

II.

W Berlin, 10. März. Man wird das Eine wenigstens dem Reichstag lassen müssen, daß er rasch arbeitet. Zwölf Tage haben ihm gereicht, um durch das Unkraut und Gestrüpp der Wahlprüfungen, Präsidentenwahlen und Geschäftsordnungsweisel sich seinen Weg zum Beginn der Berathung des Verfassungsentwurfs zu bahnen, und das will um so mehr etwas heißen, als von zwei Seiten der Versuch gemacht worden war, uns in lange und, wie immer, sehr unerquickliche Verhandlungen über die Geschäftsordnung zu verwickeln. Die kurze parlamentarische Vergangenheit unserer Nation genügte indeß bereits, uns über die erste Schwierigkeit hinwegzuhelfen. Der Ausweg, zunächst und bis auf Weiteres nach der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses zu verfahren, lag zu nahe, als daß er nicht hätte eingeschlagen werden sollen. Herr Haberkorn aus Zittau protestirte zwar dagegen und hat, als es dennoch mit großer Mehrheit beschlossen wurde, unseren Beschluß die erste preußische Gewaltthat genannt; die Versammlung war allerdings wirklich gewaltthätig genug, sich von den sächsischen und den andern Particularisten in dieser Frage keine Gewalt anthun zu lassen. Dieselbe Hartherzigkeit bewiesen wir übrigens, als von preußischer Seite Anträge auf Berathung zweier definitiver Geschäftsordnungs-Entwürfe gestellt wurden. Auch diesen Anträgen lag ein gutes Stück Particularismus zu Grund, denn sie bildeten den Versuch, auf dem Umweg durch den Reichstag Verbesserungen der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses im liberalen (Lasker) oder im conservativen (Graf Culenburg) Interesse durchzusetzen. Beide waren sorgfältig gearbeitet, recht umfangreiche Aktenstücke und ihre Berathung hätte dem Reichstag ein gutes Stück Zeit und Arbeit und Langeweile gekostet. Allein der Plan mußte schon deswegen mißlingen, weil beide Arbeiten eine Summe von praktischen Erfahrungen über die augenblicklichen Mängel der Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses voraussetzten, welche die große Mehrzahl des Hauses, der die zu verbessernde Geschäftsordnung selbst vollständig unbekannt war, eben nicht gemacht hatte. So blieb, um den bösen Vorwurf unpatriotischer Weitläufigkeit nicht auf sich zu laden, Nichts übrig, als beide Anträge wieder zurückzuziehen und dadurch die anfänglich nur provisorisch angenommene preußische Geschäfts-

Digitized by Google

ordnung bis auf Weiteres zur definitiven zu erklären. Und das war ohne Zweifel das Beste.

Der gleiche Ton ruhiger Besonnenheit wird, wenn mich nicht Alles täuscht, sehr wahrscheinlich durch die ganze Thätigkeit des Reichstags hindurch gehen. Der fest begrenzte Boden der gestellten Aufgabe hält eben die Parteien zu eng zusammen, um ihnen die volle Expansivkraft ihrer Gegensätze zu gestatten. Von Seiten der Polen wird allerdings ein Protest gegen die Einverleibung des „Großherzogthums Posen" — wie sie sagen — der „Provinz Posen" — wie wir Andern sagen — in den Norddeutschen Bund, als üblicher Schmerzensschrei, vorbereitet; auch soll von Seiten der hannoverschen Conservativen noch eine große Scene wegen der Annectirung Hannovers in Aussicht stehen. Beide Zwischenacte werden jedoch schwerlich die ruhige Entwickelung des ganzen parlamentarischen Drama's zu erschüttern im Stande sein. Es wird, ich wiederhole es, ein stiller, rasch verlaufender Reichstag werden, dessen schließliches Ergebniß: Annahme oder Ablehnung des Verfassungsentwurfs, viel weniger von dem Verhalten der Parteien gegen einander, als von dem Verhalten der Regierung gegen abändernde Beschlüsse der Mehrheit abhängen wird. Denn selbst die äußerste Rechte geht — wie ihr Führer Herr Wagener-Neustettin uns gestern sagte — nicht so weit, daß sie auf der völlig unveränderten Annahme des Entwurfs bestünde. Wenn das aber der Fall ist, so begegnen sich die gesammte Rechte, und das Centrum der Altliberalen mit uns, den National-Liberalen, viel zu sehr in dem entschiedenen Wunsch, das Verfassungswerk zu Stand zu bringen und andererseits sind die Freien Conservativen, das Centrum und Wir, die National-Liberalen, wieder der äußersten Linken in Bezug auf einige nothwendige Veränderungen der Verfassung zu nahestehend, als daß von dem Kampf der Parteien selbst eine ernstliche Gefährdung des gemeinsamen Werkes durch weit auseinander klaffende Beschlüsse zu erwarten wäre. Was aber von Ultramontanen und Particularisten zwischen den genannten Fractionen herum kreucht und fleucht, das wird voraussichtlich auf die letzte Entscheidung keinen Einfluß haben. Wie freilich die Regierung sich in letzter Instanz zu den Beschlüssen des Reichstags verhalten wird, darauf kann man billigerweise wohl erst dann eine Antwort verlangen, wenn wir selbst wissen, was der Reichstag beschließen wird, und das weiß hinsichtlich der beiden wichtigsten Fragen: verantwortliches Ministerium und volles Budgetrecht auch in Bezug auf Heer und Marine, bis jetzt wenigstens, noch kein Mensch.

Die immerhin bemerkenswerthe Thatsache der gegenseitigen Neutralisirung der Parteien kommt auch bei den Wahlprüfungen zur Erscheinung. Selbst die Wahl des lippischen Ministers von Oheimb, gegen welche arge und durch die Selbstvertheidigung des Herrn Ministers nicht eben abgeschwächte Thatsachen vorgeführt waren, wurde durch Unterstützung der Linken mit sehr großer Mehrheit genehmigt, und andererseits stimmte in eben so großer Zahl die Rechte — und mit ihr auch Prinz Friedrich Karl — für die Gültigkeit der Wahlen von Moritz Wiggers und von v. Baerst. Nur die Wahl des Dänen Ahlmann, gegen den von deutscher Seite die Anklage sehr weit gehender Bestechungsversuche erhoben worden ist, wurde vorgestern vorläufig beanstandet; sie wird aber wohl auch die einzige bleiben, der diese Auszeichnung zu Theil wird.

Ob der hier behauptete muthmaßliche Verlauf der Reichstags-Verhandlungen überall auf Anerkennung zu rechnen haben wird, muß ich dahin gestellt sein lassen. Wo wäre ein wichtiger Vorgang im öffentlichen Leben, der nicht seine Tadler gefunden hätte. Die Herren, welche der Mehrheit des Abgeordnetentages am Pfingstfest v. J. den Vorwurf der Feigheit und des Verrathes in's Gesicht schleuderten, werden es, unbekehrt wie sie sind, wohl auch jetzt an ehrenden Beiworten nicht fehlen lassen. Diese Herren indeß haben dafür auch ihre Rolle gründlich ausgespielt. Die Mehrheit der Bevölkerung dagegen wird, wie ich hoffe, den Thatsachen auch in Bezug auf die Haltung des Reichstages Rechnung tragen, wie sie dies gethan hat, als es sich um die Wahlen zum Reichstag handelte. Der Ernst der jüngsten Vergangenheit wie der politischen Gegenwart liegt, vielleicht unbewußt, aber mit all seiner Schwere auf uns, und das Schicksal Süddeutschlands fißt, wie ein ruheloses Gespenst, einem Jeden von uns auf dem Rücken. Wir sind darum nicht sentimental und wissen uns abzufinden mit den stummen Fragen, die uns dieser ruhelose Geist entgegenblickt; allein eine jubelvolle Stimmung paßt so unheimliche Nachbarschaft auch gerade nicht aufkommen. Dazu kommt, daß auch noch allerlei bedenkliche Schatten anderer Art hier und da an uns vorbei huschen. Ich meine die schlechtverhüllten Sondergelüste und die widerwilligen Mienen der erbosenen Verbündeten, die vor unseren Augen aufstiegen, wenn wir die Protocolle der Verhandlungen durchlesen, welche bei Berathung des Verfassungsentwurfes gepflogen worden sind. Da hat Meiningen dies und Coburg jenes Bedenken, da glaubt Darmstadt noch auf diesen und Mecklenburg noch auf jenem Verlangen bestehen zu müssen. Ein aufrichtiges Eingehen auf die Forderungen Preußens, ein festes unwiderrustliches freudiges Topp! ist fast nirgends wahrzunehmen. Ein Loslassen der Hand, die diesen Taubenschlag verschließt — und die schwer geeinigte Schaar flattert wieder hinaus in alle Winde. Darauf dürfen wir uns verlassen.

Sie erlassen mir es wohl heute, auf die Debatte schon des Nähern einzugehen, welche gestern begonnen hat. Im Widerspruch mit der Linken, welche von vornherein Berathung in einem oder in mehreren Ausschüssen wollte, haben wir, wie ich glaube mit Recht, es vorgezogen, die ganze Verfassungsvorlage alsbald zur Vorberathung im ganzen Haus zu bringen. Wir wissen dabei sehr wohl, daß wir dadurch der Berathung durch Ausschüsse nicht entgehen; allein wenn die 43 Redner, welche für und gegen den Entwurf eingeschrieben sind, ihrem Herzen Luft gemacht haben werden, dann wissen wir und weiß die Regierung jedenfalls, was nun jede der zahlreichen Fractionen will, und dann werden wir um so leichter zur Verständigung unter uns und mit der Regierung gelangen können. Die Linke freilich, die noch immer nicht zur förmlichen Constituirung gekommen ist, hatte vielleicht ihre guten Gründe für ihr Verlangen nach sofortiger Ausschußberathung, denn sie weiß, nach Allem was sich hören, selbst noch nicht recht, wie viel sie eigentlich fordern und wie weit sie gehen will. Nach dem, was Waldeck gestern vorbrachte, scheint sie auf constitutioneller Centralgewalt und vollem Budgetrecht zu bestehen. Hören wir indeß erst noch, was Schulze und was die sächsischen Radikalen, Wigard und Schaffrath, vorbringen werden. Weiter in der Erkenntniß der Lage der Dinge, als die Liberalen, sind dagegen im Laufe der letzten Woche die Altliberalen gekommen. Sie haben sich als die Fraction des Centrums constituirt mit ziemlich engem Compromiß-Programm. Ihr Führer heißt jedoch nicht Bincke-Hagen, sondern Bincke-Oldenburg. Georg von Bincke scheint Wilder bleiben zu wollen und Graf Schwerin ist, wie auch v. Sybel, zu uns, zu den Nationalen, übergetreten, so daß unsere Partei, als die stärkste von allen, bereits vorgestern 69 Mitglieder zählte.

Aus Preußen, 10. März. Alle Welt ist mit Recht darüber erstaunt, daß der verdiente Präsident des Abgeordnetenhauses, Hr. v. Forckenbeck, einer der hervorragendsten und populärsten Männer der liberalen Partei, im Reichstage fehlt, für dessen Präsidentenstuhl er voraussbestimmt war. In der That hat über ihm bei den Wahlen ein merkwürdiger Unstern gewaltet. Gerade wegen seiner Popularität und wegen seiner allgemein anerkannten Verdienste stellte man ihn überall auf den gefährlichsten Posten. So unterlag er in Mohrungen und in Elberfeld der Gnadenzigkeit der Herrenhäusler und der Lassallianer, und war dann wieder ein Sitz frei, so war er schon anderweitig gebunden, so daß seine Wahl nicht mit dem rechten Nachdruck betrieben oder gar nicht vorgeschlagen werden konnte. So früher in Oldenburg, so jetzt wieder in Stettin, Danzig und

Digitized by Google

Bielefeld-Wiedenbrück, die ihn sämmtlich vor allen anderen Kandidaten aufstellen würden, wenn er nicht, wegen seiner Zusage an Wollwirstadt-Neuhaldensleben, eine weitere Kandidatur abgelehnt hätte. Im letzteren Wahlkreise wird er aber, nach allen Nachrichten, morgen sicher gewählt werden, obwohl die Kreuzritter, nachdem der Kronprinz die Gegenkandidatur abgelehnt und selbst die Wahl Fordenbeck's, wie man sagt, empfohlen hat, ihm dennoch den Landrath Rathusius gegenüber gestellt haben, einen Mann von großem lokalen Einfluß, der das mystisch-romantische, pietistisch-feudale Kaygengeld des alten „Kunschauers" mit großem Eifer in die Scheidemünze eines s. g. „Volksblatts" umsetzt. —

Die Leichtigkeit, mit welcher der Reichstag — „ohne Engherzigkeit", wie die „Kölnische Zeitung" sagt — bei den Wahlprüfungen zu Werke geht, macht im Lande keinen günstigen Eindruck. Zwar über Hrn. v. Bincke, der mit dem Grafen Eulenburg und einigen Generalen seine „juristischen Bedenken" gegen die Wahlbarkeit von Moritz Wiggers nicht unterdrücken kann, wundert sich Niemand mehr; aber wie kann der Reichstag „aus Rücksicht auf den hochverdienten Veteran" (General Steinmetz) bei den Unregelmäßigkeiten seiner Wahl fünf gerade sein lassen? Und die sofortige Anerkennung der Wahl des Hrn. v. Oheimb, der die eidliche Vernehmung der „Denunzianten" d. h. der Protesterheber für ganz unmöglich hält, wird mit Recht als ein böses Präcedenz im Lande empfunden. Ich gehöre wahrhaftig nicht zu denen, welche den für uns ungünstigen Ausfall der Wahlen lediglich den amtlichen Beeinflußungen zuschreiben; was im Volksgeiste weht und schafft, das wird nicht hervorgerufen durch brutale oder gleißnerische, polizeiliche oder geistliche Vorspiegelungen. Aber die Achtlosigkeit, womit der Reichstag über die Lippe'schen Wahlumtriebe und ihre Vertheidigung durch den Lippe'schen Minister hinweggeing, muß doch die untergeordnetsten Werkzeuge der Bureaukratie, die zu solchen Dingen mißbraucht werden, geradezu ermuntern, sich auch fernerhin durch gleiche Machinationen die Zufriedenheit und den Dank ihrer Chefs zu verdienen. Noch unangenehmer fällt diese Nachsicht des Reichstages auf, wenn man das Verfahren des neuernannten Oberpräsidenten von Pommern, des sehr „zuverlässigen" früheren Regierungspräsidenten v. Münchhausen, mit ihr vergleicht. Dieser Herr hat vier Oberlehrer am Stralsunder Gymnasium, die einen Wahlaufruf zu Gunsten ihres langjährigen Abgeordneten, Hinrichs, unterzeichnet hatten, aufgefordert, sich darüber zu verantworten, wie sie „als Beamte und Jugendlehrer" einen Mann unterstützen können, der stets in „feindlicher Opposition" gegen die Regierung gestanden habe! Und das Alles trotz Indemnität und Anleihe, welche die Regierung als Pfand der Versöhnung forderte und erhielt — auch von Hrn. Hinrichs! Wahrhaftig, bei solchen Vorgängen, zu denen vor Allem auch die wirklich Erbitterung erregende, auf Beschluß des Obertribunals erfolgte Fortsetzung der Disciplinaruntersuchung gegen Twesten, wegen einer Rede im Abgeordnetenhause, gehört, kann man sich nicht mehr wundern, wenn die „Radikalen" ihre anfänglich sehr mißfällig vom Volke aufgenommenen Vota gegen Indemnität, Anleihe und dgl. jetzt schon, hie und da unter lautem Beifall, als Zeichen ihrer politischen Festigkeit und Umsicht, kraft deren sie sich nicht an der Nase führen lassen, rühmen können. —

Die Stadtverordneten-Versammlungen von Berlin und Breslau hatten beschlossen, den Abgeordneten dieser Städte zum Reichstage die für die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses üblichen Diäten aus der städtischen Kasse zu zahlen. Die Magistrate beider Städte versagten aber diesen Beschlüssen ihre Zustimmung, der Berliner (Bürgermeister Seydel), weil er überhaupt keinen Zusammenhang zwischen einer Reichstagswahl und einer Gemeinde-Angelegenheit zu entdecken vermag, der Breslauer, weil er, ohne die Möglichkeit des Zusammenhanges zu läugnen, doch „unter diesen Umständen" die Diäten-Bewilligung nicht für rathsam hält, ohne Gründe dafür anzuführen. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Diäten für den Reichstag tritt übrigens im Volke immer lebendiger hervor. —

Die stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstages erscheinen diesmal nicht auf dessen Anordnung und unter dessen Aufsicht, sondern in der Druckerei der „N. A. Z." ohne irgend welche Garantie für ihre wortgetreue Genauigkeit! An den bisher erschienenen farblosen Verhandlungen über die geschäftlichen Angelegenheiten wird natürlich nichts geändert sein; aber das bürgt nicht dafür, daß nicht später der unbekannten Redaktion und noch mehr den liberalen Zeitungen Strupel aufsteigen, so lange sie das Fanggarn des Preßgesetzes gegen sich aufgestellt sehen. Die „verhältnißmäßige" Erklärung der „Prov. Korr." beruhigt Niemanden, weil sie die Strafbarkeit der Berichte nur für so lange in Aussicht stellt, als die Aeußerungen der Redner keine „Ausschreitungen" enthalten, die über das vom Reichstage zu erwartende „billige Maaß" hinausgehen! Und über dieses „billige Maaß" urtheilen — dienstfertige Staatsanwälte, die Tag und Nacht der liberalen Presse auf den Dienst passen. Welche Sicherheit und was für eine Stellung für den Reichstag! Charakteristisch für unsere Preßzustände ist es, beiläufig gesagt, daß der „Sozial-Demokrat" in Berlin die Arbeiter direkt und unumwunden auffordern kann, gegen den Redakteur der „Reform", dessen Namen (Dr. Meyen) und Wohnung genau angegeben wurden, wegen einer Aeußerung über Lassalle, den „verstorbenen Meister", einfach Lynchjustiz zu üben, ohne daß die Staatsanwaltschaften Anstoß daran genommen hätten, die doch schon so oft den Paragraphen über Erregung von Haß und Verachtung unter den Bürgern gegen einander auf politische Angriffe gegen die Junkerpartei angewendet haben! Das ist eben — was Anderes! — In Hannover machte die Staatsanwaltschaft von der exceptionellen Lage des Landes, welches dem Regime der Verordnungen unterworfen ist, gegen den Appellationsgerichtsrath v. Leuthe in Celle Gebrauch, indem sie ihn wegen einer Aeußerung gegen die Verordnung v. 3. Dez. v. J., nach welcher der General-Gouverneur jeden Beamten „im Interesse des Dienstes" suspendiren kann, sofort nicht nur der Erregung von Haß und Verachtung gegen die Obrigkeit, sondern auch der Verletzung der Ehrerbietung gegen den König, den allein'gen Gesetzgeber, anklagte und 4 Monate Gefängniß nebst einem Jahr Verlust der Ehrenrechte gegen ihn beantragte. Indessen sprach ihn doch das Kammergericht von dieser Anklage frei und verurtheilte ihn nur wegen Beleidigung des General-Gouverneurs zu einer Geldstrafe. —

Die Nachricht, daß Preußen mit verschiedenen Kleinstaaten über besondere Militär-Conventionen verhandle, nach welchen dieselben blos 160 Thlr. pro Mann zahlen sollen, hat großes Aufsehen gemacht. Zwar ist sie widerrufen; aber ganz aus der Luft gegriffen scheint sie darum doch nicht zu sein und für gewisse Eventualitäten möchte sie doch später wieder auftauchen. Ist nun die Forderung von 225 Thlr. pro Mann höher, als sie zu sein braucht, oder soll das preußische Volk, statt der in Aussicht gestellten Erleichterung der Militärlast, auch künftighin, wie früher, für die Bundesgenossen mitzahlen? Freilich behaupten die Kleinstaaten um die Wette, daß eine solche Militärleistung sie, obgleich sie zum Theil reiche Länder sind, finanziell ruiniren würde; wenn sie aber für die Vertheidigung des Vaterlandes als nothwendig anerkannt wird, so würde daraus zunächst doch wohl folgen, daß eben diese Kleinstaaten auf den Luxus des für ihre Verhältnisse viel zu kostspieligen sonstigen Regierungsapparates verzichten müßten. —

Die Kreuzzeitung jammert sehr über den Mangel an Schutz für die Rechte der Standesherren in dem Verfassungs-Entwurf. Natürlich kommt ihr dabei nicht in den Sinn, daß diese Herren, wenn sie die Stellung englischer Peers gewinnen wollen, nicht mit dem Kleinadel zusammen für die Erhaltung unhaltbarer Vorrechte kämpfen und nicht kleinlich um Entschädigungen für dieselben in baarem Gelde feilschen dürfen, — und ich fürchte, daß die meisten Standesherren das bisher ebenfalls sich nicht klar gemacht haben.

Digitized by Google

Bisher haben sie es wenigstens immer alsd unerhört verschrieen, wenn sie irgend einen Brocken ihrer Standesherrlichkeit ohne baare Bezahlung verlieren sollten, und eine etwaige Neigung zur unentgeltlichen Verwaltung von Aemtern im Dienste des Landes haben sie bis dahin sorgfältig verborgen.

Man kann dem Grafen Bismarck im Allgemeinen nur Recht geben, wenn er bei der Vorlage des Verfassungs-Entwurfs behauptete, daß der „Ueberschuß an individuellem Selbstgefühl" des germanischen Volksstammes, in welchem der Partikularismus wurzelt, in der Vergangenheit das Haupthinderniß für die staatliche Einheit Deutschlands war; aber für die Gegenwart, und für den gegenwärtigen Reichstag zumal, liegt die Gefahr des Scheiterns nicht im Partikularismus. Die nationale Partei, die auch in der schlimmsten Zeit an der preußischen Führung festhielt, steht über solchem Verdacht. Sie würde gewiß das Scheitern des Werkes ebenso tief beklagen, wie Bismarck selbst; aber sie kann sich unmöglich dazu verstehen, so leicht, wie Hr. Dropsen und andere Altliberale, über den schweren Mangel konstitutioneller Befugnisse für den Reichstag in dem Verfassungs-Entwurf hinwegzugehen und den neuen Staat in eine ganz andere, höchst bedenkliche Richtung drängen zu lassen. Den Beweis, daß diese konstitutionellen Rechte den Staat in Gefahr brächten, kann Niemand führen, und wenn uns beim Nichtzustandekommen des Werkes Gefahr von außen droht, so kann die Regierung dieselbe am wirksamsten dadurch beschwören, daß sie dem Volke nicht — zum Danke für seine Großthaten — ein ganz unmotivirtes Opfer an verfassungsmäßigen politischen Rechten zumuthet. Das Programm der Nationalen, daß dem Reichstage mindestens die Rechte beigelegt werden müssen, welche dem preußischen Abgeordnetenhause durch die Verfassung garantirt sind, findet im Lande allgemeinen Anklang. Die Gefahr liegt darin, daß etwa Mattherzigkeit oder Vertrauensseligkeit der Regierung eine Majorität gegen dieses Programm verschaffte — und dadurch das Abgeordnetenhaus zwänge, eine solche Verfassung zu verwerfen. Dann stünde der Conflikt wieder in voller Blüthe — und durch wessen Schuld?! —

** **Aus Thüringen**, 6. März. Sie brachten neulich in dem Wochenblatt (Nr. 93) einen sehr zweck- und zeitgemäßen Artikel, „Particularismus und Geschichtskunde" überschrieben, worin eine Reform unseres Geschichtsunterrichts in der Volksschule empfohlen wird, als bestes Mittel gegen die partikularistische Gesinnung. Es ist das ein Punct, der meines Erachtens von der nationalen Partei noch zu wenig ins Auge gefaßt worden ist. Das kleine Dynastenthum hat es in dieser Hinsicht bester verstanden, sein Interesse zu wahren. Denn es hat den Partikularismus methodisch dem Volke eingeimpft, es hat — und darin muß ich allerdings dem Verfasser des obenerwähnten Artikels widersprechen — vor Allem die Zerspliterung des deutschen Volkes verschuldet. Von dieser Schuld ist das Dynastenthum nicht frei zu sprechen. Zum Beweis dafür, wie diese methodische Einimpfung des engherzigsten Partikularismus noch in der neusten Zeit betrieben wurde, will ich Ihnen nur ein Beispiel anführen. Zu den kleinsten deutschen Staaten gehören die Fürstenthümer Reuß, Aelterer und jüngerer Linie. Das Erstere hat 43,000 Einwohner, das Letztere 87,000 Einwohner. Beide haben zusammen 21 Q. M. Die ein solches Ländchen, ein so kleines Gemeinwesen eine Geschichte haben soll, welche nur irgendwie von allgemeinerem Interesse, das wird sich Jeder verwundert fragen. Insofern, der Partikularismus hat eine solche Geschichte fertig gebracht. Im Anfang der sechziger Jahre, als die Erstarkungen des deutschen Nationalvereins, die gerade in den thüringischen Ländern einen großen Anhang gefunden, dem Kleinfürstenthum Sorge zu machen anfingen, wurde, auf Anordnung des Erbprinzen von Reuß j. L., für die Volksschulen eine „kurzgefaßte Geschichte des Reußenlandes" geschrieben, deren Verfasser ein in Gera lebender Hofbibliothekar Namens Hahn ist. Wenn der Mann seinen Zweck nicht erfüllt hat: den jungen Reußenländern die engere Heimath lieb und sie auf ihre russische Geschichte stolz zu machen, so ist dies nicht seine Schuld. Er hat gethan, was er thun konnte. Die Ersten, jetzt Fürsten Reuß führen bekanntlich sämmtlich den Namen Heinrich. Die Dynastie hat sich vor Jahren durch eine große Fruchtbarkeit ausgezeichnet und zur Vermeidung von Verwechslung war es von frühster Zeit an Brauch bei dieser Familie, die einzelnen Mitglieder durch römische Ziffern zu bezeichnen. So haben wir in diesem Jahrhundert, — die Zählung begann in jedem Jahrhundert von Neummer 1 an — sogar einen Heinrich LXXII, sage zweiundsiebenzigsten, etcbt. Diese Heinriche, welche in den vergangenen Jahrhunderten über das Reußenland regiert haben — ich habe deren gegen hundert und dreißig gezählt, kann ging mir der Athem aus — Regenten die eigentlich nur Rittergutsbesitzer waren, da die 21 Quadrat-Meilen früher unter 6—7 Linien getheilt waren — führt der Hofbibliothekar gewissenhaft auf. Er vergißt keinen Einzigen — zur Qual der armen Kinder, die in den Volksschulen diese endlosen Reihen von Heinrichen sich merken sollen. Wie gesagt, wir bezweifeln, daß dadurch die Anhänglichkeit an das preußische „Vaterland" gefördert werden ist, wir glauben vielmehr, daß die Resultate dieses russischen Geschichtsunterrichts ganz dieselben sein werden, die sie bei Osterne (s. dessen Pariser Briefe) waren; allein man sieht doch daran, daß der Partikularismus die Sache methodisch betrieb. Hätte der Particularismus auf seiner Seite geschickere Federn, greifvollere Verbindungen gehabt, wäre das Kleinfürstenthum nicht so recht eigentlich die Pflanzschule der Mittelmäßigkeiten gewesen, die ihm selbst freilich auch nur höchst mittelmäßige Kämpfer lieferten: unsere Sache Kinde heute noch schlimmer. Zum Glücke gehören aber überall in Deutschland die leidenschaftlichen Gegner der nationalen Partei an, mit wenigen verschwindenden Renegaten-Ausnahmen.

+ **Wiesbaden**, 2. März. Die Herren, welche hermalen die Verwaltung in dem ehemaligen Herzogthum Nassau führen, der an die Spitze der Königlichen Landes-Regierung berufene Hofgerichtsrath Diehl und der zum Cultusministerium für Nassau berufene juristische Landrath von Dietz, scheinen die Lorbeeren zu beneiden, welche Werren und Schepp einst gepflückt; in Maßregelung der Presse wenigstens ist in den besten Zeiten des Regimentes von Schepp und Werren nicht gewaltsamer, rücksichtsloser und willkürlicher verfahren worden, als hermalen gegen die Mittelrheinische Zeitung.

Bei dem Ihnen am 19. Februar d. J. (f. N. 93 des Wochenblatts) gemeldeten, die jetzt unverschränkten Verfassen gegen die Mittelrheinische Zeitung ist es nicht geblieben. Die Mittelrheinische Zeitung hat jetzt in aller Form eine Verwarnung erhalten, um dem Absatzen ist zu seiner Rechtfertigung das nachfolgende Rescript der Kgl. Landes-Regierung vom 25. Februar d. J. in Abschrift zugestellt worden:

An Königl. Polizeidirektion dahier, zur Abgabe an den Redacteur Dr. Graf.

„In Uebereinstimmung mit der Königl. Administration für Nassau findet unterzeichnete Behörde es für angemessen, über die Gründe der unterm heutigen verfügten Verwarnung der von Ihnen redigirten Mittelrheinischen Zeitung, mit Beziehung auf das ehrerbietigst in vollem Universitätsstyle mit der Königlichen Administration erlassene Rescript vom 13. d. M., Nachstehendes zu eröffnen."

„Wenn die Regierung von ihr unzweifelhaft zustehenden Mitteln der administrativen Einschreitung gegen der in gedachtem Blatte fortwährend gegen die gerichteten Angriffe, ohne Rücksicht auf die in früherer Zeit der Mittelrheinischen Zeitung ertheilt gewesenen und noch nicht zurückgenommenen Verwarnungen, das mildeste wählte und nicht einmal sofort eine abermalige formelle Verwarnung verfügte, sondern dem Redakteur eine Rechtfertigung gestattete und eventuell die Frage stellen ließ, ob das Königliche erwartet werden dürfte, daß Maßregeln der Administrativbehörden nicht mehr in gehässiger, aufregender, auf Erregung von Verdacht und Mißtrauen abzielender Weise, sondern in einem anständig gehaltenen Tone etwaiger Kritiken besprochen werden würden, so glaubte sie sich berechtigt, auf Anerkennung ihrer schonenden Handlungsweise rechnen zu dürfen."

„Sie haben Sich in die Auffassung dieser wohlwollenden Absicht nicht gefunden, sondern sowohl in Ihrer amtlich abgegebenen Erklärung, wie in dem nächstdem über den Gegenstand veröffentlichten Artikel einen provocirenden und verletzenden Ton angeschlagen, das Gesetz der Regierung als ungerecht und gesetzwidrig darzustellen, sowie das Publikum zu einer irrigen Auffassung des Gesetzes zu bestimmen gesucht."

„Dieser Verfahren, welches die Autorität der Behörden verletzt und diese von den gesetzlichen Mitteln zu gehen bestrebt, ist nicht zu dulden vielmehr muß dagegen mit den gesetzlichen Mitteln vorgeschritten werden."

„Wenn dennoch auch jetzt noch der mildeste Weg eingeschlagen, nämlich eine erste Verwarnung ertheilt wird, so soll nicht unbemerkt bleiben, daß die Verwarnung gegen eine etwa erneuert werdende weitere Kritik ihrer Handlungen nicht bedeutungslos sein, weshalb in der letzten Zeit ausgeübt worden und des Näheren bezeichnet worden ist, mit den ihr gesetzlich zustehenden Mitteln auf das Nachdrücklichste vorgehen wird."

Wiesbaden, den 25. Februar 1867.

Königliche Regierung.
Im Auftrag.
gez. Dirbl.

Die Artikel, welche der Mittelrheinischen Zeitung so ganz plötzlich die große Ungnade der hohen Landesregierung zugezogen haben sollen, betreffen den Bürgermeister von Lenzbahn, den Bürgermeister einer Gemeinde von nur 15 Gemeindebürgern. Die Gemeinde will diesen Bürgermeister entfernt haben, die Regierung aber will denselben nicht entlassen, weil er früher unter Schepp-Werren gute Dienste geleistet hat, und weil man meint, seine passive Aufkehrität sei geschehen, wenn man dem berechtigten Willen der Gemeindeväter nachgebe.

Die Artikel der Mittelrheinischen behandeln diese Bürgermeisterangelegenheit in durchaus objectiver und anständiger Weise, zeigen, daß das von der Regierung eingeholten Gutachten des betreffenden Gerichtes widersprache und bezeichnen dasselbe mit dem rechten Namen als ungeheuerlich.

Die Landesregierung hat auf den ersten dieser Artikel in Nr. 28 der Mittelrheinischen Zeitung eine offizielle Entgegnung eingeschickt, welche in Nr. 33 der Mittelrheinischen Zeitung abgedruckt war; in dieser offiziellen Entgegnung hat die Landesregierung kein Wort darüber gefügt, daß jener Art. in Nr. 28 der Zeitung „anständig", „ungerwissen" oder „gehässig" und „Verdacht und Mißtrauen" erweckend sei — das Alles ist der Regierung nicht eingefallen, als sie den Redacteur der Zeitung „konstituiren" und die Zeitung verwarnen wollte.

Digitized by Google

Der Bürgermeister von Fernyhaugh scheint deshalb gar nicht die eigentliche Ursache des Sturzes der Herren Diehl und von Dies gewesen zu sein, sondern er hat nur herhalten müssen, weil man den eigentlichen Grund der Maßregelung nicht angeben konnte, oder wollte. Der Zorn gegen die Mittelfränkische Zeitung muß sehr groß sein, denn man war mit der Verwarnung des Redacteurs nicht zufrieden, sondern auch die Eigenthümerin der Zeitung, eine Frau, deren Existenz abhängt von dem Bestehen des Blattes, wurde auf die Königl. Polizeidirection beschieden und ihr von dem Polizeidirector eröffnet, daß ihre Zeitung in „unanständiger", „gehässiger", „verdächtiger" Weise redigirt werde, und daß dieselbe unterdrückt werden würde, wenn sie nicht sorge, daß in der Folge nur in dem von der Polizei vorgeschriebenen Tone geschrieben werde.

Das nennt die Königliche Landes-Regierung wohl anständig und würdig!

Nach der preußischen Verfassung können Pressvergehen nur durch die Gerichte bestraft werden; man will und muß in Bayern nicht fühlen lassen, daß der Bundesverfassungseid bei uns 1864 durch unsere Regierung uns octroyirt worden ward.

Das einzige Ziel.

A. C. Erlangen, 7. März. Die in München erschienenen „Betrachtungen eines Großdeutschen über den Ausschluß Süddeutschlands aus dem Norddeutschen Bunde" erklären sich gegen diesen Ausschluß und treten gegen eine Allianz mit Preußen im Sinne des Hohenlohe'schen Programmes. Der Verfasser zeichnet den süddeutschen Staaten, und Bayern insbesondere, eine andere Politik vor. „Ein enger Bund Oesterreichs, des Norddeutschen Bundes als solchen, und der süddeutschen Staaten unter gegenseitiger Garantie der Territorialbesitzstände und unter Feststellung gewisser, was jeder Theil im Kriegsfalle zu leisten hat" — dieß ist, nach der Ansicht unseres Großdeutschen, die richtige Lösung des Problemes und diese bedeutsamen Worte ist in erster Linie die Aufgabe Bayerns. Wir lassen unterschrieben, ob ein solcher Plan Russisch hätte, in Wien und Berlin Anklang zu finden; denn wir hoffen zunächst, daß die bayerische Regierung sich hüten wird, seine Vertretung zu übernehmen.

Wäre der bayerische Staat, wie Dänemark, Portugal, Holland, in gewissem Sinn auch die Schweiz, neutral Belgien, die politische Verfassung einer kleinen selbständigen Nationalität, so hätte er, der Außenwelt gegenüber, kein höheres Interesse und keine höhere Pflicht, als die Bewahrung seiner Unabhängigkeit. Seine Staatsmänner dürften in diesem Falle glauben, das Ihrige getan zu haben, wenn sie durch den Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses mit zwei Großmächten und den benachbarten Mittelstaaten dem Lande die Möglichkeit gesichert hätten, sich ruhig seiner innern Entwicklung hinzugeben. Aber der bayerische Staat kann mit jenen anderen nicht verglichen werden, weil er kein in sich abgeschlossener politischer Körper ist; er steht in der Mitte zwischen unseren Interessen im Ganzen, an dessen Größe er theilnimmt, als Glied angehört, und steht unter ihnen, insofern er mit die volle Selbständigkeit eines abgeschlossenen Staatswesens seinen Anspruch zu machen hat. Wir verlangen von den Bürgern eines deutschen Staates und von den Lenkern seiner Politik, daß ihr erster Gedanke Deutschland und ihr zweiter der bayerische Staat sei; in diesem Verlangen liegt der Gegensatz der nahenden zur partikularistischen Richtung.

Eine nationale Politik sieht sich das Ziel, die zersplitterte Kraft der Nation zur vollen Wirksamkeit nach innen und nach außen zusammenzufassen; sie erkennt in dem isolirten Einzelstaat nur einen dürftigen Bruchtheil des Ganzen, unfähig die höchsten Aufgaben der Nation zu lösen und deshalb verpflichtet, unablässig nach der engsten Verbindung mit den übrigen Gliedern, nach dem Anschluß an einen politischen Organismus zu streben, in welchem sich die Kraft der Gesammtheit wirksam erweisen kann. Der Plan einer oranisch-österreichisch-süddeutschen Allianz verlangsamt, indem er den isolirten Fortbestand der süddeutschen Staaten voraussetzt, diese Aufgabe vollständig. Er kann keine andere Bestimmung haben, als die, den liberalen deutschen Staaten ihre Unabhängigkeit nach außen und dadurch ihre ungestörte innere Entwicklung zu gewährleisten. Es wäre in der That dare Überheit, Angesichts der Ereignisse von 1866 auf den Gedanken einer Staatsrechtlichen Einigung zwischen Preußen und Oesterreich, einer gemeinsamen Parlamentsacte, einer gemeinsamen Leitung der deutschen Angelegenheiten durch die beiden Mächte, zurückzukommen. Das einzige praktische Denkbare ist ein Defensivbündniß, wie unser Verfasser es will, eine „gegenseitige Garantie des Territorialbestandes". Damit aber wäre der politische Aufgabe der süddeutschen Staaten um ein keines Schritt gefördert; über eigentliche Verbindung mit dem übrigen Deutschland wird auf diesem Wege nicht vorgegangen; sie bleiben der nationalen Gemeinschaft entfremdet, am welcher Knoten zu nehmen ihre höchste Pflicht und ihr höchstes Recht ist. Der deutsche Staat, der nicht Bestehen erstrebt, als das Erschwingen der Mittel zu feindlichen Angriffe, ist nicht werth zu existiren und wird, je ausschließlicher die Sorge für Bewahrung seiner Unabhängigkeit ihn beschäftigt, um so sicherer, über kurz oder lang, zugrunde untergehen.

Deutlich ist das Maines bestehe ein Bund von dreißig Millionen Deutschen; zu ihm gehören wir; die unnatürliche Grenze zu beseitigen, die uns von ihm trennt, muß das Ziel unserer Politik sein. Jedermann weiß, wie unvollkommen dieser Bund, in seiner heutigen Gestalt, die gerechten Ansprüche der Nation erfüllt; aber diese vergessen, daß seine Unvollkommenheit zum großen Theil unsre eigene Schuld ist: die Schuld des hartnäckigen Widerstanden, den wir lange Jahre hindurch den deutschen Einheitsbestrebungen entgegengesetzt haben. Hätte Bayern zu rechter Zeit die Verständigung mit Preußen gesucht, der Einheit die Opfer gebracht, welche sie forderte, und der Freiheit die Bürgschaften geschient, deren sie bedarf, so könnte Deutschland heute mit größerer Befriedigung in den neuen Bau seiner staatlichen Ordnung eintreten. Wir müssen es hinnehmen, daß sich in dem jetzigen Zustande die Sünden unserer eigenen Vergangenheit spiegeln; vergeblich aber würden wir den Nachwirkungen vergangener Sünden dadurch auszuweichen suchen, daß wir dieselben zum zweitenmale begehen und uns vor den Pflichten der Gegenwart abermals in die eitlen Träume eines sich selbst genügenden bayerischen Nationals und Staatsbewußtseins zurückziehen.

Literatur.

Staatengeschichte der neuesten Zeit. Elfter Band. Geschichte der Türkei von Dr. G. Rosen.

Die orientalische Frage dringt sich, über alle Erwartungen der Diplomatie hinweg, unaufhaltsam auf uns zu. Gegenwärtig sind wir noch, um bemächtigt, aller Wahrscheinlichkeit nach, auf den Schlachtfeldern entschieden zu werden. Das Wie dieser Entscheidung ist, der Hauptsache nach, von vornherein Niemanden mehr zweifelhaft, insofern wenigstens, als alle Welt überzeugt ist, daß die dauerhafte Lage Pforte durch die devorstehende Erschütterung in Boden getilgt werden wird. Sie ist es denn in der That, das politisch-historische Inventarium der Türkei aufzunehmen, deren Erbschaft demnächst fällig werden soll, und das vorliegende Buch konnte sich demnach in seinem günstigsten Augenblick dem allgemeinen Interesse des Publikums darbieten.

Der Verfasser schreibt aus der Mitte der Menschen und Zustände heraus, deren Geschichte während des letzten Menschenalters er darzustellen übernommen. Seit langen Jahren, Anfangs in Constantinopel, dann in Jerusalem als diplomatischer Beamter der preußischen Regierung thätig, mit vielen bedeutenden Männern der Türkei persönlich bekannt, damit das preußische Staatsarchiv in Besitz eines werthvollen Materials gesetzt, befindet er sich in der Lage, seinen Stoff in einem, bei der schwierigen Natur desselben ungewöhnlichen Grade zu beherrschen, ein Vortheil, welcher, wie beiden Bewegung beweist, der Herren Rosen an den rechten Mann gekommen ist, an einen Mann von Gewissenhaftigkeit, Unparteilichkeit und sicherm Urtheil. Der Verfasser ist kein Freund der Türken, aber er will ihnen gerecht werden, und wird ihnen gerecht, auch der europäischen Politik gegenüber, die er vielfachen Verschuldungen gegen die Pforte anklagt, wie zum Beispiel im Fall der Schlacht bei Navarino, deren Schuld man hinlenkrein durch die unwahre Behauptung, daß der erste Angriff von Ibrahim Pascha ausgegangen sei, von sich abzuwälzen versucht hat. Herr Rosen soll der Einsicht und der Thatkraft, mit welcher die türkischen Reformen unternommen und theilweise durchgeführt sind, seinen Beifall zu sein ist überzeugt, daß ohne diese Versuche das osmanische Reich bereits zu Grunde gegangen sein würde, aber er glaubt nicht, daß die Türkei dadurch auf die Dauer lebensfähig geworden sei. Dem Staate überhaupt, sagt er, kann man die beste Verfassung und die esorenste Reform nicht geben helfen wollen, sondern nur „durch die im Herze der Gesammtheit aufgehende Gesinnung der Bürger", eine Gesinnung, die er, mit zwei oder drei Ausnahmen, in der Türkei weder bei der Regierung noch bei den Regierten angetroffen. „Freilich, sagt er mit schneidender Ironie hinzu, erscheint sich meine Erfahrung mit den Thatsachen der Weltgeschichte." Bleibetet, könnte er hinzufügen, wird diesem Mangel an Staatssinn und patriotischer Selbstverleugnung durch das „Jungtürkenthum" abgeholfen werden, an dessen Spitze sich ein ägyptischer Prinz gestellt hat und von welchem der Welt Wunderdinge versprochen werden, die Niemand glauben können.

Der Verfasser beginnt seine Geschichtserzählung mit der Verleitung der Janitscharen durch Sultan Mahmud II. im Jahr 1826, als dem Ereignisse, welches nach seiner Auffassung, den Abschnitt bildet, mit welchem die „neueste Zeit" für die Türkei anfängt. Durch eine Reihe von Militär-Revolutionen hindurch und über die Leichen zweier erwordeten Vorgänger hinweg war Mahmud auf den Thron gelangt — der letzte überlebende Sproß von dem geheiligten Stamme Osmans und in dieser Eigenschaft, als der einzige Träger der Geschicke des Reiches, durch Abteilungen und hartgesottenen Interesse des Volkes gegen Aufruhr, Gift und Dolch sichere gestellt, als kriegserfahrener Herrscher. Gleichwohl und obschon er den Gedanken einer gründlichen Umgestaltung der Verhältnisse des Staats, unter dem Eindrucke früher Erfahrungen, von Jugend auf in sich getragen, vergingen die ersten achtzehn Jahre seiner Regierung, ehe er es gewagt hatte, die Versuche zu erneuern, welche seinem Vetter und Gönnungsgenossen, dem Sultan Selim III., Thron und Leben gekostet hatten. Denn die Reform mußte nothwendiger Weise bei der mächtigsten und gefürchtetsten Körperschaft des Reichs beginnen, bei den Janitscharen, bei dem Volke selbst als die echten Vertreterin der alten Zustände galten und deren Opposition gegen alle Neuerungen eben deshalb fast unbezwinglich schien.

Zum Glück für die Pläne Mahmuds erlitt die Popularität der Janitscharen in der ersten Hälfte seiner Regierungszeit schwere Stöße. Freilich, auf Kosten des Reichs. In den Jahren 1806 bis 1812 schaltete sie mit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts sich bud erste aller stehenden Heere geschaffen, welchem sie die militärische Ueberlegenheit über das christliche Abendland verdankten, so lange dieses auf den formlosen und unzweckmäßigen Lehnsdienst angewiesen war. Auch nachdem das Janitscharenwesen im Laufe der Zeit durch Verwöhnung und Entschlossigkeit in Verfall gerathen war, während die europäischen Heereseinrichtungen sich fortwährend verbesserten, blieb ihm die Volksgunst noch treu, bis der gewaltige Aufstand diesen Verfall, zu Schimpf und Schaden des Reichs, aller Welt einleuchtend machte. Die Erfolglosigkeit des Kampfes gegen ein Handvoll Aufrührer, verachteter Rayahs, brachte den Entschluß Mahmuds, Hand an die Militärreform zu legen, zur Reife und erzeugte zugleich im türkischen Volke eine Stimmung, welche den Erfolg dieses Unternehmens begünstigte. Der Sultan begann mit der Errichtung eines neuen Heerkörpers nach eu-

Digitized by Google

ropäischen Cabinette, nachdem er den Ago und die sämmtlichen Obersten der Janitscharen und eben so den Mufti und die Ulemas in der Stille auf seine Seite gebracht hatte. Obgleich von ihren Offizieren im Stiche gelassen, machten die Janitscharen demnach Anstalten zum äußersten Widerstande gegen die Neuerung, von welcher sie fühlten, daß sie ihnen das Leben griff. Mahmud stürzte den Geist der Empörung planmäßig. Als die Zeit zum Ausbruche kam, wurden die zu ihrer Bekämpfung mit Umsicht vorbereiteten Mittel mit furchtbarer Energie und mit vollständigem Erfolge gebandhabt. Der Schlag gelang aber nur, weil das Volk in Konstantinopel zu der Regierung hielt, statt, wie in allen früheren Fällen dieser Art, mit den Janitscharen gemeinschaftliche Sache zu machen. Gedenken der verstorbenen Sultanin in Konstantinopel auf dem Kampfplatze. Maßenhafte Hinrichtungen von Schuldigen oder Verdächtigen in der Hauptstadt und in den Provinzen vollendeten und befestigten den Erfolg des barbarischen Staatsstreichs. Zwar blieb eine gehäffige Reaction des Volksgeistes nicht aus, aber sie wurde mit eiserner Faust gedämpft. Von besonderer Wichtigkeit war dabei die öffentliche Ankündigung Mahmuds, daß er eine geheime Polizei von Männern und Weibern aufgestellt habe, vor der kein noch so leise geflüstertes Wort sicher sei. Jahrzehnte lang wurde selbst der Name der Janitscharen in Konstantinopel nicht mehr genannt.

Den türkischen Staat auf europäischen Fuß zu setzen wurde von jetzt an die Haupt-Lebensaufgabe Mahmuds, die jedoch in den letzten Jahren seiner Regierung gegen das leidenschaftliche Bestreben, den aufrührerischen Pascha von Aegypten zu bemüthigen, zu den Hintergrund trat. Alle der Sultan jene Aufgabe nur von der Außenseite anfaßte und anfassen konnte, so gewann er auch mit dem besten Willen und der größten Thatkraft nutzlos nur den Schein und nicht das Wesen des Erfolgs. Indem er selbst die Trunksucht als eine Zugabe der abendländischen Kultur gelten ließ und durch seinen Beifall sein Beispiel förderte, legte er einen neuen Keim des sittlichen Verderbens in das alte Türkenthum, das durch seine Reformen ohnehin zerfetzt und untergraben wurde. Durch maßlose Ausschweifungen bereitete er sich selbst ein frühes Ende und einen vorzeitigen Tod. Er sollte es indessen noch erleben, wiewohl nicht mehr erfahren, daß der große Plan seiner auswärtigen Politik, die Unterwerfung Mahmud Ali's, kläglich zu Schanden wurde. Bei Nisib erlitt das türkische Heer am 25. Juni 1839 unter dem Serasskier, welcher für die Ratschläge der preußischen Offiziere seines Generalstabs, — und Moltke war dabei — laut gewesen war, die große Niederlage, welche Kleinasien nach Konstantinopel selbst den Pascha von Aegypten preisgab. Am 30. Juni starb Mahmud, drever die Schreckensbotschaft von Nisib Konstantinopel erreicht hatte. Der befürchtete Volksaufstand, zur Rache für den Janitscharenmord, für den Abfall der allgläubigen Türkenthum, für die ganze Schreckensherrschaft Mahmud's und seines Beziers, des unbarmherzigen Chosrew Pascha, blieb aus. Das Volk trauerte vielmehr dem Sultan nach, in welchem es, trotz alledem und allebem, den groß angelegten Herrscher gerade erkannt oder doch geahnt hatte. „Wie Kaiser Joseph II. war Mahmud Sultan", sagt unser Berfasser, so lebt er, ein Vierteljahrhundert nach seinem Tode, noch mit zahllosen Anekdoten im Volksmunde, während ein Lustrum genügt hat, seinen Sohn und Nachfolger, Abdulmedschid, in verdienter Vergessenheit zu begraben." Sein Werk, sagt er hinzu, lebt weiter und wird weiter leben, so lange es ein türkisches Reich gibt. Er ist der Begründer eines neuen Zeit für die Türkei, wie es Peter der Große, mit dem er sich gern verglich, und mit dem er in der That auffallende Aehnlichkeit hat, für Rußland gewesen ist. Wenn die Erfolge leider sehr verschieden waren, so liegt die Ursache davon weit mehr in den Umständen als in den Personlichkeiten.

So weit der erste Band des Reisen'schen Buchs, dessen Fortsetzung die Geschichte der Türkei bis zur Beendigung des Krimmkriegs durch den Pariser Frieden von 1856 führen wird.

Zeitungsschau.

Die N. Pr. Ztg. vermißt in dem Bundesverfassungs-Entwurf den Schutz für die „Rechte der Standesherren." Sie meint: „Glaubt man die Standesherrschaft der Standesherren nicht mehr ertragen zu können, wir wissen freilich nicht, wemit man solchen Glauben rechtfertigen will — und soll kein Schutz mehr gewährt werden, so möge man es lieber offen aussprechen und die Aufhebung der standesherrlichen Rechte im gegebenen Wege herbeizuführen suchen. . . . Und die verschiedenen Stimmen, welche die Herstellung eines Oberhauses für den Norddeutschen Bund verlangen, haben auch vor Allem in den mediatisirten Häusern ein werthvolles und unersetzbares Material für solchen Bau zu finden gehofft, und in dieser Beziehung so viel wir wissen, nirgends Widerspruch erfahren" Die Köln. Ztg. bemerkt dazu: Die N. Pr. Ztg. wird einen Unterschied machen müssen, zwischen geldwerthen Exemtionen rc. und politischer Vorrechte. Um der letzteren Willen und würdig zu werden, muß man vorher auf die ersteren vollständig verzichten. Auch wir glauben, daß die Standesherren gerade jetzt vor einer wichtigen Entscheidung stehen. Verzicht auf alle alten privatrechtlichen Vortheile und Vorrechte gegen eine politische Vorschuß, oder — Kampf für die unhaltbaren Vorrechte und dann — Untergang mit dem feudalen Kleinadel. Es gilt, zu wählen!"

Der Stuttgarter „Beobachter" liefert mit folgenden Worten ein gelungenes Selbstporträt: „Deutschland ist das Land, wo einer jahrelang politischen Unverstand treiben kann, und er gilt immerfort als politischer Führer, wenn er nur soviel Sinn hat, sich als solcher aufzuspielen."

— Ueber den gegenwärtigen Stand der immer dreunender werdenden orientalischen Frage bringt die N. A. Z. folgende Mittheilungen.

„Die Widersprüche, in denen sich alle Mittheilungen aus dem Orient seit Beginn des kantonistischen Revolutionstriebes bewegten, werden um so zahlreicher und verwirrender, je weiter die orientalische Frage in ihrer Entwicklung fortschreitet. Am Sonnabend wurde bekanntlich telegraphisch gemeldet, daß Rußland im Einverständniß mit den übrigen Großmächten bei der Pforte auf unverweilte Reformen gedrungen habe; 24 Stunden später wurde aus Konstantinopel telegraphirt, daß die Pforte den Hatt-Humayum aufzuheben Willens sei, weitere Konzessionen an die Rajahs jedoch verweigere, welche Mittheilung allem Anschein nach die türkische Antwort auf die vorerwähnte russische Proposition enthielt. Nun veröffentlicht aber das Wiener Blatt, die „Debatte", ein augenscheinlich offizielles Communique, in welchem behauptet wird, daß man in den diplomatischen Kreisen Wiens dem Inhalt der vorerwähnten Telegramm jede Authentizität bestreite, indem dessen Inhalt mit der wirklichen Sachlage im entschiedenen Widerspruch stehe. Pariser Blätter hingegen, namentlich die „Patrie", erklären die Nachricht, es sei eine Verständigung zwischen den Großmächten Rußland, Frankreich und England erzielt und der russische Gesandte sei in Konstantinopel mit der Ueberreichung dieser Ultimate angetreten, sie vollkommen genau und fügen bei, daß hierdurch alle den muthgeleiten Gerüchte der letzten Tage zum Schweigen gebracht würden. Man muß also entweder in Wien oder in Paris über den augenblicklichen Stand der orientalischen Frage ungenau unterrichtet sein. Es ist trotz der Fülle von über diese Angelegenheit vorliegenden Materials vorderhand geradezu unmöglich, sich für die Richtigkeit der einen oder der andern Version auszusprechen, doch scheint es der Erkundigung wegen nicht überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß in französischen Blättern, denen verläßliche Quellen zu Gebote stehen, die Nachricht von einer Verständigung der griechischen Schismatiker bereits seit einigen Tagen kolportirt wird. Was übrigens die Stellung Englands in dieser Entente betrifft, so wären die am Sonnabend telegraphirten Aeußerungen des Lord Derby im Oberhause nicht besonders geeignet, an den unbedingten Anschluß Englands an eine auf die Türkei beabsichtigte Pression glauben zu machen. Betreffs der türkischerseits maßgebenden Ansichten hat das „Mem. Dipl." vor einigen Tagen einen längeren Bericht gebracht, demzufolge die Pforte sich zu nichts weiter verstehen wolle, als zu der Konzession, daß die Kantonisten ihre Geschwerden an sein Gericht unter Zuziehung von Delegirten der Rajahs bringen, den Prinzipien von 1856 entsprechende Entscheidung anstprechen sollten. Auch diese Meldungen können aber hypothetisch sein, was gleichfalls mit späteren Angaben des nämlichen Blattes über die Punkte, hinsichtlich deren die Schweiz sich geeinigt haben sollte, der Fall zu sein scheint. Mit einiger Bestimmtheit werden hingegen jetzt die Bedingungen namhaft gemacht, unter denen die Pforte zur Räumung der serbischen Festungen bereit ist. Dieselben sollen dahin lauten, daß Serbien sich für beständig neutral erklären und sein Heer auf allen fernerhin Truppen verzichten solle, daß die gegenwärtigen Gläubiger niedergerissen und die bisherige fest verbrieften Grundsätze zu Gunsten der mit den abziehenden Garnisonen das Land verlassenden türkischen Familien verändert werden. Es wird nicht gemeldet, ob Serbien diese Bedingungen acceptirt habe, um so scheint es ob dagegen, daß man sofortige und bedingungslose Herstellungen gefordert hat, um die Ausführung der aufgestellten Forderungen nöthigenfalls mit Gewalt zu erzwingen. Zu diesem Zwecke soll auch eine Allianz mit Montenegro abgeschlossen worden sein, deren Abschluß mit der Verleihung des Montenegrinischen Ordens „der Unabhängigkeit" an die serbischen Minister eine Weihe erhalten hat.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Pforzheim, 24. Febr. Wenn ich Ihnen schon längere Zeit nicht mehr über die Versammlungen der hiesigen Nationalvereins-Mitglieder berichtet habe, so geschah es durchaus nicht, weil die Thätigkeit dieses Vereins abgenommen hat, oder derselbe gar in den Winterschlaf verfallen ist. Der Grund ist vielmehr der, daß das Aufreten des Vereins in den letzten Monaten ein minder geräuschvolles als früher war, was matt auch in den jetzigen Zeitverhältnissen begründet finden dürfte. Trotzdem werden die Vereinsbestrebungen thätig fortgesetzt und sucht der Verein seine letzige Devise, „durch die Einheit zur Freiheit", in seinen ziemlich regelmäßig eingehaltenen Wochenversammlungen zur Geltung zu bringen. Die Verhandlungen, die meistens in geschlossenen Kreisen stattfinden, die aber allen Vereinsmitgliedern und Gesinnungsgenossen zugängig sind, bereits fast ein ebensowohl Gemeindeangelegenheiten, als politische und staatsrechtliche Fragen. Vor Allem aber ist es die baldige Vereinigung mit dem ehem sich zu einem festen Bunde konstituirenden Norddeutschland, was als Ausgang und Ziel alles Vereinsthätigkeit angesehen und mit Eifer, das diesem Zweck wirkt der Besuch der Versammlungen und Diskussionen. Berösfentlichungen durch die Presse, Besprechung der Tagesfragen, sowie solche das politische Gebiet, oder auch Gemeindeangelegenheiten betreffen, sowie endlich auch Vorträge. In letzterer Beziehung entwickelt Hr. Anwalt Eck große Thätigkeit. Aber auch anderen, als politischen Zwecken, soweit solche die Pflege des öffentlichen Wohls betreffen, ist die Vereinsthätigkeit zugewendet. In diesen Bestrebungen wirkte sehr unterstützend ein von Hrn. Professor Emming haus von Karlsruhe gehaltener, vorwiegend auf das sociale Gebiet sich beziehender Vortrag über den bereits im Werke stehenden Verein zur Rettung Schiffbrüchiger. Vorstand des hiesigen Filials des Nationalvereins ist Hr. Fab. Rohrer. Die Zahl der Mitglieder beträgt etwa 100. (Karlsr. Ztg.)

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 96. Heidelberg, den 21. März. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Süddeutschland und die Süddeutschen. — Parlamentsbrief. — Aus Preußen. — Ein Wort über die Presse. — Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Wochenbericht.

Heidelberg, 19. März.

* Der Verlauf der allgemeinen Verhandlungen über den Verfassungsentwurf hat die Erwartung eines guten Ausgangs der Reichstagsarbeit bestätigt. Alle Parteien, welche überhaupt in Betracht kommen, sind zum Worte gelangt, alle ihre Redner haben sich frei und offen auf den Boden der Thatsachen gestellt, ihre ehrliche Mitwirkung an dem Verfassungswerke versprochen, und nur sehr wenige Forderungen sind laut geworden, welche über die Gränze des Erreichbaren hinausgehen; aber die nothwendigen Vorbehalte im Sinne der bestehenden Volks- und Verfassungsrechte sind mit hinlänglichem Nachdruck gemacht worden, um Herrn v. Bismarck zu der Erklärung zu veranlassen, daß er zu Zugeständnissen bereit sei. So weit hat Deutschland alle Ursache, mit dem Gange der Dinge in Berlin zufrieden zu sein. Ob dieselben zum glücklichen Abschluß gelangen, hängt ohne Zweifel einzig und allein davon ab, wie weit Herr v. Bismarck Willens und im Stande ist, jene Bereitwilligkeit zu bethätigen. Ist es der preußischen Regierung eben so Ernst damit, wie dem Reichstage, über die noch vorhandenen Schwierigkeiten hinweg zum Ziele zu kommen, ist sie eben so, wie der Reichstag, von dem Geiste der Mäßigung durchdrungen und von der Nothwendigkeit billiger Ausgleiche überzeugt, so wird der Norddeutsche Bund, allem Aufscheine nach, binnen kürzester Frist fertig, und damit die feste Grundlage der künftigen Gesammtverfassung Deutschlands gewonnen sein. Dem sei also!

Der Radikalismus, welcher ja auch einen und den andern Vertreter in dem Reichstage hat, hüllt sich bis jetzt in ein weises Schweigen, dem er, in seinem eigenen Interesse, wohl auch künftig treu bleiben wird. Für das Großdeutschthum dagegen ist zwar eine ultramontane Stimme laut geworden, aber ohne den mindesten Widerhall. Die über das Maß aller geschichtlichen Wahrheit und aller wirklichen politischen Verhältnisse hinausgreifenden „großdeutschen" Einwendungen und Ansprüche fanden ihre vollständige Abfertigung in einigen beiläufigen Worten eines Redners aus der „freiconservativen" Partei. „Es handelt sich nicht, sagte Graf Bethusy-Hue, um Wiedererlangung einer verloren gegangenen deutschen Einheit, sondern um die Neueroberung einer nie vorhanden gewesenen." Eine politische Einheit Deutschlands hat es so wenig jemals gegeben, wie es eine französische Staatseinheit gab, so lange Herzoge von der Normandie, der Bretagne, von Burgund u. s. w. existirten; das deutsche Reich und der deutsche Bund waren staatsrechtliche Namen für völkerrechtliche Verhältnisse, Namen, die allerdings, und besonders vermöge ihres handgreiflichen Gegensatzes zu den Thatsachen, dem nachträglichen Entstehen des nationalen Einheitsgedankens Anhaltspunkte gegeben haben, deren Bedeutung man aber hoch übertreibt, wenn man sie heute als politische Rechtsgründe gebraucht. Ist der Norddeutsche Bund nicht die volle Verwirklichung dieses Einheitsgedankens, so ist er doch der Anfang dazu, ein Anfang, dem nichts in der Welt geopfert zu werden braucht, weder eine geschichtliche Erinnerung, noch ein Besitz der Gegenwart, noch irgend eine der Hoffnungen auf die Zukunft, die bisher das beste Stück unserer geringen nationalen Habe ausmachten. Bedarf es noch des Beweises dafür, daß die durch den vorjährigen Krieg vollzogene „Zerreißung des Vaterlandes", von welcher politische Marktschreier in haarsträubendem Tone zu sprechen pflegen, daß diese angebliche „Dreitheilung Deutschlands" nichts ist, als eine rednerische Fabel? Der Krieg, welcher Norddeutschland unter einen Hut gebracht, hat im Uebrigen Alles beim Alten gelassen. Was in den bisherigen Wechselbeziehungen des Nordens zum Süden, des außerösterreichischen zum österreichischen Deutschland verändert ist, beschränkt sich auf leere Formen und einige Einrichtungen vom allergeringsten Belang. Durch die einzige nennenswerthe dieser Veränderungen — denn die Aufhebung des Bundestags selbst ist doch wahrhaftig nicht der Rede werth — den Verzicht Oesterreichs auf das Besatzungsrecht in den Bundesfestungen, ist lediglich eine schmeichlerische aber gefährliche Täuschung beseitigt, die Einbildung, daß Oesterreichs Kriegsmacht die Gränzen Deutschlands bewachen helfe. Oesterreich war ohne Zweifel bereit, seine Bundespflichten zu erfüllen, so oft es — seine Rechnung dabei fand, würde aber niemals in einen Krieg für Deutschland eingetreten sein, der seinen eigenen Interessen zuwider gewesen wäre. Als Mitinhaber der Festung Mainz hätte Oesterreich die Rheinlande, je nach Umständen, gegen die Franzosen vertheidigt, oder an dieselben verkauft, wie seiner Zeit Lothringen — darüber hat kein klarer politischer Kopf jemals den mindesten Zweifel gehabt. Und heute stehen diese Dinge im Wesentlichen ganz eben so, wie vor Auflösung des Bundes, so weit nicht die Entfernung der österreichischen Besatzungen eine Wendung zum Bessern bewirkt hat. Oesterreich wird im Kriegsfalle mit oder wider uns sein, oder auch sich neutral verhalten, je nach dem sein Vortheil es mit sich bringt. Daß ein geschriebener Buchstabe für die große Politik einer europäischen Macht, und insbesondere bei Fragen von Krieg und Frieden, bestimmend sei, ist eine geradezu kindische Vorstellung.

Mit dem Gedanken eines Zusammenstoßes mit Frankreich haben wir übrigens alle Ursache, uns möglichst vertraut zu machen. Die Eifersucht auf Preußen friß den Franzosen am Herzen, und ihre Hetzreien lassen dem Tuilerienecabinet weder Ruhe noch Rast. Im Gesetzgebenden Körper, im Heer, in der Presse schreit die durch den Sieg bei Sadowa beleidigte Nationaleitelkeit nach Rache, so laut, so leidenschaftlich, daß der Bonapartismus darüber zusehends die Fassung verliert. Die bevorstehende Pariser Gewerbeausstellung und die Nothwendigkeit der französischen Heeresreorganisation geben dem Widerstand der Regierung gegen das Drängen und Treiben des Volksgeistes einstweilen noch einen starken Rückhalt, den man indessen nicht für unüberwindlich halten darf. Bestätigt sich

Digitized by Google

die Nachricht, daß Frankreich mit Holland wegen Abtretung von Luxemburg in Unterhandlung stehe, so müßte man darin sogar einen Beweis erkennen, daß die französische Regierung selbst bereits so weit gekommen, den Bruch möglichst beschleunigen zu wollen. Der Vorwand wäre in diesem Falle allerdings gut ausgesonnen, ganz dazu gemacht, die französischen Nationalleidenschaften auf den Siedepunkt zu bringen und die Opposition der verständigen Leute zu entwaffnen. Indessen gibt es starke Gründe gegen die Glaubwürdigkeit jenes Gerüchtes und in erster Reihe die nüchterne Natur der holländischen Politik, der man nicht zutrauen kann, daß sie die Existenz des Staats aufs Spiel setzen werde, um Preußen einen höfartigen Schabernack, ohne allen vernünftigen Zweck, anzuthun.

— England, das mit dem Fenierthum ohnehin alle Hände voll zu thun hat, scheint durch dasselbe auch in neue Widerwärtigkeiten mit den Vereinigten Staaten verwickelt werden zu sollen, die sich der irischen Aufrührer in höchst zudringlicher Weise annehmen, nicht bloß durch Verhandlungen im Congreß, sondern, wie es heißt, sogar durch Staatsschriften des Cabinets von Washington. An gebührender Abfertigung solcher Einmischungsversuche wird es Lord Derby am wenigsten fehlen lassen, aber es mag schwer halten, den durch seine einheimischen Verlegenheiten auf auswärtige Händel angewiesenen Präsidenten Johnson zur Ruhe zu bringen.

— Aus den italienischen Wahlen wird, den bisherigen Berechnungen zufolge, eine bedeutende ministerielle Mehrheit hervorgehen — ein Erfolg, welcher sehr nöthig war, wenn nicht die besten nationalen Errungenschaften der letzten acht Jahre in Frage gestellt werden sollten. Diese Wahlen bezeugen, daß dem neuen Italien, trotz Mazzinisten und „Actionspartei", wenigstens der Instinkt der Selbsterhaltung noch nicht abhanden gekommen ist.

— Das Nämliche läßt sich nicht von den Polen sagen. Wie sie vor fünf Jahren mit allen Kräften daran arbeiteten, den Markgrafen Wielopolski zu stürzen, auf dem ihre Zukunft in Rußland beruhte, so beginnen sie jetzt einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Grafen Goluchowski, den Träger ihres Schicksals in Oestreich. Und diese Raserei heißt ihnen Patriotismus.

Süddeutschland und die Süddeutschen.

N Alles schön und gut, was über unser Verhältniß zum deutschen Süden, bei der Generaldebatte im Reichstag geäußert worden ist. Nur ein paar einzelne Stimmen verkannten, daß für den Augenblick das Anhalten an der Mainlinie nicht bloß nöthig, sondern auch nützlich sei, Jedermann verlangte, daß, sobald wie irgend möglich, die Weiterfahrt angetreten, daß, sobald wie irgend möglich, zur Herstellung Gesammtdeutschlands, zum Ausbau des deutschen Reiches von den Alpen bis zum Belt geschritten werde. Niemand war, der in dem bezüglichen Artikel des Nikolsburger Friedensvertrags mehr gesehen hätte, als eine Uebergangsbestimmung, welche eben nur für damals, für den Abschluß des ersten Akts, für die unmittelar aus dem Kriege fließenden Ordnungen und Entscheidungen Geltung haben und beanspruchen konnte. Im anderen Falle wäre sie ja, folgerichtig geschlossen, für alle Ewigkeit verbindlich. Uebrigens, was das beste an der Sache — wenn ganz Deutschland einig ist, sich einigen zu wollen, so wird man in Paris und Wien von selbst den Artikel 3 zu den Akten legen.

Wenn ganz Deutschland einig ist, sich einigen zu wollen. In diesem Punkt aber, will uns leider bedünken, war die bei der Reichstagsmehrheit vorherrschende Anschauung doch etwas gar zu sicher und sanguinisch. „Wenn wir das Werk vollendet haben werden", wie Bindes-Hagen sagte, dann werden die Süddeutschen von selbst zu uns kommen — das war der Grundton der meisten Aeußerungen. Bestärkt wurde diese rosenfarbene Anschauung durch Bismarck's Hinweis auf ein bereits fertiges Schutz- und Trutzbündniß mit den süddeutschen Staaten. Im Uebrigen, sagte man sich, werden die materiellen Interessen, vereint mit den idealen Mächten des Nationalgeistes, das Übrige thun, um die lose Form der internationalen Verbindung zu einer staatsrechtlich festen zu machen. Kurz, der natürliche Trieb und Zug der Dinge wird uns im rechten Augenblicke ganz von selbst an's ersehnte Ziel bringen.

Dieser sorglose Optimismus ist sehr erklärlich, Angesichts des überraschend günstigen Verlaufs, welchen die deutschen Dinge seit Anbruch der neuen Aera unserer Geschichte genommen haben. Aber er scheint uns denn doch eine Reihe von Schwierigkeiten, die noch im Wege liegen, und das Maß von Anstrengung, welches anzuwenden sein wird, um sie fortzuräumen, einigermaßen zu unterschätzen. Man kann das Vertrauen, das Dincke und Andere, etwaigen Angriffen des Auslands gegenüber, in die norddeutsche Waffenmacht setzen, vollkommen theilen, und doch aufs lebhafteste wünschen, daß Deutschland vorher, ehe ein neuer Krieg ausbricht, bundesstaatlich geeinigt sein möchte. Es ist keine Feigheit und kein Mißtrauen in die eigenen Kräfte, sich zu sagen, daß wir es möglicher Weise mit mehr als einem Gegner, mit numerisch uns weit überlegenen Angreifern zu thun bekommen. Im Allgemeinen ist ja der Ernst der auswärtigen Lage auch im Reichstag genügend gewürdigt worden.

Menschlichem Ermessen nach steht Europa am Vorabend eines Entscheidungskampfes um den Orient. Selbst aber wenn das im Osten drohende Gewitter sich noch einmal verzöge, so lassen doch hundert Gründe voraussetzen, daß Oesterreich und Frankreich, so bald sie mit ihren Reorganisationen fertig sind, Preußen gegenüber gemeinschaftlich Sache machen werden. Ist bis dahin Deutschland nicht unter Dach, oder nicht wenigstens eine achtunggebietende nationale Bewegung im Gange, die den sofortigen Zusammenschluß durchsetzt, so kann und wird diese Coalition gegen unsern Ausbau Einsprache erheben d. h. Krieg führen. Und es ist dann nicht unmöglich, daß die Truppen Süddeutschlands uns keinen, oder doch keinen ausgiebigen Beistand leisten.

Freilich, da ist ja das Schutz- und Trutzbündniß; wird es nicht für den Fall, daß der Krieg uns noch unfertig überraschen sollte, den Mangel eines festeren Gefüge's ersetzen?

Es ist aus naheliegenden Gründen anzunehmen, daß Bismarck den Allianzvertrag mit den süddeutschen Staaten von seiner besten Seite gezeigt hat, und wenn derselbe noch umfassender lautete, dies angedeutet haben würde. Aber auch nach Allem, was man sonst hört, so z. B. nach dem Art. 2 der Stuttgarter Conferenzprotokolle zu schließen, beschränkt sich der Vertrag auf den Fall eines Angriffs des Auslandes (auch Oesterreichs?) auf deutsches Gebiet. Er würde also z. B. nicht wirksam werden bei einem europäischen Kriege, in welchem Preußen ohne große Mühe die Rolle des Angreifers aufgenöthigt werden könnte. Zweitens aber, und das ist das Schlimmste dabei, ist die Ausführung der militärischen Reorganisation Süddeutschlands — ohne welche dessen Streitkräfte sein werden, was sie im vorigen Sommer waren, nämlich ungefähr Nichts — drei von einander völlig unabhängigen Regierungen überlassen. Was das heißen will, weiß die Welt, auch kann es Jedermänniglich aus den Protokollen ersehen. Schon die Ueberschriften verschiedener Artikel: „möglichste Uebereinstimmung des Reglements"; „möglichste Uebereinstimmung der Feuerwaffen und Munition", werden jedem Kenner gelinden Schauder einflößen. Und worin besteht z. B. die möglichste Uebereinstimmung der Feuerwaffen, über welche man sich geeinigt hat? Der bezügliche Artikel (V, 3) antwortet, daß, „da bezüglich der Infanteriefeuerwaffen zur Zeit noch überall Verbesserungen angestrebt werden, eine Uebereinstimmung jetzt noch nicht erzielt werden könne" d. h. nicht möglich sei. Und das nennt man möglichste Uebereinstimmung. Und auf diesen Grundlagen soll dann am 1. Oktober 1867 eine weitere Conferenz berathen! Wahrlich, auch von dieser 1. Oktober ist sehr zu wünschen, daß er schneller herbei käme, als es sonst seine Art ist. Und doch ist dieses natur- und kalenderwidrige vorzeitige Eintreffen des 1. Oktober noch eher möglich, als daß sich drei von einander unabhängige deutsche Regierungen rascher und leichter einigen, „als es sonst ihre Art ist."

Digitized by Google

Doch genug davon. Wir könnten ja völlig unbesorgt sein, wenn wir nur mit Zuversicht hoffen dürften, daß in Süddeutschland rechtzeitig, d. h. in allernächster Zeit, eine bedeutende nationale Bewegung für den Anschluß in Gang kommen werde. Wie steht es aber damit?

Graf Bismarck äußerte neulich, Waldeck gegenüber:

„Der Herr Abgeordnete Waldeck hat vorgestern sich lebhaft von der Herstellung eines einheitlichen konstitutionellen Ministeriums die Wirkung versprochen: „dann hätten wir die Süddeutschen", wie er sich ausdrückte. Ich glaube, wir können sie nicht sicherer zurückscheuchen, als wenn wir in eine solche Richtung treten, die, wie ich vorhin andeutete, mit der Mediatisirung der deutschen Fürsten große Aehnlichkeit hätte. Wer sind diese Süddeutschen? Einschwellen ist es die bayerische, die württembergische, die badische Regierung. Glauben Sie, daß Seine Majestät der König von Bayern oder von Würtemberg sich durch solche Einrichtungen, wie sie der Abg. Waldeck in Vorschlag brachte, besonders angezogen fühlt? Wir. Hr. sch weiß das Gegentheil."

Mit Scham und Kummer müssen wir es gestehen, diese bismarckische Antwort auf die Frage: wer sind die Süddeutschen? ist bis jetzt vollkommen richtig. Eine Volkspolitik von irgend wesentlichem Einfluß auf die Cabinete, und im Sinn eines baldigen Anschlusses an den Norden, gibt es in Süddeutschland und vor allen in dem entscheidenden Staate, in Bayern, bis jetzt entschieden nicht. Man wende uns nicht den vorjährigen Beschluß der bayerischen zweiten Kammer ein; allen Respekt davor, aber es war dies eine vereinzelte Kundgebung, welche, seit nun einem halben Jahr, keine verwandte von irgend welchem Belang nach sich gezogen hat, und durch sie allein würde v. d. Pfordten noch lange nicht gestürzt worden sein. Die nationale Richtung der bayerischen Politik ruht ausschließlich auf den zwei Augen des Fürsten Hohenlohe; ob es ihm gelingen wird, unbrechenbaren Launen, weiblich vermittelten klerikalen Einflüssen u. s. w. gegenüber, sich und sein Programm zu behaupten: das ist eine Frage, zu deren Entscheidung das bayerische Volk wenig mehr, als nichts, beiträgt. Nicht, als ob die Grundstimmung besserer, dem Anschluß ungünstig wäre; im Gegentheil, die politische Vernunft herrscht in Bayern viel allgemeiner, als in Württemberg, aber es fehlt dieser Stimmung an allem und jedem Nachdruck, an aller und jeder politischen Kraft, es herrscht in Bayern, bei allem patriotischen Eifer Einzelner, eine Gleichgültigkeit, eine Schlafsucht, welche etwas Beängstigendes hat. Was sodann Württemberg angeht, so erfüllt dort die deutsche Partei mit großer Hingebung ihren Missionsberuf, auch melden die Organe der Mission fortwährend von Einzelbekehrungen, aber daß die große Masse der Eingeborenen übertreten werde, um dann sofort eine ehrlich preußenfreundliche Politik der Regierung, d. h. vor Allem den Rücktritt Varnbülers, zu betreiben, daran ist fürerst nicht im Traum zu denken. In Baden endlich ist eine wohlgesinnte Regierung, und das ist gut; sie braucht von ihrem Volke nicht gedrängt zu werden, und das ist sehr gut, denn ob das Volk sie drängen würde, wenn sie nicht zugesinnt wäre, das ist mehr als zweifelhaft.

Es würde zu weit führen, die Ursache dieser fortdauernden Lahmheit und Ohnmacht des öffentlichen Geistes, und des Mangels einer lebhaften und nachdrucksvollen Agitation zu Gunsten des Anschlusses näher zu erörtern. Wir vergessen natürlich nicht, die Nachwirkung der Kriegseindrücke entschuldigend in Anschlag zu bringen. Es fällt uns auch nicht ein, die süddeutsche Volkspolitik, was Unkraft, Einflußlosigkeit und fehlende Initiative angeht, allein anklagen zu wollen. Auch wir im Norden haben bis jetzt nur wenig auf den Gang unserer Geschicke einzuwirken vermocht. Aber wir haben jetzt den Reichstag, mit dem gerechnet werden muß und wird; die Süddeutschen aber haben nichts, als ihre schwächlichen Einzelkammern. Schon allein diese Vergleichung, das Gefühl, so weit ins Hintertreffen gekommen zu sein, sollte sie aufrütteln. Ueberhaupt aber, man vergleiche nur einmal z. B. die politische Presse des Südens mit der norddeutschen, so erhält man denn doch den Eindruck eines starken qualitativen wie quantitativen Rückstands der ersteren, und die Presse ist doch wohl der sicherste Gradmesser der allgemeinen politischen Bildung und Entwicklung.*) Gerade die Erkenntniß jedoch, daß sie hinter dem Norden zurück sind und also Eile haben, nach- und herbeizukommen, ist bei den Süddeutschen noch viel zu wenig verbreitet; unser aller Erbtheil, Eigenliebe, läßt sie nicht recht durchdringen.

Kurz, wenn man von der Gegenwart auf die Zukunft, von dem Heute auf das Morgen schließen kann, und nicht Angesichts drohender auswärtiger Gefahren ein bedeutender Aufschwung eintritt, so ist verzweifelt wenig Aussicht, daß vom Volke Süddeutschlands in nächster Zeit ein äußerlichender Druck zu Gunsten der Einheit geübt werden wird. Gewiß, wenn das Werk im Norden fertig, und leidlich befriedigend ausgefallen ist, dann mag ein etwas stärkerer Zug in die Süddeutschen kommen, aber zum Sturm wird er so leicht nicht werden. Und doch, ohne ein sehr lebhaftes, ja stürmisches Andrängen des öffentlichen Geistes haben die Regierungen von Bayern und Württemberg gar keinen denkbaren Grund, den förmlichen Anschluß zu betreiben. Denn die Vortheile, welche ihnen derselbe für die Sicherheit ihrer Länder bieten würde, haben sie ja schon durch den Bündnißvertrag erlangt, der für sie, ihrer ganzen Lage nach, ungleich werthvoller ist, als für Preußen. Alles Uebrige aber ist für ihren Standpunkt nichts, als Opfer und Erniedrigung.

In Summa: wir wollen nicht schwarz malen, sondern nur vor falscher Zuversicht warnen. Und wir im Norden müssen denn doch alle Mittel gebrauchen, die wir zur Hand haben, um auf die Hebung des öffentlichen Geistes in Süddeutschland einzuwirken. Es handelt sich nicht um Locken und Nachlaufen, wovon Braun und Miquel mit Recht nichts wissen wollen. Aber den Gesichtspunkt, daß, je reichlicher wir unser Haus mit Freiheit ausstatten, desto sehnsüchtiger das Volk im Süden den Eintritt begehren wird, wollen wir keineswegs so weit wegwerfen, wie Bismarck zu thun für gut gefunden. Die große Mehrzahl der Bevölkerung wird allerdings um so rascher und entschiedener für den Anschluß gewonnen werden, je besser es den Liberalen im Reichstag gelingt, das Maß der erreichbaren Freiheit bis an seine äußersten Grenzen auszufüllen. Kein Volk ist auf die Länge blind für das Thatsächliche, allen natürlichen und künstlichen Fabeln zum Trotz, die ihm zeitweise die Gestalt der Dinge verdecken.

*) Der Verfasser Dieses ist selbst geborener Süddeutscher, hat also wenigstens in dieser Hinsicht nicht die Vermuthung parteiischer Vereinge nommenheit gegen sich. D. H.

Parlamentsbriefe.

III.

w Berlin, 17. März. Die viertägige Generaldiskussion hat uns ein gutes Stück vorwärts gebracht und jedermann ist nachträglich darüber mit sich einig, daß ein rascherer und besserer Weg, uns selbst und die Regierungen und die öffentliche Meinung über das, was wir wollen und was die Regierungen sollen, aufzuklären, gar nicht hätte eingeschlagen werden können. Allerdings ist, wie das immer zu geschehen pflegt, von den 30 Rednern, welche auftraten, Manches dreimal und viermal gesagt worden; im Großen und Ganzen jedoch waren die Debatten auch am vierten Tage noch frisch und anregend. Mit vier Tagen Generaldiskussion war es freilich auch vollständig genug und ich, für mein Theil, habe deshalb mit Freuden dem Antrage zugestimmt, welcher den weiter eingetragenen 32 Rednern das Wort entzog. Heute über vier Wochen beginnt die Osterwoche; ich denke, bis dahin liegt der Verfassungsentwurf fertig berathen auf dem Tische des Hauses und wir feiern dann am Osterfest zugleich das Fest der Auferstehung unserer nationalen Einheit.

Soll ich in kurzen Worten das Ergebniß der Generaldiskussion zusammen fassen, so muß ich sagen: Wir wissen nunmehr, daß weder die äußerste Rechte noch die preußische Regierung sich gegen Abänderungen des Verfassungsentwurfs ablehnend verhalten und wir wissen insbesondere, daß die Regierung auch der Wahrung des Budgetrechts für den Reichstag einen ernstlichen Widerstand nicht entgegen setzen wird. Um diesen Preis aber ist die Regierung, wie ich schon in meinem ersten Briefe andeutete, der Unterstützung

Digitized by Google

er national-liberalen Partei sicher, d. h. um diesen Preis ist das Zustandekommen des Verfassungsentwurfs überhaupt gesichert, und zwar, worauf, wie ich glaube, kein geringes Gewicht zu legen ist, ein Zustandekommen mit sehr großer Majorität. Die Bürgschaft für diese frohe Zuversicht gewährt mir die nach Form, wie nach Inhalt, gleich bedeutende Rede, mit welcher Graf Bismarck am vorigen Montag seine Stellung zu den etwaigen Beschlüssen des Reichstags kundgab. Entgegenkommender konnte der preußische Ministerpräsident nicht wohl sprechen. Ich bezweifle jedoch sehr, daß Bismarck diesen Ton angeschlagen hätte, wenn er nicht aus den Reden von Miquel und Braun die Ueberzeugung gewonnen, daß ihm aus den Reihen der national-liberalen Partei, insbesondere von den neupreußischen und nichtpreußischen Mitgliedern derselben, unter Umständen eine aufrichtige und kräftige Unterstützung zu Theil werden werde. Weder Twesten, dessen Rede nach Form und Inhalt dem Rufe des Redners nicht entsprach, noch Lasker, der, obwohl gegen den Entwurf eingeschrieben, doch immer noch ermuthigender sprach, als Twesten, brachten am Ministertisch irgend welchen Eindruck hervor; aber wie Sonnenschein ging es über das Gesicht Bismarcks, als nach Twesten und Waldeck endlich Miquel als dritter Redner den vollen und warmen Ton des Entgegenkommens anschlug und, alle kleinlichen Rücksichten und Bedenken der Vergangenheit zurückweisend, mit beiden Händen Besitz ergriff von dem, was die Regierung geboten. Die Rede Miquel's war ein Ereigniß; sie gewährte Vertrauen und forderte Vertrauen und riß das Haus, wie die Vertreter der Regierungen, unverkennbar mit sich fort. Was Miquel unausgeführt gelassen, führte Lodman Braun am folgenden Tage in seiner Weise, mit der ihm eigenen humoristischen Frische, weiter aus und der Händedruck Bismarck's sowohl, wie seine eigenen Worte und die Auslassungen der Regierungsblätter haben mir wenigstens keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die dann folgende Rede Bismarck's den Reden von Miquel und Braun wesentlich mit zu danken haben.

Die national-liberale Partei hat unter diesen Umständen, zumal auch ihr Führer Bennigsen am dritten Tage dem Hause wie der Regierung durch seine glänzende Rede imponirte, unzweifelhaft die eigentliche Entscheidung in die Hand bekommen. Die Regierung weiß und glaubt nunmehr, daß es ihr möglich sein wird, sich den Forderungen dieser Partei zu accommodiren; die Regierung weiß aber auch ferner, daß ihr Verfassungswerk durch die Zustimmung dieser großen liberalen Partei die unentbehrliche Weihe der nationalen Zustimmung erhalten wird und eben deshalb wird sie diese Zustimmung selbst dann noch suchen, wenn sie auch die Gewißheit haben sollte, daß sie, auch ohne die Nationalen, mit den Stimmen der conservativen Fraktionen und der Altliberalen eine dürftige Majorität herausbekommen könnte. Graf Bismarck muß Frieden haben mit dem Reichstag und ich zweifle nicht daran, daß er auch Frieden haben will. Allein diesen Frieden können ihm die nicht gewähren, mit denen er bis dahin nie im Unfrieden gelebt — die Conservativen —; diesen Frieden, gleich unentbehrlich für seine Politik nach Innen wie nach Außen, können ihm nur die Mitglieder des Hauses gewähren, welche, gestützt auf die Anschauungen und die Zustimmung des Kerns der Nation — „des freien Bürger- und Bauernstandes", wie Miquel es ausdrückte — seither in Opposition zu ihm gestanden haben. Ich konstatire dies gerade an dieser Stelle mit um so größerer Genugthuung, als in dieser Thatsache eine freilich späte, aber darum nicht weniger erfreuliche und bedeutsame Anerkennung der Politik des National-Vereins zur Erscheinung kommt.

Es sind, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, zwei Punkte, welche die national-liberale Partei von der eigentlichen Linken trennen — die sich, nebenbei gesagt, inzwischen, 18 Mitglieder stark, constituirt hat —: das verantwortliche Ministerium und die Grundrechte. Auf beiden Forderungen wird die Linke bestehen; von beiden Forderungen wird die nationale Partei absehen. An ziemlich scharfen Erörterungen wird es wohl in keinem Falle fehlen. Ich will daher im Voraus mit ein paar Worten die Gründe andeuten, welche uns abgehalten haben, auf Anerkennung der Grundrechte und auf Einführung eines verantwortlichen Ministeriums zu bestehen. Der Hauptgrund und der entscheidende ist der, daß wir weder für die Grundrechte, noch für ein Reichsministerium die Mehrheit des Hauses, oder die Zustimmung der Regierungen erlangen, daß wir uns also schließlich doch nur vor die Alternative gestellt sehen würden, entweder unsere eigenen Forderungen selbst wieder fallen zu lassen, oder das Zustandekommen des Verfassungswerkes aufs Spiel zu setzen. Ich will nicht entscheiden, welcher dieser beiden Schritte für eine liberale Partei der bedenklichere sein würde. Was sodann die Grundrechte insbesondere betrifft, so denken wir heute wohl mit Recht etwas anders über diese Magna Charta des deutschen Volkes, als wir vor 18 Jahren darüber gedacht haben. Damals waren die Grundrechte wirklich etwas Neues, noch nicht Dagewesenes; heute sind ihre Bestimmungen im Wesentlichen Gemeingut der deutschen Gesetzgebungen geworden. Mit der Wiederholung von Gemeinplätzen und allgemeinen Sätzen ist es aber, vom praktischen Gesichtspunkt aus betrachtet, nicht gethan, wenn nicht gleichzeitig organische Gesetze geschaffen werden, welche diese allgemeinen Prinzipien zum thatsächlich verwerthbaren Gemeingut der Nation machen. Wir ziehen daher vor, statt mit der Auffüllung von allgemeinen Freiheits-Grundsätzen die Regierungen von vornherein kopfscheu zu machen, lieber den Umfang des Gesetzgebungsrechtes des Bundes auf einzelne dieser Materien auszudehnen und soweit dieß, nach dem knapp zugeschnittenen Zweck des Bundes, nicht möglich ist, auch auf die Auffüllung von allgemeinen Grundsätzen zu verzichten, für deren praktische Verwerthung durch die Gesetzgebung wir vorläufig doch keine Aussicht haben. Wer der Nation in der That hierbei den größeren Dienst erweisen wird, ob wir oder die Linke, das können wir, glaub' ich, getrost dem Urtheil der öffentlichen Meinung überlassen.

Etwas anders noch stehen wir zu der Frage, ob ein verantwortliches Reichsministerium zu schaffen ist, oder nicht. Ich will auf die Frage, ob ein Bundesstaat von Monarchien überhaupt möglich ist, hier nicht eingehen. Nach meiner Ansicht ist dieß nicht möglich und ich halte deshalb auch die Reichsverfassung für ein in sich selbst unhaltbares Werk, wie dieß ja schon Heinrich v. Treitschke mit guten Gründen nachgewiesen hat. Allein auch wenn dieses theoretische Urtheil unrichtig sein sollte, so kommen wir doch im vorliegenden praktischen Falle darüber nicht hinaus, weil uns die verbündeten Regierungen thatsächlich nur einen Staatenbund und keinen Bundesstaat geboten haben. Waldeck und Schulze-Delitzsch haben dieß nun zwar auch anerkennen müssen; sie erkennen aber die Nothwendigkeit eines bloßen Staatenbundes nicht an und verlangen daher, um eben ihr verantwortliches Ministerium möglich zu machen, die Gründung eines Bundesstaats. Damit spitzt sich denn aber die ganze Sache auf die eine thatsächliche Frage zu: wird es uns möglich sein, die Regierungen zu diesem Zugeständniß zu vermögen, oder wird uns dieß nicht möglich sein. Wir verneinen diese Frage; die Linke bejaht sie. Graf Bismarck aber hat sie bereits ebenfalls verneint und zwar mit aller Entschiedenheit und, wie ich glaube, mit dem besten Grund. Wir verzichten daher darauf, ein weiteres Experiment mit einer so bedenklichen und kitzlichen Frage anzustellen, während die Linke „auf freiheitlichen Gründen" auf dieses Experiment nicht verzichten zu dürfen glaubt. Das ist der ganze Unterschied. Etwas Anderes ist es mit dem von der nationalen Partei beschlossenen Versuch, wenigstens den Bundeskanzler formell zu verpflichten, daß er für die Anordnungen des Bundesrathes und des Bundespräsidiums dem Reichstag Rede und Antwort steht. Diese Bestimmung hat mit der Verantwortlichkeit, im juristischen Sinne des Worts, nichts zu thun und wird auch ohne Zweifel von uns durchgesetzt werden können.

Es ist übrigens nicht ganz richtig, wenn man die Linke zugleich als die „äußerste Linke" bezeichnet. Es gibt Leute, die noch etwas weiter nach links stehen. Dahin gehört der Herr Abgeordnete Groote, der für sich allein eine Fraction bildet und Namens derselben auch bereits seine Abände-

Digitized by Google

rungsanträge eingebracht hat. Dahin gehören aber ferner auch die ultramontanen Herren, die nur mit großer Mühe ihren Widerwillen gegen das ganze unkatholische und nichtösterreichische Verfassungswerk verbergen können. Schärfer als Michelis, Rohden und v. Mallinkrodt hat wenigstens Niemand die Regierungspolitik vom vorigen Sommer angegriffen, und entschiedener als diese Herren hat Keiner die Ablehnung des Ganzen in Aussicht gestellt. Ein triftiger Grund für uns Andere mehr, wie ich meinen sollte, das Zustandekommen des Werkes mit allen Kräften zu fördern. Von dem welfischen Schmerzensschrei des Herrn v. Münchhausen schweige ich. Es war ein ungeschickter Schlag in's Wasser, bei dem dem Redner selbst die Wassertropfen in's Gesicht spritzten. Graf Bismarck hat, in heftiger Erregung, den Hieb auf der Stelle mit allem Nachdruck pariert und Bennigsen und Grumbrecht haben dann ihrerseits das Nöthige gethan, um den guten hannoverschen Bauern die Augen über die von ihrem in gutem Welfenglauben hierher gesandten Vertreter zu öffnen. Den polnischen und den bäirischen Schmerzensschrei werden wir wahrscheinlich morgen bei Art. 1 zu hören bekommen. Auch dieser Kelch wird vorüber gehen. Ich schließe, indem ich mich selbst dahin berichtige, daß Binde-Hagen allerdings doch noch den Altliberalen beigetreten ist und mit Duncker-Halle und v. Gerber den Vorstand derselben bildet; dagegen Ihren Setzer dahin, daß nicht gegen den Dänen Ahlmann selbst, sondern gegen dessen Wahl die Anklage weitgehender Bestechungsversuche erhoben worden ist.

Aus Preußen 17. März. Mit dem lebhaftesten Interesse ist man in der Provinz der General-Debatte des Reichstages über den Verfassungs-Entwurf gefolgt. In Waldeck's Rede packte die Masse der Leser besonders die principielle Betonung des Einheitsstaates, welche ja auch die Partikularisten aus Holstein und Hannover bereits aus dem Lager der „Linken" vertrieben und sie bestimmt hat, sich, in Verbindung mit einigen Ultramontanen, dem früheren hannover'schen Minister Windthorst und dem preußischen Regierungsrath Mallinkrodt, unter dem verschämten Namen einer „bundesstaatlich-konstitutionellen" Fraktion, zu konstituiren, während Duncker und Becker, trotz ihrer principiellen Abneigung gegen den Waldeck'schen Einheitsstaat auf dem Wege der preußischen Annexion, bei der „Linken" geblieben sind — aus „Entschiedenheit" wahrscheinlich. Das Volk bei uns läßt es sich nun einmal nicht ausreden, daß der Einheitsstaat, trotz alledem und alledem, das Ende vom Liede sein werde und sein müsse; die Ablehnung und Verwahrung Bismarck's gegen preußische Mediatisirungs-Gelüste hält man eben nur für einen durch die „Vertragstreue" ihm für jetzt auferlegten Zwang, den die stärkere Gewalt der Umstände schon brechen werde. Darum fand man auch die Bedenken Waldeck's gegen das inkorrekte staatsrechtliche Gefüge der neuen Schöpfung übertrieben, und für eine Ablehnung der Verfassung, wegen des bloßen Mangels der korrekten bundesstaatlichen Form, würde man keinen Sinn und kein Verständniß haben. Zum Glück scheint daran aber auch, außer den „bundesstaatlich Konstitutionellen", Niemand zu denken, als vielleicht Herr Franz Duncker, um zu konstatiren, daß die unerschöpfliche Wasserfluth der Volkszeitungs-Leitartikel über dieses Thema doch wenigstens einen Mann mit sich fortgerissen. Den alten Waldeck wird gewiß sein großer politischer Takt vor dieser „Konsequenz" bewahren, und Schulze-Delitzsch hat ihr, in seiner größtentheils vortrefflichen Rede, bereits entschieden abgesagt. —

Den größten Anklang und die ungetheilteste Zustimmung findet im Volke offenbar die Auffassung der zu lösenden Frage Seitens der Redner der national-liberalen Partei. Das Volk fühlt eben mit seinem scharfen Instinkte richtig heraus, daß Kompromisse der Freiheit mit der staatlichen Macht von der Ehre gestattet und von der Vernunft geboten sind. Selbstverständlich darf der Kompromiß nicht der Ruin des einen Theils sein; dann ist er einfach Unterdrückung. Aber die Einigung einzelner Theile zu einem großen staatlichen Ganzen ist doch noch nie und nirgend anders zu Stande gebracht, als entweder durch revolutionäre Gewalt, mag sie ein Konvent oder ein despotischer Eroberer ausüben, oder durch Kompromisse zwischen der Freiheit und der staatlichen Macht. Und kann ein zurechnungsfähiger Mensch auch nur einen Augenblick daran denken, daß eine Wahl zwischen diesen beiden Wegen unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei? —

Ueberrascht hat es Anfangs vielfach, daß die Nationalen aus den altpreußischen Provinzen, Twesten, Lasker, Michaëlis, deren ganzes Verhalten doch hinreichend dafür bürgt, daß ihnen eine, die unbefangene Würdigung der Gegenwart trübende Verbitterung über die Vergangenheit sehr fern liegt, mit viel mehr kritischer Kühle die freiheitlichen Mängel des Entwurfs hervorheben, während die Nationalen aus den neuen Provinzen, Miquel, Braun, Bennigsen, ohne dieß zu übersehen, mit viel mehr Schwung die einheitlichen Vorzüge betonten. Nur die abgeschmackteste und böswilligste Verbissenheit kann die Insinuation wagen, daß diese ehrenhaften Männer plötzlich, machtrunken, mit den konstitutionellen Grundsätzen gebrochen hätten, für welche sie so lange unter den schwierigsten Umständen gekämpft haben. Sie wollten aber, den eingerosteten Partikularisten gegenüber, ihrer Freude über den durch Preußen gegen den Partikularismus geführten Schlag, bei ihrem ersten Auftreten in Preußen, einen warmen Ausdruck geben, und mußten darum in der Rede über die Schattenseiten leichter hinweggehen, als ihren Freunden aus Preußen ein wohlberechtigtes Mißtrauen es gestattete. Und der Farbenglanz ihrer Reden erklärt sich leicht durch den gewaltigen Zauber, den der Antheil an einem großen und mächtigen Staatswesen namentlich auf diejenigen ausübt, die so lange unter dem Elend der Kleinstaaten gelseufzt haben, dieser übertünchten Gräber der Staatsidee, aus denen die „Volkszeitung", mit allen ihren hochtönenden Beschwörungsformeln, nie etwas anderes, als lebenlügende Gespenster, heraufbeschwören wird.

Man kann bereitwillig zugeben, daß eroberte Länder fast immer weniger glimpflich behandelt werden, als Hannover; aber man braucht darum keineswegs Alles gutheißen, was dort (und in Nassau, „Mittelrh. Ztg."!) von engherzigen und einsichtslosen Bureaumenschen geschieht. Namentlich bei der Eröffnung des Briefes des Königs an die Königin, die freilich auf ein „Versehen" geschoben wird, sieht man sich zur Vergleichung mit dem hochherzigen Worte Moltke's über den bekannten Brief des General Blumenthal gedrängt: „Was ein Mann seiner Frau schreibt, das geht keinen Dritten etwas an."

Man hat im Lande die Tiraden heißsporniger Junker nicht vergessen, die in amtl. Kreisblättern ihre Parteigenossen über die Versöhnung zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause dadurch beruhigten, daß sie dieselbe gleichsam als die Henkersmahlzeit des letzteren darstellten, weil durch die Verfassung für den Norddeutschen Bund die preuß. Verfassung gründlich „verbessert" und der ganze „Parlaments-Schwindel" abgethan werden solle. Die „Berliner Revue", das Organ der Militär-Absolutisten, steht heute noch ungefähr auf demselben Standpunkt, und dem Grafen Bismarck schrieb man ebenfalls eine diese Absicht verrathende Aeußerung zu. Seine erste Rede, mit ihren in der That etwas ungefälligen Scherzen über „parlamentarischen Partikularismus", über das „angenehme Gefühl, ein Bubgetrecht zu besitzen, welches man doch nicht ausüben könne", mit ihren Drohungen gegen das Abgeordnetenhaus, wenn es die Verfassung verwerfen sollte, war allerdings wenig geeignet, die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang zu stärken. Seitdem er sich aber feierlich gegen die Absicht verwahrt hat, „sich von der historisch konstitutionellen Entwickelung Deutschlands loszusagen und den Parlamentarismus im Kampf der Parlamente begraben zu wollen", seitdem er von dem zehnjährigen Normal-Militär-Budget auf ein Pauschquantum für die „Uebergangszeit"

Digitized by Google

zurückgegangen ist, — seitdem zweifelt man im Lande, die verblissenen Kreise der Ultramontanen und Radikalen abgerechnet, nicht mehr an dem Zustandekommen eines leidlichen Kompromisses zwischen Macht und Freiheit. Freilich verhehlt man sich nicht, daß die liberale Partei in mancher Hinsicht eine gewisse Resignation wird üben müssen, und daß über das Mehr oder Weniger an Zeit und Geld, über die Verantwortlichkeit der Bundesregierung u. dgl. noch heiß gestritten werden wird, ehe die allgemein gehofften Konzessionen Bismarck's bestimmte Form und Gestalt gewinnen. Aber wenn der Krieg um die orientalische Frage auch nicht sobald entbrennt, wie Wiener Blätter glauben, und wenn die Schaffung einer innerungarischen Frage vielleicht auch vorläufig nur ein leiser Versuch ist, so ist die ganze politische Situation in Europa doch von der Art, daß die Sicherheit des Staates einen raschen Abschluß nöthig macht, um bei gebotener Gelegenheit „mit frischem Wasser und neuen Kohlen" weiter zu gehen. Dieser Einsicht wird sich auch die Regierung nicht verschließen, — und „den Grad von Freiheit gewähren, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich ist". Mit diesem Maaße sind auch wir zufrieden. —

Ein Wort über die Presse.

† Wenn es ein Mittel giebt, die gebildete öffentliche Meinung irre zu machen an der Idee der öffentlichen Freiheit, so ist es der Ton und die Methode jenes Theiles der Presse, welcher sich für den letzten Hort jener Idee gegen den Andrang der Reaktion ausgiebt. In Berlin, Frankfurt, Stuttgart und einigen andern Orten giebt es eine Anzahl von Blättern, welche Herr v. Bismarck als seine besten Hülfsarbeiter ansehen darf, vermöge drei Mißkredits, welchen sie durch ihr Beispiel über die ganze Opposition zu bringen bestrebt sind. In den einen führen Rechthaberei und Eigensinn das große Wort im Namen der Freiheit, in den andern die Bösartigkeit, in den dritten der äußerste Unverstand. Ihr gemeinschaftlicher Ausgangspunkt aber ist die maßlose Selbstüberschätzung des eignen Ich, der eignen Partei oder Coterie, der Köhlergliube an das eigne Besserwissen und Bessersein die gebieterische Forderung, daß die deutsche Geschichte sich dem Gange anbequeme, welcher ihr von Hinz, Kunz und Compagnie vorgeschrieben wird. Sie gebärden sich als die Wortführer der Nation, und nachdem die Nation selbst das Wort genommen, erdreisten sie sich, dieselbe lügenzustrafen. Sie führen die Volkssouveränetät im Munde und sprechen dem unzweifelhaft gewordenen Volkswillen offen Hohn. Sie erklären das Majoritätsprinzip für die Grundlage aller Politik und verweigern dennoch, auch in der winzigsten Minderheit, der Mehrheit den Gehorsam. Und wer anderer Meinung und andern Sinnes ist, wird von ihnen mit schmählichen Anklagen und unwürdigen Verdächtigungen überschüttet, als Verbrecher an der öffentlichen Sache verurtheilt, zu den Todten geworfen. Hinz, Kunz und Compagnie sind die einzig übriggebliebenen Männer des Rechts, der Freiheit, der Ehre — alles Uebrige eine Rotte von Schwachköpfen, Verräthern, Lumpengesindel.

Der Chorführer, wenn auch nicht gerade der lauteste Schreier, jener Gesellschaft ist die Berliner „Volkszeitung." Wie der „Köln. Zeitung" die Abtretung Nordschleswigs, so ist der „Volkszeitung" die Reichsverfassung von 1849 zur fixen Idee geworden. Weil die Reichsverfassung ihrer Zeit eine willkommene Formel für die Bestrebungen der Nationalpartei war, so soll sie jetzt, trotzdem, daß sich eine Welt von Ereignissen zwischen jene Zeit und dem heutigen Tag gedrängt hat, als die allein statthafte Aufgabe der praktischen Politik behandelt worden. Daß der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes, in gewisser Richtung, über die Reichsverfassung, zum großen Vortheil der Nationalsache, weit hinausgeht, daß sie in anderem Sinne der Sperling in der Hand gegen die Taube auf dem Dache ist, daß Süddeutschland zur Zeit für die Reichsverfassung noch weniger zu haben ist, als für den Norddeutschen Bund, das alles kommt für die „Volkszeitung" nicht in Betracht. Wir haben einmal gesagt: Reichsverfassung; also muß es dabei bleiben.

Seinen Hauptvorwand sucht dieser Afterkultus der Reichsverfassung in der Fiktion ihres Rechtsbestandes. Diese Fiktion würde sich hören lassen, wenn das deutsche Volk, wenn auch nur eine große Partei an dieselbe glaubte. Das Volk aber, wenn es die Reichsverfassung jemals gekannt, hat sie längst vergessen, und die Partei, welche dieselbe neuerdings auf die Fahne schrieb, hat ihren Namen niemals anders angesehen und behandelt, denn als ein Agitationsmittel. Und jetzt, wo Deutschland die mächtigsten Werkzeuge, nicht blos der Agitation, sondern auch der Construktion gefunden, jetzt soll es die praktischen Handhaben seiner Neugestaltung fallen lassen, gegen einen bloßen Namen! Hält man und denn für Kinder oder für Narren?

Als beschämendes Beispiel werden uns von der „Volkszeitung" die Ungarn vorgeführt, welche unter den äußersten Bedrängnissen, und allen Versuchungen zum Trotz, während einer langjährigen Reaktion ihr Verfassungsrecht festgehalten und endlich durchgesetzt haben. Bei einer gewissen äußerlichen Aehnlichkeit der beiden Verhältnisse, ist die zwischen ihnen angestellte Vergleichung unwahr durch und durch. Für die Ungarn handelte es sich der Hauptsache nach darum, eine tausendjährige, in Fleisch und Blut der Nation übergegangene, staatliche Existenz zu retten, für welche es, nach allen vorangegangenen Erfahrungen, keine andere Sicherheit gab, als die Wiederherstellung der reinen Personalunion mit dem übrigen Oesterreich. Dieser Zweck hatte seinen Ausdruck in der aus der Revolution von 1848 hervorgegangenen Verfassung gefunden, auf deren wesentlichen Inhalt Ungarn also nicht verzichten konnte, ohne seine ganze Zukunft preiszugeben. Daß unsre Zukunft dagegen durch den Inhalt der Reichsverfassung bedingt sei, wird auch der verschrobenste Kopf sich nicht einreden wollen. Ferner: der Werth der ungarischen Verfassung, das heißt die rettende Natur der Personalunion, war dem historisch-politischen Verständniß, oder doch dem lebendigen nationalen Instinkt des ganzen Magyarenthums, bis in dessen untersten Klassen hinein, sehr leicht einleuchtend zu machen, während bei uns, in Bezug auf die Reichsverfassung, eine ähnliche Aufgabe aus tausend Gründen von Haus aus unlösbar war. Mit einer Handvoll theoretischer Parteigänger aber führt man kein Verfassungswerk vom Papier aus in das Leben, auch wenn Wind und Wellen weniger ungünstig sind, als in dem gegebenen Falle. Endlich, um noch einen Unterschied zwischen Deutschland und Ungarn hervorzuheben, welcher jeder Vergleichung zwischen dem Verhalten beider zu der Verfassungsfrage vollends den Boden ausschlägt, endlich hatte Ungarn bei seinem passiven Widerstande, gegenüber dem österreichischen Absolutismus, nichts in der Welt mehr zu verlieren, da ihm bereits Alles genommen war, was man ihm nehmen konnte, während für Deutschland bei der Ablehnung der ihm jetzt gebotenen Gelegenheit der beste Theil dessen auf dem Spiele steht, was es an nationalpolitischen Gütern besitzt. Welcher gewissenhafte Patriot unter uns würde auch nur die Verantwortlichkeit für den Zeitverlust auf sich nehmen wollen, welchen das von der „Volkszeitung" befürwortete Verfahren in Beziehung auf sich bringen müßte, für den Zeitverlust in einer Lage, in welcher jeder für die Consolidirung unsrer staatlichen Verhältnisse gewonnene Tag von unschätzbarem Werthe ist! Daß damit nicht gesagt sein soll, der Reichstag habe blindlings zuzugreifen, dagegen bedarf es keiner weitern Verwahrung, nach Allem was in unserem Blatte über die gegebene Gränze des Entgegenkommens und der Nachgiebigkeit des Norddeutschen Parlaments bereits gesagt ist. Wie für das Parlament aber, so giebt es auch für die preußische Regierung Bedingungen, deren Erfüllung nach Zeit und Umständen und Persönlichkeiten unmöglich ist, und solche Bedingungen im Namen irgendwelchen Prinzips aufzustellen, wie die „Volkszeitung" es verlangt, könnte vielleicht die Sache eines polnischen, in der heutigen Lage der Dinge aber nimmermehr die eines deutschen Reichstages sein.

Ein anderes Berliner Blatt, die „Zukunft", betreibt den

Digitized by Google

Widerspruch gegen die Forderungen der politischen Vernunft mit weniger Methode, aber dafür mit desto größerer Virtuosität. Was die „Zukunft“ eigentlich will, ist sehr unklar; gewiß ist nur, daß sie nicht will, was die Gegenwart kann. Der souveräne Tadel gegen Männer und Maßregeln scheint ihr eigentliches Lebenselement zu sein. Wie dem Pöbel Duckeine französischen Angedenkens, gilt ihr jeder persönliche Verkehr der Volksvertreter mit dem Könige und den Ministern für den ersten Schritt zum Abfall und Verrath von patriotischer Tugend und Pflicht. „Die Sphäre des Hofs, sagt sie, und die Sphäre des deutschen Bürgerthums sind zwei verschiedene Welten, die nichts mit einander gemein haben, als das gleich starke Interesse der gegenseitigen Vernichtung.“ Ein solches Wort begreift sich im Munde oder in der Feder von Leuten, deren Politik erst auf den Trümmern der heutigen staatlichen Welt in Handlung treten will und kann. Solche Leute haben Recht, wenn sie die Schwelle der Machthaber meiden, sie würden aber auch allerdings im Parlamente schwerlich an ihrem Platze sein. Auch innerhalb des politischen Wirkungskreises der Gegenwart mag es Männer geben, deren Naturanlage und Geschmack sich gegen persönliche Berührungen sträubt, die vielleicht ihrem Selbstgefühl einen gewissen Zwang auflegen. Nichts aber ist widersinniger, als solche individuelle Stimmungen zur Regel des öffentlichen Lebens machen zu wollen. Im Verfassungsstaate sind vielmehr die Volksvertreter und die Machthaber der Art auf einander angewiesen, daß die Beschränkung ihrer Gemeinschaft auf den Parlamentssaal das sicherste Merkmal ungesunder Zustände ist. Wenn der Verfassungsstaat selbst ein lebendiges Ganze ist, oder doch sein soll, so ist ein schroffer Gegensatz zwischen den verschiedenen Gliedern der Staatsgewalt, ein feindseliges Fernhalten derselben von einander, eine Unnatur, die von Verkrüppelung zeugt, oder zur Verkrüppelung führt. Freilich, das bisherige Bismarck'sche Regiment war nicht danach angethan, um die Männer des Konstitutionalismus auf einen freundschaftlichen Fuß mit denselben zu stellen; daß aber die Ausgleichung und Versöhnung auf dem Boden der neuen Verhältnisse ernstlich und aufrichtig wenigstens versucht werde, das entspricht jeden Falls den höchsten Interessen des öffentlichen Wesens und ist eine unabweisliche Forderung der patriotischen Pflicht. Jede persönliche Annäherung jener Art mit mißtrauischen Blicken zu belauern, ist eine Armseligkeit, die Niemand zur Schaam gereicht, als dem, der sich ihrer schuldig macht. Wer Ursache hat, eine gute Meinung von sich selbst zu haben, wird ohne triftige Ursachen auch die Andern nicht beargwöhnen.

Um nicht zu weitläufig zu werden, wollen wir uns darauf beschränken, noch ein Wort über zwei Frankfurter Blätter hinzuzufügen, welche einander in gehässiger Behandlung der Verfassungsfrage den Rang abzulaufen suchen. Daß in Frankfurt die Verbitterung des vorigen Sommers noch stark nachwirkt, ist natürlich, und daß das: „weß' Brod ich esse, deß' Lied ich singe“, in einer Handels- und Börsenstadt auch von den Zeitungen gilt, versteht sich von selbst. Indessen, auch eine rechtmäßige Leidenschaft hat doch ihre verunkünftigen Gränzen, insbesondere bei Leuten, welche sich aufs Rechnen verstehen, und ebenso gibt es für den Mitbewerb um die Gunst des Publikums bei uns immerhin gewisse Regeln der Schicklichkeit, über die man sich nicht ungestraft hinwegsetzt. Für die Frankfurter Presse jedoch scheinen jene Gränzen und diese Regeln nicht vorhanden zu sein. Ihr Ehrgeiz geht in dem Wettefer auf, den Groll des großen Haufens zu kitzeln, und die Schadenfreude desselben zu ihrem Vortheil auszubeuten. Was dabei für die öffentliche Sache herauskommt, ist ihrem Patriotismus gleichgültig. Aus selbstverständlichen Gründen läßt sie, was Herr v. Bismarck, General Manteuffel u. s. w. gesündigt haben mögen, vorzugsweise Leute büßen, die an dem Thun und Lassen der preußischen Regierung so unschuldig sind, wie die Frankfurter selbst. Die Fortschrittspartei insbesondere und der Nationalverein müssen herhalten für die preußische Politik, welche sie zwar nicht gewollt haben, die sie nicht verhindern konnten und die rückgängig zu machen sie nicht im Stande waren, auch wenn sie es als vernünftige Männer hätten wollen können. In diesem Sinne überbietet die „Frankfurter Zeitung“ sich selbst in einem Artikel, welcher mit einer Anzahl der namhaftesten Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der deutschen Bewegung gestanden, ins Gericht geht und mit dem Todesurtheil gegen dieselben endigt. Ehe es besser werden kann in Deutschland, sagt die Frankfurter Zeitung, „müssen diese Menschen aus der Welt“! Das gilt zunächst von dem Herrn v. Bennigsen, Miquel, Metz, mittelbar aber auch von allen ihren Gesinnungs- und Kampfgenossen. „Sie müssen aus der Welt“! Natürlich, um Platz zu schaffen für bessere Männer. Wer oder wo aber sind die zu ihrer Nachfolge berufenen Candidaten? Etwa im Büreau der Frankfurter Zeitung? Oder an der Frankfurter Börse? Oder in den Frankfurter Wahlkollegien? — Nehmen wir als die größere Wahrscheinlichkeit an, daß sie erst noch geboren werden sollen. Bis dahin sollte man doch also auch die bisherigen Führer der Bewegung leben lassen, wäre es auch nur zum dürftigen Nothbehelf. Vorausgesetzt, daß nicht etwa Herr Hampelmann sich entschließt, in die leer gewordene Stelle einzutreten.

Herr v. Bismarck, wie gesagt, mag sich Glück wünschen zu Mitarbeitern dieses Schlages.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

L Seitdem Nord und Süd äußerlich getrennt sind, fühlen sich alle patriotischen Herzen auf beiden Seiten des Trennungsstriches nur um so mächtiger zu einander hingezogen, und suchen nach Mitteln und Gelegenheiten, um den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß wir uns weniger als jemals entfremdet sind. Das zeigt sich auf eine sehr erfreuliche Weise an der Thätigkeit für die Rettung Schiffbrüchiger, die südlich vom Main eigentlich erst Boden gewonnen hat, seitdem die deutschen Küsten einem andern politischen Verbande angehören. Aber freilich sind nicht diejenigen die Träger dieser zugleich humanen und nationalen Agitation, die den Mund am meisten voll nehmen von der „Zerreißung Deutschlands“ und dem „Verrath“ des Nationalvereins. Sie haben für solche Bemühungen keine Zeit und keinen Sinn. Sie müssen hindern, stören, verwirren; das Fördern, Schaffen und Ausgleichen überlassen sie andern Leuten.

Die Bestrebungen zur Rettung Schiffbrüchiger gehören auch zu den vielen an sich guten und allgemein anerkannten Dingen, die der blutige Sieg Preußens im vorigen Jahre auf ihrer Bahn mächtig vorwärts getrieben hat. Daß der König Wilhelm eingewilligt hat, das Protectorat der Deutschen Rettungsgesellschaft zu übernehmen, ist noch einer der geringeren Vortheile; obgleich es natürlich sowohl für die Opferwilligkeit gewisser ausgedehnter Kreise, wie für das mitunter nöthige Entgegenkommen der Staatsbehörden seine Bedeutung hat. Wichtiger ist diejenige Einheit der Lage und Stimmung im Norden, welche es dem Gesellschaftsvorstand überhaupt erst möglich gemacht hat, ein solches Protectorat aufs Tapet zu bringen. Als die Gesellschaft im Mai 1865 gegründet wurde, war daran schlechterdings nicht zu denken. Der bloße Vorschlag hätte die Gesellschaft sprengen können. Gegenwärtig hingegen haben die Vorstände sämmtlicher Bezirksvereine, den verschiedensten politischen Richtungen folgend, auch nicht das leiseste Bedenken gehabt, dem Vorschlage zuzustimmen.

Während so die allgemeine Deutsche Rettungsgesellschaft einen Protector bekam, verlor der ostfriesische Verein, mit der Entthronung des Königs von Hannover, den seinigen, und wurde damit das hauptsächliche Hinderniß los, welches ihn bisher abgehalten, sich der Deutschen Gesellschaft als Bezirksverein unterzuordnen. Es waren nicht lediglich die paar hundert Thaler, welche König Georg alljährlich in die Vereinskasse zahlte, was dem Verein dies Verhältniß werthvoll machte. Es waren vor Allem indirecte Vortheile. Seine Leiter befanden sich in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienst, und konnten nicht füglich ohne Zuthun von oben ihre Dienstreisen zugleich benutzen und so einrichten, um die Rettungsstationen in Augenschein zu nehmen.

Digitized by Google

Hätten sie sich der nationalen Rettungs-Gesellschaft anschließen wollen, die berüchtigte „Schleusen-Politik" hätte sie unfehlbar ereilt und den Verein mindestens vorübergehend lahmgelegt. Dem ostfriesischen Verein war es daher am wenigsten zu verdenken, wenn er, nach der Gründung der Deutschen Gesellschaft, seine Sonderstellung nicht ohne Weiteres fahren lassen wollte. Anders stand es mit dem Hamburger Verein. Diesen hielt, soweit öffentlich hervorgetreten ist, nichts sonst vom Anschluß ab, als daß er sich auf der General-Versammlung in Kiel selber nicht recht klar und beschlagen genug fühlte, die Leitung an sich zu ziehen, und doch auch, vermöge des Selbstbewußtseins der „ersten continentalen Handelsstadt", nicht entschließen konnte, unter einen Bremer Vorstand zu treten.

Es versteht sich von selbst, daß weder Hamburg seine Eifersucht, noch Ostfriesland seine Abhängigkeit von der Krone Hannover jemals öffentlich eingestanden hat. Oeffentlich kämpften sie mit andern Gründen, mit Bedenken gegen eine zu weit gehende Centralisation überhaupt, die sie kostspielig und unzweckmäßig fanden. Sie vertraten gegen das Princip des Bundesstaats gewissermaßen das Princip des Staatenbundes, gegen die einheitlich geleitete und verfaßte nationale Gesellschaft eine lose verbindende Vereinigung selbständig fortbestehender souveräner Vereine. Indessen bedurfte es nicht erst des Sieges bei Königgrätz, um auf dem Gebiet des Rettungswesens das bundesstaatliche Princip triumphiren zu lassen. Die Centralisation hat allerdings die Aufgaben vermehrt, aber nur, weil sie höhere Leistungen hervorgerufen, und hat die Leistungen in bei Weitem stärkeren Verhältniß vermehrt, als die Ausgaben. Erst durch die Bildung einer allgemeinen Rettungs-Gesellschaft ist es möglich geworden, weite binnenländische Kreise für die Sache zu erwärmen und in stehenden Bezirksvereinen zu dem Budget derselben dauernd heranzuziehen. Erst mit einer Contralstelle, der die ganze norddeutsche Küste gleichmäßig am Herzen liegt, werden die flüssig gemachten Mittel in jedem Augenblicke auf dem bedrohtesten und schutzlosesten Punkt geleitet. Die Ostfriesen gestehen selbst ein, in ihrem neuesten Jahresbericht, daß ihre Geber das Geld nicht gerne für andere Küsten, als die eigene ostfriesische, verwendet sähen. Das ist zwar nicht bloß engherzig, sondern auch außerordentlich kurzsichtig, denn ostfriesische Seefahrer können ebenso leicht an der schleswigschen oder pommer'schen Küste in Lebensgefahr gerathen, wie an derjenigen ihrer heimischen Provinz. Aber es spricht doch, wenn es so ist, stärker als irgend etwas für eine vertheilende und ausgleichende Centralisation, da keineswegs alle Uebergegenden in dem Maße ihrer Gefährlichkeit für die Schifffahrt auch von Menschen bewohnt werden, welche Willens und Vermögens sind, für Rettungsboote oder Raketenmörser zu sorgen. Einen schlagenden Beleg für diesen Satz bieten die westfriesländischen Inseln. Der Schiffsverkehr, welchen ihre Sandbänke vorzugsweise bedrohen, ist derjenige der Elbe. Dem reichen Hamburg, sollte man annehmen, hätte es am wenigsten schwer fallen können, hier ergänzend einzutreten und die nöthigen Rettungsanstalten herzustellen, an deren Wirksamkeit sie in so hohem Grade interessirt sind, während die Insulaner, vermöge der noch immer nicht ganz ausgestorbenen Gewohnheit des Strandrechts, eher in der entgegengesetzten Gemüthsverfassung sein mochten. Allein der Hamburger Verein ist nicht im Stande gewesen, Sytt und Amrum mit Rettungsstationen zu versehen. Er hat das der deutschen Gesellschaft überlassen, der er sich bisher nicht anschließen wollte, weil ihre Centralisirung der Sache unzweckmäßig und kostspielig sei! Auf so schwachen Beinen stand dieser Particularismus am verkehrtesten Orte. Die eigentlichen Kosten der Centralisation sind nicht der Rede werth; sie tragen mehr als hundertfältige Zinsen in der nach allen Seiten hin gerichteten anregenden Thätigkeit des Präsidenten und des Generalsecretärs, unter der die Beiträge sich von dem einen Jahre zum andern regelmäßig vervielfachen. Aber auch in Bezug auf die Technik des Rettungswesens hat sich die Zusammenfassung der schwachen und zerstreuten Bestrebungen in eine große einheitliche Gesellschaft bereits bewährt, denn durch sie, und sie allein, ist nicht nur die Rettungsweise durch Raketenleinen wesentlich vervollkommnet, sondern auch auf einer Danziger Werft das Muster eines Rettungsboots hervorgerufen worden, das ein praktisches deutsches Modell neben diejenigen der Engländer, Amerikaner, Dänen und Holländer stellt. Eben jetzt ist dieses deutsche Rettungsboot nach Paris abgegangen, um dort auf der Weltausstellung Deutschland, als an einer der edelsten Bestrebungen der Gegenwart würdig betheiligt, zu repräsentiren.

Der ostfriesische Verein hat nun am 1. März beschlossen, in Unterhandlungen zu treten, um zu sehen, ob er nicht, entweder gemeinsam mit dem Hamburger Verein und einem ebenfalls für sich bestehenden, ziemlich unbedeutenden Verein in Stralsund, oder auch allein der Deutschen Gesellschaft unter solchen Bedingungen beitreten könne, welche einer Beeinträchtigung seiner gedeihlichen Wirksamkeit vorbeugen. Als solche Bedingungen bezeichnet die Direction in ihrem Jahresbericht zwei Aenderungen in den Gesellschafts-Statuten, durch die den Küsten-Bezirksvereinen eine größere Quote ihrer Einnahmen zu freier eigener Verwendung überlassen, und die Zuständigkeit des Gesellschaftsvorstands schärfer begrenzt, vielleicht auch etwas eingeschränkt werden würde. Beide Forderungen haben insofern etwas für sich, als sie von einem Verein erhoben werden, der länger als irgend ein anderer in Deutschland besteht und eine verhältnißmäßig große Zahl von Stationen aus eigener Kraft ins Leben gerufen hat. Der Gesellschaftsvorstand wird daher voraussichtlich gern auf die Verhandlungen über diese zwei Punkte eingehen. Im Allgemeinen freilich hat der Anschluß der Landesvereine heute lange den moralischen Werth nicht mehr, den derselbe noch vor einem Jahre gehabt hätte; die Gesellschaft ist inzwischen den vor ihr und neben ihr bestehenden Einzelvereinen völlig über den Kopf gewachsen. Dagegen sind die Gründe weggefallen, welche wenigstens den ostfriesischen Verein bisher auch in den Augen Unbefangener rechtfertigen oder entschuldigen mochten, wenn er draußen blieb, welche daher diesem Fortbestehen von Sondervereinen überhaupt noch eine gewisse Stütze gewährten, und wenn behufs von ihnen dieser Augenblick nicht alles Ernstes ergriffen wird, um ihren Frieden mit den Trägern der allgemeinen Bewegung zu machen, so wird der Vorwurf unbrechtigter Sonderdünkelei, ohne Abzug und Hülle, auf ihnen haften bleiben. Es ist daher zu hoffen, daß der nächsten Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger — die diesmal auch süddeutsche Abgeordnete in ihrer Mitte sehen wird — angekündigt werden kann, die bisher noch draußenstehenden Vereine seien in die nationale Gemeinschaft eingetreten und wollen fortan, ohne verdächtigen Vorbehalt, der Gesammtthätigkeit des edlen Unternehmens ihre Kräfte widmen.

Zeitungsschau.

„Die Stuttgarter Militärconvention der Südstaaten begeistert den schwäbischen „Beobachter" zu cattilinarischen Donnerworten. „So haben sie's denn also gewagt, ruft er aus, die Minister der vier gesklagten Staaten, sich zusammen zu thun und die Errungenschaften des vorigen Sommers, die Errungenschaften des vorigen Sommers zu benützen, um die einmaligen Kosten äußerstenen Umweisheit zu verwandeln in eine dauernde Rente von Hab und Leben! — Gewagt, ihren Bevölkerungen anzuklagen, daß sie jeden friedlichen Fortschritt in Volkswirthschaft, Volksbildung, Volkssreiheit dran geben sollen, um unter ihren ministeriellen Händen sich würdig zu bereiten — als baldige Opfer für den Corporalsstaat der Hohenzollern! — Gewagt, den Krieg, den gegen ruchlose Gewalt zu führen die wünschenswerthe und primäre Unfähigkeit nicht ausreichte, nun die heimzutragen in die eigenen Länder, in die gesegnetsten Gauen bürgerlichen Fleißes, in den stillen Frieden ländlicher Hütten!"

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 97. Heidelberg, den 28. März. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. April beginnende II. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins“ einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf daſſelbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden iſt.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei direktem Bezug von der Expedition, ausſchließlich des Porto's, 36 kr. oder 10½ Sgr. Inſerate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltſpaltige Petitzeile berechnet.

Einſendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anſtändig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im März 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die mediatiſirten Fürſten im Dienſte der Nation. — Schutz- und Trutzbündniß mit den Südſtaaten. — Offenburger Verſammlung. — Aus Preußen. — Aus Thüringen. — Aus Erlangen. — Der Norddeutſche Bund und Baiern. — Zeitungsſchau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 26. März.

*Durch das Schutz- und Trutzbündniß mit den ſüddeutſchen Staaten wird für den Augenblick ſelbſt der Reichstag in Schatten geſtellt. Alle Welt erkennt in dieſem Vertrage eins der wichtigſten Glieder in der Reihe der großen Ereigniſſe des vorigen Jahres, den Uebergang von dem Norddeutſchen Bunde in das ſtaatliche Geſammtdeutſchland. Die Bekanntmachung des Bündniſſes hat auf den geſunden Nationalgeiſt wie ein Stahlbad gewirkt, und den Gegnern der neuen Ordnung der Dinge in Deutſchland die letzte brauchbare Waffe aus der Hand geſchlagen. Die Oppoſition gegen den Norddeutſchen Bund, die bisher von der „Zerreißung“, der „Dreitheilung“ des Vaterlandes gelebt, hat, Angeſichts der zur Thatſache gewordenen militäriſchen Einheit von Nord und Süd, alle Faſſung verloren, und kaum noch Athem genug, um bangeerfüllte Albernheiten herauszuſtottern. Die franzöſiſche Politik iſt von der großen Nachricht wie von einem Donnerſchlage betroffen, deſſen betäubende Wirkung auch heute noch fortdauert. Nachdem man ſich in Paris wieder geſammelt, wird das Bewußtſein einer neuen Fehlrechnung des franzöſiſchen Ehrgeizes, das Gefühl einer erlittenen neuen Beeinträchtigung des franzöſiſchen Einfluſſes ohne Zweifel zu Wort und That werden, zunächſt indeſſen vermuthlich nur auf Koſten des Bonapartismus. Unſererſeits ſind wir jeden Falls in der glücklichen Lage, alle möglichen Pariſer Ereigniſſe mit Gemüthsruhe abwarten zu können, ein Vortheil, deſſen ſich Deutſchland ſeit vielen Menſchenaltern nicht zu erfreuen gehabt hat.

Unſere bisherigen parlamentariſchen Erfahrungen ſind für den Reichstag nicht verloren gegangen. Man hat gelernt, Haus zu halten mit der Zeit und Maß zu halten in Anſprüchen und Worten. Jene leidige Sucht, „europäiſche“ Reden zu halten, welche in der Frankfurter Paulskirche graſſirte, macht ſich im Berliner Parlamentsſaal kaum in leiſen Anwandlungen bemerklich. Wenn manche Mitglieder des Reichstags in den andern Frankfurter Fehler zurückfallen, die Bundesverfaſſung zu einem, das ganze Staatswesen nicht blos umfaſſenden, ſondern auch bis in die kleinſten Einzelnheiten feſtſtellenden Geſetzbuch des öffentlichen Rechts ausſpinnen zu wollen, ſo weiſt der Reichstag dieſe Beſtrebungen möglichſt kurzer Hand in die durch Zeit und Umſtände geſetzten Schranken zurück. Die Sprache der Leidenſchaft, durch welche man im Parlamente von 1848, von einer kleinen Provincialſtadt aus, die bisherige deutſche Staatswelt aus den Fugen bringen zu können vermeinte, dieſe Sprache wird in Berlin nicht gehört, obgleich ſie dort den dreiſteſten Reſonnanzboden haben würde, der in Deutſchland überhaupt zu finden iſt. Kurz, der Reichstag begreift ſeine Rolle und wird derſelben in der Hauptſache gerecht.

Der Unverſtand freilich iſt anderer Meinung und die Böswilligkeit behauptet wenigſtens das Gegentheil, wenn ſie es auch nicht glaubt. Insbeſondere wird jeder Artikel des liberalen Katechismus, welchen der Reichstag nicht in die Verfaſſung bringt, für einen Raub an der Sache der Freiheit ausgegeben. Der Reichstag wird ſich durch das Geſchrei von Thoren und Fälſchern ſicherlich nicht irre machen laſſen. Gewiß, es wäre zu wünſchen, daß jedes gute Recht des deutſchen Bürgers durch die Bundesverfaſſung ſeine ausdrückliche Gewähr erhielte; geradezu unvernünftig aber würde es ſein, ſolcher Redendinge wegen, die ſich bei der erſten beſten Gelegenheit nachholen laſſen, den Hauptzweck des Reichstags aufs Spiel zu ſetzen, wie es, nach den unzweideutigen Erklärungen der Regierungskommiſſare, geſchehen würde, wenn die parlamentariſche Initiative über die Gränze hinausgreifen wollte, welche der Verfaſſungsentwurf der Aufgabe des Bundes einſtweilen geſteckt hat. In der That hat der Reichstag in dieſer Richtung bisher eher zu viel, als zu wenig gethan, oder doch geduldet. Er hat geduldet, daß drei oder vier ſeiner Sitzungen

Digitized by Google

großen Theils durch Verhandlungen über Anträge ausgefüllt wurden, die lediglich auf Mecklenburg berechnet waren, die Mecklenburg mit diesem oder jenem Rechte ausstatten, von dieser oder jener Last befreien sollten, welche im übrigen Deutschland gar nicht in Frage stehen. Alle Ehre der guten Absicht, den siechenden Sumpf der mecklenburgischen Staatszustände durch einen parlamentarischen Windstoß in heilsame Bewegung zu setzen; doch will aber wird man es mit dem, was zu solchem Behufe gerühren, für dies Mal bewenden lassen und einem an sich sehr rechtmäßigen partikularistischen Zwecke keine weiteren Opfer auf Kosten des deutschen Gesammtinteresse bringen.

In seiner unliebenswürdigsten Gestalt macht sich der Partikularismus auf der sächsischen Bank des Reichstags breit. Augenscheinlich suchen diese Herren etwas ganz Besonders darin, ihren Lokalpatriotismus, ihre Stammeseigenthümlichkeit, ihre legitimistische Gesinnung auf der Rednerbühne glänzen zu lassen. Namentlich der sächsische Abgeordnete Herr Sachse aus Sachsen wußte seiner sächsischen Vaterlandsliebe und der Begeisterung für sein „Vaterland" Sachsen zu einem so eindringlichen Ausdruck zu verhelfen, daß dem Reichstage die Ohren noch lange davon gellen werden, und daß sich manchem seiner Zuhörer wahrscheinlich das Herz im Leibe herumgedreht hat. Indessen, auch solche Absonderlichkeiten gehören zur Vollständigkeit des parlamentarischen Abbildes der Nation, in welchem sie einen ähnlichen Platz ausfüllen, wie gewisse Figuren und Scenen in den historischen Dramen Shakespeares.

Die mediatisirten Fürsten im öffentlichen Dienst der Nation.

L Auf einem Familientage des fürstlichen Hauses Hohenlohe, sagt man, sei bald nach dem vorjährigen Kriege beschlossen worden, fortan mit allen zu Gebote stehenden Mitteln am öffentlichen Leben der Nation Theil zu nehmen. Die Folgen dieses Beschlusses haben jedenfalls nicht auf sich warten lassen. Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst ist bayerischer Ministerpräsident geworden, und hat alsbald Süddeutschland vermocht, einen Strich dem vereinigten Norden entgegenzuthun. Sein älterer Bruder, der Herzog von Ratibor, und sein Vetter, der Herzog von Ujest, sind in den norddeutschen Reichstag gewählt worden und haben dort mit dem Grafen Bethusy-Huc eine gemäßigt conservative, oder national-conservative Fraktion gebildet, an deren Spitze der Letztgenannte steht, zugleich erster Vicepräsident des Reichstags.

Entschluß und Ausführung verdienen wohl etwas mehr Aufmerksamkeit, als ihnen im Gedränge spannender Ereignisse bisher hat zu Theil werden wollen. Deutschlands hoher Adel hat mit den politischen Bestrebungen der Nation lange auf sehr gespanntem Fuße gestanden. Er konnte sich nicht gut in die Vorstellung finden, daß die historischen Vorgänge, welche ihm die Souveränität gekostet hatten, notwendig und dem Ganzen höchst heilsam gewesen seien. Die Mehrzahl seiner Mitglieder saß daher schmollend auf ihren Schlössern und belästigte von Zeit zu Zeit den armen Bundestag mit Beschwerden, daß diese oder jene Regierung die von Europa anerkannte Stellung der Mediatisirten nicht hinlänglich achte. Wo sie sich einmal in das niedere Treiben der Welt um sie her einmischten, geschah es gewiß, um der Freiheit oder den nationalen Interessen einen Streich zu spielen. Den letzteren waren sie schon deshalb feindlich, weil in ihrem Namen Schriftsteller, ohne Respect und Pietät, die Mediatisirungen schlechthin für gerechtfertigt erklärten. Gegen die Freiheitstendenzen der Zeit mußte ihre ganze Denkungsweise sie einnehmen. Ihre Vorfahren hatten auf dem ihnen gehörenden Fetzen Landes unumschränkt regiert, aber nicht immer ganz unbehelligt durch das Gerede ehrgeiziger Advokaten und Professoren von Menschenrechten und dergleichen; sollten sie nun auf die Seite solcher Unruhestifter treten in Tagen, wo deren Forderungen das Maß des vorigen Jahrhunderts weit überschritten, auf nichts Geringeres als Steuernbewilligungsrecht und Antheil am landesfürstlichen Regiment hinauliefen? Neben dem weltlichen Absolutismus unterstützten unsere Standesherren nicht weniger entschlossen den geistlichen der katholischen Kirche, der ihnen im neunzehnten Jahrhundert, noch ebenso wie früher, wenn auch in beschränkterem Umfang, Theilnahme an seiner Macht und seinen Ehren in Aussicht stellte. So finden wir denn, Jahrzehnte hindurch, den ganzen persönlichen Einfluß dieser vorzugsweise bofhabigen Kaste, soweit er überhaupt ausgeübt wurde, der Reaction in jeglicher Gestalt zur Verfügung gestellt. Wo es eine Verfassung zu untergraben, einen Staatsstreich zu machen, ein volksthümliches Ministerium zu beseitigen, eine tapfere Kammer mit Schimpf und Schande nach Hause zu schicken, ein Concordat mit dem Papste abzuschließen, die Jesuiten ins Land zu rufen galt, da konnte man, zwischen 1815 und 1866, ziemlich sicher sein, daß Fürsten und Grafen vom mediatisirten Adel die Hand im Spiele hatten. Umgekehrt waren sie, ihre Sitze in den Landtagen einzunehmen, durchschnittlich viel zu vornehm. Sogar im preußischen Herrenhause standen ihre Stühle meistens leer, und statt der „großen Herren" trieben die „kleinen Herren" dort ihr klägliches Wesen.

Erst seit dem Jahre 1848, oder wenig früher, vernahm man mitunter von ehrenwerthen Ausnahmen. Es tauchten einzelne Standesherren auf, die, wie der Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein, einen ziemlich weitgehenden Liberalismus zur Schau trugen, oder, wie der Graf Leiningen, zur Verbesserung des nationalen Organismus Hand anlegten. Andere, z. B. der Fürst Solm-Lich und der Graf Solms-Laubach, begannen sich mit Ernst und Ausdauer in einem gemäßigt freisinnigen und bürgerfreundlichen Geiste den Gesetzgebungs-Arbeiten kleiner Landtage zu widmen. Vom Fürsten Wied erfuhr man, daß er die Laufbahn seines Freundes Roggenbach als nationaler Staatsmann, in wie außer dem Amte, mit aufmerksamer Theilnahme, wenn auch unthätig verfolge. Kurz, zerstreute Spuren eines bewußtheidenden Umschwungs machten sich bemerklich. Eingeweihte flüsterten dann auch, was die Standesherren abhalte, zahlreicher und beharrlicher in den Ersten Kammern zu erscheinen, sei insbesondere, theils der Ekel an dem blanken Servilismus des Junkerthums, das sich in diesen Sälen spreize, theils ein gewisses natürliches Grauen vor den ermüdenden Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Aufgaben von „Staaten", die nicht viel größer waren, als ihrer eigenen Familie liegender Besitz.

Die nächsten Jahren werden lehren, ob diese Entschuldigungen guten Grund gehabt haben. Für jetzt genügt es, auf die Bedeutung hinzuweisen, welche das Hervortreten einer Anzahl großer Gebietene aus ihren Schmollwinkeln für unsere gegenwärtige Lage hat. Dem augenblicklich versammelten Parlament gibt ihre Betheiligung, hindurchgegangen durch die allgemeine und geheime Wahl der Massen, von gewissen Gesichtspunkten aus einen außerordentlich erweiterten Hintergrund, wenn man es mit seinen Vorgängern von 1848 und 1851 vergleicht. Zu Frankfurt war der Adel überhaupt kaum repräsentirt, wenigstens der politisch wichtigere norddeutsche Adel nicht; in Erfurt nur der niedere Adel, und dafür fehlten andererseits dort die demokratischen Massen, die schon mit den Niederlagen des Jahres 1849 vom Schauplatz abtraten. Was aber von der vornehmen Welt im Parlamente fehlte, das enthielt sich darum noch nicht alles Einflusses auf das nationale Verfassungswerk. Der hohe Adel erhob seine Stimme an den Höfen; und da das Parlament naturgemäß weder seine Sympathien noch seine Interessen sonderlich berücksichtigt hatte, so klang die Stimme schneidend bitter, wie die eines Todfeindes. Auf dieses schwere, weil unsichtbare und unerreichbare Hinderniß wird das Werk des versammelten norddeutschen Reichstags nicht stoßen. Eine Verschwörung des hohen Adels gegen seinen Vollzug gehört nicht zu den seiner noch wartenden Gefahren. Es wird vielleicht versucht werden, den Standesherren in einem norddeutschen Oberhause erbliche Plätze, neben den heute noch souveränen Fürsten, zu erobern; aber wenn der Versuch mißlingen sollte, so braucht man sich darum noch nicht auf eine allgemeine Deserion in diesem

Digitized by Google

Theile des Lagers gefaßt zu machen, so werden sich die nach parlamentarischen Lorbeeren lüsternen Fürsten und Grafen eben auch fernerhin um die Gunst des allgemeinen Stimmrechts bewerben, das sich ja schon diesmal gegen hochgeborene Freier so wenig spröd bewiesen hat.

Das fürstliche Haus Hohenlohe ist allerdings nicht etwa als der förmlich beauftragte und bevollmächtigte Mandatar der mediatisirten Familien anzusehen. Aber es ist wohl geeignet, den übrigen mit gutem Beispiel voranzugehen. Seine preußischen Mitglieder sind Männer von Ansehen und Einfluß in Berlin und Potsdam; sein Mitglied unter den bayerischen Reichsräthen ist vielleicht der einzige Mann, der augenblicklich in München eine nationale Politik mit leidlichem Glücke durchzuführen vermag. An dem jungen Herzog von Meiningen, dessen Gemahlin eine Hohenlohe-Langenburg ist, haben sie einen Verwandten unter den norddeutschen Bundesfürsten, der bereit zu sein scheint, für nationale Ideen die Initiative zu ergreifen. Nachdem alle diese Männer einmal das traurige Zurückstehen in eine für immer entschwundene Vergangenheit aufgegeben, sich der Zukunft zugewandt, und entschlossen haben, bei der Nation in einen ihrer würdigen, unabhängigen Dienst zu treten, werden die natürlichen Vorzüge ihrer Stellung rasch zur Geltung gelangen. Ein großer Besitz hebt sie über den Reiz hinweg, den hohe Staatsposten für mittellose und nicht sehr charaktervolle Menschen oft entwickeln, oder mindestens im Verdacht stehen zu entwickeln. Ihre sogenannte Ebenbürtigkeit mit den Monarchen erlaubt ihnen einen freieren Ton, als den meisten andern Staatsmännern gelingt. Sie finden leichter und sicherer unumschränkten Zutritt ins Cabinet des Staatsoberhaupts; ihre Verbindungen gewähren ihnen Stützen und schließen ihnen Canäle auf, die der übrigen Menschheit, auch noch oberhalb des Barons, in der Regel fehlen.

Diese politischen Vorzüge des Hochadels — wie die Wiener Zeitungen ihn zu nennen lieben — sollen also jetzt auch für Deutschlands nationale Aufgabe nutzbar werden. Auf zwei wichtigen Schauplätzen werden wir zu gleicher Zeit Gelegenheit haben, ihren praktischen Werth zu erproben. In München soll Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst zeigen, ob er aus den Vortheilen seiner bevorzugten socialen Stellung und Verwandtschaft genug zu machen weiß, um im Interesse der edelsten Sache, die es geben kann, dem gemeinsamen Sturmlauf der Ultramontanen, der Partikularisten und der geschworenen Anhänger Oesterreichs mit nachhaltigem Erfolge die Spitze zu bieten. In Berlin werden wir sehen, ob die Fürsten- und Grafen-Fraktionen der Herzoge von Ujest und Ratibor sich nur deßhalb von der Kreuzzeitungspartei abgezweigt hat, um mehr unter sich zu sein, oder deßhalb, damit zwischen Conservativ- und Reaktionär, zwischen Loyal und Servil endlich einmal ein erkennbarer Strich gezogen und eine national-conservative Partei ins Leben gerufen werde, die vor jedem Rückfall in die Stahl-Gerlach'schen Lehren von der Solidarität der politischen Interessen bewahrt ist. Diese Fraktion hat augenscheinlich ein Stück von dem Schicksale der Verfassung und des Bundes in ihrer Hand. Gibt sie sich dazu her, mit der äußersten Rechten und einigen andern zerfleuten Elementen eine Mehrheit weniger Stimmen für die unverändert Annahme des Entwurfs, auch in seinen unhaltbaren Partien, zu bilden, so hat sie das Ihrige gethan, um eine unheilvolle Entwicklung der Dinge einzuleiten. Bewährt sie, umgekehrt, Selbständigkeit und eignen Willen, rechtfertigt sie ihre formelle Absonderung von der Rechten durch eine grundsätzliche Verschiedenheit des Auftretens, neigt sie sich mehr der Mitte zu, wo die national-liberale Partei ihr unfehlbar bereitwillig entgegenkommen würde, um gemeinsam gute und sichere Compromisse zu finden, so wird sie einen ehrenvollen Antheil an dem Ruhm des Gelingens und an der Dankbarkeit des deutschen Volkes davontragen.

Das Schutz- und Trutzbündniß.

Mit der Veröffentlichung des bayerischen und des badischen Vertrags hat Graf Bismarck zwei Gegnern auf einmal geantwortet: Herrn Rouher, dem französischen Minister, und Herrn v. Carlowitz, dem Diplomaten der früheren parlamentarischen Opposition. Dem Letzteren wird es als deutschen Patrioten lieb sein, daß er eine solche Beschwichtigung seiner Zweifel, ob der vorjährige Sieg auch wohl hinlänglich ausgenutzt worden sei, erhalten konnte. Herr Rouher hat die Vorwürfe des Herrn Thiers gegen die friedfertige Politik des Kaisers Napoleon scharf und schlagend zurückgewiesen, aber er konnte sich doch nicht versagen, die nationale Eitelkeit mit der Vorstellung zu kitzeln, daß Frankreichs bloßes Wort Preußen genöthigt habe, auf seiner Siegeslaufbahn einzuhalten. Durch diese schmeichelhafte Auffassung der Sache zieht die Veröffentlichung des „Staatsanzeiger" nun einen grausamen Strich. Graf Bismarck hat sich den französischen Staatsmännern auch darin um Haupteslänge überlegen gezeigt, daß er sich leicht von ihnen bewegen ließ, auf eine erdebliche Abrundung bayerischen Gebiets zu verzichten, dafür dann aber einen Vertrag einzugehen, der das beiderseitige Gebiet verbürgt und die bayerischen Truppen im Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl stellt. Wie viel besser wäre es nun, im Sinne der alten französischen Politik, gewesen, man hätte Preußen nicht abgehalten, sich auf Kosten Bayerns zu erweitern! Dann wäre eine lang nachwirkende Bitterkeit auf süddeutscher Seite die Folge gewesen; nicht bloß ein solcher förmlicher Garantie- und Unterordnungsvertrag, sondern auch Bestrebungen, wie die des Fürsten Hohenlohe, wären wahrscheinlich auf manches Jahr hinaus unmöglich gewesen.

Diese Angelegenheit und namentlich die militärische Uebereinkunft der Südstaaten gewinnt durch die Veröffentlichung der geschlossenen Verträge nun auch erst das rechte Licht. Es zeigt sich, daß das Vertrauen gerechtfertigt war, welches von Norddeutschland her den Absichten und Hintergedanken des Fürsten Hohenlohe entgegenkam. Mit jenen Verträgen in der Tasche konnte Preußen einem engeren militärischen Aneinanderschließen der Südstaaten ruhig zusehen. Es war der beiden wichtigsten von ihnen für alle Fälle sicher: desjenigen, der, allein genommen, mächtiger ist, als die drei übrigen insgesammt, und desjenigen, dessen Gebiet gewissermaßen die Rampe bildet, auf welcher Frankreichs martialische Colonnen bei einem neuen Kriegszuge gegen Deutschland am leichtesten versuchen würden auszusteigen. Dadurch ist verbürgt, daß nicht ein noch so kleiner Theil der süddeutschen Militärmacht im Entscheidungskampfe auf Frankreichs Seite fechten wird. — Dieser Entscheidungskampf aber, steht er denn wirklich bevor oder nicht? Uns däucht, die Lust ist wieder angefüllt von Wölkchen eines Pulverdampfes, der sich von Schlachtfeldern der Zukunft, nicht allzuweit vom Rhein, erhebt. Bedrohlicher als alles Andere klingt in dieser Beziehung das Gerücht, das herumgeflüstert wird: Frankreich beabsichtigt, Nizza an Italien zurückzugeben. Die Nizzarden sind allerdings heute noch so wenig gute Franzosen, wie vor sieben Jahren, aber ausfliehen wird man sie dem Vaterlande ihrer Wahl natürlich doch nur dann, wenn ein höheres Gut, Italiens Bündniß gegen das werdende Deutschland, dafür einzutauschen wäre.

Volksversammlung in Offenburg.

Nicht die Wichtigkeit des Vorganges, sondern die örtliche Nähe des Schauplatzes veranlaßt uns zu den nachfolgenden Bemerkungen über eine am vorigen Sonntag in Offenburg abgehaltene Volksversammlung. — Es handelte sich darum, im Lande Baden, nach wiederholten vergeblichen Versuchen, endlich einmal eine Kundgebung im Sinne der würtembergischen sogenannten „Volkspartei" zu veranstalten. Zu diesem Zwecke war von den Herrn Welcker und von Feder, unter Mitwirkung einiger Männer wenig bekannten Namens, auf den 17. d. M. eine Versammlung nach dem der Mitte des Landes nahe gelegenen Offenburg berufen, an der sich, außer den oben Genannten, die Herren Grün, Venedey, Prof. Röder aus Heidelberg und ein Publikum von drei bis achthundert Personen — zwischen diesen Zahlen schweben die Angaben — betheiligten.

Digitized by Google

Der auf die deutsche Verfassungsfrage gerichtete Beschluß der Offenburger Versammlung beginnt mit den Worten: „Der veröffentlichte Entwurf einer norddeutschen Bundesverfassung entspricht weder dem Einigungs- noch dem Freiheitsbedürfnisse des deutschen Volkes. Dasselbe verlangt eine Verfassung, welche alle deutschen Stämme verbindet“ u. s. w. Mit dem Inhalt dieses Vordersatzes hat es seine Richtigkeit, insofern damit gesagt sein soll, daß der Verfassungsentwurf die fraglichen Nationalbedürfnisse nicht befriedigt; Hr. v. Bismarck selbst würde schwerlich das Gegentheil behaupten. Allerdings, es wäre sehr bequem, wenn die deutsche Nation aus ihrer bisherigen Lage, die nicht näher gekennzeichnet zu werden braucht, ohne Weiteres in einen befriedigenden Zustand versetzt würde, ohne andere Mühe und Arbeit, als die Annahme einer ihr für und fertig dargereichten Verfassung. Unglücklicherweise aber pflegt ein solcher Wechsel in den Schicksalen der Völker nicht so rasch und glatt zu verlaufen, und so wird denn wohl auch Deutschland darauf angewiesen sein, im Schweiße seines Angesichts das Verfassungswerk zu vollenden, das von andern Leuten angefangen worden ist. Der Norddeutsche Bund ist freilich nicht das zeitigte Deutschland; da er nun aber einmal so gut wie fertig dasteht, so sollte man meinen, daß das Einheitsinteresse der Nation mit aller Macht dahin dränge, die Gränzen des Bundes bis an die Gränzen Deutschlands auszudehnen. Die Offenburger Herren indessen verstehen die Sache anders. Ausgehend von dem unbefriedigten Einheitsinteresse der Nation, kommen sie zu — der Einberufung eines süddeutschen Parlaments! Welcher Zusammenhang zwischen dem Vordersatze und der Schlußfolgerung besteht, das zu ergründen reichen die gewöhnlichen Gesetze des Denkens schwerlich aus.

Oder wäre die Ausfüllung jener Lücke vielleicht in irgend einem der Freiheitsfrage angehörigen Mittelgliede zu suchen? Ehe wir uns diese Mühe gäben, müßte man uns vor allen Dingen nachweisen, daß und warum ein Südbund der Volksfreiheit einen größeren Spielraum verspricht, als der Norbbund. Freilich, wer in dem Dalwigk'schen Darmstadt und in dem Varnbüler'schen Würtemberg — von Baiern und Baden nicht zu reden, obgleich auch über diese beiden sehr viel zu sagen wäre — wer im deutschen Süden das Land der Freiheit sieht, gegenüber dem Lande der preußischen „Knechtschaft“, dem wird kaum irgend ein Kunststück des Selbstbetrugs zu schwer sein; wir sprechen jedoch von Forderungen und Leistungen des gesunden Menschenverstandes.

Aber, wendet eine Offenburger Stimme ein, wenn der Nordbund uns auch keine andern Opfer auferlegen würde, so verlangt er doch die dreijährige Dienstzeit im Heer und eine beträchtliche Vermehrung unseres Militäraufwandes. Damit ist in der That — abgesehen von der Frage des Budgetrechtes des Reichstags — die schwächste Seite des Norddeutschen Bundes getroffen. Diese Einrede jedoch als einen hinreichenden Grund zur Verweigerung des Eintritts in den Bund zu behandeln, heißt allen deutschen Patriotismus und alles nationale Pflichtgefühl offen verleugnen, und einen Egoismus bekennen, an welchem Volk und Staat zu Grunde gehen müßte, wenn er um sich griffe. Die einheitliche Heerverfassung ist die erste Bedingung der Sicherheit unserer Nation, welche die beiden furchtbarsten Militärmächte der Welt als unmittelbare Nachbarn zur Rechten und zur Linken hat. Dieser Heerverfassung, welche bereits für drei Viertheile Deutschlands gilt, sich entziehen wollen, ist Desertion — in der heutigen Lage der Welt sogar Desertion im Angesichte des Feindes.

Die Erfahrungen des vorjährigen Krieges haben einer solchen Fahnenflucht den letzten Vorwand und die letzte Entschuldigung genommen, indem sie über allen Zweifel hinaus dargethan, daß die nothwendige Voraussetzung alles militärischen Erfolges die einheitliche Organisation und die einheitliche Führung ist. Jedes Wort über diesen Gegenstand wäre verschwendet, denn es gibt keinen Menschen von gesunden Sinnen, der in dem fraglichen Punkte noch der Belehrung bedürfte, der da heute noch den mindesten Zweifel darüber hätte, daß die Einheit in militärischen Dingen ohne allen Vergleich die Hauptsache ist und durch keinen Preis zu theuer erkauft sein kann. Ist das preußische Militärsystem in einzelnen Stücken fehlerhaft, wird die Steuerkraft des Volkes durch dessen jetzige Handhabung überbürdet, läßt es die allgemeine Wehrpflicht nicht zur vollen Wirklichkeit werden u. s. w., nun so dringe man mit allen gegebenen Mitteln auf Abhülfe; bis dieselbe aber erfolgt, verweigere man nicht, seinen Antheil an dem System mit allen seinen Mängeln zu tragen, wenn man anders den Namen eines patriotischen Mannes beanspruchr.

Wenn aber gar, wie es in Offenburg geschehen, die preußische Wehrverfassung unter Hinweisung auf die schweizerischen Militäreinrichtungen abgelehnt wird, so hört damit nicht blos das politische Urtheil auf, sondern auch die politische Zurechnungsfähigkeit. Es ist möglich, daß wir in militärischen Dingen von den Schweizern Manches lernen können, und man muß jedenfalls wünschen und hoffen, daß eine gewisse Annäherung an ihre Wehrverfassung mit der Zeit stattfaht sein werde. Kein nüchterner Kopf aber wird sich einreden, daß eine erfolgreiche Initiative in diesem Sinne von einem verhältnißmäßig unbedeutenden deutschen Staate ausgehen könne, und noch viel weniger kann ein verständiger Mann der ernstlichen Meinung sein, daß der heutige Tag und die heutigen Umstände zu solchen Versuchen angethan seien. Mag man ein noch so günstiges Vorurtheil für das schweizerische Milizwesen haben, so muß man sich doch bei dem mindesten Nachdenken gestehen, daß dasselbe noch keine Probe irgend einer Art bestanden hat und daß es eine offenbare Tollheit sein würde, dasselbe im Angesichte einer kriegsschwangern nächsten Zunkunft mit einer glänzend bewährten Heerverfassung zu vertauschen. Ueberdies lassen sich die ungeheuren Unterschiede mit Händen greifen, welche zwischen den militärischen Aufgaben einer großen europäischen Macht und eines kleinen Staates mit völkerrechtlich garantirter Neutralität obwalten, Unterschiede, die bei Beurtheilung der entsprechenden Einrichtungen mit Centnerschwere ins Gewicht fallen. Deutschland ist weder gesonnen, noch ist es ihm vergönnt, die bescheidene Rolle in der Welt zu spielen, welche der Schweiz zukommt, Deutschland will und kann hinfort nicht auf die bloße Vertheidigung angewiesen sein, Deutschland hat sich, gern oder ungern, auf denjenigen militärischen Fuß zu setzen, welchen die volle Ebenbürtigkeit mit den großen europäischen Militärstaaten erfordert. Nicht blos der Heerbestand, sondern auch der militärische und politische Ehrgeiz Frankreichs und Rußlands gibt das Maß dessen, was Deutschland nach diesen Richtungen hin von sich selbst zu fordern und sich selbst zu leisten hat. Deutschland muß stark sein, auch zum Angriff, schon aus dem einleuchtenden Grunde, weil Deutschland, auch mit Einschluß der Südstaaten, noch lange nicht vollständig ist, und seine Ergänzung wahrhaftig nicht von dem guten Willen oder der Duldung der Andern zu erwarten hat. Solche Beweggründe und Zwecke kann zwar die Cabinetspolitik nicht auf ihr öffentliches Programm setzen, die Nation ist sich derselben aber bewußt, und wer sie durch Wort oder That verleugnet, der sagt sich los von der Zukunft, welche die Geschichte selbst unserem Volke angewiesen hat.

Es bleibt noch übrig, ein Wort von den Ausfällen zu sagen, welche in Offenburg gegen den Nationalverein gerichtet worden sind. Man hat demselben dreisten Muthes die schwersten Anklagen und die gröbsten Beleidigungen zugeschleudert, ihn des Abfalls von den eigenen Grundsätzen und des Verrathes an der Sache der Nation beschuldigt. Wir können uns hier nicht darauf einlassen, diese Angriffe einzeln zurückzuweisen, um so weniger, als, wie schon gesagt, ein beglaubigter Text der Offenburger Reden nicht vorliegt. Müssen wir uns also auf eine summarische Beantwortung beschränken, so fassen wir dieselbe füglich in das Wort zusammen: was man in jenem Sinne gegen den Nationalverein ausgesagt, ist nicht wahr.

Aus Preußen, 24. März. Es war nicht blos eine persönliche, verringelte Schrulle des Herrn v. Manteuffel, daß das Streben nach Reform der bestehenden politischen Zue

Digitized by Google

stände im freiheitlichen Sinne lebhaft in einer künstlich durch einige wenige „Wühler" genährten „Unzufriedenheit" wurzle, welche dann gelegentlich durch die „Aktionspartei" der — „Juden, Polen und Franzosen" in Volksversammlungen oder Volkstumulten Form und Gestalt erhalte. Hr. v. Manteuffel war nur der Typus der kleinlichen, kurzsichtigen und engherzigen Büreaukraten-Kaste, welche auch nicht das leiseste Verständnis für den Volksgeist und noch weniger für seine Berechtigung hatte. Hr. v. Bismarck würzte diese Trivialität ein wenig durch sein Bonmot von den „katilinarischen Existenzen". Indessen wird er schwerlich jetzt noch diese für die gewaltsame Veränderung des Bestehenden, die Revolution, verantwortlich machen, seit er selbst mit seinen Mitteln die bestehenden Zustände in Deutschland so gründlich revolutionirt hat. Aber das ist sicher, daß der eben jetzt sich vollziehende Uebergang von der Kleinstaaterei in einen großen und mächtigen Nationalstaat eine ganze Menge phäakischer Existenzen gar unsanft und unliebsam aus ihrem Behagen aufrüttelt und daß darob Seufzen und Wehklagen in vielen deutschen Gauen ertönt, in denen man sich bis dahin recht ängerlich breit machte mit dem Rechte der Souveränetät, ohne sich um die Pflicht, sie auch selbst zu schützen, ernstlich zu kümmern, — weil ihre Erfüllung eben unmöglich war. Diese ist nun an sie herangetreten, und sie sind darob sehr unwirrsch aus ihren süßen Träumen von Souveränetäts-Rechten ohne Souveränetäts-Pflichten aufgeschreckt. Es ist unzweifelhaft, daß diese Kleinstaaten eine viel größere Militairlast zu tragen haben werden, und es ist mindestens zweifelhaft, ob, bei den patriarchalischen Erwerbs- und Verkehrs-Verhältnissen in diesen Staats-Karrikaturen, durch den Anschluß an ein großes Staatswesen so rasch neue Erwerbsquellen sich öffnen werden, daß sie diese Lasten tragen können, wenn sie nach der Kopfzahl, durch Matrikular-Umlagen, statt durch eine ständige Reichssteuer aufgebracht werden sollen, die doch selbstverständlich in den reichen Städten, wie Bremen und Hamburg, reichlicher fließt, als in den Distrikten von gleicher Kopfzahl in Lippe oder Waldeck, oder gar auf dem Thüringer Walde, oder auf der Rhön. Ihre bitteren Klagen, für welche natürlich alle ultramontanen, partikularistischen und radikalen Frondeurd das lebhafteste Mitgefühl an den Tag legen, gipfeln dann immer in dem verzweifelten Schmerzenschrei: „aber wir müssen doch existiren". Indessen das Staatsgefühl ist mächtig erstarkt im Volke, im preußischen wenigstens; es ist sich zu sehr bewußt, sehr lange allein die Lasten der Vertheidigung Deutschlands getragen zu haben, die alle hätten tragen sollen, als daß es noch sehr empfänglich sein sollte für dynastische Sentimentalitäten und für den Kirchthurm-Patriotismus der „Staaten und Stämme" von Reuß j. u. ä. L., oder von Lippe-Schaumburg. Die drastische Rede des Abg. Salzmann über die preußischen Zustände und über die Auflösung des zwanzigjährigen preußischen „langen Parlaments" hat das Volk in dieser Gesinnung gewaltig bestärkt, und schon hört man häufig auf jenen Schmerzensschrei die kühle Frage: „aber, wenn ihr denn in der seitherigen Art nicht existiren könnt, ist denn diese Existenz überhaupt durchaus nothwendig?" —

Jede Uebergangszeit bringt einem Volke Unbequemlichkeiten und Unbehaglichkeiten. Die machen sich auch bei uns geltend, obgleich das Volk an große Anforderungen des Staats gewöhnt ist und obgleich die stolze Freude über Preußen's glänzende Siege und über die Erringung der Stellung, die es zum Heil des ganzen Vaterlandes in Deutschland und Europa einnehmen muß, über Vieles hinweghilft. Die Meinungen über das, was nothwendig und unaufschiebbar ist, gehen einstweilen noch weit auseinander. Die Parteigränzen werden verschoben, weil die alten Begriffe „conservativ" und „liberal" zu eng geworden sind für die neuen Thatsachen, und daraus folgen gegenseitige heftige Vorwürfe über Mangel an „Entschiedenheit", hier und Ueberfluß an Verblissenheit dort. Die Conservativen pochen auf des Volkes Stimme, die erst jetzt durch das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht laut geworden sein und die ein unwiderlegliches Zeugniß für die conservative Gesinnung des Volkes abgelegt haben soll. Aber das ist nur unter großen Einschränkungen richtig, wenn man auch auf die Fälschung der Volksstimme durch die angestrengtesten amtlichen Beeinflussungen nur einen sehr geringen Werth legen will. Nicht die konservative Gesinnung, sondern der Einheitsdrang des Volkes gab bei den Wahlen den Ausschlag. Das Volk, begeistert von den glänzenden Siegen des Heeres, wollte vor Allem die Früchte des vergossenen Blutes gesichert sehen. Geblendet von den großen Erfolgen der Regierung, ließ es sich mehr, als gut ist, bestimmen, Männer zu wählen, die unter allen Umständen mit der Regierung gehen wollten. Die konservative Partei hat den patriotischen Aufschwung des Volkes geschickt ausgebeutet, um den eigenen Pferdefuß hinter tönenden Einheitsphrasen zu verbergen, die sie noch vor einem Jahre verabscheute, und es ist ihr gelungen, dem Volke einzureden, jedes freiheitliche Bedenken gegen den vorgelegten Verfassungs-Entwurf verrathe nur eine feindselige Opposition gegen die Einheit überhaupt, welche die Fortschrittspartei um jeden Preis hindern wolle, aus Haß gegen das Ministerium. Die Conservativen haben die persönlichen Mittel zu diesem Zweck nicht gescheut; aber man muß, zur Steuer der Wahrheit, leider gestehen, daß der verblendete abstrakte Radikalismus, der den Volksgeist so wenig, wie die Bauernkratie, zu begreifen vermag, ihr das Werk sehr erleichtert hat.

Ueber den Eindruck der Verhandlungen des Reichstages auf die Massen läßt sich noch kein bestimmtes Urtheil fällen; der stellt sich erst später heraus. In den bewußteren Kreisen der Gesellschaft ist er ein sehr gemischter. Ich rede natürlich weder von den prinzipiellen Gegnern der Einigung Deutschlands durch Preußen, noch von den unverbesserlichen Idealisten, welche nicht begreifen wollen, oder nicht begreifen können, daß eine Reichsverfassung, welche eine aus einer siegreichen Volksbewegung hervorgegangene constituirende National-Versammlung zu entwerfen hat, ein ganz anderes Ding ist, als ein Entwurf, den eine siegreiche Regierung, im Verein mit mehr oder minder freiwillig mit ihr verbündeten Fürsten, einem berathenden Reichstage vorlegt. Die mit diesem Mangel an Unterscheidungsvermögen behafteten Männer mögen sehr brave und sehr entschiedene Freunde des Volkes und seiner Freiheit sein; aber Politiker sind sie nun einmal nicht. Jeder verständige und umsichtige Mann ist damit einverstanden, daß das Scheitern des Werkes, wenn nicht ein nationales Unglück, doch eine nationale Schmach wäre, und daß das Aufbauen verschoben werden kann, bis man mit der Einheit erst unter Dach und Fach ist. Um so mehr muß man sich aber freilich darauf sehen, daß der Freiheit der Weg nicht verbaut werde. Nun sieht man allerdings in dem Amendement Zwesten's, welches dem Reichstage die Kompetenz bei der Militair-Gesetzgebung und der Krone Preußen ein Veto gegen etwaige Majorisirungsgelüste der Kleinstaaten sichert, eine wichtige Errungenschaft, und alle Radikalisereien der „Volkszig." werden das nicht ändern. Aber die Verwerfung des Braun'schen Amendements, welches den Reichstag in den Stand setzen sollte, in jedem Bundesstaate mindestens ein Minimum von Rechten in Bezug auf Presse-, Vereins- und Versammlungs-Freiheit zu sichern, hat allerdings großen Anstoß erregt. Abstrakte Grundrechte mögen wenig praktischen Werth haben; aber diese Forderungen sind doch die Grundbedingung jedes konstitutionellen Lebens im Bunde. Das wunderliche Bedenken des Abg. v. Bockum-Dolffs, wegen möglicher Weise reaktionärer Zusammensetzung künftiger Reichstage, würde doch die Uebertragung gesetzgeberischer Befugnisse an eine gewählte Vertretung überhaupt verbieten. Der Abg. Schulze empfahl aber dieses Amendement — nach Ablehnung der Aufnahme der Grundrechte — mit so unverholener Geringschätzung, und die Abg. Becker und Richter, von denen der erste die „Rhein. Ztg.", der andere verschiedene kleine Zeitungen mit „Original-Korrespondenzen" versieht, die an döswilliger Entstellung und Verdrehung der „Volksztg." und der „Zukunft" nichts nachgeben, sind so sittlich entrüstet über diesen „abgeschwächten" Antrag und so entzückt über die bei dieser Gelegenheit debitirten Unarten des Abg. v. Binde

Digitized by Google

gegen Lasker, daß die Verwerfung desselben mit zwei Stimmen Majorität sehr erklärlich wird. Ich füge das hinzu zur Vervollständigung der Charakteristik der „liberalen“ Presse in der vorigen Nummer dieses Blattes, welche täglich mit so unwürdigen Schmähungen und Verläumdungen gegen die nationale Partei zu Felde zieht. Es ist nicht gut, daß die „Nat.-Ztg.“ und andere Blätter dieser Richtung dieses verwerfliche und verwirrende Treiben so vollständig ignoriren; denn es herrscht zu viel Unverstand in der Welt, als daß man auch solche Gegner unterschätzen dürfte, und das Auftreten dieser Koterie ist zu anmaßend und zu herausfordernd, als daß man durch Schweigen auch nur den Schein der Einmüthigkeit der liberalen Partei retten könnte.

Mit der „Volkszeitung“ wetteifern die „Zukunft“, die „Rheinische Zeitung“ und einige andere Blätter in Gehässigkeiten gegen die Männer der national-liberalen Partei. Ironisirende Seitenhiebe, unwahre Behauptungen, persönliche Invektiven sind die Zugredienzien, durch welche ihre Artikel gewürzt werden. Die Annahme der Einladung eines Ministers ist ein Verbrechen gegen die „politische Sittlichkeit“, den Beifall, den Bismarck der Rede Braun's zollt, ein Beweis der Apostasie des letzteren. Die Reden der Nationalen für die Wahrung der politischen Freiheit sind ein abgekartetes Spiel, welches, wie eine Doktor-Disputation, mit höflichem Conzediren der Opponenten endet. Von Amendements werden sie nur solche einbringen, welche die Zustimmung Bismarck's im Voraus erhalten haben. Den ultramontanen und partikularistischen Ergüssen eines Mallinckrodt und Münchhausen winkt man gern im Vorbeigehen einen achtungsvollen Gruß; aber Zweien ist ein langweiliger Schwänzer ohne Saft und Kraft: Miquel, Braun, Bennigsen, — pah, was soll man sich bei diesen „neuprenßischen Bismärckern“ aufhalten! Diese Leute, „deren Compromißlucht nur sie selbst kompromittirt,“ sind todt! Compromiß und Fahnenflucht sind gleichbedeutende Dinge; die Amendements sind das Papier nicht werth, worauf sie geschrieben sind. Nur die Reden von Waldeck, Schulze, Groote, Duncker und Wigard sind des Lesens werth, und die 18 Männer der äußersten Linken, unter ihnen ein ganzes halbes Dutzend von der alten Fortschrittspartei, würden sicher das Vaterland retten, wenn nicht die „lämmerlichen“ Nationalen Alles verdürben, weil sie in ihrer „weisen Narrheit“ (Lieblingsausdruck der „Volks. Ztg.“) nicht begreifen, daß man kurzer Hand Alles verwerfen müsse, was nicht correcter Bundesstaat oder Einheitsstaat ist. Ich lege diesen Angriffen und diesen spielenden Nergeleien wahrhaftig nicht mehr Gewicht bei, als sie verdienen; ich bewundere nur die Geduld der Leser, die sich so thörichtes Geschwätz oktroyiren lassen, auch wenn es ihnen widerstieht. —

Die Veröffentlichung der Verträge mit Baden und Baiern hat natürlich auch bei uns einen gewaltigen Eindruck gemacht und die Neigung, über die Mängel des Verfassungs-Entwurfes hinwegzusehen, nur noch gesteigert. Das ist freilich schlimm; aber das darf uns doch nicht abhalten, die große Bedeutung dieser Verträge aus vollem Herzen anzuerkennen. Wir geben nichts auf die große Mehrheit des gesetzgebenden Körpers in Frankreich, die sich, nach der wohlüberlegten Heraufbeschwörung des „rothen Gespenstes“, wieder, wie die Küchlein, unter die Flügel des 2. Dezembers flüchtete. Wir wissen doch, daß sie vor Neid und Mißgunst gegen die begonnene Einheit Deutschlands schier bersten, wie die Mrs. Thiers und Favre, und die „patriotischen Beklemmungen“, die H. Rouher nach der Schlacht bei Sadowa empfunden zu haben bekennt, erscheinen doch, trotz seiner sonst verhältnißmäßig verständigen Abwehr unverständiger Angriffe auf Preußen und Deutschland, fast wie ein — Vorbehalt für künftige Zeiten, wenn die Chassepots erst fertig sind und wenn die Luxemburger Frage „gereift“ ist. Nun, wenn wir auch gottlob nicht kriegerisch genug sind, um den Krieg mit unserem Nachbar um des Krieges willen zu suchen, so fühlen wir uns doch stark genug, um uns durch ihre „patriotischen Beklemmungen“ nicht beängstigen zu lassen. Die Zeiten sind vorüber. Aber aus diesen Verträgen die Lehre zu ziehen, daß der Reichstag nun sein Mandat niederlegen müsse, um einer wirklichen National-Versammlung Platz zu machen, oder daß man nunmehr den Verfassungs-Entwurf mit Gemüthsruhe ablehnen könne, weil die natürliche Einheit ja doch gesichert sei: — diesen radikalen Unsinn überlassen wir doch gern der „Volkszig.“ und anderen „entschiedenen“ Politikern dieser Gattung.

⁂ Aus Thüringen, 21. März. So sehr auch die öffentliche Aufmerksamkeit der Nation von den Dingen in Anspruch genommen ist, die sich gegenwärtig in Berlin vollziehen, so hat sie sicher doch immer noch so viel Zeit, um die letzten Zuckungen des kleinstaatlichen Lebens zu beobachten. Ihr Berichterstatter aus Thüringen hält es wenigstens für seine Pflicht, das Publikum nach dieser Richtung hin auf dem Laufenden zu erhalten, sei es auch nur, um Denen, welche mit dem Untergang des sonderalen Kleinstaatenthums den Untergang und das Aufgehen der deutschen Mannichfaltigkeit und der eigengearteten Entwicklung der deutschen Stämme beklagen, zu zeigen, welcher Art diese Eigenthümlichkeiten auf dem Gebiete des staatlichen Lebens waren. Haben Sie es schon einmal erlebt, daß eine constituirende Versammlung 10 Jahre 10 Monate nach ihrem Zusammentritt für aufgelöst und aufgehoben erklärt wird, nachdem diese Versammlung seit 15 Jahren und 6 Monaten nicht wieder versammelt war? Dies ist aber geschehen in diesen Tagen, nun zwar 11 Tage nach Ostersonntag, am 16. März d. J., in der Residenzstadt Gotha. Durch ein Dekret der Fürstin Caroline wurde an diesem Tage die am 31. Mai 1848 zusammengetretene, Ende 1848 nach Hause geschickte, constituirende Landesversammlung des Fürstenthums Reuß-Ebersdorf für aufgehoben und aufgelöst erklärt! Den dieser Versammlung sind kaum drei oder vier Mitglieder noch am Leben und dennoch löst der Schatten dieser längst dahingegangenen Constituante die Fürstin Caroline nicht schlafen. Das Schicksal dieses Ländchens, welches von einer äußerst rührigen Bevölkerung bewohnt wird, ist in der That tragisch zu nennen. Eine gekrönte Priese, ein gekrönter, oder vielmehr gar kein Verfassungs- und Versammlungsrecht, eine absolutistische Regierung, ein orthodoxes System in Kirche und Schule, eine mittelalterliche Justiz, eine Bevormundung der Gemeinde, wie sie, außer in Mecklenburg, kaum noch anderswo gefunden wird — das sind die Grelzer Zustände. Das Land wird regiert ganz nach persönlichem Belieben der Fürstin. Unser Hauptratgeber ihr Beichtvater, der Consistorial-Präsident Ackermann, ein orthodoxer Priester, ist. Eine adlige Familie von Gedern, aus deren Reihen die Kreaturen im Ressortenal ihre Vorkämpfer seit langen Jahren bezogen, hat die einflußreichen Stellen inne. Man glaubt nicht, welch' kleinliches Ding dieses Kleinstaatsleben, wie es in diesen Nöhe betrachtet, ist. Die Bewohner größerer Staaten können sich gar keinen Begriff davon machen. In Reuß-Gerelz tritt nun allerdings diese Erscheinung am Widerlichsten hervor, indessen auch in den anderen Kleinstaaten gelangt man, bei genauer Beobachtung der Dinge, schließlich zu ähnlichen Resultaten.

Diese engen, verkümmerten Geschäftskreise der Regierungen und der Regenten, diese Abweisenheit aller höheren staatlichen Prinzipien, diese politische Lotzlgeneret und dieses persönliche Regiment, das sich bis auf die Ordnung von Kuh- und Pferdeställen erstreckt, dazu jede gänzliche Unfähigkeit des Gemeinwesens, die höheren staatlichen Zwecke zu erfüllen: Alles das hat den politisch gebildeten Theil des Volkes in den Kleinstaaten mit einer so entschiedenen Abneigung gegen die Fortexistenz des sonderbaren Dynastenthums erfüllt, daß Graf Bismarck in den thüringischen Kleinstaaten den Namen eines populären Mannes besitzt. Man betrachtet den preußischen Minister als den Erretter und diesem Jammer der Kleinstaaterei, als den Mann, welcher den Weg zum nationalen Einheitsstaat bahnt, und vergiebt ihm darüber gar Manches.

Diese Stimmung des Volkes wird das Ergebniß der Parlamentswahlen in Thüringen, deren überwiegende Anzahl der nationalen Partei zugefallen ist, nicht erklärlich.

Die Kleinstaaterei hat in diesem Jahrhundert des Kleinstaatenthums ihre empfindlichste Niederlage erlitten.

Herr Thiers, der jungenzewandte Redner, behauptete in seiner jüngsten Rede: die liberale Partei in Deutschland habe die Freiheit unter ihren Füßen gewollt, da sie begriffen, daß die Einheit unter Preußen der drückendste Despotismus sei.

Es ist das eine feine Phrase. Was war denn unsere constitutionelle Freiheit in den Kleinstaaten? Eine Einbildung — oder ein Gnadengeschenk, das man zu passender Zeit zurücknahm. Der Regierungskommissär eines kleinstaatlichen Ministeriums in Thüringen erklärte einmal in den fünfziger Jahren: das konstitutionelle Recht der Landtags bestehe darin, nicht Steuern verweigern, sondern Steuern bewilligen zu dürfen! Ach, wenn man Zeit hätte die fortgesetzten dieser kleinen constitutionellen Versammlungen zu schreiben — welche Dinge würden da zum Vorschein kommen! Heute nur ein Beispiel, da es nicht schaden kann, gewissen staatlichen partikularisten gegenüber, welche sich immer gegen Bismarck das Wort: „Gewalt geht vor Recht“ im Munde führen, zu zeigen, wie man in den Kleinstaaten mit dem Recht umging, wenn man die Gewalt dazu hatte. In einem thüringischen Kleinstaat hatte der Landtag, in Uebereinstimmung mit einer constituirenden Versammlung, eine Verfassung erlassen. Die Verfassung war noch 1850 in Uebereinstimmung mit der Bundesverfassung gebracht, durchgesehen und durchgesehen worden. Dies genügte indessen dem nächsten erbrechtlichen Agnaten, dem Bruder des regierenden Fürsten, nicht. Er übergiebt dem höchsten Gerichtshof des Ländchens einen Protest gegen die Verfassung; doch wird dieser Protest gehemm gehalten und das Land erhält erst davon Kenntniß, als der Fürst stirbt und der Bruder die

Digitized by Google

Regierung übernimmt. Genügte auf diesen Protest beruft er einen Reactionsminister und läßt die Verfassung nochmals revidiren. . . .

Doch genug! Wir in den Kleinstaaten wissen, daß nur eine große Nation sich die Freiheit erringen und diese sich bewahren kann. Wir kleinstaatlichen Zwergvölker besaßen sie nur als fürstlichen Gnadengeschenk. Und die Einheit schon an und für sich gibt uns eine Menge von Rechten, die wir als Kleinstaatler, der Natur der Sache nach, nicht einmal haben konnten, selbst wenn unsere Regierungen so gnädig gewesen wären, sie uns zu geben. . . .

Der Norddeutsche Bund wird keine politzeiliche Verschreiungsanstalt der Souveraine werden, wie der alte Bund es war, dessen sind wir sicher. Und deßhalb sehen wir, im Namen der Freiheit, wie der Einheit, der nationalen Neugestaltung Deutschlands zuversichtlich entgegen, bereit dieselbe zu vertheidigen gegen Jedermann.

A. C. Erlangen, 20. März. „Unsere Lage und unsere Pflicht, ein deutsches Wort ans bayerische Volk", so lautet der bezeichnende Titel einer kleinen antiösterreichischen Schrift, welche soeben veröffentlicht wird. In schlichter aber warmer Rede wendet sich darin ein Mann, dem die Sorge um das Vaterland die Feder in die Hand gedrückt hat, an seine Mitbürger, um ihnen zu sagen und zu zeigen, was jetzt noth thut und welchen Weg das eigene Interesse, das Wohlergehen Bayerns und die gesicherte Zukunft des deutschen Vaterlands, gerade jetzt zu gehen gebietet. Wahrscheinlich ist der Verfasser mit den österreichischen Verhältnissen tiefen Zeiten völlig einverstanden, welche die bayerische Fortschrittspartei vertritt, aber die vorliegende Schrift ist so mäßig und parteilos gehalten, daß Tausende, welche der tagläglichen politischen Arbeit ferner stehen, oder in manchen Fragen eine andere Ueberzeugung festhalten, als die Fortschrittspartei in Bayern, in dem hier Gesagten die eigene Herzensmeinung wieder finden werden. Das gerechte harte Urtheil fällt nur auf die, welche, auch auf die Gefahr einer neuen Fremdherrschaft, Deutschlands und der ewigen Zerrissung Deutschlands hin, den Stammesstolz predigen, die blinde Selbstüberhebung schüren und mit dem Aufgebot aller Mittel, Gottlob doch nur vergeblich, auf das nationale Verderben hinarbeiten.

Nachdem der Verfasser gezeigt hat, daß nach den gewaltigen, für Viele so überaus schmerzlichen Ereignissen des vergangenen Jahres jetzt namentlich das Opfer einiger Selbstverläugnung geboten ist, wird der natürliche Gegensatz der beiden Großmächte Oesterreich und Preußen geschildert, der endlich einmal zum Austrag kommen müsse, für den eine friedliche Entscheidung bisher nicht gefunden worden sei, noch gefunden werden könne. Daß bei dieser Wahl, ob Oesterreichs Führung oder Preußens, die deutsche Wohlfahrt der Nationen nur von dem norddeutschen Großstaate zu erwarten stand, daß ist der That nur unter Beugung Borgang der neue deutsche Staat gegründeten Verfassung, wird offen ausgesprochen. In der Arbeit, diesen deutschen Staat, der seit Jahrhunderten der Nation gebeiht hat, aufzubauen — wenn auch noch nicht auszubauen — sind 30 Millionen näherer norddeutschen Brüder jetzt begriffen und der Verfasser fragt, was wir thun können, um diese Arbeit zu fördern, um sie vor argen nationalen Werken zu sichern. Als solche Pflichten, die zu üben wir als Deutsche und als bayerische Staatsbürger zugleich das Recht haben, bezeichnet er die Unterstützung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, damit derselbe, auch gegen den Widerstand der eigenen Minister entfesseln, nach den beiden Richtungen hin eine Programmrede in den deutschen Dingen eine ächt deutsche Politik und in den innern Landesfragen eine wechselhafte rückhaltlose Freisinnigkeit — mit voller Energie vornähme schreite. Es wird dauernde Sicherheit verlangt, daß die schweren Opfer der neuen Wehrverfassung auch nur für nationale Ziele gebraucht werden und gezeigt, wie gerade von der Haltung Bayerns die Entscheidung abhängt, ob die Süddeutschen nach eigenem, freien, männlichen Entschluß eintreten werden in die große staatliche Gemeinschaft der Nation, welche jetzt in den heutigen Wehrlosen den nationalen Namen der Fremden wieder zu Ehren gebracht hat, oder ob wir das Verhängniß über Kronen und Staaten in dumpfem Hinbrüten und blinder Verdüsterheit kommen lassen wollen. Mit ernsten Worten mahnt uns die kleine Schrift an die Pflichten, welche jeder Einzelne, der den gesicherten Lohn seiner täglichen Arbeit und das Wohlergehen der Seinigen will, gegen sich selbst, gegen Bayern, gegen unsern König und gegen Deutschland zu erfüllen hat. Bitter, aber gerecht ist das Urtheil über den Souveränitätsschwindel der Rheinbundszeit, wo in Wahrheit das Machtgebot und die Willkür eines fremden Despoten regierte und das deutsche Fürstenthum „von Napoleons Gnaden" Präfectenwirthschaft trieb. Der Verfasser verhehlt sich keineswegs, daß augenblicklich manche Freiheitsforderung gewisse Beschränkungen erleiden muß, aber wir sind erst im Aufbau begriffen und der ist ein schlechter Deutscher, welcher zu seiner Nation nicht das Vertrauen hat, es werde ihr gelingen auch den freiheitlichen Ausbau des deutschen Staates zu vollenden.

Mögen die Gegner sich aus der kleinen Schrift belehren, die Lauen und Theilnahmslosen daraus aufwecken, die Freunde der nationalen Sache in Bayern in ihrer Ueberzeugung stärken lassen, denn auch in der Politik gilt das ernste Schriftwort, womit die kleine Arbeit schließt:

„Wer sein Leben lieb hat, der wird es verlieren."

Der norddeutsche Bund und Bayern.

Die Generaldebatte über den Bundesgesetzentwurf ist vorüber. Mit fast fieberhafter Aufregung folgte man den Reden, in welchen deutsche Männer aller Parteien zeigten, daß sie von der Wichtigkeit, von dem Ernst ihrer Aufgabe durchdrungen sind, und ein Gefühl der Befriedigung muß jetzt den, der schon oft Träume des deutschen Volkes durch die unpraktische Idealpolitik seiner Vertreter unerfüllt sehen mußte, erfassen, wenn er aus all diesen Reden entnehmen darf: die Annahme des norddeutschen Bundesverfassungsentwurfes ist im Wesentlichen gesichert. Wir begrüßen dieses Resultat als einen wesentlichen Fortschritt zur Einheit Deutschlands und wir glauben richtig zu urtheilen, daß, wenn erst die Wände des Pallastes stehen, tüchtige Werkleute, vom deutschen Volke in seiner Gesammtheit erwählt, auch den innern Ausbau fördern und vollenden werden. Wir wissen recht gut, wie viel an dem Verfassungsentwurfe dazu fehlt, daß ihm der Beifall der Freiheitsfreigemeinten unbedingt zu Theil werden könnte; andererseits wissen wir aber auch, daß auf diesem Gebiete Vollkommenheiten macht, die Regierungen und die Vertretungen der deutschen Einzelstaaten zu dem Opfer auch nur unwesentlicher Attribute zu bewegen. Und die deutschen Regierungen haben in diesem Entwurfe wesentliche Attribute geopfert, wenn, gebeiligt durch die Zustimmung von fast 200 mit direkten Mandaten aus dem Volke hervorgegangenen Vertretern, eine Reihe der wichtigsten Rechte socialer und gesetzlich an die Vormacht des Bundes, an Preußen, übergeht, und hierdurch der Staatsbürger des norddeutschen Bundes die Segnungen des Großstaates bald und dauernd genießt. Für die Kürze der gegebenen Zeit, innerhalb welcher er verfaßt wurde, leistet der Entwurf, der nach der eingangskommentirenden Rede des Grafen Bismarck sicher in einzelnen Punkten principiell wichtige Verbesserungen im liberalen Sinne erhalten wird, fast mehr, als man zu erwarten berechtigt war, nach der Analogie des Bündnisses Süddeutschlands der deutschen Regierungen am Bundesrat, oder — wenn man eine Parallele zieht — mit den Verhandlungen der süddeutschen Staaten, die erst nächsten Oktober über gleichpolitische Militärreinrichtungen weiter sich besprechen wollen. Freilich kümmert es den klar Schauenden sehr wenig, ob die süddeutschen Staaten mit ihren Vereinbarungen fertig werden, oder nicht, ob es der ultramontanen Partei gelingt, den jetzigen bayerischen Premier von seinem Posten zu entfernen, oder nicht — der Schwerpunkt des deutschen Lebens liegt im Norden, liegt im Anschluß zu Berlin. Da helfen alle Nergeleien verdrießener Polnker alten Schlages nichts, da helfen nichts mächtig aufspolnnte Broschüren von sogenannten „großdeutschen" schönen Seelen; das Volk hat so viel Einsicht, um zu wissen, wo sein Kraftzusammenfassen zu finden ist. Die einfachste Betrachtung ergiebt, daß die 30 Millionen des norddeutschen Bundes Deutschland ganz kräftig dastehen, während einem süddeutschen Bunde, aber gar einem isolirten Bayern, alle Bedingungen dazu fehlen. Und doch, während die Verhältnisse politisch gebildeten Volkes von Bayern von Schritzucht erfüllt ist, mitzuarbeiten und mitzuhelfen an dem Werke, dadurch der gesammte deutschen Bundesstaat, giebt es leider verblendete Persönlichkeiten genug, welche die geistige Arbeit unserer norddeutschen Brüder mit verächtlichen Redensarten glossiren; wissen wir leider eine Reihe der von einsichtreichen Kreisen bereits damit beschäftigte Hoß und Abneigung gegen Preußen zu predigen und von einer ungebrochenen bayerischen Nationalität, die der Herr Deutschlands und des liberalismus sein müsse, zu fabeln. Sie bemerken nicht, daß der norddeutsche Verfassungsentwurf schon eine soziale Gesetzgebung in sich schließt, die auch nur annähernd zu erstreben, Bayern teil Jahren vergeblich ist, ohne aus Mangel an legislatorischen Talenten, oder Ueberfluß an bürcaukratischer Beschränktheit, im Stande zu sein, einen auch nur einigermaßen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Sie bemerken nicht, daß Bayern in volkswirthschaftlicher Beziehung durch die Emancipation Kündbarkeit des Zollvereins mehr abhängig ist von dem guten Willen Preußens, sie bedenken nicht, daß ein isolirtes Bayern im Interesse seiner Erhaltung unerträgliche Anstrengungen machen müßte, wenn schon jetzt, mit Annahme des neuen Uebersiehens, die Steuern um das Vierfache steigen! Man sagt sich nicht, daß jede Steuern aber geschafft werden können, daß die allgemeine Wehrpflicht viel weniger drückend ist, wenn der Staat im Stande ist, allen Anforderungen einen Großstaates zu genügen, wenn eine zeitensprechende Auffassung dem Handel, den Gewerben jedwede Freiheit gestattet und sie durch Eisenbahnanlagen, Schaffung einer Flotte u. s. w. unterstützt — nein, die leitenden Gesichtspunkte für diese großbayerischen Polnker in Zeitungen und Broschüren sind unter dem Dokumentel der Begeisterung für eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands nur immer die Unmöglichkeit der bayerischen Hohlstreche, obwohl diese Politik am allermenigsten in Uebereinstimmung zu bringen ist zu wahren im Stande ist. Schon einmal hat Preußen den 4½ Millionen Deutschen des Staates Bayern Rechnung getragen, hat dem Staate Bayern in dem neu zu konstruirenden Deutschland eine bevorzugte Entfaltung einräumen wollen, hat ihm gewissermaßen damit die Hälfte deutschen Bücher angeboten, in denen der einzig richtige Weg der bayerischen Politik vorgezeichnet war. Bayern hat sie nicht angenommen und nach einem Dupend blutiger verlorner Gefechte mit einem schweren Frieden und gekünkerten Aussichen — denn seine Minister betteln zum in Frankreich — dafür getröstet; zum zweiten Male sucht ihm ein einsichtsvoller Staatsmann an seiner Spitze den richtigen Weg zu zeigen, und Angesichts der Thatsache des norddeutschen Parlaments unterwindet man die Stellung eines Mannes und treibt parteipolitisch-bayerische Politik, ohne zu ahnen, daß man hiermit Bayern mehr schadet, als mit einer prononzirt annexionistisch-preußischen Gesinnung. Nora ruft — die Stunde verrinnt; was jetzt noch vielleicht mit Erhaltung einer großen Anzahl landherrlicher Attribute geschehen kann, nämlich ein enger Anschluß an Preußen, ein Eintritt in den norddeutschen Bund, das ist vielleicht später, wenn ihn zwingende Nothwendigkeit dictirt, mit Opfern verbunden, die zwar die Regierung als solche anstehe, für die aber das Volk kein Verständniß mehr hat, weil es auf dem bereits gebahnten Wege des norddeutschen Bundes, des norddeutschen Parlamentes, sein Ziel, die Einheit Deutschlands, in erreichbarer Nähe sieht, und sich durch Sonderinteressen in der Erreichung dieses Zieles nun und nimmermehr aufhalten läßt. Diese Gedanken sind es, die den größten Theil der politisch gebil-

Digitized by Google

deten Bevölkerung von Bayern bewegen, trotz der unklugbar conservativen Zusammensetzung des norddeutschen Parlamentes, trotz des mangelhaften Bundesverfassungsentwurfes. Wie erst dann, wenn freiheitlichere Regungen die Oberhand gewinnen? Der Abgeordnete für Schleswig-Holstein, Dr. Schleiden, weiß von solchen Fürsten zu erzählen, die ihre Souverainitätsrechte mit einem Ekel im deutschen Oberhause zu vertauschen geneigt sind, und vor uns liegt eine Broschüre: „Das preußische Reich deutscher Nation", die diese Aenderung des Bundesverfassungsentwurfes offen befürwortet und die keinen Geringeren als den jetzt regierenden Herzog von Sachsen-Meiningen zum Verfasser hat: möge man in Süddeutschland daraus Konsequenzen ziehen, und berechtigten, bescheidenen Wünschen im Interesse Gesammtdeutschlands entgegenkommen, ehe der Sehnsuchtsdrang des süddeutschen Volkes, mächtig genährt durch die wollegorene Einheit von 30 Millionen Deutschen, über die bestehenden Staatsgrenzen hinfluthet. „Der Tagesordnung übergeht", und, mit dem einst schon historisch gewordenen: Es ist zu spät! bei Fragen erschrockter Lakaien brandwortend, das Wort der Einigung grausalos und ungehindert vollzieht. (Fränk. Kur.)

Zeitungsschau.

Die „Neue Preußische Zeitung" die bisher deßhalben war das hannoversche Junkerthum durch verständnißvolles Zuwinken und allerlei schöne Worte auf die Seite der preußischen Adelspartheei zu bringen, ist durch die Rede des Herrn von Mönchhausen dermaßen aufser Fassung gebracht, daß sie gestern mit dem hannoverschen Ritterschaft die Freundschaft aufkündigt. Sie schreibt: „Das Auftreten des Herrn von Münchhausen, welches man bis auf Weiteres nicht als eine isolirte Kundgebung sondern als eine Position, die der Redner im Namen seiner Gesinnungsgenossen einnahm, zu betrachten haben wird, ist geeignet, Mißtrauen dürfte für die Stellung der Staatsregierung zu den Hannoverschen Particularisten von entschiedener Einwirkung sein."

„Es schien bisher zweifelhaft, ob auf der Basis der Thatsachen sich in thätsächlich zwischen dem Partikularismus in Hannover und der Regierungs-Organen anbahnen könnte, welches auf die Beziehungen Preußens zu der sogenannten nationalen Partei in jener Provinz modernend zurückgewirkt haben würde. Aber die Empfehlung des bekannten Dr. Eichholz — der als Gesinnungsgenosse des Herrn von Münchhausen offen den „Einzigerten Beobachter" als sein Organ proclamirte — durch Herrn v. Münchhausen, welcher neulich in einem gedruckten Circular an die Wähler eines anderen Wahlkreises die Bitte aussprach, das ihm bewiesene Vertrauen auf den Dr. Eichholz zu übertragen, in sehr Empfehlung scheint allerdings von Hause aus zweifel an der Möglichkeit des Zusammengehens mit Männern hervorrufen, denen in ihrer Bedeutung über unabänderliche Thatsachen jedes Mittel, die Regierung zu schädigen, genehm ist, auch das öffentliche Bündniß mit den Feinden aller staatlichen Ordnung."

„Wie wir hören, hatte die Staatsregierung in den zur Reorganisation Hannovers nothwendigen Maßregeln einen Stillstand eintreten lassen, um sich zunächst zu überzeugen, ob sie auf die Mitwirkung eines nach den bisherigen Zuständen Hannovers so gewichtigen Elementes, wie es die Ritterschaft darstellt ist, für einen friedbringenden Compromiß auf der Basis der Thatsachen zählen könne."

„Durch das Auftreten des Herrn von Münchhausen hat unseres Erachtens diese Frage eine schnellere Beantwortung gefunden, als zu erwarten stand."

„Dieser Abgeordnete benutzte die ungewöhnliche Nachsicht des Herrn Polizeidenen, nicht etwa, um in würdiger Weise seinen natürlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, oder seine Auffassung über das, was in Hannover und im Norddeutschen Bunde zu geschehen habe, mit Gründen zu vertreten; sondern der Redner benutzte diese Nachsicht aus, um Thatsachen und irrige Auffassungen, welche durch öffentliche Besprechungen in allen preußischfreisinnlichen Blättern bereits abgenutzt sind, in der gehässigsten Form, die ihm zu Gebote stand, in Neuyorkerischen Berichten eingewebelten, — um dem Monarchen, dessen Unterthan er gegenwärtig ist, auf dessen Einladung er seinen Sitz im Reichstage und, wie wir hören, gerade am gestrigen Tage an der Königlichen Tafel einnahm, öffentlich den Bruch der Capitulation von Langensalza vorzuwerfen und aus der unglücklichen Lage der ehemaligen Königin von Hannover Capital zu machen."

„Mit dem Auftrag zu Gunsten des Dr. Eichholz in der Tasche auf das Unglück einer Königin zu verweisen und an das Gefühl fürstlicher Courtoisie zu appelliren, das ist allerdings nicht der Weg, um Vertrauen zu der Sache, der man wirbt, und zu dem Kreise, dem man angehört, zu erwecken."

„Die Preußische Regierung wird sortan wissen, was sie von den Aussichten auf eine Verständigung mit dem hannoverschen Partikularismus zu halten und auf welchem Wege sie sich die Chance zu schaffen hat, auf deren Wirksamkeit die Betheiligung der Hannoverschen Lande an der gesammtstaatlichen Entwicklung beruhen wird."

„Von dem Standpunkte, welchen unser Blatt jederzeit festgehalten und im Gesammtinteresse der conservativen Sache, deren Vertreter der Zukunft gegenüber Pflichten genug haben, in allen Schattirungen zusammen zu halten, — Alle können diese Wendung der Dinge nur lebhaft beklagen."

— Das am weitesten verbreitete aller baierischen Blätter, die Münchner „Neuesten Nachrichten" schreiben: „Die Veröffentlichung des Bündnisses zwischen Preußen und Bayern wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Bei den Partikularisten und Ultramontanen hat der Blitz eingeschlagen und Zorn über den ehemaligen Systemminister v. d. Pfordten und über Preußen lodert in all ihren Blättern; diejenigen aber, welche in der Einigung des ganzen deutschen Vaterlandes das einzige Heil erblicken, fassen neue Hoffnung, daß diese nun rascher zu Stande kommen werde. Der Vertrag mag sein Bösen als sehr heut erscheinen, er muß aber hauptsächlich wegen den Gründen, die bei seiner Schließung maßgebend waren. Wenn man sich nun erinnert, was damals für Baiern auf dem Spiele stand, und daß man damals allgemein, fast ohne Unterschied der Parteien, mit Begnügen auf ein solches Bündniß eingegangen wäre, um die Berstellung Baierns um jeden Preis zu fördern, so wird man sich auch mit dem Vertrage versöhnen. Jeder Patriot, der nur in dem sicheren Besitzde des Ganzen die Sicherung des Theiles erkennt, wird sonder zu sehen, daß um der Einheit willen Opfer gebracht werden mußten; die Opfer sind nun gebracht, möge nun aber auch die Aufrennung dahin gerichtet werden, daß zu der Einheit die Freiheit komme, und man wird sich mit den Opfern versöhnen."

In ähnlichem Sinn und Ton lassen sich fast alle baierischen Zeitungen vernehmen, die nah oder fern den liberalismus angehören. Die ultramontane Presse dagegen ist außer sich vor „patriotischer" Entrüstung über die Nichtberufung der baierischen Souveränetät an das Preußenthum, über den Vertrag am baierischen „Vaterlande" u. s. w. und wie die Phrasenhaten sonst heißen, welche durch das Schutz- und Trutzbündniß wegegen sind. So schreibt der berüchtigte Münchner Volksbote: „Welche Entrüstung und welchen Schmerzensschrei der nun an's Tageslicht getretene heimliche „Schutz- und Trutzvertrag" mit Preußen überall in baierischen Volke hervorrufen wird, darüber braucht sich der Volksbote nicht auszusprechen. Dieser weilsamet, soll der Fluch Gottes erst nach Verkündigung des Ministeriums vom dem Vorhandensein dieses Vertrags, welches der Minister v. d. Pfordten bekanntlich im vorigen Jahre in der Kammer kühn ableugnete, Kenntnis erhalten haben; jedenfalls fällt ihm das „Schutz- und Trutzbündniß" nicht zur Last, sondern er hat es abgeschlossen vorgefunden und muß alle „mit der Thatsache rechnen", aber — wie rechnen! Den Volksboten will es bedünken, daß ein baierischer Minister vor allem baierische Politik zu treiben hat, — weder großpreußische, wenn auch unter dem Titel „deutsche", noch österreichische, noch französische oder russische, sondern baierische, die Politik des Souverains, dessen Vertrauen ihn berufen, des Landes, aus dessen Steuern er besoldet wird. Der geheime Vertrag vom 22. August ist vom Grafen Bismarck erzwungen worden, trotzdem er behauptet noch am 21. August in Berlin Baiern als Freund zu sein. Ist dies so, dann ist das Volksboten gestern ausführlich gezeigt, wie weit durch die Art. 1 und 2 unser König bereits zum militärischen Vasallen des Preußenkönigs gemacht und letzterem unbedingt die baierische Kriegsmacht zur Verfügung gestellt wird. Mit dieser Thatsache hat der baierische Minister freilich zu rechnen, aber gleichfalls auch mit der andern Thatsache, daß die von uns allen beschworene Verfassung gleich in ihrem ersten Paragraphen besagt: Das Königreich Baiern in der Gesammtvereinigung aller ältern und neuern Gebietstheile ist ein souveräner monarchischer Staat." u. s. w."

In Würzenberg tobt der „Beobachter" in ähnlichem Tone, durch welchen indessen die Verzweiflung an der Sache dieser Opposition deutlich hindurchklingt.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mit dem ersten April beginnt ein neues Abonnement und werden deshalb alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neueintretende) ersucht, ihre Bestellungen baldigst bei den betreffenden Postämtern aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Uebersendung stattfinde und weil sonst die Lieferung vollständiger Exemplare nicht garantirt werden kann.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2 Thlr.

Als ein Hauptorgan der liberalen und nationalen Richtung in Sachsen und in ganz Mitteldeutschland, wird die Deutsche Allgemeine Zeitung fortfahren dem Reichstag ihre besondere Aufmerksamkeit in Leitartikeln wie in thatsächlichen Mittheilungen zu widmen. Namentlich hat sie geeignete Einrichtungen getroffen, um möglichst rasch ausführliche und zuverlässige Berichte über den Reichstag bringen zu können, und diese Einrichtungen haben sich bereits auf das beste bewährt, wie denn auch insolge davon die Abonnentenzahl unsehnlich gesteigert ist.

In ihrem Feuilleton wird die Deutsche Allgemeine Zeitung auch die Pariser Weltausstellung eingehend schildern; es ist ihr gelungen, den geistvollen münchner Historiker und Kunstkritiker Friedrich Pecht für eine größere Reihe von Originalberichten darüber zu gewinnen, die bald nach der nahe bevorstehenden Eröffnung der Ausstellung beginnen werden.

Inserate finden durch die Deutsche Allg. Zeitung die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung: die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile (unter „Ankündigungen") 1½ Ngr., einer dreimal gespaltenen (unter „Eingesandt") 2½ Ngr.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.

Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 Fr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Fr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 Fr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 98. Heidelberg, den 4. April. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. April begonnene II. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins" einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 fr. oder 13 Sgr., bei directem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 fr. oder 10½ Sgr. Inserate werden mit 7 fr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im März 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die Haltung der Nationalliberalen. — Luxemburg. — Reichstagsbrief. — Aus Preußen. — Aus Baden. — Aus Erlangen. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 2. April.

• Nachdem die Reichstagsdebatte über die meisten schwierigen Stellen des Verfassungsentwurfs glücklich hinweggekommen, hat sie sich in der Diätenfrage dergestalt festgefahren, daß es einigermaßen zweifelhaft geworden, ob sie überhaupt am Ziele ankommen wird. Wir verzichten darauf, über diesen Zwischenfall zu sagen, was wir davon denken. Sollte es aber wirklich geschehen, daß das Parlament von 1867 an diesem Geldpunkte zu Falle käme, so würde sich wohl herausstellen, daß die Geschichte seiner Vorgänger in Frankfurt und Erfurt, mit der seinigen verglichen, eine glorreiche gewesen. —

Bei einer Frage von größerer Bedeutung, bei der Frage vom Bundesministerium und von der Ministerverantwortlichkeit, half eine unerwartete Vertheilung der Stimmen über eine ähnliche Gefahr hinweg. Wenn die liberale Partei unbedingt darauf bestand, daß an dieser Stelle das constitutionelle System ausdrücklich gewahrt werde, und wenn Graf Bismarck diese Forderung mit der nämlichen Entschiedenheit ablehnte, so darf man daraus noch nicht folgern, daß die Bedeutung der Sache von beiden Seiten überschätzt worden sei — der Sache, das heißt, eines Artikels mehr oder weniger in der Verfassung, der seinen Inhalt erst von der Zukunft zu erwarten hat. Innerhalb der heutigen Lage der Dinge wäre in der That ein Bundesministerium, neben dem preußischen Cabinette, das fünfte Rad am Wagen, und die Verantwortlichkeit desselben ein noch durchsichtigeres Nichts, als das entsprechende Wort in den Verfassungen der Einzelstaaten. Aber es kam der liberalen Partei darauf an, einen Artikel des überlieferten Glaubensbekenntnisses wenigstens formell festzuhalten, während Herr v. Bismarck ohne Zweifel ein im entgegengesetzten Sinne gegebenes Wort einzulösen hatte, und so gerieth man, wohl sehr wider Wunsch und Willen, in einen Wettkampf, bei welchem der Einsatz höher war, als der mögliche Gewinn.

Daß die Mängel und Schwächen des Verfassungsentwurfs in den Parlamentsverhandlungen schonungslos zur Sprache gebracht werden, geschieht kraft guten parlamentarischen Rechtes, und auch vom politischen Standpunkte aus wird nichts Sichhaltiges dagegen einzuwenden sein. Wenn man aber für jede Unregelmäßigkeit des Entwurfs eine sofortige Berichtigung verlangt, und nach jedem Tadel mit einem Dutzend Verbesserungsvorschlägen bei der Hand ist, so wird damit des Guten leicht zu viel gethan. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, es muß alle Tage vom Neuen wiederholt werden, kann unmöglich eine regelrechte sein, weil die Verhältnisse selbst, denen sie sich anpassen muß, im höchsten Grade abnorm sind. Was in diesen Verhältnissen schief und krumm ist, kann durch Parlamentsbeschlüsse wahrhaftig nicht gerade gerichtet werden; der Reichstag hat diese Dinge vielmehr zu nehmen, wie er sie vorfindet, eben so und aus den nämlichen Gründen, wie Herr v. Bismarck, der zum Beispiel seine weitgehenden Zugeständnisse an die Souveränetät der Bundesfürsten ganz gewiß nur da gemacht hat, wo er nicht anders konnte. Unter den gegebenen Bedingungen müssen gewisse Aufgaben des norddeutschen Bundes und muß demgemäß die Rolle des Reichstags sehr bescheiden bemessen werden, wenn sie überhaupt erfüllbar bleiben sollen, während der Bund nach andern Richtungen hin, ohne alle Frage, weit mehr leistet, als selbst die Reichsverfassung von 1849 der Nation zu versprechen wagte.

Damit will natürlich nicht gesagt sein, daß die Bundesverfassung auf ihren bisherigen Grundlagen der Nation auf die Dauer genügen könne und solle. Man darf, im Gegentheil, mit Zuversicht voraussagen, daß sich durch die Uebung der Verfassung sehr bald die Unhaltbarkeit derselben herausstellen wird — das heißt, die Unverträglichkeit derjenigen Ordnung der Dinge, deren Ausdruck sie ist, mit den großen Interessen der Nation sowohl wie des preußischen Staates. Die früher oder später nothwendige Reform aber wird nicht mit neuen Artikeln in der Verfassungsurkunde beginnen, sondern mit sachlichen Veränderungen im Staatswesen, eben so wie der

Digitized by Google

Uebergang aus den vorjährigen in die diesjährigen öffentlichen Zustände Deutschlands nicht durch eine Revision der Bundesakte bewerkstelligt worden ist, sondern durch Dinge ganz anderer Art.

— Hr. v. Bismarck gibt sich die Miene, als ob er den luxemburgischen Handel auf die leichte Achsel nehme, und keinen großen Werth darauf lege, ob derselbe so oder so ausgehe. Die unter ministeriellem Einflusse stehende Presse dient sogar geflissentlich den Gerüchten, welche die Zustimmung Preußens zu dem französisch-holländischen Geschäfte in Abrede stellen. Welche Beweggründe der preußische Minister zu dieser Taktik haben möge — es läßt sich nicht verkennen, daß dieselbe einen peinlichen Eindruck macht. Aber es ist sicherlich ein grober Irrthum, die gleichgültige Miene des Grafen Bismarck für den Ausdruck seiner Gesinnungen und die Sprache seiner Preßorgane für den Maßstab seiner Absichten zu halten. Daß die preußische Politik in Sachen Luxemburgs darauf hinausgeht, den französischen Plan zu vereiteln, darüber kann, bei kaltblütiger Beurtheilung der Menschen und der Verhältnisse, nicht der mindeste Zweifel sein — den französischen Plan zu vereiteln, wo möglich mit Glimpf, zu vereiteln aber auf alle Fälle und um jeden Preis. Auf die Frage nach der Stärke der Besatzung von Luxemburg soll Herr v. Bismarck geantwortet haben: eine Million Soldaten. Ob dies Wort gesprochen worden oder nicht — mit der Million Soldaten hat es sicherlich seine Richtigkeit.

— Das Schutz- und Trutzbündniß Preußens mit den süddeutschen Staaten scheint in Wien die beste Aufnahme gefunden und dem Gedanken der Wiederannäherung Oesterreichs an Preußen einen neuen Vorschub geleistet zu haben. Wenn die Wiener Politik sich, wider Erwarten, schnell in die durch die Ereignisse des vorigen Jahres geschaffene Lage hineinfindet und auf dem Boden der neuen Verhältnisse nach der deutschen Seite hin wieder Fühlung zu gewinnen sucht, so wird es ihr an entsprechenden Gesinnungen und an bereitwilligem Entgegenkommen von Berlin aus wahrscheinlich nicht fehlen. Selbstverständlich ist dabei, daß von einer Erneuerung irgendwelcher staatsrechtlichen Beziehungen nicht die Rede sein, daß es sich vielmehr nur darum handeln kann, die gemeinschaftlichen Interessen, insbesondere die der guten Nachbarschaft und der Verwandtschaft, sei es durch völkerrechtliche Verträge, sei es durch freiwillige gute Dienste zu pflegen. Hat der gemeinschaftliche Gegensatz der beiden deutschen Großmächte gegen Frankreich aufgehört, so bleiben dieselben immer noch auf das Zusammenhalten gegen Rußland angewiesen, dessen Ehrgeiz der Sicherheit Preußens eben so gefährlich werden kann, wie dem Bestande Oesterreichs. Unter der Voraussetzung, daß es dem Hause Habsburg voller Ernst ist mit dem Verzichte auf seine bisherige Stellung in Deutschland, scheint sich eine preußisch-österreichische Bundesgenossenschaft im Angesichte der orientalischen Krisis von selbst zu ergeben.

Die Haltung der Nationalliberalen.

N Kaum eine stärkere Versuchung gibt es für die Parteileidenschaft unbewachter Gemüther, als diejenige, die Motive des Gegners zu entstellen. Sein öffentliches Handeln kann man nicht anders machen, als es ist; wie z. B. eine Partei im Reichstag abgestimmt hat, läßt sich nicht vertuschen. Aber Ihre Beweggründe kann man nach Herzenslust fälschen, oder todtschweigen. Dieses unmoralischen Vortheils erfreuen sich natürlich nur solche Parteien, deren Presse vorzugsweise nicht für die politisch unterrichteten, selbstständig prüfenden, gründlich lesenden Klassen der Bevölkerung bestimmt ist, wie vor allen die ultramontane, dann aber auch ein großer Theil der radikalen und feudalen. Was den Organen der anderen Parteien solche Taktik verbietet, braucht gar nicht größere politische Sittlichkeit zu sein, es genügt für sie, zu wissen, daß von ihrem Publikum Lügen nicht geglaubt werden.

Die von der radikalen Presse bestverläumdete Partei sind gegenwärtig die Nationalliberalen. Auf diese hat sie den ganzen Groll und Grimm übertragen, den sie früher gegen die Regierung und die Junker empfand, und sie gibt ihren Gefühlen um so offenern Ausdruck, als sie bei dieser Polemik nicht durch die Rücksichten belästigt ist, welche Staatsanwalt und Polizei auferlegen. Die Nationalliberalen haben das Banner der Reichsverfassung fallen lassen, sie haben nicht für den Schraderschen Antrag, betreffs der Grundrechte, gestimmt, einzelne ihrer Redner haben überdies alle für das Gelingen des Verfassungswerkes wirklich unerläßlichen Opfer an Freiheit bringen zu wollen erklärt — also sind sie Fahnenflüchtige, Ueberläufer, Verräther; Nichts kann klarer sein! Und die gläubigen Leser dieser Art Blätter, welche sich nicht die Mühe geben, meist auch die Zeit nicht haben, die Reichstagsverhandlungen ausführlich zu lesen, entsehen sich über den Jammer, daß schon wieder eine Anzahl früherer Vorkämpfer der liberalen Ideen und Vertrauensmänner der Nation der Sache der Freiheit und des Volkes die Treue gebrochen haben.

Auch ein Theil jener Verklärer, wir geben dies gerne zu, mag halb und halb glauben, was er sagt; von einem Standpunkt, wie z. B. dem Jacoby's, ist jede Anbequemung des politischen Handelns an die Bedingungen des Erfolgs eine Todsünde gegen das Prinzip. Aber rein unbegreiflich ist, wie Organe desjenigen Theils der Fortschrittspartei, welcher die Indemnität mitbewilligt und die Annexionen mitanerkannt hat, heute den Bennigsen, Miquel u. s. w. aus ihrer Anerkennung der Thatsachen ein Verbrechen schmieden können. Beide Theile wissen, daß weder das Freiheits- noch das Einheitsideal heute voll und ganz herstellbar ist, beide bescheiden sich, das mit den gegebenen Kräften erreichbare Maß anzustreben; nur über die Grenzen der Erreichbarkeit, in dem Werthanschlag der Kräfte, sind sie nicht überall einverstanden. Nicht blos das Ziel, auch die allgemeine Richtung dahin ist beiden gemeinsam, nur diese und jene Strecke lang geben sie gesondert, um vielleicht schon bei der nächsten Biegung wieder zusammenzutreffen. Dies ist Alles und darum streut man das Gift des Mißtrauens und der Zwietracht in die zudrende Menge, und man glaubt damit im Interesse der Freiheit zu handeln! Der Unverstand solchen Treibens ist allerdings noch größer, als seine Unredlichkeit.

Wir unserntheils finden, daß die Nationalliberalen im Ganzen und Großen auf der richtigen Fährte sind. Ob ihre Rechnung in allen einzelnen Fragen fehlerfrei ist, ob nicht vielleicht hier und dort ein Mehr erreicht werden könnte, wenn alle liberalen Schattirungen unverrückt zusammenhielten, dieses Mehr zu fordern, das ist eine schwer zu entscheidende Frage. Jedes haben die Nationalliberalen die Bedingung dieses Zusammenhaltens gar nicht in der Hand, schon wegen der völligen Unberechenbarkeit eines Theils der Altliberalen. Hätten die Liberalen eine sichere und imponirende Mehrheit, alsdann könnte man ohne Zweifel anspruchsvoller auftreten. Denn ein gebieterisches Interesse drängt die preußische Regierung, um jeden Preis, den sie überhaupt bewilligen kann, mit dem Reichstag handelseins zu werden. Gerade in der Freiheitsfragen wäre anzunehmen, daß, wenn sie nicht widerspricht, die übrigen Regierungen keinen ernsthaften Widerstand leisteten, schon weil die meisten Einzellandtage sich auf unsere Seite stellen würden. Unglücklicher Weise haben aber die Liberalen diese achtunggebietende Mehrheit nicht, vielmehr, wie die neuesten Abstimmungen ergeben, sind sie geradezu in der Minderheit. Und was hat sie in diese Minderheit gebracht? Lediglich die Besorgniß der preußischen Wählerschaften, aus dem wirren Gemengsel der alten Fortschrittspartei zu viele Störer und Constitutionshasser herauszugreifen und dadurch das Einheitswerk zu gefährden. Die Ueberzahl conservativer Wahlen in Preußen, wir verdanken sie also den nämlichen Radikalen, welche heute nicht genug tadeln können, daß eine Minderheit keine Mehrheitspolitik treiben will. So wie die Dinge nun einmal liegen, muß nicht blos die preußische Regierung mit ihren Verbündeten, der Reichstag nicht blos mit der preußischen Regierung, sondern die liberale Partei auch mit den Conservativen rechnen. Vergleicht sie sich mit diesen, wenigstens den zugänglichen Elementen derselben, läßt sie an der Strenge und dem vollen Umfang ihrer Ansprüche Etwas nach, um

Digitized by Google

entsprechende Gegenleistungen zu erhalten, so erreicht sie Einiges, wenn auch nicht Vieles; verfährt sie nach dem Grundsatz: Alles oder Nichts, so erreicht sie ganz sicherlich — Nichts.

Die Aufgabe gerade der Nationalliberalen ist eine ganz besonders schwierige, so schwierig, wie sie nur jemals einer politischen Partei gestellt worden. Es gilt, für sie, immer die haarscharf genaue Mitte zu finden, um auf der einen Seite das Zustandekommen des Werkes nicht zu vereiteln oder über Gebühr zu erschweren und zu verzögern, auf der andern Seite den Freiheitsanliegen einen möglichst breiten Raum zu erkämpfen. Es mag sein, daß ein und der andere Redner der Partei jenes Eine, die Nothwendigkeit, daß das Werk zu Stande kommt, anfangs etwas zu stark betont hat, auf Kosten anscheinend des Wie, der Bedingungen, an deren Erfüllung die liberalen Parteien ihre Zustimmung knüpfen werden und knüpfen müssen. Ohne eine gewisse augenblickliche Einseitigkeit geht es bei öffentlichen Reden nicht ab, aber das gleicht sich bald genug von selber aus. Und bereits haben wir ja, bei den Abstimmungen über Art. 12, die Nationalliberalen mit der „entschiedenen Linken" wieder einträchtig Hand in Hand gehen sehen. Das kann freilich bei nächster Gelegenheit wieder anders kommen, worauf denn sofort das Gezeter des bekannten Chors mit ungeschwächten Lungenkräften von Neuem losgehen wird.

Ein charakteristischer Umstand, und zugleich ein schlagender Beweis, daß die nationalliberale Partei im Allgemeinen den rechten Weg einhält, ist die beharrliche Abstoßung, welche sie auf die Partikularisten, reaktionären wie radikalen Zeichens, ausübt. Die Wahlverwandtschaft, welche die Herren Haberkorn, Sachse u. s. w. zur Rechten, und die Herren Bebel, Schraps u. s. w. zur Linken hinüber zieht, löst sich sofort und sie fliehen auf die entgegengesetzte Seite, sobald das ihnen sonst befreundete Element mit den Nationalliberalen stimmt. Daraus darf man schließen, daß die Politik der letzteren die dem Gedeihen des Werkes förderlichste sein muß. Denn der Instinkt der Selbsterhaltung, von dem die Partikularisten geleitet werden, hat die feinste aller Nasen.

In Einem Punkt müssen wir schließlich auf's Dringendste wünschen, daß, bei der zweiten Lesung der Verfassung, die Nationalliberalen Gelegenheit nehmen, die bisherigen Beschlüsse zu ergänzen. Wir legen weniger Gewicht auf die Einrichtungen an der Spitze, wie die Feststellung der Verantwortlichkeit und dergleichen; es sind dies, mit Ausnahme des Budgetrechts verstehe sich, doch vorwiegend Machtfragen, welche durch papierne Festsetzungen nicht entschieden werden. Ebensowenig war und ist es möglich, die sämmtlichen Grundrechte, oder auch nur eine Auswahl der wünschenswerthesten, schon jetzt in die Verfassung hineinzubringen. Aber die Aufnahme eines Rechts ist nach unserer Ansicht nicht blos möglich, sondern geradezu unerläßlich, und muß darauf mit allem erfolgen Nachdruck bestanden werden. Wir meinen die, durch das unglücklicherweise fallen gelassene Braun'sche Amendement angestrebte volle Freizügigkeit, durch welche das allgemeine Indigenat recht zur Wahrheit wird, erst einen Inhalt bekommt. *) Dieses eine Grundrecht muß dem norddeutschen, hoffentlich bald gesammten deutschen Volke, sofort gewährt werden, nicht blos, damit es für die bedeutenden Lasten, welche ihm die neue Verfassung auflegt, eine Ausgleichung erhält, sondern damit es überhaupt in den Stand gesetzt wird, diese Lasten zu tragen. Besonders die untern Klassen müssen dadurch für das Einheitswerk gewonnen werden; von den übrigen, obwohl sehr kärglich bemessenen Freiheitsrechten haben dieselben wenig oder Nichts. Mag sich die eine oder andere Regierung noch so heftig dagegen sträuben: dieser Widerstand kann überwunden, und er muß überwunden werden. Bis jetzt ist ohnehin keine rechte Wärme, keine Freudigkeit im Volke zu spüren für die neue Schöpfung; würde sie nicht einmal dies Minimum, nicht einmal die „zweirthschaftliche Erlösung" bringen, so würde sich die Kälte leicht in Abneigung verwandeln. Hat man aber zu wählen zwischen dem Murren einiger Junker und kleiner Regierungen und dem des gesammten deutschen Volkes, so kann die Wahl keinen Augenblick zweifelhaft sein.

*) Dasselbe lautete (hinter Art. 3 einzuschalten):

„Keinem Angehörigen des Norddeutschen Bundes darf innerhalb des Bundesgebiets die Niederlassung, der Geschäftsbetrieb, oder die Erwerbung von Grundeigenthum verweigert werden. Die blose Niederlassung verleiht jedoch weder Heimaths-, noch Gemeindebürger-, noch sonstige korporative Rechte an den Niederlassungsorten. Die durch gegenwärtigen Artikel angeordnete wirthschaftliche Zugleichheit tritt mit dem 1. Jan. 1868 in Kraft, mit welchem Tage alle entgegenstehenden Vorschriften der Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten erlöschen?"

Luxemburg.

R Kein Zweifel mehr — der König von Holland unterhandelt mit dem Kaiser Napoleon wegen des Verkaufs von Luxemburg. Der Anlaß, die Formen, die Bedingungen des Geschäftes sind gleichgültig; genug, daß die bloße Möglichkeit desselben nicht bloß den Unternehmern, sondern dem ganzen Staats- und Völkerrechte Europa's zur Unehre gereicht und dem Königthum, als solchem, in der Achtung der Menschen einen schweren Stoß gibt. — —

Außer dem gekrönten Seelenverkäufer im Haag und seinem kaiserlichen Kunden in Paris kommen bei diesem schmählichen Handel indessen glücklicher Weise noch andre Leute in Betracht. Wir meinen nicht das luxemburgische Volk und nicht die deutsche Nation, die, obwohl die Nächstbetheiligten, diejenigen, deren Leib und Ehre zu Markte gebracht werden soll, zur Zeit nicht in der Lage sind, das entscheidende Wort zu sprechen — wir meinen den König von Preußen und Hrn. v. Bismarck.

Ja, so ist es, aller Leidenschaft und aller Selbstverblendung zum Trotz: auf die Machthaber in Berlin bleibt die Nation mit allen ihren Interessen angewiesen, der preußische Staat ist der Träger der kleinen wie der großen Schicksale Deutschlands. Ohne Preußen wäre für Deutschland auch die zweite Hälfte von Luxemburg verloren, dessen erste Hälfte der deutsche Bund vor dreißig Jahren seinen kraftlosen Händen hat entreißen lassen — der deutsche Bund, welcher heute von Lügnern und Thoren als der treue Schützer und Bewahrer der deutschen Einheit, als die großdeutsche Weltmacht gepriesen wird, die von Preußen frevelhaft zertrümmert sei. Als ob man heute schon vergessen hätte, daß der Bund, selbst Belgien und Dänemark gegenüber, nicht im Stande war, die Integrität des deutschen Bundes zu behaupten!

„Kein Fußbreit deutschen Bodens soll verloren gehen", hat der König von Preußen in feierlicher Stunde erklärt, und bald darauf wurde unter schwierigen Umständen der Beweis geliefert, daß es ihm großer Ernst sei mit diesem Worte; als Frankreich nach der Schlacht bei Sedowa wegen einer „Gränzberichtigung", auf Kosten Baierns und Hessen-Darmstadts, in Berlin anfragte, war die preußische Antwort, ohne Rücksicht auf die Gefahr eines französischen Einfalls in das völlig entblößte Gränzland, ein kaltblütiges: Nein.

Heute handelt es sich nicht blos um ein deutsches Land, sondern auch um eine preußische Festung. Heute hat Preußen nicht mehr ein tödlich erbittertes, sondern ein bald verschontes Oesterreich im Rücken. Heute stehen die süddeutschen Staaten nicht mehr in Waffen gegen Preußen, sondern als Genossen eines Schutz- und Trutzbündnisses an seiner Seite. Heute verwendet Preußen nicht mehr einen Theil seiner Truppen, um in seinen neuen Provinzen Ordnung zu halten, sondern Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen haben ihm bereits neue Regimenter gestellt. Mit einem Worte: der Kampfpreis eines Krieges gegen Frankreich sowohl, als die militärische Macht Preußens, hat sich seit vorigen Sommer verdoppelt. Und in dieser Lage sollte der König von Preußen wortbrüchig werden an der Nation? Kein Mann von Verstand und eigenem Ehrgefühl wird es für möglich halten, auch ganz abgesehen von den starken Bürgschaften, welche in anderweitigen Verhältnissen liegen.

Zu diesen Bürgschaften gehört vor allen Dingen das durch den vorjährigen Krieg hoch gesteigerte und demgemäß sehr empfindlich gewordene Selbstgefühl des preußischen Heeres

Digitized by Google

Eine Gränzfestung aufzugeben, die fünfzig Jahre lang als ein Bollwerk des Landes gegolten hat und behandelt ist, sie ohne Schwertstreich dem Nachbar einzuräumen, in welchem der Soldat, seit einem übervollen Jahrhundert, den eigentlichen Landesfeind zu sehen gewöhnt worden, ein solches Zurückweichen von einem starken vorgeschobenen Posten würde den Stolz, selbst eines Friedensherres, aufs Tiefste beleidigen, geschweige denn einer Armee, welche noch in den frischen Erinnerungen einer beispiellosen Siegeslaufbahn schwelgt. Der Militärstaat Preußen vollends müßte seinen ganzen Charakter verläugnen, um seinem Heere eine solche Demüthigung anzuthun, die wie fressendes Gift auf ihn selbst zurückwirken würde.

Neben dem preußischen Heere steht das deutsche Volk als Gewährsmann für die Haltung der preußischen Politik in der luxemburgischen Sache. Unter andern Umständen, es ist wahr, hat sich die Berliner Staatskunst über die Interessen der Nation leichten Fußes hinweggesetzt, wenn sie zum Vortheil des Staats ihre Rechnung dabei zu finden glaubte, und wir möchten keineswegs dafür gutsagen, daß ähnliche Möglichkeiten ein für alle Mal ausgeschlossen seien. In der heutigen Lage der Dinge aber ist einer Wiederholung der in jenem Sinne gemachten Erfahrungen ein starker Riegel vorgeschoben. Preußen hat den politischen Aufbau Deutschlands in die Hand genommen, den Beistand des Volkes angerufen und auf das Gelingen des Werkes bedeutende Vorschüsse von politischem Capital gemacht. Inmitten dieser großen Unternehmung, dem Hauptmitarbeiter, von dessen gutem Willen und Eifer der Erfolg ohne allen Zweifel zuletzt abhängt, ein Glied vom eignen Leibe abzuschneiden, wäre eine Handlung der Unvernunft, die bei zurechnungsfähigen Männern außer Frage steht.

So viel von den gebieterischen Gründen, welche der preußischen Regierung das Eingehen auf die französischen Absichten auf Luxemburg unmöglich machen. Wo aber ist irgend ein Beweggrund, welcher im entgegengesetzten Sinn auf die Berliner Politik wirken könnte? Von einer Pflicht der Dankbarkeit für die vorjährige französische Neutralität wird, unter verständigen Leuten, wohl nicht die Rede sein, und eben so wenig von einer Rücksicht auf die durch die Regungen des französischen Nationalgeistes bedrohte Stellung des Bonapartismus. Luxemburg, sagt man vielleicht, ist der Preis, um welchen der Krieg mit Frankreich vermieden werden kann. Großer Irrthum. Will oder muß der Bonapartismus seine Rettung in auswärtigen Erfolgen suchen, so kann und wird er sich durch einen so schmalen Brocken nicht abfinden lassen; im Gegentheil, der Heißhunger des französischen Ehrgeizes kann nur geschärft werden durch einen so leicht gewährten und so unzulänglichen Versuch, ihn zu sättigen; die Abtretung von Luxemburg würde von den Franzosen ohne allen Zweifel nur als eine Anwerbschaft auf Landau u. s. w. aufgenommen werden. Doch diese Wirkungen der Schwäche sind zu selbstverständlich, als daß es der Worte darüber bedürfte.

Auf der andern Seite ist es einleuchtend, daß der Bruch mit Frankreich, wenn er denn einmal nicht zu vermeiden ist, im Interesse Preußens nicht zu sehr beschleunigt werden kann. Preußen ist jetzt besser gerüstet, als Frankreich, stark durch die neue Bundesgenossenschaft mit Süddeutschland, die ihre erste Probe um so glänzender bestehen wird, je früher dieselbe eintritt, und doppelt stark vermöge der nationalen Sache, derentwegen es von Frankreich in die Schranken gefordert wird. Dazu kommt, daß ein Krieg gegen Frankreich das sicherste Mittel für Preußen ist, seine neuen Provinzen binnen kürzester Zeit in Fleisch und Blut des Staats zu verwandeln. Vorausgesetzt freilich, daß er erfolgreich geführt wird; die Ungewißheit des Ausgangs indessen könnte wohl ein Grund sein, einem Kriege mit zweifelhafter Ursache aus dem Wege zu gehen, sicherlich aber nicht, eine gerechte Sache zaghaft fallen zu lassen. Am wenigsten eine Sache, bei welcher es sich um nationale Pflicht, militärische Ehre, politische Reputation handelt.

So fest wir überzeugt sind, daß die luxemburgische Frage in keinem andern Sinne von der preußischen Regierung aufgefaßt wird, so wenig wissen wir und Rechenschaft zu geben von der geheimnißvollen Weise, in welcher dieselbe bis jetzt durch Herrn v. Bismarck behandelt worden ist. Nach dem Temperament des Mannes sowohl, wie nach seinem politischen System und nach der Lage der Verhältnisse, hätte man erwarten sollen, daß Hr. v. Bismarck auf die erste französische Forderung bezüglich Luxemburgs geantwortet hätte: kommt und holt es. Mag Hr. v. Bismarck indessen immerhin die besten Gründe haben, die Entscheidung in die Länge zu ziehen, so sind doch die für ihn etwa maßgebenden diplomatischen Rücksichten für die Presse nicht vorhanden, von welcher dringend zu verlangen ist, daß sie sich des luxemburg'schen Handels lebhafter und mit größerem Nachdrucke annehme, als es bisher geschehen. Ob der Reichstag bisher in dem Falle gewesen, in diese Angelegenheit einzugreifen, wäre es auch nur, um dem unzweifelhaften Nationalgedanken darüber zum beglaubigten Ausdruck zu verhelfen, mag dahin gestellt sein; im höchsten Grade wünschenswerth ist es jeden Falls, daß die erste sich darbietende Gelegenheit dazu im Reichstage bei den Haaren ergriffen werde.

Parlamentsbriefe.
IV.

W Berlin, 31. März. Es ist seit meinem letzten Briefe allerlei Gewölk am Reichstagshimmel heraufgestiegen. Die Flitterwochen sind eben vorbei und die Berathung der Detailfragen führt mit Nothwendigkeit zu Erörterungen zwischen der Rechten und der Linken, zwischen der Linken, d. h. der Linken einschließlich der national-liberalen Partei, und den Regierungen, welche eine Verschiedenheit der Auffassung ergeben, die dann durch die darauf folgenden Beschlüsse ihren festen Ausdruck erhält. Ungleich bedenklicher jedoch, als diese häuslichen Zwistigkeiten, ist das Gewölke, welches in Veranlassung der luxemburger Frage heranzieht und unsere friedliche Thätigkeit zu durchkreuzen droht. Ich kann hier vorläufig nicht wiedergeben, was gestern Abend in Abgeordnetenkreisen über den Stand der luxemburger Frage erzählt wurde; so viel scheint jedoch außer Zweifel, daß unsere Beziehungen zu Frankreich seit gestern eine entschiedene Wendung zum Schlechteren genommen haben und daß uns der sein Königgrätz unvermeidliche Krieg mit unserm überrheinischen Nachbarn vielleicht schon im Laufe dieses Jahres bevorsteht. Es war schon seit einigen Tagen ziemlich wahrscheinlich, daß der Reichstag zu diesem Stand der auswärtigen Angelegenheiten nicht stillschweigen würde; ob jedoch durch eine direkte Interpellation des Grafen Bismarck, oder ob bei Gelegenheit der Berathung des Abschnitts VI des Verfassungsentwurfs — „Zoll- und Handelswesen" — die luxemburger Frage nochmals anzuschneiden sei, darüber herrschte noch kein Einverständniß. Seit heute ist diese Frage entschieden. Die nationale Partei wird morgen durch v. Bennigsen den Grafen Bismarck interpelliren und dabei wahrscheinlich durch die Linke und die freien Conservativen unterstützt werden. Graf Bismarck hat offenbar schon einige Zeit diese luxemburger Schwierigkeiten vorausgesehen und deßhalb von Anfang an und im Laufe der Verhandlungen mit immer stärkerem Nachdruck, ja mit Ungeduld, auf die Nothwendigkeit eines raschen Abschlusses des Verfassungswerkes hingewiesen. Er wurde aber nicht verstanden, ja er wurde sogar geradezu mißverstanden. Ich denke, seit gestern ist dies Verständniß da, und die etwas zu behaglich gewordene Breite der Diskussion und der übergroße Amendirungstrieb lenken fortan in engere Bahnen ein, so daß meine Hoffnung, daß bis Ostern das Verfassungswerk fertig berathen auf dem Tische des Hauses liegt, sich immer noch erfüllt.

Meiner Ansicht über den muthmaßlichen Charakter der Verhandlungen des Reichstags, wie ich sie mir nach dem Verlauf der Generaldiskussion gebildet, hat sich leider nicht vollständig bestätigt. Die beiden großen Parteien, die Rechte und die Linke, sind bei den Einzelfragen sehr weit auseinander gegangen und die Abstimmungen, mit dem wechselnden Sieg

Digitized by Google

bald der einen bald der andern Seite des Hauses, constatiren nur zu sehr, sowohl die ungenügende Stärke jeder einzelnen Partei, wie die Zähigkeit des Festhaltens an der einmal im Parteiinteresse genommenen Position. Das auf jahrelange Kämpfe gegründete gegenseitige Mißtrauen hat sich eben als zu stark erwiesen, vielleicht sind auch von beiden Seiten zu wenig ernstliche Anstrengungen zur beiderseitigen Verständigung gemacht worden — genug, Rechts ist Rechts und Links ist Links geblieben. Die Rechte legte zu viel Gewicht auf die möglichst unveränderte Annahme, und die Linke, einschließlich der Nationalen, ging etwas zu sehr in's Detail mit ihren Verbesserungsanträgen. Das rief das alte Mißtrauen wieder wach und die nächste Folge davon war, daß es uns — was sehr zu bedauern ist — nicht gelang, nachdem wir mit der Rechten die haltlosen Anträge wegen Feststellung von Grundrechten zu Fall gebracht, die Unterstützung der Rechten für das Braun'sche Amendement, die Ausdehnung des Gesetzgebungsrechtes des Bundes auf die Presse, das Vereinsrecht ꝛc. betreffend, zu gewinnen. Das erbitterte denn einigermaßen und trieb die nationale Partei mehr und mehr nach Links, wie der Wechsel der Taktik in der unglücklichen Verantwortlichkeitsfrage sehr genau erkennen läßt. Weil wir mit dem Braun'schen Amendement zu Art. 4 geschieitert waren, glaubte man, diese Schlappe durch weitere gehende Anträge in Bezug auf die Ministerverantwortlichkeit auswetzen zu sollen. Der Unterschied war nur, daß wir mit dem Braun'schen Amendement im Recht, mit dem der Linken nachhinkenden Antrag auf Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers und der Abtheilungsvorstände dagegen — worüber wir anfangs auch ganz einverstanden waren — im Unrecht waren. Dies Unrecht aber wurde auch dadurch nicht zum Recht, daß wir, am ersten Tage nur halb geschlagen, den Antrag am nächsten Tage abermals einbrachten, um uns dann vollständig schlagen zu lassen. Darüber haben wir freilich sehr viel Lobsprüche von den Organen der Linken und insbesondere der hiesigen demokratischen Presse eingeerndtet, unseren Einfluß bei der Regierung und den gemäßigten Fraktionen des Hauses dagegen sehr erheblich geschmälert.

Ich kann Sie versichern, daß Graf Bismarck — durch den langsamen Gang der Verhandlungen, durch die zahllosen Amendements, in Verbindung mit seinen schweren Sorgen um die luxemburger Frage sehr erregt, und nervös affierirt — alles Ernstes entschlossen gewesen ist, den Reichstag aufzulösen, wenn die Ministerverantwortlichkeit beschlossen worden wäre, um von dem schlechtunterrichteten Reichstag, mittels allgemeiner Abstimmung den Verfassungsentwurf direkt dem besser unterrichteten Volke zur Annahme oder Ablehnung en bloc vorzulegen. Das sieht vielleicht sehr abenteuerlich aus und wäre gewiß ein sehr ungeduldiger Streich gewesen; aber glauben Sie vielleicht, Graf Bismarck hätte eine Ablehnung auf diesem Wege zu besorgen gehabt? Und welche Niederlage wäre eine Annahme durch das Volk für die oppositionelle Partei gewesen? Man kann ganz gewiß nur damit einverstanden sein, daß die nationale Partei, die von Haus aus sich in gutem Glauben befand, sich durch die schwer verständlichen Drohungen Bismarck's und Blanckenburg's nicht einschüchtern ließ, sondern an ihrem Antrage festhielt; der Muth der selbstständigen Meinung und die Ehre der Partei konnte dadurch allein bethätigt werden. Allein es heißt denn doch bei Berathung eines Verfassungsentwurfs — und darauf kommt es sehr wesentlich an — nicht sehr zweckentsprechend operiren, wenn man, beim besten Willen das Verfassungswerk zu fördern, dasselbe auf einmal vollständig in Frage stellt und dann froh sein muß, daß man schließlich von den Gegnern geschlagen wird. Um diesen Preis sind wenigstens mir, für meine Person, die Lobsprüche der Linken und der demokratischen Presse zu theuer erkauft gewesen. Es ist ein Glück, daß wir in andern Punkten recht erfreuliche Siege aufzuweisen haben, wie z. B. durch die Sicherstellung der Preßfreiheit hinsichtlich der Berichte über die Reichstagsverhandlungen, durch die Festhaltung der Wählbarkeit der Beamten, durch die Sicherung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen ꝛc., sonst wären wir gerade so einflußlos, wie die äußerste Linke. Bei diesen Siegen zähle ich absichtlich den gestrigen Sieg in der Diätenfrage nicht auf, denn es ist ganz außer Zweifel, daß wir diesen Beschluß wieder werden zurück nehmen müssen, um das Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Solche Siege zähle ich nicht zu den Siegen, mag man auch noch so viele Redensarten von dem „Compensationsobjekt" machen, das angeblich dadurch errungen sein soll.

Indeß, solche Erfahrungen müssen gemacht werden. Wie heute die Dinge stehen, ist noch Nichts verloren, eine Verständigung im Interesse des Zustandekommens des ganzen Werkes noch immer gerade so wahrscheinlich, wie vor 14 Tagen, der Einfluß der Partei bei mehreren wesentlichen Punkten erprobt, und gerade in Folge des energischen Auftretens der Nationalen nicht bloß bei ihren Heißspornen, sondern auch bei den Heißspornen von der Rechten die Ueberzeugung zum Durchbruch gekommen, daß ein anderes, mehr entgegenkommendes Verfahren wohl besser und zweckentsprechender wäre, als das ganz unvermittelte Aufeinanderplatzen, wobei doch schließlich die Polen, Ultramontanen und Particularisten — gewiß also nicht die angenehmsten Bundesgenossen — den Ausschlag geben. Der Ernst der allgemeinen politischen Lage thut hoffentlich auch das Seine dabei, und so wird, was das Budgetrecht und die Militärfragen anlangt, sehr wahrscheinlich das Beispiel Nachahmung finden, welches Otto Michaelis in Bezug auf den Abschnitt über das Eisenbahnwesen gegeben, nämlich: die Bildung freier Abtheilungen aus allen Fractionen, um sich über gemeinsame Abänderungsvorschläge zu verständigen, diese dem entsprechenden Minister zur gutachtlichen Aeußerung vorzulegen und hiernach schließlich dem ganzen Hause gemeinsame Anträge zu unterbreiten. Dies ist der alleinige Weg, rasch und sicher die Berathung zum Ende zu führen, die Amendementswuth zu mäßigen und das gegenseitige unglose, weil oft auf bloßem Mißverständniß beruhende, Bekämpfen der beiden großen Parteien zu verhindern. Freilich ist dies ganz gegen die seitherigen Traditionen und die Ultra's auf beiden Seiten werden auch nicht verstummen, sich dagegen zu stemmen. Angewandt aber muß dieß Mittel werden. Denn, ich wiederhole es, die nationale Partei hat ihre Aufgabe nicht gelöst, aber doch nicht vollständig gelöst, wenn es ihr nicht gelingt, den vorgeschritteneren Theil der Rechten, oder doch die talentvolleren Elemente darin, bei Gelegenheit der Berathung des Verfassungsentwurfs nachhaltig und gründlich davon zu überzeugen, daß ihre Ziele im Wesentlichen nicht viel weiter gehen, als die der vernünftigen Conservativen und daß es deßhalb in vielen Fällen möglich sein könnte, daß die seitherigen Gegner, von dem gemeinsamen Boden der nationalen und wirthschaftlichen Interessen aus, gemeinsam operiren. Mit anderen Worten: wir müssen rechts und links aufbören, die Parteigegensätze aus einem sittlichen Verschulden der einen oder der anderen Partei uns zu erklären, und wir müssen anfangen, diese Erklärung vielmehr in nichts Anderem zu suchen, als in einem intellectuellen Irrthum auf der einen oder der andern, oder auf — beiden Seiten.

Aus Preußen, 31. März. Das war eine kleine Woche voll trüber, niederschlagender Eindrücke, wie wir sie nach der glorreichen Woche unserer Armee in Böhmen im Rathe des norddeutschen Volks nicht hätten erleben sollen! Wie! Man beruft mit großem Geräusch einen Reichstag zur Berathung der Grundlagen des neuen Bundes; man setzt das ganze Volk durch das allgemeine Wahlrecht in Bewegung; man preist den Reichstag nicht nur als den wahren Ausdruck des Volkswillens, sondern Bismarck rühmt ihn auch als die Blüthe der Intelligenz; man empfängt diese Vertreter des Volkes mit feierlichem Gepränge am Hofe des Königs, man umgibt sie freigebig mit äußerem Glanze: — aber wenn sie dann in dem Verfassungs-Entwurf irgend etwas von nur einiger Bedeutung im Interesse des einheits- und freiheitsbedürftigen Volkes ändern wollen, so werden sie von den Vertretern zweier besiegter Fürsten zurückgewiesen, die darauf pochen, daß ihre allergnädigsten Herren das Möglichste an — „Nachgiebigkeit" huldreichst geleistet haben und

Digitized by Google

daß die Volksvertreter ihnen dafür dankbar sein müssen, statt weitere „Zumuthungen“ an sie zu stellen! Was will man denn? Eine Versammlung von Jahrhundern brauchte man wahrhaftig nicht mit solchem Geräusch zu berufen, und man wird sich sehr täuschen, wenn man glaubt, daß eine solche auf die Dauer auf das Ausland auch nur einen dekorativen Effekt machen könne. —

Zweifelsohne hat gewiß Recht darin, daß die liberale Partei mit einer gewissen Resignation ans Werk gehen müsse. Wir Nationalen haben uns wahrhaftig nicht in Illusionen gewiegt; wie wir die Unmöglichkeit erkannten, Oesterreich ohne Krieg aus dem deutschen Staatsverbande zu entfernen, so haben wir auch niemals geglaubt, daß die Einheit, gerade in Deutschland, mit Rosen- und Lavendelwasser gemacht werden würde. Viele von uns waren sogar auf eine vorübergehende Militär-Diktatur gefaßt; aber viel eher kann man sich resigniren, eine solche zu ertragen, als sich dazu hergeben, selbst den Absolutismus durch eine Verfassung dauernd zu begründen. Man kann die Verwerfung des an sich durchaus gerechtfertigten Antrags der Linken, auf Beseitigung des Bundesraths aus der Exekutive, auf einheitliche Centralgewalt und Ernennung eines verantwortlichen Bundesministeriums begreifen. Denn wie sehr man auch im Prinzip dieser Herstellung des korrekten Bundesstaates mit einem Schlage zustimmen mag, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß dadurch die Grundbedingung des Vertrags mit den Fürsten umgestoßen würde, und das war, selbst abgesehen von der Vertragstreue, gewiß unmöglich, wenn die preußische Regierung selbst nicht wollte. Aber wenn man dem Volke die Garantie für ein Minimum von politischen Rechten in jedem Bundesstaate und das bescheidenste Maaß der Verantwortlichkeit der Minister verweigert; wenn man dem Reichstage die unentbehrlichsten, sogar vom Bonapartismus geschonten parlamentarischen Rechte (Vorforderung der Minister, Interpellationen, Adressen, Petitions-Ueberweisungen) versagt; wenn man die Diäten zu verhindern, die geheimen Wahlen wieder zu beseitigen, die unabhängigen Beamten auszuschließen, „die Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen — „im Interesse der Sittlichkeit“ nach Bismarck — von dem guten Willen der Regierung oder der Staatsanwaltschaft abhängig zu machen wenigstens versucht, und die Abgeordneten nicht einmal während der Session vor Prozessen und Verhaftungen schützt:*) dann fördert man wahrlich weder das Ansehen des Reichstages, noch die Einheit, indem man sich der kräftigsten Stütze, der Sympathien des Volkes, beraubt, — selbstverständlich, ohne dadurch die der Fürsten zu gewinnen. Die souveränen Fürsten verspürren offenbar noch nicht die geringste Sehnsucht nach der Rolle englischer Peers, die einem Könige von der Mehrheit sächsischen, nach Bismarck, auch gar nicht zuzumuthen ist. Selbst die mehr und mehr am politischen Leben sich betheiligenden mediatisirten Standesherren in der Fraktion der „National-Konservativen“ haben, ihren Abstimmungen zufolge, noch immer mehr Aehnlichkeit mit dem heimischen Junkerthum, als mit der englischen Aristokratie, — was natürlich in gewissen Correspondenzen, als ein neuer untrüglicher Beweis für die verwerflichen Gesinnungen der „National-Liberalen“, mit großer Befriedigung verzeichnet wird. —

Wir sind noch bei der Vorberathung und definitive Beschlüsse werden erst in der Schlußberathung gefaßt. Einige nachträgliche Abänderungen sind im Interesse der nationalen Sache dringend geboten. In den gesetzgeberischen Befugnissen des Reichstags auf volkswirthschaftlichem Gebiete liegt ohne Zweifel ein großer Fortschritt gegen den früheren Zustand, und die militärische Einheit, deren Sicherung, gleich bei den ersten napoleonischen Kompensations-Gelüsten nach den Nikolsburger Vorbesprechungen, mir als das größte Verdienst Bismarck's erschient, ist eine ungeheure Errungenschaft, die ich wahrlich am allerwenigsten zu unterschätzen geneigt bin. Aber wenn wir, nicht an den Reichstag, sondern durch ihn die Verantwortlichkeit der Regierung und für lange Jahre wenigstens ein gut Stück Budgetrecht und jeden Einfluß auf die Heeres-Verfassung und Heeres-Gesetzgebung verlieren sollen, drängt man dann nicht auch den aufrichtigsten Freunden der Einheit gewaltsam die Frage auf, ob sie nicht auf ein Parlament um solchen Preis verzichten und auch fernerhin die Regulirung dieser Sachen durch Verträge vorziehen sollen? Die Abg. Miquel, Grumbrecht und andere eifrige Unitarier haben das bereits angedeutet. Es werden in der That viele politische Männer eben so wenig wie Miquel, den komplizirten Mechanismus eines zwischen Staaten mit verantwortlichen Regierungen gewaltsam eingeschobenen unverantwortlichen Bundes-Verwaltungs-Apparats begreifen, oder sie werden sich lebhaft an die schmähliche Rolle erinnern, welche der unverantwortliche alte Bund, mit Hülfe freiheitefeindlicher Minister, zur Beseitigung ihrer Unverantwortlichkeit in den Verfassungs-Konflikten der Einzelstaaten spielte. Sieht man von diesen Gefahren ab, so mag ein solcher Apparat manche geschäftliche Vortheile, raschere Aktion u. dgl. bieten; aber ein lebensfähiger Organismus ist er nicht und darum wird er auch niemals als Hebel für die weitere nationale Entwickelung dienen können. —

Auf dem jetzt eingeschlagenen Wege arbeitet man offenbar den Gegnern der Einheit in die Hände. Man lähmt jeden nationalen Aufschwung, wenn man die patriotische Begeisterung des Volkes zur Schädigung der Freiheit auszubeuten versucht. Gerade dadurch schafft man wieder einen Boden für die nergelnden, unfruchtbaren Anschauungen der Pessimisten; das macht sich in der Bevölkerung der Städte schon sehr bemerkbar, und das fördert auf der andern Seite wieder die blinde Unterwerfung. Die liberale Partei auf dem Reichstage muß alle ihre Kräfte aufbieten, um zu retten, was zu retten ist. Die erste Bedingung ist aufrichtiges und rückhaltloses Zusammenhalten aller ehrlichen Liberalen. Manche wichtige Niederlagen sind durch 1—2 Stimmen herbeigeführt und diese wurden gewonnen durch die Verblüffenheit einzelner „Gutschiedener“ (zum Beispiel der beiden Lassallianer), durch fahrlässige Abwesenheit, durch Hinausgehen vor der Abstimmung, oder durch gelehrte Schrullen. Niemand wundert sich mehr über den cynischen Eifer, mit welchem ein Vincke die konstitutionellen Grundsätze, für die er so lange gekämpft, im Bunde mit Wagener und Blanckenburg, unter schlechten Späßen, mit Füßen tritt. Wer, wie er, im Abgeordnetenhause das wichtigste konstitutionelle Grundrecht, das Steuerbewilligungsrecht, aufgibt, weil es vielleicht nicht nach seiner Ansicht gehandhabt wird, der mag immerhin noch ein Blitz reißender, gewandter und gefürchteter Klopffechter sein; aber auf den Namen eines ernsthaften politischen Charakters hat er keinen Anspruch mehr. Bismarck „hat gesiegt, daß der Reichstag, dem Auslande gegenüber, als eine Stütze der Regierung erscheinen werde“, und klagt mit patriotischem Schmerz über das Schwinden dieser Hoffnung. Freilich — eine mühsam, durch Drohungen mit dem Scheitern des Werkes, erpreßte Majorität in entscheidenden Fragen wird dem Auslande um so weniger als eine starke Stütze erscheinen, wenn sich dieses Verhältniß gar im preußischen Abgeordnetenhause selbst wiederholen sollte, was nur zu wahrscheinlich ist, wenn die Dinge so fortgehen. Das ist schlimm; denn die Zukunft ist düster. Aber woran liegt die Schuld? An unmäßigen Forderungen des Volkes oder an unmäßigen Weigerungen der Regierungen? Die öffentliche Meinung hat darüber entschieden. Mögen die Regierungen sich die Sache nochmals überlegen, und möge Graf Bismarck nicht vergessen, daß Hr. v. Vincke, nicht der Typus des deutschen Volkes ist. Der Augenblick ist kostbar; wehe denen, denen die Geschichte das Urtheil spricht, daß sie wieder nur die Zahl der versäumten Gelegenheiten zu vermehren verstanden haben! —

Bestätigung der Maßregelung der „Mittelrhein. Ztg.“, auf Grund des Bundesbeschlusses von 1854, durch den Kommissarius des siegreichen Preußen im annektirten Frankfurt; Schmeicheleien, mit Drohungen vermischt, verschwendet an das welfische Junkerthum, welches da-

*) Wir sehen manche der hier in Frage gezogenen Punkte anders an, als unser Herr Correspondent, und theilen seine Ansicht also nur unter Vorbehalt der unsrigen mit. D. H.

Digitized by Google

durch natürlich nur noch aufgeblasener und widerhaariger wird; Nichtbestätigung von „Rathsmännern“ in Rügenwalde, pommerisch Lauenburg, Pyritz und anderen Weltstädten, nebst Ernennung von hoch besoldeten Kommissarien für diese Ehrenämter; Uebergehung fürstlicher Kreisräthe bei der Ernennung von Gerichtsräthen, und Uebergehung der Generale, Präsidenten und Landräthe bei der Einziehung der Stellvertretungs-Kosten von den Reichstags-Abgeordneten: — die HH. Grafen Eulenburg und Lippe sind noch in erwünschtem Wohlsein und arbeiten in gewohnter Weise, wenn auch unbemerkter, weiter an eleganter Befreiung des Landes von dem „Terrorismus der Parteien“. Davon spricht man kaum noch; man tröstet sich über diese Kleinlichkeiten mit der sonstigen — Größe. Aber gerade, weil man sich durch den Hinblick auf diese über so Vieles wegsetzen muß, macht die so plötzlich heraufbeschworene Luremburgische Frage ein so ungeheueres und so peinliches Aufsehen. Wir wissen nicht, wie die Sachen stehen. Die Regierung schweigt und die Offiziösen stammeln unverständliche Worte. Das Volk fragt nicht nach völkerrechtlichen Verträgen vor der Errichtung des alten Bundes, nicht nach der Auflösung desselben; es fragt nur nach der Zusammengehörigkeit der Glieder. Hier ist nicht einmal ein Nationalitäts-Vorwand; hier ist ein unbestritten deutsches Land, welches dem Reiche Kaiser, der Mark Brandenburg Fürsten gegeben hat: — soll die deutsche Nation, zur Einweihung ihrer unter blutigen Opfern begonnenen Einheit, verurtheilt werden, ruhig der Verschacherung eines deutschen Landes durch einen gelbgierigen Fürsten zuzusehen, damit der um seine Dynastie besorgte französische Kaiser die durch die preußischen Siege verletzte Eitelkeit und den durch die deutsche Einheit geweckten Neid der Franzosen beschwichtige? Hätte Preußen, unter was immer für Vorbehalten, dazu die Hand geboten, es wäre der sicherste Weg, den Bismarck zur Zerstörung seines Nimbus einschlagen, der furchtbarste Schlag, den er gegen die ganze seitherige „Erfolgs-Politik“ führen könnte! —

G. Aus Baden, 27. März. Der Artikel in Nr. 96 des Wochenblatts des N. L. „Deutsche Schiffsrüstung, Rettung Schiffbrüchiger“ gibt erfreuliche Nachrichten über die Zunahme und die immer günstiger sich gestaltenden Verhältnisse dieser nationalen Gesellschaft in Norddeutschland. Wir können denselben nicht minder erfreuliche über das Wachsthum des süddeutschen Bezirksvereins beifügen. In Baden nimmt dieser fast lawinenartig zu, sowohl was Schnelligkeit als was Umfang betrifft. Zwar gehören auch das Großherzogthum Hessen, südlich vom Main, mit Rhein-Hessen, sodann Rheinbayern und Würtemberg zum süddeutschen Bezirksverein, und in Würtemberg geht es noch langsam, so wie in Rheinbayern das baierische Vereinsgesetz ein Hinderniß bildet, welches jenen das Beitreten einzelner Personen an auswärtige Vereine gestattet, die Ausbeutung derselben durch Bezirks- oder Ortsvereine aber mit strenger Strafe bedroht. Doch wird dieses Verbot in Rheinbayern nicht so streng gehandhabt, wie in Baiern diesseits des Rheins; in Hessen, und noch mehr in Baden, scheint die Sache um so rascher voran. Ueberhaupt geht es ja bei allen nationalen und entschieden zeitgemäßen Unternehmungen so: manche Orte und Gegenden werden früher, andere später von der Bewegung ergriffen, bis sie sich zuletzt überall hin ausgebreitet hat. Bei der ersten vorläufigen Constituirung des süddeutschen Bezirksvereins, im November v. J., befanden sich in den genannten Ländern an 14 Orten Vereinsvertretungen mit 7—800 Mitgliedern, und man glaubte annehmen zu dürfen, daß sich bis zum Schlusse des Jahres 1867 die Mitgliederzahl verdoppeln und die Jahreseinnahme etwa 2000 fl. betragen werde. Diese Erwartung wurde weit übertroffen. Schon in der Mitte des März waren bei der Bezirksverwaltung in Karlsruhe über 1600 Mitglieder eingeschrieben, welche gegen 2500 fl. beitrugen, und es fehlten, nach ihrem Bericht, von den meisten neugegründeten Vertretungen und in der Entdeckung begriffenen Ortsgesellschaften noch alle Nachrichten. Jetzt, zu Ende März, hat sich die Mitgliederzahl abermals namhaft vermehrt und ist sie z. B. zu Karlsruhe auf 340 gestiegen; zu Heidelberg auf 195 (von alle Professoren der Universität sind beigetreten); zu Mannheim auf etwas mehr als 200 und man hofft bort auf die Verdoppelung dieser Zahl; zu Pforzheim auf mehr als 100. In sieben badischen Städten, wie Baden, Offenburg u. a. hat der Anschluß mit 60—70 Mitgliedern begonnen. Aus Hessen fehlen und hier die Nachrichten, aber auch in Landgebieten regt es sich lebhaft und die Bewegung pflanzt sich auf andere rheinbairische Städte fort. Aus den anfänglichen 14 Vertretungen des Vereins sind 31 geworden, worun 21 in Baden. In Baden haben sich auch sämmtliche Mitglieder der großherzoglichen Familie mit namhaften Beiträgen betheiligt. Der Verwaltungsrath rühmt es besonders, „daß in unserm Bezirksverein die Vereinsthätigkeit sich nicht auf bestimmte Berufs- oder Geburtsstände, auf gewisse Konfessionen, oder kirchliche, oder politische Parteien beschränkt, und daß also hier die rein humane und nationale Angelegenheit allem Parteitreiben vollständig entrückt sei. Bei Arm und Reich, habe sich das Seerettungswesen Freunde erworben, und die Mitgliederlisten der betheiligten Städte weisen Namen aus allen Kreisen der Einwohnerschaft auf, welche, neben dem Minimalbeitrag (von ½ Thlr. oder 1 fl.), Beiträge von 10—15 fl. gezeichnet haben.“ Wenn aber die Stellung noch auf die Sache einwirkt, so geschieht es in einer für fürderlichen Weise, wie sie der jetzigen politischen Anschauungsweise und Stimmung entspricht. So schreibt man von Offenburg der „Badischen Landeszeitung“ über die zahlreiche Betheiligung an dem kürzlich dort entstandenen Verein: „Wir verkennen keineswegs die rein menschliche Seite des Unternehmens und wollen ihr den gebührenden Antheil an dem Gedeihen des Vereins nicht schmälern. Gewiß aber wäre bei alle Dem die Betheiligung noch vor einem Jahr eine viel geringere gewesen, und es ist daher wohl gestattet, bei Hauptgewicht der Ausführung unserer sittlichen Grundsätze mit unsern norddeutschen Landsleuten auf der politischen Erkenntniß anzustehen, daß wir allen Ernst haben, von dieser Sinnesänderung öffentliches Zeugniß abzulegen.“ Als solches sei uns denn die starke Betheiligung an unserem Verein doppelt willkommen!

A. C. Erlangen, 26. März. Die Existenz gewisser Verabredungen, die im Zusammenhang mit den Berliner Friedensschlüssen zwischen der preußischen und den süddeutschen Regierungen getroffen worden, war kein Geheimniß. Aber man wußte zu wenig Sicheres über Inhalt und Form derselben, als daß es möglich gewesen wäre, ihre politische Bedeutung zu würdigen. Die jetzt erfolgte Veröffentlichung zeigt uns einen regelrechten satisfacienten Staatsvertrag, der in wenigen Worten sehr gewichtige Bestimmungen trifft.

„Es garantiren sich die beiden Kontrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer beyderseitigen Länder und verpflichten sich, im Fall eines Krieges, ihre volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen.“ Hier ist dem bayerischen Staate, wie dem preußischen, für den Fall eines feindlichen Angriffes die Hilfeleistung der Bundesgenossen zugesichert. Allein der Vertrag reicht noch um ein Bedeutendes weiter: er bindet Bayern an die ausdrückliche Zustimmung Preußens zum des norddeutschen Bundes. Denn indem er die bayerischen Streitkräfte für jeden Kriegsfall, ohne Unterschied, der preußischen Regierung zur Verfügung stellt, berechtigt er die letztere, bei jedem Akt ihrer auswärtigen Politik, der zu kriegerischen Verwicklungen führen könnte, auf Bayern zu rechnen. Zwar wird als ausschließlicher „Zweck“ der Stipulirung die Integrität des Gebietes bezeichnet; dies vermindert jedoch nur scheinbar die Tragweite der Uebereinkunft. Denn es giebt keinen Krieg, in welchem nicht die Gebietsintegrität der kriegführenden Staaten bedroht wäre, und Preußen kann somit keinen Krieg unternehmen — gleichviel um welcher Sache willen, — wobei es nicht Anspruch hätte auf die Mitwirkung Bayerns. Ein nahelegendes Beispiel wird das Verhältniß erläutern. Es ist klar, daß Deutschland sich zur orientalischen Frage nicht gleichgiltig verhalten kann, sondern eine seinen Interessen entsprechende Stellung zu derselben einnehmen muß. Führen in diesem Fall die Ereignisse zu einer kriegerischen Entscheidung, so wird auch Bayern ohne weitere Wahl an der Seite Preußens und des norddeutschen Bundes zu kämpfen verpflichtet sein.

In Zusammenhang gebracht mit den preußischen Uebersiedl, den Art. 2 stipulirt, klingt dies der vorbehaltenen Gegenleistigkeit ungeachtet, einem partikularistischen Ohr sehr unfreundlich. Für uns aber bedeutet es den Anfang der Möglichkeit einer nationalen Politik gegenüber dem Ausland, gestützt auf die Kraft einer 39 Millionen, die in dem vereinigten Nord- und Süddeutschland leben. Im norddeutschen Bunde hat Preußen die Leitung der auswärtigen Politik und des Heeres; die Augsburgerzeitung fügen in einer andern, auf die Dauer allerdings nicht genügenden Form, Süddeutschland hinzu. Da eine auswärtige Politik ohne einheitliche Leitung unmöglich und ein großes Heer ohne auswärtige Politik verächtlich ist, so freuen wir uns des Vertrages vom 22. August.*)

Baron Pfordten, der denselben unterzeichnet hat, konnte sich über seine Bedeutung nicht täuschen. Was sollten denn aber die Abdomentaten von dem sich selbst genügenden Bayern, mit welchen der Minister acht Tage darauf den Kammern gegenübertrat?

Wenn nun Bayern künftig in den auswärtigen Verhältnissen der Leitung Preußens folgt, so machen wir uns darauf gefaßt, daß uns diese Leitung nicht immer gefallen wird. Heinrich von Gagern hat vor einiger Zeit in der hessischen Kammer gesagt: welche Bürgschaft dafür bestehe, daß preußische Staatsmänner an der Spitze Deutschlands jederzeit das Richtige thun würden? In der That, nicht die geringste; aber man konnte die Gegenfrage stellen: ließen denn die hessischen Staatsmänner viele Bürgschaft, oder die bayerischen, die österreichischen? Soll die moralische Nullität Deutschlands so lange fortdauern, bis man das geheimnißvolle Mittel entdeckt hat, für eine Politik zu sorgen, die immer gut ist?

*) Daß der Vertrag zu seiner Gültigkeit keiner Zustimmung der Kammern, bedarf ist jedem Sachverständigen einleuchtend. Doch wird die Regierung sich gefaßt haben, daß die Sicherung seiner Ausführung, im Bereich der Mittel, auf der Uebereinstimmung der Landesvertretung mit ihr beruht. Für den gegenwärtigen Landtag sieht das Ministerium Hohenlohe diesen Punkt wahrscheinlich durch die vorhergegangenen Erklärungen der Kammern für erledigt an.

Digitized by Google

Zeitungsschau.

Die „Allg. Ztg" scheint sich schließlich zu dem Norddeutschen Bunde, dem preußisch-süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse und der damit gegebenen weitern Entwickelung der deutschen Staatsverhältnisse bekehren zu wollen. Ein von österreichischen Sympathien überströmender Stuttgarter Mitarbeiter des Blattes läßt sich in seinem Sinne zu folgenden Bekenntnissen herbei, die ihre Spitze in dem Satze finden, daß die Ausöhnung mit Preußen und eine möglichst enge Bundesgenossenschaft eine Lebensbedingung für Oesterreich geworden sind: „Die Klarheit, welche nun über die süddeutschen Verhältnisse verbreitet ist, kann auf die österreichische Politik nur eine günstige Wirkung ausüben. Zwar ist wohl der Glaube an die spätere Möglichkeit einer Restauration im legitimistisch-großdeutschen Sinne zu Wien nur noch von wenigen Gestern ganz spezifischer Richtung unterhalten worden, und kalte Realpolitik haben diesen Glauben schwerlich eine große Beunruhigungskraft zugeschrieben; immerhin aber trugen die Ungewißheiten der Stellung welche in den bevorstehenden Neubildungen den süddeutschen Staaten bestimmt sein werde, zur Unterhaltung trügerischer und darum schädlicher Hoffnungen bei. Seit der Oeffentlichkeit des entscheidenden Verhältnisses, in welches diese Staaten zu Preußen und damit zum norddeutschen Bunde getreten sind, ist sie ernsthaft praktischer Erwägungen zehe auf einen Rückgang in den deutschen Gestaltungen der nächste Combination der österreichischen oder irgendeiner andern Politik sind: dem bedeutungslos gewordenen Namen nach die Schärfe des Bischofs von Mainz, mit welcher die katholisch-kirchliche Politik vom großdeutschen System Abschied nimmt und ihr Pronunciamiento zu Gunsten des preußisch-norddeutschen Reichs macht, wirkt in der nämlichen Richtung. Sie bezeichnet den Bruch der katholisch-kirchlichen Interessen mit dem großdeutschen Legitimismus, und raubt diesem eine seiner letzten Stützen. Und eine zweite österreichische Hoffnung, wie in den Kreisen des deutsch-österreichischen liberalismus gehegt, geht mit diesen Entwicklungen, in Gestalt einer bewußten Restaurationsgedanken, zu Grabe; die Hoffnung auf einen Bund der süddeutschen Staaten mit Oesterreich. Eine solche Hoffnung — wenn sie diesen Namen verdiente — konnte immer nur eine trügerische sein, und die Besorgniß, welche Ludwig Bamberger gehegt, daß ein selbständiges System süddeutscher Staaten der österreichischen Macht noch nachträglich bis an den Main helfen werde, ist gewiß eine sehr unbegründete gewesen. Die Existenz eines solchen Systems hatte nur Oesterreich verleiten können gefährlichen Phantomen nachzujagen, und darüber die Erstellung realer Lebensbedingungen zu versäumen. Nicht mit Unrecht kann man sagen, daß die Beibehaltung einer, wenn auch nur vorübergehenden, Mainlinienpolitik, zu der sich Oesterreich, vielleicht selbst nur scheinbar, hat verleiten lassen, den wahren Ausgangspunkt des Unheils bildet, welches sich über das Reich ergossen hat. Nach allem was geschehen ist, und nur mit Verletzung aller Ehre könnte zurückgenommen, kann Oesterreichs Existenz bedroht müßten. Es ist überflüssig, jetzt noch dieses Urtheil zu begründen, nachdem durch den militärisch-politischen Anschluß Süddeutschlands an die norddeutsche Macht die Versuchung, zu Oesterreichs Wohl beseitigt ist. Eine selbständige Gruppe süd- und mitteldeutscher Staaten, hinreichend stark um ebenbürtig zwischen Oesterreich und Preußen zu stehen und vor dem Kriege geschützen, hatte wahrscheinlich den Frieden erhalten. Die vier Staaten, welche in Süddeutschland ihre Unabhängigkeit gerettet, waren nach dem Kriege kein hinreichendes Material mehr zu einer solchen Bildung, und hätten nur neue Zankäpfel für neue Händel gegeben. Indem das ringsherum geschwächte Kaiserreich kann gewachsen sein würde. Solche Händel zu vermeiden muß für Oesterreich jetzt die erste aller Sorgen sein. Nicht nur die Lage Oesterreichs selbst, sondern die ganze Lage der Welt zeigen in der österreichischen Politik die Feindschaft mit dem preußisch-norddeutschen Reich als das richtige System nee. Verletzte Gefühle, denen kein richtig denkender Mensch die Berechtigung absprechen kann, mögen sich dagegen empören. Nach dem Ausdruck der öffentlichen Meinung in österreichischen Blättern zu schließen, hat aber der politische Verstand bereits einen heilsamen Herrschaft über das Gefühl errungen, und wenn dieselben in gewissen Fragen noch allzu mächtig sein sollten, so möge man da an der gangene Fehler denken, und sich die Frage aufwerfen: ob man nicht selbst verschuldet hat was man so bitter empfindet."

„Während das Dasein einer schwachen süddeutschen Staatengruppe, sei es in der Form der vereinzelten Staaten, oder in der eines verkümmerten süddeutschen Bundes, auf das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen nur gefahrdrängend hätte einwirken können, kann der Anschluß dieser Staaten an die norddeutsche Macht zur Vermittlung des unentbehrlichen Freundschaftsverhältnisses zwischen beiden Mächten werden. Sie haben gegen Oesterreich vieles auf dem Gewissen, was sie durch forcirte Anklagen von ihrer Seite nicht abschütteln können. Durch gute Dienste zur Herstellung jenes Verhältnisses können sie sich die eigene Absolution geben."

„Die Politik, welcher hier das Wort geredet wird, ist auf die Erhaltung und Förderung einer von Neubruchland zwar abgesonderten, aber mit diesem in Freundschaft stehenden österreichischen Macht gerichtet. Diese Politik hat ihre Gegner in doppeltem Sinn: Gegner der Erhaltung Oesterreichs, und Gegner seiner Versöhnung mit Preußen und den neuesten Bildungen; diese doppelte Gegnerschaft ist jedoch eine und dieselbe. Wer Oesterreichs Versöhnung mit Preußen und den neudeutschen Bildungen nicht will, der will nicht Oesterreichs Erhaltung, und wer Oesterreichs Erhaltung nicht will, kann nicht jenen Versöhnung will der neudeutschen Macht wollen."

Das „Frankfurter Journal" gibt eine Uebersicht über das Verhalten der Bürtemberg. Presse zu dem Schutz und Trutzbündnisse, der wir die folgenden Einzelnheiten entlehnen. Der „Staatsanzeiger" sagt: „Es werde nicht an Solchen fehlen, welche in dem Vertrag die Möglichkeit einer Gefahr erkennen, die Gefahr in einen Krieg verwickelt zu werden. Es sei indessen zu bedenken, daß ein Staat von den Machtverhältnissen und der geographischen Lage Württembergs obnehin nicht neutral bleiben könne, wenn weit mächtigere ihm benachbarte Staaten Krieg führen. Der Oberbefehl würde, das liege in der Natur der Dinge, in Wirklichkeit beim Kriegsfalle doch an Preußen getommen sein."

Die mittelbaren Organe der württembergischen Regierung sprechen noch viel deutlicher aus dem nämlichen Tone. Das ultramontane „Deutsche Volksblatt" hat sich mit dem heutigen Stand der Dinge gleichfalls ausgesöhnt, wenn auch nicht ohne schwere Selbstüberwindung, und noch weniger, ohne für seinen Haß und Groll nach einer andern Seite hin eine Entschädigung zu suchen. Demnach findet das „deutsche Volksblatt", in dem Verschwinden der deutschen Kleinstaaten nue eine Vollziehung des Weltgerichts, eine gerechte Strafe dafür, daß die süsslichen Dynastien den Mantel der heiligen römischen Reichs deutscher Nation zerreissen haben, um mit den Fetzen desselben zu prunken.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

* Heidelberg, 31. März. In der gestrigen Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins erstattete Herr Prof. Duden Bericht über die Generalversammlung des Norddeutschen Reichstags, welcher der Redner beigewohnt hatte. Der Vortrag, eine ednerisch ausgezeichnete Leistung, gab ein anschauliches Bild der parlamentarischen Tage, welche von jener Debatte ausgefüllt worden, in welchem die namhaftesten Männer, welche sich daran betheiligt hatten, in lebendiger Versinnlichkeit hervortreten, und die einander entgegenstehenden Parteibestrebungen in voller Handlung und scharfer Beleuchtung erschienen. Herr Duden hinterließ seinen Zuhörern den Eindruck, daß die Nationalpartei in ihm eine sehr werthvolle Kraft besitze, die eine bedeutende Zukunft hat.

— In der Nähe von Leipzig hat vor einigen Tagen Herr Hexner, ehemaliges Mitglied des Ausschusses des Nationalvereins und viele Jahre lang Abgeordneter der zweiten Kammer des sächsischen Landtags.

Die Hessische Morgenzeitung in Cassel

erscheint seit 1. Januar d. J., dem Beginne ihres 9. Jahrgangs, an in vergrößertem Formate.

Sinnädgst ins Leben gerufen für den konstitutionellen Vertheidigungskampf, lange die fast ausschließliche Trägerin dieser Bewegung, ist dieselbe seit ihrem Bestehen das hauptsächliche Organ für die Richtung der weit überwiegenden Mehrheit in Kurhessen.

Schon längst der Haupt- und erfolgreichste Sprechsaal für alle öffentlichen Angelegenheiten und Dinge für das ganze geistige leben dieses Landes, wird die Morgenzeitung, nachdem ihre Richtung in der nationalen Frage ebenso wie einst in der einheitlichen siegreich gewesen, sich mit gesteigerten Kräften und unter weiterer Belebung ihrer zahlreichen Beziehungen nachhaltig allen den wichtigen Aufgaben unterziehen, welche ihr an dem Hauptorte der neuen preußischen Provinz Hessen zufallen; insbesondere wird sie allen Fragen, welche die Umbildung und Neubelebung des Landes, zumal im Verhältniß zum übrigen Preußen und seiner deutschen Stellung betreffen, die regste Aufmerksamkeit widmen.

Das Blatt erscheint täglich, auch Sonntags, und kostet im Thurn und Taxis'schen Postgebiet vierteljährlich 1 Thaler, im übrigen Deutschland 1 Thaler 9 Sgr., erel. Zeitungsstempel.

Anzeigen finden in der Hessischen Morgenzeitung, dem gelesensten Blatt in Hessen, die beste Verbreitung. Der Einrückungsbetrag ist 1 Sgr. für die gespaltene Kleinzeile.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mit dem ersten April beginnt ein neues Abonnement und werden deshalb alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neueintretende) ersucht, ihre Bestellungen baldigst bei den betreffenden Postämtern aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Uebersendung stattfinde und weil sonst die Lieferung vollständiger Exemplare nicht garantirt werden kann.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2 Thlr.

Als ein Hauptorgan der liberalen und nationalen Richtung in Sachsen und in ganz Mitteldeutschland, wird die Deutsche Allgemeine Zeitung fortfahren dem Reichstag ihre besondere Aufmerksamkeit in Leitartikeln wie in thatsächlichen Mittheilungen zu widmen. Namentlich hat sie geeignete Einrichtungen getroffen, um möglichst rasch ausführliche und zuverlässige Berichte über den Reichstag bringen zu können, und diese Einrichtungen haben sich bereits auf das beste bewährt, wie denn auch insolge davon die Abonnentenzahl ansehnlich gestiegen ist.

In ihrem Feuilleton wird die Deutsche Allgemeine Zeitung auch die Pariser Weltausstellung eingehend schildern; es ist ihr gelungen, den gewandten münchener Maler und Schriftsteller Friedrich Pecht für eine gerade Reihe von Originalberichten darüber zu gewinnen, die bald nach der nahe bevorstehenden Eröffnung der Ausstellung beginnen werden.

Inserate finden durch die Deutsche Allg. Zeitung die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung; die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile (unter „Eingesandt") 2½ Ngr.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.

Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 99. Heidelberg, den 11. April. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. April begonnene II. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins" einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei directem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 kr. oder 10½ Sgr. Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im März 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Allianz mit Oesterreich. — Belgien und Holland. — Parlamentsbrief. — Aus Preußen. — Zum baierisch-preußischen Allianzvertrag. — Würtembergische Heeresreform und Militärpolitik. — Aus Franken. — Zweck, Mittel, Organisation der Arbeitervereine.

Wochenbericht.

Heidelberg, 9. April.

* Die Reichstagsverhandlungen sind an dem Punkt angekommen, wo der gute Wille der Regierung seine entscheidende Probe zu bestehen haben wird — an dem Finanzkapitel. Hier ist der Nachgiebigkeit der Volksvertretung eine Gränze gezogen, hinter welche nicht zurückgegangen werden kann und nicht zurückgegangen werden wird. Die Regierung ihrerseits macht bis jetzt Miene, auf der Forderung des Unmöglichen bestehen zu wollen. Bleibt es dabei, so ist die bisherige parlamentarische Arbeit verloren und wird die ganze politische Zukunft Deutschlands von Neuem in Frage gestellt. Wie groß diese Gefahr sei, in die Hand der liberalen Partei des Reichstags ist es nicht gegeben, sie abzuwenden, und die Verantwortlichkeit dafür fällt einzig und allein auf das Haupt der Männer, welche der Volksvertretung ein Opfer zumuthen, das mit Ehren und gutem Gewissen nicht gebracht werden kann.

Während man sich in Deutschland, auf einige beruhigende Nachrichten hin, rasch daran gewöhnt hatte, die luxemburger Frage als eine abgethane Sache zu betrachten, ist dieselbe auf französischem Betrieb über Nacht zu einem Kriegsfall angeschwollen. Die Thatsachen freilich, die diplomatischen sowohl wie die militärischen, zeigen noch ein sehr friedliches Gesicht, in den Gesinnungen hingegen ist die Kriegserklärung bereits so gut wie fertig. Für den Bonapartismus handelt es sich, allem Anscheine nach, um die Existenz, für Preußen zweifellos um die politische und militärische Ehre — der Entschluß ist also auf beiden Seiten leicht gefaßt und unumstößlich. Ob die Zeit der Spannung Wochen oder Monate dauern möge — den Bruch wird nur irgend ein ganz unerwarteter Schicksalsstreich verhindern können.

Das anfängliche Mißtrauen der öffentlichen Meinung gegen die luxemburgische Politik der preußischen Regierung, hat sich im Laufe der letzten Tage zusehends beschwichtigt. Obgleich wir, aus den in der vorigen Nummer des Wochenblatts dargelegten Gründen, dieses Mißtrauen nicht getheilt haben, so müssen wir doch zugestehen, daß es an Anlässen dazu nicht gefehlt hat. Daß Luxemburg von vornherein und ausdrücklich von dem norddeutschen Bunde ausgeschlossen worden, daß die ministerielle Presse in Berlin den holländisch-französischen Handel so lange wie möglich mit Stillschweigen überging, und, als diese stumme Rolle nicht mehr behauptet werden konnte, nur in gleichgültigem und zweideutigem Tone davon sprach, diese und andre Anzeichen waren allerdings nicht sehr beruhigender Art. Am verdächtigsten indessen erschien Manchem die Behandlung, welche die Köln. Zeitung der Luxemburger Sache angedeihen ließ. Luxemburg ist freilich ein deutsches Land — so lautete eine Weche lang das alltägliche Thema der Köln. Zeitung — Deutschland aber hat kein Recht mehr auf Luxemburg und muß sich also gefallen lassen, was der König von Holland darüber verfügt; denn im Namen eines formlosen Nationalinteresse Einsprache gegen die Abtretung einer Provinz erheben zu wollen, die uns nicht länger angehl, wäre gegen alle Treue und Redlichkeit, hieße die Forderungen der Selbstsucht an die Stelle des Völkerrechts setzen, ein Frevel, bis zu welchem die Köln. Zeitung ihrerseits niemals herabsinken wird. Es ist nicht mehr der Mühe werth, der Quelle dieses sittlichen Pathos nachzuspüren, welches der Ehre und das Gewissen der deutschen Nation einem etwaigen diplomatischen Buchstaben untergeordnet wissen wollte; genug, daß es heute in der gesammten deutschen Presse kein Blatt mehr gibt, welches den Muth hätte, der deutschen Nation jene nichtswürdige Lehre der Verzichtleistung auf sich selbst zu predigen.

Bei dieser Gelegenheit mag auch der Haltung der englischen Presse, gegenüber der luxemburgischen Frage, mit ein paar Worten gedacht werden. So lange der Verkauf des Großherzogthums für wahrscheinlich galt, sprachen die englischen Blätter davon, wie von einer sehr unbedeutenden und in gewissem Sinne selbstverständlichen Sache. Das deutschnationale Interesse daran wurde keiner Erwähnung gewür-

Digitized by Google

digt, geschweige denn, daß man in diesem Interesse irgend eine Schwierigkeit gefunden hätte. Natürlich; für die englische Auffassung handelte es sich lediglich darum, daß ein Anlaß zur Störung von Ruhe und Frieden in Europa beseitigt werde, und jedes Opfer, welches Deutschland dabei zu bringen hatte, schien dem britischen Urtheil sehr geringfügig. Nachdem es sich indessen herausgestellt, daß Deutschland die Kosten der Aufrechterhaltung des Friedens nicht mit einem Glied seines eignen Leibes zu zahlen gesonnen ist, sieht man in England den Luxemburgischen Handel mit andern Augen an. Das Interesse des Friedens, welches seine Befriedigung vorher in der Nachgiebigkeit Deutschlands suchte, wendet sich mit seinen Forderungen jetzt gegen die Seelenverkäuferei des Königs von Holland, dem mit Nachdruck angesonnen wird, von dem unehrlichen Geschäfte zurückzutreten, und die Ruhe Europa's nicht aus schmutziger Geldgier in Frage zu stellen. — Das Alles ist ganz in der herkömmlichen englischen Ordnung. Geradezu unbegreiflich dagegen muß man es nennen, daß sich die öffentliche Meinung in Holland bei dieser Angelegenheit ganz passiv verhält, daß sie ihrer Gleichgültigkeit dagegen sogar gestissentlich zur Schau trägt, während doch kein vernünftiger Mensch bezweifeln kann, daß, allen Verhältnissen nach, Land und Volk zu büßen haben werden, was ihr König an Preußen und Deutschland sündigt. Es läßt sich mit Händen greifen, daß der Krieg um Luxemburg Niemanden theurer zu stehen kommen würde, als dem niederländischen Staat. Und gleichwohl gebärdet man sich in Amsterdam und Rotterdam, als ob man der ganzen Sache so fremd sei, wie einem Thronfolgestreit in China! — Der Geldnoth des Königs von Holland und zugleich allen daraus entstandenen Weiterungen könnte übrigens sehr einfach dadurch ein Ende gemacht werden, daß Deutschland, anstatt Frankreichs, in den Handel um Luxemburg einträte. Nach ihren jüngsten Erfahrungen würden es wohl am wenigsten die Luxemburger selbst sein, welche gegen ein solches Abkommen, etwa „aus Liebe und Treue gegen das angestammte Herrscherhaus", Einwendungen erhöben.

Das Gerücht, welches von einem preußisch-belgischen Bündnisse spricht, hat, inmitten der heutigen europäischen Verwickelungen, eine große innere Wahrscheinlichkeit. Daß die belgische Neutralität sich bei einem Krieg zwischen Preußen und Frankreich nicht aufrecht erhalten läßt, ist einleuchtend; muß denn aber einmal Partei genommen werden, so kann die Wahl, so lange sie frei ist, nicht zweifelhaft sein. Belgien wird sich auf die preußische Seite schlagen, wenn es sich nicht, für den Fall des Sieges sowohl wie der Niederlage, von vorn herein preisgeben will; als Bundesgenosse des siegreichen Frankreich verfiele Belgien unfehlbar in eine Vasallenschaft, die wahrscheinlich schlimmer sein würde, als die Einverleibung; als Bundesgenosse des besiegten Frankreich, hätte es das Schicksal eines eroberten Landes zu gewärtigen. Nichts natürlicher also, als daß Belgien für den äußersten Fall gemeinschaftliche Sache mit Preußen macht, und sich dadurch die einzige Aussicht auf einen ehrenvollen Fortbestand offen hält, da auch der glänzendste Erfolg der preußischen Waffen der Selbstständigkeit eines bundesgenössischen Belgien niemals gefährlich werden kann.

— Nach langem Besinnen hat man sich in Berlin dazu entschlossen, das in Hannover und Hessen-Kassel unter den frühern Regierungen sorgfältig gehegte und gepflegte Zunftwesen zu beseitigen. Warum diese einfache Maßregel, deren schließliche Nothwendigkeit auch nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, nicht sechs Monate früher erfolgt ist, wird eben so schwer zu errathen sein, wie die Gründe der unbegreiflichen Verzögerung der Aufhebung des Jagdrechts auf fremder Flur in Nassau. Wenn sich die Popularität so wohlfeilen Kaufs haben läßt, wie in diesen Fällen, durch Gewährungen nämlich, die ganz unmöglich verfagt werden können, so sollte man doch meinen, daß auch ein Ministerium Bismarck seinen Vortheil darin fände, rasch zuzugreifen. Daß man dabei ein halbes Jahr verloren, ist jeden Falls nicht baubältertsch gehandelt; Zeit ist nicht blos Geld, sondern auch Macht.

Die Freizügigkeit, welche die Verfassung des norddeutschen Bundes den Angehörigen derselben in Aussicht stellt und von der sich Herr v. Bismarck sehr weit reichende Wirkungen verspricht, wird hoffentlich eine andere und besser verbürgte sein, als diejenige, welche bisher in Preußen bestand, und zu welcher die Berliner Polizei in den letzten Tagen wieder einmal durch die Ausweisung eines mißliebigen Journalisten einen Commentar geliefert, wie er in den schönsten Tagen des Manteuffelschen Regiments kaum schlagender vorgekommen ist. In der That ist es doch ein wahrer Hohn, den Bürgern des Staats die freie Wahl ihres Wohnorts zuzusichern und zugleich für die Polizei die Befugniß der Ausweisung zu beanspruchen. Wird der künftigen Uebung dieser Polizeypraxis nicht nachträglich in der Bundesverfassung ein fester Riegel vorgeschoben, so ist auch das einzige „Grundrecht", welches dieselbe den Staatsbürgern gewährleisten will, ein leeres Wort, so bleibt auch die Freizügigkeit eine — constitutionelle Fiktion. Möge der Reichstag das Seinige thun, um den Fall des Herrn Holthoff bei der zweiten Lesung der Verfassung gehörig zu verwerthen.

Allianz mit Oesterreich.

N Durch alle Schichten unseres Volkes geht das Vorgefühl von einem neuen Kriege. Erst durch ihn, so fühlt man, wird und muß Deutschlands Neugestalt vollendet und besiegelt werden. Vom Glücke nicht verwöhnt, wagen wir Deutsche kaum zu hoffen, daß eine so große Umwalzung, wie diese, die Aufrichtung einer neuen Macht im Herzen des Weltheils, die Verlegung seines Schwerpunkts von Paris nach Berlin, daß sie sich einbürgern werde in die Geschichte und deren anerkannte ruhig wirkenden Thatsachen, ohne gehärtet zu sein im Feuer besserer und mühevollerer Kämpfe, als jener Sommermonatskrieg gewesen. Aber es sind nicht bloß solche allgemeine Instinkte, worauf sich diese Erwartung gründet, sondern ganz bestimmte Thatsachen und Anzeichen. Um sie zu sehen, genügt ein Blick über unsere Grenzen, vor Allem auf unsere westlichen Nachbarn. Aufgestört durch wachsendes inneres Unbehagen und gekränkte nationale Eigenliebe, drängen sie das nur schwach noch widerstrebende Kaiserthum, auf jede Gefahr, Ableitung des Brandes nach Außen zu suchen. Und zögert Napoleon dennoch, macht er sogar auf Deutschlands Gnisprache Kehrt, wie dem Anscheine nach*) jetzt eben auf dem Wege nach Luxemburg: so schließen wir daraus nur, daß er den Aufschub nöthig hat für bessere Rüstung. Nicht Wenige von uns möchten daher den doch unvermeidlichen Kampf je eher je lieber ausgefochten sehen. Vorher lebert das Vertrauen doch nicht zurück, Handel und Wandel bleiben gelähmt und, was die Hauptsache, wir verlieren mit jedem Tage mehr von dem Vorsprung, den wir heute noch haben.

Doch, auch nach dem Frieden zu Villafranca war der Glaube an einen baldigen Rheinkrieg ein ziemlich allgemeiner, und dennoch täuschte er sich, ebenso wie zwanzig Jahre früher, wo man sich von Herrn Thiers hatte bange machen lassen. Könnte es nicht auch dies dritte Mal so geben?

Gewiß, die französische Gährung würde sich, ohne Schaden und Gefahr für die Nachbarschaft, im Innern entladen müssen, und auch die im Orient, und wo sonst noch, drohenden Verwicklungen würden sich ausgleichen lassen ohne Schwertstreich — unter Einer Voraussetzung. Wenn nämlich das Gegentheil dessen einträte, was man seit dem Prager Frieden von Oesterreichs Haltung erwarten zu sollen glaubte.

Der Gedanke an eine Allianz Oesterreichs mit Deutschland konnte noch vor Kurzem als Traumbild sonderbarer Schwärmer erscheinen. Aber wie leben schnell und heute beschäftigt sich schon ein Theil der Presse, hüben und drüben, sehr ernsthaft mit diesem Gedanken; in Berlin sind es vorzugsweise offiziöse, in Wien unabhängige Blätter, mit rühmenswerthem Eifer und Geschick vor allen die „Neue Freie Presse", die ihn vertreten. Und so viel scheint uns gewiß: wenn in Wien, anstatt blinder Leidenschaft und „unnützen Erinnerns", die politische Vernunft

*) Geschrieben 5. April. D. H.

Digitized by Google

waltet, und wenn man in Berlin den richtigen Preis zu bieten versteht, so hat dieser Gedanke, trotz Alledem und Alledem, die beste Aussicht, Wirklichkeit zu werden, schneller vielleicht, als man in Paris, in Stuttgart, Darmstadt u. s. w. sich's träumen lassen mag.

Freilich, in der Hofburg soll Groll und Rachedurst noch heftig lodern, die Hoffnung, das Verlorne wiedergewinnen mit Zinsen, noch eifrig genährt werden, der Sieger bei Custozza, Tag aus Tag ein, über den preußischen Karten brüten. Jedoch in Augenblicken ernster verantwortungsvoller Entscheidungen pflegen große Staaten nicht durch den Drang der Leidenschaft und die Lustbilder der Phantasie sich leiten zu lassen. Der Undank des Hauses Habsburg ist sprichwörtlich; aber sollte Habsburg bloß Dienste und Wohlthaten, nicht auch Schläge und Demüthigungen vergessen können, wenn zweifellose Staatsinteressen es gebieten? Und zweifellos in der That scheint uns, daß Oesterreichs wohlverständene Interessen auf rasche und innige Verbindung mit Deutschland weisen.

Diese Verbindung, was ist sie denn im Grunde anders, als die Ausführung eines zuerst und ursprünglich von Oesterreich selbst aufgestellten Programmes? „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen", lautete der Hauptsatz des Programms von Kremsier, in Uebereinstimmung mit dem Gagern'schen Gedanken des engern und weitern Bundes. Der „weitere Bund" mit Oesterreich läuft im Wesentlichen und Praktischen auf ein Allianzverhältniß hinaus. Die Regelung dieses Verhältnisses sollte, laut dem Gagern'schen Programm, „der nächsten Zukunft vorbehalten bleiben." Diese „nächste Zukunft" hat allerdings etwas lange auf sich warten lassen, aber jetzt kann sie jeden Tag zur Gegenwart werden; Oesterreich muß nur den Aerger verwinden über die unerwünschte Art, wie sie herbeigekommen.

Der Zähigkeit, womit Oesterreich seine deutsche Stellung festhielt, lag ohne Zweifel eine richtige Einsicht zu Grunde. Gegen das Slaventhum, innerhalb und außerhalb seiner Grenzen, braucht es eine Anlehnung an das deutsche Mutterland. Läßt Oesterreich jetzt, ein für alle Mal, ab von dem Bestreben, diesen Zweck anders, als durch freie Vereinbarung über gemeinschaftliche Interessen zu erreichen, entschließt es sich, den einzig gangbaren Weg zum Ziele zu betreten, und kommt Preußen-Deutschland ihm eine Strecke weit entgegen, so ist eine Bundesgenossenschaft möglich, die beiden Theilen zum größten Vortheile gereichen kann. Seit Oesterreich Venetiens ledig ist, gibt es zwischen den richtig erkannten anerwärtigen Interessen beider Staatengruppen keinen ernstlichen Widerstreit mehr, sie laufen vielmehr in allen Hauptfragen parallel, das bedarf keines Beweises; insbesondere in der Richtung nach Norden und Osten.

„Aber", kann man vom österreichischen Standpunkt einreden, „was helfen uns die wohlverwahrtesten Bündnisse gegen das Ausland, wenn wir den gefährlichsten Räuber uns eigne Haus aufnehmen? Neuteutschlands Zuneigung zu uns wird immer nur die des Fuchses zum Huhn sein. Deutschland kann und wird auf Deutschösterreich nicht verzichten, ebenso wenig aber Oesterreich es fahren lassen, daher ist ehrliche Freundschaft zwischen beiden unmöglich."

Aber diese Besorgniß würde doch nur dann Oesterreich bestimmen können, statt das Bündniß, den Krieg mit Deutschland zu suchen, wenn es mit einigem Grunde hoffen dürfte, durch diesen Krieg den deutschen Nationalstaat zu zertrümmern und die deutsche Geschichte, wo nicht auf immer, doch auf lange hinaus rückläufig zu machen. In Hetzing, mit Hilfe der Onno Klopp'schen Geschichtsbrille, mag man eine so thörichte Einbildung hegen, aber schwer ist zu glauben, daß sie auch von Staatsmännern eines großen Reiches getheilt wird, mögen dieselben von Haus aus noch so klein sein. Für kurze Zeit niedergeworfen, würde sich Deutschland bald genug mit aller Wucht wieder erheben, und dann allerdings Oesterreichs Vernichtung auf seine Fahnen schreiben. Gar nicht zu reden davon, daß auch dieser kurze Triumph immer nur mit Hilfe Frankreichs errungen und daß der Preis dieser Hilfe ihrem Werth höchst wahrscheinlich weit übersteigen würde.

Ein freundschaftliches Verhältniß Oesterreichs und Deutschlands dagegen würde Eroberungsgedanken auf beiden Seiten nicht aufkommen lassen. Dazu kommt, daß es denn doch noch eine große Frage ist, auch für die deutsche öffentliche Meinung, ob es vom Standpunkt unserer Nationalpolitik wirklich als wünschenswerth gelten kann, daß durch Einfügung Deutschösterreichs in unseren inneren Verband der Kaiserstaat zertrümmert, die Südslaven Rußland überliefert und wir vom schwarzen Meer und der Levante abgesperrt werden? Würde sich nicht, wenn wir mit Oesterreich auf gutem Fuße lebten und den Werth seiner Freundschaft erprobt hätten, die Ansicht unter uns ausbreiten, daß es besser sei, diesen großen Colonialstaat erhalten zu helfen, statt aufzulösen, und daß selbst das geographische Hereinragen seiner deutschen Provinzen in die Configuration des übrigen Deutschland einen Fingerzeig gebe, nicht sowohl auf die Einverleibung derselben, als vielmehr auf die Innigkeit und Unzertrennlichkeit, zu welcher die beiden Staatskörper an einander gewiesen sind? Wie dem aber auch sei, glaubt man in Wien überhaupt an die Zukunft des Kaiserstaates, so wird man sich durch solche, in dämmernder Ferne liegenden Gefahren nicht abhalten lassen, zu thun, was jetzt und für die nächste Zeit sein Interesse gebietet.

Und dies ist vor Allem der Friede; Oesterreich ist weitaus der friedensbedürftigste aller Staaten der Welt. Der Friede aber ist nur zu sichern durch das Bündniß mit Deutschland, während die Allianz mit Frankreich gleichbedeutend ist mit Weltkrieg. Es soll Herr von Beust gewesen sein, der diesen Gesichtspunkt neulich als den entscheidenden geltend gemacht hat. Ob er ihn festhält, wird die Zukunft lehren. Auch an ihm bewährt sich vielleicht das Wort, daß der Mensch wächst mit seinen größern Zwecken.

Holland und Belgien.

L Die Ereignisse des letzten Jahres haben die alte Streitfrage lebhaft wieder angeregt, ob es wohlgethan war, Belgien von Holland zu trennen. Solange der weise König Leopold in Brüssel auf dem Throne saß, gebot sein Ansehen, sein wohlthätiger Einfluß, dem Zweifel gewissermaßen Schweigen, und verhüllte sozusagen die Gefährlichkeit eines Actes, der den Kreis der europäischen Souveräne um ein so würdiges Mitglied vermehrt hatte. Kaum aber hat er die Augen geschlossen, so öffnet Pandora ihre Büchse. Alle düsteren Vorhersagungen Friedrichs von Gagern, der die Trennung, nicht als holländischer General, sondern als deutscher und europäischer Politiker, beklagte, scheinen in Erfüllung gehen zu wollen.

Vergegenwärtigen wir uns nur die noch schwebenden Angelegenheiten von etwas allgemeinerem Belang. Schon bei einem so wenig politischen Gegenstande, wie der Rinderpest, führt die nähere Untersuchung ihrer Behandlung in Holland zu dem Schlusse, daß sie eine andere und entschieden glücklichere gewesen sein würde, wenn die südlichen und die nördlichen Niederlande noch Einen Staat ausmachten. In Holland hat man bekanntlich die, auch in England anfangs angenommene, Enthaltung von allen durchgreifenden Maßregeln bis zu einem an Selbstmord streifenden tollen Extrem getrieben. Eine starke und eifrige Opposition drängte dahin, den verderblichen Versuch des Durchseuchens gegen die überall bewährte Praxis des Todtschlagens und Auswechsens zu vertauschen, konnte aber nicht durchdringen. In Belgien hat die Annahme des letzteren Verfahrens keinerlei bedeutenden Widerstand hervorgerufen, und in beiden Ländern zusammen würde also dieses Verfahren wahrscheinlich von vornherein die Mehrheit für sich gehabt haben. Dann wäre Holland heute, aller Vermuthung nach, um hunderttausend Rinder oder ein Zehntel seines gesammten Rindviehbestandes reicher.

Eine ganz gleichartige Bewandtniß hat es mit der Schelde-Frage, nur daß hier Belgien der leidtragende Theil ist. Preußen, Frankreich und England sind bekanntlich von der Brüsseler

Digitized by Google

Regierung ersucht worden, Commissäre zu ernennen, und die Frage zu prüfen, ob Hollands Absicht, die die Provinz Nordbrabant von Osten nach Westen durchschneidende Eisenbahn bis nach Vliessingen auf der Insel Walcheren zu verlängern, die Scheide-Schifffahrt und folglich den Handel Antwerpens beeinträchtige oder nicht. Um nämlich die Bahn zunächst über die Westerschelde nach der Insel Südbeveland zu führen und von dort weiter nach der Insel Walcheren, soll die Westerschelde abgedämmt werden. Antwerpen würde damit den einen seiner beiden Ausgänge zum Meere verlieren. Die holländische Regierung hat indessen, zum Ersatz dieses Verlustes für die Schifffahrt im Allgemeinen, bereits einen Canal durch Südbeveland gezogen, der seit Mitte October vorigen Jahres im Betriebe ist, und ist augenblicklich daran, einen zweiten Canal an die Stelle des ebenfalls abzudämmenden Sloe zu setzen, d. h. des Meeresarmes, welcher die Insel Walcheren von der Insel Südbeveland trennt. Auf diese Weise behauptet sie, nicht bloß Alles, was die Verträge ihr auferlegen, sondern auch Alles, was Vernunft und guter Wille vorschreiben könnten, gethan zu haben. In Antwerpen aber scheint man besonders das Empfehlen seiner unmittelbaren Meeresnähe die Vortheile ununterbrochener Verbindung mit dem festländischen Eisenbahnnetz gestelle; und die belgische Regierung steht in dem Verdacht, die Sache vornehmlich zu dem Ende so leidenschaftlich eifrig aufgenommen zu haben, um die tiefabgeneigte Stimmung Antwerpens etwas aufzumuntern. Es liegt auf der Hand, daß von 1815 bis 1830 ein solcher Streit gar nicht hätte entstehen können. Gehörten Vliessingen und Antwerpen, die Mündung und der ganze schiffbare Lauf der Schelde, demselben Gemeinwesen, es könnte von einem Mißbrauch staatlicher Mittel zu dem Zwecke, den einen Hafen auf Kosten des anderen zu heben, nicht die Rede sein. So aber besorgt die Börse von Antwerpen vielleicht nicht mit Unrecht, Holland wolle seine Gewalt über die Schelde-Mündungen ähnlich ausbeuten, wie die hannoversche Regierung früher ihre Macht über das linke Elb-Ufer und das rechte Weser-Ufer zu Ungunsten Hamburgs und Bremens ausgebeutet hat. Wir stehen hier vor einem der stärksten Gründe gegen Kleinstaaterei überhaupt: der Gefahr nämlich, daß in dem engen Gesichtskreis und den beschränkten Verhältnissen eines kleinen Staats Macht und Geld an kleinliche, unwürdige, fortschrittefeindliche und sittlich verwerfliche Zwecke verschwendet werde.

Der schlagendste Beweis gegen die Zerreißung der Niederlande in zwei selbstständige Staaten tritt indessen erst in dem luxemburgischen Handel hervor, der gegenwärtig den Himmel so trübend verfinstert: daß ist, die Schwächung eines wichtigen Deiches gegen die wilden Fluthen des französischen militärischen Ehrgeizes. Ludwig Philipp war nicht stark und kühn genug, die Hand nach Belgien auszustrecken, obgleich die Lüttich-Brüsseler Revolution es ihm gewissermaßen auf halbem Wege entgegenbrachte. Aber er sorgte doch dafür, daß es aus dem Verbande mit Holland gezogen wurde, und die europäische Diplomatie war kurzsichtig oder träge genug, diese Vorbereitung auf eine künftige Annexion des überwiegend katholischen und halb wallonischen Theiles vom Niederland zuzugestehen. Seitdem kann es sich in Paris nicht etwas heftiger regen, ohne daß Europa durch die Vorstellung eines neuen französischen Eroberungszuges beunruhigt wird. Mit dem vorsichtigen und klugen alten König Leopold ist von dieser ständigen Gefahr des Weltfriedens vollends die letzte Hülle hinweggenommen. Dazu kommt nun die kriegsschwangere luxemburgische Verwicklung. Blind vor Furcht und Haß zugleich, werfen sich die Holländer Hals über Kopf in Frankreichs Arme, und beschwören so, wieviel an ihnen liegt, gerade die Gefahr herauf, von der sie sich bisher höchst unnöthig ängstigten. Das Haus Oranien entäußert sich seiner eigenen glorreichen Traditionen, und tritt dafür in Fußstapfen, aus denen das Haus Habsburg nachgerade glücklich heraus ist. Es zerreißt für immer jedes Band mit der deutschen Nation, indem es ein altes Reichsland aus heller Haut an den Plünderer des Reiches, den einstigen Erbfeind der Deutschen, den Neider und Widersacher unserer neuen nationalen Sicherheit verkauft. Es wirft Preußen den Handschuh der schmählichsten Beleidigung hin, indem es die Banner, vor denen das stolze österreichische Heer, sammt allen seinen Verbündeten, gewichen ist, rückwärts zu marschiren auffordert, und eine Stellung zu verlassen, welche Deutschland und Holland zugleich gegen den ewigen Friedensstörer der letzten Jahrhunderte beschirmen sollte. Wären Belgien und Holland bei einander geblieben, so hätte der östliche Theil von Luxemburg niemals so zum Zank-Apfel werden können.

Die französischen Pläne sind übrigens mit dem Erwerbe des holländischen Antheils von Luxemburg, selbst für den Augenblick und für Friedenszeit, noch keineswegs erschöpft. Man hat sich in Paris eines Gedankens bemächtigt, der vor drei oder vier Jahren seiner Verwirklichung nahe zu sein schien: der Idee eines holländisch-belgischen Zollvereins. Solange Belgien und Holland dieselbe allein betrieben, war es eine Fortschritts- und Friedens-Idee, deren Vereitelung oder Vertagung im allgemeinen Interesse der Cultur bedauert werden mochte; in Paris hingegen aufgenommen und zu dem Programm eines Zollvereins zwischen Frankreich und den kleineren Nachbarstaaten erweitert, ist es eine „napoleonische Idee" im alten schlechten Sinne des Worts. Aber wie gefährlich immer, einerseits für die Ruhe und dem friedlichen Fortschritt des Weltheils, andererseits für die Selbstständigkeit der in Rede stehenden kleineren Staaten, hat diese Idee darum doch noch keine schlechten Aussichten auf Verwirklichung. Die falsche Auffassung des in Preußen und dem deutschen Volke lebenden nationalen Geistes, der wir allenthalben jenseits unserer Grenzen begegnen, bereitet ihr die Wege. Es ist daher hohe Zeit, daß unsre nationale Politik sich hier alles Ernstes ins Mittel lege. Die preußische Diplomatie muß den Kampf mit Frankreich um den entscheidenden Einfluß nachdrücklich aufnehmen; unsre Presse und unsre national-politischen Vereine müssen es sich angelegen sein lassen, über die Ziele und Wege der deutschen Politik richtigere Begriffe zu verbreiten. In dieser Richtung ist noch soviel wie nichts geschehen, und sollte nicht desto weniger, sondern desto mehr geschehen, je mehr wir im Allgemeinen Ursache haben, uns der Führung der diplomatischen Geschäfte der Nation durch einen einzelnen gebietenden Geist zu freuen.

Parlamentsbriefe.

V.

W Berlin, 7. April. Das war eine heiße Woche, diese erste Aprilwoche; aber sie hat uns um 29 Artikel voran gebracht und es außer Zweifel gestellt, daß wir bis Ostern fertig sind. Dafür lassen wir uns in täglichen, fast zehnstündigen Berathungen — im Plenum und in der Fraktion — auch etwas Ermüdung gefallen, die sich allerdings in nicht wegzuleugnender Weise eingestellt hat. Es ist indeß nicht bloß der rasche Fortgang unserer Berathungen, der die eben verflossene Woche so vortheilhaft auszeichnet, es ist auch die bedeutungsvolle Abschweifung auf das Gebiet der hohen Politik, die mit der Interpellation von Bennigsen über die luxemburger Frage gemacht wurde. Zum ersten Mal bekam das Ausland zu hören, daß der Tag von Königsgrätz eine wirkliche Nation in Deutschland geschaffen, und zum ersten Mal fand unser Volk selbst Gelegenheit, in dieser Interpellation, sich, wie in einem Spiegel, als gewinnigtes fest verbundenes Ganze dem Ausland gegenüber zu erblicken. Man hat in Paris, wie aus dem gereizten Ton der französischen Presse hervorgeht, nicht allzuviel Gefallen an dieser ersten Willensäußerung der deutschen Nation; ich denke, in Deutschland ist man um so befriedigter davon. Hoffen wir, daß diese Befriedigung vorhält und zur That wird, denn die Gefahr eines blutigen Straußes mit Frankreich ist wohl für den Augenblick vertagt, aber sicherlich nicht für alle Zeit beschworen. Die schwere Krankheit, an der Frankreich in Folge der langjährigen politischen Demoralisation leidet, macht sich in

Digitized by Google

immer schärfer hervortretenden Symptomen bemerkbar, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Fieberfröße, welche den Organismus der „großen Nation“ durchschütteln, sich vorerst als die Merkmale einer äußern Krankheit, einer politischen Hautkrankheit charakterisiren. Daß der Gährungsstoff sich in dieser Richtung seinen Ausweg sucht, liegt zugleich im Interesse des bestehenden Regiments, und so dürften wir, trotz des geheimen Grauens, welches Louis Napoleon vor einem Krieg mit Deutschland hegt, uns mit Sicherheit darauf gefaßt machen, daß die Frage, wer in Europa das erste Wort zu sprechen hat, zwischen den Franzosen und uns zum Austrag gebracht wird. Wir haben diese Katastrophe nicht zu fürchten, denn sie wird unsern Einheitsdrang zum vollen Durchbruch kommen lassen und Europa endlich einmal wieder befestigten friedlichen Zuständen zuführen; allein unterschätzen wollen wir deßhalb diese Katastrophe auch nicht, sondern uns mit aller Sorgfalt darauf vorbereiten, so lange man uns Zeit dafür läßt.

Das Urtheil im Reichstag geht allgemein dahin, daß v. Bennigsen ebenso geschickt interpellirt, als Graf Bismarck geschickt die Interpellation beantwortet hat. Von Einzelnen habe ich wohl die Aeußerung gehört, man habe größere Wärme in der Rede Bennigsen's gewünscht. Allein gerade die äußere Ruhe und Glätte des Vortrags gab der Rede Bennigsen's erst die rechte Bedeutung. An positiver Entschiedenheit ließ die Interpellation gewiß nichts vermissen, wie uns die Franzosen am besten bezeugt haben und wie auch Graf Bismarck ausdrücklich anerkannte; eben deßhalb aber war es gerade nothwendig, daß in der äußeren Form jedes hohle Pathos, jede Erinnerung an den Volksrednerton vermieden wurde. In einer so brennenden praktischen Frage, und einem preußischen Ministerpräsidenten gegenüber, spricht man nicht, wie in einer Volksversammlung, man benimmt sonst dem Minister das Zutrauen zu den politischen Takt, zur Einsicht und Umsicht des Interpellanten und seiner Freunde. Außerordentlich geschickt war die Antwort Bismarck's. Er legte mit vollster Offenheit den diplomatischen Stand der Sache dar, verschenkte jeden Zweifel an der Freiheit der preußischen Regierung von irgend welchen Verpflichtungen gegen Napoleon, ironisirte in feinster Weise die plumpe Haltung des holländischen Cabinets, vermied sorgfältig jeden herausfordernden Ton gegen Frankreich, und ließ doch zugleich unverkennbar durchblicken, daß Preußen fest entschlossen sei, sich dem holländisch-französischen Handel ganz entschieden zu widersetzen. Seit dem ersten Auftreten bei der Generaldiskussion hat keine Rede des Grafen Bismarck eine solche elektrisirende Wirkung hervorgebracht, als diese. Das ganze Haus war während der folgenden Verhandlungen noch fortwährend damit beschäftigt und erledigte in Folge dessen in flüchtiger Diskussion die beiden großen Abschnitte, über Zoll-, Handels- und Eisenbahnwesen, in einer einzigen Sitzung.

Auch am folgenden Tage noch ging es mit raschen Schritten voran und weder der Lassallianer Schrapp, mit seinen übel angebrachten Angriffen auf die preußische Post, noch der Hamburger de Chapeauroage und der Augustenburger Dr. Schleiden, mit ihren seltsamen Ausführungen gegen die Gründung einer deutschen Kriegesflotte, vermochten irgendwie den Fortschrittsdrang des Hauses aufzuhalten. Erst das „Bundeskriegswesen“ brachte wieder tiefer gehende Parteikämpfe und damit Stillstand in die Verhandlungen. Die Rechte und die Linke hatten es bei diesem wichtigen Abschnitt — wie so vielfach — gleich bequem. Die Rechte war sehr bald mit sich einig über die Vorzüge der Regierungsvorlage, und die Linke war eben so bald mit sich einig über die Verwerflichkeit der Regierungsvorlage. In ungleich schwierigerer Stellung waren die National-Liberalen. Auch bei uns erhoben sich sehr gewichtige Stimmen für die unbedingte Annahme der Regierungsvorlage, während eben so gewichtige Stimmen dringend warnten, auf alle Zeit, dauernd und verfassungsmäßig, die festen Ziffern von 1 Procent der Bevölkerung und 225 Thaler per Mann der Regierung als künftigen Friedenspräsenzstand und Friedensheeresbudget zu bewilligen. Lange schwankte der Entschluß zwischen den Vortheilen der Contingentirung der Friedensstärke, in Verbindung mit einem weiter ausgedehnten Budgetrecht, und zwischen den Vortheilen einer gesetzlichen Nöthigung der Regierung zur Ermäßigung, sowohl des jetzt verlangten Präsenzstandes, wie der geforderten Summe, und eine Zeit lang schien es, als wenn über diesem Streit die große nationalliberale Fraction selbst in zwei Hälften auseinander fallen wolle. Da gelang es Bennigsen, durch den nachträglich von v. Forkenbeck eingebrachten Vermittelungsantrag, die beiden feindlichen Hälften noch einmal zu vereinen, allerdings unter der später nicht eingetretenen Bedingung, daß die Rechte und die Regierung sich im Wesentlichen mit diesem Vermittelungsantrag einverstanden erklären würden. Dieß ist die Entstehungsgeschichte der gestern und vorgestern vom Hause zum Beschluß erhobenen Forkenbeckschen Anträge. Es sind Compromißanträge, von zweifelhafter Wirkung; die Regierung wird sich nach ihren bisherigen Erklärungen schwerlich darauf einlassen. Dafür zeugen nicht bloß die Reden Roon's und der Generale des vorjährigen Krieges, sondern auch die nicht geringen Auftrengungen, welche noch vorgestern von der Rechten gemacht wurden, dem Amendement Moltke's die Zustimmung des Hauses zu verschaffen. Es wird also, trotz Forkenbeck, Laster und von Unruh, bei der Schlußberathung doch wohl dahin kommen, daß ein großer Theil der national-liberalen Partei auf die Bedingungen der Regierung eingeht, um das Zustandekommen des Verfassungswerkes nicht zu gefährden. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß mit dem Forkenbeckschen Antrage immerhin schon Vieles für die Regierung gewonnen ist, denn dieser Antrag erkennt unumwunden die Reorganisation von 1860 an, sowohl was die dreijährige Dienstzeit, als was die vierjährige Reserve angeht, während die Linke in beiden Beziehungen den alten Streit ungeschlichtet lassen wollte. Allein, wie die Dinge liegen und der drohenden politischen Lage gegenüber, wird die Regierung wahrscheinlich darauf bestehen, daß das eine Procent und die 225 Thaler so lange als gesetzlich feststehendes Minimum bestehen bleiben, als nicht ein neues Organisationsgesetz mit dem Reichstag vereinbart sein wird. Ich für meinen Theil muß gestehen, daß in dieser Beziehung der Unterschied zwischen den Beschlüssen des Hauses und den Forderungen der Regierung mehr formeller als materieller Natur ist, denn aufhören kann die Armee auch in dem Falle nicht, daß im Jahr 1871 das neue Armeegesetz nicht zu Stand kommt, sie wird vielmehr auch dann bis auf Weiteres so bleiben, wie sie ist, es wird also dann faktisch eintreten, was die Regierung jetzt schon gesetzlich festgestellt haben will. Ich gebe jedoch zu, daß die Rücksicht auf die „erhobenen Verbündeten“ der preußischen Regierung es sehr wünschenswerth machen muß, in diesem wichtigen Punkte festen Boden unter den Füßen zu behalten. Bedingung für ein etwa noch abzuschließendes Compromiß wird allerdings bleiben, daß die Regierung in Bezug auf die Feststellung des Budgetrechtes sich so willfährig zeigt, wie dieß, nach der völlig ungenügenden Fassung der einschlägigen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs, verlangt werden wird. Die entsprechenden Anträge sind bereits von Miquel formulirt und von der national-liberalen Partei einstimmig angenommen. Durch ihre Annahme wird der Regierung die sichere Handhabe geboten, den Reichstag mit entscheidender Majorität für sich zu gewinnen, mögen dann auch unsere feitherigen zweideutigen Bundesgenossen: die Polen, Dänen, Ultramontanen, die sächsischen, hannoverschen und schleswig-holsteinischen Particularisten, genug alle die, denen am Nichtzustandekommen der Verfassung gelegen ist, sich grollenden Herzens von uns scheiden. Denn, nach wie vor, steht bei uns fest, daß das Verfassungswerk einen ungeheuren Fortschritt in unserem nationalen Leben bezeichnet — trotz aller seiner Unvollkommenheiten — so lange es das eine, das älteste und wichtigste Recht der Volksvertretung nicht gefährdet, das Recht, über Einnahmen und Ausgaben zu beschließen.

Aus Preußen, 8. April. In meinem vorigen Briefe habe ich irrthümlich, durch ein Telegramm getäuscht, über das Aufgeben mancher parlamentarischer Rechte (Petitions-Ueber-

Digitized by Google

weisung, Unverletzlichkeit der Abgeordneten) geklagt, welche der Reichstag sich erhalten hat. Und obgleich ihm das Interpellationsrecht durch die Verfassung nicht gegeben ist, so ist unterdessen doch bereits eine schwer wiegende Interpellation an die Bundeskommissare gerichtet und sehr bereitwillig beantwortet. So werden denn auch wohl spätere Adressen zu geeigneter Zeit kaum Gefahr laufen, zurückgewiesen zu werden, oder unberücksichtigt zu bleiben, auch wenn nicht gerade eine luxemburgische Frage am Horizonte aufsteigt. Aber, mit wie großer Aufmerksamkeit ich auch den „Wochenbericht" und den „Reichstagsbrief" in der vorigen Nummer gelesen habe, so muß ich doch zu meinem Bedauern bekennen, daß mein, in manchen nicht unwesentlichen Punkten, davon abweichendes Urtheil über die seitherigen Ergebnisse der Reichstags-Verhandlungen dadurch nicht geändert ist. Ich verzweifle darum durchaus nicht an dem ganzen Werke, wie die radikalen, partikularistischen und ultramontanen Frondeurs zu thun vorgeben; aber freilich bin ich auch durchaus nicht im Stande, die bisherige Arbeit mit reinem Wohlgefallen zu betrachten. — —

Es ist gewiß ein sehr berechtigter patriotischer Wunsch, die Verhandlungen des Reichstags nicht in allzu behaglicher Breite dahinfließen zu sehen, wie einst die Verhandlungen über die Grundrechte in Frankfurt. Wir müssen unter Dach und Fach; die ganze politische Lage drängt uns dazu. Aber auf einige Tage kommt es dabei wahrhaftig nicht an; augenblicklich wenigstens geben uns die Umstände noch keinen Grund, eine so wichtige Sache, wie die Verfassung für den norddeutschen Bund, über das Knie zu brechen. Es handelt sich um große Lasten, die das Volk auf sich nehmen soll, und man muthet ihm dabei noch den Verzicht auf wichtige Rechte zu; es handelt sich um die wichtigsten Fragen der Gesetzgebung, welche das heutige und das künftige Wohl eines großen Volkes betreffen. Ein gewissenhafter Volksvertreter braucht Zeit zum Studium derselben, und wie soll er die finden, wenn er täglich hören muß: „Macht nur schnell, damit wir fertig werden!" Wenn nun aber bei dem ersten leichten Luxemburger Wölkchen, gegen welches einstweilen noch der Regenschirm der Diplomaten genügenden Schutz bot,*) Hr. v. Bincke Sturm und Gewitter hereinbrechen sieht und dann, im Bunde mit der reaktionären Majorität, selbst einen einzigen Aufstand zur Vorberathung des wichtigen Bundeskriegswesens in den Fraktionen versagt, so kann man hinter diesem stürmischen Eifer doch kaum etwas Anderes vermuthen, als die Absicht der Ueberrumpelung. —

Das Resultat der Berathung des Bundeskriegswesens ist mir in diesem Augenblick noch nicht vollständig bekannt. Daß man, nach der glänzenden Erprobung des Cadre-Systems im vorigen Jahre, trotz des bedeutenden Antheils der Landwehr an den Erfolgen, nicht wieder zum alten Landwehr-System zurückkehren werde, und daß man, in dem gegenwärtigen Zustande halber Kriegsbereitschaft, auf die Abkürzung der Präsenzzeit bei der Fahne in diesem Augenblick verzichten würde, das war vorauszusehen; aber daß man gleichwohl hat, die siebenjährige Dienstzeit im siebenden Heere — statt der fünfjährigen laut Gesetz vom 3. Sept. 1814 — in die Verfassung setzen zu müssen, das hat im Lande vielfach unangenehm überrascht und den Pessimisten neuen Boden gegeben. Die Feststellung der Dauer der Dienstzeit, der Friedensstärke und gar des Geldaufwandes für die Armee gehört überhaupt nicht in die Verfassung, sondern in besondere Organisations-Gesetze. Das ist für die Friedensstärke durch die erfolgte Annahme des Forkenbeck'schen Amendements erreicht. Die in Bezug auf dieselbe festgesetzte Uebergangszeit, bis zum 31. Dez. 1871, kann man sich als ein, freilich etwas lange dauerndes, Kompromiß gefallen lassen, wenn nur auch das verlangte Pauschquantum an Geld auf diese Zeitdauer beschränkt bleibt und wenn nachher dies jährliche Bewilligungsrecht des Reichstags wirklich eintritt! Daß die Generale im Reichstage für die dreijährige Dienstzeit lebhaft eintraten, hat Niemanden überrascht; man weiß ja, an wem einst das Kompromiß über eine Abkürzung derselben, zu welchem selbst der Kriegsminister Roon bereit war, scheiterte. In den Reden des General Moltke erkennt man den denkenden, allseitig gebildeten Mann, der seine Kameraden auch als Politiker um mehr als Haupteslänge überragt; dagegen hat das etwas gezwungen jugendliche Gebahren des Generals Vogel v. Falkenstein und das wunderliche Bramarbasiren des General v. Steinmetz die ihnen als Soldaten gebührende Hochachtung auf eine etwas starke Probe gesetzt, gar nicht zu reden von den vorsündfluthlichen nationalökonomischen Anschauungen des Letzteren über die Produktivität der Ausgaben für das Heer, „die ja im Lande bleiben". Jeder auf seinen Posten! —

Die Luxemburger Frage hat das Nationalgefühl wirklich tief aufgeregt. Die mannhafte Zurückweisung jedes neuen Versuchs des Auslandes gegen unsere nationale Ehre in Bennigsen's Interpellation hat überall stürmischen Anklang gefunden. Man beschied sich, daß Bismarck in seiner Lage nicht mehr sagen konnte, als er gesagt hat, und wenn die Franzosen die „Schonung der französischen Empfindlichkeit" als das Wesentliche aus seiner Rede hervorheben, so legen wir Werth genug auf die Freundschaft mit dem französischen Volke, um ihnen diesen „Triumph" gern zu gönnen. Uns genügt es, aus Bismarck's Worten die Ueberzeugung schöpfen zu können, daß er vor dem Kriege seine bindenden Zusagen an den Kaiser Napoleon gemacht, und daß er nicht gesonnen ist, seine Freundschaft durch Verschacherung deutschen Gebietes zu erkaufen. Daß gerade in diesem Augenblick 30 Millionen von der im vorigen Jahre bewilligten Anleihe zur Erstegung des Kriegsbedarfes realisirt werden, mag als ein weiterer Wink für Sackkenner angesehen werden. Es wäre eine furchtbare moralische Niederlage für Preußen und Deutschland gewesen, wenn die Hohenzollern, die bisher, stets „Mehrer des Reichs" waren, Frankreich gegenüber in die Zustapfen der Habsburger getreten wären. Höchst komisch, aber freilich auch sehr verächtlich, ist das Gebahren der „Köln. Ztg.", die diesmal mit aller ihrer Schlauheit recht ärgerlich „hineingefallen" ist. Sie setzte nämlich (mit vielen Anderen!) bestimmt voraus, daß der ganze Handel zwischen Napoleon und Bismarck abgekartet sei, und nun bewies sie täglich, daß die Luxemburger gar nicht deutsch sein wollen, daß von einer „Loorreißung" des Landes nicht die Rede sein könne, weil es kaum je zu Deutschland gehört habe, daß man Bismarck's staatsmännische Weisheit bewundern müsse, wenn er, durch die Aufopferung dieses Ländchens, das Rheinland vor einem französischen Einfall im vorigen Jahre geschützt habe, und daß endlich der Großherzog von Luxemburg, seit Auflösung des deutschen Bundes, leider vollständig souverain sei und folglich das Land beliebig verkaufen könne; dringend warnte sie Preußen vor der „Gefühlspolitik", um seines Besatzungsrechtes willen Krieg zu führen, — und nun taumelt sie wie sinnlos umher, seit sie aus Bismarck's Antwort ersehen hat, wie schlecht ihre Witterung diesmal war. Nun schimpft sie auf alle, die ihr nachsagen, sie habe das Land herausgeben wollen, während sie doch nur auf die Souveränität Luxemburgs hingewiesen, die ja auch von Bismarck anerkannt sei! Daß der König der Niederlande, zu dessen benachbarte auch noch ein großes Stück von der Rheinprovinz geschlagen wäre, damit sie, nach der Politik des Wiener Congresses, ein Vollwerk gegen Frankreich abgeben könnten, Luxemburg nicht erhielt, um es an Frankreich zu verschachern, und daß das höchste Recht einer großen Nation, das Recht auf die Integrität ihres Bodens und die Zusammengehörigkeit ihrer Glieder ist, das sieht die biedere „Köln. Ztg." nicht an. Der Großherzog von Luxemburg ist ja souverain. — Die Köln. Ztg. treibt die Consequenz bis zu dem Satze, daß Preußen oder der norddeutsche Bund durchaus kein Recht zur Einrede hätten, wenn der König von Baiern vor Abschluß der letzten Verträge etwa, unter Zustimmung der Kammern das Land an Frankreich verkauft hätte. Sie würde in Verzweiflung gerathen bei ihrem tiefen Rechtsgefühl, wenn das „Recht" dieser Souveränität mißachtet würde, wie sie täglich die Hände darüber ringt, daß Nordschleswig noch immer nicht ausgeliefert ist! —

*) Seit diese Worte geschrieben worden, wird der Herr Korrespondent wohl anderer Meinung geworden sein. D. H.

Digitized by Google

Zum bayerisch-preußischen Allianzvertrag.

A. C. Erlangen, 22. April. Der Allianzvertrag vom 22. August 1866 ist thatsächlich der wichtigste Theil des Friedensvertrages von demselben Tag. Seine Bestimmungen greifen in das Staatsleben noch viel tiefer und nachhaltiger ein, als die Zahlung von 30 Millionen Kriegskosten und die Abtretung eines kleinen Landstriche. Nicht mit Unrecht wird daher gesagt, daß die Bevölkerung, indem man ihr den Friedensvertrag zur Gutheißung mittheilte, den Allianzvertrag aber vorenthielt, einer Täuschung unterlegen sei. Zwar bestand keine staatsrechtliche Verbindlichkeit, die Zustimmung der Kammern zu dieser letztern Uebereinkunft alsdann zu erwirken; auch bildet es keinen Zweifel, daß die Genehmigung des Friedensvertrages unter allen Umständen erfolgen mußte und erfolgt sein würde. Allein um so unerklärlicher war die Kenntniß der Allianz für das weitere Verhalten des Volksvertretung, für ihr Urtheil über die Leistungen des leitenden Ministers und vor Allem über die künftig einzuhaltende Politik. Ihren, der Genehmigung des Friedensschlusses beigefügten Anträgen sollte ohne diese Kenntniß die materielle Grundlage, und diejenigen Abgeordneten, die sich bei der Berathung vom 30. August noch so eifrig jeder Unterordnung unter die preußische Macht widersetzen, müssen den Eindruck empfangen, daß sie damals ein Spielzeug in den Händen des Ministers waren. Baron Pforden schwang vor dem Altare der bayerischen Selbstständigkeit sein unsinniges Rauchfaß, während der „preußische Oberkeil" verteilt und befestigt unter ihm lag. Er sammelte behaglich die Lobpreisungen der partikularistischen Partei, die sich in der Reichsrathskammer zu einer förmlichen Huldigung steigerten — während er acht Tage zuvor die Absdankung dieser Partei und seines eigenen Systems in Berlin unterzeichnet hatte.

Es bleibt vorläufig unentschieden, ob ihn zum Abschlusse des Vertrages eine spät gewonnene politische Einsicht, oder ausschließlich das Gebot des Siegers bestimmte. Jedenfalls steht fest, daß er die Formel der Urkunde fertig im Kabinet des Grafen Bismarck vorgefunden hat. Sie wurde genau Zeit vorher war dieselbe, wörtlich gleichlautend, bereits von dem württembergischen Minister unterzeichnet worden. Das Wahrscheinlichste ist, daß sich der bayerischen Unterhändler vor die Wahl gestellt haben, entweder auf den Allianzvertrag, oder auf die ansänglich gedrohte Abtretung von 800,000 Seelen einzugehen.

Aus der stipulirten Gegenhandlung des Vertrages ist an und für sich, der damit verbundenen Uebelstände ungeachtet, kein Vorwurf gegen den Minister abzuleiten. Sie war vielleicht von Preußen unbedingt gefordert, vielleicht auch von Bayern als ein guter Dienst als eine politische Nothwendigkeit betrachtet. In diesem Fall mußte der Minister — mit dem Vorbehalt, sich seinerzeit vor den Kammern zu rechtfertigen — über den Vertrag schweigen. Aber was hat ihn gezwungen, die Zusicherung an den Gegner zu leisten, daß er eine durch den Vertrag unmöglich gewordene, den partikularistischen Stimmungen schmeichelnde Politik fallengelassen werde?

Mit Unrecht würde man den Vorwurf, die Kammern und das Land durch eine doppelzüngige Haltung irregeführt zu haben, auch gegen den Erben des Vertrages und des Vertragsgeheimnisses, den Fürsten Hohenlohe, erheben. Denn obgleich einzelne Aeußerungen des Fürsten bestimmt unterblieben wären, so ist zu doch sein Eintritt ins Ministerthum und sein Programm von der ganzen politischen Welt als ein Bruch des englisch-russischen Vertrages betrachtet worden. Auch findet sich der ganze Inhalt des Allianzvertrages in dem Programme wieder. „Bayern — erklärte Fürst Hohenlohe am 19. Januar — kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen . . . . Der Vertrag ist aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als deren Bundesgenosse es, im Fall eines Krieges gegen das Ausland, sich offen zu erklären hat, ist Preußen. Diese Bundesgenossenschaft bringt es mit sich, daß Bayern, gegen bestimmte Garantie der Souveränität des Königs, sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland der Leitung Preußens unterstellte."

Art. 1 des Allianzvertrages bestimmt: Zwischen S. M. dem König von Bayern und S. M. dem König von Preußen wird hiemit ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen. Es garantiren sich die hohen Kontrahenten gegenseitig di Integrität des Gebietes ihrer jetzigen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zweck einander zur Verfügung zu stellen." Art. 2 fügt hinzu, „S. M. der König von Bayern übernimmt für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen S. M. dem König von Preußen."

Vergleicht wir mit diesen Bestimmungen das Verhältniß, in welches die norddeutschen Bundesländer zu Preußen treten, wenn die gegenwärtig der Berathung unterliegende Bundesakte zum Abschluß kommt. Nach Art. 4 des Entwurfes ist die Krone Preußen ermächtigt — ohne Mitwirkung des Bundesrathes — den Bund völkerrechtlich zu vertreten, in seinem Namen Bündnisse einzugehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nach Art. 59, 60 steht das gesammte Bundesheer unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem ein ausgedehnter Einfluß auf das Militärwesen der Bundesländer auch in Friedenszeiten zusteht.

Der preußisch-bayerische Allianzvertrag ist in beiden Punkten nicht so weit, wie die Bundesakte: er kannt nur im Kriegsfall den preußischen Oberbefehl und läßt das Recht der bayerischen Krone, Bündnisse einzugehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, theoretisch desselben Praktisch jedoch wird sich kaum ein Fall denken lassen, wo dieses Recht, ohne Hintansetzung des Allianzvertrages, auf andere Art geübt werden könnte, als im Einverständniß mit der preußischen Regierung und unter ihrem leitenden Einfluß.

Nach der norddeutschen Bundesakte (Art. 30) können Bundesglieder durch Exekutionsmaßregeln zur Erfüllung ihrer Bundespflichten angehalten werden. Der Allianzvertrag hat feststellen dahin betreffende Bestimmung: vorliegt einer von beiden Theilen die Erfüllung seiner Pflichten, so bleibt dem anderen nur übrig, ihn als Feind zu behandeln, oder die Weigerung in Gedult hinzunehmen.

Diese Gegenüberstellung zeigt: daß die Souveränetät des bayerischen Staates durch den Allianzvertrag weit weniger beschränkt ist, als die Souveränetät der Bundesstaaten durch die neue Bundesverfassung; anderseits, daß der Allianzvertrag kein dinglichen festes Gebäude hat, um auf ihr zu genügen,

Demungeachtet darf man seinen Werth nicht geringschätzen. In Verbindung mit den übrigen süddeutsch-preußischen Verträgen und mit der norddeutschen Bundesverfassung bildet er vorerst eine Kette, die das ganze außerösterreichische Deutschland in Schutz und Trutz umschließt. Durch diesen Komplex von Verträgen wird uns, im Fall eines auswärtigen Konfliktes, mittelbar neben der preußischen Hülfe auch die des norddeutschen Bundes, wie der süddeutschen Reichsarm geschert. Und es ist schon vorgesehen worden, daß die Leistung der Verträge noch weiter reicht. Sie schaffen, indem sie die Kraft der Nation zusammenklassen und die Leitung derselben in eine Hand legen, die Grundlage einer deutschen Politik. Wenn die deutsche Vormacht, fremden Mächten gegenüber, für irgend ein deutsches Interesse eintritt, so fällt sie schon in ihre Wagschale das Gewicht von 39 Millionen; denn durch die Allianzverträge sind ihr für jeden Kriegsfall auch die Streitkräfte des Südens zur Verfügung gestellt. Daraus erhellt zugleich die Richtigkeit des Satzes, daß durch die Zustimmung mit der Unterzeichnung des Vertrages nicht allein der militärischen Leitung Preußens im Krieg, sondern auch seiner diplomatischen Leitung im Frieden anvertraut hat.

Diffuse Stimmen aus Berlin und München betonen den ausschließlich defensiven Zweck des Bündnisses. Daß es dabei nicht auf Eroberungslust abgesehen war, weiß jedermann; man beruhmiligt glauben, da solche Absichten gegenwärtig und auf lange Zeit hinaus nicht im Bereiche der preußischen Politik liegen können. Alle Versuche aber, die Bedeutung des Vertrages noch weiter abzuschwächen, scheitern an dem klaren Wortlaut. Hätte — nur ein einziges Mal — der Gegner zu wählen — das Bündniß vom 22. August schon drei Monate früher bestanden, so wäre daraus für Bayern die ganz unzweifelhafte Verpflichtung entsprungen, im Kriege gegen Oesterreich mit Preußen zu gehen; und doch hat dieser Krieg bekanntlich andere Ursachen gehabt, als die Annexung des preußischen Gebietes durch einen österreichischen Angriff. Glücklicherweise giebt es keinen Grund für die Besorgniß, daß sodald wieder Deutsche gegen Deutsche unter den Waffen stehen werden. Die Allianz ist überdauert nicht weniger Dichtung des Friedens, als des Krieges; sie wird durch Bestimmungen in Wien dazu bestimmt, falsche Berechnungen und unfriedliche Illusionen zu vernichten, die das gute Einvernehmen mit Oesterreich bedrohen könnten.

Mit dem „Schutz- und Trutzbündniß" kann die Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland noch nicht erschöpft sein, auch nicht provisorisch; denn die dringendsten Interessen des Handels und Gandels erheischen eine unmittelbare Fürsorge. Graf Bismarck hat in der Reichstagssitzung vom 11. März über die Absichten der preußischen Regierung einigen Aufschluß gegeben: „Ich denke mir, sobald wir mit der Verfassung fertig sind, wir dem Süden den Vorschlag machen, zu Berathungen zusammenzutreten, um zu einem dauernden, unkündbaren Zollverein zu gelangen. Wir können aber nicht verlangen, daß die Süddeutschen, was wir in Zollsachen bestimmen, Alles ohne weiteres annehmen. Soll der Zollverein in seinem bisherigen Umfang fortbestehen, so ist es ganz nothwendig, daß eine Einrichtung geschaffen wird, in Folge deren der Süden an der Gesetzgebung desselben theilnimmt. Hat man erst dieses gemeinschaftliche Organ der Gesetzgebung in Zollsachen, so wird sich dasselbe der Aufgabe nicht entziehen können, auch die weiteren übrigen Ziele der materiellen Entwicklung in der Gesetzgebung allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen."

Der Allianzvertrag würde demnach ein Zollvertrag folgen, jedoch schwerlich ein Zollverein, der neben den norddeutschen Bund so unabhängig gestellt wäre, wie der bisherige Zollverein neben dem alten Bund. Vielmehr liegt es, allem Anscheine nach, im Plane Bismarcks, zur Berathung der Zollangelegenheiten die süddeutschen Regierungen in den norddeutschen Bundesrath und die süddeutschen Stände in den norddeutschen Reichstag zu ziehen. Diese Theilnahme würde sich „allmählich auch auf die übrigen Ziel der materiellen Entwicklung" erstrecken und eines Tages konnte es vielleicht geschehen, daß sie für über sämmtliche Ziel der ganzen Bundesverfassung ausdehnt, daß mit einem Mantel Bayern Süddeutschland in den Bund eintritt. Alle Separatvorträge über Angelegenheiten der inneren und äußeren Politik würden dann in dem einen Bundesvertrag aufgehen.

Es ist sehr glaublich, daß der preußische Minister sich die Lösung des großen Problemes in dieser Weise denkt, und sehr möglich, daß sie in dieser Weise auch erfolgt. Doch kann ein so langsamen Vorschritten zum Ziel in gesetzlichen Bildungen nur dann gehilligt werden, wenn durch unsere oder unsere Nachbarn die gerade Weg völlig versperrt ist. Die nationale Partei wird dem Fürsten noch nicht entsagen dürfen, eine direkte Verbindung über den Eintritt Süddeutschlands in den Bund herbeizuführen. Auch in dem Programme des Fürsten Hohenlohe ist nur der „bedingungslose" Eintritt verworfen.

Zunächst aber steht, gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Zollvereinsfrage, eine Revision der Allianzverträge bevor. Der Entwurf der norddeutschen Verfassung (Art. 71) sagt: „Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes durch besondere dem Reichstag zur Genehm gung vorzulegende Verträge geordnet werden." Es ist demnach vorgesehen, in den mit Süddeutschland geschlossenen Verträgen den norddeutschen Bund an die Stelle Preußens zu setzen. Bei diesem Anlaß

sollen ohne Zweifel auch nähere Bestimmungen über das Heerwesen der süddeutschen Staaten, ihre Festungen u. s. w. getroffen werden. Man sieht, daß auf genannte Zeit hinaus an Krieg in Europa durch diplomatische und parlamentarische Verabredungen und an Gelegenheit zur Bewährung eines guten oder übeln Willens kein Mangel sein wird.

Württembergische Heeresreform und Militärpolitik.

Entfernte Freunde und Verwandte des Musterstamms Hardegg-Baron bilden schon wir auf seinem Wege die Kenntniß, daß dasselbe neuer Tage von der württembergischen Gewehrexperimentsucht mit einem in technischer Besiehung wohlgerathenen Kindlein beschenkt worden ist, welches auf den Namen Albini-Brändlin geht. Die Geburt war eine sehr schwere, doch soll sich die innerstande Wöchnerin Gewehrexmission, soweit es ihre Umstände gestatten, ziemlich wohl befinden. Wir müssen uns die Besprechung aussprechen, es möchte das Kindlein, welches sich hermalen noch im Kessual zu Ludwigsburg befindet, trotz seiner soliden Konstruktion, sonstiger ungünstiger Verhältnisse halber, bald in Spitting gesetzt und in das Naturalienkabinet, „Abtheilung nur für Curiositäten", überbracht werden müssen.

Die holden Schwaben freue dich; du hast nun dein eigenes Gewehrsystem, ebendamit eine weitere Stammeseigenthümlichkeit, und am jüngsten Tage werden einmal die von deinen Kriegern Erschossenen mit den elegant kleinen Mündungen des albini-brändlinschen Laufs erinnern und solchen Klang dieses Namens daraus, daß wir einmal in Rom auf dem Schloß eines dort ansässigen schwäbischen Stuffert lasen: „hier wohnt Antonio Gnilielmo Schwäbärle") Geschossen wahren Staat machen können, während die von dem groben unterstützten geschrieben ist, daß wir uns zu der Annahme berechtigt fühlen, ein Mitglied der Gewehrexmission selbst habe zu diesem Mittel vom 14. März die Ehre einer Erwähnung angethan. Nachdem nun die dermalige Verwaltung des sachkundigen Berfassers wirklich einsgetreten ist und sich die Regierung in der That für das Modell Albini-Brändlin, das Produkt deutschen Fleißes und deutscher Gründlichkeit, entschieden hat, gönnen wir dem württembergischen Staate gerne die Satisfaktion, durch einen souveränen Regierungsakt zur Herstellung des europäischen Gleichgewichtes, welches durch die neuesten technischen Fortschritte Frankreichs und Oesterreichs einen tiefen Schwanken gerathen, das Ihrige beigetragen zu haben, und wünschen Prosit dazu zu sein. Herr Minister Hardegg-den Mund einer bekannten Autorität verkündigen läßt, daß auch seine Regierung binter den Anforderungen der neuesten Gewehrtechnik nicht mehr werde zurückbleiben können.

Um mehr zu sein, müssen wir freilich bejagen, daß das genannte Modell allerdings vortrefflich und in mancher Beziehung dem Zündnadelgewehr überlegen ist. Bleibt nur Folgendes zu bemerken übrig: In einer Armee, wie die preußische, welche sich auf viele Hundertausende beläuft, wird, und nahe liegenden Gründen, nicht die Möglichkeit der vorzüglichen Bewaffnung abgeschafft und durch eine andere ersetzt, solange die erstere immerhin noch als sehr tüchtig anerkannt werden muß, und solange an dem schon vorhandenen System billige Verbesserungen und Verbesserungen angebracht werden können. Da wir uns letzter auch in der Lage sind, an die Fortsetzung Württembergs, als Staat, bis ans Ende der Dinge glauben zu können, da wir vielmehr die Ueberzeugung hegen, daß Württemberg früher oder später in einer Großmacht aufgehen wird, und da das preiß Großmacht seine andere ist, als Preußen, so wird das württembergische Volk einst Tages das Vergnügen haben, seiner fürstesthümlichen Grenzen an Nagel hängen und sich Gewehre nach k. preußischem Muster verschaffen zu dürfen. Nun, wir haben's ja; möglicherweise ändert Preußen dann auch sein System nach dem unsrigen ab.

Es ist also bei der Beurtheilung des von unserer Regierung eingehaltenen Verfahrens nicht die technische, sondern die politische Seite ausschlaggebend, wie denn überhaupt die ganze Eigenbrödelei nicht nur ein Zeugniß für die technische Tüchtigkeit unserer Kommission, sondern noch vielmehr ein Symbol der Selbstständigkeitsbestrebungen unserer hohen Ministerien ist. Der Grundgedanke bei der ganzen Experimentirerei und Erfindere war und ist doch der: Unser württembergisches Gewehr darf nicht das preußische sein, wir müssen etwas Besonderes haben, um uns als selbstständige Bundesgenossen von den begradetten Opfern des norddeutschen Bundes zu unterscheiden. Mit eigenen Gewehren bleiben wir immerhin Deutsche erster Klasse.

Indessen ist unser Erfindungsdrang immer noch nicht erschöpft; das an sich schon vortreffliche System Albini-Brändlin muß auch durch ein neues kleines, dem in der Schweiz gebräuchlichen ähnliches Kaliber noch vervollkommnet werden, und es besteht zu diesem Zwecke eine eigene gemischte Kommission zwischen Baiern und Württemberg zahlreich ersterer Staat, wenn auch dasselbe Kaliber, so doch seiner Souveränetät halber, ein anderes System bei sich einzuführen gedenkt, welche mit der Prüfung dieser Frage beauftragt ist. Wir wünschen derselben einen raschen Erfolg, etwa bis März kommenden Jahres. Das dachten sich Preußen wird dann nichts weiter mehr zu thun haben, als das ihr aufgestellte Modell zu adoptiren und sich die Mühe erspart sehen, eine eigene Kommission niederzusetzen. (Schwäbische Volkszig.)

† **Aus Frankreich.** Was ist's mit Luxemburg? Wie steht es? das ist die einzige Frage, die jetzt auch bei uns in aller Mund ist. Seit dem vorigen Sommer hat keine Frage eine so große allgemeine Theilnahme gefunden. Mit der größten Spannung horcht alles nach Berlin. Es braucht da gar keine langen Erwägungen, solche praktische Fälle machen es jedem ganz unmittelbar klar, daß schon jetzt Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und daß dort unser Schicksal entschieden wird. Die Interpellation Bennigsen's wurde als wahres Labsal aufgenommen und die Antwort Bismarck's läßt den Trost, daß bis jetzt nichts verloren ist. Man darf wohl annehmen, daß man in Preußen selbst wissen wird, was bei dieser Frage alles auf dem Spiele steht. Wird hier das Ausland gröhr- reden ist; der übrige Theil muß wenigstens verstummen. Ich sage ausdrücklich, soweit er erodiert werden kann, denn unsere ultramontane Partei wird niemals zu einer Einigung Deutschlands auf dem jetzt betretenen Wege ihre volle Zustimmung geben. Eine mächtig blühende Schadenfreude wirkte in diesen Kreisen hier fein, wenn Preußen sich gerade jetzt irgendwie schwach finden ließe. Gott wird es verhüten.

In Nr. 96 des Wochenblattes wurde unter dem Titel „Ein Wort über die Presse" auf einige deutsche Zeitungen hingewiesen, die es durchaus nicht vermeiden können, daß die begonnene Einigung Deutschlands einen andern Gang nimmt, als sie meinten. Man kann getrost unter die Zahl dieser Blätter auch den Nürnberger „Correspondenten v. u. f. Deutschland" aufführen. Daß dieses Blatt neutich entdeckte, daß der Präsident von Bodelschwingh im Parlament so bald und so halb von „Demonstanten" gesprochen habe, daß er den Nationalverein, weil im Wochenblatt gesagt war, man dürfe verschiedener Weise die Macht des Liberalismus in Deutschland nicht überschätzen, diese „Beschränkheit" als bis zur „Niederträchtigkeit" gehend ausrechnete, mag eine der geringsten Verirrungsmöglichkeiten sein, die man dem Serein schuldig zu sein glaubt, dem man es nie verzeihen wird, daß es von jeher wußte, was es wollte und dem Duft großherzigster Redensarten entgegentrat. Daß aber jetzt noch, wo es nur möglich ist, Gehässigkeiten gegen Personen hervorgerufen werden, ist etwas anders, und an der immer noch vorhandenen Verstimmung ganzer Kreise sind gerade solche Blätter am meisten schuld. So weit übrigens meine Erfahrungen gehen, macht sich selbst in jenen Kreisen der Widerwille gegen dieses Treiben geltend. Aufgehalten kann die Einigung Deutschlands nicht mehr werden, aber viel unnützer und widerwärtiger Streit könnte erspart bleiben.

Zweck, Mittel und Organisation der Arbeitervereine.

So lautet das Thema eines eben im Druck erschienenen Vortrags von Herrn Max Müller, welcher die Hauptgesichtspunkte aller Besprechungen verdient, die für die Wichtigkeit des Gegenstandes einigen Verständnis haben. Es ist ein Mann von klarem Kopfe und warmem Herzen, welcher zu uns spricht, in strenger Schule des Lebens aufgewachsen, aus der Mitte der Arbeiter hervorgegangen, treuen Fleiß, Nüchternheit und durch genossenschaftliche Arbeit in den Besitz der Kenntnisse, des Urtheils und der Stellung gelangt, welche ihn zu dem Amte eines Rathgebers in hohem Grade befähigten.

Seine erste Forderung ist mit gutem Grunde auf die richtige Bestimmung des Zweckes der Arbeitervereine gestellt. In dem Bildungszweck allein, sagt er, kann die Aufgabe dieser Vereine nicht gesucht, sie muß vielmehr anders gefaßt werden, bestimmter und weiter zugleich, wenn ihre Erfüllung dem vorhandenen Bedürfnisse einigermaßen genügen und in einer lebendigen Mitwirkung zur Gesetzgebung sichern soll. Sein Vorschlag geht dahin, zu sagen: „der Zweck des Arbeitervereins ist: Förderung des materiellen Wohlergehens der armen arbeitenden Klassen, als Grundlage geistiger, sittlicher und religiöser Bildung, politischer Reife und Freiheit". Wenn an dieser Formulirung angeknüpft angefangen wird, namentlich die Voraussetzung desjenigen Interesse, für dessen unmittelbare Förderung den Vereinen auftritt, gerade die wenigsten Mittel zu Gebote stehen, so hat sie doch immerhin den Vorzug, die sogenannte „Wogenstrage" nicht mit übergrünen Gesichtspunkten zu überladen, die nur einmal in verkehrter Weise beantwortet, aber eben so wenig negativ bei Seite gelassen werden kann, wenn es sich um die Angelegenheiten der arbeitenden Klassen handelt.

„Die Mittel zur Erreichung dieses Zweck, sagt Hr. M. Müller fort, sind: Unterricht, Wohlthätigkeit, Vereinigung mit Wirthigen und Besprechungen, geselige Unterhaltung, Lectüre, Gründung der Presse, gesetzliche Aktion Vereinigungen, Petitionen an die Staats- und Gemeindebehörden, oder an die Landeskammern, eventuell an das deutsche Parlament". Auch gegen diese Zusammenstellung liegen die Einwendungen nahe zur Hand, lassen sondern gegen den letzten Punkt verfehlen, der wenig mit dem sonst vorgewöhnliche Fassung zu Aldersprunk herausforderte. Die Ausführungen indessen, welche Hr. M. Müller den verschiedenen Nummern seines Programms beifügt, sind der aufmerksamen Beachtung werth. So z. B. seine Bemerkungen über die richtige Wahl der Gegenstände für Vorträge, die nur zu oft fern liegenden Gebieten entnommen werden, während die nahenstehen und belehrendsten Stoffe wasserhaft in unmittelbarer Nähe zu finden sind. Ein Vortrag über das kokaltheater, sagt der Verfasser beispielsweise und mit vollem Recht, werde ihm unter allen Umständen lieber sein, als eine freie Rede über die Doppelnatur des Wassers, und wenn es sich um Gesundheitspflege handle, scheine ihm vor einem Arbeiterpublikum des Binnenlandes die Empfehlung der Benutzung des benachbarten Flusses zweckmäßiger, als eine Belehrung über die Heilkraft der Seebäder.

Zum Schluß faßt Herr M. Müller seine Ansichten und Vorschläge in einem Statutenentwurf für Arbeitervereine zusammen, welcher hiermit allen Freunden der Sache zur Begutachtung empfohlen sei.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 100. Heidelberg, den 18. April. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Wirthschaftlicher Befreiungsarbeit. — Vor dem Kriege. — Parlamentsbrief. — Aus Preußen. — Nochmals der preußisch-bairische Allianzvertrag. — Zeitungsschau. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 14. April.*)

*Das übliche diplomatische Vorspiel des Krieges hat begonnen. Wie dasselbe auch verlaufen möge, ob in Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet oder in einer europäischen Conferenz, herauskommen kann dabei nichts, als eine Gelegenheit. Wenn es nicht die Absicht Napoleons III war, die Dinge schon jetzt auf die Spitze zu treiben, so hat er wieder einmal, wie schon oft in den letzten drei oder vier Jahren, eine schwere Fehlrechnung gemacht. Wie es der französischen Politik möglich geworden, entweder an den Erwerb Luxemburgs durch friedliche Uebereinkunft zu glauben, oder aber Deutschland auf dem Boden der luxemburgischen Frage zu einem Kampfe auf Leben und Tod herauszufordern — das bleibt bis auf Weiteres ein unlösbares Räthsel. Genug, Deutschland und Frankreich stehen einander heut mit der Hand am Griff des Degens gegenüber, und wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, wird binnen wenigen Wochen oder Monaten Blut in Strömen fließen.

Deutschland sieht den kommenden Ereignissen, zwar nicht leichten Herzens, aber guten Gewissens und mit Seelenruhe entgegen. Wir sind es nicht, die durch Wort oder That, durch Thun oder Lassen auch nur den kleinsten Theil der Verantwortlichkeit für das hereinbrechende Unheil auf uns geladen haben. Frankreich ist von uns weder geschädigt noch bedroht, weder in seinem Rechte gekränkt noch in seiner rechtmäßigen Eigenliebe beleidigt; Frankreich vielmehr streckt seine Hand aus nach deutschem Nationalgut und nach der deutschen Ehre. Auf das Haupt Frankreichs jeder Tropfen Blut, der vergossen werden wird!

Zwar, der Bonapartismus scheint seine ursprünglichen Forderungen um einen Ton herunterzustimmen. Er verzichtet, wie es heißt, auf die Einverleibung von Luxemburg, er will sich damit begnügen, daß das Land „neutralisirt“ und die Festung von Preußen geräumt werde. Sei es, daß dieses Ablassen von dem ursprünglichen Anspruche kein bloßes Blendwerk ist, mit welchem schwache Augen getäuscht und schwache Herzen bestochen werden sollen — die seinsollende Mäßigung bleibt immer noch eine beispiellose Unverschämtheit. Eine an England gerichtete Zumuthung, Gibraltar oder Malta zum Vortheil Spaniens oder Italiens aufzugeben, würde daneben ein bescheidenes Ansinnen sein. Von einem Rechtsgrunde für ein solches Verlangen Frankreichs ist mit keinem Worte die Rede, es fehlt dazu sogar an jedem anständigen politischen Vorwande, und das militärische Interesse, welches man geltend machen kann, ist nicht das der Vertheidigung der französischen Gränzen, sondern das des erleichterten Einbruchs in Deutschland. Es gibt nur einen Beweggrund, welcher sich von französischer Seite ehrlicher Weise für die „Neutralisirung“ Luxemburgs bribringen läßt, das Geständniß nämlich des Tuilerienecabinets, daß es sich auf den Luxemburger Handel zu weit eingelassen, um denselben ohne Gefahr einfach fallen lassen zu können, und daß ihm zu seiner inneren Sicherheit irgend ein Erfolg in dieser Sache unentbehrlich ist. Man mag gern glauben, daß die Verlegenheiten des Bonapartismus sehr ernstlicher Art sind, kein Mensch von gesunden Sinnen aber wird der Meinung sein, daß Deutschland den Beruf habe, den Inhaber der Tuilerien um einen solchen Preis, wie der hier geforderte, vor den Folgen seiner eigenen Uebereilung zu schützen. Ob durch das uns angesonnene Opfer eine dauerhafte Sicherheit oder nur ein kurzer Aufschub der Krisis gewonnen werden würde, kommt für die heute zur Entscheidung stehende Frage gar nicht in Betracht. Auch mit der vollen Gewißheit, daß der Bonapartismus sich durch die „Neutralisirung“ Luxemburgs ein für alle Mal abfinden ließe, wäre ein solches Zugeständniß eine Selbstschändung der preußischen Politik, die das neue Deutschland schon im Augenblicke seines Entstehens moralisch zu Grunde richten würde. Wie nun vollends im Angesichte der allgemeinen und wohlbegründeten Ueberzeugung, daß mit jener unerhörten Demüthigung nichts gewonnen werden könnte, als eine kurze Frist — eine Frist zur Vollendung der Rüstungen des Feindes! Eine der starken Waffen Deutschlands mit eigener Hand zu zerbrechen, dem Uebermuthe Frankreichs eine Wollust zu gewähren und das deutsche Nationalgefühl tödtlich zu beleidigen — das wäre das handgreiflichste Ergebniß des Verzichts auf Luxemburg.

Ob die Dummheit oder die Niederträchtigkeit dieses Verzichtes größer sein würde, mag dahin gestellt bleiben. Genug, daß die preußische Politik und der deutsche Nationalwille in diesem Punkte keine Uneinigkeit und kein Schwanken befürchten lassen. Im ganzen Bereiche der deutschen Oeffentlichkeit antwortet den französischen Anforderungen nur ein einziges Nein. Je kaltblütiger dasselbe ausgesprochen wird, desto besser, daß es aber Ernst damit sei, darüber darf die Betonung am allerwenigsten den Franzosen einen Zweifel lassen. — Indessen wir haben zu viel gesagt. Jene Einstimmigkeit leidet allerdings eine Ausnahme, die der Köln. Zeitung. Dieses Blatt, das sich schon oft zum Wortführer der schlechtesten Sache gemacht, spielt heute die Rolle der Kupplerin zwischen dem Bonapartismus und der deutschen Ehre. Die Köln. Zeitung findet es ganz in der Ordnung, daß man dem Kaiser Napoleon durch die Räumung von Luxemburg aus der Noth helfe, sie gibt sich die Miene zu glauben, daß damit alle zwischen Deutschland und Frankreich obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen sind, und läßt es sich ganz besonders angelegen sein, den Franzosen durch Leitartikel und auch Correspondenzen aus Luxemburg Belege dafür an die Hand zu geben, daß das Großherzogthum mit Deutschland nichts in der Welt gemein habe, daß es auf jeden Fall viel eher zu Frankreich hinneige und gehöre, als zu Preußen. Mit einem Worte, die oftbewährte Schamlosigkeit der Köln. Zeitung übertrifft dies Mal sich selbst.

*) Das frühere Datum unseres Artikels hat seinen Grund in einer vorausstehenden Geschäftsreise. D. H.

Digitized by Google

In Baiern und Würtemberg ist bis jetzt weder zur Vollziehung der Stuttgarter Militärconvention, noch zur Erfüllung des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen in Aussicht auf den Krieg mit Frankreich etwas Ernstliches geschehen. Während Sachsen sein Heerwesen binnen fünf Monaten vollständig reorganisirt und auf preußischen Fuß gesetzt hat, bleibt in den beiden wichtigsten süddeutschen Staaten noch die erste Hand an die Arbeit zu legen. Die unbegreifliche Saumseligkeit der Münchner und Stuttgarter Regierung bringt die öffentliche Meinung ihrer Länder zu einem Murren, das sich mit jedem Tage steigert und in welches sogar die sonst so schüchterne Allg. Ztg. sehr vernehmlich einstimmt. Baden seinerseits gibt den Nachbarstaaten durch rüstige militärische Arbeit ein gutes Beispiel und Hessen-Darmstadt hat neuerdings in der nämlichen Richtung wenigstens Verpflichtungen übernommen, für deren rasche Erfüllung, in Ermangelung des eigenen Eifers, ohne Zweifel von Preußen aus gesorgt werden wird. Seit Wiederherstellung des Friedens ist zu viel kostbare Zeit verloren gegangen, als daß der kurze Zwischenraum bis zum neuen Kriege nicht mit Aufbietung aller Kräfte benutzt werden müßte. Denn bei der bevorstehenden Waffenprobe schlecht bestehen, heißt die Existenz verwirken.

Wirthschaftliche Befreiungsarbeit.

L Im politischen Leben fällt die Ernte nicht immer denjenigen anheim, welche den Boden zuerst umgepflügt und die Saat hineingestreut haben. Die siegende Gewalt einer Idee zeigt sich oft grade dadurch, daß die Partei, welche ihr anfänglich entschieden und leidenschaftlich widerstrebte, sich entschließt, ihre Verwirklichung in die Hand zu nehmen. Sie ist darum noch nicht nothwendig glücklicher zu achten als die durch sie um ihre Schnitterhoffnungen betrogene andere Partei. Es kostet ihr in der Regel fortgesetzt soviel innern Kampf, fremde und lange hartnäckig bestrittene Meinungen nun ihrerseits ausführen zu müssen, daß sie nicht zum vollen Genusse ihrer äußern Ueberlegenheit gelangt. Damit, und mit der noch wichtigeren Betrachtung, daß die Hauptsache doch die Verwirklichung der Idee ist, nicht wessen Hand dabei hauptsächlich im Spiele, darf die moralisch triumphirende, wenn auch äußerlich in den Hintergrund gedrängte Partei sich trösten.

Dies ist die Lage, in welcher sich gegenwärtig Deutschlands liberale Nationalpartei befindet. Die nationale Idee wird Stück für Stück, und in erfreulich großen Portionen, durch einen Staatsmann verwirklicht, der ihr lange feindlich gegenüberstand. Und zwar nicht einmal auf Kosten ihrer liberalen Ideen, die vielmehr auch ihren Antheil an den Freuden der Ernte hat. Indem Graf Bismarck den Bundestag über den Haufen stieß, befreite er, ohne es grade zu wollen, zugleich die kleineren deutschen Staaten von den Fesseln der bundesmäßlichen Preß- und Vereins-Gesetzgebung; und schon sehen wir hier und da das Bestreben sich geltend machen, von dieser Erleichterung zur Begründung voller Preß-, Vereins- und Versammlungs-Freiheit Nutzen zu ziehen. Die königlichen Erlasse ferner vom 18. und vom 29. März, durch welche in den neuerworbenen preußischen Landestheilen, soweit noch nöthig, die Wuchergesetze und das Zunftwesen aufgehoben worden, — was sind sie anders, als Früchte eines Baumes der Erkenntniß, den die deutschen Liberalen durch ihre nun bald neunjährige unverdrossene volkswirthschaftliche Agitation gepflanzt haben?

Schritt vor Schritt, zögernd und im Herzen unwillig müssen die preußischen Conservativen die Ideen-Erbschaft der deutschen Liberalen antreten. Wie lange haben sie sich gesträubt, die segensreiche Wirksamkeit der Genossenschaften anzuerkennen! Sie versuchten anfangs, die Ruinen der Zünfte noch einmal aufzuputzen, als die historisch berechtigte Form gewerblicher Vereinigung; dann gründeten sie im Schweiße ihres Angesichts selbst hier oder dort eine eingelne Handwerkerbank, und boten allen ihren Witz auf, um haltbare Abweichungen von der Form aufzufinden, welche Schulze-Delitzsch mustergiltig hingestellt hatte. Aber das alles half nichts, und ihre eigenen Führer im Ministerium mußten sich schließlich bequemen, das Genossenschaftswesen so wie es war gesetzlich anzuerkennen. Auch dann noch weigerten sie sich, dem geistigen Urheber des Ganzen die ihm gebührende Ehre zu geben, und machten lieber eine mangelhafte eigene Vorlage, auf veraltete Ratifische Angaben gestützt, als daß sie den Entwurf von Schulze-Delitzsch und Genossen einfach angenommen hätten; aber sie mußten sich doch gefallen lassen, daß die gröbsten Mängel durch das Abgeordnetenhaus aus ihrer Vorlage hinausgebracht wurden, und das so gefäuberte Werk zum Gesetz erhoben.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Hannover und Hessen. Herr Wagener ist ja jetzt Geh. Regierungsrath; da es von jeher zu seinen persönlichen Liebhabereien gehört hat, sich mit socialen Fragen zu befassen, so ist er wohl gar auch der Verfasser der Verordnungen, welche in Hannover den Zunftzwang und in Kurhessen obendrein noch ein namhaftes Stück Concessionswesen beseitigen. Das wäre denn eine gelungene Probe von dem Humor der Geschichte, den Freund der Zunftbelohen Pause und Ruhaus mit eigenen Händen das Grab graben zu lassen, in welchem alle noch übrigen Reste gewerbrechtlicher Beschränkungen untergehen müssen. Denn daß dies die Bedeutung der beiden Verordnungen vom 29. März ist, darüber kann kein Zweifel obwalten. Soweit, wie in den neuen Provinzen, muß die Gewerbefreiheit in den alten Provinzen ebenfalls reichen. Der Prüfungszwang kann in Berlin, der ersten Industriestadt Deutschlands, nicht fortbestehen, nachdem er in Hannover und Kassel aufgehoben worden ist — aufgehoben durch die preußische Regierung, nicht etwa, wie in Nassau und Frankfurt am Main, durch sie schon aufgehoben vorgefunden bei der Annexion. Schon in der nächsten Session des preußischen Landtags, die im Mai bevorsteht, erwarten wir entscheidende Schritte zur Beseitigung der mehr oder weniger ganz überflüssigen Gewerbegesetzgebung von 1845 und 49 gethan zu sehen. Das Kürzeste wäre, wenn die Regierung einfach den früher von einer sachverständigen Commission des Abgeordnetenhauses ausgearbeiteten Entwurf adoptiren wollte. Kann sie aber einen noch kürzeren, noch einfacheren und radicaleren Entwurf vorlegen, desto besser.

Uns Deutschen ist die wirthschaftliche Freiheit nicht von oben her bescheert worden, wie den Italienern durch Cavour. Wir haben sie auch nicht im Sturme einer alles umwälzenden Revolution erobern können, wie die Franzosen im Jahre 1789. Einige ihrer Bestandtheile waren bei uns, wie die Freizügigkeit in Altpreußen, hergebracht; andere blieben als einzig guter Niederschlag der schlimmsten Fremdherrschaft zurück, wie die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in der bayerischen Pfalz; andere endlich gaben große Minister vor sechzig Jahren dem am Boden liegenden preußischen Staate. Das Meiste aber, und für den größten Theil von Deutschland haben wir und selbst in langhinausgezogenem Kampfe erringen müssen, ähnlich wie die Engländer in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts die Handelsfreiheit, aber unter viel schwereren Hemmungen und Verwicklungen durch nebenhergehende politische Kämpfe. Dadurch sind wir freilich des berauschenden Genusses beraubt, den ein auf einmal erfochtener, großer und durchschlagender Sieg den Siegern gewährt. Aber die längere Dauer und die viel weiter gehende Zersplitterung des Streitfeld hat zugleich nicht wenig unsere nationale Kraft gestählt. Alle die Tausende in den breiten mittleren Schichten der Nation, die während des letzten Jahrzehnts an der wirthschaftlichen Befreiungsarbeit theilgenommen haben, sind damit aufs wirksamste zu höheren politischen Leistungen erzogen worden. Sie haben gelernt, wie man agitiren muß, gelernt was dazu gehört, um das Volk auf die Beine zu bringen und seine Opferwilligkeit erfolgreich anzuregen. Sie haben sich fühlen gelernt als lebendige Glieder der nationalen Gemeinschaft, und als mit dafür verantwortlich, daß das Vaterland den nachkommenden Geschlechtern heil und unversehrt an Fläche wie an Ehre überliefert werde. Das ist eine Vorbereitung auf den Krieg, welcher die Franzosen nichts entgegenzusetzen haben. Bei uns in Deutschland ist der Fortschritt, der Aufschwung ebenmäßig auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens:

Digitized by Google

politisch, ökonomisch und social geht es vorwärts mit uns. Urtheilsfähige Franzosen werden das von ihrer Nation nur in sehr eingeschränktem Maße behaupten. Es sind ja leider nur zu viele Anzeichen da, daß die gallische Race physisch und moralisch eher degenerirt als in kraftvollem Aufstreben begriffen ist. Man braucht sie deßwegen noch nicht für immer verloren zu geben. Unter dem stärkenden Regime der Freiheit, gereinigt von den verzehrenden Leidenschaften der Ruhmsucht und Eroberungslust, wird sie hoffentlich genesen, und nach wie vor mit den leitenden Völkern der Welt wetteifern in aller Art von culturförderndster Thätigkeit und Erkenntniß. Aber augenblicklich leidet sie an einer bald schleichenden, bald fieberhaft ausbrechenden Krankheit; und wenn es zu den nothwendigen Heilmitteln gehören sollte, daß sie die Grenzen ihres militärischen Vermögens in einer entscheidenden Probe kennen lernt, so haben wir Deutsche keine Ursache, dem Zweikampf um jeden Preis auszuweichen, da wir wohl einzelne Schlachten, aber in dem freudigen Aufschwung aller Kräfte, und Flüge aller Formen, worin wir sind, unmöglich den Krieg verlieren können.

Vor dem Kriege.

N Der Krieg scheint unabwendbar. Wir wüßten kaum worauf der Glaube an Erhaltung des Friedens sich noch stützen könnte, als etwa auf den neuerdings beliebten Satz, daß das Unerwartetste das Wahrscheinlichste zu sein pflegt. Indessen so oft derselbe sich auch bewährt haben mag, diesmal, fürchten wir, wird er nicht zutreffen. Wenn früher, z. B. im vorigen Jahr, das Gegentheil des von aller Welt Erwarteten eintrat, so war es immer, weil man bedeutsame Factoren der Entscheidung übersehen oder falsch geschätzt hatte. Diesmal aber handelt es sich um Kräfte und Antriebe, welche so offen vor Aller Augen liegen und deren Gewicht allen entgegenwirkenden so überlegen ist, daß eine Fehlrechnung kaum möglich erscheint. Für Napoleon steht die Existenz, für uns die nationale Ehre auf dem Spiel — damit ist Alles gesagt.

So viel geschichtliche und politische Einsicht wird man heute bei der deutschen öffentlichen Meinung voraussetzen dürfen, daß sie den nächsten Anlaß des brennenden Conflikts nicht mit seiner Ursache verwechselt, nicht also wähnt, mit jenem ließe sich diese aus der Welt schaffen. Es wäre ja an sich nicht gerade unmöglich, unter Mitwirkung und auch Zureden der übrigen Mächte den luxemburgischen Handel in der Art zu schlichten, daß das Land „neutralisirt" würde, Frankreich seine Erwerbsgelüste und Preußen sein Besatzungsrecht aufgäbe. Es wäre denkbar, daß Preußen sich hiezu entschlösse aus rein sachlicher Ueberzeugung, daß dieses Recht formell nicht unbestreitbar und materiell einen Krieg nicht werth sei.*) Allein was wäre die Folge? Offenbar, die französische Eitelkeit und Eifersucht, deren krampfhafte Aufregung durch den Handel beschwichtigt werden sollte, fände in diesem halben Sieg doch nur halbe Befriedigung, zugleich aber würde sie Preußens Zurückweichen als Furcht auslegen, die durch Sadowa erregte „Todesangst" sich noch in unleidlichen Uebermuth verwandeln, und binnen Kurzem ständen wir wieder an der Schwelle des Krieges. Sehr fraglich ist schon, ob die Lage Napoleons überhaupt einen längeren Aufschub gestattet. Wenn er nicht Gefahr im Verzug sähe, würde er alsdann gerade jetzt, Angesichts der Weltausstellung, den Brand angerührt haben? So fragt ein Jeder, und mit Recht vielleicht deutet man, zur Erklärung dieser seltsamen Hast, vor Allem auf die begonnene Ankunft der merikanischen Truppen. Den bedrohlichen Eindruck, den die Erzählungen und Stimmungen dieser Rückzügler auf Heer und Volk machen müßten, ihn gelte es zu verwischen, zu ersticken in einem neuen, lockenden Abenteuer eiligst und um jeden Preis. Nur so viel Zeit wolle er noch herauschlagen, als er zur Vollendung seiner Rüstungen nöthig habe.

Steht es aber in der That so mit dem Kaiserthum, dann wird die Frist, die man durch einen Ausgleich gewinnt, jedenfalls nur eine sehr kurze sein. Und sehr fragt sich alsdann, ob sie für uns nicht gerade darum zu lang ist, ob unser Interesse nicht eine sofortige Entscheidung gebieten? In Berlin scheint man, nach allerlei Anzeichen, das Gegentheil zu glauben, militärischen und politischen Gewinn aus der Vertagung ziehen zu können. Wie dem aber auch sei, darüber ist man hoffentlich außer Zweifel, daß es sich immer nur um ein paar Monate handeln kann.

„Wenn Frankreich nicht befriedigt ist, so ist Europa nicht ruhig" — dieses bekannte Wort des Imperators wendet seine Schneide allein gegen Frankreich selbst. Ist es in der That so, daß die Unzufriedenheit dieses Volkes mit seiner innern oder äußern Lage unausbleiblich die Ruhe und den Frieden Europa's in Gefahr bringt? Dieser Kriegszustand mitten im Frieden, diese allgemeine Bewaffnung bis an die Zähne, diese stetig wachsende, trotz Allem was Herr von Roon und Andere sagen mögen, die Entwicklung des Wohlstands, der Bildung, der Freiheit der Völker auf's Empfindlichste störende und hemmende Last der großen stehenden Heere, ist sie wirklich in erster Linie durch den Blick auf Frankreich geboten, als Schutzwehr gegen das Hinausfluthen seines Mißvergnügens über seine Grenzen? Wenn das so ist, und der Kaiser selbst sagt es, wenn auch mit etwas anderen Worten, dann liegt die Folgerung für uns, die stets zunächst Bedrohten, auf der platten Hand. Wir müssen unsere Ruhe von den Wellenschlägen der französischen Stimmungen und Mißstimmungen einfürallemal unabhängig zu machen suchen, und wir werden das kaum anders können, als indem wir die 1814 und 1815 zu schwach gebauten Dämme genügend verstärken.

Wahrlich, es ist nicht Lust an großen Worten, die uns dies sagen läßt, prahlerische Drohungen würden einem besonnenen Volke schlecht anstehen. Nur darum ist es, weil nach unserer Ueberzeugung, Deutschland, wenn es in diesen Krieg gehen muß, in ihn gehen muß mit äußerster Anstrengung aller seiner Kräfte, seiner militärischen, politischen und geistig-sittlichen, und dies wird es nur alsdann, wenn es sich klar und vollständig bewußt ist der Größe der Aufgabe, welche gelöst, der Höhe des Ziels, welches erreicht sein will, soll anders dieser blutige und furchtbare Kampf nicht vergeblich gestritten werden. Deutschland tritt mit ihm an einen großen Wendepunkt seiner Geschicke heran: entweder dieses „legitime" Uebergewicht Frankreichs, aufgebaut auf unserer früheren Schwäche und Zerrissenheit, wird gebrochen und zerstört, oder neu befestigt und gesteigert auf lange hinaus. Entweder Frankreichs gerträumte, oder Deutschlands wirkliche natürliche Grenzen — dies und nichts anderes wird hier und dort die Losung des Kampfes werden. Von Luxemburg wird dabei so wenig mehr die Rede sein wie voriges Jahr von Augustenburg. Jeder dazwischen liegende Austrag aber würde keinen endgültigen und dauerhaften Frieden, sondern nur die Fortsetzung jenes „stummen Krieges" bringen, den schon Prinz Eugen für die einzige Art Frieden erklärte, die, seit Frankreichs Vorrücken über die Vogesen, zwischen beiden Nachbarn noch möglich sei.

Schwer ist die Aufgabe. Wir haben es mit einer militärisch uns ebenbürtigen Nation zu thun, deren gesammte Wehrkraft einheitlich organisirt ist, während bei uns ein volles Drittheil, das süddeutsche, noch in unbefriedigter Mannigfaltigkeit schlottert. Wir können nicht darauf rechnen, mit Einem Schlage, wie bei Sadowa den Krieg zu schließen. Denn wir haben keine gleichgültig-dumpfe passive Masse wie die Bevölkerungen Oesterreichs, sondern ein thatkräftiges, feuriges, zu den höchsten Opfern und Anstrengungen entschlossenes Volk vor uns. Wir wissen im Voraus, daß dieses Volk, so gut

*) Freilich würde dabei doch immer nur Preußen der nachgebende Theil sein, da der Vertrag Frankreichs auf Etwas was es gar nicht hatte, nur haben wollte, nicht im Ernst als Zugeständniß gelten kann. Es wäre ja leicht möglich, daß es Frankreich für's Erste um gar nichts weiter zu thun als Preußen aus Luxemburg hinaus zu manövriren, und die ganze Verkaufsgeschichte nichts war als eben dieses Manöver. Sollte nun Preußen deßwegen, um die Vertagung zu erreichen, die Festung preisgeben, so müßte der Vortheil der ersteren höchst bedeutend überwiegen. Wir unsererseits können dieses Uebergewicht nicht finden, vielmehr das Gegentheil und hoffen daher auch, daß Preußen, ohne anderweitige Gegenleistungen, auf dieses Machtmittelmaß nicht eingehen wird. A. D. B.

Digitized by Google

wie wir selbst, die Waffen schwerlich eher niederlegen und zu siegloſem Frieden die Hand bieten wird, so lange diese Hand noch eine Waffe zu tragen fähig, bevor ſie durch völlige Erſchöpfung aller Kräfte gelähmt iſt.

Die militäriſche Rüſtung auf ihr höchſtes Maß zu ſpannen, können wir der Regierung Preußens ruhig überlaſſen. Wir werden ohne Zweifel noch weit ſtärkere Opfer dafür zu bringen haben als die bisherigen, aber das iſt nur ein kleiner Theil deſſen, was uns zu thun obliegen wird. Auf dem weiten Felde der politiſchen und ſittlich-geiſtigen Rüſtung iſt es das Volk, welches die Hauptarbeit thun muß. Vor Allem das Volk in Süddeutſchland. Es thut uns leid ſagen zu müſſen, daß daſſelbe ſeine Pflicht bis jetzt nur ſehr dürftig erfüllt hat. Wäre, ſtatt einiger vereinzelter Kundgebungen, beim erſten Allarmſchuß der ganze Süden in eine ähnliche Bewegung gerathen, wie 1863 nach dem Tode des Dänenkönigs, ſo hätte Napoleon, bevor er das Zeichen zum Aufziehen des Vorhangs gab, ſich doch vielleicht noch eines Beſſern beſonnen. Verſchiedene Pariſer Quellen verſichern ſehr glaublich, daß das was ihm über den nachwirkenden Groll der Beſiegten vom vorigen Jahr, wie über die partikulariſtiſchen Stimmungen und Beſtrebungen überhaupt, von ſchmeichelfärbenden Agenten berichtet wurde, einen weſentlichen Anſatz in ſeiner Rechnung bildet. Der Norden hat durch den Mund ſeines Reichstags die Nichtigkeit dieſer Vorausſetzungen enthüllt, am Süden wäre es geweſen, durch Maſſenkundgebungen der Welt unwiderſprechlich zu zeigen, daß in dieſer Sache alle Deutſchen gleich denken, daß die hundertmal geſchworenen Eide, keine Scholle von Deutſchland abreißen zu laſſen, nicht vergeſſen, und alle anderen Gedanken und Gefühle jetzt begraben ſind.

Vielleicht iſt es auch heute noch nicht zu ſpät, um ſolches Auftreten wirkungsvoll zu machen, es könnte immerhin Einfluß üben auf den Gang des diplomatiſchen Zwiſchenſpiels, das jetzt begonnen hat und das länger zu dauern verſprichtt, als es noch vor Kurzem den Anſchein hatte. Iſt aber der Krieg einmal entſchieden, dann iſt es die dringende Aufgabe des ſüddeutſchen Volkes, darüber zu wachen, daß ſeine Regierungen in vollem Maße ihre nationale Schuldigkeit thun. Die Süddeutſchen dürfen nicht vergeſſen, daß ſie ohnehin bei dieſem Kriege, wegen ihrer unzulänglichen Organiſation und Bewaffnung, weniger für Deutſchland leiſten werden als der Norden, und daß ſie, Frankreich gegenüber, noch von 1813 her dem Vaterlande eine Schuld abzutragen haben. Wäre damals ganz Deutſchland von Anfang an zu Preußens Fahnen geſtanden, ſo gäbe es heute wohl keine Luxemburgiſche Frage! Um ſo eifriger müſſen die Süddeutſchen jetzt bedacht ſein, daß das, was ſie thun können, voll und ganz gethan werde. Nicht bei Baden, nicht bei dem leitenden Staatsmann Baiern's, wohl aber bei Württemberg und Heſſen-Darmſtadt iſt übler Wille, Hinterhaltigkeit, ſäumige und läſſige Ausführung des Beſchloſſenen und Befohlenen, und bei der erſten günſtigen Gelegenheit Abfall von der gemeinen Sache mit gutem Grund vorauszuſetzen. Deutſchland und ſich ſelbſt hiegegen zu ſichern durch die einzige reelle Bürgſchaft, die es gibt, die Entfernung ihrer heutigen Staatslenker, das iſt, ſpäteſtens wenn die Würfel gefallen, das Erſte, was dieſe Bevölkerungen thun müſſen, wollen ſie nicht die Mitſchuld an ſpäterem Unheil ſich auf's Haupt laden.

Wir im Norden haben vor Allem die Verpflichtung, durch Wort und Schrift allenthalben die große Volksmaſſe, namentlich auch die Landbevölkerung über die Bedeutung des Kampfes zu verſtändigen*) und ihr Vaterlandsgefühl in Flammen zu ſetzen. Neben der militäriſchen muß die moraliſche Aktion des Volksgeiſtes in Bewegung treten. Die Franzoſen müſſen fortwährend mit Augen ſehen und mit Händen greifen, daß ſie es nicht blos mit Preußen und ſeiner Regierung, ſondern mit dem geſammten deutſchen Volke zu thun haben, einem Volke, welches trotz allem, was ihm noch fehlt, dennoch mehr Freiheit und Selbſtregierung beſitzt als ſie, und das auch darum, mag anfangs das Schlachtloos fallen wie es wolle, ihnen ſchließlich überlegen ſein wird.

Ueberhaupt, würde Frankreich triumphiren, ſo wäre dies das erſte Mal in der Geſchichte, daß der Kampf einer aufſtrebenden, politiſch und ſittlich höheren Welt mit einer im Niedergang begriffenen, auf den weſentlichſten Gebieten des allgemeinen Lebens überholten, wie es das zweite Kaiſerreich iſt, zu Gunſten der letzteren umſchlüge. Nur dann haben in früheren Kämpfen die Franzoſen uns geworfen, wenn und ſo lange ſie in der That „an der Spitze der Civiliſation“ marſchirten, einen geſchichtlichen Fortſchritt, wenn auch in höchſt einſeitiger Ausprägung, gegen uns vertraten. Heute iſt davon Nichts zu ſehen, heute würde ein Sieg Frankreichs einfach ein Mißgriff der Weltgeſchichte ſein. Aber die Weltgeſchichte macht keine Mißgriffe, ſintemal ihre Entſcheidungen nichts ſind als die Ergebniſſe aus dem Spiel und Streit der realen Kräfte.

*) Wir erinnern hiebei an die anerkannt große Wirkung des ſ. Z. vom Sechsundbreißiger Ausſchuß herausgegebenen volksthümlichen Schriftchens über Schleswig-Holſtein.

Parlamentsbriefe.

VI.

W Berlin, 14. April. Die Verberathung des Verfaſſungsentwurfs liegt nunmehr hinter uns, morgen beginnt die Schlußberathung und dann folgt die Schlußabſtimmung über Annahme oder Ablehnung des ganzen Entwurfs. Das Alles wird ſpäteſtens bis zum Mittwoch Nachmittag beendet ſein; ich habe alſo Recht behalten, wenn ich Ihnen das Ende dieſer erſten und entſcheidenden Reichstagsſeſſion als noch vor Oſtern eintretend ankündigte. Wie das Schickſal des Entwurfs ausfallen wird, iſt freilich auch heute noch nicht zu ganz entſchieden. Die national-liberale Fraction, welche thatſächlich die Entſcheidung in den Händen, damit aber auch die ſchwerſte Verantwortlichkeit über ſich hat, verhandelt eben noch unausgeſetzt, bei Tag und bei Nacht mit dem Grafen Bismarck, ohne bis zu dieſer Stunde einen vollſtändig feſten Boden für eine umfaſſende Verſtändigung gefunden zu haben. Noch iſt es möglich, daß dieſer Boden von der Fraction als ſolcher überhaupt nicht gefunden wird; dann aber iſt nicht das Verfaſſungswerk, ſondern nur der Beſtand der Fraction ſelbſt gefährdet. Ein ſehr großer Theil der Fraction iſt wenigſtens für dieſen Fall entſchloſſen, ſich auf eigene Füße zu ſtellen, auf eigne Hand mit der Regierung zu verhandeln und für den mehr als wahrſcheinlichen Fall der Verſtändigung in der morgen beginnenden Schlußberathung mit der Regierung zu gehen d. h. das Zuſtandekommen des Verfaſſungswerkes in der zwiſchen ihr und der Regierung vereinbarten Faſſung zu ermöglichen.

Es ſind drei Punkte, oder eigentlich nur zwei, welche Graf Bismarck als unannehmbar bezeichnet, während er die übrigen 34 Amendements zugeſtehen hat: die Bewilligung von Diäten für die Reichstagsmitglieder und die Sicherung der Friedenspräſenzſtärke des Heeres, ſowie des für dieſelbe einſtweilen feſtgeſtellten Etats für die Zeit nach dem 31. December 1871, ſo lange das dann neu zu vereinbarende Reorganiſationsgeſetz noch nicht zu Stande gebracht iſt. Dieſer letzte Punkt ſchlägt naturgemäß auch in das Finanzkapitel ein, und inſofern kann man von drei beanſtandeten Punkten reden; in der That aber iſt dieſe finanzielle Seite nur die Conſequenz des urſprünglichen Punktes und dies iſt die Militärfrage und inſofern iſt es richtiger, nur von zwei Differenzpunkten zu reden. Die Miquel'ſchen Anträge zum Abſchnitt über die Bundesfinanzen, ſoweit ſie in der Dienſtagsſitzung angenommen worden ſind, hat nämlich Graf Bismarck nicht beanſtandet, ja er hat ſogar verlangt, daß der Miquel'ſche Antrag zu Artikel 66, welcher das einjährige Budget feſtſtellt, den aber bei der Abſtimmung die Rechte aus Unverſtand verwarf, während und die Linke und die ſonſtigen treuen Bundesgenoſſen aus anderen Gründen im Stich ließen, daß dieſer Miquel'ſche Antrag, den wir bei der Abſtimmung nicht durchbringen konnten, wieder hergeſtellt werde. Sie werden ſich erinnern, daß dieſe ſchließlich beanſtandeten Punkte dieſelben ſind, die ich alsbald als ſolche bezeichnet habe, welche die Regierung beanſtanden werde. Und wären wir bei der Verantwortlichkeitfrage nicht ſchließlich zum guten Glück geſchlagen worden,

Digitized by Google

so würde dieser Punkt der dritte oder vierte sein, den wir gegen die Regierung nicht durchbringen könnten, in dem wir also gleichfalls nachträglich nachzugeben hätten. Der Fraction liegt sonach die Frage vor, ob sie sich dem bestimmten Willen der Regierung fügen, und ihre eigenen Beschlüsse rückgängig machen will, oder nicht. Ein Theil will dies, der andere Theil nicht; aber der Theil, welcher dies nicht will, legt dabei in seinen einzelnen Mitgliedern bald auf diesen bald auf jenen Punkt das entscheidende Gewicht. Für einige, insbesondere für die thüringischen Mitglieder, ist die Diätenfrage der Punkt, an dem sie die ganze Verfassung scheitern zu lassen bereit sind; für die preußischen Mitglieder ist mehr die finanzielle Seite der Militärfrage der kritische Punkt. Beiden gegenüber stehen die Mitglieder der Fraction, welche im Bewußtsein ihrer schweren Verantwortlichkeit eine annehmbare Verständigung mit der Regierung über die Militärfrage noch für möglich halten und unter dieser Voraussetzung das Verfassungswerk entschieden zu Stande zu bringen entschlossen sind.

Zwei Stunden später. Aufregend und wechselvoll wie der heutige entscheidende Tag ist, müssen Sie mir gestatten, daß ich auf Grund weiter erfolgter Verhandlungen und Berathungen die Situation Ihnen nochmals zu charakterisiren unternehme. Ich brauche dabei im Allgemeinen Nichts von dem zurück zu nehmen, was ich oben mitgetheilt. Entscheidend ist jedoch, was die Diätenfrage und die Stellung zur Regierung überhaupt anlangt, daß die Regierungen aus der Ablehnung der Diäten und der Sicherung des Etats und des Contingents für das Bundesheer für die Zeit nach dem 31. December 1871 in dem Sinn eine Cabinetsfrage zu machen entschlossen sind, daß Graf Bismarck morgen den Reichstag aufzulösen ermächtigt ist, wenn die Mehrheit des Hauses auf die von den Regierungen bezeichneten Capitalfragen nicht eingehen sollte. Was dann weiter erfolgen soll, wissen wir nicht. An dem eben erwähnten Beschluß und an der festen Absicht des Grafen Bismarck, sich nicht länger auf Verhandlungen mit dem Reichstag einzulassen, ist nicht zu zweifeln. Wir haben inzwischen von den verschiedensten Seiten die zuverlässigsten Mittheilungen erhalten. Wie die Rechte sich verhalten wird, brauchen wir nicht zu fragen; daß die Linke ihre Position nicht aufgeben wird, ist ebenfalls außer Zweifel; daß die Polen, Ultramontanen, Lassallianer, Dänen und Particularisten ohne großen Schmerz diesen Bruch eintreten lassen würden, steht für mich wenigstens ebenfalls fest. Unter dem Eindruck dieser Mittheilung fand denn also heute Mittag eine letzte Sitzung der national-liberalen Partei statt. Das Ergebniß derselben entspricht im Allgemeinen dem, was ich heute Morgen über die Strömungen in der Fraction erwähnte. Auch jetzt wird ein Theil der Fraction sich in der Diätenfrage nicht fügen und damit ist faktisch die Auflösung der Fraction selbst eingetreten. Sehr erfreulich ist es dagegen, was Bennigsen — dessen vermittelnde und unausgesetzte Thätigkeit als Führer gerade in den letzten schwierigen Tagen nicht hoch genug geschätzt werden kann — über eine gestern Abend spät stattgehabte mehrstündige Unterhandlung mit Graf Bismarck hinsichtlich der Militärfrage mittheilen konnte. Die Regierung ist hiernach bereit, im Allgemeinen den Wünschen der nationalen Partei entgegen zu kommen. Sie beharrt nur auf der Sicherung sowohl des Contingentsatzes von 1 Procent und der 225 Thlr. per Kopf für die Zeit nach dem 31. December 1871 bis zum Zustandekommen eines neuen Organisationsgesetzes, sie will jedoch das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages von dem gedachten Zeitpunkt ab auch für das Militärbudget anerkennen, wenn sie auch hierfür aus gewissen Rücksichten eine weniger pronocirte Fassung wünscht; die Regierung ist jedenfalls bereit, für die Zeit vom 1. Januar 1872 über die Feststellung eines neuen Organisationsgesetzes mit dem Reichstag alljährlich zu discutiren, sie erkennt also ihrerseits an, daß von diesem Tage ab der gesetzliche Boden für die Militärfragen fehlt und daß es sich nur darum handeln kann, den faktischen Zustand mit möglichst wenigen Unzuträglichkeiten zu erhalten, so lange das neue Gesetz nicht vereinbart oder die alten gesetzlichen Grundlagen nicht auf's Neue im Wege der Gesetzgebung abermals anerkannt sind. Hiermit aber ist für die Mehrzahl der Fraction die Möglichkeit eines rückhaltslosen Eingehens auf das Verfassungswerk gegeben und demgemäß wird denn auch morgen verfahren werden. Die Rechte hat uns bereits ihre mit Zustimmung der Regierung einzubringenden Amendements zugehen lassen und dieselben sind bis auf einen untergeordneten Punkt, über den eine Verständigung nicht ausbleiben wird, für acceptabel befunden worden. Die vorhandenen Gerathren sind also als beschworen zu betrachten und so können wir es morgen ruhig darauf ankommen lassen, daß sich die Schafe von den Böcken scheiden.

Ich habe aber schon erwähnt, daß die national-liberale Fraktion sich faktisch aufgelöst hat. Wie die Dinge liegen, ist dieß nicht zu bedauern, denn sie schloß in sich doch nun einmal nicht zu vereinigende Gegensätze. Daß aber die Fraktion bestand, daß sie in geschlossenen Reihen gestimmt hat, das ist trotzdem von nicht zu unterschätzendem Werth. Viele von uns hätten ihrer Ueberzeugung nach sich von Anfang an zu den Altliberalen schlagen können, viele Andere hätten ebenso sich nach Links schlagen können. Daß dies nicht geschehen verdanken wir dem raschen Blick und dem Geschick Bennigsen's. Wäre es geschehen, so hätten die Einen weder die Altliberalen weiter vorwärts treiben, noch hätten die Andern im Bund mit der Linken ihrerseits die Beschlüsse durchbringen können, die wir denn doch eben weit wir 79 Mann stark waren, im heißen Kampf mit der Rechten zu Gunsten der freiheitlichen Entwicklung und im Interesse der größeren Klarheit der Verfassungsbestimmungen in der That durchgesetzt haben. Die 34 von den Regierungen schließlich zur gehefften Amendements sind das Werk und Verdienst der national-liberalen Partei. Das darf dieselbe mit gutem Gewissen für sich in Anspruch nehmen. Es steckt jedoch hinter diesen Amendements noch etwas mehr, als das was jedes einzelne für sich allein besagt: es wird dadurch das ganze Verfassungswerk des Charakters der Octroyirung entkleidet, es wird vielmehr dadurch als ein frei vereinbartes nationales Grundgesetz hingestellt, an dem auch die Nation ihren selbständigen Antheil hat und das sammt diesem Antheil, den die Nation daran hat, die Regierungen für alle Zeit für sich und gegen sich gelten lassen müssen. Der Grund ist gelegt — nun ist es an uns, auf ihm weiter zu bauen. Ich denke, es soll trotz alledem der weite große nationale Prachtbau geben, den wir vordem im Auge gehabt und jahrzehntelang erstrebt haben.

Aus Preußen, 14. April. In der öffentlichen Meinung herrscht noch immer so viel Unklarheit und Verwirrung, wie das nun einmal in Uebergangszeiten unvermeidlich der Fall zu sein scheint, ehe sich das Neue fertig erhebt auf dem von den Trümmern der Vergangenheit gesäuberten Plan. Unsere politische Aufgabe für die nächste Zeit ist, mit dem Abg. Lasker zu reden, die Vergangenheit friedlich abzuschließen, die Gegenwart möglichst sicher zu stellen, die Zukunft nicht zu kompromittiren. Wir leben nun einmal in abnormen Verhältnissen. Umgeben von neidischen, durch unsere glänzenden Erfolge tief in ihrer Eitelkeit verletzten Nachbarn könnten wir leicht die ganze Zukunft verlieren, wenn wir in der Gegenwart nicht Manches auch ihr anvertrauen. Es werden sich so viele nicht klar über das, was sie im nationalen Interesse wahren müssen, über das, was der Augenblick erfordert und was bleibendes Recht werden muß. Und leider trägt das Verhalten der Regierung durchaus nicht dazu bei, diese Klarheit zu fördern. So entsteht auf der einen Seite die nackte Ueberläuferei bei schwachen und unklaren Köpfen, welche es für „Patriotismus" ausgeben, wenn sie „zur Stärkung der Regierung" die wichtigsten Rechte des Volkes, die unentbehrlichsten Grundlagen des konstitutionellen Staates leichtfertig in die Schanze schlagen; und auf der anderen Seite entwickelt sich die verbissene „Entschiedenheit", welche das ganze Mißtrauen, den ganzen Groll der Vergangenheit auf die Gegenwart zu übertragen und weiterschütternden Ereignissen auch nicht den kleinsten Einfluß auf den politischen „Standpunkt" einzuräumen für das nothwendigste Gebot politischer Konsequenz, für das einzige sichere Kennzeichen eines

Digitized by Google

festen politischen Charakters erklärt. So sehen wir denn Hrn. v. Binde, Blankenburg's und Wagener's absolutistische Tiraden gegen das Einnahmen- und Ausgaben-Bewilligungsrecht mit lärmenden Bravo's begleitend, an der Spitze der Junkerpartei sein Streitroß tummeln und sein Schlachtgeschrei anstimmen, während ehrliche Demokraten sich bittere Sorgen machen um das „Pasallentbum" der einzelnen Staaten und sogar um die Souveränetät der kleinen Fürsten, weil sie überall nur Cäsarismus und Kasernen-Wirthschaft und Hausmachts-Politik wittern. Sie stehen Schulter an Schulter mit den Partikularisten, die über Gegenwart und Zukunft schimpfen, weil sie sich persönlich nach den Fleischtöpfen der Vergangenheit zurücksehnen, und mit den Ultramontanen, welche den Werth der vaterländischen Zustände nach den Interessen des Papstthums und der Klerisei bemessen.

Im Reichstage sitzen Partikularisten und Ultramontane einträchtig in der „bundesstaatlich-konstitutionellen" Fraktion zusammen. Die Hannoveraner v. Rössing, v. Bothmer und v. Hammerstein hospitirten Zeitungsnachrichten zufolge anfangs zugleich in den Klubsitzungen der äußersten Junkerpartei, um Niemanden über den Grad ihres Konstitutionalismus in Zweifel zu lassen, und für dessen Zuverlässigkeit bürgt ihr Landsmann Windhorst. Freilich scheint diese beginnende Freundschaft dem Sturm der Zeit erlegen zu sein. Ein hartgesottener Reaktionär, wie Mallinckrodt, sitzt nun noch links neben den „Entschiedensten" der „entschiedenen" Opposition! Es fällt uns wahrlich nicht ein, unsere katholischen Mitbürger mit den Ultramontanen zusammenzuwerfen; aber es ist doch eine unbestreitbare und wunderliche Thatsache, daß die meisten katholischen Liberalen, insbesondere die Rheinländer und Westfalen, um einige Grade radikaler und um so verbitterter in ihrer Opposition geworden sind, je mehr in der Bismarck'schen Politik die uns anderen als national erscheinende Wendung hervortrat. Das mag von den großdeutschen Gefühlen und Phantasien herrühren, die sie fast alle schier mit der Muttermilch eingesogen haben. Aber viel auffallender und lehrreicher ist das Verhalten der eigentlichen Ultramontanen. Die klerikale Fraktion des Abgeordnetenhauses stimmte während der neuen Aera, die moralische Eroberungen für Preußen in Deutschland machen wollte, vorwiegend, wie ihre Führer, mit der feudalen Partei. Allmählig, als der Kampf um die Verfassung immer tiefer das Volk ergriff, verloren die Führer den entscheidenden Einfluß auf ihre Truppen, und während jene (Reichensperger) sich mehr und mehr dem Ministerium Bismarck näherten, gingen diese in den Budget- und Militär-Fragen meist in das Lager der Opposition über, so daß das katholische Centrum kaum noch als Fraktion zu betrachten war. Als aber die Zerwürfnisse mit Oesterreich wieder begannen und schließlich zum Kriege führten, als Oesterreich niedergeworfen war, da sprangen die Führer, rasselnd in ihren Waffen, wieder an die Spitze ihrer Truppen, und die glühenden Verehrer Oesterreichs und des Bundestags, einen Mallinckrodt und Michelis an der Spitze, protestirten gegen den norddeutschen Bund — im Namen der Einheit und Freiheit Deutschlands. Wir kennen unsere Pappenheimer. — Die Debatten über die Bundesfinanzen haben den unschätzbaren Vortheil gehabt, auch die Leute, die über einen lakonischen Verfassungs-Paragraphen gleichmüthig hinweglesen, vollständig über die „Verfassungstreue" der Fendalen aufzuklären. „Kein Gesetz, keine Steuer ohne Zustimmung des Parlamentes, Verantwortlichkeit der Räthe des Königs für eine den Gesetzen nicht entsprechende Verwaltung." Das ist die Grundlage des Konstitutionalismus, auf dieser Grundlage hat das englische Volk, begünstigt freilich durch seine insulare Lage, das stolze Gebäude seiner bürgerlichen und politischen Freiheit errichtet. Zwar durchbrachen die gewaltthätigen Plantagenets und Tudors wohl einmal bei günstiger Gelegenheit diese Schranken; aber wenn auch damals und später die Parlamente bereit waren, einem Gouvernement Indemnität zu ertheilen, welches im Drange großer Noth und in reiner Absicht seine Machtbefugnisse überschritten hatte, so gaben doch Volk und Parlament niemals die Grundverbindungen der Freiheit des Volkes freiwillig auf, wie der Abg. v. Binde, den der Abg. Miquel darum mit vollem Rechte zu den Absolutisten verwies. Denn ob er die Grundbedingung des konstitutionellen Lebens, die er die „konstitutionelle Schablone" nennt, in Folge des Drängens der Regierung dem „nationalen Gedanken der Zusammengehörigkeit" opfert, oder ob sein Waffenbruder Wagener sie im Interesse der „Machtfülle des Königthums" mit Vergnügen todtschlägt: — das Resultat ist dasselbe, eine Verfassung, die kaum noch ein Feigenblatt für den Absolutismus ist! Wenn man, wie die Minister v. d. Heydt und Roon, „nach den Erfahrungen der Vergangenheit" das Budgetrecht durch Verfassungs-Bestimmungen in den wichtigsten Angelegenheiten vernichtet wissen will, weil ja eines schönen Tages eine zufällige Mehrheit die Mittel für die Existenz des Staates, für die Erhaltung der Armee, für die Befriedigung der Staatsgläubigen und dgl. verweigern könnte, dann ist eben eine konstitutionelle Verfassung unmöglich. Diese Herren sind in der That noch nicht bis zum konstitutionellen ABC vorgeschritten; sie kehren einfach zum Absolutismus zurück. Der Konstitutionalismus beruht eben wesentlich auf der Voraussetzung, daß die Regierungen mit dem Volke im Einverständniß leben wollen. Wenn man den Artikel: „der König ernennt und entläßt die Minister" zum Mittelpunkt der ganzen Verfassung macht; wenn man die Forderungen des jeweiligen Ministeriums mit dem Bestande des Staats identificirt und dann aus jenem Artikel deducirt, daß das Ministerium, so lange es nicht entlassen ist, an die Weigerungen der Volksvertretung sich nicht kehren darf, — dann ist freilich das konstitutionelle Regime ein Unsinn. Auf die ebenso ungerechte, als hämische Beurtheilung des Verfassungs-Konflikts in Preußen, in welcher natürlich wieder neben Wagener und Blankenburg vor allen Binde glänzte, nur soviel zur Erwiderung, daß das Abgeordnetenhaus niemals den Militär-Etat und noch weniger das ganze Budget verworfen hat; es hat nur die Kosten für eine einseitig von der Regierung und also gesetzwidrig vorgenommenen Verstärkung der Armee mit Abänderung des bestehenden Gesetzes verweigert, bis die Sache gesetzlich regulirt sei, wie es sein Recht und seine Pflicht war. Daß diese reorganisirte Armee später große Thaten gethan hat, das ändert daran doch wahrlich nichts, wenn der Ausspruch des Hrn. Wagener, „daß die Armee die Einheit gebracht habe und allein im Stande sei, sie zu erhalten, wobei das Parlament sich bis jetzt nur hinderlich erwiesen habe", auch eine bessere Autorität für sich hätte, als das tiefgefühlte „sehr wahr" des Hrn. v. Binde. Denn das wird doch kein Mensch mit gesundem fünf Sinnen behaupten wollen, daß man im Militär-Cabinet des Königs, an dessen Spitze General Manteuffel stand, schon 1859, als die Reorganisation begann, an die Schlacht von Königsgrätz gedacht habe. Daß Bismarck hernach in der reorganisirten Armee einen sicheren Rückhalt für seine kühne Politik fand und sie zu großen Zwecken verwendete, das steht doch auf einem ganz anderen Blatt.

Die Vorberathung ist also glücklich zu Ende gebracht. Der Reichstag hatte gewiß weder die Aufgabe noch die Absicht, eine konstitutionelle Musterverfassung zu entwerfen; aber trotz der, wie die meisten poetischen Allegorien des Junkerthums, ein wenig nach dem Pferdestall duftenden Mahnung Wagener's, „die Vollblut-Stute Germania zu besteigen und endlich die Prinzipien-Reiterei zu lassen", hat zum Glück die Mehrheit die Feststellung der Grundbedingungen einer konstitutionellen Behandlung des Bundeskriegswesens und der Bundesfinanzen nicht für eine „Prinzipien-Reiterei", nicht für eine bedeutungslose „Schablone", sondern für ein unveräußerliches Volksrecht gehalten. Die Forckenbeck'schen und Miquel'schen Amendements sorgen wenigstens in bescheidenem Maße für die Zukunft, während sie den Ansprüchen der Gegenwart durchaus gerecht werden, und nach Annahme der den Süddeutschen die Hand bietenden Fassung des letzten Artikels, wird nicht leicht noch Jemand von einem „in drei Theile zerrissenen" Deutschland reden, als der Abg. Wigard. Aber was nun weiter? Warten wir die Antwort der Regierungen ab. Die liberale Partei wird

Digitized by Google

dann hoffentlich entschlossen erklären: „Bis hieher und nicht weiter!“ Es wäre in jedem Fall ein nationales Unglück, mag die Verfassung nun um der Verfassung der unentbehrlichsten konstitutionellen Rechte willen abgelehnt oder auch mit Hülfe der Junker und der Pfaffen Fraktion mit ein paar Stimmen durchgedrückt werden; aber nur die barste Ungerechtigkeit würde die Schuld auf die liberale Partei werfen dürfen.

Nochmals der bayerisch-preußische Allianzvertrag.

A. C. Erlangen, 9. April. In Württemberg wird die Frage eifrig erörtert, ob der mit Preußen abgeschlossene Allianzvertrag erst durch die Zustimmung der Kammern bindende Kraft erlange. Wenn dieß, wie man die und da behauptet hat, der Fall ist, so würde daraus folgen, nicht nur, daß die Staatsregierung verpflichtet sei, den Vertrag zur Übernehmigung vorzulegen, sondern auch, daß derselbe von dem Augenblicke an, wo eine der beiden Kammern ihre Genehmigung versagt hat, für die Regierung selbst seine bindende Kraft verliert. Nach einer andern Auffassung, ist der Vertrag ohne Zustimmung des Landtags gültig, kann aber ohne dieselbe nicht ausgeführt werden, insoweit dem Landtag verfassungsmäßig das Recht zusteht, die Mittel zur Ausführung, z. B. die Geldmittel für feindselige Rüstungen zu bewilligen. Bei dieser zweiten Auffassung bleibt der Vertrag für die Regierung, die ihn geschlossen hat, immer allen Umständen bindend; wird sie durch eine Weigerung der Kammern zeitweilig außer Stand gesetzt ihn zu erfüllen, so darf sie ihm doch nicht zuwiderhandeln und muß in jedem künftigen Fall von neuem auf die Erfüllung der betreffenden Vertragsbestimmung bedacht sein, so lange nicht der andere Kontrahent sie derselben entbindet.

Es ist wohl der Mühe werth, etwas näher zuzusehen, wie sich zu der angeregten Frage das bayerische Staatsrecht verhält.

Die württembergische Verfassung hat über den Abschluß von Staatsverträgen ausdrückliche Bestimmungen, die in der bayerischen fehlen. Hier ist man zunächst an den allgemeinen Satz des Titel II. §. 1. gewiesen: „Der König .... vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie unter den in der gegenwärtigen Verfassungsurkunde gegebenen Bestimmungen aus.“ Nach dem Inhalte der letzteren kann der König gewisse Verfügungen nur im Einverständniß mit dem Landtage treffen, und es entsteht demnach die Frage, ob die Uebereinkunft vom 22. August solche Verfügungen in sich schließt. Dieß ist zu verneinen. Zwar hat man behauptet, durch die eventuelle Bestimmung der Uebereinkunft, daß den König von Preußen werde der Souveränität des bayerischen Staates und Staatsoberhauptes Abbruch gethan. Wäre dies richtig, so entbehrte der Vertrag im Hinblick auf Titel I. §. 1. Titel II. §. 1. nicht des Charakters der Souveränität, und jede Verfassungsänderung, und solche Veränderungen können bekanntlich ohne Zustimmung des Landtags nicht erfolgen. Allein die Unrichtigkeit der Behauptung ergiebt sich, von anderen Erwägungen abgesehen, sehr einfach aus der Thatsache, daß Bayern zu der Zeit wo es sein Verfassung erhielt, dem deutschen Bund angehörte, dessen Bündnisse ihre Bestimmung dem Verhältniß eines von der Bundesversammlung zu erkennenden Fristbruchs unterwarfen. Wenn die Verfassungsurkunde demungeachtet das Königreich Bayern als einen völlig souveränen Staat bezeichnet, so ist es klar, daß nach der hier zu Grunde liegenden Auffassung auch durch die Uebereinkunft vom 22. August kein Souveränitätsrecht aufgegeben und an den angeführten Verfassungsparagraphen keine Aenderung vorgenommen wird.

Auch von den übrigen Bestimmungen, auf welche §. 1. des Titel II. hinweist, greift keine hieher ein. Wenn der König durch die Annahme des Vertrages ein von der Mitwirkung der Kammern unabhängiges Recht geübt und der Vertrag ist ohne Mitwirkung gültig. Er bindet die bayerische Staatsregierung, so lang er von dem andern Kontrahenten beobachtet und nicht im wechselseitigen Einverständniß aufgehoben wird.

Dagegen besteht für die Verfassungsmäßigkeit seine staatsrechtliche Verbindlichkeit, die zu seiner Ausführung erforderlichen Mittel zu gewähren, insoweit die die Bewilligung dieser Mittel verfassungsmäßig vorbehalten ist. Sie kann daher namentlich, wenn ihr früher oder später außerordentliche, im Budget nicht vorgesehene Leistungen zur Erfüllung des Vertrages angesonnen werden, durch einen abweichenden Beschluß die Regierung außer Stand setzen, der übernommenen Verpflichtung vollständig nachzukommen.

Betrachtet man diese staatsrechtliche Sachlage vom politischen Standpunkt, so leuchtet ein, daß sie nur als ein vorübergehendes Provisorium erträglich ist. Freunde und Gegner des Vertrags erkennen die Berechtigung derselben: er beherrscht und bestimmt alle Verhältnisse des bayerischen Staates nach außen, wirft zugleich auf die inneren Verhältnisse entscheidend ein und muß der Staatsregierung bei ihren wichtigsten Entschließungen als Richtschnur dienen. Es darf daher nicht lange zweifelhaft bleiben, welche Stellung der andere Faktor, die Volksvertretung zu dem Vertrag einnimmt. Indeß ist zu hoffen, daß dieser selbst durch den weiteren Verlauf der Dinge bald überholt wird, unser Landtag der Ersten Kammern, durch eine Organisation getrieben wird, in welcher die nationale Einheit ihren vollständigen Ausdruck findet.

Zeitungsschau.

Angesichts der kurzverjährlichen Gefahr spielt, so weit wir sehen nur ein einziges deutsches Blatt eine — um nicht mehr zu sagen — zweideutige Rolle — der Stuttgarter „Beobachter“, das Organ der „Volksparthei“, der schwäbischen Volksdraterien, deren Zukunftspolitik erst da anfängt, wo das Ministerium Bismarck und der preußische Staat aufhört. Kurzumberg ist für den „Beobachter“ nur insofern vorhanden, als er darin Stoff oder Vorwand zu hämischen Bemerkungen über die preußische Regierung findet. Die Pflicht der gemeinschaftlichen Vertheidigung eines von den Franzosen überfallen deutschen Landes wird nie mit einem Worte gedacht; das ist Sache der Preußen und mehr können wenn sie nicht ihre Schuldigkeit thun. Für Württemberg handelt es sich nach wie vor um nichts diejenigen als die Folgen des Schutz- und Trutzbündnisses von sich abzuwenden, den dadurch in Russisch gestellten Lasten zu entgehen und das schweizerische Milliysstem bei sich einzuführen.

Diesem unsinnigen Gebahren tritt die Württembergische Volksgeistung folgendermaßen entgegen: „Das nationale Werk der Einigkeit Deutschlands schreitet rubig vorwärts, immer kleiner wird die Anzahl derjenigen, die bisher noch in Verblendung dagegen ankämpften. So scheint sich das und Ärgert sich darüber, ihm wäre es eine wahre Freude, wenn die ganze Sache auf dem Leim ginge, wie man zu sagen pflegt. Es verzuckt es auf alle mögliche Weise, Hindernisse in den Weg zu legen, was natürlich ganz und gar vergeblich ist. Auf die Masse seiner Leser in besonderes Vertrauen zu haben, das ist der Gesbpunkt, freilich ein sehr tüpischer Punkt: Wie oft schon hat er die in Aussicht stehenden Militärlasten vorbemorfirt, wieder und wieder gefaselt. Manchem mag dabei angst und bange geworden. Es ist entsetzlich, was man da zahlen soll, es bleibt nichts übrig, als Hungers zu sterben, oder auszuwandern! In der That aber der Beobachter mit Zahlen um sich wirft, so möchte er sich doch leicht verrechnet haben, wenn er glaubt, er könne damit den gesunden Sinn des Volkes berücken. Ohne Zweifel studirt zu haben, kann sich Jeder selbst sagen, daß die Einigung Deutschlands sich nicht vollziehen kann, wenn nicht jede unberufene Einmischung des Auslandes, das so gerne das Gegnungsvort stören möchte, mit Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Dazu gehört aber mehr als die berühmte nächtliche Art des Beobachters, dazu gehört eine tatsächliche Militärmacht, um sie stehen. Sehr viele Deutschland aber einig, in sich geordnet da, so hören auch die hohen Militärlasten auf, die jetzt aber, so lange das Werk noch im Werden, unbedingt nöthig sind. Wie viel Geld hat uns schon die Uneinigkeit Deutschlands gekostet! Sollte nicht Jeder auch einmal mit Freuden etwas für die Einigkeit geben wollen? Für die Einigkeit, die uns eine Waffe verschaffen bringen wird, ja schon gebracht hat (ist die Aufbedung der Flüssolle seine Ersparnis? und in den Verkehrsanstalten sichen solche bevor). Aber nur etwas rechnen kann, wird sich auch die Zahlen des Beobachters nicht ire machen lassen. Niemand gibt sein Geld gerne unnütz aus, warum? aber einmal ausgegeben sein soll, dann soll's auch für was Rechtes sein. Was will daher für Militärzwecke ausgegeben, war rein hinausgeworfen, denn das Hirngespinste Militär war weder zu Schutz noch Trutz zu gebrauchen; was wir künftig dafür ausgeben werden, damit ist der Einigkeit, die Freiheit, die Größe des Vaterlandes garantirt. Sollte Jemand in der That so niederträchtigen Sinnes sein, dafür nicht gerne ein paar Gulden zu zahlen! Es kommt ihm ja wieder tausendfältig ein, abgesehen davon, daß jeder einzelne Mann gerne bereit sein muß, dem Vaterlande auch einmal ein Opfer zu bringen. Und welch' herrliche Früchte hat schon die junge Einigkeit gezeugt; seit nach Luxemburg! Wie ekatant ist Frankreich bei seinem ersten Schritt außerhalb abgewiesen worden! Glaubt ihr, das wäre so schnell gegangen, wenn Deutschland (leider noch mit Ausnahmen) nicht so geeinet dastände? Und selbst die Freundschaft Englands, die Freundschaft, die Finger nicht wagen dürfen zu lassen, so können wir in einem Kriege zuversichtlich dem Siege entgegensehen. Wem schlägt das Herz nicht höher, das jetzt so endlich, endlich nach so langer Schmach das Vaterland geschützt dasteht! Wer sollte nicht mit Freuden, Jeder ist bereit, wenn es sonst bezahlt, daß es Einigungswerk schnell gefördert werde? Ist der nicht ein Vaterlandsverräther, der das Hinderniß in den Weg legen will? Wenn Deutschland groß und mächtig dasteht, ist die gerechte Strafe sie solche Elende das beschämende Gefühlsgleichgültigkeit: Da hat Nichts dafür, nur dagegen gethan. Da hat seinen Theil daran!“

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Heidelberg, 11. April. Auf gestern Abend hatte der Lokalvorstand des hiesigen Nationalvereins zu einer Versammlung eingeladen, in welcher Prof. Gothschmidt einen Vortrag über die Luxemburger Frage halten sollte. Wohl Jeder Einwohner aller Stände war da, wie mir übergeben wurde, von verschiedenster Parteisfarbung fanden sich zu demselben ein, das beste Zeichen dafür, wie lebhaft und allgemein das Gefühl verbreitet ist, daß wir vor einem ernsten Augenblick stehen. Dieses sah auch der Vorsitzende, Dr. Blum, in seiner Eröffnungsrede hervor und ebenso Prof. Goldschmidt im Eingange seiner etwa dreiviertelstündigen Rede, deren Gedankengang hier wiederholt werden soll.

Die Maßstäbe, so sagt er, die uns nicht blos von Preußen und dem Norden, sondern von der ganzen deutschen Entwicklung fortwährend stellte, ist vermöchten Kühn ist Preußen hinübergeschritten. Schon seit August vorigen Jahres einigen uns Schutz- und Trutzbündnisse, daß wird ein Parlament die Vertreter des deutschen Volkes, ein Bundesrath alle deutschen Fürsten vereinigen. Es ist auch nöthig, daß wir uns enge an einander schließen. Wir freilich bedrohen Niemand, wir wollen in Frieden leben mit allen Nachbarn, besonders mit Frankreich. Wir erkennen dessen Tüchtigkeit in den Künsten des Friedens wie des Krieges an. Anders die Nachbarn. Während früher ein beschämendes Wohlwollen dem Volke der Träumer und Denker geworfen war, herrscht gegenwärtig uns gegenüber patriotische Beängstigung, weil wir aufgeboren haben und fürchten zu müssen, daß deutsches Gebiet uns genommen werde, nicht weil wir etwa eroberungssüchtig wären, nicht als ob wir daran dächten auch nur das wiederzugewinnen, was in Zeiten der Schmach weggerissen wurde.

Es gibt noch immer Leute, welche von verwirklichten Einverständnisse zwischen den Regierungen von Preußen und Frankreich, welche von Diarrtyer Abmachungen reden. Wer das jetzt noch glaubt, dem ist eben nicht zu helfen. Kaiser Napoleon kennt Deutschland besser, als die meisten fran-

zösischen Politiker. Er wußte, daß der in Frankreich gehegte Ruf nach den natürlichen Grenzen an allen deutschen Herzen blutig verwundet würde. Er glaubte Deutschland anders schwächen zu können. Er hat gemeint, was ja auch in Deutschland selbst von Manchen als richtig erachtet wurde, ein im Norden erstarktes Preußen, ein seine deutsche Stellung bewahrendes Oesterreich im Südosten, ein süddeutschen Bündniß der Mittelstaaten, das sei die günstigste Gestaltung. Und als der Krieg entstand, da glaubte er — er hat es jüngst gestanden — Preußen werde unterliegen, Deutschland sich verbluten. Diesem Schauspiele mochte er zuzuschauen. Und statt dessen die Schlacht von Königgrätz, nach derselben ein fliegender Herr von mehr als 600,000 Mann unter den Fahnen, der König Franz schleppend mit seinem Volke, der Sachsen des Südwunden schon Alles zerstrümmert, noch ehe er entstand, das waren ebensoviele Enttäuschungen als schwere Schläge. Mag Kaiser Napoleon deutschen Verhältnissen gegenüber Manches gelernt haben, Verständniß besitzen in der Anmaßung hat er nicht gewünscht. Dazu kam die Niederlage des merikanischen Unternehmens, die sich stärker regenden Freiheitsbestrebungen im Innern, der Kaiser sah sich genöthigt einen anderen Weg einzuschlagen, den der Compensation.

Das erste derartige Verlangen wurde im Herbste 1866 gestellt; vermuthlich nach einem Stücke Rheinpfalz und dem Saarbecken. Die Berliner Antwort war, Deutschland brauche sein Gebiet selbst. Zwar wird wohl die Reverse höflicher gewesen sein. Graf Bismarck mag vielleicht gesagt haben, er selbst sei von Herzen geneigt zu solchen Abtretungen, aber der König, das Heer, das Volk würden nicht zur Einwilligung zu bestimmen sein. Er soll sogar den durch Benedetti abgelehnten Vorschlag gemacht haben, einen Compensationsantrag vor das Abgeordnetenhaus zu bringen. Der Sinn solcher Antworten bleibt immer der eben angegebene. Jede neten neue Pfanne zum Vorscheine, von welchen Rebner fürchtet, sie dürften bereits zu weit gediehen sein, um freiwillig geleert zu werden. Heute handelt es sich um ein Grenzland, welches man durch ehrlichen Kauf zu erwerben gedenkt, und wir sollen Frankreich belehren, wenn wir nicht Ja! sagen. Ist es doch nur ein Ländchen von 46 Quadratmeilen mit etwa 200,000 Einwohnern, will man es doch durch ehrlichen Kauf erhalten. Aber der Verkäufer ist ein Fürst aus dem deutschen Hause Nassau-Oranien; aber das Ländchen ist eine starke Position; aber es enthält eine Festung, auf welche von deutscher Seite zwei Millionen Thaler verwendet worden, die vorgeschobene Spitze der Rheinfestungen.

Nun erörterte der Redner die deutschen Rechtsansprüche auf Luxemburg. Luxemburg ist ein Theil des alten Lothringens und deutsch seit dem 9. Jahrhundert. Gegen Ende des 15. Jahrhunderte kam unter habsburgische Herrschaft. Von Karl V seinem Sohne Philipp II ererbt wurde es spanisch, blieb aber trotzdem und ebenso als es 1713 an die Oesterreichische Herrscherlinie fiel, ein Theil des Burgundischen Reichskreises, wenn auch schon 200 Jahre vorher, 1500 Jahren aber den losen Verband klagte, welcher nur zum Besten öffentlicher Rechte, nicht zur Erfüllung von Pflichten an Deutschland angerufen werde. In den Revolutionskriegen von französischen Heeren besetzt, wurde Luxemburg 1797 mit den Oesterreichischen Niederlanden von österreichischer Seite gegen Veneten umgetauscht. Durch die Freiheitskriege entzog die französische Umschmetzerung. Luxemburg wurde bei dem Wiener Congresse mit dem Königreiche der Niederlande vereinigt, eine der thörichtsten Schöpfungen dieses Congresses. Als deutsches Land jedoch wurde es dem Könige Wilhelm der Niederlande als einzelnes, sondern nur zum Könige als Großherzog von Luxemburg in Personalunion anvertraut, daß es eine Vormauer Deutschlands und Europas gegen Frankreich bilde. Ueberdies bildete das Großherzogthum seinen neuen Fürsten gegenüber eine Entschädigung wegen Abtretung anderer nassauischer Gebiete. Die Erbansprüche der deutschen nassauischen Linie auf Luxemburg wurden demzufolge ausdrücklich anerkannt. So wurde das Großherzogthum Luxemburg Theil des deutschen Bundes, seine Hauptstadt Bundesfestung. Die belgische Revolution von 1830 brachte eine Veränderung der Lage. Die Besitzerung schloß der Bewegung sich an. Der deutsche Bund unterließ es, energisch einzuschreiten, und begnügte sich die Bundesfestung besetzt zu halten. Die Luxemburger selbst hätten nun gewünscht ganz in Belgien aufzugehen. Belgier und Franzosen stimmen damit überein. Der Londoner Vertrag von 1839 verfügte anders. Belgien und Luxemburg bildeten. Der südwestliche Theil mit theils noch deutscher, theils wallonischer Bevölkerung fiel an Belgien. Der nordöstliche rein deutsche Theil mit der Hauptstadt blieb Großherzogthum Luxemburg und als solches Theil des deutschen Bundes. Die Festung blieb Bundesfestung mit von Neuem Zusatze, sie sind jetzt ganz deutsche Besatzung erhalten, während bisher gemischte Besatzung bedungen war. Außerdem trat das Großherzogthum seit 1841 in den Verband des deutschen Zollvereins. Für die Erbansprüche an den abgetretenen Theil von Luxemburg wurde die deutsch-nassauische Linie durch Geldvertrag abgefunden. Dem deutschen Bunde wurde als nominelle Entschädigung der Hinzutritt des Herzogthums Limburg gewährt, eines Gebietes, das nicht deutsch ist noch sein will, und welches jeder Zeit zur Schweizerfestung bereitet hat.

Der Sommer 1866 stellte den deutschen Bund auf. Luxemburg mit seiner Festung habe dadurch Deutschland gegenüber dieselbe Selbstständigkeit erhalten, wie Baiern mit Germersheim, Würtemberg mit Ulm, Baden mit Rastatt, seine größere. In die Souveränetät des Großherzogs von Luxemburg muß als eine beschränkte betrachtet werden, da ihre Verordnung nur anordnirt worden war, um die Vormauer Deutschlands zu bilden. Also kann er dieses anvertraute Land keinesweges abtreten ohne deutsche Einwilligung. Der alte Staatsrechtliche Verband ist allerdings gelöst, aber nicht das Vertragsrecht der deutschen Staaten, nicht die Ansprüche auf die mit deutschen Mitteln ausgebaute Festung, nicht die Erbansprüche der deutsch-nassauischen Linie; das Alles existirt noch.

Diesen Rechtsgründen ist die nationale Seite der Frage zu berücksichtigen. Nicht ein deutsches Dorf werde er mit seinem Willen verlassen: das König Wilhelm von Preußen zugesichert, und wir dürfen behaupten, die Frage ruht in guten Händen. Man hat die Antwort, welche Graf Bismarck am 1. April auf die Interpellation Rudolphs von Bennigsen gab, zweideutig finden wollen, man hat Verrath zu wittern gemeint. Man, die Antwort war doch deutlich genug. Wenn auch die Souveränetät des Großherzogthums Luxemburg anerkannt, Schonung von Frankreichs Empfindlichkeitsgefühl zugesagt wurde, so wurde doch die Einschränkung nicht vergessen: so weit es die Ehre erlaube. So wurde doch zugesagt, man werde keinen weiteren Anlaß geben zu Verstimmung zwischen europäischen Mächte und den deutschen Völker, welches seine berechtigte Vertretung im Reichstage besitze. Wer da noch Zweifel hegen könnte, dem muß die Sprache des Kanzlers überzeugen, der preteburger Zeitung und des englischen Ministers, welche in der parlamentarischen Antwort die deutsch-nationale Auffassung vollständig anerkennen.

Und die Frage ist eine nationale. Die Volkssprache in Luxemburg ist deutsch, die Kirchensprache deutsche, sogar in der Hauptstadt wird neben deutschen Gottesdienste französischer gepredigt. Freilich die Beamten und die höheren Stände sprechen mit Vorliebe französisch. Das kommt zum Theil daher, daß wegen des in Luxemburg wie in den Rheinlanden herrschenden französischen Rechtes und bei dem Mangel einer Landesuniversität die angehenden Rechtsgelehrten ihre Kenntnisse auf deutschen und französischen Rechtsschulen sich erwerben. Aber das Volk versteht nur sein deutsches Vaterländisches nur schlecht. Irrthümer der brodlosen Art kommen vor, und die Verwaltungsdocumente, auf deren Verständniß es hauptsächlich ankommt — die Steuerzettel sind deutsch. Luxemburg gehört seiner zum deutschen Zollverein, es ist mit deutschen Münzen im Verkehre, mit Bergbau und Industrie ganz auf deutsche Verbindung hingewiesen.

Nach den jetzt bekannten parlamentarischen Aeußerungen des englischen und des französischen Ministers erscheint die Sachlage so. Luxemburg sei gleichsam ein herrenloses Land geworden, seit der Kaiser Napoleon sich mit dem Könige von Holland über dessen Erwerb in Verbindung setzen zu können geglaubt. Deutschland müsse wohl die ungewisse Stellung Limburgs und eine andergerichtete aber thatsächlich seit einem Jahre in Holland verbeetete Angst vor preußischer Eroberung. Vielleicht sei französischer Einfluß selten wurde, so scheint es, der Handel abgeschlossen. Allerdings hat der französische Minister eine derfache Vorbedingung als unerläßlich erklärt: die Einwilligung des Großherzogs von Luxemburg, die durch allgemeine Abstimmung sich kundgebende Neigung der Bevölkerung, die Erwägung des Interesses der Großmächte.

Die erste Bedingung dürfte als erfüllt anzusehen sein, wenn auch gegenwärtig der Großherzog von Luxemburg seine Einwilligung wieder zurücknehmen scheint.

Die zweite Bedingung könnte vielleicht erfüllt werden, wenn Deutschland ohne Einsprache die Abstimmung vollziehen ließe, wenn also im Voraus schon französische Emissäre ihre ganze Thätigkeit entfalten könnten. Denn darüber muß man sich nicht täuschen, daß in Luxemburg etwa ein deutscher Patriotismus herrsche, wie in Schleswig-Holstein. Einestheils die noch unabweisbare Mißstimmung über den Streich einer freiheitlichen Verfassung unter Mitwirkung des deutschen Bundes im Jahre 1856, andererseits Furcht vor vermehrten Lasten verursachen Abneigung gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund. Aber daß das Volk freiwillig französisch werden wolle ist eine kolossale Lüge, wie alle unsere Zeitungen bestätigen, höchstens eine Handvoll ergeiziger Beamten und einen weiteren Wirkungskreis wünschender Advocaten hegt solchen Wunsch.

Am dreifachsten vollends ist die dritte Bedingung; denn nur eine Erwägung der Interessen der Großmächte von Seiten Frankreichs ist zugelegt, nicht etwa die Zustimmung der Großmächte selbst erforderl. Letzter dürfte freilich nicht zu erlangen sein, wegen der Gefährdung Belgiens durch ein im französischen Besitze befindliches Luxemburg.

Und aus demselben Grunde sind zwei weitere Bedingungen nicht aufgenommen, welche doch unerläßlich scheinen: die verfassungsmäßige Zustimmung der luxemburger Stände und die Zustimmung der deutschen Regierungen, vor Allen Preußens, und des deutschen Bundes.

Sollen wir es nun ruhig mit ansehen, daß unsere Vormauer verloren gehe, daß ein deutsches Land abgetreten an Frankreich? Für diese Theile ist es besser, daß wir es behalten, daß kein Nationalrad entzündet, kein weiteres Aufdehnungsgelüste geweckt werde. Wir im Süden haben ganz besonders Grund aufzupassen, daß nicht ein zweites französisches Rastatt her, ein zweiter Ersatzung entstehe. Dabei sprach der Redner seine Mißbilligung über solche Zeitungsstimmen aus, welche umgekehrte Drohungen gegen Frankreich äußern, deutsche Eroberungsgelüste als vorhanden wähnen lassen und so die friedliche Empfindlichkeit reizen. Unserer Stellung müsse eine feste und ruhig abwehrende sein, und somit schlage er folgende Resolution vor:

„Die hier versammelten Einwohner Heidelbergs erachten es als nationale Pflicht des gesammten Deutschlands mit allen Mitteln jenen Versuche entgegen zu treten, welcher es unternimmt, das Großherzogthum Luxemburg von seinem deutschen Verbande loszureißen."

Nach dieser mit stürmischem Beifalle aufgenommenen Rede ergriff noch Prof. Cantor das Wort, um theils noch einige Nachträge bezüglich der gegenwärtigen diplomatischen Lage hinzuzufügen, besonders aber zur Einigkeit der Parteien aufzufordern. Namentlich wandte er sich an jene Patrioten, welche bisher Mißtrauen oder Mißmuth gegen die preußische Regierung erfüllt habe.

Nachdem die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, schloß Dr. Blum die Versammlung mit neuen Worten des Dankes und der Mahnung zum festen Zusammenhalten.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 101. Heidelberg, den 25. April. 1867.

Des Osterfestes wegen kann unser Blatt heute nur in einem halben Bogen erscheinen.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die Sachlage in Luxemburg. — Parlamentsbrief. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 22. April.

* Die Verfassung des norddeutschen Bundes hat auch durch die Verbesserungsarbeit des Reichstags zu keinem schuldgerechten Meisterstück gemacht werden können, sie bezeichnet aber gleichwohl einen unermeßlichen Fortschritt in der nationalpolitischen Entwickelung Deutschlands. Niemals, so lange die Geschichte von dem deutschen Volke weiß und spricht, hat sie von einem staatlichen Gesammtzustande desselben berichtet, welcher sich mit demjenigen auch nur entfernt vergleichen ließe, den der norddeutsche Bund darstellt. Freilich ist es einstweilen nur die größere Hälfte unseres Landes und Volks, welche von dieser Organisation umfaßt wird; in keiner frühern Zeit aber war ein ähnliches Gebiet, wie die heutige norddeutsche Masse, zu einem ähnlichen politischen Körper zusammengeschlossen, geschweige denn, daß jemals die Aussicht auf den ergänzenden Anschluß der noch fehlenden Glieder so sicher und so nahe gewesen wäre, wie in der gegenwärtigen Lage der Dinge. Wer mit klarem Blicke unser Heute mit unserm Gestern vergleicht, der wird, bei einiger Vernunft und Billigkeit, anerkennen, daß Deutschland alle Ursache hat, mit der unverhofften Wendung seiner Angelegenheiten zufrieden zu sein, und sich mit dem Schicksal auszusöhnen, unter dessen Unguß es allerdings lange und schwer genug zu leiden gehabt.

Wenn es auf der andern Seite unter uns leider immer noch Leute in Menge gibt, welche nicht begreifen, daß bei der Feststellung von Staatsverfassungen noch andere Dinge in Betracht kommen, als das Belieben der Cabinette und die Beschlüsse der Parlamente — Leute, welche für jeden Mangel und jede Unvollkommenheit unseres neuen Staatsgrundgesetzes den guten Willen oder den Verstand des Hrn. v. Bismarck und des Reichstags verantwortlich machen, so muß man die Heilung ihrer Geistesschwäche der Zeit und den Ereignissen überlassen. Es ist richtig, daß in manchen kleinen Einzelnheiten die Bestimmungen der Bundesverfassung anders und besser hätten gefaßt werden können; im Ganzen und Großen aber ist sie, was sie sein soll, nämlich der möglichst getreue Ausdruck der entsprechenden Machtverhältnisse, des bestehenden oder im Werden begriffenen öffentlichen Rechts. Ein Capitel von den Grundrechten, zum Beispiel, wäre gewiß sehr wünschenswerth und sogar den besonderen Interessen der preußischen Staatsgewalt äußerst förderlich gewesen; da die dahin gerichteten Anträge aber auf einen Widerstand stießen, den zu brechen der Reichstag kein Mittel hatte, so würde das starrköpfige Festhalten an einer Forderung, welche mit dem eigentlichen Zwecke der Bundesverfassung wenig oder nichts gemein hatte, geradezu widersinnig gewesen sein, um so mehr, als das Fallenlassen dieser Forderung den bürgerlichen Besitzstand der Angehörigen des norddeutschen Bundes in keiner Weise beschädigte, sondern nur den einstweiligen Verzicht auf eine Verbesserung desselben mit sich brachte. Der Reichstag hat den ungeheuren Gewinn, den die Bundesverfassung der Nation sichert, überhaupt durch kein Opfer bestehender Volksrechte erkauft, sondern nur insofern Entsagung geübt, als er nicht auf Ansprüchen beharrte, die er nicht durchzusetzen im Stande war. Das Zetergeschrei darüber, welches von gewissen Seiten her erhoben wird, als ob der Reichstag das deutsche Volk an den Absolutismus verrathen und verkauft habe, bezeugt nur, daß jener politische Unverstand, welcher im Jahr 1848 das große Wort führte, auch heute noch manchen Orten obenauf und bei guter Lunge ist. Die Gattung von „Politikern", welche jetzt in Schwaben und am Rhein, in Dresden und in Berlin gegen die Bundesverfassung protestiren, weil sie nicht Alles leistet, was das „Princip" verlangt, ist überhaupt ein unvertilgbares Unkraut, das man sich im Staate gefallen lassen muß, wie Disteln und Nesseln in der Natur.

— Die Töne der Friedensschalmei, welche in Paris von Amtswegen geblasen wird, haben ohne Zweifel keinen andern Zweck, als, die Franzosen in einen kindlichen Glauben an die „versöhnlichen" Gesinnungen des Bonapartismus einzuwiegen, und damit einen desto heftigern Ausbruch der französischen Volksleidenschaften gegen das händelsüchtige Preußen vorzubereiten. So plump die Schlinge gelegt ist, zur Hälfte hat sich die öffentliche Meinung Frankreichs bereits darin gefangen. Im ganzen Lande wird keine öffentliche Stimme mehr laut, die da nicht, als etwas Selbstverständliches, verlangte, daß die Luxemburger Frage durch das Nachgeben Preußens erledigt werde. Vorherrschend ist allerdings der lebhafte Wunsch eines gütlichen Ausgleichs, einmüthig aber die Voraussetzung, daß der Friede nur durch ein „Opfer" von Seiten Deutschlands erhalten werden könne. Daß Deutschland dieses Opfer an Gut und Ehre nicht bringen will, um die französische Eifersucht und Eitelkeit zu beschwichtigen, wird von der gesammten Pariser Presse als ein Verbrechen an der Civilisation des Jahrhunderts angesehen. Während in unsern Blättern die deutsche Sache durchweg im ruhigen Tone des guten Gewissens geführt wird, haben die französischen Zeitungen Hohn, Beleidigung, Drohung im Munde. Und um das Maß voll zu machen, ereifelt sich ein Blatt, wie der „Tempo", den Vorwurf der „wüthenden Leidenschaft" gegen die deutsche Presse zu richten, der „Tempo", welcher im Rufe steht, die deutschen Dinge besser zu kennen, als alle seine Pariser Kollegen und welcher in diesem Falle wenigstens vollkommen weiß, daß er das Gegentheil dessen sagt, was wahr ist.

Sicherlich, es ist wohlgethan, daß wir, auch den stärksten Herausforderungen der Franzosen gegenüber, die Ruhe der Haltung und die Mäßigung der Sprache bewahren, welche der Gerechtigkeit unserer Sache entspricht. Es soll und darf im Angesichte der civilisirten Welt kein Zweifel darüber entstehen, daß die Franzosen es sind, denen die ganze Verant-

Digitized by Google

wortlichkeit für die Gräuel des Krieges zur Last fällt, an dessen Schwelle Europa steht. Die Mäßigung der Sprache und Haltung aber schließt deren Deutlichkeit und Festigkeit nicht aus, findet darin vielmehr ihre nothwendige Ergänzung. Die öffentliche Meinung Deutschlands kann nicht laut und entschieden genug aussprechen, daß sie von irgend einem Zugeständnisse an den französischen Ehrgeiz in Bezug auf Luxemburg nun und nimmermehr reden hören will. In Süddeutschland zumal bleibt in diesem Sinne noch sehr viel zu thun übrig, und wir warten mit Ungeduld insbesondere darauf, daß das Beispiel der baierischen Mitglieder des Landtags auch in Baden, Würtemberg und Darmstadt Nachfolge finde. Aber auch für das Volk in Masse ist es hohe Zeit, seine Willensmeinung kund zu geben. Um so mehr, als es hie und da weise Männer und Parteigruppen gibt, welche thun, als ob die Luxemburger Sache sie wenig oder nichts anginge, als ob sie insbesondere die Folgen eines Bruchs mit Frankreich nicht auf sich zu nehmen Lust hätten. Diese Leute, welche in Hrn. L. Simon einen Wortführer gefunden haben, der ihnen zu gönnen ist, die aber auch in den Cabinetten zu München, Stuttgart und Darmstadt mächtige Gesinnungsgenossen zu haben scheinen, müssen zwischen ein Entweder — Oder gestellt werden, welches keine Ausflucht gestattet. Soll Luxemburg behauptet werden und wollt Ihr das Eurige dazu thun — Ja oder Nein? Das ist die Frage, welche an jeden zweideutigen Menschen, wie hoch er auch gestellt sei, mit unerbittlichem Nachdruck heranzubringen ist, und für die es alsdann wahrscheinlich nur eine einzige, wenn auch hie und da lügnerische Antwort geben wird. — Nur daß man sich, bei Leib und Leben, nicht auf der Lüge ertappen lasse!

Die Sachlage in Luxemburg.

M. Zweck dieser Zeilen ist, gestützt auf eigene, ganz sichere Beobachtungen, sowie auf zuverlässige Mittheilungen, einen möglichst genauen Einblick in die jetzige Stimmung der Luxemburger und den ganzen Stand der öffentlichen Meinung dieses kleinen, augenblicklich so wichtigen Ländchens zu verschaffen. Die thatsächliche Wahrheit soll ohne Rücksicht auf ihre angenehme oder unangenehme Gestalt mitgetheilt werden; auch Personen werden schonungslos genannt, sofern sachlich ihre Erwähnung Noth thut, ohne daß natürlich eine verletzende Absicht gegen Einzelne irgendwie vorliegt.

Luxemburg stellt in vollem Sinne des Wortes einen Kleinstaat, mit allen seinen Vorzügen und Mängeln, dar und zwar einen Kleinstaat, dessen Bevölkerung seither sich behaglich und glücklich fühlte. Wie ein echt deutsch gesinnter, von Krähwinkelei völlig freier dortiger Patriot mir mittheilte, sind die Luxemburger bisher frei geblieben von Aristokratie und Bureaukratie, im Besitz einer freien Presse und des völlig freien mündlichen Wortes über Jedermann, vom König-Großherzog bis zum geringsten Beamten. Sie hatten immer eine sehr geringe Steuerlast — eine sehr schwere Abgabe bei Umsetzung des Grundeigenthums betrachten sie nicht als Steuer — und der Militärpflicht war mit ein paar Monaten Dienst genügt. Die höchsten Stellen, sogar die Ministerposten, standen Jedem offen und wechselten thatsächlich sehr häufig unter dortigen Industriellen, Advokaten, Kaufleuten. Ein eigentliches großes Vaterland wird nicht vermißt, da geschichtlich die Bevölkerung zu oft hin- und hergeworfen wurde, um einen lebendigen Nationalgeist Wurzel fassen zu lassen. Die Bevölkerung fühlt sich luxemburgisch und man kann von hoch und niedrig, reich und arm beinahe ausnahmslos die Bemerkung hören: „Wir sind Luxemburger und wollen Luxemburger bleiben". Die Einwohner sind — abgesehen von verschiedenen Mischungen und Kreuzungen, welche sich aus der wechselnden Geschichte erklären — Deutsche und betrachten sich als Deutsche. Die Antwort, „er ist ein Luxemburger" erfolgt auf die Frage, ob Jemand ein Deutscher oder Franzose sei", und soll diese Antwort heißen „er ist ein Deutscher". Die Aeußerung: „Diese Familie ist eine luxemburger", heißt mit andern Worten „sie ist deutsch." Trotzdem findet man kaum Jemanden, der ordentliches deutsch spricht; entweder ein verdorbenes, mit französischen Worten verschlechtertes plattdeutsch, oder französisch sind die gewöhnlichen Sprachen. Bei Gericht, in Notariatsakten, öffentlichen Vergantungsanzeigen ꝛc. gebraucht man regelmäßig die französische Sprache, ebenso wie die Wechsel der Geschäftsschilde an den Häusern französisch geschrieben sind. Nur die Geistlichkeit predigt beinahe ausschließlich deutsch und arbeitet auch entschieden gegen den Anschluß an Frankreich. Der Luxemburger will **nicht** französisch werden, weil er sich deutsch fühlt und weil er weiß, daß nur der **Zollverein** ihn zu großer Blüthe gebracht hat, daß dessen Aufhebung sofort seine ganze Industrie und einen großen Theil seines Handels vernichten würde. Die großen Eisenwerke und Eisensteingruben, die Gerbereien und Korkfabriken, die Handschuhfabriken, die Etablissements zur Erzeugung von Flanellen und die Papierfabriken repräsentiren ein Kapital von hundert Millionen Franken und würden durch den Ausschluß vom Zollverein völlig zu Grunde gehen, ebenso wie umgekehrt der Handel von Trier und Köln durch Aufhebung des Verkehrs mit dem sehr wohlhabenden und betriebsamen luxemburger Völkchen außerordentlich leiden würde. Wie aber das Interesse die Luxemburger an den Zollverein und damit an Deutschland bindet, trennt umgekehrt die Angst vor der „preußischen allgemeinen Wehrpflicht" sie von Preußen und dem norddeutschen Bund. Gerade wie in einzelnen Theilen Süddeutschlands kann man hier den Ruf hören: „Wir sind Deutsche, wollen aber nicht preußisch werden" und die Söhne des luxemburger Volkes — einerlei ob klerikal oder liberal — haben keine Verdächtigung mehr zu fürchten, als diejenige eines „verkappten Preußen". Ja, das gemeine Volk kann unter „Preußen" sich nur das Verhältniß vorstellen, wie es sich bei dem Einwerben von Rekruten durch die preußischen Offiziere der luxemburger Garnison häufig leider etwas drastisch darstellt und versteht unter „Preußen" oft geradezu nur die „preußischen Militärs". Die Gebildeten sehen natürlich das Unhaltbare dieser Vorurtheile und arbeiten daher nur gegen die französische Annexion und für die Selbstständigkeit Luxemburgs, weil mit der Erreichung dieses Ziels eine gesunde und natürliche Entwickelung durch fortdauernden Anschluß an Deutschland und dessen Zollverein für die nächsten Jahre schon unwiderruflich gesichert ist. Eine große Anhänglichkeit an Deutschland war übrigens seither auch schon deßhalb nicht zu verlangen, weil der frühere deutsche Bund seine ganze Thätigkeit für Luxemburg auf — — Aufhebung der freisinnigen 1848er Verfassung, als den Grundgesetzen des deutschen Bundes zuwiderlaufend, beschränkt hatte!!!

Eine eigentlich französische Partei gibt es im ganzen Großherzogthum nicht. Sie beschränkt sich wenigstens auf ein Dutzend, theilweise allerdings sehr einflußreiche und hochstehende Personen, deren Interesse und Lebensanschauung sie nach Paris hinweist und welche durch ein eigenes Blatt, „das Land", französische und damit ihre eigenen Interessen zu vertreten suchen. Dieses „Land", welches komisch genug in deutscher Sprache für französisches Interesse schreibt, während umgekehrt die „Courrier" in französischer Sprache für deutsches Interesse arbeitet, gehört einer Familie Simons, welche in mehreren Gliedern, auf jedem Luxemburger genau bekannten persönlichen Gründen, für französische Annexion arbeitet. Ihr steht fleißig zur Seite ein Herr Berger von Arlon; dieser Ausländer hilft hauptsächlich seit seiner Rückkehr von einer Reise nach Paris, deren Endziel beinahe jedes Kind in Luxemburg kennt. Diesen Herren S. und B. stehen noch die entschieden französischen Sympathien eines Herrn Gerichtsrathes C. und eines Generalprocurators G. fördernd zur Seite, während ein von auswärts zureisender Mr. de Boigne und ein Sous-Préfet Jacquinot offenkundig, aber vergeblich, für die französische Annexion zu arbeiten suchten. Von den höchsten Beamten des Großherzogthums galt der Ministerpräsident, Baron v. Tornaco, ein Belgier, sowie die Generaldirectoren de Colnet und Blockhausen, für französisch gesinnt, während Generaldirektor Lafontaine, obgleich ein Verwandter des obengenannten Herrn

Digitized by Google

Jacquinot, als zuverlässig angesehen wird. Als Curiosum möge hier seinen Platz finden, daß v. Tornaco, der Minister eines deutschen Kleinstaates, kein Wort deutsch versteht, während die katholische Geistlichkeit, vertreten durch das klerikale Blatt das „Wort", antifranzösisch ist, obgleich ihre Führer und einflußreichsten Glieder für österreichisch gesinnt und antipreußisch gelten. An Ort und Stelle will man diese feststehende Thatsache durch die Abneigung der Geistlichen gegen das französische Predigen und gegen die freien Sitten der französischen Armee erklären, während wir in andern Dingen, etwa in der Furcht für Rom, bei einem ausbrechenden Krieg, oder in der Erwartung, daß die katholische Kirche in Preußen freier sich entwickeln könne, als in Frankreich, die Erklärung suchen. Gewiß ist, daß alle Parteien — außer den paar Franzosen — mit der klerikalen Hand in Hand gegen die französische Annexion arbeiten. Die geringe Zahl und Stärke ihrer Partei suchen die Franzosen in Luxemburg durch besondere Thätigkeit zu ersetzen. Sie erlauben sich hiezu sehr bedenkliche Kunstgriffe. So hatten sie im ersten Drittel dieses Monats eine Adresse in Umlauf gesetzt, worin die ewige Anhänglichkeit an das Haus Oranien versichert, aber im Hinblick auf die Unmöglichkeit fernerer Selbständigkeit des Großherzogthums Luxemburg, und unter Jammern über den sonst drohenden Krieg, geschlossen wurde:

„Euer Majestät werden in Allerhöchst Ihrer großmüthigen Güte unsere Unruhe begreifen, unsere Klagen entschuldigen. Wenn Ew. Maj. wie wir, fürchten, daß unsere Unabhängigkeit, so theuer sie uns auch ist, nicht verbürgt werden kann, so können Sie, Sire dem Wunsche Frankreichs nachgeben, ohne Ihre väterliche Mission zu vernachlässigen und ohne die Interessen Luxemburgs zu benachtheiligen. Die uneigennützige Liebe zu unserem theuren Vaterlande gibt und diese Sprache ein. Was auch geschehen möge, die Abhängigkeit an die ruhmreiche und edle Familie Oraniens wird niemals aus unsern Herzen zu tilgen sein."

Diese Adresse fand während mehrerer Tage noch keine zwanzig (!) Unterschriften, wogegen eine entgegengesetzte Adresse, gegen die französische Annexion und für die Erhaltung des Großherzogthums Luxemburg, binnen Einer Stunde etwa 300 Unterschriften, also die mehr als fünfzehnfache Zahl erhielt. Dieses Ergebniß bewog die Anhänger Frankreichs zur eiligsten Rückkaufung ihrer Adresse, wogegen sie die vorerstige Sistirung der andern Adresse erbaten und leider auswirkten. Nichts destoweniger brachte die Pariser „Presse" den Wortlaut der französischen Adresse und faselte von deren zahlreichen Unterzeichnung, während, auf wiederholte Aufforderungen in öffentlichen Blättern, kein Einziger sich als Verfasser oder Unterzeichner zu bekennen wagte. Grade diese Lüge der „Presse", in Verbindung mit der Thätigkeit verschiedener wackerer Luxemburger Patrioten, deren Muth durch die Bennigsen'sche Interpellation und deren Beantwortung im norddeutschen Reichstag gehoben wurde, förderte die Bemühungen gegen die französische Annexion und für die Erhaltung eines selbstständigen Luxemburg innerhalb des deutschen Zollvereins. Eine kleine Anzahl wackerer Männer, und besonders die Thätigkeit des bekannten Kammermitgliedes und großen Eisenindustriellen Norbert Metz, in Eich bei Luxemburg, des angesehensten Mannes des Großherzogthums, für welchen die Ablösung vom Zollverein und die französische Annexion den Verlust von Millionen bedeuten würde, erwirkten endlich die Unterzeichnung von Adressen und Erklärungen für ein selbstständiges Luxemburg und gegen das Französischwerden in allen Theilen und Gemeinden des Landes. Tag für Tag mehren sich diese Adressen und ihre Unterschriften. Nach den neueren Nachrichten werden auch die Deputirten Luxemburgs zusammentreten, um gegen die Abtretung des Großherzogthums an Frankreich zu protestiren, welche Abtretung, verfassungsmäßig, ohne Zustimmung der Kammer ganz unmöglich ist. Gedenkt der Kaiser Napoleon seinem angeblichen Princip des Selbstbestimmungsrechts der Völker treu zu bleiben, so kann er, ja so muß er ohne Bedenken von dem Kaufgeschäfte zurücktreten. Die Luxemburger Bevölkerung erklärt allgemein, durch alle Klassen und Theile des Großherzogthums, ihren klaren Willen, Luxemburger zu bleiben und ihr jetziges Rechtsverhältniß nicht mit der französischen Herrschaft zu vertauschen. Der französische Kaiser weicht also nicht dem Verlangen der preußischen Regierung; er hat durch Aufgeben seines Plans nur den Willen des luxemburger Völkchens und damit seine eigenen Grundsätze erfüllt.

Zum Schluß sei im Interesse der guten Sache noch eine Bitte an die deutsche Presse erlaubt. Die Luxemburger haben in ihrem friedlichen kleinstaatlichen Stillleben von der volksthümlichen Agitation eines großen Staates keine Idee. Sie bieten durch den Mangel an politischer Initiative, durch die Abneigung gegen öffentliches Hervortreten mit der gewonnenen politischen Ueberzeugung und durch das Hängen an der kleinstaatlichen Existenz eines selbstständigen Luxemburg für den scharfen und rücksichtslosen Politiker manche Blöße, welche von einzelnen Blättern unsanft berührt worden ist. Nach allseitiger Wahrnehmung schadeten diese Angriffe sehr; das kleine Völkchen fand sich hierdurch mit Unrecht verlämdet und verhöhnt. Möge daher die deutsche Presse mit warmen Worten für die Selbstständigkeit der Luxemburger und mit großer Schärfe gegen den ihnen angemutheten Anschluß an Frankreich arbeiten; mögen Wort und Schrift die Bürger Luxemburgs an ihre Abstammung, ihre Pflichten gegen Deutschland und an ihre mit dem Zollverein unauflöslich verbundenen Interessen erinnern. Meide man aber hierbei giftigen Tadel und einen sachlich manchmal vielleicht gerechtfertigten, aber dem deutschen Interesse unter allen Umständen schädlichen Hohn und Spott!

Parlamentsbriefe.

VII.

W Berlin, 18. April. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Ganz so glatt, wie ich im letzten Brief die schließliche Verständigung mit der Rechten und mit der Regierung dargestellt, ist dieselbe schließlich doch nicht vor sich gegangen. Indeß erfolgt ist sie, und das ist die Hauptsache. Mit der Annahme des Bennigsen-Ujest'schen Antrags auf Feststellung des Budgetrechts in Betreff des Militäretats ist das Gewissen der National-Liberalen aus dem preußischen Abgeordnetenhause beschwichtigt und jeder Zweifel somit beseitigt, daß etwa im Abgeordnetenhause die Verfassung noch zu Fall kommen könnte. Diese letzte Klippe also ist umschifft und dazu dürfen wir uns aufrichtig Glück wünschen. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist zwar auch so noch kein Muster von Freisinnigkeit, sie gibt aber wenigstens von dem bisherigen politischen Besitzstande des Volkes nichts auf.

Trotzdem konnten es sich die Herren von der Linken nicht versagen, gemeinsam mit den Polen, den Ultramontanen und den Particularisten vom reinsten Wasser in der Schlußabstimmung gegen die ganze Verfassung zu stimmen. Sei es drum. Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß mich persönlich dieses Nein von mehr als Einem der Mitglieder der Linken schmerzlich berührt hat. Die Frage hätten sich die Herren doch wohl vorlegen sollen: was sie denn dem deutschen Volke Besseres zu bieten im Stande seien? Indeß, das mögen die Herren nunmehr mit ihren Wählern und mit ihrem Gewissen ausmachen. Ueber die drei National-Liberalen aus Thüringen, welche, lediglich der Diäten wegen, gleichfalls gegen die Verfassung gestimmt, verliere ich kein Wort. Ueber das Schicksal der Verfassung in den Einzellandtagen bin ich vollständig ruhig, nachdem die Entscheidung des preußischen Abgeordnetenhauses zu Gunsten der Verfassung so gut wie gewiß ist. — Es ist jetzt außer Zweifel, daß man in Frankreich die luxemburger Pläne und vielleicht noch manche andere nicht aufgegeben hat und sich mit aller Macht rüstet. Daß man sich hier vor dem Manne in den Tuilerien nicht beugen wird, läßt sich schon aus der Antwort Bismarcks auf Bennigsen's Interpellation entnehmen und die gestrige Thronrede — über deren gelungene Fassung ich bis jetzt nur anerkennende Stimmen vernommen — läßt darüber kaum noch einen Zweifel. Es liegt ein frevelhafter Uebermuth in diesem französischen Kriegsfanatismus und un-

Digitized by Google

überschbar sind die Opfer, die wir diesem leichtsinnigen Volk zu bringen gezwungen werden. Für das deutsche Verfassungswerk dagegen ist diese Bluttaufe von unschätzbarem Werth und für die Vereinigung mit dem deutschen Süden könnte es eine bessere Gelegenheit überhaupt nicht geben. „Mit Blut und Eisen.“ Das Wort ist doch wahr geworden und wir stehen im Begriffe, bereits die zweite Probe darauf zu machen. Ich denke — und wie ich höre, denken competentere Autoritäten ebenso — auch diese zweite Probe wird glücklich bestanden. Nach der dritten freilich gelüstet es mich nicht; wenn wir jedoch auch den Franzosen gegenüber unser Recht auf Einigung nachgewiesen haben, dann wird wohl vorläufig Niemand mehr Lust haben, dies Recht uns ferner noch streitig zu machen. Der Norden wenigstens wird seine Schuldigkeit thun; mag der Süden sich nicht abermals säumig finden lassen.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Die Unione Liberale in Bologna, die den Lesern unserer Blätter schon aus früheren Mittheilungen bekannt ist, hat neuerdings die folgende Zuschrift an den Nationalverein gerichtet, welche eine besondere Beachtung durch die zweideutige Haltung des Ministeriums Ratazzi erhielt:

„Die Unione Liberale hat sich zum Zweck gesetzt Einheit schon seit ihren Anfängen im Namen der italienischen Nation begehrt, indem sie sich an Sie wandte, würdige Vertreter der Bestrebungen des deutschen Volkes! Eingedenk des herzlichen Empfangs, den Sie unsern Erklärungen bereitet haben, frei, der jeder friedlichen Gelegenheit die Beziehungen zu Ihnen zu befestigen, empfinden wir jetzt, wo die deutsche Einheit ihrer Vollendung entgegengeht, die Pflicht, von Neuem an Sie das Wort zu richten.“

„Ein wichtiges Ereignis ist eingetreten, nicht weniger beachtenswerth als der Sieg bei Königgrätz: die Eröffnung des nationalen Parlaments in Berlin. Diesen Vorgang, der in den Jahrbüchern des deutschen Volkes unvergeßlich bleiben wird, begrüßen wir um so freudiger, als er einen Triumph der Idee und der Männer des Nationalvereins in sich begreift: einen Triumph bei den Volksmassen, einen Triumph bei den Mächten im Schooße des Parlaments. Empfangen Sie unsere aufrichtigen Glückwünsche zu diesem Siege, der reiner und denkbewerther als jeder andere ist, wohlthätiger jedenfalls, als jene geräuschvollen Triumphe, welche Tausende von Schlachtopfern kosten.“

„Dieser Erfolg hat in Wahrheit eine hohe Bedeutung. Er ist nicht bloß ein verdienter Zoll des Dankes gegen die patriotischen der deutschen Parteien, gegen diejenige, welche in traurigen Zeiten den Funken der Bruderlandesliebe glühend erhielt; er bedeutet zugleich die Harmonie des Fortschritts und der Freiheit mit dem Nationalitätsprincip. Diese Harmonie, welche der italienischen Einheit von Ursprung her anhaftete, welche in Italien auch der nationalen Abstimmung über das Einheitswerk vorwegging, ist in Deutschland erst durch Sie festgestellt; denn Sie sind es, welche die Frucht des Sieges bei Sadowa zu voller Reife gebracht haben, indem Sie im Parlamente die deutsche Einheit auf jenen festen Boden des Fortschritts und der Freiheit verpflanzten, die für alle Zeit der Wohnsitz des Nationalvereins sein werden. Keine wohlthätigeren Vorbilder als diese, da die Selbstständigkeit der Völker nur Leben gewinnen, nur große Ergebnisse liefern kann, wenn die Freiheit sie befruchtet, und die Siege des Jahrhunderts desto reicheren Gewinn bringen, je geschlossener sie auftreten.“

„Der neue Gruß, den wir Ihnen senden, nimmt einen besonderen Werth in Anspruch durch die ernste politische Lage, welche gegenwärtig herrscht, und welche derjenigen des vorigen Sommers an Ernst nichts nachgibt.“

„Italien findet seinen ganzen Ruhm darin, die neuen Grundsätze wiederzuspiegeln, von denen die Welt ihre Verjüngung erwartet. Je ausgedehnter der Triumph dieser Grundsätze, desto befestigter fühlt es sich.“

„Von dem Verlangen der Völker, ihre Nationen und der gegenseitigen Achtung vor den Rechten einer jeden erfüllt, setzt es das Ziel der staatlichen Entwicklung in der Verbrüderung alle Völker, und den vornehmsten Weg zu diesem Ziele in dem Bunde aller schon selbständig constituirten Nationen. Es will daher niemals die Gemeinschaft verleugnen, in welcher seine und Deutschlands Krieger für die Einheit beider Länder gefochten haben. Diese Bluttaufe muß ein Pfand dauernder Verbindung sein, ein Pfand zugleich des Ruhmes und Gedeihens für den gesammten Weltkreis. Italien, das gegen seine Natur das nun Entbehrte empfindet, beklagt tief jene überzeugte nationale Eitelkeit, welche in ihrer Heftigkeit das berechtigte Selbstgefühl fremder Völker erbittert; es bedauert lebhaft, wenn freie und civilisirte Nationen, geschaffen sich zu lieben, statt dessen aus Neue das System der alten Tyrannei in den Leben rufen, deren Verschwör auf den Gegensatz stützt von Furcht und Haß beruhte. Indem wir uns an Sie wenden, bezeugen wir für unsern Theil, daß die Zeit des Völkerhasses mit den alten Tyrannen begraben ist, und daß in dem neuen Weltalter, als dessen Zeitgenossen wir leben, nicht Angst und Argwohn, sondern Vertrauen und Liebe die Beziehungen der Völker zu einander leiten sollen.“

„Wenigstes Nationen haben das höchste Interesse, nicht sich feindselig zu spalten, sondern sich zu verständigen, und dem Fortschritt der Barbarei, nicht demjenigen der Civilisation den Weg zu verlegen.“

„Die Eifersüchteleien zwischen den lateinischen und der germanischen Race müssen einem gesunderen Zustande Platz machen, der Eintracht zwischen jenen beiden großen Zweigen des Menschengeschlechts, damit alle die Kräfte, welche bisher in Streitigkeiten vergeudet wurden, fortan nur dienen, um die Wohlthaten des Friedens zu vervielfältigen und den Fortschrittsgang der Menschheit zu beschleunigen.“

„Dank solcher Harmonie, würde die italienische Einheit um so rascher ihren Abschluß auf dem Capitol zu Rom erreichen, die deutsche Einheit den ihrigen in der Verschmelzung des Südens mit dem Norden, und das neue Europa den seinigen in dem natürlichen Gleichgewicht aller anerkannten Nationen.“

Bologna, 7. April 1867.

Der Central-Ausschuß.

Rinaldo Simonetti, Präsident. Ferdinando Berti. Cesare Albicini. Gaibrielo Rossi. Lodovico Bertl. Augusto Aglebert. Federico Amici. O. P. Vitale. A. Marchetti.

Gestützt in der allgemeinen Vereins-Versammlung vom 7. April. **Francisco Magni**, Vorsitzender. B. Zanardelli, Secretär des Vorsitzenden. B. Coerpi, R. Linardi, Schatzmeister.

Der Vorstand des Nationalvereins hat auf diese Zuschrift folgende Antwort gegeben:

„Die Unione Liberale in Bologne. Der Glückwunsch, den die Unione Liberale aus Anlaß der Eröffnung des norddeutschen Reichstags an uns gerichtet hat, erfüllt uns mit Dank und Genugthuung. In der That haben die aus vollendeten Arbeiten dieses Parlaments aus Neue bewiesen, daß jene Verbrüderung liberaler und nationaler Ideen, welche das Programm des Nationalvereins ankündigte, und welche ihm in einer nun abgeschlossenen Vergangenheit, von links wie von rechts her, so mannigfache Mißverständnisse zugezogen hat, auf einer richtigen Grundanschauung beruhte. Den Bemühungen unserer Gesinnungsgenossen im Reichstage ist es gelungen, in den vorgelegten Verfassungsentwurf einige kühn und mannigfache wirthbevolle Keime freiheitlicher Entwicklung zu legen. Selbst so unmittelbar nach den großen und brauschenden militärischen Triumphen, nach den Erfolgen einer kühnen und klugen Diplomatie, welche die politisch-völkerrechtliche Grundlage des deutschen Verfassungswerkes geschaffen haben, ist das Streben nicht ohne allen Erfolg geblieben, den Gedanken der Freiheit und der Selbstregierung ihr unveräußerliches Recht auf die Beherrschung der inneren Staatsverhältnisse zu wahren.“

„Die auswärtige Politik eines Volkes ist das Spiegelbild seiner inneren Politik. Deutschland, das nach gesicherter Freiheit strebt, weist aber bedwegen alle rohen und veralteten Eroberungsgelüste von sich. Es weiß sich sicher genug innerhalb seiner jetzigen Grenzen, um nicht nach deren gewaltthätiger Erweiterung die an irgend einen Gebietszug jenseitigen Gebiets zu trachten. Nicht in unfruchtbaren Eroberungen der Kanonen, deren Fürdung mit fremdem und eigenem Blut geschehen müßte, sondern in einer zeitgemäßen Ausbildung seiner von ihm selbst allein abhängigen inneren Institutionen erblickt es die Gewähr seiner Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Wir halten daher, mit Ihnen, in unserm wie die Stimme Führer des aufgeklärten italienischen Volkes erkennen dürfen, jene übertriebene nationale Eitelkeit, welche sich lieber in Träumen fremder Vergewaltigung und Unterjochung wiegt, als einer besseren Gestaltung der heimischen Verhältnisse eine ernste, und anbauernde Arbeit widmet, für einen Ueberrest vergangener und fremder Epochen, und zugleich für eines der schwersten Hindernisse auf dem Wege zu dauernden Weltfrieden, welchen wir, mit Ihnen, die civilisirte Menschheit gern möchten einschlagen und ungestört zurücklegen sehen. Indessen gehen wir aus der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß es diesem Theil nicht gelingen wird, die Regierungen und Bevölkerungen einer der großen Nationen, von deren Haltung Europas Ruhe abhängt, zu überwältigen. Unheilsvolle Verwickelungen können ein Volk vorübergehend des gedeihenden Einflusses auf die Lenkung seiner politischen Geschicke berauben; seine äußeren Grenzen aber können es nöthigen, sich der Freiheit minder werth zu machen, indem es sich zu Gewaltthaten gegen fremde Freiheit und Unabhängigkeit in's Feld führen läßt.“

„Freuen wir uns auf alle Fälle, daß wenigstens zwischen Deutschen und Italienern seit dem vorigen Sommer jede Möglichkeit nationaler Feindschaft und Befehdung entschwunden zu sein scheint! Unsere National-Einheit hat, wie Sie mit dem vollsten Recht hervorheben, die Weihe der Schlachten erhalten; wir haben unter solchen Umständen gemeinsamer Noth und Gefahr Seite an Seite gestanden, welche Völker wie einzelne Menschen unaufhörlich an einander binden müssen. Keine noch so leichtsinnige Verwendung der öffentlichen Polizei wird daher in Deutschland leicht den Argwohn erwecken, als könnte Italien jemals im Lager unserer Feinde zu finden sein. Es schützt uns hiervor, auf der einen Seite das Bewußtsein der Ehrenhaftigkeit unserer Sache, ihrer vollen und unzweifelhaften Uebereinstimmung mit den Ihren, welche alle gesteten und aufgeklärten Völker erfüllen; auf der andern Seite das Vertrauen, welches wir in die Gesinnung der edlen italienischen Nation setzen. Zu der Begründung dieses Zutrauens haben die beiden Ländern, mit deren Ueberzeugung und die Unione Liberale gerechnet hat, nicht wenig beigetragen. Wir können nur aufrichtig wünschen, daß ihre Grundsätze und Anschauungen, verehrte Herren, in Ihrem schönen Lande von Tag zu Tage mehr die herrschenden werden mögen; dann sind wir gewiß, daß es zwischen Deutschland und Italien niemals an dem befriedigendsten Einvernehmen wird fehlen, daß dem Weltfrieden, der Sache der Freiheit, der Wohlfahrt des menschlichen Geschlechts die neue große Bürgschaft dieses Völkerbundes niemals abhanden kommen wird.“

Berlin den 16. April 1867.

Der geschäftsleitende Vorstand des Deutschen Nationalvereins.

(Folgen die Unterschriften.)

— Die Herren Duncker und Schulze haben ihren Austritt aus dem Vereinsausschusse angemeldet, bleiben aber, nach wie vor, Mitglieder des Vereins.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.

Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 102. Heidelberg, den 2. Mai. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Umschwung in den Parteiverhältnissen. — Gegen die Norddeutsche Allg. Ztg. — Die Hannoverschen Abgeordneten im Reichstage. — Aus Süddeutschland. — Aus Preußen. — Einführung der Zollvereinstarife in Schleswig-Holstein. — Berlin.

Wochenbericht.

Heidelberg, 30. April.

* Neuer Aufzug des diplomatischen Zwischenspiels: Londoner Conferenz. Das heißt: Wettbewerbung um die Stimmenmehrheit im Rathe der Cabinette.

Mit seinen Werbungen um militärische Bundesgenossen hat Frankreich bis jetzt kein Glück gehabt. In Italien ist das Ministerium Ratazzi beim besten Willen nicht in der Lage, dem Bonapartismus, im Widerspruch mit der öffentlichen Vernunft, Heereserfolge gegen Preußen zu leisten; die Nachsucht Oesterreichs wird durch innere Schwierigkeiten und auswärtige Treibungen in Schach gehalten; Dänemark will weislich den Erfolg abwarten, ehe es Partei nimmt; Holland schwört auf seine Neutralität, aus der es wohl erst dann heraustreten würde, wenn es eine Beute zu theilen gäbe; in den süddeutschen Staaten vollends, die vielleicht mit dem stärksten Nachdruck von Frankreich aus bearbeitet werden sind, hat schließlich die Stimme der Klugheit, der Ehre und der Pflicht den entschiedenen Ausschlag für Preußen gegeben.

Auf der Londoner Conferenz werden sich die Dinge vorausssichtlich günstiger für Frankreich gestalten. England will natürlich unbedingt die Aufrechterhaltung des Friedens, den Frieden um jeden Preis — den Deutschland dafür zu zahlen haben würde. Oesterreich hat wenigstens keinen Grund, zur diplomatischen Unterstützung Preußens und wird sich also den Frieden auf Kosten Deutschlands gerne gefallen lassen. Nur die russische Politik ist in diesem Falle unberechenbar. Was unter solchen Umständen die preußische Regierung bewogen hat, sich auf eine Conferenz einzulassen, vor welcher ihre vertragsmäßigen Rechte in Frage gezogen werden sollen, muß einstweilen dahingestellt bleiben.

Frankreich, heißt es, ist mit seinen Ansprüchen bis auf die Forderung heruntergegangen, daß Luxemburg von Preußen geräumt, daß Land und Festung „neutralisirt" werde. Daß an Preußen damit immer noch eine Zumuthung gerichtet wird, der mit Ehren nun und nimmermehr ohne eine vollwichtige Entschädigung nachgegeben werden kann, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, um so weniger, als in der Volksmeinung und dem Volksgefühl darüber nicht der mindeste Zweifel besteht. Die Preßorgane der preußischen Regierung selbst haben in diesem Sinne so bestimmte Erklärungen abgegeben, daß die Uebereinstimmung der Gesinnungen und Entschlüsse des Berliner Cabinets mit der öffentlichen Ueberzeugung als eine Thatsache gelten kann. Das ist unsere Beruhigung im Angesichte der Londoner Conferenz.

Im französischen Volke ist den ersten kriegerischen Aufwallungen eine Bewegung im entgegengesetzten Sinne gefolgt, welche sich durch Erklärungen, Aufrufe, Adressen, insbesondere auch durch Ansprachen an das deutsche Volk und einzelne Klassen desselben kundgibt. So gerne man diese Aeußerungen einer freundnachbarlichen Stimmung willkommen heißen mag, so muß es doch auffallen, daß darin niemals auch nur mit einem Worte von dem einfachsten Mittel zur Beseitigung der Kriegsgefahr die Rede ist, von dem Verzicht auf die willkürlichen Ansprüche Frankreichs, die einzig und allein die Kriegsgefahr geschaffen. Wollen die Franzosen mit ihren Besorgnissen und Wünschen vor die rechte Schmiede gehen, so müssen sie den Ausdruck ihrer Willensmeinung direkt an die eigene Regierung richten, die es ja in der Hand hat, von heute auf morgen die europäische Sicherheit, die von ihr allein gestört worden ist, wiederherzustellen. Das deutsche Volk hat allerdings eben so viele Gründe, wie das französische, den Frieden zu wollen, aber es fehlt ihm jedes Mittel, den Krieg abzuwenden, den die luxemburgische Politik des Bonapartismus in ihrem Schooße trägt. Den Franzosen selbst bleibt zu diesem Zwecke wenigstens der Protest, der, wenn mit dem erforderlichen Nachdrucke gehandhabt, gewiß nicht ohne Wirkung bleiben würde. Ist es den Franzosen also voller Ernst mit ihren Friedenswerten, so mögen sie unumwundener reden, als es bis jetzt geschehen ist, und besonders sich an die rechte Adresse wenden, die sie bis jetzt gänzlich umgangen haben.

Die süddeutschen Staaten sind nach einigem Schwanken endlich zu dem Entschluß gekommen, dem Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen möglichst gewissenhaft nachzukommen. Leider bleibt ihnen zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen noch so gut wie Alles zu thun übrig. Sachverständige wollen behaupten, daß ein französisches Armeecorps von 50,000 Mann die ganze Waffenmacht, welche Süddeutschland heute aufbringen kann, über den Haufen werfen, und sich im Sturmschritt zum Herrn des Landes von München bis Darmstadt machen würde. Die schwerfällen Versammlungen fallen allerdings auf Baiern und Würtemberg. Nicht, als ob man in den Kriegsministerien in München und Stuttgart während der acht Monate, die seit Ende des vorjährigen Krieges verflossen sind, müßig gewesen wäre; man hat vielmehr viel Zeit und Mühe auf nutzlose Vorarbeiten verschwendet, auf Versuche zur Erfindung von Musterreglements, Musterwaffen u. s. w. Sich einfach das preußische System anzueignen, das man fertig zur Hand hatte, das ging natürlich gegen das baierische und würtembergische Souveränetätsbewußtsein und gegen die Kriegsherrlichkeit. Ueberdies belehrte uns noch vor wenigen Tagen der Stuttgarter „Staatsanzeiger", daß schon die jetzigen würtembergischen Heereseinrichtungen besser seien als die preußischen, sich auch im vorjährigen Kriege als besser bewährt haben, wonach denn eine Vertauschung der ersteren gegen die letzteren in unverantwortlicher Rückschritt sein würde. Daß man in Würtemberg auch eine bessere Waffe erfunden, als das preußische Zündnadelgewehr, wurde als eine weitere Zugabe zu der sonstigen militärischen Ueberlegenheit des Schwabenlandes gerühmt, deren Vortheil natürlich nicht verschenzt werden dürfe. Mit dem Stuttgarter Cabinetswechsel scheint indessen, wie in der würtembergischen Politik, so in der Behandlung der Militärangelegenheiten, eine Wendung zum Bessern eingetreten zu sein.

Digitized by Google

Man erwartet in Stuttgart, zum Behufe der Heeresorganisation, einen preußischen General — der dort freilich immer noch einen sehr schweren Stand haben wird — und scheint sogar das selbsterfundene, glücklicher Weise aber erst im Modell vorhandene, schwäbische Hinterladungsgewehr drangeben zu wollen. Mag uns aber Gott in Gnaden vor einer etwaigen Schlappe der mit preußischen Zündnadelgewehren bewaffneten würtembergischen Truppen behüten!

Der Umschwung in den Parteiverhältnissen.

L Bis gegen das Ende der Reichstags-Session schien es, als werde sich die Bildung einer zweiten, gemäßigten Fraction der conservativen Partei als eine Form ohne Inhalt herausstellen. Die vorletzte Woche indessen hat ergeben, daß es doch mehr war. Bei der entscheidenden Abstimmung vom 16. April über das Militärbudget standen die Freunde des Herzogs von Ujest neben den Nationalliberalen im Kampfe gegen alle übrigen Fractionen und errangen den Sieg. Zwar zeigte sich eben in dieser Abstimmung auch, daß unsre großen Edelleute noch wenig Widerstandskraft im politischen Kampfe besitzen, wenn von oben her ein halbwegs scharfer Wind bläst. Ein paar Ermahnungen des Grafen Bismarck, die ersichtlich den ernsten Charakter einer Drohung nicht an sich trugen, reichten hin, um alle Mitglieder der freien conservativen Vereinigung, bis auf den einzigen Grafen Renard, zu bewegen, für die Verbesserungsanträge der äußersten Rechten zu dem Antrage Ujest-Bennigsen zu stimmen. Aber sie gaben doch wenigstens den letzteren nicht wieder auf; das Toben jenes gemeinschädlichen Jungendreschers, des Abg. von Bincke-Hagen, blieb umsonst, und die Neuconservativen erhielten ihren Theil an dem Triumphe, den die ganze Politik ihrer Verbündeten vom linken Centrum herbeigeführt hatte.

Die Herausbildung kräftiger Mittelparteien ist in Bezug auf unser innkros politisches Leben eins der wichtigsten Ergebnisse der Reichstags-Versammlung. Bisher standen sich in Preußen zwei schroff geschiedene Parteien gegenüber, zwischen denen keine mittlere, verbindende Richtung wirksam eingriff, und in deren Schooße eben deßwegen die Extreme ein sich immer erneuerndes natürliches Uebergewicht hatten. Das war die bittere Frucht der Schwäche, welche der Altliberalismus in der Periode seiner unbestrittenen Herrschaft, 1858—62, bewies. Niemals ist in Deutschland ein Privatmann mächtiger gewesen, als G. v. Vincke während der ersten Jahre der Neuen Aera. Eine überwältigende Mehrheit des Abgeordnetenhauses lag willenlos in seiner Hand, und folglich die Macht, der Regierung Bedingungen aufzuerlegen. Dazu kam noch der besondere Glücksfall, daß der König eine ihn ganz beherrschende Lieblingsidee verwirklicht zu sehen wünschte, was nicht ohne vorausgehende Zustimmung des Abgeordnetenhauses, wie damals noch allgemein angenommen wurde, geschehen konnte. Herr v. Vincke hatte es folglich in der Hand, ein ganzes Reform-Programm auf einmal durchzusetzen. Statt dessen überwarf er sich, nicht um großer politischer Zwecke willen, sondern lediglich vermöge seiner unverträglichen Natur, mit seinen besten Freunden, den damaligen Ministern, verleitete das Abgeordnetenhaus zu dem schlechtesten Beschluß, den es überhaupt fassen konnte, dem der provisorischen Bewilligung der Kosten der Militärreform, und zog sich, als in Folge aller dieser groben Fehler der Verfassungs-Conflict ausbrach, schmollend und grollend auf seinen Landsitz zurück, um Vormundschaftspflichten zu erfüllen, die er öffentlich für wichtiger erklärte, als diejenigen eines Volksvertreters und Parteiführers. So war der politische Dilettant beschaffen, der die erste große Chance des Liberalismus in Preußen zu Grunde richtete — ein warnendes Beispiel für alle Nachfolgenden! Es dient nicht nur zur dramatischen Abrundung der Geschichte, sondern auch dazu, die ihr zu entnehmende politische Lehre stets gegenwärtig zu erhalten, daß der Schatten des an Selbstmord verendeten Politikers Vincke noch immer durch die Räume der parlamentarischen Körperschaften spuckt und in allerhand Tonarten die Klage über die versäumte Gelegenheit ertönen läßt.

Die Erfolge des Grafen Bismarck haben nun eine neue Grundlage für kräftig sich regende, die Extreme zurückdrängende, schöpferisch auftretende Mittelparteien geschaffen. Diese Erfolge waren ihrerseits vorbereitet und erleichtert durch die mehrjährige ausdauernde Thätigkeit der liberalen Nationalpartei. Durch sie aber erst ausgesondert aus der preußischen Junkerpartei ist jene Gruppe von Edelleuten, die am 16. März, über die frondirenden Altliberalen hinüber, den Nationalliberalen die Hand reichte. Der Abfall von dem Glauben an die heilige Allianz und die Solidarität der conservativen Interessen, der sich im Grafen Bismarck schon zur Schwarzenberg'schen Zeit, d. h. zur Zeit der höchsten Blüthe dieser ebenso antinationalen wie antiliberalen Politik vollzog, hat viel längerer Zeit bedurft, um sich innerhalb seiner Partei zu vollenden. Erst Königsgrätz und Nikolsburg haben diesen Proceß zu einem handgreiflichen Abschluß geführt. Erst auf dem norddeutschen Reichstag ist in volle Erscheinung getreten, was sich im preußischen Landtag nur andeutungsweise kundgegeben hatte: die Lossagung eines Theils des standesherrlichen und sonstigen hohen Adels von der preußischen Junkerpartei. Diese gesellschaftliche Gruppe tritt nun, als die neue politische Partei der constitutionell und national gesinnten Conservativen, neben den anderen auf die Bühne.

Vom Standpunkt der nationalliberalen Interessen ist dies ein sehr erfreuliches Ereigniß. Es erhöht die Aussichten der liberalen Nationalpartei, auf die Entwicklung der deutschen Staatsverhältnisse auch forran einen leitenden und gestaltenden Einfluß zu üben — einen Einfluß, der sich aus der Sphäre des bloßen allgemeinen Anregens und Drängens in die Sphäre des unmittelbaren Schaffens erhebt, wie schon im Reichstag geschehen. Je stärker sich der linke Flügel der conservativen Partei entfaltet, je selbständiger er sich folglich zu rühren vermag, desto leichter wird mit seiner Hilfe der rechte Flügel der Opposition, d. h. die liberale Nationalpartei, die Lage beherrschen. Gouvernirte, die sie mit den conservativen Interessen abzuschließen genöthigt ist, wird sie fortan nicht mehr mit dem großen Haufen der Junkerpartei, in welchem das Extrem obendrein überwiegt, zu suchen haben, sondern nur noch mit deren ausgeschiedener gemäßigten Hälfte. Insofern ist es ein Sieg des Liberalismus, wenn auch nur des gemäßigten Liberalismus, daß die Rechte sich definitiv gespalten hat. An „Entschiedenheit" der Programme und der Phrasen freilich wird die liberale Nationalpartei in Folge dieses Ereignisses eher verlieren, als gewinnen; unzweifelhaft gewinnen aber an praktischen Erfolgen, deren Ufer, nach so langem Umhertreiben auf dem öden Meere der Kannegießerei, wir nun endlich erstiegen haben.

Wie die preußische Regierung von ihrer Presse bedient wird.

R Unsere gute Freundin, die „Nordd. Allg. Zeitung", bezeugt ihre warme Theilnahme für den Nationalverein heute dadurch, daß sie ihm eine feierliche Leichenpredigt in drei Theilen hält. Erstens, sagt das Berliner Blatt, ist der Nationalverein todt, denn in der letzten Sitzung seines Vorstandes ist beschlossen, die Vereinsthätigkeit auf die Beförderung des Eintritts der Südstaaten in den norddeutschen Bund, durch Belebung und Unterstützung der auf diesen Zweck gerichteten Bewegung in diesen Staaten selbst, zu concentriren. Die Logik dieses Satzes ist einleuchtend. Zweitens führt die „Nordd. Allg. Ztg." aus, daß der Nationalverein, welcher ja bisher immer das Gegentheil seiner Absichten erreicht habe, auch bei seinem jetzigen Bestreben das nämliche Mißgeschick haben werde und müsse. Eine Weissagung, an deren Erfüllung natürlich Niemand zweifeln wird, der die Prophetengabe des Blattes kennt, die sich, von dem nordamerikanischen Kriege bis zu der Einrichtung des jetzigen spanischen Regiments, in so vielen glänzenden Beispielen erprobt hat. Drittens ergeht sich die „Nordd. Allg. Ztg.", unter achselzuckenden Bemerkungen über die

Digitized by Google

Correspondenz des Nationalvereins mit der Unione liberale, in dem dringenden Wunsche und freundschaftlichen Rathe, daß der Nationalverein, wenn, oder vielmehr da er unglücklicher Weise doch noch am Leben sei, sich doch gefälligst so bald wie möglich mit eigener Hand in ein besseres Jenseits befördern möge.

Solche Todesnachrichten und Grabreden haben wir seit sechs oder sieben Jahren zu oft in der „wohlgesinnten" Presse und den ihr, wenigstens im Punkte des Nationalvereins, vollkommen sympathischen radikalen Blättern gelesen, als daß wir den jetzigen Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." irgend welche Beachtung schenken sollten, wenn deren Eigenschaft als Organ des Ministeriums Bismarck dem gegen den Nationalverein gerichteten Ausfall nicht eine gewisse Bedeutung gäbe. Es ist wahr, wir haben uns um das Ministerium Bismarck, *als solches*, herzlich schlecht verdient gemacht, und die uns von Seiten desselben zu Theil gewordene Mißgunst viele Jahre hindurch redlich verdient. Nicht bloß durch unsere debarrliche Opposition gegen dessen inneres Regierungssystem, sondern auch durch den kräftigsten Widerstand gegen dessen vorjährige Kriegspolitik, den wir zu leisten im Stande waren. Mit dem Beginne des Kampfes gegen Oesterreich hat der Nationalverein freilich seine Opposition eingestellt, und seit dem Prager Frieden und der Beseitigung des Verfassungsconflikts hat er sich sogar auf die Seite der Berliner Cabinetspolitik geschlagen; aber wahrhaftig nicht, weil seine er früheren Ansichten, Ueberzeugungen und Urtheile zurücknehmen gehabt, oder gar irgend einen seiner bisherigen Zwecke aufgegeben hätte, sondern weil sich herausstellte, daß Deutschland seinen Zielen, wenn auch auf falschen und halsbrecherischen Wegen, durch Herrn v. Bismarck um ein großes Stück näher gebracht war, und sich nunmehr auf einem Punkte befand, von wo aus die Fortsetzung des bisherigen Schritts und Tritts der Volkspolitik ein Widersinn gewesen sein würde. Von seiner Vergangenheit hatte der Nationalverein nichts zu bereuen und nichts zurückzunehmen, seine Gegenwart und seine Zukunft aber konnte nach der Schlacht bei Sadowa vernünftiger Weise nicht länger nach dem Plane angelegt und bearbeitet werden, welcher bis dahin der richtige gewesen war.

Mußte der Nationalverein sich selbst und Deutschland das Geständniß machen, daß Herr v. Bismarck, trotz alledem und alledem, der deutschen Sache einen ungeheuern Vorschub geleistet, so sollte man meinen, daß die nächstfolgenden Ereignisse der preußischen Politik gleichfalls die Erkenntniß verschafft, daß ihre Interessen, wider Erwarten, in gewissen Punkten mit denen des Nationalvereins zusammenfielen, daß der Nationalverein, allerdings nicht als Handlanger des Ministeriums Bismarck, sondern auf eigene Hand und in seinem eigenen Sinne, ihren Zwecken wirksam vorgearbeitet. Wenn zum Beispiel die Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau bei einer starken und einflußreichen Partei in diesen Ländern ein förderlichen Entgegenkommen fand, so verdankte man in Berlin diese Erleichterung der Aufgabe Niemand anderem, als dem Nationalverein. Nicht minder war es zum guten Theile das Werk des Vereins, wenn bei den Wahlen zum Reichstage der Partikularismus in den neupreußischen Provinzen und in den bundesgenössischen Staaten nicht die Oberhand gewann. Und daß die norddeutsche Bundesverfassung schließlich mit einer achtunggebietenden Mehrheit vom Reichstage angenommen wurde, daran haben die Männer des Nationalvereins und hat die langjährige politische Gemeinschaft, in welcher sie vorher mit einander gestanden, einen großen und augenscheinlichen Antheil.

Angesichts dieser Thatsachen ist die wegwerfende Miene, mit welcher das Preßorgan der preußischen Regierung von der Vergangenheit des Nationalvereins spricht, und die spöttische Betonung, mit welcher es die Namen Bennigsen, Miquel, Forckenbeck, Jungermann, Fries und so viele andere nennt, einigermaßen räthselhaft. Man weiß nicht, ob man diese affektirte Geringschätzung dem nackten Unverstande oder der Uebrschlauheit zuschreiben soll. Für den ersten dieser beiden Erklärungsgründe spricht jedenfalls die allgemeine Geistesbeschaffenheit der „Nordd. Allg. Ztg.", deren ursprüngliche Rohheit durch eine verspätete Erziehung und Schule nur halb hat gebändigt werden können. Aber selbst bei dem äußersten Grad von angeborner Beschränktheit, den wir der „Nordd. Allg. Ztg." bereitwillig zugestehen, ist es doch kaum anzunehmen, daß dieses Blatt seinem Naturell gegen den Nationalverein ohne alle Beigabe irgend eines Gedankens und einer Absicht den Zügel habe schießen lassen. Ganz unbegreiflich insbesondere ist es, daß ein ministerielles Berliner Blatt die zwischen dem Nationalverein und der Unione liberale in Bologna gewechselten Erklärungen auf reiner Dummheit zum Gegenstande seiner schlechten Späße machen sollte. Man mag der Unione liberale noch so wenig Bedeutung beilegen, so wird doch kein Mensch, dem nicht der letzte Funken politischer Vernunft abhanden gekommen ist, sich veranlaßt finden, über die Demonstration derselben gegen die französische Politik des Ministeriums Rattazzi, im Namen und unter Verantwortlichkeit der preußischen Regierung, öffentlichen Hohn zu ergießen. Man wird also unwillkürlich auf die Vermuthung gebracht, daß den Wipeleien der „Nordd. Allg. Zeitung" über die Deutschland freundlichen Gesinnungen der genannten Gesellschaft in Bologna irgend eine tiefe Absicht zu Grunde liegt, in welche einzudringen einem gewöhnlichen Menschenverstande nicht gegeben ist. Wäre dem aber nicht so, dann hätte man allen Grund zu fragen, ob jemals eine Regierung ihr Preßinteressen schlechtern journalistischen Händen anvertraut, als das Ministerium Bismarck.

Die hannover'schen Abgeordneten im deutschen Reichstage.

I.

S Wenn unsere Gesinnungsgenossen mit einer gewissen Befriedigung auf die Verhandlungen des lang erstrebten Parlaments hinblicken, so dürfen sie dies ganz besonders thun, weil unzweifelhaft, neben dem leitenden Staatsminister-Präsidenten Bismarck, die Mitgründer und Hauptförderer der Zwecke und Ziele des Nationalvereins, die HH. R. v. Bennigsen, Miquel und ihre hannover'schen Collegen dort eine hervorragende und einflußreiche Wirksamkeit entfaltet haben, auf die das Vaterland und insbesondere die Heimathsprovinz stolz sein kann. In letzterer hat bekanntlich der Nationalverein von Anbeginn her eine lebhafte Theilnahme gefunden und sich bei allen Gelegenheiten wirksam bethätigt, trotz der Verfolgungssucht der welfischen Partei, die von jeher in dem engherzigsten Partikularismus allen Einheits- und Freiheitsbestrebungen, zu ihrem eigenen Verderben, mit der rücksichtslosesten Anwendung jeglichen Mittels entgegentrat. Verfassungsbrüche, Adelsprotection, politzeiliche Vexationen, Nichtbestätigungen gewählter Gemeindebeamten, Unterdrückung der Presse und wie die Maßregeln alle heißen mögen, welche den Thron des blinden Königs „bis an's Ende aller Tage" festigen sollten, mußten die Erbärmlichkeit der Kleinstaaterei jedem verständigen und unabhängigen Manne längst klar machen, aus der nicht anders, als durch eine einheitliche Centralgewalt mit wahrer Volksvertretung, heraus zu kommen war.

Hätte man im Allgemeinen den deutschen Einheitsbau auch in Hannover lieber auf die deutsche Reichsverfassung gestützt, so mußten doch die letzten Stunden der Selbstständigkeit des Königreichs die lange gehegte Ueberzeugung bestätigen, daß auf ein wirkliches Aufgeben eingebildeter Souveränitätsrechte, Seitens der Welfenfürsten und ihrer Rathgeber, niemals zu rechnen war; und somit hat sich die national-liberale Partei, rascher als dies sonst geschehen sein würde, in die unerwartete Einverleibung des Landes gefügt und kräftig Hand mit angelegt, gegen die Mißstimmung alter Gewohnheitsmenschen anzukämpfen, was indessen leichter und erfolgreicher geschehen würde, wenn die Altpreußen es besser verständen, sich beliebt und angenehm zu machen, als sie es nun einmal können. Personen und Verhältnisse würden von letzteren ungleich schneller kennen gelernt sein, wenn man Männer der hannover'schen zweiten Kammer in Rath genommen, anstatt nur die bisherigen welfischen Ministerial-Polizei- und Consistorialbeamten zu hören, deren heimliche Sympathien

Digitized by Google

für die entschwundenen Zustände natürlich sind. Indessen, davon abgesehen, wird es sich gewiß rechtfertigen, wenn wir den Versuch machen, die Reichstags-Abgeordneten der Provinz Hannover zu charakterisiren, selbst auf die Gefahr hin, daß Manches von den hervorragenderen Persönlichkeiten Gesagte vielleicht einzelnen der Leser bekannt sein dürfte.

. Im Allgemeinen zeigen sie in ihrer parlamentarischen Thätigkeit eine im langjährigen Kampfe geschulte Schlagfertigkeit auf der Tribüne und fast sämmtlich sind sie nicht ohne Talent und Erfahrung im öffentlichen Leben. Zunächst freilich überragt sie alle der Präsident des Nationalvereins und Vicepräsident des Reichstags, R. v. Bennigsen, durch sein organisatorisches Talent, mit dem er schnell die nationalliberale Partei gebildet hat, deren Führer er selbstverständlich werden mußte. 1824 in Lüneburg geboren, wo damals sein Vater, der nachherige hannoversche Militärbevollmächtigte am Bundestage, in Garnison stand, besuchte Rudolph v. Bennigsen das Gymnasium seiner Geburtsstadt, dann das Lyceum in Hannover bis zum Jahr 1842, worauf er die Universitäten Göttingen und Heidelberg bis 1845 als Student der Jurisprudenz besuchte. Demnächst ward er Auscultator in Lüchow, dann Kanzleiauditor in Osnabrück, woselbst er mit seinem Gesinnungsgenossen Planck dauernde Freundschaft schloß. Als Justizkanzleiassessor fungirte er kurze Zeit in Aurich, um dann, im Jahr 1854, als Stellvertreter der Staatsanwaltschaft beim Obergerichte Hannover sein nachheriges rednerisches Talent seine ersten Proben ablegen zu lassen. Mit der heranbrechenden Reaktion wurde er auf seinen Wunsch als Mitglied des Obergerichts nach Göttingen versetzt, um dort zugleich, bei der Reichhaltigkeit der Universitätsbibliothek und im anregenden Verkehr mit Zachariä, sich vielseitiger auszubilden, als dies bisher möglich gewesen war. 1855 von der Stadt Aurich in die zweite hannover'sche Kammer gewählt, erblickt er zum Eintritt in dieselbe schon nicht mehr die ministerielle Genehmigung. Gewohnt, ein einmal gestecktes Ziel zu erreichen, legte er 1856 seinen Staatsdienst nieder, kennte auf dem Gute eines Schwagers in Hassenbeck die Landwirthschaft, um 1858 die Bewirthschaftung seines Stammgutes Bennigsen selbst zu übernehmen. In der Hauptstadt, in Dannenberg und Göttingen zu gleicher Zeit in die zweite Kammer gewählt, trat er, im Höhepunkte der Borries'schen Reaktion, die alle irgendwie abhängigen Kammercapacitäten bekanntlich ausgeschlossen hatte, in die ernattete Schlachtlinie mit jugendlicher Kraft und schlagfertigem Eifer ein. Galt auch der Lüneburger Oberbürgermeister Barckhausen als nominellen Führer der Opposition, in Wahrheit war es R. v. Bennigsen, der mit staunenswerther Raschheit und Klarheit sich eine gründliche Kenntniß der verwickelten Staatshaushaltsverhältnisse, der Militär- und Domanialsachen und aller ähnlichen Fragen verschafft hatte, die er mit solcher Ausdauer gegen die geborsame Beamtenphalanx des Borries'schen Regiments geltend zu machen wußte, daß er, bei allen Niederlagen in der Abstimmung, doch im Lande als der unbestrittene Sieger gefeiert wurde. Jeder Gegenstand der damaligen Kammerthätigkeit fand in Bennigsen den beredtesten Vertreter in solcher Weise, daß selbst der willfährigste aller Kammerpräsidenten, ein O. G. A. Heise, trotz aller Versuche, es nicht erreichen konnte, ihm eher das Wort zu entziehen, als bis Bennigsen das, was er wollte, schon gesagt hatte. Selbstverständlich ward B. mit Dankadressen und Ehrengeschenken überhäuft, je bitterer die Verfolgungslust des Hofes (der ihn allein von den Mitgliedern der 2. Kammer niemals einlud) und die Reaktion ihn zu umstricken suchte. Der Gen.-Polizeidirektor, Dr. Wermuth, das gefügsame Werkzeug der Welfen, welcher sein Leben 1867 als Selbstmörder beschloß, ließ damals v. B. bei allem seinem Thun überwachen und beobachten, ohne jedoch jemals im Stande gewesen zu sein, politische Schlingen aus seinem reichhaltigen Material für ihn zu finden. 1859 öffneten sich v. B. neue Bahnen der Thätigkeit, die Drohungen Napoleonischer Anmaßung wahnten durch seinen Mund das deutsche Volk zur Einigung, indem am 19. Juli 1859 35 hannover'sche Politiker, den württembergischen und nassauischen Patrioten folgend, ein auch v. B.'s Feder erganganes Schriftstück veröffentlichten, in welchem die nothwendige Umgestaltung der deutschen Verfassung betont und eine mit Parlament umgebene Centralgewalt verlangt wird. Aus diesen Anfangen entwickelte sich am 14. August zu Eisenach das erste Programm der neuen deutschen Partei, die am 15. und 16. Sept. in Frankfurt a. M. zur Gründung des Nationalvereins schritt, dessen Präsident und thätigstes Mitglied v. B. wurde und bis auf den heutigen Tag geblieben ist.

In fester und klarer diese nationale Richtung hervortrat und in Hannover sich vielseitige Unterstützung verschaffte, desto gefährlicher wurde den leitenden Regierungskreisen der Einfluß des Führers dieser Partei. Sie versuchte die Mitglieder derselben in moderner Weise zu ächten; alle staatlichen Geschäfte durften nicht mit ihnen gemacht, Curateln und gerichtliche Arbeiten ihnen nicht übertragen und die zu Gemeindeämtern aus ihnen Gewählten, nicht bestätigt werden. Alles aber vergeblich; das Ministerium Borries fiel bei Hof und im Volke, als man sich vermaß, mit dem neuen Katechismus in die heiligsten Gefühle einzudringen, und den Versuch machte, auch auf kirchliche Gebiete das Gottesgnadenthum zum Glaubensartikel zu machen. Obwohl diese Seite des öffentlichen Lebens offenbar R. v. Bennigsen bis dahin fern gelegen, so rief man ihn, den gewohnten Führer, doch wieder sofort an die Spitze der sich hochaufbäumenden Bewegung und mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit sahen wir v. B. in der Vorsynode die schwierigsten canonischen und dogmatischen Fragen behandeln, und Behauptungen, Anschauungen und Verkehrtheiten der widerspruchsungewohnten Kirchensäulen (wie Niemann, Münchmeyer, Munkel u. s. w.) zerlegen, als wäre dies sein eigentliches Feld der Arbeit von jeher gewesen. Ihm und der Nachgiebigkeit des damaligen Cultusministers Lichtenberg verdankt Hannover wesentlich die „Kirchenvorstands- und Synodalordnung für die ev. luth. Kirche" vom 9. Okt. 1864, in der freilich längst nicht Alles erreicht ist, was v. B. und seine mit ihm übereinstimmenden Vertreter der Gemeinden verlangten, aber doch eine Grundlage geschaffen wurde, auf der das Gemeindeprincip den hierarchisch-consistorialen Bestrebungen die Spitze bieten kann, wenn das Gesetz in seiner Ausbildung nicht gewaltsam zerstört wird. Würde in allen preußischen Provinzen die evangelische Kirche ähnlich organisirt, es würde sich bald eine deutsche protestantische Kirche herausbilden und ein Oberkirchenrath in die heiligsten Rechte des Volkes' ungestraft eingreifen können. —

Je näher aber die kriegerischen Ereignisse und Verwicklungen heranrückten, desto lauter mahnte v. B. in der 2. Kammer an eine Aenderung der hannöverschen Politik, die von der Hand des Grafen-Platen und seines Lehrer's Zimmermann, geleitet wurde. Vergeblich; dem Einfluß des letzteren gelang es noch Ende 1865, ein Ministerium Bacmeister, Diedrichs, Leonhardt-Hodenberg zu bilden, welches, im Volke mit gerechtem Mißtrauen aufgenommen und nach oben ohne Kraft, völlig außer Stande war, das Staatsschiff in ruhigen, gefahrvolle denn in bewegten Zeiten zu leiten. Mit der den Bennigsen'schen Reden eigenen Feinheit charakterisirte er die Unbedeutenheit und Unfähigkeit der ihm gegenüberstehenden Minister, und verlangte, daß das Land anderer, vertrauenswürdigerer Leitung übergeben werde, worin er von der Mehrheit der 2. Kammer ebenso kräftig unterstützt ward, wie ihm die Ritter der Adelskammer in ihrer Kurzsichtigkeit entgegenstraten, um den König in seiner Verblendung zu stützen. Zuzwischen (1866) ließ das unter Leitung des Reg.-R. Wehing und des berüchtigten O. Klopp stehende Pressbureau eine Flut Schmähartikel gegen v. B. los, in denen er als Landesverräther gekennzeichnet und mit andern Ehrentiteln belegt wurde, die bei den ungebildeten Klassen den Erfolg erreichten, daß v. B. auch heute noch bei denselben als derjenige angesehen wird, welcher den Preußen das Land überliefert habe, während jeder einsichtige Politiker weiß, daß, hätte die Regierung Georg's seinen Rathschlägen Folge geleistet, er noch heute auf seinem Thron säße. Wir haben aber noch in keinem Falle die Macht der kleinen Presse, mit ihrer schlau angelegten Verläumdung, so erfolgreich gesehen, wie in diesem Falle, zumal es

Digitized by Google

nur dadurch allein sich erklären läßt, daß v. B. bei der diesjährigen Parlamentswahl in der Hauptstadt gegen v. Münchhausen unterlag, der noch in der letzten Stunde mit ihm für den sog. Neutralitätsantrag stimmte, und sich bei der Masse nur dadurch rehabilitirte, daß er beim Könige von Preußen der Dolmetscher des Schmerzensschrei's der Welfenfreunde wurde.

Daß v. B. die ihm gleich nach der preuß. Okkupation angetragene Leitung des Landes ablehnte, zeugt wiederum von dem richtigen Takt, der ihn in allen öffentlichen Angelegenheiten sicher leitet und ihm von Beginn seiner Laufbahn die Achtung auch der ehrlichen Gegner erzwungen hat. Sehr weise würde es aber, nach unserer Auffassung der Sachlage, von der preußischen Regierung gewesen sein, wenn sie frühzeitig sich des Raths des „gründlichsten Kenners der hannov. Zustände und Personen bedient hätte; manche Mißgriffe würden vermieden und viele Schwierigkeiten leichter überwunden sein. Der sonst so gewandte General-Gouverneur v. Voigt's Rhetz war lange Zeit in Hannover anwesend, ehe er einmal die gewichtigste Persönlichkeit des Landes gesehen, geschweige denn näher kennen gelernt hatte. Die Bremen'schen Marschen, der politisch gebildetste und durch Gemeindefreiheit an selbständiges Urtheil meist gewöhnte Theil Hannover's bezeugten durch v. B.'s fast einmüthige Wahl in den nordd. Reichstag die Festigkeit ihrer bewährten Gesinnung; sie können stolz darauf sein, jener Versammlung den Vicepräsidenten und einen der bedeutensten Männer des Vaterlandes gesandt zu haben. — v. B.'s Auftreten im Verkehr ist anspruchslos, sein Organ deutlich, doch nicht besonders modulationsfähig. Dennoch weiß er durch den Inhalt seiner raschen Rede, durch seinen Gedankenreichthum, durch die Menge neuer Gesichtspunkte schnell die Zuhörer lautlos zu fesseln und mit sich hinzureißen und zwar so, daß selbst altgewohnte Kammermitglieder gemeiniglich seine letzte Rede für die beste zu erklären pflegen. Er spricht nicht oft und nur dann, wenn Fragen von größerer Tragweite ihn dazu auffordern; er wird niemals müde, zu wirken, seine Anstrengung ist ihm zu groß, keine Reise zu unbequem, wenn sie ihm zur Erreichung seiner Ziele erforderlich scheint; Opfer jeder Art an Zeit, Geld und Kraft bringt er für die gute patriotische Sache willig, und vergißt dabei niemals, sich gründlich vorzubereiten und zu orientiren. Seine hervorragende Thätigkeit im Nationalverein, auf dem Abgeordnetentage und jetzt im Reichstage liegt genugsam öffentlich und noch zu frisch vor, als daß wir hier ein näheres Hineingehen für sachgemäß halten könnten; täuscht uns nicht Alles, so wird v. B., bei gesunder Entwicklung der deutschen Zustände, noch berufen sein, die Ideen, für die er mit so großartigen Erfolgen gewirkt hat, praktisch mit durchzuführen, uns sich den Dank des ganzen deutschen Vaterlandes, einig, mächtig und frei, dauernd zu bewahren.

J. Miquel, Nachfolger des Dr. Stüve im Bürgermeisteramte zu Osnabrück, ist unzweifelhaft nach Bennigsen der bedeutendste Hannov. Abgeordnete auf dem Reichstage und in manchen Rücksichten eine nothwendige Ergänzung des ersteren. Lebhaft, feurig, dabei doch vorsichtig und diplomatisch, weiß er mit kräftigen Organe, durchdringenden Blick und weckenden Bildern die Zuhörer zu fesseln und durch scharfe Dialektik die Zweifelnden zu überzeugen; ausgestattet mit gründlichen juristischen und volkswirthschaftlichen Kenntnissen, im praktischen Leben als langjähriger vielbeschäftigter Advokat und als Wortführer des Bürgervorstehercollegiums in Göttingen geschult, versteht er es meisterhaft, den Verhältnissen und Personen Rechnung zu tragen, ohne den Principien der Partei etwas zu vergeben. Von französischer Abstammung, verlebte er seine Jugendzeit bei seinem reformirten Vater, einem gescheidten praktischen Arzte in Bentheim, unmittelbar an der holländischen Grenze, studirte dann in Göttingen die Rechte, betheiligte sich daselbst schon 1848, als Student, an der fortschrittlichen Bewegung als agitatorischer Redner und blieb dort als Advokat, um seinen Einfluß auf die Stadt und die ländliche Umgebung in liberalem Sinne geltend zu machen; was ihm auch dermaßen gelang, daß fast durchweg aus dem Göttingenschen nur oppositionelle Abgeordnete in die 2. Kammer gesandt wurden. War sein Ruf als Vertheidiger bei den Geschworenengerichten auch groß, einen fehdegränbten politischen Namen schaffte er sich erst durch seine Schrift gegen die Domänenausscheidung, welche den König zum „ersten Grundbesitzer", und das Land, zu Gunsten der Dynastie, um mehre hunderttausend Thaler jährlich ärmer gemacht hatte. Als Abgeordneter der kleinen Göttingenschen Städte im XV. Landtage waren es namentlich die finanziellen und rein politischen Fragen, in denen er hervorragend wirkte, und durch deren sachliche Behandlung er sich auch die Anerkennung seiner Gegner zu erwerben verstand und es ermöglichte, daß das Ministerium Hammerstein seine Bestätigung zum erwählten Bürgermeister von Osnabrück beim Könige durchsetzte, wo er sich bald, trotz der schwierigen confessionellen Verhältnisse, eine von allen Parteien geschätzte Stellung zu erobern gewußt hat aus welcher er, unter beispielloser Theilnahme der Bevölkerung, bei der Reichstagswahl nach Berlin berufen wurde, wo er, wie nicht anders zu erwarten, gleich beim Beginne der Verhandlungen sich als ein gewiegter praktischer Politiker erwies. Seine Thätigkeit im Ausschusse des Nationalvereins, seine Berichte und Vorträge in den Generalversammlungen sind noch lebendig genug in Erinnerung, und zeugen durchweg von außerordentlicher geistiger Begabung. Seine Gesundheit, die früher zu wünschen übrig ließ, hat sich neuerdings erfreulicherweise gebessert, so daß wir Hoffnung haben, ihn noch recht lange mit gleichem Feuer und gleicher Umsicht für die nationalen Ziele, wie bisher, wirken zu sehen.

Wenn von den beiden vorbergebenden Persönlichkeiten die Rede ist, dann wird regelmäßig neben ihnen ein Dritter genannt, Gottl. H. C. Pland, Obergerichtsrath in Meppen, geboren am 24. Juni 1824. Sein Großvater war der einst sehr berühmte, aus Schwaben nach Göttingen berufene Kirchenhistoriker, und sein Vater der verstorbene O.-App.-Ger.-Rath in Celle. Seine juristischen Studien betrieb unser Pland 1842—45 in Göttingen und Berlin, um dann die hannover'sche Richtercarriere zu machen. Ueberall wo er wirkte, wußte er mit großer Schnelligkeit und mit der liebenswürdigsten Bescheidenheit seine Umgebung für sich und wohl auch für seine constitutionellen Grundsätze zu gewinnen, und alle Versuche der Regierung, seinen Einfluß durch mehrfache Versetzungen zu brechen, schlugen stets in die entgegengesetzten Wirkungen um. Schon 1852 ward er in die zweite hannover'sche Kammer gewählt, in welcher er bis zum Jahr 1855 eine einflußreiche Stellung einnahm, obwohl er bei seinen Vorträgen oratorischen Schmuck völlig bei Seite läßt, nur in klarer, streng logischer Weise den Gegenstand zergliedert, klärt und zu überzeugen sucht. Als Graf Borries die Landesverfassung umstürzte, ward Pl. zunächst der Eintritt in die Stände versagt, allein er wirkte dessen ungeachtet für das Landesrecht unerschrocken weiter und wußte im kgl. Obergerichte Aurich ein richterliches Erkenntniß durchzusetzen, in welchem die Verfassungswidrigkeit der Octroyirungen ausgesprochen wurde, worauf dann neue Ordonnanzen und Beschränkungen der Competenz der Schwurgerichte erfolgten. Die gegen Pland eingeleiteten Disciplinaruntersuchungen blieben erfolglos, die polizeichen Ueberwachungen, welche ihn sogar auf den harmlosesten Urlaubsreisen verfolgten, zeigten nur die Verfolgungslust seiner Gegner in traurigem Lichte und hoben Pl.'s Ansehen im Volke um so höher, als ihm seine ganze Persönlichkeit die allseitigste Zuneigung leicht verschaffte. Die beiden von ihm herausgegebenen Schriften: „Ueber die verbindliche Kraft der Verordnung v. 1. Aug. 55 (Verfassungsumsturz) und „Die Rechtswidrigkeit des in Hannover bestehenden Verfassungszustandes" (1861) haben seinen Namen in alle juristisch-politischen Kreise Deutschlands getragen und ihm auf dem deutschen Juristentage sofort einen hervorragenden Platz im Ausschuß verschafft. Als die Reaktion Pl. nicht auf gesetzlichem Wege aus dem Staatsdienste beseitigen konnte, griff man zu dem unerhörten Mittel der Umgestaltung der hannoverschen Justizverfassung, deren Vorzüge gar nicht bezweifelt wurden, weil man nur auf diesem Wege die ausgezeichnete Arbeitskraft Pland's, durch Setzen auf Wartegeld (v. 1859—63), lahm legen konnte. Es war einer der ersten Schritte des noch schwachen Mini-

Digitized by Google

sterium Windthorst, die Wiederanstellung Planck's, wenn auch nur in dem abgelegenen Meppen, nicht ohne Mühe beim Könige Georg durchzusetzen. Daß er Mitglied des Reichstags werden mußte, stand in der öffentlichen Meinung fest; wenn es dennoch den Mühlereien des Adels und der Geistlichkeit gelang, an seiner Stelle zuerst den unbedeutenden Schatzrath a. D. von Bothmer durchzubringen, so vereinigten sich alle Parteien bei der Nachwahl in Celle, um Pl. an den Platz zu bringen, der ihm gebührte. — Leider sind seine Augen neuerdings nicht unbedenklich erkrankt, wodurch er ohne Zweifel an der ausgedehnten und wirksamen Thätigkeit im Reichstage gehindert ward, durch die er in der hannov. Ständeversammlung zu glänzen pflegte.

Aus Süddeutschland.

† Unter dem mächtigen Griff des Zeitgeistes geht dem Partikularismus zusehends der Athem aus. Die innerliche Vorbereitung der politischen Einheit ist heute in ganz Süddeutschland weiter vorgeschritten, als sie es im vorigen Frühjahr in irgend einem der norddeutschen Staaten war, die inzwischen in Preußen aufgegangen, oder doch Bestandtheile des norddeutschen Bundes geworden sind. Ist es nur dem kleinern Theile der Bevölkerung gegeben, den Bericht auf die Gewohnheit eines abgesonderten staatlichen Daseins mit Freudigkeit leisten zu können, so geht der große Haufen der einheitlichen Zukunft doch ohne Unruhe entgegen, und ohne den mindesten Zweifel, daß es sich hier um ein Verhängniß handelt, dessen Erfüllung nur noch eine Frage der Form ist.

Man hatte sich die Herstellung jenes Gesammtdeutschland, zu dem man sich ja von jeher bekannt, anders gedacht, oder geträumt, als sie jetzt im Werke ist, man war niemals mit sich selbst über die Bedingungen ins Klare gekommen, unter denen allein ein solcher Wechsel in den Staatszuständen möglich ist, man war nur dem Grundsatze, nach und in der Phantasie gut deutsch gewesen, im gegebenen Falle dagegen und in der Empfindung noch besser badisch, würtembergisch, baierisch geblieben, wie wir ja auch in Norddeutschland gesehen haben, daß die Nationalgesinnung die Probe des vorigen Sommers bei so vielen Leuten nicht aushielt, welche sich bis dahin für gute deutsche Patrioten gehalten und dafür gegolten hatten. Indessen, wie dort so hier, hat die inzwischen verlaufene Zeit bereits Wunder der Erkenntniß, der Bekehrung, der Resignation gewirkt. Von denen, welche nicht aus freiem Entschlusse der neuen Bewegung der deutschen Geschichte folgen können, verkennen doch nur die allerwenigsten deren unwiderstehliche Macht. Der Widerstand existirt noch und nach. Das lauteste Sprachrohr dieses Widerspruchs ist heute noch der Stuttgarter „Beobachter", der in zitternder Wuth zwischen den gröbsten Ereffen des Radikalismus und der königlich würtembergischen Loyalität hin und her schwankt. Bald ist es die Republik der Zukunft, bald die Ehre der würtembergischen Krone und die geheiligte Souveränetät ihres Inhabers, in deren Namen er gegen die deutsche Geschichte Protest erhebt. Keine Albernheit ist ihm zu groß, keine Fälschung zu plump, keine Inconsequenz zu grell, wenn es darauf ankommt, die Triebräder, den Verlauf und die Ziele der einheitlichen Bewegung zu verschreien. Hier eine Probe der Schaamlosigkeit, mit welcher der „Beobachter" sein Handwerk betreibt:

„Aus Oettingen, schreibt er, wandern in nächster Woche sieben junge, kräftige Burschen, im Alter von 18—20 Jahren, nach Amerika."

„Obgleich diese sieben Schwaben nicht gerade der gebildeten Klasse angehören, so sind sie doch alle bemittelt; Kummer und Noth kennen sie nicht. Uebermuth ist es auch nicht, was diese frischen und heimeligen Buben aus ihrem elterlichen Hause treibt; haben doch die meisten kaum ein paar Mal in ihrem Leben die Markung überschritten."

„Schuld an dieser Auswanderung ist ein trumm geschossener Mitbürger, welcher bei Taubenschlotzheim sich eine lebenslängliche Verkrüppelung im Bruderkrieg holte, und dieser jetzt täglich 16 kr. bezieht."

„Ohne so hohe Stiftung zu beziehen, um einzelnen, daß dieser ganz in der Ordnung ist, und daß für ein großes, mächtiges, von fremden Nationen gefürchtetes Vaterland als Invalide heranzukaufen, eine große Ehre ist, nehmen diese Burschen alle."

„Ein Krüppel mit täglich 16 kr., im künftigen deutsch-preußischen Militärstaat, verhält sich zu einem ganzen Menschen, mit täglich 2 Dollar Verdienst in der freien Republik Amerika, daß man das bekannte Stück aufstellt und, um das unbekannte Ich zu suchen, auswandert!. Welch ein Bauerngedanke!"

„Herr Hölder und Consorten werden gut daran thun, in der nächsten Kammersitzung Herrn v. Varnbüler um ein Gesetz gegen die Auswanderung zu bitten, sonst können sie bei dem verbrochenen Franzoseneinfang ihren Herrn und Meister Eisenhart die versprochene Kontingent schwäbisch Kanonenfutter nicht liefern, und selber mitgehen — ist so eine aparte Sache."

Um diese Erbärmlichkeiten vollständig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß der „Beobachter" es gewesen, welcher grimmiger als irgend ein anderes Preßorgan — mit Ausnahme etwa der damaligen „Neuen Frankfurter Zeitung" — zum Kriege gegen Preußen gehetzt, daß der „Beobachter" in dem rasenden Geschrei über die Feigheit und den Verrath, welche durch die Neutralität Süddeutschlands begangen werden würden, ein Tonangeber war. Daß „der preußische Militärstaat", obgleich er im vorigen Jahre unzweifelhaft den Frieden mit Süddeutschland wollte, jene Krüppel von Tauberbischofsheim auf dem Gewissen habe, daß „der preußische Militärstaat" verantwortlich sei für die ungenügende Versorgung der würtembergischen Invaliden, daß es in Nordamerika keine Krüppel und keine Kriegsgefahr gebe, daß die jungen Leute in Schwaben wohl thun, wenn sie sich jenseits des Meeres gegen die Gefahr, dem Vaterlande dienen zu müssen, in Sicherheit bringen, daß der brovestehende Franzoseneinfall eine persönliche Sache Bismarcks sei, die Deutschland nichts angehe, daß die nationale Gesinnung der deutschen Partei in Würtemberg ein Verrath an dem Schwabenthum sei — das ist, in wenigen Zeilen, ein halb Dutzend Insinuationen, wie sie dreister und lügnerischer zugleich wohl kaum der berüchtigte Münchner „Volksbote" jemals zusammengebracht hat, obgleich sein heiliger ultramontaner Haß mit der radikalen Wuth des „Beobachters" sonst ziemlich erfolgreich wetteifert, wenn es gilt, Gift und Galle gegen Preußen und dessen Politik und die ihm zugewandte nationale Partei zu speien.

Baden hat gleichfalls einen „Beobachter", welcher seinem Stuttgarter Namensvetter in Leistungen dieser Art würdig zur Seite steht, das einzige Organ, welches der Ultramontanismus in der badischen Tagespresse besitzt. Gegen die sonstige Gewohnheit seiner kirchlichen Patrone treibt der badische Beobachter die Offenherzigkeit bis zum frechsten Cynismus. So verlangt er zum Beispiel nicht bloß ohne Scheu, daß Baden und ganz Süddeutschland im Kriege gegen Frankreich neutral bleibe, sondern er erklärt sogar, indem er angeblich französische Stimmen wiedergibt, daß Frankreich, wenn es die preußische Kriegsmacht „in Scherben schlage," der Menschheit überhaupt und Deutschland insbesondere, dadurch einen großen Dienst erweisen werde, weil nur auf diese Weise Ruhe und Friede in Europa wiederhergestellt werden könne. —

Von ein paar andern Blättern ähnlichen Gelichters ein ander Mal.

Aus Preußen, 28. April. Der Bundesrath, dieses Kollegium fürstlicher Bevollmächtigter, mit seinem Antheil an der Exekutive und der Mangel einer verantwortlichen Regierung im neuen Bundesstaate, das sind, in Verbindung mit der Verfassung der Diäten, die Einrichtungen, gegen die man im Lande, vom konstitutionellen Standpunkte aus, die größten Bedenken hegt. Man kann sich nicht verhehlen, daß der Bundesrath unter Umständen doch so sehr ungelegener Zeit einen Versuch wagen könnte, Preußen zu majorisiren, wenn dieses grade alle Kräfte gegen den äußeren Feind nöthig hätte. Man wird einzelnen Dynastien im Bunde schwerlich großes Unrecht thun, wenn man annimmt, daß ihre Liebe zu Preußen genau so weit reicht, wie ihre Furcht vor Preußen, was freilich unter Umständen praktisch genügen kann. Dem „leichtredenden Munde" des darmstädtischen Bevollmächtigten z. B. entquollen in Berlin geflügelte Worte warmer Sehnsucht nach

Digitized by Google

dem Anschluß des ganzen darmstädtischen Landes an den norddeutschen Bund, die zwar die die dortige Bevölkerung zu vermirklichen strebt, die aber nichtsdestoweniger mit den in Darmstadt an hoher Stelle geäußerten Gefühlen gegen Preußen im grellsten Widerspruch stehen; aber die Militär-Konvention ist doch unterzeichnet. Die Neutralität Oesterreich's, mit welcher sich Herr v. Beust beschieden zu wollen Miene macht, scheint doch nicht ganz frei von Gelüsten nach einer Mediator-Rolle, wie sie Metternich 1813 spielte, und an der Neigung, sie gegebenen Falls auf Kosten Preußens zur Wiedererrichtung Habsburgs auszubeuten, wird es dort sicher nicht fehlen. Hoffentlich werden zwar solche Träume, wie so manche andere vorher, der Wucht der Ereignisse, die sich vorbereiten, nicht Stand halten, und nach den uns aus Süddeutschland zugehenden Nachrichten (über die Haltung Warnbüler's z. B.) müssen sie schon heute zerrinnen, wie Schnee an der Märzensonne. Aber man kann sich im Lande doch nicht ganz der Sorge entschlagen, daß der neue Bundesstaat durch die Institution des Bundesrathes an freier Entfaltung seiner Macht gelegentlich sehr erheblich behindert werden könnte. Indessen, wie dem auch sei, ich glaube, daß eine Resignation in dieser Hinsicht durch die Umstände dringend geboten war. Der Reichstag hätte vielleicht die Diäten und die Verantwortlichkeit der Chefs der einzelnen Verwaltungszweige, die dem Bundespräsidium übertragen sind, erstreiten können*), wenn seine national-liberale Fraktion eine fest geschlossene Partei und nicht ein Konglomerat von manchen sehr unähnlichen Elementen gewesen wäre. Aber die Errichtung einer einheitlichen Centralgewalt in der Hand Preußens, wie sie die Linke in bundesstaatlicher Consequenz beantragte, war doch eine so vollständige Aufhebung der wichtigsten Grundlage des ganzen von den Bundesregierungen vereinbarten Verfassungsentwurfes, der formellen Gleichheit der einzelnen Bundessouveraine, daß die preußische Regierung in dem gegebenen Augenblick unmöglich darauf eingehen konnte, sowohl aus Rücksicht auf ihre Bundesgenossen, als auch auf das lauernde Ausland. Da mußte man sich mit dem aufgestellten Auskunftsmittel bescheiden, welches, wie schwer es auch gegen die staatsrechtliche Doktrin verstoßen mag, doch am Ende die realen Machtverhältnisse ziemlich getreu wiederspiegelt. Denn man muß doch auch gestehen, daß ein korrekter Bundesstaat, wie er in der Reichsverfassung von 1849 theoretisch aufgestellt war, ohne daß seine Ausführbarkeit praktisch erwiesen wäre, unter Staaten von einer so ungeheuren Machtverschiedenheit, wie Preußen und Bückeburg, oder Reuß ä. L., kaum ohne Lächeln gedacht werden kann. —

Neben diesen erheblichen Schattenseiten findet man aber in der neuen Verfassung doch auch sehr hervortretende Lichtseiten. Die volkswirthschaftlichen Vortheile springen zu sehr in die Augen, als daß man davon zu reden brauchte, wenn auch manche Bestimmungen, wie z. B. das allgemeine Indigenat, erst durch die ausführenden Gesetze, und durch die Revision der Gemeinde-Gesetzgebung in den einzelnen Ländern, praktischen Werth erhalten. Im Uebrigen entspricht die Verfassung, obgleich die „Volks-Ztg." die bevorstehende konstitutionelle Entwicklung in Oesterreich hoch über sie stellt, nicht nur den Erwartungen, welche die billig denkenden Männer im Lande an sie, unter den gegebenen Umständen, knüpften, sondern sie übertrifft dieselben in mancher Hinsicht; sie enthält gesunde Keime des konstitutionellen Staatslebens, und jedenfalls hat Deutschland noch niemals eine staatliche Organisation besessen, welche die Zusammenfassung seiner Kräfte, dem Auslande gegenüber, in solchem Maaße sicherte — trotz aller geschwollenen Phrasen von der Zerreißung Deutschlands in zwei oder gar drei Theile. An den Zuständen der Vergangenheit muß man den Werth der Errungenschaften der Gegenwart messen, nicht an den Idealen der Zukunft. Jeder Tag hat seine Last und jede Zeit hat ihre Aufgabe. Hat der Reichstag sich auch bei manchen Forderungen resigniren müssen, so hat er doch weder im Finanz-, noch im Kriegswesen, irgend ein verfassungsmäßiges Recht aufgegeben, wenn er auch für eine bestimmte Uebergangszeit auf die Ausübung einzelner verzichtete. Daß die siebenjährige Dienstzeit im stehenden Heere durch die Verfassung festgestellt ist, mag man unpassend finden; aber die Deklamationen gegen das Amendement Bennigsen-Ujest, welches auch noch nach 1871 mit der jetzigen Friedensstärke rechnet und die gegenwärtige Organisation zur Grundlage der Etatsaufstellung nimmt, sind doch in der That nur leere Worte. So lange der norddeutsche Bund eben nur der norddeutsche Bund, so lange sind beide Dinge unabänderlich gegeben; darüber kann sich Niemand täuschen. Wenn aber die s. g. „Entschiedenen" die der Regierung für die nächsten Jahre gelassene freie Hand in militärischen Dingen als einen Verrath der konstitutionellen Freiheit an den Absolutismus brandmarken zu können meinen, so beweisen sie eben auf's Neue, daß sie die nothwendigsten Bedingungen einer neuen Staatenbildung nicht kennen und daß die Zustände in Europa Faktoren sind, die sie in ihre politischen Rechenexempel nicht aufnehmen. Es ist wahr, daß die Kleinstaaten die geforderte Militärlast nicht tragen können; aber das beweist doch am Ende nur, daß sie die Bedingungen nicht erfüllen, die einem Staate erst das Recht geben, selbstständig zu existiren, — und daraus lassen sich doch sehr verschiedene Schlüsse ziehen. —

Vielfach beklagt man den Mangel an Grundrechten in der Verfassung und mit Recht; indessen die Folge davon ist doch nur, daß die Staaten, denen sie noch fehlen, sie nun auch nicht ohne Weiteres erhalten, keineswegs aber, daß sie denen, die sie besitzen, nunmehr genommen werden sollen — ein Mißverständniß, welches ich, in Folge der leidenschaftlichen und unklaren Auslassungen der radikalen Presse über diese Beschlüsse, mehrfach im Lande gefunden habe. Die vorhandenen Grundrechte bleiben, wie sie manche andere Verheißungen, natürlich im Text der Verfassung stehen, bis das Volk die Macht hat, ihre Verwirklichung durchzusetzen. Aber wenn die Verfassung auch noch viel unvollkommener wäre, als sie wirklich ist, wenn man auch noch viel mehr Auststellungen an ihr, vom Standpunkte des staatsrechtlichen Doktrin und der konstitutionellen Theorie, zu machen hätte, deren Vermehrung in der That keine schwere Aufgabe sein würde: — sie ist nun einmal, sobald sie die unzweifelhafte Genehmigung der einzelnen Landtage erhalten hat, verfassungsmäßiges Recht des Landes und der gegebene Boden, auf dem wir uns entwickeln müssen, wenn wir nicht vom wirklichen Leben uns absondern wollen, um uns in Zukunftsträumereien zu versenken. Wir sind in's Wasser geworfen oder gefallen, und müssen nun, wohl oder übel, schwimmen, wenn wir nicht ersaufen wollen, was uns freilich, wie so manchen anderen, bei diesem Experiment passiren kann, falls die liberale Partei bei den künftigen Wahlen ihre Schuldigkeit nicht im vollsten Maße thut. Reactionäre Majoritäten bringen die Freiheit allerdings, auch bei der besten Verfassung, in große Gefahr; aber diese Gefahr ist, wie die Möglichkeit der Konflikte, begründet im innersten Wesen des Konstitutionalismus; sie beseitigen, hieße diesen vernichten. —

Der Landtag wird also doch vom Könige in Person eröffnet werden. Nach den offiziösen Blättern sollen ihm keinerlei Mittheilungen über die kurembourgische Frage gemacht werden, weil er nur zur Beschlußfassung über die Bundesverfassung einberufen sei. Das wird doch wohl sehr von der weiteren, rascheren oder langsameren Entwickelung dieser Frage abhängen. Auch könnten in der Zwischenzeit zwischen den beiden Abstimmungen über die Verfassungs-Aenderungen sehr gut einige dringliche Sachen abgemacht werden, z. B. die Aufhebung der Zinsbeschränkung für hypothekarische Anleihen, welcher das Herrenhaus, trotz der Uebereinstimmung der beiden anderen Faktoren der Gesetzgebung, seine Zustimmung versagte, die Beseitigung der noch bestehenden Schranken der Gewerbefreiheit, die doch, nach ihrer Abschaffung in Hannover u. s. w. unmöglich in Preußen bestehen bleiben können. Jener königl. Erlaß, so wie der über die Regulirung des Jagdrechts in Nassau und namentlich die Uebernahme der Frankfurter Kon-

*) Schwerlich. D. H.

Digitized by Google

tribution als Staatsschuld, sind im Lande mit großer Befriedigung aufgenommen. Im eigenen Lande haben wir leider noch immer über mancherlei Nachweisungen der Parteiregierung zu klagen. Drohungen und Belästigungen von Lehrern und Beamten wegen liberaler Wahlen; eine Beschaltenheitserklärung wegen eines politischen Preßprozesses; ungebeuerliche Anklagen gegen freisinnige Zeitungen, die unermüdlich, wenn sie bei dem einen Gericht zurückgewiesen sind, bei einem anderen, vielleicht zuverlässigeren, fortgesetzt werden; Fortsetzung und sogar Kumulirung der verschiedenen Untersuchungen gegen den Abg. Twesten; Nichtbestätigung jüdischer Beisitzer bei Handelsgerichten; Ausschließung des jüdischen Religionsunterrichts aus dem Stundenplan der Realschulen: — man sieht aus dem Allem, wie schwer und langsam die Genesung aus krankhaften politischen Zuständen ist. Namentlich die Provinzial-Behörden (in Gumbinnen und Königsberg zumal) gewöhnen sich nur schwer daran, von den früheren Maßregelungen und Verfolgungen der Liberalen abzulassen, selbst wenn ihnen in diesen Beziehungen energischere Weisungen zugingen, als wir Seitens der Minister des Innern, der Justiz und des Cultus anzunehmen berechtigt sind. —

Die Benurruhigung über die Schwerfälligkeit der Regierung in der luxemburgischen Angelegenheit, die im Lande sich zu regen begann, ist gewichen, seit die offiziösen Blätter erklärt haben, daß Preußen die Meinung der Unterzeichner der Verträge von 1839 wohl über die Zulässigkeit der Abtretung Luxemburgs, keineswegs aber über das preußische Besatzungsrecht eingeholt habe, auf welches es in keinem Falle verzichten werde. Das ist die Meinung aller Parteien im Lande, — die „Köln. Ztg." ausgenommen, welche die Wahrung der deutschen Festung, die Preußen in Folge seiner Siege von 1815 anvertraut wurde, „Chauvinismus" nennt. Der plumpe Kniff des Bonapartismus, welcher den „Bericht" auf den schamlosen Länderschacher als ein großes „Opfer" für die Erhaltung des Friedens bezeichnet und nunmehr alle Schuld auf Preußen wirft, wenn es bei seiner „Herausforderung" beharrt, täuscht Niemanden. Wenn die Franzosen Luxemburg einen Dolch gegen Frankreich nennen, wie sollen wir Deutschen Metz und Straßburg bezeichnen? Die Stimmung des Volkes ist ruhig, aber entschlossen. Man hört nichts von Rüstungen, ist aber überzeugt, daß die französischen scharf genug überwacht werden, um uns vor Ueberraschung zu schützen. Frankreich streckt die Hand, ohne allen Rechtsvorwand, nach Dingen aus, die ihm nicht gehören, oder mutbet uns zu, unsere Gränzen preiszugeben. Wir wollen behalten, was wir haben, und wollen vor allen Dingen dem Auslande zeigen, daß wir endlich Herrn im eigenen Hause sind. Das Volk liebt den Frieden; das ist natürlich bei allgemeiner Wehrpflicht; wenn der Krieg ihm aufgezwungen werden sollte, der Ausbruch seines Zorns würde furchtbar sein.

Einführung des Zollvereinstarifs in Schleswig-Holstein.

Eine königliche Verordnung vom 18. April führt in Schleswig-Holstein mit einigen Vorbehalten und Uebergangsbestimmungen den Zollvereinstarif ein. Dies ist eine Vorbereitung zum förmlichen Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein, nicht schon der Eintritt selbst, denn die Zolllinie zwischen dem alten Zollverein und den Herzogthümern bleibt einstweilen noch bestehen, und in die Festungsverhältnisse des Zollvereins sind die Herzogthümer (oder der preußische Staat in Bezug auf sie) ebenfalls noch nicht aufgenommen. Eine derartige Vorbereitungsmaßregel erschien bei der Vereinigung zweier bisher getrennten Zollgebiete nothwendig, um dem fiscalischen Nachtheil zu entgehen, daß große Lager von Waaren, die in dem einen Gebiet erheblich niedriger besteuert sind als in dem andern, dort kurz vor dem Verschmelzungs-Zeitpunct angehäuft und nach demselben dann über das andere Gebiet ausgeschüttet werden. Während der ersten großen Periode des preußisch-deutschen Zollvereins brachte man die Nachbesteuerung zur Anwendung, zuletzt als Braunschweig den hannoverschen Steuerverein mit dem preußischen Zollverein verbunden. Allein dieses Verfahren war der davon betroffenen Geschäftswelt, deren Läden und Magazine von Zollbeamten durchstöbert wurden, mit Recht so verhaßt, daß man ihm bei der Aufnahme des ganzen Steuervereins in den Zollverein entsagt hat. Statt dessen trat damals das jetzt auf Schleswig-Holstein angewendete Verfahren ein. Vom 1. März 1853 an galt in Hannover, Oldenburg und Lippe der Tarif des Zollvereins, während die eigentliche Einkraft in den Zollverein bekanntlich erst am 1. Januar 1854 erfolgte.

Die Verordnung vom 18. April läßt diese Frist bis zu ihrer Gültigkeit offen; sie ist an dem Tage in Kraft getreten, wo sie den schleswig-holsteinischen Zolldehörden zugekommen ist. Diese Eigenthümlichkeit mag im Interesse der Zollvereinskasse durch den Zweck der ganzen Maßregel bedingt sein. Aber eine gewisse Härte schließt sie in unbestreitbar in sich, da doch wohl eine Reihe von Geschäften, welche auf die vorwiegend niedrigeren schleswig-holstein'schen Zollsätze gegründet waren, noch schweben und in der Ausführung begriffen sein wird. Was bei dem schleswig-holsteinischen Tarif eine gesunde Speculation sein mochte, das kann bei dem Zollvereinstarif ein geradezu ruinöses Geschäft sein. Wenn daher selbst eine kurze Frist von wenigen Wochen zwischen der Verkündigung und der Giltigkeit des Zollvereinstarifs im fiscalischen Interesse unzulässig erschien, so hätte man doch wenigstens irgend eine Clausel einschieben sollen, durch welche Beziehungen, die unbezweifelbar vorher und in gutem Glauben eingeleitet worden, zu den alten Zollsätzen ins Land kommen könnten. Der Schaden trifft weniger die auswärtigen Lieferer, als die schleswig-holsteinischen Bezieher, auf welche jene billige und vernünftige Rücksicht zu nehmen man in Berlin doch sicher geneigt sein wird. (Berner Handelsbl.)

Berlin, 27. April. Sie gehen, sie kommen: — die eine parlamentarische Versammlung geht der andern die Thür in die Ferse. Der Reichstag ist vor acht Tagen geschlossen und übermorgen schon werden wir seine preußischen Mitglieder zum größten Theil wieder auf der politischen Bühne agiren sehen, die einen in den Hallen der Volksvertretung, die für diesmal, wegen eines Umbaues im Abgeordnetenhause, wirklich auf einer Bühne im neorgyptischen Stile des Werder'schen Schauspielhauses; die andern in den stillen Räumen des Herrenhauses, in denen die Herren v. Kleist-Retzow, Senfft-Pilsach und Genossen gewiß nur mit großem Widerhagen und schwerer Sorge den nationalen Geist haben umgehen sehen — trotz der zahlreichen vermeintlichen und wirklichen Beschwörer. Berlin ist ohne parlamentarische Versammlung fast nicht mehr denkbar. Dazu nun noch die bevorstehende Eröffnung der Landtage in allen übrigen Bundesstaaten: — wenn es wirklich einmal Bismarck's Absicht gewesen ist, den Parlamentarismus durch die Volksvertretung umbringen zu lassen, so fehlt es wahrlich nicht an Gelegenheit dazu, und wenn der Zweck, wie es scheint, doch nicht erreicht wird, so muß der Parlamentarismus doch wohl zäher und lebenskräftiger sein, als seine Gegner gemeint haben. —

Die Verfassung, wie sie aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangen ist, hat unzweifelhaft — trotz aller Anerkennungen — ihre großen konstitutionellen Fehler, die im Lande schwere Bedenken erregen; aber darin stimmt man doch fern Abg. v. Bennigsen bei, daß sie auch gewisse Keime für eine freiheitliche Entwickelung enthält, die bei irgleicher und geschickter Pflege gewissen müssen. Dazu ist sie mit einer Mehrheit von 230 gegen 53 Stimmen — immer wieder Demokraten, Particularisten und Ultramontane — angenommen, und ohne Zweifel wird sie auch im preußischen Abgeordnetenhause, wo in den übrigen Landtagen, mit überwiegender Majorität angenommen werden. Im Lande wenigstens würde man eine Verwerfung der Verfassung im Abgeordnetenhause nicht begreifen und sicher entschieden verurtheilen. Man theilt die Ueberzeugungen der Waldeck, Schulze u. a., auch wenn man sie nicht theilt, und bedauert vielfach den geringen Erfolg ihrer Anstrengungen, aber darum verschließt man die Augen nicht vor dem großen Fortschritt, der auch in dieser Verfassung, den früheren deutschen Zuständen gegenüber, liegt, und für keine seiner Anstalten wird der alte Waldeck, trog aller persönlichen Verbrauung, geringeren Beifall im Lande finden, als für die, daß am Ende das Schicksen der vorliegenden Verfassung leicht zu verschmerzen gewesen sei, weil man ja, der etwa von außen drohenden Gefahr gegenüber, die — Militär-Bündnisse mit dem Süden habe. Eine noch so mangelhafte bundesstaatliche Verfassung mit parlamentarischen Institutionen und ein Militärbündniß — das sind doch wohl gar zu inkommensurable Größen. Die demokratischen Gegner der Verfassung werden doch hoffentlich nicht dem ersten Grundsatz jeder Demokratie, daß die Minderheit sich der Mehrheit fügen muß, in's Gesicht schlagen und etwa gar die verhetzte Taktik von 1849 wiederholen wollen. Jetzt ist der gesetzliche Boden gegeben, auf dem wir alle gemeinsam weiter arbeiten müssen. Wer sich beeilen weigert, der kann sich nicht wundern, wenn ihn das Volk zu neuen zählt, welche die Einheit Deutschlands überhaupt nicht wollen, sei es aus unverbesserlicher Ideologie, aus perfönlicher Verblendheit oder — aus sehr unpatriotischen politischen Motiven. Das Alles gehört natürlich innerlich nicht zusammen; aber es läuft neben einander her und ist nicht immer von einander zu halten. In den Kreisen in Hannover z. B., in denen man gewiß die dortigen gegen die Verfassung vollendet Abgeordneten am liebsten sieht, mehren sich die welfischen Bühlereien und Hetzereien im gleichen Verhältniß mit den steigenden kriegerischen Aussichten, und wo diese Leute sich nicht gehindert glauben, machen sie kaum ein Hehl aus ihrer freudigen Hoffnung auf ein großes Unglück Preußens, um auf erstes Krümmern die verlorene hannöversche Herrlichkeit wieder aufzurichten. Das ist der deutsche Patriotismus der welfischen Parteihäuptern — und die Ultramontanen stehen sicher in dieser Hinsicht nicht hinter ihnen zurück. —

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 103. Heidelberg, den 9. Mai. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Preußischer Landtagsbrief. — Der Verrath der Nationalliberalen. — Die Klerer'sche Sprachkarte. — Der deutsche Rechtsschutzverein in London. — Oestreichische Armeeverhältnisse. — General Trochu über den Krieg. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 7. Mai.

* Die Cabinette, die Parlamentssäale und die Regierungspresse hallen wider von Worten des Friedens, die europäische Diplomatie, welche heute oder morgen in London das große Vermittlungswerk in die Hand nimmt, zeigt die zuversichtlichste Miene, die Völker beruhigen durch tausend Kundgebungen ihre versöhnlichen Gesinnungen und ihr Bedürfniß der Ruhe — und gleichwohl macht sich alle Welt auf das Schlimmste gefaßt. Die Friedenswünsche sind in Aller Herzen, die Friedenshoffnungen nur auf den Lippen und auf dem Papier; der zur Schau getragene Glaube an den Erfolg der Londoner Conferenz ist ein Selbstbetrug der Heuchelei.

In der That, Jedermann weiß oder fühlt, daß Luxemburg bei der deutsch-französischen Streitfrage nur die Bedeutung eines Vorwandes, oder höchstens eines Anlasses hat, daß es also weder der preußischen Regierung noch dem Tuilleriencabinette ernstlich darum zu thun sein kann, diesen Vorwand durch ein wirkliches Opfer zu beseitigen, welches nicht wenigstens durch den damit gemachten Zeitgewinn ausgeglichen würde. Preußen ist aber, nach der allgemeinen Annahme, in der Lage, vielmehr die Beschleunigung der Crisis als deren Verzögerung wünschen zu müssen, und Frankreich hat, aller Wahrscheinlichkeit nach, den anfänglichen Vorsprung Preußens während der letzten Wochen so weit nachgeholt, daß ihm ein längerer Aufschub kaum von hinlänglichem Werthe sein wird, um denselben durch irgend einen namhaften Verzicht zu erkaufen. Damit ist das äußerste Mißtrauen gegen den bevorstehenden diplomatischen Ausgleichungsversuch hinlänglich gerechtfertigt. Mag derselbe aber gelingen, oder fehlschlagen, immer wird es auf Kosten Preußens geschehen. Im ersten Falle wird Preußen damit sein bisheriges Prästigium, im zweiten Falle den Vortheil seiner größeren Kriegsbereitschaft theilweise drangegeben haben, und also der unausbleiblichen Waffenprobe mit verminderten Kräften entgegengehen.

In der Behandlung der Luxemburger Sache, von Anbeginn bis auf die neuesten Tage, ist überhaupt die sonstige Bismarck'sche Politik nicht wieder zu erkennen. Sehr auffallend war es zunächst, daß Hr. v. Bismarck die unter der Krone Holland stehenden Bundeslande von vorn herein und ausdrücklich von seinem deutschen Reorganisationsplan ausschloß. Weiter erschien es geradezu unbegreiflich, daß der preußische Minister alle Ansprüche Deutschlands auf Limburg aus freien Stücken und ohne Weiteres preisgab, und in Bezug auf Luxemburg über dessen staatsrechtliche Stellung, und über die Gesinnungen seiner Bevölkerung im offenen Parlamente Erklärungen abgab, welche der französischen Annexionspolitik die wirksamsten Handhaben boten. Daß die preußische Regierung sich ferner auf eine europäische Conferenz wegen Luxemburgs einließ, von welcher mit Sicherheit vorauszusehen war, daß sie, im Interesse des Friedens, den Forderungen Frankreichs allen möglichen Vorschub leisten werde, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach als einen Mißgriff herausstellen, und daß Preußen die „Neutralisirung" Luxemburgs als Ausgangspunkt der Londoner Unterhandlungen angenommen, ist vielleicht der schwerste Fehler, den Hr. v. Bismarck jemals gemacht. Und um das Maaß der räthselhaften Dinge in der Luxemburger Sache voll zu machen, gibt Preußen jetzt dem Vorschlage seine Zustimmung, daß auch Italien zu der Londoner Conferenz eingeladen werde, Italien, das sich unter dem Ministerium Rattazzi zum willenlosen Handlanger des Bonapartismus hergegeben hat. — Für alle diese Vorgänge gibt es vielleicht einen Erklärungsgrund, der hier unausgesprochen bleiben mag; ihre Rechtfertigung aber konnten dieselben nur in einem Ergebniße finden, welches mit den angewendeten Mitteln außer allem ersichtlichen Verhältnisse stände.

Mit Anerkennung der Bundesverfassung hat der wichtigste der norddeutschen Landtage — nächst dem preußischen — den Anfang gemacht; eine erste Bestätigung der allgemeinen Ansicht, daß die deutsche Verfassungssache durch die Beschlüsse des Reichstags praktisch erledigt ist. Noch über die öffentliche Erwartung hinaus geht die Einstimmigkeit des Votums der ersten Dresdener Kammer, in welcher ohne Zweifel die widerstandsfähigsten Bestandtheile des sächsischen Partikularismus sich concentriren.

Im preußischen Abgeordnetenhause glaubt die Fortschrittspartei — welche in diesem Falle ihrem Namen schwerlich gerecht wird — die Ehre der von ihr im Reichstage aufgepflanzten Fahne durch einen letzten Kampf wahren zu sollen. Sei es darum. Am Tage nach der entscheidenden Abstimmung wird die liberale Opposition sich auf dem Boden der Bundesverfassung wieder zusammenfinden, und wird alle Welt gewahr werden, daß ihre Stellung und ihre Ansichten durch die bewirkte Veränderung der öffentlichen Zustände wesentlich verbessert worden. Wie mangelhaft auch die Bundesverfassung sei, das Königthum von Gottes Gnaden hat in und mit derselben abgedankt, um eine Bundesgenossenschaft mit der deutschen Nationalpolitik einzugehen, von welcher Preußen nimmermehr wieder lostommen wird und kann. Weit entfernt, der Herr der Schicksale Deutschlands geworden zu sein, ist der preußische Staat von jetzt an, freiwillig oder nicht, das Werkzeug des Nationalgeistes und der Nationalinteressen, an welche er seine eigne Zukunft unwiderruflich gebunden hat. Preußen wird nicht nur Alles daran setzen, die politische Einigung Deutschlands zu vollenden, weil diese allein ihm die vollständige Sicherheit für seinen neuen Bestand geben kann, sondern an der Hand der Ereignisse auch bald genug zu der Erkenntniß gelangen, daß die Freiheit des Volkes und die Macht des Staates einander gegenseitig ergänzen.

Digitized by Google

Preußische Landtagsbriefe.

I.

Berlin, 5. Mai. Am 29. April, Mittags 1 Uhr, wurde die außerordentliche Sitzung des Landtages im weißen Saale des Schlosses mit dem üblichen Ceremoniell durch den König in Person eröffnet. Ursprünglich war die Absicht gewesen, die Eröffnung dem Minister-Präsidenten zu übertragen, und da diese Aenderung des Programms erst ganz kurz vor dem festgesetzten Termine beschlossen wurde, so wollten Viele daraus schließen, daß der König in der Thronrede ein bedeutungsvolles, vielleicht entscheidendes Wort über die Luxemburger Frage zu sprechen gedenke. Diese Vermuthung hat sich bekanntlich als irrig erwiesen. Die Thronrede spricht nur im Allgemeinen von dem Streben der Regierung, „jeder Störung des europäischen Friedens durch alle Mittel vorzubeugen, welche mit der Ehre und den Interessen des Vaterlandes verträglich sind“; und sie betont, „daß die geeinte Kraft der Nation berufen und befähigt sein werde, Deutschland die Segnungen des Friedens und einen wirksamen Schutz seiner Rechte und seiner Interessen zu verbürgen; daß das deutsche Volk, stark durch seine Einigkeit, getrost den Wechselfällen der Zukunft entgegen sehen könne, wenn der Landtag das große Werk der nationalen Einigung vollenden helfe“. —

In ihren Haupttheilen beschäftigt sich die Thronrede mit der Verfassung des norddeutschen Bundes und mit dem Verhältniß desselben zu den süddeutschen Staaten. Sie hebt wiederholt hervor, „daß durch die Einführung der Bundesverfassung zwar die Befugnisse der Vertretungen der Einzelstaaten auf allen den Gebieten, welche hinfort der gemeinsamen Entwickelung unterliegen sollen, eine unvermeidliche Einschränkung erfahren, daß das Volk selbst aber auf keines seiner bisherigen Rechte zu verzichten haben wird; denn es übertragt die Wahrnehmung derselben nur seinen Vertretern in dem erweiterten Gemeinwesen. Die Zustimmung der freigewählten Vertreter des gesammten Volkes wird auch im Norddeutschen Bunde zu jedem Gesetz erforderlich sein. Die sichere Begründung nationaler Selbstständigkeit, Macht und Wohlfahrt soll mit der Entwicklung deutschen Rechtes und verfassungsmäßiger Institutionen Hand in Hand gehen“.

In Bezug auf die nationale Frage heißt es: „Der neuerrichtete Bund umfaßt zunächst nur die Staaten Norddeutschlands; aber eine innige nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinigen“. Die Verträge Preußens mit denselben werden auf den Norddeutschen Bund übertragen werden. „Das lebendige Bewußtsein der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren deutscher Zerrissenheit, das Bedürfniß einer festen nationalen Vereinigung, welches in ganz Deutschland immer entschiedener Ausdruck findet, wird die Lösung jener bedeutsamen Aufgabe beschleunigen helfen.“ —

Die offene und würdige Sprache der Thronrede über die Achtung des verfassungsmäßigen Rechts und über die Wahrung der nationalen Ehre und der nationalen Interessen hat im Ganzen einen sehr günstigen Eindruck gemacht, im Lande sowohl, als im weißen Saale, wo die bezeichneten Stellen mit beifälligem Zuruf aufgenommen wurden. Für die Linke, wenn man die aus den Resten der alten Fortschrittspartei, aus radicalen und ultramontanen Großdeutschen und aus Polen lose zusammengefügte neue Fronde die Linke nennen kann, sind diese Worte natürlich rein in den Wind gesprochen. Sie behauptet steif und fest, daß die Annahme der Bundesverfassung gleichbedeutend sei mit der Aufgebung der preußischen Verfassung und ihrer Grundrechte, was sich bald in der Kriminal-Gesetzgebung geltend machen wird, nach der „Volkszeitung“; und daß durch den Norddeutschen Bund, einschließlich der Verträge mit den süddeutschen Staaten, Deutschland in zwei oder drei Theile — darüber sind die Lesarten verschieden — „zerrissen“ werde, das ist für sie bereits ein Dogma. Hr. Duncker, einer der schwungvollsten und unbedenklichsten ihrer Redner, nennt die Annahme der Verfassung „mit geschlossenen Augen in die Knechtschaft rennen“. Die alte Fortschrittspartei, die, unter den lautesten Betheuerungen ihrer nationalen Gesinnungen, niemals aufangen will, bis Alles für und fertig ist und bis der ideale deutsche Volksstaat, gewappnet und gerüstet, wie einst Pallas Athene aus Zeus' Haupte, aus ihren Fraktionsberathungen herausspringt, macht es gerade, wie im Süden die „Volkspartei“, deren Taktik und Sprache ihre Organe, der nationalen Partei gegenüber, bereits mit vielem Eifer und viel natürlichem Geschick nachahmen. Abfall, Verrath, Einbruch — das ist das Mindeste, was Einer begeht, der die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht für die Verförperung des Absolutismus oder Cäsarismus hält, und wer durch ihre Annahme die Rolle eines „Todtengräbers (vielleicht auch eines Mörders) der verfassungsmäßigen Freiheit“ freiwillig übernimmt. Ich weiß nun zwar durchaus nicht, daß die Wogen der nationalen Bewegung sehr bald über ein so unverständiges Gebahren hinwegsehen werden. Einstweilen aber kann man sich nicht verhehlen, daß der Schein der „Entschiedenheit“, der diesen tollen Uebertreibungen und diesen täglich wiederholten Kassandrischen Klagen vielgelesener Blätter über die Vernichtung unserer Verfassung anklebt, bie und da auch auf weite Kreise der städtischen Bevölkerung einen großen Einfluß ausübt. Ist es nicht ein tragisches Bild, Waldeck, den hochverdienten, silberhaarigen Vorkämpfer der Freiheit, im letzten hoffnungslosen Kampfe auf der Breiche zu malen, um sich unter den Träumen der Verfassung zu begraben? Die nationalgesinnte Presse thut entschieden Unrecht, wenn sie, aus vornehmer Geringschätzung oder aus natürlicher Abneigung gegen bombastische Phrasen, dieser planmäßigen Erdtzung der Volksleidenschaften durch falsche Vorspiegelungen, nicht nachdrücklich und unermüdlich entgegentritt. Täglich wird den Lesern der „Volksztg.“, der „Zukunft“ und sogar der „Tante Voß“ u. s. w. u. s. w. in allen Tonarten gepredigt, daß die Vernichtung unserer Verfassung, durch die Schuld der Nationalen herbeigeführt, vor der Thür steht: — kann man sich da wundern, wenn aus Königsberg, Breslau und andern Städten gleichlautende Petitionen, wahrscheinlich auf Jacoby's Anregung, um Ablehnung der Verfassung für den Norddeutschen Bund einlaufen, „weil dieselbe mit den im Jahre 1850 dem preußischen Volke durch eine beschworene Verfassung garantirten Rechten unvereinbar sei“? Oder wenn eine Minorität von Wahlmännern des IV. Berliner Wahlbezirkes ihren Abgeordneten (Easter und Lüning), ohne sie zu hören, ein Mißtrauensvotum gibt „wegen ihrer Betheiligung an der Gründung einer national-liberalen Partei?“ Das ist alles ganz erklärlich. Ein vernünftiger Zweck dieser nachträglichen Hetzereien ist freilich nicht zu entdecken, man müßte denn die Kundgebung persönlicher Erbitterung gegen die Nationalen für einen solchen halten. Daß „die Linke“ d. h. die oben erwähnte Koalition, nicht mehr als 75, höchstens 90 Stimmen gegen die Annahme der Verfassung aufbringen kann, darüber macht sie sich selbst keine Illusionen. Manche, die im Reichstage gegen die Verfassung gestimmt haben, haben schon erklärt, daß sie jetzt für dieselbe stimmen werden, z. B. Reichensperger. —

Darüber kann wohl Niemand in Zweifel sein, daß es sich nur um Annehmen oder Ablehnen handelt, daß Amendements zwar theoretisch zulässig, aber praktisch unmöglich sind. Von manchen Seiten wird sogar die Zulässigkeit von Amendements bestritten, weil der eine vereinbarende Faktor, der Reichstag, gar nicht mehr existire. Diese Theorie scheint mir unhaltbar; indessen hat sich, wie man hört, doch die Linke entschlossen, von der Wiedereinbringung ihrer prinzipiellen Amendements abzusehen und sich mit der Einbringung einer ihr negatives Votum begründenden Resolution zu begnügen, die gestern Abend nach langer Berathung zu Stande gebracht, mir aber noch nicht zu Gesicht gekommen ist. Um so unbegreiflicher war die Zahlkraft, mit welcher die Linke (Hoverbeck, Virchow, Pastor Michelis) auf der Vorberathung der Verfassung in einer Commission bestand. Wozu auch eine Commission? Die Reichstags-Verhandlungen sind der Kommissions-Bericht und ein hinreichend gründlicher, sollte man meinen. Die Codifikation der in der preußischen Verfassung nöthig werdenden

Digitized by Google

Aenderungen kann doch nicht in dieser kurzen Sitzung vorgenommen werden, und sie ist ja auch rechtlich erst zulässig, wenn die Verfassung für den norddeutschen Bund die Zustimmung sämmtlicher Landtage erhalten hat und als Gesetz verkündigt ist. Das Haus beschloß auf den Vorschlag seines Präsidenten mit Recht, sofort in die Schlußberathung einzutreten, für welche Twesten zum Berichterstatter ernannt wurde. Sein Antrag geht selbstverständlich auf unveränderte Annahme der Verfassung. Morgen soll die Berathung beginnen. Hoffentlich wird man sich, nach Grabow's Vorschlag, dahin einigen, die Generaldiskussion nicht zu beschränken und sich dafür die Spezialdiskussion zu ersparen, so daß die erste Abstimmung am 8., spätestens 9. Mai stattfinden könnte. —

Da es sich um Abänderungen der preußischen Verfassung handelt, so muß nach Verlauf von 21 Tagen eine zweite Abstimmung stattfinden; dadurch wird der Beschluß des Abgeordnetenhauses erst perfect, und dann erst kann die Vorlage, die als Finanzgesetz (225 Thlr. per Mann!) im Abgeordnetenhause zuerst eingebracht und erledigt werden muß, dem Herrenhause zugehen, welches ebenfalls zweimal, mit einem Zwischenraum von 21 Tagen, darüber abstimmen muß. Es fragt sich nun, ob der Landtag in der Zwischenzeit vertagt werden soll. Bis jetzt liegt nur ein Gesetz-Entwurf von Lasker vor, die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für Hypotheken-Darlehen betreffend, und von der Regierung soll ein Gesetz eingebracht werden zur Prolongation des im vorigen Jahre bewilligten Kredits bis zu der nächsten ordentlichen Sitzung, wie allerdings damals die Meinung war. —

Zum ersten Mal seit vielen Jahren ist es den Konservativen, mit Hülfe Vincke's und der Altliberalen, gelungen, eines ihrer Mitglieder, den Grafen Eulenburg, des Ministers Vetter, in das Präsidium zu bringen. Die Schuld daran trägt der Eigensinn und die schlechte Taktik der Linken und die Abwesenheit Einzelner bei'm letzten Wahlgange, wegen unbezwinglicher Sehnsucht nach dem Mittagessen. Um Niemanden über ihr beabsichtigtes schroffes Auftreten gegen die Nationalen in Zweifel zu lassen, stimmte die Linke wie ein Mann gegen Forckenbeck für Waldeck. Zum ersten Vizepräsidenten hätte sie Carlowitz durchbringen können, weil manche Nationale nicht für Stavenhagen stimmen mochten. Nein — erst Hoverbeck! Nun wäre Bonin's Wahl zum zweiten Vizepräsidenten gesichert gewesen, gegen welche die Landräthe heftig wühlten, weil er einmal ihr Treiben bei Steuerveranlagungen u. dgl. scharf beleuchtet hat. Nein, — nun Carlowitz! So kam es zur engeren Wahl, bei der Bonin ausscheiden mußte, zwischen Carlowitz und Eulenburg — und dieser siegte mit 7 Stimmen. Von den Nationalen hat Niemand für Eulenburg, von der Linken Niemand für Bonin gestimmt, was Hrn. Richter, Mitglied der Linken auf dem Reichstage, nicht abhält, die Schuld des Sieges Eulenburg's und der Niederlage Bonin's im „Frankfurter Journ.", in der „Westphäl. Ztg." u. s. w. auf die — Nationalen zu schieben. Was gemacht werden kann, wird gemacht! —

Das gegenwärtige Lokal des Abgeordnetenhauses, der dunkle und sehr schmale Konzertsaal des Schauspielhauses, mit seinen engen, hoch in der Luft schwebenden Tribünen, auf denen man weder hört noch sieht, ist wo möglich noch unpassender und unbequemer, als das frühere. Alle Geschäftsräume sind noch im alten Hause. Für die Abgeordneten sind außer dem Sitzungssaale nur 2—3 kleine Zimmer als Lesekabinet und Restauration vorhanden, in denen der Theater-Intendent v. Hülsen auch noch um Unterlassen des Rauchens bittet — wegen Feuersgefahr. Der erste Büreaubeamte des Hauses ist, trotz seines Widerstrebens, in dem für widerspänstige Künstler vorhandenen Gefängniß untergebracht, welches in der Coulissenwelt, nach einer früheren Bewohnerin, „Lux' Hôtel" getauft ist. Die Wände des Saales und der übrigen Räume sind zwar mit den Marmorbüsten großer Tonkünstler geschmückt; aber wenn die Linke so fortfährt, wie sie begonnen, so werden uns die süßen Harmonien, die einst ihrer Leier entquollen, morgen nicht vor sehr grellen Dissonanzen schützen — lediglich zur Ergötzung des Hrn. v. Vincke und der anderen Junker. —

Die Friedensglocken läuten natürlich auch hier, weniger wegen der friedliebenden Gesinnungen, die Hr. Garnier-Pagès mit der Fortschrittspartei bei einem Zweckessen ausgetauscht hat, als wegen der Konferenz; denn die Konferenz ist der Frieden, — wie das empirös bekanntlich auch. Neutralität unter europäischer Garantie — das lautet recht schön; aber — Chablais und Fouciqny sind trotz derselben annektirt worden. Gewiß, auch wir wünschen dringend die Erhaltung des Friedens; aber — aus Luxemburg gehen wir vor der Hand nicht; das glaubt hier nach dieser Thronrede Niemand. Freilich, man kann ja eine neue Festung bei Trier bauen; aber wer soll das Geld dazu geben und was hätte Frankreich bei einer solchen Transelokation gewonnen? Die Friedenshoffnungen müssen leider noch besser fundamentirt werden, wenn man an sie glauben soll. —

Der Verrath der Nationalliberalen.

N In der That, als blanker Abfall von der Sache der Freiheit wird die Haltung der Mehrzahl unserer Parteigenossen im Reichstag von nicht wenigen unserer alten Freunde, besonders in Preußen, verurtheilt. Zu Einer, bisher ein eifriger und verdienstvoller Agent des Nationalvereins, wirft allen Ernstes die Frage auf, ob diese Herren sich nicht einer Verletzung unseres Statuts schuldig gemacht haben? Kraft § 2 desselben sind die Mitglieder verpflichtet, „für die Vereinszwecke nach Kräften zu wirken"; nach § 1 aber gehört zu diesen Zwecken „die freiheitliche Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlands", also —

Ebenso gut würde man umgekehrt von Seite der Nationalliberalen gegen diejenigen Vereinsmitglieder im Reichstag, welche, unter Anderem für Verwerfung des ganzen Entwurfs, mit den Linken stimmten, die Anklage erheben können, daß sie ihrer nicht minder statutenmäßigen Pflicht, für die einheitliche Entwicklung nach Kräften zu wirken, untreu geworden seien. Ein übelwollender Dritter konnte dann herbeikommen und urtheilen: Ihr habt alle beide Recht; es ist eben jetzt der Widerspruch, dessen Keim schon im Statut des Nationalvereins lag, richtig so weit ausgemachten, daß er das Gefäß, in das er gesprengt, auseinandersprengen muß. Dieweil, nach Fichte, der Deutsche sein Ding wollen kann, ohne zugleich sein Gegentheil zu wollen, habt Ihr Einheit und Freiheit zugleich auf euere Fahne geschrieben; nun aber, wie das gar nicht anders kommen konnte, sobald eure Politik aus der Unendlichkeit des Ideals in die enge Welt der Praxis übertrat, nun kreuzen und stoßen sich beide, und nun müßt auch Ihr euch trennen, die Einen linkwärts, die Andern rechtwärts gehen. . .

Bei Licht betrachtet, ist das Alles Larifari, leeres Gerede, sowohl jene Anklagen als dieses Urtheil. Betrüben aber muß es, daß selbst wackere und verständige Männer, die Giftmäuler der Nergelpresse ganz bei Seite, so schnell bei der Hand sind mit Anklagen der Fahnenflucht und des Gesinnungswechsels gegen Männer, deren Vergangenheit und ganzer Charakter sie vor so schnödem Vorwurf denn doch hinlänglich sicherstellen sollte. Es ist dabei, es thut und leid dies sagen zu müssen, nicht wenig Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit des Urtheils im Spiele. Man prüft und untersucht nicht im Einzelnen, sondern man hält sich an allgemeine Eindrücke und bequeme Schlagworte. Die Nationalliberalen haben die Grundrechte gespfert; die Nationalliberalen haben, durch ihren Wankelmuth, die Diäten, dies theure Kleinod, uns rauben lassen; die neue Bundesverfassung ist das Grab der preußischen Freiheiten — mit diesen und ähnlichen Aussprüchen beweist man nur, daß man den wirklichen Verlauf der Verhandlungen und ihr Ergebniß, die Verfassung, entweder nicht kennt oder nicht kennen will. Ueberhaupt aber, die dem Reichstag, und ganz besonders die den Mitgliedern der bisherigen Nationalpartei in demselben gestellte Aufgabe war eine viel zu

Digitized by Google

schwierige und verwickelte, vor Allem eine viel zu neue, als daß man die Frage, ob und wie weit ihre Lösung gelungen, mittelst der alten trauten Gemeinplätze aus unserer politischen Kinderzeit entscheiden könnte. Glücklich, wer an diesen abgegriffenen Spielmarken noch ein politisches Vermögen zu haben glaubt, aber zum Richter über ernsthafte Politiker ist er nicht berufen. Da ist z. B. der berühmte Herr Bebel, der Waffenbruder des nicht minder berühmten Herrn Schraps; derselbe hat in einem Rechenschaftsbericht, den er am 27. April vor einer Versammlung seiner Wähler in Meerane erstattete, u. A. versichert (Siehe D. Allg. Z. vom 1. Mai d. J.), daß Graf Bismarck „jedenfalls ganz andere Saiten aufzuziehen haben würde, wenn er in der Majorität des Reichstages Männer und nicht Memmen (Bebels und Schräpse, nicht Bennigsens und Miquels) sich gegenüber gehabt hätte."

„Ha, Bravo! schreit der ganze Saal,
Hoch Eisele, Beifall tausendmal!"

Und Lasker hat es für nothwendig gehalten, gleichfalls bei Gelegenheit seines Rechenschaftsberichts, den gegen Herrn Bebel ihm entfahrenen Vorwurf der Bierstubenpolitik öffentlich zu bedauern! Uebrigens ist in dem Lasker'schen Rechenschaftsbericht die Grundlosigkeit der verschiedenen, gegen die Nationalliberalen wegen ihrer Hauptabstimmungen erhobenen Anklagen, wie nicht minder die Ueberstriebenheit des Tadels der Bundesverfassung so schlagend nachgewiesen, daß wir eine weitere Erörterung dieser Dinge füglich unterlassen können.*) Nur über das Verhältniß der Nationalliberalen zur Linken, und beider zum Standpunkt des Nationalvereins, wünschten wir ein paar Worte zu sagen.

Nehmen wir an, die Linke sei vor die ernsthafte Wahl gestellt gewesen, das heißt, sie habe nicht als Minderheit, sondern als Mehrheit darüber abzustimmen gehabt, ob sie auf das von ihr gewünschte Mehr von Freiheiten verzichten, oder aber das Einheitswerk, zunächst die Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Reichstag, in Scherben geschlagen sehen wollte. In diesem Falle, sind wir überzeugt, würde unter denjenigen Mitgliedern der Linken wenigstens, welche dem Nationalverein angehören, keines gewesen sein, das sich nicht, wenn auch mit sehr schwerem Herzen, schließlich doch für den Verzicht entschieden hätte. Umgekehrt war unter den Nationalliberalen gewiß keiner, der sich zur Annahme des Entwurfs verstanden hätte, ohne daß zum mindesten die wirklich erreichten Zugeständnisse erlangt wurden, und ebenso keiner, der nicht der Ueberzeugung war, daß in diesen Zugeständnissen das Maß des im Augenblick Erreichbaren nun auch erschöpft sei. Um auf das Vereinsstatut und seine beiden Zwecke zurückzukommen: keiner hier wollte der „Einheit" die „Freiheit" und keiner dort der „Freiheit" die „Einheit" „opfern", oder war überhaupt in die Nothwendigkeit solcher Opferung versetzt. Der Meinungsunterschied zwischen den Nationalliberalen und unseren Freunden auf der Linken betraf im Grunde nur diese zwei Fragen:

1) ob es möglich war, durch unbeugsames Festhalten von der preußischen Regierung (oder den „verbündeten Regierungen", um mit dem Ober-Augur Bismarck" zu reden) ein Mehreres herauszupressen, oder nicht?

2) ob man nicht, auch ohne diese Hoffnung, im Hinblick auf die Zukunft und im Namen des Parteigewissens die liberalen Prinzipien in allen wesentlichen Streitpunkten unverrückt aufrechthalten sollte?

Die erste Frage zu beantworten, hat man einen Anhalt eigentlich nur an den bekannten beiden Fällen, wo die liberale Partei wirklich eine, wenn auch sehr schwache, Mehrheit gegen den entschiedenen Widerspruch der Regierung erlangt hatte, an der Diäten- und der Militär- resp. Militär-Budgetfrage. In vielen anderen Fällen waren die Liberalen vorneweg in der Minderheit, also gar nicht in der Lage, der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen. Auch jene zwei Mal hatten sie die Mehrheit doch nur durch den Zutritt von Elementen, auf deren Ausharren bis ans Ende die Linke ebenso wenig rechnen konnte, wie die Nationalliberalen. Indessen davon abgesehen — wo sind die Beweise, daß Graf Bismarck schließlich doch nachgegeben hätte, daß sein entschiedenes Nein also nur auf Einschüchterung berechnet war? Nach Allem, was wir gehört haben und nach der ganzen Lage der Umstände, bei der überlegenen inneren Machtstellung, welche die gegenwärtige Regierung besitzt, glauben wir ganz entschieden das Gegentheil. Wir glauben, daß, wenn die Regierung den Reichstag auflöste, die Neuwahlen für sie noch günstiger ausgefallen wären. Ueber das Alles läßt sich freilich streiten, aber gerade weil sich darüber streiten läßt, weil darüber Leute, die sonst in ihrem politischen Denken und Wollen ganz und gar übereinstimmen, auseinandergehen konnten, deßhalb sollte man auch im wechselseitigen Urtheil — nicht etwa milder, nein, nur einfach gerechter sein.

Bleibt also übrig, daß man auf einen unmittelbaren Erfolg überhaupt verzichtet und, um der Reinheit des Prinzips nichts zu vergeben, jeden Vergleich mit der Regierung, wie mit ihren altliberalen und konservativen Anhängern, verschmäht, kurz, sich auf die Stellung einer zankenden Minderheit zurückgezogen hätte. Natürlich wäre dann die Bundesverfassung noch weniger liberal ausgefallen, als sie jetzt ist, namentlich würden die immerhin werthvollen Zugeständnisse in der Militär- und Budgetfrage nicht erlangt worden sein. Die Regierung hätte vielleicht sehr ungern die Sache mit den Conservativen allein fertig gemacht, aber fertig gemacht hätte sie sie, und dann, wohl oder übel, ausschließlich nach ihrem eigenen und ihrer Mitarbeiter Geschmack. Wir geben zu, es war wünschenswerth, daß dieser Standpunkt einer correkt liberalen Opposition im Reichstag seine Vertreter fand, wie ja immer eine Schaar da sein soll, welche das Ideal und die Zukunft vertritt. Aber sehr beklagen würden wir es, wenn die ganze liberale Partei sich auf diesen erhabenen, jedoch ziemlich unfruchtbaren Boden gestellt hätte. Die praktische Folge wäre gewesen, daß man auf dem nächsten, oder einem der nächsten Reichstage eine Strecke weiter zurück hätte antreten, die Stellungen, welche wir heute bereits inne haben, erst hätte erkämpfen müssen. Und irgend einmal hätte man doch anfangen müssen, das Mögliche vor dem Wünschenswerthen anzustreben.

Uebrigens bestand auch in dieser Hinsicht keine grundsätzliche Differenz zwischen den Nationalliberalen und der Mehrheit der Linken. Diese vertrat keineswegs den Wahlspruch: Alles oder Nichts; daß das volle und ganze Programm ihrer und unserer Wünsche nicht zu verwirklichen war, wußte und bekannte sie, aber sie glaubte bei der Losung: Mehr oder Nichts, stehen bleiben zu müssen, während die Nationalliberalen der Ansicht waren, wenn das Mehr unerreichbar, sei auch das Weniger dem Nichts noch vorzuziehen.

Und damit hätten wir den Verrath Bennigsens und seiner Freunde an Freiheit und Volksrecht in seinem innersten Kern enthüllt. Dieselben „haben gezeigt", lesen wir in einem uns so eben wieder zugehenden preußischen Briefe, „daß es ihnen nur (selfsames Nur!) um ein großes, nicht um ein freies Deutschland zu thun ist." Wie aber, könnten wir erwidern, wenn man den Spieß umdrehte und sagte: „Das deutsche Bürgerthum hat gezeigt, insbesondere das preußische während der fünf Jahre des Verfassungs-Conflikts, daß es sich für die Erreichung seiner Forderungen, in unserer Generation wenigstens, nicht schlagen will; so lange also die Phrase dominirt: entweder alle Forderungen der Doktrin, oder Nichts,

*) Ein ausführliches Referat der Lasker'schen Rede findet man im Abendblatt der Nat. Ztg. vom 30. April. — Lasker erwähnt auch des bekannten Umstandes, daß der Braun'sche Antrag zu Art. 4, wonach der Bundesgesetzgebung zufallen sollte: „die Feststellung der Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Religionsübung, auf das Vereins- und Versammlungsrecht, so wie in Bezug auf sonstigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte den Bundesangehörigen vorenthalten darf" — daß dieser Antrag durch das Nein! der Herren Schraps und Bebel zu Falle gebracht wurde. Die fragliche Abstimmung rechtfertigt nun Herr Bebel, sowohl für sich als im Namen Schrapsens, in dem oben erwähnten Rechenschaftsbericht damit, „daß er und Schraps doch schon vorher gewußt hätten, wie bei der Schlußberathung dieser Antrag, wenn auch erst angenommen, von der Majorität und den Nationalliberalen wieder würde fallen gelassen werden, sobald Graf Bismarck erklärte, daß er ihn nicht wolle." In der Diätenfrage dagegen haben Schraps und Bebel kein so prophetisches Gemüth bewiesen. D. R.

Digitized by Google

wird die bürgerliche Partei jedesmal unterliegen, wenn sie es über den Compler ihrer Ansprüche zu einer Staatskrisis kommen läßt." Ist das nicht eine unbestreitbare Wahrheit, und was haben die Nationalliberalen im Grunde anders gethan, als die selbstverständlichen Folgerungen daraus zu ziehen? Und wenn nun, wie nicht minder unbestreitbar, ein großes und ein, im vollen liberalen Sinne, freies Deutschland zusammen und auf Einen Schlag unmöglich zu haben war, sollte man auf das „große" zusammt dem freien Deutschland verzichten, und in die Wüste der Vereinung fliehen, weil nicht in Einem Frühling alle Blüthenträume reiften? Statt dessen sagte man sich, daß die erste Aufgabe sei, ein Deutschland, einen deutschen Staat, überhaupt erst herzustellen. Erst in diesem Staate werden wir den Kampf um Erweiterung und Sicherung der Volksfreiheit mit voller Kraft aufnehmen können; bevor er fertig, wären die schönsten papiernen Verfassungsrechte nichts als Spreu, das der nächste europäische Windstoß in alle Lüfte fortwehen würde.

Die Kiepert'sche Sprachkarte.

Die Aufregung, welche durch das Erscheinen dieser Karte und deren Ausstellung an den Schaufenstern der Berliner Buchhändler in der französischen Presse verursacht wurde, ist noch frisch im öffentlichen Gedächtniß. Man wollte darin das stumme Manifest einer Eroberungspolitik sehen, die darauf ausgehe, das Wort des Dichters: „so weit die deutsche Zunge klingt", zu einer politischen Wahrheit zu machen. Bei dem Geschrei der Pariser Zeitungen verschwand die Kiepert'sche Karte sonderbarer Weise alsbald vollständig aus der Berliner Oeffentlichkeit; und ist es wenigstens, trotz mehrtägigen Suchens, nicht gelungen, diesen Gegenstand des französischen Aergerniffes an irgend einem Ladenfenster der preußischen Hauptstadt zu entdecken. Vielleicht war die Auflage, Dank dem lebhaften Interesse unsrer Nachbarn, im Nu vergriffen. Wenn dem so ist, verdanken wir es wohl nur einem glücklichen Zufall, daß uns doch noch ein Exemplar der Karte in die Hände gefallen ist, und daß wir dieselbe also zum Gegenstande einiger Bemerkungen machen können.

Die Gränzen des deutschen Sprachgebiets sind von den politischen Gränzen Deutschlands sehr verschieden, weit mehr, als bei allen andern Culturvölkern Europas. Im Westen greift Frankreich, von Basel und Mühlhausen bis nach Diedenhofen — auf einer Strecke von 30 bis 40 Meilen und in einer Breite von durchschnittlich 3—6 Meilen — in unser Sprachgebiet herein, auf dessen Kosten sich der französische Staat, durch Ludwig XIV., durch den Austausch von Lothringen gegen Toskana und durch die Revolutionskriege um etwa 200 Quadratmeilen und anderthalb Millionen Einwohner bereichert hat. Die Gebietsverluste überhaupt, welche Deutschland seit dem sechzehnten Jahrhundert an Frankreich erlitten hat, sind allerdings bei Weitem größer, aber sie trafen zum guten Theil französisches Sprachgebiet, wie z. B. die drei Bisthümer Metz, Toul und Verdun und die Hälfte von Lothringen.

An das neugebackene Königreich Belgien ist, bei Gelegenheit der Abtretung des französischen Theils von Luxemburg, durch die Unfähigkeit unsrer Diplomatie auch ein gutes Stück deutschen Sprachgebiets, bei Arlon, verloren gegangen. Dagegen wird ein unbedeutendes Stück wallonischen Landes und Volkes, bei Malmedy, von der preußischen Staatsgränze umfaßt — der einzige Uebergriff dieser Art, welcher auf der ganzen Westseite vorkommt. — Gegen Holland hin soll, nach Kiepert, die politische mit der Sprachgränze durchweg zusammenfallen, was denn doch in Betreff des schmalen Randes auf dem rechten Ufer der Maas, den Holland auf einer Strecke von vielen Meilen inne hat, einigermaßen zweifelhaft sein mag. Längs der Nordsee, von Emden bis in die Nähe von Sondern, mit der kleinen aber empfindlichen Ausnahme von Helgoland, decken sich die politische und die Sprachgränze vollständig. Die Hälfte ungefähr des schleswig'schen Bodens und höchstens zwei Fünftheile seiner Bevölkerung fallen in das dänische Sprachgebiet. An der Ostsee folgt die Sprachgränze der Küste von einem Punkte, welcher zwischen Apenrade und Flensburg ziemlich in der Mitte liegt, bis in die Nähe der Halbinsel Hela. Hier, im nördlichsten Pommern, stoßen wir zum ersten Male auf eine slavische Sprachinsel, das Kassubenland, mit 70—80,000 Einwohnern, den letzten Ueberbleibseln des wendischen Stammes, welcher einst ganz Pommern inne hatte. Eine schmale Brücke deutschen Sprachgebiets führt indessen von Pommern nach Westpreußen hinüber, worauf die Gränze desselben, wiederum ohne Unterbrechung, von Weichselmünde bis nach Memel dem Ufer der Ostsee folgt.

Bei der letztgenannten Stadt beginnt das litthauische Sprachgebiet, welches auf preußischem Boden, in einem schmalen Saume an der Ostsee und der Memel, noch ungefähr 100,000 Angehörige zählt, die im raschen Zusammenschmelzen begriffen sind.

Weit zahlreicher ist die polnische Bevölkerung, welche im ostpreußischen Binnenlande einen Gränzstrich gegen Rußland von etwa 10 M. Breite bewohnt. Die polnisch redenden Ostpreußen gehören übrigens der protestantischen Kirche an und sind dem polnischen Nationalgeiste ihrer Stammesgenossen in andern Provinzen völlig fremd. Anders in Westpreußen, wo das Binnenland zwar eine überwiegend deutsche Bevölkerung, zugleich aber doch noch viele Striche aufweist, in denen der Katholicismus und das politische Polenthum die Oberhand haben.

Die Provinz Posen, der eigentliche Heerd der polnischen Nationalgesinnung in Preußen, stellt sich auf der Kiepert'schen Karte dar, wie ein von Fäden zweier verschiedenen Farben gestochtenes Netz, von dem schwer zu sagen ist, welcher seiner beiden Bestandtheile überwiegt. Fast das Nämliche gilt auch von der südlichen Hälfte von Schlesien, deren Bevölkerung zum großen Theil mit dem Kirchengl auben und der Zunge polnisch geblieben, aber dabei durchaus gut preußisch gesinnt ist.

Von Oberschlesien aus drängt sich das slavische Sprachgebiet bis nahe an den Mittelpunkt Deutschlands heran. Das das Tschechenland ein Pfahl im Fleische Deutschlands ist, wird durch die Sprachkarte auf den ersten Blick einleuchtend. Das Innere Böhmens zumal ist bis auf den heutigen Tag fast gar nicht berührt von dem Andrange des Deutschthums, das kaum ein paar vereinzelte Inseln in diesem Theile des tschechischen Sprachgebiets inne hat.

Zwischen Olmütz und Brünn ist die schmalste Stelle des tschechischen Meerbusens, welcher den Zusammenhang des deutschen Sprachgebiets unterbricht. Von Brünn bis Lundenburg greift die politische Gränze Mährens um einige Meilen über das deutsche Sprachgebiet hinaus. Auf der Linie Lundenburg, Preßburg, Odenburg dagegen reicht die deutsche Sprachgränze weit nach Ungarn hinein. Südlich von Odenburg wird sie, im Zusammenstoß deutschen, magyarischen und slavakischen Volksthums, sehr unsicher, bis sie an der oberen Raab den ungarischen Boden verläßt, um nach Marburg in Steiermark hinüberzuspringen. Von Marburg bis Villach steigt sie, mit geringen Abweichungen, dem Laufe der Drau entlang, welche hierdie Deutschen von den Slowenen scheidet, und weiter aufwärts folgt sie dem Thale der Gail, die das Germanenthum von dem Romanenthum trennt. Durch Tyrol und die Schweiz hindurch zieht sich die deutsche Sprachgrenze längs des italienischen Sprachgebiets in vielen vor- und rückspringenden Winkeln, bis sie ihren südlichsten Punkt am Monte Rosa in Piemont erreicht, von welchem aus sie sich, nunmehr neben dem hier beginnenden französischen Sprachgebiete her, quer durch die Schweiz nordwärts wendet, um bei Basel und Mülhausen in die Linie einzumünden, von der wir oben ausgegangen sind.

Ungeachtet seiner vielfach zerrissenen Gränzen hat das deutsche Sprachgebiet eine größere compakte Masse, als das irgend einer andern europäischen Sprache, außer der russischen. Innerhalb dieser Masse kommt nur eine einzige fremde Sprachinsel vor, die wendische Lausitz nämlich, während die Zahl der deutschen Sprachinseln in fremdem Gebiet, in Rußland und Ungarn zumal, außerordentlich groß ist. Insbesondere das Königreich

Digitized by Google

Polen weiß eine überraschende Menge von deutschen Kolonien auf, die zum Theil beträchtlichen Umfangs sind.

Eine Deutschland von Nord nach Süd durchschneidende Linie, die, von Kiel ausgehend über Lüneburg, Halberstadt, Merseburg, Koburg nach Baireuth zieht, von hier in östlicher Richtung sich der baierischen Gränze nähert, welcher sie bis in die Nähe von Passau folgt, um dann durch Oberösterreich, Steiermark und Kärnthen hindurch im Thale der Gail in die heutige slavonische Sprachgränze einzumünden, diese Linie bezeichnet auf der Klepert'schen Karte die Gränze, bis zu welcher im frühen Mittelalter das Slaventhum in Deutschland vorgedrungen war. Nicht viel weniger also als die Hälfte des heutigen deutschen Bodens war einst in slavischen Händen. Halb Holstein, ein Theil von Hannover und Thüringen, ganz Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, West- und Ostpreußen, die Hälfte von Posen und die Hälfte von Deutsch-Oesterreich ist für unsere Nationalität erst im Laufe des letzten Jahrtausends gewonnen oder wieder gewonnen worden. Wenn das deutsche Sprachgebiet an seinem westlichen Rande unzweifelhaft peinliche Verluste erlitten hat, und auch heute noch, unter der planmäßig betriebenen Französirung im Elsaß und Lothringen, fortwährend erleidet, so sind diese Einbußen nach Osten hin zehnfach ersetzt. Den schwersten und erfolgreichsten Theil dieser Entschädigungsarbeit haben Preußen und seine Vorgänger, die Markgrafschaft Brandenburg und der deutsche Orden, geleistet, die jenseits der Elbe ein Neudeutschland geschaffen haben, welches für Altdeutschland von größerem und besonders dauerndem Werth zu sein verspricht, als die glänzendsten überseeischen Colonien andrer Völker für die Mutterländer jemals gewesen sind.

Nach Norden und nach Osten hin ist die deutsche Sprache in stätigem Vordrängen begriffen; in Nordschleswig, wie in Littbauen, in Westpreußen, wie in Posen und Schlesien. Nur auf österreichischem Boden scheint diese Bewegung seit langer Zeit stillzustehen. Südwärts macht die deutsche Sprache Eroberungen in der Schweiz und die bedauerlichsten Rückschritte in Tyrol. Während sich die romanische Bevölkerung Graubündens zusehends germanisirt, gewinnt längs der Etsch die italienische Sprache der deutschen einen Posten um den andern ab — Dank dem italienischen Nationalgefühl des römischen Kirchenregiments in Trient, und der beispiellosen Stumpfheit des Verstandes und des Willens der deutschen Regierung in Wien. — Im Westen ist die deutsche Sprache, wie gesagt, im entschiedenen Rachtheil gegen die französische, und bis jetzt ist wenig Aussicht vorhanden, daß sich dies Verhältniß ändern werde. Eine solche Wendung kann überhaupt naturgemäß erst dann eintreten, wenn die politische Ueberlegenheit Frankreichs über Deutschland aufhört.

Der deutsche Rechtsschutzverein in London.

Wir erkennen zunächst an den Zweck dieses in unserem Blatte schon mehrmals besprochenen Vereins. Derselbe besteht, statutengemäß, zunächst darin, unbemittelten Deutschen in London Rechtshülfe zu gewähren, sie gegen Civil- und Criminalklagen in Schutz zu nehmen, und ihnen behülflich zu sein, für erlittenen Unbill Entschädigung zu erlangen. Weiter besteht sich der Verein mit Rechtsstreitigkeiten unsrer Deutschen, insofern, als er dieselben auf gütlichem Wege zu schlichten sucht. Endlich stellt er sich die Aufgabe, unsre Landsleute in- und außerhalb Englands gegen Betrug oder Uebervortheilung durch Londoner Schwindler in Schutz zu nehmen und ihnen für die auf solche Weise erlittenen Verluste Entschädigung zu verschaffen.

Bei der bekannten Unsicherheit des englischen Rechts überhaupt, bei der Kostspieligkeit des Prozeßführens in England, bei der Schutzlosigkeit insbesondere der Deutschen im Auslande, welcher durch den nordwärts hin bis auf den heutigen Tag um so weniger abgeholfen ist, als die Schuhbekleiden der deutschen Vormacht in diesem Punkte bisher kaum irgendwo besser daran waren, als die Bürger von Reuß oder Lippe — bei allen diesen und manchen ähnlichen Mißverhältnissen war die Gründung des deutschen Rechtsschutzvereins in London ein höchst verdienstliches und patriotisches Werk, das in der, wenn auch erfolglosen, Vertheidigung Franz Müllers seine erste Probe wohl bestanden hat. Der Verein veröffentlicht jetzt durch seinen Vorsitzenden, Buchhändler Trübner, dessen Name in Deutschland und in England einen gleich guten Klang hat, seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1866.

Im Laufe dieses Jahres wurde der Rath und Beistand des Rechtsschutzvereins von mehr als 500 Personen in Anspruch genommen, und behandelte derselbe 183 Gerichtssälle, Civil- und Criminalsachen, die er fast alle zu Gunsten seiner Clienten durchgeführt hat. Eine Anzahl dieser Fälle wird in dem Berichte in kurzen Zügen mitgetheilt. Sächtige aber lebendige Bilder aus den britischen Rechtszuständen, die alles Andere eher erregen können, als Bewunderung, oder gar Neid. Damit aber nicht etwa das Gleichniß vom Splitter und Balken auf uns angewendet werde, wollen wir uns darauf beschränken, einen Fall hervorzuheben, in welchem nicht die englische Justiz eine traurige Rolle spielt, sondern die deutsche Diplomatie. — Ein Matrose aus Mecklenburg, berichtet der Rechtsschutzverein des Vereins, welcher nach zweimaligem Schiffbruche und nach Verlust aller seiner Habseligkeiten auf einem preußischen Schiffe Dienst genommen, worin er London von seinem Capitän, unter ganz grundloser Verweigerung des rückständigen Lohnes, entlassen. Seine darüber mit dem preußischen Consulat geführte Beschwerde wurde „barsch abgewiesen" und die vom Consulat an die preußische Gesandtschaft eingelegte Berufung von der letzern gar nicht einmal angehört. Der unmotivirte angreifende mecklenburgische Consul lehnte den von ihm verlangten Beistand ab, weil ihm der Geschäftsbereich auf einem preußischen Schiffe zustehe. Nachdem der Matrose so alle diplomatischen Instanzen durchgemacht, deren der Rechtsschutzverein nicht ausgestehen zu dürfen geglaubt, nahm der Verein selbst die Sache in die Hand, und verhalf dem Manne zu seinem Gelde. Freilich war es nur eine sehr geringfügige Summe, um die es sich handelte, aber es hing daran vielleicht eine menschliche Existenz.

In dem Geschäftsbericht des Hrn. Trübner fällt die Abrechnung das am wenigsten erfreuliche Blatt. Die Einnahmen des vorigen Jahres haben sich nur auf 155 Pfund belaufen — darunter 41 Pfund als Beitrag des Nationalvereins — so, daß, ohne einen beträchtlichen Kassenbestand vom vorletzten Jahre her, die nothwendigsten Ausgaben nicht hätten bestritten werden können. Da die seitdem Einzahlungen aus Deutschland, wahrscheinlich in Folge des verhängnißvollen Krieges, ins Stocken gerathen sind, so ist zu erwarten, daß mit dem Wegfallen der Ursache auch die Wirkung aufhören werde. Möge nicht gelagt werden, daß eine im Sinne der Selbsthülfe geschaffene deutsche Anstalt im Auslande, die sich hundertfach bewährt hat und zur öffentlichen Anerkennung durchgedrungen ist, daß eine werthvolle Schöpfung des deutschen Volksgeistes wieder zu Grunde gehen muß, weil Deutschland nicht reich genug ist, um ein paar tausend Thaler jährlich zum Unterhalt derselben aufzubringen.

Der Geschäftsführer des Nationalvereins und der Herausgeber des Wochenblatts sind bereit, Beiträge für den deutschen Rechtsschutzverein in London entgegenzunehmen, über welche öffentliche Empfangsbescheinigung gegeben wird.]

Oesterreichische Armeeverhältnisse.

Unter der Ueberschrift: Einiges über das österreichische Heerwesen, werden in der Köln. Zeitung die Ursachen der vorjährigen Niederlagen Oesterreichs von sachund landeskundiger Feder in einem Artikel erörtert, dem wir die folgenden Mittheilungen entlehnen. Die Reihe von schweren Niederlagen, die Oesterreichs militärische und diplomatische Schwäche auf so überraschende Weise vor Aller Augen enthüllt haben, namentlich vor der großen Masse der Oesterreicher selbst, die ganz zuversichtlich den entgegengesetzten Ausgang erwartet hatte, kurz jetzt, nachdem der erste Schmerz überwunden ist, als heilsame Nachwirkung, die Einkehr in sich selbst hervor. Jedermann in Oesterreich fragt jetzt: Wie war es möglich, daß wir unsere Kraft so überschätzen, daß wir so schnell und so gründlich niedergeworfen werden konnten? Und von allen Seiten bemühen sich Fachmänner, die Antwort zu geben und in ihren speciellen Kreisen auf die wahren oder vermeintlichen Ursachen der Schwäche Oesterreichs hinzuweisen. Aus diesen zahlreichen Beiträgen, die bereits ein sehr schätzbares Material zur Selbsterkenntniß Oesterreichs liefern, und aus sonstigen guten Informationen sei zunächst Einiges hervorgehoben, das die auffallende militärische Schwäche Oesterreichs theilweise erklärt und über manche der Phasen im letzten böhmischen Feldzuge Licht verbreitet.

Vor Allem drängt sich die Frage auf, wie es kam, daß Oesterreich auf den wichtigsten Kampfplatz, den nördlichen, nicht mehr als höchstens 230,000 Mann hinstellte, also etwa eben so viel, als die gegen Oesterreich ins Feld geführte preußische Armee betrug; daß ferner den 250,000 Italienern nur etwa 75,000 Oesterreicher gegenübergestellt wurden, während in den nicht bedrohten Theilen des Reiches noch etwa 100,000 Mann vertheilt standen: daß ferner die Freiwilligen- und Landsturm-Corps wieder, wie 1859, viel zu spät einberufen und reorganisirt wurden, um, außer in Tyrol, noch irgendwo zur Action zu gelangen; daß endlich durchaus nichts geschah, um die Truppen der verbündeten süddeutschen Staaten mit der österreichischen Nord-Armee in Verbindung zu setzen und ein planmäßiges Zusammenwirken Beider herbei zuführen.

Digitized by Google

Der wahre Grund aller dieser Unterlassungen war, daß weder der wiener Hof noch das Ministerium Mensdorff glaubte, „es werde bis zum Aeußersten kommen.“ Einerseits war man, wie 1859 durch Hrn. v. Hübner, so diesmal durch den Fürsten Metternich, über die wahren Intentionen des Kaisers Napoleon nicht genügend unterrichtet; man glaubte, er werde bei dem Angreifer, wer er auch sei, gleich nach dem ersten Schritte ein ganz entschiedenes Veto gegen jedes weitere Vorgehen einlegen. Andererseits hielt man sich überzeugt, daß Preußen es nicht wagen werde, gleichzeitig mit Oesterreich und mit der großen Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten den Kampf aufzunehmen, und um es noch sicherer von diesem „gewagten Unternehmen“ abzuschrecken, verbreitete das Ministerium überallhin die Nachricht, Oesterreich habe 800,000 bis 900,000 Mann unter den Waffen, und zwar eine so gut ausgerüstete, trefflich geübte und von kriegerischem Geiste beseelte Armee, wie es noch niemals zuvor besessen. Diese Ausstreuung versetzte allerdings einen großen Theil derjenigen österreichischen Bevölkerung, die nicht mit in das Feld zu ziehen brauchte, in eine fast fieberhafte Kampfeslust; auf Preußen aber verfehlte sie ihre Wirkung, es ließ sich nicht einschüchtern, und bald erwiesen sich alle Behauptungen über Zahl und Eigenschaften des österreichischen Heeres als vollkommen unwahr. Als der Kampf wirklich entbrannte und angesichts Dimensionen anzunehmen drohte, war es viel zu spät, die von Sorglosigkeit und Selbstüberschätzung hervorgerufenen schweren Versäumnisse nachzuholen. Und wenn es auch gelungen wäre, die Zahl der Streiter noch zu verdoppeln, so war es doch nicht möglich, im Handumdrehen die Haupt- und Grundbedingungen für eine siegreiche Armee zu schaffen, nämlich einen Feldherrn mit großem, klarem Ueberblick, der alle Chancen nicht nur zu erkennen, sondern auch schnell zu erfassen und zu benutzen weiß, tüchtige, selbstthätige Unterbefehlshaber, eine zuverlässige Generalität, ein intelligentes und die Mannschaft fortreißendes Officierscorps; es war nicht möglich, der Armee einen einheitlichen militärischen Geist, begeisternden Patriotismus und denjenigen Grad von Einsicht einzuflößen, der auch den gemeinen Mann im Kampfe oft leiten muß; es war endlich nicht mehr möglich, den Soldaten eine zweckmäßigere Bewaffnung und Bekleidung zu geben und das alte, schwerfällige, ganz unpassende Verpflegungs-System der Armee umzuwandeln.

Ueber alle diese Puncte kommen jetzt, nachdem das Unglück geschehen, in Oesterreich sehr merkwürdige Selbstbekenntnisse zum Vorschein. Es ist von allgemeinem Interesse, einige der Ursachen aufzudecken, welche eine so folgenreiche Katastrophe herbeiführen halfen. Beginnen wir mit dem Feldherrn und den ihm zunächst stehenden Generalen.

Feldzeugmeister Benedek stammt aus einer kleinen ungarischen Familie (sein Vater war Arzt in Odenburg) und hat sich durch militärische Tüchtigkeit, persönliche Tapferkeit und durch eine gewisse Geradheit seines Wesens, die aber mit vieler, alle Umstände geschickt benutzenden Schlauheit gepaart ist, zu den höchsten militärischen Graden emporgeschwungen. Als Parvenu und Protestant hatte er die aristokratisch-clericale Partei gegen sich, namentlich die aus dem Auslande eingewanderten und bei Hofe eingebürgerten hohen Familien, die man in Oesterreich „die Emigranten“ nennt, und an deren Spitze jetzt der Chef der General-Adjutantur des Kaisers, Graf Folliot de Grenneville, steht. Diese Hofpartei hätte ihn schon gleich nach 1859 beseitigt, wie es mit Haynau 1850, mit Gablenz und Tegetthoff erst kürzlich geschah; aber die drei glänzenden Waffenthaten Benedek's bei Odon, 1848, gegen die aufständischen Polen, 1848 bei Curtatone und 1859 bei Solferino, so wie sein kluges, die Bevölkerung beruhigendes Verhalten während der Aufstände in Galizien, Ungarn und Italien, hatten ihm das persönliche Vertrauen des Kaisers in dem Grade erworben, daß er zum Statthalter in Ungarn, dann zum Höchstcommandirenden in Venetien und endlich zum Oberbefehlshaber der Nord-Armee ernannt wurde. Gleichwohl bekämpfte ihn die bezeichnete Partei heimlich unausgesetzt und hinderte ihn, der die tiefen Gebrechen, an denen das österreichische Heerwesen krankt, sehr gut erkannte, an der gründlichen Durchführung seiner Reorganisationsplane, die freilich den Privilegien hochgestellter Personen starken Eintrag gethan hätten. Während er aber den geheimen Machthabern sich, wenn auch unwillig, fügen mußte, drückte er seinerseits die aufstrebende Intelligenz in den ihm untergebenen Officierscorps in seiner starren und rücksichtslosen Weise „mit eiserner Hand“, wie er zu sagen pflegte, nieder, indem er die Beförderung der unerfahrenen „Branntsöpfe“ hinderte und überall, wo ihm selbständiges Denken entgegentrat, es schroff zurückstieß und niederhielt. Da die hohe Generalität im österreichischen Heere größtentheils der hohen Aristokratie angehört, so hatte er auch bei viele einflußreiche Gegner. Doch nahm er zuweilen die Gelegenheit wahr, sich diesen erclusiven Kreisen angenehm zu machen und eine Uebereinstimmung der Gesinnung mit ihnen öffentlich an den Tag zu legen. Als ein dahin gerichteter Schritt ist der bekannte, seiner Zeit veröffentlichte Armeebefehl zu betrachten, durch welchen er die Berichterstatter der Journale aus der Nord-Armee verbannte; denn, daß er wirklich so beschränkte Begriffe von der Bedeutung der Tagespresse hat, kann man ihm doch nicht zutrauen. Nur einen Leibjournalisten behielt er im Hauptquartier; die ungemessene Lobhudelei desselben ist ihm wahrlich nicht von Vortheil gewesen. Aber Benedek ist leider von Eitelkeit nicht freizusprechen: durch die äußeren Zeichen großer Devotion und Verehrung ließ er sich leicht bestechen. Da er fühlte, daß er, weder in den hohen Kreisen noch in der Intelligenz des Heeres eine Anlehnung hatte, so suchte er sich in der großen Masse der Mannschaft einen festen Boden zu gewinnen, und wenn ihn dies auch dahin brachte, für die Bedürfnisse der gemeinen Soldaten möglichst gut, wenn auch mit Ostentation, zu sorgen, so verleitete es ihn doch auch dazu, mit oft unwürdigen Mitteln nach Popularität förmlich zu haschen. Statt die kostbare Zeit ganz der Leitung des großen Feldzuges, den allgemeinen Anordnungen zu widmen, verbrödelte er sie damit, sich bei den Truppen umherzutreiben, den einzelnen Soldaten die Hände zu schütteln, sie auf offener Straße zu umarmen, vorüberziehenden Truppenkörpern Kußhändchen zuzuwerfen, sich von kleinen Mädchen öffentlich segnen zu lassen, Blumensträuße auszutheilen, gewisse Manieren großer Feldherren äußerlich nachzuahmen, kurz, Dinge zu treiben, die kaum noch auf die gedankenlose Menge Eindruck machen, ihn aber bei den Vernünftigen herabsetzen mußten. Gegen seine Umgebung verbarg er nicht seinen Unmuth darüber, daß er mit seinen Reformplanen nicht durchgedrungen war, und deutete an, daß darin allein die Ursache zu suchen sein werde, wenn der Krieg einen üblen Ausgang nehmen sollte. Er hatte kein rechtes Vertrauen zu der Armee, und wahrscheinlich für den Fall eines kommenden Unglücks, vielleicht auch bloß aus Eitelkeit, liebte er es, sich im Hauptquartier mit den jungen Sprößlingen der höchsten Aristokratie zu umgeben, ihnen auf das kameradschaftlichste zu begegnen, sie zu hätscheln und zu schonen, während das sonst, jungen Officieren, gegenüber nicht seine Art war. — Betrachten wir die Umgebung des Feldzeugmeisters.

Benedek hatte schon 1865, um während seiner Abwesenheit von Wien die Intriguen der Hofpartei gegen ihn überwachen zu lassen, durch seinen Einfluß es dahin gebracht, daß der ihm befreundete Feldmarschall-Lieutenant Henikstein zum Generalstabs-Chef in Wien ernannt wurde. Henikstein, ein Bruder des jüdischen wiener Banquiers gleichen Namens, wurde durch seine Rührigkeit und die sarkastische Schärfe der Kritik, mit welcher er den alten bureaukratischen Zopf im Militärwesen verfolgte, den hohen Herren im Kriegs-Ministerium bald sehr unbequem. In Oesterreich liegt der Schwerpunkt der militärischen Anordnungen nicht im Kriegs-Ministerium; dieses ist vielmehr nur eine Art von Executiv-Behörde für die General-Adjutantur und den Marschallsrath, während neben ihm der Genie- und der Artillerie-Director fast selbständig fungiren. Formell trägt das Kriegs-Ministerium, als oberste Militärbehörde, alle Verantwortlichkeit, in Wahrheit aber hat es nur eine sehr bedingte selbständige

Digitized by Google

Action, und die Hofpartei benutzt es, um ihre Günstlinge, die sie in Wien behalten und mit Personalzulagen und Diäten versorgen will, dort gewächlich unterzubringen. Diese Hofclique nun wollte sich nicht von einem „stinkenden Juden" pensitiren lassen, sie trachtete daher, ihn los zu werden, oder ihn zu „heben", wie man dort sagt. Die Gelegenheit bot die Formirung der Nord-Armee. Henikstein hat um das Commando des 5. Armeecorps, welches er früher gehabt hatte. Da jedoch dieses dem (bald darauf irrsinnig gewordenen) Fürsten Liechtenstein bereits zugesagt war, so ernannte man ihn zum Generalstabs-Chef der Nord-Armee. Benedek, der doch wohl eine Ahnung von seiner eigenen unzulänglichen wissenschaftlich-militärischen Bildung haben mochte (er hatte sich bekanntlich Anfangs geweigert, den Oberbefehl zu übernehmen, und gehorchte nur dem ausdrücklichen Befehl des Kaisers), und der sehr gut wußte, daß Henikstein besser bei Hofintriguen als bei der Leitung einer großen Armee vor dem Feinde an seinem Platze sei, rief den General Krizmanic an seine Seite und übertrug diesem, der sich als tüchtigen Brigadier bewährt hatte und als einer der durchgebildetsten Stabs-Officiere der Armee galt, ausschließlich die Leitung der Operationen, während Henikstein nur die Berichte an die General-Adjutantur aus den einlaufenden Materialien zusammenzustellen hatte. Benedek und Krizmanic leiteten den Feldzug ganz allein; jeder von anderer Seite ertheilte Rath wurde unbedingt zurückgewiesen. Als aber die wiederholten Niederlagen darzuthun schienen, daß Krizmanic das große Vertrauen, welches Benedek in ihn setzte, nicht zu rechtfertigen wisse, entschloß sich die mächtige Hofpartei, nach alter Weise wieder selbst die Leitung zu übernehmen und einen ihrer gefügigen Günstlinge pro forma an die Spitze zu stellen. Am 3. Juli wurden Clam, Henikstein und Krizmanic telegraphisch ihrer Stellen entsetzt, und General Baumgarten zum Chef des Generalstabes ernannt. Baumgarten, in jedem Betracht unfähiger als Krizmanic, und in der Armee nur als Salon-Soldat und Exzelsiut bezeichnet, zeigte denn auch bald, daß die vox populi sich in ihm nicht geirrt hatte. Der flucht-ähnliche Rückzug nach Olmütz war sein Werk. Benedek hatte nach der Schlacht bei Königgrätz den Glauben an sein militärisches Glück verloren und war in Apathie versunken. Ein tüchtiger Feldherr hätte nicht nur während der ungünstigen Wendung der Schlacht, sondern selbst nach der Niederlage noch Vieles retten können; aber Benedek war nicht der Mann dazu, und in seiner Umgebung befand sich kein General, der aus dem Unglück die Kraft zur Lösung der schwierigen Aufgabe zu schöpfen vermochte.

General Trochu über den Krieg.

Entgegen den Schreiern, welche den Krieg verlangen, „damit Frankreich in einem Blutbade aufs Neue seine Kräfte stähle", — so steht es wörtlich in der „Liberté" — macht ein Buch gegenwärtig großes Aufsehen, welches einer der genialsten Heerführer Frankreichs, General Trochu, veröffentlichte und von dem in acht Tagen drei Auflagen vergriffen sind. Seit langer Zeit hat kein Wort so eingeschlagen, und das zeigt und Gottlob, daß die verrückten Duvernois'schen Ihrorten in der „Liberté" keine Wurzel im Volke fassen.

General Trochu ist ein Officier, der 18 Schlachten, nämlich in Afrika, der Krim und Italien mitgemacht hat, vier ehrenvolle Wunden in heißen Kämpfen davontrug (ein Bein ward ihm bei Magenta von einer Granate zerschmettert), von der untersten Stufe sich bis zu dem Range emporschwang, den er jetzt bekleidet und dicht davor steht, Marschall von Frankreich zu werden, in der ganzen Armee als der „Tapferste der Tapfern", wie weiland der „eiserne Ney", bekannt, und außerdem einer der glänzendsten Strategiker von ganz Europa. Seine überaus vielseitige Bildung macht ihn ganz abgesehen von diesen Qualitäten, zu einem höchst interessanten Menschen, und vor Allem ist er, obgleich kein „Mann von der Feder", ein Meister des Stils.

Was thut nun dieser Held, der auf so vielen Schlachtfeldern blutete, dieser „rettige Streiter", der im Gewimmel des Feldlagers groß geworden? Er schreibend eines der vernichtendsten Geschosse gegen die Idee, daß der Krieg eine Wohlthat für die Menschheit sei, die je sein Erfindung der Buchdruckerkunst von mächtiger Hand geführt wurden. Er wirft den Franzosen in scharfen Worten vor, daß sie trotz aller bereits Erfahrungen noch immer dem Trugbild der „Gloire" nachjagen und ermahnt sie in beweglicher Weise, statt der Wolke die Göttin selbst zu umfassen, die Bürgertugend an die Stelle des Kriegsruhmes zu setzen und zu bedenken, daß der Krieg eine „Geißel für die Menschheit" sei.

Voll ehrer Entrüstung über die „Lobredner der Schlachten" ruft dieser vielgepriefte alte Soldat aus: „Gott auf, ich bitte euch um Gottesmillen, mit romantischen Farben die „Glanzseiten des Kriegsterkens" zu malen, kehrt auf, die Medaille so schimmern zu lassen, daß das Volk nie ihre Kehrseite erblickt, die ihre Hauptseite ist. O hättet ihr Alle, wie ich, euren Einzug gehalten in verbrannte und verwüstete Städte, die von Blute unschuldiger Greiser und Kinder gefärbt waren, das gen Himmel schrie, hättet ihr, wie ich, die Verzweiflung des ungerecht preisgegeben gesehen, weil die Armee ihre Saaten zertrampft hatte, hättet ihr, wie ich, mit blutenden Herzen gesehen, wie alle edlen Regungen des menschlichen Gemüthes durch den Blutgeruch erstickt werden und nur noch die Bestie, die tückisch in uns Allen schlummert, sich erhebt und mit mächtigem Satze auffpringt, um ihr Opfer zu umkrallen, hättet ihr den entsetzlichen Wehrruf der Nationen vernommen, die herz- und markerschütternde Klage der Mütter, der Bräute, der Wittwen und Waisen, ihr würdet Alle, wie ich, ausrufen: Der Krieg ist ein Fluch Europa's, er muß verschwinden, wenn wir beginnen wollen, Menschen zu sein, Bürger des 19. Jahrhunderts, dessen Namen wir durch Mord in Massen schänden."

Und dann wendet sich dieser eminente Heerführer zu der Pestbeule Frankreichs, dem Proletarierthum des Heeres. Er hebt hervor, daß die unzähligen Tausende, die stets auf's Neue cantonirten und aus dem Krieg, wie er selbst sagt, ein Schlächterhandwerk machen, einzig und allein Schuld daran sind, wenn die französische Armee Krieg um jeden Preis führen will, gleichviel wo, ob in China oder in Pommern, in Mexico oder Sklirien, gleichviel aus welchen Motiven, wenn sie nur ein furchtbarer Ally auf der Erde des Kaiser selbst lastet, der gern sich dem eisernen, gefährlichen Würfelspiel entzöge, das seine eigene Krone als Einsatz fordert. Er ruft Frankreich zu:

„Ich will allein den Soldaten für die Zukunft erhalten wissen, welcher nach vollendeter Dienstzeit als ehrenhafter Bürger oder Ackerbauer wieder in den Kreis seiner Familie zurückteilt, geschult und gebessert durch die Ehrlichkeit des Pflichtstandes, von Pflichtgefühl erfüllt, aber zugleich auch von der Idee beseelt, daß sein Schwert nur das Vaterland schützen soll. Diesen Mann jubelt in Dorf und Stadt Alles entgegen, seine männliche Hand drücken die Schwachen liebend und vertrauensvoll. Aber fort mit den Lanzknechten, die vom Blutvergießen sich mästen wollen, fort mit den Handwerkern des Gewehrs und des Säbels, die eine zünftige Kaste bilden, die der „Göttin des Mordes" als Priesterschaft dient — sie hab das Elend und der Fluch unseres schönen Frankreich. Kehrt zu den Ihren von 1792 nicht blos mit den Waffen, sondern in Wirklichkeit zurück, schützt eure Freiheit und wißt sie zu bewahren, und freche Eroberungsgriege, die nichts als Ruin und Verzweiflung, Haß und Wuth bringen, werden unmöglich sein!"

So redet ein Held, ein wahrer Held, kein falscher, und ehren wollen wir ihn ob seines Muthes. Viel mehr Muth gehört dazu, offenfest eingewurzelte Vorurtheile einer Nation zu bekämpfen, als in die Schlünde einer Batterie zu blicken, und die edle „Gloire" wird den General Trochu mit ihrem schönsten Lorbeer schmücken. Er hat glänzende Siege auf dem Schlachtfelde errungen; dies Buch ist sein glänzendster! (K. Ztg.)

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Die Herren v. Hoverbeck und Jacoby haben ihren Austritt aus dem Ausschusse des Vereins angezeigt.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 fr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 fr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 fr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 104. Heidelberg, den 16. Mai. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Schleswig-Holstein im Marinewesen. — Fauler Frieden. — Preußischer Landtagsbrief. — Die Hannover'schen Abgeordneten im Reichstage. — Aus Wiesbaden. — Ein ultramontaner Empfehlungsbrief für Preußen.

Wochenbericht.

Heidelberg, 14. Mai.

* Die Friedensbotschaft aus London wird in Deutschland mit sehr gemischten Empfindungen aufgenommen. Daß uns ein furchtbarer Krieg erspart wird, ist freilich dem ganzen Volke willkommen, den Preis aber, um welchen wir uns davon loskaufen, finden Viele zu hoch. Sagen wir es gerade heraus — die Räumung der Gränzfestung, in welcher Preußen fünfzig Jahre lang Wacht gehalten, wird als eine Demüthigung empfunden, die sich nicht verschmerzen läßt, selbst wenn man sie, im Vergleich mit dem Kriege, als das geringere Uebel ansieht. Vor vier Wochen, in den letzten Tagen der Reichstagssitzung, galt ein solcher Ausgleich des luxemburgischen Handels in Berlin selbst, an entscheidender Stelle, für unannehmbar. Erst seit der Rückkehr des Hrn. v. Bismarck aus Pommern hat man allmälig in die diplomatische Bahn eingelenkt, an deren Endpunkt die Beschlüsse der Londoner Conferenz standen. Preußen ist damit einer großen Gefahr aus dem Wege gegangen, ob es dabei aber nicht dennoch mehr eingebüßt als erspart hat, bleibt eine Streitfrage. Vergebens beruft man sich darauf, daß auch Frankreich durch seinen Verzicht auf die Einverleibung von Luxemburg dem Frieden ein Opfer gebracht. Das Tuilerienecabinet hat einen Anspruch fallen lassen, während Preußen einen wohlerworbenen Besitz aufgegeben. Aufgegeben auf eigene Kosten und auf Kosten Deutschlands, das sich solcher Verluste seit dem vorigen Jahr ein für alle Mal entheben glauben durfte!

Preußen, es ist wahr, hatte mancherlei dringende Gründe, die letzte entscheidende Machtprobe, die es früher oder später auf jeden Fall abzulegen haben wird, aufzuschieben. Die Unfertigkeit der politischen Zustände, welche aus den Ereignissen des vorigen Jahres hervorgegangen sind und die militärische Schwäche der süddeutschen Staaten mochten bei den Entschließungen der Berliner Regierung besonders schwer ins Gewicht fallen. Dazu kam demnächst wohl die Rücksicht auf die fortdauernde Wehrlosigkeit Preußens zur See*) und an den eignen Küsten, zu deren Schutz bis jetzt so viel wie nichts geschehen zu sein scheint. Auf der andern Seite dagegen hatte Preußen auf militärischem Gebiete manchen Vorsprung vor Frankreich, welcher im Laufe der nächsten Zeit unwiederbringlich verloren gehen wird. Wie weit die Vortheile und Nachtheile der augenblicklichen Lage sich ausglichen und auf welcher Seite der Ueberschuß war, wird sich selbst von den besten Sachkennern kaum mit einiger Sicherheit ermitteln lassen; gewiß aber ist, daß im preußischen Kriegsministerium und Generalstabe das Bewußtsein der militärischen Ueberlegenheit Preußens über Frankreich vorwaltete. Wenn unter solchen Umständen die einstweilige Fortdauer des Friedens gleichwohl durch die Preisgebung von Luxemburg erkauft wurde, so möge sich und Deutschland dazu Glück wünschen, wer kann; uns fehlt der Muth dazu.

Daß der öffentliche Glaube an die Willenskraft der preußischen Regierung und an die militärische Macht des preußischen Staats durch den Ausgang der luxemburger Streitsache einen schweren Stoß erleiden mußte, verstand sich von selbst. Das berühmte Wort des Herrn von Manteuffel: „der Starke weicht einen Schritt zurück" — hat eine neue Bestätigung erhalten, die sich an ihrem Urheber um so mehr rächen wird, je weniger man gewohnt war, ihn mit dem Manne der Olmützer Bußfahrt auf eine Linie zu stellen. Die bärteste Verdammung freilich hat Herr von Bismarck von Denjenigen zu erwarten, die am wenigsten das Recht haben, einen Stein gegen ihn aufzuheben, von den Stuttgarter, Münchener u. s. w. Herren im Priesterrock und mit der Freiheitsmütze, welche seit Monaten nach der Neutralität Süddeutschlands im Kriege gegen Frankreich wegen Luxemburgs geschrien. Die Scheu, mit diesem lügnerischen Gesindel zusammengeworfen zu werden, mag vielleicht manchem ehrlichen Manne den Mund schließen, aber die Stimmen des Beifalls werden dadurch weder zahlreicher noch aufrichtiger.

Das Endurtheil über den einstweiligen Ausgang des luxemburgischen Handels indessen muß der Zukunft anheimgestellt bleiben. Ist der Friede dadurch, wider alles Erwarten, wirklich auf die Dauer befestigt und gelingt es zugleich, dem Zollvereinsverhältniß, in welchem Luxemburg zu Deutschland bleibt, seine volle Ausbildung zu geben, so kann dadurch möglicher Weise die nachträgliche Freisprechung der heutigen Politik des Verzichts begründet werden. Bis dahin aber ist daran festzuhalten, daß diese Politik eine Versündigung an Deutschland gewesen, welche gesühnt sein will und ein Fehler in der preußischen Rechnung, der wieder gut gemacht werden muß.

Je ungewisser die Dauer der Frist, welche Deutschland zur ungestörten Vollendung seiner Verfassungsreform gewonnen hat, desto dringender die noch rückständige Arbeit. In Darmstadt und Baden verschließen sich wenigstens die Landtagsabgeordneten dieser Erkenntniß nicht länger, während die Masse der Bevölkerung in ganz Süddeutschland bis jetzt wenig Theilnahme an der wichtigsten Aufgabe der Zeit an den Tag legt. Es ist richtig, daß der norddeutsche Bund, seiner bisherigen Geschichte und Gestaltung nach, unmöglich ein Gegenstand der nationalen Begeisterung sein kann, aber nicht weniger richtig ist es, daß die Zukunft Deutschlands durch den norddeutschen Bund hindurchgehen muß, um die Bahnen zu finden, in denen die nationale Begeisterung ihre Begleiterin sein wird. Die unläugbaren Mängel und Härten der Bundesverfassung haben

*) Vergleiche den unten folgenden Artikel: Schleswig im Flottenwesen, welcher die unverantwortlichen Versäumnisse, deren sich die Marineverwaltung in den letzten drei Jahren von Neuem schuldig gemacht, eben so treffend kennzeichnet, wie die Hauptursache derselben, nämlich die fortdauernde Vereinigung des Marineministeriums mit dem an sich schon überbürdeten Kriegsministerium.

Digitized by Google

zum Theil ihren Grund hauptsächlich in der bisherigen Unvollständigkeit des Bundesgebiets. Wird die Bevölkerung desselben, durch den Zutritt Süddeutschlands, von 30 auf 40 Millionen Menschen gebracht, so ergibt sich zum Beispiel ganz von selbst die Möglichkeit und die Handhabe einer Erleichterung der Militärlast. Um so mehr, als die französische Kriegslust durch einen solchen Zuwachs zu der deutschen Widerstandskraft und durch die damit vollendete Bereitlung der letzten Hoffnung, in Deutschland selbst Bundesgenossen gegen Deutschland werben zu können, beträchtlich herunter gestimmt werden dürfte. Daß die Schutz- und Trutzbündnisse in diesem Sinne keinen Ersatz für die verfassungsmäßige Staatsgemeinschaft leisten können, hat die Erfahrung der jüngsten Tage bewiesen, namentlich durch das diplomatische Ränkespiel, durch welches man, von Paris aus, Baiern und Württemberg zum Verrathe an der Nationalsache zu bringen suchte, und das ehr- und pflichtvergessene Entgegenkommen, welches diese Versuche bei den süddeutschen Neutralitätsmenschen fanden. Kurz, die Beschleunigung der Erweiterung des norddeutschen Bundes zum vereinigten Deutschland ist heute das brennendste aller nationalen Interessen, das nicht rasch genug zum Gegenstande der planmäßigen Agitation gemacht werden kann.

[H] — Das Haus Habsburg feiert die Flitterwochen seiner Aussöhnung mit Ungarn. Die königlich kaiserliche Hofburg in Wien und das Magyarenthum, die sich noch unlängst auf Tod und Leben gegenüberstanden, sind jetzt Ein Herz und Eine Seele. Schade, daß man nicht wissen kann, ob dieser süße Friede und diese holde Eintracht auch nur den nächsten Tag überdauern wird. Einstweilen wird denselben allerdings von Seiten der Wiener Regierung jedes andere Interesse untergeordnet; nachdem man den Magyaren die Reichseinheit, die bestehende Verfassung, das gute Einvernehmen mit der ganzen Hälfte des Reichs diesseits der Leitha, nachdem man ihnen die Slovaken in Oberungarn, die Sachsen und Rumänen in Siebenbürgen geopfert, ist man drauf und dran, ihnen auch die Serben und Croaten auszuliefern, was immerhin eine mißliche Sache ist, wie man aus alten und neuen Erfahrungen weiß. Das Schlimmste aber ist, daß das Magyarenthum noch immer nicht Miene macht, sich mit allen diesen Opfern für abgefunden zu erachten, daß es seine Ansprüche vielmehr auch nach Richtungen hin ausdehnen zu wollen scheint, in welchem der österreichischen Regierung das Nachgeben auch beim besten Willen unmöglich ist. So in Bezug auf das Militärwesen und die Finanzen. — Für jetzt indessen tritt die ungarische Politik zurück hinter die große Mummenschanz der Königskrönung in Pesth, für welche man sich die Stimmung nicht verderben will. Altösterreich unterdessen ist in der übelsten Laune und hat alle Ursache dazu. Die Deutschen fühlen sich des ersten Ranges im Staate, den sie bisher behauptet, wenn nicht entsetzt, so doch nicht mehr sicher, während die Tschechen, in der Erbitterung über die Täuschung ihrer durch das sorgliche Ministerium genährten überschwänglichen Hoffnungen, laut und offen mit Abfall zum Panslavismus drohen. Außerhalb Ungarns tragen zur Zeit nur die Polen gut österreichische Gesinnung zur Schau.

Der Schlendrian im Marinewesen.

L Wenn der Friede gegenwärtig auch bis auf Weiteres gesichert erscheint, so ist es doch noch keineswegs zu spät, auf die Mängel und Lücken unseres nationalen Vertheidigungssystems hinzuweisen. Die schlimmsten derselben liegen anerkannter Maßen an der Seeseite; aber, wenn man sich gewöhnlich bei dem Vorhandensein dieser Thatsache beruhigt und ihre Schuld einer langen traurigen Vergangenheit aufbürdet, die die Grundlagen zu schaffen versäumt habe, so fragt es sich doch, ob hiermit die Gegenwart nicht zu voreilig entlastet wird. In der That braucht man nur etwas genauer zuzusehen, um zu erkennen, daß es mit der Verwaltung des Marinewesens nicht länger so fortgehen kann.

Seit dem Kriege gegen Dänemark, also seit drei Jahren, hat die preußische Flotte, damals doch nur der erste Anfang einer brauchbaren Kriegsmarine, keinen einzigen nennenswerthen Zuwachs erfahren. Zwei Kanonenboote erster Classe, glauben wir, sind Alles, was seitdem hinzugekommen ist. Ein paar Panzerschiffe sind in Poplor bei London und La Seyne bei Toulon, ein hölzernes Schiff ist in Danzig auf dem Werft; aber erst nach geraumer Zeit werden sie segelfertig sein, und in einem Kriege, der in diesem Sommer ausbräche, würden sie überall keine Rolle spielen, ausgenommen, daß Frauenreich die in La Seyne gebaute Panzerfregatte, „Prinz Friedrich Karl", sich natürlich als gute Prise zu Gemüthe führen würde. Schlimmer noch, als die spärliche Bestellung neuer großer Schiffe, weil einen vollständigen Mangel an Umsicht verrathend, wäre es, wenn die Angabe sich bestätigen sollte, daß in den eigenen heimischen Häfen inzwischen noch nicht die mindesten Anstalten zum Empfang des „Kronprinz" und des „Prinz Friedrich Karl" getroffen, d. h. zu ihrer sichern Unterbringung und eventuellen Reparatur getroffen sind. Wie soll es denn werden, falls ihnen schon auf der Herreise etwas zustößt? Sollen sie gleich in ein fremdes Dock zurückkehren? Die Bestellung von Panzerschiffen bei auswärtigen Schiffsbaumeistern, oder Schiffsbau-Gesellschaften war bis jetzt ein nothwendiges Uebel; allein man wirft der höchsten Behörde in Berlin auch vor, daß sie nicht das Billige und Mögliche thue, um den Bau großer eiserner Schiffe an unseren Küsten und Strömen einzubürgern, indem sie namentlich die Anerbietungen des englischen Schiffsbaumeisters Mitchel, der der russischen Regierung derartige Werfte zu ihrer großen Zufriedenheit errichtet hat, überhörte von der Hand gewiesen. Inzwischen hat ein für seine Initiative und Energie bekannter Geschäftsmann, Consul Meier in Bremen, im Reichstage angedeutet, er gehe mit Plänen zur Herstellung von Kriegsschiffswerften um, und da er, außer seiner vielseitigen Rheder-Erfahrung, am Harze auch eine ergiebiges Eisenhüttenwerk besitzt, so mag man darauf so eine gewisse Hoffnung gründen dürfen. Wie aber steht es mit dem Küstenschutz? Was ist geschehen, um diese ernsthafte Angelegenheit, über deren Verschleppung durch die ehemalige Bundes-Militär-Commission dem General v. Moltke so schneidende Scherze in den Mund gelegt werden, nach deren glückliche Beseitigung durchgreifend zu fördern? Soviel bekannt, ist weder an der Elbe, noch an der Weser, noch an der Ems seit vorigem Sommer etwas Erhebliches geschehen. Das hannoversche Fort Wilhelm, bei Bremerhaven, ist ausgeräumt, aber das beabsichtigte neue Werk, weiter unterhalb an der schmalsten Stelle des Fahrwassers der Wesermündung, noch nicht errichtet worden. Ebensowenig sind Anstalten getroffen, um den gefährlich offenen Zugang zum Jade-Hafen zu schützen, und nicht einmal die vorliegenden friesischen Inseln, wie schon im Interesse der Rettung schiffbrüchiger Mannschaften aufs dringendste zu wünschen wäre, mit den ihnen meistens noch fehlenden Telegraphen nach dem Festlande hin versehen worden.

Alle diese Versäumnisse enthüllen einen nach Abhilfe förmlich schreienden Fehler in der obersten Organisation. Je stärker sie zu der Thätigkeit und Umsicht der preußischen Kriegsverwaltung im Gegensatz stehen, desto lauter klagen sie die unnatürliche Vermengung zweier so verschiedenen und so gleichmäßig wichtigen Verwaltungsgebiete an. Herr v. Roon bricht beinahe schon unter der Last des Kriegsministeriums zusammen; und wer die ungeheure Aufgabe bedenkt, welche diesem gestellt ist, innerhalb weniger Monate aus dreißig bunten Contingenten eine einzige Armee zu machen, der wundert sich darüber nicht. Ein Umwesen aber ist es, hieraus nicht den Schluß zu ziehen, daß das Marineministerium einem anderen eben so einschtigen und thatkräftigen Mann anvertraut werden muß. Die notorische Abneigung des Königs gegen neue Minister kann doch wahrhaftig gegen diese blanke Nothwendigkeit nicht Stich halten, wenn man ihm die Folgen des gegenwärtigen Zustandes unverhüllt und in ihrem Zusammenhang vor Augen hält. Das Heerwesen ist jetzt einmal geschaffen; zu seiner Fortentwicklung bedarf es wesentlich nur einer entsprechenden allgemeinen Sachkunde, Fähigkeit und Pflichttreue. Für die Flotte aber, die

Digitized by Google

ja eigentlich noch erst zu schaffen ist, namentlich in organisatorischer Hinsicht, bedürfen wir schlechterdings des tauglichsten Mannes, den Deutschland besitzt. „Ein Königreich für einen Marineminister!“ — und möge der, von dem die Anstellung desselben schließlich abhangt, damit nicht warten, bis wir gleiche oder noch ärgere Dinge erleben, wie Italien mit seinem Admiral Persano.

Faulen Friede.

N Die Tagesmeinung bewegt sich gern in Extremen; es sollte uns gar nicht wundern, wenn der unverhoffte Erfolg, der den Friedensanstrengungen der Diplomatie heute (10. Mai) gestichert scheint, die wandelbare, so eben noch von den unheimlichsten Gefühlen erfüllte Menge in den süßen Wahn einwiegte, es sei nun alle Gefahr auf lange hinaus vorüber. Wir bleiben dabei, daß es höchstens eine, wahrscheinlich ganz kurze Galgenfrist ist, welche dem europäischen Frieden vergönnt sein wird, und daß Napoleon III auf eine Vertagung sich nur eingelassen hat, weil er rechnet, morgen mit größerem Vortheil loszuschlagen zu können, als heute. Lange jedoch kann und darf er nicht warten, da es zu gefährlich für ihn wäre, wenn der, mit größter Spannung jetzt nach Außen gerichtete Sinn und Trieb der Nation Zeit fände, sich mit ungetheilter Kraft auf das Innere zurückzuwerfen. Und wenn der Bonapartismus ruhig zusähe, wie demnächst das ganze Deutschland sich bundesstaatlich zusammenschließt, und seine Hand rührte zu dem Versuch, den Ausbau des Werkes gewaltsam zu stören: dann würde nichts weniger als ein geschichtliches Wunder sich zutragen. Der Bonapartismus verliert in Frankreich jeden Halt, vor Allem bei der Armee, in dem Augenblick, wo Deutschlands Einheit und damit das Ende des französischen „Uebergewichts“ eine besiegelte und unumstößliche Thatsache ist. Denn nur um dieses Uebergewichts willen hat ihm die Nation die drückende und täglich drückender von ihr empfundene Schmach der innern Knechtschaft bisher verziehen. Napoleon hat, kurz gesagt, heute nur noch die Wahl zwischen Krieg und Revolution, und er wird den ersteren wählen, wo ihm immerhin der Sieg blühen kann, während er, der Revolution gegenüber, vorweg das Spiel verloren hat, sobald die Armee ihm entfremdet und jener dumpfen verdrossenen Stimmung verfallen ist, mit der sie z. B. im Frühjahr 1848, Gewehr beim Fuß, dem Auftlande zuschaute. Er wird also Krieg führen, nicht weil er will, sondern weil er muß, mag er auch persönlich noch so friedsam, dem Wagniß eines Ringkampfes mit Deutschland noch so abhold sein.

Indeß, all' das weiß und sagt ja längst alle Welt, aber in den letzten Wochen, namentlich unter dem Eindruck der französischen Friedenskundgebungen, scheinen Viele an dieser Auffassung irre geworden. Es wird bestritten, daß ein zum Kriege treibendes Verhängniß für den Bonapartismus existire; man sehe ja, daß die Franzosen keineswegs so ruhm- und kriegsdurstig seien, wie man sie bisher geglaubt, die Vernunft, die Bildung, die Gesittung des 19. Jahrhunderts feiern auch in Frankreich einen Triumpf über barbarische Vorurtheile, Erinnerungen und Leidenschaften von ehedem u s. w.

Die Friedensdemonstrationen in Ehren; nur erinnern sie uns fatal Weise an die gleichartigen preußischen vom vorigen Jahr. Ohne Zweifel: ist der Bonapartismus entschlossen, Krieg zu führen, so wird er durch jene Proteste ebenso wenig daran verhindert werden, oder sich hindern lassen, wie seinerzeit Bismarck. Ja, im Grunde noch weniger, denn die Meinung und der Wille der friedlich gesinnten bürgerlichen und arbeitenden Klassen sind im heutigen Frankreich noch ein gutes Theil ohnmächtiger, als bei uns, ohnmächtiger nicht bloß gegenüber der Allgewalt der Regierung, sondern vor Allem den Instinkten und Leidenschaften des Heeres, welches, nach allen Berichten, für den Krieg mit Preußen glüht, des Heeres, welchem der Bonapartismus, gegen den Willen des politisch denkenden und gebildeten Bürgerthums, seine Erhebung zur Gewalt verdankt. Und dieses nämliche Bürgerthum will ausgesprochener Maßen vor Allem deßhalb nicht den Krieg, weil es die Freiheit will; Grund genug für den Bonapartismus, den Krieg zu wollen.

Aber wir gehen noch einen Schritt weiter. Nach unserer Ansicht ist es keineswegs bloß das dynastische Interesse des Bonapartismus, sondern in gewissem Sinne das Lebensinteresse Frankreichs selbst, welches unaufhaltsam zum Kriege drängt. Es klingt das paradox, aber es ist so. Frankreich ist nämlich, Dank seiner ganzen staatlichen Entwickelung seit Jahrhunderten, nachgerade auf dem Punkt angekommen, wo es entweder ersticken, innerlich verfaulen, oder sich den zum Leben nöthigen Sauerstoff durch einen Gang nach Außen verschaffen muß. Seine Staatskrankheit, die übermäßige Centralisation, ist glücklich so weit gediehen, daß alle und jede selbstständige politische Kraft von der Staatsgewalt aufgesaugt, zerrieben, todtgedrückt ist, zuerst die Aristokratie, die Corporationen, Kirche, Gemeinden, dann die bürgerlichen, liberalen und demokratischen Parteien. Der Staat, wie alles Leben, bedarf aber zu seiner Erhaltung des Wechselspiels der Gegensätze, der Reibung und Bewegung aufeinander wirkender Kräfte; sind solche Kräfte in ihm noch nicht, oder nicht mehr thätig, hat er sie, wie in Frankreich, selbstmörderisch vernichtet — das heißt, als politisch organisirte, in der regelmäßigen Entwicklung wirksame, nur davon ist die Rede; das elementare Dasein der Parteien ist geblieben, aber dieses kann sich eben nur in der Form der Revolution geltend machen — so muß er danach trachten, durch Krieg und Eroberung seinen Stoffwechsel anzuregen und zu erneuern. Das schauderliche Wort Girardins: „Frankreich muß in einem Blutbade seine Kräfte aufs Neue stählen“, spricht doch, von dieser Seite betrachtet, eine gewisse Wahrheit aus.

Geht nun Frankreich demnächst baden, und bleibt es siegreich, so wird es nur dann, wenn ihm der Sieg zugleich bedeutende neue Erwerbungen und damit ausreichende Thätigkeiten und Verdauungsstoff zuführt, jenen, bewußt oder unbewußt, in ihm arbeitenden Kriegszweck halbwegs erreichen; gewisser und vollkommener jedoch in dem, glücklicher Weise wahrscheinlicheren, Fall seiner Niederlage. Denn mit ihr bricht der Cäsarismus und die Uebermacht der Staatsgewalt von selbst zusammen; die Nation wird gezwungen, Ersatz für das verlorene Uebergewicht, Beschäftigung, Bewegung in der Wiederaufnahme der Freiheitsbestrebungen zu suchen. Ob es freilich jemals möglich sein wird, germanische Institutionen, Freiheit, Selbstregierung auf die Dauer bei unseren Nachbarn einheimisch zu machen, steht dahin. Gewiß aber scheint, daß das heutige Frankreich, sich selbst überlassen, von rein aus seinem Innern heraus, ohne reelle Nachhilfe der Germanen, nicht die sittlich-geistige Kraft hat, an die Stelle des Cäsarismus ein Freiheit mit Ordnung und stetiger Entwicklung verbindendes Staatsleben zu setzen. Oder, wo ist die Partei, welche, als Erbin des Bonapartismus, hiezu die Kraft und den Willen hätte? Eine Partei in diesem Sinne, eine Partei „der Freiheit schlechtweg“, war vor ein paar Jahren einmal im Werden, aber man hat lange Nichts mehr von ihr gehört, sie trieb keine Wurzeln im Volksboden. Wie die Dinge liegen, kann die Freiheit immer nur in Gestalt der Revolution auftreten, und um letzterer zuvorzukommen, hat der Bonapartismus, wie gesagt, kein anderes Mittel mehr, als den Krieg mit Deutschland.

Allerdings, er würde dieses Mittel trotzdem nicht anwenden, wenn er keinerlei erlaubte Hoffnung auf das Gelingen haben könnte. Aber dies ist das Andere, was, außer der Gespanntheit der inneren französischen Lage, den Krieg herbeizieht: die Unfertigkeit des neuen Deutschland, und die Zweideutigkeit (um nicht mehr zu sagen) der Stellung Oesterreichs. Wie sind auf dem Wege, so stark zu werden, daß Frankreich künftig die Lust vergehen wird, sich an uns zu erholen; aber wir sind noch nicht am Ziele, und es ist nur zu leicht möglich, es ist sogar höchst wahrscheinlich, daß uns an der Erreichung desselben nicht bloß Frankreich, sondern auch Oesterreich zu hindern suchen wird. Denn daß dieses die Idee einer Zurückeroberung seiner deutschen Stellung, oder wenigstens ihrer süd-

Digitized by Google

deutschen Hälfte, noch nicht aufgegeben hat, lassen neuerliche Aeußerungen der inspirirten Wiener Blätter nur zu deutlich erkennen. Wie, wenn Oesterreichs Bestissenheit, diesmal noch den Frieden zu erhalten, in erster Linie darin wurzelte, daß man in Wien sich noch nicht wiederbergestellt genug fühlt, um bei einem neuen Waffengange das Schwert Habsburgs mit dem erforderlichen Nachdruck zu handhaben, und deßhalb eine Vertagung bis zum Herbst, oder nächsten Frühjahr vorzöge. Schon aus dieser einen Rücksicht auf Oesterreichs Gesinnungen müssen wir stark zweifeln, ob die friedliche Politik, welche Bismarck im Luxemburger Handel offenbar von Anfang an befolgte, wirklich durch überwiegende Gründe gerechtfertigt war. Wennschon' wir keineswegs der im letzten Wochenbericht angedeuteten Meinung beistimmen, daß dies Verhalten Bismarcks nur einen einzigen Erklärungsgrund zulasse — der auch von uns unausgesprochen bleiben mag — es ließe sich eine ganze Reihe sonstiger Rücksichten namhaft machen, welche der Wegräumung gerade dieses Streithandels, und überhaupt dem Aufschub des Krieges das Wort reden. Aber wir müssen die entgegenstehenden Gründe einstweilen und so lange sich nicht z. B. herausstellt, daß im Fall eines anderweiten Conflikts uns Englands Beistand gesichert ist, für die gewichtigeren halten. Ja, möglicher Weise könnte die einzige thatsächliche Folge des jetzigen Ausgleichs die sein, daß wir, kommt es über ein Kleines zum Kriege, an unserer Westgrenze einen Stützpunkt und die Franzosen ein Hinderniß weniger haben. Auch ist die öffentliche Meinung, wie entschieden sie auch den Gräuel eines deutsch-französischen Krieges verabscheut, von Anfang an merkwürdig einstimmig gewesen in dem Rufe: Besser jetzt, als später! Erst ganz neuerlich ist sie in einiges Schwanken gerathen. Wir fürchten sehr, der selten trügende erste Instinkt wird auch diesmal Recht behalten.

Preußische Landtagsbriefe.

II.

Berlin, 12. Mai. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Mai ist die Verfassung für den norddeutschen Bund, so wie sie aus den Berathungen des Reichstags hervorgegangen war, unverändert mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen. Drei lange Sitzungen hindurch dauerte die Generaldiskussion, die füglich hätte in einer einzigen erledigt werden können; denn zu ändern war ja doch nun einmal nichts mehr an der Verfassung, und jeder Einzelne hatte natürlich schon vor dem Eintritt in das Haus einen so bestimmten Entschluß über sein Votum gefaßt, daß wohl kaum einer der Redner sich geschmeichelt hat, denselben durch seine Worte zu erschüttern. Dazu hatte die Linke durch Waldeck, Virchow und Hoverbeck einen motivirten Antrag auf Verwerfung der Verfassung einbringen lassen, in welchem alle Mängel und Schäden der Verfassung in grellster Weise zusammengestellt und der bittersten Kritik unterworfen waren. Das hätte wohl genügen können; aber die Linke drohte, eine endlose Spezialdiskussion herbeizuführen, wenn man ihren Rednern in der Generaldiskussion die „Darlegung des Standpunktes" verschränken wollte, — und so mußte man sich denn schon für das kleinere Uebel entscheiden. Nach dem Schluß der General-Diskussion und nach kurzer Beseitigung eines Amendements des Abg. v. Bockum-Dolffs, der in der Ueberschrift des Gesetzes auch Lauenburg speziell erwähnt wissen wollte, wurde dann der Antrag Waldeck-Virchow-Hoverbeck mit großer Mehrheit abgelehnt, die Abstimmung über die einzelnen Artikel in rascher Folge vollzogen und schließlich die ganze Verfassung in namentlicher Abstimmung mit der oben gemeldeten Stimmenzahl angenommen. —

Die Staatsregierung schwieg sich bei der ganzen langen Debatte vollständig aus, obgleich ihre Mitglieder doch schon des Anstandes halber bei einer so wichtigen Verhandlung anwesend sein mußten. Nur ein einziges Mal wies Bismarck, auf eine direkte Aufforderung Lasker's, ein unglaubliches Mißverständniß Virchow's, in Bezug auf die Aufbringung des Bundes-Militäretats, zurück, „was er sofort gethan haben würde, wenn er die Virchow'sche Interpretation für ernsthaft gemeint gehalten hätte". Auch die Konservativen und Altliberalen hielten sich im Ganzen von dem Kampfe fern. Von jenen sprachen nur Culenburg und Wagener, letzterer, um der Linken einige bissige Grobheiten und den National-Liberalen einige Schmeicheleien über ihre größere „Klugheit" an den Kopf zu werfen, welche auf den über den vorausgegangenen Vorwurf des mangelnden preußischen und deutschen Patriotismus erzürnten Gesichtern der Linken schnell ein Lächeln der Befriedigung hervorriefen; ferner Hr. v. Gerlach, des Runhshauers Neffe, der für seine dringendste Pflicht zu halten scheint, bei allen wichtigen Debatten freiwillig die Rolle des Possenreißers zu übernehmen. Von den Altliberalen sprach nur der Prof. Haym, der Gründer der „Preußischen Jahrbücher", der eine Fülle gesunder politischer Gedanken durch geschraubte Wendungen und durch ein sehr unangenehmes pastorales Pathos unwirksam machte. Von den Ultramontanen kamen Reichensperger und Pastor Michelis zu Worte, und die ganz richtige Ausführung des ersteren, daß er als preußischer Abgeordneter sich zu der Annahme der Verfassung verpflichtet halte, obgleich er als Mitglied des Reichstages gegen dieselbe gestimmt habe, erregte natürlich den Zorn des streitbaren geistlichen Herru; dessen ultramontaner Grimm durch ein galliges Temperament und durch den Jähzorn eines an Widerspruch nicht gewohnten Dorfpfarrers schier bis zum Bersten gesteigert wird. Der Kampf wurde wesentlich zwischen der Fortschrittspartei und den National-Liberalen geführt: Waldeck, Jacoby, Virchow, Schulze, Löwe, Hoverbeck dort, Twesten, Unruh, Jung, Lasker hier. Die Debatte war heiß und die Geister platzten gewaltig auf einander; aber sie blieb doch frei von den gehässigen persönlichen Ausfällen, die man, nach der Sprache einzelner Organe der Fortschrittspartei, wohl befürchten konnte. Eine Auseinandersetzung über die verschiedenen Anschauungen war geboten und sie mußte bei der Wichtigkeit des Gegenstandes nothwendig eine sehr lebhafte werden; aber die Vertreter des Volks vergaßen zum Glück nicht, daß sie so lange Jahre Schulter an Schulter gekämpft hatten und sich schon um ihrer Vergangenheit willen gegenseitig achten mußten.

Ich glaube, daß Lasker in einer glänzenden Rede die Ausstellungen und Bedenken der Linken siegreich zu Boden geschlagen und die Auffassung der National-Liberalen vollständig gerechtfertigt hat; wenigstens wußten die ihm folgenden, sonst so schlagfertigen Redner, wie Löwe und Hoverbeck, nicht viel gegen seine Argumente aufzubringen. Gewiß hält Niemand die Verfassung für eine vollkommene, mustergültige; aber die Linke will nun einmal nicht beachten, daß der Reichstag nicht aus einer siegreichen Volksbewegung hervorging und sie schadet sich selbst durch die maßlose Uebertreibung der Mängel derselben, die sie durch die unglaublichsten Mißverständnisse, durch die waghalsigsten Interpretationen und die ausschweifendsten Phantasien zum Theil erst schafft. Manche Reden hörten sich wirklich an, wie die Lösung einer Preisaufgabe, künftigen Verfassungsbrechern die Wege zu ebenen und Vorwände zu schaffen. „Alle Volksrechte sollen exportirt werden; das konstitutionelle Regime wird zu Grabe getragen; das Budgetrecht ist vernichtet; nicht nur die vorübergehende Diktatur (Virchow), sondern der nackte Absolutismus ist (Waldeck) jehnmal besser, als diese Verfassung:" — ja, das hat man früher auch von der jetzt so gefeierten preußischen Verfassung gesagt; mit solchen schwungvollen Behauptungen kann man wohl einige hundert Wähler, wie hier vorgestern in Jacoby's Wahlbezirke, in Aufregung versetzen, ihnen weismachen, daß diese Verfassung der permanente Krieg und die permanente Revolution zugleich sei, und ein Vertrauensvotum für die ablehnende Minorität erzielen; aber beweisen lassen sie sich nicht, am wenigsten durch blinde Leidenschaftlichkeit in Worten und Werken, die Jacoby die Hrn. Duncker noch überbietende Phrase diktirte, „die Verfassung annehmen, hieße

Digitized by Google

die Schmach freiwilliger Knechtschaft auf sich laden", ein nach dieser Verfassung geeinigtes Deutschland sei eine beständige Kriegsdrohung gegen das Ausland. „Das Volk will diese Verfassung nicht", sagt Waldeck; aber dieser Behauptung stehen die Wahlen zum Reichstage entgegen und der Mangel an Kundgebungen gegen die Verfassung; denn die paar Jacoby'schen Adressen, mit kaum 500 Unterschriften, und das Votum einer Versammlung im zweiten Berliner Wahlbezirk drücken doch nicht den Volkswillen aus. „Fragt nur das Volk, ruft Schulze-Delitzsch, ob es von seinen Rechten verlieren will." Aber es kann die Frage doch nicht gestellt werden, ganz abgesehen von dem Streite, ob überhaupt etwas verloren werde. Man müßte vielmehr fragen, ob das, was etwa an Rechten verloren geht, so werthvoll ist, daß man lieber auf die Einheit verzichtet — und ich dächte, die Fortschrittspartei hätte schon bei den letzten Wahlen zum preußischen Landtage die Antwort erhalten, daß das Volk die Einigung Deutschlands durch Preußen über alle sonstigen Streitpunkte stellt. Hätten wir das Unglück der Verwerfung der Verfassung erlebt — ich fürchte, der Fortschrittspartei wären abermals die Augen übergegangen bei den Kundgebungen des wirklichen Volkswillens, die sie durch keine Fragestellung abgewendet haben würde. Ich glaube, daß die Meisten der Ablehnenden, wenn auch aus verschiedenen Gründen, wie sie bei einer Koalition von Ultramontanen und Radikalen selbstverständlich sind, die Verwerfung der Verfassung wirklich gewünscht haben; aber ich habe auch guten Grund, anzunehmen, daß manche sich auch nur in dem Gefühl der Sicherheit, welches eine unzweifelhafte Minorität gewährt, mit dem „entschiedenen" Nein, den Wahlmännern zu Liebe, bewaffnet haben, — freilich eine durchaus nicht empfehlenswerthe Taktik! —

Es ist ganz unmöglich, dem verneinenden Votum der Opposition ein gemeinschaftliches Prinzip unterzulegen. Die offiziöse Presse gefällt sich zwar darin, den Rest der Fortschrittspartei nunmehr als die reine oder „heilige" Demokratie zu bezeichnen, und man weiß nicht recht, wem sie durch diese Bezeichnung am meisten im Volke zu schaden hofft, der Fortschrittspartei, oder den Nationalen; aber die Bezeichnung ist auch durchaus nicht haltbar. Vom linken Centrum werden Männer, die sich sonst im Verfassungskampfe als sehr gemäßigt erwiesen, in Folge der Abstimmung über die Verfassung der Fortschrittspartei zutreten, und in der national-liberalen Partei gehen manche Mitglieder politisch eben so weit, wie jene. Aber, wie weit gehen, selbst wenn man von den Ultramontanen ganz absieht, die Männer, die hier abermals in der Negative sich zusammen finden, in ihren nationalen Wünschen und Bestrebungen auseinander! Da ist Waldeck, der steife Annexionist, für den Deutschland eigentlich nur als Objekt weiterer Annexionen existirt, zu denen Preußen, für Herstellung des deutschen Einheitsstaats, seiner Meinung nach, völlig legitimirt ist, sobald es liberal regiert wird. Neben ihm Jacoby, ein ebenso steifer Anti-Annexionist, der sich noch heute, trotz der „Volksstg.", mit Virchow und Duncker über die „Vergewaltigung" der verschiedenen Bruderstämme, erzürnt und, trotz aller glänzenden Siege, nicht an heilsame Resultate des „Unrechts" glaubt, daneben aber nur für den korrekten Bundesstaat und dessen friedliche Herstellung durch allseitigen guten Willen schwärmt, während seine Bundesgenossen, Schulze, Löwe, Hoverbeck zu diesem Zwecke wohl einigen Druck und selbst Annexionen ohne allgemeine Abstimmung zulassen. Es ist in der That schwer, von so verschiedenen Grundanschauungen aus gemeinsam eine positive nationale Politik zu verfolgen. Am unbegreiflichsten ist mir das ablehnende Votum so mancher Führer der nationalen Bewegung im National-Verein, wie Schulze und Löwe, welcher letztere namentlich sonst auf die nationale Machtentwickelung ein so überwiegendes Gewicht legte, daß er Vieles verschmerzen zu wollen erklärte, wenn nur ein Bundesherr unter Preußens einheitlicher Führung geschaffen werde. Jetzt verwirft er die Verfassung, weil sie, nicht nur durch den Bundesrath, sondern sogar durch die Bundes-Kriegsverfassung, die nach Jacoby den preußischen Militär-Absolutismus über ganz Deutschland ausdehnt, zu viel Zugeständnisse an den — Partikularismus macht; In der That, wer zu viel beweisen will, der beweist am Ende nichts! —

Die Staatsregierung hatte den Präsidenten Forckenbeck ersucht, die Verfassung sogleich nach der ersten Lesung im Abgeordnetenhause dem Herrenhause zugehen zu lassen. Dieser verweigerte das, weil er es nach der preußischen Verfassung nicht für zulässig hielt, und so hat denn Bismarck auch im Herrenhause erklärt, daß er, der Meinung von „Sachmännern" nachgebend, die Verfassung erst nach der zweiten Lesung im Abgeordnetenhause im Herrenhause einbringen könne. Dessen äußerste Rechte beklagte dies lebhaft durch den Mund des Herrn v. Waldow, wahrscheinlich nicht blos wegen verzögerter Badereisen, sondern weil sie immer unwirrich wird, wenn die Regierung sich nach dem Geiste der Verfassung richtet, ohne nach weiteren „Rücken" auszuschauen. Die zweite Lesung im Abgeordnetenhause, dessen nächste Sitzung der Präsident auf den 29. angesetzt, kann erst am 31. stattfinden. Das Herrenhaus wird dann mit der ersten Lesung wohl in wenigen Tagen fertig werden; womit aber der Rest der 21 Tage, bis zur zweiten Lesung, in beiden Häusern ausgefüllt werden soll, das läßt sich noch nicht sagen. Das Herrenhaus hat freilich noch 2 Gesetzentwürfe zu erledigen, die das Abgeordnetenhaus bereits am Tage nach der Annahme der Verfassung angenommen hat, nämlich die Vorlage der Regierung, die Prolongation des vorjährigen Kredits von 60 Millionen bis zur nächsten ordentlichen Sitzung betreffend, und den Lasker'schen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für hypothekarische Darlehen, den die äußerste Rechte (Kleist-Retzow u. Gen.), die gegen die Schlußberathung Einsprache erhob, nochmals, aber hoffentlich vergeblich, bekämpfen will. —

Dem Geschick und dem Takte des Herrn Justizministers war es vorbehalten, die Session abermals mit einem grellen Mißklang zu schmücken. In der vorigen Session legte er einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Regierung die richterlichen Beamten der neu erworbenen Landestheile nach den alten Provinzen sollte versetzen können, auch wenn sie nicht die für einen preußischen Richter vorgeschriebene Qualifikation hätten. Er erkannte durch diese Vorlage also an, daß die Regierung diese Befugniß ohne ein solches Gesetz nicht habe. Das Abgeordnetenhaus lehnte diesen Entwurf ab, weil ihm die Bedenken die Vortheile zu überwiegen schienen. Trotzdem stellte Graf Lippe den vormals hannoverschen Obergerichts-Vizepräsidenten Oberg, an Stelle des disziplinarisch abgesetzten Abg. v. Kirchmann, als Vizepräsidenten beim Appellationsgerichte in Ratibor an. Darüber von Aßmann interpellirt, motivirte er die Anstellung mit dem Wunsche, „den Bürgern in den neuen Landestheilen die Hand zu bieten", und mit der Ansicht, „daß die Regierung, wenn die Volksvertretung sie im Stich lasse, sich selbst zu helfen genöthigt sei!" Eine funkelnagelneue Lückentheorie, noch unerhörter, als die frühere, jetzt aufgegebene über das Budget! Selbst von der äußersten Rechten wagte Niemand, für sie einzutreten, und nachdem dieselbe in einer an die Interpellation geknüpften Diskussion von Lasker, Schulze und Simson gebührend in ihr Nichts zurückgewiesen war, brachte Aßmann am Schluß der Sitzung den Antrag ein, das Haus möge beschließen, daß diese Maßregel des Justizministers das Gesetz und die Verfassung verletze". Dieser Antrag soll in der nächsten Sitzung diskutirt werden; er trägt bereits 114 Unterschriften, darunter auch manche von der freien konservativen Vereinigung (Bethusy-Huc); der Abg. v. Vincke-Hagen glänzt auch hier durch seine Abwesenheit. Wenn Graf Lippe auch diesen Sturm überlebt, so ist er unsterblich, wenigstens als Minister. Die „Volksztg." verfehlt natürlich nicht, ihren Lesern diese Maßregel des Justizministers, die vor so und so viel Wochen erfolgte, als eine selbstverständliche Folge der Annahme der Bundesverfassung darzustellen. Beiläufig gesagt, ergibt sich aus ihren wilden Klagen über das namenlose Unglück, daß künftig der Reichstag, statt des preußischen Landtags, in der

Digitized by Google

Kriminalgesetzgebung mitzuwirken habe, wie stark ihr Eifern gegen den Bundesstaat mit preußischem Partikularismus durchsäuert ist. Und damit steht sie keineswegs allein! —

Am Tage nach der Abstimmung über die Verfassung starb ganz plötzlich an einem Herzschlage der würdige Abg. Beltze, der verdienstvolle Geschichtsschreiber der Freiheitskriege! —

Im Anfang der Woche lauteten die Nachrichten sehr kriegerisch und offiziös wurde die Mobilmachung in Aussicht gestellt. Nach den heutigen Nachrichten soll der Friede gesichert sein. Wenn er nur die nationale Ehre nicht schädigt und die Ausstellung überdauert! Fast scheint es in Paris zu heißen: „Erst das Geschäft und dann das Vergnügen!“ —

Die hannover'schen Abgeordneten im deutschen Reichstage.

II.

S. Einer der rührigsten und parlamentarisch schlagfertigsten Abgeordneten unserer Provinz ist der am 21. Juni 1811 in Goslar geborene, Bürgermeister von Harburg, August Grumbrecht, der schon im deutschen Parlamente 1848/49 zu Frankfurt für deutsche Einheit und Freiheit als Abgeordneter des Wendlandes mit seiner gewohnten Lebendigkeit gekämpft hat. Von jener Zeit an stand Gr. stets mit an der Spitze der freisinnigen Partei des Landes, für die er nicht nur in der 2. Kammer von 1850—52 eintrat, sondern auch durch kleine Broschüren, Artikel in den „Vaterlandsblättern“, „Ztg. f. Nordd.“, „A. Allg. Ztg.“ und im „Wochenblatt des Nationalvereins“ in weiteren Kreisen thätig war. Anfangs besuchte er das Progymnasium seiner Geburtsstadt, dann die Gymnasien zu Braunschweig und Wolfenbüttel, um von 1829 an in Göttingen die Rechte zu studiren; allein, da er sich dort bei der politischen Bewegung gegen das Ministerium Münster betheiligte, wurde er verwiesen, weshalb er sich von Ostern bis Michaelis 1831 in Marburg aufhielt, später aber seine Studien in Göttingen völlig beendigte. Gr. wurde zuerst Advokat in Fallingbostel, zog dann als solcher 1847 nach Lüneburg, wo er eine ausgedehnte und angreifende Praxis übte, die es ihm schon aus Gesundheitsrücksichten erwünscht erscheinen ließ, die auf ihn gefallene Wahl eines Bürgermeisters von Harburg (1855) anzunehmen. Hier war er in seinem Elemente, zu schaffen und zu wirken — der Seehafen und die Mündung der Eisenbahn vor Hamburg forderten anregende Thätigkeit — das neuerwachende gewerbliche Leben zu unterstützen, neue Einrichtungen zu schaffen, veraltete Anschauungen zu berichtigen und der an Abhängigkeit von Regierungshülfe gewöhnten Stadt Selbstthätigkeit und Selbstvertrauen einzuflößen. Rücksichtslos und mit einem gewissen Ungestüm, ging er auf das gesteckte Ziel los, so daß Conflikte, namentlich mit dem Borries'schen Regimente, nicht ausbleiben konnten, bei denen mehr als einmal Versuche gemacht wurden, ihn disciplinarisch lahm zu legen, die er indessen, von der intelligenteren Bürgerschaft wirksam unterstützt, durch die Sicherheit seiner Haltung vereitelte. Als das Reaktionsministerium Borries endlich gestürzt war, das ihm beharrlich den Zutritt in die 2. Kammer versagte, wurde er, 1864, wiederum als Abgeordneter gewählt. In der Ständeversammlung waren es namentlich die volkswirthschaftlichen Fragen, die ihn besonders beschäftigten, und deren genaue Kenntniß ihm einen Platz in dem ständisch wichtigsten Finanzausschusse verschaffte; wie er denn auch Mitglied des ständigen Ausschusses des deutschen volkswirthschaftlichen Congresses ist. Neben seiner Landtagsthätigkeit hat Gr. um die Entwicklung des hannov. Städtewesens große Verdienste durch Gründung des Städtetages sich erworben, so daß er mit Recht zu den tüchtigsten Gemeindebeamten Hannovers gezählt wird. Seine Wahl zum Reichstage verstand sich ganz von selbst; dennoch machte ihm ein Tischlergeselle, der Lassalle'schen Richtung angehörig, der Grumbrecht wiederholt öffentlich und energisch entgegen getreten war, eine erhebliche Concurrenz. Der national-liberalen Partei angehörig, hat Gr. in Berlin lebhaft für das Zustandekommen der Reichsverfassung gewirkt.

Die eigentliche Seele der partikularistischen Opposition im Reichstage und im Lande war und ist der ehemalige Staats- und Justizminister Ludw. Windthorst. Von katholisch-bäuerlichen Eltern im Osnabrück'schen geboren, ward er zum Geistlichen erzogen, studirte aber Jurisprudenz, ließ sich als Advokat in Osnabrück nieder, wo er sich bald das Vertrauen der kath. Geistlichkeit und der ultramontanen Bevölkerung zu erwerben wußte. Er ward deßhalb von seiner Partei zum weltlichen Consistorialrath erwählt und 1844 zum Oberappellationsrath präsentirt, sowie als Abgeordneter in die 2. Kammer gesandt, in welcher er, der innerliche Gegner des damaligen Märzministeriums Stüve, doch mit demselben ging, wenn es galt, dessen undeutsche Politik zu fördern. Verstützt Windthorst auch nur über wenige ultramontane Stimmen, so wußte er sich doch, als ministerieller Vorfechter, mit einer gewissen Kühnheit vorzudrängen, der öffentlichen freisinnigen Meinung grob entgegenzutreten, wodurch sein Ansehen bei Hofe natürlich stieg, das ihn sogar, mit Hülfe der Stüve'schen Partei, auf den Präsidentenstuhl der 2. Kammer brachte. Als der alte König am 18. Nov. 1851 starb und Georg V. den hannover'schen Thron bestieg, wurde er sofort, unter Frhr. Scheele, mit Borries und v. d. Decken, in das Ministerium berufen, um mitarbeiten zu helfen, die anerkannt vortreffliche Landesverfassung im Sinne der Reaktion umzugestalten. Zu klug und nicht kühn genug, um auf gewaltsamen Wegen dies Ziel zu erreichen, verstand er es, die beiden junkerlichen Collegen von hinten herum zu beseitigen, dem blinden König einzureden, daß er die Staatsgeschäfte selbständig zu leiten verstehe, und sich zugleich eine sichere Stellung zu schaffen, zumal auch die katholische Partei am Hofe, durch die Prinzessin Solms, ihren Geistlichen, den Leibarzt u. a. ihn unterstützte. Zudessen Georg's V. absolutistische Tendenzen gingen doch weiter, als W. mit seiner Ueberzeugung vereinbaren konnte, er mußte dem Junkerregimente weichen, welches ihn, den klügeren Staatsmann, gründlich haßte und beim Könige anzuschwärzen verstand, weil seine Justizorganisation sich des Beifalls aller freisinnigen juristischen Kreise im Ganzen zu erfreuen hatte. Während seiner aufreibenden Muße unterhielt W. nach allen Seiten hin, namentlich nach Oesterreich, Baiern und Belgien, politische Verbindungen, arbeitete im „großdeutschen“ Sinne gegen den Nationalverein durch den bekannten Onno Klopp, und verwerthete seine juristischen Kenntnisse bei mediatisirten Fürsten und Herren, da ihm der Eintritt in die Stände und damit öffentliche Thätigkeit versagt blieb.

Man hätte glauben sollen, daß ein so gewandter Staatsmann den Charakter und die von ihm selbst stark ausgebeutete Eigenliebe des Königs genuglam hätte kennen müssen, um nicht, nach dem Sturze des Borries'schen Ministeriums, ohne feste Garantien das Justizministerium zu übernehmen; allein sein brennender Ehrgeiz sowohl, wie seine zu große Selbstschätzung machte ihm offenbar Hoffnung, daß er mit Hülfe seines nunmehrigen Collegen, des Grf. Platen-Hallermund, die Schwierigkeiten schon überwinden werde, die jedem hannov. Minister beim Könige entgegentraten. Seine letzte Justizverwaltung hat kaum ein anderes nennenswerthes Resultat aufzuweisen, als, daß sie die unverantwortlich brach gelegte Arbeitskraft des Obergerichtsrath Planck in dem abgelegenen Meppen wieder in Thätigkeit setzte. In der Kammer zuckte er die schwankende, unbeutsche und verderbliche Politik seines Collegen Platen mit nichtssagenden, auswcichenden und diplomatischen Redensarten zu vertheidigen. Die diplomatische Intrigue und geheimnißvolle Thätigkeit war überhaupt das Element des kleinen, beweglichen Mannes, der als Rathgeber der Krone eigentlich nur dann herangezogen wurde, wenn es galt, die Schäden und Fehler Anderer auszugleichen und zu vertuschen; er wird daher auch gegenwärtig wieder die Verhandlungen des Exkönigs mit der preuß. Regierung über die demnächstige Abfindung des Ersteren zu leiten haben und mit advokatischer Schlauheit das Interesse seines hohen Clienten sicherlich sachgemäß vertreten, obwohl der König persönlich ihn

Digitized by Google

niemals gern hatte. Als Georg V. ihn am 21. Okt. 1865 als Justizminister entließ, handelte er entschieden gegen seine Interessen. W. würde, schärfer als Platen, die Gefahren haben herankommen sehen, die der Krone durch die Festhaltung der österr. Sympathien drohten und rechtzeitig zur Sinnesänderung gemahnt haben. Als letzter „Kronsyndikus" Georg's V. wird W. schwerlich wieder in amtliche Thätigkeit gesetzt werden können, zumal man weiß, daß er der Einigung Deutschlands unter Preußen entschieden abgeneigt ist, wenn er damit auch niemals schroff hervorgetreten wird. Für Oesterreich dagegen wäre W. ein sehr geeigneter Justizminister, da ein bedeutendes organisatorisches Talent, wie juristische Fachkenntnisse, großer Fleiß und Umsicht ihm nicht abzusprechen sind. Bei seiner Wahl zum Reichstage in den katholischen Bezirken Meppen-Lingen hatte er nur die reformirten Stimmen Bentheim's gegen sich, da er von den Katholiken Hannover's als der weltliche Schwalter ihrer Interessen betrachtet wird. Wenn er im Reichstage nicht oft aufgetreten, überall dort keine hervorragende Rolle gespielt hat, so liegt das in seiner Natur, die sich nicht eher hervorwagt, bis sie das Terrain genau kennt, und in der Sache, die er in Berlin zu vertreten berufen worden war und die er gewiß selbst als eine „verlorene" Sache betrachtet. W.'s Aeußeres ist unbedeutend und wenig Vertrauen erweckend, sein Organ eintönig und nicht dialektfrei.

Wiesbaden, 10. Mai. Am 27. v. M. erstattete unser gewesener Reichstagsabgeordneter, Braun, vor einer Versammlung von einn tausend Mitgliedern seinen Rechenschaftsbericht über den Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen in Berlin und über den von ihm selbst eingenommenen Antheil. Ausgehend von der Thatsache, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes nicht, wie im Jahre 1848, von einer erfolgreichen Volksbewegung, sondern von einer siegreichen Staatsgewalt ins Werk gesetzt worden, betrachtet er die Verfassung nicht als einen Ursprung aus und verlangte er im Namen derselben, daß man ihr Gerechtigkeit widerfahren lasse. Von den wirklichen oder vermeintlichen Mängen der Verfassung wurde besonders der Diätenpunkt einlässlich von dem Redner behandelt. „Man hatte, sagt er, bei der ersten Abstimmung in Berlin mit kleiner Majorität durchgesetzt. Ich habe schon erwähnt, daß ich damals schon dagegen gestimmt habe; ich habe gedacht, wenn Cavour in Italien die Diäten abgeschafft hat, wenn Garibaldi dafür gestimmt hat, wenn in England seine bestehen, so mag ich in die Verantwortlichkeit nicht auf mich nehmen, um wegen einer Bergünstigung von 3 Thalern täglich das Zustandekommen der Verfassung in Zweifel zu ziehen. Auf der anderen Seite sah ich bei Abschaffung der Diäten sogar einen Vortheil, den ich gern ganz unumwunden bekennen will. Ich habe nämlich gefürchtet, wenn wir keine Diäten beschlossen, so hätten sie Leute im dritten Jahre für unmäßig hielt, so würde es nicht lange dauern, dann würde die preußische Aristokratie, die dort einen gesunden Bestandtheil der Bevölkerung bildet, wenigstens sowie sie Grundadel ist — denn sie bewährtschaftet ihre Güter selbst und ist, wenn das Vaterland ruft, stets bereit, mit Mann und Roß, mit Sohn und Knecht und mit Hab und Gut — sich aus dem Reichstag zurückziehen, in welchem jetzt alle Bestandtheile des Volks vertreten sind, und in welchen auch das mächtigste und reichste Mitglied des hohen Hauses auf keinem anderen Wege hineingelangen kann, als auf der durch das allgemeine Vertrauen gebotenen Bahn der freien Wahl seiner Mitbürger. Sobald aber die hohe Aristokratie, welcher der Diätenbezug auf das Aeußerste widerstrebt, sich aus dem Diäten-Reichstag zurückgezogen hätte, so würde sie einen anderen Weg zu der, ihrer sozialen und politischen Stellung entsprechenden parlamentarischen Laufbahn gesucht, sie würde mit Hülfe der Parteikularisten, welche und auch jetzt schon — wenngleich ohne allen Erfolg — mit solchen Anträgen beschäftigen, es dann wohl ohne große Schwierigkeit durchgesetzt haben, daß über den das allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Reichstag noch ein Oberhaus einer Herrenhaus, oder wie man es nennen will, eingesetzt würde. Das würde ich aber, so lange die Dinge im Fluß sind, und so lange man freie Bewegung haben muß, für ein außerordentliches Unglück halten; denn dadurch würde das ganze Verfassungswerk uns in seinen Grundbedingungen in eine Erörterung gerathen. Jetzt aber ist das etwas Anderes; da der Reichstags-Abgeordnete keine Diäten bekommt, so ist es für die Aristokratie gleichsam eine Ehrensache, sich auch in den Reichstag wählen zu lassen; diese Herren können jetzt nicht in die Volkvertretung eintreten statt eines persönlichen oder ersehen aber sonstigen Vortheils, sondern sie sich rein aus Liebe zu ihren Mitbürger sichern und, um das zu thun, müssen sie, sie mögen noch so conservativ sein, bis zu einem gewissen Grade Freunde der einheitlichen und freiheitlichen Entwicklung Deutschlands sein."

„Wir haben das in dem Reichstag sehr wohl gesehen. Während in dem preußischen Herrenhause und in dem preußischen Abgeordnetenhause die conservative Partei zusammenstand, wie eine Mauer, hatte sie sich in dem Reichstage in zwei große Gruppen gespalten, nämlich in die altconservative und in die freiconservative die freiconservative Partei ist in vielen Stücken nahe an die liberale Partei herangetreten und sie ist namentlich bezüglich des Einnahme- und des Ausgabe-Bewilligungsrechtes, bezüglich des sog. Budgetrechtes, bis zu einem gewissen Punkte mit der liberalen Partei Hand in Hand gegangen; denn dieser preußische Kern ist ein wirklicher Grundadel, der Land und Sand, und Haus und Hof hat, und das Bestreben höher und schwerer Steuern gerade so schwer empfindet, wie wir auch; er ist, wie wir, der Steuerlast und, wie wir, dem Militärdienst unterworfen, Besreiungen von der Steuer- und Militärpflicht gibt es nicht; in Preußen ist dieser privilegirte Stand, verglichen durch Gleichheit der Pflichten und Lasten, welche das ganze Volk zu tragen hat, solidarisch mit dem Bürgerthum verbunden; und deßhalb hoffe ich — denn das ist der Anfang gemacht — daß die Bestimmung, die er dadurch theilweise zeigte, schwinden wird, und daß die wirkliche und freiheitliche Entwickelung Deutschlands nicht nur in dem liberalen, sondern auch in dem conservativen Lager, neue Kräfte und Anhänger finden wird, deren Werth wir nicht aus einseitiger Parteibefangenheit unterschätzen dürfen. Ist ihr dann der Stand ein Ehrenstand, wie Bürgerstand, auf dem Wege der Wahl in das Parlament zu gelangen; und sein Selbstgefühl gegenüber der Krone und gegenüber der Nation wird davon abhängen, ob und in wie weit er, vermöge seiner Patriotismus, Willens und, vermöge seiner Bildung und der Ausdehnung des persönlichen Vertrauens, dessen er sich erfreut, fähig ist, dieser Pflicht zu genügen und dieses Recht darf bei der einzelnen Wahl sperringen. Nicht nur das Volk, auch unser König wird daran sich wachsames Auge haben; und Jeder wird so viel gelten, als er werth ist; das Parlament wird dann nicht nur Meinungen repräsentiren, sondern auch Männer und Macht; und die verschiedenen Gesellschafts-Klassen der Nation werden in Patriotismus mit einander wetteifern."

„In allen modernen Staaten hat sich das Bürgerthum zu einer hohen wirthschaftlichen Bedeutung, zu einer hohen Macht der wissenschaftlichen, industriellen und landwirthschaftlichen Thätigkeit erhoben. Wie diese Stände ihn ruhen auf der bürgerlichen Arbeit, auf der breiten Grundlage, welche durch die Thätigkeit des Bürger- und Bauernstandes geschaffen ist. Sie werden daher, wenn sie nicht muthwillig ihre Existenz gefährden wollen, auch in dem politischen Leben den bürgerlichen Kräften den gebührenden Einfluß einräumen müssen. Aber auf der anderen Seite lehrt die Erfahrung, daß zu einer wahrhaft constitutionellen Verfassung nicht zu gelangen ist, ohne eine gewisse Verschmelzung und eine gegenseitige Abwägung zwischen dem demokratischen Bürgerthum und dem aristokratischen Grundbesitz. England zeigt, wie nur unter Führung des letzteren parlamentarische Formen zu erringen waren, während uns verschiedene continentale Staaten das traurige Beispiel bieten, wie die öffentliche Gewalt, in Ermangelung dessen, wie ein Spielball zwischen einer absolutistischen Bürokratie und einem revolutionären Radikalismus hin und her geworfen wird. Diese Einsicht hat bereits Eingang gefunden auch in die Kreise der liberalen Partei. Einer ihrer angesehensten Publizisten, Professer Baumgarten in Karlsruhe, der talentvolle und eifrige Vertheidiger der nationalen und freiheitlichen Politik des Hrn. v. Bennigsen, hat sie in seiner „Selbstkritik des deutschen Liberalismus" ausführlich begründet."

„Ich kann mich hier nur auf Andeutungen beschränken. Aber ich hoffe, daß das hier in Rede stehende Mittel auch mit dazu beitragen werde, daß der deutsche Adel mit seiner ehrenvollen Tradition, mit seinen, seiner seine Stellung begreift und namentlich in Preußen, durch Unterstützung aller gemeinnützigen Unternehmungen, durch Förderung aller nationalen und sozialen Interessen, durch Unabhängigkeit und freien Sinn, dieselbe Stellung in der Gesammtmasse der Nation einnimmt, wie in England. Dadurch wird er sich wesentlich unterscheiden von dem österreichischen Adel und auch von dem hiesigen, der jenem dem österreichischen) so nahe steht."

„Denn ich glaube, hier in Nassau, auch wenn wir für den Landtag die Diäten abgeschafft hätten, so wäre doch von den reichsten und privilegirten Klassen unserer ersten Kammer schwerlich Einer als Volksvertreter gewählt worden. Die Demüthungen Einzelner, in den Reichstag zu kommen, waren wenigstens erfolglos, obgleich sie den Bestand einer gewissen Sorgen des großbesitz-particularistischen Radikalismus für sich zu gewinnen gewußt hatten."

„Aber aber uns, den Bürgerstand, anbelangt, so habe ich doch eine viel zu gute Meinung von uns, als daß ich fürchten sollte, es gelänge uns nicht, tüchtige Vertreter zu finden, wenn solche nicht uns der Staatsklasse beseelet werden."

„Nachdem aber die Wähler den Gewählten eine Vergütung geben, so ist dies — abgesehen von dem Falle, daß der Gewählte ein Staatsdiener ist — nach der Erklärung, die Graf Bismarck auf eine Anfrage des Abg. Simon gab — durch die Verfassung durchaus nicht verboten; und ich sollte meinen, eine solche Vergütung sei für solche freiwillige Selbstbesteuerung, die Jeder im Land Jahrzehnte lang zu Gunsten der Regent-Bewegung geübt hat, wäre eines wohlstehenden, freien, selbstbewußten Bürgerstandes, der auf Selbstverwaltung Anspruch macht, würdiger, als das ewige Anrufen der Staatsgewalt, die doch ihre Mittel ebenfalls aus der Tasche des Bürgers bezieht."

„In den besonderen Angelegenheiten des nassauischen Landes übergehend sprach sich Braun über die im Interesse desselben von den nassauischen Reichstagsabgeordneten in Berlin unternommenen Schritte und deren Erfolg folgendermaßen aus:

„Anfänglich hatten wir nassauischen Mitglieder des Reichstags uns auch noch, obgleich von Alledem im Reichstag selbst keine Rede war, obgleich wir hierzu offiziell weder ein Mandat, noch eine Berechtigung hatten, und daher auch unseren Stimmen kein entscheidender Einfluß zugestanden werden konnte, nebenher privatim um unsere nassauischen Angelegenheiten zu kümmern, um nach Kräften die Interessen und Rechte unseres Landchens zu wahren. Insbesondere haben wir in dieser Weise, nach vorausgegangener Verständigung unter einander und mit unseren Wählern, der eine da, der andere dort, Schritte gethan wegen unserer Zoll-Angelegenheit, die in einem unserer Anschauungen und Wünschen widersprechenden Sinne zu regeln beantragt war. Wir haben unsere Ansichauungen und

Digitized by Google

Wünsche durchgesetzt und ich hoffe, darauf rechnen zu können, daß Sie, was die nationalliche Zugkraft anlangt, mit unseren Bestrebungen und deren Ergebnissen zufrieden sind. Denn die königliche Verordnung schafft thatsächlich die Domanialzahlen ohne alle Einschränkung ab, während die frühere nationale Regierung nicht einmal auf die, von der „nationalschrabenschen" Partei vorgeschlagene, unverhältnismäßig hohe Ablösung eingehen wollte. Wir dagegen, die nationale Fortschrittspartei, haben stets das Zugbergal als ein Unrecht bekämpft und uns auch nicht zu einer Abänderung verstanden, sondern einfach Abschaffung verlangt.

„Es ist uns gelungen, Seiner Majestät Regierung von der Richtigkeit unserer Ansicht zu überzeugen; und sobald sie das Zugbergal in Natura als ein Unrecht erkannt hatte, besann sie sich keinen Augenblick, zu Gunsten unseres höhere ohnehin schon allzuschwer belasteten Grundbesitzes darauf zu verzichten."

„Was die Domänenfrage anlangt, so steht es damit weniger günstig. Wir haben da noch schwere Hindernisse zu überwinden. Ich hoffe, es wird Ihnen von anderer Seite darüber Vortrag gehalten werden. Wir haben uns ferner bemüht um die Steuergesetzung, und ich habe die Versicherung gehabt, zu vernehmen, daß unsere bisherigen direkten Steuern etwas höher waren und sind, als die direkten Steuern in dem übrigen Preußen, und daß sie in ihrer Totalsumme sich etwas vermindern werden, daß dagegen die Vertheilung in Zukunft eine andere sein wird, insofern als der bäuerliche Grundbesitz und das kleine Gewerbe im Verhältniß zu der bisherigen Steuerverfassung sehr erleichtert werden, während der große Grundbesitz, die große Industrie und vor Allem die Kapitalisten, die bisher frei ausgingen, zu Steuern werden herangezogen werden. Wir haben uns ferner gestimmert um die Erneuerung der Justiz von der Grundlage, die in naher Aussicht steht, und um die Organisation der Verwaltung. In welcher Beziehung wir die Genugthuung haben, daß die Besteßregierung auch Wiederholen kommt."

„Was die Post-Angelegenheit anlangt, so sind wir jetzt — worauf der nationalliche Landtag viele Jahre lang bei unserer vormaligen Regierung immer und immer wieder getrungen hat, leider mit demselben Erfolg, wie in allen anderen, die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Angelegenheiten, d. h. mit gar keinem — dessen voll der verstalten, jeder Reform feindseligen und nur zu sklavischen Fiscalismus ergebenen Verwaltung des Fürsten Taxis'schen Mißverwaltung. Wie können von der dermaligen königlichen Administration mit Freude erwarten, daß sie, in Betreff neuer Verbindungen, Routen und Curse, mit der größten Bereitwilligkeit unseren Wünschen entgegen und in so kurzen Fristen wie möglich, Thurn und Taxis in langen Jahrzehnten. Den lange Jahre hindurch ohne den gerechten Erfolg laut gewordenen Beschwerden und Bitten unserer Bergbauinteressenten um Reform, unserer centralen, polizeilich und fiscalisch verzopften Bergwerksgesetzgebung, hat die königliche Staatsregierung abgeholfen, indem sie durch die vortreffliche preußische Bergpolizeiordnung ein Muster und Vorbild für alle übrigen deutschen Staaten einführte, mit Modificationen und Uebergangsbestimmungen, welche berechtigte Eigenthümlichkeiten schonen. Das Preßzwangswesen in verschiedenen technischen Fächern — im Forst-, Berg- und Schulfach —, ist wesentlich verbessert worden. Eine Reihe anderer Reformen, in Vorbereitung begriffen. Was endlich die Organisation der Justiz anlangt, so hat sich zu unser Land vorgerückt, indem das hessische Hinterland, Homburg und Nödelheim einverleibt worden sind, so daß wir nicht bloß quantitativ weiten sind, sondern auch qualitativ haben, was uns hoffentlich zu Gute kommen wird. Noch Aeltern glaube ich nicht, daß die Dinge so schwarz aussehen, wie sie von mancherlei Seiten gemalt werden. Es hat mich namentlich erfreut, daß gerade in jenen Kreisen, in welchen wir, bei der Zeit von 1866 bis 1866, jene Schritt überhebung eines feindseligen Beamtenstaates vorfanden, das den Bürgerstand mißhandelte und mißhandelte, daß in diesen Kreisen auf einmal so eine außerordentliche Bürgerfreundlichkeit und Freiheitsliebe über Nacht, wie Pilze, aus der Erde geschossen sind, und daß gerade aus diesen Kreisen uns nationalliche Abgeordnete, die wir bei verfassungsmäßigen Akten angehören, gleichsam der Vorwurf der Fahnenflucht und Ueberläufer gemacht worden ist. Was mich anlangt, so besse ich zu meinen Mitbürgern, daß dieselben, vor wie nach, dem Reichstag, in mich das Vertrauen gesetzt haben, daß gerade ich — am allerwenigsten wir meine Zuflucht zum Reichstag weder bei Herrn Werren und Herrn Schepp, noch bei den Schriftgelehrten der „Neuen Mitteilehrsischen Zeitung" boten werde. Diese haben mich nicht gewählt; sie haben meine Wahl bekämpft, und ich finde es sonderbar, daß die Leute, die von mir verlassen wollten, daß ich solle in ihrem Sinn stimmen würde, denn sonst hätten sie ja meine Candidatur nicht bekämpft, sich auf einmal hinterdrein darüber so lebhaft beklagen und sogar wundern, daß ich nicht so gestimmt habe, wie sie wünschten. Wenn ich im Sinne der Gegner meiner Candidatur gestimmt hätte, so würde das eine Verfassung unserer Parteiverhältnissen gewesen sein; ich glaube ein Recht darauf, daß ich nach dem Reichstag mich in derselben Ueberein stimmung mit meinen alten, langjährigen persönlichen Freunden, und in demselben Gegensatz zu meinen verehrten langjährigen Feinden befinde, wie auch vorher; und wenn Seitens der anderen Partei, die ich begleitet habe, dies auf das Lebhafteste getadelt und angegriffen wird, so schöpfe ich daraus die Beruhigung, daß ich mich auf dem richtigen Weg befinde; ich würde nur dann ängstlich und bedenklich werden, wenn ich von jener Seite einmal gelobt würde." Der Redner schloß seinen oft von lebhaftem Beifall unterbrochenen Vortrag mit einem warmen Aufruf an den deutschen Nationalsinn und Patriotismus der Versammlung, die ihn nachdem er geendet, ihren Dank und ihre Anerkennung mit allen Stimmen gegen eine aussprach.

Ein ultramontaner Empfehlungsbrief für Preußen.

Das berüchtigte Pariser „Univers", ein Blatt, das im Sinne und Tone des berüchtigten Jahrhunderte geschrieben und in Rom sehr wohl angesehen ist, ergießt eine Flut von Gift und Galle über Preußen, welche als der ächte Ausdruck der wahren Gesinnungen des Ultramontanismus gegen den Staat angesehen werden muß, in welchem der Geist der Neuzeit auf dem europäischen Festlande seinen festesten Hort gefunden und der das „Schwert von Rom", Oesterreich, auf den Sattel gehoben hat. „Preußen", schreibt das Univers, „ist die Sünde von Europa. Von dem Verrathe Albrechts von Brandenburg bis zur Schlacht bei Sadowa ist Preußen durch die Mißethaten, Schurkereien, Umtriebe, Verletzungen des antikatholischen Machtverlangens aufgeschwollen. Immer lag irgend eine verwerfliche ober widersinnige Absicht gegen die Kirche in den Absetzungen. Jeder Gesetzgeber leiten, den anzustrebenden Einverständnissen, deren Gegenstand Preußen, sei es von Seiten der Regierungen, sei es von Seiten der öffentlichen Meinung, gewesen ist. Es wußte sich zu diesem Zwecke immer der schlechten Mittel zu bedienen, die man besaß. Unser Friedrich dem Großen hatte es seinen Voltaire, wie es unter Graf Bismarck seinen Havin und Andere gebracht. Ehe es zum Journal und zum Skandalergewerbe gelangte, lernte es von Voltaire, sich der Broschüre bedienen, und es hat sich dieselbe zunutze gemacht. Berlin war eine der schimmsten Städte hinsichtlich der schlechten Bücher, die je den Menschengeist vergiftet haben. Eine Schöpfung der Abtrünnigkeit, getreu seinem Zweck, wunderbar gehorsam dabei der göttlichen Rache, ward Preußen auch deren Werkzeug gegen Alles, was ihm Widerstand entgegensetzte. Dieser Widerstand beständig war. Es ward einer der traurigsten Siege des Protestantismus und der Sakularisirung. Mit Hilfe des Stocks und des Stockschlagbaude (für Zugthunde) zur Großmacht heranergrogen, wird es, wenn es fortbesteht, der Revolution Stadtrogist aufsäbeln, ohne daß diese durch eine so schimpfliche Züchtigung bekehrt wird. Wenn die Prophezeihung von Joseph de Maistre der Vernichtigung habe ist, wenn Preußen endlich, von volkstrinischer Tinte, von diplomatischen Räubereien und militärischen Erpressungen abzusehr angeschwollen, unter einem Flintenkolben zu Grunde gehen soll, „wie ein Kiesbis, den man mit dem Fuße zerstampft", so sei es Gott gedankt! Das wenn dieser Gewehr in den Händen des Frankreichs sein soll, so sei es Gott doppelt gedankt, und möge nur dieser Tag schnell herbeikommen. Um aber dieses europäische Rettungswerk zu vollbringen, genügt das Chassepot-Gewehr und vielleicht selbst auch das neuerdings Aurore nicht. Man muß es leicht handhaben können und genügt so schnell in die Hände der Feinde, wie eine Kanone. Es ist mindestens ebenso verkaufen, das Menschengewissen auf seiner Seite zu haben. Allein des Gewissen ist auf der Seite Ludwig IX., der den blutdürstigen Bruch Richtete Kreuzzüge gegen die Albigenser und Kreuzzug Italien Zug bietet. Es würde wenig helfen, Preußen zu schlagen, wenn man nicht auch über den preußischen Geist siegte. Um Preußen zu schlagen, muß man zunächst die Bahn, die es verfolgt, vollständig ausgeben. Man muß das „Nationalitätsprinzip" fallen lassen oder es wenigstens sobald auffassen, und anstatt gewisse Agglomerationen zu fabriziren, die Völker wiederherstellen, aber um ihr Dasein rufen."

„Wenn Frankreich eines Tages verkündigt, daß es die unabhängigen Staaten Europas bis zu den kleinsten und unbedeutendsten herab zu beschützen gedenkt; wenn es den Willen ausspricht, daß ein Polen, Sachsen, Hannover, Belgien, Holland, ein Königreich Neapel, eine Republik Venedig, eine Freistadt Frankfurt, ein Rheinland und über allen diesen Unabhängigkeiten eine auch heiligere Unabhängigkeit, das allgemeinen römischen Patriarchat, bestehe; wenn es alle diese Unabhängigkeiten und Kronen in Gemeinschaft mit den Großmächten zum apostolischen Eroberungszug, das heißt zur Befreiung der Welt, aufforderte: so wird es die Klinge fein, welche den Kürbis zerstampft und ihn wieder zu dem ehrlein gestalteten Kerne Braudenburg macht."

Gut gebrüllt, Löwe!

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwed in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 105. Heidelberg, den 23. Mai. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Das Heerwesen des norddeutschen Bundes. — Ein Wort an die Neue freie Presse. — Die Hannoverschen Abgeordneten im Reichstage. — Der öffentliche Geist in Deutschland und Frankreich. — Aus Preußen. — Aus Baden. — Die Militär-Conventionen Preußens mit den untern deutschen Staaten.

Wochenbericht.

Heidelberg, 21. Mai.

* Wie gewöhnlich, so auch dies Mal, und trotzdem daß es sich um eine durch und durch deutsche Sache handelte, hat Deutschland die ersten beglaubigten Nachrichten von dem Inhalte der Conferenzbeschlüsse vom Auslande her erhalten — durch die Mittheilungen Stanleys und Derby's an das britische Parlament, durch den Pariser Moniteur, durch die in der belgischen Kammer abgegebenen Erklärungen des Ministers Regier. Man hält in Berlin eben fest an den althergebrachten Begriffen und Uebungen, denen zufolge die anderer Orten geltenden und auch von dem Bonapartismus, schon aus Selbstachtung, niemals verleugnet-en Anstandspflichten gegen das eigene Volk, für Preußen und Deutschland nicht vorhanden zu sein scheinen. Hinterdrein freilich läßt man es nicht fehlen an halbamtlichen Erläuterungen der amtlich verschwiegenen Thatsachen, an denen indessen alle beschönigende Beredsamkeit leider zu Schanden werden muß. Daß Preußen einen Rückzug gemacht hat, wird man der öffentlichen Meinung nicht ausreden, und ob dieser Rückzug ein kluger war, bleibt dem Volksurtheil im höchsten Grade zweifelhaft. Nur so viel kann man nicht umhin, den Oberführern der luxemburgischen Politik des Hrn. v. Bismarck zuzugeben, daß dieselbe allerdings unter dem Drucke von Umständen stand, für welche sie selbst nicht verantwortlich war, daß sie in und mit dem luxemburgischen Handel eine Erbschaft des von Haus aus bankerottirn deutschen Bundes anzutreten hatte, daß sie sich den Consequenzen des durch den Wiener Congreß geschaffenen staatsrechtlichen Mißverhältnisses, durch welches die größere Hälfte von Luxemburg bereits in den dreißiger Jahren abhanden gekommen war, nicht ohne Weiteres entziehen konnte. In die gleichwohl übrig bleibende Schuld haben sich außerdem die süddeutschen Staaten mit Preußen zu theilen, insofern sie nicht in der Lage waren, ihren, durch die Schutz- und Trutzbündnisse vom vorigen August zur Vertheidigung des deutschen Bodens übernommenen Verpflichtungen auch nur annäherungsweise nachzukommen. Endlich ist auch derjenige Theil des deutschen Volks selbst nicht frei von Mitverantwortlichkeit für den erlittenen Verlust, welcher das feige oder verrätherische Geschrei nach Neutralität beim Krieg mit Frankreich, welches sich in seiner Mitte erhob, nicht zu ersticken oder doch zu beschämen verstand. Daß hinterdrein von den nämlichen Stellen aus am heftigsten über den Ausgang der Luxemburger Sache gewüthet werden würde, den man nach besten Kräften mitverschuldet, war leicht vorauszusehen; wiewohl zugestanden werden muß, daß einige süddeutsche Blätter in dieser Art der Tapferkeit und des Patriotismus über die kühnsten Erwartungen weit hinausgehen.

Der Glaube an die Dauer des theuer erkauften Friedens ist und bleibt allenthalben sehr schwach, in Frankreich so gut wie in Deutschland, in der geschäftlichen wie in der politischen Welt. Bei der eifrigen Fortsetzung der französischen Rüstungen, „zur Ausfüllung der durch den mexikanischen Krieg entstandenen Lücken", mit die Entlassung der Soldatenclasse von 1860, deren Dienstzeit in wenigen Monaten abgelaufen sein würde, mehr Spott als Vertrauen hervor. Dem Gesetzgebenden Körper gegenüber besteht das Tuilerienkabinet auf Bewilligung eines Minimums des Heeresbestandes von 800,000 Mann, und sollte es darüber zum Bruche mit der Landesvertretung und zu der Nothwendigkeit einer „Berufung an Nation", durch Auflösung des Gesetzgebenden Körpers und durch Neuwahlen, kommen, die dann ohne Zweifel das vom Bonapartismus verlangte Ergebniß liefern würden. Bei solchen Aussichten auf Steigerung der französischen Angriffsmacht gehört eine besondere Art von Muth dazu, dem norddeutschen Bunde ein stehendes Heer von 300,000 Mann noch länger streitig zu machen, welches freilich auf unsere wirthschaftlichen Interessen einen sehr empfindlichen Druck ausübt, das aber gleichwohl über das Bedürfniß der Vertheidigung gegen den gefährlichen Nachbar sicherlich nicht hinausgeht. Wenn die Wohlfahrt der europäischen Völker, wie kein verständiger Mann leugnet, eine bedeutende Verringerung der Militärlasten dringend verlangt, so ist es darum nicht weniger eine handgreifliche Wahrheit, daß Frankreich mit dem Beispiele vorangehen müßte, damit den übrigen Staaten die Abrüstung auch nur möglich gemacht würde. Unnöthig hinzuzufügen, daß das französische Volk zur Erfüllung dieser Bedingung eben so wenig Lust hat, wie die französische Regierung.

Zur Zeit ist denn auch gar keine Rede mehr davon, die Entwaffnungsfrage auf die europäische Tagesordnung zu setzen. Von der bevorstehenden Zusammenkunft der gekrönten Häupter in Paris eine Initiative in diesem Sinne zu hoffen, wäre eine sonderbare Schwärmerei. Um aufrichtig zu sein, muß man gestehen, daß für die beabsichtigte Pariser Reise jener Potentaten kaum ein anderer Zweck ersichtlich ist, als, Frankreich bei guter Laune zu erhalten, oder vielmehr, in gute Laune zu versetzen. Mit besonderem Hochgefühle läßt sich also, besonders vom deutschen Standpunkte aus, jenem Monarchencongreß nicht entgegensehen, der uns vielmehr peinlich an gewisse Ereignisse ähnlicher Art erinnert, die nicht gerade zu den Glanzpunkten deutscher Geschichte gezählt werden.

Das Heerwesen des norddeutschen Bundes.

L Einige der preußischen Volksvertreter, welche im Abgeordnetenhause gegen die norddeutsche Bundesverfassung gestimmt haben, sind dazu, ihrer Versicherung zufolge u. a. durch die Schonung veranlaßt worden, mit welcher in diesem Grundgesetz des neuen Deutschland die Militärhoheit der kleinen Staaten behandelt worden ist. Sie werden sich vielleicht beruhigen, wenn sie demnächst aus anderen Aktenstücken

Digitized by Google

ersehen, wie geschwind man darüber aus ist, dieser Schwäche nachzuhelfen. Die Verfassung, als solche, hat freilich noch nicht ganz mit der Fiction der Souveränetät der Duodezstaaten und der formellen Gleichheit zwischen allen dem Bunde angehörenden Souveränen brechen wollen, welche sie von dem früheren Deutschen Bunde als Erbschaft übernommen hat. Sie begnügt sich, die schlimmsten praktischen Folgerungen aus dieser conventionellen politischen Lüge abzuwehren, indem sie einfürallemal den preußischen Oberbefehl so weit feststellt, als er zur Erhaltung der Einheit schlechterdings unentbehrlich ist. Aber damit sollte nicht gesagt sein, daß es bei diesem Maße von einheitlicher Gewalt und Leitung nun nach allen Seiten hin sein Bewenden haben werde. In Sachen, einem eben noch vollkommen gleichberechtigten König gegenüber, mag es vorläufig dabei bleiben. Für die kleineren Staaten jedoch bestehen keine gleich gewichtigen Rücksichten; und wenn ihre Bevollmächtigten daher in Berlin erscheinen, um von der Verwaltung des Bundesfeldherrn allerhand Erleichterungen für die bedrängte Staatskasse oder für die des Dienstes ungewohnte Bevölkerung herauszuschlagen, so sollen sie wissen, daß dergleichen durch weitere Verzichtleistungen auf Reste von Militärhoheit erkauft werden muß.

Dies ist zunächst schon bei den Unterhandlungen mit den Hansestädten über Militärconventionen, welche bald nach dem Schlusse des Reichstags begonnen haben, aufs Deutlichste hervorgetreten. Man hat den hanseatischen Unterhändlern eine einfache Wahl gestellt. Es sei gar nichts, hieß es, im Wege, daß die Städte ihre Contingente, wie bisher, selbst aushöben, mit Offizieren versähen, und unter der Oberleitung des preußischen Kriegsministeriums verwalteten. Aber dann bestehe preußischerseits auch kein Grund, von der Strenge der geltenden Vorschriften in irgend einem Stücke wohlwollend abzusehen. Auf rücksichtsvolles Entgegenkommen habe man natürlich nur dann zu rechnen, wenn man seinerseits entgegenkomme, — unnützen und lästigen Vorrechten zu entsagen wisse, und der obersten Militärverwaltung ihre schwierige und verantwortliche Aufgabe durch Vereinfachung nach Kräften zu erleichtern. In diesem Falle werde man sich, bei der Berücksichtigung der nur geringen Bevölkerung in Hamburg und Bremen sich aufhaltenden Fremden für die Ausbehungsgabl, gern auf den hanseatischen Standpunkt stellen, die in fremde Weltheile gehenden Pioniere des deutschen Handels von den jährlichen Repetitions-Uebungen befreien, es mit dem Maximum der in einer Compagnie zulässigen Einjährig-Freiwilligen so strenge nicht nehmen, die jungen Hanseaten auswärts und Auswärtige in den Hansestädten nach Gefallen ihre Freiwilligenjahre abdienen lassen. Genug, die Militärconvention sollte beiden Theilen Vortheil gewähren: den Hansestädten eine ihren vorherrschenden Interessen gemäße Ausführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Einreihung in das norddeutsche Heer, dem letztern, oder seiner Vertreterin, der preußischen Militärverwaltung einen Zuwachs an Einheit und ungehinderter Handhabung. Der preußische Abgeordnete Jacoby wird hierin lediglich eine Bestätigung seiner schwarzen Gesichte von dem Militärdespotismus finden, der sich bleiern über ganz Deutschland legt, das freie und glückliche Schwaben nachgerade eingeschlossen; der Abgeordnete Löwe aber, dessen patriotische Bedenken zu beschwichtigen uns mehr interessiren würde, erblickt in diesen Verhandlungen hoffentlich etwas, was seine Besorgnisse wegen zu leichten und losen Unterbaus des neuen Hauses der Nation zerstreuen hilft.

Insofern die preußische Regierung mit legitimen Verhandlungsmitteln darauf aus ist, durch Geist und Inhalt der abzuschließenden besonderen Militärconventionen die Einheit des norddeutschen Heeres immer noch straffer zu gestalten, werden unbefangene Patrioten ihr zustimmen und den besten Erfolg wünschen. Es ist auf diesem Wege noch Manches zu erreichen; das begreift man, wenn man z. B. vernimmt, daß in Oldenburg das Militärbudget in Zukunft grade das Doppelte der bisherigen Kosten betragen wird. Sollte in diesen Verhältnissen für noch mehr Souveräne, als den aufgeklärten jungen Fürsten von Waldeck, ein Beweggrund liegen, in das Privatleben zurückzutreten, so würden wir derartige Entschlüsse im Interesse aller Theile segnen: der Bevölkerung, die dadurch der unsichabaren Vortheile großstaatlichen Lebens theilhaftig wird, des Kleinfürsten selbst, der nun unter die Großen des Reiches tritt und den heilsam vermittelnden politischen Einfluß des höheren Adels verstärken mag, der Nation endlich, die durch das Eine wie durch das Andere an innerer Kraft gewinnt.

Dagegen kann nicht früh genug auf eine Gefahr hingewiesen werden, welche im Gefolge der sonst nicht leicht günstig genug zu beurtheilenden preußisch-norddeutschen Militärconventionen einherschleicht. Der Dienst im Heere steht nämlich durch die Einjährig-Freiwilligen in einer gewissen Beziehung zum oberen Knabenschulwesen. Die preußische Kriegsverwaltung muß sich überzeugen, ob und welche Anstalten in den ihr zugewachsenen kleinen Staaten auf dem Standpunkt stehen, um mit dem Rechte der Ausbildung zum einjährigen Dienste ausgestattet werden zu können; sie muß diese Ueberzeugung in sich von Zeit zu Zeit erneuern, folglich fortlaufend eine gewisse Controle über den Gymnasial- und Realschul-Unterricht üben. Dies ist harmlos, so lange sich keine fremdartigen Tendenzen in die Inspection mischen. Aber wenn das preußische Unterrichts-Ministerium den bequemen guten Fuß, auf welchem es voraussichtlich mit dem Kriegsministerium steht, benützen sollte, um aus der Ueberwachung wegen eines militärischen Gesichtspunkts allmälig eine Einwirkung in allgemeinem pädagogischem Sinne zu machen, eine politisch-religiöse Einwirkung, um es kurz und drastisch auszudrücken — dann wäre das Einmischungsrecht des Kriegsministeriums freilich so arg wie möglich gemißbraucht. Das preußische Unterrichtswesen ist, nach dem Urtheil vorurtheilsfreier Sachkundiger und nach dem längstbefestigten Eindruck der öffentlichen Meinung, einer Reformation an Haupt und Gliedern dringend bedürftig. Unmöglich kann man ihm also noch weitere bisher unberührte Provinzen unterworfen sehen wollen. Wäre es aber auch ebenso vorgeschritten im Geiste der Zeit, als es notorisch veraltet und erneuerungsbedürftig ist, es dürfte doch nicht auf heimlichen Wegen, allmälig aber sicher, zu einem Zwangsvorbilde für ganz Deutschland werden, dem der Unterricht widerstrebt, seiner Natur und seinem höchsten Zwecke nach, jener uniformirenden Centralisation, die im Militärwesen eine Nothwendigkeit ist. Wir wollen keinen anderen Kriegsminister als Herrn v. Roon durch ganz Deutschland, den Süden womöglich eingeschlossen, aber für Herrn v. Mühler, als alleinigen Unterrichtsminister, bedanken wir uns auf Allererntlichste.

Ein Wort an die „Neue freie Presse."

N Wir haben unlängst der Haltung gedacht, durch welche sich dem Luremburger Handel gegenüber, die „Neue freie Presse" vor den meisten ihrer Wiener Collegiinnen auszeichnete. Nämlich Anfangs, und so lange die Debatte schwebte, ob Oesterreich für Deutschland oder für Frankreich Partei ergreifen solle. Man konnte damals hoffen, daß das einzig richtige und gesunde Programm für das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, die freie Bundesgenossenschaft beider, an dem genannten Blatte einen Vorkämpfer gefunden habe. Seitdem indeß die Neutralität Oesterreichs ziemlich außer Frage gestellt war, schwand jener deutschfreundliche Anhauch in der „Neuen freien Presse" mehr und mehr und die spezifisch österreichische Grundfarbe trat bald wieder hervor. Sie gab wiederholt ihre Zustimmung zu der offiziösen Parole zu erkennen, daß, wenn von Oesterreich mehr für Deutschland erwartet werden solle, als Neutralität und Freihandelspolitik, ihm mindestens die halbe, d. h. auf Süddeutschland beschränkte Wiederherstellung des alten Zustands gewährt werden müsse. Neulich vollendet (in ihrer Nummer vom 14. Mai) brachte sie einen Leitartikel, worin sie die Nachricht von dem Abschluß des Londoner Vergleichs zu den heftigsten Anklagen gegen Preußen und die nationale Partei verwerthete. Da der Gegenstand dieser Anklagen an sich von Interesse ist, und wir es immerhin mit einem der unbefangensten und der einflußreichsten Organe Deutschösterreichs zu thun haben, so dürfte

Digitized by Google

es sich der Mühe verlohnen, der „Neuen freien Presse“ ein paar Worte zu erwidern.

Wir lassen alles Nebensächliche, und die mancherlei Unrichtigkeiten, Deutschfeindseligkeiten und Uebertreibungen, welche mit unterlaufen, bei Seite und halten uns lediglich an den Grundgedanken. Hiernach ist die Moral der luxemburger Geschichte einfach diese: das bundestägliche Deutschland besaß Luxemburg ungestört und unangefochten, Neudeutschland muß dasselbe preisgeben, wenn es nicht in einen furchtbaren Krieg gerathen will: also ist durch den Prager Frieden Deutschland statt, wie man sich beruhmen will, stärker und gesicherter, vielmehr schwächer und bedrohter geworden. — Die „Neue freie Presse“ zieht auch Limburg heran, unterechtigter Weise wie uns scheint; wir haben mit Limburg nichts thuggegeben, als einen gänzlich werthund inhaltlosen Rechtstitel. Nur insofern etwa, als wir gleichwohl eine Entschädigung dafür hätten fordern können, falls wir uns stark genug dazu fühlten, ließe sich auch Limburg unter den Gesichtspunkt der vorliegenden Frage bringen.

Aber auch der luxemburger Fall ist für diese Frage — der vermehrten oder verminderten Stärke und Sicherheit — nicht so ohne Weiteres beweiskräftig. Die Thatsache, welche vorliegt, ist doch zunächst nur die, daß durch die Auflösung des alten Bundes unser Recht auf Luxemburg bestreitbar wurde, und Frankreich diese Gelegenheit beim Schopf ergriff, um in die Lücke einzudringen. Angenommen, aus irgend einem anderen Anlaß wäre eine ähnliche Gelegenheit in Altdeutschland eingetreten — würde der weiland Bundestag unser zweifelhaft gewordenes und von Frankreich bestrittenes Recht auch nur mit der nämlichen Energie und dem nämlichen Erfolg vertreten haben, wie heute Preußen, würde er auch nur einen, wir geben es zu, so magern Vergleich, wie den jetzigen, erlangt haben? Man wird das stark bezweifeln dürfen, und wenn sich die „Neue freie Presse,“ zum Beweis dafür, auf die früheren, 1839 zum Abschluß gebrachten Verhandlungen über Luxemburg, sowie auf den letzten dänischen Krieg beruft, so sind diese beiden Vorgänge dem heutigen Fall augenscheinlich nichts weniger als gleichartig. Doch kommen wir zum eigentlichen Kern der Streitfrage.

Wahr ist es, Frankreich würde es schwerlich auf einen Zusammenstoß mit uns haben ankommen lassen, wenn wir uns nicht gerade in einem Uebergangszustand befänden, wenn das ganze nichtösterreichische Deutschland schon einheitlich organisirt und der Süden militärisch besser gerüstet wäre. Also müssen wir suchen, diese Uebergangszeit möglichst abzukürzen — das ist alles, was nach dieser Seite aus dem Luxemburger Handel folgt. Daß dagegen, ist das deutsche Einheitswerk vollendet, das neue Deutschland stärker und actionsfähiger, also auch gesicherter sein wird, als es das alte, auch mit Oesterreich, gewesen, scheint uns außer Frage. Wir haben es an der Geschichte der Reichsarmee von 1866 „schaudernd selbst erlebt“, was ein großer Krieg heißen will, geführt in dem Zeichen der Bundeskriegsverfassung. Vorher hatte man von diesem Jammer wohl schon Kenntniß, aber noch keine so überwältigende Erfahrung; und diesem Umstand haben wir es vielleicht zu verdanken, daß Altdeutschland so lange unbehelligt blieb. Außerdem war es nicht im Mindesten der durchlauchtige deutsche Bund, vielmehr das Bündniß der drei Ostmächte, welches von 1815 bis zum Krimkrieg für Deutschland und Europa den Frieden sicherte. Dieser deutsche Bund, mit seiner Lahmheit, Unbeholfenheit und Ohnmacht, reizte wohl zum Spott, aber nicht zum Neid und zur Furcht, er erregte keine „patriotischen Beklemmungen“, wie das neue Deutschland, und auch dies war ein Grund, warum man ihn in Frieden ließ.

Die Erneuerung der preußisch-österreichischen Bundesgenossenschaft wird ein frommer Wunsch und eine blanke Unmöglichkeit bleiben, so lange als Oesterreich ihr Zustandekommen an die Bedingung knüpft, daß wir um seinetwillen unsere inneren Lebensanliegen preisgeben, auf Deutschlands nationalstaatliche Zusammenschließung verzichten, den Süden außerhalb unseres Neubaus lassen sollen. Lieber als dies, den Krieg, wenn es sein muß, mit Frankreich und Oesterreich zusammen!

Wann endlich wird sich in Deutschösterreich eine Partei, eine starke öffentliche Meinung bilden, welche dieser unreifen, ungerechten, unbeschiedenen österreichischen Tradition, daß Deutschland, um Oesterreichs willen, nicht Deutschland sein dürfe, rücksichtslos und entschlossen den Krieg erklärt? Auf welches reelle Staatsinteresse stützt sich dieser Anspruch, auf was in aller Welt anders kann er sich stützen, als auf einen übelberathenen dynastischen Ehrgeiz, welchen greifbaren, welchen denkbaren Vortheil hat Oesterreich, haben die Deutschösterreicher zeither davon gehabt, daß man in der Eschenheimergasse das Präsidium und in einigen deutschen Festungen ein Mitbesatzungsrecht hatte? Welchen Vortheil kann Oesterreich jetzt und in Zukunft davon haben, wenn es den Neubildungsproceß Deutschlands zu stören, aufzuhalten oder gar rückläufig zu machen sucht? Wenn Oesterreich in eine innere staatliche Gemeinschaft mit uns, in eine Gemeinschaft, enger als der lockere und gänzlich werthlose weiland deutsche Band, nicht eintreten kann, und, wie z. B. 1848, jede Zumuthung dazu mit Recht zurückgewiesen hat, während dagegen seine auswärtigen Interessen in allen Hauptlinien mit den unsrigen zusammenlaufen: warum sträubt es sich, diesem thatsächlichen Verhältniß nach beiden Seiten hin endlich gerecht zu werden? Mögen sich doch die Deutschösterreicher diese Fragen vorlegen, und, auf Grundlage der einzigen darauf möglichen Antwort, sich eine neue deutsche Politik anschaffen! Einstweilen ist, wenigstens in ihrer Presse, von solcher besseren Einsicht leider so viel wie Nichts zu bemerken. Dagegen soll sie im Volke weit stärker verbreitet sein, als man nach der Haltung der Wiener Blätter annehmen dürfte. Ist dies so, dann steht zu hoffen, daß unter den Vertretern Deutschösterreichs, welche ja demnächst wieder zum Worte kommen werden, sich wenigstens eine Minderheit findet, welche den Bann verbrterter und selbstmörderischer Ueberlieferungen durchbricht und die Fahne eines wohlverstandenen Deutschthums aufpflanzt.

Die hannover'schen Abgeordneten im deutschen Reichstage.

(III.)

S Während Windthorst, abgesehen von seiner partikularistischen Stellung im Reichstage, unter andern Verhältnissen im Lager der Ultramontanen sich befinden würde, hat sich auffälligerweise der Staatsministerpräsident a. D., Alexander von Münchhausen, in Berlin als Abgeordneter der Haupt- und Residenzstadt des Welfenkönigs gewissermaßen zum Führer der junkerlichen Partikularistenpartei machen lassen, welcher er nach seiner politischen Vergangenheit eigentlich nicht angehört. Sohn eines früheren kurhessischen Geh. Raths und Gutsbesitzers in Apalern (Grafsch. Schaumburg), trat v. M. in hannov. Staatsdienst, ward Schwiegersohn der Freundin des Königs Ernst August, der Gräfin Grote geb. v. Schachten, und dadurch bereits einflußreichster Cabinetsrath, zumal er durch seine Derbheit, Rücksichtslosigkeit und Offenheit dem alten Hochvorn zu imponiren verstand. 1848 forderte er das Eingehen auf friedliche Reform, und 1850 bildete er ein neues Staatsministerium, in welchem „Unsere getreuen Unterthanen die Gewähr finden werden, daß Wir den Gang, welchen Wir in der Regierung unseres Landes während der Dienstführung des Ministeriums (Stüve) eingehalten haben, im Wesentlichen nicht zu verändern beabsichtigen“. Zwar wurden hintendrein die Märzverheißungen des Jahres 1848 etwas herabgestimmt, aber doch die junkerlichen Wühlereien beim Bundestage energisch zurückgewiesen und Hannover dem Zollverein angeschlossen. Als am 18. Nov. 1851 Ernst August starb, und Georg V. „bei Unserem Königl. Worte die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung“ versprochen hatte, erhielt das Ministerium Münchhausen-Lindemann seine Entlassung. Von diesen Zeitpunkte an, war v. M. ein höchst mißliebiger Mann am königlichen Hofe, ja vielleicht von allen Dienern des alten Königs am meisten gehaßt, und niemals zu einer Beschäftigung wieder herangezogen, bis er 1864 zum hannov. Bundescommissär in Holstein designirt ward, aber wegen zu beengender Bollmacht

Digitized by Google

diesen Auftrag ablehnte. M. erhielt ebenso wenig wie die übrigen hannov. Ermin[i]ster — etwa zwanzig an der Zahl — unter Borries die Erlaubniß, in die Kammer zu treten. Nachdem Borries gestürzt war, wurde Münchhausen, als ein bekannter Gegner des Platen'schen Regiments, von Göttingen im Jahr 1866 in die 2. Kammer gewählt, wo er, freilich in unklarer Rede, gegen den v. Bennigsen'schen Neutralitätsantrag sprach, aber dafür stimmte. Um so überraschender und betrübender war daher das Auftauchen einer so geachteten persönlichkeit an der Spitze einer Deputation des Junkerthums, dem er niemals zugezählt werden konnte, um dem König Wilhelm den angeblichen Schmerz von Millionen widerwilliger Unterthanen auszudrücken, ein Schritt, der ihn seinen früheren bitterſten Gegnern in die Arme führte und ihm bei den Reichstagswahlen 11500 Stimmen von Adligen, Hofbandwerkern und andern Welfenfreunden verschaffte, die noch vor Kurzem sich bei seinem Namen bekreuzigten. Seine ungeschickte einzige Rede im Reichstage und deren meisterhafte Abfertigung durch Bismarck ist in zu frischem Andenken, als daß wir nöthig hätten, heute darauf zurück zu kommen. Dennoch bleibt es uns völlig unverständlich, wie v. Münchhausen es über sich hat gewinnen können, mit seinen partikularistischen Gesinnungsgenossen gegen die Reichsverfassung zu stimmen und zu gleicher Zeit eine Erklärung mit zu unterschreiben, in welcher er, der Regierung gegenüber, sich bereit erklärt, den noch herrschenden irrigen Auffassungen über die bestehenden Zustände entgegenzutreten und die Ueberleitung derselben zur vollständigen Einfügung in den preuß. Staat zu fördern. So sehr wir uns über diese späte Erkenntniß des Richtigen auch freuen, so wenig dürfen wir derartige Wandlungen in so kurzer Zeit bei wirklichen Staatsmännern voraussetzen. Die lange Enthaltung v. M.'s von öffentlicher Thätigkeit hat unzweifelhaft seiner sonstigen praktischen Klarheit bei Beurtheilung der staatlichen Dinge Abbruch gethan und es aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich gemacht, daß er noch einmal zu einer bedeutenden Rolle berufen wird, zu der ihn früher Charakter, Talent und Energie berechtigten. Selbstverständlich ist v. M. durch und durch Aristokrat.

Ueber die partikularistischen Abgeordneten des 7. Wahlkreises, Nienburg, den Schatzrath a. D. v. Bothmer, und des 9 Wahlkreises, Hameln, den von der preuß. Regierung suspendirten Schatzrath v. Röſſing können wir uns kürzer fassen, da ihre politische Bedeutung gering ist und sie ihre Wahl zum Reichstage allein ihrer antipreußischen Gesinnung verdanken dürften, weil sonst ihre ungleich begabteren und bewährteren Gegner, Plank und Rebecker, selbst bei den Hopfschen und Kalenberg'schen Bauern unzweifelhaft gesiegt haben würden. v. Bothmer gehörte übrigens auch niemals zu der ertremen Junkerpartei, nahm sogar eine ansehnliche Pension lieber an, als mit dem Graf Borries zu gehen, und ist auch kaum die Hälfte der kurzen Sessionen in Berlin anwesend gewesen. v. Röſſing, Hauptagitator im weiland „großdeutschen" Vereine, Förderer der unglücklichen Platen'schen Politik, Schildknappe bei allen früheren reaktionären Maßregeln der Regierung und zuletzt Generalsyndikus der Adelskammer, machte auf uns stets den Eindruck, als ob die politische Thätigkeit für ihn nur das Klettergerüst abgebe, auf dem er zu möglichst einträglichen Staatsöpfründen gelange, um seinen, den Lebensgenüssen nicht fremden Neigungen Genüge leisten zu können. Sollten wir ihm darin Unrecht thun, so würden wir uns mit vielen seiner Bekannten in ihm irren; genug, als ein bedeutender politischer Kopf hat er sich nicht gezeigt und wenn uns nicht Alles täuscht, so wird er, ebenso wie seine in die preuß. Armee übergetretenen Brüder, baldigst Frieden mit der Regierung, sobald sie die Hand dazu bietet, schließen.

Der Abgeordnete des 16 Wahlkreises, Lüneburg, der vormalige Staats- und Finanzminister Erxleben, gehört zu den, von allen Parteien geachteten Fachmännern, die gewissenhaft ihre Geschäfte ausführen, darüber hinaus aber wenig höhere Gesichtspunkte zu finden verstehen. Exrl.'s Broschüre über die zukünftige Finanzlage der hannov. Provinz, zeugt demgemäß von gründlicher Kenntniß des Budgets, aber wenig von Verständniß der politischen Lage der Dinge, wie er denn auch früher sich, als Oberappellationsrath, um staatliche Fragen wenig kümmerte, bis er plötzlich in das Ministerium Windthorst als Finanzminister berufen ward, in welchem er durch Genauigkeit und Klarheit seiner Verwaltung den Ständen Achtung abzwang, obwohl er die alten Uebelstände nicht zu beseitigen im Stande war, und ebenso wenig in der 2. Kammer, wie letzthin im Reichstage, durch seine Vorträge aufmerksames Interesse zu erwecken verstand. Durch und durch Hannoveraner, wird er für König Georg die zuverlässigste und geeignetste Persönlichkeit sein, die finanzielle Seite der demnächstigen Abfindung zu ordnen und zu regeln; selbst aber findet er sich wohl schwerlich jemals in dem neuen und großen Staatsleben zurecht, was jedenfalls seinem biegsamen und gewandten Ministerkollegen, Frhrn. v. Hammerstein, dem Reichstagsabgeordneten des 6. hannov. Wahlkreises, Verden-Achim, leichter werden wird, obwohl derselbe mit seiner Familie die persönliche Anhänglichkeit an die vertriebene Welfendynastie dermaßen zur Schau trug, daß er von der Leitung der Provinz Osnabrück, als Landrath, beseitigt werden mußte. Freiherr Hammerstein hat von jeher eine liberalisirende bureaukratische Richtung verfolgt, der er es verdankte, schon 1848 Generalsekretär Stüve's im Ministerium des Innern zu werden. Nachher war er dreimal Minister (zuletzt bis Ende Oktober 65), und als solcher auch Mitglied beider Kammern, in denen er in angenehmer leichter Form sachlich zu sprechen verstand, ohne durchgreifende Gesichtspunkte aufzustellen oder für seine Ansicht zu erwärmen. Durch und durch eine nachgiebige, vermittelnde, fleißige Natur, biegsam nach Oben und freundlich nach Unten hat er sich in allen geschäftlichen Beziehungen Freunde erworben, zumal er im Grunde gern Jedermann wohl gethan hätte, wenn er nur gekannt. Bei seinem Arbeitsbedürfniſſe wird er sicher bald wieder einen geeigneten Wirkungskreis zu finden wissen.

Ueber den Abgeordneten des V. Wahlkreises, Melle-Sulingen, den Reg.-Assessor Ernst Frhr. v. Hammerstein-Borken, der durch die Auftrennungen des Adels und der partikularistischen Partei über den Dr. Meyer-Essen bei der engern Nachwahl zum Reichstage den Sieg davon trug, ist weiter nichts zu sagen, als daß er bereits von der Osnabrück'schen Ritterschaft in die I. Kammer der XV. allgemeinen hannover'schen Ständeversammlung gesandt wurde und im Reichstage zunächst für partikularistische, als dann für die Anträge der nationalliberalen Partei gestimmt hat.

Der öffentliche Geist in Deutschland und Frankreich.

† Beim Rückblick auf die luxemburgische Krisis kann Deutschland sich selbst das Zeugniß geben, daß es, im Ganzen genommen, dieselbe gut bestanden hat. Die öffentliche Meinung war mit der preußischen Regierung einig darin, daß Luxemburg nicht an Frankreich ausgeliefert werden dürfe und überdies bereit, der Verweigerung jedes anderweitigen Zugeständnisses an den Bonapartismus ihre unbedingte Zustimmung zu geben. Mehr als das: die entschlossene Ablehnung der Neutralisirung von Luxemburg würde der Volksstimmung mehr entsprochen haben, als das Ergebniß der Londoner Conferenz. Deutschland war nicht kriegslustig, aber kriegsbereit — bereit, die Herausforderung Frankreichs kalten Blutes anzunehmen und den entschiedenden Zweikampf mit dem eifersüchtigen Nachbar, mit vollem Bewußtsein der damit verbundenen Gefahr, aber auch mit gutem Gewissen und mit männlichem Selbstvertrauen auszufechten.

Die Haltung und die Sprache der Volkspolitik in fast allen Landestheilen war Monate lang ein fortlaufender Beweis dieser Gesinnung. Im Reichstage, in der Presse, in politischen Vereinen und Volksversammlungen wurden nur Worte der ruhigen Entschlossenheit vernommen. Es war eine breite Verleugnung der offenkundigen Wahrheit, wenn man, wie es in Frankreich alle Tage, und leider gelegentlich auch andrer

Digitized by Google

Orten geschah, von deutschem „Chauvinismus", von Hetzerei gegen die Franzosen, von Aufhachelung der nationalen Leidenschaften unseres Volkes sprach. Das preußische Officiere, in erbärmlicher Nachahmung einer vor 60 Jahren geübten Prahlerei, ihre Degen vor dem Hause des französischen Gesandten in Berlin gewetzt, daß ihr Tischgespräch sich darum drehe, wie sie, binnen acht Tagen nach Eröffnung des Feldzugs, in Paris einrücken würden, daß die Wiedereroberung von Elsaß und Lothringen auf der Tagesordnung der deutschen Volksversammlungen sei, daß die deutsche Presse von Wuth gegen Frankreich schäume — diese und viele ähnliche Behauptungen der französischen Zeitungen waren eben so viele schamlose Lügen, auch wenn sie sich mit der Autorität des „Flottenmoniteur", oder mit dem Namen des „Temps", der seiner Zeit einen guten Klang hatte, zu beglaubigen suchten.

Freilich, wenn es aus dem Walde herausgeschallt hätte, wie man hineinrief, so würden diese verläumderischen Erfindungen durch das Echo wohl noch überboten worden sein. In Paris wetteiferten Männer und Blätter aller politischen Farben in Schaustellung des Hasses, der Rachsucht, der Kriegsleidenschaft, der Eroberungswuth gegen Deutschland, das sie Preußen nannten. Im „Univers" wollte der fromme Herr Veuillot Preußen mit den Füßen zerstampft sehen, „wie einen Kürbis" (vgl. Nr. 104 des Wochenblatts), in der „Liberté" schrie sich der friedliebende Hr. Girardin heiser nach der Rheingränze, in dem „Pays" wüthete der ultraconservative Gascogner Granier aus Cassagnac für die Wiederherstellung der durch Preußen beeinträchtigten französischen Oberherrlichkeit auf dem europäischen Festlande, im „Temps" verlangte der demokratische Elsässer Neffzer — im Beginn der Crisis und vor Erfindung der „Friedensliga" — mit Ungestüm, daß der im vorigen Jahre durch die französische Neutralität begangene Fehler bei der luxemburgischen Gelegenheit wieder gut gemacht, daß der von Preußen bei Sadowa gewonnene Machtzuwachs in angemessener Weise zu Gunsten Frankreichs ausgeglichen werde. In dem nämlichen Blatte forderte der große Republikaner Louis Blanc im Tone der sittlichen Entrüstung, daß der Rhein endlich aufhöre, „für Deutschland ein Schutz, für Frankreich eine Schranke" zu sein. — Genug mit dieser Aufzählung; genug, daß der Ton der tief beleidigten Eitelkeit und des bittersten Neides durch die ganze französische Presse ging, von Straßburg bis Bordeaux, und von Havre bis Marseille. Und zum Zeichen, daß solche Empfindungen und die entsprechenden Hintergedanken auch heute noch ein Gemeingut des französischen Journalismus sind, erklärt selbst das friedfertigste, gemäßigste, politisch harmloseste aller Pariser Blätter, das „Journal des Debats", daß auch nach der Belegung der Luxemburger Streitfrage von einer Abrüstung, wenn sie etwa in London vorgeschlagen werden sollte, für Frankreich nicht die Rede sein könne, daß Frankreich, nach wie vor, bis an die Zähne bewaffnet bleiben müsse — zu seiner Sicherheit.

Ein willkommener neuer Vorwand zu solcher Ablehnung der ersten Bedingung eines ehrlich gemeinten europäischen Friedensstandes ist den Franzosen in den letzten Tagen vom preußischen Abgeordnetenhause aus gegeben worden, durch die Erklärung eines Mannes, dem man bisher Verstand und Urtheil bereitwillig zugestand. Herrn Jacoby war es vorbehalten, die Entdeckung zu machen und der Welt mitzutheilen, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes auch deßhalb zurückzuweisen werden müsse, weil sie „eine beständige Gefahr für die Nachbarstaaten" mit sich bringe. Dieses Wort ist im Auslande und an solchen Orten des Inlandes, wo man gegen Preußen die Empfindungen des Auslandes theilt, begierig aufgegriffen, und man hat sich damit, wie mit einem untrüglichen Orakelspruch, gegen die Neugestaltung Deutschlands bewaffnet. —

In der Hauptsache hat Herr Jacoby recht: Deutschland ist, Gott sei Dank! in der That eine Gefahr für seine Nachbarn geworden; die Folgerung aber, welche der Abgeordnete für Königsberg aus dieser Thatsache gegen die neue Verfassung ableitet, ist das Gegentheil der Wahrheit. Unsere Nachbarn haben wieder angefangen, uns zu fürchten, statt uns, wie Jahrhunderte lang, zu verachten — das ist das beredteste Zeugniß, welches sich für den im vorigen Jahre begonnenen Umschwung in unsern Verhältnissen beibringen läßt; das Ausland ist nicht mehr blos eine Gefahr für uns, sondern wir sind auch eine Gefahr für das Ausland geworden — darin liegt nicht nur eine Bürgschaft für unsere eigene Sicherheit, sondern auch eine neue Gewähr für eine vernünftige europäische Ordnung. Es gehört jeden Falls eine ungewöhnliche Dreistigkeit dazu, zu läugnen, daß Deutschland unter der alten Bundesverfassung, während es selbst allerdings nicht einmal, Holland oder Dänemark gefährlich war, so daß das eine durch die Zollsperre an der Rheinmündung, das andere in Schleswig-Holstein ihm Jahrzehnte lang ungestraft Trotz bieten konnte, daß Deutschland bisher seinerseits von Frankreich und von Rußland Alles zu fürchten hatte für seine zersplitterte Existenz.

Deutschland, sagt man, war freilich schwach zum Angriff, aber stark zur Vertheidigung; das war genug und was darüber ist, das ist vom Uebel. Mit anderen Worten: Deutschland's Schwäche war Deutschlands Vortheil, insofern sie Deutschland die Versuchung ersparte, seine Kraft zu mißbrauchen. Oder auch, wie die „Frankfurter Zeitung" in ihrer Nr. 135 in einem Wiener Briefe nachgeahmt ausführt: ein schwaches Deutschland konnte Frankreich großmüthiger Weise unangefochten neben sich dulden; ein starkes deutsches Staatswesen muß Frankreich als einen unerträglichen Nebenbuhler um jeden Preis zu beseitigen suchen, wobei ihm die Mithülfe des von ähnlichem Interesse geleiteten Oesterreich nicht fehlen wird. Es wäre überflüssig, solche Beweisgründe zu widerlegen, deren Verschrobenheit jeder gesunde Sinn auf den ersten Blick gewahr wird. Daß Deutschland sich mit seinen Nachbarn zur Rechten und zur Linken in's militärische Gleichgewicht zu setzen habe, ist seit einem halben Jahrhundert ein Satz des politischen Volksglaubens, welcher durch keine Sophistik und durch keinen Fanatismus erschüttert werden wird. Ueberdies gehört nur ein geringes Nachdenken dazu, um zu begreifen, daß und warum ein bloß auf die Abwehr fremder Gewalt eingerichtetes Staatswesen, wie der vormalige deutsche Bund und sein Vorgänger, das weiland heilige römische Reich deutscher Nation, daß und warum ein solches Staatswesen mit Nothwendigkeit stückweise zur Beute des Auslandes werden muß. Ein Volk, das auf die bloße Vertheidigung angewiesen, dem durch seine Verfassung der Angriff unmöglich gemacht ist, kann nur Verluste erleiden und niemals das Verlorne wieder einbringen, und hat also die Gewißheit, von den kräftiger organisirten Nachbarvölkern rascher oder langsamer zerbrochelt und verschlungen zu werden, eine Erfahrung, welche die deutsche Nation unzählige Male am eignen Leibe gemacht hat, und die noch in den jüngsten Tagen, vermöge einer Nachwirkung unserer früheren Staatszustände, in Luxemburg, hoffentlich zum letzten Male, eine Art von Wiederholung findet.

Daß der bewaffnete Friede schwer auf den Völkern lastet, daß das Heerwesen in seiner heutigen Ausbehnung ein großes öffentliches Uebel ist u. s. w. darüber ist alle Welt vollkommen einverstanden. Die eigentliche Quelle dieses Uebels liegt aber, wie gleichfalls Jedermann weiß, in Frankreich, dessen Beispiel, dessen Ehrgeiz, dessen Eroberungslust und Herrschsucht die fast unerträgliche Militärlast zu einer europäischen Nothwendigkeit gemacht hat. Das heutige preußische Heerwesen, in seinen wesentlichen Bestandtheilen, ist bekanntlich eine Schöpfung der Nothwehr gegen die französische Uebermacht, und daß dabei über das Bedürfniß hinausgegangen worden, wird nicht leicht behauptet werden wollen. Auch nachdem das preußische Militärsystem auf die neu erworbenen Provinzen und auf die anderen Staaten des norddeutschen Bundes ausgedehnt worden, ist Frankreich immer noch um zehn Millionen Einwohnern und um wenigstens 100,000 Mann Soldaten im Vorsprung gegen Preußen, ein Vorsprung, welcher erst durch Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund völlig ausgeglichen werden würde. Wenn

Digitized by Google

nun Frankreich gleichwohl in der bloßen Verminderung seiner bisherigen Uebergewicht einen Anlaß zu einer weiteren Steigerung seines Heerbestandes findet, so ist es doch geradezu widersinnig, Preußen dafür verantwortlich zu machen, wie dies, zur Beschämung unseres Nationalgefühls, selbst von einzelnen deutschen Stimmen geschieht.

Die gesunde deutsche Volksmeinung zeigt sich mit den militärischen sowohl wie den politischen Neuerungen im Wesentlichen einverstanden, welche das letzte Jahr mit sich gebracht, oder doch vorbereitet hat. Ueber den einzelnen Härten des neuen militärischen Systems vergißt man nicht den unermeßlichen nationalen Vortheil, welcher in der Einheit desselben liegt. Die Lehren des vorjährigen Feldzugs des Bundesheers mit seinen buntscheckigen Contingenten sind für Deutschland nicht verloren gewesen, wiewohl es allerdings in Würtemberg und Baiern nicht an vernagelten Köpfen fehlt, an denen alle jene Erfahrungen abgeprallt sind. Möge uns die Zukunft nur den Beweis ersparen, daß die Centralisation unseres Heerwesens immer noch nicht streng genug durchgeführt ist und daß auch unter dem jetzigen Bundesfeldherrn, und ungeachtet des denselben geleisteten Fahneneides, die Unbotmäßigkeit fürstlicher Corpskommandanten die wichtigsten militärischen Berechnungen durchkreuzen kann. —

Aus Preußen, 19. Mai. Die auswärtige Presse aller Farben, diesseits und jenseits des Oceans, erkennt, gleichviel ob mit Freude und Bewunderung, oder mit Ingrimm und Neid, den ungeheueren Schritt an, den Deutschland auf dem Wege der nationalen Einheit durch die Gründung des norddeutschen Bundes unter Preußens Führung vorwärts gethan hat. Alle diese Stimmen sind darüber einig, daß die Militär-Bündnisse mit den süddeutschen Staaten nur den Uebergang bilden zur vollen staatlichen Einigung von ganz Deutschland, gleichviel, ob sie dieses Endresultat wünschen und hoffen, oder verabscheuen, erscheint ihnen dasselbe nur noch als eine Frage der Zeit. Die geistig hervorragendsten deutschen Flüchtlinge von 1848, selbst die republikanischen, sind nach dem vulgären Zeitungsausdruck „bismärckisch" geworden, d. h. sie begreifen die unabweisbare Nothwendigkeit, die nun einmal durch Ereignisse von überwältigender Wirkung gegebene nationale Entwickelung mit kräftiger Hand zu erfassen und weiterzuführen. Auch im Süden ist der Einfluß derer, welche den Anschluß an den Norden wünschen, oder doch als unabweichbar erkennen, den Zeitungen zufolge, in raschem Wachsen begriffen, und die ohnmächtige Wuth der Organe der „Volkspartei" berechtigt uns wohl, diese Berichte über die Stimmung der dortigen Bevölkerung für wahr zu halten. Fast kein auswärtiges Blatt von Bedeutung sieht in der neuen Bundesverfassung, deren formelle und materielle Mängel selbstredend keinem entgehen, eine Vernichtung der politischen Freiheit, oder eine partikularistische Gefahr für die nationale Einheit in Deutschland, weder die englische noch die amerikanische Presse, die doch die nothwendigen Voraussetzungen politischer Freiheit und bundesstaatlicher Lebensfähigkeit praktisch zu studiren Gelegenheit gehabt haben. In letzterer Beziehung stellt ein großes New-Yorker Blatt die norddeutsche Bundesverfassung sogar über die nordamerikanische, die mancherlei störende staatenbündlerische Bestimmungen, als natürliche Folge ihrer Entstehung, mehr enthalte, als jene. Nur an den Organen der alten Fortschrittspartei in Preußen (und selbstredend an denen der Ultramontanen) gehen alle diese lebendigen und unverwerflichen Zeugnisse wirkungslos vorüber. „Diese Leute kennen unsere Verhältnisse nicht", sagen sie mit überlegenem staatsmännischem Lächeln, hüllen sich in ihr Prinzip und ihre Tugend und fahren mit ungeschwächten Kräften fort, gegen die Nationalen, wegen Vernichtung aller verfassungsmäßigen Freiheit, welche sie verschuldet haben sollen, zu donnern. Selbst vor steter Wiederholung der schwindlerischen Behauptung, daß auch das Budgetrecht durch die Bundesverfassung vernichtet sei, schrecken sie nicht zurück, obgleich dasselbe genau dem der preußischen Verfassung entspricht.

In der That, wenn man diese Blätter liest, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, so sollte man meinen, Preußen habe nie mehr Ursache zu einem allgemeinen Buß- und Bettage gehabt, als in diesem Jahre, um Buße zu thun in Sack und Asche für den Sieg bei Königgrätz mit seinen fürchterlichen Folgen für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes. Man sollte glauben, das preußische Volk befinde sich in einer furchtbaren Bewegung über die ihm durch die Bundesverfassung drohende Knechtschaft. Bei ruhiger Beobachtung kommt man aber alsbald zu dem Schluß, daß diese Bewegung bei den Massen nirgends existirt, daß sie sich aber rasch zu einer gewaltigen Höhe entwickelt haben würde, wenn die Bundesverfassung abgelehnt wäre. Man braucht nicht einmal Gewicht darauf zu legen, wie viel Provinzial-Zeitungen unter unselbstständigen Redaktionen leiden, die, bei ihrem ständigen Mangel an Material, Korrespondenzen der verschiedensten Richtungen aufnehmen, und den unzufriedenen Lesern hinterher ganz naiv erklären, daß sie selbst keineswegs mit denselben einverstanden seien. Alle die Blasen, die in diesen Organen der alten Fortschrittspartei platzen, sind nur Symptome einer höchst oberflächlichen Erregung. Die Massen, mit denen man jetzt mehr als je rechnen muß, hören allen diesen grimmigen Deklamationen mit „wohlthuender Gleichgültigkeit" (nach Wagener's Ausdruck) zu. Aber es ist ja ganz natürlich, daß mancher wackere Demokrat sich deunruhigt und in seinem Gewissen beängstigt fühlt, wenn so angesehene und geachtete Männer, wie Waldeck und Virchow, die Bundesverfassung für schlimmer erklären, als die Diktatur und den Absolutismus, und daß die Bereitwilligkeit Wagener's, auf diesen Tausch einzugehen, nicht sogleich über die Schrecken hinwegbringt, welche die maßlosen Uebertreibungen der „Linken" bei der Schilderung der Verfassung wachgerufen haben. Wenn Jakoby gegen die Verfassung „protestirt" als gegen die „Uebernahme freiwilliger Knechtschaft", als gegen „eine beständige Kriegsdrohung gegen das Ausland", so darf man sich nicht wundern, wenn ein phantasiereicher Urwähler seines Wahlbezirkes sie für den „permanenten Krieg" und sogar für die „permanente Revolution" erklärt. Das Thema muß doch variirt werden, und da ist es auch ganz erklärlich, wenn die Vereinsversammlungen augenblicklich von Verrina's und Cato's wimmeln, die sich alle gebärden, als könnten sie den Tag der Knechtschaft nicht überleben und möchten lieber zur Stunde für die Freiheit sterben, so weit es in ihren Kräften steht. Und wer sich erinnert, daß die Fortschrittspartei von je eine Kompromiß-Partei war, die zunächst nur den Widerstand gegen die ministeriellen „Deutungen" der Verfassung und gegen die gesetzliche Umänderung des Wehrsystems zum Zweck hatte, der wird es auch ganz natürlich finden, daß dieselbe aus den Fugen geht, nachdem jene ursprünglichen Streitpunkte, in Folge welterschütternder Ereignisse, so oder so ihre Erledigung gefunden haben, und daß, wie in einem Berliner Wahlbezirk, so nun auch in Magdeburg, eine Versammlung dem Abg. v. Unruh, für die Annahme der Verfassung ein Mißtrauensvotum und seinem Kollegen Hoppe und den 91 Verneinenden für deren freilich wirkungslose Ablehnung ein Vertrauensvotum gibt. Das sind Stürme in einem Glase Wasser — trotz alles Lärmens und Schreiens. Albern und lächerlich zugleich ist es, wenn die „Rhein. Ztg.", die ihre deutsche Gesinnung noch lange nach der Bundestags-Abstimmung vom 14. Juni 1866 durch ihre Schwärmerei für das „Bundesrecht" bezeugte, jetzt Alarm ausruft: „Also nur 82 deutsche Abgeordnete in Preußen!" Denn die 9 Polen, die ebenfalls gegen die Verfassung stimmten, scheut doch selbst sie sich, den deutschen Abgeordneten direkt zuzuzählen. Unter diesen sind 42 Rheinländer und Westphalen, mit wenigen Ausnahmen Katholiken, mehr oder minder radikal, großdeutsch, oder ultramontan. Auf die alten Provinzen fallen also 40 verneinende Stimmen; auf dem Reichstage, der aus direkten Wahlen hervorging, fielen auf diese sogar nur 7 (oder 9?) Stimmen, darunter 5 von den Abgeordneten Berlin's. Eine lehrreiche Statistik! Die zweite Abstimmung wird natürlich kein anderes Resultat ergeben. Selbst die „Tante Voß" zweifelt mit grimmigem Hohn an der Verwerfung der Verfassung — trotz der Ernennung

Digitized by Google

des Hrn. Oberg zum Vizepräsidenten in Ratibor! Es ist doch gut, daß die leidende Alte wenigstens anderen Leuten noch den Verstand zutraut, der ihr selbst abhanden gekommen ist. —

„Wie könnt ihr Liberalen euch nur über diese Verfassung beklagen! Ihr bekommt doch wesentlich, was ihr wolltet, während wir unsere Prinzipien opfern müssen“: — dieser naive Stoßseufzer zweier Junker auf dem Reichstage, einem Liberalen gegenüber, sagt für jeden vorurtheilsfreien Mann mehr, als die schwungvollsten Phrasen der Radikalen gegen die Verfassung. Solche Argumente, wie sie der Tante Bos genügen, lassen sich freilich immer noch genug beibringen, und daran wird es nicht fehlen, so lange Lippe, Eulenburg und Mühler Minister sind, von den Anderen, von den Präsidenten und Landräthen gar nicht zu reden. Eulenburg kann blos neu gewählten Stadträthen die Bestätigung versagen; Lippe zwingt schon die Justizbeamten zum Austritt aus den Stadtverordneten-Versammlungen „im Interesse des Dienstes“, — in Arnswalde zweimal, das zweite Mal nach „loyaler“ Danksagung für die erste „rettende That“ und nicht minder loyaler Denunziation eines weiteren Staatsanwaltsstrebers Rechtsanwalts unter den Arnswalder Stadtverordneten. Dem Abg. Waldeck, der wegen eines schweren Augenleidens schon längere Zeit beurlaubt war, bestellt derselbe Graf Lippe, am Tage seines Eintritts in den Landtag, sofort einen Stellvertreter — „im Interesse des Dienstes“. — Der vom Kultusminister mit der Inspektion der hannover'schen Schullehrer-Seminarien betraute Hr. Stiehl hat sich daselbst nach Zeitungsberichten so ungeschickt und brutal verhalten, wie möglich, benommen, und bei der bekannten Natur des Vaters der Regulative lauten diese Berichte leider gar nicht unwahrscheinlich. — Der in Köslin kommandirende Major hat es für überflüssig gehalten, sich mit seinen Truppen an dem Leichenbegängniß des Abg. Beitzke zu betheiligen, um dem verdienten Kämpfer aus den Freiheitskriegen die letzte militärische Ehre zu erweisen, die Salve in das Grab. Und nun gar die Räumung von Luxemburg, — — ja, das Alles sind gewiß sehr schlimme Dinge. Aber darum die Bundesverfassung verwerfen und den norddeutschen Bund zu Falle bringen, das würde doch gar zu sehr der Betrachtungsweise des Helden der bekannten Geschichte mit den erfrorenen Händen und den mangelnden Handschuhen gleichen. — Es fehlt natürlich nicht an Leuten, die auch die gegenwärtige Lösung der Luxemburger Frage preisen, wie Alles, was von der Regierung ausgeht. Ich möchte auch durchaus nicht behaupten, daß man dieselbe allgemein und tief wie eine nationale Demüthigung im Lande empfinde. Man wünscht sich wohl Glück, daß der Krieg vermieden ist, der auf einem Volke mit allgemeiner Wehrpflicht doppelt schwer lastet; aber man kann sich des peinlichen Gefühls einer moralischen Schlappe und eines ersten großen Fehlers in der auswärtigen Politik nicht entschlagen. Und sich dazu Glück zu wünschen, daß wir doch nur etwas verloren haben, was Frankreich nicht bekommen hat, dazu haben bis jetzt nur die offiziellen Offiziösen die Stirn gehabt. Selbst die „Köln. Ztg.“ läßt sich noch ein wenig Zeit, bis sie sich zu dieser Bescheidenheit* erhebt. Daß diejenigen jetzt am lautesten gegen den „schmachvollen“ Frieden schreien, die im anderen Falle noch lauter gegen Preußens Eroberungssucht gewüthet hätten, das ändert leider nichts an der verleidet verhängnißvollen Thatsache — —

* Aus Baden. Drei Viertheile der Mitglieder der zweiten badischen Kammer haben sich bereits der auf Beschleunigung des Eintritts unseres Landes in den norddeutschen Bund dringenden Erklärung ihrer Kollegen angeschlossen und eine Reihe weiterer Zustimmungen steht noch in Aussicht. Aber, sagt der Stuttgarter „Beobachter“, die Unterschrift des Hrn. v. Feder selbst, „was allein schon hinreicht, das Werk zu diskreditiren“. Wie gut der „Beobachter“ seine Leute zu taxiren weiß! Als specielle Aktenstücksperson nennt er den Grafen Berlichingen und als weitre den Prof. Mundt — diese drei Namen wiegen für den „Beobachter“ so viel, wie die andern fünfzig — was allein schon hinreicht, sein Urtheil bei jedem Kenner der badischen Verhältnisse und politischen Persönlichkeiten hinlänglich zu accreditiren.

Mit etwas weniger Ungeschick, wenn auch nicht mit besserem Glück, wird die Erklärung der badischen Abgeordneten in der Allg. Ztg. (Nr. 138) „Vom Neckar“ aus behandelt. Die Allg. Ztg. bezweifelt zunächst, daß dieser Schritt augenblicklich zum Ziele führen werde, und scheint geneigt, auf diesen Zweifel die Nutzlosigkeit des Versuchs zu folgern, was denn freilich eine ungehörige Auffassung des Wesens der politischen Agitation verrathen würde. Mit dem Zwecke der Erklärung ist der Neckarkorrespondent zwar ziemlich einverstanden, aber höchst befremdlich findet er die Motivirung derselben durch einen angeblichen „Lobeshymnus“ auf die norddeutsche Bundesverfassung, welcher man Derjenige nachrühme, wie selbst das wohlwollendste Auge nicht zu entdecken vermöge. Jenem „Lobeshymnus“, der in Wirklichkeit nur ein nüchternes Urtheil ist, wird nun eine fatyrische Kritik der Bundesverfassung entgegengestellt, deren Kaliber man nach der sofgenden Probe bemessen kann: „Und offenbar in besonderem Hinblick auf die bekanntlich mit Consequenz abgewiesenen Anträge auf Gewährung mindestens derjenigen „Grundrechte“, welche die preußische Verfassung aufzählt, heißt es (in der badischen Erklärung nämlich): „Unsere Freiheiten werden nicht nur nicht verbrieft, sondern durch die Einigung Deutschlands nachhaltig beschränkt.“ — Mit allen Skorpionen der Ironie wird besonders die in der Bundesverfassung aufgestellte „allgemeine Wehrpflicht“ gegeißelt, weil dabei doch auch eine Anzahl junger Leute freiwillend ausgehe, — was immerhin ein neuer Neckar ist, längs dessen Ufern blos seit jetzt nur Wehrpflicht der Armuth zu Uebung war, immerhin eine strenge Justh ist. An der Kriegsverfassung des norddeutschen Bundes hat der Correspondent der „Allg. Ztg.“ „nichts Wesentliches“ als „unbedeutend“ und die „allgemeine Schlagfertigkeit“ anzuerkennen — ein Vorwurf, von dem zu wünschen wäre, daß er mit irgend einem zur Nachahmung gereizten Staate gemacht werden könnte, wegen übermäßiger „Beschränktheit“ der obersten Kriegsbefehlshaber und von den Vortheilen der zeitweiligen „Unschlagfertigkeit“ unterstützt würde; in dem letzteren Punkte möchte die süddeutschen Staaten im vorigen Jahre übte Erfahrungen gemacht, die sich im laufenden Jahre, wenn es zum Ernst gekommen wäre, nach der Meinung der Sachverständigen verdoppelt und verdreifacht haben würden. — Genug dieser Gegenbemerkungen, zu deren Fortsetzung uns der Artikel der „Allg. Ztg.“ noch manchen dankbaren Stoff bietet, wollen wir schließen. Um aber mit einem Worte die Zustimmung zu bekräftigen, bezeugen wir diesem Artikel gern, daß unter seinen Anklagen gegen die Bundesverfassung wenigstens der Diätenmangel nicht den üblichen Platz einnimmt.

Die Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten.

Wir haben über politische Ereignisse selten eine lebhaftere Freude empfunden, als kürzlich, da wir den Abschluß zwei gegenseitigen Schutz- und Trutzbündnisse lasen, welches Preußen mit Baiern, Würtemberg und Baden abgeschlossen hat. Was wir seit Jahren gehofft und erstrebt, ist nunmehr endlich erreicht worden, denn ganz Deutschland von den Ufern der Ost- und Nordsee bis zu denen des Bodensee's hat seine militärischen Verhältnisse auf eine Weise geordnet, die, wenigstens nach unserer festen Ueberzeugung, nur noch sehr wenig zu wünschen lassen wird. Statt des wechselseitigen Plauderns der früheren Bundes-Armeecorps, die ihre Unschlagkeit für einen wirklich ernsthaften Krieg, in Folge der in ihnen stets herrschenden Unruhigkeit, noch im vorigen Jahre wieder so überzeugend zeigten, stehen wir gegenwärtig vereinten Armeekorps in Stärke, wie sie seinen Gusse hervorgegangen sind. Glänzendere Leistungen darf man schon von ihnen erwarten, als unsere ehemalige berüchtigte Reichsarmee und ihre nicht sonderlich verbesserte neue Auflage, die Bundesarmee, jemals auszuführen vermocht haben würde. Unglich kräftiger, als vor wenigen Jahren, für unsere deutschen Gränzen, ist drei gegen Osten oder Westen, jetzt geschützt, und sollte irgend ein frecher Feind, komme er woher er wolle, es zu wagen versuchen, unsere Unabhängigkeit zu bedrohen und sich in unsere innneren deutschen Verhältnisse auf eine unberechtigte Weise mischen zu wollen, er würde eine Wiederholt von unserem neuerungsreichen deutschen Herre finden, über welche er mit Recht erstaunen dürfe, dessen sind wir fest überzeugt. Zuerst das gewaltige, jetzt ganz aus Einem Gusse geschaffene Heer des Norddeutschen Bundes, gebildet aus 304 Bataillonen vorzüglicher Garde- und Linie u. s. w., und 58 Bataillonen Landwehr der übrigen Kleinstaaten, ferner 256 Schwadronen preußischer und 54 Schwadronen kleinstaatlicher Reiterei, nebst entsprechender Artillerie, eingetheilt in 13 Armeecorps, für die Offensiv-, und außerdem 138 preußische und 24 Bataillone kleinstaatlicher Landwehr für die Defensivarmee. Dieses große norddeutschen Heer würden sich nun, nach den letzten Convulsionen, noch anschließen ihr Truppen des Königreiches Bayern und die von Würtemberg und Baden, während wir die pessen-darmstädtische Division schon mit zu den norddeutschen Bundestheere, worin sie augenblicklich noch einige heilt ist, gerechnet haben. Alle diese Truppen werden unter in ihren Hauptprincipien die preußische Heeresorganisation bei sich einführen und unter dem gemeinsamen Oberbefehl des Königs von Preußen, als ersten und höchsten Generalfeldmarschalls, wenn wir uns dieses Namens hier bedienen dürfen, des gesammten deutschen Reiches stehen. Auch sprechen der allgemeinen Wehrpflicht und der unbedingten Ausschließung der Stellvertretung für Geld, diese bisherige sostbare Vorzug der preußischen Armee, der mehr wie alles Andere die fast wunderbaren Erfolge des vorzüglichsten Feldzuges ermöglichen half, weit mit Recht bei allen übrigen Contingenten norddeutschen Bundesheeres, der nur über einige Hundert Thaler verfügen kann, sich gewiß einen Stellvertreter gekauft hat, niemals als gleichstehend betrachten. Sie haben auch ein Recht zu diesem Stolze, denn sowohl im Frieden und mehr noch im Kriege bestehen sie einen ungleich höheren Werth und se mehr gebildete, geistig gewecte Soldaten ein Bataillon oder eine

Digitized by Google

Schwoiron hoi, desto größer werden ihre Leistungen sein, desto glänzendere Erfolge werden sie es auf allen Schlachtfeldern sich erringen. Selbstverständlich darf die strengste Disciplin und die unbedingteste Subordination des Untergebenen gegen den Höherstehenden nicht dabei fehlen, denn gerade alle solche Truppentheile, welche viele junge Studenten, Künstler, Kaufleute und gebildete Handwerker und Bauernsöhne in ihren Reihen zählen, müssen am strengsten darauf achten, daß kein renommistisches Kreischnarrenwesen, oder gar die dieselbstlose Bumwelei der Volks-, Bürger- oder Jugendwehren in ihren Reihen eingewissen und somit ihren Werth für den Krieg so wesentlich zu vertlingern vermag.

Mit diesem preußischen Systeme der allgemeinen Wehrpflicht werden die verschiedenen süddeutschen Contingente von nun an auch die erhöhten Ansprüche an die geistige Ausbildung der Officiere und die unausgesetzte Thätigkeit aller Chargen ohne Ausnahme bei sich erfüllen müssen, das ebenfalls sehr viel zur Erhöhung ihrer Kriegsthätigkeit nach den Anforderungen der Neuzeit mit beitragen dürfte. In Hessen-Darmstadt und Würtemberg waren die theoretischen Anforderungen an die geistige Ausbildung der Officiere bereits, welche in Preußen hierin macht, so ziemlich gleich, etwas niedriger waren sie vielleicht in Baden, aber entschieden sehr viel geringer in Baiern, wo die Examinatie, die man in den Officiersexamen verlangte, wahrlich äußerst unbedeutend sich zeigen. Das wird nun durch diese Militär-Convention auch wohl besser werden, denn die Officiers-Prüfungen, die unserer besten Ueberzeugung nach gar nicht streng und unpartheiisch genug sein können — denn ein Herr, was in der Jetztzeit im Frieden junge Leute ohne strenge Prüfungen zu Officieren befördert, kann sicher sein, daß alle Dummheit und unverschämte Faulheit Anzugenieiste, sie nichts lernen wollen oder können, sich in sein Officierscorps eindrängen — werden in allen deutschen Staaten gleiche Anforderungen machen. Diesen vornehmen Herren mit glänzenden Namen, vollen Geldsecktein und einflußreichen Protection, in denen beide Köpfe weder vernünftige Gedanken noch selbst Kenntnisse hinreichen um sie in ihrem Amte zu leiten, nützen auch nur das allermindeste Nutzliche gethan haben, verleihe man nur immer Kammerjunker, Kammerherren oder ähnliche Hofschranzendargen, oder stelle sie in der kleinstaatlichen Diplomatie als legationssecretäre oder außerordentliche Gesandte an, kurz, gebe ihnen Stellen, wo sie, wenn auch nicht den geringsten Nutzen, so doch auch weiter keinen Schaden anzurichten vermögen, sobald sie nun einmal von Staats wegen mit Titeln und Würden beehrt werden sollen; oder aus den Officierscorps der Regimenter hatte man sie nicht fern, denn sie können sie nur durch ihre Nachstelle verpesten. Was haben die Ereignisse des letzten Jahres wiederum zu deutlich gezeigt. Hätte Oesterreich nicht, in Folge seines Protectionswesens, allen Tummelsporn aus ganz Deutschland, wenn sie nur vornehme artistokratische Namen besaßen, an sich gezogen, die Reihen seiner Officierscorps geöffnet, welche, in Folge der Schlacht bei Königgrätz wäre nicht eine solche Menge verloren worden, wie sie nun, zum Heile von all uns Nordeutschen wenigstens, glücklicher Weise verloren wurde. Der Brief, den Friedrich der Große an eine Gräfin Schaffgotsch schrieb, sie ihn wiederholt bat, ihren Sohn doch zum Officier zu befördern: „Ich will ihn zum Lieutenant zu ernennen, deßgl solcher nicht meriten genug, doch will ich ihn, um Ihren lästigen quereolen endlich überhaben zu sein, einen Kammerrittel verleihen," sollte über dem Arbeitsfleiße jener deutschen Kriegs-Ministers aufgehoben sein.

Mit diesen vermehrten Ansprüchen an die Bildung der Officiere wird nun auch in Süddeutschland eine gegen früher ungleich erhöhte Thätigkeit derselben eintreten müssen. Theils in Folge des gewöhnlich sehr niedrigen Bildungsstandes der Truppen, die im Frieden oft bis zu einer Stärke von 20—30 Mann per Compagnie beurlaubt waren, theils auch, weil in manchen süd- und mittelteutschen Residenzen, z. B. Darmstadt, Stuttgart und gar vor Allem in Dresden, eine wahre Manie herrschte, die wenigen Soldaten, die man obnehin genöthigt ist im Casernne halte, nun noch zweckloß ihre Zeit auf völlig nutzloses Wachtpassiren vergeuden zu lassen, statt sie unablässig mit Exerciren, Schießen, Turnen, Fechtenübungen und theoretischem Unterricht zu beschäftigen, führten die meisten Officiere, besonders der Infanterie, in diesen Klein- und Mittelstaaten gewöhnlich ein äußerst bequemes und müßiges Leben. Selbst in der sogenannten Exercierzeit, während einiger Sommermonate, hatten sie sehr wenig Mühe und brauchten, besonders im Winter, ihre geistigen wie körperlichen Kräfte auf ein viel zu beschränktes Maß anzustrengen. Dieses bequeme Leben wird nun in Folge der Militär-Convention, die durchweg mit vollem Rechte die preußischen Ansprüche an die Ausbildung der Truppen erheben, aufhören, und wenn dies Einzelnen wirklich auch, besonders im Anfange, höchst lästig erscheinen mag, so erwächst der ganzen Truppe doch ein ungemein großer Vortheil hierdurch und macht sie weit kriegstüchtiger, als sie bisher war. Man kann im Durchschnitt, mit Winter und Sommer in Eins gerechnet, annehmen, daß in Preußen jeder Subaltern-Officier täglich sechs Stunden im Dienst dienstlich ist und seine Kräfte dem Staate, der ihn dafür bezahlt, auch widmen muß, und Gleiches wird fortan hoffentlich auch in ganz Süddeutschland Statt finden; denn ohne dies werden und können die dortigen Truppen nicht die gleiche kriegstüchtige Ausbildung erhalten, wie solche die preußischen Soldaten schon theils besaßen und alle übrigen norddeutschen Contingente sicherlich auch sehr bald gewinnen werden. Eine durchschnittlich tägliche sechsstündige Dienstzeit bei einem Subaltern-Officier ist doch auch wahrhaftig kein zu hohes Maß der Thätigkeit, welches der Staat von einem jungen kräftigen Manne, den er dafür gut besoldet, mit Recht fordern kann.

Daß aber die Ausbildung und Kriegsthätigkeit der preußischen Truppen ungleich höher war, als die der Contingente seit sämmtlicher deutschen Klein- und Mittelstaaten, wird man nach den Erfahrungen des letzten Sommers doch wohl nicht bestreiten wollen. In Baiern, Würtemberg, Baden, Sachsen und dem früheren Hannover wohnen gewiß sehr muthige und kräftige Volksstämme, die das beste Material, was man sich nur wünschen kann, zu den kriegstüchtigsten Truppen der Welt abgeben können; aber bisher lieh der Werth der aus ihnen gebildeten Bataillone und Schwadronen für den Krieg doch nur zu Vieles noch zu wünschen übrig. Wir wollen sehr gern zugeben, daß die Officiere und auch die meisten Soldaten aller dieser Contingente an diesem verschiedenen Mangel nicht die Verantwortlichkeiten hinter den Spiegeln zurückschieben, aber in ihrer sonstigen militärischen Ausbildung war dies gar häufig ganz entschieden der Fall; denn wäre dies nicht gewesen, so hätten ganz unmöglich die preußischen Waffen all und überall, ohne irgend eine Ausnahme, so entschieden glänzende und schnelle Erfolge sich erringen können, als dies nun einmal geschehen ist. Man kann sich gewiß sehr einfach mathematisch ausrechnen und daher auch nur mittelmäßig schlagen, und dies thaten bisher, sowohl 1848—49 in Schleswig-Holstein, als 1849 in Baden, und gar 1866 überall, wo sie im Felde kamen, fast ohne Ausnahme sämmtliche süddeutschen und mitteldeutsche Contingente. Wären dies nicht so gewesen, dann hätte der General Vogel von Falckenstein, dessen Armeecorps, das in größter Eile formirt war, niemals über 45,000 Mann und darunter wirklich streitbare ½ so eben unter die Fahne gerufene Landwehr betrug, nicht im Stande sein können, von wenigen Wochen Feldzug, gegen Hessen-Darmstädter, Nassauer, Badener, Darmstädter, Würtemberger und Baiern, dazu noch an 6000 Oesterreicher, also mindestens doch an 120,000 Mann Gesammtstärke, bei jeder Gelegenheit schlagen und Hannover, Kassel, Frankfurt, Darmstadt, Würzburg, Stuttgart, Carlsruhe so schnell erobern können. Nicht allein der diese rohe und unausgebildete Masse, sondern manches Andere auch schafft in unserer Jetztzeit die wirklich kriegstüchtige Truppe vom höchsten Werthe; das darf man niemals vergessen. Die einen können und noch, daß mit im Jahre 1866 mit kaum 50 Mann von der 2. Schwadron von 4. Regiments des Chasseur-Corps in Arstone 3 Stegreifen über 200 Mann Kobolden total besiegen hatten, und doch sechten letztere durchweg mit einem so verzweifelten Muthe, daß sie sich alle tiefer niederdrucken ließen, als zurückwichen.

Die so verderbte Artillerie und erhöhte Mannschafts-Fähigkeit und somit ungleich gesteigerte Kriegstüchtigkeit werden von nun an sämmtliche süddeutsche Contingente gerade in Folge der Einführung der preußischen Militär-Organisation auch in dieser Hinsicht durchweg erhalten, freilich mit viel Geld übergnügt. Der Etat ist in Preußen für die Ausbildung sehr höher Manches zu wünschen übrig, und ist diese erst dem norddeutschen Bundesheere gleich, kann wird sich auch die Tresslichkeit des ersteren in einem besseren Lichte gezeigt können, als bisher.

Was sich überall jetzt in Baiern, Würtemberg, Baden und Darmstadt die preußischen Hinterladungsgewehre und die gezogenen Geschütze eingeführt werden sollen, ist ebenfalls ein großer Vorzug. Die preußischen Zündnadelgewehre sind die besten Infanteriewaffen, welche man bisher wenigstens kennen, die ist unläugbar, und so wünschen wir, daß man solche ohne Weiteres in ganz Süddeutschland einführen möchte, ohne sich erst noch in den Versuchen selbständiger Constructionen erschöpfen zu wollen. Wenn wir auch glauben, daß alle süddeutschen Contingente selbständige Armeecorps bilden und daher auch nicht mit den verschiedenen norddeutschen Bundestruppen in gemeinsamen Truppenkörpern zusammengezogen werden, so können in einem großen Kriege doch immerhin Fälle vorkommen, wo es von dem größten Nutzen sein wird, wenn sie sich gegenseitig mit Munition aushelfen vermögen. Aus diesem Grunde wünschen wir dringend, daß sie sich durchweg der Infanterie-, Artillerie- und Cavallerie aller preußischen Contingente mit denen der Truppen des Nordteutschen Bundes durchweg das gleiche Kaliber hätten, so daß im Nothfalle eine gegenseitige Aushülfe Statt finden könnte.

Daß man in ganz Süddeutschland das preußische Exercier- und Dienstreglement, so wie die gleichen Grababzeichen der Chargen und ihre Befugnisse, wie auch gleiche Kriegsartikel einführen wird, dessen wir ebenfalls. In Hessen-Darmstadt und Baden geschieht dies bereits, und auch in Würtemberg und Baiern wird man hoffentlich nicht hierin zurückbleiben. Wir sehen gar nicht ein, warum man in diesen Dingen nicht einmal eine Commission ernannt habe zu einer Umarbeitung des preußischen Dienst- und Exercierreglements für die speciell süddeutschen Verhältnisse, doch ist dies hoffentlich nur ein leeres Gerücht. Was soll eine derartige Umarbeitung, wohl wissen, welches durch viel man kommt erreichen, und aus welchen vernünftigen Gründen will man die in der Praxis schon als gut bewährten preußischen derartigen Einrichtungen nicht ohne weitere vermeintliche Verbesserungen auch in Würtemberg einführen? Wir erinnern uns ganz aus unseren früheren längeren Aufenthalte in Stuttgart, daß man dort eine ganz eigenthümliche Manier besaß, Rice ganz anders machen zu wollen, als dies überall sonst im übrigen Deutschland geschah, und überall Neuerungen und Abänderungen einzuführen suchte, die in der Theorie vielleicht ganz unterstellt erscheinen mochten, in der Praxis sich jedoch gerade nicht immer als wirkliche Verbesserungen bewährten. Diese Sucht, sich in Allem und Jedem möglichst von den Nachbarländern unterscheiden zu wollen, und dem starrsten Provincialismus, der nur in ganz Deutschland gefunden werden kann, ergeben zu sein, ist ein allen Fremden sehr auffallend erscheinender Charakterzug bei sonst so trefflichen und so viel Rühmliches leistenden schwäbischen Volksstammes. Hoffentlich unterläßt man dies jetzt wenigstens bei der Organisation des würtembergischen Armeecorps.

(Köln. Ztg.)

Bei dem Herannahen des Wochenblatts sind folgende Beiträge für den deutschen Reichstagswerein in London eingegangen: Von einem Ungen. fl. 5., von R. fl. 1. 45 kr. Zusammen fl. 6. 45 kr.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von L. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 106. Heidelberg, den 30. Mai. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Annexionismus. — Die hannoverschen Abgeordneten im Reichstage. — Aus Preußen. — Baiern und der norddeutsche Bund. — Gründung einer internationalen Fonds zum Ersatz der Erfindungspatente. — Französische Zeugnisse gegen den Krieg. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 28. Mai.

* In rascher Reihenfolge erledigen die norddeutschen Landtage die Bundesverfassungssache durch summarische Verhandlung und einmüthige Zustimmung. Freilich nicht, weil keine Bedenken obwalteten und keine Einwendungen zu machen wären, sondern, weil der Widerspruch rein Zeitverschwendung sein würde. Gleichwohl legen die Landtage ohne Ausnahme durch ihr Verhalten Zeugniß dahin ab, daß die Mängel der Bundesverfassung von den Vortheilen, welche sie gewährt, weit überwogen werden.

Ein wesentlich schlechtes Staatsgrundgesetz, ein solches, von welchem mehr schlimme als gute Wirkungen vorauszusehen wären, würde in jedem deutschen Landtage eine starke Opposition finden und ohne Zweifel von den meisten derselben entschieden zurückgewiesen werden, gleichviel, ob mit oder ohne Erfolg. Was, in der That, könnte die Mitglieder unserer Kammern in diesem Falle veranlassen, „Ja" zu sagen, wenn sie „Nein" dächten und wollten! Weder in den Landtagen selbst, noch in der Presse ist bis jetzt ein solcher Anlaß zur Gewissenlosigkeit namhaft gemacht, oder angedeutet worden, — nirgends, außer in Hamburg, wo ein Mitglied der Bürgerschaft in aller Unschuld die Erklärung abgab, daß seine Partei für die Bundesverfassung nur stimme, um sich nicht — lächerlich zu machen. Der beredteste Advokat der Bundesverfassung hätte keine überzeugendere Beweisführung für deren Annahme beibringen können, als sie in diesem naiven Wort eines Widersachers enthalten ist.

— Wenn, wie es heißt, die Vorschläge des Fürsten von Waldeck, bezüglich der Einverleibung des von ihm regierten Ländchens, in Berlin abgelehnt worden sind, so mag die preußische Regierung ihre guten Gründe dazu, besonders insofern, gehabt haben, als der Werth eines so geringfügigen Gebiets-Zuwachses vielleicht nicht in richtigem Verhältniß stand zu der Aufregung, welche dieses Beispiel in der fürstlichen Welt Deutschlands hervorgebracht haben würde. Gleichwohl können wir nicht umhin, das Fehlschlagen eines Planes zu bedauern, dessen Ausführung Deutschland der Einheit wieder um einen kleinen Schritt näher gebracht hätte. Daß das Kleinfürstenthum auf die Dauer nicht fortbestehen kann, ist die allgemeine Ueberzeugung; nur, daß die demselben noch gegebene Frist, nach Maßgabe verschiedener Standpunkte und Interessen, verschieden bemessen wird. Bei ungestörter Entwickelung der Verfassung des norddeutschen Bundes kann den Kleinstaaten jeden Falls schließlich nur noch der Charakter von Verwaltungsbezirken bleiben, in welchen es gar keinen Raum mehr gibt für eine lokale Souveränetät, und in denen sogar die Fiktion der Souveränetät an dem Mangel aller Competenz zu Schanden werden muß. Als ein überflüssiges Mittelglied zwischen die Bundesgewalt und das Volk gestellt, dort als ein Hinderniß, hier als eine Last angesehen, wird das Lokalfürstenthum voraussichtlicher Weise bald seiner eigenen Rolle überdrüssig werden. Etwaigem Mangel an Verständniß oder gutem Willen aber steht die wirksamste Abhülfe vom Finanzpunkte aus bevor. Die ständischen Anträge auf Verminderung der Civillisten, mit denen man in Darmstadt und Weimar den Anfang gemacht hat, werden sich ohne Zweifel vervielfältigen, sich durch anfängliche Abweisung schwerlich entmuthigen lassen, und durch etwaige Gewährung eben so wenig ein für alle Mal erledigt werden. Einen gewissen Höhepunkt scheint die finanzielle und politische Krisis des Kleinstaatenthums erreichen zu müssen, sobald es sich um Beschaffung der Matrikularbeiträge, zur Ausfüllung des Deficits handelt, welches die gemeinschaftlichen Einnahmen des Bundes in der Kasse desselben lassen. Wie diese Beiträge, nach Abgang so mancher bisherigen Einkünfte der Einzelstaaten, die jetzt der Bundeskasse überwiesen sind, aufgebracht werden sollen, ist eine schwer zu beantwortende Frage, in deren Hintergrunde, wenigstens für eine große Anzahl dieser Staaten, der Schatten der politischen Bankerotts schon heute deutlich wahrzunehmen ist.

— Der König von Hannover hat das berüchtigte Wort seines weiland Ministers Borries bereits wahr gemacht; er hat Alles gethan, was an ihm war, um auf den Trümmern Deutschlands, als Bundesgenosse Frankreichs, wieder auf den Welfenthron zu gelangen. Damit ist denn freilich nichts Anderes geschehen, als was Jedermann voraussehen, selbst jener ehrliche Pfarrer, dessen Mahnungsbrief an den König Georg unlängst durch die Zeitungen lief, und aus dessen Mahnungen und Beschwörungen die Ueberzeugung, daß sie vergeblich sein würden, deutlich genug herausklang. Eben so zweifelt kein Mensch, daß jeder andere deutsche Fürst — mit einer oder zwei ehrenwerthen Ausnahmen — in der Lage des Königs von Hannover in der nämlichen Weise zu Werke gehen würde, wie denn ja auch im vorigen Jahr die Könige von Baiern und Würtemberg, als ihnen das Feuer auf die Nägel brannte, ohne alle Scheu den Kaiser Napoleon anriefen, dessen militärischer Schutz ihnen, aller Wahrscheinlichkeit zufolge, noch lieber gewesen wäre, als seine diplomatische Fürsprache. Wenn diese Erfahrungen aber auch lediglich neue Bestätigungen einer altbekannten Wahrheit sind, so liegt darin doch eine starke Aufforderung, dem Uebel, aus welchem sie flammen und von welchem sie zeugen, endlich die Art an die Wurzel zu legen. Leider, müssen wir hinzufügen, ist wenig Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß diese Aufforderung, besonders da, wo es am meisten Noth thäte, verstanden werden wird. In mehreren der noch vorhandenen Mittelstaaten wenigstens klammert sich der partikularistische Volksgeist heutiges Tages, fester als seit Menschengedenken, an das Dynastenthum, wie an ein Rettungsbrett im Schiffbruch. Uebrigens muß man ehrlicher Weise gestehen, daß die preußische Regierung fort und fort redlich das Ihrige thut, um dem Widerstande der historischen Krähwinkelei gegen die gebieterischste Forderung des Nationalwohls Vorwände und Stützpunkte zu liefern. —

Digitized by Google

— Mit der Eröffnung des Wiener Reichsrathes ist Oesterreich in den Versuch seiner politischen Neugestaltung auf Grundlage der Zweitheilung wirklich eingetreten. Es läßt sich nicht verkennen, daß es Hrn. v. Beust gelungen ist, die allgemeine Verstimmung und Muthlosigkeit, welche man seinem Unternehmen anfänglich entgegenbrachte, bis auf einen gewissen Punkt zu überwinden. Hat sich auch kein starker öffentlicher Glaube eingestellt, so scheint doch wenigstens die vorgefaßte Hoffnungslosigkeit gewichen zu sein. Andrer Orten freilich, besonders in Berlin und im Schwabenland, fehlt es nicht an Leuten, welche die politischen Herrlichkeiten, die aus den künftigen Verfassungszuständen des habsburgischen Doppelstaatswesens hervorgehen sollen, bereits heute in einen beschämenden Gegensatz zu den preußischen Verhältnissen stellen; in Oesterreich selbst dagegen, wie gesagt, ist man von allen kühnen Erwartungen sehr weit entfernt und begnügt man sich einstweilen damit, nicht von vornherein zu verzweifeln.

Die Thronrede des Kaisers Franz Joseph hat mit Recht allenthalben einen sehr guten Eindruck gemacht. So weit Worte überhaupt ein Kennzeichen der Gesinnung sind, spricht aus derselben der beste Wille. Namentlich die ausdrückliche Verzichtleistung auf die Wiedervorgeltung für die vorjährigen Niederlagen ist, innerhalb wie außerhalb Oesterreichs, mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden, wiewohl sich Jedermann dabei gesagt haben wird, daß gerade in einem solchen Punkte die heutigen Erklärungen keine Bürgschaft geben für die morgigen Entschlüsse.

Die versöhnliche Stimmung gegen Preußen, welche aus der Thronrede spricht, hat dem Gedanken der Wiederherstellung eines förmlichen Bundesverhältnisses zwischen den beiden deutschen Großmächten neuen Spielraum gegeben. Man spricht bald von einer Revision des Prager Friedensartikels, welcher Oesterreich von der politischen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland ausschließt, bald wenigstens von einem preußisch-österreichischen Schutz- und Trutzbündnisse. In den Cabinetten zu Berlin und Wien werden solche Spiegelbilder gemüthlicher Selbsttäuschung schwerlich eine Stätte haben. Den fraglichen Artikel des Prager Friedens rückgängig zu machen, oder auch nur abzuschwächen, hieße von preußischer Seite den wichtigsten aller Erfolge des vorigen Jahres preisgeben, und was ein Schutz- und Trutzbündniß anbelangt, so ist dasselbe, unter ebenbürtigen Mächten, überhaupt nur für den einzelnen Fall und zu einem feindestimmten Zwecke denkbar, wie er zur Zeit für Preußen und Oesterreich offenbar nicht vorhanden. Denn daß Oesterreich sich etwa zu einem Bündniß gegen Frankreich herbeilassen solle, von dem es, seit dem Verluste Italiens, nichts in der Welt mehr zu fürchten, wohl aber unter Umständen mancherlei zu hoffen hat, wird man der königlich kaiserlichen Hofburg doch wohl nicht zumuthen. Gegen Rußland allerdings hätten die beiden deutschen Mächte das dringendste Interesse, unter gewissen Voraussetzungen gemeinschaftlich Front zu machen, so lange aber jede Herausforderung oder Drohung von russischer Seite fehlt, wäre es doch ein handgreiflicher Widersinn, den entfernten Möglichkeiten der Zukunft die wirklichen Vortheile der Gegenwart aufzuopfern.

— Die französische Regierung hat sich endlich zu einigen augenfälligen Maßregeln verstanden, welche ihre friedlichen Gesinnungen bethätigen sollen. Die Pferdekäufe sind einestellt, der Preis des Loskaufs vom Militärdienst ist um 500 Fr. herabgesetzt, in Bezug auf die französische Heeresorganisation hat man an den anfänglichen übertriebenen Entwürfen Einiges nachgelassen. Zu einer wirklichen Beruhigung der Gemüther wären bessere Bürgschaften nöthig. Um so mehr, als die pariser Presse fort und fort Händel mit Deutschland sucht und vom Zaun bricht. Heute bestreitet sie dem neutralisirten Luxemburg die Befugniß, im Zollverein zu bleiben, morgen protestirt sie aus voller Lunge gegen die Belegung von Rastatt mit preußischen Truppen, am nächsten Tage verlangt sie mit Ungestüm die Ausführung des auf Nordschleswig bezüglichen Artikels des Prager Friedens. Kurz, man betreibt von Paris aus mit allem Nachdruck, den die Umstände gestatten, die französische Einmischung in deutsche Dinge, die Frankreich von Haut und Haar nichts angehen. — Der Starke ist eben einen Schritt zurückgewichen. —

Der Neuliberalismus.

I.

N Eine neue Aera wird vom Jahr 1866 datirt werden, für die die Geschichte des deutschen Staatensystems nicht allein, sondern auch für die des politischen Denkens und Wollens, vor Allem des Parteiwesens in unserem Volke. Es ist kein augenfälliger, aber ein tiefgreifender Umwandlungsproceß, noch nicht abgeschlossen, vielmehr noch in vollem stetigen Fluße. Am meisten ist von ihm, aus selbstredenden Gründen, unsere eigene Partei ergriffen, und Erneuerung und Neubildung geht hier Hand in Hand mit Scheidung und Zersetzung.

Wohl ist, auch in diesem Blatte, die Hoffnung laut geworden, die zwischen den Nationalliberalen und der Linken eingetretene Entfremdung werde ihren Anlaß, die Verhandlungen des ersten Reichstags, nicht lange überleben. Vielmehr werde, sobald einmal die Bundesverfassung rechtskräftig, der Kampf um deren freiheitliche Weiterbildung die alten Streitgenossen von selbst wieder zusammenführen. Wir denken, es ist keine Ketzerei, wenigstens keine „grundstürzende“, wie der theologische Ausdruck lautet, wenn wir nicht allein jene Hoffnung für eitel, sondern sogar ihr Scheitern für wünschenswerth, jenen Riß nicht allein für unheilbar, sondern sogar für einen politischen Fortschritt erklären. Der Versuch aber einer Wiederzusammenlöthung wäre unserer Ansicht nach nichts, als der verspätete Nachklang einer Art volkspolitischer Taktik und Strategie, welche vor 1866 von zweifelhaftem Nutzen gewesen ist, heute unzweifelhaft nur Schaden, Hemmung und Verwirrung stiften könnte.

Natürlich, um dies gleich vorneweg zu sagen, wird es trotzdem oft genug vorkommen und nicht nur erwünscht, sondern ganz unumgänglich sein, daß beide Parteien in gewissen Fragen zusammenstimmen, zeitweilige Bündnisse schließen.*) Auch wird dabei ohne Zweifel immer noch mehr innere Verwandtschaft zwischen ihnen walten, als z. B. zwischen den einzelnen, in ihren Anschauungen und Zielen durch ganze Sternweiten geschiedenen Elementen, aus denen „der Winter unseres Mißvergnügens“ die heutige Minderheit des Abgeordnetenhauses zusammengeschneit hat. Zu einer dauernden Verbindung aber, zur Verschmelzung in eine einzige Partei, zur Aufstellung eines gemeinsamen Programms für einen ganzen Feldzug wird es nicht mehr kommen, es müßte denn eine neue tiefe Erkrankung unseres politischen Lebens auch die alten Krankheitserscheinungen wiederbringen. Bei normaler Weiterentwicklung wird sich der Gegensatz beider Richtungen vielmehr noch schärfer und klarer, als heute, ausbilden, und für sie beide, wie nicht minder für die Gesammtheit, kann das nur von entschiedenem Vortheil sein.

Nach der Sprache ihrer Organe in der Presse zu schließen, ist denn auch die Linke ihrerseits von nichts weiter entfernt als von dem Gedanken an eine bemäntschätige Wiedervereinigung mit den „abgefallenen“ Gesährten. „Durch das Läuterungsfeuer der Wahlniederlagen, erklärt z. B. die „Zukunft“, durch den Abfall der Nationalen von allen Schlacken gereinigt, steht die Linke mit ungebeugtem Muthe für die aus dem Rein! das gegen die Bundesverfassung gerichtet worden, sich ergebenden scharf abgemessenen Grundsätze.“ Also kein Zusammenarbeiten für politische Weiterentwicklung, sondern fortgesetzte Verneinung.

*) Nicht überflüssig ist vielleicht auch noch die Verwahrung dagegen, als vergäßen wir, daß die beiden Parteien, von denen die Rede, wie in ihrer inneren Entwicklung, so auch in ihrem Personalbestand noch stetigend sind. Wir können z. B. auf der Linken Manchen, von dem wir glauben, daß er noch zu den Nationalliberalen herüberkommen wird, jedenfalls den Hauptzügen seines politischen Charakters nach zu ihnen gehört. Ebenhin, an einander grenzen werden die beiden Parteien immer, und deßhalb wird es auch stets Grenzbewohner hüben und drüben geben, solche, die bloß ein paar Schritte zu gehen brauchen, um auf den Nachbargebiet zu sein. Es ist nur die herrschende, die Grundrichtung der beiden Parteien, von welchen im Verlauf des obigen Artikels die Rede sein wird. D. B.

Digitized by Google

Die Nationalpartei aber wird als „Augenblickspartei" verdammt; „sie hat kein Ziel vor sich, das des Erstrebens werth wäre, sie hat nur einen Grundsatz: mit dem Gegebenen zufrieden zu sein. Eine Partei aber, deren Wünsche erfüllt, deren Ideale realisirt sind, ist keine Partei." Dieses absurde Gerede über die Nationalpartei, will man es nicht blos für den Ausfluß blinder Leidenschaft halten, kann doch nur den Zweck haben, dem Gros der Gesinnungsgenossen die Kluft zwischen beiden Parteien so tief wie möglich darzustellen, und sie gerade dadurch nach Kräften zu vertiefen. Worin der wirkliche Gegensatz beider, und insbesondere das unterscheidende Merkmal der Liberalen, oder, wie wir auch sagen möchten, der Neuliberalen besteht, dies zu ermitteln, ist es nöthig, etwas auszuholen.

Kein national gesinnter Politiker von einiger Entschiedenheit des Denkens und Wollens, von einigem Zorn, von einiger Wärme des Gefühls für Ehre und Schmach des Vaterlandes konnte in Altdeutschland so recht von Herzen und ungetheilt ein — Liberaler sein. Das Wort nämlich im engeren, schulmäßig korrekten Sinne verstanden, als Bezeichnung für eine Partei, welche die Entwicklung der Volksfreiheit „auf dem Grund und nach dem Maß der gegebenen Zustände", in der Regel also auch auf ruhigem, gesetzmäßigem Wege anstrebt. Denn, sah man sich die deutsche Gesammtverfassung an, so mußte man sich sagen, daß diese klägliche Mißgeburt einer „organischen Entwicklung" überhaupt nicht fähig, daß, um aus diesem Abgrund des Elends herauszukommen, der friedliche Weg nicht nur viel zu langsam, sondern überhaupt hoffungslos sei, daß dieser unlösbar verworrene Knäuel zerhauen werden müsse durch das Schwert der Gewalt. Man konnte ein gemäßigt liberaler Badener oder Weimarer sein, wenn man eben nichts war, als Badener oder Weimarer; aber als Deutscher, als ein Mann, der einen Nationalstaat haben und herbeiführen wollte, mußte man, wo nicht selbst zum Revolutionär werden, doch wenigstens sich gestehen, daß ohne ein Zusammenwirken mit dem Radikalismus und dem Massenelement nimmermehr eine so große Hebelkraft gewonnen werden könne, als nöthig, um den Stein vom Grabe Deutschlands zu wälzen. Nichts war natürlicher, als daß diese Stimmungen und Anschauungen vom nationalen Gebiet her zurückwirkten auch auf die Behandlung der Freiheitsfragen in den Einzelstaaten.

Freilich, die Erfahrung von 1848 hatte die Einsichtigeren gelehrt, daß mit den bloßen Volkskräften die Aufgabe überhaupt nicht wohl zu lösen sei, daß die organisirte Macht des Staates Preußen zum Dienst der nationalen Ehre herangezogen werden müsse. Aber wie ihn heranziehen? Sein Ruder war in den Händen der konservativen Partei, der Partei, welche Olmütz als einen Sieg gefeiert hatte, und die deutschen Einheitsbestrebungen als „Revolution" verabscheute. Mit dieser Partei gab es keine Anknüpfungspunkte, keine Verständigung über gemeinsame Ziele der nationalen Politik; diese Partei, so schien es, mußte zuerst gestürzt werden, wenn Preußen seinen deutschen Beruf ergreifen sollte. Daß mit Halbheit, Vermittlung und Leisetreterei nicht vorwärts zu kommen war, hatte die kurze und unfruchtbare Episode der altliberalen „neuen Aera" gezeigt. Brave Leute, beseelt vom besten Willen; aber um ihre Sache durchzusetzen, fehlte ihnen, nach oben der nöthige Einfluß, von unten, der nöthige Nachschub, und um die Lösung der deutschen Frage durch „Eisen und Blut" zu unternehmen, dafür hatte ihr Blut zu wenig Eisen. Ungemein bezeichnend aber für den engen Zusammenhang, welcher auch in Preußen zwischen der nationalen Frage und den inneren, freiheitlichen Anliegen bestand, ist gerade der Anlaß, durch welchen die altliberale Regierung gestürzt und dem Ministerium Bismarck der Weg gebahnt wurde. Niemand wird bestreiten, daß wegen der Reorganisation kein innerer Conflikt entstanden wäre, hätte man im Volke gewußt, oder auch nur ernstlich geglaubt, daß die reorganisirte Armee einige Jahre später zu einer großen deutschen Aktion verwendet werden würde. So aber war es vor allem die Mißstimmung über Preußens kraftlose auswärtige Leitung, der nachwirkende Groll um Olmütz, wodurch man gegen die angesonnene Erhöhung der Militärlasten einen nonmum machte. Preußen machte großstaatliche Ansprüche an seine Bürger, ohne sie durch großstaatliche Leistungen zu entschädigen; in der Reorganisation sah man nur eine neue Steigerung dieses Mißverhältnisses.

Aus dem Schicksal der Altliberalen zog man die Lehre, daß vor Allem Eins Noth sei, nämlich größere Entschiedenheit. Unter dem Einfluß der wachsenden Verstimmung bildete sich eine neue, aus liberalen und radikalen Elementen gemischte Partei, die „Fortschrittspartei". Ihren Spuren mußten, wohl oder übel, die außerpreußischen Patrioten folgen, sofern sie überhaupt Volkspolitik treiben wollten. Der innere Conflikt wurde nun von Session zu Session schärfer, ein Ausgleich der streitenden Gegensätze immer unwahrscheinlicher. Die Stimmung des preußischen Volkes nahm allgemach ein so bedrohliches Ansehen an, daß man in Paris und selbst in London sich ungebeuer verwunderte, als das Kölner Abgeordnetenfest nicht zur Revolution führte. Irrthümlicher Weise schoben Etliche die Schuld davon auf Herrn Klassen-Kappelmann.

Nun, die Revolution wurde endlich gemacht. Welche Wirkungen konnte, mußte sie auf den nationalen Politiker haben? Es ist klar, indem durch sie die deutsche Staatskrankheit, wenn auch noch nicht vollständig ausgeheilt, so doch in ihrer Quelle angegriffen wurde, entfiel damit für ihn das frühere Motiv, eine Radikalkur von unten her für unerläßlich zu halten. War er daher nicht von Haus aus ein Radikaler, so konnte er nun, auch ohne Fischblut, anfangen, ein richtiger und ganzer Liberaler zu sein. Es ging ihm in Folge des Krieges, wie der röthlichen Hortensie, die durch Begießung ihrer Erde mit einer Eisenauflösung bläulich wird. Bei der rothblühenden Distel ist dies, unseres Wissens, nicht der Fall. — Erst von jetzt an war eine „organische Entwicklung" möglich, eine Grundlage gegeben, auf der man weiter bauen konnte — während es von den älteren Liberalen, den „Gothaern", nichts als eine gutmeinende Täuschung gewesen war, den Sumpf Altdeutschlands friedsam anbauen zu wollen; sie hatten sich den englischen Liberalismus zum Vorbild genommen, wie er nach Englands beiden Revolutionen sich ungebildet hatte und damit eine politische Gesinnung und Handlungsweise antizipirt, welcher alle Bedingungen fruchtbarer Wirksamkeit fehlten. Sie wollten Whigs sein, während sie noch keine Tories, sondern reine Cavaliere sich gegenüber hatten.

Indessen waren es nicht Preußens Rundköpfe, sondern es war seine Regierung, und zwar eine conservative Regierung, welche die deutsche Revolution machte; damit wurde diese Regierung, sammt ihrer ganzen Partei, auf einen durchaus neuen Boden gestellt. Sie ist jetzt nicht mehr verbündet, vielmehr tödtlich verfeindet mit den „conservativen Interessen" im übrigen Deutschland, nicht mehr die Trägerin des Legitimitätsprinzips und ähnlicher Schnurren, sie ist bei Strafe des Untergangs gehalten, einzutreten für Preußens deutsche Politik. Eine Zurücklenkung in die Bahnen eines beschränkten Partikularismus ist für das heutige Preußen einfach unmöglich. Die ehemalige preußische Junkerpartei ist jetzt die Rechte der nationalen Partei geworden.*) Daß sie in dieser neuen Stellung sich noch nicht völlig zurecht findet, allerlei wunderliche Seitensprünge macht, hat nichts zu bedeuten. Wie sehr durch dies Alles auch die Stellung der liberalen Nationalpolitiker zur preußischen Regierung und ihrer Partei verändert ist, liegt auf der Hand. Beide haben nun, so lange bis das Einheitswerk vollendet ist, eine gemeinsame Hauptaufgabe.

Für uns dagegen, sagt die Linke, ist und bleibt die Hauptaufgabe die Freiheit; keine Compromisse dabei mit der „Reaction" u. s. w. Lassen wir den abgedroschenen Streit über das Verhältniß von Einheit und Freiheit bei Seite; es ist nur zu constatiren, daß allerdings die Nationalliberalen von der Linken sich wesentlich unterscheiden. Wie in ihrem Parteinamen, so stellen sie auch thatsächlich das Nationale voran. Aber das ist nicht der ganze Unterschied. Er erstreckt sich

*) Wer diese Umwandlung der conservativen Partei in Einem Bilde vor Augen haben will, braucht blos das neuliche, für die Wählerschaft von Fabian-Bystan bestimmte Schreiben des Prinzen Friedrich Karl zu lesen. D. B.

Digitized by Google

auch auf die Auffassung und Behandlung der Freiheitsfragen, und führt sich überhaupt auf einen Gegensatz von allgemeinerer Natur zurück. Die verschiedene Stellung, welche beide Parteien zur nationalen Frage genommen haben, ist nur die für den Augenblick hervortretendste, aber nicht die einzige Offenbarung dieses Gegensatzes.

Die hannoverschen Abgeordneten im Reichstage.

IV

S Der Abgeordnete des Wahlkreises Göttingen, der herzoglich S. Meiningensche Staatsrath, Prof. Dr. H. A. Zachariae, ist den politischen Kreisen Deutschlands nicht allein durch seine staatsrechtlichen Schriften bekannt geworden, sondern auch durch seine nicht unerhebliche Thätigkeit im deutschen Parlamente, in welchem er der Partei des „Casino", also dem rechten Centrum angehörte, in der limburger Sache den gründlichen Bericht erstattete, nach welchem „die bisherige Vereinigung Limburgs mit dem Königreich der Niederlande unter einer Verfassung und Verwaltung für unvereinbar mit der deutschen Bundesverfassung" erklärt wurde, und mit einer objektiven Ruhe, welche die extremen Parteien in Verzweiflung setzte, als Berichterstatter fungirte über die Verlegung der Berliner Nationalversammlung nach Brandenburg und über die Einsetzung des Ministeriums Manteuffel. Entschieden der preußischen Erbkaiserpartei zugethan, verwirkte er die Gunst der Welfen, so daß er sogar als gewählter Prorektor der Universität Göttingen nicht einmal die königl. Bestätigung erhalten konnte. Nach und nach scheint er sich accomodirt zu haben und die fürstliche Gnadensonne blieb denn auch für ihn nicht aus. Er, der 1848 „die Einheit Deutschlands vor Allem erstreben, daher keinen Particularismus" wollte und nach der Einverleibung Hannovers in Preußen von der welfischen Partei auf den Schild gehoben wurde, er hat demnach für dieselbe im Reichstage einige Anträge eingebracht, dieselben mit abgestandenen soz. bundesrevidlichen Phrasen umkleidet, die Graf Bismarck vielleicht etwas zu derb abfertigte, indessen um doch schließlich mit seinem begabten Schüler, v. Bennigsen, verständigerweise für die Annahme der Reichsverfassung zu stimmen. Z.'s Wahl in Göttingen, wo er gegen Miquel durchgesetzt wurde, zeugt von der dortigen althannoverschen Abneigung gegen Preußen, denn seine Stellung und Persönlichkeit waren es nicht, vermöge deren er über den dort lange thätig gewesenen und in hohem Ansehen stehenden Gegenkandidaten hätte siegen können, zumal dessen Candidatur durch seinen Nachfolger im Ehrenamte des Bürgervorstehers, Dr. Ellissen, künstig unterstützt ward. Die Musenstadt, obwohl durch den blutigen Gang des Königs Georg V. nach Langensalza und durch die nachfolgenden Preußen hart mitgenommen, verdankte doch mehr oder weniger ihre Blüthe den welfischen Vorfahren, den hannoverschen Hofräthen und ihren Schülern; die brutale Vertreibung der 7 Professoren, durch König Ernst August, die langen Plackereien, um dort endlich ein dienstwilliges Professorenthum heranzuziehen, die Anstellung von Männern wie Pernice, Marcus, Prinz u. s. w. interessirte die jüngere Generation nur noch wenig, und die Furcht, die Universität durch Preußen zu verlieren, führte Zachariae bei der Wahl viele Stimmen zu. Langweilig in seinen staatsrechtlichen Vorträgen, trocken und ohne Anregung für die Jugend, berrit, mit seiner Wissenschaft nach verschiedenen Richtungen hin zu dienen (Meiningensche Domänenangelegenheit), wird Z. auch für die Zukunft es verstehn, sich in die gegebenen Verhältnisse hinein zu finden und auf seine Weise sich mit der Gegenwart zu versöhnen, was allzuschwer für ihn nicht sein dürfte.

Entschieden und unveränderlich an der national-liberalen Fahne festhaltend, sandte der 11. hannov. Wahlkreis, Osterode-Northeim, in den Reichstag den Göttinger Bibliothekssekretär Dr. A. Ellissen, welcher seit 1848 zu den Vorkämpfern des Fortschritts im Lande Hannover gehörte, in der II. Kammer saß und bis zum Eintritt der Reaktion mehrere Jahre hindurch ihr Präsident war. Als Mitglied der Vorsynode betheiligte er sich eifrig an der Umgestaltung der hannov. Kirchenverfassung. Seine Gelehrsamkeit hatte Ellissen schon früh durch seine „Polyglotte der europäischen Poesie" dargethan, aber seine politische Thätigkeit war für die Machthaber Grund genug, ihn nicht zu einer Professur zu befördern, die er sonst eher verdient hätte, als viele Andere; zu nicht einmal das Halten der Vorlesungen wurde ihm gestattet, wenn er die feste, wenn auch nicht erhebliche, Einnahme von seiner Sekretariatsstelle an der Bibliothek behalten wolle. Sein sanguinisches Temperament empfand die ihn politisch lahm legende Reaktion in Hannover sehr tief, und wenn er auch durch weite Reisen nach Frankreich, Griechenland u. s. w. und Vertiefen in literarische Arbeiten eine Zeitlang die Gegenwart vergessen mochte, er mußte doch wieder in das öffentliche Leben zurück und hat darin stets fördernd im nationalen Sinne gewirkt und gekämpft. Sein Vortrag war stets lebendig, sicher und in der Form insofern eigenthümlich, als der Satzbau, trotz seiner Länge und anscheinenden Verwicklung, doch meistens klar und verständlich blieb. Der neuen politischen Entwicklung des Vaterlandes aufrichtig zugethan, hoffen wir, daß die neue Regierung an ihm wieder gut mache, was die hannoversche verschuldet; geschähe es aber auch nicht, das hannoversche Volk wird ihm für seine uneigennützige, opferwillige Thätigkeit stets dankbar verpflichtet bleiben müssen.

Der Abgeordnete des 13. hannov. Wahlkreises (Harz) war der im Reichstage nicht hervorgetretene Dr. Herm. König in Osterode, dessen Thätigkeit in der Vaterstadt, als Bürgervorsteher, in der II. Kammer, als Abgeordneter und im Lande, als ausgezeichneter Anwalt hoch geschätzt ist. Sohn des politischen Märtyrers, der für seine „Anklage des Ministeriums Münster" aus dem Jahre 1830 im Zuchthause zu Emden seine besten Lebensjahre verbringen mußte, hat unser Reichstagsabgeordneter durch seine Unerschrockenheit und Festigkeit, durch seine Mäßigung und Umsicht sich die Achtung aller Parteien erhalten, während er die Ziele des deutschen Nationalvereins offen vertrat. Ein Beweis davon ist seine Wahl in einem Bezirke, dessen Bewohner bis dahin gewöhnt waren, stets unbedingt den welfischen Strömungen zu folgen, da die Harzbewohner durch Berg- und Forstbau mit ihren Interessen fast ganz an die Staatsleitung geknüpft sind. Kürzlich zum Stadtsyndikus von Göttingen gewählt, hat König es doch vorgezogen, seine völlige Unabhängigkeit als Advokat sich zu bewahren, indem er diese ehrenvolle Berufung ablehnte. Durch vieles Arbeiten ist leider seine Gesundheit geschwächt.

Ihm an Gesinnung gleich, doch im Darlegen derselben völlig unähnlich, ist der Vertreter des 18. Wahlkreises, Stade, der Obergerichtsanwalt C. A. Weber, der Sohn des reformirten Superintendenten in Bovenden bei Göttingen; durch und durch Leben und Bewegung überfliegen sich die Gedanken in seinen Vorträgen mit solcher Geschwindigkeit, daß die Stenographen Mühe gehabt haben werden, ihm zu folgen, zumal sein Göttingenscher Dialekt dem Ohre in Berlin ungewohnt sein mag. W. gehörte von jeher zu den entschiedensten Anhängern der preußischen Spitze im Nationalverein und kämpfte schon für Bismarck's Politik, als noch Wenige Vertrauen zu ihr hatten, mit einer übergegangenen Beredsamkeit, die das Ihrige dazu beigetragen hat, daß in den Bremenschen Marschen die Einverleibung Hannover's keinen erheblichen Widerstand findet, solange man dem dortigen Selfgovernement nicht zu nahe tritt. Als Vertheidiger vor den Schwurgerichten und als Bürgervorsteher ist Weber eine geschätzte Persönlichkeit.

Die beiden ostfriesischen Abgeordneten, der Amtmann Schepler und der erst am Schluß des Reichstags eingetretene Menonit, Consul Brons aus Emden, gehörten beide, wie von jeher die Mehrheit der ganzen Provinz, der speziell preußischen Partei an, letzterer jedoch, als eifriges Mitglied des Nationalvereins, mit wacker liberaler Richtung, die sich immer entschiedener herausbildete, je eifriger man in Hannover bemüht war, die altostfriesischen Einrichtungen zu beseitigen, und die Erinnerungen an die preußische Vergangenheit, mit Hülfe der O. Klopp'schen Geschichtsfälschung, zu vertuschen.

Digitized by Google

Brons saß schon 1848 im deutschen Parlamente, gehörte zur Casinopartei, wirkte dort für Handels- und Seefahrtsinteressen mit Umsicht und nicht ohne Einfluß, mußte aber nachher auf Thätigkeit im öffentlichen Leben verzichten, weil die oktroyirte Verfassung die Menoniten nicht als Abgeordnete mehr zuließ. Shepler, zuletzt Abgeordneter in der Vorsynode und in der II. Kammer für die Stadt Norden, schloß sich niemals einer Partei entschieden an, fügte sich auch nicht recht den Borries'schen Zumuthungen, war daher mißliebig und vom Dienste eine Zeit lang entfernt, zuletzt aber wieder angestellt. Vorsichtig im Handeln, trat er, nach der Besetzung des Königreichs durch die Preußen, nach eingeholter Anfrage beim preußischen Gouvernement, mit in die Bestrebungen der national-liberalen Partei ein, bethätigte sich später als ein eifriger Anhänger der Bismarck'schen Politik und stimmte im Reichstage stets mit der äußersten Rechten, ohne jedoch als Redner aufzutreten, vielleicht weil sein Organ undeutlich, schwerverständlich und rauh erklingt. Als Geschäftsmann wird er gerühmt, und kennt er die Eigenthümlichkeiten seiner Landleute genau.

Durch Nachwahl trat, faßt zum Schluß, der langjährige Hauptredakteur der Zeit. f. Nordd., Ehrenrich Eichholz, in den Reichstag, und zwar lediglich von den wendländischen Bauern auf die Empfehlung v. Münchhausen's und seiner Gesinnungsgenossen gewählt, die in ihm einen muthigen Vorkämpfer des Partikularismus zu finden vermeinten. Eichholz, seiner Zeit ein eifriges Mitglied des Nationalvereins, aber ein erbitterter Gegner des freiheitefeindlichen Regierungssystems des Ministeriums Bismarck-Eulenburg, kämpfte unerschrocken Jahre lang gegen dasselbe an, obwohl von Geburt ein Berliner; sein Blatt, die Zeitung für Norddeutschland, ward daher in Preußen verboten und wegen seiner oppositionellen Haltung in hannov. Angelegenheiten war es auch in den hannov. Adels- und Beamtenkreisen verrufen, weßhalb man ihm die Inserate entzog und alle polizeyliche Mißgunst angedeihen ließ. Um so auffallender erschien nach der Einverleibung Hannovers die Vereinigung Eichholz's mit seinen langjährigen erbittertsten Gegnern, dem Adel und den Welfenfreunden, mit denen er im gemeinsamen Haß gegen Preußen doch nur ein loses Band finden konnte, während er dadurch eine völlige Trennung von seinen Parteigenossen herbeiführte. Zum Rücktritt von der Z. f. N. genöthigt, unternahm Eichholz die Redaktion eines partikularistischen Blattes, die „Deutsche (!) Volkszeitung", worin er nicht anstand, die liberalen Führer und ihre Bestrebungen anzufeinden, oder aufeinden zu lassen. Er, von der Welfenpartei der Verfolgtesste, wurde eine Zeit lang, als deren einziger brauchbarer Wortführer, auf den Schild erhoben, bis die preußische Polizeigewalt das Blatt unterdrückte, was sicherlich nicht nöthig gewesen wäre, da demselben, außer Eichholz, keine Kräfte dauernd zur Seite standen und dieser seine nationale und freiheitliche Gesinnung bald wieder gefunden haben wollte, wenn seine doktrinären Anschauungen nach und nach sich an die Thatsachen erst gewöhnt hätten. Daß er aus dem Deutschen Nationalverein austrat und ausschließlich mit seinen früheren Gegnern verkehrte, ist selbstverständlich, wenn auch zu bedauern. Ueberarbeitet, die Welt eigentlich nur aus Büchern und Zeitungen kennend, kränklich und abgespannt, war es natürlich, daß er im Reichstage keine hervorragende Rolle spielen konnte, zumal sein Organ schwach, sein Vortrag monoton und der Inhalt seiner Reden abstrakter Natur zu sein pflegten. Daß er schließlich gegen die Reichsverfassung gestimmt, zeugt eben von einer unüberwindlichen Verbissenheit gegen Preußen und von einer unstaatsmännischen Auffassung der Thatsachen, sowie von unglaublicher Verläugnung seiner früheren Grundsätze, die seine näher stehenden Freunde nicht von ihm erwartet hätten.

Ganz anders, lebensfrisch und hoffnungsvoll erscheint dagegen der Vertreter des Wahlkreises Hildesheim, Senator Herm. Römer, der Bruder des Professors in Breslau und des Directors der Bergschule in Clausthal; alle drei gründliche Kenner der Naturwissenschaften und Förderer der freisinnigen Richtung in politischen wie kirchlichen Dingen. Am 4. Jan. 1816 in Hildesheim geboren, studirte er 1836/9 in Göttingen und Heidelberg die Rechte, fungirte zunächst als Auditor beim Stadtgerichte seiner Vaterstadt und war immer in den ersten Reihen derer, die gegen die Verfassungsbrüche der Welfen und gegen ihre Mißregierung mit aller Lebendigkeit ankämpften. Daß er wegen seines politischen Verhaltens mehrfach in Untersuchung gezogen wurde, kann ebensowenig Wunder nehmen, als, daß er die Richtercarrière aufgab, um sich 1852 als unabhängig gestellter Gemeindebeamter wählen zu lassen.

In der II. Kammer saß Römer 1855 für den ländlichen Wahlbezirk Libenburg, als Miteigenthümer des Ritterguts Steinbrück in der ritterschaftlichen Curie der Prov.-Landschaft und als Vertreter der Gutsgemeinde in der Amtsversammlung des Amts Marienburg; in allen diesen Stellungen erwarb es sich die entschiedenste Anerkennung, zumal aber in seiner amtlichen Wirksamkeit, in welcher er für die Bauten, Straßen, Canäle, Verschönerungen sehr Erhebliches leistete, Ehrenmitglied der k. Landwirthschaftsgesellschaft und Vorstand des Hild. landw. Prov.-Vereins ward, trotzdem der nach oben hin einflußreiche, und in der Wahl der Mittel nicht sonderlich wählerische Landrosk Wermuth (der sich vor einigen Monden selbst entleibte) Alles aufbot, sein und seiner achtungswerthen Collegen Ansehn zu untergraben. Noch 1866 denuncirte ihn Wermuth zu einer Voruntersuchung wegen Majestätsbeleidigung, die mit Zustimmung des Justizministers und Georg's V. eingeleitet, aber von der Kronoberanwaltschaft, wegen völliger Haltlosigkeit der Thatsachen, niedergeschlagen ward. Wenige im Lande haben den Umschwung der Dinge freudiger begrüßt und mit größerer Zuversicht die Einverleibung erwartet, als Römer und ein großer Theil der Hildesheimer Bevölkerung, die niemals ächt hannoversche Gesinnung sich angeeignet hat, trotz der Bemühungen der katholischen und modern protestantischen Geistlichkeit. Römer siegte indeß bei der Reichstagswahl nur durch die außerordentliche Rührigkeit der nationalen Partei, weil die kirchliche und partikularistische Reaktion, in dem Märzminister Graf Bennigsen, ihm einen populären und gefährlichen Gegencandidaten aufgestellt hatte.

Damit hätten wir eine rasche Skizze der hannoverschen Reichstagsabgeordneten unsern Lesern geliefert, die hoffentlich als ein Zeugniß dafür gelten wird, daß einerseits dem parlamentarischen Leben Preußens ein tüchtiger Zuwachs aus der neuen Provinz zu Theil geworden, andererseits die nationalliberale Partei in der Bevölkerung einen festen, geschärften Boden besitzt, den sie sich leicht und sicher weiter bearbeiten kann, wenn nur nicht durch unpolitische Maßregeln der preußischen Verwaltung ihrer Thätigkeit unnöthige Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Uebrigens zählen die bei den Reichstagswahlen gegen die Partikularisten in der Minderheit gebliebenen Freunde der nationalen Sache, der Obap.-G.-R. Roscher, die Stadtsyndici Albrecht und Lauenstein, der Landrath Dr. Meyer, Gutsbesitzer Redecker und außerdem noch andere zu den Männern, welche demnächst berufen sein werden, für die Entwicklung des deutschen Einheit und Freiheit im Abgeordnetenhause kräftig mitzuwirken, wenn erst die weniger gebildete Landbevölkerung sich an das großstaatliche Leben gewöhnt haben wird.

Aus Preußen, 26. Mai. Die Agitation gegen die neue Bundesverfassung, weit entfernt sich in weiteren Kreisen auszubreiten, wird täglich ohnmächtiger, und bricht in sich selbst zusammen. Wenn die „Konsequenten" und „Entschiedenen", in dieser einen Hinsicht wenigstens von der Vergangenheit über die Zukunft belehrt, die thörichte Wahlenthaltung, nach Oktroyirung der gegenwärtigen preußischen Verfassung, nicht wiederholen, sich vielmehr, nach Annahme der Bundesverfassung in zweiter Lesung, wohl oder übel auf den Boden der Thatsachen stellen wollen, wie der Abg. Runge, einer der heftigsten Gegner derselben, dieser Tage in einem Berliner Bezirks-Verein erklärte, dann ist in der That von liberaler Seite gar kein irgendwie vernünftiger Grund für

Digitized by Google

diese Agitation mehr denkbar. Die Mängel der Bundesverfassung liegen ja nur zu offen zu Tage; selbst der Abg. Graf Schwerin erklärt in einem Rechenschaftsbericht an seine Wähler, das möchte er nicht behaupten, daß gar keines der in der preußischen Verfassung verbürgten Rechte durch die Bundesverfassung verloren gegangen sei. Es fragt sich eben nur, ob diese auf dem Papier stehenden Rechte bei den politischen Verhältnissen, wie sie leider thatsächlich bei uns liegen, wirklich so viel Werth haben, daß man threwegen den großen Schritt zur Einheit Deutschlands zurückweisen dürfte, oder ob nicht etwa gar in der neuen Bundesverfassung ein Boden gewonnen werde, von dem aus man den Kampf um die weitere constitutionelle Entwickelung des Vaterlandes mit mehr Aussicht auf Erfolg führen könne. Und dabei wird man allerdings, ohne schönfärbende Vertrauensseligkeit, behaupten dürfen, daß der Mangel eines Herrenhauses, welches bei uns ein so schwerer Hinderniß für die Ausbildung des Rechts- und Verfassungsstaates ist, allerdings der Bundesverfassung einen großen Vorzug verleiht. Bei den im norddeutschen Bunde gegebenen Machtverhältnissen werden die Vertreter des dynastischen Partikularismus im Bundesrathe niemals einen so nachhaltigen Widerstand zu leisten im Stande sein, wie die Vertreter der „Kleinen, aber mächtigen" Partei des Landadels in unserem Herrenhause, die in ihrer nackten und beschränkten Selbstsucht gewiß über die ihnen von Hrn. Braun zudiktirte ideale Stellung (?) im Stillen wahrscheinlich lachen. Diese Herren kassiren die Diäten, die den Reichstagsmitgliedern versagt sind, auf den Provinzial-Landtagen ohne alle Skrupel ein und fühlen sich in ihrer ritterlichen Würde durchaus nicht beeinträchtigt, wenn sie als Reisenentschädigung, nach dem alten Extrapost-Tarif, das Sechsfache liquidiren, was die Reise auf der Eisenbahn ihnen kostet. Die Regierung, die Norddeutschland und einigermaßen wohl auch schon jetzt ganz Deutschland im europäischen Areopage vertritt, muß mit ihren höheren Zielen wachsen — bei Strafe der Selbstvernichtung, und wenn es unserem Herrenhause einfallen sollte, dieselbe hemmende und hindernde Stellung im norddeutschen Bunde dem Reichstage gegenüber einzunehmen, die es in Preußen dem Abgeordnetenhause gegenüber leider so oft eingenommen hat, so würde die Regierung, gern oder ungern, genöthigt sein, diesen Widerstand so oder so zu beseitigen. —

Die klassale Uebertreibung der Mängel der Bundesverfassung, die gar keiner freiheitlichen Entwickelung fähig sein soll, und die wilden Klagen über die Vernichtung alles verfassungsmäßigen Lebens, welche der Agitation den Schein demokratischer Entschiedenheit geben sollen, können unter Umständen sehr schädlich wirken, und ein Nutzen ist in keiner Hinsicht davon abzusehen. Wenn sie überhaupt wirken, was kömmen sie der unwiderstehlichen Logik der Thatsachen gegenüber Anderes im Volke hervorrufen und stärken, als den Pessimismus, die selbstgefällige Prinzipienseligkeit und die in dieser wurzelnde Indifferenz gegen die reale politische Entwickelung? Wie können Männer, die sich Demokraten nennen, sich der Gefahr aussetzen, diese schlimmsten Feinde jedes, vorzüglich aber jedes demokratischen politischen Lebens in der Brust des Volkes wachzurufen? Das wäre unbegreiflich, wenn man nicht leider täglich vor Augen hätte, wie sehr Leidenschaft und Verbissenheit den klarsten Blick trübt. Diese „schneidigen" Kritiken der Bundesverfassung, für welche die sie verübenden Lokalgrößen der Bezirksvereine dann von den Organen der „Gebildeten" (ich finde keine allgemeine passende politische Bezeichnung für diese Blätter von sehr verschiedener Richtung, deren Haltung ehr psychologisch, als politisch zu erklären ist) als die Retter des Vaterlandes aus der Macht der Knechtschaft gepriesen werden, haben in der That weiter nichts nur den Zweck, durch die übertriebensten und in ihrer Uebertriebenheit oft wirklich komischen Lobpreisungen unserer preußischen Verfassung die National-Liberalen, welche sie einem wesenlosen Schatten gropfert haben sollen, beim Volke als Ueberläufer, oder mindestens als politische Schwachköpfe zu verdächtigen. Der „Kladderadatsch" hat dieses perfide Treiben vorige Woche in einem prächtigen Liede blutig gegeißelt. Um es ganz zu würdigen, muß man sich in das Gedächtniß zurückrufen, wie dieselbe Partei und zum Theil dieselben Männer ihrer Zeit ganz in derselben Weise gegen die oktroyirte Verfassung, die sie jetzt in die Wolken erheben, und gegen das oktroyirte Drei-Klassen-Wahlgesetz, welches sie jetzt im Stillen heiß lieben, wütheten. Freilich hat der aus direkten Wahlen hervorgegangene Reichstag die Bundesverfassung angenommen; aber — „was geht uns der Reichstag an", ruft einer der Führer dieser Partei aus. So konsequent sind nämlich diese „Konsequenten" nie, daß sie die Grundbedingung der Demokratie, die Unterwerfung der Minorität unter die Majorität, auch für sich anerkennen. Je entschiedener ein Votum des Volkes gegen sie ausfällt, desto entschiedener behaupten sie, das rühre nicht davon her, daß das Volk die Ereignisse und die Verhältnisse anders, als sie, auffasse, sondern daher, daß es zu sehr beeinflußt sei. Die „Zukunft" spricht sogar mit ernsthafter Miene die gewissenhafte Ueberzeugung aus, daß jeder Abgeordnete die Pflicht habe, das Volk in zwanglosen Versammlungen von Drei-Klassen-Wahlsmännern darüber entscheiden zu lassen, ob die Abgeordneten, welche das Werk des direkt gewählten Reichstags annehmen, ihr Mandat niederlegen müssen, oder nicht! Das ist zwar sehr albern, aber zu persönlichen Hetzereien kann es doch vielleicht dienen. Und wenn die „Tante Voß" alle Mißstände und Mißgriffe in der Justizverwaltung des Grafen zur Lippe einfach auf die Feststellung des künftigen ordentlichen Militär-Budgets durch die Bundesverfassung bis Ende 1871 zurückführt, so wird freilich jeder vernünftige Mensch die ausschweifende Phantasie dieser toll gewordenen Alten sehr komisch finden; aber es gibt doch pfiffige Narren, denen dieser geheimnißvolle Zusammenhang zwischen zwei anscheinend so verschiedenartigen Dingen sehr klar ist.

Während sich im ganzen Lande in Folge der unvorhergesehenen und gewaltigen Ereignisse des vorigen Jahres ein Umwandelungsprozeß innerhalb der liberalen Partei vollzieht, wird es eine täglich dringendere Pflicht der national-liberalen Partei, ihre Anhänger im Lande zu sammeln und zu organisiren, und sich den nöthigen Einfluß auf die kleinere Provinzial-Presse zu sichern. Es ist ja sehr natürlich, daß die Meinungen der Wahlmänner, die bei den letzten Wahlen zusammenstanden, jetzt weit auseinander gehen, und einigen rührigen Agitatoren wird es immer leicht sein, in den demokratischen Bevölkerung der großen Städte ganz ansehnliche Versammlungen zusammenzutrommeln, welche, nach einigen donnernden Phrasen, bereitwillig einer Resolution gegen die „neuen Gothaer" zustimmen, welche „rettungslos auf die abschüssige Bahn der Altliberalen gerathen, welche die Freiheit opfern — um den Preis der Zerreißung des Vaterlandes!" Daß Olmütz und Königsgrätz, Manteuffel und Bismarck doch in ihrer Anlage und in ihren Wirkungen einigermaßen verschieden sind, daß die Mainlinie ihre größte Gefahr verloren hat, seit nur noch eine Großmacht in Deutschland existirt, — das werden Demokraten von der „Konsequenz" und „Entschiedenheit" der Schräpfe und Bebels, die leider den Typus für viele Andere abgeben, niemals begreifen und noch weniger zugeben. Folgt dann, wie in Magdeburg für Unruh, dem Mißtrauensvotum auf den Füßen ein Vertrauensvotum, so wird das einfach todtgeschwiegen, wie die Reden der National-Liberalen in der Steinitz-Angerstein'schen, beiläufig schlecht redigirten, Kammerkorrespondenz mit einigen nichtssagenden Zeilen abgefertigt, die der „Entschiedenen" dagegen in größter Ausführlichkeit wiedergegeben werden. So geht der Bericht dann in die Provinzial-Presse, und dabei bemühen sich die „Zukunft", die „Volks-Ztg.", die „Oest. Ztg." mit ihren lithographirten Genossen Richter, Steinitz u. s. w. täglich in der nergelndsten, geistlosesten und kleinlichsten, immer aber perfidesten Weise, den Nationalen durch Verdrehung oder Erdichtung von Thatsachen „eins anzuhängen". Schlägt dann einmal ein nationales Organ, über diese steten Nergeleien erbittert, derb aus und sitzt der Hieb, wie neulich der der „Reform" gegen die obengenannte Triad der Berliner Presse, so wird über den ganzen Vorgang höchstens mit sittlicher Entrüstung

Digitized by Google

gemeldet, als daß „die „Reform" amerikanische Preßzustände nach Europa scheint verpflanzen zu wollen". —

Um diesen Treiben entgegenzutreten, fordert die nationalliberale Partei, die auch in Berlin, trotz der augenblicklichen, schreinbar so heftigen Gegenströmung, noch keineswegs das Terrain aufgibt, in einem von Unruh, Hennig, Twesten, Lasker, Oppenheim u. a. unterzeichneten Cirkulare ihre Gesinnungsgenossen in der Provinz auf, die Partei zu organisiren und für die Verbreitung der Parteiblätter zu sorgen, der „Nat. Ztg." der „Berl. Reform" und einer nächsten Monat auszugebenden billigen lithographirten Korrespondenz für die Provinzialpresse, der wahrscheinlich bei der nächsten Session eine nur parteiliche Kammerkorrespondenz von einer für kleinere Blätter zu bewältigenden Umfange folgen wird. Sie wird dadurch hoffentlich nicht nur den perfiden Verdächtigungen und Verläumdungen der National-Liberalen wirksam entgegentreten, sondern auch wesentlich dazu beitragen, daß sich in der Presse der Geist des Volkes und seine Auffassung unserer Verhältnisse getreuer, als bisher, wiederspiegelt und daß damit ein Widerspruch aufhört, der in Zeiten eines gewaltigen Umschwunges zwar begreiflich, aber darum nicht minder bedenklich ist. —

Bayern und der norddeutsche Bund.

A. C. Erlangen, 24. Mai. Die Mitglieder des baierschen Landtages haben bekanntlich in ihrer ersten Mehrheit an die baierische Regierung eine Adresse gerichtet, deren Schlußsatz lautet: „Aus diesen Gründen halten wir den unverzüglichen Eintritt der süddeutschen Staaten und insbesondere des Großh. Baiern in den norddeutschen Bund für dringend geboten und hoffen, daß die großherzogliche Regierung ihre ganze Thätigkeit zur Erreichung dieses nationalen Zieles auch ferner aufrechterhalten werde."

Eine gleichartige Erklärung, ausgehend von der bayerischen Volksvertretung, würde noch jedenfalls schwerer ins Gewicht fallen. Bayern ist viel zu schwach, die deutsche Einheit zu schaffen, aber gerade darauf, ihre friedliche Herstellung zu hindern; so lange Bayern der Ausdehnung des Bundes auf Süddeutschland widerstreitet, wird die Maximilianische Fortbestehen, und umgekehrt: sobald Bayern es ernstlich will, wird die Maximilianische Idee. Durch ihr relative Größe stellen Bayern und auch die geographische Lage ist eine Entscheidung von der höchsten Wichtigkeit in seine Hand gegeben und ist ihm zugleich eine Verantwortlichkeit auferlegt, an die man nicht oft und nicht laut genug mahnen kann.

Es muß anerkannt werden, daß sich in der bayerischen Volksvertretung das Gefühl dieser Verantwortlichkeit lebhafter geäußert hat, als nach dem Vorhergegangenen vielleicht zu erwarten war. Die Mitglieder standen, ihrer großen Mehrzahl nach, dem Ausbruch der Kataskraphe von 1866 auf dem Boden der großdeutschen Partei; die hier ansässig bereitende Erbitterung gegen Preußen war durch die reaktionäre Haltung des Ministeriums Bismarck und sein unverantwortliches Verfahren gegen die Herzogthümer auf den höchsten Grad gesteigert worden; die harten Friedensbedingungen, die man gutheißen mußte, konnten nicht dazu dienen, eine friedfertige Stimmung zu verbreiten. Demungeachtet erklärte sich die Abgeordnetenkammer, indem sie jene Bedingungen genehmigte, zugleich für den engsten politischen Anschluß an Preußen und lieferte dadurch den Beweis, daß sie sich über die Eingebungen der Leidenschaft zu erheben und an neue Thatsachen auch neue Folgerungen zu knüpfen verstand. Die förmlich zum Antrag der Lamentinger Frage erfolgte Kundgebung hat dies zum zweitenmal bewährt. Die Mitglieder der Volksvertretung erkannten und erfüllten ihre Pflicht, in einem solchen Moment keinen Zweifel über die Gesinnung des Landes zuzulassen; ohne Übereilt ordneten sie ihre Partikularinteressen dem nationalen Interesse unter und erklärten sie sich bereit, mit der Ausführung des inzwischen veröffentlichten Allianzvertrages, welcher die preußische Führung auf dem diplomatischen und militärischen Gebiete feststellt, im ersten vorkommenden Falle vollen Ernst zu machen.

Diese Vorgänge berechtigen zu der Erwartung, daß sich die Mehrheit der bayerischen Abgeordnetenkammer auch der in der badischen Erklärung ausgesprochenen Erkenntnis nicht verschließen wird. Der norddeutsche Bund muß sich durch den Eintritt Bayerns und der westlichen Nachbarstaaten zu einem deutschen Bund erweitern. Alle Allianzverträge, Militär- und Zollconventionen sind halbe Maßregeln, nothdürftige Aushaltsmittel, welche die Krisis, in der wir uns befinden, nicht zum Abschlusse bringen, sondern verlängern. So oft nach peinlichen Unterhandlungen eine solche Übereinkunft zu Stande gekommen ist, wird man wahrnehmen, daß sie doch nicht genügt, daß man doch nur ein neues Provisorium geschaffen und die unabweisbare Aufgabe noch nicht gelöst hat. Selbst im glücklichen Falle, wenn keinerlei Konflikt mit dem Auslande hinzukommt, muß dieser unerträgliche Zustand die innere Entwicklung lähmen; sucht aber — und dies ist das weitaus wahrscheinlichere — eine feindliche Macht das lockere Band mit Waffengewalt oder diplomatischer Kunst zu sprengen, tauchen europäische Fragen auf, an deren Entscheidung das gesinnte Deutschland seinen Antheil zu nehmen hätte, so können uns den Anschluß unfehlbare Uebel entspringen.

Wenn der bayerischen Volksvertretung, wenigstens der Mehrheit ihrer Mitglieder die Sachlage in diesem Licht erscheint, so darf man annehmen, daß sie sich für die rechte Politik und zur rechten Zeit, ohne Zaudern erklären wird. Darauf mögen diejenigen, die es angeht, sich immerhin gefaßt machen. Eine partikularistische Politik wird in der Abgeordnetenkammer sie jetzt, und hoffentlich für alle Zukunft, seine Stütze finden; aber noch glauben wir, daß die bisse Vertretung sich zu der Aufgabe bekennen wird, die zauernde Regierung vorwärts zu drängen.

Gründung eines internationalen Fonds zum Ersatz der Erfindungspatente.

Herr Prof. Böhmert in Zürich macht zu dem in der Ueberschrift bezeichneten Zwecke die nachfolgenden Vorschläge, indem er sich zugleich bereit erklärt, einschlägige Mittheilungen entgegenzunehmen und bestens zu verwenden:

„Die Erfindungspatente gehören zu den bestrittensten Einrichtungen unserer industriellen Gegenwart. Der Glaube an ihren Nutzen und an die Möglichkeit ihres Fortbestehens ist überall tief erschüttert. In England und Frankreich ist in neuerer Zeit von sachkundiger Seite nicht nur die Unhaltbarkeit der dort geltenden Patentgesetzgebung nachgewiesen, sondern gleichzeitig die gänzliche Beseitigung der Erfindungspatente, als einer nicht mehr zeitgemäßen Einrichtung, empfohlen worden. Es werden dort alljährlich Patente ertheilt für eine Anzahl von Dingen, die weder neu noch besser als andere gleichartige Gegenstände sind. Die Taxinunten der besonderen Güte, welche den patentirten Gegenständen entgegenkommt, läuft häufig nur auf eine Täuschung der Käufer hinaus und verleitet zur Charlatanerie. Die Erfindungspatente vertheuren den Preis der Patentobjekte und behindern die Ausdehnung ihres Absatzes. Diese Übelstände verursacht einzelnen Industriezweigen wesentliche Nachtheile, die einem ganzen Lande die Concurrenz mit andern Industriestaaten erschweren können. Ferner pflegt das Patentmonopol den Fortschritt der Industrie auch schon deshalb zu beeinträchtigen, weil alle diejenigen, welche gleichzeitig eine wichtige Entdeckung gemacht oder darnach gesorscht haben, in Gunsten eines Einzelnen an der Verwerthung ihrer Bemühungen und meistens sogar an der Verbesserung neuer Erfindungen verhindert werden. Hierzu kommt, daß der mit so großen Opfern für das Patentwesen, mit lästiger Ueberwachung der Industrie, mit Chikanen, Prozessen und Konfiskationen verbundene Patentschutz in der Regel nicht einmal den wirklichen Erfinder belohnt, sondern gewöhnlich nur denjenigen begünstigt, der fremde Ideen geschickt auszubeuten versteht.

Veranlaßt durch das Gesetzt dieser Gründe hat die preußische Regierung vor einigen Jahren sämmtliche Handelskammern ihres Landes zu einer Begutachtung der Fragen aufgefordert, ob die Nachtheile der Patentgesetzgebung nicht die Vortheile überwiegen und ob mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Standpunkt der Gesetzgebung es nicht rathsam sei, darauf bezielenden Antrag des Erfindungsgesetzes jetzt noch zu verzichten? Sie hat bei dieser Gelegenheit in ihrem offiziellen Circularerlaß ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß in der Schweiz, wo bisher Patente nicht ertheilen worden sind, keine wesentlich ungünstiger Einwirkung der Gesetzesthätigkeit sich nicht bemerklich gemacht habe. In Folge dieser Anfragen haben sich 31 preußische Handels- und Gewerbeklammern auf Grund sorgfältiger Gutachten für die Aufhebung des Patentmonopols erklärt, während nur 15 für Beibehaltung sich aussprachen. Schon vor Erstattung dieser Gutachten hatte sich der im September 1863 in Dresden abgehaltene Congreß deutscher Volkswirthe nach eingehenden Berathungen mit großer Majorität für vollständige Beseitigung der Erfindungspatente ausgesprochen.

Die erwähnten Thatsachen deuten darauf hin, daß das Fortbestehen der Patente sehr zweifelhaft geworden ist. Wäre der Patentschutz überhaupt zweckmäßig, so könnte er nur noch durch ein von allen Industriestaaten übereinstimmend internationales Patentgesetz mit einem überall gleichartigen Verfahren aufrecht erhalten werden. Eine solche internationale Verständigung ist aber schon deshalb unmöglich, weil mehrere Staaten das ganze Prinzip des Patentwesens als schädlich verwerfen.

Es gilt daher, auf Mittel und Wege zu sinnen, welche bisher als der Patentschutz gedient sind, den Erfindungsgeist zu ermuntern und die für wichtige Entdeckungen aufzuwenden Kosten und Mühen zu vergüten. Als ein wirksames Mittel zur Erreichung dieses Zweckes erscheint die Gründung eines internationalen Fonds zum Ersatz der Erfindungspatente. Die Aufgabe eines solchen Fonds wäre darin bestehen, die von den Erfindern dem öffentlichen Wohl geleisteten Dienste durch freiwillige Beiträge der Gesellschaft zu belohnen und die Kosten der Vorbereitungsversuche für wichtige Entdeckungen zu vergüten. Selbstverständlich kann es sich dabei nur um Belohnung für solche unpatentirte Erfindungen handeln, deren Bedeutung sich bereits praktisch bewährt hat.

Ein solcher internationaler Fonds wird die Bildung nationaler Fonds in den einzelnen Staaten nicht ausschließen, sondern im Gegentheil dazu anregen und die frei Thätigkeit von Privaten und Vereinen überall der leben. In jedem Lande werden sich unparteiliche Schwerkündige finden, die, aus der Wahl von Vereinen hervorgegangen, sich zu einer Jury vereinigen, am entweder selbstständig über zu gewährende Nationalbelohnungen zu entscheiden oder der zu bildenden internationalen Jury ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Diese internationale Jury wird mit einem ihr zur Verfügung stehenden großen Fonds den Mitteilpunkt des alle Nationen umschlingenden Bundes von Privaten und Einzelvereinen bilden, um alle wichtigen Erfindungen rasch zum Gemeingut der Menschheit zu machen und die Namen der Erfinder in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die vorgeschlagene Institution kann ohne Staatshilfe und Regierungseinfluß und der freien Privatthätigkeit der Gesellschaft empormachsen und alle Gegner des Patentschutzes zu einer wirksamen Liga vereinigen, um an die Stelle des Monopols und der egoistischen Geheimhaltung von Erfindungen die freie Konkurrenz und den wechselseitigen Gemeinsinn der Erfinder zu setzen. Das Erfinden wird dann nicht bloß eine individuelle Selbstsucht, sondern gleichzeitig eine allgemeine Wohlfahrtsquelle werden. Jeder Erfinder wird ein Interesse daran haben, seine Entdeckungen und Verbesserungen rasch zum Gemeingut zu machen und das öffentliche Urtheil herauszufordern. Der Erfinder wird seine Erfindungen und Entdeckungen und Erfahrungen, seine Kunstgriffe und Verbesserungen in Zukunft nicht mehr dem Arbeitgeber aus Mißgunst oder Vorurtheil verheimlichen und an Konkurrenten zu verkaufen suchen, sondern eine rasche Mittheilung und Veröffentlichung vorziehen und in der Regel auch bei einer solchen Art die gebührende Anerkennung für wirkliche Leistungen finden. Ein erfinderisches Streben wird dann in alle Zweige der Produktion die in die untersten Arbeiterklassen eindringen und das Kapital wird in den Stand gesetzt werden, die erfinderischen Arbeiter kräftig anzufeuern und emporzuziehen.

Es werden sich ohne Zweifel mit dem Verschwinden der Erfindungspatente noch verschiedene andere Formen zur Entschädigung oder Belohnung der Erfinder herausbilden. Das Beispiel der deutschen Eisenbahnvermaltungen, welche einen Fonds zur Belohnung technischer Erfindungen im Eisenbahnwesen geschaffen haben, wird nun von Seiten anderer Fabrikszweige Nachahmung finden. Die Bewegung nach dem großen Ziele der Beseitigung des Monopolwesens kann indessen durch einen internationalen Bund aller Freunde der freien Konkurrenz wesentlich gefördert werden.

Die Pariser Weltausstellung bietet eine willkommene Veranlassung, ein auf dem Grundsatze der freien Selbstthätigkeit ruhendes Heilmittel gegen die Nachtheile der Erfindungspatente zu empfehlen. Die Schweiz, welche bisher der Einführung des Patentschutzes beharrlich widerstanden hat, scheint besonders berufen, die Initiative zur Durchführung der angeregten Idee durch freiwillige Beiträge sowie durch Gründung von Vereinen zu ergreifen.

Wie vor wenigen Jahren von Genf aus die militärische Krankenpflege als internationale Angelegenheit geordnet und durch ein System gesetzig instituirter Vereine gesichert worden ist, so möge auch der Vorschlag einer internationalen Pflege des Erfindungsgeistes von der freien Schweiz aus sich siegreich Bahn brechen, damit die erfinderische Arbeit, durch wirksthätigen Gemeinsinn veredelt, zur Höhe ihrer idealen Kulturaufgabe emporgehoben werde!

Französische Zeugnisse gegen Krieg und Kriegspolitik.

Anstöße aus verschiedenen Ansichten in der Revue des Deux Mondes: „Frankreich hat genug Wunden geerndet und hatte sein neu erwachtes Selbstgefühlen hingeben. Ein so kriegerisches Volk anzureizen, läßt Niemand sich kommen. Das Geschrei der Neunmeistern „Frankreichs militärische Ehre erheischte einen Angriff auf das vereinigte Deutschland" ist widersinnig, denn unsere Armee, welche in Italien für die Prinzip der Nationalitäten kämpfte, kann doch nicht in Deutschland gegen dasselbe kämpfen. Ein solcher Angriff würde die Einigung der Deutschen befestigen, wie die Einigung der Italiener durch den Widerstand Oesterreichs beschleunigt wurde. Wenn es aber auch mit Strömen von Blut und Hunderten von Millionen, gelänge, den Deutschen einige Fetzen Land am Rhein zu entreißen, so müßte Frankreich, zu deren Bewachung, beständig bewaffnet, mit brennender Lunte dastehen. Es ist an der Zeit, daß die verletzten, allen Grundes entbehrenden Rivalitäten der Völker aufhören. Im vorigen Jahrhundert glaubten sogar geschickte Leute, Frankreich werde gestärkt durch Schwächung der Nachbarn; nun aber ist man zur Einsicht gelangt, daß die Interessen den Nationen solidarisch sind. Zum Besseren Wohlstand des vereinigten Deutschlands wird der Verkehr auch uns einen Antheil zuführen; seine geistigen Errungenschaften gehören auch uns."

— „Unter den jährlich eingeschriebenen 325,000 Conscriptionspflichtigen finden sich nur 132,000 für das Landheer taugliche Leute, welche während 7 Jahren, nicht heirathen dürfen. Im Laufe dieser 7 Jahre nehmen die jungen Leute Gewohnheiten an, die den Familienleben lebenslang verderblich sind. Dagegen heirathen die zu Hause bleibenden Untauglichen. Die zunehmende Entkräftung der Bevölkerung findet sich dadurch erklärt."

— „Die angesehensten Männer erklärten in einem Bericht an die Kammer von 1832: Sogar für die schwerfälligsten Naturen — gerade eine zweijährige, durch Urlaub noch abzukürzende Lehrzeit. Der Soldat verliere, statt zu gewinnen, wenn er, nach erlangter Einübung, unter den Waffen bleibt, weil das willenlose, müßige, erschlaffende Garnisonsleben eine schlechte Vorbereitung sei für die Strapatzen und Entbehrungen des Krieges."

Zeitungsschau.

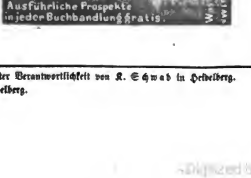
Der Stuttgarter „Beobachter" hält dem König von Württemberg die darmstädtischen und weimarischen Landtagsanträge auf Verminderung der Civillisten als vornehmes Beispiel vor. Behauptet der König dem norddeutschen Bunde gegenüber seine Souveränetät, so verspricht ihm der „Beobachter" die Freiheit der jetzigen guten Bezahlung; wenn nicht, wird mit Nachahmung des anderen Orten schon gegebenen Beispiels gedroht. „Was die Demokratie, fügt das St. Blatt hinzu, in diesem Augenblick auf die Seite der fürstentreuen Fürsten stellt, ist ein vergängliches Verhältniß, das nämlich, gemeinsame Gegner zu haben. Dies Verhältniß könnte sich — und so liegt noch heute, vielleicht morgen nicht mehr die Sache — verändern und verändern. Die Demokratie muß aus Gründen, die hier oft erörtert sind, nach Rettung der Selbständigkeit der von Preußen noch nicht verschlungenen Staaten streben, um aus dieser heraus eine der Freiheit ungefährliche Centralgewalt wahrhaft föderativer Staaten einzusetzen. Dieser Zweck ist eben jetzt nur zu erreichen, wenn die Staaten vorläufig in der überkommenen Form und Verfassung bleiben. Ein parlamentarisch-militärischer Südbund und die Unterwühlung, welche die Fürsten bei Gründung desselben leisten, würde das Volk in einem Grade verpflichten, daß bei dessen ganzer Denkungsweise eine Erschütterung der Monarchischen Grundlage der Throne außer den Kreis aller Wahrscheinlichkeit fiele."

„Wird aber die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht erhalten, so verliert die Demokratie jedes Interesse an Erhaltung der einzelnen kleinen Throne. Bleibende sehen diese alsdann eine Kraft gegen sich auf dem Plan, deren Thätigkeit in den letzten Jahren ganz wo anders hin gerichtet war. Die Demokratie, die in diesem Augenblick die einzig wahrhaft conservative Partei ist (!), wird durch jene Veränderung zur Negation genöthigt. Die Folgen davon werden über diejenigen kommen, die jetzt die vernünftigsten und begründetsten Vorbedingen eines Volks nicht einmal einer Antwort, geschweige einer Berücksichtigung oder Gewährung würdigen."

„Wie in Weimar, so in südlicher gelegenen Residenzen werden Fürsten zu erfahren haben, welcher Verlaß ist auf Minister, von denen sie sich in das Abhängigkeitsverhältniß zu Preußen haben hineinführen lassen, und welchen Schutz ihnen diese Herren zu verschaffen vermögen. Herr v. Wahdorf hat seinem Großherzog gerathen zu der thatsächlichen Mediatisirung durch den König von Preußen und kann ihn, da diese noch nicht einmal thatsächlich ganz vollzogen ist, bereits nicht mehr schützen vor Angriffen auf sein Einkommen und seine ökonomische Behaglichkeit. Wir werden sehen, ob Herr v. Varnbüler seinen König, den er Schritt für Schritt demselben Verhängniß entgegenführt, in Beziehung auf sein Vermögen besser zu schützen weiß. Auf das, was er verspricht, wäre nur dann Verlaß, wenn er der Macht versichert wäre, es zu halten. Die Entscheidung liegt aber dann auch über diesen Punkt nicht mehr in Stuttgart, sondern in Berlin. Was von dort bestrunkene und verwandte Regenten Gutes zu erwarten haben, darüber kann man umfragen in Kiel und in Kassel, in Hannover und in Wiesbaden."

„Verkleinerte Macht, verkleinerte Rente, das ist, denken wir, ein natürliches Verhältniß. Wenn der Purpur der Souveränetät gefallen ist, so muß die Civilliste nach."

Der König von Württemberg wird sich das ohne Zweifel gesagt sein lassen.



Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 107. Heidelberg, den 6. Juni. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Neutralitätseid II. — Landtagsbrief. — Deutschland, Ungarn, Oestreich. — Uebersprunte Erwartungen. — Aus Franken. — Literatur.

Wochenbericht.

Heidelberg, 4. Juni.

* Mit der Beendigung der zweiten Lesung der norddeutschen Bundesverfassung im preußischen Abgeordnetenhause ist Deutschland der Frage von seiner künftigen Gesammtverfassung um einen beträchtlichen Schritt näher getreten. In allen nüchternen politischen Köpfen und patriotischen Herzen ist die Antwort auf diese Frage längst fertig, wiewohl Mancher noch mit der Sprache zurückhält. Erweiterung des norddeutschen Bundes, durch den Eintritt der Südstaaten, zum neuen deutschen Bunde — das ist heute die einzige vernünftige Aufgabe der nationalen Verfassungspolitik. Sich von diesem Ziele abwenden, heißt Deutschland verleugnen.

Aber leider sind ihrer nicht Wenige, welche Deutschland mit dreister Stimme und keckem Worte verleugnen, im Süden nicht nur, sondern auch im Norden. Die Einen stehen nicht an, die Einheit des Vaterlandes preiszugeben, um nur dem Ministerium Bismarck einen Possen zu spielen; in den Andern wehrt sich die kleinstaatliche Engherzigkeit und Selbstsucht mit Hand und Fuß gegen die Verschmelzung zum großen Ganzen. Keine Einwendung gegen den Eintritt der Südstaaten in den norddeutschen Bund ist den Gegnern desselben zu frivol, keine Entstellung der Bundesverfassung zu gehässig, keine Uebertreibung der Lasten und Opfer, welche dieselbe mit sich bringt, zu handgreiflich. Zugleich werden die äußern Schwierigkeiten der verfassungsmäßigen Wiedervereinigung Deutschlands mit einer Schadenfreude aufgezählt und ausgemalt, die traurige Blicke in einen Abgrund niederträchtiger Gesinnung thun läßt. Frankreich läßt es nicht zu! — das ist das Haupt- und Schlußargument, welches man uns mit triumphirender Miene entgegenwirft.

Angesichts dieses ehrvergessenen Treibens ist es hohe Zeit für die Nationalpartei, sich ernstlich zu rühren. In der Zweiten hessischen Kammer und von der großen Mehrheit der Mitglieder des badischen Landtags ist die Losung für Süddeutschland ausgegeben, von der zu hoffen steht, daß sie die Masse der Gesinnungsgenossen in Bewegung bringen werde. Es ist eine nichtssagende Einrede, wenn man sich darauf beruft, daß die preußische Regierung selbst zur Zeit keinen Finger rühre und kein Wort spreche, um die Südstaaten politisch an sich heranzuziehen, daß sie vielmehr eine abweisende Haltung annehme und eine entmuthigende Sprache führe. Die Volkspolitik hat ihre Ziele zu verfolgen, unbekümmert um die Taktik des Berliner Cabinets, dessen Schweigen und Nichtsthun ohne allen Zweifel durch Beweggründe bestimmt wird, welche für die Nationalpartei einen doppelten Antrieb zur lauten Willensäußerung und zur Thätigkeit enthalten. Selbst wenn Herr v. Bismarck, was freilich sehr unwahrscheinlich ist, des festen Entschlusses wäre, die politische Mainlinie bis auf Weiteres streng einzuhalten, würde das deutsche Volk nur um so mehr die Pflicht und den Beruf haben, gegen einen solchen Entschluß lauten Protest zu erheben und nichts ungeschehen zu lassen, was denselben so bald wie möglich zu Schanden machen könnte.

Von den süddeutschen Höfen ist es allerdings gewiß, daß sie, mit Ausnahme des badischen, nichts weniger als gesonnen sind, den Eintritt ihrer Staaten in den norddeutschen Bund zu betreiben, wie denn selbst der baierische Minister, Fürst Hohenlohe, dem man eine Zeit lang ein richtigeres Verständniß und einen bessern Willen zuschrieb, als seinen Collegen in Darmstadt und Stuttgart, jeden Gedanken dieser Art mit einem Accent von sittlicher Entrüstung und sogar mit einem Anklange von Hohn öffentlich von sich gewiesen. In diesem Widerstande des dynastischen Partikularismus beruht die Hauptschwierigkeit, welche der Erfüllung der großen Nationalaufgabe im Wege liegt. Nach dem heutigen Stand der europäischen Dinge läßt sich dieses Hinderniß nicht ohne die kräftigste Mitwirkung des Volksgeistes in Süddeutschland selbst beseitigen. Aus bekannten Ursachen wird es schwer sein, eine tiefgreifende Agitation zu diesem Zwecke ins Werk zu setzen; die Noth aber kennt so wenig eine Unmöglichkeit, wie ein Gebot.

Von den bevorstehenden Verhandlungen über die Reorganisation des Zollvereins darf man erwarten, daß sie den Interessen der Nationalpolitik einen wirksamen Vorschub leisten werden. Die süddeutschen Staaten stehen vor der Wahl, sich entweder an der Zollgesetzgebung des norddeutschen Reichstags und Bundesrathes zu betheiligen, oder sich derselben ohne eine solche Betheiligung zu unterwerfen, so lange sie überhaupt Mitglieder des Zollvereins bleiben wollen. Denn, daß man von Seiten des norddeutschen Bundes den Südstaaten, einzeln oder zusammengenommen, das bisherige Recht auch für die Zukunft zugestehen sollte, jede Neuerung in Zollvereinsangelegenheiten durch ihre Einsprache zu verhindern, ist eben so undenkbar, wie die Anwendung des Auskunftsmittels eines besondern „Zollparlaments", durch welches dem norddeutschen Reichstage ein wesentlicher Theil seines verfassungsmäßigen Wirkungskreises entrissen, und, was das Schlimmste, die Verfassung Deutschlands mit parlamentarischen Einrichtungen bis zur Unbrauchbarkeit überladen werden würde. Je nach dem Entschlusse, den man, dieser Alternative gegenüber, in München und Stuttgart faßt, wird die Wahrscheinlichkeit eines friedlichen oder eines gewaltsamen Uebergangs in unsre einheitliche Zukunft ziemlich sicher zu bemessen sein.

— Die saft unglaubliche Nachricht, daß die französische Regierung sich herausgenommen habe, in Angelegenheiten der Festung Rastatt mitzureden, hat bis jetzt keinen begläubigten Widerspruch gefunden. Dieselbe wird vielmehr, von Berlin aus, in der Presse in einem Tone und mit einer Vorsicht behandelt, die einer Bestätigung ähnlicher sind, als einer Widerlegung. Gleichwohl sträubt sich jedes deutsche Gefühl und aller männliche Sinn gegen die Annahme, daß Preußen der angeblichen Anfrage Frankreichs nicht auf der Stelle die gebührende Antwort ertheilt haben sollte, geschweige denn, daß Angesichts des mit jener Anfrage versuchten Eingriffs des

Digitized by Google

Bonapartismus in das deutsche Rechtsgebiet, von der Reise des Königs Wilhelm nach Paris auch nur noch mit einem Worte hätte die Rede sein können. Eine solche — sagen wir Selbstverleugnung, muß bewiesen sein, ehe sie für möglich gehalten werden kann. Demnach ist man berechtigt und verpflichtet, die angebliche Einigkeit Frankreichs gegen die etwaige Absicht Preußens, im Einverständniß mit Baden Rastatt zu besitzen, für die Gründung eines Neuigkeitskrämers zu halten.

— Die preußische Regierung, mit gewohnter Tapferkeit, läßt sich's nicht anfechten, daß das Abgeordnetenhaus die Anstellung des Herrn Oberg am Appellationsgericht in Ratibor für eine Verletzung der Verfassung und des Gesetzes erklärt hat. Der Justizminister macht weder Miene, dem Ausspruche der Kammer pariren zu wollen, noch, die dadurch verurtheilte Maßregel rückgängig zu machen. Schwätzt was ihr wollt, wir thun was uns gut dünkt — das ist, allem Anscheine nach, heute wie vor und seit fünf Jahren, der Wahlspruch des Ministeriums Bismarck. Für den ungeheuern moralischen Schaden, den man nach diesem Grundsatze dem Staate überhaupt und den Regierungsinteressen insbesondere zufügt, hat man in Berlin offenbar gar keinen Sinn. Der Zwiespalt, den man, so zu sagen muthwillig, in das öffentliche Rechtsbewußtsein bringt, die Blößen, welche man dem preußischen Staatswesen, gegenüber diesen innern und auswärtigen Widersachern, gibt, die Ermuthigung, welche man allen, auf die innern Schwächen Preußens rechnenden, Feindseligkeiten zu Theil werden läßt — alle diese Dinge kommen für die Berliner Machthaber nicht in Betracht. Und doch hätte man aus der Geschichte der letzten neun Monate auf eigene Kosten hinlänglich lernen können, was die öffentliche Meinung heut zu Tage in der Welt bedeutet; denn daß, ohne die Mißgunst derselben, die vorjährigen Siege ganz anders hätten ausgebeutet werden können, als geschehen, das begreift nachgerade auch ein Corporalsverstand.

— Der österreichische Reichsrath macht leiblich gute Miene zum bösen Spiel und verspricht, das unvermeidliche Ja! zu der politischen Zweitheilung des Reiches ohne allzu schwere Selbstüberwindung herauszubringen. Nur der Finanzpunkt droht das Geschäft der Auseinandersetzung mit Ungarn einigermaßen zu gefährden, da man voraussetzen darf, daß die Magyaren sehr große Lust haben werden, die Ueberlegenheit ihrer Stellung nicht bloß zu gebrauchen, sondern auch zu mißbrauchen, um ihren Antheil an den gemeinschaftlichen Lasten so klein wie möglich zu machen. In Geldsachen aber hört auch die österreichische Gemüthlichkeit auf.

Die Tschechen thun Alles, um ihre Sache in Wien vollends zu verspielen. Dem kindischen Trotz der Wahlenthaltung ist eine noch unflugere Herausforderung der österreichischen Staatsgewalt, durch Beschickung des Moskauer Slavencongresses, gefolgt. Daß die namhaftesten Männer des ganzen Tschechenthums, daß Palatzky, Brauner und Rieger sich persönlich eines so groben Mißgriffs schuldig gemacht, muß den dadurch hervorgebrachten Eindrücken eine besondere Schärfe geben. Zugleich liegt darin ein neues Zeugniß von der politischen Bodenlosigkeit des ganzen tschechischen Wesens, das, ganz nach polnischer Art, bald rechts, bald links, heute in der Revolution, morgen in der Aristokratie, am nächsten Tage in dem büreaukratischen Regiment, oder im Pfaffenthum, und endlich in einem auswärtigen Despotismus seine Stütze sucht. Von einem solchen Gebahren kann nichts kommen, als der einzige Ruin, bei welchem in diesem Falle die europäische Zukunft wahrhaftig nichts verlieren wird. Um mit einer Voraussagung zu schließen, gegen deren Fehlschlagen der tschechische Schwindelgeist vollwichtige Bürgschaft leistet, wollen wir hinzufügen, daß die Rieger und Palatzky das Verdienst der vom Kaiser Alexander erlassenen Amnestie unfehlbar für sich in Anspruch nehmen werden, obgleich sich deren auf Paris berechneter Zweck mit Händen greifen läßt.

Der Neuliberalismus.*)

II.

N Das Voranstellen der nationalen Aufgabe, sagten wir, sei nicht das Einzige, was die Nationalliberalen von der Linken unterscheide, vielmehr komme darin nur ein allgemeinerer Gegensatz zwischen beiden zum Ausdruck, der sich auch auf die Behandlung der Freiheitsfragen erstrecke. Bevor wir diesen Gegensatz aufsuchen, halten wir es für nöthig, an unsere Verwahrung zu erinnern, bezüglich des heutigen Charakters und Personalbestands beider Parteien, oder vielmehr Richtungen. Denn beide sind erst auf dem Wege, sich zu bestimmten scharfumgrenzten Parteien zu entwickeln: die Nationalliberalen vorwärts zu derjenigen, welche wir Neuliberalismus nennen, die Linke rückwärts zum alten Radikalismus, oder der reinen, unverthalben auch „belligen" Demokratie. Sehen wir nun aber die Personen an, aus denen zur Zeit die Linke besteht, so zweifeln wir doch sehr, ob dieselben insgesammt gesonnen sind, unter dem Banner „Nein!" in alle Zukunft die Pfade der „Zukunft" zu wandeln. Umgekehrt haben die Nationalliberalen, wie sie auf dem Reichstag zusammenstanden, neben einem sehr gediegenen Kern, doch auch einige weniger feste Anhängsel gehabt, die späterhin vielleicht, von rechts oder von links her stärker angezogen, sich wieder ablösen. In den weiteren außerparlamentarischen Kreisen vollends ist die neue Gruppirung noch nicht über die ersten Anfänge hinaus gekommen.

Jenen Gegensatz nun, es würde viel zu weit führen, ihn hier in seinen tieferen Wurzeln verfolgen zu wollen, wie weit er sich auf eine Verschiedenheit der Grundsätze und letzten Ziele, der Bildungsart, der Weltanschauung u. s. w. zurückführen mag. Wir sind zwar nicht im Mindesten der Meinung des seligen Dr. Stahl, daß der Liberalismus nichts sei, als ein inconsequenter Radikalismus; es trifft das höchstens auf die jetzt so ziemlich veraltete französische Ausgabe des Liberalismus zu. Und es würde nicht schwer sein, im innersten Kern und Wesen beider, namentlich in ihrem Freiheitsbegriff, einen durchgreifenden Unterschied nachzuweisen. Indeß haben wir ein weit näher liegendes, aus der heutigen Lage sich von selbst darbietendes Merkmal für die Unterscheidung an der Hand.

Es ist neulich von uns darauf hingewiesen worden, daß durch die Blut- und Eisenkur am Leibe Deutschlands auch die Lage und Laune der nationalen Politiker erheblich verbessert werden mußte. Aber wir haben dabei keineswegs die Kehrseite der Medaille vergessen. Wir wissen nur zu gut, was es bedeuten will, daß besagte Kur gerade von Dr. Bismarck und Collegen gemacht wurde. Daß es nicht die Initiative des Volks, nicht eine liberale preußische Regierung, sondern das dieses Ministerium gewesen ist, welches, obendrein unter den lebhaftesten Versuchen unserseits, ihm in den Arm zu fallen, das Messer geführt hat; das ist unläugbar eine sehr leidige, sehr unbequeme, sehr widersorstige Thatsache für uns Liberale. Aber es ist eine Thatsache, und wir mußten und müssen mit ihr rechnen. Es wäre denn, daß wir gänzlich verzichteten, auf die Weiterführung und Vollendung des Werkes irgend welchen Einfluß zu gewinnen. Wir können uns dabei immerhin sagen, daß dasselbe ohne unsere Mitwirkung ebenso wenig zu einem glücklichen Ende gebracht werden kann, als es ohne unsere moralische Vorarbeit einen so glücklichen Fortgang bis hieher genommen hätte. Aber nicht erwarten und verlangen können wir, daß für seinen Ausbau unsere Wünsche und Pläne die ausschließlich maßgebenden sein sollen.

Gerade dies Rechnen aber, diese praktische Anerkennung der Thatsache, daß die gegenwärtige preußische Regierung eine weit bedeutendere Kraft entwickelt hat, als man ihr zutrauen wollte, und daß sie es verstanden, diese Kraft im Interesse der nationalen Sache zu verwerthen: dies ist es im Grunde,

*) Im vorigen Artikel sind ein paar sinnverdunkelnde Druckfehler stehen geblieben: S. 831 Sp. 1 Zeile 12 von oben muß es, statt Liberaler, heißen „Nationalliberaler", drei Zeilen weiter, statt gesunder, „gesinnter", und Sp. 2 Zeile 7 von unten ist zu lesen: „es ist nur zu konstatiren, daß hierin allerdings" u. s. w.

Digitized by Google

was den eigentlichen Kern der gegen die Nationalliberalen von der Linken erhobenen Vorwürfe ausmacht. Nach ihrem Sinne wäre es die einzige, eines freisinnigen Mannes würdige, Politik, zu thun, als ob zwischen den zwei letzten Frühlingen Nichts vorgefallen, was der Rede werth, oder als wäre, was geschehen, doch eigentlich von uns ausgegangen und hätten wir daher den alleinigen Anspruch, über die erzielten Früchte zu verfügen.

Kurz, es ist, ganz allgemein, die größere Achtung vor den Thatsachen, welche den Liberalismus im Gegensatz zum Radikalismus kennzeichnet. Den Thatsachen „Rechnung zu tragen", gilt letzterem von vornherein für schwachmüthig und unmännlich. Gewiß, es ist ganz in der Ordnung, sich nicht imponiren zu lassen durch Thatsachen, durch Scheinschlechtweg, aber etwas Anderes ist es, der in ihnen waltenden Vernunft gerecht zu werden. Dem idealistisch angelegten Deutschen fällt das nicht leicht; von Haus aus ist ihm, wie Ruge einmal in der Paulskirche proklamirte, „eine Thatsache Nichts, ein Prinzip Alles", das wird noch heute der ungefähre Standpunkt Jacoby's sein. Der Radikalismus verkennt jedoch nicht bloß das, wenn auch oft sehr einseitige, Recht der einzelnen historischen Thatsachen, sondern auch diejenigen thatsächlichen Bedingungen der Verwirklichung seiner Ideale, welche bleibender und allgemeiner Natur sind.

Eine Thatsache der Art ist es z. B., daß die Freiheit, dies hehre Ideal, sich mit Nichten in die Luft bauen läßt, daß man einen bestimmten Staat, mit bestimmten geschichtlichen Grundlagen und bestimmten unantastbaren Lebensbedingungen dazu haben muß. Der Radikalismus fragt darnach Nichts; das theoretische Freiheitsideal, das er im Kopfe hat, muß verwirklicht werden, auch wenn ein Staat, der den Namen verdient, gar nicht da ist — der Fall der süddeutschen Demokratie. Aber nicht viel weiser, als die schwäbischen Radikalen, sind diejenigen ihrer preußischen Gesinnungsgenossen, welche jetzt plötzlich partikularistische Saiten aufziehen, und lieber auf den Aufbau des deutschen Staates verzichten, als ein, wenn auch nur vermeintliches, Opfer an preußischen Freiheiten bringen wollen. Sie vergessen, daß auch Preußen, als solches, kein ganzer Staat ist, daß auch die preußische Freiheit ungesichert bleibt, so lange die deutschen Kräfte nicht in geschlossener Einheit zusammengefaßt sind, schon deßhalb, weil so lange immer ein Uebermaß militärischer Anstrengung nöthig sein wird, kurz, daß die Gründung des einzigen ganzen und wahren Staats, den Deutschland haben kann, des deutschen Nationalstaats, die unerläßliche Vorbedingung ist auch für die ganze und wahre deutsche Freiheit.

Indessen, es war bisher immer nur vom Liberalismus im Allgemeinen die Rede; aber worin besteht das Charakteristische unseres Neuliberalismus, verglichen insbesondere mit seinem etwas schwächlichen älteren Bruder? Ein Hauptunterschied ist schon erwähnt: vor 1866 war es nicht sowohl Schuld, als Schicksal der liberalen Politik, unfruchtbar zu sein, verständige Mäßigung, Billigkeit, „Rechnungtragen", umsonst zu erschöpfen. Nicht dadurch haben sich z. B. die „Gothaer" 1850 und sonst compromittirt, daß sie überhaupt Compromisse eingingen, sondern, daß alle ihre Nachgiebigkeit doch zu Nichts führte, daß sie mit einer Regierung sich verglichen, von der man wissen konnte, ja wissen mußte, daß sie doch weder den ernstlichen Willen noch die Kraft hatte, die angenommene Verfassung nur auch zu halten und durchzusetzen. Und es war kein Wunder, daß der Charakter einer Partei, die Jahr aus und Jahr ein zu einer solchen Dulderrolle verurtheilt war, an Initiative und praktischer Energie mehr und mehr einbüßte. —

Indessen, auch sonst ist der heutige Liberalismus ein anderer als sein Vorgänger. Er unterscheidet sich von diesem, ohne sein Verdienst, aber sehr zu seinem Vortheil, zuerst ganz einfach dadurch, daß er das höchst lehrreiche Praktikum der Erfahrungen der letzten zehn Jahre durchgemacht, vom Radikalismus sodann dadurch, daß er in dieser Schule Etwas gelernt hat, und von beiden endlich dadurch, daß er, in Folge von Alledem, bedeutend weniger doktrinär ist. Doktrinär war der ältere Liberalismus in hohem Grade, wenn auch immer noch weniger, als es der Radikalismus, bei allen seinen Sphärereien über die Professoren, von jeher gewesen ist; die größere historische Bildung, durch die er sich vor diesem auszeichnete, dem die Geschichte ein Greuel und Scheuel ist*), vermochte ihm nicht die unmittelbare Erfahrung zu ersetzen. So lange diese fehlte, konnte man, mit den besten Grundsätzen über Realpolitik, doch realiter immer nur eine sehr idealistische, d. h. die gegebenen Kräfte und ihr wirkliches Werthverhältniß total verkennende Politik treiben. In der Art besonders, wie der frühere Liberalismus die konstitutionelle aller Staatsform und die Stellung seiner Partei, der Partei des Bürgerthums, zu den übrigen Faktoren, zur Aristokratie wie zur Demokratie verstand, war immer noch zu viel Schablonenhaftes, Ausschließliches, zu viel Französisches — doch, wir müssen uns versagen, auf diese Dinge näher einzugehen.

Die Umwälzung der Parteiverhältnisse auf dem nationalen Gebiete, wäre es möglich, daß sie ohne alle Rückwirkung bliebe, auf die freiheitlichen Angelegenheiten, und zwar, trotz des Machtzuwachses, den sie unmittelbar der Regierung eingebracht, ohne alle günstige Rückwirkung: dann aleidings würde auch der heutige Liberalismus bald genug in die kläglichste Zwiespältigkeit den alten hineingerathen. Er würde vergeblich suchen zu vermitteln, wo es Nichts zu vermitteln gibt, so lange die kämpfenden Gegensätze noch absolut sind, einander unbedingt ausschließen. Lassen wir dahin gestellt, ob diese Unbedingtheit nicht schon vor 1866 ein bloßer, durch Leidenschaft und Befangenheit von hüben und drüben erzeugter Schein gewesen ist (denn wie hätte sonst „dieses Ministerium" diese That thun können?); jedenfalls existirt sie heute nur noch in der Einbildung der Radikalen. Diese würden allerdings ihrer besten Waffe beraubt, wenn sie die Regierung und ihre Partei nicht mehr als die hinterlistige Todfeindin aller und jeder Volksfreiheit darstellen könnten, mit deren Vertretern ein liberaler Mann kaum auf menschlichem Fuße verkehren dürfe, ohne sich gröblich zu verunreinigen. Nach ihren Prophezeihungen wäre die Abschaffung der preußischen Verfassung das Erste gewesen, was, nach Königgrätz, die Regierung hätte thun müssen; statt dessen kam sie um Indemnität ein. Und so eben lesen wir, daß bei der Abstimmung über den Oberg'schen Fall ein großer Theil der Conservativen gegen das Ministerium gestimmt hat. Kurz, die Gemeinsamkeit auf dem einen Gebiete schlägt Brücken auch für das andere . . . .

Weit entfernt sind wir bei Alledem, zu glauben, daß der Kampf um die Freiheit von nun an weniger Anstrengung und Ausdauer, als vorher kosten werde. Jeder Fußbreit Bodens, den wir erkämpfen wollen, wird uns, nach wie vor, mit äußerster Hartnäckigkeit vom Gegner streitig gemacht werden. Auch das beweist u. A. der Fall Oberg, daß sogar die allerersten Elemente der Verfassungsmäßigkeit noch nicht sicher sind, von „diesem Ministerium" — denn hier ist es ganz „dieses" — mit Füßen getreten zu werden. Aber die Taktik des Kampfes wird für die neuliberale Partei, den veränderten Umständen entsprechend, eine andere sein müssen, während die Linke augenscheinlich gesonnen ist, an der früheren festzuhalten. Und damit kommen wir zu der Hauptrücksicht, die einer Wiedervereinigung der beiden Parteien für die Zukunft im Wege steht. Woran sich noch ein paar Worte knüpfen mögen über die Frage, was denn, bei diesem Stand der Dinge, aus dem Nationalverein werden soll, der ja doch der Anno 1859 geschlossenen Verbindung beider sein Dasein verdankt?

*) In Folge dieser unbegreiflichen Abneigung wohl, gibt es in Deutschland auch keinen einzigen radikalen Geschichtschreiber, nicht einmal dritter Klasse. D. H. (Gustav Struve? D. H.)

Preußische Landtagsbriefe.

III.

Berlin, 1. Juni. Mit 277 gegen 93 Stimmen wurde gestern am 31. Mai im Abgeordnetenhause die Verfassung für den

Digitized by Google

norddeutschen Bund in zweiter Lesung angenommen. Wie es zu erwarten war, ist das Stimmenverhältniß fast ganz dasselbe geblieben, wie bei der ersten Lesung (276 gegen 91). Die nach derselben eingelaufenen Petitionen gegen die Annahme der Verfassung tragen nur 1309 Unterschriften, darunter 1070 aus Berlin, — in der That ein sehr winziges Resultat einer geräuschvollen Agitation, welche unwiderleglich dartun sollte, daß das Volk die Verfassung nicht wolle. Nur wenige, sehr wenige Abgeordnete haben blindlings auf den Zopf angebissen, den ihnen „Tante Voß", im schönen Bunde mit dem Abg. Michelis (Allerstein), in dem Oberg'schen Falle vorbielt. Nur von einem einzigen habe ich das bestimmt erklären hören. Die „entschiedene" Presse wird daraus, mit gewohnter Logik und Bescheidenheit, den Schluß zu ziehen nicht ermangeln, daß ihr die Zukunft — und nicht bloß die Jacoby'sche — gehöre, und daß das Vaterland noch nicht ganz verloren sei, weil es noch Männer zählte, die nicht fürchten, sich durch ihr verneinendes Votum lächerlich zu machen, wie die dissentirenden Republikaner in Hamburg es thaten. —

Die Opposition hatte den schon in erster Lesung eingebrachten Antrag Waldeck-Hoverbeck-Virchow und Gen., der die Ablehnung der Verfassung weitläufig durch Aufzählung aller wirklichen und eingebildeten Mängel und Gebrechen derselben motivirte, nochmals eingebracht, und die Herren Waldeck, Virchow und der unvermeidliche ultramontane Komiker Michelis ließen es sich nicht nehmen, denselben nochmals mit den grellsten Farben zu illustriren. Heute erst, behauptete der Abg. Waldeck, werde die preußische Verfassung, welche durch alle Revisionen in ihren Fundamenten nicht angetastet worden sei, feierlich zu Grabe getragen, und die Lösung der furemburger Frage, wegen deren er übrigens in keiner Weise einen Krieg herbeigeführt wünschen möchte (sic!), beweise deutlich, daß Europa auf die durch den norddeutschen Bund verstärkte Macht Deutschlands gar keine Rücksicht nehme. Die ganze europäische und außereuropäische Presse muß darnach mit seltsamen Illusionen behaftet sein. Die Abgeordneten Virchow und Michelis versicherten nochmals, daß die deutsche Einheit nur ein Opfer an Staatssouveränetät, aber nicht an Volksrechten, gestatte und erfordere (wenn wir sie nämlich allein zu machen hätten), und daß die Annahme der neuen Bundesverfassung ganz „unmöglich" sei, weil sie zwar sehr entwickelungsbefähigt, aber nicht entwickelungsfähig sei, und weil der Eid auf die preußische Verfassung die Annahme nicht gestatte (!). Die Abg. v. Hennig und Twesten (als Referent) wiesen nochmals diese oft gehörten übertriebenen Ausstellungen an der neuen Verfassung und die nicht minder oft gehörten und noch viel unbegründeteren Vorwürfe der Schwäche und Inconsequenz gegen Diejenigen, welche die Verfassung annehmen würden, zurück, und dann schritt das Haus zur Abstimmung, welche, nachdem der Antrag der Linken mit großer Mehrheit abgelehnt war, das oben gemeldete Resultat hatte.

Ein näheres Eingehen auf die Debatte würde nur Wiederholungen bringen können. Nur einen Einwurf gegen die Bundesverfassung will ich hervorheben, weil er die perfide Art der Agitation kennzeichnet, welche die „entschiedene" Presse gegen dieselbe führt. Tagtäglich wird in diesen Blättern als „ganz unzweifelhaft" behauptet, daß durch die Annahme der Bundesverfassung die in der preußischen Verfassung garantirten Grundrechte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Nun bedarf es zwar für jeden Menschen, der beide Verfassungen gelesen hat, gar keines Beweises dafür, daß der Mangel der Grundrechte in der Bundesverfassung zwar für einzelne Bundesländer, wie Mecklenburg, die unangenehme Folge einer noch längeren Entbehrung derselben hat, daß aber die in Preußen und anderen Bundesländern bestehenden Grundrechte dadurch durchaus nicht berührt werden. Aber diese Presse rechnet eben auf Diejenigen, welche eher auf eine tönende Phrase hören, als daß sie sich die Mühe geben, selbst die Verfassungen zu lesen — und die Zahl dieser Leute ist, auch in den gebildeten Kreisen, leider viel größer, als man gewöhnlich annimmt. „Und außerdem, sagt die pfiffige „Volkszeitung", hat ja die „national-liberale Weisheit" sogar den Antrag der preußischen Volksvertretung an der Kriminal-Gesetzgebung dem Reichstage geopfert, obgleich es „ganz klar" ist, daß dieser reaktionär sein und „natürlich", so schnell wie möglich, die Grundrechte auf dem Wege der Kriminal-Gesetzgebung beseitigen wird! So verlästert dieses Blatt, welches angeblich für den Bundesstaat, für den Constitutionalismus und sogar für das allgemeine Wahlrecht schwärmt, die Grundbedingungen und die nothwendigsten Voraussetzungen von allen dreien. Das Geheimniß soll allerdings noch entdeckt werden, durch welches in einem constitutionellen Staatswesen der Wahlsieg den Liberalen für ewige Zeiten garantirt und die Schädigung der liberalen Sache, durch jeweilige reaktionäre Majoritäten, unmöglich gemacht wird. Wir haben das ja leider in Preußen durch die Revisions- und Landraths-Kammern in den fünfziger Jahren, zum schweren Schaden unseres Verfassungslebens, gesehen. Aber ich möchte doch bezweifeln, ob selbst die „Volkszeitung", so viel Verkehrtheit und Verbissenheit man ihr auch zutrauen darf, sich zu der Ansicht bekennen sollte, es sei besser gewesen, damals die ganze Verfassung in die Plunderkammer zu werfen. Genau so liegt der Fall jetzt. Wer ein auf Volkswahlen beruhendes politisches System will, der muß auch die Chancen der Wahlen hinnehmen, weil jenes ohne diese nicht zu denken ist. —

Gleiche Ursachen haben überall gleiche Wirkungen. Wie bei uns, so beschwört auch in Ungarn ein kleines Häuflein vertrefflicher aber übel berathener Männer eine ganze Nation, zu erwachen aus dem unfeligen Taumel, in welchem sie ihre Freiheit, ihr Recht, ihre Macht und ihre Ehre zu opfern im Begriffe sei, während diese ganze Nation der freudigen Hoffnung lebt, sich in einem organischen Entwicklungsproceß zu befinden, der eine schönere, von den Schlacken der Gegenwart gereinigte Zukunft heraufführen werde. Welche Aehnlichkeit in der Auffassung der Gegenwart, ja in den einzelnen Redewendungen zeigt der Brief Kossuth's an Deak mit den Anklagen der Waldeck, Schulze, Virchow ꝛc. gegen die National-Liberalen, deren Anschauungen über die Bedeutung und den Werth der gegenwärtigen Entwickelungs-Phase die deutsche Emigration und die europäische und außereuropäische, freundlich oder feindlich gesinnte Presse doch fast ausnahmslos theilt! Nun, über diese Schrullen, über diese schwarzgallige Verbitterung, über diesen pessimistischen Drang zu Kassandrischen Weissagungen wird uns der weitere Verlauf der Dinge schon hinwegbelfen. Das Herrenhaus hat heute bereits die Verfassung für den norddeutschen Bund in erster Lesung angenommen und wird nach 21 Tagen ohne allen Zweifel dieses Votum widerholen. Das Jauchzen über die Vernichtung des Liberalismus und Konstitutionalismus durch die neue Ordnung der Dinge und die Art ihrer Herbeiführung, mit welchem die Kleist-Retzow und der kleine Rest des „entschiedenen" und des „konsequenten" Junkerthums ihren Groll betäuben möchten, bleibt ihnen in der Kehle stecken. Sie haben eben mit Ingrimm „ihren Lauch essen" müssen, und man kann ihnen zugeben, daß auf ihrem Standpunkte ihr bitterer Groll viel berechtigter ist, als der der Fortschrittspartei. Aber auch diese wird doch, da nun in wenigen Wochen die Bundesverfassung Gesetz des Landes sein wird, sich nothwendig auf den Boden der Thatsachen stellen und auf diesem den weiteren Kampf für die Freiheit des Volkes wieder aufnehmen müssen, wenn sie sich nicht wieder thatlos, resignirt und verdrießlich in den Schmollwinkel stellen und die weitere Entwickelung einfach ignoriren will. Ich habe noch nicht gehört, daß ernsthafte Männer an die Wiederholung dieses schwersten aller politischen Fehler denken. Um so unbegreiflicher erscheint es, wie diese Männer es jetzt noch über sich gewinnen können, die Bundesverfassung und den Bund als äußerst gefährlich für Recht, Freiheit und Einheit und als äußerst gleichgültig für die Macht und das Ansehen des Vaterlandes hinzustellen. Ein geeigneteres Mittel, den Muth, die Ausdauer und die Lust am Kampfe im Volke zu schwächen, und also künftige Niederlagen der eigenen Partei vorzubereiten, soll noch erfunden werden. Und diese Männer

Digitized by Google

rühmen sich, die Verhältnisse klar und unbefangen aufzufassen und frei zu sein von Leidenschaftlichkeit und von Illusionen! —

Darin liegt eben der Hauptunterschied zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalen. Indessen die persönliche Gereiztheit, die ja allerdings unter langjährigen Kampfgenossen bei einer plötzlich eintretenden tiefen Meinungsverschiedenheit über die künftige Taktik sehr erklärlich ist, wird hoffentlich mehr und mehr schwinden, und es wird gelingen, ein freundliches Verhältniß zwischen den beiden großen Fraktionen der liberalen Partei herzustellen — trotz des gehässigen, auf Rechnung der Fortschritts-**Partei** verübten Treibens des mehrfach bezeichneten Theils der Fortschritts-**Presse**, deren Ungezogenheiten, Verleumdungen und Bornirtheiten übrigens von einsichtigen Führern der Partei selbst desavouirt werden, — wenigstens wenn man sie darauf anspricht. Aber ein Zusammengehen bei den nächsten Wahlen scheint darum doch unthunlich, und es liegt wohl auch im Interesse der liberalen Partei selbst, daß jede der beiden Fraktionen selbstständig vorgeht, um sich nicht, wie bisher, durch die stete Nothwendigkeit neuer Kompromisse, zur Verklitterung neuer Meinungsverschiedenheiten, innerlich selbst zu schwächen und zu lähmen. Der Unterschied liegt mehr in den verschiedenen Temperamenten, als in den verschiedenen Prinzipien. Die Nationalen wollen nicht bloß anklagen und übellaunig bei Seite stehen und noch weniger verzweifeln; sie vertrauen auf das Volk und wollen mit ihm rüstig arbeiten und mitschaffen an dem sich vollziehenden großen Werke der deutschen Einheit. Sie meinen, die Zeit des bloßen Negirens sei nach Königgrätz und seinen Folgen unwiederbringlich dahin; jetzt gelte es, die Resultate aus dem Geschehenen zu ziehen und zu sichern, und vor Allem, sich nicht dem gefährlichen Irrthum hinzugeben, als hätten die Männer des Volkes sich nur um die **Freiheit** zu kümmern, weil die Regierungen die **Einheit** von selbst machen würden. In diesem Irrthum wurzelt auch die thörichte Einbildung, daß die deutschen Regierungen, nach Ablehnung der Bundesverfassung, eiligst eine viel freisinnigere vorgelegt und nicht vielmehr **ihrem** Einheits-Bedürfniß durch Militär-Konventionen genügt haben würden, welche freilich die pessimistische Verbitterung in unglaublicher Verblendung für ganz gleichbedeutend mit der Bundesverfassung erklärt. In jenem Sinne wird die national-liberale Fraktion, deren schon angekündigte lithographische Korrespondenz in diesem Moment erscheinen wird, wo möglich in Verbindung mit hervorragenden Männern ihrer Richtung in den alten und neuen Provinzen, demnächst mit einem **Programm** hervortreten, um in der allgemeinen Zerfahrenheit einen Mittelpunkt zu bieten und aus den Trümmern der Vergangenheit eine neue Partei zu sammeln und zu organisiren. Freilich hat jedes Programm in einer werdenden Zeit, wo sich Alles im Fluß befindet, seine Bedenken und seine Unzuträglichkeiten; aber **hier** ist es eine unabweisbare Nothwendigkeit bei den **bevorstehenden neuen Reichstagswahlen**, die nach sicheren Nachrichten spätestens im Laufe des August und vielleicht schon, zum Zweck der Ueberraschung, im Juli ausgeschrieben werden sollen, wornach sich allseitig zu richten und vor Schaden zu hüten! Es ist für die Nationalen um so nothwendiger, offen und klar über ihre Wege und ihre Ziele zu reden, als die ganze etwa vorhandene Organisation im Lande noch auf den Namen der Fortschrittspartei geht und von radikalen Agitatoren von Einfluß und Rührigkeit vielfach nach besten Kräften und ohne allzugroße Skrupulosität gegen die Nationalen ausgebeutet wird. —

Was soll ich noch über den **Oberg**'schen Handel sagen, dessen Gesetzwidrigkeit nur von seiner Nutzlosigkeit übertroffen wird? Man hielt es bei der ersten Verhandlung darüber für ein Unglück, daß der Justizminister von **Niemanden** unterstützt und vertheidigt wurde, weder am Ministertische, noch im Hause, selbst nicht von Hrn. **Wagener**. Jetzt hält man es für noch schlimmer, daß er diesmal von Hrn. v. Gerlach vertheidigt wurde, der mit seinem Onkel Rundschauer **jede** Verfassungsverletzung an **sich** für einen Beweis staatsmännischer Weisheit und Tugend hält, und dabei ihm Hr. **Hauschteck**, mit dem blinden Eifer eines Staatsanwalts, der seinen Chef in der Patsche sieht, zu Hülfe eilte mit dem ohne Zweifel inspirirten Antrage: in Erwägung, daß der Vorgang ungesetzlich sei, schleunigst ein Gesetz zu beschließen, welches derartige künftige Ungesetzlichkeiten gesetzlich mache — ein Antrag, den der Justizminister anzunehmen sich bereit erklärte! Die eigentliche Rechte und die stimmberechtigten Minister stimmten schweigend für dieses unglaubliche staatsanwaltliche Machwerk, ohne mit Worten für den Justizminister einzutreten, dem der Abg. **Aßmann** mit Nachdruck seinen Standpunkt klar machte. Wie zu erwarten, bleibt der Minister; ein amtliches Desavouiren seiner neuen Lückentheorie, die er freilich abzuschwächen suchte, würde man an entscheidender Stelle für durchaus anticonservativ und unhollegialisch halten. Tante Voß und Konsorten reiben sich schmunzelnd die Hände und sagen, wie immer: „es geschieht den Nationalen schon Recht!" Aber, wie die luxemburger Frage dem Ansehen Preußens und dem Vertrauen zu seiner auswärtigen Politik geschadet hat, so raubt dieser **Oberg**'sche Konflikt die Hoffnung, daß das Kriegsbeil für lange Zeit zwischen Regierung und Volk begraben sei. Neue, nutzlose Konflikte, um eines Justizministers willen, wie Graf **Lippe**, — es wäre unglaublich, wenn man nicht ein wenig hinter die Koulissen sähe!

Die „Prov. Korr." behauptet, die Regierung besitze überführende Beweise für die von Hitzing aus angeblichtesten hochverrätherischen Umtriebe im Welfenlande; die Haltung der Presse und der Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit gestatte ihr aber, von außerordentlichen Zwangsmaßregeln abzusehen. Schön! Wenn sie Beweise für solche verrätherische Pläne hat, die leider nicht unmöglich scheinen, so hoffen wir, daß sie, neben aller Milde gegen die armen Bethörten, mit fester Hand in dieses junkerliche Wespennest greifen möge; aber den **Staatsgerichtshof** und den Hrn. **Stieber** hätten wir gern umgangen gesehen, und die sich so schnell als ungerechtfertigt und überflüssig erweisende Verhaftung zweier hannoverscher Bankiers, nach so pomphafter Ankündigung, ruft allerdings mannichfach unliebsame Erinnerungen an den Polenprozeß, den **präventiven**, im Volke wach.

Deutschland, Ungarn und Oesterreich.

Als im vorigen Jahre die deutsche Entwicklung sich zum Bürgerkrieg zuspitzte, wurde an dieser Stelle geäußert, daß jeder Sieg eine Niederlage sein werde.*) Die Nation ist nicht so unglücklich gewesen, diesen Satz vollständig an sich zu erproben und der rasche Zusammensturz der österreichischen Streitkräfte war eine der Hauptursachen, daß, trotz Aldedem, durch den Krieg die deutschen Geschicke in bessere Bahnen gelenkt worden sind. Es ist aber nicht blos Deutschland, dem dieser Ausgang des Kampfes zwischen Preußen und der habsburgischen Monarchie zugute gekommen ist; die Oesterreicher selber könnten versucht sein, zu sagen, daß für sie eine jede Niederlage des damaligen Regierungssystems ein Sieg gewesen sei.

Alte und neue Politiker haben die Lehre gepredigt, daß man innere Schäden nicht selten durch auswärtige Kriege zu heilen vermöge, aber der dabei zu Grunde liegende Gedanke ist doch gewöhnlich der gewesen, unruhige staatsgefährliche Elemente, die überschüssigen im Innern nicht zu verwendenden Kräfte im Sturm und Krieg zu verwerthen. Wir haben darin die auch bei den älteren Aerzten so hoch angesehene Theorie vom gesunden Aderlaß, übertragen auf das politische Gebiet. In anderer Weise heilt wohl eine auswärtige Kriegsgefahr innere Schäden dadurch, daß sie streitende Parteien zur Eintracht zwingt und so durch den Krieg der Friede dem Vaterlande geboten wird. In der neuesten Zeit hat aber die Nützlichkeit der Kriegsverleihnisse einen etwas andren Charakter angenommen. Für Preußen hat sich allerdings die aus-

*) Was das Blatt, welchem wir diesen Aufsatz entlehnen, hier von sich selbst aussagt, gilt auch von dem „Wochenblatt des Nationalvereins", dessen einschlägiger Aeußerungen sich vielleicht der eine oder der andere unserer Leser erinnern wird. D. H.

Digitized by Google

wärtige Verwickelung als heilsam für den inneren Frieden gezeigt, aber im benachbarten großen Kaiserstaat ist es nicht der Krieg, sondern sind es die Niederlagen gewesen, welche jetzt die Liberalen Oesterreichs und die Freunde einer nachbarlichen Allianz zwischen einem freien Oesterreich und einem freiheitlich geeinigten Deutschland mit frischen Hoffnungen erfüllen. Vorher hatte das heranziehende Kriegswetter die ganz entgegengesetzte Wirkung geäußert. Die Hofkamarilla, mit und ohne Soldatenrock, die burenkratische Reaktion und die ultramontane Pfaffenpartei, alle waren auf dem Hochpunkt ihrer Hoffnungen und in der stolzen Voraussicht dauernder Herrschaft, als der Krieg ausbrach. Die Liberalen, soweit sie sich den Blick frei erhalten hatten, begannen erst wieder Athem und Hoffnung zu schöpfen, als nach der Katastrophe von Königgrätz der Bankerott auch des österreichischen Heerwesens vor Augen lag und sie nach den schmerzlichsten Opfern erkannten, daß die Reaktion das Bürgerthum mundrodt gemacht, um doch nur eine geist- und kraftlose Soldatenmaschine aufzurichten, die beim ersten Anprall zusammenbrach. Es ist aber nicht das erstemal, daß gerade in Oesterreich die freisinnige Partei, die sich immer mehr mit dem angeerbenen Bürgerthume identificirt, auf politische und militärische Niederlagen des Staates warten mußte, ehe ihr Raum zur Arbeit gegeben ward. Schon der italienische Krieg von 1859 war hahnbrechend für die neue österreichische Verfassung gewesen, wenn auch der in der Wiener Hofburg umgehende Geist sich nicht auf lange bannen ließ und das alte Metternich'sche Recept, unter dem sicheren Dache staatlicher und kirchlicher Absolutie, die Nationalitäten und Nationalitätsstücke des Kaiserreichs gegen einander zu gebrauchen, bald wieder ins Leben gerufen ward. Die Zähigkeit der Ungarn und die preußischen Siege haben es jetzt dahin gebracht, daß das liberale Oesterreich wiederum zu Worte und, wie wir hoffen, auch zu Thaten kommt. Man kann sich darüber empörren, wenn Eigendünkel und Herrschlucht und die übrigen Mächte des Unheils so fest gewurzelt sind, daß es solcher Explosionen, die den ganzen Staat an den Rand des Verderbens bringen, bedarf, um sie aus dem Wege zu räumen, aber es giebt in Oesterreich wenig Politiker von freiheitlicher Gesinnung, welche nicht zugeben, der Bruchteil oben und unten hätten nur auf diese Weise die Augen geöffnet werden können.

Wir wissen recht wohl, daß einer großen Anzahl der Deutschen in Oesterreich die durch den Dualismus gewonnene Ausöhnung mit Ungarn gewichtige Bedenken erregt. Der Eine und Andere kann den Traum einer die ganze Monarchie beherrschenden, auf der Bildung und Intelligenz des deutschen Elementes beruhenden Bevorrechtung der Deutschen nicht aufgeben. Es ist dieß die durch die Erfahrung gründlich widerlegte Theorie der deutschen liberalen Zentralisation. Einzelne Stimmen betonen, daß man bei der dualistischen Gestaltung des Kaiserstaates die deutschen Bestandtheile Ungarns preisgebe, während eine dritte Partei, die gegenwärtig gerade sich lebhaft vernehmen läßt, die materiellen Einbußen fürchtet, welche die dualistische Scheidung auf den Ländercomplex dieseits der Leitha wirft. Mag auch die eine wie die andere der beiden zuletzt genannten Richtungen gute Gründe für sich anführen können, die große Mehrzahl der deutschen Politiker Oesterreichs erkennt an, daß die nöthigen Opfer gebracht werden müssen, und daß die Union mit einem selbständigen Ungarn doch auch wichtige Vortheile für die deutschen Länder des Kaiserstaates im Gefolge hat. Nur ein Kind wird glauben, daß der Herrscher von Oesterreich anders, als durch die Noth gezwungen, auf den constitutionellen Weg zurückgekehrt wäre, und daß es keiner zwingenden Gründe bedarf, um ihn demselben treu zu erhalten. Haben die preußischen Siege die Völker Oesterreichs von dem Alpdruck des absolutistischen Systems auf jeden Fall für die nächste Zeit befreit, so ist es das in sich gekräftigte konstitutionelle Ungarn, welches der dauernden Geltung liberaler Prinzipien im Kaiserstaate zum Rückhalt dient. Man kann nicht auf der einen Seite den Flusser konstitutionell und auf der anderen absolutistisch regieren. Gelingt es den ungarischen Staatsmännern, zu denen der politisch gebildete Theil ihrer Nation mit thatkräftigem Vertrauen aufblickt, das konstitutionelle parlamentarische Regiment bei sich zu befestigen, so ist damit auch einem liberalen Systeme in den Händen des gebildeten Bürgerthums der übrigen Monarchie eine dauerhafte Grundlage gegeben.

Die deutschen Kronländer haben aber noch einen weiteren Grund, die selbständige Haltung Ungarns auf ihren Interessen forderlich anzusehen. Von dem Augenblicke an, wo die Magyaren durch die Wiederaufrichtung ihrer Verfassung und well man sie Herrn im eignen Hause sein läßt, befriedigt sind, lösen sich, aber, wie man jetzt schon sagen kann, haben sich gelöst die Bande, welche das gemeinsame Mißtrauen gegen unberechtigte Forderungen des deutschen mit der Reaktion verbundenen Elements zwischen den Ungarn und den andern nichtdeutschen Stämmen Oesterreichs geknüpft hatte. Die Magyaren haben durchaus keinen Grund, es nicht zu wünschen, daß die deutsche Bildung in den übrigen Kronländern ihren vollen, auf der eignen Kraft beruhenden Einfluß äußert. Es handelt sich nicht um irgend gewaltsame Germanisirung, sondern um freie gleiche Bahn für Alle. Wie weit alsdann die ruthenische, slovakische und sogar auch die tschechische Nation es in diesem friedlichen Wettstreit mit den Oesterreichern deutscher Nationalität bringt, wird man ruhig abwarten können.

Darf man demgemäß in dem siegreichen Angange des ungarischen Verfassungskampfes, sowohl für den Liberalismus als das Deutschthum im übrigen Oesterreich, eine glückliche Wendung sehen, welcher der unglückliche Ausgang des Krieges zum völligen Durchbruch gedolfen hat, so muß auch für das Verhältniß des Kaiserstaats zu dem sich gegenwärtig aufbauenden deutschen Staate der berechtigte Einfluß der Magyaren auf die auswärtige Politik Oesterreichs segensreiche Wirkungen äußern. Die nationale Partei in Deutschland hat, seitdem sie zuerst durch den Mund Paul Pfizer's ihr Programm verkündigte und begründete, ein besonders enges Verhältniß mit dem freiheitlich reorganisirten Oesterreich als ein höchst wünschenswerthes, mit allen guten Mitteln zu erstrebendes Ziel bezeichnet. Der Widerwille gegen die unnatürliche Verbindung, welche, sowohl zur Reichszeit als in den Tagen des deutschen Bundes, den bisherigen österreichischen Mischstaat, oder vielmehr Mißstaat, an das eigentliche Deutschland knüpfte und weder hier noch dort das Vorwärtskommen gestattete, hat den deutschen Liberalismus niemals blind gemacht für das gegenseitige Bedürfniß. Die weiten Länder des Donauthales sind die natürlichen Absatzgebiete des deutschen Gewerbfleißes und begierig wartet das gedrarme, mit seinen ungehobenen Naturschätzen hilflose Reich auf die Zufuhr des deutschen Kapitals. Die deutsche und österreichische Politik für die Beziehungen zu Rußland und dem Orient haben ganz die gleichen Aufgaben und Ziele. Die Einsicht in diese handgreiflichen Wahrheiten und die Verfolgung der daraus sich ergebenden Lehren wurden einzig und allein dadurch gehindert, daß das Haus Habsburg und ein Theil der Deutschen in Oesterreich von den Traditionen der deutschen Kaiserherrlichkeit nicht lassen wollten, und Absolutisten und Pfaffen in und außer dem Reich ihr Bestes dazu thaten, diesen verderblichen Bahn zu fördern.

Gegen diese Irrlehren und Anachronismen aufzutreten und die ruhige Selbsterkenntniß zu kräftigen, welche in diesem Punkte jetzt bei den intelligenten Liberalen Steiermarks und der übrigen deutschen Kronländer im Wachsen begriffen ist, haben aber gerade die Ungarn das allergrößte Interesse. Die meiste Mühe machen ihnen die slavischen Bestandtheile und die nie ruhenden, wenn auch niemals zum Ziele gelangenden panslavistischen Pläne Rußlands, zu deren Förderung soeben in Moskau das Schanspiel der großen ethnographischen Ausstellung aufgeführt wird. Hier trifft ihr Interesse in einem Kardinalpunkte mit einer richtigen deutschen Nationalpolitik zusammen. Es ist nicht abzusehen, weßhalb Ungarn sich zu einem geeinigten deutschen Staate, der die feste Vormauer gegen das Slaventhum bilden würde, und im Bündniß mit einem freien Oesterreich die Nutze des Welttheils zu sichern

Digitized by Google

vermöchte, feindlich, ja anders als entschieden freundlich verhalten sollte. Die aufgeklärten Staatsmänner Ungarns haben die habsburgischen Träume niemals getheilt. Dem Lande, in welchem soeben die bedrückenden Protestantengesetze gefallen sind, kann ebensowenig mit dem Umsichwuchern des Ultramontanismus in Deutschland, als mit der Aufrechthaltung des Konkordats im übrigen Oesterreich gedient sein. Und die neuerliche Haltung der österreichischen Politik in der sich anspinnenden Verwicklung wegen Luxemburg, das Zurückdrängen von Preußen der Rache, mit deren Verwirklichung es hoffentlich doch nicht so leicht gegangen wäre, ist wohl zum nicht geringen Theile dem ungarischen Einflusse zuzuschreiben, wenn wir auch gerne annehmen wollen, daß Frhr. v. Beust zu viel gelernt und zu viel vergessen hat, um auf jenem Wege die Krönung seiner Laufbahn als Staatsmann zu erhoffen.

Der österreichische Reichstag wird bald zeigen, ob er ehrlich und ernst für die naturgemäßen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland eintreten will. Das bisher durch den Mund der Präsidenten Vernommene berechtigt zu den besten Hoffnungen; mögen diese zum Vortheil beider Reiche in Erfüllung gehen.

(Wochenschrift der Fortschrittspartei in Baiern.)

Ueberspannte Erwartungen.

A. C. Erlangen, 29. Mai. An die bevorstehende Reform der sozialen Gesetze (für Baiern) hüpfen sich nicht allein abergläubische Befürchtungen, sondern zuweilen auch abergläubische Hoffnungen, die zur rechten Zeit gedämpft werden müssen. Mag diese Reform so gründlich ausfallen, wie es irgend zu wünschen ist, so wird sie doch nicht die zauberhafte Wirkung haben, alle Schäden der bürgerlichen Gesellschaft zu heilen, die zumal auf der arbeitenden Klasse lasten. Sie gleicht einer ärztlichen Operation, die den Körper von künstlich aufgestapften Uebeln befreit, ohne dadurch die Krankheiten seiner natürlichen Organisation, die Verschiedenartigkeit zu hindern. Zur Ueberwindung der letzteren ist ein anderer Heilverfahren nöthig, und vollständig gelingt sie niemals. Unter jenen künstlich eingelumpten Uebeln sind diejenigen zu verstehen, welche die gegenwärtige Gesetzgebung dadurch fortwährend von Neuem hervorruft, daß sie der freien Entfaltung der wirthschaftlichen Kräfte, des Familien- und des Gemeindelebens Zwang anthut. Dieser Zwang soll beseitigt und die Freiheit des Gewerbsbetriebes, die Freiheit der Eheschließung, die Selbständigkeit der Gemeinde, innerhalb bestimmter Grenzen, hergestellt werden. Mit vollem Rechte verspricht sich die Freunde der Reform von solchen Neuerungen die wohlthätigsten Folgen, aber ein Zustand allgemeiner Glückseligkeit wird auch dann nicht eintreten; im Gegentheil: der falsche Gebrauch der neuerworbenen Freiheiten, an dem es nicht fehlen kann, wird neue Uebel erzeugen und an die Selbstthätigkeit der Einzelnen werden größere Anforderungen noch als zuvor, gestellt werden.

Die Freiheit der Verehelichung ist nun größten Werth für die Individuen sowohl, als für die Gesammtheit. Sie bringt ein menschliches Recht zur Geltung, das bisher in tausend Fällen den Gutwünschen der Gemeinden und Staatsbehörden preisgegeben war, minderte die Zahl der unehelichen Geburten, erweitert dagegen den sittlich und wirthschaftlich heilsamen Einfluß des Familienlebens, verbessert somit im Ganzen den Zustand der arbeitenden Klasse und erleichtert durchschnittlich, auch wenn sie eine rasche Zunahme der Bevölkerung nach sich zieht, die Lasten der Armenpflege. Aber eine Menge unsittlicher Geschlechtsverbindungen wird gleichwohl übrig bleiben und anderen sich werden leichtfertige Eheschließungen, die mit dem Ruin der Familie endigen, keine Seltenheit sein.

Durch die Freiheit des Gewerbsbetriebes und die mit ihr verbundene Freizügigkeit werden Kapital und Arbeit von einem schwer auf ihnen lastenden Druck erlöst; die ungehemmte Mitbewerbung kommt den Konsumenten und folglich, da Jedermann Konsument ist, dem Ganzen zu statten; zukünftige Krisen werden in Zaglichkeit gesetzt, die Betriebsamkeit steigert sich, mit ihr der Wohlstand. Aber diese Freiheit ist noch kein Universalmittel, das Wunder wirken könnte, wenn durch unglückliche Zufälligkeiten oder durch den Mangel an Bildung und Geschick, an zweckmäßigen Verkehrseinrichtungen, an einer guten Rechtspflege, das Ausbleiben der Fortschritte und der Handelsgewinne wird. Die Gewerbefreiheit zeigt auch zu unbefonnenen Unternehmungen und ist den Trägen und Unbefähigten verderblich.

Durch die Selbständigkeit der Gemeinden in den Dingen, die wirklich Gemeindesache sind, wird der Staatsallmacht eine Schranke gesetzt, die natürliche Mannichfaltigkeit der örtlichen Verhältnisse vor Nivellirung bewahrt, im Bürger und Bauer der Gemeinsinn, das Verständniß öffentlicher Rechte und Pflichten genährt. Aber diese unschätzbaren Vortheile einer freien Gemeindeverfassung entwickeln sich doch nur allmälig und müssen mit manchen Opfer erkauft werden; Unfähigkeit und Selbstsucht üben ihren schädlichen Einfluß und ohne Zweifel würde in vielen Fällen die vormundschaftliche Thätigkeit der Staatsbürokratie zu einer regelrechten und rascheren, oft auch zu einer zweckmäßigeren Erledigung der Geschäfte führen.

Man hüte sich also vor überspannten Erwartungen. Die Reform der sozialen Gesetze bringt uns einen großen Schritt vorwärts; doch läßt sie noch Vieles zu thun übrig. Sie macht uns das Leben nicht bequem, sondern fordert vielmehr vom Einzelnen und vom Staat gesteigerte Anstrengungen. Gerade diese Eigenschaft erhöht ihren Werth. Vor Allem drängt sie auf die Verbesserung des Schulwesens hin; ja, so lang diese nicht erfolgt ist, kann man überhaupt nicht sagen, daß die „soziale Gesetzgebung" in Baiern reformirt sei.

Aus Franken.

Bei uns ist es gegenwärtig in der Politik so recht „gemüthlich". Es geht wenig oder eigentlich nichts vorwärts, ohne daß man sagen kann oder will, wo es fehlt. Die liberalen Blätter suchen darzuthun, daß wir uns auf den neuen deutschen Bund anschließen müssen, die ultramontane Presse dagegen, besonders der „Volksbote", erschöpft sich in gemeinen und giftigen Hetzereien und Verdächtigungen gegen Preußen. Ueber dem Allem aber verfehlt uns unsere „Baierische Zeitung", daß der Gedanke eines Eintrittes in den Norddeutschen Bund nur in dem Kopfe dieses oder jenes Correspondenten existire; also bleibt es bei dem jetzigen Zustand. So unhaltbar dieser Zustand auf die Dauer auch ist, so glaube ich doch nicht, daß man bei uns eine lebhafte Agitation für den Eintritt in den Norddund erwarten darf. Nicht, als ob man gegen denselben eingenommen wäre. Im Gegentheil, ich glaube fest, daß in ganz Baiern die Mehrzahl dafür ist, sei es nun, daß man ihn wünscht, sei es, daß man ihn eben nur für ein Ding der Nothwendigkeit hält. Aber für's erste ist die öffentliche Meinung hier geworben durch den Ausgang des luxemburger Handels. Man hatte es sich gar nicht anders vorgestellt, als daß der angedrohte Kampf aufgenommen werden würde, denn einmal müsse es ja doch sein. Diesen Ausgang, wie er jetzt vorliegt, sucht sich Jeder zu erklären, so gut es gehen will; verstehen kann ihn Keiner. Aber man fürchtet, derselbe bedeute wenigstens soviel, daß der Einfluß Frankreichs viel größer ist, als wir wünschen können und als wir seit vorigem Jahre dachten. Man ist Alles gespannt auf den Erfolg der dahlichen und hessischen Bestrebungen für den Anschluß an Preußen. Werden die Hessen und Badener in den norddeutschen Bund aufgenommen, dann wird es sich bei uns sehr bald regen; werden dieselben aber, sei es unter welchem Vorwand es wolle, abgewiesen, dann wäre es nach meiner Meinung ein Glück für Baiern, so heißen, daß bei uns auch nur die geringsten Regungen für diesen Eintritt erfolgen werden. Wie die Mehrzahl unserer Landesvertreter gesinnt ist, das hat die Zuschrift an den Fürsten Hohenlohe gezeigt, zu der Zeit als ein Krieg mit Frankreich noch in Aussicht stund. Man sieht, daß hier viel guter Wille vorhanden ist, aber man muß bedenken, daß die Mehrzahl jener Männer aus ehemaligen „Großdeutschen" besteht, und wenn dieselben jetzt auch zum Theil einsehen und zugeben, daß ihre Ansicht auf einem Grundirrthum beruhte, so wäre es doch zu viel erwartet, wenn man von ihnen verlangte, in der entgegengesetzten Richtung selbstthätig aufzutreten. Die Fortschrittspartei allein aber wäre nach meinem Dafürhalten nicht stark genug, besonders den unermüdlichen Hetzereien der ultramontanen und radikalen Presse gegenüber, die eine abermalige Abweisung der Südbestrebungen ganz in ihrem Sinne ausnützen würde. Von den auswärtigen Einflüssen in unseren höheren Regionen gar nicht zu reden.

Literatur.

Geschichte der Türkei. Von Dr. G. Rosen. Zweiter Theil. (Vergl. Nr. 95 des Wochenblatts.)

Sechzehn Jahre war Abdulmedschid alt, als ihn der Tod des Sultans Mahmud 1839 auf den durch den Sieg Ibrahim Paschas bei Nisib bis in die Grundvesten erschütterten Thron seiner Väter berief. Seine Erziehung war die allgemeinhin bei Prinzen, und völlig unbrauchbar geblieben durch die Reformideen seines Vaters, so daß dessen kaum begonnenes Werk in den schwachen Händen der zu solcher Arbeit nicht im Mindesten vorbereiteten Sohnes und in der furchtbar zerrütteten Lage des Reichs, ebenso rasch wieder in Verfall zu gerathen drohete, als es entstanden war. Der Niederlage bei Nisib, welche die ganze Landmacht der Pforte nahezu vernichtet hatte, folgte die Auflösung der türkischen Flotte an Mehemed Ali durch den vom französischen Admiral Lalande begünstigten Verrath des Kapudan Pascha; diese Herr, ohne Flotte, ohne Geld sahen der junge Sultan dem rebellischen Vasallen von Aegypten auf Gnade und Ungnade preisgegeben. In der äußersten Verlegenheit griff der Divan zu einem Auskunftsmittel, welches in ähnlichen Fällen von mancher europäischen Regierung mit mehr oder weniger gutem Erfolg in Anwendung gebracht war; die hohe Pforte wurde liberal und verkündigte eine Verfassung.

Digitized by Google

Es handelt sich um den vielgenannten Hattischerif von Gülhane, in welchem, auf Betrieb des mit europäischen Ideen vertrauten Reschid Pascha, ein System von „Grundrechten" der Unterthanen des Sultans aufgestellt wurde. Der Hattischerif, mit großer Feierlichkeit am 2. Nov. ausgerufen und vom Sultan und den Großwürdenträgern des Reichs — ein bis dahin unerhörter Fall — öffentlich beschworen, versprach den Bewohnern des Reichs: Sicherheit des Lebens, der Ehre und des Eigenthums, billige und gleichmäßige Abgabenvertheilung, Beschränkung der Dauer der Kriegsdienstzeit auf 4—5 Jahre,*) Abschaffung einer Reihe gemeinschädlicher Mißbräuche, als da sind Monopole, Confiscationen, Verpachtung der Steuern. Der Hattischerif von Gülhone fand bei den Unterthanen der Pforte durchweg eine sehr günstige Aufnahme, und wirwohl natürlicher Weise die Ausführung seiner Verheißungen sehr weit hinter deren Wortlaut zurückblieb, so ist doch eine unläugbare Besserung desselben auf sehr weiten Gebieten der inneren Geschäfte wie türkischen Staatsverhältnisse unverkennbar.

Bei der Wiederaufnahme und Fortführung der Reformbestrebungen des verstorbenen Sultans, hatte Reschid Pascha wahrscheinlich weniger die Kulturinteressen des Landes selbst im Auge, als die Einwirkung auf die europäische Meinung, deren Beistand er für unentbehrlich hielt zur Herstellung der Türkei und ihren gegenwärtigen Nöthen und zum Schutze gegen künftige vielleicht noch größere Gefahren. Der Beifall, welchen der Hattischerif von Gülhone in Paris und London gefunden, veranlaßte Reschid Pascha, nach einem Schritt weiter in der nämlichen Richtung zu thun, dieser Schritt aber führte ihn über die Grenzen hinaus, innerhalb welcher er sich wissen zunächst stehen Stich halten konnte. Es wurde nämlich eine Art Notabelnversammlung nach Konstantinopel berufen, vom Sultan mit einer Thronrede eröffnet, zu einer schmählichen Danksagung veranlaßt und dann, aber daß man irgend eine ernstliche Betheiligung für dieselbe auszufindig zu machen gewußt hätte, wieder nach Hause geschickt. Diese Probe war zu stark, selbst für die damalige politische Leichtgläubigkeit der Franzosen; man durfte die Rolaseln über die aufgeführte Reveelsmatts-Posse, von deren Wiederholung man uns mit einem Theile der Pforte bedroht.

Unteressen hatten sich England, Oesterreich, Rußland und Preußen — welches letztere freilich in diesen Verhandlungen, wie gewöhnlich, eine mehr als bescheidene Rolle spielte — dahin verständigt, die um sich greifende ägyptische Macht in die Schranken zurückzuweisen und der Pforte zu diesem Zwecke bewaffneten Beistand zu leisten. Der den Kanonen eines englisch-österreichischen Geschwaders sich die ganze militärische Herrlichkeit Mehemed Ali's zusammen, wie ein Kartenhaus. Frankreich, das Anfangs Miene gemacht, für seinen Schützling in Cairo gegen das übrige Europa in die Schranken zu treten, besann sich noch rechtzeitig eines Bessern. Die Pforte hat wieder in den Besitz von Syrien und Candia gelangt, Mehemed Ali's Nachkommen sind in der Erblichkeit seiner Würde.

Durch eine europäische Einmischung andrer Art wurde die Pforte im Jahre 1843 zu einem Zugeständnisse genöthigt, welches sie Anfangs als eine Unmöglichkeit, als eine Verleugnung des Islam, als Aufhebung eines der Grundgesetze desselben anzusehen verlangt hatte. In Folge der Einrichtung eines Armenieres, der den Tuidan genommen und diatenderin wieder zum Christenthum zurückgetreten war, verlangten die Großmächte die Abschaffung des Gesetzes, nach welchem jeder abtrünnige Muhammedaner die Todesstrafe verfiel. Nach langem Sträuben gab der Divan zuletzt nach, wagte aber erst im folgenden Jahre seinen Beschluß bekannt zu machen, der indessen von den Türken, wider alles Erwarten, mit vielem Gleichmuthe aufgenommen wurde.

Diese Nachgiebigkeit verschiedene interessen nicht, daß wenige Jahre später gegen einige albanesische Christhaten, in deren Vertheidigung man eine heimliche Katholikengemeinde entdeckte, mit einer maßlosen Bacharet zu Werke gegangen wurde, die Lec Sache nach auf einen Mord in Masse hinauslief. Ein ähnliches Verfahren wurde, im Sinne und auf Betrieb des armenischen Patriarchen**), gegen eine Anzahl von Armeniern eingeleitet, welche zum Protestantismus übergetreten waren, durch das Einschreiten des englischen Gesandten aber zum Stillstande gebracht, ehe es seine volle Wirkung gethan.

Der Punkt, an welchem die europäische Geschichte in die der Türkei schärfer als jemals eingreift, ist, läßt sich die Frage der „heiligen Stätten" bezeichnen. Frankreich war es, welches diese Frage im Anfang des vorigen Jahrzehnts aufwarf, indem es, kraft eines Vertrags von 1740, den es in irgend einem Winkel des Staatsarchivs entdeckt, die Wiederherstellung einer Anzahl von Vorzugsrechten bei Benachung und Benutzung der sogenannten „heiligen Stätten" in Jerusalem und der Umgegend in Anspruch nahm. Vorzugsrechte, deren frühere Existenz in manchen Fällen höchst zweifelhaft, die in anderen Fällen durch unvorbenkliche Verjährung verwirkt waren und zu deren Erneuerung die Pforte weder das Recht noch die Macht hatte. Diese Forderung des Tuilerienkabinets führte zu langen und sehr widerlichen Verhandlungen über die armseligsten Streitpunkte, zwischen „Lateinern" und „Griechen", Verhandlungen, welche endlich darauf hinauskamen, daß den „Lateinern," unter Verzicht auf ihre anmaßlichen Forderungen, ein von ihnen beanspruchter Kirchenschlüssel zugeklügt wurde. Nachdem sich aber Frankreich mit diesem Zugeständnisse für zufriedengestellt erklärt hatte, erhob Rußland, kraft eines ofterabar misbrauteten Artikels des Friedens zu Kutschuk Kainardschi (1774), die Forderung, das Schutzrecht aller dem griechischen Glaubensbekenntnisse angehörigen Unterthanen der Pforte — zehn bis zwölf Millionen an der Zahl — anerkannt zu werden. Rußland zeigte sich eben so entschlossen, diese Forderung durchzusetzen, als der Divan, derselben den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Bisweilen die beiden Gegner auf sich selbst und ihre eigenen Kräfte beschränkt, so war der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft; es fragte sich also, wie sich das übrige Europa zu der Streitfrage stellen werde.

Der Kaiser Nikolaus, schwelgend im Gefühle der herrschenden Ruhe in Europa, die er sich zusschrieb, und die ihm von so vielen andern gerühmt Häuptern eingeräumt wurde, und geblendet durch seine Macht, seinen Willen ohne die Zustimmung einer oder der andern von den übrigen Mächten gegen die Türkei durchzusetzen. Er bot vielmehr Alles auf, um zunächst England auf seine Seite zu bringen; Oesterreichs glaubte er für diesen Fall sicher zu sein, und von Preußen war, bei den vom Baaren mit dem englischen Gesandten persönlich gepflogenen Unterhandlungen, gar nicht die Rede — die preußische Zustimmung galt dem russischen Kaiser ohne Zweifel als selbstverständlich. Nur von Frankreich her versah man sich eines ernstlichen Widerstandes, denn man indessen hatte das Einverständniß mit den übrigen Mächten leicht zu entwaffnen hoffte.

Einen ersten Strich durch die russische Rechnung machte Oesterreich durch sein energisches Einschreiten zu Gunsten der durch Omer Pascha hart bedrängten Montenegriner, welches, auf Kosten der bisherigen Schutzherrlichkeit Englands, die Augen der christlichen Bevölkerung in der Türkei wieder auf den deutschen Kaiserhof lenkte. Der Kaiser Nikolaus glaubte sich jetzt in die Nothwendigkeit versetzt, einen Wettbewerber um den Einfluß in der Türkei durch die Formen seines Auftretens und durch seine Erfolge zu überbieten. Es geschah es, daß dem österreichischen Grafen Leiningen, welcher die Pforte in der montenegrinischen Sache durch scharfen Ton und beschleunigtes Wesen eingeschüchtert, der russische First Menschikoff mit entsprechenden Auftragen folgte. Den übrigen ertheilten Weisungen gemäß gewährte sich Menschikoff wie der Botschaftsstadt eines Europäischen Oberherrn, der einen widerspenstigen Unterthan zur Ordnung zu bringen hat. Die Pforte indessen fand, gegenüber dem russischen Gesandten und seinen gebieterischen Forderungen, nicht nur bei Frankreich, sondern auch bei England, hinlänglichen Rückhalt, um sich ein Herz zum Widerstande zu fassen. Als der Zar von Drohungen zu Zwangsmaßregeln schritt und seine Truppen (im Juli 1853) in die Donaufürstenthümer einrücken ließ, wurde, zum Behufe eines Vermittlungsversuches, eine Ministerconferenz nach Wien berufen, deren Vorschläge, die sogenannte „Wiener Note," von Rußland angenommen, von der Pforte aber, zum allgemeinen Erstaunen, abgelehnt wurden. Während jedoch die Konferenz machte die Pforte bereits bedeutende, erfolgte von russischer Seite eine Kuelegung der „Wiener Note", welche mit der englisch-französischen Auffassung derselben so sehr im Widerspruch stand, daß man sich in London und Paris alsbald von derselben weiter lossagte.

Von jetzt an trieben die Dinge rasch aus der diplomatischen in die kriegerische Bahn. Der Uebereifer, welchen die russische Flotte — trotz des vorliegenden russischen Versprechens, sich jedes weiteren Angriffs enthalten zu wollen — gegen ein türkisches Geschwader bei Sinope ausführte, gab den letzten Anstoß. Der Krimkrieg begann, auf welchem, nach Zar und Tag, Rußland mit sehr geschwächten Kräften und noch mehr erbluteten Glanze hervorging, während die Türkei ihrerseits zwar ihren militärischen Ruhm in unerwarteter Weise aufgefrischt, ihr politisches Selbstvertrauen aber vollends eingebüßt hatte.

Das Buch des Herrn Rosen schließt mit dem Pariser Frieden vom 30. März 1856. Die Türkei hat seit der Beendigung des Krimmkrieges äußere Ruhe und freie Hand gehabt, sich in die Rolle eines europäischen Staates hineinzuarbeiten, welche ihr durch den Pariser Frieden angewiesen wurde, aber von einer wirksamen Benutzung dieser Frist ist wenig oder gar nichts wahrzunehmen. Es wäre eine Verkehrtheit, diese Versäumnisse lediglich auf die persönliche Rechnung der Machthaber in Konstantinopel zu setzen. Der türkische Staat hat sich auf seine Weise ausgelebt, wie einst Rom oder Sparta, und kein staatsmännisches Genie und keine Herrschertugend würde im Stande sein, ihn zu verjüngen. Es fragt sich nur noch, ob und wie lange sich das unbequeme Ende hinhalten läßt.

*) Bei sonstiger Gleichstellung der Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, wurde die ausschließliche Dienstpflicht der Muhammedaner, zu allgemeiner Zufriedenheit, jetzt noch beibehalten, und erst viel später, zu eben so allgemeiner Unzufriedenheit, für zulässig erklärt, was interessen bisher ein lerer Buchstabe geblieben ist und ohne Zweifel bleiben wird, solange das osmanische Reich existirt.

**) In einem Hirtenbriefe dieses heiligen Mannes heißt es: „Wer unter den Protestanten einen Sohn, einen Bruder, einen Freund hat, und denselben ein Stück Brod reicht, ihn Geld verdienen läßt, ihn freundschaftlich behandelt, der nährt bei sich eine giftige Schlange. Wer dem Judas Brod gibt, der ist ein Feind des heiligen Glaubens an Christum. Die Häuser selber der Protestanten sind verflucht, und nicht minder ihre Verkaufsläden und Werkstätten u. s. w." Man sieht also, daß sich die armenische Kirche beinahe eben so gut auf das Verfluchen versteht, wie die römische.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 fr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 fr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 fr. oder 2 Sgr. für die dreispaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 108. Heidelberg, den 13. Juni. 1867.

Des Pfingstfestes wegen erscheint unsere heutige Nummer nur in einem halben Bogen.

Inhalt:

Wochenbericht. — National-Colonialpolitik. — Aus Hannover. — Aus Magdeburg. — Die Herrsreform in Frankreich und Deutschland. — Berichtigung.

Wochenbericht.

Heidelberg, 11. Juni.

* Nach den vielfältigsten Zeugnissen, welche in Berlin und Darmstadt, in Stuttgart und München, in Wien und Paris gleichlautend abgegeben werden, kann man sich der Ueberzeugung nicht länger entziehen, daß in den Kabinetten der Groß- und der Kleinstaaten, der deutschen und der auswärtigen Mächte, eine ziemlich vollständige Uebereinstimmung dahin obwaltet, die förmliche Aufnahme Süddeutschlands in den neuen Bund zur Zeit nicht zu bewerkstelligen, beziehungsweise, nach Kräften zu hintertreiben. Natürlich verträgt sich diese Einigkeit im Zwecke recht gut mit einer gewissen Mannigfaltigkeit der Beweggründe, die sich nur zufällig in einem gemeinsamen Zielpunkte begegnen. Die Motive der Münchner, Stuttgarter, Wiener und Pariser Opposition gegen die Erweiterung des Norddbundes bedürfen keines Nachweises und keiner Erörterung. Weniger einfach dagegen ist die Frage nach den Ursachen der abwehrenden Haltung der preußischen Politik; nicht, weil dieselbe räthselhaft wäre, sondern weil sie möglicher Weise durch sehr verschiedene Rücksichten bestimmt sein kann. Gleichviel indessen, ob Preußen sich durch den Wortlaut des Prager Friedens für gebunden erachtet, oder ob man in Berlin des Münchner und Stuttgarter Widerstandes noch nicht Herr werden zu können meint, oder ob Herr v. Bismarck neue Verwicklungen mit dem Auslande scheut — die Bestimmungsgründe und die Entschlüsse des preußischen Cabinets haben keine Gestaltskraft für die deutsche Volkspolitik. In der That ist der am häufigsten gehörte Einwand gegen die Agitation für Erweiterung des norddeutschen Bundes zum deutschen, daß nämlich Preußen selbst davon nichts wissen wolle, die größte Albernheit, welche für diesen Fall überhaupt ersonnen werden konnte. Als ob nicht die politische Bewegung der letzten fünfzig Jahre bei jedem ihrer Anläufe von vorn herein mit dem entschiedensten übeln Willen der Machthaber zu kämpfen gehabt hätte! Wenn man in den dreißiger und vierziger Jahren Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Volksvertretung am Bunde u. s. w. verlangte — welcher vernünftige Mensch hat diese Forderungen jemals mit dem Argumente abweisen zu können gemeint, daß die Regierungen nicht gesonnen seien, dieselben zuzugestehen? Solche Beispiele von Schwachköpfigkeit waren dem gegenwärtigen Jahrzehent vorbehalten, ja, wir müssen sie sogar vorzugsweise an den tapfern Recken erleben, denen sonst die schwersten Dinge der Welt ein Kinderspiel sind, die sich insbesondere zutrauen würden, Deutschland binnen 24 Stunden in eine Föderativrepublik zu verwandeln — wenn man sie nur gewähren ließe.

Die Nationalpartei ihrerseits wird sich durch die dermalige Taktik des preußischen Cabinets eben so wenig in ihren Bestrebungen entmuthigen, als an ihrer jetzigen Hauptaufgabe irre machen lassen. Auf der andern Seite aber ist allerdings auch kein Grund für uns vorhanden, die Annahme der Abschlagszahlung auf die Einheitsforderung der Nation zu verweigern, welche aus Zollvereinsmitteln in Aussicht zu stehen scheint. Wenn es, wie durch die Berliner Ministerconferenzen wahrscheinlich geworden, gelingt, die Südstaaten einstweilen zur parlamentarischen Mitverhandlung der Zoll- und Handelsangelegenheiten heranzuziehen, so wird jeder verständige Patriot einen solchen Erfolg willkommen heißen, ohne darum das Mindeste von seinen weiteren Ansprüchen preiszugeben.

— Ueber die schwebenden politischen Interessen von europäischem Belang sitzen die drei mächtigsten Monarchen des Festlandes in Paris persönlich zu Rathe. In das Geheimniß ihrer Absichten und Entschlüsse eindringen zu wollen, wäre eine müßige Spielerei. Selbst für die Beantwortung der Frage, ob dieser Kongreß der gekrönten Häupter der Welt Krieg oder Frieden bringen wird, gibt es keine stichhaltigen Wahrscheinlichkeitsgründe. Hoffen wir, daß wenigstens die Zeit der Ungewißheit und Spannung nicht mehr von langer Dauer sein, daß Europa demnächst in glaubhafter Weise erfahren werde, was es von der nächsten Zukunft zu erwarten hat. Sicherlich man hat keinen Grund, stolz zu sein auf die Rolle, welche die Völker bei dieser Gelegenheit wieder einmal neben den Königen spielen; aber es ist immerhin eine tröstliche Erscheinung der Zeit, daß alle Welt sich dieses Mißverhältnisses zu schämen anfängt, selbst Diejenigen, zu deren Vortheil dasselbe stattfindet. Wie Louis Napoleon nur als Bevollmächtigter der französischen Nation und als Vollstrecker ihres Willens angesehen werden will, so suchen auch die übrigen Machthaber mit immer wachsender Bestissenheit, ihre Pflichten gegen den Staat, die Volkswünsche, die öffentliche Wohlfahrt als die eigentlichen Beweggründe ihres Thun's und Lassen's erscheinen zu lassen. In Deutschland insbesondere tritt dieses Bestreben seit einiger Zeit sehr deutlich hervor, und wie wenig es auch mit dieser Anerkennung des Volkes als Macht ernstlich gemeint sein mag — die Umstände werden dafür sorgen, daß es Ernst damit werde. Das preußische Königthum ist durch die Ereignisse des vorigen Jahres, durch die Annexionen und die Errichtung des norddeutschen Bundes, ohne es zu wissen und zu wollen, ein anderes geworden, als es vorher war, und mit diesem Wechsel wird auch sein Verhältniß zur Nation ein anderes und rechtmäßigeres werden, als es bisher gewesen. —

Nationale Colonialpolitik.

I. In der norddeutschen Bundesverfassung ist das Colonialwesen der Bundesgewalt vorbehalten. Natürlich; wenn es Colonien geben soll, kann nur der Bund, als solcher, sie gründen, sie verwalten und über sie bestimmen. Ueber die Frage, ob Colonien überhaupt gegründet werden sollen, ist weder durch diesen Satz, noch sonst in der Bundesverfassung irgend-

Digitized by Google

etwas Bestimmtes oder auch nur Andeutendes ausgesagt. Die preußische Regierung, welche als Urheberin der Bundesverfassung und Inhaberin der leitenden Gewalt im Reichstage um ihre Meinung befragt wurde, hat durch den Mund des Herrn v. Savigny erklärt, ihre Absichten liefen zunächst nur auf Errichtung von Flottenstationen in fernen Meeren und Welttheilen hinaus.

Wie hat die nationale Politik sich zu der Sache zu stellen? Es gibt Leute genug, welche sich eine Großmacht ohne Colonien gar nicht recht vorstellen können, und folglich das Emporsteigen Deutschlands zu einer Großmacht, ohne alsbald unternommener Gründung von Colonien, erst recht nicht. Auf der anderen Seite haben Männer, die sich fortlaufend mit der politischen und nationalökonomischen Literatur Englands beschäftigen, in diesem ersten aller Colonialreiche der Geschichte seit Jahren schon eine stetig steigende und sich zusehends ausbreitende Bewegung wahrgenommen, die Colonien seien allmählig abzuschütteln, als ihre Zahl oder ihre Abhängigkeit vom Mutterlande zu vermehren. Diese sind selbstverständlich weit eher geneigt, zu erklären, daß Colonien eine ganz veraltete Einrichtung seien, mit der man uns in Deutschland gefälligst verschonen möge.

Wenn man uns fragt, welches von diesen beiden Extremen, die sich ausschließen und bekämpfen, der richtigen politischen Linie für eine Nation in der Lage der unsrigen am nächsten komme so antworten wir folgleich: die zuletzt charakterisirte Auffassung. Es ist zwar sicherlich nicht zu leugnen, daß es, aus vaterländischen wie aus rein menschlichen Gesichtspunkten, schön wäre, wenn wir den Strom der regelmäßigen deutschen Auswanderung, mit so wenig Verlust wie möglich, in das Bett einer oder mehrerer nationalen Colonien leiten könnten. Ein deutsches Canada oder Australien würde den Meisten von uns eben recht sein; ein deutsches Ostindien möchte schon weniger behagen. Allein, wie schwer ist es, nachdem alle leichter zugänglichen, gesunderen, fruchtbareren, mannigfaltig begabteren Landstriche in einem halbwegs gemäßigten Klima lange besetzt sind, für die Aufnahme einer so gewaltigen Fluth den in jeder Beziehung geeigneten Raum zu finden? Die begeisterten Apostel der Colonisation, wie z. B. Maurer und Friedel, vermögen uns nur solche Fetzen Landes vorzuschlagen, wie die Nikobaren, oder ein ziemlich unbekanntes Stück von Formosa. Viel schwerer noch würde es sich wahrscheinlich herausstellen, falls man am Ende doch halbwegs genügende und brauchbare leere Räume auf der Oberfläche unserer Planeten aufgetrieben hätte, die auswandernden Klassen zu bestimmen, dahin und nur dahin fortan ihren Weg zu nehmen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika beherrschen als oberstes, unvergleichliches, ja beinahe einziges, klassisches Auswanderungsziel die Volksphantasie in Deutschland mit einer seit Jahrzehnten fortwährend zunehmenden dämonischen Gewalt. In ihnen sind Hunderttausende von unseren Landsleuten bereits zu vollem Gefühl ihrer Freiheit und Menschenwürde, zu Wohlstand, Ansehen, Glück, ja selbst zu politischer Macht gelangt. Die Einwanderung der Deutschen fängt an, drüben als eine Begebenheit von providentieller geschichtlicher Bedeutung für die Union aufgefaßt zu werden. Läßt sich denken, daß dieser mächtige und folgenreiche Zug mit der Eröffnung einiger offiziöller Ausschiffungshäfen, im Besitz der nöthigen Lockungen und Bequemlichkeiten für Europamüde, plötzlich abreißen, oder auch nur sicher mit der Zeit versiechen werde? Ja noch mehr: sind wir, als Nation, von Reichswegen im Stande, unsere zukünftigen Colonien so gewiß im Erfolge anzuregen und zu behandeln, daß wir mit gutem Gewissen, wenn auch natürlich immer nur durch moralische Mittel, versuchen können, den Bienenschwarm, der alljährlich unsre Küsten verläßt, von den Stätten abzulenken, denen sein Naturtrieb ihn bisher mit so gutem Ausgang zugeführt hat? Diese Frage schließt eine so schwere Verantwortlichkeit ein, daß wir es eher begreifen als anerkennen können, wenn die Colonialphantasten sie gemeinhin seines Blickes oder Wortes würdigen.

Mit der Erhaltung des Schatzes also von Menschenkraft und Kapital, den die Auswanderung dem Vaterlande jahraus jahrein entfremdet, wird es auch durch die bestangelegten und eingerichtetsten Colonien schwerlich viel auf sich haben. Sehen wir uns nach den übrigen Zwecken um, welche mit der Gründung von Pflanzstaaten in fremden Welttheilen verfolgt werden können, so hält kaum einer der gewöhnlich angeführten, bei näherer vorurtheilsfreien Prüfung, recht Stich. Man überzeugt sich bald, daß diese Zwecke die ihnen einst allerdings eigene Richtigkeit und Wahrheit heute meistens nicht mehr haben. Selbst in den gelungensten unter den älteren Schöpfungen dieser Art finden die Mutterstaaten gegenwärtig, und schon seit geraumer Zeit, fast mehr Schwierigkeiten und Verlegenheiten, als Vortheile. Es ist die Frage, ob viele dieser Geschäfte jetzt noch unternommen werden würden, wenn ihr bisheriger Verlauf bekannt und der Abbruch eine so einfache Sache wäre. Bloß als Kriegsschule, oder als Tummelplatz für verlorene Söhne, Abenteurer, verkannte Genies und entsprungene Verbrecher, würden wohl nicht alle Nationen ihren Colonialbesitz aufrechterhalten wünschen, wenn die Frage in dieser nackten Gestalt vor sie hinträte.

Das Colonisiren hat also viel von seiner früheren staatswirthschaftlichen Bedeutung eingebüßt, und vermag zur Bewältigung der ihm mitunter gestellten neuen großen Aufgabe, Organisation der nationalen Auswanderung, schwerlich viel beizutragen. Dagegen bedroht es uns, wenn unvorsichtig und in großem Maßstabe auf die Bahn gebracht, augenscheinlich mit inneren constitutionellen Conflikten. Es schließt nicht geringe Versuchungen für die Regierung ein, ohne hinlängliche Rücksicht auf die Landesvertretung die Mittel und Kräfte des Landes für Unternehmungen zu engagiren, die, einmal begonnen, nicht beliebig jeden Tag wieder aufgegeben werden können. Herr Friedel, der Advokat der Insel Formosa, ist denn auch zuvorkommend genug, einem solchen Conflikt im Voraus die Thüre aufzuthun, indem er den Nachweis führt, daß die Krone Preußen Colonien anlegen dürfe, ohne Zustimmung des Landtags (oder des Reichstags). Welche ärgerliche Verwicklung hieraus hervorgehen könnte, stellt sich Jeder selbst vor. Es wäre ein Benefiz für alle unsere Feinde ringsum.

Das Colonialwesen ist für Deutschland eine völlig neue Bahn, und die ersten Schritte auf derselben können nicht vorsichtig genug zurückgelegt werden. Sie müssen geschehen in dem vollen Bewußtsein, daß der einzige gute Sinn und Werth von Colonien, als ein Mittel, an den schätzbaren Erzeugnissen fremder Erdtheile sich einen angemessenen Antheil zu sichern, und daß die Möglichkeit gewinnbringender Monopole im Verkehr mit den Colonien so gut wie völlig vorüber ist. Was übrig bleibt, ist nicht viel mehr, als das nationale Interesse an einer, die und da in besonders wichtigen Gewässern, anzulegenden Marine-Station. Wir werden uns nicht in dem Gleise, wie die Engländer gethan, nach überall verstreuten, sichtbaren und ständigen Zeichen unserer Meereshoheit umsehen. Aber wir können vielleicht wünschen, an den südostlichen Küsten Asiens einen Stützpunkt für das Geschwader zu finden, das wir die nächsten Jahre oder Jahrzehnte hindurch wohl, mehr oder minder stehende, dort werden unterhalten müssen, theils um die Verträge mit China und Japan nöthigenfalls jeden Augenblick neu in Kraft zu setzen, theils um unsere dort so beimischen Kauffahrer vor den chinesischen Piraten zu schützen, letztere womöglich ganz auszurotten, und so ein unsern Kräften und Ansprüchen gemäßes Contingent zu der Polizeiwache der Oceane zu stellen, deren Dienst die Flotten Europas und Amerikas auf der ganzen Erde zu thun berufen sind, und die, unter dem Gesichtspunkt der fortschreitenden Cultur, nichts weniger als eine verächtliche Aufgabe bildet. Eine Station mit dieser Tendenz in dem von China her noch nicht occupirten Theile Formosa's, oder auf den längst verlassenen Nicobaren zu errichten, hat gesunden Sinn und wird unser Nationalbudget nicht übermäßig belasten. Ihre Entwickelung zu einer förmlichen Colonie aber wollen wir der Zukunft, oder der freien Selbstbestimmung auswandernder Kaufleute, Industriellen und Landwirthe überlassen.

Digitized by Google

Aus Hannover. Wie einer sehr zahlreichen Wählerversammlung gab Herr Miquel zu Bramsche Aufschluß von der Art und Weise, wie er sein Mandat als Abgeordneter zum Reichstage aufgefaßt und erfüllt habe. Aus seinen ausführlichen und bereiten Vorträge mögen hier die Darstellung der Bestrebungen hervorgehoben werden, welche in dem bisherigen politischen Gesammtzustande Deutschlands durch die norddeutsche Bundesverfassung hervorgebracht worden sind.

„Vergegenwärtigen wir uns einmal, sagte der Redner, mit einem Blicke den Zustand der Dinge während der alten Bundesverfassung. Eine gemeinsame Gesetzgebung existirte nicht, jedes Land hatte seine eigenen Gesetze, seine eigenen Rechte. Einigten sich einmal, wie das bei der Wechselordnung, der Handelsgesetzgebung der Fall war, die Regierungen, so gab Stück es auf Kosten des Zustimmungsrechtes der einzelnen Landtage; kam ein solches Gesetz zur Berathung des einzelnen Landtages, so mußte er entweder das Gesetz verlogenen, oder pure zustimmen. Eine gemeinsame Zoll- und Handelspolitik existirte nicht; der Zollverein war nur ein Verein, der verschiedene selbständige Staaten auf zwölf Jahre abschlossen, um Handelsschiffe der Zollvereins-Regierungen, mit dem Rechte der Mehrheit über die Minderheit, existirten nicht; ein einzelner kleiner Duodez-Staat konnte den Fortschritt, die Entwicklung des Zollvereins unmöglich machen; ein Fortschritt war nur möglich alle zwölf Jahre, bei Abstand des Vertrages; dann konnte Preußen mit der Auflösung des Vereins drohen und dadurch (wie beispielsweise den deutsch-französischen Handelsvertrag) einen ruckweisen Fortschritt erzwingen. Eine Einwirkung des Volkes, oder der Volksvertretungen, auf die Handelspolitik existirte gar nicht; diese machten allein die Regierungen. Jetzt ist die Zoll- und Handelspolitik der Gesetzgebung des Bundes unterworfen, jetzt kann sie sich organisch weiter entwickeln. Ohne Zustimmung des Parlaments kann nichts geändert werden, mit seiner Zustimmung Alles. Die Steuerbahnen und Posten hingen früher von der absoluten Willkür jedes kleinen Staates ab: irgend ein kleiner Staat konnte dem Interesse der Gesammtheit, die gerade in und den Bedürfnisse des Volkes entsprechenden Linien umgiegen, ungehindert entgegentreten. Ebenso war es mit den Posten; überall die größten Schwierigkeiten für die Einheit in den Verkehrsmitteln. Wenn wir, trotzdem, so weit gekommen sind, wenn wir, trotz der kläglichen Zustände, so viel erreicht haben, so ist das ein Beweis der Kernhaftigkeit des deutschen Volkes; es soll uns das ein Zeugniß sein, wie weit wir in Zukunft unter den neuen verhältnissen kommen werden. — Jeder Deutsche wurde früher in jedem anderen deutschen Nachbarstaate als Ausländer angesehen, er wurde behandelt wie ein Franzose oder Russe. Wenn er mittellos war, wurde er über die Gränze geschafft; hatte er der Militärpflicht noch nicht genügt, so konnte er von einem Staate in den anderen nicht übersiedeln. Seine Niederlassung, sein Gewerb und Wirken war an die größten Maaßregeln geknüpft. Heute haben wir die kostbaren Bestimmungen über ein deutsches Staatsbürgerrecht; jeder Unterthan eines norddeutschen Bundesstaates steht in allen Beziehungen in jedem Staate des Norddeutschen Bundes dem Inländer gleich. Wie nach außen so ist auch seine Staatsflagge einheitlich; Gesandten hatte, die gewöhnlich weiter nichts thaten, als Hofmenigkeiten einberichten, so hatte jeder Staat sein eigenes Consulat. Wenn einem Engländer etwas Unrechtes in einem fremden Lande passirt, dann steht hinter ihm ein mächtiger, starker Staat, der von den Colonieen der Consuln Rathung verschafft. Was vermöchte ein hannoverscher, ein oldenburgischer Gesandter oder Consul? So war im Auslande Vereinsschauung, Mißachtung, Mißhandlung nur zu oft unser Loos. Heute gibt es ein Consulat des Norddeutschen Bundes, wir haben eine Flotte, die in nicht gar langer Zeit vielleicht mit der unsrigen wetteifern wird. Ja heute werden unsere Brüder im Auslande geschützt und geachtet, wie nie zuvor. Nun aber erst unser Heereswesen. Jeder einzelne Staat hatte seine selbständige Armee, sein besonderes Exercir-Reglement, sein besonderes Kaliber, seine besondere Tradition, seine eigene Fahne. Was war da zu leisten? Denkt einmal an die süddeutschen Armeen im Jahre 1866. Tapfere Leute, tapferer Officiere, niemals Gott gespart — und doch! 40,000 preußische Soldaten wurfen ganz Süddeutschland über den Haufen — Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau. Wenn wir heute mit der Welt nirgends Einheit und Zusammenfassung der Kräfte war. Jetzt haben wir endlich eine Armee unter Einer Führung mit gleicher Wehr und Waffe. Jetzt wollen wir uns schon ganz anders gegen das Ausland stellen. Wenn die drohende Stellung, welche Frankreich jetzt gegen uns einnimmt, früher stattgefunden hätte, hätten wir uns nicht auf das äußerste anspicken und machtlos gefühlt? Heute stehen wir, vertrauend auf unsere eigene Kraft, der Zukunft ruhig und entschlossen entgegen. Ein Schutz- und Trutzbündniß ist abgeschlossen mit den süddeutschen Staaten, die Stimmung Süddeutschlands besser sich von Tag zu Tag; Baden ist schon längst für uns, Hessen ist thatsächlich schon eingetreten; die Minister, welche in Baiern und Württemberg an der Regierung sind, stehen immer mehr ein, das sie allein nichts sind und nur mit Norddeutschland in den Stürmen der Zukunft sich sichern können. Wie lange es bis zum Eintritt Süddeutschlands noch dauert — ich weiß es nicht; das schließliche Resultat aber ist gewiß: die Einigung der gesammten Nation unter dem Hause der Hohenzollern."

Nachdem Herr Miquel geschrochen, nahm der Hofbesitzer Meyer aus Wackum das Wort zu dem Antrage, dem Redner den Dank und die Zustimmung seiner Wähler auszudrücken, welcher Aufforderung die ganze Versammlung dadurch entsprach, daß sie sich wie ein Mann von ihren Sitzen erhob.

Aus Magdeburg. In einer Versammlung hiesiger Wähler wurde bekanntlich Herr v. Unruh wegen seiner Haltung und seiner Abstimmungen auf dem Reichstage, nach der in Berlin üblichen Methode, angehört abgerthellt und an den Pranger gestellt. Gegen dieses Urtheil und dessen Entscheidungsgründe protestirt Herr v. Unruh in einem durch die „Magdeburgische Zeitung" veröffentlichten Schreiben, in welchem er die landläufigen Einwürfe gegen die norddeutsche Bundesverfassung, die, nach der Meinung der rechtsgläubigen „Demokraten", deren Verwerfung, hätten herbeiführen sollen, in das gehörige Licht stellt. Zuerst handelt Herr v. Unruh von dem angeblichen Kapitalfehler der Verfassung, dem Mangel der Grundrechte.

„Die Grundrechte", schreibt er, „welche die preußische Verfassung enthält, werden von der Verfassung des norddeutschen Bundes gar nicht berührt, bleiben daher für Preußen, d. h. fünf Sechstel des Bundes, ebenso wirksam, oder unwirksam, als bisher. Es kam also nur darauf an, ob solche Grundrechte, welche ohne die in Preußen zum allergrößten Theile noch bestehenden Einschränkungsgesetze nur die Norm von Versprechungen haben, für das letzte Sechstheil des Bundes von solcher Wichtigkeit sind, daß deshalb die Verfassung des Bundes verworfen werden mußte? Im ehemaligen Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt und Schleswig-Holstein treten die preußischen Grundrechte mit der preußischen Verfassung am 1. Oct. d. J. in Kraft. Sachsen und die Mehrzahl der Kleinstaaten im Nordbunde haben den Grundrechte zum Theil in wirksamerer Form, als Preußen. Bei der Zusammensetzung dieses Reichstags lag die Unmöglichkeit auf der flachen Hand, gute, ausreichende Bestimmungen über Grundrechte durchzusetzen. Deshalb hat man sich auch gegen die Aufnahme derselben gar nicht dagegen verstehen in diesem Reichstage gestimmt. Das Resultat einer solchen Berathung wäre jedenfalls ein klägliches gewesen. Aber die Befugniß für die künftigen Reichstage, Grundrechte durch Gesetze wirksam einzuführen, ist

diesem übrigbleibenden Interimistikum und dem dauernden Normalmilitäretat, an welchem, ohne Zustimmung der Regierungen, gar nicht mehr gerüttelt werden konnte, und der in meinen Augen die Verfassung unannehmbar gemacht hätte. Ich sage, in meinen Augen, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verfassung auch mit dem Normal-Militäretat im Reichstage angenommen worden wäre. Und im Abgeordnetenhause! Wahrscheinlich dasselbe Resultat, wenn auch mit kleiner Majorität. Gewiß ist das Interimistikum, nach meiner Meinung, weder durchaus nothwendig, noch wünschenswerth; aber wie die Sache lag, mußte jeder gewissenhafte Abgeordnete sich fragen: ist das Interimistikum von solchem Nachtheile, daß deshalb die Verfassung verworfen, also der Bund, d. h. der erste wirksame Versuch zur Einigung Deutschland, aufgegeben werden muß? — Wenn freilich Grundrechte, Ministerverantwortlichkeit und Geldbewilligungsrecht nur Schlagworte sind, bei denen es gar nicht darauf ankommt, was denn eigentlich damit erreicht ist, und so diese Rechte, wie die preußische Verfassung dieselben gewährt, wirksam gewesen sind, der bedarf einer gründlichen Prüfung nicht. Grundrechte fehlen, verantwortliche ist nur der Bundesbeamter, die Geldbewilligung ist für einen Staatsbiet auf 4 Jahre im Voraus erfolgt! Fort mit dieser Verfassung, mag auch dem Bunde und der viel besungenen deutschen Einheit werden, was da will! Nieder mit den Abgeordneten, welche doch dafür gestimmt, wenn sie auch 20 Jahre redlich gekämpft, sich treu bewährt, ihre Gesinnung und ihre Ziele niemals verrathen haben. Hoch die 91, welche gegen die Bundesverfassung gestimmt haben! Hat die Versammlung sich auch klar gemacht, wie viel Polen und Ultramontane, welche gar keine Einheit Deutschlands wollen, unter den 91 sind? Auch im Reichstage befanden sich unter der Minorität von 53 die Polen, Ultramontanen, Partikularisten und der hannoversche Adel. — Dies sind doch deutliche Fingerzeige."

„Es lag auf der Hand, daß ich durch den einfachen Anschluß an die Linke im Reichstage eine sehr bequeme Stellung gehabt und in Preußen Popularität erworben hätte; aber dies hat niemals mein Ziel und mein Streben sein können. Es war meine Pflicht und meine Neigung, für die Einigung Deutschlands zu wirken, durch Preußen vor Allem ein selbständiges mächtiges Deutschland schaffen zu helfen, nicht um jeden Preis eine unbrauchbare Verfassung zu Stande zu bringen, aber, wie die Sachen standen, Mängel mit in den Kauf zu nehmen, um der Hauptsache nicht zu schaden. Wer diesen mit einem Parlamente, aus allgemeinem gleichem Wahlrechte hervorgegangen, ohne Staaten- oder Herrenhaus, aufgestellt, nicht mit allen wünschenswerthen, aber doch den wesentlichsten Rechten, und zur Seite die ganze Kraft des preußischen Staates, nicht zu erreichen vermag, der ist meinem in sehr Hrotten, Doktrinär, oder ein ganz ausgeprägter Partikularist, wenn auch zehnmal ein preußischer Partikularist. Seien wir nur ehrlich, gestehen wir es uns nur selbst, der Partikularismus steckt uns in den Gliedern und ist bei uns Preußen am meisten zu entschuldigen, ja bis auf einen gewissen Punkt zu rechtfertigen. Wir Preußen müssen die Opfer bringen für das ganze Deutschland, und das wird uns schwer. Auch der Masse des Volkes wird diese Wahrheit klar werden, wie jetzt schon im Süden Deutschlands geschieht. Dann wird auch das Bell aufhören, seine alten demagogischen Fratzen: Polizeistaat, Militärstaat, weiß gas des Renegatenbuns und des Gesinnungswechsels zu beschminken. Mich stören und verdrießen solche unerfreuliche Erscheinungen nicht. Es kommt nicht darauf an, ob der Einzelne dabei leidet. Ein tüchtiges Volk ist nun einmal kein spiegelglattes Meer. Die Wogen toben und brausen, aber es geht vorwärts. Reaktionäre Bestrebungen der Regierungen werden die alten Kämpfer wieder seh beisammen finden. Ich bin mir bewußt, ganz der Alte geblieben zu sein. Ich habe nichts aufgegeben von meinen Ideen. Ich werde, nach wie vor, nach wiefsamer Einsichtung von Verhältnissen und Gesetzen, nach wirklich anwendbaren Ministerverantwortlichkeit, nicht noch dem Schatten derselben, nach vollem Budgetrecht streben und bestimmt zugleich auf sämmtlichen Boden, als die preußische revidirte Verfassung gewährt, und in Gemeinschaft mit den bewährten Liberalen der nichtpreußischen Staaten."

„Ich kann mich nicht zu der Höhe der Anschauung erheben, daß es besser gewesen sein würde, die Bundesverfassung zu verwerfen und zu warten, ob die Regierungen eine bessere vorlegen würden, oder auf eine Revolution zu hoffen. Vielmehr bin ich überzeugt, daß die Verwerfung der Verfassung das Verfassungsleben in Preußen auf lange Zeit zerstört und die süddeutschen Staaten entfremdet und dem Auslande gegenüber die Zerrissenheit Deutschlands als unheilbar und verlockend blosgelegt haben würde. Gefühl, daß der Friede nicht dauernd sein und die staatliche Wiedergeburt des deutschen Volkes nicht ohne einen Kampf wird erfolgen können, der die Kräfte der ganzen Nation in Anspruch nehmen wird. Die Militärreformen, welche gegenwärtig den Gesetzgebenden Körper in Frankreich beschäftigen, fordern namentlich die süddeutschen Regierungen zu einer stärkeren Anspannung ihrer militärischen Kräfte auf."

Die französische Regierung beabsichtigt in dem vorgelegten Heeresreformentwurf, das Effectiv ihrer Armee auf 800,000 Mann zu bringen. Dies heißt zwar nicht, wie manche Zeitungen es darstellen, daß die Friedensstärke der Armee bis zu dieser Höhe erhöht sei, die vielmehr durch ein besonderes Gesetz alljährlich zu bestimmen sein wird, sondern es will damit nur gesagt sein, daß die active Armee, die verfügbare Reserve und die mobil. Nationalgarde zusammen eine Stärke von 800,000 Mann haben sollen. Hierin liegt eine hohe Steigerung der militärischen Kräfte Frankreichs, denn nach den französischen Kriegsbudget von 1867 beträgt das Effectiv der Armee nur 600,000 Mann. Es wird aber damit auch zugleich der französischen Nation die höchste Steigerung ihres militärischen Aufwandes zugemuthet, deren sie überhaupt fähig ist. Zwar das Effectiv der Armee soll von nun an mehr als zwei Procent der Bevölkerung ausmachen, ein Procentsatz, welchen bisher nur Preußen und die Schweiz, in Folge ihrer eigenthümlichen auf allgemeinster Dienstpflicht beruhenden Wehrsysteme, haben überschreiten können.

Wenn die preußische Heeresorganisation in ganz Deutschland und namentlich auch im Süden, zur Einführung gelangt, so wird es für Deutschland möglich sein, Frankreich auch nach dieser Reform ebenbürtig zur Seite zu stehen, ohne noch so stark wie dieser seine Kräfte im Frieden anspannen. Die Friedensstärke des französischen Heeres betrug bisher ungefähr 400,000 Mann; nach der Heeresreform wird sie etwa die Ziffer von 500,000 erreichen. Bei einer derjenigen von Frankreich etwa gleichen Bevölkerung wird dagegen Deutschland, die in der Nordbundlichen Bundesverfassung festgesetzte Friedensstärke von 1 Procent der Bevölkerung ebenso auch für den Süden angenommen, doch nur ein Friedensheer von 385,000 Mann haben. Zu den bereits bestehenden dreizehn norddeutschen Armeecorps würden zwei bairische, ein württembergisches, ein hessisches treten, das gesammte deutsche Heer also würde aus siebenzehn Armeekorps bestehen mit einer Durchschnittsstärke von je 40,000 Mann, wie dies gegenwärtig nach Herausziehung der Reserven, die Stärke eines preußischen Armeecorps ist. Da wurde also der französischen Armee ein deutsches Heer von 680,000 Mann Feldtruppen gegenübertreten, das bei Durchführung der preußischen Heeresverfassung, noch 200,000 Mann Ersatztruppen (Linie) und 300,000 Mann Besatzungstruppen (Landwehr ersten Aufgebots im Alter von 27—32 Jahren) hinzukommen.

Wir sehen also, an dem bisherigen Material eines Frankreich ebenbürtigen und selbst überlegenen Heeres fehlt es nicht, wenn die Heere aller deutschen Staaten nach dem Vorbild des preußischen organisirt werden. Daß dies in Norddeutschland so bald als möglich geschehen wird, dafür ist durch die Verfassung des Nordbundes Bundesreichend gesorgt. Aber auch die süddeutschen Staaten haben das Ihrige zu thun, und haben hierzu um so mehr Veranlassung, als ein französischer Angriff immer hauptsächlich und zunächst gegen den Süden gerichtet sein würde. Wenn Luxemburg von den Franzosen ein preußisches Ausfallthor gegen Frankreich genannt worden ist, so ist noch viel mehr Landau ein französisches Ausfallthor gegen Baden, Metz ein solches, welches, außer dem Regierungsbezirk Trier, auch die Rheinpfalz bedroht Baiern und Baden haben gegen Frankreich eine Grenze von nahezu vierzig Meilen, während Preußen für sich, nach der Neutralisirung Luxemburgs, eine Grenze von nur etwa acht Meilen gegen Frankreich zu vertheidigen hätte. Süddeutschland hat also Veranlassung, sich für den Krieg zu rüsten, wenn es den Frieden bewahren will. Noch immer aber ist für die militärische Regeneration des deutschen Südens gar wenig geschehen. Gegenwart und Vergangenheit sprechen laut dafür, daß die Regeneration schnell erfolgen, und, wenn sie Erfolge verheißen soll, nach dem Vorbilde und unter der fortdauernden Leitung Preußens vor sich gehen muß. Mandel hier, jeder der Südstaaten, in der Bevorzugung seiner Souveränetät etwas zu vergeben, einen eigenen Weg, so werden die süddeutschen Truppen nie aufhören, das im vorigen Jahre wieder lebendig gewordene Gebächtniß der Reichsarmee, traurigen Angedenkens, zu verewigen.

Die Heeresreformen in Frankreich und Deutschland.

Wenn irgend etwas geeignet war, die preußische Regierung bei ihrem Auftreten in der Luxemburger Frage zur Vorsicht und Zurückhaltung aufzufordern, so war es die Rücksicht auf die Militärverhältnisse in Süddeutschland. Niemand hatte im vorigen Jahre dasser als die preußische Regierung zu erfahren Gelegenheit gehabt, wie kriegerisch untüchtig die Contingente derjenigen Staaten ausgerüstet, verwaltet und geführt waren, welche zusammen das ehemalige siebente und achte Bundesarmeekorps zu stellen hatten. Nach dem Kriege hatte man in den süddeutschen Staaten zwar theilweise Militärreformen begonnen, aber noch heute befindet man sich dort auf dem Gebiete der Experimente und Erwägungen nach neuen Systemen und Reglements, so daß gegenwärtig die süddeutschen Truppen womöglich noch weniger, als im vorigen Jahre, geeignet sind, einem wohl organisirten und geführten Heere erfolgreich entgegenzutreten. Süddeutschland hätte in einem Kriege gegen Frankreich wenig zu leisten vermocht und die Aufgabe des mit ihm verbündeten Nordens nur gesteigert. Die Kriegsgefahr ist für den Augenblick beseitigt, aber alle Welt sieht unter dem

Berichtigung.

Durch eine irrige Angabe, bei Gelegenheit einer wohlwollenden Erwähnung meiner früheren Antecedentien in Nr. 106 d. Bl. (S. 832), habe ich mich zu der berichtigenden Erklärung veranlaßt, daß ich mich nie um die venia legendi bemerben, geschweige denn jemals auf eine gänzlich ausstraub meiner Specialdisciplinen und meines Berufsweges liegende Stelle reflectirt habe, und daß daher von einer Zurücksetzung seitens der früheren hannoverschen Regierung, über die ich in der angedeuteten Beziehung mich zu beklagen gehabt hätte, keine Rede sein kann. Vielmehr muß ich es dankbar anerkennen, mir habe dies auch jederzeit gethan, daß das hannoversche Universitäts-Curatorium jede, mich Lage der Verhältnisse, mit den allgemeinen Rücksichten der Sparsamkeit und Billigkeit vereinbare Humanität gegen mich hat walten lassen. Etwaige Unzufriedenheit mit politischer Art, worum es zu Zeiten mich gefehlt haben mag, hat wenigstens auf meine dienstliche Stellung keinerlei nachtheiligen Einfluß geübt.

Göttingen, 3. Juni 1867.

A. Ettlisser, Dr. ph.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 109. Heidelberg, den 20. Juni. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins“ einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei direktem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 kr. oder 10½ Sgr. Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im Juni 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Der Neuliberalismus. — Auswanderung aus Nordschleswig. — Aus Preußen. — Das amerikanische Budget sonst und jetzt. — Aus Würtemberg. — Deutsche Bürgerschule in Konstantinopel.

Wochenbericht.

Heidelberg, 18. Juni.

* Wenn man den Worten und Winken glaubt, welche aus der Welt der Höfe und der Cabinette kommen, so ist durch die Pariser Zusammenkunft der Monarchen eine neue Aera „von künftigen bessern Tagen“ eingeweiht. Man hat sich gut mit einander unterhalten, sich von dem gegenseitigen Wohlwollen überzeugt, einander die Hände gedrückt, sich „auf Wiedersehen“ verabschiedet. Von geschäftlichen Verhandlungen und Uebereinkünften weiß die offiziöse Fama freilich nichts zu melden, aber sie munkelt wenigstens von einer Hindeutung auf gemeinschaftliche Abrüstung, welche von dem französischen Kaiser gemacht und von seinen gekrönten Gästen beifällig aufgenommen sei. Im britischen Parlamente erklärt Lord Stanley wenigstens seine Ueberzeugung dahin, daß durchaus kein Grund zu Kriegsbefürchtungen mehr vorhanden sei, indem er jedoch die Voraussetzung zu machen scheint, daß Deutschland auf die weitere Verstärkung seiner Einheit verzichten werde, da ja für seine Sicherheit jetzt hinlänglich gesorgt sei. — Mit diesem Vorbehalte des britischen Ministers ist dann wohl der Finger an die wunde Stelle der europäischen Lage gelegt. Deutschland kann und wird sich nicht in das durch die Ereignisse des vorigen Jahres geschaffene Provisorium ergeben und Frankreich scheint nicht gesonnen zu sein, das deutsche Definitivum ohne Einsprache zu Stande kommen zu lassen. Ob aber die Zwischenfrist auch nur sechs Monate dauern werde, bleibt, trotz aller in Paris gewechselten Freundschaftsbezeigungen, eine offne Frage.

Es leuchtet ein, daß die preußische Regierung unter solchen Umständen die dringendsten Gründe hat, die neue Ordnung der Dinge, wenigstens innerhalb derjenigen Gränzen, welche ihr nicht mehr streitig gemacht werden, zum möglichst raschen Abschluß zu bringen. Und in der That wird zu diesem Zwecke von Berlin aus nach manchen Richtungen hin mit einem Nachdruck gearbeitet, dem der Erfolg nicht fehlen kann. Die Einfügung der neuen Provinzen in den altpreußischen Staatsbau, die Organisation des norddeutschen Bundesheerwesens, die Umgestaltung des Zollvereins auf parlamentarischer Grundlage und andre Maßregeln von ähnlichem Belang werden mit Dampfkraft betrieben. Für einen andern und sicherlich nicht minder wichtigen Theil der Aufgabe dagegen fehlt es nicht bloß an der wünschenswerthen Thätigkeit, sondern offenbar auch an der rechten Erkenntniß, oder doch an dem rechten Willen: um die Stimmung des Volkes in den einverleibten Ländern und überhaupt im ganzen Bundesgebiet für die neuen Verhältnisse zu gewinnen, geschieht so viel wie nichts und in vielen Fällen sogar das Gegentheil dessen, was geschehen sollte. In Hannover läßt die Einberufung der Vertrauensmänner immer noch auf sich warten; für Kurhessen ist von einer solchen Maßregel gar nicht die Rede, während man das Land in fortwährender Sorge um den „Staatsschatz“ läßt, dessen Genuß ihm doch ohne einen offenbaren Frevel nicht vorkümmert werden kann; für Nassau bleibt die Domänenfrage in einer peinlichen Schwebe, indem man es für wichtiger zu halten scheint, den abgesetzten Herzog Adolf zufriedenzustellen, als seine 500,000 gewesenen „Unterthanen“; in Bereff Frankfurts will man noch immer nicht begreifen, daß man dort etwas, ja sogar sehr viel wieder gut zu machen hat, man scheint sogar fort und fort mit offnen Augen unmögliche Leistungen von der Stadt zu verlangen, welche sich in früheren Jahren, ganz abgesehen von politischen Motiven irgend welcher Art, die Unzufriedenheit des Herrn v. d. Heydt — nicht des Ministers, sondern des Bankiers und Geschäftsmannes v. d. Heydt — zugezogen haben soll. Wenn die Berliner Cabinetspolitik etwa einen Pakt mit dem Schicksal geschlossen hat, welcher ihr die beispiellosen Erfolge, die sie seit Jahr und Tag gebabt hat, ein für alle Mal gewährleistet, so mag man ihre Gleichgültigkeit gegen den guten Willen und die gute Meinung der durch das Waffenglück gewonnenen Provinzen — zwar nimmermehr, gutheißen aber doch gelten lassen; im andern und wahrscheinlichern Falle ist jenes sorg-

Digitized by Google

lose Vertrauen auf die dermalige Macht mehr, als sich mit gewöhnlicher Fassungskraft begreifen läßt.

Die Liste der Mörder und Todtschläger in preußischer Officiersuniform ist wieder um einen Namen verlängert worden. Wird auch der Lieutnant Scherve wieder frei ausgehen, wie die Sohne und Pupki und so mancher andre ihres Gleichkers? An Anzeichen daran fehlt es schon heute nicht, und wer weiß, ob nicht gerade der Umstand den Ausschlag zu seinen Gunsten gibt, daß bei dieser Gelegenheit die öffentliche Stimme lauter als je eine ernstliche Handhabung der Justiz auch gegen Missethäter mit Epauletten verlangt. Ist und bleibt man aber in Preußen an entscheidender Stelle unzugänglich für die gebieterischen Forderungen des Rechtes, der Ehre, der öffentlichen Vernunft, so fordert man damit gewaltsam zu rettenden Thaten der Selbsthülfe heraus, die, wenn das Bürgerthum sich endlich dazu entschließt, ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Während der König von Hannover die kleinen Ersparnisse, welche er rechtzeitig auf die Seite gebracht hat, dazu verwendet, Freischaaren anzuwerben, die den Franzosen die Kriegsarbeit in Deutschland erleichtern sollen und in der Pariser Presse den Kreuzzug gegen Preußen predigen zu lassen, besteht der Herzog von Nassau auf der Auslieferung der Staatsdomänen — zum Beweise der „rührenden Anhänglichkeit an sein Land“ wie die Allgemeine Zeitung mit ernsthafter Miene versichert, und verlangt der Kurfürst von Hessen eine nachträgliche Ergänzung der ihm zu Theil gewordenen Abfindung, mittels Herauszahlung der dreißig Millionen, die sein ehrenwerther Vorfahr durch den Verkauf der hessischen Soldaten nach Amerika „verdient“ hat. Die einleuchtendsten Gründe des Staatswohls stehen hier den Motiven der fürstlichen Verterschaft schnurstraks gegenüber, und gleichwohl scheint sich der Ausschlag nach der letztern Seite hin neigen zu wollen. Es ist, als ob man in Berlin die Regungen des legitimistischen Gewissens durch maßlose Freigebigkeit aus der Tasche des Volkes beschwichtigen zu müssen glaubte. Gewiß, es ist eine schöne Sache um die Großmuth, aber doch nur, wenn sie auf eigne Kosten geübt wird. —

Ein eindringlicher Denkzettel wird dem gesammten europäischen Dynastenthum in diesen Tagen auf merikanischem Boden gegeben. Der Kaiser Maximilian ist oder war gewiß nicht der Mann, welcher diesseits oder jenseits des Oceans durch seine Persönlichkeit und Handlungsweise öffentlichen Haß und politische Rachsucht herausgefordert hätte; daß er sich aber, der Republik gegenüber, in die nämliche Stellung gebracht hat, wie, gegenüber den europäischen Thronen, so mancher Deutsche, Ungar, Pole u. s. w., der in den letzten zwanzig Jahren als Aufrührer, Empörer, Hochverräther hat bluten müssen, das wird auch der eifrigste Royalist, wenn er ehrlich sein will, nicht bestreiten. Alle guten oder schlechten Gründe der Gerechtigkeit, der Nothwehr, der Politik, welche man für die Hinrichtung eines Trüschler, Robert Blum, Bathyanyi und so vieler Andern beibringen kann, gelten zehn- und hundertfach auch gegen den Kaiser Maximilian. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß derselbe das hoffnungslose Abenteuer, auf welches er sich eingelassen, nicht mit dem Leben möge büßen müssen, sollte es aber anders sein, so würde sein Beispiel eine tiefgreifende Lehre für das Jahrhundert enthalten.

Der Neuliberalismus.

(Vgl. Nr. 107.)

III.

N Wie die Blätter neulich meldeten, hat die Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses nunmehr die ersten Schritte gethan, um zu einer strammeren Organisation zu kommen. Ein Comité ist niedergesetzt, mit dem Auftrag, einen Wahlverein zu gründen, dessen Mitglieder einen Thaler bezahlen und sich gleichzeitig verpflichten, „bei den Wahlen zum Reichstag und gleichzeitig auch zum Abgeordnetenhause für die Wahl entschiedener Männer — solcher, welche nicht Compromisse machen — zu wirken und zu stimmen.“ *)

Diese Definition der fortschrittsgerechten Entschiedenheit ist zwar wohl kaum so „entschieden“ gemeint, wie sie aussieht. In der That, eine politische Partei, welche ernsthaft und unverbrüchlich darauf zielte, niemals und unter keinen Umständen sich auf ein Compromiß einzulassen, würde ungefähr so weise handeln, als z. B. ein Geschäftsmann, der sich vornähme, all' sein Lebtage kein Geschäft zu machen, wobei nicht gleich ein Vermögen gewonnen wird. Aber immerhin ist diese grundsätzliche Abneigung gegen Compromisse — in welchen andere Leute, wie z. B. die Engländer, das Wesen aller Politik finden wollen — ungemein bezeichnend für die Partei, und von ihrem Standpunkt aus unleugbar ganz folgerichtig.

Ein Compromiß mit seinem politischen Gegner zu schließen, kann und wird man nur unter zwei Voraussetzungen geneigt sein. Entweder ein höheres dringenderes Interesse gebietet, von dem streitigen Anspruch Etwas abzulassen. Oder im Interesse dieses Anspruches selber, nach dem Sprüchwort, ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß, erscheint es vortheilhafter, mit einem kleineren, aber sicheren und sofort einzustreichenden Gewinn sich zu begnügen, als in's Ungewisse und Unabsehbare den Krieg um Alles auf einmal fortzusetzen. — Im ersten Falle wird der Gegner seinestheils um so williger zu Einräumungen sein, wenn jenes höhere Interesse ein beiden Theilen gemeinschaftliches ist; irgend einen Vortheil muß natürlich in jedem Falle auch er bei dem Vergleiche finden.

Indem nun die Fortschrittspartei sich unbedingt und vornweg gegen Vergleiche erklärt, läugnet sie, daß auch nur einer dieser beiden Fälle für die Opposition gegeben sei. Nach Ansicht dagegen der Nationalliberalen, so denken wir wenigstens, sind beide Fälle zugleich gegeben. Klar aber ist, daß aus dieser verschiedenen Grundauffassung auch eine sehr verschiedene Taktik des politischen Feldzugs sich entwickeln muß.

Es wird zu sein, gleich hier einem möglichen Mißverständniß vorzubauen. Es ist weder zu erwarten noch zu wünschen, daß mit derselben dogmatischen Unbedingtheit, mit der die Fortschrittspartei den Compromiß verwirft, die Neuliberalen ihn zur Parole machen; bei dem Charakter des Regiments in Berlin, wird es oft genug geboten sein, steif und fest zu beharren, einerlei was zunächst dabei herauskomme. In gewissen grundsätzlichen, namentlich in allen verfassungsrechtlichen Fragen (z. B. Oberg'scher Fall) wäre Nachgiebigkeit einfach Selbstmord. Der Fanatismus der Mäßigung und Verständnißlichkeit, ein Grundgebrechen des älteren Liberalismus, ist ebenso unfruchtbar in reellen Erfolgen, als der Fanatismus der „Entschiedenheit“.

Jenes, uns und der Regierung gemeinschaftliche, sichere und dringende Interesse nun finden die Nationalliberalen bekanntlich in der Vollendung des Einheitswerkes. Die Linke erkennt das nicht an, theils für sich selbst nicht, theils traut sie der Regierung nicht zu, daß dieselbe, um der nationalen Aufgabe willen, jemals ernsthafte Zugeständnisse an den Liberalismus machen werde, wie sie denn auch die bereits gemachten, z. B. daß überhaupt ein Reichstag einberufen ist, nicht als solche gelten läßt, vielmehr in reaktionärem Sinne deutet. Der ganze ungeheure, noch lange nicht zum Stillstande gekommene Umschwung in der Stellung der preußischen Monarchie — sie schreitet, um Alles in Einem zu sagen, unwiderruflich und unaufhaltsam den Ziele entgegen, zu Deutschlands nationaler Monarchie zu werden — ist, wie es scheint, den Augen der Fortschrittspartei gänzlich verborgen geblieben. Sie sieht deßhalb auch nicht, wie es von nun an keiner preußischen Regierung, auch mit dem besten Willen, mehr möglich sein wird, die conservative Dogmatik alten Styls aufrechtzuhalten, zu deren wesentlichen Grundlagen das Gentz'sche „monarchische Prinzip“, d. h. das unantastbare Herrschaftsrecht des Landesfürstenthums gehörte. Nationale Politik ist an sich selbst schon ein Stück Liberalismus.

Uns Andern ist es daher nicht zweifelhaft, daß bei der weiteren Arbeit an dem Einheitswerke die Beiden, Liberalis-

*) Ob das dem Comité ertheilte Mandat der Partei also lautet, muß doch wohl bezweifelt werden; jene Worte sind unseres Wissens nur die eines Berliner Parteiblatts, das sich durch seltenen Unverstand auszeichnet. D. H.

Digitized by Google

mus und preußische Regierung, oft genug aufeinander angewiesen, und genöthigt sein werden, einander Zugeständnisse zu machen. Und der Liberalismus wird sich dabei um so besser stehen, je weniger er sich auf ein doktrinäres Ideal steift, sei es nun freiheitlicher oder unitarischer Tendenz, je mehr er seine Forderungen mit dem praktisch nächsten Bedürfniß in Einklang zu bringen versteht. Die Linke aber wird wohl mehr und mehr dahin gedrängt werden, sich mit den partikularistischen Elementen zu verbinden. Auch wird sie, allem Vermuthen nach, in dem natürlichen Widerspiel und Machtstreit, welcher sich zwischen Reichstag und preußischem Landtag erheben wird und muß, für letzteren Partei ergreifen, während die Nationalliberalen, aus selbstredenden Gründen, auf die Seite des Reichstags treten werden; und leicht dürfte dieser Punkt es sein, um welchen sich der Gegensatz beider Parteien in der nächsten Zukunft vorzugsweise bewegen wird. —

In dem Gesagten liegt schon, daß der Liberalismus, indem er der nationalen Aufgabe zu Liebe Compromisse mit der Regierung eingeht, hiemit zugleich im Interesse der Freiheit selbst handelt. In der That, nichts wäre thörichter, als wenn wir diese beste, ja vielleicht einzige Gelegenheit, welche wir auf Jahre hinaus haben werden, um von der preußischen Staatsgewalt, Zug um Zug, Einräumungen für die Freiheit zu erlangen, unbenutzt verstreichen ließen. Oder welche Mittel und Aussichten haben wir denn etwa, unsere Sache nicht auf dem Wege des Vergleichs, sondern des Krieges, nicht durch Compromißpolitik, sondern, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, durch Conflktspolitik durchzusetzen? Um die Politik des „Alles oder Nichts", welche der Natur der Sache nach immer in einen Conflikt auslauft, mit begründeter Hoffnung auf Erfolg zu betreiben, dazu gehört entweder ein größerer Besitz von geschickter legaler Macht, als wir ihn zur Zeit im preußischen Verfassungsrecht haben, oder der Hintergrund der Revolution, nach Umständen auch beides zusammen. Nachdem aber die Revolution 1862—66 ausgebluten ist, wird heute, und so lange nicht die Verhältnisse ein gänzlich anderes Gesicht annehmen, kein verständiger Mensch an ihr Kommen glauben, oder durch die Furcht vor demselben sich zum Rückzug treiben lassen.

Allerdings, die Regierung hat nicht bei jedem Conflikt ein Königgrätz in die Wagschale zu werfen. Aber ihre Machtstellung ist heute auch ungleich stärker, als sie vor 1866 gewesen, ungleich stärker schon deßhalb, weil sich an die Erhaltung derselben, allen Unbefangenen sichtbar, jetzt auch ein nationales Interesse knüpft, und so lange wenigstens knüpfen wird, bis das Gebäude der deutschen Einheit fertig und wetterfest geworden. Insbesondere wird es nicht leicht sein, ihr Zugeständnisse abzuringen auf demjenigen Gebiet, um welches sich der Kampf bisher fast ausschließlich bewegt hat, dem Grenzgebiet nämlich der Rechte von Krone und Volksvertretung. Werden wir in nächster Zeit so viel Macht aufbringen, um solche Rechtsansprüche, der Krone gegenüber, durchzusetzen? Schwerlich; und vielleicht empfiehlt es sich, diesen Kampf an der Spitze vorerst nur sehr vorsichtig zu führen, unser Hauptaugenmerk aber auf die Grundlegung unserer Macht zu richten, d. h. vor Allem den Auf- und Ausbau der seit dem Conflikt gänzlich in's Stocken gerathenen freiheitlichen Organisationen, der Kreisverfassung u. s. w. zu betreiben. Mit dergleichen positiven Aufgaben würde sich die neuliberale Partei in erster Linie zu beschäftigen haben.

Aber für alle diese Erwägungen ist und bleibt die Fortschrittspartei unzugänglich. Mag sie denn ihr Heil versuchen in ausschließlichem Beharren auf der alten Kampfweise; es wird ganz gut und nützlich sein, daß neben der liberalen, eine Partei dieser Art da ist, sie wird ihre eigenthümlichen Aufgaben und Verdienste haben können. Bestände die Opposition bloß aus der Linken, so lämen wir bald wieder in den chronischen Conflikt, ohne irgend welche Bürgschaft für den endlichen Sieg, vielmehr mit der Aussicht, durch eine Reihe vergeblicher Anläufe den Volksgeist gründlich zu ermüden und schließlich für alle politische Arbeit abzustumpfen. Bestände sie bloß aus den Liberalen, so würden große Kreise des Volks, welchen das Verständniß für die Politik der Mittelparteien nun einmal abgeht, welche das Unbedingte, Markige, Erschütternde lieben, sich von der Theilnahme am politischen Leben abwenden, und dadurch müßte die Gesammtkraft der Volkspolitik erheblich vermindert werden. Ohne eine entschiedene Linke, würden die Liberalen überdieß bald in eine ähnliche Stellung, der Regierung gegenüber, kommen, wie nun jene sie einnimmt; nur durch die Folie der demokratischen „Entschiedenheit" erscheinen sie als Gemäßigte, deren Forderungen sich hören lassen. So können also beide Parteien, gesondert und jede in ihrer Weise, mit Vortheil für die Freiheit arbeiten, während sie, widernatürlich vereint, einander bloß stören und hindern würden. Nur das persönliche Vertrauen und Verdächtigen, wie es die Presse der Fortschrittspartei gegen die Nationalliberalen mit ruhelosem Eifer betreibt, wäre nach unserer Ansicht für den getrennten Geschäftsbetrieb nicht gerade unumgänglich nöthig, ja man könnte dasselbe sogar höchst unverständig finden, da ja doch die Sache der ganzen Opposition dadurch geschädigt wird. Indeß scheint dieses Nebenvergnügen nun einmal zu den Dingen zu gehören, von welchen die radikale Presse nicht lassen kann, ohne aufzuhören, sie selbst zu sein. — —

Die Moral der bisherigen Ausführung, angewandt auf die alte Nationalpartei, und insbesondere auf den Nationalverein, ergibt sich von selbst. Hervorgegangen aus einer Mischung liberaler und radikaler Elemente, wie sie nur möglich war unter dem Druck der Zustände Altdeutschlands, wirkte auf ihn die Umwälzung von 1866 in der Weise zersetzend, wie ein elektrischer Strom auf eine flüssige chemische Verbindung — wobei bekanntlich der eine Bestandtheil an den positiven Pol, der andere an den negativen sich begibt. Mancher mag das Auseinandergehen bisheriger Genossen beklagen, doch im Grunde ist es auch in diesem Falle, wie so oft, ein Symptom glücklicherer und gesünderer Verhältnisse. Die Fortschrittspartei hat nun, wie bereits Eingangs erwähnt, angefangen, sich eine eigene Organisation zu geben; die Nationalliberalen haben einfach desgleichen zu thun*). Vielleicht könnte der Nationalverein, nachdem ihm zuerst die süddeutschen und nun größtentheils auch die preußischen Radikalen, beide aus wesentlich gleichen Motiven, den Rücken gewendet, einfach als Verein der nationalliberalen Partei reorganisirt werden. Natürlich wäre nur die Generalversammlung des Vereins zuständig, einen Beschluß der Art zu fassen, und je bälder sie zu diesem Zwecke berufen würde, desto besser. Auf alle Fälle werden die Nationalliberalen nicht allzu lange ansstehen dürfen, ihren ohnehin noch sehr lockeren Parteizusammenhang durch das Band der Vereinsorganisation zu festigen, wollen sie nicht von drüben und drüben überflügelt werden. Ohne feste Organisation ist jede politische Partei im heutigen Deutschland ohnmächtig.

Die Auswanderung aus Nordschleswig.

L Im nördlichen Schleswig haben sich bekanntlich viele Hunderte der Militärpflicht durch Auswanderung oder Flucht nach Dänemark entzogen. Von den dänischen Blättern und ihrem Ableger in der deutschen Presse, der Kölnischen Zeitung, wird dieser Vorgang so dargestellt, als sei er einerseits dem glühendsten Nationalhaß entsprungen, andererseits herbeigeführt durch einen Druck, beinahe schlimmer als der, welchen Rußland in Polen ausübt. Es fehlte nur noch, daß einer der zahlreichen nach Paris gereisten „Nordschleswiger", die unterwegs der Kölnischen Zeitung ihre Aufwartung zu machen nicht versäumt haben, eine Schilderbüchse auf den König von Preußen abgefeuert hätte, so wäre die Parallele zwischen der russischen Gewaltherrschaft in Warschau und der preußischen in Flensburg vollständig.

Ohne vorgefaßte Meinung betrachtet, nimmt sich der Vorgang wesentlich anders aus. Das Unrecht der preußischen Regierung besteht nicht in irgend einer besonderen Härte, mit

*) Als dieser Artikel geschrieben wurde, war das berliner Programm der Nationalliberalen noch nicht bekannt.

Digitized by Google

welcher sie Vertrag und Gesetz, den dänischredenden oder den dänischgesinnten Nordschleswigern gegenüber, zur Ausführung gebracht hätte; sondern lediglich darin, daß sie sich auf die Artikel 18 und 19 des Wiener Friedens von 1864 und den Artikel 5 des Prager Friedens von 1866 überhaupt eingelassen, und ferner, daß ne den letzteren so lange unausgeführt oder unaufgehoben hat bestehen lassen. Die Wirksamkeit dieser Vertragsbestimmungen in ihrem Zusammenhang ist es, worauf die Massenflucht der Nordschleswiger in der Hauptsache zurückgeführt werden muß. Die genannten beiden Artikel des Wiener Friedens, angeblich einfach abgeschrieben aus einer früher in Bezug auf Polen zur Anwendung gebrachten Clausel, und jedenfalls mangelhaft überlegt, gewähren allen Schleswigern das Recht, in dänischen Diensten zu bleiben und ohne Rücksicht auf die Militärpflicht bis 1870 mit Sack und Pack auszuwandern. Artikel 5 des Prager Friedens, wie er von den Dänen allgemein und nicht ohne Grund verstanden wird, eröffnet denjenigen Schleswigern, welche von dem Artikel 19 des Wiener Friedens Gebrauch machen, die Aussicht, daß ihre Entfernung von Heimath, Familie und bisherigem Erwerb nicht lange dauern werde. Warum sollen sie sich dem Dienste im preußischen Heere unterwerfen, da sie vermeintlich bald wieder dänische Unterthanen sein werden? In Dänemark steht jetzt freilich die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ebenfalls bevor; das einschlägige Gesetz scheint auf allseitige Annahme rechnen zu dürfen. Allein die Masse des Volks wird natürlich von der Vorstellung des bestehenden Zustandes beherrscht, und das ist in Dänemark die unbegrenzte Möglichkeit, sich vom Heeresdienst loszukaufen. Das Dienen an und für sich ist so gut wie Niemandem erwünscht. Es ist noch unpopulärer als Steuerzahlen. Man kann sich also vollkommen erklären, wie es unter den geschilderten Umständen dahin kam, daß eine Menge von Nordschleswigern im heer- oder landwehrpflichtigen Alter nach Dänemark ging, ohne zu den Motiven eines besonders empfindlichen Nationalgefühls — dergleichen auch unter den dänischredenden Nordschleswigern höchstens bei Einzelnen waltet — oder einer allgemeinen Empörung gegen grausame Regierungsmaßregeln greifen zu müssen. Hätten ähnliche vertragsmäßige Bestimmungen etwa den Holsteinern erlaubt, sich der Dienstpflicht durch Auswanderung nach Mecklenburg zu entziehen, wer weiß, ob sie nicht, trotz der gerechten Furcht vor mecklenburgischen Zuständen, der augenblicklich mächtigsten Empfindung, der Scheu vor des Königs Rock, in Masse nachgegeben hätten!

Die preußische Regierung hat nur in einem Punkte den Vorbehalten des Wiener Friedens zu Gunsten der dänischgesinnten Nordschleswiger eine etwas enge Auslegung gegeben, aber das aus rechtmäßiger Nothwehr. Sie hat nemlich nicht zugelassen, daß solche Schleswiger, welche von der vertragsmäßigen Auswanderungsfreiheit Gebrauch machten, um der Militärpflicht zu entgehen, auf kürzere oder längere Zeit, häufiger oder seltener, in ihre Heimath zurückkehrten. Diese Strenge kann im einzelnen Falle allerdings hart treffen. Aber sie war für jede Regierung der Welt, die sich nicht selbst aufgeben wollte, unumgänglich geboten, so lange in den fraglichen Grenzbezirken ein nicht abgeschlossener Nationalitätsstreit bestand. Man hätte sonst den Dänen die kostbarste Gelegenheit gewährt, eine Wolke von wirksamen Agitationen über das Land hin auszustreuen. Die Entscheidung der Einzelnen für Dänemark und gegen Preußen hätte auch nicht die zeitweilige gänzliche Entbehrung der Angehörigen und der Heimath mehr gegen sich gehabt; und mit ihnen wäre gleichsam schon mitten im Frieden der Vortrab der dänischen Armee in das Gebiet eingedrungen, das erst nach einem freien Volksvotum allenfalls an Dänemark zurückfallen soll. Dies zu dulden, würde nicht mehr Gerechtigkeit, sondern gedankenlose Schwäche gewesen sein.

Die dänische Nationalpartei hat es den Nordschleswigern natürlich nach Kräften erleichert, sich dem preußischen Waffendienste zu entziehen. Wir werden ihr daraus unsererseits kein Verbrechen machen; wir erachten es nur für eine übertriebene Bescheidenheit, daß diesem mitwirkenden Factor in den Berichten, welche aus Kopenhagen oder Köln in die Welt gelangen, so gar keine Rolle zuerkannt wird. Dieser Selbstverleugnung muß man zu Hilfe kommen. Es laufen in Nordschleswig hundert Erzählungen für Eine um, aus denen hervorgeht, wie die Träger des Dänenthums in den einzelnen Orten Nordschleswigs unachtsame, zögernde oder widerwillige junge Leute an ihre Pflicht gegen das Mutterland zu erinnern wissen. Versprechungen und Drohungen wechseln darin ab. Und sollte Einer vor der Noth der daheimzulassenden Seinigen zurückschrecken, so weiß man ihn auf die Unterstützungsvereine hin, welche sich in Kopenhagen und anderwärts gebildet haben, und denen die Gaben verhältnißmäßig mit einer rühmenswerthen Reichlichkeit zufließen.

Die Massenwanderung von Männern im rüstigsten Alter aus Schleswig nach Dänemark hat dort begreiflicher Weise örtliche Ueberfüllung mit Arbeitskräften, in Schleswig hingegen einen empfindlichen Mangel an solchen zur Folge. Zur Abhilfe für den letzteren strömen Jüten und Schweden ins Land. Ob dieselben dabei einem rein freiwilligen Zuge nachgeben, oder ob ein geheimer Antrieb aus politischen Quartieren sie in Bewegung setzt, muß dahin gestellt bleiben. Die Wirkung ist in jedem Falle die gleich unerwünschte, daß das Nationalitätsverhältniß in Nordschleswig fort und fort zu unsern Ungunsten verschoben wird. Es ist deßwegen in vielgelesenen deutschen Zeitungen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß hier eine ebenso dringende als lohnende Aufgabe für zweierlei Classen von Leuten vorliege, für unternehmende Geschäftsmänner, denen es lediglich auf das volkswirthschaftliche Bedürfniß ankomme, welches nach Betriebigung ruft, und für praktische Patrioten, die einem nationalen Interesse handelnd zu dienen wünschen. Der Aufruf ist auch nicht ganz erfolglos geblieben. Von zwei ganz verschiedenen Seiten her sind die ersten Schritte geschehen, um einen Zuzug aus den dichtbevölkerten und an Arbeitsgelegenheiten ärmeren Strichen des inneren Deutschland nach den des Schnitters harrenden üppigen Wiesen und Aeckern Nordschleswigs zu organisiren — ein Austausch, bei welchem alle Betheiligten gewinnen werden, wenn man es nur halbwegs geschickt und verständig anfängt.

In derselben Richtung würde eine andere, sowohl volkswirthschaftlich wie patriotisch begründete, Thätigkeit liegen: die Beförderung von Ankäufen Deutscher im nördlichen Schleswig. Leider fehlte vor dem Sommer 1866 unter den activen Patrioten Deutschlands der Sinn, sich auf solche Bestrebungen näher einzulassen, und nach dem Sommer 1866, nach dem Prager Friedensschluß, mangelt vorläufig jene Sicherheit über die Zukunft, welche die Grundlage derselben sein muß. Sobald aber die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark endgiltig gezogen sein wird, muß es eine der ersten Aufgaben der volksmäßigen nationalen Politik sein, das deutsche Element in den gemischten Distrikten durch Beförderung des Ankaufs und der Erhaltung von Gütern in deutschen Händen — z. B. vermittelst geeigneter Creditanstalten — zu stärken. Man hat in den deutschen Kreisen Nordschleswigs wohl bald scherzweise beklagt, daß den Dotationen preußischer Staatsmänner und Feldherren nach den letzten Kriege nicht die Clausel beigefügt war: „in nordschleswigschem Grundbesitz anzulegen". Die Nation muß diese Idee aufnehmen, und direct oder indirect ein angemessenes Capital auf dieses ebenso legitime als praktisch wichtige nationale Interesse verwenden. Die Dänen sind uns darin mit gutem Beispiel vorangegangen, und ihre patriotischen Organe behandelten es z. B. beinahe wie Vaterlandsverrath, als Graf Moltke-Hvitfeldt, nach dem Kriege von 1864, Gravenstein an den Herzog Christian von Augustenburg zurückverkaufte.

Aus Preußen, 15. Juni. Gestern vor einem Jahre stürzte der alte deutsche Bund zusammen: — ist das, was wir seitdem erreicht haben, des Schweißes und Blutes der Edeln werth? Oder ist die deutsche Sache wirklich so in's Stocken gerathen, wie Manche fürchten, oder gar hoffen? Es ist wahr, die darmstädtische Regierung führt in der darmstädtischen Kammer eine ganz andere Sprache, als auf dem norddeutschen Reichstage. Die württembergische Regierung ist sehr wahr-

Digitized by Google

scheinlich von einer tiefen Abneigung gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund beseelt. In der Politik des bairischen Ministers ist allem Anschein nach eine Schwenkung oder Schwankung eingetreten; sie erstredt den Anschluß an den Norden, wenn überhaupt noch, nur auf Umwegen und unter Vorbehalten. Weltlicht spiegelte der Gagern'sche Antrag in der darmstädtischen Kammer die jetzt an diesen drei süddeutschen Höfen verfolgte Politik ziemlich deutlich wider. Erst Südbund, — dann eine neue Bundesverfassung und ein „wirklicher" Bundesstaat mit ungeschmälerter Souveränetät der Einzelfürsten — dann ein näheres Verhältniß mit Oesterreich: — darin liegen Garantien genug, daß Nichts zu Stande kommt. Aber wie kommt, daß die Fürsten mit dieser Politik jetzt viel offener hervortreten, als sie noch vor wenigen Wochen gewagt hätten? —

Die Gründe für dieses Verhalten sind wohlfeil, wie Brombeeren. Die Lösung der Luxemburger Frage und der muthwillig heraufbeschworene Oberg'sche Konflikt haben das Volk gegen Preußen verstimmt und erkältet, und die „Entschiedenen" suchen ihm nach Kräften einzureden, daß jene beiden Vorgänge jeden „entschiedenen" Liberalen mit gebieterischer Nothwendigkeit zwingen, gegen die Verfassung und die Erweiterung des norddeutschen Bundes zu stimmen. Herr v. Beust hat, wie die darmstädtische Regierung versichert, Einspruch gegen den Eintritt des Südens gethan, und die durch die neue Phase in Oesterreich bei Manchen wieder erweckten Seufzer über dessen Ausschluß aus Deutschland schwellen die Segel aller Derer, die aus den verschiedensten Gründen die gegenwärtige Entwicklung stören, oder zu den Fleischtöpfen des alten Bundes zurückkehren möchten. Die „Volkszig." zerbricht sich schon den Kopf darüber, welcher Platz in Deutschland dem „verjüngten" Oesterreich angewiesen werden könne und müße, auf beiden „für die Freiheit so heißsame Niederlagen" se noch heute mit einem gewissen Neide blickt! Beust ist ihr ein konstitutioneller Staatsmann vom Wirbel bis zur Zehe, und sie sieht für die freieste konstitutionelle Entwicklung in Oesterreich keinerlei Hindernisse und Fährlichkeiten mehr, als die von dem „Cäsarismus" des norddeutschen Bundes und vielleicht auch Frankreich's ausgehenden, um dessen Freundschaft Oesterreich so eifrig wirbt. —

Ehre der darmstädtischen Kammer, die sich durch alle diese, dem Kern der Frage fremden Dinge nicht abhalten ließ, für das gegebene Ziel der Volkspolitik, für die baldigste Wiedervereinigung von ganz Deutschland, ihrer mißwilligen Regierung gegenüber, mannhaft einzusteben! Hoffentlich wird dieses Beispiel für das Volk im Süden nicht verloren sein. Es wird begreifen, daß die wirksamste Pression für diese Wiedervereinigung jetzt nur durch kräftige Kundgebung des Volkswillens in Süddeutschland ausgeübt werden kann. Man sucht diese Agitation zu hintertreiben durch höhnische Hinweisung auf die zurückhaltende, ja abwehrende Haltung der preußischen Regierung. Es ist zwar schwer zu begreifen, wie deren guter oder böser Wille grade für die „Entschiedenen" ein Grund sein kann, etwas zu thun oder zu lassen. Ihr Hauptvorwurf gegen die National-Liberalen ist ja grade, daß diese bei der Feststellung der Bundesverfassung den Widerspruch der preußischen Regierung nicht gänzlich unbeachtet gelassen haben. Aber — die Zurückhaltung ist allerdings vorhanden. Hier bei uns wurde sogar eifrig das Gerücht verbreitet, daß Bismarck sein Werk für vollendet halte und daß er sich, zufrieden mit dem erworbenen Ruhme, zurückziehen werde, um den Abend seines Lebens im friedlichen Genusse seiner Dotation hinzubringen. Mir scheint, das sind schlechte Menschenkenner, die solche Gerüchte verbreiten und glauben. Die preußische Regierung mag eine klarere politische Konstellation unter den Großmächten abwarten; sie hat versprochen, ihrerseits keine Pression zu üben, und die Abneigung der Fürsten ist sichtlich gewachsen. Aber, wie Bismarck schon auf dem Reichstage sagte, wenn das deutsche Volk überall bestimmt sein Verlangen nach nationaler Wiedervereinigung ausspricht, so wird nichts dieselbe hindern, am wenigsten die Einsprache Oesterreich's! In den Nikolsburger Präliminarien und im Prager Frieden erkennt Oesterreich den norddeutschen Bund und die etwaigen Territorial-Veränderungen in Norddeutschland an; es erklärt sich einverstanden mit dem zu gründenden Südbund und dessen nationaler Verbindung mit dem Nordbunde. Allerdings wurde damals in Anschlt genommen, daß dieser Südbund eine „internationale Existenz" sollte haben können. — ein unklarer und nicht näher definirter Begriff; aber wenn dem deutschen Volke die Wiedervereinigung ohne den Umweg des Südbundes besser paßt, so ist Oesterreich in jenen Verträgen keineswegs das Recht eingeräumt, dagegen Einsprache zu erheben. Denn Oesterreich ist durch jene Verträge für Deutschland Ausland geworden, und es hat in inneren deutschen Fragen dieselbe Nichtintervention zu beobachten, welche Europa in den letzten Jahrzehnten, dem häufigen Wechsel der Dynastien in Frankreich und dem noch häufigeren Wechsel der Systeme in Oesterreich gegenüber, beobachtet hat. Ihm steht höchstens, wie jeder anderen Großmacht, frei, dem neuen Staatsgebilde, im Fall der Umgehung des Südbundes, seine Anerkennung vorzuenthalten; darin würden wir uns finden müssen. Es wäre besser gewesen, wenn Preußen gar keine Anfrage an Oesterreich gerichtet, ihm vielmehr die Initiative der Einsprache überlassen hätte; aber was soll diese Einsprache nützen? Sie kann, da Oesterreich eine durch die Militärbündnisse mit Preußen ohnehin unmöglichte Verbindung mit dem Süden durch den Prager Frieden ausdrücklich verboten ist, nur den Zweck haben, die Südstaaten in ihrer kleinstaatlichen Bedeutungslosigkeit zu erhalten und die Errichtung des deutschen Nationalstaats zu erschweren oder zu verhindern. Das ist die traditionelle habsburgische Politik. Wir würden uns kein graues Haar darum wachsen lassen, wenn die österreichische Thronrede auch nicht auf die „Wiedervergeltung" verzichtet hätte; was nützt der Zorn, wenn die Gewalt fehlt! Aber wir können Hrn. v. Beust, trotz seiner Versicherung, nicht glauben, daß er bei'm Antritt seines gegenwärtigen Amtes den alten Adam ausgezogen hat, wenn er jetzt schon den alten Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich wiederherzustellen sucht. Daneben sind alle Freundschaftsversicherungen ein leerer Schall, und Oesterreich sollte bedenken, daß es Frieden und Freundschaft mit Deutschland bitter nöthig hat. —

Wie man hört, hat sich Preußen in dem Berliner Präliminar-Vertrage über die Erneuerung der Zollvereins-Verträge ein Veto in diesen Angelegenheiten vorbehalten, um sich nicht in dem verstärkten Bundesrathe einer Majorisirung auszusetzen; trotz aller Versicherungen der Partikularisten und Ultramontanen wird es sicher nicht auf die Behandlung der Zollvereins-Angelegenheiten im norddeutschen Reichstage, unter Mitwirkung der Bevollmächtigten und Abgeordneten Süddeutschlands, verzichten, wenn Baiern auch noch so energisch und entschieden auftritt. Leider sagt man, daß Baiern nicht nur eine Bedenkzeit bis Ende Oktober zugestanden sei (?), sondern daß auch die Verträge im Fall des Nichtzutritts erst für den 1. Juli 1868 gekündigt werden sollen. Das heißt doch nur, eine für Handel und Gewerbe sehr schädliche Ungewißheit und die Möglichkeit der Entdeckung neuer Hindernisse für Baiern verlängern. Diese neue — Rücksicht auf den halbstarrigen Partikularismus ist allerdings sehr fatal; aber es ist doch eine gänzlich unhistorische Vorstellung, zu glauben, daß der staatliche Entwicklungsprozeß einer Nation, wenn er nach Jahrzehnte langen Mühen und Arbeiten endlich durch gewaltige Ereignisse in Fluß gekommen ist, willkürlich durch einen einzelnen Mann oder durch eine einzelne Regierung wieder zum Stillstand gebracht werden könne. Denn Alles treibt eben nach dem einen Ziele hin, auf welches die Blicke der ganzen Nation gerichtet sind. Die einheitliche deutsche Armee unter Preußens Führung, die diplomatische Einheit Norddeutschlands im Bundespräsidium, die volkswirthschaftliche Einheit von ganz Deutschland in dem erweiterten norddeutschen Reichstage: — man sollte meinen, das wäre eine wohl anzuerkennende Jahresarbeit, Angesichts deren die Hoffnung, daß auch das Andere in nicht allzulanger Zeit nachkommen werde, nicht grade als der Kühnlaube eines allzu vertrauensseligen Gemüthes betrachtet zu werden brauchte. Aber für unsere „Entschiedenen" lohnte das alles nicht der Mühe anzufangen, weil in

Digitized by Google

der Bundesverfassung eine „einheitliche Centralgewalt", dem Namen nach, nicht existirt. Mag Deutschland sehen, wie es fertig wird, wenn nur die Doktrin und das Prinzip gerettet wird! Wie aber Männer, die früher für das Eisenacher Programm gewirkt haben, nachher gegen die Bundesverfassung stimmen konnten — das zu begreifen reicht allerdings der mit zu Gebote stehende Fonds von Logik nicht aus. Damals sagte auch Jacoby, „man dürfe sich den Forderungen einer bestimmten Zeit nicht entziehen, um unerreichbaren Idealen nachzujagen". Und jetzt?! —

Am Donnerstag ist das Programm der nationalliberalen Partei veröffentlicht, nicht bloß von den Mitgliedern der Fraktion derselben im Abgeordnetenhause, sondern auch von angesehenen Männern außerhalb desselben, in den alten und neuen Landestheilen (Bennigsen, Oetker, Braun u. a. m.), unterzeichnet. Von dem Eindruck desselben im Lande kann man natürlich nach so kurzer Zeit noch nicht reden; äußerlich hat das Schriftstück den Fehler zu großer Länge. Die „Volksztg.", trotz ihres grämlichen Alters, schnell fertig mit dem Wort, wie die Jugend, hat selbstredend noch an demselben Tage ihr Urtheil über das Programm gefällt und es zu den übrigen „Mißgeburten nationaler Verkehrtheit" geworfen. Die Nationalen haben für eine Verfassung gestimmt, die weder die Reichsverfassung von 1849, noch die Unions-Verfassung ist, was die rechtgläubige und unfehlbare „Volkszeitung" für pure Ketzerei und Abfall erklärt hatte; folglich haben sie, trotz ihrer Versprechungen, die Freiheit und die Einheit zu Grabe getragen, und folglich darf das Volk diesem ketzerischen Programm nicht glauben und die Ketzer nicht wählen. „Wählt nur Männer, die nie Kompromisse schließen (außer mit Partikularisten und Ultramontanen!!!), und im schlimmsten Falle wählt lieber Konservative, als Neugothaer!" Freilich, die Gothaer gingen immer Kompromisse in inneren Fragen ein, ohne in den äußeren irgend Etwas zu erreichen, weil die Manteuffel und Genossen in diesen eben nichts erreichen wollten, — und ihre Kurzsichtigkeit, die sie das nicht einsehen ließ, hat ihre Politik im Volke so verrufen gemacht, daß der Spitzname Neugothaer noch heute nicht ohne Eindruck auf die Masse bleibt. Aber die Nationalen haben doch in der That positive Resultate der jetzigen Kompromisse aufzuweisen, und wenn blinde Halsstarrigkeit und einsichtslose Verstocktheit als der politische Gegensatz des Kompromisses gepriesen wird, wenn Jeder unter die Kategorie der „Neugothaer" fällt, der es nicht für die ausschließliche Aufgabe der Volksvertreter hält, mit dem Kopf gegen die Mauer zu rennen, namentlich wenn ein leidlicher Weg d'rum herum führt, dann scheint es doch zweifelhaft, ob das Volk auf diesen Kehrrum hören wird.

Auch Forckenbeck hat nachträglich ein Vertrauensvotum aus Königsberg erhalten, wie früher Hoverbeck, und der Berliner Correspondent der „Nb. Ztg." klagt schon bitter, daß so manche Korrespondenten, die er sonst für „anständig" gehalten habe, nun national geworden seien, und daß fast keine Zeitung mehr den Ergüssen der nationalen Weisheit ihre Spalten verschließe. Das ist schneller gegangen, als man erwarten konnte, was wir zum Theil dem entschiedensten Theil der „entschiedenen" Presse zu verdanken haben. Jener Berliner Correspondent meldet z. B. mit wahrem Jubel eine zweite gesetz- und verfassungswidrige Versetzung eines hannoverschen Richters nach Preußen, die übrigens vor der Verhandlung des Abgeordnetenhauses über den Oberg'schen Fall angeordnet sein und um deren Zurücknahme der Richter selbst nach dieser Verhandlung gebeten haben soll; er macht dazu die geistreiche Bemerkung: „das ist ein häuslicher Streit zwischen dem Ministerium und den Nationalen, der uns entschieden nichts angeht." Solchen blasirten Blödsinn verträgt der gesunde Magen der meisten Leser doch nicht. Sie müßten ja auch wahrhaftig riesiren, daß ihnen dieselbe „Rhein. Ztg." am nächsten Tage aus Berlin aus bester Quelle berichtet, der Canalverband zwischen dem von Lieutenant v. Schewe erschossenen Hausdiener und den „lämmerlichen" Abstimmungen der Nationalen stehe schon jetzt baumfest.

Das amerikanische Budget, sonst und jetzt.

Es ist eine weit verbreitete Meinung, daß die republikanische Staatsform nicht bloß die beste, sondern vor Allem auch die billigste sei. Die Republik, so hört man argumentiren, braucht nicht für einen kostspieligen Hofstaat zu sorgen, ihre Beamten sehen den Staatsdienst mehr vom Standpunkte der Ehre, als des pekuniären Erwerbes an, und was die Hauptsache ist: republikanische Institutionen ertragen kein stehendes Heer und das Militärsystem erweist sich als das zugleich wirksamste und billigste Heeressystem. Zum Beweis für diese Behauptungen pflegen dann die Vereinigten Staaten angeführt zu werden. Natürlich sind es zunächst die Amerikaner selbst, die diese Ansichten für unumstößliche Wahrheiten halten. Noch kürzlich begegnete uns in einer mit Recht weitverbreiteten amerikanischen Monatsschrift der Satz: Gegen einen jährlichen Aufwand von 77 Mill. Dollars, oder 2½ Dollars auf den Kopf der Bevölkerung, werden 32 Millionen besser regiert, als irgend ein anderes Volk der civilisirten Welt. Freilich ist das seit dem großen Kriege anders geworden; wenn wir indeß davon absehen, so fragt es sich, ob die Kosten der Regierung in Wirklichkeit so gering waren, wie sich aus obigen Zahlen zu ergeben scheint. Die 77 Millionen repräsentiren nur den Bundesetat; nicht zu übersehen ist, daß die Staats- und Municipalbudgets in den einzelnen Staaten und Grafschaften eine fernere nicht unerhebliche Summe repräsentiren und wenn man diese hinzuzieht, so ist man geneigt, in obige Behauptungen starke Zweifel zu setzen.

In der Geschichte des amerikanischen Budgetwesens lassen sich drei Perioden ziemlich genau unterscheiden. Die erste umfaßt, wenn wir so sagen sollen, das Zeitalter der Kindheit und reicht bis in den Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts. Auf diese Periode dürften die obigen Behauptungen noch am ersten Anwendung finden. Wie in den ersten Decennien der Republik noch die Traditionen der Väter nachwirkten und das Leben des Einzelnen sich in einfachern Formen bewegte, so hatte sich dieser charakteristische Merkmal auch dem Rechnungswesen des Bundesstaates aufgeprägt. Die Beamtengehalte waren mäßig, der Militäraufwand kaum nennenswerth, und der gesammte Staatsaufwand konnte aus dem Ertrage von Einfuhrzöllen und dem Erlös aus verkauften Ländereien bestritten werden. Stellte sich einmal aus vorübergehenden Ursachen der Aufwand höher, so griff man gewöhnlich zu dem Auskunftsmittel, die Einfuhrzölle zu erhöhen; an directe Steuern wurde entweder gar nicht gedacht, oder man scheute sich, sie in Vorschlag zu bringen, weil man diese Art der Besteuerung als eine dem Geist republikanischer Institutionen zuwiderlaufende Maßregel ansah. In den meisten Fällen waren aber die Einnahmen so reichlich, daß sich sehr häufig ein großer Ueberschuß ergab, und in Einem Falle wußte man sich nicht anders von der drückenden Last des Goldüberflusses zu befreien, als indem man die Ueberschüsse unter die Einzelstaaten vertheilte. Der Krieg mit England 1812 machte eine Anleihe nöthig, die man aber später, nebst anderen Anleihen (aus dem Kriege mit Mexiko und anderen Ursachen entsprungen) fast sämmtlich heimgezahlt hat, und zwar größtentheils mit einer namhaften Prämie.

Diese einfachen Finanzverhältnisse erlitten indeß schon eine Veränderung in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts. Schon einige Zeit vor der Präsidentschaft Jackson's war die Praxis des sogenannten „Rotationsprincips" eingeführt, d. h. mit der Neuwahl der Bundesexecutive wurde in fast sämmtlichen Bundesämtern eine Personalveränderung vorgenommen. Damit begann die Jagd nach Stellen. Jackson war der Erste, der diesem verderblichen Princip gewissermaßen gesetzliche Sanction ertheilt hat. Der Wahrspruch: dem Sieger die Beute ist seitdem, zum Schaden der Finanzwirthschaft, vor Allem aber der politischen Moral, in das staatliche Leben eingeführt, und das vom Bundesstaat gegebene Beispiel hat nicht verfehlt, auch in der Staats- und Municipalverwaltung Nachahmung zu finden. Welch' verderblichen Einfluß dieses Princip auf das politische Leben ausgeübt hat, ist bekannt; die Po-

Digitized by Google

litik ist mehr und mehr zu einer Jagd nach Aemtern herabgewürdigt, das ganze politische Treiben in den Augen unbescholtener Leute ein Gewerbe geworden, an dem sich zu betheiligen den Charakter auf die bedenklichste Probe stellen mußte, dem man daher vorzog fernzubleiben. Kein Wunder, daß die Politik mehr und mehr in die Hände von Leuten gerieth, die entweder in andern Erwerbszweigen Schiffbruch gelitten hatten, oder denen Ernst und Arbeitslust fehlte und die da erwarteten, in dem Glückspiel der wechselnden Parthieen ihr Schäfchen auf's Trockene zu bringen. Aber auch von finanziellem Standpunkte aus ist die „Rotation" der Aemter entschieden zu verdammen; einem Beamten, der bei kaum genügendem Gehalte die fast sichere Aussicht hat, nach Verlauf von vier Jahren sein Amt schon wieder zu verlieren, ist die Versuchung zu nahe gelegt, sei es in Nebengeschäften Geld zu verdienen und auf diese Weise sein Amt zu vernachlässigen, oder, was schlimmer ist, aber leider nur zu häufig der Fall gewesen, sich auf unerlaubte Weise zu bereichern, gegen angemessene Vergütung seine Beamtenpflicht auf das gröbste zu verletzen. Nicht minder verdient der große Uebelstand hervorgehoben zu werden, den der in Folge der „Rotation" eingetretene Dilettantismus hervorgebracht hat. Kaum sind die Zollbeamten, politische Glücksritter ohne gründliche Vorbildung, leidlich eingeschult, so hat schon ihr Stündlein geschlagen und neue, gänzlich unerfahrene, für Wahlverdienste zu belohnende Leute treten ins Amt. Bei diesem gänzlichen Mangel an Stetigkeit kann keine Ordnung, kein festes Princip bestehen; die Heranbildung eines tüchtigen Beamtenstandes ist unmöglich. Wir erinnern uns, vor dem Kriege und während desselben, von einsichtigen Freunden des Bundesstaates oft die Ansicht gehört zu haben, das Grundübel, daran das politische Leben und die Finanzwirthschaft der Vereinigten Staaten leide, sei das allgemeine Stimmrecht, dieses müsse mit der Zeit den Untergang republikanischer Institutionen zur Folge haben und selbst die schweren Erfahrungen der Kriegsjahre würden nicht zur Gesundung führen, wenn das allgemeine Stimmrecht bestehen bleibe. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob das allgemeine Stimmrecht eine Wohlthat ist; wir haben noch jüngst die Erfahrung gemacht, daß seine Wirkungen bei den verschiedenen Ländern sehr verschieden sind; unleugbar ist, daß es in Amerika, wo wirthschaftlich und social das ganze Leben in stetem Fluß begriffen ist und fast niraends Festigkeit erlangt hat, schweren Bedenken unterliegt. Abgesehen aber davon, daß, wie grade die amerikanischen Verhältnisse beschaffen sind, ein anderes, besseres Stimmrecht nicht aufzufinden sein würde, ist auch an die Abschaffung, ohne eine gewaltige Revolution, gar nicht zu denken. Wie dem indeß auch sei — uns scheint, — das verderbliche Rotationsprincip sei den republikanischen Institutionen weit gefährlicher, als das allgemeine Stimmrecht, so viel Bedenken letzteres auch unzweifelhaft hat.

In den drei Jahrzehnten von 1830 bis 1860 hat sich das Rotationsprincip immer fester eingebürgert und die politische Moral in kaum glaublicher Weise vernichtet; finanziell hat es bis zum Beginn des großen Bürgerkrieges nicht die schlimmen Folgen gehabt, die man davon hätte erwarten sollen, d. h. die Ausgaben sind zwar stetig gewachsen, aber ihr Wachsthum ist nur zum Theil auf Rechnung dieser sonst so verderblichen Praxis zu schreiben. Im Wesentlichen ist der Etat derselbe geblieben; Zölle und der Erlös von Ländereien bildeten noch immer den hauptsächlichen Einnahmeposten, und da diese in der Regel den Aufwand reichlich deckten, so glaubte der Congreß eben keine Veranlassung zu haben, Sparsamkeit zu üben, oder sich mit eingehender Prüfung der Specialitäten länger, als es anstandshalber geschehen mußte, zu befassen. Man lebte von der Hand in den Mund und kümmerte sich nicht um die Zukunft.

Mit dem Ausbruch des Krieges ist nun eine neue Epoche, namentlich in finanzieller Hinsicht, eingetreten, die dritte Periode in der Geschichte des amerikanischen Budgetwesens. Das von der Hand in den Mund Leben rächte sich nicht minder wie der Mangel an tüchtigen Beamten; als der Krieg ausbrach, war der Staatsschatz leer und man versuchte nun mit allerlei aus erster Empirie entstehenden Experimenten Geld zusammenzubringen. Zunächst waren es wieder die Zölle, welche erhöht wurden, aus fiskalischen Gründen, dann, als die Ausgaben riesenhaft wuchsen, ohne die Aussicht auf baldige Beendigung des Krieges, schritt man zur Ausgabe unvertilgbaren Papiergeldes, und erst zuletzt that man Daßjenige, was zu allererst hätte geschehen sollen, man bequemte sich zur Einführung direkter Steuern. Die Kriegsbudgets der Vereinigten Staaten haben das Erstaunen der Welt erregt und mit Recht hat man die Energie bewundert, mit der die colossalen Mittel herbeigeschafft wurden. Die Frage freilich, ob das Milizsystem, wie es früher bestand, das billigste ist, verdient, nachdem die Resultate des letzten Krieges vorliegen, ernste Erwägung. Es unterliegt keinem Zweifel, hätte der Norden ein stehendes Heer mit geschulten Führern gehabt, der Krieg wäre weit schneller, mit weit geringeren Opfern an Menschen und Geld brendet, und ob durch ein solches Resultat nicht die Kosten, welche ein stehendes Heer in den letzten Jahrzehnten allerdings zur Folge gehabt hätte, aufgewogen wären, ist eine Frage, die man namentlich in Amerika gründlich in Erwägung ziehen sollte.

Man hat vielfach geglaubt, die amerikanische Armee sei bald nach Beendigung des Krieges wieder auf den früheren Friedensstand zurückgeführt, und die Mehrbelastung für die Zukunft sei lediglich durch die Verzinsung und successive Tilgung der Schuld geboten. Gewiß ist die Armee wesentlich reducirt, aber auf den früheren Standpunkt ist man noch keineswegs wieder zurückgekehrt. Die folgende Aufstellung der Budgets von 1860 und 1866 (wobei die Kosten der Zinsen weggelassen) beweist dieses und zeigt, wie enorm fast bei jeder Kategorie das Budget angewachsen ist.

	1860	1866	Zunahme
1. Civil-Dienst	6,148,655	12,287,828	6,139,178
2. Völkerrechtliche Vertretung	1,163,207	1,338,388	175,181
3. Verschiedene Budgetposten	20,658,007	27,430,744	6,772,437
4. Departement des Innern	3,955,686	18,852,416	14,896,730
5. Kriegs-Departement .	16,400,767	284,449,701	268,039,934
6. Marine-Departement .	11,513,150	43,324,118	31,810,968
Zusammen	59,848,472	387,683,195	327,834,723

Die enorme Zunahme, welche aus vorstehender Aufstellung erhellt, trifft, wie man sieht, vornehmlich das Kriegsdepartement, und es zeigt sich hier deutlich, daß die Armee noch keineswegs auf den früheren Friedensstand zurückgebracht ist. Ob dieser überhaupt so bald der Fall sein wird, ist nicht unbedingt sicher; fürs Erste wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine stärkere Friedensstärke beibehalten werden müssen, als vor dem Kriege; auf alle Fälle wird sich der Militäretat um den nicht unerheblichen Betrag von Pensionen und Unterstützungen an Invaliden und beträftige Familien gefallener Soldaten höher stellen, ein Opfer, das die Nation mit Freuden bringen wird. In den Posten sub. Nr. 1 und 4 werden sich die Besoldungen aller neuen Beamten und die Kosten der Steuerverhebung einbegriffen finden. Natürlich mußte die Zahl der Beamten, namentlich des Schatzamtes, bedeutend vergrößert werden. Die Gehalte sind keineswegs hoch und die theilweise Erhöhung dürfte nicht ungerechtfertigt sein, zumal, wenn man erwägt, wie wichtig es sei, daß namentlich im Zoll- und Besteuerungswesen tüchtige und zuverlässige Beamte fungiren. Auffallend nicht minder, als erfreulich, ist übrigens der Umstand, daß bei den Steuern die Erhebungskosten, wie aus dem letzten Jahresbericht des Steuerdirectors hervorgeht, nur 2½ % der Brutto-Einnahme betragen; eine, im allgemeinen Interesse dringend gebotene Vereinfachung der Steuerordnung würde die Kosten noch weiter reduciren.

Auf ein Jahrzehnt, wenn nicht länger, wird die Finanzverwaltung vor Allem umsichtige Leitung und in allen Zweigen tüchtige und zuverlässige Beamte erfordern, und gerade vom finanziellen Standpunkte müßte die Nation nachdrücklich die Forderung erheben, daß wenigstens hier mit dem Princip der „Rotation" entschieden gebrochen werde. Seine Fortdauer könnte die finanzielle Entwickelung, welche ohnehin Schwierigkeiten genug bietet, nur erschweren. Aber auch auf allen anderen Gebieten sollte das Volk ein wachsames Auge auf seine Ver-

Digitized by Google

treter haben; seit Jahren sind diese gewohnt, ungeheure Summen zu bewilligen, und dabei hat sich die verderbliche Praxis eingeschlichen, daß der größere Theil der Legislaturperiode mit politischen Discussionen angefüllt wird, während dann die wichtigsten Angelegenheiten, darunter die meisten Finanzbills, gewöhnlich am Schluß der Session in aller Eile ohne lange Discussion, mit bedenklicher Hast passirt werden. Die republikanischen Institutionen können nicht rein erhalten und gekräftigt werden, wenn einestheils die Nation nicht größere Gewissenhaftigkeit in der Wahl ihrer Vertreter an den Tag legt, andernntheils nicht darauf dringt, daß, mit Ausnahme des Präsidenten und seiner Räthe, alle Bundesbeamte im Amte bleiben, so lange sie ihr Amt gut und gewissenhaft verwalten. Es ist hohe Zeit, daß der Kriegsschatz, welcher das politische Leben der Nation vergiftet, Verschwendung und Bestechlichkeit fördert, jetzt, nachdem Ruhe und Friede wieder hergestellt ist, gründlich getilgt werde! (Bremer Handelsblatt.)

† Aus Würtemberg, Mitte Juni. Der Stuttgarter „Beobachter", welcher Vieles auf seinem Holz zu schnitzen weiß, findet in dem Pariser Attentat auf den Kaiser Alexander den Stoff zu einer Vergleichung der preußischen Annexions- und Bundespolitik mit dem russischen Regimente in Polen. Was zur Zeit von Berlin aus in Hannover, Nassau, Frankfurt geschieht und in Würtemberg, Baiern, Darmstadt bradykatisirt wird, ist, dem „Beobachter" zufolge, nur als Vorspiel dessen, was demnächst, nach dem Muster der russischen Vertilgungspolitik gegen das polnische Volk, geschehen wird, um die von Preußen gutmeinten deutschen Volksstämme barmherzigerbeise; denn es kann gar nicht ausbleiben, daß erst, über kurz oder lang, preußische Maßweise in den annektirten und den Bundesländern am Werke sehen, um die Menschen auszumerzen, deren Geist nun einmal nicht bezwungen sein will. Dann aber, und das ist die Moral der Sache, wird es auch deutsche Brerlewolf's geben — wenn auch sie zu achten. Doch, wie wollen den „Beobachter" selbst reden lassen. „Davon, sagt er mit Bezug auf die russischen Schandthaten in Polen, davon mögen Wilhelm I. von Preußen und sein Minister erkennen, die zu welchem Grad von Verantwortung der er einmal bestimmte Weg den Fürsten führen kann. Ob es sich um die Einigung von Rußland über Deutschland handle, in diejenigen, die zu Gunsten einer Idee, die ihnen fremd und widerwärtig ist, auf volles Bürgerthum und auf freie Selbstbestimmung verzichten sollen, Polen hießen, Hannoveraner, Nassauer, Frankfurter, Schwaben, Bayern, das bleibt sich gleich. In dem einen wie dem andern Falle würde der Widerstand mit jener neuen Gewaltmittel und diese müssen sich in einer nothwendigen Progression so steigern, daß endlich alle Menschlichkeit verzichten und der ursprünglich bradykatische Zweck der Einigung die zur Ausrottung der Widerstrebenden vergerrt würde."

„Noch wachsen im heutigen Deutschland keine finsteren Katolizismen und sein alter Kulturboden läßt zurzeit keinen Jesuitismus gedeihen. Aber wenn von der Einen Seite immer mehr in russischer Bahnen eingelenkt und im Verlauf der Dinge asiatische Mittel angewendet werden, um freigewordene Germanen zusammen zu zwingen, so wird auch die deutsche Erde nur noch Haß gebären und noch hundert Jahren können auf ihr so große Ernte möglich werden, als in irgend einem andern unterrissenen Land."

Wem genügt nicht die Hast der diesen Schauergemälde! Der einzige Trost, welcher uns beim Anblick derselben übrig bleibt, ist, daß wir die Verwirklichung derselben nicht erleben werden, da dieselbe doch nur kurzeste Jahre hinaus vorzagt wird. Im Namen unserer Urenkel wagen wir hiere hier eine schwache Hoffnung zu hegen, daß inzwischen Dies und Das geschehen könnte, was der Geschichte doch eine andre, als die vom „Beobachter" so zuversichtlich gewissagte Wendung gäbe. In dieser Hoffnung erwarthigen uns die Beispiele, welche Würtemberg selbst uns liefert. Es ist noch lange keine hundert Jahre her, daß Würtemberg durch das, zur Franzosenzeit nicht ungewöhnliche, Mittel der Annexion aus einem kleinen Herzogthum, aber vielmehr einem neugebackenen Kurfürstenthum, um die Hälfte vergrößert und ein Königreich von Napoleons Gnaden wurde. Freilich, nicht „zu Gunsten einer Idee" sondern einzig und allein zum Vortheil eines brutalen Despoten im kleinen Styl, an welchem Frankreich ein brauchbares Werkzeug gefunden hatte. Diejenigen, welche zu diesem Zweck, um mit dem „Beobachter" zu reden „auf volles Bürgerthum und auf freie Selbstbestimmung verzichten" mußten, hießen zwar nicht Frankfurter, Hannover und Nassau, sondern Ulm und Reutlingen, Hohenlohe und Waldburg, einer halben Hundertz anderer Namen nicht zu gedenken, aber „in dem einen wie dem andern Falle sollten berechtigte und natürliche Verhältnisse mit Gewalt bezwungen werden." Im Verfahren freilich gab es einen nicht unwesentlichen Unterschied. Während Preußen die unfolgsamen neuen Staatsangehörigen auf einige Wochen nach Minden schickt, oder höchstens vor die ordentlichen Gerichte stellt, hat Würtemberg seiner Zeit damit, daß es die unmittelbaren Bauern im Deutsch-Ordensgebiet Mergentheim und im Hohenlohischen kurzer Hand Dutzendweise aufhängte. Trotz dieses gut russischen Anfangs interessirt wache der Widerstand nicht mit jener neuen Gewaltmaßregel, geschweige denn, daß „der ursprünglich bradykatische Zweck der Einigung die zur Ausrottung der Widerstrebenden vergerrt" worden wäre. Im Gegentheil wurden die annektirten Reichsstadte und Reichsstädte, nicht blos schwäbischen, sondern auch fränkischen Stammes, binnen kurzer Frist so gut wurtembergisch, daß bei Menschengedenken auch nicht die leiseste Regung eines Wunsches nach Wiederherstellung ihrer frühern „freien Selbstbestimmung" — das heißt reffen, wo der „Beobachter", mit einem treuen Mitbraud des Wortes, so zu nennen beliebt — vorgekommen ist.

Die nämliche Erscheinung hat sich in vielen andern der heutigen deutschen Staaten wiederholt. Die Markgrafschaft Baden, im Anfange des Jahrhunderts durch den Zuwachs zahlreicher Gebiete plötzlich um das fünfsache vergrößert, war binnen drei ersten Jahrzehnten von Neuem zu einem festen politischen Körper zusammengewachsen; Augsburg und Nürnberg haben sich, so zu sagen, über Nacht in den bairischen Staat hineingelebt, obgleich sie, ihm gegenüber, wenigstens hundertmal schwerer wogen, als das kurze Frankfurt gegenüber Preußen, und Hannover selbst hat seine Verdauungskraft an großen Brocken bereits hinlänglich erwiesen. Es muß also doch wohl irgend ein nicht unbeträchtlicher Unterschied sein, zwischen dem Verhältnisse Rußlands zu Polen und demjenigen irgend eines deutschen Staates zu seiner oder jener deutschen Landschaft. Aber von der Größung einer neuen Natton weiß, oder wenigstens an dieselbe glaubt, dem wird freilich ein solcher Unterschied auch ohne Erfahrungsbeweis einleuchten; an dem vernagelten Verstande von „Beobachter" und Comp. dagegen muß natürlich jede Leber der Geschichte, die nicht in das System paßt, zu Schanden werden.

Deutsche Bürgerschule in Konstantinopel.

An unsere Landsleute in der Heimath!

Seit Jahr und Tag hat sich das dringende Bedürfniß herausgestellt eine gute deutsche Schule in Konstantinopel zu gründen, vielfach haben Berathungen darüber unter den Mitgliedern der hiesigen deutschen Colonie stattgefunden, auch sind bezügliche Versuche gemacht worden, ein solches Institut in's Leben zu rufen, doch erst in der letzten Zeit ist es gelungen, das Project seiner Verwirklichung näher zu rücken.

Vorzugsweisegangen aus Besprechungen einer Anzahl sich besonders dafür interessirender Männer, und nach eingehenden an den erfolgenden Erörterungen derselben, hat sich schließlich eine allgemeine Versammlung der Colonie für die unbedingte Nothwendigkeit und Nützlichkeit einer Schule ausgesprochen, da das, was bisher unter diesem Namen bestand, sich als lebensunfähig erwiesen hat, und, seiner Einrichtung nach, weder allgemeines Interesse erregen, noch den hohen Zweck entsprechen konnte. Im weiteren Verlauf der Angelegenheiten hat sich eine Deutsche Schulgemeinde gebildet, welche auf Grund der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse und der Selbstverwaltung durch zu diesem Behufe gewählten Ausschuß zur Gründung einer partikulären Bürgerschule zusammentrat. Für die Zahl und die Vermögensverhältnisse unserer Colonie sind sehr reichliche Beiträge, sowohl zum Gründungs- resp. Reservefond, als auch jährlich gezeichnet worden, wobei unsere Schwester Jerusalem uns in ersterlicher Weise unterstützt haben.

Wollten wir nicht dem überaus mächtigen Einfluß der unter französischem Schutz stehenden Jesuitenmissionen, welche, mit Ausnahme des türkischen und orthodoxe griechischen Elements, hier leider fast das ganze Erziehungswesen in ihre Hände gebracht haben, so wie der deutsche Jugend heimischer Sitte und Bildung entstehenden, so war es die höchste Zeit, daß wir energisch aus Werk gingen, um die Zukunft der Colonie vor Entgermanisirung zu behüten.

Ich darf wohl kaum Hinweises darauf, was die Propaganda der Jesuiten hier bereits: Staat und Ordensgewalt haben sich seit Jahrzehnten dabei in die Hände gearbeitet, und selbst zur Zeit, als die Religion in Frankreich officiell abgeschafft war, wurde die Mission im Orient von der französischen Republik nach wie vor unterstützt.

Eine Gründung und Aufrechterhaltung einer guten Schule in Konstantinopel bedarf es großer Mittel, um so mehr, da nach unseren Statuten den Kindern armer und weniger bemittelter deutscher und schweizer Eltern der Schulbesuch ermöglicht werden soll, wie also im Schlußeid einen erheblichen Zuschuß zu gewährende freie Tage haben sollen, so können sie werden konnte, ist faß allseitig geschehen, aber, soll das Unternehmen gesichert sein, und wollen wir tüchtige Lehrkräfte heranziehen, und nur auf solche rechtfertigen wir, so muß uns von deutschen Unterstützung werden.

Ich bin jeder Zeit bas sich für die hiesige Colonie hierbei gezeigt, jedem berechtigten Anfinnen, welche an sie innerhalb derselben, oder von Deutschland aus gestellt wurde, sei es zur Linderung von Nothfällen, sei es für patriotische Zwecke in, wir glauben sagen zu dürfen, ehrender Weise zu entsprechen; heute ist es zum ersten Mal, daß sie an uns herantritt in der Heimath wendet, um für einen hochwichtigen Zweck Beihülfe zu erbieten: Wie wir stets ein warmes Herz für deutsche Noth und unser deutsches Vaterland auch stets eine offene Hand zum Geben hatten, so wollen wir auch seit und bestimmt glauben, daß unser Ruf nicht unerhört erklingen wird.

Das deutsche Element in Stambul vor Entfremdung, Unbildung und Verbildung in schlimmster Form und Weise zu bewahren, gründen wir eine deutsche Bürgerschule für alle deutschen und schweizer Kinder ohne Rücksicht auf Stand und Glaubensbekenntniß, zum Segen möge uns ein Jeder dabeim, dem es möglich ist nach seinen Kräften helfen.

Konstantinopel im Mai 1867.

Das provisorische Comité der deutschen Schulgemeinde:

Siegfried Rüter (Frank und Adler) aus Böhmen. Gustaf Gerdes (Gerdes et Guggiari) aus Remscheid. Wilhelm Deinge aus Hannover. Friedrich Heer aus Glarus. Siegfried Kurländer aus Bonnstberg. Heinrich Lange aus Wald bei Solingen. Friedrich Merck (Friedrich Neeff und Söhne) aus Solingen. J. H. Riechtorf aus Bremen. Chr. Roth aus Coblenz. Gustav Wüsting aus Remscheid.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10⅓ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 110. Heidelberg, den 27. Juni. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins“ einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei direktem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 kr. oder 10⅓ Sgr. Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im Juni 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Oberg und was damit zusammenhängt. — Neuösterreich, Preußen, Deutschland. — Aus Preußen. — Bayern im französischen Kriege. — Petre Arbuez. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Berlin, 25. Juni.

* „Wer ihm willig folgt, den führt das Schicksal, wer sich sträubt, den schleift es hinter sich drein“ — diese alte Wahrheit mag der baierischen Regierung vorgeschwebt haben, als sie sich in der letzten Stunde dazu verstanden, der Erneuerung des Zollvereins auf parlamentarischer Grundlage auch ihrerseits zuzustimmen. Daß ihr dieser Entschluß schwer geworden, läßt sich begreifen und darf ihr auch nicht gerade verargt werden; je größere Selbstüberwindung es aber dem mächtigsten der deutschen Mittelstaaten, demjenigen unter ihnen, welcher seit langer Zeit eine Art europäischer Rolle für sich geträumt, je größere Selbstüberwindung es Baiern gekostet, sich dem Gesetze der nationalen Zukunft unterzuordnen, desto stärker ist der damit gegebene Beweis der Unwiderstehlichkeit des auf die Einheit hinausgehenden Zuges der Zeit. In der straken Richtung auf das Ziel, welche dieser Zug seit Jahr und Tag angenommen, hat derselbe mit Sturmesgewalt eine Reihe von Hindernissen niedergeworfen, welche noch unlängst selbst von der kühnsten patriotischen Hoffnung nur mit zagenden Blicken gemessen wurden. Die österreichische Hand ist aus dem Spiele gewiesen, das sie so lange gehemmt und verdorben, Frankreich hat sich, ohne einen ernstlichen Versuch des Widerstandes, darein ergeben, in Deutschland eine ebenbürtige Macht neben sich aufwachsen zu sehen, die militärische Einheit ist für drei Viertheile Deutschlands eine fertige Thatsache, eine Nationalversammlung vereinigt unter dem Namen des Reichstags die Volksvertretung des norddeutschen Bundes, und unter dem Namen des Zollparlaments die Gesammtvertretung der Nation, der ewige Stein des Anstoßes, an welchem jedes große deutsche Interesse zerschellte und das unzählige Male selbst die politische Existenz Deutschlands in Frage gestellt hat, die Souverainetät der Einzelstaaten ist theils vernichtet, theils wenigstens unheilbar gebrochen. Mit dem Eintritt Baierns in den parlamentarisch reorganisirten Zollverein ist der Abschluß des ersten Aktes einer Revolution erfolgt, wie sie Deutschland bedeutungsvoller seit dem sechzehnten Jahrhundert nicht mehr erlebt. Mag die große politische Handlung jetzt eine Weile stillstehen, oder mag sie ununterbrochenen Ganges ihrem Ende zueilen — ihr weiterer Verlauf und ihr Ausgang ist jetzt so fest vorgezeichnet und so sicher gegeben, wie es in Dingen dieser Erde und nach menschlicher Berechnung überhaupt möglich ist. Wir haben noch einen weiten Weg vor uns, aber wir sind über den Berg; das Weiterwandern wird uns viel Anstrengung und Schweiß kosten, aber das Ziel liegt deutlich vor unsern Augen. Ein muthiges Herz ist hinfort Alles, was uns Noth thut.

Gleichzeitig mit dem süddeutschen Dynastenthum hat das preußische Junkerthum vor der deutschen Zukunft das Gewehr gestreckt. Die schließliche Annahme der norddeutschen Bundesverfassung durch das preußische Herrenhaus ist so gut wie eine Abdankung, die an Werth nichts dadurch verliert, daß sie eine unfreiwillige ist. Denn daß der Reichstag bestimmt ist, den preußischen Landtag zu verschlingen, und daß das Herrenhaus damit ein für alle Mal aus der Reihe der Faktoren des deutschen Staatslebens verschwinden wird, darüber kann man sich innerhalb desselben am wenigsten einer Täuschung hingeben. Ueberhaupt hatte das preußische Junkerthum eine politische Bedeutung nur insofern und so lange, als der preußische Staat abgesondert vom übrigen Deutschland und gewissermaßen im Gegensatze zu demselben stand. Von dem Augenblicke an, wo Preußen in seinen deutschen Beruf eintritt, wird das Junkerthum, als politische Partei, der Regierung selbst eine Last, die sie, wohl oder übel, abschütteln muß. Es wäre ein geradezu widersinniger Gedanke, das künftige deutsche Regiment nach den Grundsätzen und Marotten der Stahl und Gerlach, nach den Gesichtspunkten und Interessen der Blanckenburg und Senfft-Pilsach zu führen, ein Widersinn, den ein verschrobener Kopf, nach dem Zuschnitt Friedrich Wilhelms IIII., vielleicht wollen könnte, an dessen Ausführung aber selbst die eiserne Kraft eines Bismarck zu Schanden

Digitized by Google

werden würde, wenn ein Mann von diesem Schlage überhaupt im Stande wäre, sich eine solche selbstmörderische Aufgabe zu stellen. Durch seinen gestrigen Beschluß hat das Herrenhaus sich selbst, so zu sagen, auf den Aussterbe-Etat gesetzt. Für eine Grabschrift mag demnächst die Geschichte sorgen, und schmeichelhaft wird dieselbe nicht gerade lauten.

Oberg und was damit zusammenhängt.

N Vier Wochen sind es schon, daß das Abgeordnetenhaus erklärt hat, die Verfassung Oberg's „verletze Gesetz und Verfassung", und Oberg ist noch immer in Ratibor und Lippe ist noch immer Justizminister. Und das Schlimmste dabei ist, daß das gar Niemanden sonderlich aufzufallen scheint.

Die Nationalliberalen hatten gewiß Recht, als sie es seinerzeit ablehnten, für den Standal Oberg Genugthuung zu nehmen durch ein Nein! gegen die Bundesverfassung. Allerdings, einer Drohung mit diesem Nein, von der Mehrheit des Hauses erhoben und dem Ministerium unter vier Augen rechtzeitig insinuirt, würde es höchst wahrscheinlich doch gelungen sein, Herrn Lippe der Ruhe des Privatlebens zurückzugeben, deren er, im Interesse der preußischen Justizleitung, so sehr bedürftig ist und die ihm vom ganzen preußischen Volke so herzlich gegönnt wird. Aber die Mehrheit wäre für ein so starkes Auftreten nicht zu gewinnen gewesen.

Motiviren hätte sich dasselbe immerhin lassen, wenn gleich die beiden Angelegenheiten außer allem direktem Zusammenhang stehen. Man konnte sagen: „Wir sind nach wie vor bereit, die vielen und schweren Bedenken, die wir vom liberalen Standpunkte gegen die Bundesverfassung haben, schwinden zu lassen, um das Einheitswerk nicht zu stören oder aufzuhalten. Aber die Voraussetzung dabei ist, daß auf unser Votum überhaupt Etwas ankommt, daß es sowohl für euch, für die Regierung, als für die übrige Welt Etwas bedeutet. Nehmt Ihr nun aber, in einem so schreienden Falle wie dieser, in einem Falle, wo wir lediglich die beschworene Verfassung Preußens vertreten, gar keine Notiz von unserer, Namens dieser Verfassung erfochtenen Ansprache, thut ihr, als ob wir gar nicht in der Welt wären — nun gut, dann ist unser Votum ohne Werth für euch auch in der Frage der deutschen Verfassung, und durch die Mißachtung, die ihr uns bezeigt, auch ohne Wirkung und Gewicht für die übrige Welt, und wir haben keinen Grund mehr, unseren Neigungen und Ueberzeugungen Gewalt anzuthun. Seht, wie ihr auch auf diesem Gebiet ohne uns zurechtkommt, wie ihr es zu können meint auf demjenigen des preußischen Landesrechts!"

Es mag sein, daß der Fall Oberg für sich allein doch nicht so bedeutend war, daß man um seinetwillen auf das immerhin mögliche Mißglücken eines solchen Sturmlaufens es ankommen lassen durfte. Gleichwohl ist er als Symptom, und zwar als sehr böses Symptom, von großer Wichtigkeit. Es ist der erste gröbere Rückfall der preußischen Regierung in die Gewohnheitssünden ihres alten Adam, zeigt nur zu deutlich, wie wenig tiefgehend bei ihr das Verständniß der Pflichten ihrer neuen Aufgabe und wie wenig ernstlich und nachhaltig ihr Wille ist, denselben im vollen Maße zu genügen. Man sagt zwar schon lange, Bismarck selbst wäre den Grafen Lippe herzlich gern los, aber der König, der König lasse ihn um die Welt nicht fahren, schon deßhalb, weil er keine neuen Gesichter im Ministerium sehen wolle. Nun ist klar, wäre es Bismarck wahrhaftiger Ernst, so brauchte er dem König, unter Hinweis auf das Votum der Landesvertretung, nur die Alternative zu stellen, ob Seine Majestät lieber im Ministerium des Auswärtigen, oder in dem der Justiz ein neues Gesicht zu sehen wünsche — und sofort würde Lippe unsichtbar, wenn auch noch lange kein Geist werden. Aber Bismarck macht nun einmal aus dergleichen Dingen keine Staats- und Kabinetsfragen. Sie sind ihm nicht wichtig genug dazu, und das ist sein Fehler, und kann, trotz aller diplomatischen Erfolge, doch noch einmal sein Verhängniß werden.

Wir glauben keineswegs, daß Graf Bismarck die öffentliche Meinung, und die moralischen Kräfte überhaupt, für Nichts anschlägt, aber wir glauben noch immer, daß er sie viel zu niedrig anschlägt. Er hat dazu von jeher die Disposition gehabt — sonst hätte er z. B den früheren Kampf gegen die Volksvertretung, wenn er es auch im Interesse seiner auswärtigen Politik für nothwendig hielt, ihn zu führen, doch nicht so geführt, wie er that, mit dieser ungezügelten Heftigkeit und dieser herausfordernden Mißachtung — und die im vorigen Jahr, der liberalen öffentlichen Meinung zum Trotz, errungenen Erfolge haben diese Anlage vielleicht noch stärker entwickelt. Wüßte er das Bündniß mit den freien ideellen Factoren zu schätzen wie sich's gehört, so wüßte er auch gewiß zu verhindern, daß die Regierung um die besten Früchte dieses Bündnisses muthwillig sich selbst beraubt. Denn gesetzt auch, sie wäre für ihre deutsche Aufgabe des Beistandes der heutigen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, trotz aller Unwürdigkeiten, stets gewiß: was kann ihr dieser Beistand noch Großes nützen, wenn sie, durch solche brennende Akte von Geringschätzung, das Haus vor aller Welt bloßstellt und als gänzlich machtlos diskreditirt? Gesetzt aber, sie geriethe auch mit diesem Hause in Zwiespalt, sie löste es auf und erhielt dann glücklich eine Mehrheit für die äußerste Rechte — würde die Zustimmung eines solchen Hauses noch für irgend eine Seele auf dem Erdenrund auch nur einen Schatten von Bedeutung haben?

Aber weiter. „Man sagt ferner", äußerte der, bekanntlich zu den Freiconservativen gehörende Abg. v. Kardorff, als Referent über den Ajmann'schen Antrag, „solche Resolutionen seien bloße Monologe des Hauses und haben keine praktische Wirkung. Ja, meine Herren, so lange das Haus nützliche und nothwendige Gesetze aus prinzipieller Opposition ablehnt und so selbst seine Mitwirkung und Einwirkung auf die Gesetzgebung einstellt, haben derartige Resolutionen wohl keinen großen Erfolg. Je mehr aber das Haus diese Praxis aufgibt, um so bedeutungsvoller und wirksamer werden solche Resolutionen sein, zumal wenn sie von einer wirklich großen Majorität des Hauses gefaßt sind". Die Majorität war bekanntlich in der That groß: 173 gegen 75, alle Parteien, mit Ausnahme der hartgesottenen Junker. Und nun sollten bennoch auch die Beschlüsse dieser Mehrheit, dieser gewichtigen, besonnenen, nicht auf Opposition, sondern auf Zusammengehen und Mitwirkung bedachten Mehrheit, bedeutungslos und unwirksam sein, sobald sie der Regierung nicht vollkommen bequem sind, obendrein in einem Falle, wo sie das sonnenklarer, von Niemanden im Ernste bestrittene Recht auf ihrer Seite haben! Bleibt es dabei, wird die Verletzung nicht gesühnt, die Lippe'sche Lückentheorie nicht durch Beseitigung ihres Erfinders verläugnet und verurtheilt, dann hat nicht bloß Herr v. Kardorff sich geirrt und schwerlich bloß für dies eine Mal. Dann ist vielmehr aller Grund, zu befürchten, daß durch eine Reihe weiterer ähnlicher Vorkommnisse bald alle Diejenigen des Irrthums überführt werden, die da der Meinung waren, auf dem neuen Boden sei auch eine neue liberale Politik möglich, und auf dem Wege der Compromisse sei eher vorwärts zu kommen, auch zu den Zielen der Freiheit, als auf dem der unbedingten Opposition und abstrakten Verneinung. Ueber ein Kleines, und das kaum geheilte Leiden des chronischen Conflikts würde dann zurückgekehrt sein. Denn wenn auch, um des nationalen Werkes willen, trotz alledem und alledem, die jetzige Mehrheit jedem unheilbaren Zerwürfniß aus dem Wege ginge — die nächste Mehrheit würde gewiß wieder ein ganz anderes Gesicht zeigen. Die Fortschrittspartei bekäme dann rasch wieder Oberwasser, und das nicht bloß für die Landtagswahlen. Die Regierung würde bald genug eindringliche Erfahrungen machen über die rasche Wandelbarkeit des allgemeinen Stimmrechts und die folgsame Treue, womit es jedem Umschlag der Stimmung auszuzupfen weiß im Ergebniß der Abstimmung.

Aber auch hiervon abgesehen, kann es für das Einheitswerk verhängnißvoll werden, wenn die Regierung sich nicht entschließt, mit den Angewöhnungen der Conflikts-periode gründlich zu brechen. Wie sie voriges Jahr, weil der Nachschub der nationalen Begeisterung fehlte, am Main stehen bleiben mußte, so kommt sie, wenn die Stimmung gedrückt, ohne rechte

Digitized by Google

Freundigkeit bleibt, auch nicht hinüber, zum Mindesten nicht ohne die bittere Nothwendigkeit, von Neuem das Kriegesglück anzurufen. Und wie das deutsche Volk nun einmal ist, wird die Stimmung keinen Aufschwung nehmen, so lange man der Besorgniß so viel unnöthige Nahrung gibt, daß die von Preußen zu hoffende Einheit nichts sein werde, als eine Einheit unter dem schlecht verhüllten Absolutismus. Die ungebildeten Klassen empfinden von dem neuen Zustand ohnehin Nichts, als die erhöhten Lasten. Gelingt es nicht, wenigstens die gebildete Volksschicht zu voller freudiger Mitarbeit hinzureißen, dann bleibt das Werk ausschließlich auf den Schultern der Regierung liegen. Nun hat die liberale Nationalpartei sich in Vielem geirrt: in ihrer Hauptsache, daß die preußische Staatsgewalt allein, ohne den hingebenden Beistand der Nation, die Einheit von ganz Deutschland nicht herstellen könne, ist sie bisher nicht widerlegt und wird sie nicht widerlegt werden.

Neuösterreich, Preußen, Deutschland.

† Die ungarische Königskrönung in Pesth hat, bei allem geschmacklosen Hokuspokus, mit welchem sie von Statten gegangen, ihre ernsthafte Bedeutung. Der Frieden des Hauses Habsburg mit den Magyaren hat dadurch seine feierliche Weihe, die politische Zweitheilung der österreichischen Monarchie ihre endgültige Bestätigung erhalten, und dieses doppelte Ergebniß bildet fortan ein beträchtliches Gewicht in der Waage der europäischen und insbesondere der deutschen Politik. Je schwerer der Entschluß, in das jetzige System einzutreten, dem Wiener Hofe ohne allen Zweifel geworden, desto sicherer ist anzunehmen, daß man in der damit eingeschlagenen Bahn beharren wird, bis — an die Gränze der Möglichkeit. Mit der Anerkennung des ungarischen Verfassungsrechts ist zugleich die Nothwendigkeit des Constitutionalismus für das übrige Oesterreich zugestanden und Herr v. Beust läßt sich angelegen sein, die Aufrichtigkeit und den Ernst dieses Zugeständnisses durch die That zu beglaubigen. Die Einbringung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit zwar, darf einem Staatsmanne, welcher die Sache von dem Namen zu unterscheiden weiß, und dem kleinlicher Eigensinn eben so fremd ist, wie schwächliches Vorurtheil, nicht besonders hoch angerechnet werden. Daß Herr v. Beust aber, auf die Einsprache des Reichsrathes, die Einstellung der Wiener Befestigungsarbeiten durchgesetzt, und daß er sogar Hand an das Konkordat zu legen vermag, das sind jeden Falls Zeugnisse eines starken ministeriellen Willens und einer weitgehenden kaiserlichen Resignation. Diese letztere hat sich auch in der freigebigen Stiftung Franz Josephs zu Gunsten der ungarischen Honvéds in einer so auffallenden Weise kundgegeben, daß der Kreuzzeitung die Haare dabei zu Berge stehen. Die Kronräuber von 1848 und 49, die Aufrührer, welche im Kriege gegen das Haus Habsburg ihre Gliedmaßen oder ihr Leben verloren, diese Hochverräther werden jetzt in eigner Person, oder in der Person ihrer Hinterbliebenen, aus kaiserlicher Tasche mit blanken Goldstücken belohnt — das ist allerdings genug, um den schwachen Verstand der preußischen Junkerpartei zum Stillstehen zu bringen. Leute von gewöhnlichem Begriffsvermögen erkennen ohne Mühe, daß in neuester Zeit kaiserlich österreichische Gelder wohl selten besser angelegt sind, als jene hunderttausend Dukaten.

Wenn die österreichische Politik, wie die Thronrede Franz Josephs versichert, seine Gedanken der Wiedervergeltung gegen Preußen hegt, so kann man ihr dazu, in ihrem eigenen Namen und im Namen Deutschlands, aufrichtig Glück wünschen. Zu den vielen Gründen, welche Oesterreich hat, mit Preußen und Deutschland fortan auf gutem Fuße zu leben, ist mit der jetzigen Wendung der österreichischen Verfassungsfrage eine ganze Reihe neuer Motive hinzugekommen. Durch die Zweitheilung ist der Kaiserstaat schwächer zum Angriffskriege geworden, als er jemals war, durch den Constitutionalismus hat er eins der wichtigsten Interessen verloren, welche dem Streben der Metternich'schen Politik nach dem herrschenden Einfluß in Deutschland zu Grunde lagen, und durch beide Ursachen zusammen ist er in die Nothwendigkeit gebracht, sich nicht nur in der Reichshälfte diesseits der Leitha, dem Slaventhum gegenüber, entschieden auf das deutsche Nationalelement zu stützen, sondern auch die Anlehnung an die preußische Staatsmacht zu suchen. Um so mehr, als Oesterreich, sofern es die Ergebnisse des vorjährigen Krieges aufrichtig gelten läßt, von Preußen nichts mehr zu fürchten, und als es, im entgegengesetzten Falle, höchstens die Befriedigung einer unfruchtbaren Rache zu hoffen hat. Am wenigsten wäre offenbar, auch in dem für Oesterreich glücklichsten Falle der Wiedervergeltung, irgend eine vernünftige Aussicht vorhanden, dem preußischen Staate Land und Leute abzugewinnen, oder auch, sich durch Annexion im übrigen Deutschland schadlos zu halten; gar nicht zu reden davon, daß für Oesterreich jede Gebietsvergrößerung nach Westen hin doch nur auf eine Schwächung hinauslaufen könnte.

Der Punkt, wo sich die großen Interessen der beiden deutschen Mächte am nächsten berühren und nach Umständen mit einander verschmelzen können, ist der gemeinschaftliche Gegensatz gegen Rußland. So lange freilich Preußen der Gesinnungen und Absichten Oesterreichs nicht bis zu einem gewissen Punkte sicher ist, so lange wird es nicht daran denken und noch viel weniger etwas dazu thun, den Rüchalt, welchen es zur Zeit an Rußland findet, preiszugeben, oder auch nur zu schwächen. Indessen täuscht man sich in Berlin sicherlich am wenigsten darüber, daß die preußisch-russische Freundschaft eine sehr unsichere, nur auf den persönlichen Verhältnissen und Stimmungen der regierenden Familien beruhende ist. Oesterreich seinerseits ist neuerdings durch den Moskauer Slavenkongreß und durch die Rolle, welche Tschechen, Kroaten, Rutbenen u. s. w. auf demselben gespielt haben, in höchst empfindlicher Weise an die Wechselfälle gemahnt worden, welche die russische Nachbarschaft früher oder später mit sich bringen kann.

Die Schlußfolgerung ergibt sich für die Cabinette in Wien und Berlin von selbst. Die Parteipolitik dagegen, in Süddeutschland wenigstens, ist völlig taub und blind für die deutsch-russischen Wechselbeziehungen. Freilich, die russische Gränze ist zu hundert Meilen von Stuttgart und München entfernt und wenn Königsberg, Danzig, Breslau derselben näher liegen, was geht es die Schwaben und die Baiern an! Preußen soll Rußland natürlicher Weise bei jeder Gelegenheit die Zähne weisen und wenn man sich in Berlin, wie es leider oft genug geschehen, irgend einer Schwäche gegen den großen Freund und Nachbar schuldig macht, so wird es dafür von den Betern im Süden reichlich mit der gebührenden Verachtung bedacht. Daß man aber die mindeste nationale Verpflichtung habe, dem preußischen Staate in seinen Berührungen mit dem Moskowiterthum deutschen Rückhalt zu leisten, das fällt diesen baierischen und würtembergischen Patrioten auch nicht im Traume ein. In die Enge getrieben, werden sie freilich um eine tapfere Redensart nicht verlegen sein, und vor allen Dingen Gut und Blut für den Fall des Krieges mit Rußland zur Verfügung stellen; eine preußische Politik aber, die auf solche Aussichten hin zu Werke ginge, würde nur auf der Geisbank den ihr gebührenden Platz finden. Soll Preußen mit der vollen Macht der nationalen Macht Deutschlands auftreten, so muß ihm die Gesammtkraft der Nation ein für alle Mal und unbedingt zu Gebote stehen. Wer das nicht begreift, gehört gleichfalls an die oben bezeichnete Stelle.

Aus Preußen, 23. Juni. Morgen Nachmittag um 3 Uhr wird der Landtag, in Abwesenheit des Königs und des Grafen Bismarck, der bereits seine Villeggiatur in Hinterpommern angetreten hat, durch den Finanzminister v. d. Heydt geschlossen werden. Beide Häuser hatten vorher noch Sitzung. Im Abgeordnetenhause steht nur ein Petitionsbericht auf der Tagesordnung; das Herrenhaus aber wird, nachdem es über die Bundesverfassung zum zweiten Male abgestimmt hat, nochmals seine volkswirthschaftliche Einsicht durch Verwerfung des Lasterschen Gesetzes (Aufhebung der Zinsbeschränkungen bei'm Hypotheken-Kredit) männiglich in's Gedächtniß zurückrufen. Der Berichterstatter, der gelehrte Professor v. Daniels, der alle Sterblichen an Langweiligkeit und politischer

Digitized by Google

Verschrobenheit, und an originellen volkswirthschaftlichen Ansichten sogar den tapferen General v. Steinmetz übertrifft, empfiehlt wenigstens Namens der Kommission die Ablehnung des Gesetzes und ohne Zweifel wird das hohe Haus diesem Antrage zustimmen, da es sich selten herbeiläßt, von den realen Bedürfnissen der Gegenwart Notiz zu nehmen, und noch seltener, ihnen gerecht zu werden, wie das bei einseitigen Standes-Vertretungen überall zu gehen pflegt. —

Der Landtag also geht; aber nach kurzer Zeit wird Berlin wieder eine andere Volksvertretung in seinen Mauern sehen, den norddeutschen Reichstag, der im September zusammentreten und bis Mitte Oktober tagen soll. Ihm wird Anfang November wieder der preußische Landtag, verstärkt durch die Abgeordneten der neuen Provinzen, folgen, und dieser wird im Beginn des neuen Jahres, nach einer abermaligen Pause von einigen Wochen, vom Zollparlament abgelöst werden. Das Parlament wird, wie man sieht, fast eine permanente Institution der nordischen Weltstadt. Nur wird der parlamentarische Mechanismus immer komplicirter, und es wird mit der Zeit eines eingehenden Studiums bedürfen, um sich die Kompetenzen der verschiedenen Vertretungen klar zu machen. Dazu nun noch die Einzelvertretungen in jedem deutschen Lande: — wenn die qualitative Entwickelung des Parlamentarismus mit seiner quantitativen nur einigermaßen sich in Vergleich stellen läßt, so werden wir mit der Zeit hier in Berlin nicht nur ein anständiges Parlamentsgebäude bekommen, sondern auch zu der Ueberzeugung gelangen, daß — allzu viel unsinnig ist und nur Verwirrung und gegenseitige Behinderung anrichtet. Die gesinnerkelte Ueberschwänglichkeit der Rokoko-Zeit widerstieht dem geläuterten Geschmacke der Gegenwart in der Politik, wie in der Kunst. Ein Staat, ein Oberhaupt, eine Volksvertretung — das ist das Ziel; alles Uebrige ist — Rokoko. —

Von Vorbereitungen für die nächsten Reichstagswahlen, die im August stattfinden sollen, ist noch wenig zu bemerken. Die konservative Partei, der zur gegebenen Zeit der ganze Verwaltungs-Apparat, bis in seine untersten Gliederungen, fast überall bereitwilligst zur Verfügung gestellt wird für die Verbreitung ihrer Flugblätter, Botschaften und Stimmzettel, bedarf freilich keiner großen Vorbereitungen. Für die anderen Parteien sind diese aber durch das allgemeine direkte Wahlrecht viel umständlicher geworden, weil die Bekämpfung ungehöriger Beeinflussungen, absichtlicher Täuschungen oder zufälliger Verwirrung gerade in den untersten Schichten der Bevölkerung am weitläufigsten und am schwierigsten ist. Sonst wird der Wahlkampf allerdings einfacher werden. Wie das vorige Jahr mit seinem eisernen Wesen sogar einige Souveränetäten und einige Kleinstaaten weggefegt hat, worüber die „Volkszta." in ihrem tiefen Verständnisse der Gegenwart noch in diesen Tagen ihren herben Schmerz ausdrückte, weil der würtembergische Pfarrer Rieke auf der Lehrerversammlung in Hildesheim über Aberglauben und Religion viel verständiger und aufgeklärter gesprochen hat, als der Kultusminister v. Mühler wahrscheinlich gesprochen haben würde, so ist das Kriegsunwetter auch verheerend über die üppig wuchernde Saat unserer Fraktionen und Fraktiönchen dahin gegangen. Das linke Centrum wird sich ziemlich gleichmäßig theilen; die katholischen und mehr oder minder großbeutschen Rheinländer und Westfalen gehen zu den „Entschiedenen", die anderen zu den National-Liberalen. Jenen schließen sich die Ultramontanen reinsten Wassers aus dem katholischen Centrum an, die im Beginn der neuen Aera der Fortschrittspartei in den „Köln. Blätt.", im „Mainzer Journ." u. dgl. nicht Schändlichkeiten genug nachzusagen wußten, während sich noch ein konservativer Bodensatz aus demselben in der Fraktion der Freikonservativen niederschlagen. So wäre denn der anachronistische Einfall, im 19. Jahrhundert die Konfession zum entscheidenden Merkmale in einer politischen Versammlung zu machen, wie im 16. und 17. Jahrhundert, wohl für glücklich beseitigt zu halten, und wir wollen hoffen, daß er sich in einem deutschen Parlamente nie wiederholen wird, wenigstens nicht mit mehr Glück. Von dem Häuflein der Altliberalen werden sich wohl noch Einige (Schwerin) den Nationalen anschließen, während Hr. v. Binde die wenigen Getreuen, die diesen raufluftigen Freischärlern noch für einen Feldherrn halten, mit Fliegenden Fahnen in das Lager der Frei-Konservativen führen, obgleich er, nach seinen Abstimmungen auf dem Reichstage, auch ganz wohl sich den rechtgläubigen Junkern anschließen könnte. So stehen sich also die Konservativen und Liberalen, jede Partei in zwei Schlachthaufen getheilt, auf dem Kampfplatze gegenüber; nur daß die Parteidisziplin im konservativen Lager die inneren Streitigkeiten zwischen beiden Schlachthaufen verdeckt und verheimlicht, wenn auch gelegentlich einige Führer (Bethusy und Wagener auf dem Reichstage) in persönlicher Gereiztheit sie unter die Leute bringen, während im liberalen Lager wilder Lärm und arge Verwirrung herrscht.

Die konservativen Blätter sind über das Programm der Nationalen sehr ungehalten. Weil sie bei den vorigen Wahlen den Schein des Strebens nach Freiheit und Einheit dringend beburften, wenn sie sich nicht vom Volke zurückgewiesen sehen wollten, so suchten sie nach Kräften die Meinung hervorzurufen, daß die Nationalen nunmehr eine ministerielle Partei um jeden Preis, wie sie selbst, sein würden, welche nachtraglich nicht nur die Vortrefflichkeit der auswärtigen Politik, sondern auch die Nothwendigkeit der Reorganisation und die Wirksamkeit des budgetlosen Regiments anerkannte. Diese Vorspiegelung zieht nun, dem Inhalte des national-liberalen Programms gegenüber, nicht mehr, und ärgerlich schelten die konservativen Organe auf die Natur, die immer wieder durchbricht, auch wenn man sie mit Mistgabeln verjagt hat, und auf den National-Liberalismus, der nur eine neue „Maske" ist für die „Demokratie." Bei den orthodoxen Konservativen ist Demokratie bekanntlich identisch mit der gesetzlichen bürgerlichen Freiheit des verfassungsmäßigen Rechtsstaates, und so kann man sich diesen Ausdruck gefallen lassen, wenn man nur Form statt Maske setzt. „Die Nationalen sind nicht vom Liberalismus abgefallen", sagt die „Hildesh. Ztg." ganz treffend, „sie haben durch ihr Verhalten nur verhüten wollen, daß die Halsstarrigkeit der „Entschiedenen" ihn nicht um allen Kredit im Volke brächte."

Die öfters genannten Organe der „Entschiedenen" würden es natürlich für sehr unentschieden und schwächlich halten, wenn sie dieser konservativen Entsündigung auch nur den mindesten Einfluß auf sich gestatteten. Sie verdrehen, lästern und verkehren weiter, und wenn ein nationales Blatt einmal diesem Treiben etwas derb auf die Finger klopft, so seufzt Hr. Eugen Richter in seinen bekannten „Original-Korrespondenzen" über die Verderbtheit der Welt im Allgemeinen und über den unanständigen und unfeinen Ton der nationalen Presse im Besonderen. Es ist wahr, die bidbsinnige Parole, „nur Männer zu wählen, die keine Kompromisse machen", hat in dieser krassen Form bis jetzt nur die „Volkszeitung" aufgestellt; aber in der Versammlung der Wahlbezirke in Berlin wurde doch von den „Entschiedenen" der Vorschlag des Abg. v. Hennig, sich bei den Wahlen gegenseitig zu unterstützen und sich nicht Konkurrenz in Kandidaturen zu machen, zurückgewiesen. Der entschiedene Abscheu der Entschiedenen vor allen und jeden Kompromissen ist um so unverständiger und lächerlicher, als die ganze Fortschrittspartei ja aus einem Kompromiß zwischen den Demokraten und den der „Führung" von Binde und Gen. überdrüssigen Liberalen hervorgegangen ist, — den zu jener Zeit die radikale „Rhein. Ztg." ebenso lärmend für einen Verrath an der Demokratie, für inkonsequente und schwächliche Verleugnung des Princips ausgeschrieen hat, wie jetzt die Bildung der nationalen Partei. Mit der Verfassung ist es den Radikalen ja ebenso gegangen; als sie octroyirt wurde, verkündeten sie, daß der Tag der Knechtschaft angebrochen sei und daß gar keine Verfassung viel besser sei, als diese. Und genau dasselbe sagen sie nun, wo die Verfassung angeblich zu Grabe getragen ist. Dieser wundersame grelle Widerspruch ist nur durch das tiefgefühlte Bedürfniß dieses Radikalismus nach donnernden Phrasen zu erklären und durch die aus unserem krank-

Digitized by Google

haften politischen Leben entsprungene Vorstellung, daß ein Liberaler, der nicht Alles im Staate, sofern es von der Regierung ausgeht, abschließlich findet, des Abfalls dringend verdächtig ist und bald eines Sitzes im — Herrenhause würdig erachtet werden muß.

Es wäre Unrecht, über den Erfolg der Anregung zur Bildung von Wahlvereinen Seitens der Fortschrittspartei, namentlich über den finanziellen Erfolg derselben, schon jetzt urtheilen zu wollen. Persönlich glaube ich nicht an einen großen Erfolg. Im Lande herrscht die verständige Meinung vor, daß ein Programm nicht bloß allgemeine politische Grundsätze enthalten müsse, sondern auch bestimmte nächstliegende praktische Ziele, und daß die Parteibildung das Mittel zur Erreichung dieser Zwecke sei. Nun kommt es den Leuten doch etwas wunderlich vor, daß ihnen jetzt nochmals das Programm von 1861 geboten wird, an dem, trotz der ungeheueren Ereignisse des vorigen Jahres, kein Titelchen geändert zu werden braucht, wenn man ihm nur als Kodizill den Waldeck-Hoverbeck, Virchow'schen Antrag auf Verwerfung der Bundesverfassung anhänge, mit der doch auch die Fortschrittspartei operiren muß, wenn sie nicht, wie der wunderliche Abg. Groote, ihren Kohl daheim aus Heldenmuth bauen will, weil der Kampf „aus Feigheit" aufgegeben sein soll. Mit diesem in der That halb komischen Gebahren erklärt sich dann auch ein Theil der Fortschrittspresse (z. B. die „Bresl. Ztg.") bereits ebenso unzufrieden, wie mit der Intoleranz jener Berliner Versammlung und mit den Nergeleien und Stänkereien über „entschiedenen" Berliner Presse. Diese registriren nun die Conservativen mit stiller Wonne, und wenn die Wähler im Lande nicht verständiger sind, als jene in Berlin versammelten Häuptlinge, so hat die Reaktion in der That alle Ursache, sich in's Fäustchen zu lachen. —

Der zweite „Konflikt Oberg" ist glücklich beseitigt; der Justizminister hat, auf das Gesuch des betreffenden Richters, die gesetzwidrige Versetzung zurückgenommen. Darnach wird es denn noch immer für nicht ganz unmöglich gehalten, daß er der öffentlichen Meinung bis zum Oktober noch ein größeres Opfer bringen werde, nämlich sich selbst. Einstweilen soll er doch in seinem Thatendrange, noch während des Interregnums in den neuen Provinzen neue Justizorganisationen zu schaffen, durch den Ministerrath einigermaßen gehemmt sein. Mit der Reorganisation der Verwaltung dagegen soll namentlich in Hannover in nächster Zeit rasch vorgegangen werden und, wie man hört, ist die Berufung von hannover'schen Vertrauensmännern nach Berlin bestimmt in Aussicht genommen. Man hat in der That alle Ursache, die öffentliche Meinung in Hannover zu befriedigen und die ganz unnöthiger Weise wieder gesteigerte Erbitterung zu besänftigen. An den Falschverbreiterin ist so wenig zu zweifeln, wie an den Umsturzgelüsten der welfischen Emigration. Sie läßt dieselben ja für ihr schweres Geld in Paris drucken. Aber offenbar hat sie für sich im Lande nur ganz untergeordnete und einflußlose Personen, brod- und beschäftigungslose Lieutenants und Rittmeister, die sich längst in Sicherheit gebracht haben, während unsere Regierung, auf die Autorität eines Mannes, wie Stieber, eine ganze Reihe angesehener Männer mit großer Ostentation in's Gefängniß wirft, die nach einiger Zeit wieder entlassen werden müssen. Von dem Staatsgerichtshof und den unträglichen Beweisen ist es sehr stille geworden. —

Der Magistrat von Berlin hat vorgestern den Antrag des Oberbürgermeisters Seidel auf Ertheilung des Ehrenbürgerrechts an den Grafen Bismark verworfen. Er hat sich weder von dessen „speciellen Verdiensten um die Stadt, noch von seiner besonderen Vorliebe für das Bürgerthum überzeugen können. Ueber diese Niederlage in Berlin muß sich Graf Bismarck durch seinen Erfolg in München trösten. Das Zollparlament, welches durch Baierns Zutritt ermöglicht wird, ist eine Thatsache von ungeheurer Bedeutung für die weitere nationale Entwicklung. Nur die „Volksztg." ist auch hier anderer Meinung, als alle Welt. An sich will sie zwar nicht läugnen, daß die Uebertragung dieser Dinge an den Reichstag ein Fortschritt sei gegen das liberum veto der Einzelstaaten; aber daß dieses Zollparlament nur ein Bismarck'scher Kniff sei, zur Vernichtung der wenigen Rechte des Reichstags, das wittert und beduizt sie mit einem Scharfsinn, um den sie der „Beobachter" in Stuttgart beneiden wird. —

Bayern im französischen Krieg.

Wie wären beim Ausbruch eines Krieges mit «Frankreich die Dinge in Bayern gegangen? Jetzt, wo nicht ohne empfindliches Opfer der Friede vorerst gesichert ist, (?) darf und muß diese Frage rückhaltslos besprochen werden.

Sowohl durch die einfachste Erwägung ihrer nationalen Pflicht, als durch den bestehenden Allianzvertrag waren die süddeutschen Staaten darauf angewiesen, im Kriege gegen Frankreich sofort auf die Seite des norddeutschen Bundes zu treten und ihre bewaffnete Macht unter preußischen Oberbefehl zu stellen. Man muß annehmen, daß in Bayern das Ministerium Hohenlohe — soweit hier von einem Gesammtministerium die Rede sein kann, — zur Erfüllung dieser Pflichten bereit war. In demselben Sinn erklärten sich dem Ministerpräsidenten gegenüber vier Fünftheile der Landtagsabgeordneten und auch die Wortführer der Minderheit versicherten, indem sie die Gründe ihrer Zurückhaltung angaben, es sei ferne von ihnen „zu denken, daß bei einem solchen Anlaß, mag nun ein Anspruch auf Luxemburg oder was immer den Vorwand zur Bedrohung Deutschlands bieten, Bayern anderswo stehen sollte, als an der Seite Preußens zur Vertheidigung Deutschlands." In demselben Sinne endlich sprach der größte Theil der Presse und die auch von Angehörigen der bisherigen großdeutschen Partei besuchte Versammlung in Nürnberg.

Allein diese Thatsachen sind nicht zureichend, um aus ihnen einen sicheren Schluß auf die Haltung der Münchner Politik zu ziehen; es müssen noch andere Elemente in Rechnung gebracht werden, die im entscheidenden Augenblick den Ausschlag geben konnten.

So oft in Deutschland der Gedanke der nationalen Einheit sich ernstlich regt, taucht eine Partei in den Mittelstaaten auf, die gegen die drohende Beschränkung der Einzelsouveränität bei Frankreich Schutz nimmt. Sie rekrutirt sich aus dem Hofadel, der Einschluß der fürstlichen Prinzen, und der hohen Bureaukratie und dem Klerus. In den regierenden Herren, der von ihrem Einfluß umringt ist, erblickt sie zugleich ihr natürliches Haupt. Man erinnert sich an das berüchtigte Wort des hannover'schen Ministers, das mit einer Grafenkrone belohnt wurde, an die gleichlautende Aeußerung des verstorbenen Königs von Würtemberg und an die vorjährige Auseinandersetzung des Würtemb. Staatsanzeigers, daß und warum es „ein furchtbares Nationalunglück wäre, direkt oder indirekt unter preußische Herrschaft zu kommen — viel schlimmer, als wenn wir jemals französisch werden sollten."

Auch in Bayern ist diese Partei mächtig genug und die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß sie in einem günstigen Augenblick die Leitung der Geschäfte an sich reißt. Ihre Gesinnung spricht die vor einigen Monaten erschienene Flugschrift: „Bayern und das politische Programm des Fürsten Hohenlohe" mit dem unverhohlenen Bekenntniß aus, daß für Bayern in einem preußisch-französischen Kriege Frankreichs Sieg der „ohne Vergleich günstigere Fall" sei.

Vom Standpunkte der dynastischen Interessen betrachtet, die sich durch jedes Wachsthum der preußischen Macht gefährdet sehen, hat dieser Satz etwas Bestechendes. Zwar müßte die Gunst Frankreichs vielleicht mit dem Opfer der Rheinpfalz erkauft werden; aber ist nicht die Bewahrung der unverletzten Souveränität auf einem verkleinerten Gebiet immer noch besser, als die Entiedigung des Ganzen zu einer „preußischen Präfektur"? Zwar könnte die Hinneigung zu Frankreich eine nationale Reaktion nach sich ziehen, die über kurz oder lang den völligen Untergang der mißleiteten Dynastie herbeiführte; allein diese Gefahr liegt in so unbestimmter Ferne, daß eine von der Hand in den Mund lebende Politik ihrer nicht achtet. Die französische Partei gab sich sonach der

Digitized by Google

Hoffnung hin, das Haupt der Dynastie für ihre Pläne zu gewinnen und beim Ausbruche des Krieges einen Ministerwechsel in diesem Sinne durchzusetzen.

Dabei schien es weder nöthig noch rathsam, daß man von einem bayerisch-französischen Bündniß sprach: das harmlosere Losungswort hieß: Neutralität. Wenn Bayern eine neutrale Stellung einnahm, hatte es vorerst schon das Seinige gethan, jenen „ohne Vergleich günstigeren Fall", den Sieg der französischen Waffen zu befördern. Die weitere Entwicklung mußte sich finden. In der Neutralitätserklärung lag ein offener Bruch des Vertrages vom 22. August 1866, also ein Akt der Feindseligkeit gegen Preußen. Sie konnte in Berlin einer Kriegserklärung gleichgeachtet werden; jedenfalls brachte sie die Nothwendigkeit mit sich, die Bundesgränze gegen Bayern wie gegen ein feindliches Land zu decken, denn man hatte keine Bürgschaft, daß nicht heute oder morgen dem Vertragsbruch der Neutralitätsbruch folgen werde. Unter solchen Umständen erschien die Neutralität in der That nur als eine Phrase oder ein Uebergangszustand; ihre Fürsprecher mußten bereit sein, die volle Verantwortlichkeit für Bayerns Eintritt in den Krieg — einen Krieg gegen Preußen an der Seite Frankreichs — zu übernehmen.

Vielleicht hätte sich indeß Fürst Hohenlohe doch gegen den ersten Anlauf der französischen Partei behauptet, und seinen politischen Grundsätzen getreu, auf jene Kundgebungen der öffentlichen Meinung gestützt, mit der Ausführung des preußischen Allianzvertrages Ernst gemacht. Wäre nun der Süden — ein unwahrscheinlicher, wenn auch nicht unmöglicher Fall — von den Drangsalen des Krieges verschont geblieben, hätte Napoleon seine ganze Macht, um dem Hauptgegner die Spitze zu bieten, im Norden konzentrirt, hätten dort, während Oesterreich sich stille verhielt, die deutschen Waffen mit entscheidendem Erfolge gekämpft, so ist es wahrscheinlich, daß Bayern auch im Verlaufe des Krieges der deutschen Fahne treu geblieben wäre. Aber nicht im geringsten war hierauf zu rechnen, wenn die Dinge eine ungünstige Wendung nahmen, wenn ein französisches Heer die bayerischen Grenzen überschritt, wenn das Kriegsglück sich von den preußischen Waffen abwendete, wenn vollends Oesterreich auf die Seite Frankreichs trat, obwohl dieß voraussichtlich auch die russische Macht alsbald in Bewegung gesetzt hätte. Unter solchen Umständen mußte man in München auf die heftigste, in der Wahl ihrer Mittel vollkommen rücksichtslose Opposition gegen die Hohenlohe'sche Politik gefaßt sein. Es ist ein Mißgeschick, daß für Bayern noch verhängnißvoll werden kann, daß die Regierungsmaschine dieses Staates unter dem unmittelbaren Druck eines vom ultramontanen Einflusse beherrschten und vergifteten Provinzialgeistes arbeitet. Zwar scheint die im deutschen Ultramontanismus eingetretene Spaltung, für welche die Schrift des Bischofs von Mainz ein Zeugniß ablegt, sich auch auf Bayern zu erstrecken, und man findet den Herausgeber der Hist. Politischen Blätter unter den 119 Unterschriften des erwähnten Schreibens an den Fürsten Hohenlohe. Aber die im ingrimmigsten Widerstand gegen die Forderungen der Zeit verharrende Fraktion ist diejenige, die in Altbayern das große Wort führt, einen Theil der hauptstädtischen Bevölkerung mit ihrem Fanatismus erfüllt und kein Mittel verschmäht, das dem Zwecke dienen kann. Sie rühmt sich ihrer unerschütterlichen Anhänglichkeit an den Thron; diese Betheuerungen werden jedoch von unverbohlenen Drohungen abgelöst, sobald der Thron das Mißfallen der Partei erregt.

Die erste Nachricht von einer ungünstigen Wendung des Krieges wäre in München das Signal gewesen zu einem erneuerten Sturm auf den König. Deputationen aus der Mitte des Adels, der Geistlichkeit und Bürgerschaft, in der Presse durch Hindeutungen auf die erbitterte Volksstimmung nachdrücklich unterstützt — hätten das Staatsoberhaupt beschworen, einen verhaßten Bundesgenossen seinem Schicksal zu überlassen und den Frieden mit Frankreich zu suchen. Blieb dieser Ansturm noch erfolglos, so wären bei einer zweiten, die französische Partei ermuthigenden Botschaft vom Kriegsschauplatz die Massen selbst in Bewegung gesetzt worden, um den Wechsel der Regierungspolitik und ihrer Träger gewaltsam zu erzwingen.

Wer die in der bayerischen Hauptstadt wirksamen politischen Elemente durch längere Beobachtung kennen gelernt hat, wird nicht zweifelhaft sein, daß die Dinge diesen Gang genommen, und daß die Führer der Bewegung, des Tumultes, im Nothfall des Aufruhrs ihr Ziel erreicht hätten. Der einzigen organisirten und thatkräftigen Partei konnte der Sieg nicht fehlen, wenn auch Tausende aus allen Kreisen der Bevölkerung entrüstete Zeugen des Herganges gewesen wären. Die Kundgebungen derselben Entrüstung aus Schwaben, Franken und der Pfalz, wo eine andere Auffassung der Landesinteressen und der nationalen Pflicht entschieden vorherrscht, würden zu spät gekommen sein; sie hätten auch wohl der Energie ermangelt, die unter solchen Verhältnissen den Erfolg bedingt. Denn die Thätigkeit der nationalen Partei im Süden ist durch den reaktionären Charakter der preußischen Politik überall auf ihr halbe Kraft reduzirt und noch mehr geschwächt durch das Verfahren jener Liberalen in Norddeutschland, die den Augenblick für passend halten, das hinlänglich gekannte und gefühlte Uebel vollends mit den grellsten Farben ins Ungeheuerliche zu steigern.

Das Ergebniß dieser Betrachtung läßt sich in zwei Sätze zusammenfassen: Es ist nichts weniger als gewiß, daß beim Ausbruch eines preußisch-französischen Krieges Bayern die Stellung eingenommen hätte, die seine nationale und vertragsmäßige Pflicht ihm vorschrieb. Wäre dieß gleichwohl geschehen, so ist es in hohem Grade wahrscheinlich, daß eine ungünstige Wendung auf dem Kriegsschauplatz den Abfall Bayerns veranlaßt hätte.

Wohl würde früher oder später, in der einen oder anderen Art, über diese ebenso kurzsichtige als schmachvolle Politik ein schweres Strafgericht ergangen sein, aber die verderblichen Folgen ihrer vorübergehenden Herrschaft vermag Niemand zu berechnen.

Wenn der jetzt abgewendete Zusammenstoß mit Frankreich in einem späteren Moment und unter unveränderten Umständen dennoch erfolgt, so werden aus denselben Ursachen dieselben Wirkungen entspringen: es wird auch dann die Haltung Bayerns keine andere sein, als die im Sommer 1867 zu erwarten gewesen wäre. Das einzige Mittel diese Gefahr abzuwenden, liegt in der engsten politischen Verbindung Süddeutschlands mit dem Norden. Die französische Partei wird immer wieder in der verhängnißvollsten Stunde ihr Haupt erheben und nach den Zügeln der Regierung greifen, so lange nicht eine gemeinsame Bundesverfassung und Volksvertretung, eine einheitliche Leitung der militärischen Macht auch in Friedenszeiten, den bayerischen Staat jedweder selbst mit dem Norden verknüpft hat, als der bloße Allianzvertrag dieß zu thun im Stande ist.

Unter steter Hinweisung auf diese Gefahr hat es die Wochenschrift von Anfang an als die oberste Pflicht einer nationalen Politik bezeichnet, nach der ungesäumten Ausdehnung des Bundes auf Süddeutschland zu streben, hat auch in den bahnbrechenden Mängeln der jetzt vorliegenden Bundesverfassung keine Berechtigung gefunden, von diesem Streben abzulassen. Diejenigen liberalen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, die gegen die Annahme der Verfassung gestimmt und sich darauf gestützt haben, „daß die einheitliche militärische Macht Deutschlands noch außen hin durch die abgeschlossenen Militärkonventionen und Bündnisse für die nächste Zukunft gesichert ist", waren, was den größten der Mittelstaaten angeht, in einem groben Irrthum befangen. Sie hätten wohl daran gethan, bevor sie diesen Ablehnungsgrund geltend machten, in Bayern anzufragen und sich über die wahre Sachlage zu unterrichten. Nichts ist durch die bestehenden Verträge gesichert.

Indeß steht heute schon fest, daß ohne die Zwischenkunft außerordentlicher Ereignisse eine Ausdehnung des Bundes auf Süddeutschland sobald nicht erfolgen wird. Preußen hat sich durch den Prager Vertrag wenigstens insoweit die Hände gebunden, daß es seinerseits nicht wohl die Initiative ergreifen,

Digitized by Google

sondern das Verlangen der Südstaaten abwarten muß. Ein solches Verlangen zu stellen war aber offenbar selbst das Ministerium Hohenlohe von Anfang an nicht ermächtigt. Mit den jüngsten Berliner Verhandlungen ist nun jener andere Weg, den Graf Bismarck im norddeutschen Reichstage bezeichnet hat, eingeschlagen worden, und man wird sich in München nicht weigern können, auf die von den übrigen Südstaaten angenommenen Vorschläge einzugehen. Dieser Weg führt schließlich am Prager Frieden vorüber zu demselben Ziel, das durch den unmittelbaren Anschluß ohne Verzug mit einem Schritt erreicht wäre. Darüber können weder die Freunde des Anschlusses noch seine Gegner sich täuschen. Nur bleibt den letzteren die Hoffnung auf irgend ein Ereigniß, das vielleicht den langsamen Gang der Entwicklung unterbricht und ihre Resultate zerstört. Die „einheitliche Macht Deutschland nach außen" ist nicht gesichert und die Gefahr des Verrathes nicht abgewendet, so lange dieser Uebergangszustand währt.

(Wochenschrift der Fortschrittspartei in Baiern.)

Pedro Arbues de Epila, ein neuer Heiliger.*)

M Als vor einigen Wochen die Allgemeine Zeitung — und nach ihr viele andere Tagesblätter — eine kurze Schilderung des Mannes brachte, zu dessen Heiligsprechung binnen eine große Anzahl Kirchenfürsten, darunter auch der bekannte Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler aus Mainz, nach Rom pilgern wird, erhob sich in den ultramontanen Blättern ein lautes Geschrei, daß man es gewagt habe, einen Heiligen in spe so abschreiblich hinzustellen, und es fehlte nicht an Versuchen, den Mohren weißzuwaschen. Zu wirrem Lieb gelungen ist, möge jedem Unbefangenen die Vorübung der nachstehenden nackten geschichtlichen Thatsachen bewiesen.

Der große Todte, um den es sich handelt, hieß Pedro Arbues de Epila, und wurde gleichzeitig mit dem Dominikanermönch Gaspart Juglar von dem am 17. Oktober 1483 vom Papste Sixtus zum Generalinquisitor von Spanien eingesetzten Thomas de Torquemada zum Inquisitionsrichter für das Erzbisthum Saragossa ernannt.

Wie die Inquisition von Torquemada gehandhabt wurde, ist sattsam bekannt; ein Geschichtsschreiber der neueren Zeit kennzeichnet die damalige Schreckensherrschaft mit den Worten: „Spanien füllte sich mit Kerkermohre, seine Hungerluft und peinlichen Flammen verdunsteten unschuldige Juden. Die Wehrlosigkeit durch das schöne Land, der Wahrheit Sein zu durchdringen vermochte, aber die Majestäten lähmten den Arm derjenigen, welche, von Erbarmen ergriffen, diese Menschenschlächterei Einhalt thun wollen!"

Und zu dieser Menschenschlächterei ernannte sich denn, wie oben bereits angedeutet, Torquemada zwei geeignete Gehülfen, unseren Pedro Arbues de Epila und den Gaspard Juglar. Und damit zu dem gottgewollten Werke ihn Hinderniß entgegentrete, erließ der König Ferdinand Befehl an alle Behörden, die Inquisitoren zu unterstützen, und als guten Würdenträger des Reiches mußten einen Eid ablegen, daß sie zur Vertilgung der vom Tribunal bezeichneten Schlachtopfer Alles aufbieten wollten.

Die Herren Inquisitoren entwarfen nun zunächst einen Codex, der unter dem Namen „Konstitutionen" am 29. Oktober 1484 promulgirt wurde. Innerhalb 30 Tagen Gnadenfrist sollten alle Anhänger des Judenthums freiwillig Bekenntnisse ablegen und ihre mitschuldigen Kieser angeben, wenn sie mit einer geringen Geldstrafe durchkommen wollten. Hatte Jemand der der Inquisition einen Theil seines jüdischen Verhaltens verschwiegen, so sollte der Flammentod erlannt werden. Ebenso sollte es denjenigen ergehen, bei denen die Inquisitoren das Bekenntniß für ein erdichtetes hielten. Die Fragen konnten von Jedem verneinmen, die Aussagen derselben sollte dem Angeklagten nur kurz und inhaltlich vorgehalten werden. Ein Beharren auf der Unschuld, trotz der vorgelegten Zeugenaussage, hatte den Feuertod zur Folge. Die halber Beweis rechtfertigte die Anwendung der Folter; ein Eingeständniß unter Qualen hatte ein zweites Verhör zur Folge. Wurde hierbei das unter der Tortur abgelegte Geständniß widerrufen, so erfolgte Verurtheilung; wenn nicht, so wurde zum zweitenmal die Folter verordnet. Bei allen Verurtheilungen erfolgte zugleich Vermögenseinziehung sation und zwar zum Vortheil der Inquisition selbst. Daß dieses Gesetz mit allen zu Gebote stehenden Kräften gehandhabt wurde, dafür war schon durch den Namen Torquemadas und seiner Helfershelfer gesorgt.

Aber die Blutarbeit der frommen Herren Inquisitoren ging nicht ohne Einsprache von Statten. Besonders war die Bürger der Königreiche Aragonien und Valencia erhoben sich gegen die Inquisition, unter Berufung darauf, daß ihnen ihr altes Privilleg, daß das Vermögen einer Verurtheilten, selbst bei den schwersten Verbrechen, nicht angetastet werden dürfte, gerauht worden war. Hohe Beamte standen hier an der Spitze der Unzufriedenen: Juan Gonzalez, Sekretär des Königs, Alfonso de Caballeria, Vicekanzler, Gabriel Sanchez, Oberschatzmeister, sein Bruder Francisco Sanchez, Haushofmeister des Königs, Philipp Clemente, Protonotarius, Juan Ximenez de Urrera, Herr von Aranda, sein Sohn Lope, Graf von Aranda, die Ritter Juan de Abadia und Juan Perez Sanchez und viele Andere. Sie veranlaßten die Cortes, Kommissäre an den Papst und den König zu schicken und gegen die Inquisition zu protestiren. Aber diese Schritte waren vergeblich. Zur Verzweiflung getrieben, ließen die genannten Edelleute — größtentheils jüdischer Abstammung — den hauptinquisitor von Saragossa, Pedro Arbues de Epila, ermorden.

Diese That machte das Uebel natürlich nur schlimmer. König Ferdinand ließ dem Ermordeten eine Statue errichten. Die Dominikaner hatten eine himmlische Erscheinung des Märtyrers, worin er alle Welt zur Förderung der Inquisition ermahnte uns versicherte, daß die Bestrafung der Ketzer mit dem Feuertod mit den höchsten Ehrenpfählen im Himmel belohnt werde. Die Verschworenen wurden ann, nachdem sie durch die Straßen Saragossas geschleift und ihnen die Hände abgehauen worden waren, gehängt.

Das ist in flüchtigen Umrissen die Geschichte dieses Pedro Arbues de Epila, der wegen seines um die „gute Sache" erlittenen Todes heilig gesprochen werden soll. Ob wohl die hohen geistlichen Würdenträger, welche der heiligen Handlung beiwohnen werden, auch an das Blut der Schuldlosen denken, das dieser Inquisitionsrichter vergossen hat, wir wissen es nicht. Aber die Welt soll wenigstens erinnert werden, daß Pedro Arbues de Epila einer der verabscheuungswürdigsten Menschen war, der je gelebt, und daß es ein Hohn auf alles Göttliche und Menschliche ist, wenn man den Namen dieses Mannes jetzt zu den höchsten Ehren der kath. Kirche bringen will.

Zeitungsschau.

Die „Oberhessser Zeitung" bringt einen Artikel von Ludwig Bamberger, in welchem die Stellung des Großherzogthums Darmstadt zum norddeutschen Bunde und insbesondere das Verhalten der „demokratischen" Parthei zu den aus diesem Verhältnisse sich ergebenden Fragen erörtert wird.

„Es ist jetzt gerade ein halbes Jahr verstrichen, schreibt Herr Bamberger, seitdem die Bevölkerung des Großherzogthums Hessen sich durch ihre Landesgenossen in die lebhafteste Aufregung versetzt fand. Alles drehte sich damals um die Frage, ob die Wahlen, als Ausdruck des Volkswillens, für oder gegen den Anschluß des kleinen Staates an den norddeutschen Bund entschieden würden. Heute nun ist erst das letzte Wort in dieser Sache gesprochen worden, und zwar in ganz anderer und entschiedenerer Weise, als damals bei dem Schluß der Wahlen das Ergebniß anzudeuten schien. Denn nach der ersten Ueberzählung der Stimmen wäre die Abschätzung der Stimmen unmittelbar nach den Wahlen dahin ausgefallen, daß — wenn auch knapp — Derjenige gegen den Anschluß aus der Wahl hervorgegangen sei. In bezeichnendem Widerspruch zu dieser Annahme hat nun am 4. Juni die Kammer mit 32 gegen 15 Stimmen sich für den Eintritt in die Union erklärt."

„Wenn je alle Umstände sich vereinigten, um einer Entscheidung innerer Streitigkeiten, auf den Grund hin, daß ihr das Zeugniß der vorgängigen Erwägung und festesten Entschließung gebührte, so kommen sie dieser zu Statten. Zur Zeit der ersten Ueberzählung der Wahlergebnisse glaubte man, die erwartete Mehrheit gegen den Anschluß sei durch Quantum Wasser auf ihre Mühle geführt. Rechte wie Linke konnte also die Versuchung, den Eintritt in den Bund von sich zu weisen, nur neue Nahrung gefunden haben."

„Trotz allen diesen entgegenstehenden Hindernissen hat die Kammer sich mit 32 gegen 15 Stimmen für den Eintritt erklärt, d. h. mit einer Majorität von zwei Drittheilen der Stimmenden, einer Majorität also, welche sowohl in gesetzgebenden als in geschäftsführenden Versammlungen mit allgemeinem Gebrauch auch für die Gültigkeit der wichtigsten statutabänderungen Beschlüsse als hinreichend erachtet wird. So viel liegt hier auf der Hand und ist gewiß nicht in die Ereignisse künstlich hineinverpreßt: eine Ueberlegung von sechs Monaten, verbunden mit einer Beobachtung des Gangs der Dinge, hat Jedem, der sich nicht grundsätzlich zur Festhaltung eines einmal angenommenen Entschlusses verurtheilt glaubt, die Gewißheit aufgezwungen, daß der Beschluß, wie er vorliegt, eine unvermeidliche Nothwendigkeit für die Wohlfahrt des Landes und die Ordnung seiner Angelegenheiten sei, nicht minder für die des gesammten Vaterlandes. Nur so ist zu erklären, daß die Minderheit von vor sechs Monaten heute zu einer überwältigenden Mehrheit geworden ist."

„Unter den Parteien, welche zu jener Zeit gegen die Union auftraten, zeichnete sich eine durch Festigkeit und geschickte Regsamkeit aus. Ihr hatte ein glücklicher Zufall den Namen der demokratischen bescheert. Jetzt wäre vielleicht der Augenblick gekommen, zu zeigen, daß man seinem namentlichen Lossungswort auch die Ehre gebe. Wenn Etwas anerkanntes Gesetz der Demokratie ist, so ist es das Gebot der freiwilligen Unterwerfung der Minderheit unter den Ausspruch der Mehrheit, mit nicht zwar als Duldung gegen die Gewalt der größeren Zahl, sondern als freiwillige Anerkennung, daß der Ausspruch der Mehrheit, deren Stimmen als das anerkannte Kennzeichen einer richtigen und wahrheitsgemäßen Entscheidung in allen Fällen von zweierlei Meinung zu betrachten sei."

„Hier also hat eine imposante Mehrheit in dem Meinungseifrer: ob

*) Berl. den Art.: die Inquisition und ihre Vertheidiger in den Nummern 3—9 unseres Blatts, Jahrgang 1866.

Digitized by Google

Eintreten oder Fernbleiben? gesprochen; und ein guter Demokrat muß von nun an diese Wahrheit zu der seinigen machen, dis veränderte Umstände ihm erlauben, von Neuem die Frage aufzuwerfen. Dieß ist um so eher zu verlangen, als eine Menge von Nebenumständen beitragen kann dazu thun sind, dem ergangenen Ausspruche außerordentlichen Nachdruck zu geben."

„Einen dieser Umstände haben wir bereits im Vorausgehenden ans Licht gezogen. Mit Jedem gezeigt, welche Erstarrung von zwingenden Erwägungsgründen kann erforderlich war, um in Zeit von sechs Monaten die Mehrheit gegen Wind und Strömung von einer Seite der Kammer auf die andere hinüberzuführen. Was ist nun aus diesen Gründen? Wollen sie lösen wir nun gar diese Minderheit von nicht ganz einem Dritttheil Stimmen in ihre ehemlichen Bestandtheile auf, so finden wir, — wägend, statt zu zählen —, das spezifische Gewicht der Minorität stimmen, wenigstens von demokratischen Standpunkt aus, so leicht und schwach als möglich beschaffen. Unter diesen fünfzehn gegen die Union abgegebenen Stimmen gehören nämlich Dreizehn, theils der ultramontanen, theils der ehrgeizigen Reaktion an, Dreizehn mit andern Worten sind zu ihrem Entstehen nicht aus Ueberzeugungen hingeführt worden, welche irgend etwas mit den Erwägungsgründen eines demokratischen Abgeordneten gemein haben können. Sie stehen auf einem ganz fremden Boden. Sie stehen den Willen und die Rechte des Volks mit ganz andern Augen an, und es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, der Wille und die Rechte des Volks können da sein, wo ihr Bestun nicht ist. Aber ein Abgeordneter giebt nun einmal doch immer Abgeordneter, d. h. Beauftragter einer Gruppe von Staatsbürgern, und wir müssen uns schließlich — nicht ohne einigen Vorbehalt freilich — dahin bescheiden lassen, daß es seinen Wählern gefallen habe, sich selbst auf das bescheidene Maß von Rechten zurückzuziehen, welches nach seiner Gesinnung dem Volke zukommt. Doch wir haben es nicht einmal mit den Vertretern von dreizehn Wahlkreisgruppen zu thun, die mit realisirbaren Prinzipien vorlieb nehmen, sondern nur mit neun Abgeordneten, welche beanspruchen können, in gleichem Maßstabe mit ihrer Kollegen von Angehörigen des Landes beauftragt zu sein. Die vier übrigen sind jenen Dreizehn sind von dem „mit Grundeigenthum angesessenen Adel und seiner Mitte gewählt." Sie vertreten also nur eine bevorrechtete Kaste, deren Gesinnungsstärke und ganz geringe Anzahl von Einwohnern in sich begreift. Mit können daher ohne Uebertreibung sagen, daß neun demokratischen Maßstab der bürgerlichen Gleichberechtigung diese oder Stimmen noch lange nicht das Neunzehntel einer einzigen zu bilden im Stande sind, und möchten wir sie auch für eine Stimme anschlagen, so wäre das Verhältniß für und gegen die Union, nach dem Grundsatze der Stimmenmehrheit, im besten Fall wie 32 zu 12. Mit andern Worten: hätten wir nicht eine zweite Kammer vor uns, welche im Widerspruche aller dem anerkannten Prinzipien des allgemeinen Staatsrechts, die Repräsentation eines privilegirten Standes in sich suchte, so hätte die Landesvertretung mit einer Mehrheit von drei Viertheilen gegen ein Viertheil sich für den Eintritt in den norddeutschen Bund erklärt haben."

„Es dringt sich aber bei der Beobachtung dieses Verhältnisses noch eine weitere eigenthümliche Schwierigkeit auf. Der Zeit nämlich, wo die Staaten von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau mit dem Königreich vereinigt wurden, erhob ein namhafter Theil der Demokratie, unter Vorangang des allverehrten Johann Jakoby, feierlichen Protest gegen die Einverleibung dieser selbstständiger Fürstenthümer, weil der Wille der Staatsangehörigen in den Kammern nicht vorher befragt worden sei, nicht in seiner Mehrheit sich einverstanden erklärt habe. Nun vermag aber kein Unterschied wahrgenommen zu werden zwischen der Lage eines Landes, welches ohne die Einwilligung seiner Stände einem andern inkorporirt wird, und der Lage eines Landes, welches gegen den Willen seiner Stände von einer Vereinigung abgehalten wird. Vielmehr, während man der preußischen Regierung nur vorwerfen könnte, daß sie es nicht auf eine Probe ankommen ließ, die vielleicht zu ihren Gunsten ausgefallen wäre, haben wir es hier mit einem Fall zu thun, in welchem der Mehrspruch zwischen dem durch die starke Majorität der Landesvertretung bekundeten Volkswillen und dem Verhalten der Regierung urkundlich vorliegt. Dieselbe Partei also, welche die Annexionen Preußens als eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerungen betrachtet, müßte jetzt das Verfahren Preußens aufstellen als eine Rechtsverweigerung betrachten, die nicht minder laut um Abhülfe schreit."

— Der Staatsgerichtshof „Beobachter" ist unerschüttert darüber, daß Württemberg, statt des unschuldigen „Albiat-Brändigenrechts", das seelisch bis jetzt erst in einigen Mutterexemplaren besteht und noch nicht einmal die Probe einer Campagnisirens bestanden hat, das preußische Zündnadelgewehr angenommen, welches natürlich nichts taugen kann, da es ja aus Preußen kommt. Sind doch die Preußen selbst miserable Soldaten neben den Württembergern, — die erst durch das Zündnadelgewehr auf die Stufe herabgedrückt werden können und vielleicht sollen, auf welcher die Preußen stehen. Hier die Worte des „Beobachters": „Mit den vergänglichen Gewehren des Feld geschickt, ist von unsern schwäbischen Soldaten allerdings nicht zu besorgen, daß sie sich im nächsten Kriege, wo sie neben den Preußen, statt gegen diese, zu fechten haben, besser schlagen werden als diese. Solche Erschämung wird den Preußen erspart sein. Denn unsre Soldaten, wenn auch von Hans aus weit besserer Schützen, als die dem Flachland entstammenden Preußen, werden, wenn sie einmal das Ausströmen der Gase aus dem Zündnadelgewehre fühlen, bald eben so feuerscheu werden, als die preußischen."

— Die „Zeitung für Norddeutschland" bringt einen Brief eines im Anfang der dreißiger Jahre als polit. Flüchtling nach Paris gekommenen und seit dieser Zeit dort ansässigen namhaften Hannoveraners, welcher sich über den im vorigen Jahr eingetretenen Wechsel der Dinge in Deutschland einstäßlich ausspricht. Der Briefschreiber beginnt mit der Erklärung, daß auch er die Umgestaltung der öffentlichen Verhältnisse Deutschlands auf anderem Wege und durch andere Mittel, als siegreichen, welche die Revolution gekommen, gehofft und gewünscht habe, daß auch er in gewissem Sinne zu den Besiegten von Langensalza gehöre, daß er aber, als vernünftiges Mann und Patriot, die nunmehr gegebenen Bedingungen der nationalen Einheit anerkenne und auf jenen Gebieten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, verzichte. Die heftigste Opposition der Prinzipienreiter, der Parteifanatiker und der sog. „Volksparteien" gibt ihm Anlaß zu folgenden Bemerkungen: „Ständen wir mit unseren Parteiklempen auf gesondertem, unwirksamen Einwirkungen ungeeignetem, quasi-isolirtem Boden, so könnte man über die Absonderlichkeiten unsäglichen Prinzips solcher Theoretiker schweigend hinweggehen, die Kritik ihrer Anstoßungen dem unwahrhaftigsten Entwickelungsgange sich vollendender Volksreinheit im großen Vaterlande überlassend. Dem jedoch ist leider nicht ganz so, und wir, mit vorherrschem Bücherzopf, wirken der hoffnungsvollen Zusammenwirkung unserer deutschen Staatsvereine gefüllten Philippiqua Wirchow's, Jacoby's und Genossen finden im feindlichen Auslande einen nur allzu dankbaren Widerhall. So z. B. in der französischen, wie auch in der von dieser in vielen Punkten abhängenden Weise des Schweizer Radikalismus. Sind die Prophezeiungen Frankreichs über jegend einen Punkt verfehlten Ansicht, so ist es die zu bewerkstelligende Hinterreitung der deutschen Einheit. Darum prangen sie sämmtlich seitdem Preußenhaß und greifen sich als die künftigen Beleiter (!) des zitternden (!) Deutschland von preußischen Joch (!)." — Nichts Verwandschaftlicheres und Gutartigeres, das Deutschland nun kommen, als die Ohrpauktanen Jacoby's, Wirchow's und des „Stuttgarter Beobachters". Streift nun das verhässene Demokratenthum des letzteren so ziemlich an die äußersten Grenzen des Landesverrathe, wo nicht wirklig schon hinüber, so sage ich doch nur das von der Berliner Korrespondenz und ihrem Patriotismus eine zu hohe Achtung, um annehmen zu können, daß sie sich wirklig wären, ihrer Parteistellung die hohen Interessen des Vaterlandes unterzuordnen. Hätten sie die Tragweite ihrer gegen Bismarck und dessen Einigungspolitik gerichteten Anklage berechnen können, sie würden ohne Zweifel sich ein Schloß vor den Mund gehängt haben, bevor sie dem lauernden Raubgeist des Franzosenthums auch nur den Schatten eines Fingers gereicht. Sollte früher oder später nach der Krieg zwischen uns und den Franzosen entbrennen, so dürfen Bismarck und Jacoby sich rühmen, durch ihr Benehmen denselben in seinen Ursachen den wesentlich geschürt zu haben. Unter keiner Bedingung würden die Franzosen wagen, wider das einige Deutschland ins Feld zu rücken. Die erste Pflicht aller Parteilosen war daher die ernste Schonung um Verurtheilung der Regierung verbrüderlich strebenden Einheit. Diese Pflicht haben die genannten Männer und ihre Genossen in wahrhaft Verräterischer Art verkannt. Sie haben dieselbe um so willkürlicher verletzt, als ihre Anklagen sogar an und für sich der Begründung entbehren. Daß die preußische Regierung seine Militärdiktatur anstrebt, weiß nachgerade jedes Kind und würde sie selbst danach trachten, sie würde ihren Zweck thatsächlich nicht erreichen. Der innere Bau des preußischen Staats widerstreit dem eben so sehr, wie das preußische Wehrsystem, und wie die Sitten und gesammten deutschen Volke. Es zeugt daher von einer seltsamen Verblendung, wenn Jakoby in dem preußischen Einigungswerk eine fatzerechte Vorbereitung zum Völkerkrieg erkennen wollte. Hätte der Mann Unbefangenheit im Urtheil gehabt, so mußte er vielmehr erkennen, daß die Erschaffung einer andauernlichen Uebermacht die nächste Bürgschaft bietet, welche, in Ermangelung französischen Rechtsgefühls und bindender Verträge, unserm Vaterlande eine Bürgschaft wider den Angriffstrieg gewähre. Wer das nicht einsieht, dem muß es entweder an Sachkenntniß über die französischen Zustände fehlen, oder überhaupt an Urtheil."

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mit dem ersten Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung, und werden deshalb alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie inzwischentreiende) ersucht, ihre Bestellungen baldigst bei den betreffenden Postämtern anzugehen, damit keine Verzögerung in der Uebersendung stattfindet.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint außer Sonntags und Feiertags täglich Nachmittags mit dem Datum des folgenden Tags. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten versandt.

Die Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung bleibt unverändert dieselbe wie bisher: als ein entschieden liberales und nationales, nach allen Seiten unabhängiges Organ wirk sie ihrem Motto getreu „Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz" zur alleinigen Richtschnur ihres Handelns nehmen.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2 Thlr.

Inserate finden durch die Deutsche Allg. Zeitung die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung; die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile (unter „Ankündigungen") 1½ Ngr. einer dreimal gespaltenen (unter „Eingesandt") 2½ Ngr.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 111. Heidelberg, den 4. Juli. 1867.

Abonnements-Einladung.

Indem wir zum Abonnement auf das mit dem 1. Juli begonnene III. Quartal des „Wochenblatts des Nationalvereins" einladen, bemerken wir, daß alle Postämter und Buchhandlungen Deutschlands Bestellungen auf dasselbe annehmen, und daß das vor mehreren Jahren in Preußen gegen unser Blatt ausgesprochene Verbot, zurückgenommen worden ist.

Der vierteljährige Abonnementspreis beträgt bei Bestellung durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr., bei direktem Bezug von der Expedition, ausschließlich des Porto's, 36 kr. oder 10½ Sgr. Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Einsendungen für das Wochenblatt, welche im Fall der Aufnahme anständig honorirt werden, bittet man an den Herausgeber (Hrn. A. L. v. Rochau in Heidelberg) zu richten.

Heidelberg, im Juni 1867.

Die Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins.

Inhalt:

Wochenbericht. — Landtagsbrief. — Die Zukunft der Kleinstaaten. — Die Unione Liberale in Bologna. — Rom und die Jnquisition. — Die Tabaksteuer. —. Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 2. Juli.

* Wir haben eine Reihe von Friedensjahren vor uns — lautet die in Berlin ausgegebene Losung. Obgleich man aber nur zu gern glaubt, was man wünscht, kann sich Deutschland kein rechtes Herz fassen zu der ihm mit jenen Worten eröffneten Aussicht. So große Opfer Preußen der französischen Eifersucht gebracht hat, Frankreich giebt sich nicht für befriedigt; seine Regierung rüstet fort und fort, seine Presse hetzt unermüdlich und droht unverhohlen. Nachdem Preußen aus Luxemburg verdrängt ist, verlangt man von ihm die Räumung von Nordschleswig. Wäre dieser Zweck erreicht, so würde es an einem neuen Gegenstande weiterer Forderungen nicht fehlen. Um so weniger, als mit jedem Nachgeben die Widerstandskraft abnimmt. Was Preußen mit Luxemburg verloren, ist mehr als eine Festung, nämlich ein gutes Stück des öffentlichen Glaubens an seine Macht, den es im vorigen Jahr erobert, und ohne allen Zweifel auch ein Theil seines Selbstvertrauens. Eine besondere Auffrischung oder Verstärkung dieses Selbstvertrauens und des Vertrauens der Andern wird auch wohl durch die Reise des Königs nach Paris und durch deren Erfolge nicht bewirkt worden sein. Gelänge es dem Tuileriencabinette jetzt, zu Gunsten Dänemarks ein neues Zugeständniß von Preußen zu erpressen, das sich vor Deutschland noch weniger verantworten ließe, als die vorhergegangenen, so müßte man gestehen, daß Napoleon III. auf dem besten Wege wäre, den berüchtigten Wahlspruch des Fürsten Schwarzenberg zu erfüllen.

Daß Frankreich ein Recht habe, die Ausführung des Prager Friedens in irgend einem seiner Punkte zu verlangen, wagt die ministerielle Pariser Presse nicht zu behaupten; aber, sagt sie, die Ruhe Europas ist dadurch bedingt, daß die seit so vielen Jahren schwebende Herzogthümerfrage, und daß damit eine ewige Gefahr des allgemeinen Krieges endlich aus der Welt geschafft werde: folglich hat Frankreich das Recht und die Pflicht, in dieser Sache sein Wort mitzusprechen, wenn nicht als Vermittler des Prager Vertrags, so doch als europäische Macht. Jndessen auch von dieser Voraussetzung aus kann man nur auf Kosten der politischen Logik zu der Forderung gelangen, daß Nordschleswig den Dänen zurückgegeben werde. Denn wenn es sich darum handelt, im Jnteresse des europäischen Friedens ein Opfer von Land und Leuten, vom nationalen Rechtsbewußtsein und politischer Selbstachtung zu verlangen, so ist es doch geradezu widersinnig, mit dieser Zumuthung an Deutschland, statt an Dänemark heranzutreten; widersinnig, ein Volk von vierzig Millionen in Aufrubr gegen die europäische Ordnung zu bringen, um ein Volk von anderthalb Millionen mit derselben zu versöhnen. Ein auf solche Bedingungen getroffenes neues Abkommen wegen Schleswigs würde auch nicht für den nächsten Tag verbürgt sein, und die feierlichsten Gewährleistungen könnten bemerkten eben so wenig nützen, als dem weiland Londoner Protokoll. Mit einem Wort: will man kein neues gefährliches Provisorium in Schleswig schaffen, so rühre man nicht an die jetzige Ordnung der dortigen Dinge. Den einschlägigen Artikel des Prager Friedens formell zu beseitigen, wird der preußischen Regierung nicht schwer werden, da Oesterreich nicht nur keinen einzigen Grund hat, auf die Vollziehung desselben zu dringen, sondern sogar lebhaft dabei interessirt ist, daß eine Erneuerung des bedenklichen Beispiels der Volksabstimmung über die Staatsangehörigkeit hintangehalten werde. Wenn indessen Herr v. Bismarck, wie es scheint, dadurch zum Zwecke gelangen will, daß er durch den jetzt eingeleiteten diplomatischen Zwiespruch mit der dänischen Regierung Beweise für die Unausführbarkeit jenes Friedensartikels in die Hand zu bekommen sucht, so mag man sich den Umweg immerhin gefallen lassen — vorausgesetzt, daß das Ziel wirklich erreicht wird.

Es ist indessen viel weniger die nordschleswig'sche, als die Zollvereinsangelegenheit, welche die Franzosen gegen Preußen erbost, und wiewohl sie durch eine gewisse Schaam zurückgehalten werden,

Digitized by Google

sich zu der eigentlichen Ursache ihres erneuten Ingrimms unumwunden zu bekennen, läßt ihre ganze Redeweise und Haltung doch keinen Zweifel darüber, daß die Hauptquelle desselben in der Eifersucht auf die mit raschen Schritten ihrer Vollendung zueilende Einigung Deutschlands zu suchen ist. Hier muß, das fühlt man, seit der Uebereinkunft über Errichtung des Zollparlaments, in den Caserne so gut wie in dem Tuilerienkabinette, und in den Redaktionen der Winkelblätter nicht minder, als im Ministerium des Auswärtigen, hier muß rasch Einhalt getan werden, wenn es nicht zu spät werden soll. Mit dem ersten Zusammentreten des Zollparlaments, das hat der feindliche Nationalinstinkt der Franzosen alsbald herausgefunden, ist das deutsche Gesammtstaatswesen so gut wie fertig. Fragt sich also, ob es für den Bonapartismus ein größeres Wagestück ist, Deutschland binnen der nächsten zehn oder zwölf Monate den Handschuh hinzuwerfen, oder gegen sich selbst die französischen Volkseidenschaften herauszufordern, denen die Consolidirung der einheitlichen deutschen Macht für eine tödtliche Beleidigung der Würde und der Interessen Frankreichs gilt. Es wäre müßig, sich in der Beantwortung dieser Frage zu versuchen. Genug, daß wir inmitten einer verhängnißvollen Crisis stehen, deren Verlauf durch die Berechnungen des Selbsterhaltungstriebes des Bonapartismus bedingt ist, und die, allem Anschein nach, binnen Jahr und Tag entweder einen furchtbaren Krieg, oder die sachliche Wahrscheinlichkeit eines dauernden Friedens mit sich bringen wird; denn mit dem wirklich geeinigten Deutschland unnütze Händel zu suchen, möchte sich Frankreich wohl unter allen Umständen drei Mal besinnen.

Inzwischen wirbt man von den Tuilerien aus eifrig um die Freundschaft Oesterreichs, dessen bisherige Sprödigkeit, wie es scheint, bei Gelegenheit der bevorstehenden Reise Franz Josephs nach Paris eine schwere Probe zu bestehen haben wird. Dem Kaiser von Oesterreich, heißt es, wird in der französischen Hauptstadt ein Empfang vorbereitet, wie er keinem der andern gekrönten Besuchee zu Theil geworden, und Herrn von Beust ist ein reich bemessener Antheil an diesen Huldigungen zugedacht. Ob und wie weit ein solcher Bestechungsversuch gelingt, wird die Zukunft lehren; bis dahin mag man sich daran halten, daß Oesterreich auf lange Zeit hinaus zu viel mit sich selbst zu thun hat, als daß es sich vernünftiger Weise auf gewagte auswärtige Unternehmungen einlassen könnte, bei denen obendrein nichts Rechtes „herauszuschau." Ein Wiener Blatt spricht die österreichischen frommen Wünsche für Preußen und zugleich die Rathschläge der österreichischen Vorsicht und Klugheit mit einer Offenherzigkeit aus, die nichts zu wünschen übrig läßt. „Wir würden, sagt die N. fr. Pr., es als ein großes Unglück betrachten, wenn Oesterreich durch die Macht der Ereignisse gezwungen würde, an der Seite der Gegner Preußens zu stehen; wir wünschen, daß wir an diesem Conflicte keinen Theil nehmen müssen; wenn aber der Hochmuth zum Falle gebracht wird, so werden wir Oesterreicher, auf deren Vernichtung man in Berlin es abzuzielen scheint, eine solche Wendung sicherlich mit der aufrichtigsten Genugthuung begrüßen." Mit andern Worten, wenn Frankreich die Sache besorgt, so werden wir uns bei der Demüthigung Preußens die Hände reiben; uns selbst in den Handel einzumischen, aber halten wir doch für sehr mißlich. In der That, bloß um „Hochmuth zum Falle zu bringen", setzt man doch nicht die eigene Existenz auf das Spiel, auch wenn sie noch so wackelig ist.

— Der in der zweiten hessischen Kammer mit großer Mehrheit angenommene Antrag auf Eintritt Darmstadts in den norddeutschen Bund, ist von der ersten Kammer einstimmig und unter den heftigsten Ausfällen auf Preußen und seine neuesten Thaten und Werke, abgelehnt worden. Darüber große Freude im radikalen Israel. Ueber ein Kleines, und die Standesherrn, Hofbeamten, Oberbürcaukraten, Domcapitulare und Genossen, welche das darmstädtische Herrenhaus bilden, werden, als die ächten und rechten Vertreter des hessischen Volksgeistes, von der „Demokratie" auf den Schild gehoben. Indessen auch von anderer Seite hat man Ursache, den Beschluß der darmstädtischen „Herren" und die denselben motivirenden Verhandlungen willkommen zu heißen, als neuen sprechenden Beweis der Kopflosigkeit derjenigen Opposition gegen die deutsche Zukunft, welche an den süddeutschen Höfen und in der dieselbe umgebenden Aristokratie ihren Sitz hat, und deren Hauptstärke, wie es scheint, in der Kunst besteht, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

— Im Fürstenthum Waldeck ist ein Regierungsvorschlag, der darauf hinauslief, die Souveränetät des kleinen Staats auf zehn Jahre an Preußen zu verpachten, von dem Landtage, und gewiß mit Recht, zurückgewiesen worden. Der Landtag verlangt, daß die Einverleibung des Fürstenthums in Preußen in aller Form ausgesprochen und ohne Umschweife vollzogen werde. Da die Regierung des Ländchens, wie man weiß, mit diesem Zwecke längst einverstanden ist, so werden die bisher in Berlin entgegenstehenden Bedenken durch jenen Landtagsbeschluß vielleicht beseitigt werden. Des guten Beispiels wegen wäre die Sache von Belang.

— Der Thurn- und Taxische Postunfug ist mit dem gestrigen Tage glücklich zum Lande hinausgekehrt worden. Ein noch anständigeres Inventarium stück kleinstaatlicher Wirthschaft dagegen liegt noch unangetastet in dem Sumpfe, der sich um dasselbe gesammelt, und es ist sogar neuerdings in der Berliner ministeriellen Presse die Rede von einer fernern „Conservirung" desselben auf eine neue Reihe von Jahren. Wir meinen natürlich die Spielhöllen, welche noch so manche unserer Badestädte verpesten. Durch das preußische Strafgesetz ist indessen glücklicher Weise dafür gesorgt, daß diesem Unwesen wenigstens in den dem preußischen Staate einverleibten Provinzen mit dem 1. Okt. dieses Jahres ein Ende gemacht werden wird, mit dem Tage, an welchem die Verfassung des Staates auch für die neuen Lande in Kraft tritt. Denn daß ein preußischer Minister, und heiße er Graf Lippe, einen Vorwand ausfindig machen sollte, um das Strafgesetz des Landes zu Gunsten der Spielbanken in Wiesbaden, Ems u. s. w. aus eigener Machtvollkommenheit zu suspendiren, liegt denn doch wohl nicht im Bereiche der Möglichkeit, und daß sich der preußische Landtag niemals bis zur Zustimmung zu einer solchen Maßregel erniedrigen wird, ist über jeden Zweifel hinaus gewiß. Nachdem Preußen auch sein neues Gebiet von diesem Schandfleck gereinigt, bleiben dann noch Baden und Hessen die letzten Zufluchtsstätten der mörderischen Industrie des grünen Tisches.

— Die Hinrichtung des Kaisers Maximilian erregt die allgemeine menschliche Theilnahme um so mehr, je unerwarteter, nach den Nachrichten der letzten Tage, sie war. Wenn aber die öffentliche Meinung Europa's die Mexikaner einer nutzlosen Grausamkeit schuldig spricht, so haben wenigstens Diejenigen kein Recht in dieses Urtheil einzustimmen, welche selber gewohnt sind, ihre auf dem Schlachtfelde besiegten politischen Gegner mit Pulver und Blei, mit Beil und Strick zu behandeln und deren etwaige „Gnade" nicht weiter reicht, als bis zum — Zuchthause.

Letzter Landtagsbrief.

Berlin, 30. Juni. Der Schluß der außerordentlichen Session des Landtages durch den Finanzminister, Frhrn. v. d. Heydt, ging am 24. d. in stiller Gemüthlichkeit, fast wie im Familienkreise, vor sich. Zwar war der prächtige weiße Saal im Schlosse, wie immer, der Schauplatz der Ceremonie; aber ein verhangener Thronsessel, keine Staffage von königlichen Prinzen und anderen General-Offizieren, die Minister in kleiner, die spärlich erschienenen Landtagsmitglieder in gar keiner Uniform, — das genügt, um das politische Interesse der Damen des Hofes und der Diplomatie zu ersticken und die sonst mit glänzenden Toiletten gefüllten Tribünen mit leeren Gespensterangen in den weißen Saal herabblicken zu lassen. So kühn und trotzig auch Hr. v. Roon, so lächelnd Graf Lippe und so leidend und gelangweilt Graf Eulenburg dreinschauen, — die Minister haben in Abwesenheit ihres Hauptes keine genügende Anziehungskraft für das schaulustige Publikum; und daß irgend ein Schriftstück durch

Digitized by Google

das Organ und den Vortrag des listig blinzelnden Finanzministers an Interesse gewonnen hätte, das hat auch noch Niemand zu behaupten sich unterfangen. —

Die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses war ohne Interesse; eine an sich wichtige, aber schon mehrmals ausführlich erörterte Petition um zeitgemäße Erhöhung der Entschädigung für Einquartierungslasten u. dgl. wurde abermals, mit allerlei schätzbarem Material, der Staatsregierung überwiesen, die, nach der neulichen Antwort des Ministers des Innern auf eine Interpellation des Abg. v. Bonin, über ähnliche Dinge schon lange eifrig auf Abhilfe sinnt und fernerhin sinnen wird, so weit es ihre anderweitigen umfangreichen Organisations-Arbeiten ihr gestatten. Beschieden wird sicher etwas, wie es das Haus bereits seit Jahren beantragt; aber — es muß ja nicht sogleich sein. Die Militärlast des Landes erleichtern, das will gründlichst erwogen sein, wie sehr man auch von der Nothwendigkeit überzeugt ist. —

Der Kern des Herrenhauses, die Vertretung des kleinen Adels, bewies dagegen durch die letzte Sitzung, wie sehr man ihr Unrecht durch die Voraussetzung thut, sie gebe sich nicht mit Eifer dem Studium des parlamentarischen Lebens hin und sie verschmähe die Anwendung parlamentarischer Kniffe und Chikanen, wenn sie durch dieselben irgend einen Standesvortheil erlangen zu können glaubt. Die norddeutsche Bundesverfassung wurde, ohne Verhandlung und mit sichtlicher Resignation, in zweiter Lesung wiederum einstimmig angenommen; ebenso eine ganze Reihe kleiner Steuergesetze. Nun blieb noch der Lasker'sche Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen für Hypothekarforderungen zur Behandlung übrig; es war 12 Uhr Mittags und es wurde eine königl. Botschaft verlesen, welche die Herren auf 3 Uhr in den weißen Saal beschied. Das Gesetz, welches auch die Regierung entschieden befürwortete, gradezu verwerfen, das schien den Herren doch zu offen den Bedürfnissen des Landes in's Gesicht schlagen, und das hätte ihnen bei den Wahlen zu sehr schaden können. Sie hatten also beschlossen, das Gesetz durch Verhinderung einer Abstimmung „wegen Mangels an Zeit" nicht zu Stande kommen zu lassen; das läßt sich schon eher wieder vertuschen. Sprach also zuerst der Berichterstatter, Herr von Daniels, eine und eine halbe Stunde, unter lauten und immer lauteren Ausbrüchen der Verzweiflung der Minorität, die er unerhört fand, die aber Jedermann begreift, den sein Unstern einmal in den trüben Strom einer Danielsschen Rede geworfen hat. Ihm folgte Hr. v. Meding, ein durch Heirath in einen destillirenden Großgrundbesitzer verwandelter und dafür gradeliter Candidat der Theologie, der unter dem Versprechen, sehr kurz zu sein, wiederum eine geschlagene Stunde schwatzte. Nun beantragte der frühere Justizminister, v. Bernuth, den Schluß der Debatte, und der Handelsminister, Graf v. Itzenplitz, bat dringend, das Haus möge sich doch so oder so entscheiden. Aber mit höhnischem Lächeln erklärte Kleist-Retzow, einer solchen „Unaufrichtigkeit" werde sich das hohe Haus nie schuldig machen, und Senfft-Pilsach warnte vor allen weiteren Schlußanträgen, unter Androhung einer zweiten, noch furchtbareren Rede seines verehrten Freundes Daniels, an dessen Fähigkeit, die noch übrige Zeit mit endlosen Worten auszufüllen, Niemand zweifeln werde. Und der Zeiger der Uhr rückte weiter und weiter; der Präsident schloß die Sitzung, um den Herren Zeit zur Toilette zu gewähren, — und das für den bürgerlichen und bäuerlichen Grundbesitz so dringend nöthige Gesetz wurde nochmals unter den Vorurtheilen des Junkerthums begraben! Auf die öffentliche Meinung braucht das Herrenhaus freilich keine Rücksicht zu nehmen, weil deren Urtheil über dasselbe längst festgestellt ist; aber es wird auch faktisch durch seine Praktiken nichts erreichen, als einen kurzen Aufschub. Die Regierung wird, den offiziösen Blättern zufolge, das Gesetz dem norddeutschen Reichstage vorlegen lassen, zu dessen Kompetenz diese Angelegenheit gehört. Vielleicht wird der große praktische Vorzug der Bundesverfassung, welche kein hemmendes Herrenhaus kennt, bei dieser Gelegenheit auch Manchen in die Augen springen, die bisher in die thörichst übertriebenen Deklamationen gegen dieselbe eingestimmt haben. Konstatiren will ich wenigstens, ohne indessen irgend eine Bürgschaft für die Zukunft zu übernehmen, daß die „Volkszeitung" bis jetzt in jener Absicht der Regierung noch keine Veranlassung zu einem neuen Dutzend von Leitartikeln über die Gemeingefährlichkeit der Bundesverfassung gefunden hat. Und das will etwas heißen! Denn sie sieht so mißtrauisch, wie die eingefleischtesten Partikularisten, auf jede Beschränkung der Kompetenz des Abgeordnetenhauses durch die des Reichstages, selbst wenn der Bundesstaat, den sie ja anzustreben behauptet, eine solche auch dringend gebietet; und wenn die Thronrede dem Landtage für den „Verzicht auf einen Theil seiner bisherigen Rechte", ohne welchen eben jedes Bundesverhältniß eine Unmöglichkeit ist, dankt, so läßt sie das mit fetter Schrift drucken und begleitet es mit triumphirenden Anrufungszeichen, damit das Volk endlich die Richtigkeit ihrer täglich wiederholten Behauptung anerkenne, daß die Nationalsliberalen alle konstitutionellen Rechte schändlicher Weise preisgegeben haben. —

Die Thronrede beschäftigt sich nur mit der „nationalen Entwickelung Deutschlands, der durch die (nunmehr bereits publizirte) Bundesverfassung der neue Boden bereitet sei." Sie weiß zuversichtlich auf die „nationale Gemeinschaft hin, welche zum Schutz des deutschen Gebietes bereits geschlert war und welche nun auch auf das wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes ausgedehnt werden soll," was seitdem durch die Beseitigung des bayerischen Widerstrebens gegen den Zutritt zu dem Vertrage vom 4. Juni wegen Erneuerung des Zollvereins bereits geschehen ist. Sie freut sich der Erhaltung des Friedens, rühmt die „vertrauensvollen Beziehungen zwischen dem Könige und den Monarchen mächtiger Nachbarstaaten, die der allseitigen Zuversicht auf die Dauer des Friedens ein gewichtiges Unterpfand gewähren, und versichert, „daß der Wunsch und das Streben der Regierung fort und fort darauf gerichtet sein werde, die Bedeutung und die Macht des neugekräftigten Staatswesens vornehmlich in der Sicherung der Segnungen des Friedens zu bewähren."

Mit diesen Wünschen und Bestrebungen ist das Volk, sehr kleine Kreise ausgenommen, durchaus einverstanden; und sehr Viele, aber bei weitem nicht Alle, theilen auch die zuversichtliche Hoffnung der Thronrede auf Erhaltung des Friedens, seit man überall unter der Hand versichern hört, daß unsere Staatsmänner und Generale in Paris die feste Ueberzeugung von der Friedensliebe des Kaisers gewonnen haben. An letzterer zweifle ich auch nicht, gleichviel, ob sie in höherer Einsicht und in größerer Gereiztheit gegen andere Nationen, als sie der Masse der Franzosen eigen ist, oder in dem Gefühl körperlicher Unfähigkeit zu neuen Feldzügen ihren Grund hat. Aber die Sprache der tonangebenden Blätter in Frankreich gegen Preußen ist für diese Hoffnungen keineswegs ermuthigende, und man muß sich leider gestehen, daß der Widerstand der „Entschiedenen" in Süd und Nord gegen die beginnende deutsche Einheit, und namentlich die Art ihrer Kritik, die anmaßenden Ansprüche des Auslandes mindestens — nicht entmuthigt hat. In den Spalten eines kaiserlichen Hofjournals wird der Prager Frieden, mit seinen Bestimmungen über die Rückgabe der nördlichen Distrikte Schleswigs, bereits in einer Weise zugerichtet, daß die Waare alle Tage als neuer europäischer Konflikt auf den Markt geworfen werden kann, wenn der Reid über die stetig fortschreitende Einheit Deutschlands die Franzosen nicht mehr schlafen läßt. Daß die Dänen jede Garantie für die deutsche Nationalität verweigern, die Preußen vor der Abtretung fordern muß, wenn nicht schmachvoller Weise abermals deutsche Männer der dänischen Brutalität schutzlos überliefert werden sollen; daß sie in halsstarriger Verblendung auf der Rückgabe von Düppel und Alsen bestehen und lieber einstwellen auf Alles verzichten, bis der europäische Krieg, den das Welfenblatt in Paris schürt, ihre und andere Wünsche krönt, — das Alles wird von dem kaiserlichen Hofjournal vollständig ignorirt. Es versichert, daß die Preußen die Gesetze der Humanität und die dänische Nationalität mit Füßen treten, — und es kann sich dafür leider

Digitized by Google

auf das „Weltblatt am Rhein" berufen, welches in seiner Wuth über die noch immer nicht erfolgte Auslieferung Nordschleswigs die furchtbaren Bedrückungen der Dänen daselbst mit so grellen Farben malt, daß die Thaten Davoust's in Hamburg wie eine harmlose Idylle daneben erscheinen, so grimmig es auch sonst die Enthüllung büreaukratischer oder militärischer Uebergriffe in den neuen Provinzen, als einen groben Verstoß gegen den Patriotismus, angreift. Ueber jene Phrasen des französischen Hofjournals könnte man sich hinwegsetzen, so schwer es auch bei den altbekannten Preßverhältnissen in Frankreich ist, sie als die unvermeidlichen Ausflüsse der Preßfreiheit zu betrachten. Sollte aber die kaiserliche Regierung jemals Miene machen, zur Bethätigung der ihr zugesprochenen Befugniß, „die Ausführung des von ihm diktirten Friedens zu überwachen, um Europa vor neuen Streitigkeiten zu bewahren", so würde Deutschland doch nicht umhin können, sich mit dieser unleidlichen Anmaßung gründlich auseinander zu setzen. Sehr bezeichnend ist die schweigsame Zurückhaltung Oesterreichs, welches doch zunächst allein das Recht hat, sich über etwaige Nichtausführung des Prager Friedens zu beschweren. Daß dieselbe nur durch die Schwierigkeiten der inneren Organisationsfrage bedingt sei, scheint bei der Natur des Frhrn. v. Beust nicht sehr wahrscheinlich. Uebrigens sehen unsere offiziösen Blätter mit nicht allzu großem Behagen auf dessen konstitutionellen Anlauf hin, und wenn sie auch nicht so entschieden sich über die umfassende Amnestie, „durch die sich die Dynastie in's Unrecht setzt", und über die Belobung der Revolution von Staats wegen, lamentiren, wie die Organe des orthodoxen Junkerthume, so ist doch ihre plötzliche Bewunderung für die großen staatsmännischen Qualitäten Beust's ebenso plötzlich wieder verschwunden. Charakteristisch ist es, daß die liberalen Führer in Oesterreich, allem Anschein nach, die Politik des Hrn. v. Beust mit viel kritischerem Auge verfolgen, als unsere „Entschiedenen", die sich in der „Volkstg." aus dessen reinem Konstitutionalismus bereits eine furchtbare Waffe gegen den Cäsarismus des Nordbunds schnitzeln. —

Graf Lippe bleibt dem Lande abermals erhalten. Im Ministerrath soll man ihm zwar offen erklärt haben, daß seine Unpopularität für das Ministerium sehr hinderlich sei; aber er konnte sich ja bei der Erklärung, daß er nur zurücktreten werde, wenn er das Vertrauen des Königs verloren habe, auf dessen frühere Interpretation der Verfassung beziehen. Sein Entlassungsgesuch wurde zurückgewiesen; das Vertrauen des Königs ist ihm erhalten, — und so geben denn die Dinge ihren Gang weiter — leider zur sichtlichen Befriedigung mancher „Entschiedenen", welche eine Niederlage der liberalen Partei leichter verschmerzen, als einen Erfolg der Angriffe der Nationalen bei dem Oberg'schen Konflikte. So hat denn das Obertribunal in den Prozessen wider die Abg. Twesten und Frenzel wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhause auf erhobene Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft die auf Grund des Art. 84 der Verfassung erfolgten freisprechenden Urtheile der unteren Gerichte vernichtet und die Sachen in die zweite Instanz zurückverwiesen. Ja, es hat überdies noch den Grundsatz ausgesprochen, daß wegen parlamentarischer Reden auch disziplinarisch eingeschritten werden könne, und so ist Twesten bereits im Disciplinarwege zu einer Geldstrafe von 100 Thlr. verurtheilt, und Lasker soll am dritten Juli vor den Schranken des Disciplinarhofes erscheinen, der sich durch den Volksjubel draußen über den verjährigen Sieg in seiner schweren Pflicht nicht irre machen läßt. Der Justizminister und das Obertribunal wollen der parlamentarischen Redefreiheit ihr Königsgrab bereiten. In selbstgeschaffenen Hindernissen ist die preußische Staatskunst leider Gottes von jeher sehr erfinderisch gewesen. —

Auch die Nationalen haben nun ihr Wahlcomité (Unruh, Hennig, Twesten u. a.) eingesetzt. Die „Volksztg." bleibt bei ihrem ceterum censeo, daß kein Nationaler gewählt werden dürfe, unter dem Motto: „Keine Programme, sondern Charaktere!" Doch scheinen die Wahlkreise immer weniger Geschmack an der Berliner Verbissenheit zu finden.

Die Zukunft der Kleinstaaten.

Es entspricht sicherlich dem allgemeinen Wunsche, wenn Preußen bei der finanziellen Abfindung der entthronten Fürsten nicht knickert. Deutschland ist reich genug, ihnen ihr Ersatzburtsrecht nachträglich abzukaufen, obwohl sie, solange ihr Wille galt, von einem solchen Handel zu Gunsten der nationalen Staatseinheit ihrerseits nichts wissen wollten. Aber diese Freigebigkeit hat auch ihre Grenzen. Wenn der ehemalige König von Hannover Freischaaren gegen Deutschland anwirbt und in Paris preußenfeindliche Blätter erscheinen läßt, oder subventionirt, so wäre es denn doch mehr als gedankenlose Gutmüthigkeit, ihm diese Art von Ausgaben durch irgend einen Grad von Großmuth zu erleichtern. Gleich vorsichtig muß man sein bei der Ausgabung eines Theils der zuerkannten Rente in der Gestalt festliegenden Capitals, d. h. hauptsächlich Grundeigenthums. Irgendwo in Altpreußen hätte dies zwar geringe Bedenken. Es wäre auch weniger dagegen einzuwenden, wollte der Herzog von Nassau z. B. gern einige hannoversche Schlösser und Domänen, der König von Hannover herzoglich nassauische Güter übernehmen. Aber sie als große Grundbesitzer, vielleicht obendrein als große Industrielle in das Land zurückstehen zu lassen, das sie noch vor Kurzem souverän beherrscht haben, ist nicht ohne Gefahr, wenn dieselbe auch weniger das Gefüge des preußischen Staates, als die Ruhe Einzelner bedroht. Der Entwicklung solcher Gegensätze und Wühlereien vorzubeugen, wie sie daraus vorauszichtlich entstehen würden, ist eine unzweifelhafte Pflicht der Staatsgewalt gegen ihre Angehörigen und sich selbst. Kann sie daher nicht ganz umhin, Zugeständnisse dieses Inhaltes zu machen, so müssen dieselben knapp und vorsichtig bemessen sein. Bei der Feststellung der Gesammtsumme muß in Betracht kommen, daß der bloße große Edelmann eine Menge Anstands- und Nothwendigkeits-Ausgaben nicht zu machen braucht, denen auch der unbedeutendste Souverän sich nicht füglich entziehen kann, und daß andererseits die Civilliste des preußischen Hofes wahrscheinlich erhöht werden muß, um den gesteigerten Ansprüchen aus einem vergrößerten Staatsgebiet und der neuen Würde eines Oberhauptes des Norddeutschen Bundes zu genügen.

Eine gleichartige finanzielle Differenz, nicht diplomatische Bedenken, sollen Preußen bisher verhindert haben, auf das Anerbieten der Mediatisirung des Fürstenthums Waldeck einzugehen. Es ist also Hoffnung vorhanden, daß man mit dem Fürsten schließlich noch handelseins werde. Die Finanzlage des Fürstenthums läßt kaum eine andere Wahl offen. Geht es doch Kleinstaaten von weit vornehmerem Range nicht besser! Eben hat der Abgeordnete des Herzogthums Koburg zum norddeutschen Reichstag eine lehrreiche kleine Schrift veröffentlicht, welche bis auf den Thaler nachweist, daß sein Heimathland finanziell und wirthschaftlich so gut wie zu Grunde gehen muß, wenn Preußen es nicht in seinen Mutterschooß aufnimmt, und daß auch die Verschmelzung der Herzogthümer Koburg und Gotha, in welcher die Regierung auch ein Auskunftsmittel zu sehen scheint, das Defizit lange nicht zu decken verspricht, mit welchem die vermehrte Militärlast droht. Die Militärlast betrug für Koburg (44,000 Einwohner) bisher etwa 45,000 Gulden; fortan wird sie — wenigstens definitiv — 173,000 Gulden betragen, oder fast das Vierfache! Die thüringischen Staaten haben allerdings niemals auch nur denjenigen geringen Anforderungen völlig entsprochen, die der selige deutsche Bund stellte. Oldenburg aber hat diesen Anforderungen vollständig genügt, und doch hebt auch seine Militärlast sich gerade auf das Doppelte. Dazu soll es nun in Folge des neuen Zollvertrags mit den süddeutschen Staaten sein Präcipuum verlieren, und es kann noch von Glück sagen, wenn es hinsichtlich der Militärlast ähnliche Uebergangserleichterungen erlangt, wie Weimar und Lübeck.

So bricht das Schicksal schwer und düster über unsere Kleinfürstentümer herein! Möchte allenthalben frische Entschlußkraft genug vorhanden sein, um sich dem Verkommen in einem unhaltbar gewordenen Zustande rechtzeitig zu ent-

Digitized by Google

ziehen. Wenn die Nation im Großen und Ganzen auf der geöffneten neuen Bahn raschen Schrittes vorwärtsschreiten soll, so darf auch nicht in verborgenen Winkeln eine Stagnation sich erzeugen, welche die Lebenskraft angreift. Der Fortschritt muß allgemein und stätig sein. Bis jetzt freilich spielt beinahe alles in Deutschland noch den Zuschauer der über uns hereingebrochenen außerordentlichen Geschicke, anstatt sich einer der übrigen Schauspielerrollen zu bemächtigen — den behaglichen oder mürrischen, zischenden oder Beifall klatschenden Zuschauer, je nach der Lage und Gemüthsart, aber immer doch nur den Zuschauer. Es ist beinahe, als habe die Wahrnehmung der ungewöhnlichen Thatkraft und Wirksamkeit Eines Mannes die Masse der anderen selbst ihrer gewöhnlichen mäßigen Thatkraft beraubt. Starres und stumpfes Hinnehmen der Ereignisse ist leider die allgemeine Regel. Von einer sicheren Orientirung in den veränderten Zuständen, rascher Umwandlung der Programme und Ideale nach diesem Maßstabe, und entschlossener Benutzung der vor den Füßen liegenden mannigfaltigen Mittel, dieselben zu verwirklichen, sehen wir kaum eine Spur. Der Geist scheint gänzlich erloschen, der in früheren Perioden doch wenigstens einige der Kleinstaaten immer über die Sphäre bloß vegetirender Mittelmäßigkeit hinaushob. Regierungen und Volksvertretungen lassen, soviel man bis jetzt erkennt, Alles an sich kommen, stimmen dann entweder halb widerwillig zu, oder wohren ohne rechte Zuversicht ab, — aber die eigentliche Action erwartet alle Welt stillschweigends, ohne es meist zu wünschen, von dem einen und alleinigen Mittelpunkt alles Handelns her. Das ist ein böser Bann, den die Donner der Schlachten des vorigen Sommers auf das regsame vielgestaltige Deutschland gelegt haben, und bringend zu hoffen, daß er bald der von früher her gewohnten frischen Beweglichkeit Platz mache. Freiheit und Wohlfahrt der Nation, die nothwendige Macht des Ganzen und die wünschenswerthe Selbstständigkeit der Theile sind gleichmäßig dabei interessirt, daß Jeder an seinem Platze aus der Lethargie des Zuschauens und Nichtsthuns zu kraftvollem entschlossenem Mithandeln übergehe. (Bremer Handelsblatt.)

Die Unione Liberale in Bologna.

L Der zweimalige Adressen-Wechsel zwischen dem Nationalverein und der Unione Liberale in Bologna wird es manchem Leser wünschenswerth machen, über die letztere etwas Näheres zu hören. Das eben erschienene zweite Heft ihrer Actenstücke liefert dafür den Stoff.

Entstanden vor nicht viel länger als einem Jahre, hat die Unione Liberale sich ohne Zeitverlust mitten in die Action gestürzt. Die erste Adresse an den Nationalverein, während des deutsch-italienischen Befreiungskrieges gegen Oesterreich erlassen, war beinahe ihr erstes Lebenszeichen überhaupt. Dann schlug sie sich auf die Seite Derjenigen, welche feurig dagegen protestirten, daß Italien sich durch die freiwillige Räumung Venetiens von seinen Bundesgenossen im Norden verrätherischer Weise trennen lasse. Damit legitimirte sie sich gewissermaßen nachträglich für den Schritt, den sie einige Wochen früher beim Nationalverein gethan hatte. Um so unbedenklicher konnte dieser in der bald darauf folgenden Antwort auf ihre Gedanken eingehen. Die Antwort, von Herrn v. Bennigsen unterzeichnet, gab der Unione dann von Neuem Gelegenheit, in der italienischen Presse auf die so wichtigen nationalen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien hinzuweisen.

Im Uebrigen wurde der Rest des Jahres ihrerseits mit einer anderen Gattung von Aufgaben hingebracht. Die Unione Liberale ergriff, trotz ihrer Jugend, die Initiative, um die Kreis- und Gemeindewahlen in Bologna und der Nachbarschaft auf bewährte patriotische Freiheitsfreunde fallen zu machen; gerade so wie es in diesen Frühjahre hinsichtlich der Parlamentswahlen that. Ferner lieh sie den von Faenza ausgehenden Versuchen, das Genossenschaftswesen auch in Bologna einzubürgern, die rücksichtslosefte und wirksamste Unterstützung. In dem darauf hinzielenden Bericht des Secretärs, Ferdinand Berti, findet Schulze-Delitzsch wiederholt die höchste Anerkennung, — eine höhere fast, als seine Landsleute, aus einer Art von herkömmlicher nationaler Bescheidenheit, ihm einstweilen noch zuzusprechen wagen.

Um die Zeit der Jahreswende richtete die Unione Liberale ein Trost- und Ermuthigungs-Schreiben an das Comitato Nazionale Romano, d. h. mittelbar an die Römer im Allgemeinen. Da Bologna feinerseits noch nicht lange vom Joche der Priesterherrschaft befreit ist, so mußte ein Zuruf von dorther in Rom besonders willkommen sein. Eine weitere Veranlassung, gegen das Priester-Regiment Zeugniß abzulegen, ergab sich durch das sogenannte Project Langrand-Dumoncau, betreffs der Kirchengüter. Die Unione Liberale protestirte lebhaft gegen dem damit gleichzeitig vorgelegten, später zurückgezogenen Gesetzentwurf der Regierung. Hier zeigte sie sich ganz vom echten Geiste des Jahrhunderts erfüllt. Sie will nichts von einer Staatskirche, oder überhaupt von Bevorzugung der einen Confession vor der andern wissen; Staat und Kirche sollen unbedingt getrennt sein. Wenn man diesen Protest liest, so begreift man, wie es kommt, daß die Männer von Bologna sich so vorzugsweise zu den deutschen Vaterlandsfreunden hingezogen fühlen.

Die zweite Adresse an den Nationalverein, sammt dem dieselbe motivirenden Bericht des Secretärs, und die Antwort, welche der Vorstand des Nationalvereins am 16. April von Berlin aus auf dieselbe ertheilt hat, machen den Schluß des Heftes aus. Den Anlaß zu dieser zweiten Adresse gab bekanntlich der der liberalen Nationalpartei nicht ganz ungünstige Ausfall der Reichstagswahlen ab. Der eigentliche Zweck aber war, wie Berti in dem motivirenden Bericht dargelegt: in einem Augenblick gefahrvoller Spannung aus dem Schooße der lateinischen Race ein wohlgemeintes öffentliches Wort an einen Vertreter der germanischen Race gelangen zu lassen. Die Antwort hat diesen Gedanken aufgegriffen und die Gelegenheit benutzt, um an die lateinische Race insgemein einige wohl nicht unzeitgemäße Betrachtungen über die verhängnißvolle Gemüthsart ihres Hauptvolkes, des französischen Volkes, zu richten. Für den Augenblick scheint die Gefahr eines feindseligen Ausbruchs nun überstanden. Aber da sie noch immer jedes Jahr, zu jedes Vierteljahr wiederkehren kann, so möchte es gerathen sein, darauf zu denken, wie man die und durchschnittlich wohlgesinnten Italiener immer noch mehr von dem einseitigen Einfluß der französischen Literatur und Presse emancipire, welcher Manchen von ihnen z. B. in den Kopf gesetzt hat, die Nationalität und Sympathie der deutschen Rheinlande sei in der That nicht ganz zweifelloser Natur.

Rom und die Inquisition.

Der Papst ist im Begriffe, einen Mordgesellen Torquemada's heilig zu sprechen. Das öffentliche Gewissen der europäischen Welt empört sich über einen solchen Frevel gegen die menschliche Moral und die menschliche Vernunft. Aber es fehlt dem Vatikan nicht an schamlosen Advokaten, welche nicht blos der Herausforderung zustimmen, die man von Rom aus dem Jahrhundert ins Gesicht wirft, sondern auch bei dieser Gelegenheit das scheußlichste Henkerswerk, durch das die Geschichte jemals geschändet worden ist, die Inquisition vertheidigen, rechtfertigen, lobpreisen. Solche Rede verlangt Gegenrede. Unter der oben gegebenen Ueberschrift gibt die „Allg. Zeitung" zu diesem Zwecke eine Reihe von Artikeln, die aus sachkundiger Feder stammen und denen wir die nachstehende Selbstcharakteristik der Inquisition, gezwungen mit den eigenen Worten ihrer Gesetzgeber und Oberhäupter, entlehnen.

An dem päpstlichen Hof zu Avignon verfaßte im Jahr 1376 der Dominicaner und Inquisitor Eymerich sein wohlgeordnetes „Directorium" als ein Hand- und Lehrbuch für seine Amtsgenossen. Dieses Werk wurde von da an stets als der zuverlässigste Rathgeber und Führer in Sachen der Inquisition betrachtet, am 1580 von dem spanischen Theologen Pena, der das besondere Vertrauen Philipps II. genoß, mit einem lehrreichen Commentar vermehrt, in Rom abermals herausgegeben, und Gregor XIII. gewidmet. Hier findet sich nun eine reichhaltige Sammlung päpstlicher Bullen, auf deren Bestimmungen der ganze Bau der Inquisition aufgeführt ist.

Digitized by Google

Wir entnehmen das Nachfolgende vorzugsweise den genannten Autoren Emmerich und Pena.

Ein so außerordentliches Institut, wie die Inquisition, das unerhört in der ganzen Geschichte dasteht, kann nur verstanden werden, wenn man es als die kühnste und konsequenteste Verwirklichung der neugeschaffenen Theorie betrachtet, wonach der Papst, als Stellvertreter Gottes, die Fülle der Gewalt über die ganze christliche Welt besitzt, und unumschränkter Herr der Seelen sowohl, als der Leiber aller Derer ist, die durch die Taufe für immer und unwiderruflich seine Unterthanen geworden sind. Nur daraus erklärt es sich, wie nach der Inquisitionsgesetzgebung jedes menschliche Recht und Gesetz, jedes natürliche Band vor den höhern Forderungen des Gottesgerichts zurücktreten mußte, wie man es Söhnen und Töchtern zur Gewissenspflicht machen konnte, ihre eigenen Väter und Mütter der Inquisition zu denuncciren, selbst mit der Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit, daß in Folge dessen Folter und Scheiterhaufen das Loos derselben sein würden. Man nannte dieß „das Interesse des Glaubens“ (favor fidei), und es sind ganze Bücher über die „Singularitäten“ des Inquisitionsrechts und die Abweichungen desselben von allen sonst geltenden Regeln menschlicher Gerechtigkeit und Billigkeit geschrieben worden (z. B. das Werk des Inquisitors de Royas: „Singularia juris in favorem fidei, Venet 1553“).

Wie die Inquisitionen selbst, so geht auch jedes Statut und jeder Act derselben vom Papst aus, oder führt auf ihn als einzige Autorität und Quelle zurück. Was die Inquisitoren von Amtswegen thun, das thun sie als päpstliche Bevollmächtigte, und es gilt, wie wenn es der Papst selbst gethan hätte. Emmerich baut deßhalb auch sein System ganz auf die Bulle „Unam sanctam“ Bonifaz' VIII., welche am bestimmtesten und vollständigsten ausgesprochen hat, daß es eine nothwendige Bedingung für die Seligkeit der menschlichen Creatur sei, dem Papst, wie in geistlichen, so auch in weltlichen Dingen unterworfen zu sein und von ihm gerichtet zu werden. Dem Papst, erklärte Bonifaz, sind beide Schwerter gegeben, und das weltliche Schwert muß nach seinem Befehl und Rechtsspruch gezückt werden; denn die zwei Gewalten, die geistliche und die irdische, wären nicht geordnet, wenn nicht diese unter jener stände, und demnach beide in einer Hand wären. Gemäß dieser Anschauung legten sich damals die Päpste das Recht bei, in Fällen des Ungehorsams gegen ihre Befehle alle bürgerlichen Bande zu zerreißen, freie Personen, ja ganze Bevölkerungen, zur Sklaverei zu verdammen, wie z. B. Clemens V. an den Venetianern im Jahre 1309 gethan. Kraft derselben Theorie konnte Clemens IV. im Jahre 1265 festsetzen, daß, falls der König von Neapel und Sicilien die Termine des von ihm an den Papst zu zahlenden Tributs nicht einhalte, sein ganzes Reich dem Interdict verfallen, also wegen eines etwaigen Geldmangels in der königlichen Casse 6 bis 7 Millionen Christen des Gottesdienstes und der Sacramente beraubt werden sollten.

Zwei Anweisungen sind es, welche sich in den zahlreichen Zuschriften der Päpste an die Inquisitoren immer wiederholen: erstens, daß sie ihr gerichtliches Verfahren einfach, ohne die Oeffentlichkeit und Umständlichkeit der civilgerichtlichen Procedur, d. h. ohne die zum Schutze der Angeklagten eingeführten Formalitäten, einrichten, und zweitens, daß sie mit großer Strenge verfahren sollten. Ueberall wo die Inquisition ihre Thätigkeit eröffnete, wurde zuerst das päpstliche Gesetz verkündigt, welches Jeden, bei Strafe des Bannes, verpflichtete, was er von Ketzereien oder ketzerischen Handlungen oder Anzeichen wüßte, innerhalb einer bestimmten kurzen Frist anzuzeigen. Diese Verpflichtung war allgemein und unbedingt, galt selbst gegen Eid oder gegebenes Versprechen; kein menschliches Band, weder Ehe, noch Blutsverwandtschaft, noch die moralische Verbindlichkeit der Dankbarkeit, befreite davon. Ja, wer Häretisches, das er bei Jemandem wahrgenommen, nicht zur Anzeige brachte, der sollte selber als Häretiker behandelt werden, und unter die Kategorie des Häretischen gehörte Alles, was immer die Rechtgläubigkeit eines Menschen zu verdächtigen schien: Worte, Thaten, selbst jede Abweichung von dem gewöhnlichen Treiben der großen Menge, wie schon Innocenz III. erklärt hatte. Dagegen waren Abläße allen Denen ausgesetzt, welche zur Denunciation, Ergreifung, Verurtheilung u. s. w. eines Häretikers beigetragen hatten.

Dem zur Anzeige sich Meldenden rieth man, nicht als förmlicher Ankläger aufzutreten, da er damit einer schweren Verantwortlichkeit sich unterziehen und der feierliche Gang des accusatorischen Processes eingehalten werden würde, sondern sich auf die Denunciation zu beschränken, in welchem Fall nicht einmal sein Name den Angeschuldigten genannt wurde, und er für das rein inquisitorische Verfahren nichts weiter mehr zu thun hatte. Das Gericht konnte indeß, auch ohne Denunciation, auf bloßes Gerücht hin sich der Person bemächtigen und gegen sie inquiriren. Noch weiter ging die Abweichung von jedem sonst für rechtlich und zulässig geltenden Verfahren bezüglich der Zeugen; denn „im Interesse des Glaubens“ ließ die Inquisition Belastungszeugen zu, die sonst von jedem geistlichen und weltlichen Gerichtshof zurückgewiesen werden mußten: Grommunicirte, Meineidige, Wucherische, mit bürgerlicher Infamie Belegte, feile Dirnen, Verbrecher aller Art. Es gab keinen Grad von Schande und Nichtswürdigkeit, der die Aussage gegen einen der Häresie irgendwie Verdächtigen entkräftet hätte. Wenn ein früher entlasteter Zeuge sich später selbst des Meineids und falschen Zeugnisses beschuldigen und nun, um seine Aussage zum Nachtheil des in der Inquisition Befindlichen zu ändern, nochmals schwören wollte, so wurde er zum Eid und zur zweiten Aussage zugelassen. Wer selber der Häresie verdächtigt oder angeklagt war, konnte zwar nicht zu Gunsten, wohl aber zur Belastung eines Andern aussagen. So war es auch mit Gatten, Kindern, Blutsverwandten, Hausgesinde; alle diese wurden nur zugelassen, wenn sie etwas, was zur Verurtheilung dienen konnte, auszusagen hatten. Dabei reichten schon zwei Zeugen zur Verurtheilung eines Menschen hin, und zur Anwendung der Folter genügte selbst ein einziger Zeuge nebst dem Gerücht, oder auch das Gerücht allein, ohne jeden Zeugen, bei Verdacht erregenden Indicien. Die Namen der Zeugen sollten den Angeklagten nicht genannt werden. Früher hieß es: wenn irgendein Nachtheil oder eine Gefahr für die Zeugen aus der Nennung ihrer Namen sich ergeben könnte, sollten sie verschwiegen werden; später aber, 1561, hat Pius IV diese Nennung schlechthin verboten. Natürlich fand daher auch keine Confrontation zwischen den Angeklagten und den Angebern oder Zeugen statt; vielmehr hatten die Inquisitoren Sorge zu tragen, daß der Beschuldigte auch die Zeugen nicht errathen konnte.

Wer sich schuldig bekannte, der verfiel, wenn er abschwur, einer Bußstrafe, welche immer hart und schimpflich war, und nach Umständen bis zu lebenslänglichem Kerker gesteigert wurde; denn dieß galt als eine Eigenthümlichkeit des kanonischen Rechts, daß die Kerker desselben möglichst peinlich waren; nur sollten sie nicht geradezu mörderisch sein. Wer bei seiner Ueberzeugung beharren zu wollen erklärte, wurde der weltlichen Behörde zur Hinrichtung übergeben. Jede Meinung, die der Inquisitor dem in seiner Gewalt Befindlichen als häretisch bezeichnete, mußte dieser sofort widerrufen; weigerte er sich dessen, so wurde er als hartnäckiger Häretiker behandelt. Auch der standhaft Läugnende, aber durch Zeugen Ueberführte wurde hingerichtet, weil man ihn den Unbußfertigen gleichstellen zu können glaubte.

Alle Sorgfalt des Inquisitors sollte darauf gerichtet sein, ein Geständniß von den Angeklagten zu erreichen. Cymerich entwickelt ein System der List, der Verstellung und des Betrugs, das der Inquisitor anwenden soll, um den läugnenden Angeklagten dahin zu bringen, daß er bekenne; er soll ihn durch scheinbare Vorspiegelungen, durch Versprechen von Gnade und Barmherzigkeit, die er ihm nachher nicht hält, verlocken; es wird ziemlich unverblümt, und mit Zurückweisung der Lehre des Aristoteles, hier gesagt: daß der Zweck die Mittel heilige (p. 3, 23 p. 435); und es wird darauf hingedeutet, daß alle Strafen, welche die Rettung der Seele des Häretikers bezwecken, eigentlich nur Gunstbezeugungen und Heilmittel, also selbst Gnade seien.

Digitized by Google

Blieben aber nun alle Mittel fruchtlos, war ein Angeklagter auch durch längere harte Kettenstrafe im Kerker nicht zum Geständniß zu bringen, oder gelang es den Inquisitoren, ihn durch fortgesetzte Befragungen in einen Widerspruch, oder Wechsel seiner Angaben zu verwickeln, dann wurde zur Folter geschritten.

Die Tortur war bei den Alten ein Product der Sklaverei, in der römischen Kaiserzeit wurde sie für einige Delicte (Majestätsbeleidigung, Vergiftung) auch auf Freie ausgedehnt. Aus dem römischen Recht war sie um das 13. Jahrhundert in den italienischen Städten zum Gebrauch gekommen. Aber die Kirche hatte sie bis dahin, als ein dem Geiste des Christenthums durchaus widerstreitendes, zugleich entwürdigendes und höchst trügerisches Mittel, abgewiesen; ein Geistlicher, der sich daran betheiligte, wurde irregulär (d. h. unfähig zur Verrichtung geistlicher Handlungen). So war es denn wieder Innocenz IV, der eigentliche Schöpfer der Inquisition, welcher auch den an unsiegen Folgen so unendlich reichen, fünf Jahrhunderte fortwirkenden Schritt that, den Apparat der Glaubensgerichte durch die Tortur zu erweitern und zu verstärken. Zwar waren es zunächst die weltlichen Behörden, welche, nach seiner Bulle vom Jahr 1252, auf Geheiß der Inquisitoren die Angeklagten durch die Folter zu Aussagen gegen sich und Andere zwingen sollten; aber in ganz kurzer Zeit bildete sich die Praxis, daß die Inquisitoren die peinliche Frage selber und direct anordneten, und schon Urban IV ermächtigte sie um 1263, sich deßhalb wechselseitig von der Irregularität zu entbinden. Hierauf bestätigte Clemens V (1311) diese Befugniß; die Folter unmittelbar anzuwenden; jedoch mit der Bedingung, daß der Bischof oder dessen Vicar zustimme. Eine der nächsten Folgen war, daß in Frankreich die bis dahin nicht gebräuchliche Folter aus den geistlichen Gerichtshöfen in die weltlichen überging. In Deutschland scheint es das aus Italien gekommene römische Recht, zugleich mit dem Ketzergericht, gewesen zu sein, was der Tortur allmälich, aber doch erst seit dem 14. Jahrhundert, in den Gerichtshöfen Eingang verschaffte. Nur England hielt sich, wie von der Inquisition, so auch von der Tortur frei.

Zu Eymerichs Zeit (1376) war man auf der abschüssigen Bahn schon so weit gekommen, daß den Inquisitoren gestattet war, die Folter, unter dem Namen einer Fortsetzung, auch noch an den folgenden Tagen zu wiederholen und zu steigern. Neben der Folter war es besonders das päpstliche Gesetz, daß Rückfällige nicht mehr zur Buße zugelassen, sondern zum Tode verurtheilt werden sollten, wodurch die Zahl der Hinrichtungen sehr gemehrt wurde. Rückfällig erschien aber Jeder, der entweder, wenn auch nur wegen Verdachts, schon einmal zur Abschwörung angehalten worden war, oder der mit seinem Compurgatoren den Reinigungseid geschworen hatte und nun einen neuen Fehltritt beging. Die Verurtheilten wurden hierauf dem weltlichen Arm ausgeliefert, und die Behörden und Fürsten waren, bei Strafe des Bannes, gezwungen, das geistliche Verdict sofort durch Verbrennung zu vollziehen. Nur zur Vermeidung der Irregularität pflegte man bei der Uebergabe eine Empfehlung zu milder Behandlung beizufügen. Hätte die Staatsbehörde diese Empfehlung ernstlich nehmen und den Verurtheilten das Leben schenken wollen, so wäre sie sofort in die auf Begünstigung der Häreste gesetzten Censuren verfallen, die im weiteren Verlauf den dringenden Verdacht häretischer Gesinnung begründeten. Ueber Schuld oder Unschuld der Verurtheilten hatte sich die weltliche Gerichtsbehörde jedes Urtheils zu enthalten; ihr blieb im Grunde nur das Amt des Scharfrichters übrig. Selbst noch im 17. Jahrhundert behauptete einer der berühmtesten Kanonisten, Pignatelli, daß, wenn die weltliche Autorität auch mit Gewißheit wisse, daß ein Urtheil ungerecht, oder wegen fehlerhafter Procedur nichtig sei, sie dasselbe dennoch unweigerlich vollziehen müsse (Consult. 162 p. 188, 189). Weitere, die Unnatur des ganzen Instituts offenbarende Züge waren es, daß man den zum Tode verurtheilten Rückfälligen Beichte und Communion bewilligte, so daß also dieselbe Person von dem einen Priester von allen Sünden losgesprochen und im Stande der göttlichen Gnade befindlich erklärt, von dem andern aber als todeswürdig verdammt wurde. Und wurde nun hierauf der Unglückliche zur Richtstätte geführt, so sollten ihn dahin fromme Personen, die mit ihm beteten, begleiten und bis zum letzten Athemzug umgeben, aber ausdrücklich wurde diesen eingeschärft, daß sie dabei Alles unterlassen möchten, an Reden und Handlungen, wodurch etwa der Moment seines Todes beschleunigt und seine Leiden abgekürzt werden konnten. Allen Gläubigen, welche diesem schrecklichen Schauspiel beiwohnten, wurden Ablässe ertheilt.

Mit der Verurtheilung zu lebenslänglichem Kerker oder zum Tode war stets auch Confiscation des ganzen Vermögens verbunden, und auf Weib und Kinder des der Inquisition Verfallenen wurde keine Rücksicht genommen; vielmehr sollten Kinder und Kindeskinder an der Strafe, die den Vater getroffen, auch noch darin theilnehmen, daß sie zu allen Aemtern und Beneficien als unfähig erklärt wurden. Mitleid mit der Nachkommenschaft eines Schuldigen, welche man auf den Bettel anwies, durfte diese Strenge nicht mildern, weil nach biblischem Wort an den Kindern die Sünden der Väter gerächt werden. Der Ertrag der Confiscation wurde zuerst zwischen der weltlichen Gewalt und der Inquisition zu gleichen Hälften getheilt; hierauf wurden drei Theile gemacht, von denen zwei der Inquisition zufielen. Und in der That waren die Ausgaben für die Gebäude, Gefängnisse, Einrichtungen und das zahlreiche Personal von Häschern und Richtern so groß, daß die Inquisition dringend umfassender Thätigkeit und stets neuer Denunciationen und Verurtheilungen bedurfte. Darum wurde nun auch das Verfahren auf längst Verstorbene ausgedehnt, deren Gebeine man ausgraben und verbrennen ließ, und deren Vermögen auch noch den Besitzern der dritten Hand entrissen wurde. Einige Kanonisten, wie Royas, Gomez und Feynus behaupteten: daß Kinder und Erben eines Häretikers erst nach einem Zeitraum von 40 Jahren in dem überkommenen Besitz unangetastet verbleiben könnten, vorausgesetzt, daß sie ihn während desselben in dem guten Glauben an die Rechtgläubigkeit des Erblassers behalten hätten. Sei ihnen aber innerhalb dieser Zeit bekannt geworden, daß derselbe ein Häretiker gewesen, so seien sie von da an als Besitzer mit schlechtem Glauben zu betrachten, und hätten darum die Inquisitoren die Befugniß, auch noch nach 40 Jahren sich der Güter des verstorbenen Häretikers zu bemächtigen. Aus dem oben angegebenen Grund, so viel als möglich finanziellen Ertrag von ihrer Thätigkeit zu ziehen, erstreckte sich auch die Beanatigung, welche einem Häretiker in Folge seiner Unterwerfung von Seiten der Inquisition zu Theil wurde, nicht auf sein Vermögen, welches confiscirt blieb. Fälle, in denen Unschuldige, in Folge falscher Zeugnisse, zum Tod verurtheilt wurden, konnten nicht ausbleiben, und es gab dagegen durchaus kein Mittel, da eine Appellation nicht stattfand. Das „Directorium" tröstet Diejenigen, welche in diese Lage geriethen, damit: daß sie sich dann als Martyrer betrachten und eigentlich darüber freuen könnten, für die Wahrheit zu sterben.

Die Tabaksteuer.

A. C. Erlangen, 25. Juni. Die in Stuttgart erscheinende „deutsche Vierteljahrsschrift" brachte im ersten Heft des Jahrgangs 1859 ein Votum über die Besteuerung des Tabaks. „Seit etwa sechs Jahren — heißt es hier — bewegt diese Angelegenheit die Zollvereinsregierungen und die Handelswelt und es kann durchaus nicht umgangen werden, sie in der nächsten Zeit zu erledigen. Bis jetzt sind aber die darauf Bezug habenden Anträge in den einzelnen Ständekammern noch zurückgelegt worden, weil nach regierungsseitiger Versicherung in sicherer Aussicht steht, daß durch den gesammten Zollverein eine allgemeine Tabaksteuer eingeführt werden soll. Daß im Schoße des Zollvereins derartige Anträge gestellt wurden, ist richtig! daß es aber räthlich ist, in den einzelnen Ländern das Resultat dieser Verhandlungen abzuwarten, das möchte um deswillen zu bezweifeln sein, weil einestheils ein solches Resultat im günstigsten Fall erst in einigen Jahren zu erwarten steht, und anderntheils es sehr problematisch ist, ob eine Einigung in darüber stattfinden wird, da bekanntlich das Veto eines einzelnen Staates genügt, die Wünsche aller übrigen zu beseitigen."

Man sieht daraus, daß es nicht ganz richtig ist, sondern vollständig falsch, wenn jetzt die gemeinsame Tabaksteuer als eine allerneueste diabolische Erfindung der Siemarckschen Politik geschildert wird, angesonnen, um den Beutel des norddeutschen Bundes auf süddeutsche Kosten zu füllen. Seit mindestens 14 oder 15 Jahren hat diese Frage die Zollvereinsregie-

rungen beschäftigt, selbstverständlich ohne Erfolg, so lange das Veto bestand. Eine süddeutsche Kammer — die letztendarmstädtische, wie in der angeführten Zeitschrift berichtet wird — hat schon in den fünfziger Jahren das Verlangen nach Einführung der Tabaksteuer ausgesprochen.

Daraus folgt zwar keineswegs, daß Jedermann verpflichtet wäre, diese Steuer gutzuheißen. Sobald sie zu irgend einer beträchtlichen Höhe gesteigert werden soll, stehen ihrer Einführung, wenn mag sie bei dem Tabakbauer, beim Fabrikanten, beim Kaufmann, oder sonstwo, nach dem Vorschlage der Vierteljahrsschrift, beim einzelnen Raucher ergehen wollen, starke Bedenken entgegen, ganz abgesehen von den konstitutionellen Einwendungen gegen eine Erhöhung der indirekten Auflagen und von den Verdammungsurtheil Sternenglanz, die sich in volkswirthschaftlichen Gründen bereits verwerfen. Doch also von den Einen die ganze Mostregel bekämpft, von den Andern über die Art ihrer Ausführung lebhaft gestritten wird, und daß sich besonders die vermeintlich oder wirklich zunächst getroffenen Tabakbauer mit sehr lauter Stimme vernehmen lassen, ist durchaus in der Ordnung. Allein es gibt süddeutsche Blätter, welchen doch nicht gelingt, sie vergessen den Streit über ökonomische Interessen mit politischer Bosheit und fälschen den Sachverhalt durch schwindelhafte Vorspiegelungen. Das Höchste leistet in dieser gemeinnützigen Thätigkeit, neben dem Münchener „Volksboten", die Lindauer Zeitung. Hier wird die Vierteljahrsschrift, wie schon oben angedeutet, als ein Pseudo dargestellt, die norddeutsche Bundesklasse durch Plünderung der süddeutschen Länder zu füllen. Es kümmert die „Lindauer Zeitung" nicht, daß die Verhandlungen über diese Steuer in eine Zeit zurückreichen, wo Bayern den norddeutschen Bund gedacht hat, daß es überdies den Steuerpflichtigen in Bayern, Baden und Württemberg finanziell völlig gleichgültig ist, ob die übrigen Zollvereinsstaaten ihren Antheil am Ertrag der Steuer zur Ausstattung der norddeutschen Bundesklasse, oder für irgend einen andern Zweck verwenden. Das genannte Blatt scheint sich auch, gänzlich leer mit der Lösung derselben zu versehen, daß der „Süden" siebenmal soviel Tabaksteuer in die „Bundesklasse" zu entrichten habe, wie der „Norden." Denn — sagt man — der letztere erzeugt bald soviel Tabak wie der Süden, während die Besteuerung von Süddeutschland nur 25 Prozent der norddeutschen zählt. Mit demselben Recht könnte man das Loos der Münchener Bierbrauer bejammern, weil sie ein Fünftheil des gesammten Malzaufschlages an den Staat zu entrichten haben. Es wäre darauf nur zu erwidern, daß die Biertrinker, namentlich auch außerhalb Bayerns, ihm Bräuer seinen Aufschlag bei Keller und Pfennig zurückvergüten, sowie eine richtig bemessene Tabaksteuer schließlich von den süd- und norddeutschen nur ausländischen Rauchern bezahlt wird, auch wenn der Produzent sie ausgelegt hat. Der Kalkul der „Lindauer Zeitung" ist krug und Trug, und solange die Art der Besteuerung nicht geschieht, kann Niemand behaupten, daß der Süden gegenüber dem Norden, dem Siebenfache, oder auch nur um ein Haar breit verkürzt sei.

Das neugeschaffene Zollportement, in welchem es den gleichartigen Interessen der süd- und norddeutschen Tabakproduzenten an Vertretern nicht fehlt, wird über diese Angelegenheit zu entscheiden haben. Nach den Vorstellungen, die man uns einzuimpfen sucht, wäre freilich die Mehrheit dieses Parlaments nichts anderes, als eine Bande von Schnapphähnen, lediglich darauf berechnet, mit Hintansetzung aller Gewissenszweifel dem „hilflosen Süden" seinen letzten Sporenpfennig abzujagen. Solche Albernheiten richten sich selbst, sie können aber gleichwohl Unheil stiften. Denn, wenn sie in Norddeutschland als der Ausdruck der bei uns herrschenden Stimmung aufgefaßt werden, so ist zu befürgen, daß sie doch den Glauben erwecken, es bestehe zwischen den Völkern diesseits und jenseits der Mainlinie noch immer ein Kriegszustand, in welchem das Recht des Stärkeren zulassen müsse. Eine solche Auffassung mit ihren verderblichen Wirkungen hätten wir Denen zu verdanken, die ihren sturzsinnigen Widerstand gegen den Fortschritt der deutschen Einigung zum Vorwande nahmen, um unter den Händen dieser Leute verwandelte sich Opposition zur Obstruktion deutscher Interessen in die schroffes Gegentheil. Es sind diejenigen, die, wenn es in ihrer Macht gelegen wäre, Bayerns Beitritt zu der Ueberseinkunft vom 4. Juni hintertrieben, dadurch, daß das Land in die unerträglichste Lage und endlich in die Nothwendigkeit versetzt hätten, auf Gnade und Ungnade zu kapituliren.

Die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

veröffentlicht einen Bericht über das Geschäftsjahr 1866 — das zweite seit dem Bestehen des Vereins, — welcher von einem gedeihlichen Fortschreiten ihres Wertes erfreulichen Zeugniß gibt. Die Einnahmen der Gesellschaft aus „Stiftungsgebühren", d. h. einmaligen Beitragen, haben sich, trotz des Krieges, von 13,000 Thalern auf 21,000 Thalern gehoben gert, während die regelmäßigen Jahreszahlungen sich auf 13,000 Thlr. belaufen haben. Dabei tritt eine wachsende Theilnahme des binnenländischen Deutschland hervor. Die Zahl der Mitglieder der Gesellschaft betrug 12,682, von denen 7215 in Preußen, 3536 in Oldenburg, Mecklenburg und den Hansestädten, 2151 im nichtpreußischen Binnenlande und 20 im Auslande. Von den sämmtlichen deutschen Rettungsstationen — die indessen bekanntlich noch nicht alle der „deutschen Gesellschaft" angehören — wurden im vorigen Jahre 141 Personen gerettet — Deutsche, Engländer, Dänen, Russen, Holländer. Das Stationswesen ist übrigens bis jetzt weder an den Küsten der Nordnoch der Ostsee in vollständig, wie das dringendste Bedürfniß es verlangt, und eine beträchtliche Vermehrung der Mittel der Gesellschaft bleibt vorwährend ein Gegenstand der patriotischen Sorge.

Zeitungsschau.

Unter der Ueberschrift „Zur neuesten preuß. Politik" bringt die „Allg. Ztg.", die zufällig einmal ihren preußischen Tag hat, einen sehr orthodoxen Artikel, folgenden wesentlichen Inhalts, freilich nicht ohne einige Reflektionsanwandlungen mit allerlei Einwendungen und Vorbehalten: „Deutschland, schreibt die Allg. Ztg., befindet sich in einer Krisis analog derjenigen vom Ende 1812 und vom Anfang 1813. Das Recht war aufgelöst, der Kaiser hatte die Reichsfarbe niedergelegt; der Rheinbund und die Napoleonischen Schöpfungen beseitigten die Theilung und Zerrissenheit Deutschlands; Nordeutschland, mit Ausnahme Sachsens, das, wie Preußens Erhebung, in Folge der Katastrophe in Rußland, für deutsche Befreiung geeinigt. Jetzt ist der deutsche Bund, unter französischer Mitwirkung auf ererbter völkerrechtlicher Souveränetät der Einzelstaaten errichtet, mit der österreichischen Präsidialmacht als Präsidialmacht, welche vernichtet, Oesterreich von der deutschen Neugestaltung ausgeschlossen, Deutschland von Streben nach Einheit und Nationalrepräsentation, unter Preußens wiederholter Anregung, mehr als jemals durchdrungen!"

„In einer Denkschrift vom 17. Nov. 1812 hatte Stein dem Kaiser Alexander die Grundzüge des großen Kampfs, welcher bevorstand, vorgelegt. Er wollte vor Allem die Einheit, und wenn diese nicht alsbald möglich sey, ein „Auskunftsmittel," einen „Uebergang." Dazu forderte er Gesandten gegen die widerstrebenden Rheinbundsfürsten, Beschränkung ihrer Souveränetät, wie es das deutsche Bolksinnthum selbst gebietet, dagegen schonende wie freundliche Behandlung des Volks in den neubesetzten Provinzen."

„Die erste Theil dieses Plans wurde selbst 1815 nicht erreicht, und auch heut ist die gesuchte Einheit noch durch eine „Zerrissenheit" aufgehalten, welcher nur in der Trennung der ersten Silfter des ehemaligen Rheinbunds von dem Nordbund Deutschland Bunde besteht. Der zweite Theil steht in Aussicht."

„Ich bede nur ein Vaterland — so schrieb Stein an den hannoverschen Grafen Münster 1813 — und dieses heißt Deutschland; ich bin nur ihm, und nicht einem Theil desselben von Herzen ergeben; mir sind die Prinzipien in diesem Augenblick großer Entwicklung gleichgültig, sie sind bloß Werkzeuge; Deutschland muß groß und stark werden, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und diese so lange sage zwischen Rußland und Frankreich bestehen."

„Es gehört ein gewisser Grad historischer und politischer Bildung dazu, um mit Vergnügen auf untergeordnete, durch Gewohnheit dasselbige oder gehäufte Interessen, diesen Kern der Auflösung und Behandlung der deutschen Frage zu begreifen, und unbeirrt von einzelnen, scheinbar widerstreitenden Erscheinungen entschieden darauf hinzuarbeiten, aber auch aus dem Verlaufe der neuesten deutschen Geschichte erkennen, daß Graf Bismarck diese Entscheidendheit in hohem Maße besitzt, daß die neueste preußische Politik im Wesentlichen auf der Grundlage Steins ruht, daß man überwiegend ein „Auskunftsmittel," einen „Uebergang" zu erreichen grundsätzlich war, um seine Friegerische, die Sicherheit des Erfolgs gefährdende, Verwicklungen zu vermeiden."

„Graf Münster war einig mit Stein im Hasse gegen die französische Oberherrschaft, allein die Hoffnungen des letzteren von deutscher Einheit hegt erfüllten ihn mit ernsten Sorgen. Er wirkte für die neue deutsche Particularföderativverfassung von 1805 bis 1806, witterte preußische Hegemonie-Tendenzen, wollte nur die Aufrechthaltung Preußens als Macht zweiten oder dritten Rangs zwischen Elbe und Weichsel, dagegen ein welfisches Reich zwischen Elbe und Schelde: (vergl. Häuffer: Deutsche Geschichte rc. Bd. 4 S. 25 ff.)."

„Der vorsichtige deutsche Krieg entschied auch über diesen Privatpreferenz Steins und Münsters. Reichsherrlichkeit ist die Idee der noch im zweifachen Bestand erhaltenen Rheinbundsföderativverfassung, trotz französischer „Modifikationen," verworfen; rechtskräftig das „welfische Reich" mit großer Summierung portikularistisch-hunatistischer Träume verwiesen; rechtskräftig Preußen als wirkliche deutsche Großmacht befestigt, und dadurch, sowie durch den Ausschluß Oesterreichs, Preußens legitimation zur Vollendung des Steinschen Einheitsgedankens festgestellt."

Die Hessische Morgenzeitung in Cassel

erscheint seit 1. Januar d. J. dem Beginne ihrer 9. Jahrgangs, in vergrößertem Formate.

Zunächst ins Leben gerufen für den kurhessischen Verfassungskampf, lange die fast ausschließliche Trägerin dieser Bewegung, ist dieselbe seit ihrem Bestehen das hauptsächlichste Organ für die Richtung der weit überwiegenden Mehrheit in Kurhessen.

Schon lange vor der Haupt- und erfolgreichste Sprechstab für alle öffentlichen Angelegenheiten und Organ für das ganze geistige Leben dieses Landes, wird die Morgenzeitung, nachdem ihre Richtung in der nationalen Frage ebenso wie einst in der clubbenistischen siegreich gewesen, sich mit gesteigerten Kräften und unter weiterer Belebung ihrer politischen Beziehungen wohlbaltig allen den wichtigen Aufgaben unterziehen, welche sie an den Hauptorte der neuen preußischen Provinz Hessen zufallen; insbesondere wird sie allen Fragen, welche die Umbildung und Neubelebung des Landes, zumal im Verhältniß zum übrigen Preußen und seiner deutschen Sendung betreffen, die regste Aufmerksamkeit widmen.

Das Blatt erscheint täglich, auch Sonntags, und kostet vierteljährlich 1 Thaler.

Anzeigen finden in der Hessischen Morgenzeitung, dem gelesensten Blatt in Hessen, die beste Verbreitung. Der Einrückungsbetrag ist 1 Sgr. für die gespaltene Petitzeile.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.

Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 112. Heidelberg, den 11. Juli. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Gedenke Luxemburgs. — Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und das öffentliche Urtheil. — Aus Preußen. — Tarif- und Steuerreform im Zollverein. — Aus Thüringen. — Zeitungsschau. — Deutscher Journalistentag.

Wochenbericht.

Heidelberg, 9. Juli.

* Wird der Kaiser von Oesterreich nach Paris gehen, oder nicht — das ist die brennende Frage des Tages, in der sich eine Reihe großer politischer Interessen zuspitzt, insbesondere das der österreichisch-französischen Allianz und das des europäischen Friedens. Nur daß man die Beteurung dieser Frage nicht überschätze. Die etwaige Reise Franz Josephs nach Paris kann möglicher Weise eben so ergebnißlos bleiben, wie die des Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland, und umgekehrt ist die persönliche Zusammenkunft zwischen ihm und Napoleon III. durchaus keine nothwendige Voraussetzung ihrer Bundesgenossenschaft. Als Merkmal der beiderseitigen Gesinnungen indessen würde eine solche Zusammenkunft, nach dem blutigen mexikanischen Ereignisse, allerdings sehr beachtenswerth sein. Aus einem Verzichte Franz Josephs auf die Pariser Reise würden sich kaum irgendwelche politische Folgerungen ziehen lassen; die Ausführung des bisherigen Vorhabens dagegen könnte man mit gutem Grund als einen Beweis ansehen, daß es sich dabei um etwas Anderes handle, als um einen Höflichkeitsbesuch, oder die Befriedigung persönlicher Schaulust, daß ein Zweck im Spiele sei, wichtig genug, um sich seinetwegen über die Gesetze des gewöhnlichen Anstandes und über die natürlichsten Forderungen des Familiengefühles hinwegzusetzen.

In Deutschland wird unterdessen zu Gunsten des Hauses Habsburg wieder ein Mal einer der Popularisirungsversuche angestellt, in welchen sich die Unzufriedenheit mit der preußischen Cabinetspolitik von Zeit zu Zeit Luft zu machen pflegt. Herr v. Beust, man muß es gestehen, behandelt seine Aufgabe, vor allen Dingen seinen guten Willen bei den Oesterreichern zu beglaubigen, mit einem Geschick, dem die Anerkennung nicht ohne Ungerechtigkeit vorenthalten werden kann, und welches sehr vortheilhaft gegen den Ton und die Art absticht, womit die preußische Regierung um die Wohlmeinung und das Vertrauen des Volkes wirbt, zumal des Volkes in den neuen Provinzen. Unglücklicher Weise aber ist es mit der besten Taktik des talentvollsten Ministers nicht gethan, um in Oesterreich die Fehler und Versäumnisse von Jahrhunderten in der Eile wieder gut zu machen, eben so, wie in Preußen glücklicher Weise kein noch so schlechtes Regiment im Stande ist, den Staat der Vortheile einer langen verbindlichen Vergangenheit kurzer Hand wieder verlustig zu machen — gar nicht zu reden von der Grundverschiedenheit in der Naturanlage und Zusammensetzung der beiden Staaten, welche dem jüngeren derselben eine politische Ueberlegenheit sichert, die durch kein staatsmännisches Genie von Seiten des andern ausgeglichen werden kann. Wie weit Oesterreich, den besten Vorsätzen zum Trotz, die man seiner heutigen Regierung zuschreiben mag, noch davon entfernt ist, seinen constitutionellen Credit bei seinen eigenen Angehörigen wiederhergestellt zu haben, davon gibt die Thatsache Zeugniß, daß es Herrn v. Beust nicht gelungen ist, sein Ministerium aus den Reihen der liberalen Partei im Reichsrath zu ergänzen. Unter den namhaften Männern der bisherigen Opposition war kein einziger, der sich dazu verstanden hätte, ein Portefeuille anzunehmen. Die Herbst, Hasner, Berger, Kaiserfeld — sie Alle trauen der neuesten Bekehrung der Cabinetspolitik so wenig, daß sie fürchten, sich bei jedem Versuch der Betheiligung an derselben nutzlos zu compromittiren.

Gleichviel indessen, die „demokratische" Presse verspricht sich, man oder doch ihren Lesern, davon nicht weniger goldene Berge der Freiheit von der jetzigen Wendung des Steuerruders der habsburgischen Monarchie. Den jüngsten willkommenen Vorwand für die rosenfarbige Beleuchtung, in welcher sie die österreichischen Zustände erscheinen läßt, gibt ihr die unlängst auch für die Länder diesseits der Leitha erlassene Amnestie. In Württemberg wird dieselbe von dem schwäbischen Radikalismus, mit Verleugnung seiner natürlichen oder erkünstelten Wildheit, wie eine Großthat gefeiert, und ein Frankfurter Blatt, das die bestehenden Staatsgewalten sonst als Usurpationen zu behandeln pflegt, die man nur bis auf Weiteres duldet, nennt diese Amnestie, durch welche einem oder zwei Dutzend sehr harmloser Leute, nach fast zwanzigjähriger Verbannung, die Gränzen Oesterreichs wieder geöffnet werden, einen „schönen Gnadenakt" und schildert mit Andacht „die frohe Aussicht, welche sich im Osten der Freiheit eröffnet, die schöne Aussicht, die, trotz der Ereignisse, die hinter uns liegen, uns von dorther erwacht, auf ein in Freiheit gereinigtes, großes deutsches Vaterland." Die Aussicht auf die Freiheit von Osten her wird Preußen ohne Zweifel außer sich bringen vor Eifersucht.

Durch die Berliner Zollconferenzen ist die deutsche Verfassungsfache, mit der Raschheit, welche der Gang unserer nationalen Angelegenheiten seit Jahr und Tag angenommen hat, um einen weiteren Schritt vorwärts gebracht. Zum endgültigen Abschlusse der Verträge, aus denen der Anfang des parlamentarisch geeinigten Deutschland hervorgehen soll, fehlt allerdings noch die Zustimmung des Reichstags und der süddeutschen Landtage, allein man ist allseitig dahin einverstanden, daß damit nur noch eine Förmlichkeit zu erfüllen ist, welcher keine ernstliche Schwierigkeit entgegensteht. Daß das einstweilige „Zollparlament" sich alsbald in eine Nationalversammlung im weitesten Sinne des Worts verwandle, dahin wird der eigne Geist desselben vom Tage seiner Eröffnung an, Hand in Hand mit dem gebietenden öffentlichen Bedürfniß, mit Macht arbeiten. Auswärtiger Widerspruch aber, oder gar Widerstand, ist dabei kaum zu erwarten, zumal die Wirkungslosigkeit desselben, der nunmehrigen Lage der Sache nach, von vornherein gewiß sein würde.

Wenn Preußen auf eine Feier des Sieges bei Königgrätz nicht ganz verzichten zu sollen geglaubt hat, so ist es dabei doch mit einer Mäßigung verfahren, welche immerhin von

Digitized by Google

dem Wunsche zeugt, die kaum vernarbte Wunde Oesterreichs und seiner vorjährigen Bundesgenossen nicht zu unsanft zu berühren. Hoffen wir, daß die erste Gedächtnißfeier jenes Tages auch die letzte gewesen sei.

— Nach einer kurzen Zwischenzeit des Friedens droht der Krieg zwischen dem Präsidenten Johnson und dem Congreß von Neuem loszubrechen. Sobald die Gefahr der Anklage, welche Johnson veranlaßt hatte, sich der Auktorität des Congresses zu fügen, in den Hintergrund getreten zu sein schien, hat der Präsident einen neuen Anlauf genommen, um den Südstaaten wieder zu ihrer verfassungsmäßigen Stellung in der Union zu verhelfen. Keine Frage, daß Johnson formell im Rechte ist, daß es dem Geiste sowohl wie dem Buchstaben der Unionsverfassung widerspricht, wenn die Südstaaten noch immer ihres Antheils an der Nationalvertretung in Washington beraubt sind, wenn sie einem militärischen Regimente unterliegen, vermöge dessen ein kommandirender General Beamte ab- und einsetzt, Gesetze aufhebt, Zeitungen unter Censur stellt, oder verbietet u. s. w. Auf der andern Seite kann nicht füglich bestritten werden, daß solche Ausnahmszustände wahrscheinlicher Weise das einzige Mittel sind, um die Erfolge des Bürgerkrieges einigermaßen sicher zu stellen, und die Erneuerung der Uebel, die denselben herbeigeführt, zu verhindern. Demgemäß steht denn auch die gesammte liberale Presse Deutschlands bei jenem Kampfe zwischen den politischen Gewalten in Nordamerika auf Seite des Congresses, welcher zwar nicht den geschriebenen Buchstaben, wohl aber das gewissenhaft abgewogene Staatsinteresse für sich hat. Selbst unser äußerster Radikalismus opfert ganz unbedenklich das „Recht der Selbstbestimmung" der nordamerikanischen Südstaaten, ja er eifert heftig für die „Militärdiktatur", welche über dieselben ausgeübt wird, weil der Vortheil des Ganzen eine solche Beeinträchtigung des Theiles zur Zeit erfordert. Nur daß man nicht versuche, daraus Folgerungen zu ziehen für die Beurtheilung unserer einheimischen Verhältnisse. Bei uns gilt einzig und allein das Prinzip, das Prinzip um jeden Preis, gleichviel, ob die wirkliche Welt dabei bestehen kann oder nicht.

— Durch die Hinrichtung des Kaisers Maximilian und durch die Ereignisse, welche die Einnahme der Hauptstadt Mexiko durch die Juaristen begleitet haben, scheinen die französisch-mexikanischen Schwierigkeiten wieder zu einer Bedeutung angewachsen zu sein, die der Politik des Tuilerienkabinets neue ernstliche Verlegenheiten zu bereiten droht. Mit der Anrufung des Urtheils der Geschichte über die mexikanischen Gewaltthaten ist es nicht getban, wenn man, wie Frankreich, die Mittel hat, sich selbst Genugthuung zu verschaffen, und überdies in dem Falle ist, viele Tausende von Landsangehörigen gegen die fort und fort über ihren Häuptern und ihrer Habe und ihrem Gut schwebende mexikanische Rache schützen zu sollen. Kurz, Frankreich hat in Mexiko nur die Wahl zwischen neuer Demüthigung und neuen gefahrvollen Verwickelungen.

Gedenkt Luxemburg's!

L Das französische Gelbbuch über Luxemburg wird hoffentlich auf Deutschland die Wirkung haben, im Gedächtniß der Nation die Erinnerung an eine noch unerfüllte große Pflicht aufzufrischen. In der Zeit unseres mühevollen und so häufig beinahe hoffnungslosen innern Ringens nach staatlicher Concentration hatten wir weder Sinn noch Kräfte übrig für einen nationalen Außenposten, gleich Luxemburg. Jetzt aber besinden wir uns dazu in besserer Lage; und was insbesondere in Luxemburg auf dem Spiele steht, daran sind wir ja durch den ärgerlichen Handel, der uns die Festung gekostet hat, die Festung gegen eine lächerliche und werthlose Garantie, nur zu schmerzlich gemahnt worden. Es wäre daher unverantwortlich, wollten wir etwa, gleich weichlichen Seelen, uns Alles, was mit Luxemburg zusammenhängt, aus dem Sinne schlagen, um nur nicht bei dem widerwärtigen Bewußtsein einer Niederlage verweilen zu müssen.

Gerade umgekehrt! Verstehen wir unsere Pflicht nur recht, erfüllen wir sie frischen Muths und mit Beharrlichkeit in ihrem vollen Umfange, so kann von dem Tage des äußeren Rückzugs noch der Anfang der Wiedergewinnung des verlorenen nationalen Gliedes datiren. Das Großherzogthum ist nun — da niederländische Cultur, als secundär und unbedeutend, nicht in Betracht kommt — ein Gegenstand geistigen Kampfes zwischen Frankreich und Deutschland geworden, nachdem es zu einer Messung des militärisch-physischen Vermögens keinen Anlaß mehr zu geben droht. Es soll sich auf diesem kleinen Flecke Erde zeigen, was stärker, gesunder, innerlich überlegen ist, die deutsche oder die französische Cultur. Bisher nur im Osten vordringend, im Westen stetig zurückweichend und Boden einbüßend, mögen wir Deutsche nun doch endlich einmal weiteren Landverlusten an den sittenmüthigen und eingebildeten westlichen Nachbar ein Ziel setzen.

Insofern dieser Wettstreit sich nicht spontan, durch rein elementare Actionen vollzieht, wird sich vielleicht schon in seinem beiderseitigen Betriebe eine charakteristische Verschiedenheit herausstellen. Die Franzosen werden ihre Propaganda wahrscheinlich rein mit den Mitteln und auf dem Wege der Regierung betreiben, höchstens allenfalls nebenher noch durch den höheren Jesuitismus; alles wird hübsch heimlich geschehen, und den Schleier des Geheimnisses auch wohl in der That vielfach nöthig haben. Dagegen wird die preußische Regierung, nach ihrer Gewohnheit, stillsitzen und gar nichts thun. An ihrer Spitze steht zwar ein anschlägiger und zu aller Art vom Handeln behäbigter Kopf; aber diesen nehmen die großen Sorgen hin, und für die kleinen ist er noch immer auf dasselbe Personal angewiesen, das Herr v. Manteuffel so trefflich gelehrt hat, mit Grazie zu faullenzen. Was hier also an Aufgaben vorliegt, wird freiwillig in die Bresche springenden Patrioten überlassen bleiben. Es kann mithin, ja es muß bis zu einem gewissen Grade öffentlich verhandelt werden, was eine im rechten Geiste betriebene nationale Propaganda auch niemals zu scheuen hat, worin sogar ein Theil ihrer unbestreitbaren Ueberlegenheit über die Wühlerei der Polizeicommissäre und Jesuiten liegt, die im Finstern schleicht.

Solcher patriotischer Freiwilligen haben nun schon mehrere die Straße gen Luxemburg eingeschlagen, und mit Nutzen, für sich sowohl, als Andere, Land und Leute ein wenig studirt. Sie haben natürlich vor Allem constatirt, welcher auffallend schwache und dünne Zusammenhang zwischen den luxemburgischen Deutschen und der übrigen Nation existirt. Auf Vervielfältigung, Belebung und nachhaltige Pflege dieser Beziehungen muß das erste Augenmerk sich richten. Den Lesern der großen deutschen Zeitungen muß möglichst oft, auf dem direkten Wege der Leitartikel und Correspondenzen, wie durch die gefälligen Umwege des Feuilletons, von Luxemburg erzählt werden. Die dafür empfänglichen luxemburgischen Blätter, namentlich „Wort" und „Courier" überseiets müssen regelmäßige Zusschriften aus Deutschland erhalten. Man muß sie sich hier und da bestellen, Zeitungsredactionen und Clubs müssen sie halten. Patrioten, welche ihren Ausflügen gern einen politischen Zweck oder Nebenzweck geben, können recht füglich eine Moselfahrt mit Luxemburg abschließen, oder eine belgische Reise dort beginnen. Kurz, das Interesse und der Scharfsinn der Nation muß ein wenig diese Richtung nehmen: dann werden wir das Deutschthum im Lande bald wunderbar erstarken und am Ende obenaufkommen sehen. Damit ist alsdann gethan, was sich zur Zeit füglich thun läßt; die Staatsverhältnisse stehen in zweiter Linie, vorausgesetzt, daß Deutschland mächtig und gefürchtet genug ist, jedes feindliche Gelüst im Keime zu ersticken, das diesen seinen Schutzstaat ins Auge fassen möchte.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes und das öffentliche Urtheil.

† Die sämmtlichen norddeutschen Landtage haben die norddeutsche Bundesverfassung so gut wie einstimmig angenommen, die darmstädtische Wahlkammer hat sich mit zwei Dritteln der Stimmen für den Eintritt in den Bund ausgesprochen, in Baden hat eine große Mehrheit der Landtagsabgeordneten eine Erklärung in demselben Sinne abgegeben, und in Baiern eine

Digitized by Google

nicht geringere Majorität wenigstens den engsten politischen und militärischen Anschluß an Norddeutschland verlangt. Bleibt also Würtemberg, als das einzige deutsche Land (von Oesterreich abgesehen) übrig, dessen Volksvertretung noch nicht Partei ergriffen für die nationalstaatliche Einigung auf der durch den Krieg bei vorigen Jahres geschaffenen Grundlage. Indessen darf man gewiß sein, daß die würtembergische Kammer schließlich keiner andern Meinung sein wird, als Herr v. Varnbüler, der jetzt sein eigner: Wehe dem Besiegten! mit Ergebung über sich selbst ergehen läßt.

Wenn nun solchermaßen wenigstens neun Zehntheile der gewählten Stimmführer des deutschen Volks in den Einzelstaaten die Reorganisation Deutschlands auf dem Boden der vorjährigen Ereignisse willkommen heißen, oder doch anerkennen, so wird jeder verständige Mann dies als einen starken Beweis der inneren Nothwendigkeit der neuen Ordnung der Dinge gelten lassen. Da es interessen nicht Jedermann gegeben ist, verständig, oder auch nur ehrlich zu sein, so fehlt es natürlich nicht an Leuten, für welche die Beschlüsse der norddeutschen Landtage und die Erklärungen der süddeutschen Kammermehrheiten, bei Beurtheilung der heutigen Lage, entweder gar nicht, oder nur als Gegenstände des Spotts und der Verdächtigung in Betracht kommen. Der gewöhnlichste Einwand gegen die mißfälligen Beschlüsse der Kammern wird von deren Zusammensetzung hergenommen: sie und so viele Beamte, Bürgermeister, Professoren, Advokaten „Bourgeois", Adelige — was bedarf es weitern Zeugnisses gegen den Geist und die Autorität einer solchen Versammlung! Aber sie besteht aus den Gewählten des Volks? — Das Volk ist irregeführt worden, oder man hat sein Vertrauen betrogen, oder es ist inzwischen zu besserer Erkenntniß gekommen, oder das Wahlgesetz hat seine Willensäußerung gefälscht u. s. w. — Allein, die nach allgemeinem Stimmrecht und in voller Kenntniß der Sache vorgenommenen Wahlen zum norddeutschen Reichstage haben das nämliche Ergebniß geliefert? — Beim Reichstage stehen die Herren an dem Berge, wo ihnen nur halsbrecherische Ausflüchte übrig bleiben, die am letzten Ende regelmäßig auf eine indirekte Verleugnung des allgemeinen Stimmrechts hinauslaufen, in dessen Namen sie die Resultate der Landtagswahlen am heftigsten angefochten hatten.

Manche Erfahrungen der neuesten Zeit sind allerdings darnach angethan, das allgemeine Wahlrecht selbst bei seinen grundsätzlichen Anhängern einigermaßen in Mißkredit zu bringen, und manche theoretische Zweifel gegen dasselbe zu rechtfertigen. Ueber so viele unerwartete und unerwünschte Ergebnisse des allgemeinen Wahlrechts sind indessen Diejenigen offenbar am wenigsten befugt, sich zu beklagen, welche dasselbe seit Jahrzehnten als Voraussetzung und Quelle aller wahren öffentlichen Ordnung behandelt haben. Die Andern, denen das allgemeine Wahlrecht nur als ein durch die Umstände gebotenes Auskunftsmittel gilt, oder auch als die am wenigsten fehlerhafte aller möglichen Methoden zur Ermittlung des Volkswillens, diese Andern sind durch die fraglichen Erscheinungen weder überrascht, noch entmuthigt und am allerwenigsten zu einem Widerspruch mit sich selbst gebracht. Nach wie vor ist ihnen das allgemeine Wahlrecht eine Nothwendigkeit, der sich der heutige Staat nicht entziehen kann und deren Uebelstände neben den Vortheilen in den Kauf zu nehmen sind.

Wie dem indessen auch sei, wir haben es mit einer Verfassung zu thun, welche die Probe des öffentlichen Urtheils nach den verschiedenartigsten Wahlsystemen durchgemacht und glänzend bestanden hat, und von welcher sich also nur auf Kosten der handgreiflichen Wahrheit behaupten läßt, daß sie mit den Wünschen, Interessen, Ueberzeugungen des deutschen Volks im Widerspruch stehe. Daß gegen manche Bestimmungen dieser Verfassung sich starke Einwendungen machen lassen und daß sie bedauerliche Lücken enthält, ist eine Sache, die sich in einem kritischen Zeitalter und in einem Staatswesen, welches die schroffsten Gegensätze in sich vereinigt, von selbst versteht. In der That, wenn man sich einen Gesetzgeber aus dem Schooße der göttlichen Weisheit selbst verschrieben könnte, es würde ihm nicht gelingen, die deutschen Dynastien und das deutsche Bürgerthum, die Liberalen und die Conservativen, die mecklenburgischen Junker und die süddeutschen Demokraten u. s. w. u. s. w. gleichmäßig zufrieden zu stellen. Und doch sind alle diese und hundert andere, einander widerstrebende, Faktoren des öffentlichen Lebens nun einmal vorhanden, und jeder von ihnen macht Anspruch und hat Anspruch, bei einer Neuconstituirung Deutschlands, auf Grundlage des Vertragsrechts, mitgezählt zu werden.

Daß die norddeutsche Bundesverfassung auf vertragsmäßigem Wege entstanden, ist ihr Vorzug und ihre Schwäche. Die Grundlinien ihres Baus waren mit den Verhältnissen gegeben, aus denen sie hervorgegangen. Preußen hatte zwar so viel Uebergewicht über die übrigen norddeutschen Staaten gewonnen, um dieselben in seiner Richtung mit sich fortzureißen, aber es mußte aus mancherlei zwingenden Gründen ihren Bestand unangetastet lassen. Noch größere Schonung erforderte das Verhältniß zu den süddeutschen Staaten, die mehr oder weniger außerhalb des preußischen Machtgebiets lagen und doch mit der Zeit in dasselbe hineingezogen werden sollten. Demnächst handelte es sich um die Zustimmung von zwanzig bis dreißig verschiedenen Kammern, auf deren guten Willen oder Zügsamkeit man freilich starke Rechnung machen durfte, deren man aber, theilweise, doch nicht völlig sicher war. Endlich galt es, das durch den Sieg neu erstarkte preußische Königthum und den aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Reichstag mit einander in ein leidliches Gleichgewicht zu setzen. Kurz, der Compromiß war die erste Lebensbedingung der neuen Verfassung.

Unter solchen Umständen war natürlich kein Werk aus einem Guß, keine akademische Arbeit nach den Regeln dieser oder jener staatswissenschaftlichen Schule, und noch weniger die volle Befriedigung der Wünsche und Ansprüche irgend eines der vielen Mitentrahenden des abzuschließenden Verfassungsvertrags zu erwarten. Jeder derselben hat Opfer bringen müssen, und wenn man dieselben gegen einander abwägen wollte, so würde man wahrscheinlich finden, daß die des Liberalismus, in allen seinen Abstufungen, bei Weitem die leichtesten sind.

Gleichwohl wird von dieser Seite her bei Weitem das lauteste Geschrei über Beeinträchtigung durch die Reichsverfassung erhoben. Der Radikalismus und der „Fortschritt" gebärden sich, als ob sie aus eigner Tasche alles Das hätten bezahlen müssen, was die Verfassung ihnen nicht baar eingebracht hat. Ja, man spricht und stellt sich an, als ob man in der Lage gewesen wäre, das neue Staatsgrundgesetz von Rechtswegen zu diktiren, während unglücklicher Weise keine einzige Leistung und kein einziger Erfolg nachzuweisen war, der einen solchen Anspruch gerechtfertigt hätte. Zumal der preußischen Regierung gegenüber, die jedenfalls der ohne Vergleich stärkere Theil war. Freilich, wenn Herr v. Bismarck nach einer Niederlage vor den Reichstag und die Kammern getreten wäre, so würde er einen mindestens eben so schweren Stand'vor denselben gehabt haben, wie heute das Haus Habsburg vor dem österreichischen Reichsrathe. Unglücklicher Weise aber konnte die preußische Regierung als Siegerin auftreten, als Siegerin, nicht bloß über Oesterreich, sondern auch über die liberale Oppositien, und daß sie sich unter solchen Umständen einem souveränen parlamentarischen Willen ohne Weiteres unterwerfen solle, wäre eine widersinnige Zumuthung gewesen, deren sich der Reichstag jewohl wie der preußische Landtag sehr weislich enthalten hat.

Wie mangelhaft und unbefriedigend die neue Bundesverfassung auch sei, sie hat das große Verdienst, der deutschen Nation zu den Anfangen einer staatlichen Gristenz zu verhelfen und ihr die Möglichkeit jeder organischen Reform zu gewähren, welche das öffentliche Bedürfniß verlangt. Unter der Herrschaft der Bundesakte und des preußisch-österreichischen Dualismus war Deutschland zur Unbeweglichkeit verdammt, war jede organische Verbesserung seines politischen Gesammtzustandes eine Unmöglichkeit. Daß dieser lähmende Bann gebrochen worden, ist die Wohlthat des vorjährigen Kriegs, und daß mit der neuen Freiheit der nationalen Bewegung in und mit der

Digitized by Google

neuen Bundesverfassung ein vielversprechender Anfang gemacht ist, wird nicht leicht guten Glaubens geleugnet werden. Einen Einwand gegen die Verfassung daher nehmen, daß uns dieselbe nicht mit dem ersten Schritt an das Endziel bringt, kann nur die offenbare Unvernunft. Politische Güter wollen nicht bloß verlangt, sondern auch erworben sein, und pflegen am wenigsten Bestand zu haben, wenn sie geschenkt werden, wie die Geschichte so manchen Musterverfassung bezeugt, welche diesem oder jenem Volke ein vollständiges Verzeichniß von Rechten und Freiheiten auf dem Papier gewährleistet hat, von denen so viel wie nichts in die Praxis des öffentlichen Lebens übergegangen ist. Der Staat ist eben glücklicher Weise kein Schlaraffenland mit den bekannten gebratenen Tauben, sondern ein meistens sehr undankbarer Boden, dem jede Gabe im Schweiße des Angesichts abgerungen sein will. Mit der Bundesverfassung haben wir endlich Hacke und Spaten in die Hand bekommen. Gehen wir rüstig an die Arbeit, so werden die Früchte nicht ausbleiben; sind wir dagegen zu träge zur ernstlichen Anstrengung, so ist die Entbehrung fortan unser wohlverdienter Lohn.

Aus Preußen 7. Juli. Das preußische Volk feierte am 3. Juli den Sieg bei Königsgrätz, trotz alledem und alledem, als einen Sieg deutscher Nation. Einige Tage früher feierte die Welfenpartei in Hannover den Sieg bei Langensalza, dem, trotz aller anerkannten Tüchtigkeit der Soldaten, die Capitulation auf dem Fuße folgte. Zum Glück hat die Regierung dieser Feier nichts in den Weg gelegt. Hätte Oesterreich so entschieden über Preußen gesiegt, wie dieses bei Königsgrätz siegte, wie möchte es jetzt wohl in Deutschland aussehen! Das möge sich ein Jeder selbst ausmalen. Ich denke, selbst Diejenigen, die jetzt so gelassen über die in Folge der norddeutschen Bundesverfassung hereingebrochnen „Nacht der Knechtschaft“ deklamiren, werden sich dabei eines gewissen Grauens im Stillen nicht erwehren können.

Gälte nicht noch immer das alte Sprichwort, daß die Völker büßen müssen, was die Fürsten sündigen, so möchte man es fast bedauern, daß der Erkönig Georg seine angeblich feste Absicht, am 28. Juni in Hannover zu erscheinen, nicht ausgeführt hat. Das Schicksal des unglücklichen Maximilian hatte ja ein Fürst im civilisirten Deutschland nicht zu befürchten: aber von der Machtlosigkeit des Welfenthums „bis ans Ende der Tage“ wäre er gewiß handgreiflich überzeugt, wenn auch mit Glacehandschuhen, seinem Range gemäß. Man sagt, daß die Königin, längst von der Unhaltbarkeit ihrer Stellung in der Martenburg durchdrungen, endlich die Erlaubniß ihres Gemahls zur Abreise nach Hietzing erlangt habe und bereits mit dem Einpacken beschäftigt sei. Es wird aber officiös in Abrede gestellt, daß ihr durch einen Brief des Königs oder des Gouverneurs die Wahl gestellt sei, entweder binnen drei Tagen das Land zu verlassen, oder eine vom preußischen Hofe besoldete Dienerschaft anzunehmen. Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem Erkönige hapert noch immer. Preußen hat sich zwar auch gegen ihn sehr — freigebig gezeigt, wenn es ihm auch nicht, wie dem Erherzog von Nassau, eine seine frühere Civilliste übersteigende Rente angeboten. Er soll 700,000 Thlr. erhalten, etwa 120,000 Thlr. weniger, als früher, wofür er dann von allen den vielen Ausgaben, welche die Souveränetät mit sich brachte, befreit ist. Er soll aber, wie der Nassauer, verlangen, daß ein Viertel, wenn nicht die Hälfte seiner Rente, auf Grundbesitz in Hannover angewiesen werde, — und darauf kann Preußen niemals eingehen, wenn es sich nicht große Verlegenheiten bereiten und einer ziel- und zwecklosen welfischen Wühlerei Thür und Thor öffnen will. In dem kleinen Nassau, wo die Freude über die Trennung der Justiz von der Verwaltung durch die unbegreiflich verzögerte Ausführung der mit so großem Dank aufgenommenen Jagdverordnung niedergehalten wird, würde eine auf solchem Grundbesitz basirte herzogliche Domainenkammer sich sofort als eine Art von Gegenregierung konstituiren. Auf ein paar Schlösser, zur Ausübung der nobeln Passion des Waidwerks, kann es nicht ankommen; aber es wäre unverantwortlich, den entthronten Fürsten großen Grundbesitz in den Ländern anzuweisen, in denen sie einst souverain waren. Das verbietet die gewöhnlichste politische Klugheit. In allen übrigen Provinzen mögen sie so viel Grundbesitz kaufen, als ihre Mittel es ihnen erlauben. Da sind sie ungefährlich. —

Seit der Feier der Schlacht bei Königsgrätz ist die politische Sauregurkenzeit vollendet für uns angebrochen. Im dritten Berliner Wahlbezirk vermochten die „Entschiedenen“ nicht einmal eine einigermaßen präsentable Wahlmänner-Versammlung zusammenzubringen, die dem Abg. Baerst für seinen „Abfall“ zu den Nationalen einen „Tag von Crecy und Poitiers“ durch ein Mißtrauensvotum zu bereiten bestimmt war, wie es ihnen im vierten Wahlbezirk gegen Lasker und Lüning gelungen. Nur die Lassallianer kommen hie und da zusammen, um ihren Präsidenten, v. Schweitzer, mit dem gräflich Hatzfeld'schen Gegenkönig, Förstertling, in homerischen Worten streiten zu hören. Einmal bewgte freilich nur eine schnelle polizeiliche Auflösung einer handgreiflichen Auseinanderletzung vor. Wegen der Unterstützung der Bismarck'schen Wahl in Elberfeld scharf angegriffen, erklärte Herr v. Schweitzer, als die üblichen Phrasen von „dem an der Bourgeoisie zu statuirenden Exempel“ nicht verfingen, mit souveräner Hoheit, daß es lediglich Sache des Präsidenten sei, zu entscheiden, wie die Interessen der Arbeiter vertreten werden müßten, — was man bekanntlich „reine“, oder „entschiedene Demokratie“ nennt. Im Uebrigen ist Alles still. Der König ist nach Ems abgereis't und die Minister haben ebenfalls den bekanntlich nicht geringen Staub Berlin's von ihren Füßen geschüttelt, um ihre verschiedenen Landsitze in der Mark, in Pommern und Schlesien, oder die ihnen zur Stärkung für neue Thaten verordneten Bäder aufzusuchen. Vor der Hand hört man nur von dem, was sie künftig thun wollen, und da haben wir leider, neben der sehr löblichen Absicht des Grafen Eulenburg, nach seiner Rückkehr 24 hannoversche Vertrauensmänner von beiden Parteien zur Berathung einzuberufen, die sehr unlöbliche Absicht des Finanzministers v. d. Heydt zu registriren, die Zeitungssteuer noch vor dem 1. Oktober in den neuen Provinzen durch königliche Verordnung einzuführen! Diese Steuer würde im Ganzen, nach der „Bildesh. Ztg.“, etwa 80,000 Thlr. betragen — und um einer so geringfügigen Summe willen soll, dem Abgeordnetenhause zum Trotz, welches ihre baldigste Abschaffung verlangte, eine Steuer in den neuen Landestheilen eingeführt werden, welche der Abg. Michaelis, kürzlich von der Universität Halle, in der angenehmen Gesellschaft von Bismarck und Roon, zum Eyrendoktor der Philosophie geschlagen, in der Debatte „eine eines gebildeten Volkes unwürdige Steuer“ nannte. Die Sache wird noch toller, wenn man bedenkt, daß der Finanzminister gleichzeitig beabsichtigt, dem nächsten Landtage eine Vorlage über die Umwandlung dieser Zeitungssteuer in eine einträglichere Inseratensteuer zu machen, wodurch denn, im Fall der Annahme, die Zeitungen der neuen Provinzen gezwungen würden, zweimal in kurzer Zeit tief eingreifende Aenderungen in ihrem Betriebe vorzunehmen! —

Diese Rücksichtslosigkeit und die angeblichen weiteren Pläne des Finanzministers in Bezug auf höhere Besteuerung des Tabaks und des Branntweins, ja sogar des Zuckers und des Bieres, haben das Publikum in große Aufregung versetzt. Wenn die Kleinstaaten das zur Vertheidigung der Souveränetät und des Landes Nothwendige nicht prästiren können, so müssen sie sich zu Haus einfacher einrichten und zunächst nicht da Generale und Minister verwenden, wo ein Major und ein Landrath ausreichen (auf dieser Einsicht beruht auch der Wunsch der Waldecker Stände nach völliger Annexion); oder sie müssen höhere Steuern zahlen. Für Preußen liegt aber kein Grund vor, von den Kosten der Landesvertheidigung auch künftighin den Löwenantheil zu tragen, und noch weniger, sich noch weiter zu belasten, da seine Finanzen, trotz der kolossalen Militairlast, regelmäßig jährliche „Ueberschüsse“ von 5 und mehr Millionen zeigten. Unter diesen Umständen würden preußische liberale Reichstags-Abgeordnete gewiß nicht in die

Digitized by Google

Erhöhung einer Steuer, selbst wenn sie dieselbe an sich für gerechtfertigt hielten, willigen können, ohne entsprechenden Nachlaß an sonstigen Steuern. Das scheint selbstverständlich. Nun ist aber plötzlich das Gerücht in's Publikum gedrungen oder geworfen, daß es mit unsern Finanzen gar nicht so brillant mehr stehe und daß das Budget für 1868 ein namhaftes Defizit aufweisen werde. Die Folgen des Krieges und die noch lange nicht verschwichten Besorgnisse vor neuen Störungen des Friedens sollen die Steuerquellen, namentlich in den neuen Provinzen, weniger ergiebig fließen lassen, als man erwartet hatte, und darauf soll sich die Ausmacherei des Finanzministers gründen. Er scheint wieder in die national ökonomischen Sünden seiner staatsmännischen Anfänge zurückzufallen, und von den freihändlerischen Wegen der letzten Zeit wieder ablenken und höhere Einnahmequellen lediglich in Steuererhöhungen suchen zu wollen.

Hoffentlich wird er in Marienbad mit den körperlichen auch diese volkswirthschaftlichen Stockungen los, und jedenfalls ist er glücklicher Weise nicht in der Lage, seine Gelüste über Nacht zu verwirklichen, wie die aufgeregte Leichtgläubigkeit glaubt, weil die Pessimisten es zu glauben vorgeben. So weit ist die Sache noch lange nicht und sie wird auch schwerlich so weit kommen. Die Zollkonferenz ist mit ihren Geschäften fast fertig. Der Vertrag soll bis zum 31. Oktober ratifizirt werden und am 1. Januar 1868 in Kraft treten. Dann erst sollen im Süden die Wahlen zum Zollparlament stattfinden, welches also vor Februar nicht zusammentreten kann. Mit diesem wird dann das ob und wie einer Tabaksteuer näher ins Auge zu fassen sein. Einstweilen ist also noch gar kein Grund zu den phrasenreichen Deklamationen über die unerschwinglichen Lasten der „preußischen Einheit," in denen die Radikalen in Süd und Nord sich gegenseitig überbieten. Die „Volksztg.", die jetzt jeden Tag für verloren hält, an dem sie nicht ihre politische Mißbegabung für das Verständniß der neuern Zeit in das hellste Licht stellt, benutzt diese Angelegenheit zu einem wüthenden Ausfall gegen das Zollparlament. Mag Feind und Freund in demselben die Brücke über den Main sehen — die „Volksztg." ist nicht so dumm! Erst werden dem Landtage seine Rechte für den Reichstag entzogen und nun diesem für das Zollparlament; dieses ist das Einnahme-Parlament, welches sich nur um die Einnahme zu kümmern hat, und der Reichstag ist das Ausgabe-Parlament, das nur die Ausgaben angeben: — das ist der Pfiff, durch den Bismarck beide lahm gelegt hat! „Natürlich begreift die national-liberale Weisheit der versammt Gouvernementalen diesen pfiffigen Plan nicht", setzt sie mit erhabener Resignation hinzu, „und wird die klugen Leute, die ihn durchschauen, Ultramontanen, Partikularisten oder Demokraten schelten." Ja, wessen Schuld ist es denn, wenn die „Demokraten" mit jenen beiden so nahe zusammen stehen, daß sie kaum zu unterscheiden sind, und wenn sie in ihrer thörichten Verdrossenheit Alles glauben, was jene aus Interesse zu glauben vorgeben? — In Bezug auf das Urtheil des Disciplinar-Gerichtshofes gegen die Abgg. Twesten und Lasker kann ich mich, zu meiner Freude, berichtigen. Lasker ist, wie Twesten, wegen einer Rede in einer Versammlung zu einer Strafe von 100 Thlr. verurtheilt; wegen einer Rede im Abgeordnetenhause ist Lasker aber gar nicht angeklagt, und Twesten ist wegen einer solchen auch vom Disziplinarhofe, trotz des vom Obertribunal aufgestellten „Grundsatzes", abermals auf Grund des Art. 84 freigesprochen. Bis jetzt hat also Mr. Rouher für die Vernichtung der parlamentarischen Redefreiheit in Preußen, die er als Relief für die „Freiheit bis zur Licenz" in Frankreich benutzte, nur den guten Willen des Obertribunals und die Anregung desselben durch die Minister Lippe und Bismarck anzuführen. Alle übrigen Gerichte haben sich bis jetzt der ministeriellen und obertribunalischen Interpretation der Verfassung unzugänglich gezeigt. —

Die neueste kaiserliche französische „Friedensrede" ist, unseres Erachtens, nur eine neue Illustration zu der „Politik der Zweideutigkeit." Die „edle Susceptibilität" eröffnet immer eine kriegerische Hinterpforte. Der Glaube an die Dauer des Friedens sinkt bei uns wieder; der kaum begonnene Aufschwung des industriellen Unternehmungsgeistes ist schon wieder erlahmt. Wenn Franz Joseph dem Kaiser Napoleon über dem blutigen Grabe des unglücklichen Maximilian in Paris doch noch die Hand gibt, so darf man wohl auch annehmen, daß Hr. v. Beust sich nicht länger mit der „Rolle des ruhigen Zuschauers" begnügen wird, als er muß, — vielleicht selbst nicht in der nordschleswigschen Sache. Man sagt, Preußen wolle nach der neuesten abweisenden Haltung Dänemarks nur noch das Amt Hadersleben abtreten. Hoffentlich wird man gar Nichts ohne genügende Garantie gewähren; das gebietet die nationale Pflicht und das verbietet der Prager Friede sicher nicht. Die lurembürgische Schlappe wird Bismarck hier hoffentlich zähmachen; er wird sich selbst darüber nicht täuschen, daß für einen Erfolge-Politiker nichts gefährlicher ist, als wenn er als der Gepreßte erscheint.

Tarif- und Steuer-Reformen im neuen Zollverein.

Die Verhandlungen des Congresses der Zollfachmänner sind, allen Nachrichten aus Berlin zufolge, so weit vorgeschritten, daß die Unterzeichnung der Vertrags-Entwurfs nunmehr jeden Tag erwartet werden kann. Vor der Ratification werden verfassungsmäßig alsdann in Norddeutschland der Reichstag und in den vier süddeutschen Staaten deren Landtage zu hören sein; indeß dürfen wir hinsichtlich der Zustimmung dieser Volksvertretungen gewiß ganz ruhig bleiben. Jene Parteien, welchen der gute Fortgang der einheitlicheren Neugestaltung Deutschlands durch Preußen ein Dorn im Auge ist, wühlen zwar noch eifrigst darauf los, zumal in Süddeutschland, indem sie versichern, der neue Zollvereins-Vertrag werde sofort mehrfache starke Steuererhöhungen bringen, und zwar darunter wahrscheinlich eine allgemeine Moststeuer, gewiß aber eine enorme Tabaksbesteuerung, die den seitherigen Ertrag (2 Sgr. pr. Kopf) auf 20 Sgr. pr. Kopf erhöhen und unfehlbar den deutschen Tabaksbau sowohl, wie die kleineren deutschen Tabaks- und Cigarren-Fabiken gänzlich vernichten werde. Sie veranstalten in den Distrikten, wo der kleinere Tabaksbau dichter betrieben wird, Volksversammlungen der bäuerlichen Pflanzerchen — und mischen, so viel sie können, zugleich die Anregung der politischen und confessionellen Preußenfeindschaften, als weitere wirksame Zutbat, in ihre Steuernoth-Dichtungen. Indeß übermäßig gefährlich wird dieses Treiben schwerlich werden. Die tendenziösen Erdichtungen laufen nicht lange, da stolpern sie schon über ihre eigenen ungeschickten Beine! Der neue Zollvertrag bedingt unmittelbar nicht eine einzige Steuererhöhung. Im Gegentheil, indem er sofort die stark consumirende Bevölkerung Schleswigs-Holsteins ohne Präcipuum in den Verein bringt und zugleich die seitherigen Präcipuen für den Steuerverein und für Frankfurt aufhebt, bringt derselbe den süddeutschen Staaten, ohne jede Steuererhöhung, stärkere Revenuen-Antheile, und bringt ihnen damit also umgekehrt, unter der Annahme eines gleichgebliebenen Finanzbedarfs, die Möglichkeit zu — Steuerherabsetzungen! Ist aber der Finanzbedarf der süddeutschen Staaten etwa nicht gleichgeblieben, ist er aus anderweiten Gründen gestiegen, dann ist eine dadurch nöthig gewordene Steuererhöhung nicht Folge des neuen Zollvereins, vielmehr ist unter solcher Voraussetzung der neue Zollverein gerade das beste Mittel, Steuererhöhungen möglichst mäßig zu halten und möglichst unschädlich unzulegen. Alle Agitation gegen den Zollverein aus allgemeiner Steuerangst ist also widersinnig und an die falsche Adresse gerichtet. Versuche, hierüber in irgend einer süddeutschen Kammer die Mehrheit zu täuschen, können unmöglich gelingen. Was dagegen die einzelne Frage einer hohen Tabaksbesteuerung insbesondere angeht, so findet diese Frage in dem neuen Zollvertrage noch gar nicht ihre Lösung, sondern wird unverschrt den Erwägungen und freien Ent-

Digitized by Google

schlüssen des Zollparlaments vorbehalten, und am allerwenigsten dürfte es Preußen sein, das solche „enorme Erhöhung“ betreibt. In so weit beruht das ganze Geschrei gegen Preußen und den neuen Zollverein durchweg auf Unkenntniß oder Erfindung.

Allein auf der anderen Seite ist das „Zollparlament“ doch nicht geschaffen, um die Einheit Nord- und Süddeutschlands vor In- und Ausland blos recht sichtlich zu repräsentiren, sondern allerdings sehr ernstlich dazu, das längst weiterer Fortbildung bedürftige System unserer deutschen Zölle und Steuern jetzt wirklich den gründlichsten Reformen zu unterwerfen. Auch vom Zollparlamente gilt, was Graf Bismarck vom Reichstage sagte; wenn das deutsche Volk in diesen Sattel sich nur erst hineingeschwungen hat, wird es schon reiten! Mögen alle Interessen, die bedürchten, dabei etwa unsanft unter die Hufe zu kommen, rechtzeitig die Augen aufmachen. Dadurch wird dem Gemein-Interesse, das uns vor allem am Herzen liegt, am besten gedient werden!

Neue Steuern sind immer unbequemer als alte, und eine verständige und ruhige Nation, wie die deutsche, wird sich deßhalb nicht ohne dringende Gründe auf Steuer-Reformen oder gar Steuer-Experimente einlassen. Tief eingreifende Umgestaltungen verdanken ihren Ursprung meistens der Finanznoth und vorhergegangener Finanzzerrüttung. Auch Preußens, seiner Zeit vortreffliches, Steuer-System von 1818/20 entstand nur unter dem Drucke von starken und dauernden Deficits. Sollen gegenwärtig in Deutschland und namentlich im Zollverein tiefergreifende Zoll- und Steuer-Reformen erstrebt werden, da werden sie in dem Maße leichter durchzusetzen sein, in welchem der Druck oder die Voraussicht des Druckes dauernder Defecite Regierungen und Volksvertreter zwingen, eine Vermehrung der Staatseinnahmen in der einen oder der anderen Weise zu bewirken. Für Preußen, das von der Bildung des Norddeutschen Bundesheeres und von dem Schutz- und Trutzbündnisse mit Süddeutschland nicht sowohl dauernde Mehrlasten zu erwarten hat, als im Gegentheil eine dauernde Verminderung und Ausgleichung der lange Jahrzehnte getragenen Ueberbürdung, können natürlich eigene dauernde Defecits nicht in Aussicht genommen werden. Aber allerdings stehen dauernde Defecits in Aussicht für andere nord- oder süddeutsche Staaten, welche bis dahin ihre Wehrfähigkeit vernachlässigt hatten. Diese müssen deßhalb gegenwärtig zu Steuererhöhungen sich entschließen. Ihnen aber erscheint es ganz unthunlich, die erforderlichen Mehreinnahmen ausschließlich mittels ihrer eigenen direkten Steuern oder ihrer vorbehaltenen inländischen Verbrauchssteuern zu beschaffen, und sie sehen sich deßhalb in der Lage, dringend einen Mehrertrag ausschließlich, oder mindestens theilweise aus den Zollvereins-Einnahmen wünschen zu müssen. Und für Preußen, das gerechte Erleichterungen für sich aus der Mehrbelastung der anderen deutschen Staaten zu erwarten hat, ist es bei diesem Stande der Dinge eine natürliche Pflicht, seinen Verbündeten bei ihrem Steuer-Reform-Bedürfnisse eine bereitwillig entgegenkommende Mitwirkung zu leihen. Ihm und seinen Volksvertretern wird das zugleich noch weiter erleichtert durch die schon seit längerer Zeit von Jahr zu Jahr erstarkte Einsicht, daß auch das eigene preußische Steuer-System im Verlaufe der Zeiten einestheils schlechte Zuthaten erhalten (z. B. unter anderen die Zeitungssteuer, deren Wiederanschreibung demnächst wünschenswerth ist), andererntheils die Kraft und Reife gewonnen hat, alle mit schädlichen Nebenwirkungen behafteten, 1818/20 unentbehrlich erschienenen Steuern, z. B. die Mahl- und Schlachtsteuern und dergl., allmählich entbehren oder (z. B. die Gebäudesteuer) vom Staatsbudget an die Gemeinde-Budgets abtreten zu können. Unter solchen Umständen läßt sich denn mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß, wenngleich die Erneurung des Zollvereins daran ganz unschuldig ist, und wenn gleich der neue Zollvertrag nichts darüber enthalten wird, dennoch das Zollparlament seinen bekenntlauf aller Wahrscheinlichkeit nach mit eingreifenden Tarif- und Steuer-Reformen beginnen wird, und zwar mit Reformen, die zugleich — wiewohl nicht ausschließlich — den Zweck einer Revenuen-Vermehrung verfolgen.

Diesen Reformen aber sollte man keineswegs mit einseitiger Abneigung entgegensehen. „Die Ausgaben auf das Nothwendige zu beschränken“ — die Forderung bleibt natürlich bestehen und ist eine Sache für sich. Sind indeß dauernde Mehrausgaben in mehreren Zollvereinsstaaten nun einmal unvermeidlich, weil es für die Klein- und Mittelstaaten künftig nicht mehr angehen wird, ihre Bundes-Contingente bloß auf dem Papier und zum Scheine zu führen, kann handelt es sich für diese Staaten ja gar nicht mehr um das „Ob“ der Aufbringung der erforderlichen Mittel, sondern nur noch um das „Wie“ — und sobald sie, dann das „Wie“ sich überlegen, werden sie finden, daß die Deckung ausschließlich durch directe Steuern sich für sie nicht empfehle und daß am vortheilhaftesten die Finanzquellen des Zollvereins von ihnen für ihren Zweck in Mitleidenschaft zu ziehen wären. Und sind sie einmal so weit gekommen, da werden ihre Blicke sehr bald auf der Tabaksbesteuerung, als einem der nächsten Objecte ihre Reformbestrebungen, haften bleiben. Oder vielmehr, die Blicke ihre Finanzmänner haften dort schon seit Jahren — seit Jahren steht die Erhöhung der Tabakssteuer auf der Tagesordnung der Zollconferenzen. Es handelte sich nur um das Maß. Das Minimum von Erhöhung, die Annahme der preußischen Tabaksproduktionssteuer mit darauf folgender Abschaffung der Uebergangsabgaben, würde unbedenklich auch von den preußischen Reichstags-Abgeordneten, ohne alle weitere Vorbedingung, angenommen werden und dieses Minimum ist auch, als solches, in dem Präliminar-Vertrage vom 4. Juni schon so gut wie stipulirt. Seine Annahme, die für Preußen gar kein Mehr der Einnahme bringen würde, sondern lediglich eine Erleichterung des Verkehrs, wird auf Widerspruch nicht stoßen. Es wäre jedenfalls ein ganz unberechtigtes, rein chicanöses Verfahren, wenn man — etwa Seitens der „entschiedenen“ Fortschritts-Partei — in Preußen selbst hiergegen agitiren wollte. Freilich aber werden sich voraussichtlich die Regierungen in ihren zu erwartenden Vorschlägen mit diesem Minimum nicht begnügen, vielmehr zugleich mehr oder minder beträchtliche Erhöhungen sowohl des Einfuhrzolles auf Tabak, wie auch der Sätze der preußischen Produktionssteuer beantragen. Indeß auch hier dürfen wir, unseres Erachtens, wenn wir nicht rein negative Politik treiben wollen, was auf die Dauer jede Partei ruinirt, durchaus nicht an unbedingte Ablehnung denken. Andere deutsche Vereinsstaaten bedürfen dringend erheblicher Mehreinnahmen; wir haben die Pflicht, soweit wir ohne eigenen Nachtheil das können, ihnen für ihren Zweck entgegen zu kommen. Nur zwei Bedingungen haben wir in Preußen zu stellen und unerschütterlich festzuhalten: einestheils dürfen die Sätze und die Erhebungs-Modalitäten nicht im Widerspruche mit den Grundsätzen einer gesunden Volkswirthschaft und Finanzkunst bestimmt werden, und andererntheils muß die Erhöhung zugleich, besonders für Preußen, das einer bleibenden Mehreinnahme gar nicht bedarf, ein Mittel zur Verbesserung des bestehenden Steuer-Systems und (nämlich in Preußen) schon vorgängig durch entsprechende Steuerherabsetzungen ausgeglichen sein. Diese beiden Bedingungen, auch die letztere, sind nothwendig und für unsere Reichstags-Abgeordneten pflichtmäßig geboten.

Sobald von den deabsichtigten Anträgen der Regierungen Genaueres verlautet, wird es auch für die Presse an der Zeit sein, in Bezug auf sie die oben genannten beiden Bedingungen eingehender zu erörtern. Für heute wollen wir nur unverzüglich darauf hindeuten, daß uns wie neben der erstgenannten, die natürlich niemals ganz außer Augen gelassen wird und in Betreff deren der Finanz-Minister v. d. Heydt, wie wir vernehmen, bereits eingehende Erörterungen mit den Vertretern der am meisten betheiligten Interessen angeordnet hat, gleichberechtigt auch die zweite Bedingung sieht und, zumal von den preußischen Volksvertretern eben so wenig außer Augen gelassen werden darf, als jene. Die preußischen Finanzmänner mögen sich darauf gefaßt halten, daß alle

Digitized by Google

Abschattungen der liberalen Meinung unter den preußischen Reichstags-Mitgliedern schlechterdings keine dauernde Steuer-Erhöhung bewilligen werden, so lange sie sich nicht über die gleichzeitig eintretende Compensation durch anderweite Steuer-Herabsetzung Sicherheit verschafft haben, und ferner, daß die deutschen Volkswirthe im Reichstage, wenn sie einmal die Tabaksteuer reformiren sollen, verlangen werden, bei dieser Gelegenheit sogleich jene allgemeine Tarif-Vereinfachung in Angriff zu nehmen, für welche sie seit Jahren gearbeitet haben und deren jetzt mögliche Beschleunigung, z. B. schon um den Eintritt der Hansestädte in den Zollverein zu erleichtern, noch mehr als früher zu wünschen ist. Reichstag und Landtag werden schon in diesem Jahre eingehende Budget-Verhandlungen zu pflegen haben, und erst in diesen werden die Voraussetzungen sich klären und die Grundlagen gewonnen werden, auf welchen dann im nächsten März oder April das Zollparlament Zoll- und Steuer-Reformen praktisch wird in die Hand nehmen können. Frist zu reiflichen Erörterungen ist also noch immer vorhanden; indeß mag es doch Zeit sein, daß Wähler und Candidaten die Steuerreformfrage bestimmter ins Auge fassen, und zwar nicht im Sinne einer rein negativen Demagogen-Agitation, die ihre Führer selbst in den Augen der ungebildeteren Menge ruiniren muß, sondern im Sinne einer ehrlichen und volkswirthschaftlich begründeten Verbesserung unseres ganzen Zoll- und Steuer-Systems. Die Regierungen selbst werden sich bald überzeugen, daß die vereinzelte Erhöhung der Tabaksteuer, selbst wenn für eine solche die parlamentarische Zustimmung erlangt werden könnte, doch für sich allein die gewünschten hohen Mehrerträge niemals würde bringen können. An eine parlamentarische Zustimmung zur Einführung des Tabaks-Monopols ist schlechterdings nicht zu denken. (Köln. Ztg.)

*** Aus Thüringen, Ende Juni. Das abgelaufene Vierteljahr war seit vielleicht fünfzig Jahren das verhängnißvollste für die thüringischen Kleinstaaten. Denn es galt, die Probe zu bestehen, ob sie noch länger als selbständige Staaten existiren können. Heute kann man sagen, daß sie diese Probe nicht bestanden haben. Ein kostspieliges Schein-leben werden sie vielleicht noch kurze Zeit, aber eine sehr kurze Zeit führen, um dann zu Fetzen an vollständiger Erschöpfung. Klar ist es jetzt auch dem blödesten Auge geworden, daß die Existenz dieser kleinen Gemeinwesen nur dadurch möglich war, daß die preußische Macht ihnen als Hauptstaat, die Sorge für die Wehrfähigkeit abnahm. Wenn diese Kleinstaaten ihre Fürsten für den Schutz Deutschlands in derselben Weise zu erfüllen gehabt hätten, wie Preußen, so wären sie längst finanziell ruinirt worden. Jetzt, da der norddeutsche Bund die Forderung an sie stellt: wenigstens annähernd ihrer Aufgabe gerecht zu werden, müssen die Staaten in einer Weise vermehrt werden, daß daneben die viel verschrieene preußische Steuer laß noch als eine sehr mäßige erscheint. Zahlen werden reden. In dem preußischen Staate kommt auf den Kopf die Summe von 1 Thlr. 27 Sgr. directer Besteuerung, während in dem Fürstenthum Reuß j. L. in Zukunft, d. h. von 1868 an, auf den Kopf die Summe von 2 Thalern 10 Sgr. kommt. Und dabei ist zu bemerken, daß Preußen diesen Kleinstaaten Nord- und Mitteldeutschlands bezüglich der militärischen Verhältnisse noch eine Menge Vergünstigungen insofern eingeräumt hat, als dieselben die Summe von 225 Thaler pro Mann nicht liefern, sondern erst von 1874 an zahlen, einstweilen aber mit 165 Thaler pro Mann durchkommen. Wenn die Kleinstaaten alle ihre Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung anspannen, so ist es möglich, daß sie die erhöhten Ausgaben vielleicht drei oder vier Jahre aufbringen. Aber dann ist es nicht möglich, für die innere Landescultur, für Schule, Justiz, Wegebau, Fürsorge-Anstalten, Landwirthschaft, Kunst — auch nur das Nothwendigste zu verwenden. Von einer Gehaltsaufbesserung der Beamten wird nicht mehr die Rede sein können. Mit einem Wort: die innere Maschinerie der Kleinstaaten wird schließlich stillstehen, verrosten.

Indessen machen die einzelnen Höfe verzweifelte Anstrengungen, um die Fetzenfetzen ihrer Souveränität zu ermöglichen. Das Gerücht von der Aufhebung der alten Universität Jena war nicht so unbegründet, wie später von offizieller kleinstaatlicher Seite behauptet wurde. In einer Denkschrift der bezeichnete meiningischen Regierung vom 24. Mai d. J. wird nur die Möglichkeit des Wegfalls der Unterhaltungskosten der Universität Jede von den vier sächsischen Herzogthümern Weimar, Coburg-Gotha, Meiningen und Altenburg gemeinschaftlich aufgebracht werden) in Erwägung gezogen. Bleibeht sollte es nur ein Fühler sein, ein Fühler, um zu erkennen, wie hoch das Volk in den Kleinstaaten seine Selbständigkeit, d. h. kleinstaatliche Selbständigkeit und fürstliche Souveränität, schätze. Der allgemeine Ruf der Entrüstung, welcher der Frage antwortete, kann füglich dahin gedeutet werden, daß man lieber auf die Souveränität sämmtlicher Kleinstaaten, als auf eine einzige Hochschule verzichten will. . . Pfarrerien werden aufgehoben oder mit anderen zusammengelegt, Gerichtsämter eingezogen, Verwaltungsstellen auf den Aussterbeetat gesetzt; indessen alle diese Ersparnisse sind unzulänglich. Dazu kommt noch ein anderes Moment.

Die Fürsten dieser Kleinstaaten besitzen insgesammt sehr bedeutende Civillisten oder Domänenerträgnisse. So der Großherzog von Weimar jährlich 280,000 Thlr., der Fürst von Reuß-Greiz 300,000 Thlr., der Fürst von Greiz 100,000 Thaler u. s. w. Diese Civillisten sind unter ganz andern Verhältnissen entstanden und bewilligt worden, als die gegenwärtigen. Wie ich schon früher einmal auseinander setzte, sind sofort mit der Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland im Volke die Meinung hervor, daß nun auch in dieser Hinsicht eine Aenderung stattfinden müsse. Seitens der nationalen Partei wurden auch sofort nach dem Zusammentreten der Landtage, behufs der Genehmigung der norddeutschen Bundesverfassung, darauf bezügliche Anträge gestellt. So stellten die Genossen im Landtage zu Weimar der Antrag: den Großherzog zu ersuchen, auf einen Theil seiner Civilliste, im Betrag von 30,000 Thalern, zu verzichten. Dergleichen von dem Abg. Dr. Jäger und Genossen auf dem Landtag zu Gera: das fürstliche Ministerium zu ersuchen: mit der fürstlichen Kammer in Verhandlung zu treten, wegen Herbeiführung der fürstlichen Domänenein künfte zur Tragung des Staatslasten. Im Landtage zu Weimar sieht der Fries'sche Antrag mit 11 gegen 18 Stimmen, nachdem der Herr Minister von Wydorf erklärt hatte, daß er es nicht auf sich nehmen könne, Sr. Hoheit, dem Großherzog über einen solchen Antrag überhaupt nur Vortrag zu erstatten und denselben zu befürworten; und auf dem Landtage in Gera sieht der Jäger'sche Antrag mit 6 gegen 7 Stimmen nach einer ganz ähnlichen Erklärung des Ministers von Harden. Damit sind nun allerdings diese Anträge nicht begraben. Denn daß jetzt für vielleicht noch keine Majorität erzielt worden, liegt erstens darin, daß die Mehrzahl der gegenwärtigen kleinstaatlichen Landtage zu einer Zeit (vor drei und mehr Jahren) gewählt wurde, in welcher der kleinstaatliche Partikularismus noch, in Folge der merkwürdigen Wendung, welche die Sache Schleswig-Holsteins nahm, seine schönsten Blüthen trieb; und zweitens darin, daß der finanzielle Druck noch nicht fühlbar geworden ist. Denn erst vom 1. Juli dieses Jahres ab beginnen die Wehrzugaben. In einem Jahre werden auch die localen Abgeordneten sich den Consequenzen dieses Druckes nicht mehr entziehen können.

Mit dem 1. Juli beginnen nun die Verträge Preußens mit den thüringischen Kleinstaaten in Kraft zu treten. Kurz darauf die Bundesverfassung, welche bis zum 1. Juli von allen Landtagen angenommen sein muß. Damit wird eine neue Situation eintreten, die ihren Einfluß in bestimmendster Weise geltend machen wird. Jetzt schon macht sich thatsächlich Preußens Führung selbst auf solchen Gebieten geltend, die den Kleinstaaten noch zur alleinigen Verwaltung überlassen waren. Aber es liegt eben in der zwangsherrlichen Natur, wie in der Zerspitterung der Verhältnisse, daß die kleinstaatliche Verwaltung Erspießliches nicht zu leisten vermag. Ich will gleich ein Beispiel anführen. In der bayerischen Provinz Oberfranken, sowie in den angrenzenden thüringischen Kleinstaaten Meiningen, Weimar, Coburg-Gotha, Schwarzburg, war die Rinderpest ausgebrochen. Es ist nun eine furchtbare Geißel für die gesammte Bevölkerung. Nicht nur die Landwirthe, auch die Stadtbewohner leiden darunter. Eine enorme Preissteigerung des Fleisches, der Milch, Butter u. s. w. ist die nächste, aber noch nicht die schlimmste Folge. Die Absperrung der angrenzten Distriete, Dörfer, Gehöfte in Verbindung mit der sofortigen Tödtung aller kranken oder verdächtigen Thiere ist das einzige Mittel zur Abhülfe. Die Zersplitterung der kleinstaatlichen Verhältnisse hatte es nimmer zu einem einheitlichen Verfahren kommen lassen. Da nahm Preußen die Sache in die Hände. Der preußische Generalmajor Schmidt erhielt das Commando über die kleinstaatlichen Contingente von Weimar, Reuß, Meiningen, Coburg u. s. w.; ein Civilcommissär Preußens übernahm die übrige Leitung. Der Erfolg war erstaunt. Die Rinderpest blieb auf einem kleinen Bezirk beschränkt. Das sind Thatsachen, die sehr wirksam sind auch auf den Bauer. Seit dem 2. Juli. Ein Chef Militairlazarethe, das noch in unser vorderen Decke stehenden bereitungen, das Postfürstenthum von Taxis-Thurn und Taxis, ist gestern in ganz Thüringen zusammengefallen. Noch am 30. Juni Abends diesen die Thurn- und Taxis'schen Wappenschilder von den Postgebäuden herab, doch der Morgen des 1. Juli sah den preußischen Adler seine schwarzen Flügel über den Straßen der Stadt ausbreiten. Königlich preußisches Postamt, königlich preußische Telegraphenamt und königlich preußische Militärcommandantur, diese drei Institutionen sind nun dem kleinstaatlichen Organismus — eingefügt kann ich nicht sagen, sondern vielmehr aufgesiegt. Der ersten Freude der neuen Postverwaltung genossen die thüringischen Zeitungsredacteuren preußischer Blätter. Die bisherige Postanstalt, welche Thurn- und Taxis ehedem, ist vom 1. Juli ab wogegallen und die preußischen Zeitungen dadurch um beinahe ein Drittheil wohlfeiler geworden. Auch die einfachen telegraphischen Depeschen von 20 Wörtern, welche in der ersten Zeit 5 Sgr. kosteten, sind billiger geworden und der Preis auf 5 Sgr. zurückgeführt. Und da die gesammte Postverwaltung Norddeutschlands nun in Preußens Händen ist und der Verkehr auf diesem ganzen Gebiet als innerer Verkehr betrachtet wird, so treten auch die übrigen Vortheile, Erleichterungen und Vergünstigungen des Postwesens Stelle traurend betrachtet der Anhänger des Alten diese Wandlung der Dinge. Der preußische Adler an den Anstalten des öffentlichen Verkehres ist für ihn ein unheimliches Memento mori der kleinstaatlichen Selbstherrlichkeit; und in seiner Seele klingt die Erinnerung an jenes prophetische Wort auf: wo das Aas ist, da sammeln sich die Adler. Mögen die Verkehrsherr der kleinstaatlichen Herrlichkeit und Selbständigkeit, zu denen auch Herr von Wydorf in Weimar gehört, jetzt in der letzten Stunde noch Alles tagen, was sich zu Gunsten des Kleinstaatenthums sagen läßt: sie werden Niemand mehr überzeugen. Es ist ein Anachronismus, dieses Kleinstaatenthum, werth: ruhmlos unterzugehen. Die Freiheit verliert Nichts, aber

Digitized by Google

und gar Nichts durch seinen Untergang und die Einheit, sowie die politische Mannhaftigkeit des Volkes können dadurch nur gewinnen. Das Gefühl der Bedeutungslosigkeit, der politischen Nullität wird von dem Volke genommen werden. Jene unreife Politik, phantastisch in ihren Entwürfen, schwächlich in ihrer Ausführung, jene unreife Schwärmerpolitik, die mit nebelhaften Einbildungen, aber nicht mit den vorhandenen Dingen und Thatsachen rechnete, die sich heute der verwegensten Thaten vermaß, um morgen vor den unzudämpfenden Stürmungen eines Auswanns oder Polizeiunwillens zu Kreuze zu kriechen, sie hat den vorübergehe Ergenuß von unseres Kleinstaatenthums. Dem Bürger dieser Zwergstaaten fehlte das Maaß der öffentlichen Dinge, der Ernst des staatlichen Pflichtgefühls, das Bewußtsein der politischen Verantwortlichkeit. Das Gefühl der Ohnmacht, der Nichtigkeit, gab dem kleinstaatlichen Volke jene Rand- und Bandlosigkeit, die sich in den ausschweifendsten Ideen, Projekten, Einfällen und Forderungen Luft machte. An die Verwirklichung derselben dachte Niemand; oder wenn Einer daran dachte, so geschah dies in der Weise: daß er das Zusammenkommen seiner politischen Träume von dem Eintritt irgend eines großen, weltgeschichtlichen Ereignisses, einer Revolution, eines europäischen Krieges, einer Pulververschwörung gegen L. Napoleon u. s. w. abhängig machte. Er selbst sah sich nicht veranlaßt, zur Verwirklichung seiner politischen Ideen auch nur den Finger zu rühren. Natürlich gab und gibt es Ausnahmen. So konnte auch in diesen Zwergstaaten die Presse nicht gedeihen. Klein wie das Land, eng wie seine Grenzen war auch in dieser Beziehung die Auffassung des Publikums. Es hielt die Presse darben. In jeder Hinsicht. Natürlich. Die Presse ist das Organ der öffentlichen Meinung; kann aber in solchen Zwergstaaten eine öffentliche Meinung von nur einiger Bedeutung sich bilden?

Die Kleinheit dieser Staaten ist ihr Grundübel, ihr Verbrechen, möchte man sagen; alle übrigen Uebelstände gehen daraus hervor.

Deshalb sind aber auch die Kleinstaaten unheilbar und müssen untergehen, um einem großen, kräftigen, gesunden Nationalstaat Platz zu machen.

Zeitungsschau.

Dem falschen Bathos, verwittelt dessen eine Anzahl öffentlicher Blätter die Hinrichtung des Kaisers Maximilian zu einem ungeheuren Verbrechen zu machen, durch welches sich, den Pariser Monitenr zufolge, die Mexicaner auf ewige Zeiten entehrt haben sollen, teilt „Daily News“ mit der Erinnerung an die Thatsachen entgegen, welche die Wiedervergeltung hervorgefordert haben. „Wenn Maximilian hingerichtet wurde, sagt das englische Blatt, sieht er nur in die Schlinge, die er Anderen gestellt. Er, ein europäischer Prinz, der angeblich im Interesse der Civilisation nach Mexiko gegangen, hat zuerst das Beispiel kaltblütiger Executionen gegeben. In der Geschichte unseres Jahrhunderts finden wir keinen Fall wieder, daß Jemand zu so barbarischen Mitteln gegriffen hätte, wie dieser Prinz, um sich in einem fremden Lande unrechtmäßiger Weise festzusetzen. Wenn seine Vertheidiger auf diesen Gegenstand zu reden kommen, entschuldigen sie ihn gewöhnlich damit, daß alle strengen Maßregeln von gewissen französischen und kaiserlichen Generalen ausgegangen seien. Doch dagegen zeugen historische Aktenstücke, deren Echtheit bisher noch nirgend angezweifelt worden ist. Am 3. Oktober des Jahres 1865 erschien ein von Maximilian gezeichnetes Dekret, dem zufolge alle, bewaffneten Banden zugehörigen Personen, was immer ihre Anzahl, Organisation und Benennung sein möge, vor das Kriegsgericht gestellt und, wenn schuldig befunden, einer solchen bewaffneten Bande angehört zu haben, binnen 24 Stunden hingerichtet werden sollten. Mit anderen Worten: die Truppen der Republik, die ihr Land und dessen Unabhängigkeit vertheidigten, sollten wie Räuber behandelt werden. Dieses Decret ist kein todter Buchstabe geblieben. Bevor ein Monat um war, wurden die Generale Arteaga und Salazar mit 4 Obersten, an der Spitze von 1000 Mann republikanischer Truppen, gefangen genommen. Sie gehörten der regulären republikanischen Armee an, waren Offiziere von Profession, hatten den Krieg mitgemacht, seit die Franzosen gelandet waren, und wurden trotzdem erschossen. Um ein gerechtes Urtheil zu fällen, muß man bedenken, daß diese Officiere im eigenen Lande für dessen Existenz kämpften, während Maximilian ein fremder Abenteurer — die Puppe eines Abenteurers — war, der eine gedungte Armee unter sich hatte. Jetzt heißt es, sein Blut klebe an Ihnen. Sei dem so, aber es wem klebt das Blut von Arteaga und Salazar? Als er gegen Mexico zog, mußte er als Fremder auf Widerstand gefaßt sein und hätte hiesem vermünftig und menschlich begegnen sollen. Ihn aber als ein todeswürdiges Verbrechen behandeln, war ein Verbrechen gegen die Natur. Bedauern müssen wir, daß seine Feinde sich nicht über ihre Rachegefühle erheben konnten; wenn aber je ein Mensch die Rache herausgefordert hat, so war es dieser Prinz.“

— Die Absicht der Regierung, die Zeitungssteuer auch auf die neuen Provinzen des preußischen Staats auszudehnen, veranlaßt die Hildesheimer Allg. Zeitung zu folgenden Bemerkungen: „In der Vormittags-Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Dezember v. Jahres wurde über die Zeitungssteuer nach ihre Einführung in die neuen Landestheile verhandelt. Von allen Seiten wurde die Schädlichkeit der unter der Mitregierung des Systems Manteuffel eingeführten Abgabe zugestanden und den verdammenden Urtheilen über die auf die Bildung gelegte Strafsteuer vermochte Niemand etwas Stichhaltiges entgegenzusetzen. Der Eindruck der Debatte war so lebhaft, daß in der Abend-Sitzung desselben Tages die Regierung ihre Vormittags abgegebene Erklärung, daß die Einführung der Zeitungssteuer in die neuen Provinzen beabsichtigt werde, dahin modificirte, die Frage der Einführung werde nur im Allgemeinen in Erwägung gezogen werden. Das Resultat der heftigen Verhandlungen war die Annahme des Michaelis'schen Antrages: die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session ein die Aufhebung der Zeitungs-Stempelsteuer betreffendes Gesetz einzubringen. Daß man die in Altpreußen so schnell als möglich zu beseitigende Steuer nicht den neuen Provinzen aufbürden dürfe, wurde von den verschiedensten Seiten her anerkannt; der Abgeordnete Michaelis, gewiß kein reclamirender Radicaler, sondern ein auch von den Ministern als financielle und national-ökonomische Autorität anerkanntes Mitglied des Hauses, hatte u. A. erklärt, die Zeitungssteuer sei einer gebildeten Nation und eines Culturstaates unwürdig. Die Antwort auf diese Vorgänge ist die offizielle Ankündigung, daß man die so verurtheilte Steuer, trotz alledem und alledem, in die neuen Provinzen einzuführen gewillt. Nicht weil sie die nothwendige Mehrbelastung der Provinz Hannover noch um etwas vergrößern würde, sondern weil sie ein politischer Fehler ersten Ranges wäre, protestiren wir gegen die Einführung der Zeitungssteuer; und wir widersprechen um so lebhafter, da man uns gar die baldige Umwandlung der einzuführenden Steuer in eine andere, die Inseratensteuer, ankündigt. Hat man in den Ministerialbureaux einen Begriff davon, was es für ein publicistisches Unternehmen bedeutet, die in langen Jahren mit und consequent aufgewendete Mühe erworbenen literarischen und geschäftlichen Beziehungen zweimal in kürzester Frist auf andern Fuß setzen zu müssen? Wenn die Regierung über die Stimmungen im Hannover'schen der Wahrheit gemäß unterrichtet ist, so muß sie wissen, daß sie noch auf lange Zeit hinaus der hingebenden Unterstützung derselben nationalen Presse bedürfen wird, die sich ohne Ueberredung sagen darf, daß sie fast allein die Arbeit gethan hat, welche das Schwert nicht thun konnte und die doch vollbracht werden mußte, wenn, wie es heute der Fall ist, ein großer Theil der Hannoveraner nicht blos der Farbe der Schlagbäume und Hobeltzeichen nach preußisch sein sollte. Dieser Presse wird die Regierung das weitere Wirken aufs gründlichste erschweren, wenn an dieser Presse Arbeitenden wird man ihre Aufgabe so lebhaft wie möglich verleiden, wenn man zu der besprochenen, mit vollem Rechte im voraus verurtheilten Maßregel greift. Ob eine Einnahme von 80,000 Thlr. — damit dürfte der Ertrag der Zeitungssteuer für sämmtliche neue Provinzen eher zu hoch veranschlagt sein — ein gegnügendes Aequivalent für die unausbleiblichen schädlichen Folgen wäre, das zu erwägen sollte man nicht dem Finanz-Minister allein überlassen!“

Deutscher Journalistentag.

Der Vorort des deutschen Journalistentages hält sich zur Abgabe der folgenden Erklärung für verpflichtet:

Da uns von verschiedenen Seiten Bedenken gegen eine Berufung des „Deutschen Journalistentages“ geltend gemacht worden sind, so haben wir geglaubt, sie jetzt davon abstehen zu müssen. Es hat deshalb nach seine Wahl eines Vertreters der Deutschen Journalisten auf dem literarischen Congreß zu Paris stattfinden können, worauf wir zur Vermeidung von Mißverständnissen aufmerksam machen.

Berlin, den 6. Juli 1867.

Der Vorort des deutschen Journalistentages.
J. Lehmann. Dr. G. Lewinstein. Dr. O. Lindner. Dr. Marcs.
Dr. G. Weiß.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 113. Heidelberg, den 18. Juli. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die Arbeiterbewegung. — Aus Preußen. — Heute und vor einem Jahr. — Die Süddeutschen Interessen. — Dänisches. — Aus Baiern. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 16. Juli.

*So oft der preußische Landtag der Regierung außerordentliche Vollmachten ertheilt, eben so oft hat er beim Gebrauch derselben die schlimmsten Erfahrungen gemacht. So bei der Zusammensetzung des Herrenhauses, bei den „provisorischen" Anfängen der Heeresorganisation, und neuestens bei der Ordnung der Verhältnisse der neuen Provinzen. Die Minister des Innern und der Justiz üben die ihnen zu diesem Zwecke von den Kammern verliehene „diskretionaire" Gewalt mit einer Indiskretion, welche man nicht voraussetzen zu dürfen geglaubt hat, weil sie in der That über die Grenzen, nicht nur der Billigkeit, sondern auch der gewöhnlichsten Klugheit weit hinausgeht. In Hannover freilich hat man es mit Ach und Krach dahin gebracht, daß das Land, wenigstens im letzten Augenblicke vor völlig abgemachter Sache, durch den Mund von Vertrauensmännern zu Worte kommen soll, für Kurhessen und Nassau dagegen, geschweige für Schleswig-Holstein ist keine Rede davon, daß den Interessen und der rechtmäßigen Eigenlieb dieser Provinzen ein ähnliches Zugeständniß gemacht werde. Obgleich es klar ist, daß die preußische Verwaltung in der kurzen Zeit ihrer bisherigen Dauer in den neuen Landen unmöglicher Weise hinlänglich orientirt sein kann, um mit sicherer Hand in die dortigen Verhältnisse tiefer, als durchaus nothwendig, einzugreifen, so wird doch im Verwaltungs- und Justizwesen, ohne allen dringenden Anlaß, das Unterste zu oberst gekehrt, und werden nur allzu oft die bestehenden Einrichtungen, nach der allgemeinen Ueberzeugung der Betheiligten nicht nur, sondern auch nach dem Urtheile unbefangener Zeugen, geradezu verschlechtert. So zum Beispiel in Kurhessen und Nassau Prozeß- und Gerichtsordnung, die doch wahrhaftig mit der preußischen Staatseinheit zu wenig gemein haben, um etwa im Namen derselben über das Knie gebrochen zu werden, zumal auf diesen Gebieten auch in verschiedenen alten Provinzen verschiedene Einrichtungen bestehen. Die Vortheile der preußischen Staatsangehörigkeit dagegen sehen sich die Neupreußen bis jetzt entweder vorenthalten, oder beschnitten, wie man denn, beispielsweise, kein Bedenken getragen hat, den Nassauern das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden, nachdem man sie über Gebühr auf die Wiederherstellung desselben warten lassen, hinterdrein auf dem Verwaltungswege wieder möglichst zu verkümmern. Frankfurt vollends wird fort und fort mit einer Rücksichtslosigkeit behandelt, welche dem Verstande Derjenigen, welchen dieselbe zur Last fällt, eben so wenig Ehre macht, wie ihrem Charakter. Man will in Berlin auch heute noch nicht begreifen, daß das vorjährige Verfahren gegen die weiland freie Stadt am Main nicht bloß ein Schandfleck in der preußischen Geschichte ist, sondern auch ein arger Hemmschuh der preußischen Politik, und daß das eigentlie Interesse des Staates selbst dahin drängt, daß die Erinnerung an jene traurigen Vorgänge durch günstigere Eindrücke in den Hintergrund geschoben werde. Diese Erinnerung wird vielmehr, man möchte sagen geflissentlich, aufgefrischt durch überspannte finanzielle Anforderungen an Frankfurt und durch schonungslose Behandlung seiner materiellen Interessen. Während man mit den Spielerbanden in Wiesbaden u. s. w. eingestandener Maßen über die Verlängerung ihrer Concessionen unterhandelt, nimmt man der Stadt Frankfurt von heute auf morgen ihre Klassenlotterie, auf deren Betrieb Hunderte von Familien mit ihrer Existenz angewiesen sind — und zwar augenscheinlich nicht aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt und Moral, sondern zu Nutz und Frommen der preußischen Staatslotterie. Die Entschädigung aber, welche Preußen der Stadt Frankfurt für alle ihre Verluste gegeben, ist bis auf den heutigen Tag gleich Null und nichtig, weil es an Gelegenheiten zu Grunderwerbungen durch Befriedigung brennender städtischer Bedürfnisse fehlt.

Mit desto zarterer Rücksicht und Schonung wird dagegen allerdings ein anderer Staat behandelt, welcher der Neugestaltung Deutschlands wenigstens einen Theil seiner bisherigen Souveränetät hat opfern müssen, nämlich das großherzogliche Mecklenburg. Der himmelschreiende Durchgangszoll auf der Straße von Berlin nach Hamburg wird von Mecklenburg munter forterhoben, ohne daß Preußen Anstoß daran nähme, und der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein ist auf unbestimmte Zeit vertagt weil — das Großherzogthum durch den französischen Handelsvertrag gebunden ist und weil überdies der Zollvereinstarif nicht zu den mecklenburgischen Gewohnheiten und Interessen paßt; so wenigstens sagt das neue ministerielle Blatt in Schwerin. Am wenigsten scheint die mecklenburg'sche Kriegsherrlichkeit durch eine jener Militärconventionen bedroht zu sein, wie sie Preußen von andern norddeutschen Bundesstaaten, theils bereits erlangt hat, theils zu erlangen sucht, und ohne welche allerdings die Einheit des norddeutschen Bundesheeres kaum mehr sein würde, als ein Name. Richtig ist übrigens, daß der Verzicht auf die Militärhoheit nur als der Vorläufer eines anderweitigen und schließlichen Verzichts aufgefaßt werden kann, welchen man in Berlin den mecklenburgischen Nachbarn und Vettern, zwar ohne Zweifel nicht erlassen will, mit dessen Schreckbild man sie aber vielleicht bis zum Verfalltage verschonen möchte.

Unterdessen führt die „freisinnige" Berliner Presse unverdrossen fort, ihr Publikum mit einem sinnlosen Gezänk über „Nationalliberalismus" und „Fortschritt" zu unterhalten — zur hohnlachenden Schadenfreude des Konservativismus, welcher in seinen Blättern sorgfältig Protokoll führt über diesen erbaulichen Wortwechsel der Organe der Gegenparthein. Wie viel Wahrheit und wie viel Schein bei den kreischenden Wortgefechten der Blätter der einen und der andern Farbe im Spiel ist, mag schwer herauszufinden sein; wenn aber zum Beispiel die sonst so leutselige „Vossische Zeitung" im Tone eines Wütherich's, den man an die Kette legen sollte, gegen

Digitized by Google

die „Nationalliberalen" losfährt, so erräth auch der unschuldigste Zuhörer, daß hier ein Stück Komödie aufgeführt wird. Aufrichtig gestanden können wir die politische Leidenschaft, welche bei diesen traurigen Kämpfen zur Schau gestellt wird, der Hauptsache nach nur für eine Wirkung, entweder der Selbsttäuschung oder der Berechnung, halten, während die Rechtheit der persönlichen Erbitterung, die dabei zum Vorschein kommt, leider nicht bezweifelt werden kann. Die Politik der beiden Parteien hat den nämlichen Ausgangspunkt, wiewohl man von der einen Seite die ausdrückliche Anerkennung desselben mit affektirter Sprödigkeit verweigert, nämlich die neue Bundesverfassung, und ebenso sind beiden Parteien die nämlichen Zwecke gemein, so vollständig, daß man in den beiderseitigen Programmen vergebens nach einem sachlichen Unterscheidungsmerkmale suchen würde. In der Richtung auf das gemeinschaftliche Ziel mag demnächst allerdings ein Auseinandergehen stattfinden; das aber ist Sache der Zukunft und in dieser Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit läßt sich einstweilen keinen Falls ein Kennzeichen eines sachlichen Gegensatzes erkennen. Persönliche Feindseligkeit dagegen, als Wirkung von Ursachen, die hier nicht untersucht werden sollen, ist allerdings, wie gesagt, in reichlichem Maße vorhanden und wie rücksichtslos dieselbe auf Kosten der gemeinschaftlichen Interessen und Pflichten geübt wird, davon gibt fast jede Nummer gewisser Berliner Zeitungen hinlängliches Zeugniß. Was dabei für die Sache des Liberalismus herauskommen wird, ist leicht vorauszusehen.

Der Mund der Regierungsorgane fließt über von Versicherungen des guten Einverständnisses zwischen Preußen und Frankreich, von Lob und Preis des französischen Regiments, von wohlwollenden Auslegungen des preußenfeindlichen Gebahrens der Pariser Presse. Diese Beflissenheit, die Verhältnisse Preußens zu Frankreich im vortheilhaftesten Lichte zu zeigen, steigert sich jeweils bis zur widerlichsten Fuchsschwänzerei, und macht auf jeden urtheilsfähigen Leser das Gegentheil des beabsichtigten Eindrucks. In der That ist ein solches Scherwenzeln gar nicht anders zu erklären, als — es thut uns leid, das Wort aussprechen zu müssen — durch die Furcht. Gibt es denn aber in Berlin irgend einen Menschen, der beschränkt genug wäre, sich einzubilden, daß man von dem Bonapartismus die Fortdauer des Friedens ernsthaft erheucheln könne? Wenn aber nicht, welches ist der Zweck einer solchen Selbsterniedrigung?

Zur Arbeiterbewegung in Deutschland.

II Neben anderen Auswüchsen und Abirrungen, welche die Hemmung des nationalen Lebens in Altdeutschland erzeugte, scheint heute, unter dem Einfluß der begonnenen Genesung, auch der Lassalianismus, wo nicht zu verschwinden, so doch auf einen winzig kleinen Raum von Einfluß und Bedeutung zusammengedrängt zu werden. Verschiedene Anzeichen lassen schließen, daß nicht nur der Zulauf beinahe gänzlich aufgehört hat, sondern daß auch unter den bisherigen Anhängern ein immer größerer Theil, vielleicht schon die Mehrzahl, im Begriff steht, zu einer verständigeren Auffassung ihres Klasseninteresses, und damit zugleich in eine gesundere Bahn für ihr politisches Streben zurückzulenken.

In der That, nur wenn dem nicht so wäre, hätte man sich zu verwundern. Das Ergebniß der Reichstagswahlen muß denn doch selbst bei den überspanntesten und blindesten Gläubigen ihres Propheten eine heilsame Ernüchterung bewirkt haben. Die Kluft zwischen dem, was sie, gestützt auf seine Verheißungen, von dem direkten allgemeinen Wahlrecht für sich erwarteten, und dem, was es ihnen leistete, war gar zu groß. Stets hatten sie gepredigt, und offenbar in gutem eignen Glauben, daß, bewußt oder unbewußt, die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung zu ihnen gehöre, und daß es nichts als der Probe des allgemeinen Stimmrechts bedürfe, um aller Welt dies offenbar zu machen. Aber auch unbefangene Leute nahmen an, daß sie es gut und gern doch wenigstens auf ein Dutzend Vertreter bringen könnten. Daß sie nicht einen Einzigen durchsetzen würden, daß der alte Spruch, wonach die lautesten Wasser gemeiniglich die seichtesten sind, sich so schneidend gründlich an ihnen erfüllen sollte, das hatte kein Mensch erwartet*).

Es ist bekannt — oder vielmehr, es ist wahrscheinlich den meisten unserer Leser unbekannt, denn das Interesse für diese Stürme im Wasserglas hat sich bedeutend vermindert — daß zur Zeit in der Lassalle'schen Kirche ein Schisma herrscht; zwei Päpste und zwei Conzilien stehen einander gegenüber, beide mit dem Anspruch, die allein berufenen Nachfolger und Ausleger des Stifters und seiner Dogmen zu sein, und die Kraft dessen einander Verdammungsbullen zuschleudern, oder, nach heutigem Sprachgebrauch, gegenseitig ihre Vollmachten und Beschlüsse für null und nichtig erklären. Nun bildet aber einen Hauptgegenstand des Streites das Verhalten zu den übrigen politischen Parteien, aus Anlaß der von Schweitzer befolgten Taktik, in Düsseldorf die Allianz mit der Fortschrittspartei, in Elberfeld die mit den Conservativen zu befürworten. Die Einen billigen, die Andern verwerfen dieses unsittliche Doppelspiel, und wollen insbesondere von einem Bündniß mit der Reaktion nichts wissen. Natürlich behauptet auch hier jeder der beiden Theile, die einzig ächte Ueberlieferung Lassalle's für sich zu haben. Doch scheint uns außer Zweifel, daß das Recht in diesem Streitpunkt auf der Schweitzer'schen Seite ist, seine Widersacher dagegen im Abfall vom wahren Lassalle'schen Glauben, das heißt, auf der Rückkehr zur politischen Vernunft und Moral begriffen sind. Daß sie noch eine Zeitlang fortfahren, sich Lassalianer zu nennen und dafür zu halten, thut nichts zur Sache.

Das Charakteristische und zugleich Gemeinschädliche, die eigentliche Grundverkehrtheit des Lassallianismus liegt, unserer Ansicht nach, weit weniger in seinem volkswirthschaftlichen und sozialen, als in seinem politischen Programm, oder vielmehr, weniger in seinem Ziele, als in dem Wege, auf welchem er dieses Ziel zu erreichen denkt. Es gehört freilich große Leichtfertigkeit dazu, zu lehren, und großer Unverstand, zu glauben, daß zur Gründung und zum Gedeihen von Produktivassoziationen Nichts weiter nöthig sei, als die Hilfe des Staatskredits. Indessen, wenn die Arbeiter erst einmal in den Besitz der erforderlichen wirthschaftlichen, und noch mehr der sittlich-geistigen Eigenschaften gelangt sind, die sie zu cooperativen industriellen Unternehmungen befähigen, so läßt sich aber die Frage, ob ihnen dann nach Umständen nicht auch gelegentlich der Staatskredit unter die Arme greifen könne und solle, wenigstens streiten. Wie dem auch sei, Lassalle begnügte sich nicht, die Staatshilfe als Erlösung von allem sozialen Uebel zu predigen, sondern er trieb zugleich die Arbeiter an, zur Erlangung derselben als eine eigene, dem liberalen Bürgerthum feindlich gegenüberstehende Partei im öffentlichen Leben sich aufzuthun. Und dieses brutale, in der deutschen Volkspolitik bisher unerhörte Beginnen, in die staatlichen Kämpfe ausschließlich im Namen eines Klasseninteresses einzutreten, konnte auf den Theil der Arbeiterbevölkerung, welcher sich dazu hinreißen ließ, nicht anders als vergiftend und demoralisirend wirken. Denn es mußte dazu führen und hat dazu geführt, daß man die vaterländischen und freiheitlichen Anliegen für gleichgültig und werthlos, und für das einzige politische Ziel des Arbeiters die Verbesserung seiner gesellschaftlichen Lage erklärte. Daß aber eine Taktik, wie die vorhin erwähnte des Herrn v. Schweitzer, nur die natürliche Consequenz einer solchen Anschauung ist, liegt auf der Hand. Sie wird überhaupt von allen Parteien befolgt, welche für die staatlichen Lebensfragen, Aufgaben und Ziele kein wahr-

*) Herr Bebel in Sachsen, den man anfänglich zu den Lassalianern zählte, hat gegen diese Bezeichnung protestirt. Im Wahlbezirk Elberfeld hatte ein Lassallianischer Candidat, Herr v. Schweitzer, Aussicht (im zweiten Wahlgang) durchzukommen, aber nicht durch die Stärke der eigenen Partei, sondern mit Hilfe der Conservativen. In letzter Stunde kam indeß Jemand auf den Einfall, in der Elberfelder Zeitung einige Kraftstellen aus einer materialistisch-atheistischen Schrift desselben zum Abdruck zu bringen, wodurch es den Conservativen des Wupperthals moralisch unmöglich wurde, für ihn zu stimmen. So soll es jeder innerlich unwahren Coalition ergeh'n!

Digitized by Google

hastes innerliches Interesse haben, sondern den politischen Einfluß, den sie anstreben, lediglich als Mittel für ihre Sonderzwecke verwerthen wollen. Auch die Ultramontanen z. B. sind stets bei der Hand, ihre Allianzen zu wechseln wie die Sträuße, heute mit den Feudalen, morgen mit den Radikalen zu gehen, sobald ihr einziger Leitstern, das Interesse Roms, sie in eine veränderte Richtung weist.

Was sodann speziell das Bündniß mit den Conservativen anlangt, so mag Lassalle für seine Person aufrichtig radikal und weit entfernt gewesen sein von einem förmlichen Pakt mit der Regierung; daß aber sein Auftreten thatsächlich der Reaktion zu Gute kam und kommen mußte, hat er sich gewiß nicht verhehlt. Seine fürstte politische Leidenschaft war ja obnehin nicht etwa Liebe zur Freiheit und dergleichen, sondern ein ingrimmiger Haß gegen das liberale Bürgerthum, von dem er ein, nach französischem Muster gezeichnetes Zerrbild im Kopfe trug. Und gewiß, eine Arbeiterpartei in seinem Sinne setzt eine „Bourgeoisie" in seinem Sinne voraus; ohne eine solche fehlt ihr jeder Rechtstitel, ist sie eine ganz willkürliche Schöpfung und unmöglich von dauerndem Bestande.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die Arbeiter kein Recht und keine Ursache hätten, auf die Wahrung und Förderung ihrer gesellschaftlichen Interessen, möglichst auch auf dem staatlichen Wege, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung zu ihren Gunsten, bedacht zu sein. Aber sie werden das, wie heute und ohne Zweifel noch lange die Dinge liegen, nicht gegen das Bürgerthum, sondern nur mit ihm, durch Anschluß an eine seiner freisinnigen Parteien erreichen können. Die Partei, die ihnen am nächsten steht und zu welcher sie ihr Herz am fürsten hinziehet, ist die radikale, und diese wird gewiß das Mögliche, vielleicht auch einiges Unmögliche, von Forderungen der Arbeiter in ihr Programm aufnehmen, theils aus eigener Neigung, theils aus Dankbarkeit für die Verstärkung, welche sie ihren Reihen zubringen. Aber auch die Verbindung mit dem tollsten Radikalismus ist noch zehnmal besser und für die Arbeiter heilsamer, als wenn sie allein, sich selbst und der Führung gewissenloser Abenteurer überlassen bleiben.

Uebrigens ist es auch für die gemäßigteren freisinnigen Parteien nicht allzu schwer, ihren Ansichten und Bestrebungen Anhang in der Arbeiterwelt zu verschaffen: ihre Männer dürfen sich nur zahlreicher und eifriger, als bisher, der Interessen derselben annehmen. Wer es verstanden hat, sich auf diesem Gebiete, wo es so unendlich viel zu thun gibt, das Vertrauen der Arbeiter zu erwecken, dem wird dasselbe auch auf dem politischen Felde nicht entgehen. Aber es fehlt nur noch gar sehr an Leuten, welche mit Ernst und Hingebung sich der sozialen Reformarbeit unterziehen, besonders in den eigentlichen Industriebezirken, vor Allem in Rheinpreußen, wo allein in Wahrheit etwas wie eine „Bourgeoisie" *) existirt. Was man aber ausrichten kann, beweist, besser als alle Worte, das leuchtende Beispiel von Schulze-Delitzsch, dessen Thätigkeit freilich vorwiegend dem kleinen Handwerk, weniger dem Fabrikarbeiterstand, gewidmet ist. Aber es genügt nicht, Schulze-Delitzsch zu bewundern, man muß ihn nachahmen.

Aus Preußen 14. Juli. Nach der Haltung eines Theils der Presse der Fortschrittspartei kann man der bevorstehenden Wahlbewegung nicht ohne Sorge entgegen sehen. Dieser Theil der Presse will augenscheinlich der Welt beweisen, daß der Ausspruch des alten Kanzlers Oxenstierna nicht bloß auf die Regierungen, sondern auch auf die Opposition Anwendung finden kann. Ihre Schuld ist es wenigstens sicher nicht, wenn die Spaltung in der liberalen Partei bei den nächsten Wahlen nicht zu erbitterten Kämpfen der einzelnen Fraktionen derselben führt, welche die Aussichten der Konservativen sehr wesentlich verbessern. Diese Presse, welche die Stimmung im Lande und die realen Verhältnisse der Gegenwart ungefähr ebenso richtig beurtheilt, wie der Stuttgarter „Beobachter", in dem sie ihresgleis den treuesten Repräsentanten der liberalen Volksmeinung im Süden verehrt, erklärt mit großer Dreistigkeit, es gebe im Lande gar keine national-liberale Partei; die Liberalen halten fast überall einmüthig fest an der Fortschrittspartei und ihrem neu aufgelegten Programm, und daneben gebe es einige 20 national-liberale Abgeordnete, deren „Geschichte" denn die „Volkszeitung" mit einer ebenso giftigen, als einfältigen Verlogenheit schreibt. Sie ließen die Reichsverfassung von 1849 in der Adresse des Abgeordnetenhauses im vorigen Jahr gleich nach dem Kriege fallen und sie stimmten für die Bundesverfassung, weil „ihr Bedürfniß nach Hurrah schreiender Gouvernementalität" sie zu so „schwachmüthigem Abfall" verführte; andere Motive können sie gar nicht gehabt haben; denn die „Volkszig." hätte weder in dem Nichtzustandekommen einer Adresse zu jener Zeit einen europäischen Skandal, noch in der Verwerfung der Bundesverfassung ein nationales Unglück gesehen. Folglich — wird der Jude verbrannt; keine nationale Wahlen, bei Strafe der Ketzerei! —

Der Hauptvorwurf gegen die Nationalen ist ihr angeblich ganz unnöthiges Ausscheiden aus der Fortschrittspartei. Deßhalb macht auch Hoverbeck in seinem Wahlbericht in Königsberg für alle schädlichen Folgen der Trennung lediglich sie verantwortlich, weil die Fortschrittspartei „auf ihrem Standpunkt stehen geblieben sei." Trotz der Ereignisse des Jahres 1866?! Doch lassen wir das; aber welches ist denn dieser Standpunkt, und woran hält der Wähler im Lande unerschütterlich fest, wenn er zum Banner der Fortschrittspartei schwört? In den innern Fragen zeigen die Programme keine erhebliche Verschiedenheit. In der nationalen Frage rühmt die „Volksztg." vor Allem die Toleranz der Fortschrittspartei, kraft deren man innerhalb derselben über den Einheitsstaat und Bundesstaat und die dahin führenden Mittel und Wege ganz nach Belieben denken können. Aber diese „Toleranz", welche schon Jahre lang jede positive Meinungsäußerung über Schleswig-Holstein verhindert hatte, mußte die Partei jetzt sprengen, weil die wichtigste praktische Frage der Gegenwart, die Neugestaltung Deutschlands, eben schlechterdings nicht als offene Frage betrachtet werden konnte. Daß die Nationalen deßhalb ausgeschieden sind, dafür haben die „Entschiedenen" gar kein Verständniß, weil sie die Opposition quand même zum besonderen Kennzeichen eines politischen Charakters stempeln.

Aber wie will denn nun die Fortschrittspartei mit dieser „Toleranz" als Partei weiter operiren? Worauf verpflichten sich ihre Anhänger? Waldeck begrüßt die Annexionen mit Freuden, Jacoby verdammt sie als ein Verbrechen gegen die Souveränetät des Volkes: — was Wunder, daß die „Demokraten" in Hannover den Anschluß an die Wahlvereine der Fortschrittspartei wegen ihrer Zustimmung zu den Annexionen ablehnen, während die „Demokraten" in Holstein sich wegen deren Ablehnung mit ihr in voller Uebereinstimmung zu fühlen glauben? Welches ist nun der richtige „Standpunkt"? Und wie steht es mit der Bundesverfassung? Die Einen beschränken sich darauf, ihre Mängel hervorzuheben und nach ihrer Verbesserung zu streben; die Andern erklären sie für unverbesserlich, für ein leidiges, durch Vergewaltigung herbeigeführtes Provisorium, welches man schon deßhalb baldmöglichst beseitigen müsse, weil darin „ein Widerspruch und eine Verletzung des Ehrgeizes fremder Nationen" liege, die diesen — bescheidenen Patrioten gar nicht räthlich erscheint. Daneben werten sie, um ihren Widerstand gegen die durch die ganze politische Situation so gebieterisch geforderte Konsolidirung des Begonnenen, in welchem sie sich mit den verbissensten Partikularisten und Ultramontanen begegnen, einigermaßen zu entschuldigen, schmerzliche Seitenblicke auf die deutschen Brüder in Oesterreich und in Süddeutschland, ohne die man eben nirgends mit der Einheit einen Anfang machen dürfe. Selbst Hoverbeck stimmt dieses abgedroschene Lied wieder an, der doch gewiß mit und die Beseitigung des Dualismus in Deutschland stets für das oberste Ziel des National-

*) Zum Begriffe der „Bourgeoisie" gehört ein politisches Vorzugsrecht, wie es in Frankreich durch hohen Wahl- und Wählbarkeitscensus begründet war, in Deutschland aber nirgends existirt, noch jemals existirt hat. D. H.

Digitized by Google

Vereins gehalten hat. Die Neigung der süddeutschen Brüder, nach denen er ausschaut, für die Theilnahme an dem begonnenen deutschen Einheitswerk, kann er täglich in den Organen der Radikalen und der Ultramontanen sehr unzweideutig ausgedrückt finden. Welches ist also nun der „Standpunkt", das Weiterbauen auf der faktisch gegebenen Grundlage, oder der alt-großdeutsche Traum von dem 70 Millionen-Reich der Zukunft, welche nie beginnt? Und eine Partei, deren bedeutendste Führer in den wichtigsten Fragen so weit auseinandergehen, wirft der national-liberalen Partei Mangel an Uebereinstimmung mit sich selbst vor! —

Es ist wahr, die Führer der Fortschrittspartei haben in diese Ketzerrichterei der „entschiedenen" Presse nicht eingestimmt, wenn sie sich auch nicht öffentlich dagegen ausgesprochen haben. Einige haben sogar, wie man sagt, eine Verständigung mit den Nationalen gesucht, um ein gemeinsames Handeln, der konservativen Partei gegenüber, bei den Wahlen möglich zu machen, wofür sich die Stimme des Landes immer lauter ausspricht, und wofür sich auch die einzelnen Wahlbezirke schließlich wohl entscheiden werden. Aber leider haben jene Führer wenig Einfluß auf die Verbissenen im Lande und in der Presse. So haben die „Entschiedenen" in Danzig, deren Verschrobenheit bei den vorigen Reichstagswahlen schließlich den Sieg der Konservativen herbeiführte, auch jetzt wieder den Vorschlag der National-Liberalen, Denjenigen als den Kandidaten der liberalen Partei anzuerkennen, der bei der Vorwahl die Majorität erhalte, zurückgewiesen. Und die „Volkszig." will es allenfalls geschehen lassen, daß die Fortschrittspartei der Wahl der Herren Lette, Simson, Schwerin und Forckenbeck, die sich nur „bedauerlich schwach" gezeigt haben, keine Hindernisse in den Weg legt, wenn sie nur mit aller Kraft die Wahl von „Renegaten", wie Twesten und Lasker zu verhindern sucht. Es ist bezeichnend, daß diese Presse, welche von sittlicher Entrüstung überwallte, als ein nationales Blatt einmal die politische Fähigkeit und Einsicht einiger „entschiedenen" Redakteure stark bemängelte, sich täglich die gröbsten Angriffe auf den Charakter und die Ueberzeugungstreue hervorragender Mitglieder der nationalen Partei gestattet, die lange Jahre hindurch furchtlos für die Freiheit gekämpft haben. Das scheint ihnen ganz harmlos vorzukommen. —

Obgleich Jedermann weiß, daß es sich für jetzt lediglich um die gleichmäßige Besteuerung des Tabacks im ganzen Zollverein handelt, so sehen sich gewisse Berliner Correspondenten, welche auch diese Frage lediglich zu einer neuen Hetzerei gegen den norddeutschen Bund, das Zollparlament und die Nationalen, durch emsige Verbreitung der übertriebensten und unwahrscheinlichsten Gerüchte, benutzen, doch in der Lage, „ihre früheren Nachrichten durchaus aufrecht zu erhalten." Das Papier ist ja geduldig. Nur gestehen sie zu, daß eine neue Besteuerung dem Zollparlamente vorgelegt werden müsse, dessen Zusammensetzung doch in der Hand des Volkes ruht; aber was nutzt das? „Die Nationalen werden schon dafür sorgen" u. s. w. u. s. w. Uebrigens hat uns die offiziöse „Prov. Korr." bereit, das Gerücht von einem im nächsten Budget erscheinenden Defizit von 5 Millionen zu dementiren und dabei zu erklären, daß für die preußische Regierung keine Veranlassung vorliege, die Steuern in Preußen zu erhöhen; es werde nur in Erwägung gezogen werden, ob nicht die und da eine Aenderung im Modus der Besteuerung, in der Auswahl der Besteuerungs-Objekte u. dgl. am Platze sei. In diesem Sinne hat man auch hier in politischen Kreisen die Tabacksfrage von vornherein aufgefaßt, und namentlich hat die nationale Presse die Tabacksteuer nie besprochen, ohne eine entsprechende Ermäßigung oder Abschaffung anderer unzweckmäßigeren Steuern für Preußen als selbstverständlich zu verlangen, weil hier die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Darauf stützen die „Entschiedenen" die Behauptung, daß die Nationalen „natürlich" diese und jede andere Steuererhöhung unbesehens bewilligen werden! Das nennen sie anständige Polemik. —

In den neuen Provinzen hat unsere Regierung wieder einmal ihr Geschick — oder soll man sagen: ihr Prinzip? — bewährt, der öffentlichen Meinung in's Gesicht zu schlagen und Preußens beste Freunde von sich zu stoßen. Die Diktatur geht mit dem 1. Oktober zu Ende; und trotz der politischen Ferien im eigenen Lande benutzt die Regierung diese kurze Frist zu den einschneidendsten Verordnungen über die Verwaltung des Staatsschatzes in Kurhessen, über wichtige Abänderungen im Justizwesen, über Einführung einer ganzen Reihe neuer Steuern, einschließlich der Zeitungssteuer! Worüber sollen denn eigentlich die hannover'schen Vertrauensmänner berathen, deren Ernennung einen so sichtlich guten Eindruck im Lande machte? Diese Verkehrtheit und Verblendung wären unbegreiflich, wenn man nicht schon so viele Proben davon hätte. —

Heute und vor einem Jahre.

† Wenn es Napoleon III darum zu thun war, in der Pariser Gewerbsausstellung ein Pflaster für so manche frische Wunde des französischen Ehrgeizes und der französischen Interessen zu finden, so muß man gestehen, daß er seine Mittel gut gewählt und seinen Zweck nahezu erreicht hat. Die mächtigsten Fürsten Europa's haben sich seinen Einladungen nicht entziehen zu dürfen geglaubt, und dem Tuilerienhofe eine Art Tribut von „legitimem" Glanz und dynastischem Stolz entgegengebracht; die Gaffer aus allen Ländern sind zu Hundertausenden nach der französischen Hauptstadt zusammengeströmt und haben in derselben das süße Bewußtsein aufgefrischt, daß Paris die Centralsonne der civilisirten Welt sei und bleibe; nebenbei sind die glänzendsten Geschäfte von den Pariser Fabrikanten, Kaufleuten u. s. w. gemacht worden, deren gefüllte Kassen naturgemäß keinen geringen Antheil an jener Zufriedenheit Frankreichs haben, von welcher bekanntlich die Ruhe der Welt abhängt.

Nach allen diesen Richtungen hin waren die Dinge für den Bonapartismus über Erwarten gut gegangen, so daß man annehmen konnte, die Schlappen und Einbußen, die er sich in den letzten Jahren zugezogen, seien im Laufe dieses Sommers großen Theils wieder ausgeglichen. Da kam die Nachricht von dem gewaltsamen Tode des Kaisers Maximilian. Die heilende und versöhnende Wirkung des Erfolges der Ausstellung ist dadurch hintendrein, zum großen Schaden des Bonapartismus, beträchtlich abgeschwächt; nichtsdestoweniger aber wird Niemand verkennen, daß die politische Stellung Frankreichs eine stärkere geworden, als sie im vorigen Jahre um diese Zeit war.

Das Nämliche läßt sich leider nicht von Preußen sagen. Preußen, es ist wahr, hat seine Zeit seit Königgrätz nicht verloren, vielmehr inzwischen eine Reihe wichtiger Leistungen vollbracht; aber gleichwohl ist es heute nicht mehr so groß, wie es am Tage nach jener Schlacht in den Augen des Inund Auslandes war. Allerdings konnte unter dem unmittelbaren Eindrucke des ungeheuren Ereignisses eine gewisse Ueberschätzung der Macht, die daselbe hervorgebracht, nicht ausbleiben; allein die heutige Nüchternheit des Urtheils ist jeden Falls nicht der bloße Gegensatz der anfänglichen Selbsttäuschung, sondern zugleich die Wirkung einer inzwischen gemachten bitteren Erfahrung, die sich in dem Namen Luxemburg zusammenfassen läßt.

Es ist nicht an der Zeit, die Streitfrage von Neuem anzuregen, ob und wie weit das Londoner Abkommen wegen Luxemburgs mit der Ehre und dem Interesse Preußens und Deutschlands verträglich, oder doch von den Umständen geboten war, oder nicht. Gleichviel, wie man diese Frage beantwortet: daß der Glanz der preußischen Waffen durch die Räumung der ein halbes Jahrhundert hindurch innegehabten Gränzfestung getrübt ist, wird kein ehrlicher Mann bestreiten, und eben so wenig kann man sich, ohne absichtliche Selbstverblendung, darüber täuschen, daß in Folge davon das Vertrauen auf Preußen auf der einen, und die Scheu vor der preußischen Macht auf der andern Seite eine empfindliche Einbuße erlitten hat. Und daß eine solche Veränderung des

Digitized by Google

öffentlichen Urtheils, auch wenn sie von einem Irrthum ausgehen und auf einen Irrthum hinauslaufen sollte, ein politischer Verlust sei, wird wohl selbst dem dunkelsten Kopfe einigermaßen einleuchten.

In dieser Lage der Dinge kommt der fünfte Artikel des Prager Friedens, die Wiederabtretung eines Theils von Nordschleswig betreffend, auf die Tagesordnung. Von der Art und Weise der Erledigung dieses Gegenstandes wird es abhängen, ob der Glaube an die preußische Macht sich wieder hebt, oder noch um viele Grade tiefer sinkt. Die Willensmeinung der Nation ist einstimmig darin, daß überhaupt kein Stück schleswig'schen Bodens an Dänemark zurückzugeben, daß vielmehr der einschlägige Artikel des Prager Friedensvertrages, im Einverständnisse mit Oesterreich, aufzuheben sei. Dem öffentlichen Rechte würde damit volles Genüge geschehen und ein hinlänglicher politischer Grund für ein entgegengesetztes Verfahren der preußischen Regierung wird sich schwerlich nachweisen lassen. Denn für das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich kann ein für das letztere so geringfügiges Interesse, wie dasjenige, um welches es sich hier handelt, nicht maßgebend sein, und was Dänemark anbetrifft, so weiß alle Welt, — mit Ausnahme allerdings der Köln. Zeitung — daß ein ernstlich gemeinter Vergleich mit demselben, so wie so, unmöglich ist. Am wenigsten kann und wird das Tuilerienekabinet jemals aus der nordschleswig'schen Sache, als solcher, einen Kriegsfall machen, das heißt, den Dänen zu Liebe um Alles oder Nichts spielen, während Dänemark seinerseits durch kein mögliches Zugeständniß abgehalten werden würde, bei jedem ernstlichen Kriege, der uns bevorsteht, der Bundesgenosse unserer Feinde zu sein.

Was von Berlin aus über die Absichten der Regierung in Bezug auf Nordschleswig verlautet, klingt ziemlich zweideutig. Man kann daraus folgern, daß es dem Herrn v. Bismarck darum zu thun sei, den berüchtigten Artikel 5 des Prager Friedens ganz zu vereiteln, man kann aber auch ohne Mühe zu dem entgegengesetzten Schlusse gelangen. Wollte man vollends einem Gerüchte glauben, welches in Berlin von Mund zu Mund geht, so wäre Herr v. Bismarck in der nordschleswig'schen Sache so frei von allem — Vorurtheil, daß er sogar wegen Düppel's, Alsen's, Flensburg's keine Schwierigkeiten machen würde, wenn er sich durch ein solches Opfer freie Hand für seine anderweitigen Geschäfte verschaffen könnte. Freilich meint man, für Düppel u. s. w. einen sichern Bürgen in der Person des Königs zu haben; aber die nämliche Bürgschaft hatte man bekanntlich auch für Luxemburg. — Es mag also wohl nicht ganz überflüssig sein, sich nach anderweitigen Hülfsmitteln umzusehen. Eine starke moralische Garantie gegen jede ernstliche Verletzung seines alten Territorialbestandes wird Schleswig jeden Falls in dem preußischen Landtage finden. Seitdem die Herzogthümer dem preußischen Staate einverleibt worden, stehen sie unter dem Schutze des Artikels 2 der Verfassung: „Die Gränzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden." Ein preußisches Abgeordnetenhaus, welches einem solchen Gesetze im Sinne jener angeblichen oder wirklichen Pläne des Herrn v. Bismarck, seine Zustimmung gäbe, wird selbst durch die meisterhafteste Ausübung der ministeriellen Wahlkünste niemals zu Stande zu bringen sein.

Eine weitere Gewähr gegen grobe Verletzung der Integrität Schleswigs liegt in der Unsicherheit des dabei beabsichtigten Erfolgs, der kein anderer ist und sein kann, als, sich mit Frankreich auf guten Fuß zu stellen und insbesondere, die Gefahr eines europäischen Krieges hintanzuhalten. Angenommen selbst, der Bonapartismus glaube den fünften Artikel des Prager Friedens als einen Ehrenpunkt behandeln zu sollen, in welchem er, wohl oder übel, das Nachgeben Preußens um jeden Preis durchzusetzen habe, bleibt immer noch der starke Zweifel, ob durch dies Nachgeben der Bruch wirklich abgewendet werden kann, und mit diesem Zweifel ein mächtiger Antrieb zum Widerstande. Nachdem man gestern Luxemburg geräumt, heute Nordschleswig preisgegeben, um morgen vielleicht dennoch den Handschuh zugeworfen zu erhalten — das hieße doch den Gimpel in der Komödie spielen, eine Rolle, zu welcher Herr v. Bismarck selbst, bei aller Bielseitigkeit und Unerschrockenheit, wenig Lust und Muth haben wird.

Indessen, es kommt nicht blos auf die Entschlüsse der preußischen Regierung an, sondern auch auf Beschaffung der Mittel, um denselben den erforderlichen Nachdruck zu geben. Die materiellen Mittel zu diesem Zweck sind oder werden, wie man annehmen darf, in möglichst weitem Umfange in Bereitschaft gesetzt, die zur Ergänzung derselben erforderlichen moralischen Kräfte dagegen läßt man fort und fort brach liegen. Die preußische Regierung thut so viel wie nichts, um den guten Willen der neuen Provinzen überhaupt und Schleswig-Holsteins insbesondere für sich zu gewinnen; sie läßt vielmehr ihren Feinden und Nebenbuhlern jeden Vorwand und jede Handhabe, die da in der öffentlichen Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand der Dinge gefunden werden können. Eben so wenig geschieht etwas Ernstliches, um den Volksgeist in Preußen selbst bei guter Stimmung zu erhalten, oder gar, um das Herz der deutschen Nation in's Interesse zu ziehen. Solche Dinge liegen jenseits des Horizonts der Bismarck'schen Politik. Die lange Reihe der Versäumnisse und Mißgriffe, deren man sich in Berlin binnen Jahr und Tag auf eigene Kosten schuldig gemacht, erhält fortwährend neuen Zuwachs. Hat doch in den letzten Tagen Herr v. d. Heydt sogar für zweckmäßig erachtet, das Hauptwerkzeug der preußischen Propaganda in Hannover, die durchweg nationalgesinnte Presse des Landes, für ihre guten Dienste durch Heranziehung zu der Stempelsteuer zu bestrafen, deren Unhaltbarkeit von der Regierung selbst anerkannt worden ist.

Nochmals, Preußen ist, im Gegensatze zu Frankreich, kleiner geworden, als es im vorigen Herbste war, und zwar durch eigene Schuld.

Die süddeutschen Interessen.

A. C. Erlangen, 9. Juli. Man spricht so oft von süddeutschen Interessen im Gegensatz zu Norddeutschland, daß es wünschenswerth wäre, über die Natur dieses Gegensatzes endlich belehrt zu werden. Wo hat er seine Wurzel, in welchen Verhältnissen prägt er sich aus? Es gelingt uns nicht, ihn zu entdecken: weder im Volk noch im Staat und der Kirche, in der geistigen so wenig wie in der wirthschaftlichen Entwicklung, in dem innern Leben der Nation so wenig, wie in ihren Beziehungen zu der übrigen Welt.

Soll er abgeleitet werden aus dem eigenthümlichen Charakter der Stämme, die das Land diesseits und jenseits des Maines bewahren? Gewiß sind der Albaner und der Niedersachse so ungleiche Brüder, wie sie jemals aus dem Schooße einer Mutter hervorgingen; dennoch erkennen sie sich als Brüder beim ersten Blick und Wort und der Unterschied, welcher sie trennt, ist kein größerer, als der zwischen den Bewohnern der Rheinebene und der Ostseeküste im Norden oder den Pfälzern und Alpbayern im Süden selbst. Es gibt süddeutsche Stämme, aber kein süddeutsches Volk; die Einheit der sogenannten süddeutschen Interessen löst sich, unter dem Gesichtspunkt der Stammeseigenthümlichkeit betrachtet, wenn man näher zusieht, sogleich in eine bunte Mannichfaltigkeit schwäbisch-allemannischer, bayerischer und fränkisch-pfälzischer Interessen auf.

Oder besteht ein Gegensatz süd- und norddeutscher Kultur auf dem Gebiete des geistigen und religiösen Lebens? Allerdings überwiegt im Norden das protestantische, im Süden das katholische Element; aber in Hessen sind drei Viertheile, in Würtemberg zwei Drittheile, in Bayern und Baden fast ein Drittheil der Bevölkerung protestantisch, während andrerseits Preußen allein über 8 Millionen Katholiken zählt. Wenn in zwei süddeutschen Staaten die Mehrzahl dem Protestantismus angehört, wenn in allen die vollkommene Gleichstellung der Konfessionen verfassungsmäßiger Grundsatz ist, so hat niemand das Recht, von einem Gegensatz süd- und norddeutscher Interessen in Sachen des Glaubens und der Kirche zu spre-

Digitized by Google

chen. Die Pflege der Geistesbildung hat sich in Deutschland überall auf gleicher Grundlage entwickelt. Die immerhin bestehenden Verschiedenheiten in der Einrichtung und dem Zustande der Volks- und Mittelschulen sind mindestens nicht geringer, wenn man Bayern und Würtemberg, als wenn man den letzteren Staat mit einem norddeutschen Lande vergleicht. Das deutsche Universitätsleben, von München bis Göttingen, von Freiburg bis Königsberg, hat überall derselbe Geist in derselben Form gestaltet. Es gibt Abstufungen der Bildung, vorgeschrittene und zurückgebliebene Provinzen diesseits und jenseits, verschiedene Richtungen des geistigen Strebens; aber es gibt keine süddeutsche Literatur, Wissenschaft und Kunst im Gegensatz zur norddeutschen, und folglich auch auf diesem Gebiet keine „süddeutschen Interessen."

Sollen sie vielleicht im Bereiche des wirthschaftlichen Lebens zu suchen sein? Hat vielleicht der Bewohner Norddeutschlands eine krankhafte Neigung, Steuern zu zahlen, die dem Süddeutschen, wenn sie in parlamentarischer Gemeinschaft verbunden sind, bedrohlich werden könnte? Es ist bis jetzt von einer so eigenthümlichen Vorliebe nichts wahrgenommen worden. Oder herrscht diesseits des Maines der Landbau, jenseits die Industrie so überwiegend vor, daß hier ein Kampf widersprechender Interessen unvermeidlich wäre? Die Geschichte und Statistik der deutschen Volkswirthschaft beantwortet auch diese Frage verneinend. Der Ackerbau ist im Norden, die Industrie im Süden von solcher Bedeutung, daß man nicht daran denken kann, da oder dort einseitig das eine oder das andere zu begünstigen. Der Zollverein liefert seit 30 Jahren den thatsächlichen Beweis, daß sich Nord- und Süddeutschland unter einer gemeinsamen Zollgesetzgebung ökonomisch in gleichem Maße wohl befinden. Es existirt, den Weinbau ausgenommen, kein Gewerbszweig von einigem Belang, der den süddeutschen Ländern allein eigenthümlich und zugleich für jedes derselben wichtig genug wäre, um ein specifisch „süddeutsches Interesse" an ihn zu knüpfen. An der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Frage der Tabaksteuer zeigt sich dieß sehr deutlich. Die Besteuerung der Producenten ist nicht eine „süddeutsche", sondern eine rein provinzielle Angelegenheit, denn nur in der bayerischen und der badischen Pfalz findet sich ein ansehnlicher Tabaksbau. Die Besteuerung des ausländischen Tabakes und der Fabrikation trifft gleichmäßig die süd- und norddeutschen Fabriken, die schließliche Preiserhöhung des Fabrikates ebenso gleichmäßig alle süd- und norddeutschen Raucher.

Ist demnach der Gegensatz süd- und norddeutscher Interessen auch in den wirthschaftlichen Dingen unerfindlich, so bleibt nur noch übrig, ihn auf dem eigentlich politischen Gebiete zu suchen.

Gibt es süddeutsche Interessen, im Gegensatze zu den norddeutschen, auf dem Gebiete der Politik?

Fragt man zuerst nach dem Interesse der Dynastien, so liegt diesen ohne Zweifel vor allem daran, von ihrer Souveränetät zu behaupten, soviel sich behaupten läßt. Dieß ist jedoch kein eigenthümlich süddeutsches Bedürfniß: der König von Sachsen theilt es mit dem König von Bayern und der Großherzog von Mecklenburg empfindet es vermuthlich weit lebhafter, als der süddeutsche Großherzog von Baden. Fragt man weiter nach den politischen Interessen des Volkes, so weisen sie alle auf die Einigung mit Norddeutschland hin. Zwar wird dieser Satz heute noch von Vielen bestritten, allein die hessische und die badische Volksvertretung haben ihn bereits unumwunden anerkannt. Anderseits hat auch in Norddeutschland die neue Lage der Dinge viele Gegner; aus dem Widerspruche, den sie in einem Theile des Südens und ebenso in einem Theile des Nordens erfährt, läßt sich kein „süddeutsches Interesse" konstruiren.

Daß die norddeutsche Verfassung in liberalem Geist umgestaltet werde, ist gleichfalls kein süddeutsches, sondern, vom Standpunkt aller liberalen Parteien ein gemeinsames deutsches Interesse. Man spricht oft von dem vorzugsweise demokratischen Zuge der süddeutschen Bevölkerung, und vielleicht mit einigem Rechte, obwohl sich dieser Zug in dem süddeutschen Verfassungs- und Verwaltungswesen bis jetzt noch nicht merklich ausgeprägt hat. Jedenfalls aber verehren die schwäbischen Patrioten, die das Wort am fleißigsten im Munde führen, Jacoby und Waldeck als ihre erprobten Vorkämpfer und bezeugen hiermit, daß auch die Vertretung der demokratischen Staatsidee keineswegs eine ausschließlich süddeutsche Angelegenheit ist.

Wäre nun der Sitz der besonderen süddeutschen Interessen in dem Verhältniß zum Ausland zu finden? Es gibt eine kleine, wenn auch nicht überall einflußlose Partei von Erbärmlichen, die diese Frage laut oder im Stillen bejahen, und in Frankreich ihren Rückhalt gegen eine innere Entwicklung, die ihnen verhaßt ist, suchen. Allein dem Volk von Süddeutschland liegt die Mißschuld an solchen Gedanken ferne. Nur auf das Verhältniß zu Oesterreich könnte man hinweisen, um einen Gegensatz der Anschauungen, wenn auch nicht der Interessen, geltend zu machen. Es ist jedoch durch nichts erwiesen, daß dieser Gegensatz jetzt, nach der Umgestaltung der politischen Lage, die das Jahr 1866 gebracht hat, wie früher fortbesteht. Vielmehr haben die Ereignisse einerseits den Süden von Oesterreich entfernt, andererseits Preußen und die norddeutschen Staaten in die Möglichkeit versetzt, sich Oesterreich zu nähern. Jetzt erst ist eine gemeinsame deutsche Politik, Oesterreich gegenüber, möglich geworden, die von der Thatsache ausgeht, daß Oesterreich kein deutsches, aber ein von deutschen Elementen durchdrungenes Staatswesen ist. Es wird nicht die leichteste Aufgabe sein, aus dieser Thatsache die richtigen Folgerungen zu ziehen, aber daß sie gezogen werden, liegt gleichmäßig im Interesse Süd- und Norddeutschlands.

Wir finden also nirgends einen in der Natur der Dinge begründeten Gegensatz süd- und norddeutscher Interessen; wir finden überall nur das große Interesse der einen deutschen Nation, dem wir alle zu dienen verpflichtet sind. Ihm untergeordnet stehen in zweiter Reihe die berechtigten Ansprüche der einzelnen Provinzen und Bevölkerungsgruppen, die von ihren Sonderinteressen und hergebrachten Einrichtungen nicht mehr zu opfern haben, als das Bedürfniß des Ganzen fordert. Aber auch diese Bedürfnisse und Ansprüche sind nicht spezifisch süddeutsch, sie machen sich in Sachsen und Braunschweig ebensowohl geltend, wie in Bayern oder Darmstadt. Die „süddeutschen Interessen" existiren nicht, sie sind eine Erfindung der partikularistischen und ultramontanen Einbildungskraft.

Dänisches.

Einige Hundert in Dänemark wohnende Leute, die sich als geborne Deutsche bezeichnen, haben eine Zuschrift an die N. A. Z. gerichtet, in welcher sie die größte Verwunderung darüber äußern, daß man preußischerseits Bürgschaften zu Gunsten der in Nordschleswig ansässigen Deutschen, die etwa wieder unter dänische Herrschaft fallen sollten, von der Kopenhagener Regierung verlange, sintemal sie, die Unterzeichneten, in dem Wahlwollen ihrer dänischen Mitbürger und der dänischen Regierung einen hinreichenden Schutz für alle ihre Interessen immer gefunden. Dieses Schreiben, welches von Anfang bis zu Ende eine schmähliche Verleugnung des Vaterlandes ist, wie sie leider nur bei Deutschen im Auslande vorkommt, findet in der N. A. Z. eine derbe Abfertigung und wird überdies mit dem folgenden Auszuge aus den in Kopenhagen erscheinenden „Blättern für den gemeinen Mann" in schlagender Weise beantwortet:

„Man könnte vielleicht behaupten, es sei nicht in den Gesetzen und Regierungsverordnungen ausgesprochen, daß die Deutschen, die sich bei uns eingebürgt haben, vertrieben werden sollen. Es ist dieß auch wahr. Wir sind in den Zeiten des Absolutismus nur allzu sehr daran gewöhnt worden, Alles von oben zu erwarten, und zu fordern, daß Alles von oben her geschehe; doch würden unter allen Umständen die besten und klarsten Regierungsverordnungen nichts ausrichten, wenn nicht die große Mehrheit des Volkes mithielfe, auf eigene Hand den kleinen Krieg gegen die Fremden (die Deutschen) zu führen. Kein Mittel, keine Schärfung für etwaige persönliche Eigenschaften eines eingewanderten Deutschen darf hier mißverschen. Der König kann deutsche Beamte einsetzen, denn alle Schleswiger, Hol-

Digitized by Google

steiner und Lauenburger, welche vor dem 30. Oktober 1864 geboren sind, haben ja in Dänemark Heimatbrechte behalten; aber kein deutscher Beamter darf in dem Kreise, wo er wirken soll, etwas anderes als Geringschätzung und Widerstand finden, die er sich entfernt hat oder entfernt wird. Dies ist Pflicht gegen das Vaterland."

„Kein deutscher Offizier darf gute Kameradschaft bei dänischen Offizieren finden. Das ist Pflicht gegen das Vaterland."

„Kein dänischer Eigenthümer oder Landgutsbesitzer, groß oder klein, darf länger deutsche Pächter oder Verwalter haben oder annehmen, wie so viele unserer Gutsbesitzer früher gethan haben. Das ist Pflicht gegen das Vaterland."

„Kein Handwerksmeister darf deutsche Gesellen gebrauchen; kein Bauherr, Ziegelei-Besitzer oder welchen anderen Betrieb irgend Einer hat, darf deutsche Arbeitskräfte gebrauchen. Dies ist Pflicht gegen das Vaterland. Geschieht es dennoch, so müssen die dänischen Handwerksgesellen ihre deutschen Kameraden melden." — —

„Kein deutscher Gewerbtreibende darf Geschäftsfreunde in Dänemark finden. Dies ist Pflicht gegen das Vaterland."

„Keine deutsche Familie in irgend einer Stellung, selbst wenn dieselbe privatim noch so achtungswerth ist, darf Umgang in Dänemark finden. Dies ist Pflicht gegen das Vaterland, denn die Deutschen, selbst die besten, können, wenn sie sich an einer Stelle niederlassen oder ansetzen, Andere nicht halten, sondern sind hochmüthig und verdrängen die Nichtdeutschen. Sie kommen als sächsische, hessische, bremische Leute, sind auch, wo es gefordert wird, bermüthig, ja feindlich unverschämt, aber kommen sie erst zu Kräften, werden sie Tyrannen. Es gibt kein anderes Mittel, als ihnen und ihrer Sprache gar keinen Eingang zu geben und sie da, wo sie sind, herauszudrängen in der Art, daß man durchweg jedem Deutschen den Aufenthalt in Dänemark unerträglich macht." g

Daß solche Forderungen des übergeschnappten Dänenthums nicht in den Wind gesprochen sind, dafür bürgt eine zwanzigjährige traurige Erfahrung. Die preußische Regierung hört jetzt durch ihr eigenes Preßorgan, daß der dänische Fanatismus, den wir so lange am Werke gesehen, auch heute noch so lebendig ist, wie je; sie muß also, woran sie sich bezüglich der Zukunft der Deutschen in Nordschleswig zu halten hat und wird hoffentlich darnach handeln. Daß es gegen eine solche nationale Raserei, wie sie sich hier ausspricht, überhaupt keine völkerrechtlichen Garantien gibt, begreift auch der Einfältigste und man darf das Gegentheil vorgeben wollte, der würde sagen, was er selbst nicht glaubt.

Aus Baiern, Anfang Juni. Wenn man den einstimmigen Zeugnisse unserer ultramontanen Presse glaubt, von den historisch-politischen Blättern herunter bis zum Volksboten, so sind die Quellen des Nothstandes der Massen in der heutigen Welt keine andern, als die moderne Industrie, der Protectionismus, der Unglaube. Von allen diesen Schäden nun ist kaum irgend ein Land freier, als die Provinz Oberbaiern. Gleichwohl sind die Zustände in derselben der Art, daß in der gegenwärtig in München tagenden Provinzialversammlung, dem Landrathe, der Abgeordnete Weinzierl hinsichtlich zum Behufe eines entsprechenden Antrags an die Regierung, mit folgenden Worten schildern durfte, ohne Widerspruch zu finden:

„Seit dem Bestehen des Gesetzes von 1852, die Landräthe betr., in welchem denselben das Recht eingeräumt ist, sich über die Zustände des Regierungsbezirks äußern zu dürfen, waren die Verhältnisse noch nie so gelagert, die Nothwendigkeit wie so dringend geboten, als es gegenwärtig der Fall ist, von diesem Recht in umfassender Weise Gebrauch zu machen. Die Erwerbsthätigkeit hat eine noch nie dagewesene Höhe erreicht, die Geldmacht ist zur Allmacht heranzuwachsen, wodurch Landwirthschaft, Gewerbe und Handel aufs empfindlichste getroffen und nahezu gänzlich geschmut werden. Verpantungen häufen sich in bedenklichster Weise, eine Anzahl von Häusern in Städten und ländlicher Anwesen stehen verödet, indem sie von ihren Besitzern freiwillig verlassen wurden. Die brausten Familienväter sind im Schuldthurm, ihrer Freiheit beraubt und von ihren Familien getrennt. Angesichts dieser trostlosen Verhältnisse am Anfang einer neuen Finanzperiode — in wenigen Wochen werden sich die gesetzgebenden Factoren versammeln und ein Staatsbudget berathen, dessen Resultat ohne Zweifel, in Folge der erlittenen Beschädigungen durch Krieg, durch vermehrte Staatseinnahmen und vermehrte Staatsausgaben, eine bedeutende Steuererhöhung sein wird — ist es Pflicht eines jeden Staatsbürgers, Gut und Blut für das Vaterland zu geben; unterersteht es sich aber auch Pflicht, daß Männer, die das Volksleben und dessen Verhältnisse genau kennen, der Staatsregierung gegenüber constatiren, wie die Verhältnisse liegen, daß sie die Wunde probiegen, an welcher der Staatskörper leidet, und bieburch sowohl der Staatsregierung, als den Ständen des Reichs Anhaltspunkte geben, die Wunde zu heilen, und so zu verhüten, daß sie nicht noch mehr vergrößert werde."

Zeitungsschau.

Ueber die „Inseratensteuer", durch welche Herr v. d. Heydt die kaufmännische Zeitungsspeculanten zu ersegen beabsichtigt, bringt die „Frankfurter Zeitung" die folgenden zutreffenden Bemerkungen: „Wenn der Staat die Petitzeile mit einem halben Silbergroschen besteuert, so kostet die Annonce um so viel mehr. Und als der hamburgische Staat vor einem halben Jahre die Inseratensteuer um einen Schilling bumb. Cour. für die Petitzeile heraufsetzte, so verringerten die Redacteuren den Preis der Petitzeile des Inserats um je einen Schilling. Der Staat besteuert mit Abgaben Manchertlei: er besteuert das Einkommen, den Grundbesitz, die Producktion, die Consumption, den Gewerbebetrieb oder das Geschäft. Das Inserat, die Annonce, repräsentirt von all diesen keines, ob es gleich in Wirklichkeit die Vermittlern von Angebot und Nachfrage. Aber ist die Annonce nun etwa für den, der sie inseriet, ein Einkommen? Nein, sie bedingt im Gegentheil eine Ausgabe. Ist sie ein Besitz, eine Waare, ein Gewerbebetrieb, ein Geschäft? Nichts von alledem, sie ist bloß — entweder ein Angebot, oder eine Nachfrage, sie ist der eine Faktor eines Geschäfte, zu dem der andere noch fehlt, sie ist ein unfertiges Geschäft, sie ist der Versuch eines Geschäfte. Man kennt die moderne Finanzkunst allerdings wohl Abgaben von vollendeten Geschäften, sie kennt Abgaben von Versuch von Immobilien, sie kennt Abgaben von Umsatz, Eigenthum, Umsatzsteuern, Quittungssteuern u. s. w., — aber den simplen Versuch eines Geschäfts zu besteuern, das kann ihr nur bei dem Siteffinde der Regierungspolitik, bei dem Zeitungsverlegen, einfallen. Was zur Erhebung einer Inseratenabgabe reizt oder reizen kann, ist zwar noch einfacher. In der Expedition einer verbreiteten Zeitung kommt täglich, wöchentlich, zährlich eine große Summe Geld zusammen, — die Summe reizt, der Verleger ist ein so bedeutener, sicherer, kostenloser Steuereinnehmer, eine Defraude ist unmöglich, eine Execution unnöthig, — warum sollte der Privatz gelten soll: der Staat nimmt das Geld da, wo er es findet, so ist die Inseratenabgabe das absolute Ideal einer Steuer. Der Staat versteckt sich vollständig hinter den Zeitungsverleger. Er nimmt von den Sparpfennigen des Arbeiters, der Beschäftigung sucht, der Magd, des Kutschers, der Gouvernante, die sich um eine Stelle bewerben, der Waschfrau, der ihre Dienste anbietet, des Gärtners, der sein Obst und seine Gemüse empfiehlt, der auf hohen Miethe wohnenden Familie, die ein Zimmer anbringen will, — wohlgemerkt anbringen will, nicht angebracht hat — er nimmt von all diesen Leuten wenigen kleinen Antheil und läßt sich denselben von Verlegen auszahlen, wenn auch den Pfennigen Hunderte von Thalern geworden sind. Es fällt uns nicht ein, zu läugnen, daß der Staat auf diese völlig willkürliche Weise sehr mühelos ein hübsches Sümmchen Geld erhaschen kann; aber man wolle uns nicht zu, an die Gerechtigkeit und Billigkeit und wirthschaftliche Zweckmäßigkeit zu glauben, wenn wir diese Steuer scheußlich finden." Wenn übrigens jenes Blatt, bei seinem sehr rechtmäßigen Widerspruch gegen jede Besteuerung der Presse, ausschließlich auf Preußen losschlägt, so ist doch daran zu erinnern, daß auch in der weitaus freien Stadt Frankfurt der Zeitungsstempel besteht und als Erbstück der republikanischen Vergangenheit bis heute fortbesteht.

— Die „Weserzeitung" schreibt über die Stimmung und Haltung des öffentlichen Geistes in Frankreich. „Fast sichtet es, als ob den Franzosen die Sicherheit, in Ruhe gelassen zu werden, nicht genügt. Sonst wäre in der That ihre jetzige Aufregung geradezu eine Verirung ohne Ursache. Die Seele kriegerische Nation von 36 Millionen Menschen, von Armen und unüberseitzlichen Gebirgen gedeckt, wie keine andere, solche wirklich ihre Grenzen bedroht glauben, weil ein Nachbarland von ungefähr 40 Millionen, unglaublich exponirter als Frankreich, den Entschluß faßt und Anstalten trifft, nicht ferner der Spielball auswärtiger Mächte zu sein! Das ist unbegreiflich, und das Rathsel löst sich nur durch die Annahme, daß die Franzosen etwas Anderes und mehr verlangen als in Ruhe gelassen zu werden. Sie verlangen außerdem noch die Freiheit, thereselbe andere Nationen zu bevormunden: Frankreich soll in unnahbarer Sicherheit sein Interesse, aber wenn es die Stein rumpelt, soll die Welt zittern. „Lorsque la France est satisfaite, l'Europe est tranquille." Und wenn nicht, dann nicht. So dachte man sich bisher in Paris die Harmonie des Universums, und zum Theil war es wirklich so. Jetzt soll dies auf einmal anders werden; Deutschland und Europa wünschen noch sehr gute und Bürgschaften der Ruhe, als die gute Laune einer ganz sehr liebenswürdigen, aber von Streitsucht nicht völlig freien Volkes. Und zu diesen weiteren Bürgschaften gehört unter andern und vor allen Dingen die Schöpfung eines deutschen Heeres von 400,000 Mann mit einer Reserve von derselben Stärke, welches in Zustand ist und von den Franzosen sich einen bisher unbekannten Ernst verschaffen wird, nämlich den, der fernen Einmischung der französischen Geschichte mit gelassenem Gleichmuthe zuzusehen. In Zukunft wird es nicht heißen, so lange Frankreich zufrieden, sondern so lange Deutschland mächtig und wehrhaft ist, wird Europa ruhig sein."

„Wir Deutschen sind bisher an eine so bescheidene Rolle gewöhnt gewesen, daß wir uns nur mit Mühe in die Stimmung eines Volkes versetzen können, welches wähnend wird, weil es aufhören soll das Schrecken aller übrigen zu sein. Wir betrachten es schon als ein Glück und eine Ehre, ebenso respectirt zu werden, wie die andern großen Nationen. Die Franzosen sind verwöhnter als wir. Seit zweihundert Jahren gefallen sie sich, einiger unangenehmen Enttäuschungen ungeachtet, in dem Gedanken, daß sie allein das Recht haben, auf dem Continent Europas, und dies- und jenseits der Weichsel, groß, mächtig und geachtet zu sein. Die Wahrnehmung, daß sie künftig dies Privilegium mit andern theilen sollen, erfüllt sie mit dem bittern Gefühle einer Demüthigung, und instinktmäßig rufen sie in ihrer ersten Aufwallung nach mehr Waffen, mehr Soldaten, denn sie noch recht wissen, was sie eigentlich damit anfangen sollen und wollen."

Digitized by Google

— Auch ein Zeichen der Zeit und der Lage: die „conservative" Presse treibt iher gewohnheitsmäßige Fuchsschwänzerei gegen Rußland neuerdings bis zur offenbarsten Lüge und zur augenscheinlichsten Niederträchtigkeit. Nicht nur, daß ihr der Panslavismus ein Dingsda sind und die russische Propaganda ein Popanz für Kinder ist, scheint sie hoch und nieder auf die Harmlosigkeit des Moskauer Slavencongresses, der blos wissenschaftliche Zwecke gehabt habe, nimmt sie eifrig die Lüchchen in Schutz, die doch offen den Abfall von Oesterreich gepredigt, und verschert sie, daß das in Folge dessen Congressist den Segnungen Gesammtrußlands; mit dem Großfürsten Constantin an der Spitze, nur die unschuldigsten intellectuellen Zwecke habe. So scheibt die N. A. Z.: „Die von russischen Gelehrten-kreisen veranstaltete ethnographische Ausstellung in Moskau ist nunmehr geschlossen worden, und die Personen, von denen dieser Gedanke ausging, haben ein Gemälde zur Kenntniß des slavischen Lebens geliefert, das unter Protectorat des Großfürst Constantin übernommen haben soll. Die letzte Nachricht wird der „Wiener Presse" aus Prag mit dem Beifügen gemeldet, daß den dortigen tschechischen Kreisen von der Bildung jenes Comité sein Leumund gegeben, und um Unterstützung desselben ersucht worden ist. Als die nächste Folge dieser Mittheilung dursten jene Wiener Journale, welche sich die Bekämpfung der Gespenstalt „Panslavismus" zur Aufgabe gemacht, einen allgemeinen Freudenschrei erheben, dessen Realisirung in Moskau angekündigt wird. Natürlich muß dieser Gedanke, um ihn mit anscheinender Berechtigung aufstellen zu können, ein durchaus politischer Hintergrund verliehen werden, und nach der Auffassung seiner Wiener Gegner hat auch das Moskauer Comité nur die politische Einheit aller Slaven zu seinem Ziele gewählt. Daß diese Voraussetzung eine sehr willkürliche ist, und daß das Moskauer Comité, wenn es sich anders wirklich konstituirt hat, höchstens eine einheitliche Strömung in die intellectuelle Entwicklung (!) der verschiedenen slavischen Stämme zu bringen bemüht sein kann, diese Wahrnehmungen drängen sich zwar dem oberflächlichen Beobachter auf den ersten Blick auf, aber die nähere und ruhige Auffassung verrannten Wiener Journale scheinen nicht zu berücksichtigen, daß die Disharmonie, welche sie aus ihrer Phantasie unablässig an die Wand malen, gerade nur dadurch konkretere Formen erhalten, und für Oesterreich bedenklicher werden könnte, da hier verschiedene slavische Stämme wohnen, welche allem Anscheine nach mit der Behauptung, welche ihnen von den übrigen Nationalitäten zu Theil wird, nichts weniger als zufrieden sind. Wie wenig die russische Regierung übrigens daran denkt, innere Verlegenheiten eines Staates für selbstsüchtige Zwecke auszubeuten, wies unwiderleglich durch ihr Verhalten gegenüber den Wirren im Orient bewiesen, (!) obgleich sie theilweise auch Stammes-Verwandtschaft erzeugen in Rußland naturgemäß größere Sympathien für alle Ereignisse in den türkischen Ländern, als dies bei irgend einer anderen Nation der Fall sein kann, und besonders grachtet hat das Kabinet von St. Petersburg sich damit begnügt, nur in Schutzmaßregeln mit den übrigen Kabinetten, auch mit dem Wiener, zu Gunsten der bedrängten christlichen Unterthanen vermittelnd bei der Pforte einzuschreiten. Es ist also in der That nicht klar, auf welche Thatsachen hin Rußland von einem Theile der österreichischen Presse beschuldigt wird, in Oesterreich innere Verwicklungen anzuspinnen, und die Pforte hat einen höchstens darin gesucht werden, daß es verschiedenen österreichischen Journalen zur Gewohnheit geworden ist, die Ursachen innerer Uebelstände in auswärtigen Einflüssen zu suchen, anstatt den wahren Quellen auf den Grund zu gehen."

— Ueber die Bedingungen, unter denen ein aufrichtiges Einverständniß zwischen Preußen und Oesterreich wiederhergestellt werden könnte und im Interesse beider Staaten wiederhergestellt werden sollte, giebt die Weserzeitung: „Oesterreich ist in den Nikolsburger Friedenspräliminarien und Geheimartikeln gegen Frankreich auf verschiedenen Bestimmungen behanden, die zur Provinzen die Ursachen von Verlegenheiten werden können, ohne daß sie Oesterreich den mindesten Vortheil zu bringen versprechen. Eine von wahrhaft versöhnlicher Gesinnung beseelte Politik würde sich nachdem sich allmählich unwiderleglich herausgestellt hat, daß u. A. der auf Südtirol bezüglichen Paragraph nicht das Stück Papier werth ist, worauf er geschrieben steht, bereit haben, auszusprechen, daß Oesterreich einsieht, wie diese Bestimmungen ein die Dauer für die politischen Meinungen von ganz Deutschland, nördlich und südlich der Mainlinie, werden können. Statt dessen schweigt Oesterreich. Eine Berufung auf jenen bekannten Artikel müßte allerdings die Hinfälligkeit der Berechtigung der Einrede herausstellen, und sie mit Gewalt zu erzwingen, steht jetzt Oesterreich sich nicht in der Lage; aber indem es seine Absicht durchsetzt, droht es zu gelegener Zeit mit Wiederspruch hervorzutreten, und jeder Schritt, den Oesterreich thut, nun sich in den Stand zu setzen, diesen Widerspruch zu erheben, muß mit Argwohn beobachtet werden. Die Hinneigung zu Frankreich ist das Zeichen, daß Oesterreich auf den deutschen Bundesgegenverschwört verzichtet und der französischen Allianz als Mittel den Vorwand zur Einmischung in unsere Angelegenheiten zu bringen beabsichtigt, wozu die nordschleswigsche und süddeutsche Frage, deren Anregung lebhaft in der Hand Oesterreichs liegt, eine Handhabe bieten können."

— Die „Frankfurter Zeitung" läßt sich aus Wien schreiben: „Es ist nicht zu verkennen, daß mehr und mehr eine gewisse Verstimmung gegen den Reichsrath in der Oeffentlichkeit Platz zu greifen beginnt. Namentlich ist es das Abgeordnetenhaus, über dessen bisherige Leistungen man allgemeine Klage führen hört, und in der That, die bisherigen Verhandlungen dieses Hauses können in keiner Weise Anspruch daraus erheben, zu den glänzenderen Partien der parlamentarischen Geschichte gezählt zu werden. Seltsam genug, nach einer fast zweijährigen Sistirung, nach verhängnißvollen Ereignissen, die den Kaiserstaat fast bis an den Rand des Abgrunds gebracht haben, teilt das Parlament der westlichen Hälfte des Reiches wieder zusammen; das Gefühl, was darf sagt sagen die Einsicht macht sich allgemein bemerklich, daß die Leistungen dieses Parlaments auf das seinere Schicksal des Staates den bedeutendsten Einfluß üben, daß sie, wenn nicht gerade über Sein und Nichtsein, so doch jedenfalls über den politischen Charakter der nächsten Zukunft Oesterreichs entscheiden werden — und doch scheint gerade das jetzige Parlament nicht im mindesten jene Anstrengung, jene Erregtheit, welche über das Gewöhnliche erhebt, und ohne die keine größere That gelingt. Statt des erwarteten Sturmes herrscht bislang gänzliche Windstille. Das Publikum fängt an, sich bei den Verhandlungen zu langweilen; kein Wunder also, daß es verdrießlich wird und über Lustlosigkeit klagt. Daß bei den Abgeordnetenhause eine Opposition besteht, ein einziger Redner den Versuch machte, die Lage zu stützten, in welche Oesterreich durch Königgrätz gerathen, die Kette von Ursachen bloszulegen, welche es möglich machte, daß Oesterreich von Deutschland abgetrennt und das Herrschertum, welches seit Jahrhunderten drei deutschen Reiche in unterbrochener Reihe seine Kaiser gegeben, von der Mitbestimmung über die künftige Verfassung Deutschlands ausgeschlossen werden konnte; daß Niemand sich getraute, der Zukunft ins Angesicht zu sagen, welche Wege Oesterreich nunmehr zu wandeln, wie es sich zu den Strebungen des Prager Friedens künftig zu verhalten, ob es die Trennung von Deutschland als eine unabänderliche Thatsache hinnehmen, oder in welcher Richtung es auf eine Remanen hinzuwirken habe; daß statt den großen Fragen gerecht zu werden, die Debatte in kleinen Plänkeleien verlief — das läßt allerdings den Schluß gerechtfertigt erscheinen, daß es dem Parlament an Führern des Hauses an einem klaren bestimmten Programm fehlt. Freilich von Beust mag ein Recht haben, in Beziehung auf die oben angedeuteten großen Fragen zurückhaltend zu sein; aber die Abgeordneten hatten keine Rücksichten zu nehmen, im Gegentheile, sie hatten die Pflicht, den Deutschen zu sein und außer Oesterreich zu sagen, wie sie seinen sich zur deutschen Frage stellen wollen. In dem ernsten deutsch-österreichischen Parlamente nach Königgrätz durfte man nicht schweigend hinweggehen über diese Frage." Die „Frankfurter Zeitung" bringt freilich alsbald aurieut Entschuldigungen für den Reichsrath bei, insbesondere den Drang außerwesentlicher Fragen; für die eigentliche Ursache jener verminderten Versammnis aber ist sie völlig blind, wie schon aus dem Umstande hervorgeht, daß sie von dem ersten deutsch-österreichischen Parlamente nach Königgrätz spricht, während es sich um ein „cisleithanisches" Parlament handelt, in welchem freilich die Deutschen die Mehrheit haben, das aber beileibe keinen deutschnationalen Charakter und keine deutsch-nationalen Gesichtspunkte für sich in Anspruch nehmen kann und darf, wenn es nicht vollständig aus der Rolle fallen will. Den Schluß des Artikels bildet die folgende Kraftstelle: „Man sieht Ministerien kommen und gehen, Abgeordnetenhause, aber von einem Zummer wenigstens ist es bislang völlig frei: es hat keine „National-eiberalen"!

— Unter der Ueberschrift: Amerikanischer Ruf und deutsche Rede schreibt das Bremer Handelsblatt. „Den Begriff der Nationalität schließt man heute an den der Sprachgleichheit. Ob es immer zutreffend ist, mag zweifelhaft bleiben; es ist eben schwer, bei der Verschiedenheit sind abgesehen von der staatlichen, der thatsächlichen Nation. Jedenfalls aber wird es schwer sein, wenn man von der staatlichen Einheit absieht, ein zutreffenderes Merkmal der volksthümlichen Zusammengehörigkeit zu finden, als das der Sprachgemeinschaft ist. Auf Grund dieser nun aber dürfen wir heute noch das deutsche Element in den Vereinigten Staaten als national reclamiren. Es sind die Amerikaner, abgesehen von ihrer staatlichen Einheit, noch keine Nationalität, im Sinne jener volksthümlichen, der sich in der Sprachgleichheit befindenden Stammesgleichheit; diese Verschmelzung zu einer homogenen Masse hat erst noch zu geschehen; inzwischen aber besteht jener Rest einer Nation wohl an, ihren Antheil an dem Ruhme der Weltcotonie nachzuweisen. Ausdrücklich ist dies aber in den Vereinigten Staaten deshalb geboten, weil thatsächlich bereits die ersten Schritte zu jener Verschmelzung gethan sind, indem Einwanderer rein deutschen Ursprungs, seit es der deutschen Rasse daran fehlte, sich eines verpflichteten Antheils an das überwiegende Element wegen, ihre Namen überziehen. Ein solcher Fall war der des General Langstreet, welcher einstmals ein Braunschweiger Namens Langestrassen war, ein anderer Fall ist der des Pianofortefabrikant Steinway in Newyork, dessen Instrumente in Paris eine der drei ausgegebenen goldenen internationalen Preismedaillen erhalten haben, und welcher in Serien im Braunschweigischen als ein Steinweg auf die Welt kam. Die Firma in Newyork ist Steinway und Sons, und wenn die Newyork Tribune in einem längeren Artikel auf dem Standpunkt verweist, welchen die nordamerikanische Pianofortefabrikation über die europäische davongetragen hat, so dürfen wir wohl die Anzlgsse dazu machen, daß es ein Deutscher war, welcher ihr zu dem Siege verhalf. Es braucht Europa deshalb nicht so beschämt zu sein, wie die Newyork Tribune annimmt, daß die Fabrikate von Steinway und Sons so sehr die von Paris, Wien und Berlin gewonnen haben; wir können vielmehr an dem Leumuthe eines talentvollen Dieners einer der schönsten der schönen Künste einen Entlastungsbeweis knüpfen, denn er zeigt, daß es nicht, wie man in den Vereinigten Staaten wohl vorzugsweise äußerte, die schlechtesten unserer Söhne waren, welche wir hinüberstandten."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 114. Heidelberg, den 25. Juli. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aussichten der Freiheit in Deutschland. — Aus Preußen. — Die Nationalsache und die Parteipolitik. — Aus Hannover. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 23. Juli.

*Alle schönen Worte, welche der Staatsminister Rouher im gesetzgebenden Körper nach Preußen hin gesprochen, haben dem Umsichgreifen der Kriegsgedanken keinen Augenblick Einhalt gethan. In der That steht die Sprache des Ministers mit dem Verfahren der Regierung in zu grellem Widerspruch, als daß sie den mindesten Eindruck machen könnte. Man errichtet einige hundert neue Compagnien, und eben so viele Dutzend neue Batterien; man fährt fort, Pferde in Masse aufzukaufen, um sie nach geschehener Abrichtung bei den Bauern einzustellen; das Kriegsmaterial wird in Magazinen und Zeughäusern zu Bergen aufgehäuft; die Festungswerke von Paris werden verstärkt, und mit einer scheinbar sehr überflüssigen Vorsicht sogar die afrikanischen Küstenplätze in Vertheidigungszustand gesetzt. Hand in Hand mit diesen militärischen Anstalten geht, allen Zeugnissen zufolge, eine diplomatische Thätigkeit in Oesterreich und Italien, deren Zweck nicht näher bezeichnet zu werden braucht, und daß kein Rest von Ungewißheit in Bezug auf die Wünsche und Absichten des Bonapartismus bleibe, dafür sorgt die Pariser Presse mit einer seltenen Offenherzigkeit.

Es mag sein, daß im Tuilerienkabinette der Krieg immer noch keine beschlossene Sache ist, sondern nur für den äußersten Fall, als letztes Mittel der Selbsterhaltung, vorbereitet wird. Für völlig gewiß dagegen kann es gelten, daß das in Berlin zur Schau getragene Vertrauen auf die französische Freundschaft eine bloße Maske ist, von der man nicht begreift, wen sie täuschen soll, noch was mit einer solchen Täuschung bezweckt wird, während die nachtheiligen Wirkungen, welche dieses Spiel auf die öffentliche Stimmung ausübt, Jedermann fühlbar sind. Man hat der „Empfindlichkeit" Frankreichs längst mehr Opfer gebracht, als man vor der Nation verantworten kann, so daß es nachgerade hohe Zeit ist, die Haltung eines Klienten aufzugeben, der seinen Patron in guter Laune erhalten, oder wenigstens den Ausbruch der üblen Laune desselben hintanhalten will. Hat Preußen keinen Anlaß, Frankreich zu reizen, so hat es doch eben so wenig Grund, Aufmerksamkeiten an Frankreich zu verschwenden, für welche ein ganz anderes Ding eingeärndtet wird, als Dankbarkeit.

In Wien scheinen die Bewerbungen des Tuilerienkabinets neuester Zeit auf eine größere Sprödigkeit zu stoßen, als anfänglich, und eben so ist die Haltung der italienischen Regierung heute nicht mehr so bereitwillig, gegenüber dem Bonapartismus, wie in den ersten Tagen des Ministeriums Rattazzi. Man mag in Wien und Florenz Fortschritte in der Erkenntniß gemacht haben, daß der Bonapartismus weder Oesterreich noch Italien einen angemessenen Preis für eine Kriegsgemeinschaft zu bieten hat, welche, hier wie dort, wahrscheinlich mit dem Staatsbankerott begonnen werden müßte, unfehlbar aber auf den Staatsbankerott hinauslaufen würde. Die innern Schwierigkeiten jener beiden Staaten sind nicht der Art, daß die Ueberwindung derselben durch auswärtige Abenteuer erleichtert werden könnte, und auswärtige Interessen, die einen großen Einsatz werth wären, hat Italien — abgesehen von seinen Absichten auf Rom, die Frankreich jetzt weniger unterstützen kann als je — ebenso wenig, wie Oesterreich, dem jeder Gebietszuwachs ein neuer Stein am Halse sein würde. Für Italien wird sich, so weit man auch umschauen mag, nirgends ein zureichender Grund zum Bruch mit Preußen entdecken lassen, und für Oesterreich könnte ein solcher Grund zur Zeit höchstens in einer jener Leidenschaften gefunden werden, denen die berechnende Politik der Wiener Hofburg von jeher sehr fremd gewesen ist. Bleibt man aber in Wien und Florenz taub für die französischen Verlockungen, so gibt man Europa damit eine wichtige Bürgschaft des Friedens; denn daß Napoleon III, wider seine Gewohnheit und seine Grundsätze, ohne Bundesgenossen in den Krieg mit Preußen gehen sollte, den gefährlichsten, den er jemals unternommen, ist im hohen Grade unwahrscheinlich. Daß Preußen seinerseits dem Wiener Kabinette den Entschluß, welchen die ganze vernünftige Welt wünschen muß, nicht unmöthiger Weise erschwere, ist eine Forderung des gesunden Menschenverstandes, die Herr v. Bismarck mit der „Staatsraison" hoffentlich nicht unvereinbar finden wird. Im Namen des gesunden Menschenverstandes und der Staatsraison muß man denn auch die Aechtheit der angeblichen Depesche des Herrn v. Werther, ganz abgesehen von den Erklärungen der Regierung, bezweifeln; nicht, weil nicht einer jener Alltagsdiplomaten, an denen Preußen großen Ueberfluß hat, ein so unbedeutendes Schriftstück zu Papier gebracht haben könnte, sondern weil sich nicht annehmen läßt, daß Herr v. Bismarck einem solchen Machwerke, dessen einziges Verdienst in einer Oesterreich bitter kränkenden Schlußäußerung besteht, die Auszeichnung hätte angedeihen lassen, durch welche dasselbe angeblich in die Oeffentlichkeit gebracht worden ist.

— Die Wortführer der Regierung vertheidigen das rücksichtslose Eingreifen derselben in die bisherigen öffentlichen Verhältnisse der neuen Provinzen mit der Berufung auf die nothwendigen Erfordernisse der Staatseinheit, unter gelegentlicher Hinweisung auf die Weitläufigkeiten und Hindernisse, auf welche man bei einer parlamentarischen Regelung der fraglichen Angelegenheiten im Landtage hätte stoßen können. Innerhalb eines gewissen Bereichs mag eine solche Ausrede stichhaltig sein. Die militärische Dienstpflicht der Hannoveraner, Hessen u. s. w. zum Beispiel konnte nicht rasch genug nach preußischem Gesetz festgestellt werden und ebenso war schwerlich ein Rechts- oder Billigkeitsgrund vorhanden, den neuen Provinzen die Steuern, welche das übrige Preußen bisher getragen, länger zu ersparen, als bis zur Beendigung der erforderlichen Vorarbeiten — wiewohl es eine augenscheinliche Sache der Klugheit war, wenigstens auf die Erhebung des ohnehin unhaltbaren Zeitungsstempels, im Interesse der neuen

Digitized by Google

Ordnung der Dinge selbst, zu verzichten, welche in der Presse der annektirten Lande einen eifrigen Anwalt hat. Ganz anders stellt sich das Urtheil über so manche Veränderung in der Justizverfassung dieser Lande. Mochte immerhin das preußische Strafgesetzbuch ohne Bedenken eingeführt werden können, und vielleicht sogar, vermöge einer gewissen staatlichen Consequenz, eingeführt werden müssen, so war doch die nämliche Maßregel in Bezug auf die Gerichtsverfassung eine unnöthig übereilte Beeinträchtigung — wenn nicht der „berechtigten Eigenthümlichkeiten", deren Schonung man feierlich verheißen, so doch der eingelebten Gewohnheiten, und um so anstößiger, je unzweifelhafter dabei in gewissen Fällen das Schlechtere an die Stelle des Bessern gesetzt wurde.*) Als ganz unverantwortlich erscheint es vollends, daß man der schwer heimgesuchten Stadt Frankfurt ihre Lotterie nimmt, nicht etwa, um dem Glücksspiele überhaupt ein Ende zu machen, sondern — um den Geschäftskreis der Berliner Lotterie zu erweitern. Was aber gar die Einziehung des kurhessischen Staatsschatzes betrifft, so ist es schwer, bei Würdigung derselben in den Gränzen des gewöhnlichen Sprachgebrauchs zu bleiben. Die Logik allerdings, durch welche der Staatsanzeiger diese Finanzoperation zu rechtfertigen sucht, ist eben so korrekt, wie die eines Pflanzers auf Cuba, welcher dem gekauften Neger sein Eigenthumsrecht beweist; vor dem Sittengesetze aber kann sie so wenig bestehen, wie vor der politischen Vernunft. Und daß die Herren in Berlin, trotz der mit den Frankfurter sechs Millionen gemachten Erfahrung, nicht begreifen, daß auch das kurhessische „Blutgeld" schließlich bei Groschen und Pfennig zurückerstattet werden muß und wird, sei es in Geld oder in Leistungen, das ist, als ein Zeichen trostloser Unbelehrbarkeit, nicht das am wenigsten Schlimme an diesem traurigen Handel. Uebrigens deutet dies und jenes Zeichen darauf hin, daß die politische und finanzielle Maßregelei in den neuen Provinzen an einem: Bis hierher und nicht weiter angekommen ist, wo der Anfang einer rückläufigen Bewegung wohl nicht lange ausbleiben kann.

Aussichten der Freiheit in Deutschland.

H Aus Stuttgart ließ sich die „Frankfurter Zeitung" unlängst Folgendes schreiben:

„In Waiblingen wurde dieser Tage das Fest der Amnestirung Hartmanns gefeiert. Der Grundgedanke sämmtlicher Festreden war die freie Aussicht, die sich im Osten der Freiheit eröffne, die schöne Hoffnung, die, trotz der Ereignisse, welche hinter uns liegen, von dorther erwachse auf ein in Freiheit geeinigtes großes deutsches Vaterland."

Das Wunderbare an dieser Geschichte ist, daß der Mann der sie berichtet, sich offenbar einbildet, wir Andere glauben das, nämlich, daß es den verehrten Festgenossen mit ihrer „schönen Hoffnung" wahrhaftiger blutiger Ernst gewesen. Nein, wir glauben es nicht, selbst nicht von einer Gesellschaft schwäbischer Volksparteimänner. Die angebliche Hoffnung ist bloß eine Redeblume, um dem Unmuth über Preußen und die schlechte Wirklichkeit einen neuen, bei Wein und Gasterei nicht ungefährlichen Ausdruck zu geben. Weiter hat es keinen Zweck, wie die Berliner sagen.

Wir Deutsche können nur lebhaft wünschen, daß es unseren Landsleuten in Oesterreich bei der jetzigen Gelegenheit gelinge, ein vollgerüttelteres Maß bürgerlicher Freiheiten zu erwerben, kurz, daß Königgrätz halte, was schon Solferino versprochen hatte. Wir wünschen das nicht bloß in ihrem, sondern allerdings auch in unserem Interesse, wie weit entfernt wir auch sind von dem aberwitzigen Gedanken, als würde die Freiheit jemals ein österreichischer Ausfuhrartikel nach Deutschland werden. Immerhin aber kommt, durch die stille moralische Rückwirkung, jedes Wachsthum der Freiheit in einen der europäischen Großstaaten mit der Zeit auch den übrigen Gliedern der Familie zu Gute. Sodann aber, was die Hauptsache: gelangt das Volk von Deutschösterreich zu wirklichem politischem Einfluß, so wird es denselben, schon aus drängenden wirthschaftlichen Rücksichten, ohne Zweifel zu Gunsten des Friedens zu verwerthen bedacht sein. Insbesondere wird es sich jedem Versuch widersetzen, die Kraft, das Blut und das Geld des Kaiserstaats an das rasende Unternehmen einer deutschen Restauration zu verschwenden. Denn es weiß ohne Zweifel so gut wie wir, daß ein Gelingen dieses Unternehmens, ein Sieg in solchem Kriege, die Vernichtung seiner Freiheit so gut wie der unsrigen, eine Niederlage aber den völligen Ruin seines Staates und Landes herbeiführen würde.

Ueberhaupt, schon die Möglichkeit eines großen Krieges, so lange sie in eine gewisse Nähe gerückt bleibt, ist der Entwicklung der Freiheit und des Wohlstands hinderlich, legt die Angriffe des Parlaments gegen die Höhe der Militärbelastung vorneweg lahm, erschwert das Zusammenfassen aller volksfreundlichen Kräfte für die inneren Anliegen. Nun ist es aber keine Frage: wären wir Oesterreichs vollkommen sicher, alsdann hätten wir auch von Frankreich nicht so leicht eine ernsthafte Friedensstörung zu befürchten. Denn das heutige Frankreich *für sich allein* uns nicht angreift, so lange wenigstens es als ein kaltblütiger Rechner seine Geschäfte führt, dafür hat es entschiedene gute Gründe, deren durchschlagendste sich in dem Buche des Generals Trochu: L'armée française u. s. w. aufgeführt finden. Kurz, wäre es erst einmal außer Zweifel gestellt, daß Oesterreich aufrichtig und endgültig darauf verzichtet hätte, „die Ereignisse, welche hinter uns liegen", rückgängig zu machen: dann allerdings würde es sich die Freiheit Deutschlands zu Dank verpflichten können. Also genau durch das Gegentheil Dessen, worauf jene Schwaben ihre mehr oder weniger schönen Hoffnungen setzen, oder zu setzen sich anstellen.

Mittlerweile, so lange die gegenwärtige Gespanntheit der europäischen Lage fortdauert, werden wir den Acker der Freiheit schwerlich mit jener ungetheilten und ungestörten Hingebung bebauen können, welche für ein rasches und fröhliches Gedeihen unumgänglich ist. Auf einen Haupt- und Staatskonflikt mit der Bundesgewalt, z. B. um der Wehrfrage willen, werden wir es selbst dann nur im äußersten Nothfalle ankommen lassen, wenn wir ungleich größere Gewähr des Sieges haben sollten, als seinerzeit das preußische Abgeordnetenhaus. Indeß ist nicht zu vergessen, daß ganz die nämlichen Rücksichten und Bedenken für die Bundesgewalt selbst in die Wagschale fallen, wodurch das Gleichgewicht sogar völlig wiederhergestellt wird, sobald nur die Regierung ernstlichen Grund hat, ein Zerwürfniß mit dem Reichstage, als eine Gefahr und ein Hemmniß auch für ihre auswärtige Politik, zu scheuen. Was die Macht des Parlaments betrifft, und das ist ja nach Lage der Dinge der entscheidende Punkt, sind also die Aussichten der Freiheit in Deutschland ungleich besser und begründeter geworden durch die Umwälzung des vorigen Jahres, als sie es jemals vorher gewesen. Man wende uns nicht 1848 ein; damals waren die Aussichten freilich unendlich glänzender, aber, wie sich zeigte, um so trügerischer — eine vergoldete Nuß mit taubem Kern, während wir es heute zwar mit einer ziemlich rauhen und unschönbaren Schale zu thun haben, aber eines soliden Kerns um so sicherer sind.

Um das zu erweisen, wollen wir nicht wiederholen, was darüber, auch in diesem Blatte, schon früher gesagt ist, sondern nur auf *einen* Vortheil der neuen Lage hinweisen, den man, wie uns scheint, bis jetzt nicht gebührend gewürdigt hat. Man sagt von unserer, d. h. von der nationalen Seite immer, in erster Linie müsse jetzt die Einheit angestrebt werden, nöthigenfalls selbst mit Opfern an der Freiheit, kurz es wird immer unterstellt, daß, wenn auch die Einheit daseinige Gut ist, durch welches für die Freiheit erst der richtige Boden gewonnen wird, dennoch *zunächst* diese, um jener willen, zu

*) Daß in einzelnen Fällen auch das Umgekehrte geschehen ist, kann freilich guten Glaubens nicht bestritten werden. So zum Beispiel in Bezug auf gewisse Sonderbarkeiten des nassauischen Medicinalwesens. Gleichwohl scheut sich die „Allg. Ztg." nicht, gerade diesen Fall zum Gegenstande der folgenden Kraftspruchs zu machen: „Wie wir vernehmen, wird vom 12. September an auch die nassauische Medicinaltaxe aufhören und die preußische eingeführt. Mit derselben wird dann schließlich auch die preußische Medicinalordnung ihren Einzug in das Herzogthum halten. Dann wären so ziemlich alle Besonderheiten beseitigt, und von der Weichsel bis zum Rhein ein Großstaat auf der breitesten Grundlage der Militärherrschaft geschaffen." Wenn solche Alberntheiten irgend eine Wirkung haben, so kann es nur die sein, die Opposition gegen die Eigenmächtigkeiten der preußischen Regierung überhaupt zu entkräften.

Digitized by Google

kurz kommt und daß deßhalb Resignation geübt werden muß. Und das war auch ohne Zweifel der Fall, als es sich darum handelte, eine Bundesverfassung überhaupt zu Stande zu bringen. Jetzt aber, nachdem wir sie haben, kann man den Satz theilweise umdrehen und geradezu sagen, die Einheit müsse gefördert und weiterentwickelt werden, nicht trotz der Freiheit, sondern im Interesse der Freiheit. Und dies aus einem ganz nüchternen, hausbackenen praktischen Grunde.

Sehen wir ab von der Revolution, die für das heutige Deutschland fürerst nicht in Frage kommt, so besitzt die Volkspolitik, neben dem langsam wirkenden moralischen Druck der öffentlichen Ueberzeugung, kein anderes Mittel, um ihre freiheitlichen Ansprüche durchzusetzen, ihre Macht und ihren Einfluß zu erhöhen, als die Verfügung über den Geldbeutel. Welchen Antheil dieselbe an der Fortbildung z. B. der englischen Freiheit hatte, braucht man Niemanden zu sagen. Nun gut, aber in Deutschland konnte von diesem Mittel bisher blutwenig oder gar kein Gebrauch gemacht werden. In Deutschland, sagen wir, und haben dabei allerdings nur Preußen im Auge, denn nur hier konnte der Gebrauch wirklichen Erfolg haben, nicht aber, aus bekannten Gründen, z. B. in Kurhessen. In Preußen nun standen ihm drei zusammenwirkende Hindernisse im Wege. Erstens der berüchtigte, ursprünglich transitorische, von Stahl in die revidirte Verfassung für die Dauer hinübergerettete Art. 109 der Verfassung, kraft dessen die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden, bis zu ihrer Abänderung durch ein Gesetz. Zweitens die gute Finanzwirthschaft der preußischen Regierung, kraft deren sie in kritischen Zeiten, besonders während des Conflikts, der Nothwendigkeit überhoben war, von Art. 103 resp. 100 Gebrauch zu machen, d. h. Anleihen aufzunehmen oder neue Steuern aufzulegen. Drittens endlich das bescheidene Stillleben, welches der Staat fünfzig Jahre lang führte: keine Kriege, keine auswärtigen Unternehmungen, keine kostspieligen neuen Aufgaben. Das Haupthinderniß war aber immer das erste, der Mangel an einem vollen Einnahmebewilligungsrechte der Kammer; das Ausgabebewilligungsrecht hatte bekanntlich jene fatale „Lücke", durch die es, Jahr aus Jahr ein, in's Bodenlose entfiel.

Im Norddeutschen Bund und in der Nordbeutschen Bundesverfassung steht nun bekanntlich die Sache wesentlich anders, und für die Freiheit günstiger. Zwar, die Einnahmen, für das Ordinarium im Militäretat sind der Regierung auch für den Fall gesichert, daß kein Etatsgesetz zu Stande kommt, in dieser Hinsicht ist es also, wie durch Art. 109 in der preußischen Verfassung. Auch das Ausgabebewilligungsrecht hat selbstverständlich die nämliche „Lücke", das heißt, es steht nicht geschrieben, was denn geschehen soll, wenn kein Etatsgesetz zu Stande kommt. Dagegen bedürfen alle anderen Einnahmen, Alles, was nicht in jenem Ordinarium eingegriffen ist, der vorgängigen Genehmigung des Reichstags. Matrikularbeiträge können nicht ausgeschrieben, Bundessteuern — nicht bloß neue, denn es gibt überhaupt noch keine — nicht aufgelegt werden, kurz, die noch in den Windeln liegenden Bundesfinanzen können nicht wachsen, ohne daß der Reichstag seinen Segen dazu gibt.

Was folgt nun hieraus? Offenbar dies, daß wir auch im Interesse der Freiheit mit allem Eifer bedacht sein müssen, die Einheit, d. h. die Competenz der Bundesgewalt, zu stärken und zu fördern. Denn mit der größeren Competenz wächst die Summe der Aufgaben, die sie den Einzelstaaten abnimmt, wachsen also ihre Ausgaben und wächst damit die Finanzgewalt des Reichstages, die natürlich der öffentlichen Freiheit zu gut kommen wird und muß.

Es ist leicht gesagt und wird von der Nergelpresse mit behaglicher Zuversicht verkündet: Bah, die Regierung wird den Reichstag ebenso behandeln, wie sie Jahre lang das Abgeordnetenhaus behandelt hat, also seine Beschlüsse, wo sie ihr nicht passen, einfach ignoriren. Aber im Reichstag stehen ihr nicht bloß ihre eigenen, sondern die Abgeordneten der verbündeten Länder gegenüber; wollte sie diese Körperschaft mißachten, so würde sie einfach ihr eigenes Werk zerstören. Daß sie auch nur so, wie daheim, verfahren könnte in Bezug auf das Etatsgesetz, auf nichtbewilligte Ausgaben ist schon ganz undenkbar; nicht bewilligte Matrikularbeiträge oder Steuern einzuziehen, eine Unmöglichkeit: das Ignoriren hört da auf, das Paktiren beginnt.

Aber, wirft man vielleicht ein, wenn die preußische Regierung, in ihrer Eigenschaft als Bundesgewalt nur die Wahl vor sich hat, entweder sich auf das bisherige Maß von Zuständigkeiten und Aufgaben zu beschränken, oder Einräumungen zu machen an Freiheit und Parlament: so wird sie das Erstere regelmäßig vorziehen. Gewiß, wenn sie nicht die alte wäre, wenn sie den Rubikon nicht überschritten hätte, wenn sie, mit Einem Worte, zurück oder stehenbleiben könnte nach Belieben! Vor dem Kriege von 1866 mochte man noch mit vielem Grunde sagen; Preußen wird es niemals zu einem ernsthaften Bruch mit Oesterreich treiben, denn das hieße der Bruch mit seiner eigenen Vergangenheit, mit der Legitimität, mit der conservativen Politik u. s. w. Damals hatte Preußen noch die Wahl; heute hat es gewählt und nun muß es vorwärts, „in den Schritten zum Reiche"; Stillstand wäre nicht sowohl conservativ, als selbstmörderisch.

Kurzum, die Norddeutsche Bundesverfassung, sie mag so mangelhaft sein wie sie wolle, ist bei Alledem die erste Verfassung in Deutschland, welcher keine der unumgänglichen inneren und äußeren Bedingungen fehlt, um es zur Entwicklung einer ernsthaften, nicht bloß papiernen Freiheit zu bringen.

Aus Preußen, 21. Juli. Absolute Regierungen können rascher und rücksichtsloser handeln, als parlamentarische: — auf diesen trivialen Satz gründet sich die Geringschätzung des „Parlamentarismus", welche die Feinde der Freiheit seit langer Zeit affektirten und welche, zu ihrer stillen Freude, heißblutige und sehr kurzsichtige Freunde der Freiheit ernsthaft nehmen. Diese Geringschätzung war nach den geschrieenen Hoffnungen von 1848 und 1849 eine förmliche Modekrankheit der damaligen „Entschiedenen" — selbst im Exil, und die parlamentarischen Körperschaften während der allgemeinen Reaktion der fünfziger Jahre waren allerdings wenig geeignet, den „Parlamentarismus" in der öffentlichen Meinung wiederherzustellen. Auch im vorigen Jahre sang man dieses Lied wieder von allen Dächern, als die glücklichen Erfolge die Bedenken des „Parlamentarismus" gegen den Krieg während des Vorbereitungs-Stadiums, wo man dessen Ursachen und Ziele geflissentlich verdunkelte, als ungerechtfertigt erscheinen ließen. Trotzdem lenkte die Regierung — das muß man anerkennen — nach dem Siege in die Bahnen des vielgeschmähten und todtgesagten „Parlamentarismus" zurück, zu ihrem und zu des Landes Heil — und nun wirft der tragische Ausgang des merikanischen Abenteuers plötzlich ein grelles Licht auf die furchtbaren Mißgriffe, die der Absolutismus in seinem Dünkel, Alles allein und besser wissen, Alles allein anordnen zu wollen, zum schweren Schaden des Landes begehen kann. Niemals hätte eine parlamentarische Versammlung sich durch die augenblicklichen Waffenerfolge der nordamerikanischen Sklavenstaaten verleiten lassen, auf ihren endlichen Sieg zu bauen und darauf gar den tollen Plan zu gründen, die mächtige angelsächsische Republik Washington's durch Militär-Diktaturen und durch Monarchien der verkommenen Creolen, mit importirten europäischen Prinzen, zu stürzen. —

Das Repräsentativ-System hat in Frankreich einen glänzenden moralischen Sieg über die dünkelvolle Allweisheit des Despotismus errungen. Der Nimbus des Kaiserreichs ist dahin. Von der Tribüne wird es laut ausgesprochen, daß die Franzosen sich vor Europa ihrer Unfreiheit schämen müssen, und ein Anhänger des Kaiserreichs weiß kein Mittel für dessen plötzlich aller Welt, trotz der geschminkten Backen, enthülltes Siechthum, als die Umkehr zur Freiheit oder den äußeren Krieg. Mag man von der persönlichen Friedensliebe des Kaisers und seines Großvezirs eben so sehr überzeugt sein, wie von der Ruhebedürftigkeit Oesterreichs: die fortgesetzten Rüstungen Frankreichs, die Wiederrichtung von zweihundert Infanterie Compagnien und einigen zwanzig Batterien,

Digitized by Google

das Intriguiren mit Ratazzi, das Kokettiren mit Dänemark, das Flattiren der Könige von Würtemberg und Baiern, und vor Allem das sichtliche Umwerben Oesterreichs, wo die feudal-ultramontane Kriegspartei und die Ungarn (?) der französischen Allianz das Wort reden — das sind doch sehr beachtenswerthe Erscheinungen, welche sehr begründete Zweifel an der Dauerhaftigkeit der für die Erhaltung des Friedens gewonnenen Bürgschaften erregen. Wenn der französische Sprech-Minister die guten Beziehungen zu Preußen rühmt und die deutsche Einheit unter Preußens Scepter für unabwendbar*) und für Frankreich ungefährlich erklärt, so machen der Kriegs- und der Marine-Minister aus ihren kriegerischen Gelüsten gegen Preußen kaum ein Hehl, und ein Hofjournal hält den Frieden nur dann für gesichert, wenn die deutsche Nation auf ihre staatliche Einheit verzichtet, weil sie die Franzosen um ihr „prestige" besorgt macht! —

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß Preußen militärisch auf alle Eventualitäten vollständig vorbereitet und daß das deutsche Heer der französischen Armee vollständig gewachsen ist. Aber wenn wir auch fest überzeugt sind, daß das deutsche Volk jeden Versuch, eine französische Invasion zur „Befreiung" von der verdienten Einheit zu benutzen, unerbittlich als Hochverrath an der Nation strafen würde, so halten wir doch rascheste Förderung des Einheitswerkes, unbekümmert um unberechtigten Einspruch, für die dringendste Aufgabe der preußischen Staatsregierung, da sie einmal die Initiative hat und behaupten will. Der Glorieuschein von Königgrätz ist durch Luxemburg stark verblaßt; da hilft kein Streiten. Eine Wiederholung dieses napoleonischen Sieges in Schleswig, etwa durch „Neutralisation" Düppels und Alsens, wäre ein Unglück**). Durch kleine Gefälligkeiten und Schmeicheleien allein befriedigt man den Bonapartismus nicht. Was ist aber für die Einheit seit Einsetzung des Zollparlaments geschehen? Wir haben dem Fürstenthum Waldeck, zur Bereicherung des staatsrechtlichen Wörterbuchs, die „Accession" gestattet und werden sie wahrscheinlich auch Lippe-Bückeburg gestatten. Herr v. Bismarck ist zum Bundeskanzler ernannt und Herr v. Savigny wird wahrscheinlich der Vicekanzler werden. Aber haben wir die Sympathien des Volkes, die doch auch ein mächtiger Faktor im politischen Leben sind, namentlich bei neuen Schöpfungen, in erhöhtem Maße gewonnen oder nur zu gewinnen gestrebt? Man möchte sagen: im Gegentheil! Moralische Eroberungen: — die Junker haben dafür nur ein naserümpfendes Lächeln, Herr v. d. Heydt weiß sie nicht zu buchen, und wenn Herr v. Bismarck auch bisweilen ihren Werth anerkennt, so denkt er doch zu gering vom Volke, um sie zu suchen, hält es vielmehr für dessen verstärkte Pflicht und Schuldigkeit, sie ihm entgegen zu tragen. So sehen wir denn den Grafen Lippe den Feldzug gegen die parlamentarische Redefreiheit mit ungeschwächten Kräften fortsetzen; die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urtheil gegen Twesten an das Obertribunal appellirt, weil nicht auf Amtsentsetzung erkannt ist. So sehen wir in Schleswig-Holstein, statt die Deutschen zu stärken, eine Preßpolizei (z. B. gegen ein unschuldiges Wahlprogramm!) handhaben, welche jede Wahlagitation unmöglich zu machen scheint.***) So sehen wir endlich über die neuen Provinzen in der zwölften Stunde eine Fluth von Verordnungen hereinbrechen, welche selbst die wärmsten Fürsprecher der neuen Ordnung der Dinge mit der bittersten Unzufriedenheit erfüllen. Was man auch über die Nothwendigkeit einzelner dieser Maßregeln (Gleichheit der Besteuerung) denken mag — mit der Macht- und Einheitsfrage hat keine von ihnen irgend etwas zu thun, und seine war so eilig, daß man sie nicht dem nächsten Landtage hatte vorlegen können. Bedenklich ist man nur in Bezug auf die vom ganzen Lande gewünschte Aufhebung der nassauischen Jagdordnung und in Bezug auf die Spielhöllen, mit denen man, wie mit einer Großmacht, verhandelt, während man die Lotterien in Frankfurt u. s. w. über Nacht wegdekretirt — und sie in Berlin fortbestehen läßt! Und dabei redet man dann noch officiös von „Erleichterungen" und verspricht auch fernerhin — Schonung der berechtigten Eigenthümlichkeiten! Das heißt doch wirklich den Hohn zum Unrecht fügen. —

Bei diesem uniformirenden Thatendrange der Regierung fehlt es nicht an Vorwürfen gegen das Abgeordnetenhaus, welches das Annexionsgesetz im vorigen Jahre zu sehr über das Knie gebrochen haben soll. Aber das Haus war in einer schwierigen Lage. Es hatte vor Allem die fatale Personal-Union zu verhindern, welche die Vorlage der Regierung verlangte. Die unmittelbare Einführung der Verfassung, der sich auch praktisch mancherlei Schwierigkeiten in den Weg stellten, weil viele Voraussetzungen derselben in den neuen Provinzen fehlten, wünschten diese selbst nicht, in der Hoffnung, noch manche ihrer Institutionen zu retten. So wurde man, trotz aller Bedenken, zur Diktatur für die Uebergangszeit hingedrängt. Freilich wäre es jetzt besser, wenn man das Löwe'sche Amendement hätte durchsetzen können, welches die Rechtssphäre und die Zuständigkeit der Gerichte dem „Regime der Verordnungen" entzog. Aber das ging eben nicht, und zudem sprach das Interesse Preußens so laut, daß man, auch ohne dem Grafen Bismarck besonders liberale und constitutionelle Gesinnungen zuzutrauen, wohl seiner Versicherung glauben durfte, „Preußen werde alles konservyten, was der Staat irgend ertragen könne." Niemand hat die Diktatur so verstanden, daß sie die Regierung ermächtigen solle, Dinge, die zur unbestrittenen Kompetenz der Volksvertretung gehören, wie Besteuerung, Finanzcontrolle, Justizorganisation, dauernd in diktatorischer Weise zu ordnen. Glaubt denn in Preußen irgend ein Mensch, mit Ausnahme etwa der dornirtesten Landjunker, daß man ungestraft von den konstitutionellen Anfängen zum Absolutismus zurückrenken könnte, während Oesterreich den Konstitutionalismus äußerlich korrekt fortbildet? Wenn ein konservatives Blatt, welches die absolutistische Ausnutzung der „in einer glücklichen Stunde" erlangten Diktatur, „zur Umgehung der lästigen Einsprache des Landtags", als eine ausbündige Schlauheit des Finanzministers preist, nicht bloß für sich selber spricht, so beweist das eben nur, daß der Absolutismus in Berlin nicht einsichtiger ist und nicht mehr Verständniß für die Gegenwart hat, als in Paris, — und dieses Beweises bedurfte es längst nicht mehr. —

Zur Zeit der Berathung des Annexions-Gesetzes bestand die national-liberale Fraktion noch gar nicht; die Fortschrittspartei war noch ungetheilt. In der Kommission des Hauses wurden vergeblich mancherlei Versuche zur Befreiung einzelner Gebiete von der Diktatur gemacht; selbst Schulze zog ein dem Löwe'schen ähnliches Amendement als unmöglich zurück; Waldeck nannte im Hause den Gesetzvorschlag der Commission „ein sehr gutes Stück Arbeit", und gegen denselben stimmten nur vierzehn Mitglieder, nämlich von der Fortschrittspartei: Jacoby, Dunker, Claussen-Cappelmann mit 3 weniger bekannten großdeutschen Rheinländern, und die für die Selbstbestimmung aller Stämme und Stämmchen so plötzlich begeisterten Ultramontanen, Michelis-Altenkirchen, Dr. Krebs und ihre Nachtreter. Das hindert jetzt die Presse der „Entschiedenen" gar nicht, das Annexionsgesetz für das ausschließliche Werk der National-Liberalen auszuguben und die neuen Provinzen aufzufordern, dieselben von den Wahlstiften zu streichen, um sich vor fernerem Schaden zu hüten. Die wackere „Oest. Morg. Ztg.", so unzufrieden sie auch mit dem Annexionsgesetz ist, weist diese Unredlichkeit entschieden zurück, und die Antwort der neuen Länder an die „Entschiedenen" ist die Annahme des national-liberalen Programms. —

Die Parteibildung ist so wichtig für das politische Leben des Volkes, daß man in einem Berichte aus Preußen die inneren Zerwürfnisse der liberalen Partei nicht mit Stillschweigen übergehen darf, selbst wenn sie auch draußen langweilig, im Prinzip unwesentlich, und mehr als der Ausdruck persönlicher Erbitterung erscheinen. Die „Köln. Ztg." versuchte kürzlich in einem Artikel über den Zwiespalt im

*) Nicht doch, für fertig — womit etwas ganz Anderes gemeint sein wird. D. H.

**) Und noch viel mehr eine Schande. D. H.

***) Ist inzwischen abgestellt. D. H.

Digitized by Google

liberalen Lager, neben verständiger Abwehr des unverständigen Hetzens gegen „Kompromißleute“ und „Verschämtgouvernementale,“ einen Stein auf die Bildung der deutschen Fortschrittspartei gethan zu werfen, welche die „politischen Talente höherer Art“ (die Altliberalen!) verdrängt habe. Das ist eine sehr beschränkte Auffassung des damaligen Parteikampfes. Die Bildung der Fortschrittspartei war ebenso gut eine politische Nothwendigkeit, wie später ihr Zerfall, als der Verfassungs-Conflikt in konstitutioneller Weise ausgeglichen und die deutsche Frage die brennende geworden war. Ganz unglücklich ist die „Köln. Ztg.“ mit ihrer Belobung des linken Centrums, welches zwar die Coalition mit der Fortschrittspartei festgehalten, die Fusion mit ihr aber vermieden habe, welche manche „beißblutige Verfassungsfreunde“ eingegangen seien. Das ist pure Konfusion. Das linke Centrum war ein etwas blasser Spiegelbild der Fortschrittspartei und ging über der nationalen Frage noch grünblicher, als diese, aus dem Leim. Es war stark großdeutsch gefärbt, und diesenigen seiner Mitglieder, die seit der begonnenen Bildung der deutschen Frage mit den „Entschiedenen“ und den Ultramontanen die schärfste Opposition in allen Dingen machen, standen in dem Verfassungskampfe durchaus nicht immer in der vordersten Reihe. Nur der Unverstand kann aber läugnen, daß durch den Kampf der Fortschrittspartei das Verfassungsleben in Preußen unreublich vertieft und die politische Einsicht der Massen außerordentlich gehoben sei.

Es ist wahr, daß während der Hitze des Verfassungskampfes für die Massen der Wähler die sehr erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei über die nationale Frage fast verschwanden, obgleich sie in der schleswigholsteinischen Frage grell genug hervortraten. Das ist jetzt etwas unbequem, weil es dem denunziatorischen Geschrei einiger „entschiedenen“ Zeitungen gegen das „Renegatenthum“ der Nationalen einigen Vorschub leistete. Auf die Dauer bringt Klärung und Sichtung aber einer Partei immer Stärkung, und jetzt scheint auch die Gefahr einer Zersplitterung der liberalen Stimmen in Folge jener gehässigen Hetzerei ziemlich gehoben zu sein. Auch das Wahlkomite der Fortschrittspartei mahnt die Seinen jetzt zum Zusammengehen mit den Nationalen und zur Vereinigung der Stimmen auf den Kandidaten, der die besten Aussichten hat, — ein Erlaß, der jene Hetzereien der Presse doch indirekt dementirt und zu dem die undefangenere Würdigung der Verhältnisse von Seiten einiger Führer ebenso viel beigetragen haben mag, als die immer sichtlichere Verurtheilung des unsinnigen Wüthens gegen die „Kompromißleute“ von Seiten des Landes. Natürlich kann Querköpfigkeit Einzelner in einzelnen Fällen noch Manches verderben; aber im Ganzen liegen die Verhältnisse doch so klar, daß ein Liberaler, der sein Auge nicht aus reinem Eigensinn vor der Wirklichkeit verschließt, über sein Verhalten bei den Wahlen nicht zweifelhaft sein kann. Alle Liberalen wollen die Keime konstitutioneller Entwickelung in der Bundesverfassung befruchten und fortbilden; die Konservativen wollen sie „im monarchischen Sinne verbessern“ d. h. schwächen oder ausreißen. Die Majorität der Konservativen, die mit Hülfe des Landvolks nicht unmöglich ist, wäre namentlich jetzt, bei dem Erlaß der wichtigsten organischen Gesetze, ein wahres Unglück. Wer dazu irgend aus Personenhaß beiträgt, der ist in der That ein Verräther an der liberalen Sache.

Die Nationalsache und die Parteipolitik.

I.

† Die Zerfahrenheit des öffentlichen Geistes in Deutschland ist vielleicht zu anderen Zeiten größer gewesen als heute, niemals aber so unmittelbar gefährlich für unsere nationalpolitische Entwickelung. So lange es sich bei uns bloß um Theorien und Systeme, um Wünsche und Hoffnungen handelte, war die Gegensätze der Interessen und Meinungen von verhältnißmäßig geringem Belang, während jetzt, wo die nationalstaatliche Aufgabe endlich zu einer Sache der unmittelbaren Praxis geworden, die Uneinigkeit der Geister und der Willensrichtungen die Arbeit, zu welcher das ganze Volk mitberufen ist, stört und hemmt, und das Endergebniß derselben in Frage zu stellen, oder doch zu verkümmern droht.

Daß nicht alle Welt in Deutschland, auch nur der Hauptsache nach, eines Sinnes in Bezug auf die bisherige und die fernere Gestaltung unserer öffentlichen Verhältnisse sein kann, versteht sich freilich von selbst. Den abgesetzten Fürsten zum Beispiel, sammt Allem was an ihnen hängt, oder den ultramontanen Verehrern des Hauses Habsburg ist nicht zuzumuthen, daß sie bereitwillig in die Bahn eintreten, welche sich die deutsche Geschichte im vorigen Jahre gebrochen. Wenn aber innerhalb jener großen Masse des Volkes, die sich während des letzten halben Jahrhunderts dem Gedanken eines in Freiheit geeinigten Deutschland zugewendet hat, wenn innerhalb der patriotisch gesinnten Mehrheit unserer Nation, zahlreiche Gruppen den jetzigen Anfängen der Verwirklichung ihrer Hoffnungen unschlüssig oder gar feindselig gegenüberstehen, so ist dies eine auffallende Erscheinung, deren Ursachen sorgfältig aufzusucht sein wollen.

Eine der wichtigsten dieser Ursachen liegt allerdings auf offner Hand. Es ist die Unpopularität der Männer und der Haltung des preußischen Cabinets, welches in der That, nach wie vor Königgrätz und Prag, mit unermüdlichem Eifer darauf aus ist, sich der Welt in der unliebenswürdigsten Gestalt zu zeigen, die Freunde Preußens zu verstimmen, dessen Gegner unndthiger Weise zu erbittern, und das eine besondere Aufgabe darin zu suchen scheint, den neuen Provinzen den Eintritt in die preußische Staatseinheit möglichst zu erschweren, das süddeutsche Volk zurückzuschrecken u. s. w. Darüber ist nicht weiter zu reden, da es in Bezug auf diese Thatsache weder Zweifel noch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des gesammten Liberalismus giebt, wiewohl derselbe in den aus der Thatsache zu ziehenden Folgerungen weit auseinandergeht.

Ein zweiter und vielleicht noch wirksamerer Grund des liberalen Widerstandes gegen die Wendung, welche die deutschen Geschicke seit einem Jahre genommen haben, ist in der Vorgeschichte der deutschen Volkspolitik zu finden. In den Zeiten seines Entstehens — während der ersten Jahre nach Leipzig und Waterloo — von kindlicher Harmlosigkeit und Naivetät, gewann der politische Nationalgedanke, in der Reibung mit den staatlichen Dingen, an denen er sich vergeblich abmühete, bald genug in einzelnen Köpfen eine gewisse kriegerische Schneide, die zum ersten Male durch die sogenannten „demagogischen Umtriebe“ im öffentlichen Leben fühlbar wurde. Die jungen Leute, welche sich damals berufen glaubten, an die Spitze einer großen deutschen Bewegung zu treten, mußten die Wahrheit des Wortes, daß allzu scharf schartig macht, an sich selbst erfahren, und die Theilnahme, welche ihnen und ihren Entwürfen beim großen Haufen wurde, ging nicht über ein unfruchtbares und sehr wenig ermuthigendes Mitleid hinaus. Mit der Zeit indessen wandte sich der öffentliche Geist in Deutschland, meistens ohne es zu wissen und zu wollen, mehr und mehr der Richtung zu, in welcher die „Demagogen“ vorangegangen waren; nicht, daß das Beispiel derselben eine besondere Wirkung ausgeübt hätte, sondern weil die Staatszustände Deutschlands den patriotischen Sinn fast gewaltsam auf jene Richtung hinwiesen.

Mit der Erkenntniß oder dem Gefühl der Unwürdigkeit dieser Zustände nämlich steigerte sich auch das mehr oder weniger deutliche Bewußtsein ihrer Hoffnungslosigkeit. Die guten Köpfe begriffen und die patriotischen Herzen erriethen die Unmöglichkeit, einem zwischen zwei Großmächten und dreißig andern Souveränitäten getheilten Deutschland jemals zu einer erträglichen Verfassung zu verhelfen. Dazu kam die vielfältige Erfahrung von der Unsicherheit jedes politischen Besitzthums des Volkes in den Einzelstaaten, deren Regierungen in der Bundesgewalt einen allzeit fertigen Helfershelfer hatten, wenn es sich um die Interessen des Conservativismus und insbesondere des „monarchischen Princips“ handelte. So geschah es, so mußte es geschehen, daß der öffentliche Geist eine revolutionäre Stimmung annahm, die allmälig das ganze Volk, fast ohne Aus-

Digitized by Google

nahme, in allen seinen Schichten mehr oder weniger durchdrang. Freilich, die große Mehrzahl blieb immer noch weit entfernt von revolutionären Entschlüssen, wahrscheinlicher Weise waren selbst Diejenigen, welche die Revolution auch nur ernstlich gewünscht hätten, in verschwindend kleiner Minderheit und am wenigsten gab es vorherrschende, bestimmte Vorstellungen von den Mitteln, der Methode, den Ergebnissen der gewaltsamen Staatsveränderung, welche der deutschen Nation zu ihrem Rechte einer befriedigenden staatlichen Gesammtexistenz verhelfen könnte; ein gewisser revolutionärer Ton aber klang durch den ganzen Nationalgeist hindurch, und selbst die gebornen Feinde der Revolution huldigten derselben wenigstens dadurch, daß sie sich davor fürchteten, daß sie daran glaubten. Auch innerhalb der liberalen Partei, insbesondere in den wohlhabenden und gebildeten Mittelklassen, wurde die Revolution, wie gesagt, ohne Zweifel vielmehr gefürchtet als gehofft; in der ganzen Masse des Volkes aber war es zum Bedürfniß geworden, die Revolution als die einzige Retterin aus der Noth anzurufen. Natürlich, daß sich die Presse diesem Bedürfniß anbequemte und die Befriedigung desselben zur alltäglichen Gewohnheit machte.

Die unbenutzte Gelegenheit des Jahres 1848 bewies, wie wenig es bis dahin eine ernstliche und thatkräftige Revolutionspartei in Deutschland gegeben, die revolutionären Geistesgewohnheiten des Volks aber wurden durch die nachfolgende Reaktion in neuen Schwung gebracht. Nur daß allerdings, anknüpfend an den Grundgedanken der Frankfurter Reichsverfassung, jetzt auch vielfach die Forderung laut wurde und Anhang fand, daß der preußische Staat die Stelle des Chefs der Revolution übernehme.

Preußen ist, wenn auch unter vielfach ungünstigen Umständen, endlich in diese Rolle eingetreten und hat dieselbe bis zu einem gewissen Punkte glücklich durchgeführt. Ein Theil der liberalen Partei aber, der sich nicht losmachen kann von dem herkömmlichen Begriff der Revolution, vermißt in den Ereignissen des vorigen Jahres den Volksaufstand, die Barrikaden, den Straßenkampf u. s. w. und will dieselben deßhalb nicht als den Anfang der rettenden That gelten lassen, auf welche Deutschland so lange gewartet.

Allerdings gehört eine gewisse Selbstbeherrschung dazu, die nicht Jedermanns Sache ist, um sich durch den rechtmäßigen Widerwillen gegen das Bismarck'sche Regiment überhaupt nicht zur Unterschätzung des Werthes verleiten zu lassen, welchen einzelne Leistungen desselben für die Nationalsache haben. Außerdem ist es richtig, daß die heutige deutsche Wirklichkeit sich neben dem nationalpolitischen Ideal äußerst dürftig ausnimmt, und daß es sehr leicht ist, von der Höhe der letztern hinab Kritik und Ironie an der ersteren zu üben. Aber der Bann ist gebrochen, welcher Deutschland bisher gefesselt hielt, Deutschland hat die Möglichkeit gewonnen, sich zum Herrn seiner Zukunft zu machen und schon heute steht es, allem Widerspruche zum Trotz, politisch und militärisch mächtiger da, als es seit Jahrhunderten jemals gewesen. Mag es noch so bedauerlich sein, daß ein Bismarck der Urheber dieses Wechsels gewesen, so kann doch kein einsichtiger Patriot denselben seines Urhebers wegen zurückweisen wollen.

Daß ein kaltblütiges Urtheil bisher nicht die durchgreifende Eigenschaft unseres Patriotismus gewesen, wird dadurch von Neuem bezeugt, daß es so manchen Unterabtheilungen der liberalen Partei nicht gelingen will, sich innerhalb der neuen Lage zurechtzufinden. Nachdem die Dinge anders gekommen als man erwartet, hört das Verhältniß derselben auf; die Feindseligkeit gegen den Mann, überträgt sich auf dessen Leistungen; die Unzufriedenheit mit den Maßregeln, macht blind für den Erfolg; die Neuheit der dargebotenen Handhaben hat zur Folge, daß man dieselben von vorn herein für unbrauchbar erklärt; die vorgefaßte Meinung, daß die Nationalaufgaben nur im Kampfe mit den bestehenden Gewalten vorwärts gebracht werden können, bringt ein lautes Geschrei über Verrath gegen Diejenigen hervor, welche bereit sind, die Vortheile zu benutzen, welche der öffentlichen Sache durch den stärksten der Machthaber selbst geboten werden.

Die Reihe dieser Mitverständnisse ließe sich noch verlängern, es mag indessen genügen, das schwerste derselben hinzuzufügen, welches zugleich eine dritte Hauptursache der grundsätzlichen Opposition gegen die neue Ordnung der Dinge in Deutschland bildet. Diese Opposition begreift nicht, daß der vorjährige Krieg und dessen Ergebnisse, wie hart man Beides auch verdammen möge, der nothwendige Ausgangspunkt aller staatlichen Weiterbildung in Deutschland geworden sind, daß die Geschichte der letzten zwölf Monate der deutschen Zukunft die Bahn gewiesen hat, welche die Nation nicht mehr verlassen kann, ohne ihre politische Existenz auf das Spiel zu setzen. Nach welcher Seite man sich auch nach einem andern Auswege umsieht, allenthalben stößt man beim ersten Blick auf eine Unmöglichkeit. Die Opposition hütet sich deßhalb auch sehr weislich, irgend einen Gegenplan auch nur von ferne anzudeuten, sondern sie begnügt sich damit, in ihren offenherzigsten Augenblicken zu versteben zu geben, daß es zuerst darauf ankomme, die preußische Uebermacht in Deutschland zu brechen, worauf sich dann das Uebrige schon finden werde. Daß in der heutigen europäischen Lage der Sturz Preußens gleichbedeutend sein würde mit der politischen Annullirung Deutschlands, scheint man dabei nicht zu ahnen, und doch ist es für jeden verständigen Mann eine handgreifliche Gewißheit.

†† Hannover, Mitte Juli. Die fast seit Jahresfrist in Aussicht gestellt gewesene Einberufung hannoverischer Vertrauensmänner ist endlich erfolgt, und wenn man auch auf die hervorragenden Personen der beiden letzten Ständeversammlungen, deren Rechtsbeistand nach dem oktroyirten hannov. Wahlgesetze zweifelhaft sein muß, gegriffen hat, so läßt sich doch nicht läugnen, daß im Allgemeinen die Auswahl eine gute gewesen ist. Der Adel hat freilich eine größere Berücksichtigung gefunden, als er nach seiner wahren Bedeutung und seiner verderblichen öffentlichen Thätigkeit verdient hätte; allein man scheint in Berlin unverdrossen zu sein, unsere mißvergnügten Ritter zu versöhnen, deren Einfluß auf die ungebildete Masse augenblicklich nur um beswillen sich geltend macht, weil sie mit derselben in entipreußischer Gesinnung gemeinschaftlich agitiren. Bekümmerte man sich weniger um unsere Junker, wir sind überzeugt, daß dieselben, an Hof- und Staatsdienst gewöhnt, bald von selbst an die nährende Krippe zurückgelenkt sein würden; indessen über die Colonisationsmanier lassen die Herren des Ministeriums sich nicht belehren und gehen ihren eigenen Weg, ohne Rücksicht auf die Sympathien der Bevölkerung. Wie hätte man auch sonst, unmittelbar vor dem Zusammentritt der 24 Vertrauensmänner, mit der Einführung der wichtigsten, tiefeingreifendsten Gesetze vorgehen können, wenn man auf deren Gutachten wirklich entscheidendes Gewicht legen wollte? Die Steuererhebung nach preußischem Muster ist bereits erfolgt, und wohin man hört, ist Alles erschrocken über die Erhöhung, die dadurch vielfach herbeigeführt werden wird, da Diejenigen, welche eben weniger zu zahlen haben, natürlich still sitzen, während die Masse, die mehr zahlen soll, entsetzlich laut jammert. Wir würden einen allmäligen Uebergang zu den neuen Steuern für sachgemäßer erhalten haben.*) Die gleichfalls verhängte Einführung des preußischen Strafgesetzbuches wird dagegen von Allen, die das unsrige damit vergleichen, als ein Fortschritt angesehen werden, wogegen unser hannov. Strafrechtsprozeß vor dem preußischen in vielen Punkten einen erheblichen Vorzug hat, und man wohl gethan hätte, denselben uns so lange zu belassen, bis für ganz Deutschland ein gemeinsames Prozeßverfahren durchgeführt werden konnte. Das preußische Preß- und Vereinsgesetz, so mangelhaft und so sehr es voll Zufluchten gegen freimüthigen Ausdruck der Meinung ist, verdient vor den berüchtigten Bundesgesetzen doch noch einen Vorzug; nur bleibe es uns zweifelhaft, ob wir bis zum 1. Okt. nach diesen Gesetzen leben, oder, wie Bismarck, der Verantwortlichkeit unterstellt bleiben sollen, die sogar die Censur zugelassen hat, um das kath. Schulblatt in Osnabrück unter Aufsicht zu stellen, nachdem man es zuerst unterdrückt hatte. Bislang hat man aber einen Censor nicht finden können, da selbst der Regierungsrath Bezin die ihm aufgetragene Ehre abgelehnt hat.

Die weiflichen Umtriebe, welche ihren Stützpunkt in der Umgebung der Königin Marie gehabt haben sollen, werden endlich aufhören, da es gelungen ist, die Königin zu bewegen, ihren Lieblingswohnsitz Marienburg zu verkaufen, und sich nach Hietzing zu begeben, wo bereits ein fast ganz neues Personal den König umgibt, was frie Anhänger damit erklären: ein Theil seiner frühern Umgebung habe mit der preuß. Regierung in früherer Beziehung gestanden. Inwieit

*) In diesem Punkt sind wir andrer Meinung. Wie die Gesetzgebung der neuen Provinzen mit den alten in der Bedeutung einheitswerdigkeit war, so konnte auch auf ein rasches Verfahren zu diesem Zwecke schwerlich ohne große Uebelstände verzichtet werden, zumal die Gewinnerhöhung der direkten Abgaben sich, bei solche besehen, auf höchstens 8—20 Prozent stellt. Wollte Gott, die Regierung hätte sich einer unbilligern Härten gegen die Neupreußen zu Schulden kommen lassen. D.

Digitized by Google

solche Beschuldigungen richtig sind, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, gleichwenig, ob die weitlichen Falschwerbereien von der Bedeutung gewesen, die ihnen die offizielle Presse beilegte, obgleich sie erhebliche Thatsachen nicht beiseugnen konnte. Daß man den abernen Demonstrationen gegen die gegenwärtige Regierung ernstlich entgegentritt, finden wir völlig gerechtfertigt, nur sollte man sich streng an die bestehenden Gesetze halten, mit denen vollständig auszureichen ist, zumal widersprechende oder widerwillige Beamte nach und nach versetzt sind.

Letzteres könnte übrigens in ausgedehntem Maße geschehen, wenn nicht die bevorstehenden Reichstagswahlen, unter dem stillen Einfluß der Regierung geführten Wahlen, wieder thatsächlich parlamentarisch ausfallen sollten. — Der seiner Wiederwahl in seinem bisherigen Wahlbezirke (Bremensch. Marschen) sichere Präsident des Nationalvereins, A. v. Bennigsen, wird nicht wieder in der Hauptstadt aufgestellt werden, in welcher er bekanntlich mit einer ansehnlichen Minderheit unterlag; man denkt daher an den auch zum Vertrauensmann mitberufenen Stadtsyndikus Albrecht, und, für den Fall eines Compromisses, an den Geh. Rath Grafen Bennigsen. An Miquel's Wiederwahl, der mit Bürgermeister Grumbrecht-Harburg, Neubourg-Stade Dr. König-Osterode zusammen in Berlin berufen ist, kann kaum gezweifelt werden. Die national-liberale Partei ist übrigens unter den Vertrauensmännern mit zwei Dritteln im Uebergewicht und will man auf ihre Anstichten hören, dann dürfen wir auf eine erfreuliche Entwickelung unserer Zustände und Besserung einiger unserer guten Eigenthümlichkeiten immer mehr rechnen. Namentlich ist auch die Ausmahl der bäuerlichen Grundbesitzer, wie Redeker-Catenberg, Jordan-Hildesheim, Kölcks-Hurien, u. d. Bretin-Lüneburg u. s. w. wol getroffen. Daß Graf Borries, berüchtigten Andenkens, Schatzrath v. Bothmer, Landesdirektor Lehr, v. Hammerstein, Landsch.-Dir. v. Knesebeck u. s. w mit unter den Vertrauensmännern sitzen sollen, paßt freilich nicht zu der Bezeichnung, wird aber doch in sachlichen Erörterungen gar nützlich werden können.

Die Mitglieder des Nationalvereins sammen hier noch jeden Sonnabend zu Besprechungen zusammen; sie sind im Allgemeinen der Meinung, daß eine Auflösung des Vereins nicht zweckmäßig sein würde, so lange nicht Süddeutschland, sammt Luxemburg, wieder zum deutschen Rechtsgebiet gehören, und solange nicht freiheitliche Institutionen das Werk der Einheit krönen. Zähigkeit und Ausdauer im Verfolgen politischer Ziele fehlt aber dem deutschen Volke im Großen, daher die traurige Erscheinung, daß so Viele die Vereinssahne verlassen haben, ehe der Vereinszweck vollständig erreicht ist.

Zeitungsschau.

Die „Nordenschle Allg. Ztg." verjucht in sehr geschickter Weise das Zerwürfniß zwischen den liberalen Parteien gegen das parlamentarische System auszubeuten. Leider muß man gestehen, daß ihr nachfolgender Artikel in manchen Punkten ganz Recht hat und daß es den Organen des augegriffenen Theils bis jetzt nicht gelungen ist, die Hauptargumente der N. A. Z. zu widerlegen. Sie schreibt: „Das Schauspiel, welches der lebhaft entbrannte Streit zwischen den liberalen Fraktionen bietet, hat für den unbetheiligten Beobachter neben seiner komischen auch eine sehr ernste Seite. Sehen wir von der Verwirrung ab, über welche sich ein Theil der bedrerfeitigen Presse ohne Bedenken hinwegsetzt, haben sie sich nicht enthält, Männer, die vorhkanzen noch, so zu sagen, auf den Händen getragen worden, jetzt als zu der letzten Klasse des menschlichen Geschlechts gehörig hinzustellen — wie gesagt, verzichten wir darauf, diese Frage des Anstandes zu diskutiren, und halten wir uns lediglich an die politische Seite."

„Thatsache ist es, daß, wenn etwa vor Jahresfrist dieselben Männer, von denen jetzt, nach der „Volkszeitung", die Wahl „gesäubert" werden soll, auf die Minderheit der beiden Fraktionen fiel, von der gesammten Partei des Liberalismus mit hoher Freude als „die endliche Erfüllung der gerechten Wünsche des Landes" begrüßt sein würde."

„Und in der That schienen die, welche sich jetzt gegenseitig als Renegaten und als Unsähige herunterdrucken, damals die Gesammtheit der liberalen Partei zu repräsentiren."

„Wenn nun der Staat, vertrauend auf die Unterstützung dieser Partei, jenen damaligen Führern sich in die Arme geworfen hätte — was würde er, außer den Personen jener Männer selbst, gewonnen haben! Statt der erwarteten Unterstützung der gesammten liberalen Partei würde er die Unterstützung eines Bruchtheils derselben, daneben aber auch die unerbittliche Feindschaft der anderen Hälfte des Liberalismus sich erworben haben, und mit der Majorität, um deren Erlangung der Ministerwechsel inszenirt worden, würde es unmittelbar nach diesem Wechsel vorbei gewesen sein."

„Angesichts dieser Thatsache darf man den Versuchen des Parlamentarismus wohl die Aufforderung zugehen lassen, die Mittel an die Hand zu geben, mit Hülfe deren ein einigermaßen dauernder Bund zwischen den politischen Parteien und deren Führern zu knüpfen sei."

„Denn nur unter Voraussetzung einer solchen dauernden Verbindung, die nicht von jeder neuen Zeitströmung unterbrochen wird, kann von der Möglichkeit der Herrschaft der politischen Parteien überall auch nur geredet werden."

„So lange aber solche Zustände möglich sind, wie wir sie heute erleben, daß Parteiführer heute von der Gunst der Menge hochgetragen und morgen von derselben Menge verworfen und geschmäht werden, so lange gehört eine Herrschaft dieser Mehrheit, die doch immer nur durch die Führer ausgeübt werden kann, zu den Unmöglichkeiten. Ein Staat, der unter solchen Verhältnissen dem Parlamentarismus sich in die Arme werfen wollte, würde dem Schiffe ohne Steuer und Kompaß gleichen, welches bestimmt ist, ein Opfer der Wechselstunen verschiedener Winde zu werden."

„Mögen die Vertreter der konstitutionellen Doctrin: daß ein Ministerium mit den Majoritäten der Volksvertretung in Uebereinstimmung zu bleiben habe, und, wenn dies nicht der Fall sei, die Krone ein solches Ministerium aus der Majorität zu bilden habe, sich das Echauffiel dieser wechselnden Majoritäten, welche die preußische Volksvertretung seit den letzten zwölf Jahren gebohren hat, in's Gedächtniß zurückrufen und sich fragen, was aus Preußen geworden wäre, wenn wir diesen Majoritäten gefolgt wären."

— Von politischen Hochmuth, der sich so oft aus Würtemberg mit aufgeblasenen Redensarten über die Herrlichkeit der dortigen ständischen Zustände, im Gegensatz zu der preußischen „Knechtschaft", vernehmen läßt, macht die „Köln. Ztg" den folgenden einschneidenden Vorhalt: „Eine „bedeutende Landesvertretung" heißt es da, „hat sich bei uns nie vorhanden gefunden; es ist aber allerdings, wenn wir einmal eine gemeinschaftliche deutsche Strafgesetzgebung erhalten, als Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen" werden müßte, war das Privilegium, für allerlei Ungehorsam und Vergehen mit der eigenen Haut zu bezahlen Während in den weitaus meisten deutschen Staaten die Strafrechtspflege auf das argumentum ad hominem a posteriori schon längst verzichtet hat, und sich, so gut es eben gehen will, mit Geldbußen und Gefängniß zu behelfen sucht, kann will einigen wenigen unseren Staaten das deutsche Kernvolk, die Bauern, Deutschlands, die Heimath des „Prügelknaben", noch immer unter dem Stocke. An den Rebengeländen des Neckars konnte sich die Regierung nicht von der Ueberzeugung losmachen, daß, wie das edle Gewächs, welches Feuerglut in Männerseelen gießt, so auch die Männer selber am besten am Stocke gezogen und unter seinem besseren Segnen und Einfluß gedeihen. Daß die Prügelstrafe gerade in demjenigen deutschen Lande florirte, wo man von der Freiheit am meisten redet und von der Einheit am wenigsten wissen will, wird sicherlich Manchen in Erstaunen setzen. Die Sache war allerdings eben so verwunderlich als unerklärlich; wenn wir jetzt davon reden, so geschieht es nicht, um uns an den wackeren Landleuten zu reiben, mit denen die deutsche Geschichte aus doch einmal verknüpft hat und die, sie mögen wollen oder nicht, von der alten Reichsherrlichkeit, welches Wappen sie auch zeige, nicht loskommen, sondern weil so eben die erfreuliche Kunde zu uns dringt, daß die würtembergische Regierung die Beseitigung dieser unwürdigen Strafart in Angriff genommen hat. In den betreffenden Motiven wird angegeben, daß sich die Praktiker von der Entbehrlichkeit dieses unverwürdigen Strafmittels selber übergeugt hätten; dasselbe sei immer seltener und zuletzt fast gar nicht mehr in Anwendung gekommen. Voraussichtlich ist die würtembergische Landesvertretung nicht prügelslustiger, als die Oberamtsrichter und das Ministerium, und so wird es nicht mehr möglich sein, unter den Hauptnationen des schwäbischen Volksstammes, wie es wohl geschehen ist, neben den Reiselschaden, Kopfschwerden u. s. w. die Würtemberger als die Prügelschaden aufzuführen."

— Ein österreichischer Centralist in der Allg. Ztg., welcher den jetzigen Verfassungszustand des Kaiserstaate mit sehr unzünftigem Auge ansieht, und die bevorstehende Annahme des Dualismus von Seiten des Reichsrath mit bittern Spott begleitet, hat auch von der constitutionellen Herrlichkeit in Ungarn eine sehr geringe Meinung. „Der jetzt häufig gebrauchte Ruf: „die Freiheit wie in Ungarn!" sagt er, ist nicht viel mehr, als eine ironische Phrase, die man auswärts nicht zu wörtlich nehmen darf. Fassen Sie sich durch schöne Reden verlocken nicht blenden; die Reduration der ungarischen Verfassung ist, von allen formalen Schwerk und Gerümpel entkleidet, im Wesentlichen nur die Wiederherstellung der einigermaßen geläuterten magyarischen Adelsherrschaft. Der Versuch, die alte Wirthschaft mit Hülfe des Absolutismus durch eine bureaukratisch-bürgerliche Ordnung mit regelmäßiger Verwaltung und Rechtspflege zu ersetzen, ist gänzlich mißlungen. Durch die Unfähigkeit des Absolutismus und Dank der bewundernswerthen Zähigkeit und Geschicklichkeit der magyarischen Adelsoperation Die fremden Ansätze im Guten und Schlimmen sind gänzlich wieder beseitigt. Regierung und Herrschaft ruhen wieder in den Händen von etwa 200,000 Adelsleuten, mit ihrem Clientel, welche, größtentheils hochverschuldet, sich in die Aemter theilen — der vornehmere Adel und die Mehrheitsabgeordneten in die Centralstellen, der kleine Adel in die Comitatsämter — und sich nun zu erholen suchen. Eine ungarische Correspondenz in der „N. Fr. Presse" fand die Sache neulich drgerlich und bedauerlich genug, daß es so sei. Die Hälfte aller im Unterhaus sitzenden Deakisten, sitzt auch derselbe warm in irgend einem Amt, und es gehört nur geringe Vertrautheit mit dem Wesen parlamentarischer Regierungsform dazu, um sich alle jene Unzukömmlichkeiten auszumalen, die aus solchem Beamtenparlament entspringen müssen. Geht es noch einige Wochen in diesem Tempo fort, so werden glücklich alle Deakisten in einem Amt untergebracht sein." Neue Stellen sind in Masse creirt, und wie besetzt worden! Die Serben und die Croaten werden sich einer solchen magyarischen Herrschaft niemals unterwerfen, und an neuen blutigen Scenen im Innern wird es gleichfalls wieder nicht fehlen. Auch unser Reichsrath hegt für die dortigen Zustände gewiß keine Sympathie, aber er weiß vorläufig daran nichts zu ändern; je entschiedener er also auf den Dualismus eingeht, desto mehr muß er folgerichtig darauf bedacht sein, die gesammte Wirthschaft West-Oesterreichs von der ungarischen zu trennen und Klarheit in das beiderseitige Verhältniß zu bringen."

— „Entweder Krieg oder Freiheit!" schreibt die Weserzeitung, lautete die bedenkliche Alternative, welche neulich Herr Oliver dem Kaiser gestellt hat. Abgesehen von der Frage der Klugheit, ist es jedenfalls höchst seltsam, daß Diejenigen, welche im Namen des Landes zu reden vorgeben, dem Monarchen gegenüber eine Drohung aussprechen, welche, wenn sie sich verwirklichte, das Land weit empfindlicher berühren müßte, als den Kaiser, so unbegreiflich diesem allerdings auch die Nothwendigkeit eines Krieges

Digitized by Google

sein mag. „Sieh hich wohl vor!“ sagt man dem Kaiser, „wenn du nicht liberale Reformen einführst, so wirst du gezwungen sein, das Schwert gegen das Ausland zu ziehen; wir warnen dich hiermit.“ Als ob der Krieg für den Kaiser persönlich ein großes Unglück wäre, die französische Nation aber nicht sogar. Es ist, wie wenn die Nation der Regierung sagte: „Wenn wir unseren Willen nicht erhalten, so werden wir hundertmillionen unserer Söhne abschlachten lassen, eine Milliarde Geld ins Wasser werfen, und unsern Gewerbefleiß ruinieren.“ Ohne Zweifel wäre das der französischen Regierung sehr unangenehm, aber man sollte denken, der französischen Nation noch ungleich mehr.“

„Es ist wahr, daß ein auswärtiger Krieg von jungen Despoten als ein Mittel gegen inneres Mißvergnügen benutzt werden kann; aber es ist neu, daß die Mißvergnügten dies Recept verschreiben. Noch kann man nicht annehmen, daß es die aufrichtige Meinung Olivier's und seiner Gesinnungsgenossen sei, welche die Formel „Freiheit oder Krieg“ aussprechen. Sie wissen sehr wohl, daß ein glücklicher Krieg das Gegentheil dessen, was sie wollen, und ein unglücklicher Krieg völlig unberechenbare Folgen nach sich ziehen würde. Die eigentliche Absicht ist, dem Kaiser, wie man zu sagen pflegt, „die Hölle recht heiß zu machen,“ ihm Verlegenheiten zu bereiten, sein Sicherheitsgefühl zu erschüttern und ihn auf diese Weise einem liberaleren Systeme geneigter zu machen. Sie setzen voraus, daß der Kaiser einen Krieg nicht will, und eben deswegen stellen sie den Krieg als unvermeidlich hin. Es ist genau die nämliche Taktik, welche zu mittelnder nach der Julirevolution die Republikaner und Legitimisten anwandten. Sie predigten in ihren Journalen Tag für Tag die Nothwendigkeit des Krieges, ohne sie zu bewollen, weil sie wußten, daß Louis Philipp und Casimir Perier auf das entgegenste die Erhaltung des europäischen Friedens wünschten. Sie wußten darauf, die Regierung werde einmal sich hinreißen lassen, den Krieg zu beginnen, in welchem Falle dann allen Chancen Thür und Thor geöffnet worden wäre; oder ihr hartnäckiges Festhalten am Frieden werde sich wie Schwäche und Furchtsamkeit auswehmen und die Nation mit Unwillen auf Verachtung erfüllen.“

„Wir wissen nicht, was Napoleon III. als das geringere Uebel ansieht, einen Krieg mit Deutschland oder eine parlamentarische Regierung, wie die Opposition sie fordert. Die Brillantenoperation, welche er Herrn Rouher verliehen hat, deutet vorerst nicht darauf hin, daß er sich für die „Freiheit“ entscheiden wird. Aber es ist zugleich sehr traglich, ob er die andere Hälfte der Alternative, den Krieg, acceptiren wird. Man darf zugeben, daß er lieber einen Krieg wagen als seinen Thron verlieren wird. Allein auf dem Punkte, zwischen diesen beiden Extremen wählen zu müssen, steht er doch wohl allem Anscheine nach schwerlegt. Mag dem nun sein wie ihm wolle, gewiß ist, daß die Stimmung in Frankreich beruhigen (obgleich es mit den Berichten über die Stimmung von 36 Millionen Menschen immer eine eigenthümliche Bewandtniß hat), so ist doch der Schritt vom dumpfen Mißvergnügen zu offenem Aufstande sehr weit, zumal man nicht recht weiß, wen und was man an die Stelle des Bestehenden setzen soll. Auf der anderen Seite ist ein Angriffskrieg gegen Deutschland ein höchst verzweifeltes Unternehmen, dessen loch immer nicht unwahrscheinlicher unglücklicher Ausfall den Thron weit erschütter gefährden würde, als die Unzufriedenheit der Bourgeoisie. Ohne mächtige Allianzen ist ein solcher Krieg kaum anzufangen, und man braucht nur die letzte Rede des österreichischen Finanzministers zu lesen, um sich zu sagen, daß es mit einem austro-gallischen Offensivbündnisse vorerst noch gute Wege hat.“

„Bei Betrachtung der heutigen Lage und Rolle des Bonapartismus kommt dem Stuttgarter „Beobachter“ ein gutes Wort zur Regen. Er sagt: „Wie oft ist mir die Geschichte von jenem Musikanten eingefallen, der auf der Heimfahrt von irgend einer Hochzeit in den Bärengraben fiel, und der unablässig dem brummenden Ungethüm aufspielen mußte, das Meine machte, ihn zu verschlingen, sobald er aufhörte zu geigen. Ich kenne einen solchen Bären, einen ächten Sanculotten, mit einer verfluchten Schärfe um die „Hochbrust“ und einer pompösen Mütze auf dem Zottelkopf, auch einen Musikanten dran' ich, mit kurzen Hosen seidenen Strümpfen und einem breiten Bande unter dem Jabotkreuz, der im Bärengraben aufspielt. Partout pour la Syrie. Er geigt und geigt, und kann nicht mehr; seine Augen sind erloschen und sein Antlitz ist aschfahl; sein gestelltes Schnauzbart hängt schlaff herunter, wie die Fähnlörner eines fiederarmen Kaisers — der Angstschweiß hat alle Kosmetik weggeschwemmt. Die Saiten sind ihm gesprungen bis auf eine, und Alta Troll brummt immer lauter.“

— Die „Schmähliche Volksrettung“ macht die folgenden herben Bemerkungen über den Vorsatz der römischen Kurie, demnächst eine allgemeine Kirchenversammlung einzuberufen: „Das Konzil wird kaum einige Schein-änderungen in der Kirchenverfassung vornehmen, im Uebrigen aber die Gelegenheit des Beisammenseins nur benützen, um alle alten Mißbräuche für heilig und unantastbar zu erklären. Daß das mit Sicherheit zu erwarten ist, geht aus den bisherigen Vorgängen bei der Geotenariumsfeier Petri in Rom hervor. So hat unter Anderem der Papst an die versammelten bischöfe eine Ansprache gehalten, worin er ihnen sagte, er habe sie berufen, um vor ihnen neuerdings die Grundsätze des Syllabus zu bekräftigen, und die Bischöfe haben an den Papst eine Adresse gerichtet, worin sie dem Protekte Roms gegen die modernen Irrlehren anhedingt beipflichteten und das Verwerfen abgaben, ihre Heerden ganz in diesem Geiste zu leiten. Wer daher sich mit der Hoffnung schmeichelte, es werde von den vielen Bischöfen und Priestern, welche von den modernen Irrlehren, von der Wissenschaft und Bildung dieses Jahrhunderts, und von den Aufgaben der Papstthums ganz andere denken, als die Verfasser des Syllabus, ein einziger sich erheben und der Verschwung der Kirche mit der Zeit und ihren unaufhaltsamen Fortschritten das Wort reden, der hat sich bitter getäuscht. Kein Protest, keine Regung eines Protestes auf irgend einer Seite, unbedingte Zustimmung oder stumme, bengenhafte Unterwerfung, selbst dann, als die Absicht der Einberufung eines ökumenischen Konzils zu dem Zwecke angekündigt wurde, die Grundsätze des Syllabus, diese konsequente Wiederherstellung des Mittelalters, durch seine Beschlüsse zu kanktionieren. Die Bischöfe, vor die Kiersel unterworfen ist, hat sich glänzend bewährt, das ist wahr; aber es ist doppelt traurig, daß in der ganzen katholischen Welt, die doch so viele gelehrte und aufgeklärte Kirchenfürsten in ihrem Schoße zählt, keine einzige Stimme gegen eine kirchliche Barbarei laut wurde, welche unvermeidlich vor der Gesammtheit der Geistlichkeit mit Einstimmigkeit gebilligt werden kann.“

„Dazu kommt noch die Heiligsprechung des Inquisitors von Saragossa, welche nichts Anderes ist, als die Heiligsprechung der Inquisition selbst. Man glaube nicht, daß es Rom verhältigen heißt, wenn man ihm zumuthet, seinen Ruhm nun gerade in der Inquisition mit ihren geheimen Schreckens-Tribunalen und Autodafés wiederherstellen zu wollen. Im Jahre 1863 erst schlug die römische Kurie mit den schauerlichsten Greuelsaten ein Konvorat ab, worin unter Anderem stipulirt ist, daß die weltliche Behörde jene von den geistlichen Gerichten verhängte Strafe unweigerlich zu vollziehen habe. In diesem Sage aber ist die ganze Theorie von der Suprematie der Kirche über den Staat und die Inquisition mit allen ihren scheußlichen Konsequenzen enthalten.“

„Die Heiligsprechung der heutigen Verfolgung, der Autrottung aller Andersgläubigen hat also ist die große Idee, welche das Hauptgedenk der Centenarfeier-Feier bildet. Und dieselben Personen, die der Welt eine solche Insamie ins Gesicht zu schleudern im Stande sind, sollten berufen sein, die Schaden der Kirche, unter denen sie ja selber eine Hauptrolle spielen, zu reformiren? Eitelkeit nicht. In dieser Versammlung wird der heilige Geist höchstens durch seine Abwesenheit glänzen.“

Berlepsch der Verfasser der berühmten und weitverbreitetsten Reisehandbücher der Schweiz hat zu diesen gewissermaßen einen erläuternden Supplementband geliefert, der nicht vorsehlte in der Schweiz selbst wie in Deutschland und England die freundlichste Aufnahme zu finden. — Stämend ausgestattet bildet die **Alpen in Natur- und Lebensbildern mit Illustrationen von H. A. Berlepsch** in Leipzig (Ed. Heinrich) zu **außerordentlich** verbreiteten **„Thierleben der Alpenwelt“**, nur daß in ersterem der Haupt-Accent neben der Naturschilderung auf das Leben und Treiben der **Alpenmenschen** gelegt ist. — Der Herr Verfasser sein Zahren auf dem Gebiet Alpinischer Topographie und Ethnographie heimisch hat die Natur und das Menschenleben überall aus eigener Anschauung geschildert. Sein Vortrag ist belebt, sein Styl besitzt jene malerische Anschaulichkeit, welche dem größeren Publikum so sehr zusagt. Selten haben wir in einem derartigen Werke so wahrhaft künstlerisch und so genial gezeichnete **Illustrationen** gesehen, wie sie hier durch Holzschnitt vorzüglich wiedergegeben werden. Dies Werk ist jetzt in drei verschiedenen **Ausgaben** erschienen, von denen sich die beiden größeren (Prachts- und Volksausgabe) ihres Formates und ihrer **elegenten Ausstattung** wegen zu Geschenken und zum passenden Studium vor oder auf Reisen eignen, während die kleinere (**Taschenausgabe**) aber als **compendiöse** und **passende** Reisekarte in trüben Tagen sehr zu empfehlen ist.

Verlag von **Hermann Costenoble** in Jena.

Die Alpen
in Natur- und Lebensbildern
dargestellt von
H. A. Berlepsch.

Mit 16 Illustrationen und einem Textbilde in Tondruck nach Originalzeichnungen
von
Emil Rittmeyer.

Nr. I Pracht-Ausgabe Lexikon-Octav 1 starker Band. Eleg. brosch. 3 Thlr. 26 Sgr. Eleg. geb. 4 Thlr. 10 Sgr Goldschnittband. 4 Thlr. 20 Sgr.

Nr. II. Wohlfeile Volksausgabe mit 16 Illustrationen ohne Tondruck. Octav broich. 1 Thlr. 20 Sgr. Eleg. geb. 2 Thlr 5 Sgr.

Nr III Taschen-Ausgabe für den Reisegebrauch mit 6 Illustrationen Sedez-Format. Eleg geb. 1 Thlr. oro. 20 Sgr netto.

Das berühmte Werk von Berlepsch über die Alpen erscheint auf vielseitiges Verlangen in einer handlichen **besonders redigirten Taschen-Ausgabe** (Nr III) im Anschluß an des Herrn Verfassers bekannte Reisehandbücher für die Schweiz und andere Alpenländer.

Ueber den Werth des Buches jetzt noch etwas zu sagen, erscheint überflüssig; zwei nach einander erschienene Auflagen und eine englische Uebersetzung neben den vorzüglichsten Urtheilen der deutschen und englischen Presse sprechen dies besser aus.

Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß der Herr Verfasser in seinen neuesten erschienenen Auflagen der Reisehandbücher häufig auf seine „**Alpen in Natur- und Lebensbildern**“ verweist, und daß dies Buch gewissermaßen einen **erläuternden Supplementband** zu denselben und in trüben Tagen eine passende und willkommene Reisekarte bildet.

Die beiden größeren Ausgaben eignen sich ihres Formates und ihrer **elegenteren** Ausstattung wegen mehr zu Geschenken und zum passenden Studium vor oder nach einer Alpenreise.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von **K. Schwab** in Heidelberg.
Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 115. Heidelberg, den 1. August. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Die Nationalsache und die Parteipolitik. — Theorie und Praxis des Gemeindewesens in Baiern. — Aus Thüringen. — Das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichstags. — Die Anzeigensteuer. — Herr F. Duncker und der Nationalverein. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 30. Juli.

* Das Tuileriencabinet hat also wirklich sein Wort in Sachen Nordschleswigs gesprochen — gleichviel ob es in einer „Note“ oder in einer „Depesche“, ob es schriftlich oder mündlich geschehen. Ist die preußische Regierung gesonnen, dem Art. 5 des Prager Friedens Folge zu geben, so hat sie einen augenscheinlichen Fehler damit gemacht, daß sie der französischen Mahnung, welche ihrem Entschlusse den letzten Schein der Freiheit nimmt, nicht zuvorgekommen. Beabsichtigt man dagegen in Berlin, die in jenem Artikel übernommene Verbindlichkeit rückgängig zu machen, so versteht es sich von selbst, daß die französische Einmischung in das preußisch-östreichische Vertragsverhältniß an der Schwelle zurückgewiesen werden muß. Je mehr sich die Entscheidung von jetzt an in die Länge zieht, desto weniger darf man erwarten, daß sie im Sinne des deutschen Volkes ausfallen werde.

Kein Eingriff in die Verhältnisse der neuen preußischen Provinzen hat die davon Betroffenen so tief verletzt und eine bittere Beurtheilung erfahren, als die Abführung des kurhessischen Staatsschatzes nach Berlin. Man empfindet diese Maßregel wie einen Raub, und nicht in Kurhessen allein. Alles, was zur Vertheidigung derselben gesagt werden kann, ist nicht im Stande, den Eindruck zu schwächen, daß hier eine unverantwortliche Gewaltthat geübt sei. Daß dieselbe ein staatsrechtliches Gesicht hat, ändert nichts an der tiefen Rechtswidrigkeit ihres Wesens. In ähnlicher Weise konnte sich Napoleon bei seinen Kunsträuberein in den eroberten Ländern auf den Buchhaben des Völkerrechts berufen; gleichwohl hat ihn wegen seiner Missethaten ein härterer und besser verdienter Fluch getroffen. Und Napoleon plünderte doch nur besiegte Feide! — Sei es, in des Teufels Namen, daß die preußische Regierung das „Recht“ hatte, den kurhessischen Staatsschatz einzuziehen: so lange man nicht beweist, daß sie auch die gebieterische Pflicht dazu hatte, daß es ihr unbedingt verboten war, zwei Monate länger damit zu warten, verboten, beim preußischen Landtage die Ermächtigung zu anderweitiger Verfügung über das kurhessische „Blutgeld“ zu beantragen, so lange hat man mit der Berufung auf jenes „Recht“ nichts gesagt, als eine unermeßliche Dummheit.

Die Geringschätzung der öffentlichen Meinung ist der preußischen Politik zur stehenden Regel und zur Gewohnheit geworden, an welcher, allen warnenden Beispielen und den schlimmsten eignen Erfahrungen zum Trotz, mit hornirtem Eigensinn festgehalten wird. Selbst die hundert Mal erlebte Demüthigung, den vernünftigen Forderungen des Volksgeistes doch schließlich nachgeben zu müssen, vermag die Berliner Staatsweisheit nicht zu dem Entschlusse eines rechtzeitigen Entgegenkommens zu bringen. Wollte man die öffentlichen Ideen, Zwecke und Einrichtungen aufzählen, welche die preußische Regierung anfänglich mit Feuer und Schwert verfolgt, und die sie hinterdrein doch sich anzueignen gezwungen war, man würde — von der Turnerei bis zum deutschen Parlament — ein ellenlanges Verzeichniß zu machen haben.

Unberechenbar ist, was Preußen durch diese beharrlich festgehaltene Methode, sich erst von der Uebermacht der Verhältnisse bei den Haaren in den Fortschritt hineinschleppen zu lassen, versäumt und verloren hat. Hält man sich indessen auch nur an den gegenwärtigen Stand der Sache des preußischen Staats, so gewahrt ein Jeder, der die Augen nicht absichtlich zumacht, daß dieselbe hauptsächlich dadurch verpfuscht wird, daß man der öffentlichen Meinung aus Grundsatz das Ohr verschließt. Die Verstimmung und Verbitterung in den neuen Provinzen, welche von Haus aus freilich nicht ganz zu vermeiden war, ist verdoppelt und verdreifacht dadurch, daß man dieselben gar nicht zu Wort hat kommen lassen, so unbedenklich dies auch gewesen wäre; wenn die Oppositeon in Altpreußen sich von Neuem zu einer feindseligen Schärfe steigert, so liegt die Schuld davon wesentlich in der Hartnäckigkeit, mit welcher man der öffentlichen Stimme jedes, auch das kleinste, Zugeständniß in Bezug auf Männer und Maßregeln verweigert, die sich doch nun und nimmermehr auf die Dauer halten lassen; daß die deutsche Nation insgesammt, fühl bis ans Herz hinan, den Dingen, die da sind, zuschaut und den Dingen, die da kommen sollen, entgegensieht, was anders trägt die Schuld daran, als der Ton und die Miene, womit das Bismarcksche Regiment, nach wie vor, und aller gelegentlichen schönen Reden ungeachtet, den deutschen Volksgeist verleugnet und beleidigt.

Possen! — wendet man ein. Solange die Nachtheile der Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung sich darauf beschränken, daß die öffentliche Meinung sich mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür rächt, so lange braucht die preußische Regierung die Folgen ihrer Geringschätzung nicht zu fürchten.

Als ob der gute oder üble Wille der eignen Angehörigen für irgend einen Staat, und wäre er auf Prätorianer oder Janitscharen gestellt, gleichgültig sein könnte! Ganz abgesehen indessen von den innern Wirkungen jenes Mißverhältnisses, wird jedem aufmerksamen Beobachter der heutigen europäischen Lage einleuchten, daß die Kriegsgefahr, welche über uns schwebt, wesentlich mit verantwortlich wird durch die Spannung zwischen dem preußischen Regierungssystem und dem Volksgeiste. Man denke sich diese Spannung hinweg, man setze an die Stelle derselben ein gesundes Wechselverhältniß zwischen der preußischen Staatsgewalt und der deutschen Nation, und frage sich dann, ob es Frankreich unter einer solchen Voraussetzung noch gelüsten würde, Händel mit uns anzufangen. Diese Voraussetzung aber wäre seit Jahr und Tag für die Machthaber in Berlin ohne große Opfer — der Hauptsache nach durch das Opfer einiger Vorurtheile — zu verwirklichen gewesen, und auch heute noch ist es vielleicht nicht zu spät dazu.

— Die prahlerische Feier des Petrifestes in Rom hat auf

Digitized by Google

die italienische „Aktionspartei“ wie eine Herausforderung gewirkt, Ins- und außerhalb der päpstlichen Stadt wird zu einem neuen Angriff auf den Priesterstaat gerüstet, dessen demnächstigen Untergang Garibaldi mit großer Zuversicht verkündigt. So gewiß indessen Italien mehr als hinreichenden Grund hat, alle Kräfte anzuwenden, um sich den römischen Pfahl aus dem Fleische zu ziehen, so läßt sich doch kaum annehmen, daß die Gelegenheit dazu schon jetzt gekommen sei. Ein Freischaarenzug würde heute schwerlich einen bessern Erfolg haben, als derjenige, welcher vor einigen Jahren bei Aspromonte den bekannten traurigen Ausgang nahm, und ein siegreicher Volksaufstand in dem von zehntausend Mann Soldaten bewachten Rom gehört zu den unwahrscheinlichsten Dingen. So lange der italienischen Regierung durch die gegen das Tullerienca-binet übernommenen Verpflichtungen die Hände gebunden sind, wird die weltliche Herrschaft des Papstes kaum ernstlich gefährdet sein. Sollte es gleichwohl richtig sein, daß das Ministerium Rattazzi die Vorbereitungen zu einem neuen Anlauf gegen dieselbe mit nicht ungünstigem Auge ansieht, so wäre daraus vielleicht zu folgern, daß man in Florenz die Möglichkeit einer demnächstigen Befreiung von dem Drucke des französischen Einflusses in Betracht zieht. Ein deutsch-französischer Krieg, zum Beispiel, würde der italienischen Nationalpolitik ohne Zweifel unter allen Umständen einen gewissen Spielraum nach der römischen Seite hin geben, sei es, daß Italien in diesem Kriege als Theilnehmer aufträte, sei es, daß man sich in Florenz innerhalb der Neutralität hielte, welche das Staatswohl und die Volksstimme verlangt.

Das Ministerium Rattazzi scheint sich in der That dem französischen Einflusse, welchem es seine Berufung verdankt, mehr und mehr zu entziehen, um seine Stützpunkte immer entschiedener innerhalb der liberalen Nationalpartei zu suchen, welche die Abhängigkeit der italienischen von der französischen Politik als eine Schmach empfindet, die man, so lange Frankreich der unentbehrliche Rückhalt gegen Oesterreich war, wohl oder übel ertragen mußte, für deren fernere Duldung es aber keine Entschuldigung mehr gibt. Mit Frankreich gegen Preußen gemeinschaftliche Sache zu machen, wäre für Italien die schwerste Versündigung an der eignen Unabhängigkeit und der eignen Wohlfahrt, für die selbst im Bereiche der politischen Fiktion nicht einmal ein Vorwand aufzufinden sein würde. Daß die Gefahr eines solchen ungeheuerlichen Bündnisses übrigens noch nicht ganz beseitigt sei, davon scheint unter Anderem die Zurückhaltung zu zeugen, welche die italienische Presse dieser Frage gegenüber beobachtet, auf welche doch wahrhaftig keine Antwort zu laut und zu verständlich sein würde.

Aus Preußen 28. Juli. Fast scheint es, als habe sich der Herr Justizminister, Graf zur Lippe, durch den zornfunkelnden Vorwurf der angeblichen Solidarität des Ministeriums und der Nationalen in der „entschiedenen“ Presse empfindlicher gekränkt gefühlt, als die Nationalen selber. Wenigstens hat er sich beeilt, dieser Anschuldigung ein unzweideutiges Dementi zu geben. Der „Lohn“, den Twesten und Lasker bisher für ihren „verschämten Gouvernementalismus“ erhalten haben, besteht in einem Verweise und in einer Geldbuße von 100 Thlr. auf dem Disciplinarwege, wozu für beide noch die angenehme Aussicht auf Amtsentsetzung hinzu tritt; denn auch gegen das Urtheil des Disciplinar-Gerichtshofes über Lasker hat die Staatsanwaltschaft appellirt, weil nicht auf Amtsentsetzung erkannt ist. Twesten hat außerdem noch zu gewärtigen, vom Obertribunal wegen seiner Rede über unsere Justizverwaltung im Abgeordnetenhause zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt zu werden. Aber dem Herrn Justizminister scheint durch das Alles der schwere Vorwurf der Solidarität der Regierung mit den Nationalen noch nicht hinlänglich entkräftet zu sein. Darum hat er eine neue Disciplinaruntersuchung gegen diese beiden Märtyrer des „verschämten Gouvernementalismus“ wegen — Unterzeichnung des Programms der national-liberalen Partei einleiten lassen, als gegen eine Agitation im regierungsfeindlichen Sinne! Konservative Richter agitiren natürlich ungehindert. Ob der Justizminister nun dadurch seinen Zweck bei der „entschiedenen“ Presse erreicht, die ihre Entschiedenheit denn auch in der entschiedenen Aufrechterhaltung der unwahrscheinlichsten und unwahrsten Behauptungen bethätigt, das ist freilich zweifelhaft; aber Niemand wird sich wundern, wenn er in Zukunft die Namen liberaler Beamten nicht mehr unter liberalen Schriftstücken findet. Denn die Würde der Volksvertretung gestattet in der That nicht, ihre Mitglieder diesen kleinlichen Disciplinar-Untersuchungen auszusetzen. —

Diese unermüdlichen Verfolgungen und diese durch nichts gebotenen, ja durch nichts gerechtfertigten Oktroyirungen in den neuen Provinzen, so fury vor dem Zusammentreten des Landtags, lassen uns leider besorgen, daß es nicht lange mehr an neuen Stürmen und Konflikten im politischen Leben fehlen wird. Alle Kurzsichtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Bureaukratie reichen zur Erklärung dieses Vorgehens in den letzten Wochen der Diktatur nicht aus; man wird zur Annahme einer tiefen Abneigung der handelnden Minister gegen die verfassungsmäßigen Wege hingedrängt, der sie ungehindert Ausdruck geben wollen. Liegt es nicht nahe, die Einführung der Zeitungssteuer mit ihrem geringen, aber sehr lästigen Ertrage, der wesentlich eine preußenfreundliche Presse bedrückt, deren Dienste man sehr nöthig hat, als eine absichtliche Geringschätzung des Abgeordnetenhauses anzusehen? Die Abänderung der hessischen Gerichtsverfassung, die Einführung einer, eingestandenermaßen, reformbedürftigen Institution an Stelle einer anerkannt mustherhaften, richtet sich selbst, zumal nichts zur Eile trieb. Und die Steuer-Erhöhungen durch augenblicklich sehr hohe Steuer-Einschätzungen, bei denen man keine landeskundigen Vertrauensmänner befragte, die Wegführung des kurhessischen Staatsschatzes durch eine diktatorische Verordnung, ohne im Parlament vorher die staatsrechtliche Frage erörtern zu lassen, ob denn nicht, trotz des Aufhörens des Staates, dessen seitherigen Einwohnern mindestens ein Theil des Staatsschatzes als Provinzialvermögen zu belassen sei, wie solches auch andere Provinzen besitzen: — das Alles droht auf Preußen den Schein zu werfen, als wolle es die neuen Provinzen zu Gunsten der alten ausbeuten, und vor keinem Schein sollte es sich unseres Erachtens ängstlicher hüten. Daß die Preußen eigentlich sämmtlich Hungerleider sieht, die, durch Noth und Habsucht getrieben, aus ihren Sandsteppen hervorbrechen, um die blühenden Fluren des „Reiches“ auszuplündern, das ist ja eine im behäbigen Süden weit verbreitete Meinung, welche Demokraten und Ultramontanen schon bei den Verhandlungen über die Zolleinigung mit den grellsten Farben wieder aufzufrischen suchten.

Man kann in der That nicht behaupten, daß die besiegten Fürsten sich besondere Mühe gäben, durch liebenswürdiges Entgegenkommen der preußischen Regierung die vielen Rücksichten zu vergelten, die sie für dieselben, auf Kosten ihrer früherer „Unterthanen“ nimmt. Und doch führte sie, nach ihren Proklamationen, nicht gegen diese „Unterthanen,“ sondern gegen die Fürsten Krieg. Ein durch den Krieg vertriebener Herzog, der gegen den Sieger eine Klage wegen — Besitzstörung anstellt, — das ist der Humor davon, von der „Situation“ und der Anrufung des bonapartistischen Schutzes ganz abgesehen, wobei freilich aller Humor aufhört. Vielleicht gibt das der Sache noch eine günstigere Wendung. Wie man aus Ems hört, ist die Frankfurter Deputation vom Könige mit tröstlichen Zusicherungen entlassen, und wir wollen hoffen, daß auch die Kurhessen und Nassauer durch persönliche Vorstellungen günstige Erfolge erzielen. An Herrn v. Möller sollen die Kurhessen einen einfachtigen Fürsprecher haben, und man wird doch auch begreifen, daß das Gebeihen der nassauischen Bauern mehr werth ist, als das Gedeihen der Hirsche in herzoglichen Leibgehegen. Man sagt auch, daß Graf Bismarck ebenfalls nach Ems kommen werde, um mit dem Könige wegen den neuen Verordnungen zu konferiren. Sollte er nicht einsehen,

Digitized by Google

daß die neuesten Maßregeln in den alten und neuen Provinzen überall eine leicht zu vermeidende Unzufriedenheit hervorgerufen haben, deren lähmenden Einfluß auf seine auswärtige Politik er sich schließlich doch, trotz seines Vertrauens auf sein Besserwissen und auf sein Glück, nicht verhehlen kann? Freilich — wer kann die Geheimnisse der Berliner Staatskunst durchschauen! Eine Regierung, die sich unnützer Weise einen heftigen Widerstand im Innern schafft, handelt allerdings ebenso unklug, wie eine auf Erfolg rechnende Opposition, welche sich das Herunterreißen einer Bundesverfassung zum täglichen Geschäft macht, auf deren Beseitigung doch auch der Entschiedenste der Entschiedenen für jetzt sicher nicht rechnet, wenigstens nicht in seinen lichten Augenblicken. Und doch sehen wir das täglich in der „entschiedenen" Presse; sie lähmt die beste Kraft der Opposition, indem sie durch systematische Herabsetzung des Kampfpreises die Theilnahme des Volkes am Kampfe und seine Kampfespflicht schwächt und dem entnervenden Indifferentismus und Pessimismus Thür und Thor öffnet. Wer aber dadurch zu siegen hofft, der bricht seinem politischen Verstande selbst den Stab. Was würde man wohl von der politischen Einsicht und von dem politischen Takte eines Liberalen in Preußen gesagt haben, der zur Zeit des heißesten Verfassungskampfes über die Mängel unserer Verfassung, die doch wahrhaftig kein Musterwerk ist, tagtäglich in so furchtbar übertriebener und radulistischer Weise raisonirt hätte, wie es die „Entschiedenen" jetzt in Bezug auf die Bundesverfassung thun? Sollte Bismarck ebenso unklug handeln? Aber freilich, in solchen Dingen ist er nichts weniger, als allmächtig, — und er hat schon öfter gezeigt, was er kann, wenn er muß. Denn daß er seine Entlassung gäbe, wenn sein Rath nicht angenommen wird, — für so konstitutionell halte ich ihn allerdings nicht, wenn er das auch wirklich vor dem Tage von Langensalza wegen Adjutanten-Einmischung gethan haben sollte. Beiläufig gesagt, erklärte General Vogel v. Falkenstein kürzlich bei einem ihm in Königsberg gegebenen Feste: „General Manteuffel (unter dem General Flies stand) schlug los, ohne daß ich eine Ahnung davon hatte, und so ging der Tag von Langensalza für die preußischen Waffen verloren, obgleich ich der Erzwingung der Kapitulation schon sicher war." Der Angriff des General Flies war von Berlin aus befohlen, und nach seinem genialen Feldzuge an der Rhön und am Main wurde Vogel vom Oberkommando der siegreichen Mainarmee abberufen und durch Manteuffel ersetzt. Vielleicht geben diese Worte einen Schlüssel zu diesem Räthsel.

Allem Anschein nach wird Nordschleswig für die nächste Zeit der Angelpunkt für die auswärtige Politik werden. Wir wollen die Zuversicht der Dänen auf die Unterstützung ihrer „nationalen" Ansprüche durch einen Krieg Frankreichs gegen Preußen nicht gerade für baare Münze nehmen, und auch die Zornausbrüche der Pariser Presse über die preußische Tyrannei in Nordschleswig und die mit so vieler Ostentation in Scene gesetzten Sammlungen für deren angebliche Opfer nicht überschätzen, obgleich die Duldung solcher Demonstrationen bei den französischen Zuständen immer nicht ohne Bedeutung ist. Aber wir möchten doch noch weniger unbedingt auf die Zuversicht eines englischen Blattes bauen, daß diese Frage sicher friedlich gelöst werde. Frankreich sucht die Hand in's Spiel zu bekommen; dafür sprechen zu viele Zeichen. Der Art. 5 des Prager Friedens ist sicher ein politischer Fehler; denn die durchgreifende Anwendung des Nationalitäts-Prinips auf Gränzdistrikte, wo die Nationalitaten immer dunt durchelnander gewürfelt sind, ist eben unmöglich. Dieser Artikel ist eine von den Gefälligkeiten, durch die man einer augenblicklichen Verlegenheit abhilft, um sich für später große Schwierigkeiten zu bereiten. Indessen — der Artikel ist einmal da, und wenn auch der Fanatismus der „Köln. Ztg." für die vermeintliche Beseitigung aller Schwierigkeiten durch möglichst große Abtretungen in Nordschleswig und durch die unvermeidlich damit verbundene neue Unterwerfung sehr vieler Deutschen unter die dänische Herrschaft, im Lande und in der Presse für ziemlich verdächtig gilt, so hat sich doch auch die „Nat. Ztg." neulich dahin ausgesprochen, daß der Artikel in irgend einer Weise ausgeführt werden müsse, wenn man sich nicht mit Oesterreich über seine Aufhebung verständigen könne, was sicher das Beste wäre. Aber wie soll er angeführt werden? Preußen verlangt Garantien für die Gleichberechtigung der abzutretenden Deutschen; die dänische Regierung erklärt in ihrer neuesten Note dieselben, unter Berufung auf die „freisinnigen" dänischen Gesetze, deren Handhabung endlich zum Kriege führte, für unnöthig und für unvereinbar mit der Würde einer souveränen Regierung. Das ist der eine Streitpunkt. Dänemark verlangt augenscheinlich auch Alsen und Düppel. Diese Forderung hat Preußen schon in Nikolsburg und Prag bestimmt abgelehnt, und wenn man nach dieser Ablehnung den unbestimmten Ausdruck „nördliche Distrikte" wählte, so kann doch damit unmöglich gemeint sein, daß man nun nachträglich auf diese abgelehnte Forderung zurückkommen dürfe. Diese Unbestimmtheit des Ausdrucks kann nur bedeuten, daß man sich über die Gränzlinie nicht verständigen konnte und darum deren Feststellung der Verständigung der Vertragsmächte (Oesterreich und Preußen) überließ, und es scheint selbstverständlich, daß dabei die Stimme des Besitzers am meisten in's Gewicht fallen muß. Man könnte die gegenwärtige nationale Einigung Deutschlands nicht stärker diskreditiren, als durch irgendwelche Gefälligkeit und Fügsamkeit gegen Napoleon und seine schicksalsberichterlichen Gelüste, die sich auch an den süddeutschen Höfen deutlich genug kundgeben. Ihnen nicht gleich anfangs unbedingt entgegen zu treten, ja, das wäre ein Schmach; es wäre mehr, als ein politisches Verbrechen; es wäre eine politische Dummheit. —

Die Wahlbewegung kommt allmälig in Gang. Die oppositionelle Stimmung ist sichtlich gewachsen, und nicht bloß in den neuen Provinzen. Der Erlaß der verständigeren Führer der Fortschrittspartei, zu denen Herr Duncker, nach seinen Heften gegen die Nationalen in Berliner Wahlversammlungen, nicht gehört, zum Zusammenwirken bei den Wahlen wird leider vielfach von den „Entschiedenen" im Lande nicht beachtet, die an ihren aussichtslosen Kandidaten festhalten, auch wenn ein Compromiß mit den anderen Liberalen den Sieg möglich macht. Ein neuer Aufruf des Berliner Centralcomite der Fortschrittspartei spricht wieder ganz in der Weise Duncker's, der Leitartikel der „Volksztg." wirft mit Phrasen von „Charakteren, die im Sturm nicht wanken" und von „lahmen Freunden" um sich, die nicht immer und überall charaktervoll Nein sagen. Man sollte zwar meinen, einiger politischer Verstand, der die Bedürfnisse und die Kräfte der Gegenwart zu schätzen versteht, würde den „Charakter" nicht verunzieren; aber wenn die Kreuz-Zeitung deshalb die Nationalen für gefährlicher hält, als die Principienreiter, so erklären diese das nur für ein schlaues Wahlmanöver zu Gunsten der Nationalen, welches wahrscheinlich Graf Eippe ersonnen hat. Die Lassalianer weiß der „Präsident" Schweitzer an, allenfalls mit den „Entschiedenen", aber nie mit den Nationalen, und im Ganzen eher mit den Konservativen, als mit der „Bourgeoisie", zu gehen, vor Allem aber sich nicht an das „alberne Geschrei" über Reaktion und über Vergehen gegen die Sittlichkeit zu kehren!

Die Nationalsache und die Parteipolitik.

II.

† Bei unserer bisherigen Erörterung haben wir jene Gruppe der Opposition außer Betracht gelassen, welche sich selbst mit dem Namen Lassalle's kennzeichnet. Die Gewissenlosigkeit und Verlogenheit des Stifters dieser Sekte ist ungeschmälert als Erbstück auf seine Nachfolger übergegangen, wie denn auch der Zweck derselben, eben so wie der ihres Meisters, sich darauf beschränkt, auf Kosten des Unverstandes und des übel verstandenen Eigennutzes des großen Haufens der Gemeinde, eine Rolle zu spielen, die ihnen auf dem Boden einer ehrlichen Volkspolitik aus triftigen Gründen versagt war. Die von solchen Leuten planmäßig betriebene Cor-

Digitized by Google

ruption der Gesinnungen des Arbeiterstandes kann allerdings nach Umständen mancherlei Unheil anrichten, aber das gesunde deutsche Naturell wird die Gefahr der Anstedung immer auf ziemlich enge Gränzen beschränken. Zur Zeit hat jenes widerliche Getriebe des impotenten Ehrgeizes und der kurzsichtigen Selbstsucht jeden Falls zu wenig politische Bedeutung, um als eine Erscheinung des Parteilebens in ernstliche Erwägung gezogen zu werden. Genug, daß die „Socialdemokraten", um sich über Wasser zu halten, heute, wie zu Lebzeiten ihres Meisters, unbedenklich gemeinschaftliche Sache machen mit dem Junkerthum und dem Absolutismus, und daß sie insbesondere die nationalliberale Partei mit unversöhnlicher Feindschaft beehren.

In kaum geringerem Grade, als der Liberalismus, ist der Conservativismus durch die Ereignisse des vorigen Jahres auf dem Fuzen gebracht. Selbst die Hauptträger der conservativen Politik, die Dynasten, sind an ihren bisherigen Aufgaben, ja sogar theilweise an sich selbst, irre geworden. Wenn unter der Bundesverfassung das unbedingte Festhalten an der durch dieselbe gewährleisteten vollen Souveränetät das A und das O des dynastischen Katechismus war, so ist man heute in den fürstlichen Cabinetten vielmehr geneigt, die umfangreichsten Opfer für das einzige Mittel zu halten, durch welches wenigstens ein Rest der alten Herrlichkeit noch gerettet werden könne. In diesem Sinne haben die sämmtlichen norddeutschen Bundesfürsten seit Jahr und Tag gehandelt, ohne daß man sagen könnte, daß ihnen, der großen Mehrzahl nach, Gewalt angethan worden sei. Einige derselben betreiben sogar ihre eigne Mediatisirung, um wenigstens ihre Finanzinteressen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die süddeutschen Könige und Großherzoge allerdings zeigen sich weniger eilfertig in der Aneignung eines den gegenwärtigen Staatszuständen entsprechenden neuen Conservativismus; daß indessen die bisherigen Stellungen sich nicht behaupten lassen, und daß es sich höchstens um die Wahl derjenigen Macht handelt, zu deren Gunsten eine theilweise Abdankung stattfinden soll, darüber ist man, allen Anzeichen nach, auch in München und Stuttgart nicht zweifelhaft. Kurz, der fürstliche Partikularismus fühlt in ganz Deutschland den Boden unter seinen Füßen schwanken und sucht, soweit er seinen Rückhalt nicht in Preußen findet, nach neuen Stüzpunkten und neuen Grundsäzen. Auf offnen Kriegsfuß gegen die jezige Ordnung der Dinge hat sich nur der König von Hannover gesezt, während der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau sich derselben mit Ergebung, wenn auch nicht ohne einigen Vorbehalt, anbequemen.

Einen eifrigern Anhang als bei den Fürsten selbst findet der hergebrachte Conservativismus in der Umgebung der Höfe. Der Hofadel, und was demselben durch Stellung und Interesse verwandt ist, sieht in der Umwandlung der deutschen Staatszustände den eignen Ruin zu deutlich vor Augen, um sich nicht mit allen Kräften dagegen zu sperren, um so heftiger, je weniger die Verantwortlichkeit, deren Bewußtsein die Haltung der Dynasten selbst stark beeinflußt, für die Unterlinge vorhanden ist. Im gewöhnlichen Laufe der Dinge freilich wird dieser Widerstand nirgends über ein ohnmächtiges Intriguiren hinausreichen; bei einer Krisis dagegen, wie sie von außen her jeden Tag hereinbrechen kann, würden die Leute, welche das Ohr der Fürsten haben, allerdings eine gefährliche Wichtigkeit zu gewinnen im Stande sein, wie denn in einem solchen Falle auch der dynastische Geist sich ohne Zweifel neu beleben und allerlei verzweifelte Stücklein ausführen könnte. Solcher drohenden Möglichkeiten werden wir erst mit dem Tage überhoben sein, wo der lezte Rest der vielköpfigen Souveränetät aus der deutschen Verfassung verschwunden ist.

Die Gesinnungen der katholischen Klerisey in ganz Deutschland sind und bleiben, aus eben so guten wie bekannten Gründen, dem Hause Oesterreich zugewendet, und danach bestimmt sich die politische Haltung derselben in dem jezigen Wendepunkte der deutschen Geschichte. So weit der Einfluß der römischen Kirche reicht, so weit gibt es Widerstand gegen die Befestigung und Ausdehnung der neuen Ordnung der Dinge also Conservativismus alten Styls, der ja von jeher mit reactionärem Geiste stark durchsezt war. Eine thätige politische Macht indessen ist die katholische Kirche glücklicher Weise bloß in wenigen Theilen Deutschlands und nur im Anschluß an anderweitige und größere Kräfte würde sie ein ernstliches Hinderniß für die begonnene Umwandlung des deutschen Staatswesens werden können.

Ihre größte Schwierigkeit findet diese Umwandlung in dem Partikularismus, welcher — man sage was man wolle — den Volksgeist in allen deutschen Einzelstaaten durchdringt. Dieser Partikularismus ist nicht Stammesgefühl und nicht Staatsstinn und am allerwenigsten, wie man am lautesten fabelt, Freiheitseifer, sondern, der Hauptsache nach, nichts Anderes, als die Macht der Gewohnheit. Man braucht nur ein offnes Auge für die alltäglichen Erfahrungen des Lebens zu haben, um diese Macht, als solche, sehr hoch in Anschlag zu bringen. Die Geschichte der Völker wimmelt von Beispielen des verzweifelten Kampfes des guten Neuen gegen das schlechte Alte. Und wenn das Neue gar, wie in unserm Falle, seine schlimmsten Seiten zuerst und wie mit absichtlicher Uebertreibung hervorkehrt, und wegen des Ausgleichs von Gewinn und Verlust lediglich auf die Zukunft verweist, so haben die Vertheidiger des Alten leichtes Spiel bei den Alltagsmenschen. Alles in Allem genommen, darf man sich nur wundern, daß die partikularistische Gewohnheit sich nicht noch viel stärker sträubt, als es geschieht, gegen die ihr theils angethane theils angedrohte Gewalt. Aber man täusche sich nicht darüber: diese verhältnißmäßige Fügsamkeit kann unter gewissen Umständen, von heute auf morgen, in ein wildes Aufbäumen umschlagen. Durch die Zeit freilich wird die Macht der außer Uebung gesezten Gewohnheit unfehlbar abgenugt; bis dahin aber bleibt dieselbe eine gefährliche Gegnerin, die sich erfolgreich nur durch sehr glückliche Neuerungen bekämpfen läßt, wie die preußische Politik sie leider nicht im Griff hat.

Dem Allen zufolge leidet der Begriff des Conservativismus auf die deutschen Verfassungsverhältnisse zur Zeit nur eine sehr beschränkte Anwendung. Es kommt diesem Conservativismus viel weniger darauf an, das Bestehende zu erhalten, als, dessen folgerichtige Entwicklung und Vollendung zu verhindern. Der unabweisbare, wenn auch unklare und besonders unausgesprochene, Hintergedanke dieses Widerstandes ist die Reaktion im Sinne der Einzelsouveränetät, wie hoffnungslos dieselbe auch sein mag. Daß diese Reaktion niemals durch einen innern Umschwung, sondern nur im Gefolge auswärtiger Ereignisse auch nur versucht werden könnte, ergibt sich schon aus einem oberflächlichen Ueberblicken der obwaltenden Verhältnisse. Gleichwohl läßt die Verblendung durch Eigensinn und Leidenschaft diese Erkenntniß in gewissen Kreisen nicht aufkommen, welche anderweitig vor den Consequenzen ihrer eignen Haltung und Handlungsweise zurückschrecken würden. Daß es aber auch nicht an Solchen fehlt, welche mit vollem Bewußtsein darauf ausgehen, ihre politische Rechnung im Bunde mit dem Auslande zu finden, das ist, zur Schande Deutschlands, eine handgreifliche Thatsache.

Aus dieser Sachlage ergibt sich für alle Parteien, welche der Nationalsache mit Verstand und Gewissenhaftigkeit dienen wollen, eine Reihe von patriotischen Pflichten, deren Uebung mancherlei Selbstüberwindung kosten mag, deren Erfüllung aber nicht ohne schwere Versündigung an der Zukunft Deutschlands verweigert werden kann. An erster Stelle handelt es sich um die unumwundene Anerkennung der neuen Bundesverfassung und des selbstverständlichen Folgesazes, daß die Ausdehnung derselben auf Süddeutschland mit allen Kräften zu betreiben ist. Wenn schon die alte Bundesakte, bei all ihrer Zämmerlichkeit, immerhin besser war, als gar nichts, so wird kein vernünftiger Mensch kalten Blutes leugnen, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes, trotz ihrer vielen und großen Mängel, die in derselben hineingriffenen Staaten zu einem besser constituirten politischen Körper gemacht hat, als er in ähnlichem Umfange jemals in Deutschland bestanden hat. Wer, unter welchem Vorwande es auch sei, die Einbeziehung Süd-

Digitized by Google

deutschland in den neuen Bund bekämpft, auf dessen Lippen ist die deutsche Einheit eine Lüge.

Demnächst ist es einleuchtend, daß die drohenden auswärtigen Verhältnisse der liberalen Nationalpolitik gewisse Opfer abverlangen, von denen hier nur auf das nächstliegende hingewiesen werden soll. Wie rechtmäßig das Verlangen nach Erleichterung der Militärlast auch sei, so würde es doch geradezu unvernünftig sein, an der Schwelle eines Krieges mit Frankreich, und in dem Augenblick, wo der Napoleonismus seine Streitkräfte zu verdoppeln im Begriff ist, auf eine Schwächung des deutschen Heerbestandes, oder gar eine gründliche Umgestaltung des bisherigen Heerwesens, hinzuarbeiten. Die in diesem Sinne zu stellenden Forderungen mögen ausdrücklich vorbehalten werden; dieselben aber, wie es bis und da in der Presse und in Volksversammlungen geschieht, zum Gegenstande einer unmittelbaren Agitation zu machen, ist jedenfalls nicht die Sache von Leuten, welche eine gewisse politische Zurechnungsfähigkeit für sich beanspruchen.

Zum Dritten folgt, aus Gründen der innern sowohl wie der auswärtigen Politik, die hier nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, die Nothwendigkeit des engen Zusammenhaltens der nach Grundsätzen und Zwecken einander nah stehenden Parteien. Daß innerhalb des preußischen Liberalismus diese Nothwendigkeit so grob verkannt werden kann, wie es in manchen seiner Preßorgane, Vereine, Parteiversammlungen u. i. w. geschieht, gehört zu den niederschlagendsten Erscheinungen des Tages. Der Gegensatz zwischen der „nationalliberalen“ und der „Fortschrittspartei“ ist, wie schon früher an dieser Stelle ausgeführt wurde, sachlich gar nicht vorhanden, beruht vielmehr höchstens auf einigen Verschiedenheiten der Taktik und ist im Wesentlichen nichts, als die Wirkung persönlicher Erbitterung. Wenn es nun gleichwohl geschehen kann, daß die Organe der „Nationalliberalen“ und „Fortschrittsmänner“ die Gemeinschaft ihrer Aufgaben und Zwecke weit genug vergessen, um ihren gemeinsamen Gegnern das tagtägliche Schauspiel der gemeinsten Raufereien zu geben, ihren Parteihäuptern gegenseitig Ehre und guten Namen abzuschneiden, durch wüthende Nebenbuhlerschaft den Erfolg der Wahlen aufs Spiel zu setzen u. s. w. — wenn solche Dinge in einer Zeit und Lage, wie die heutige, geschehen können, so geben sie ein entmuthigendes Zeugniß von dem niedrigen Stande des politischen Verstandes und des politischen Charakters — zwar nicht der Parteien selbst, aber doch Derjenigen, welche sich ungestraft als deren Wortführer aufwerfen dürfen. Um gerecht zu sein, muß man hinzufügen, daß die ersten Herausforderungen und die rohesten Ergüsse des Worts von Seiten der „Fortschrittspartei“ gekommen sind. Hoffen wir, daß die Partei, welcher diese Blätter zu dienen vergeben, endlich Mittel finden wird, der unwürdigen Polemik derselben Einhalt zu thun.

Theorie und Praxis des Gemeindewesens in Baiern

Die wichtigen Gesetzvorlagen, deren Vorberathung gegenwärtig einen Ausschuß der Abgeordnetenkammer beschäftigt, sind in der baierischen Presse vielfach besprochen worden. Sehr selten dagegen ist es vorgekommen, daß in Stadt- und Landgemeinden Mitglieder der Gemeindekollegien oder andere Einwohner zusammentraten, um die Hauptfragen der neuen Gesetzgebung zu erörtern und das Ergebniß ihrer Berathung zu veröffentlichen oder unmittelbar zur Kenntniß des Ausschusses zu bringen. Was von dieser Art zur Zeit vorliegt, beschränkt sich auf zehn bis zwölf Eingaben an den Ausschuß und sonstige Kundgebungen. Unter den Vertretern der größeren Städte stehen die Magistratsmitglieder und Gemeindebevollmächtigten in Würzburg mit ihrer auf sämmtliche Gesetzentwürfe sich erstreckenden Denkschrift ganz allein.

Es nützt nichts, über die Gründe dieser Enthaltsamkeit eine Untersuchung anzustellen, die in vielen Fällen zu unerquicklichen Resultaten führen würde. Einleuchtend aber ist, daß die Zeitungskritik, auch wenn sie noch so reichhaltige Beiträge liefert, den gerügten Mangel nicht zu ersetzen vermag. Im Gegentheil: die Anregungen, die von ihr ausgehen, machen diesen Mangel, wie ein Beispiel zeigen wird, zuweilen noch fühlbarer.

In den baierischen Städten ist bekanntlich, soweit die Gemeindeordnung von 1818 gilt, der sogenannte Dualismus der Gemeindebehörden hergebracht, d. h. neben dem Magistrat als Verwaltungsbehörde steht selbstständig das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, welches den Magistrat zu wählen, seine Geschäftsführung zu kontrolliren und bei allen wichtigen Beschlußfassungen mitzuwirken hat. Diese im größten Theile Deutschlands östliche in dem neuen Entwurf beibehaltene Einrichtung wird von der Berliner „Deutschen Gemeindezeitung“ heftig angefochten. Auch preußische und sächsische Städtetage haben sich gegen sie erklärt und für die Verschmelzung der beiden Kollegien in eine ungetheilte Gemeindevertretung, ähnlich der Verfassung der baierischen Landgemeinden. Man führt gegen den „Dualismus“ hauptsächlich an, daß er einen schwerfälligen Geschäftsgang und häufige Zwistigkeiten zwischen den getrennten Körpern verursache, wodurch dann wieder die Einmischung der Staatsgewalt begünstigt werde. Andererseits gewährt aber diese Einrichtung den wesentlichen Vortheil, daß wichtige Angelegenheiten einer zweifachen Erwägung unterliegen und die kontrolirenden Gemeindebevollmächtigten dem verwaltenden Magistrat ernstlicher auf die Finger sehen, als einer aus ihrer eigenen Mitte gebildeten Verwaltungskommission. Auch der gefürchteten Einmischung der Staatsbehörden läßt sich durch angemessene Bestimmungen gar wohl vorbeugen. Es giebt also Gründe für die von der erwähnten Zeitschrift geforderte Aenderung, und giebt gewichtige Gegengründe. Die entscheidende Hauptfrage lautet zuletzt: ist nach den praktischen Erfahrungen, die man im diesseitigen Baiern seit 50 Jahren gesammelt hat, der Nachtheil eines schwerfälligeren Geschäftsganges so groß, und erzeugt jener „Dualismus“ wirklich so bedenklichen Zwiespalt im Schoße der Bürgerschaften, daß es rathsam erscheint, auf die Vortheile der bestehenden Einrichtung zu verzichten und zu dem anderen System überzugehen?

Um diese Frage mit einiger Zuversicht zu beantworten, genügt es nicht, wenn vier oder fünf vereinzelte Zeitungsstimmen für oder gegen den Dualismus eine Lanze brechen. Es müßte vielmehr den Gesetzgebern ein Einblick in die reichhaltigen Erfahrungen der Vergangenheit dadurch eröffnet werden, daß Bürger und Gemeindebeamte, die mit dem städtischen Leben vertraut sind, sich über die Wirkungen der bestehenden Einrichtung aussprechen. Man hat im diesseitigen Baiern etwa 500 Gemeinden mit städtischer Verfassung. Wenn nur aus dem fünften, ja aus dem zehnten Theile derselben solche Kundgebungen sich vernehmen ließen, so wäre jeder Zweifel gelöst.

Dieß ist ein einzelnes Beispiel. Es giebt zahlreiche andere Fälle, in welchen die gesetzgebenden Faktoren einer aus den Erfahrungen des Lebens geschöpften Belehrung ebenso bedürftig sind. Allerdings könnten sie dieselbe nach englischem Muster auch auf dem Wege der parlamentarischen Untersuchung erlangen, ohne die Selbstthätigkeit einer indolenten Bevölkerung abzuwarten. Geschieht aber keines von beiden, so darf man sich nicht wundern, wenn hinterher das fertige Gesetz da und dort mit den realen Verhältnissen in Widerspruch steht. (Wochenschrift der Fortschrittspartei in Baiern.)

---

*) Aus Thüringen, 26. Juni. Die Wahlen zum Reichstag stehen vor der Thür. In wenigen Wochen wird das Volk Norddeutschlands zum zweiten Male aufgerufen werden, um seine Nationalvertreter zu wählen. Wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen schwieriger Art sind, als die im Februar d. J. vollzogenen. Die Diätenfrage, eine gewisse, nicht abzuläugnende Verstimmung des Volkes, welche ihren Grund in der Haltheit der Verhältnisse hat, der Zwiespalt der großen liberalen Partei, der sich immer mehr auszuarten scheint, die wieder wachsenden Hoffnungen der Parteivarlisten, alles Das sind Umstände, die von der nationalen Partei wohl ernsten werden müssen, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen den Gegnern nicht unterliegen soll.

Die Diätenfrage, um diese zuerst zu erledigen, wird sich nicht als ein zu großes Hinderniß herausstellen. Was in dem kleinen Fürstenthum Reuß-

Digitized by Google

Dreiz, mit seinen 45,000 Einwohnern, zu Stande gebracht wurde, das wird auch in dem übrigen Norddeutschland möglich gemacht werden können. Die Regierung von Reuß-Gerelz erklärte nämlich bei der ersten Reichstagswahl: seine Diäten für den Parlamentsabgeordneten zahlen zu wollen, um auch zu dieser Beziehung mit Preußen in Uebereinstimmung zu sein. Das Gerelzer Völkchen wunderte sich zwar, daß seine Regierung gerade in dieser Angelegenheit Preußen nachzuahmen begann, während sie bis zur jüngsten Vergangenheit darauf das größte Gegentheil bewies gethan, indessen ließ es sich dadurch nicht stören und veranstaltete eine Subscription, durch welche rasch die Diäten für den Parlamentsabgeordneten gedeckt wurden. Ueberall, wo die nationale Partei nur einigermaßen organisirt ist, wird man in gleicher Weise verfahren und damit der Bäderlinge sie Herr werden.

Ungleich wichtiger ist die Verstimmung des Volkes, welche ihren Grund in der Halbheit der Verhältnisse hat. Die Wahrheit des biblischen Wortes: Niemand kann zweyen Herren dienen, macht sich empfindlich geltend. Um die Fetzenfetzerei der kleinstaatlichen Selbstständigkeit zu ermöglichen, werden die vergweifeltsten Anstrengungen gemacht. Diese Anstrengungen sollen sämmtlich auf das steuerzahlende Volk. Während die Höfe sich ganz entschieden weigern, auch nur die geringsten Opfer zu bringen und ihre Einkünfte schmälern zu lassen, muß das Volk Steuern über Steuern aufbringen. Das Volk muß zweien Herren seine Steuerkraft widmen, denen des norddeutschen Bundes und denen der Territorialfürsten. Es sieht, wie die Post, das Telegraphen- und Eisenbahnwesen, das Militärwesen von Preußen verwaltet wird, und wie daneben noch eine Landesregierung mit künstlichem, großstaatliche Verhältnisse nachahmenden Beamtenmechanismus besteht. Diese Halbschächtigkeit ist dem Volke unerträglich. Es will dem Einen geben und trag der vermehrten Steuerlast die eigentlichen Lebensfäule der Kleinstaaterei, das Volk hierei berühren, dieselben bleiben oder doch durch die Verfassung des norddeutschen Bundes wenig verändert werden. Das Beiterthum der Bureaukratie, der Einfluß der kleinen Höfe, die Wege der Verhältnisse — Alles das ist nach wie vor vorhanden. Nun sträubt zwar alle Welt, daß diese Doppelregierung nicht auf die Dauer nebeneinander bestehen kann, daß die Kleinstaaterei welchen und dem Nationalstaate auf der Nationalregierung Platz machen muß; um weiß alle Welt, daß Preußen auf dem halben Wege nicht stehen bleiben darf, daß es nicht Preußen zweier oder dritter Klasse bleiben können — aber vor der Hand besteht doch diese Doppelregierung, vor der Hand ist Preußen auf halbem Wege stehen geblieben und sind wir mit unsern hohen Abgaben und Lasten ohne alle die Vortheile, die der Träger des Großstaates hat.

Diese Halbheit der Verhältnisse hat eben die Verstimmung erzeugt, welche sich gegenwärtig des Volkes in Thüringen bemächtigt hat. Es war eben keine Rebell aus dem Sangen und Bollen heraus, diese Schaffung der norddeutschen Verfassung; viel Interessen, Halben hat darin nur so viel Platz gefunden, daß sie nur zusammenstimmende Reichstag machen, was das erste Parlament, dem eine andere Aufgabe oblag, nicht auszuführen vermochte. Es ist das um so unbilliger, als der Parricularismus bemüht ist, die Errungenschaften der Verfassung, z. B. die Bestimmungen des Artikels 3 der Verfassung, welcher den gemeinsamen Staatsbürgerrecht oder Indigenat handelt, durch Ausführungsverordnungen zu ändern oder abzuschwächen. Die nationale Partei Sachsens hat in dieser Beziehung schon verschiedene Klagen über eine Verordnung gebracht, welche die Königl. Regierung in dieser Richtung hin erlassen hat. Die Hauptklagde des nächsten Reichstags wird sein: durch eine Reihe organischer Gesetze die Verfassung für den ganzen Umfang des Reichsgebiets auszubauen, damit sich die Territorialregierungen nicht hinter dem Mangel von Ausführungsverordnungen verstecken können, wie es jetzt vielfach der Reichsverfassung von 1849 der Fall war, die, obwohl in 28 deutschen Staaten eingeführt, selbst bezüglich der Grundrechte überall ein todter Buchstabe blieb, da die Ausführungsgesetze voranenfen fehlten.

Ich sprach von den Hoffnungen der Partikularisten. Diese Hoffnungen erstrecken; der jetzige Zustand erfreuet ihnen nur als ein vorübergehender. Nicht ohne Interesse ist es auch zu beobachten, wie man in Regierungskreisen sich in Bezug auf die politische Neugestaltung Deutschlands verhält. In diesen Tagen starb der Fürst Reuß-Ebers, Heinrich 67. In dem Regierungs-Patent, welches sein Nachfolger, Heinrich 14., erlassen hat, heißt es: „Nachdem durch Gottes Ratschluß der verstorbene Fürst und Herr rc. rc. von dieser Welt abberufen worden ist, so thun wir dieses allen Unsern getreuen Unterthanen hiermit kund. Dem Wohl unserer gesammten Unterthanen will unser unausgesetztes Bestreben auch allen und von Gott verliehenen Kräften gewidmet sein. . . In allen diesen getreuen Unterthanen versehen wir uns, daß sie ihre Liebe für den ein-schlafenen hochverehrten Fürsten dadurch bethätigen werden, daß sie uns, seinem Regierungsnachfolger, treue Ergebenheit zeigen und willigen Gehorsam leisten." Wo einer Erwähnung der Landesverfassung oder der norddeutschen Reichsverfassung, von einer Fürsorgung auf die so wesentlich veränderte Stellung des Ländchens in Folge der politischen Neugestaltung: keine Spur. Ergebenheit und Gehorsam wird von den Unterthanen verlangt. Ungefähr so, wie wenn ein Rittergutsbesitzer sein Gut übernimmt und von seinem Förster, Verwalter, Knechten u. s. w. spricht — und das kommt jetzt nicht einmal mehr vor. Und dabei verlangen die südlichen Demokraten, daß wir norddeutschen Kleinstaatler für die Selbstständigkeit der Kleinstaaten schwärmen sollen! Sonderbare Schwärmer! Die ganze Demokratie Thüringens gehört, mit kaum erwähnenswerther Ausnahme, der nationalen Partei und zwar der Fraction der nationalen Partei an, die das Ziel der deutschen Bewegung nicht in dem Bundesstaat, sondern in dem Einheitsstaat erblickt. Die südlichen Radicalen mögen es sich einmal überlegen, woher das kommt? Vielleicht nur davon, daß wir die Kleinstaaterei und den Fundamentalismus kennen, daß wir bis an den Hals in dem kleinstaatlichen Elend stecken und froh sein werden, wenn und der nächste Reichstag noch ein Bischen mehr Luft macht und Raum gewährt, wenigstens für den Flügelschlag eines nationalen Herzens, das bis jetzt in der kleinstaatlichen Enge einschnürungen mußte.

Das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsraths.

Wien 23. Juli. Unser Abgeordnetenhaus entwickelt eine ganz eigenthümliche Art der Thätigkeit. Da vergeht faß kein Sitzungstag, ohne daß irgend eine oder die andere Principienfrage aufs Tapet gebracht würde, zu deren Entscheidung es in anderen Staaten von erprobtem Constitutionalismus langer und eingehender Berathungen und Vorberathungen bedurft hätte. Nicht nur wird das Alles viel kürzer, in Kommissionen beinahe abgethan. Als wäre die Tribune eine Schaubühne, die täglich für Berechnung ihres Repertoirs und für neue Anziehungskraft zu sorgen hätte, gehen unsere Volksvertreter an Werke. Jeder Tag bringt neue Ueberraschungen, und die wichtigsten Gegenstände werden spielend bewältigt. Wohl liegt die nächste Veranlassung hiefür in den äußeren Verhältnissen. Der Constitutionalismus ist proclamirt, aber es fehlt die Vorbedingung, er hat sich nicht naturgemäß entwickelt, sondern wurde oben octroyirt, und damit es nicht einen Tag länger wieder wegbeseitigt werde, sucht man mit allem erdenklichen Bollwerk zu umgeben, mit den liefgehendsten Anker fest zu legen. Da entdeckt denn bald dieser bald jener Abgeordnete an dieser oder jener Stelle eine Lücke und sofort wird Alarm geblasen, die betreffende Bresche ausgefüllt mit Material, das man mit aller Hast zusammenrafft, ohne zu prüfen, ob es auch paßt, ob man nicht Lügen stückt, ein Loch durch die Decke einem fortanfenden Ringgraben zu ziehen und dann zur Anlegung von Vorwerken und Bastionen an besonders bedrohten Punkten zu schreiten. So verbanden man in den letzten Tagen nachmaligen die Auflösung der Todesstrafe und die Anstellung des Landwehrcommandanten, gewiß eine amüsante Zusammenstellung, die aber nicht ohne tiefen Sinn ist, und dazwischen die Finanzfrage und die Bildung eines bleibenden Ministeriums. Die Majorität des Hauses hat sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen und damit namentlich dem Bildungsgrade eines großen Theiles der Oesterreich Oesterreich, wenn auch keine günstiges Zeugniß ausgestellt, so doch gebührende Rechnung getragen. In dieser wie in der Ministerfrage hat die Regierung einen entschiedenen Sieg erfochten. Die Erklärung des Freiherrn v. Brust, anläßlich des Antrages auf Erlaß einer Adresse um Genehmigung eines eidlichbaurischen Sondermilitärgesetzes, veranlaßte den Ausschuß, von dem dieser Antrag ausging, denselben zurückzuziehen, freilich, nachdem er eine Debatte hervorgerufen hatte, die einerseits den Mangel eines absolutistischen Programms im Herbst-Kaiserfeld'schen Club, andererseits die unerquickliche Opposition der vereinten slavischen und clericalen Partei bloßstellte.

Am bewegtesten gestaltete sich der Verlauf der Verhandlung, welche inbiren das Concordat zum Gegenstande hatte. Zwei Anträge lagen dem Hause vor. Der eine, von Dr. Mühlfeld eingebracht, empfiehlt die Aufhebung einer ganzen eigenen Religionsclasse, das in Form eines Gesetzes das Concordat ganz über den Haufen rennen würde. Der zweite, von Herbst ausgehend, strebt nur die Beseitigung jener Einflüsse an, welche das Concordat auf die bürgerliche und Ehe-Gesetzgebung und auf die Schule in jener Richtung ausübt, in welcher sie gegenwärtig bestehen. Dieser letztere Antrag, der Vorentwurf noch den offenen Kampf mit der Kirche scheuen, das Mißthun ermöglichet, da er ja nur das herstellen will, was in Oesterreich vor dem Jahre 1850, also gewiß in keiner revolutionären Epoche, Rechtens war. Die dieser Form glaubte man überdies auf die Zustimmung der Regierung eher zählen zu können, nachdem namentlich der jetzige Minister in früheren Besprechungen mit den Abgeordneten sich mit einem solchen Vorgange einverstanden erklärt hatte. Um so erlauteter war die Bestürzung, als nach einer Debatte, in der das klerikale Element, vertreten durch die Herren Jäger und Greuter, Anfreie zur Haltung seiner Position that hatte, der interimistische Cultusminister, Hr. v. Hye, mit einer Erklärung hervortrat, des Inhalts, die Regierung verkenne nicht die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Modificationen bestehender kirchlichen und interkonfessionellen Verhältnisse, und hoffe binnen Kurzem selbst mit einer Gesetzesvorlage in dieser Richtung hervortreten zu können; vorerst werde sie jedoch bemüht sein, die Lösung dieser Fragen „im Wege concilliatorischer Verhandlung mit der Kirche auf eine solche Art einzuleiten, daß dadurch jeder Anschein einer Mißachtung bestehender Vertragsverhältnisse vermieden werde." Verblüffung und Ungeheimlichkeit — das war der Eindruck, den diese Erklärung im liberalen Lager hervorrief. Da kam der Minister, indem er sich jedoch bemühte, dem es allen Anschein nach um die verfassungsmäßige Neugestaltung Oesterreichs ernstlich zu thun ist, vor der großen chinesischen Mauer, Concordat genannt, und erklärte, es könne dieselbe weder niederreißen, noch durchbrechen, sondern müsse sich hiezu die Ermächtigung von Demjenigen erholen, der sie aufgeführt. Und doch ist dieser Niemand anders, als der Träger der Tiara, der Mann mit der Devise: Non possumus! Was aber ist die Ursache dieser Schwäche der Regierung, der es ja sogar gelungen, den Militärpartei den Herrn zu zeigen und die Eisstirung der Beschlußunfähigkeit, der Herbstgesetzungsverordnung, die Auflösung der Generalexpectanz durchzusetzen? Nun, bei aller Mannhaftigkeit nuserer hunderttausend Militärs werden sie doch von den Schwarzröcken in dieser Fertigkeit übertroffen. Bevor noch der Reichsrath Gelegenheit hatte, sich über die Concordatsfrage zu äußern, hatte ihm der Episkopat das Präsentirt gespielt. Ihre seine Nase witterte die Dinge, so da kommen werden und mit gleisnerischer Resignation nahmen sie sich den Stuhl des

Digitized by Google

Thronos, um dort großmüthig zu verfahren, sie sei bereit selbst die Hand zu bieten zu einer zeitgemäßen Umgestaltung des Concordats im Wege der Verhandlungen. Man kennt den Einfluß, welchen diese Partei an unserem Hofe stets geübt, und wenn sie, so wußte sie diesmal durch kluge Umkehr in den Hochgerathenen gestellten Verschlechterten sich denselben zu sichern und das Terrain zu gewinnen, bevor noch die Minister eine Ahnung davon hatten. Als sie Kenntniß davon erlangten, mußten sie dafür erkennen, daß sie sich hier zunächst fügen mußten, nachdem ihnen kein Bewehrmittel zu Gebote stand, derzuthun. Später wenig die Völker Zeit verstrichen war, solche Errungenschaft befriedigt sein werden, denn das Abgeordnetenhaus hatte damals ein Votum noch nicht abgegeben. Nun fügte sich also vorerst und wollte die Dinge abwarten. Nun zeigt es sich, daß diese Erklärung der Regierung Niemanden genügt, wenn nicht den Klerikalen. Man hat es deutlich, wohin alle Bestrebungen führen und wohin sie gleich im Jahre 1861 die Täglichkeit Sammerlings, der es zuvem mit dem Cardinal Rauscher nicht verderben mochte und an dem Grafen Rechberg nicht jene Unterstützung fand, die der Reichskanzler Beust an dem Minister des Auswärtigen Beust fanden wird, viel zu dem Mißverfolge beigetragen haben mögen. Es zweifelt doch noch heute Niemand, daß es Herrn v. Beust, wenn er noch so energisch auftreten, nicht gelingen wird, auf diesem Wege auch nur ein Bruchtheil jener Forderungen durchzusetzen, auf deren Erfüllung die Bevölkerung Oesterreichs ein heiliges, mit Gut und Blut erkaufter Recht hat. Das Abgeordnetenhaus wird daher sehr wohl daran thun, seine Thätigkeit auf diesem Gebiete fortzusetzen und auf die Regierung eine Pressen zu üben, die dieser kaum unerwünscht kommen dürfte. Ihr schon zu verlangen, das Ministerium solle aus dieser Frage eine Cabinetsfrage machen sollen, heißt aber die Verhältnisse verkennen. Somit möchte man sich sagen, daß damit gar nichts erreicht worden wäre, als ein neues Experiment, während bisher wenigstens nichts verstimmt wird, da ja auch das Haus mit seinen Vorlagen nicht fertig ist. Wie dies geschehen, wird erst noch immer Zeit sein, die Frage nochmöglichst, ihrer Lösung zuzuführen, aber auch wenn nicht ohne Vorsicht gegen einen Ueberfall der Schwarzen, die es leicht haben, im Dunkeln zu schleichen.

Neben diesen Fragen war es die Finanzlage des Reiches, welche mehr das Land als die Vertretung beschäftigte. Diese letztere hat bekanntlich in den ersten Tagen der Session einen Ausschuß zur Prüfung der Finanzlage niedergesetzt. Bevor aber noch ein Sterbenswörtchen über diese geräuschlose Thätigkeit verlautete, trat Hr. v. Beck mit seinem Expose hervor, dem traurigsten Berichte, den wohl je ein Minister einer Kammer zu erstatten hat der Lage war. Dieser Bericht war nämlich weiter kein Finanzausschuß gegewiesen, der ihn wieder sehr gehemmtwohl prüfte. Man erwartete, er werde nun mit seinen so ängstlich gehegten finanzplänen hervortreten und der Geldmarkt erhebte unter dem Schutten, den dieser Ereignis wo sie sich herwirf. Staatsbankrott, Zinsenreduktion, Vermehrung der Staatsnoten, Erhöhung der Couponssteuer — so lauteten die Losungsworte, welche unsere Börse in Panique versetzten und den Besitzern von Staatspapieren die Haare zu Berge trieben. Endlich liegt nun der Bericht des Ausschusses vor uns! Mit wahrem Heißhunger sieht man heute nach die Blätter, die vielen Zahlen, die Tabellen, — und Gott, nun endlich die Geheimnisse kennen zu lernen, mit denen der Finanzausschuß der Finanzlage Oesterreichs auf die Beine brieben will. Und was findet man? Eine Gruppirung der Ziffern, welche Baron Becke so verschwenderisch dem Hause vorgelegt hat, ein Resume des ministeriellen Resume's und ganz am Schlusse, hört, wo der Name des Herrn Prof. Herbst, als Verfassers des Berichtes, prangt, die beschedene Bemerkung: „Der Ausschuß glaubt durch diese objectiver und wahrheitsgetreue Darlegung, bei welcher lediglich die offiziellen Ziffern, ohne dieselben irgend einer Kritik zu unterziehen, benutzt worden, der ihm gestellten Aufgabe, in der Tage der Staatsfinanzen zu prüfen, soweit dies in gegenwärtigen Zeitpunkte möglich ist, nachgekommen zu sein, Sache und Pflicht der Exekutive ist, Anträge über die Mittel zur Beseitigung des chronischen Defizits den competenten Vertretungskörpern vorzulegen." Also wieder nichts mehr, als ein Appell an die Regierung, der man es überlässt, in wie fie es mit ihrer bisherigen Verhandlungsart genügenden gethan, die Initiative auch diesmal zu ergreifen. Ja, glaubt denn der Finanzausschuß wirklich seiner Pflicht genügt, die Bevölkerung befriedigt zu haben, wenn er die Ziffern ein wenig gruppirt, wenn er nachweist, daß das unbedeutende Defizit nicht von 100 Mill. beträgt, wenn er die Behauptung aufstellt, daß das Selbstgeornement die Staatsstoß nicht erleichtert, wenn er das von ihm bisher befolgte „Sparsystem" wieder empfiehlt und an die Steuerreform gar nicht denkt, die doch so sehr Noth thut? Ist es denn wirklich nur Aufgabe einer Volksvertretung, die Mahregeln der Regierung zu kritisiren, oder soll sie nicht auch produktiv auftreten, selbst die Mittel und Wege klar vorzeichnen, von denen sie wünscht, daß sie eingeschlagen werden? Und wenn sich der Finanzausschuß, in dem bluwendig Capacitäten sitzen, schon nicht die Kenntniß zugetraut hat, solche Mittel ausfindig zu machen, warum veranstaltete er keine Enquete, wie stürzte sich nicht durch Experten, wie dies die Geschäftsordnung gestattet? Man muß unwillig werden, steht man, mit welcher Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit von jener Seite vorgegangen wird, der zumeist ein klarer offener Blick und eine energische schwungvolle Auffassung der Dinge zuzumuthen wäre. Diesen Bericht könnte ein Buchhalter gemacht haben; eines Finanzausschusses ist er unwürdig! (Weserzeitung.)

Die Anzeigensteuer.

Die preußische Finanzverwaltung hat es, alles wohlgemeinten Abrathens der Presse ungeachtet, nicht lassen können, den zur Aufhebung verurtheilten Zeitungsstempel doch noch auf die neuen Provinzen auszudehnen, noch hundertzwanzig Thaler — oder wieviel Herr v. d. Heydt aus dieser schlechten Maßregel herausschlagen mag — einkaufen heißt nun eine kaum zu schätzende Summe von Mißmuth und Aerger gerade der sonst am meisten entgegenkommenden Elemente jener Bevölkerung. Das officiöse Blatt in Berlin hat den Auftrag bekommen und ausgeführt, die Pille durch einen Hinweis auf die bald den Zeitungsstempel ablösende Anzeigensteuer zu vergolden. Allein auf diese Art wird arg nur ärger. Die Zeitungshaber von Hannover, Schleswigholstein, Kurhessen, Nassau und Frankfurt wissen also im voraus, daß man sie nur auf kurze Zeit in die Daumschrauben Stiefeln und Stempeln einzuschnüren vorhat; die Frivolität der Maßregel bedeckt sich vor ihren Augen nicht einmal mit dem Schleier des Glaubens an den Zeitungsstempel, als an eine zweckmäßige und gerechte Steuerform. Die kann nicht umhin, den Mißmuth in nahe an Erbitterung zu steigern. Und so eingefleischt ferner zeigt sich im Schoße der höheren preußischen Bürcaukratie der Gedanke, das Zeitungswesen dürfe nicht ungeschoren bleiben, es könne und müsse durch den Staat, finanziell sowohl wie politisch, in gewisse Grenzen gebannt werden, daß man es auf der einen Seite nur loslassen will, um es sofort auf der anderen desto empfindlicher zu zwicken. Wie könnte auch ein Cabinet, dessen innere Politik durch die Namen Eulenburg und Lippe repräsentirt wird, die Presse von einem alten Druck einfach erleichtern! Manteuffel und Westphalen haben sie mit Ruthen gezüchtet, aber Eulenburg und Lippe würden sie lieber mit Scorpionen züchtigen. Die Presse wird ihnen diese zärtliche Zuneigung nicht unvergolten lassen.

Zum Glück können nun Steuern in Preußen nicht ohne den Landtag, in ganz Norddeutschland nicht ohne den Reichstag eingeführt werden. Der Zeitungsstempel ist bereits moralisch so unhaltbar geworden, daß die Volksvertretung nicht mehr nöthig hat, seine Aufhebung durch ihr Ja zur Einführung einer Anzeigensteuer zu erkaufen. Sie kann es getrost darauf ankommen lassen, ob die Regierung sich für eine finanzielle Lappalie das politische Odium aufladen will, den Zeitungsstempel, ihrem eigenen Verdammungsurtheil zum Trotze, aufrecht zu erhalten. Den Preis einer Anzeigensteuer kann sie unmöglich bezahlen.

Die Zeitungs-Anzeige ist ein unsichtbares, aber äußerst wichtiges und weitverwickeltes Culturmittel. Daß sie als solches in der Regel kaum erkannt wird, rührt nur daher, daß das Auge des Geistes Dinge, welche ihm allzu nah vor den Füßen liegen, ebenso schwer erkennt, wie das leibliche Auge. Man frage sich aber einmal, was die Folge sein würde, wenn der tägliche Verkehr dieses Debeis plötzlich entbehren sollte. Tausend Geschäfte würden auf der Stelle stocken, tausend Bedürfnisse blieben unbefriedigt, oder hätten ihre Befriedigung auf den mühseligsten, kostspieligsten, ärgerlichsten Umwegen zu suchen. Die große Mehrheit dieser Bedürfnisse und Geschäfte ist der Art, daß der rigoröseste Moralist nicht sagen könnte, sie blieben ebenso gut unbefriedigt und ungemacht. Oberflächliche Leute mögen sich verleiten lassen, das Anzeigenwesen im Allgemeinen nach den paar Auswüchsen zu beurtheilen, welche sich auf seiner Oberfläche breitmachen: den Schwindel-Actien, den Anpreisungen schlüpfriger Gegenstände u. s. w. Der Politiker jedoch wird von Hoff, Daudix und Dr. Laurentius auf die hunderttach größere Menge des soliden, anständigen Anzeigenverkehrs blicken, der allen Schichten der Gesellschaft in großen und kleinen Städten, ja selbst auf dem flachen Lande und bis in die entferntesten Gebirgsthäler hinein, zu einer Nothwendigkeit der Existenz geworden ist. Es sind auch nicht die großen alten Zeitungen mit sechs oder acht Seiten Anzeigen täglich, die die Steuer treffen würde, obgleich sie auch ihre an sich doch gewiß wünschenswerthe Weiterentwickelung, englischen und amerikanischen Vorbildern nach, unfehlbar hämmen würd. Allein am härtesten trifft sie die Unzahl der kleinen Blätter, welche heutzutage den Segen der öffentlichen Mittheilung in die kleinsten und letzten Kreise tragen.

Diesen Blättern gegenüber befindet sich die preußische Regierung ohnehin noch in einer großen Schuld; und sollte es ihr belieben, ihnen nun überdies eine Anzeigensteuer aufzuhalsen, so verlassen wir uns darauf, daß der Landtag sie an jene Schuld eindringlich mahnen und dieselbe unter Umständen nicht ernstlich genug werden einpreisen. Die Regierung macht nämlich mit ihren mehr oder minder amtlichen Kreisblättern der unabhängigen Localpresse eine Concurrenz, welche sich mit dem in Preußen geltenden Grundsatz der Gewerbefreiheit so schlecht wie möglich verträgt. Das Gewerbe. Anzeigen zu veröffentlichen, ist nicht Gegenstand eines königlichen Monopols. Dasselbe durch die Regierung, oder deren untergeordnete Behörden, mitbetreiben zu lassen, dafür besteht heute jedenfalls keine Nothwendigkeit mehr, wenn sie jemals wirklich bestanden hat. Es gibt überall Druckereien genug, welche nichts lieber thun oder thäten, als ein Anzeigenblatt herausgeben. Die Localstadtbehörden haben ohnehin die alleraugiebigste Gelegenheit, zum Publikum schwarz auf weiß zu sprechen, die sie nur wünschen mögen, auch ohne daß sie sich selbst mit der ihnen nicht zukommenden und nicht wohl anstehenden Herausgabe von Blättern befassen. Haben sie früher bezüchten, auch wirklicher oder vermeintlicher Noth, begründet, so ist es nun hohe Zeit, dieselben wieder aufzugeben, und das Feld dem alleinberechtigten freien Unternehmungsgeist zu räumen.

Keine Anzeigensteuer also, sondern Befreiung des Anzeigenverkehrs von der ungehörigen Concurrenz der Staatsbehörden!

(Bremer Handelsblatt.)

Digitized by Google

Herr F. Duncker und der Nationalverein.

Berliner Zeitungen und Correspondenzen berichten von einer Versammlung, welche unter dem Vorsitz des Hrn. F. Duncker stattgefunden, und in welcher derselbe von dem „jetzt hoffentlich seligen" Nationalverein gesprochen und damit ein lebhaftes Bravo! gezündet haben soll (vgl. Köln. Ztg. Nr. 296). Die Wahrheit dieser Berichte angenommen, hätte also Hr. F. Duncker, nachdem er viele Jahre lang dem Nationalvereine und dessen Ausschusse angehört, und erst vor ein paar Monaten auf irgend eine, jedenfalls nicht von dem Nationalverein gegebene, Veranlassung hin, seinen Austritt, nicht aus dem Verein, sondern nur aus dem Ausschuß erklärt hat — nach solchen Antecedentien hätte Hr. F. Duncker es passend gefunden, den Nationalverein mit spöttischer Betonung als eins der Schlagworte zu gebrauchen, durch welche man heut zu Tage die Ohren des großen Haufens in Berlin kitzelt. Wie sich Hr. F. Duncker dabei mit seinem Anstandsgefühl und seiner Selbstachtung abgefunden, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Dagegen können wir nicht umhin, ein Wort der Verwunderung und des Widerspruchs bezüglich einer zweiten Aeußerung, die Hrn. F. Duncker über den Nationalverein beigelegt wird, laut werden zu lassen. Hr. F. Duncker soll nämlich den Berliner „Wahlverein", um dessen Gründung es sich in jener Versammlung handelte, in vortheilhaftem Gegensatze zu den Nationalverein gezeigt haben, insofern der erstere die Mitgliederbeiträge in Monatszahlungen annehme, während der Nationalverein seinen Mitgliedern eine solche Erleichterung versagt und dadurch die ärmere Volksklasse thatsächlich von sich ausgeschlossen. Durch diese Angabe, wenn sie Hr. F. Duncker wirklich gemacht hat, würde derselbe nur den Beweis geliefert haben, daß er, obgleich er so und so viel Jahre lang die Berliner Agentur des Nationalvereins geführt und also insbesondere die Geldbeiträge der dortigen Mitglieder erhoben hat, die einfachsten Geschäftsregeln des Vereins so unbegreiflich gefaßt, daß er sie geradezu vergessen. Der Verein stellt es nämlich in der That ganz dem Ermessen des Agenten anheim, die Mitgliederbeiträge in beliebigen Ratenzahlungen anzunehmen. Wenn von dieser Freiheit wenig Gebrauch gemacht worden zu sein scheint, so liegen die Ursachen davon jedenfalls nicht in den Einrichtungen des Vereins, sondern höchstens in der vielleicht nicht immer glücklichen Wahl seiner Beamten.

Sinne des altpreußischen Separations-Verfahrens, das auf unsere rheinisch-fränkische Flur-Verfassung paßt, wie eine Faust aufs Auge. Der Entwurf ist von einem altpreußischen Assessor und von einem nassauischen Amtmann, der nur den fertigen Westerwald mit seinen Obstwiesen kennt, jedoch einige höchst confuse Bücher über unser Consolidationswesen geschrieben hat, zubereitet und erregt bei unseren Landwirthen ein wahres Grausen. Alle Welt fragt sich: wo soll das hinaus? Ist das eine conservative Regierung, die auch auf den Gebieten, wo die Staatsraison dies gar nicht fordert, sondern die so recht eigentlich eine Domäne der bürgerlichen und wirthschaftlichen Gesellschaft sind, ohne und sogar gegen den Willen der letzteren, Alles umformiren, abwälzen, reglementiren will? — Sie wissen, daß ich gar neugierig bin, und zwar nicht erst seit 1866. Wir kennen uns ja schon so lange. Aber: Amica Bornuum, magna amicus veritas! Es ist die höchste Zeit, daß der wild dahin stürmende Renner der Gesetzgebung wieder etwas kurz gefaßt wird. Sonst rennt er Land ab Leute am."

— „Befremdlich klingt die Nachricht, sagt die „Schwäb. Volksztg." welche die „Nationalzeitung" mittheilt, daß die Vertreter Frankreichs den Auftrag erhalten haben, sich überall sorgsam über die politische Tragweite der veränderten Organisation des Zollvereins zu informiren, auf die Bevölkerung eines nahen Nachbarterritoriums, des Elsaß, mögen der Stimmung in Frankreich zu geeigneter Zeit hinzuwissen und diese Organisation als ein Widerspruche mit dem Geiste des Prager Friedens stehend zu bezeichnen."

„Irrlicht wirklich ein solcher Alt der französischen Regierung, so beurkundet er eine Selbstüberhebung ohne Gleichen, zugleich aber auch eine Selbsttäuschung über die wirkliche und moralische Macht Frankreichs gegenüber der nationalen Bewegung in Deutschland, die für ersteren Staat im Falle eines Krieges zu schweren Niederlagen führen müßte.

„So viel ist indessen sicher, daß Frankreich an den südwestlichen Höfen die heute noch seinen diplomatischen Schritt spart, um das Zustandekommen der Zolleinigung zu hintertreiben. Der Versuch, diesethen einzelnschicken, ist ein bauender. Sie sind recht verwarnt worden wegen des Garaus-liebkunstes mit Preußen; ihnen sind sehr nachdrückliche Vorstellungen gemacht, in nicht besonders Militär-Konventionen mit Preußen abzuschließen; ihnen ist der dringende, fast drohende Rath ertheilt, in keine engere Zollverbindung mit Preußen einzugehen, die Verpflichtung, einen südwestlichen Bund zu stiften, wird ihnen fortwährend vorgehalten und die Verantwortlichkeit für einen Bruch zwischen Preußen und Frankreich aufgebürdet. Daß namentlich das Zustandekommen eines südwestlichen Bundes auch jetzt noch von Frankreich gefordert und betrieben wird, geht schon aus dem Verhalten der französischen Organe für Südwestdeutschland, des Stuttgarter „Beobachters" hervor, der sich neuerdings wieder demüthigst sieht, Lobreden auf den Südbund zu veröffentlichen."

Zeitungsschau.

Die „Köln. Ztg." läßt sich aus Wiesbaden schreiben: „Herr, halte ein mit Deinem Segen!" sagte ein armer Landgeistlicher auf dem Westerwald, nachdem ihm seine Frau Drillinge geboren hatte. Dieses ist auch der allgemeine Stoßseufzerschrei in unseren Ländern, welches gleich den übrigen neuen Provinzen, fast täglich mit drei neuen Verordnungen begnadet wird. Gegen die Einführung des preußischen Wehr- und Steuersystems haben hier auf die Resolution gemurrt, die gegen Alles murrea, was von dem „modernen Babel Berlin" kommt. Wir Anderen haben und bereitwillig darein gefügt. Wir hoffen im Uebrigen, daß die Zeit der königlichen Dictatur zur Regung unseres Augustsäftes von den Niederschlägen der großdeutschen Mißregierung benutzt und die weitere Verbildung dem verfassungsmäßigen Zeitraum, vom 1. October d. J. an, vorbehalten werden werde. Es wäre wirklich zu bedauern, wollte man mit der königlichen Dictatur bereits wesentliche Reformen und Verbesserungen verbauen. An der Spitze steht die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden. Leider ist der Wolfzug des Gesetzes durch die von der hiesigen Bezirks-Regierung eingelegte Instruction, welche die Grundeigenthümer zu besonnunden hat an den übermäßigen Wildstand zu conservirten strebt, verkümmert; und die aus dem Wildestande der Grundeigenthümer entstehenden Nebungen haben die Verpachtung der Jagden um ein Viertelsahr verzögert, wodurch dessen sich Wilderer-Banden gebildet und die gouvernementale Absicht der Conservirung des Wildstandes doch auf das gründlichste vereitelt haben. Mitten in die in Folge dessen bestehende Mißstimmung fällt nun der Gesetzgebungs-Wolkenbruch, welcher selbst die fürstlich Nerven angreift und das ganze Gebiet der Legislative so erschöpfen zu wollen scheint, daß für die Landstände, welche wir im October zu wählen haben, auch nicht ein Tropfen mehr übrig bleibt. Ein besseres Mittel, oppositionelle Wahlen zu erzielen, konnte nicht gefunden werden. Es erinnert an den Ausspruch des Fürsten Blücher, daß die „Redensarten" wieder verdrehen, man das Schwert errungen hat. Heute zum Beispiel ist eine Versammlung Seitens der Bezirks-Regierung berufene und auserwählter Landwirthe hier anwesend, um einen Gesetzentwurf zu berathen, welcher unser bisheriges, als trefflich bewährtes Consolidationswesen umformen soll, und zwar im

Verlag von Hermann Costenoble in Jena.

Die Alpen
in Natur- und Lebensbildern
dargestellt von
H. A. Berlepsch.
Mit 16 Illustrationen und einem Titelbilde in Tondruck nach Originalzeichnungen
von
Emil Rittmeyer.

Nr. I. Pracht-Ausgabe. Lexikon-Octav. 1 starker Band. Eleg. brosch. 3 Thlr. 26 Sgr. Eleg. geb. 4 Thlr. 10 Sgr. Goldschnittband. 4 Thlr. 20 Sgr.

Nr. II. Wohlfeile Volksausgabe mit 16 Illustrationen ohne Tondruck, Octav broch. 1 Thlr. 20 Sgr. Eleg. geb. 2 Thlr. 5 Sgr.

Nr. III. Taschen-Ausgabe für den Reisegebrauch mit 6 Illustrationen Sedez-Format. Eleg. geb. 1 Thlr. oder 20 Sgr. netto.

Das berühmte Werk von Berlepsch über die Alpen erschien auf vielseitiges Verlangen in einer handlichen **besonders redigirten Taschen-Ausgabe** (Nr III) im Anschluß an das Herrn Verfassers bekannte Reisehandbücher für die Schweiz und andere Alpenländer.

Ueber den Werth des Buches jetzt noch etwas zu sagen, erscheint überflüssig; zwei nach einander erschienene Auflagen und eine englische Uebersetzung neben den vorzüglichsten Urtheilen der deutschen und englischen Presse sprechen dies besser aus

Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß der Herr Verfasser in seinen neuesten erschienenden Auflagen der Reisehandbücher häufig auf seine **„Alpen in Natur- und Lebensbildern"** verweist, und daß dies Buch gewissermaßen einen **erläuternden Supplementband** zu denselben und in vielen Fällen eine passende und willkommene Reiselektüre bildet.

Die beiden größeren Ausgaben eignen sich ihres Formates und ihrer eleganteren Ausstattung wegen mehr zu Geschenken und zum passenden Studium vor oder nach einer Alpenreise.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 116. Heidelberg, den 8. August. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Die Jesuitenfrage in Darmstadt. — Die Verbeitschungsfreiheit. — Aus Thüringen. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 6. August.

* Die bevorstehenden Wahlen zum ersten norddeutschen Reichstage sind vielleicht die wichtigsten, welche das deutsche Volk jemals vorgenommen hat. Im vorigen Jahre handelte es sich um die Form der neuen Bundesverfassung; dies Mal gilt es, diese Form mit dem Volksgeiste zu erfüllen und sie zu einem wirksamen Werkzeuge der großen Nationalzwecke zu machen. Die neue Bundesverfassung wird sein, und für lange Zeit bleiben, was der nächste Reichstag aus ihr macht und ob der Reichstag viel oder wenig aus der Verfassung machen wird, hängt ab von der demnächstigen Ausübung des allgemeinen Stimmrechts.

So einleuchtend indessen auch die große Bedeutung dieser Wahlen ist, so geschieht doch, von Seiten der preußischen Regierung sowohl wie von Seiten der Opposition, das Mögliche — und auch einiges Unmögliche — um sich selbst die öffentliche Stimmung abwendig zu machen. Was von dem Ministerium aus zu diesem Behufe durch die gebässigsten und kleinlichsten Maßregeln geleistet wird, die gerade in den letzten Wochen, Schlag um Schlag, auf einander gefolgt sind, würde unglaublich sein, wenn nicht alle Welt es mit eignen Augen sähe und mit eignen Ohren hörte. Zum Glück für die Regierung wetteifert ein Theil des Liberalismus mit ihr in einer ähnlichen Verleugnung der Pflichten gegen sich selbst, insbesondere durch planmäßige Herabwürdigung, sowohl der Bundesverfassung, als auch der Männer und Parteien, welche zu derselben halten. Wenn ein Johann Jacoby die Bundesverfassung, ja die bloße Existenz des Bundes selbst, für ein öffentliches Unglück erklärt, so hat das vereinzelte Wort eines politischen Sonderlings freilich keine ernstliche Bedeutung; daß aber anerkannte Parteihäupter und vielgelesene Zeitungen sich ein tagtägliches Geschäft daraus machen, die Bundesverfassung in Verruf zu bringen und den Bund selbst in Frage zu stellen, das ist eine Versündigung an der eignen Sache, die nicht ohne schlimme Wirkungen bleiben kann. Der große Haufen der Leichtgläubigen und Schwachherzigen wird dadurch verstimmt und entmuthigt, und entweder einem heillosen Pessimismus zur Beute gegeben, oder auf die Seite der Berliner Cabinetspolitik hinübergescheucht. Wem man nur die Wahl zu lassen scheint zwischen einer Richtung, welche auf das reine Nichts hinauslauft und dem Festhalten an dem gegenwärtigen Stande der Dinge, dem gibt man in der That den trifftigsten Anlaß, sich an die Macht anzuschließen, welche, was man auch sonst an ihr auszusetzen habe, wenigstens Bürgschaft leistet gegen den Rückfall in ein Chaos, das trostloser sein würde, als die weiland bundestäglichen Zustände. Hat schon bei den vorjährigen Parlamentswahlen die Sorge um das Zustandekommen irgend einer Neugestaltung unsrer öffentlichen Verhältnisse den unbedingt ministeriell gesinnten Candidaten eine Unzahl von liberalen Stimmen zugeführt, so ist das heutige blinde Wüthen der „Entschiedenen" gegen die jetzt gültige Verfassung und gegen deren Anhänger ganz dazu gemacht, eine Wiederholung jener Erfahrung herbeizuführen. Diese Rechnung ist so einfach, daß ein sehr schwacher Vorwand und sehr viel übler Wille dazu gehört, sie nicht zu begreifen und sich danach nicht zu achten. Die bis auf den ausgegebene Losung: keine Wiederwahl eines Abgeordneten, welcher für die Bundesverfassung gestimmt hat, die laut gepredigte Verwerfung jedes Pakts mit den Nationalliberalen, auch in den zweifelhaftesten Fällen, und vollends der schaamlose Rath, nach dem niederträchtigen Beispiele, welches im vorigen Jahre in Marienwerder gegeben wurde, lieber mit den Polen zu stimmen, als mit der Verfassungspartei — das sind Anzeichen einer geistigen und moralischen Verfassung, die einem ekelhaften Rausche ähnlicher sieht, als einer durch Gründe und Zwecke bestimmten politischen Gesinnung.

— In seiner Antwort auf die französische Einladung, dem „Friedenskongreß" und dem „Verein für allgemeine Entwaffnung" beizutreten, hat Herr Schulze-Delitzsch allen deutschen Patrioten von politischem Verstand und nationalem Ehrgefühl aus der Seele gesprochen. Angesichts der französischen Rüstungen, die nur gegen uns gerichtet sein können, gegenüber der höchst zweideutigen Haltung der französischen Diplomatie und in Betracht der unverkennbaren Absicht des Bonapartismus, in deutschen Verfassungs- und Gränzfragen, mitzusprechen, mag eine Agitation für Aufrechterhaltung des Friedens und für Entwaffnung in Frankreich ganz am Platze sein und mag man sich derselben in jedem andern Lande unbedenklich anschließen — nur in Deutschland nicht. Die friedfertigen Gesinnungen Deutschlands, gegenüber allen seinen Nachbarn, sind so unzweifelhaft und durch die einleuchtendsten Nationalinteressen so fest verbürgt, daß eine Schaustellung derselben das überflüssigste Ding von der Welt, und eben deßhalb den gröbsten Mißverständnissen und der schlimmsten Mißdeutung ausgesetzt sein würde. Was aber die Entwaffnung betrifft, so kann dieselbe dem deutschen Staatswesen in der heutigen Weltlage nur von der Unvernunft oder der Verrätherei zugemuthet werden. Soll die Militärlast, welche auf unserm Erdtheil drückt, erleichtert werden, so ist es an Frankreich, mit dem Beispiele voranzugehen, das heißt, vor allen Dingen auf die herrschende Rolle zu verzichten, welche es in der europäischen Welt beansprucht und in deren Namen es sein Heerwesen fort und fort hinaufgeschraubt und für die Nachbarstaaten entsprechende Gegenmaßregeln zu einer Sache der Nothwehr, einer Pflicht der Selbsterhaltung gemacht hat. Und da in Frankreich das Volk so wenig wie die Regierung bis jetzt jemals die mindeste Bereitwilligkeit gezeigt hat, den Anspruch auf das militärische Uebergewicht in Europa und einen demselben angemessenen Heerbestand aufzugeben, so kann ein „Verein für allgemeine Entwaffnung" in Deutschland einstweilen keinen rechtmäßigen Spielraum finden. Daß aber von Leuten, welche in der Politik nur die „Principien" gelten lassen wollen — bis dahin wenigstens, wo ihnen selbst die Handhabung derselben unbequem wird — daß von Seiten der Urdemokraten und Genossen so kleine „Thatsachen" wie

Digitized by Google

der Ehrgeiz und die Herrschsucht Frankreichs, die französische Angriffskraft, die übergreifenden Absichten und Interessen des Bonapartismus u. s. w. nicht in Anschlag gebracht werden, versteht sich von selbst. Wenn von dieser Seite der die vollen Schaalen des Zorns und des Spotts über den Absagebrief des Herrn Schuke-Delitzsch ausgegossen werden, so darf man dem Verfasser desselben dazu nur Glück wünschen. Auf der andern Seite soll bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß eine angeblich „liberale Correspondenz" aus Berlin, welche für den Kriegsfall den Entschluß ankündigt, Frankreich zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges zu machen, sich damit einer albernen Aufschneiderei schuldig macht, die von den Franzosen nur mit Achselzucken beantwortet zu werden verdient, und daß die gleichzeitige Drohung, Elsaß und Lothringen wiederzuerobern, wenigstens um ein halb Dutzend gewonnene Feldschlachten zu früh kommt, und bis dahin weder bei Freund noch bei Feind für eine Aeußerung der Willenskraft gelten, sondern im Gegentheil, hier wie dort, als eine Fastfloskel aufgenommen werden wird.

— In Oesterreich mehren sich die politischen Schwierigkeiten zusehends. Zu den altüberlieferten Nöthen des Staats kommt neuerdings eine plannäßige und vielgeschäftige russische Propaganda unter den slavischen Völkern des deutschen Kaiserstaats. Daß diese Umtriebe von St. Petersburg aus angestiftet sind, oder doch geschürt werden, läßt sich zwar bis auf Weiteres nicht beweisen, ist aber sehr wahrscheinlich. Gewiß ist, daß der Zug nach Rußland hin unter den Nord- und Südslaven Oesterreichs, mit einziger Ausnahme der Polen, in den letzten Wochen fast gleichzeitig und mit einer auffallenden Lebhaftigkeit hervorgetreten ist. Ruthenen und Tschechen, Slovenen und Serben überbieten einander in Kundgebungen russischer Sympathien und in Schaustellung ihrer Abneigung gegen das österreichische Regiment. Vergegenwärtigt man sich, daß das Haus Habsburg nicht weniger als zwanzig Millionen Slaven zu seinen Unterthanen zählt, so wird man die Gefahr, welche eine solche Bewegung der Geister für gewisse Fälle mit sich bringen kann, nicht unterschätzen.

Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß der Gedanke einer Versöhnung der feindlichen Brüder, Preußen und Oesterreich, in Wien wie in Berlin sich zu regen anfängt. Ist Rußland ein gefährlicher Nachbar für Oesterreich, so ist es gleichzeitig ein sehr zweideutiger Freund für Preußen. • Daß Preußen am allerwenigsten Ursache hat, den russischen Ehrgeiz auf Kosten Oesterreichs zu begünstigen, bedarf keines Beweises. Oesterreich seinerseits hat in der Welt keine wirksamere Bundesgenossenschaft zu hoffen, als die preußische, mit deren Hülfe es aller russischen Sorgen für lange Zeit überhoben sein würde. Und daß diese preußische Bundesgenossenschaft für Oesterreich zu haben sei — natürlich nicht ohne Entgelt, aber doch um einen kaum höhern Preis, als um den aufrichtigen Verzicht auf das, was ohnehin verloren ist — dafür sprechen die triftigsten Wahrscheinlichkeitsgründe.

Inzwischen tritt der Versucher an Oesterreich heran, und zeigt ihm die Reiche der Welt. Oesterreich aber weiß, daß der Versucher ein Lügner ist, und mehr verspricht, als er halten kann. Wo wäre zum Beispiel die Bürgschaft der ersten Verheißung, deren Erfüllung allen andern voranzugehen muß, der Verheißung des Sieges? Wie weit Oesterreich auch ausschaut, für das Eintreten dieser Vorbedingung fehlt alle und jede Wahrscheinlichkeit.

Doch es wäre von Ueberfluß, die Gründe aufzuzählen und zu erörtern, welche dem Erfolge der Werbungen des Bonapartismus um die österreichische Bundesgenossenschaft entgegenstehen. Genug, daß Napoleon III augenscheinlich entschlossen ist, das Aeußerste aufzubieten, um das Haus Habsburg für sich zu gewinnen, und daß Niemand das Recht hat zu sagen: es wird ihm mißlingen. Möglich immerhin, daß man im Tuileriencabinete selbst starke Zweifel an dem Erfolge hegt, und daß diese Zweifel ihren Ausdruck in den Friedensmelodien finden, welche der Moniteur unlängst angestimmt hat und in welche der Chor der Pariser Zeitungen alsbald eingefallen ist: kommt der Franzosenkaiser jetzt unverrichteter Sache von Salzburg zurück, so hat man sich durch jene vorhergegangene Veränderung des Tons der ministeriellen Presse die Ausrede offen gehalten, daß es bei dieser Reise überhaupt auf nichts abgesehen gewesen sei, als auf einen Condolenzbesuch. Glückt es Napoleon III dagegen, seinen Zweck bei Franz Joseph durchzusetzen, so mag man sich auch in München und Stuttgart auf einen Sturmlauf, bei Gelegenheit der Rückreise des französischen Kaisers, gefaßt machen. Das Gute an dieser Wendung der Dinge ist, daß dadurch eine rasche Entscheidung der Frage in Aussicht gestellt wird, welche Europa seit Jahr und Tag in peinlicher Schwebe hält, der Frage von Krieg und Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. Ohne Oesterreich, das heißt ohne Bundesgenossen überhaupt, wäre der Angriff Frankreichs gegen Deutschland nur denkbar, als letztes Auskunftsmittel der Verzweiflung; sollte die österreichische Bundesgenossenschaft dagegen wirklich zu Stande kommen, so will dieselbe ohne allen Aufschub ausgenutzt sein, weil sie mit jedem Tag, durch die unaufhaltsam fortschreitende Verwirrung der innern Verhältnisse Oesterreichs, und insbesondere seiner Finanzangelegenheiten, unwirksamer zu werden droht.

Daß der Bonapartismus an dem Punkte angekommen sei, wo ihm nichts übrig bleibt, als die Wahl zwischen dem Kriege und der Revolution, ist zwar eine landläufige Meinung, aber darum nicht minder ein Irrthum. Bis jetzt gibt es in Frankreich weder einen Revolutionszweck, für welchen man die Nation in Anspruch nehmen könnte, noch eine revolutionäre Kraft, welche dem herrschenden System gefährlich wäre. So unbefriedigend und drückend dieses System immer sei — Niemand weiß oder wagt demselben ein besseres entgegenzustellen, und wie laut der französische Volksgeist über das, was man ihm zumuthet oder versagt, auch murren mag, — daß er die Spannkraft zur gewaltsamen Selbsthülfe in sich fühle, dafür spricht kein äußeres Zeichen und kein innerer Wahrscheinlichkeitsgrund. Was das französische Heer betrifft, so mag mancherlei Verstimmung über den kläglichen Ausgang des merikanischen Krieges und noch mehr über die rasch ausgeschossene preußische Nebenbuhlerschaft vorhanden sein; in Frankreich aber ist das Heer der Staatsgewalt noch nie gefährlich geworden, und die Möglichkeit einer Militärrevolution liegt dort heute sicherlich so fern wie je. Wenn zur Zeit überhaupt ein gewisser Anflug von kriegerischer Stimmung im französischen Volke und Heere vorhanden ist, so darf man, zur richtigen Würdigung derselben, nicht vergessen, daß das Tuilerienecabinet selbst einen großen Antheil daran hat, daß die Regierungsorgane selbst zu dieser Stimmung den Ton angegeben und dieselbe Monate lang planmäßig unterhalten und gesteigert haben. Wäre es der Regierungspolitik nicht darum zu thun gewesen, die Ereignisse, welche im vorigen Jahre die Gestalt Deutschlands verändert haben, bei den Franzosen in frischer Erinnerung zu halten, so würden dieselben im Sturm und Drang der Pariser Festlichkeiten von selbst einigermaßen in Vergessenheit gerathen sein. Findet der Bonapartismus von jetzt an Anlaß, den Volksgeist im entgegengesetzten Sinn zu bearbeiten, so wird er vermuthlich dieser Schwierigkeiten, die er sich selbst geschaffen, immer noch ohne allzu große Anstrengung Meister werden können.

Aus Preußen 4. August. Nach telegraphischen Nachrichten aus Ems hat der König, auf die persönlichen Vorstellungen des Kaisers Oberbürgermeisters Rebelthau, die Sistirung der Wegführung des kurhessischen Staatsschatzes und eine neue Untersuchung der Sache anbefohlen, wie er auch schon früher anderen Deputationen tröstliche Zusicherungen in Bezug auf die plötzlich verfügte Aufhebung der Frankfurter und der Osnabrücker Lotterie gegeben hatte. Wegen der Zeitungssteuer und wegen des Umsturzes der hessischen Justizverfassung durch den büreaukratischen Uniformirungsdrang des Grafen zur Lippe, scheinen ihm seltsamer Weise noch keine persönlichen Vorstellungen gemacht zu sein. Ob die Nassauer bei der Anwesenheit des Königs in Wiesbaden

Digitized by Google

auf demselben Wege Abhülfe ihrer Beschwerden zu erlangen versucht haben, wird nicht gemeldet. Nachträglich erfährt man noch, daß der König dem Herrn Rebelthau auch die endliche Erledigung der Entschädigung für die Einquartierungen in Kassel zugesichert, und daß er sich entschlossen habe, den dem kurhessischen Verfassungskampfe von 1850 und 1851 zum Opfer gefallenen Offizieren Pension zu bewilligen; ebenso den Offizieren des ehemaligen schleswig-holsteinischen Heeres, leider angeblich nur, so weit sie dem heutigen preußischen Staatsgebiet angehören — eine Beschränkung, die hoffentlich noch beseitigt werden wird, da die damals nach Schleswig-Holstein eilenden Offiziere aus allen deutschen Ländern offenbar für eine nationale Sache ihr Leben einsetzten. —

Das sind nun allerdings recht erfreuliche Nachrichten. Ob Graf Bismarck in die Sache eingegriffen hat, wie er nach Mittheilung einiger Zeitungen zu thun beabsichtigte, das wird man wohl sobald noch nicht mit Bestimmtheit erfahren. Das erlaubt die „Solidarität" der Regierung nicht, deren Schein auch nur irgendwo in dem büreaukratischen Mechanismus aufzugeben, was unsere Staatskunst für einen schweren politischen Fehler halten würde. Es ist zuweilen hochkomisch, wie sich jede Behörde, auch wenn sie die Maßregeln einer anderen aufzuheben gezwungen ist, mit dem Beweise abquält, daß dieselbe „eigentlich" ganz in ihrem Rechte gewesen sei, und daß man nur aus Billigkeitsrücksichten, aus angeborenem väterlichen Wohlwollen, den Wünschen der Unterthanen in diesem speziellen Falle ausnahmsweise nachgeben wolle. Nun, das wird wohl überall so sein, wo die Büreaukratie regiert, d. h. „so weit die deutsche Zunge klingt", und wahrscheinlich nicht im geringsten Maaße in den Ländern der „wahren" deutschen Freiheit, in Schwaben und Baiern. Indessen — das darf man aus den Emser Verheißungen doch wohl schließen, daß die groben Mißgriffe, welche durch jene höchst überflüssigen Oktroyirungen begangen sind, nicht bloß in Kreisen der Opposition erkannt und gefühlt werden. Die offiziöse Presse, die natürlich bis auf weitere Weisung Alles vertheidigt, was von der Regierung ausgeht, erhob zwar gegen die nationalliberale Presse, als sie der allgemeinen Mißbilligung über diese Maßregeln nachdrückliche Worte lieh, sofort den perfiden Vorwurf, daß sie in diese „unpatriotischen" Klagen nur einstimme, um sich populär zu machen, — was der „entschiedenen" Presse selbstredend ganz aus der Seele geschrieben war. Aber seit die im Ministerium des Innern redigirte „Prov. Corr." die oktroyirte hohe Besteuerung damit vertheidigte, „daß dadurch die spätere Ermäßigung um so dankbarer empfunden werden würde", — seitdem wird sich wohl Niemand mehr von ihr einreden lassen, daß die Herren v. d. Heydt und Eulenburg durch solche Maßregeln den Ruf staatsmännischer Befähigung erworben haben, den ihr Kollege der Justiz freilich nicht mehr verlieren konnte.

In Berlin berathen jetzt, unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, die Vertrauensmänner aus Hannover über sehr wichtige Fragen der inneren Organisation des Landes, über die Einführung des preußischen Landrathsamtes mit seinem fatalen politischem Beigeschmack, über die Vertretung der Gemeinden und der Kreise, über die Abgränzung der Kreise und Regierungsbezirke u. dgl. m. Wir ersehen mit Freuden aus der „Prov. Corr.", daß ihnen ein richtiges Verständniß der Verhältnisse und Bedürfnisse eines Großstaates nachgerühmt wird, und wir wollen hoffen, daß das nicht minder gerühmte Entgegenkommen der Regierungen durch die Ergebnisse der Berathungen in recht helles Licht gesetzt werde. Dann würden die begangenen Fehler wenigstens in Hannover noch einigermaßen wieder gut gemacht werden; leider verschwinden nur Auftragung und Verbitterung nicht so schnell wieder, als sie erzeugt werden. —

Auch in unserem Lande ist die Unzufriedenheit mit der Regierung, die trotz alledem und alledem im Inneren an ihrem „System" festhält, sichtlich wieder im Steigen, und das wird ohne Zweifel nicht ohne erheblichen Einfluß auf die Reichstagswahlen bleiben, die nach offiziöser Versicherung „nicht vor dem 24. August" stattfinden sollen. Ich will nicht allbekannte Dinge wiederholen; ich erwähne nur des neuesten Aktes der Königsberger Bezirksregierung, welche im letzten Augenblick die von der Gemeindebehörde gegebene Erlaubniß zur Benutzung der städtischen Turnhalle zu einer Wahlversammlung, in welcher Hoverbeck auftreten sollte, zurücknahm, das Zusammenstehen von mehr als 3 Menschen auf der Straße verbot und durch aufgebotene Polizeischaaren verhindern ließ, als wenn Königsberg mitten in dem Belagerungszustande lebte. Durch solche Vorgänge wird die Stellung der National-Liberalen immer schwieriger; die alte Fortschrittspartei findet durch die Regierung wieder mehr Boden für ihre rein negirende Haltung. Wenn alle braven Liberalen während des langen Kampfes um die Verfassung Nein gesagt haben, so ist es leicht zu verdächtigen, wenn ihrer Einige nunmehr Ja sagen, — gleichviel wozu; nachdenken und unterscheiden ist nicht Jedermann's Sache. Es ist eine durch den langjährigen Konflikt sehr populär gewordene Vorstellung, daß der entschiedenen Liberalen erste Pflicht sei, sich täglich mit den Ministern in der Arena zu raufen. Der Mißstände sind so viele und Jedermann kennt und fühlt sie. Der norddeutsche Bund ist begründet, aber die deutsche Einheit ist noch nicht da; die Verfolgungen der Liberalen dauern fort; die Militärlast wird nicht vermindert, die Dienstzeit nicht abgekürzt; man spricht von neuen und höheren Steuern; — liegt die Schuld nicht vielleicht doch an der Bundesverfassung und an Denen, die für sie stimmten? Wäre es nicht besser gewesen, sie zu verwerfen? Die „Entschiedenen" behaupten es; es lautet so angenehm: „keine neue Steuern", und so erhaben, „im Sturm nicht wanken" und „nie Kompromisse schließen", und die Macht der Phrase ist noch so groß! —

Der Generalbevollmächtigte für Beschaffung fortschrittlicher Wahlen in Rheinland und Westphalen, Herr Richter, behauptet, es sei bereits gelungen, eine ganze Kette „entschiedener" Kandidaten am Niederrhein aufzustellen, — denen nichts mehr fehlt, als daß sie gewählt werden. Seine Organe nehmen natürlich den Mund sehr voll, und obgleich sie sich in der Regel viel Illusionen machen, so ist doch ihr Sieg in den stark mit Ultramontanismus durchsetzten Kreisen gar nicht unwahrscheinlich. Zwar weisen die „Entschiedenen" reinster Farbe noch hie und da eine vorhergehende Verständigung mit den Nationalen über die Kandidaturen zurück; im Ganzen macht aber die Einigung der verschiedenen liberalen Fraktionen in zweifelhaften Kreisen Fortschritte. Die Offenherzigkeit des konservativen Danziger Kandidaten, v. Brauchitsch, wird den Leuten doch vielfach die Augen über die Gefahren einer konservativen Mehrheit öffnen. Auch er hält, mit der Kreuzzeitung, die National-Liberalen für gefährlicher, als die „Entschiedenen", weil sie Geschicklichkeit genug bewiesen haben, die Verfassung zu „verschlechtern", namentlich durch die Wahrung der parlamentarischen Redefreiheit und des Budgetrechts in Bezug auf den Militairs-Etat; die Konservativen müssen natürlich dem beistimmen, die Verfassung „im monarchischen Sinne zu verbessern". Solche konservative Programme sprechen lauter für die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Liberalen, als liberale Programme es vermögen.

Ein Pröbchen von der ehrlichen Logik der „Zukunft" muß ich doch noch mittheilen. In Graudenz haben sich die Konservativen entschlossen, mit den Nationalen für Hennig zu stimmen, um den Sieg, der Polen zu verhindern; aber die „Entschiedenen" sind Kosmopoliten und können sich dazu nicht entschließen. Ganz natürlich, sagt die „Zukunft", denn Hennig ist ja eingestandenermaßen Kandidat der Konservativen, und er hat selbst in einem Wahlaufruf erklärt, daß die Nationalen Jeden von sich weisen, der eher einem Konservativen, als einem „Entschiedenen", der die Bundesverfassung verworfen habe, seine Stimme gebe! Also?! —

Das sehr verständige Schreiben, durch welches Schulze-Delitzsch den Beitritt zu dem Genfer Friedenskongreß und zu der Entwaffnungs-Ligue ablehnt, weil die Kriegsgefahr lediglich von Frankreich ausgehe und weil, wenn sie nun doch hereinbräche, ein Deutscher, der für die Entwaffnung mitgewirkt hätte, sich schweren Vorwürfen aussetzen würde, paßt

Digitized by Google

den „Entschiedenen" natürlich ganz und gar nicht. Es schlägt, indem es eine Entwaffnung in Deutschland für jetzt für unthunlich erklärt, ihren Verdächtigungen gegen die Nationalen wegen der Bewilligung des Militär-Etats auf 4 Jahre im Voraus den Boden unter den Füßen weg. Die „Volkszig." nergelt an dem Briefe herum und beweist endlich, daß Schulze trotzdem die Entwaffnung „im Princip" wolle, welche die Nationalen, die Hurrahschreier, die Machtschwindler, die Gouvernementalen u. s. w. u. s. w. natürlich auch „im Princip" nicht wollen. In einer Berliner Wahlversammlung, in welcher Schulze kandidirte, war man mit dem Schreiben auch gar nicht einverstanden und verzieh es ihm nur, weil er doch gegen die Bundesverfassung gestimmt hat. Aber wie kann man so „entschieden" abstimmen und so — nationalliberale Gesinnungen hegen: — das ist ein Problem, über dessen Lösung die HH. Langerhans und Streckfuß sich wahrscheinlich noch immer den Kopf zerbrechen. — Beiläufig gesagt, war es, glaube ich, nicht Herr Duncker, der von dem „hoffentlich seligen Nationalverein" gesprochen hat;*) er könnte es allerdings gesagt haben, da er von der seitherigen Richtung desselben sich völlig abgewandt.

Die officiellen preußischen Blätter haben es nicht für nöthig gehalten, dem „Moniteur" in Sachen der schleswig-holsteinischen Note oder Depesche zu Hülfe zu kommen. Die Sache wird sich also wohl so verhalten, wie sie auch die officiösen Blätter wenigstens andeuteten. Man sagt, Bismark habe sofort die Competenz Frankreichs zu irgend welcher Einrede oder Vorstellung zurückgewiesen. Das wäre gewiß sehr wünschenswerth, ist aber wahrscheinlich bis jetzt nicht geschehen, da Bismark noch abwesend ist. Erst nach seiner Rückkehr will er die letzte dänische Note beantworten. Die Taubenunschuldsmiene des „Moniteur" wird Niemanden getäuscht haben. Aufwiegeln und wieder abwiegeln, die öffentliche Meinung verwirren, um sie nach Belieben auszubeuten, das ist die Methode des Bonapartismus. Auch der Onkel zeigte nie mehr schwärmerliche Liebe für den Frieden, als kurz vor einer Kriegserklärung. An eine solche denkt nun wohl der Neffe nicht; er will nur überall die Füße in anderer Leute Schuhen behalten und einen wohlvorbereiteten Konflikt für alle Fälle zur Hand haben. Das beweisen die Mühlereien in Süddeutschland, die beabsichtigte Reise nach Salzburg. Es muß dem franz. Kaiser klar gemacht werden, daß Deutschland auch die leiseste Einmischung nicht mehr dulden wird, damit dieses frivole Spiel mit Ruhe und Frieden ein Ende nehme.

Die Jesuitenfrage in der Darmstädter II. Kammer.

⊙ Ich habe Ihnen seiner Zeit mein Urtheil über den Ausfall der hessischen Landtagswahlen dahin mitgetheilt,**) daß die 2. Kammer, trotz aller Agitationen und Verdächtigungen wegen „Mediatisirung des Großherzogs", wegen „Annexion des Landes," wegen „Preußischwerdens der Bevölkerung" in den Hauptfragen gegen das Ministerium Dalwigk stimmen und daß nur das Unglück einer halben und unentschiedenen Opposition eintreten werde. Mein Ausspruch hat sich bewährt bei dem mit 31 gegen 15 Stimmen angenommenen Antrag auf Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund.

Auch die Antwort der Kammer auf die Jesuitenfrage habe ich richtig vorausgesehen, indem die Kammer nach zweitägigen Debatten in ihrer von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr dauernden Sitzung vom 27. Juli mit allen gegen nur neun Stimmen beschloß, jede Bezahlung der Besoldung der Pfarrei St. Christoph in Mainz so lange Seitens der Staatskasse zu verweigern, als die gesetzwidrige Verwaltung der St. Christophkirche durch die Jesuiten dauere. Die Wichtigkeit dieser Entscheidung sowie der in verschiedenen Beziehungen interessante Gang und Inhalt dieser Verhandlungen rechtfertigt eine Darstellung derselben nach den wichtigsten Momenten auch für das größere Publikum

Seit März 1859 läßt der Bischof Ketteler die St. Christophs Pfarrei in Mainz durch Jesuiten, unter angeblicher Leitung des Pfarrers zu St. Quentin, vicariren. Diese 5 Jesuitenpatres wohnen unter einem Obern in dem Pfarrhause St. Christoph und beziehen mindestens einen Theil des Pfarrgehalts. Die Stadt Mainz, welche einen Theil der Pfarrbesoldung mit 250 fl. zu bezahlen hat, protestirt gegen diese Verwaltung der Pfarrstelle durch die gesetzlich in Rheinhessen verbotenen Jesuiten und weigert die Zahlung ihrer oben genannten Gehaltsrate, so daß die Gerichte mit der Entscheidung dieser Geldfrage betraut sind und die Sache im Augenblicke, nachdem das Obergericht zu Mainz für den Bischof entschieden hat, am Cassationshof in Darmstadt schwebt. Auch der Staat hat einen Beitrag von 232 fl. 2 kr. zu dieser Pfarrbesoldung von St. Christoph zu zahlen: deßhalb beantragte der Finanzausschuß 2. Kammer einen Ausspruch derselben, daß „im Allgemeinen die Staatskasse an Geistliche, welche in ihr Amt nicht in gesetzlicher Weise installirt sind, oder sich gesetzwidrig verhalten und gegen die Staatsgesetze auflehnen, keine Staatsgehalte verschulde und daß insbesondere der Staatszuschuß zur Besoldung der Pfarrei St. Christoph, solange deren gesetzwidrige Verwaltung dauere, nicht zu verwilligen sei." Dieser Antrag des Finanzausschusses wurde, mit Nachweis der Unerlaubtheit geistlicher Orden in Rheinhessen, und namentlich des gegen die Jesuiten ergangenen Verbots begründet. Ebenso wurde er durch Verweisung auf den als richtig anerkannten Beschluß der früheren fortschrittlichen zweiten Kammer vom 12. Juli gerechtfertigt, welcher mit 38 resp. 39 Stimmen auf ein Ersuchen an die Regierung ging:

1) die in Mainz bestehende Association oder Aggregation der Jesuiten aufzulösen,

2) die Räumung der Pfarrgebäude von St. Christoph von derselben anzuordnen und

3) ihr die Ausübung der ihr übertragenen kirchlichen Functionen zu untersagen.

Bei der zweitägigen Verhandlung über diesen Gegenstand zeigte sich nun, daß einerseits die Regierung auf einem wahrhaft mittelalterlichen Standpunkt stehe und daß andrerseits in der zweiten Kammer eigentlich nur 2 oder höchstens 4 Stimmen auf dem Regierungsstandpunkt stehen, während alle übrigen das ganze Verfahren der Regierung als ein verfassungs- und gesetzwidriges ansehen und nur 5 bis 6 weitere Stimmen, unter formellen Vorwänden, für diesmal noch die sofortige Verurtheilung des ministeriellen Verfahrens zu umgehen suchen.

Schon die Einstimmigkeit des Finanzausschusses ließ das Ergebniß voraussehen, da selbst Männer, wie Freiherr von Löw und Hunzinger (äußerste Rechte), Goldmann und Kraft (Rechte) mit Dümont (Volkspartei), Heß (linkes Centrum) und Wernher (altliberal) in vollem Einverständniß obigen Antrag stellten.

Außerzweiten Kammer traten, neben dem einzigen Regierungskommissär, der erschienen war (dem gut katholischen Ministerialrath Freiherrn von Rodenstein) nur der wegen Krankheit pensionirte Generalstaatsprocurator Seitz und der Oberrechnungskammerrath Backe (streng katholisch) als Redner für die Regierung auf, während die Gegner durch den Mund der Herrn Dümont, Wernher, Metz, Becker, Dernburg und Kraft, also durch Männer aller Farben und Confessionen, ihr zu Leib rückten.

Der Regierungskommissär suchte jede Diskussion dadurch möglichst abzuschneiden, daß er sich auf die Erklärungen der Regierung bei den Verhandlungen von 1864 bezog und zugleich ein Gutachten, welches die Regierung von einem Ungenannten eingezogen hatte (der sich später als der genannte Generalstaatsprocurator Seitz entpuppte), als von der Regie-

*) Laut allen uns zu Gesicht gekommenen Zeitungsberichten, doch.
D. H.

**) Vergl. Art. Neueste Hessische Zustände in Nr. 82 und 83 des Wochenblatts.

Digitized by Google

rung in jeder Beziehung gebilligt für deren Anschauung geltend machte. Er stellte hiebei z. B. folgende Behauptungen auf:

1) Der Jesuitenorden als solcher sei im Großherzogthum nicht zugelassen, da er keine Corporationsrechte erhalten habe, die Frage der Zulässigkeit dieses Ordens sei eine noch offene; die Jesuiten als Einzelne aber seien zugelassen und können gesetzlich nicht ausgeschlossen werden.

2) Die 5 Jesuiten seien in der Pfarrei St. Christoph nicht als Jesuiten, sondern nur als einfache Geistliche (Heiterkeit).

3) Die fünf Jesuiten vicariren nicht **mit** dem Pfarrer von St. Quentin, sondern **unter** dem Pfarrer von St. Quentin die Pfarrei St. Christoph.

4) Durch die neuerdings erfolgte Aufhebung der Mainz-Darmstädter Convention seien die alten **Gesetze** wieder in Kraft getreten, aber nur die alten Gesetze, nicht die früheren **Verordnungen.**

7) Der Herr Bischof von Mainz sei bei kirchlichen Anordnungen nur an die Vorschriften des Tridentiner Concils gebunden.

Abg. Metz fand in diesen Sätzen des Regierungskommissärs den Beweis, daß die Grundsätze der Jesuiten sogar schon in die Reihen der Regierungsmitglieder eingedrungen seien, was für die Regierung und dem Abg. Seitz übrigens gar keine Beleidigung sei, da diese den Jesuitenorden ja hochachten. Er stellte — ohne im Uebrigen hiemit eine Vergleichung ziehen zu wollen — zu dem Satz unter 1) die Frage, was wohl dem Beamten geschehen werde, welcher Weisung erhalte, eine Räuber**bande** zu verfolgen und welcher ein halbes Dutzend ertappte einzelne Räuber laufen lasse, weil er nur die Räuber**bande**, nicht aber die Räuber als einzelne zu verfolgen angewiesen sei. Zum Satz 2) aber hat er den Herrn Regierungskommissär vergeblich um Auskunft, wie die fünf Jesuiten nur als einfache Geistliche thätig werden können, ohne zugleich als Jesuiten zu handeln, wie sie sich ihres unverträglichen Charakters als „Jesuiten" entkleiden können. Er fragte, ob einen Compagnie Soldaten, welche ihrem Hauptmann z. B. seinen Gehorsam leisteten, wohl mit dem Einwand gehört würden, daß sie nicht als Soldaten, sondern als einfache Menschen gehandelt hätten. Der Berichterstatter des Ausschusses, Abg. Kraft von Gießen, aber erklärte **wörtlich:** „Die Gründe der Regierung gegen den Ausschußantrag sind — ganz offen gesagt — **jesuitische.** Die Regierung ist auf einer falschen Spur, sie geht Herrn Seitz nach und Herr Seitz geht den Jesuiten nach."

Abgeordneter Seitz beschwerte sich über die feindliche Haltung des Finanzausschusses und seines Berichtes gegen den Bischof, die katholische Geistlichkeit und die katholische Kirche überhaupt. Ein guter Katholik werde als „Ultramontaner und Pfaffenknecht" verschrieen. In Preußen, dessen Verehrer er bekanntlich sonst nicht sei, herrsche wahre Religionsfreiheit. Das Prinzip der vollen Freiheit der Privatassociation, welches jetzt die Welt siegreich durchziehe, werde auch in Hessen siegen unter einer wahrhaft freisinnigen Regierung: „Und unsre Regierung sei eine wahrhaft liberale!" Seitz beleuchtete dann das „lügenhafte" Treiben, welches den Jesuitenorden, den er bochachte, als vom Papste seiner Zeit verurtheilt hinstellen wolle; die heutigen Angriffe auf den Jesuitenorden seien um so ungerechter, als dieser abweisend sei. Papst Clemens XIV. habe in seiner bekannten Bulle den Jesuitenorden auf, wegen seiner vielfachen Streitigkeiten mit andern Orden; er gebe aber nirgends den Jesuiten Schuld an diesen Streitigkeiten. Es folgen dann folgende gewiß höchst merkwürdige und ziemlich wörtlich hier wiedergegebene Aeußerungen: Die Jesuiten seien — wie selbst ein Alexander Dumas (sic.) anerkenne — von der Unsittlichkeit der Höflinge und Höfe gestürzt. Namentlich ihre Weigerung, der Pompadour Absolution zu ertheilen, bevor sie ihr verbrecherisches Verhältniß aufgelöst habe, sei Ursache ihres Sturzes geworden. Auf Zuruf des Abg. Ebinger: „Aber Aranda und Pombal?" erwidert Seitz: auch in Spanien und Portugal waren unsittliche Höflinge." Seitz fährt dann fort: „Die Jesuiten schrieben dicke Folianten und drei Zeilen genügen, um einen ehrlichen Mann an den Galgen zu bringen. Ich will nicht läugnen, daß in den moralischen Werken der Jesuiten die und da ein Satz steht, der vom Standpunkt strengster Moral nicht zu billigen ist. Allein wie soll der ganze Orden dieß büßen? Die Approbation des Ordens ist nur dessen Censur und wollen Sie die geistliche Regierung für jeden Unsinn jedes Caplans haftbar machen?"

Abg. Bacde, der einzige Mitkämpfer von Seitz, findet, daß die Frage, ob die Pfarrei St. Christoph ordnungsmäßig vicariet werde oder nicht, die Kammer nichts angehe; „es ist dies nach dem Tridentiner Concil allein Sache des Bischofs." Er erklärt mit wahrhaft kindlicher Naivetät die ungerechten Vorwürfe gegen den Jesuitenorden wie folgt: „Wo zwei Jesuiten zusammen sind, ist Einer der Obere. Nun hat ein Jesuit zu einer Zeit, wo der Tyrannenmord nach der Strömung der Zeit an der Tagesordnung war, ein Buch für den Tyrannenmord geschrieben, das der Jesuitengeneral verdammte und vernichten ließ. Nur Ein Exemplar kam in unrechte Hände, was man denn zu Tausenden verbreitete." Auf vielseitiges Gelächter: „Lachen Sie mich auch aus, ich bleibe bei der Wahrheit und bei dem, was die Legende sagt. Mein Mittel ist die Wahrheit, Ihr Mittel ist die Verdrehung." Auf den von Abg. Goldmann geforderten und ertheilten Ordnungsruf erklärt Bacde, mit diesen Worten kein Mitglied der Kammer gemeint zu haben, und wird hierauf der Ordnungsruf zurückgenommen und Bacde schließt: „Der Antrag geht, wie ich Anfangs in meiner Unschuld nicht merkte, gegen den Herrn Bischof (Heiterkeit); ich merkte es eben aus einer Aeußerung des Herrn Kraft gegen seinen Nachbar (Stimmen: Oho! Gelaucht!" Kraft: „Nur heraus!") Bacde fährt fort: „Herr Kraft sagte eben seinem Nachbar, erst dies durchgesetzt, dann kommen wir an den Bischof und äußerte später bei dem Vermittlungsantrag von Gagern: „Das ist der Kuh ins Horn gepfeigt!" (Heiterkeit). Ich stimme gegen den Antrag des Finanzausschusses, da der Herr Bischof in vollem Rechte ist."

Von Gagern, welcher nach dem allgemeinen Urtheil bei dieser Verhandlung, nach Form und Inhalt, sehr wenig anprach, findet den Bericht des Finanzausschusses gereizt und befangen und nicht mit der für religiöse Fragen gebotenen Ruhe und Vorsicht abgefaßt. Gagern hält es weiter für „unschicklich", daß die Kammer über eine Rechtsfrage abstimme, welche im Augenblick dem Cassationshof zur Entscheidung vorliege und meint, daß nach der neuerdings erfolgten Aufhebung der Mainz-Darmstädter Convention, um keine förmliche Anarchie eintreten zu lassen, die Grundsätze des, leider von voriger II. Kammer verworfenen, Gesetzentwurfs über das Verhältniß von Kirche und Staat entscheiden müssen. Er beantragt endlich, die streitigen 233 fl. 2 kr. zu verweilligen, mit der Verwahrung, daß durch diese Verwilligung die augenblickliche Verwaltung der Pfarrei St. Christoph nicht als gesetzlich anerkannt sein solle. Ihm entgegnet Metz, daß nach Aufhebung der Mainz-Darmstädter Convention jedenfalls — möge dieselbe irgend eine Geltung gehabt haben oder nicht — der frühere, vor ihrem Abschluß, bestandene Rechtszustand gelten müsse, während die Ansicht Gagerns, statt der Convention, die Sätze eines von der Kammer verworfenen Gesetzentwurfs provisorisch gelten zu lassen, von unbegreiflicher Begriffsverwirrung zeige. Metz zeigt weiter, daß, falls eine Entscheidung der Kammer, gegenüber der schwebenden Cassationshofsentscheidung, „unschicklich" sein sollte, die Regierung dadurch die Unschicklichkeit zuerst begonnen habe, daß sie, trotz dieser schwebenden Rechtssache, die 232 fl. 2 kr. als unbestritten den Ständen angefordert habe. Endlich entwickelt Metz, daß der Bischof durch sein adtjähriges Vicariat, durch seine Verleihung einer Säcularpfründe, gleichzeitig an einen Weltgeistlichen und fünf Ordenspriester, und durch seine Vereinigung mehrerer Pfründen in Einer Hand das klare

Digitized by Google

canonische Recht verletzt habe, während die Regierung durch ihre Verleihung einer Pfründe an Jesuiten, welche nicht an einer Universität der bisherigen Kirchenprovinz studirt und dem Großherzog den Eid der Treue nicht geleistet, die jetzt unzweifelhaft geltende Verordnung vom 30. Januar 1830 grob verletzt habe. Das Verfahren des Bischofs von Ketteler widerspreche dem Verfahren der früheren Bischöfe Burg, Humann, Kaiser und Schmidt; das Verfahren von Dalwigk's widerstreite den Grundsätzen der früheren Minister von Lichtenberg, von Grolmann und du Thil. Metz schließt mit der Behauptung, daß die Jesuiten, trotz aller Kammerbeschlüsse, bis zur Beseitigung des jetzigen Regierungssystems in Mainz bleiben werden und daß ihr Verbleiben einen Beweis dafür abgebe, daß in Hessen Eine Freiheit allerdings bleibe, die Freiheit der Jesuiten, die schrankenlose Freiheit des auf Knechtung der Menschheit berechneten gefährlichsten Systems.

Abg. Dernburg entwickelt mit schlagenden Gründen, wie das Ministerium nicht aus Rechtsgründen, nicht aus Prinzip, sondern nur aus politischen Gründen die Jesuiten protegire, indem es für seinen Kampf gegen die nationale Entwicklung Deutschlands unter Preußen nach Verbündeten suche und diese, neben der Volkspartei, bei den Ultramontanen zu finden glaube. Freilich behandle es seine Bundesgenossen nicht mit gleichem Maße. Während Herr Dümont mit „unbegrenzter Hochachtung" abgespeist werde, erhalte Herr Seitz mit seinen Freunden die Decrete und Reskripte. (Seitz: welche Decrete? Dernburg: „nicht Besoldungsdecrete." Regierungskommissär von Rodenstein: „welche Reskripte?" Dernburg: die Reskripte an die Stadt Mainz, welche Seitz und seinen Freunden günstig sind.")

Der würdige, wegen seines Witzes, seiner philosophischen Schärfe und juristischen Kenntnisse allgemein geachtete Abgeordnete Becker (Kreisgerichtsrath in Mainz) zeigt, daß das Ministerium durch Auflösung der Jesuitenassociation in Mainz sie zu einer strafbaren Vereinigung habe machen, daß es ebenso von dem Staatsrath eine Verurtheilung des bischöflichen Verfahrens habe fordern können. Die Erklärung der Regierung, nicht „zu können", schließt der Redner, „ist kein rechtliches Nichtkönnen, sondern ein kirchliches, ein römisches **„Non possumus."** Von den sonstigen Rednern heben wir, neben Dümont, welcher aus den französischen Gesetzen die Unzulässigkeit der Jesuiten in Rheinhessen entwickelte und vor der Gefahr der Jesuitenwirthschaft Regierung und Stände warnte, die Herren Wernher, Goldmann, Henzinger und Kraft namentlich hervor. Es machte einen tiefen Eindruck auf die dicht gefüllte Gallerie und auf die Reihen der Abgeordneten, diese sonst streng ministeriellen Männer mit den schärfsten Aeußerungen gegen die Haltung der Regierung ankämpfen zu hören. Als Henzinger (ein sonst unbedingt ministerieller Abgeordneter der äußersten Rechten) auf die höhnische Aeußerung von Seitz, wie die nämlichen Männer, welche vor einigen Wochen durch ihr Stimmen für Eintritt in den norddeutschen Bund den Großherzog hätten „mediatisiren" wollen, jetzt mit so übertriebener Sorgfalt seine Hoheitsrechte wahren könnten, erwiderte: „Diese Anschuldigung trifft nicht den Finanzausschuß allein, sie trifft auch die Regierung, welche den Friedensvertrag mit Preußen abschloß und hiemit das Land in völlige Abhängigkeit von Preußen brachte, sie trifft die Mehrheit der Kammer; das Ministerium thäte besser, uns, seinen treuen Anhängern und den Vertretern des loyalen Kerns des Volkes, zu folgen, als dem Rathe des Herrn Seitz, welcher sich zum Schwalter des Jesuitenordens aufwirft", machte sich eine große Bewegung im Saale und auf den Gallerien bemerkbar. Auch der ähnliche Protest des Abgeordneten Goldmann, welcher bekanntlich für seine feindliche Haltung gegen Preußen, als Provinzialdirector zu Gießen, kriegsgefangen nach Wesel abgeführt wurde, machte einen tiefen Eindruck.

„Der Märtyrer von Wesel", in beinahe einem Dutzend Wahlkreisen als Regierungskandidat aufgestellt, er wird von dem Jesuitendefensor Seitz als „Hochverräther" denuncirt!

Die Debatte fand einen kräftigen Abschluß durch das Schlußwort des Berichterstatters Kraft, welcher aus eigener Erfahrung schilderte, wie das Ministerium Dalwigk erst heimlich die Mainz-Darmstädter Convention abgeschlossen habe, wie es auf dreimaliges Befragen jahrelang ihre Existenz geläugnet, dann vor den letzten Wahlen sie als aufgehoben habe erklären lassen, ohne daß man an den Früchten die Aufhebung bis jetzt erkannt habe. Kraft bedauerte, daß der Herr Minister von Dalwigk nicht selbst da sitze, um ihm als Freund die Gefahren seines verfehlten Vorschrittens darthun zu können. Falle das Ministerium ehrlich handeln wolle, solle es wagen, offen ein Dekret zu erlassen: „In dem Lande Philipps des Großmüthigen ist der Jesuitenorden eingeführt." Dann werden wir die Jesuiten los!

Erwähnenswerth ist, daß die ganze Fortschrittspartei (einschließlich der Mainzer Abgeordneten Dümont und Oechsner, welche bekanntlich in der deutschen Frage einen besonderen Standpunkt einnehmen), wie ein Mann für den Ausschußantrag stimmte. Auch das ganze Büreau stimmte, ebenso wie der ganze berichtende Ausschuß, einstimmig gegen die Jesuiten. Die neun Stimmen, welche gegen den Ausschußantrag fielen, sind die der Abgeordneten: von Günderrode, von Riedesel und von Wambold, Bade, **Heinrich von Gagern**, Hay, Kritzler, Seitz und Wirth. Von diesen wollte die Mehrzahl (von Gagern, Kritzler und von Riedesel nach ihrer ausdrücklichen Erklärung) nur dem entscheidenden Beschluß durch das Gagernsche Amendement ausweichen und würden sie eventuell auch **gegen** die Jesuiten gestimmt haben. Nur Bade, Seitz und von Wambold, vielleicht auch Wirth sind grundsätzliche Anhänger des Jesuitenordens.

Was nun?! Wir werden sehen. Ich glaube, daß trotz dieses Sturms im Glas Wasser Dalwigk und die Jesuiten — — — **bleiben!** Das Land aber wird täglich unzufriedener — Und die **Volkspartei?!** Wird sie endlich darauf verzichten, aus Hessen einen Hort der Freiheit zu machen?!!! —

Die Verehelichungsfreiheit.

A. C. Erlangen, 1. August. Mit seinen Beschlüssen über das Recht der Verehelichung hat der Ausschuß der bairischen Abgeordnetenkammer eine der wichtigsten unter den ihm zugewiesenen Aufgaben vorläufig erledigt. Um sich die Beantwortung dieser Beschlüsse für das diesseitige Baiern vollständig klar zu machen, muß man dieselben mit dem gegenwärtig geltenden Rechte vergleichen.

Der Staatsangehörige, der in den Landestheilen diesseits des Rheins eine Ehe schließen will, hat den Erfordernissen der Anzeigmachung zu genügen. Er hat demgemäß nachzuweisen, 1) daß ihm weder civilrechtliche Hindernisse, noch das Militärkonskriptionsgesetz, noch besondere Ausnahmsgesetze entgegenstehen, daß er einen guten Leumund besitzt und den vorgeschriebenen Schutzunterricht genossen hat. Er soll 2) einen „wissenschaftlich und nachhaltig gesicherten Nahrungsstand" nachweisen. Dieser wird vorausgesetzt bei Haus- und Grundbesitzern, die ein bestimmtes Steuerminimum entrichten, bei den Inhabern einer Gewerbekonzession und bei den definitiv angestellten Staats- Kirchen- und Gemeindedienern. In allen andern Fällen wird durch eine einfache Erklärung der Gemeindevertretung, sie habe den Nahrungsstand des Bewerbers nicht für hinlänglich gesichert, die Anfechtung unmöglich gemacht. Vermöge dieser Gesetzgebung sind also die Gewerbetreibenden, die sich zum Behufe der Verehelichung anfällig machen wollen, den Launen der konzessionsertheilenden Gewerbebehörden, die Taglöhner, Fabrikarbeiter und alle anderen, von Grundbesitz ausgeschlossenen Bevölkerungsklassen dem Veto der Gemeindevertretung preisgegeben. Die Folge davon ist, daß außerhalb viele Tausende, die das Verlangen tragen, ihren eigenen Herd zu gründen, erfolglos anklopfen; daß viele Tausende erst ihr Ziel erreichen, nachdem sie jenes oder zwanzigmal die Taxen für einen abweisenden Bescheid entrichtet und durch eine wachsende Zahl unehelicher Kinder sich zum Eintritt in den Ehestand legitimirt haben.

Der Ausschuß beantragt, diesen Zustand durch folgende Bestimmungen zu reformiren: Von einer Anzeigmachung, als Vorbedingung des Verehelichungsrechtes ist künftig nicht die Rede. Wer sich verheirathen will, hat den Nachweis zu führen, daß weder ein civilrechtlichen Hindernis noch seine Militärpflicht entgegensteht; Beamte sollen auch (was mit knapper Mehrheit beschlossen wurde), nie dürfen, eine dienstliche Genehmigung beibringen. Das vielbeutige Erforderniß des guten Leumundes, die höchst willkürliche Abschätzung des gesicherten Nahrungsstandes, mit dem darauf gegründeten Veto fällt weg. Nur in einigen äußersten Fällen, wo bestimmte Thatsa-

Digitized by Google

chen evident vorliegen, hat die Heimatgemeinde das Recht, gegen Gründung einer neuen Familie, deren Unterhalt ihr zur Last fallen würde, Einspruch zu thun. Diese Befugniß steht ihr zu: 1) wenn der Ehelandsmann wegen Verbrechens oder Vergehens verurtheilt ist, so lang er seine Strafe noch nicht erstanden hat, 2) wenn und so lang ihr wegen eines Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung befindet, 3) wenn derselbe in den vorhergegangenen 3 Jahren die öffentliche Armenpflege in Anspruch genommen hat, 4) wenn er sich mit Gemeindevaben oder Beiträgen zur Armuthspflege in Rückstand befindet, 5) wenn er unter Kuratel steht.

Mit andern Worten: die Freiheit der Verehelichung wird zur durchgreifenden Regel erhoben und nur noch solchen Beschränkungen unterworfen, die theils in der Gesetzgebung aller Länder unbestritten anerkannt, theils in den natürlichsten und einfachsten Grundsätzen begründet sind, sogleich aber jedes seltenen Vorkommens wegen, praktisch von sehr geringer Tragweite sind. Denn wie oft wird der Fall eintreten, daß ein Almosenempfänger, oder ein in Untersuchung Begriffener zur Verantwortung des Prozesses, oder ein Sträfling oder erstandener Strafe das Verehelichungsvergnügen sucht? Diese Ausnahmen verschwinden gegenüber der Masse von Fällen, in welchen sich zur Zeit die achtbarsten Personen, die rüstigsten Arbeiter, wenn sie eine Ehe schließen wollen, auf das Gutsein der Gewerbspolizeibehörden, oder auf die Gnade einer Gemeindevertretung hingewiesen sehen.

Da die wesentlichsten Beschlüsse des Ausschusses mit allen gegen eine Stimme gefaßt sind, auch die Staatsregierung die ursprünglich von ihr vorgeschlagenen weitergehenden Beschränkungen nicht aufrecht erhalten hat, so ist zu hoffen, daß diese Beschlüsse Gesetzskraft erlangen und daß in nicht ferner Zeit ihre sittlich und wirthschaftlich wohlthätigen Wirkungen dem Lande zu gut kommen werden. Der Rheinpfalz, in welcher die Freiheit der Verehelichung, ohne die oben angeführten fünf Vorbehalte, längst schon besteht, wird der Ausschuß voraussichtlich vorschlagen, ihre bisherigen Einrichtungen zu belassen, da sich die formelle Behandlung der Sache betrifft, mit der vortigen Civilgesetzgebung zusammenhängen. Sachlich wird die Verschiedenheit zwischen den beiden Landestheilen in diesem Punkte künftig sehr gering sein.

** Aus Thüringen, 31. Juli. Um das Wesen der Kleinstaaterei nichtig beurtheilen zu können, um die tiefe, innerliche Abneigung zu begreifen, welche in den Herzen aller der Männer gegen die Kleinstaaterei lebt, denen an der Größe, Wohlfahrt, Freiheit der Nation etwas gelegen ist, muß man ausländig längere Zeit in Kleinstaaten gelebt und Songe, Angst und Ohnmacht dieser elenden Zwerg-Staaten am Gerängsel gewesen sein. Man wird dann begreifen, wie gerade in dem Ehrgeiz der Kleinstaaterei, in dem aus lauter Zwergstaaten zusammengesetzten Thüringen, eine wahre Sehnsucht nach einem großen einheitlichen Nationalstaat in den Herzen der Patrioten war, wie sie von Heinrich Heine treffen Schwert den Pfad zur Einheit von dem dunderstäglichen Unkraut befreit hat, selbst durch die Mißgriffe der Regierungsmänner in Berlin, der Herren zur Lippe, Gutenburg und von der Heydt, nicht abdelingen läßt.

Mit diesem Bedauern nehmen wir diese Mißgriffe wahr; aber sie verwerfen nicht einen Bund, wie wir ihn in ganz großer Majorität Deutschlands der Jahres 1866 in Frage stellen sollten. Doch bevor ich in diesen Betrachtungen weitergehe, will ich Ihnen einen bezeichnenden Zug aus dem Kleinstaatleben Leben vorführen. Vor Kurzem starb, wie ich schon in einer früheren Correspondenz erwähnt, der regierende Fürst Heinrich LXVII von Reuß-Gera. In seinem Testamente hat dieser Souverain u. A. den verschämten Armen seiner Hauptstadt Gera ein jährliches, an seinem Geburtstage auszuzahlendes, Legat von 20 Thalern, sage zwanzig Thalern, vermacht. Indessen nicht ohne Bedingung. Die verschämten Armen Gera's sollen nämlich dieser jährlichen zwanzig Thaler verlustig werden, wenn die Gabe, welche, nebenbei bemerkt, jährlich viele Tausende von Thalern für ihr Armennesen ausgiebt, „sich durch Ungehorsam oder auflehnendes Betragen gegen das fürstliche Haus oder die fürstliche Regierung dieses Legates unwürdig macht." So geschehen in einem deutschen Kleinstaate im Jahre 1867, in demselben Monat publizirt, in welchem, ein Jahr früher, die Schlacht bei Königgrätz geschlagen wurde. — Besonderer Betrachtungen bedarf es wohl hinsichtlich dieses Vorgangs nicht, aber er ist trauerschmid für das feinfühlende Kleinstaaterthum von achtbarstaatlicher Gesinnungwohnen für ihre Armen jährlich zwanzig Thaler unter der Bedingung zu vermachen, daß sie sich nicht gegen das fürstliche Haus oder die fürstliche Regierung ungehorsam und auflehnend benehlt!" — Von vorbereiteten Waldbrenzugen für den Reichstag ist noch wenig zu spüren. In Gotha hat eine Versammlung Fortschrittler, in welcher die sogenannte „sozialistische Volkspartei", als die nationalliberale vertreten war. Fries in Weimar wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, wieder gewählt werden und wird auch die Wahl annehmen, dagegen wird sowohl der frühere Reichstagsabgeordnete der nationalen Partei im U. weimarischen Waldbrgirk, Dr. Hertzog, in Eisenach, wie der Abgeordnete des III weimarischen Wahlkreises, Minister von Wydzow, auf eine Wahl verzichten. Wydzow's Wiederwahl war auch sehr zweifelhaft geworden, weil seine liebsthaarlichen Tendenzen in dem letzten Jahre unverkennbar hervorgetreten sind und sein liberalismus durch seine Abstimmungen im Reichstage sich einigermaßen verringert hat. Die Versammlung in Gotha hat in ihr Programm u. A. folgenden Satz aufgenommen: nur solche Männer zu wählen, die nicht in der Knechtschaft, sondern in der Freiheit die Bedingung der Blüthe ihres Volkes suchen; welche die Selbstbestimmung des deutschen Volkes auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zur Geltung bringen." Das ist Alles sehr schön und wir schließen uns dem Programme von Herzen an, vorausgesetzt, daß hinter demselben nicht eine Gegnerschaft gegen den nationalen Einheitsstaat zu suchen ist. Erst wenn wir ein deutsches Volk sind, wie die Engländer, die Italiäner, die Franzosen, die Nordamerikaner ein Volk sind, erst wenn wir unauflöslich zu einem Nationalstaate verbunden sind, erst dann kann von einer Selbstbestimmung des Volkes die Rede sein. Selbstbestimmung kann nur Der ausüben, der frei durch eigene Kraft ist. Wir armen Kleinstaatler, ohnmächtig im Innern, wie nach Außen, verhalten nur dem Spotte, der Ironie, wenn wir von Selbstbestimmung reden wollen. Schaffen wir das deutsche Reich, zu welchem im norddeutschen Bunde der Grund gelegt ist, den Deutschen Reichstag, hinter welchem ein politisch gebildetes, seiner Zusammengehörigkeit sich bewußtes Volk steht und sprechen wir dann von Selbstbestimmung. Hätten wir sie und aber vor dem bedauerlichen Irrthum: der Freiheit und der Selbstbestimmung des Volkes zu dienen, wenn wir das Kleinfürstenthum als Kapp und Schild vor der preußischen „Raubsucht" hinstellen und vor den Kleinstaaterei soviel zu retten suchen, als zu retten möglich ist. Unser Streben muß auf ein ganzes, freies Nationalstaat gerichtet sein. Das ist der Standpunkt der national-demokratischen Partei Thüringens. —

Zeitungsschau.

Ueber die Mißgriffe, welche die Berliner Politik in Kurhessen begangen und über die dadurch in der Bevölkerung erzeugte Stimmung schreibt die „Weserzeitung": „Die Vorwürfe, die man der Regierung macht, lassen sich leicht in drei Kategorien bringen. Man sagt, es sind uns die Versprechungen nicht gehalten worden, die uns die preußische Regierung wiederholt gegeben hat. Manche erinnern sich vielleicht noch des Streites zwischen Friedrich Oetker und der Majorität der früheren kurhessischen Ständekammer über eine Zustimmungserklärung der letzteren zu dem Annexionsgesetz der preußischen Abgeordnetenhauses. Der Kammerpräsident war, wie die des Hauses der Abgeordneten, beruhigt von den Erklärungen der Minister in Betreff der Umgestaltungen, welche während der absolutistischen Interregnums in den annectirten Ländern vorgenommen werden sollten, Oetker dagegen wollte von der Beseitigung der Mängel der Verfassungen der annectirten Länder nichts wissen. Unsere Abgeordneten, die, bis auf wenige Ausnahmen, der preußischen Regierung sehr Schwierigkeit aus dem Weg räumen wollten, ließen sich noch dazu von der Erwägung leiten, daß, wenn man unsere Kammer frage, man auch die Hannoveraner und Frankfurter hören müsse, was gerade keine gute Folgen haben werde. Darum glaubten sie im Interesse des Ganzen ein Opfer bringen zu sollen, wenn sie darauf mehr oder weniger bestimmt verzichteten, über die Zukunft unseres Landes gehört zu werden. Jetzt sieht man nun, daß die Besorgnisse Oetker's leider zu begründet waren, und man kann wohl sagen, daß die alten preußischen Politikers nie größer war, als gerade in diesem Angeblick. Denn wenn Oetker heute für das ganze Land eine Candidatenliste für die Reichstagswahlen aufstellte, so würde man sich darauf verlassen können, daß sie gegen den Willen der Regierung durchgesetzt würde. So sind alle Bevölkerungsclassen über das, was sie Reichsrittern der Versprechungen der Regierung nennen, entgiftet, und gut ist es auf keinen Fall, daß, ganz abgesehen von der Begründetheit dieses Vorwurfs, sich in einem ganzen Volksstamm der Glauben festsetzen konnte, die erste bedeutendere Action der neuen Regierung sei gegen frühere Versprechungen ins Leben getreten."

„Eine zweite Beschwerde ist folgende. Sowohl aus der Mitte des kurhessischen Volkes, als auch der des hannoverschen sind Bitten an die königliche Regierung gerichtet worden, man möge doch nun mit den Landesvertrauensleuten betrauten und die öffentlichen Vertrauens gewürdigten Personen Männer nach Berlin berufen und diese über die wichtigsten Umgestaltungen hören. Bekanntlich haben bis die Hannoveraner erreicht, wir nicht. Warum nicht? Der Volksmund sagt: weil die Hannoveraner nicht haben Preußen werden wollen und sich ungebärdig angestellt haben, wie aber der neuen Regierung nicht nur keine Beschwerden gemacht haben, sondern ihr zuvortommend entgegengetreten sind; deßhalb werden wie schlechter behandelt als sie.

„Beschwerden noch, und zwarmentlich in weiteren Kreisen verbreitet, als diese beiden Beschwerden sind die Klagen über die Benachtheiligung der materiellen Interessen des Landes, welche durch verschiedene der neuesten Verordnungen allerdings aufs Bedenklichste gefährdet erscheinen. War es schon in sich selbst gerade ermüdend Ungeschickt, die zu Dummen wirren, daß man den Herzog Ernst von Koburg-Gotha nicht weiß wohin, mit einem der besten Bergforsten Hessens beschenkte, so haben doch die nachfolgenden Ereignisse sie schon an dieser Fortnun sich anschließenden Besürchtungen weit übertroffen. Wenn jetzt die Regierungspresse uns zum Vorwurf macht, wir verfolgten partikularistische Interessen, wir wollten weniger Steuern zahlen, als alle anderen Provinzen der Monarchie, so können wir diesen Versuch, und bei unseren neuen Mitbürgern zu verdächtigen, auf sich beruhen lassen. Denn, daß wir diesen Steuern würden zahlen müssen wie alle Anderen, haben wir nie und wir verlegt. Wir haben es auch niemals anders schon aus dem Grunde gewünscht, weil wir, wären unsere Abgaben geringer geblieben, als die der übrigen Provinzen, von einer Menge Industrieller wären überflutet worden, die dort nicht hatten fortkommen können. Aber es ist doch nicht ganz gleichgültig, wie man Steuern zahlen verbleibt. Wir sind wirthschaftlich nicht so entwickelt, als Preußen, unser von Natur nicht sehr reich bedachtes Ländchen ist lange Jahre von unserer früheren Mißregierung im Ausbilden zurückgehalten worden; das hat ja Niemand so sehr anerkannt, als eben die preußische Regierung und die von ihr ausgeschickten Commissare. Jetzt aber wird darauf nicht mehr die mindeste Rücksicht genommen. Wir sollen zahlen gleich allen Anderen, und wenn Communen Diesen oder Jenes, was unter der vorigen Regierung verwahrlöst worden war, und Staatsinstitute hergestellt haben wollen, so wird ihnen der Bescheid, man habe gar nichts dagegen, wenn die Bittsteller die Schäden selbst auf ihre Rechnung verbesserten.

Digitized by Google

Kurz, wir sind in dieser Beziehung ganz jenem Unglücklichen gleich, der sich an seinen eigenen Haaren aus dem Sumpfe ziehen sollte. Die Verbesserung muß die Zukunft und die Folgen, die wir schon bald als Früchte eines Großstaates spüren werden, wollen nicht allein Dem gegenüber um so weniger verfangen, als man weiß, daß wir ja gerade das, was uns fehlt, nicht aus Staatsmitteln erlegt bekommen, sondern als für Provinzialinstitute und selbst schaffen müssen. Die Behandlung unserer Ländchens von Seiten des Finanzministeriums hat den Glauben an eine staatsmännische Berücksichtigung gegebener wirklicher Verhältnisse von Seiten unserer neuen Machthaber aufs Tiefste erschüttert. Daß es aber ein Leichtes gewesen wäre, sich uns Uebergangszustände in dieser Beziehung vorbeizuführen, daß es nur ein Akt der Billigkeit gewesen wäre, wenn man unsern Staatsschatz und so lange gelassen hätte, bis aus ihm Einrichtungen bestritten worden wären, die wir unbedingt nöthig haben und die wir nicht bestreiten können, wenn wir nicht unmittelbar ruinirt werden sollen, dürfte eben so wenig sich in Zweifel setzen lassen, als die Thatsache, daß eine neue Steuerveranlagung im Eingelnen überall und vielfach fehlerhaft ist."

„Und was soll man nun endlich zu der neuen Justizorganisation sagen? Wie sind keine unbedingte Bewunderer unserer alten Justizzustände gewesen, sind uns auch bewußt, nicht nur Vieles zum Theil unter Reformverlichen gebessert, sondern auch Manches, was wir besitzen, hier noch nicht in den conservativen Kreisen Preußens gar keine Ahnung davon, daß es nicht Jedermanns Sache ist, sich Wohlthaten aufdrängen zu lassen und noch dazu Wohlthaten so folgenschwer Inhalts! Ja, wäre nur bessere Verordnungen der Justizministerium ein Schritt zur Herstellung der Rechtseinheit des preußischen Staate geschehen, so ließe die ganze Sache sich noch hören. Aber dieses ist ja nicht im Entferntesten der Fall, und als das einzige wirkliche Motiv, das den Grafen zur Hoffnung bei den Gemeinderathswahlen ergriffen, ist Niemand in Stande kann, steht man den Umstand an, daß es nun leichter sein wird, uns preußische Beamte zu senden, welche die einflußreichen Stellen davon tragen werden. „Es riecht nach Hülfsarbeitern," sagt der Volksmig."

„Wenn man Alles dieses überlichtigt und nun noch eine Masse ernsthafter und überlegener Gerüchte von Zahlungen, die aus der Kasseler Hauptkasse an diesen oder jenen Beamten Altpreußens geleistet werden müssen, und dergl. hinzunimmt, muß kann man sich eine Vorstellung davon machen, welche Erbitterung im Glauben Volke hervorgerufen, nicht von Beamtenintrigen, Bevorzugen und Zurücksetzungen bedroht sind. Wie es aber in der Brust vieler wohlverdienter Beamten aussieht, die einer ungewissen Zukunft entgegengehen, das bringt jetzt weniger in die Oeffentlichkeit als früher, da man weiß, daß man in Berlin „die Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln" nicht mehr fürchten mag, als wirklich in Stiefeln."

— Als eine Probe des radikalen Unverstandes und der schamlosen Verlogenheit, mit welchen eine gewisse Opposition gegen die neue Ordnung der Dinge in Deutschland und gegen die Männer, welche derselben ihren parlamentarischen Beistand geleistet haben, zu Werke geht, hier ein Auszug aus der „Wochenausgabe" der „Allg. Ztg." (nicht zu verwechseln mit der tumultuös auflügten „Allg. Ztg." selbst). Der Schreiber des Aufsatzes hat sich offenbar in die Anfänge des Jahres 1848 zurückversetzt, wie schreibt wie man damals zu einer Volksversammlung in Sachsenhausen und ihm gegend zu sprechen pflegte. Hören wir ihn: „Es gibt keine Freiheitspartei mehr in Preußen — oder, wenn sie noch existirt, so kann sie nicht eine thätigen Erfolges gelangen. Durch ganz gesunde Volkeklassen geht ein Schrei, der lautet: Wahl lieber Conservative! und dieser Schrei hat seine Berechtigung. (Ja wohl, gegenüber dieser Strwetzerei wenigstens). Man hat eine wahre Angst vor jenen Leuten, die sich so rasch ihrem Ideen, die in kaum mehr Monate, ja Wochen und Tage in den mannigfaltigsten Masken, von Redepfeifern angefangen bis zum Hofrath hinab, (Wer? Wo? Wann?) auftraten, sie alle möglichen Prinzipien stimmten und sich selbst fortwährend, mit grünlicher Verwischung ihres Aeußern, obenzigen. (Grünlicher Strauß der ganzen Hingstmarkt!) Wir meinen nicht die Nationalliberalen allein, als deren Grundsatz die Grundlosigkeit gilt, (Quorab! hoch!) wir meinen selbst die Fortschrittspartei, die, nur um sich da und dort eine Mehrheit zu sichern, nicht vor dem Aeußersten erröthet, sich mit Jenen, wenn auch nur für den Augenblick, auf Neue zu verbinden. Wer solchen Unsinn selbstbietet wagt, der kennt das Gerächten schreiblig nicht aus eigener Erfahrung). Appellaten gegenüber gibt es keine bessere Politik, als sie dahin zu treiben, wohin sie gehören, als sie zu gänzlichen Demaskirung zu zwingen. Thejenigen, welche offen mosphoaden, daß es ihnen um Freiheit nicht zu thun sei, das Volk zu Gehorsamsleistungsgreich drücken, die Ministerverantwortlichkeit eskamotiren, die Grundrechte verhöhnen, die Einigung des deutschen Volkes durch den blutigen Kitt und die Niederlagen Deutscher durch Deutsche lobpreisen, (Der Martschiereron in seinen höchsten Noten, und in jenem Wort eine unverschämte Lüge) als wären sie in Kerkern oder Kadettenhäusern aufgewachsen, sie gehören — hinüber —. Dorthin drönge man sie, um sich selbst zu reinigen, auf die Gefahr hin, geschlagen zu werden. Eine reine Demokratie ist selbst in der Niederlage mächtiger, als eine durch solche Berührung beschmutzte bei allen Majoritätssiegen. Wer Kopalaten in seinen Schooß aufnimmt, hat sich die Apoplaxie eingeimpft, und das Volk hat ein Recht, zu rufen: Nehmt lieber Conservative. Einen Vogel oder eine Maus; nur keine Fledermaus, das unheimliche, ekelhafte, Mitteltier, das das Licht des Tages scheut." (Der Schluß krönt das Werk. Retour wird im Triumvje in das nächste Viertjahr getragen.)

— Die „Köln. Ztg." schreibt aus München: „Die Stuttgarter Correspondenz der Köln. Ztg. über die Einmischung Frankreichs bei den süddeutschen Regierungen, wegen Erneuerung des Zollvereins mit parlamentarischer Vertretung, ist in Betreff Württembergs durch das Volksblatt in Stuttgart aus guter Quelle bestätigt worden. Es wird in diesem Blatte noch hinzugefügt, daß französischerseits der Vorschlag gemacht war, die Schweiz in den zu stiftenden südentschen Zollverein aufzunehmen. Hier sind noch den französischen Bevollmächtigten, Marquis Cadore, gleichfalls Schritte gegen die Erneuerung des Zollvereins mit Preußen geschehen. In einer Depesche an diesen Vertreter Frankreichs, welche zwischen dem 10. und 15. d. Mts. eingegangen zu sein scheint, hat dann Herr Marquis de Mouvier, allerdings in zuchtschonoller Form, sein Bedauern ausgesprochen, daß die bayerische Regierung nicht den unbefangenen Blick habe, ihre politische Selbständigkeit durch Abschluß eines südbeutschen Handelsvertrags zu sichern. Der heftige Angriff der „Oesterreichisch-politischen Blätter" vom 15. d. M. auf das Cabinet, wegen der durch die Erneuerung des Zollvereins mit Preußen entstehenden Handelspolitik, wird am Donnerstag von französischer Seite zurückgeführt. Zum Artikel dieser „Blätter", so weit er die handelspolitische Frage betrifft, soll der Gedankengang der französischen Depesche den Grunde liegen. Mit der Bemerkung, daß französischerseits auf die Beseitigung des Ministeriums Hohenlohe hingearbeitet wird, ist nichts Neues gesagt, und der billige „Volksbote" erklärt in dem Betreff, „Bauschiranden", welche Preußen den süddeutschen Staaten aufsetzt, um sie für unterwürfig zu machen. Es weiß ganz sicher, daß Oesterreichs Zertrümmerung von Preußen erstrebt wird, und greift die „National-Liberalen" stark an, daß sie gegen die zwischen Oesterreich und Frankreich „sich bildende Allianz" „aufbegehren."

— Die französischen Blätter finden sich veranlaßt, gelindere Saiten gegen Deutschland aufzuziehen. Die „Opinion nationale" gewinnt es sogar über sich, die folgenden sehr verständigen Betrachtungen anzustellen: „Würde die Welt auch den Regeln der reinen Vernunft regiert, so könnte man sagen, daß durchaus keine Ursache zu einem Conflict zwischen Preußen und Frankreich vorliege. Daß Deutschland sich vereinigte, einigt und concentrirt, ist sein Recht. Es vollendet heute, im neunzehnten Jahrhundert, unter einer Inspiration, die aus seinem vorhergegangenen Unglück hervorgegangen ist, mit der Schnelligkeit unseres Zeitalters das Werk, welches Frankreich während Jahrhunderten unaufhaltsam verfolgt hat um welches erst sein gefeiert vollendet ist. Daß Frankreich einigen Verdruß empfindet, wenn es an seinen Thoren sich eine mächtige Nation erheben sieht, anstatt eines getheilten, geschlechten und schwachen Landes, das ist ein natürliches und begreiflichen Gefühl, welches ihm indessen nicht das Recht noch die Möglichkeit verleiht, der freien Ausübung, die die Deutschen von ihrer Autonome machen, Hindernisse in den Weg zu legen. Eine jede Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten jenseits des Rheins, um die Deutschen dazu zu nöthigen, Frankreichs Convenienzen zu Rathe zu ziehen, würde nur darauf hinauslaufen, je gegen deutsche einigen sinnen und die Bildung dieser gefürchteten Einheit zu beschleunigen durch die Nothwendigkeit, dem Druck von außen Widerstand zu leisten. Daß man im vergangenen Jahre den Ereignissen hätte eine andere Wendung geben, daß man vor Trachtstall Preußens entgegenwirken, oder sie beschränken behaupten werden, hat aber heute nicht mehr sonderlichen Interesse."

Die englische Presse dagegen ist weit entfernt, die friedliche Sprache des Monitteur und der Blätter, sie welche der Monitteur den Ton angibt, zu teuren. So läßt sich der Herald von Paris schreiben: „Das Publikum weiß, welche kolossale militärische Rüstungen seit der siegreicher Ende beendet worden, und es kann daher der beruhigenden Artikeln halbamtlicher Blätter von zweifelhafter Autorität gar keine Bedeutung beilegen. Wenn die Regierung seinen Krieg mit Deutschland im Schilde führt, ist sie verpflichtet, zu erklären, und ihre Rüstungen zu bedeuten haben nur eine solche Erklärung, daß" können wir sicher sein, wird nicht gegeben werden. Ich weiß wohl, die Leute in England werden sagen: „Warum sollen Preußen und Frankreich streiten. Sie haben ja keinen Grund." Das ist ein Irrthum. Die fortschreitende Einigung Deutschlands ist ein Grund zum Streite, und zwar ein sehr ernster; und schon die Operation jener Mittelstaatenträge, deren Veröffentlichung den Luxemburger Handel zur Krisis brachte, gibt der französischen Regierung Gelegenheiten genug zu einer Einmischung in die Angelegenheiten Deutschlands, welche Deutschland nicht dulden wird. Aber gestützt wie den Ereignissen nicht vor; sei jetzt und noch eine Zeit lang werden die beiden Streitenden damit zufrieden sein, sich auf die künftige Kraftprobe vorzubereiten. Wenn beide ganz oder nahezu fertig sind, wird die Diplomatie in Bewegung gesetzt werden, und sie wird eine Mehr einen casus belli entdecken. . . In militärischen Kreisen nun unter Denen, die den Charakter der gegenwärtigen Vorbereitungen kennen, glaubt man, daß der erste Schlag binnen drei Monaten erfolgen werde; Andere, aus diese sind in der Majorität, denken, der Kampf werde nicht vor dem nächsten Frühjahr ausbrechen. Der Grund dieses Glaubens liegt in der Einbildung, daß ein Herbst- und Winterfeldzug große Schwierigkeiten habe. Dies ist ein schwerer Irrthum; die größten Schlachten des Kaiserreichs und der Republik fielen mitten in den Winter, und die weltberühmte „Sonne von Austerlitz" war nie des Winterfestlichtums."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schurz in Heidelberg.
Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 117. Heidelberg, den 15. August. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Die auswärtige Politik der Parteien in Deutschland. — Aus Preußen. — Aus Hannover. — Aus Thüringen. — Aus Würtemberg. — Preußisch-Oesterreichische Interessen. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Heidelberg, 13. August.

*Die Stuttgarter Beschlüsse (siehe den Wortlaut derselben weiter unten), von Landtagsmitgliedern und andern namhaften Männern aus den vier Südstaaten gefaßt, bezeugen den Anfang einer neuen Parteibildung, welche für den weitern Gang unserer nationalstaatlichen Entwickelung von der größten Bedeutung zu werden verspricht. Seitdem der norddeutsche Bund zum Abschlusse gekommen, war es einleuchtend, daß die deutsche Einheitsbewegung im Volk ihren Heerd nunmehr in Süddeutschland zu suchen habe. Vom Norden aus eine directe Einwirkung in diesem Sinne auf den Süden auszuüben, ist der Nationalverein eine Reihe von Jahren hindurch mit sehr ungenügendem Erfolge bestrebt gewesen, und würde, seit den Ereignissen des vorigen Jahres, kaum mehr gewollt, geschweige denn mit Glück versucht werden können. Es war also an der Zeit, daß in den Südstaaten die Gesinnungsgenossen der nationalliberalen Partei Norddeutschlands die Sache des Anschlusses an den neuen Bund selbstständig in die Hand nahmen. Die zu diesem Zwecke nach Stuttgart berufene vertrauliche Versammlung hat, wie bei ihrer Zusammensetzung nicht anders zu erwarten war, ihre Aufgabe richtig verstanden und am rechten Ende angefaßt. Ihre Beschlüsse bilden, im engen Anschlusse an die unabweisbaren Erfordernisse der öffentlichen Lage, ein eben so einfach ausgedrücktes, wie streng gegliedertes Programm der deutschen Volkspolitik, welches nach Form und Inhalt gleichmäßig geeignet ist, die gesunden politischen Köpfe und die patriotischen Herzen für sich zu gewinnen. Um dieses Programm, man darf es zuversichtlich hoffen, wird sich der bisher zerstreute Anhang der neuen Bundespartei in Süddeutschland in dichten Reihen sammeln, von diesem Programm aus hat die staatliche Vereinigung des Nordens mit dem Süden den kräftigen Vorschub einer lebhaften und beharrlichen Agitation zu erwarten. Nur, daß die preußische Cabinetspolitik endlich aufhöre, solchen Bestrebungen tagtäglich neue Felsblöcke und Sperrbäume in den Weg zu werfen! Wie viel weiter würden wir in der gegenseitigen Annäherung gekommen sein, wenn man von Berlin aus wenigstens nicht diejenigen Hindernisse in die Bahn geschleudert hätte, die man nachträglich doch mit eigner Hand wieder hat wegräumen müssen — von der Frankfurter Contribution, bis zur Einziehung des hessischen Staatsschatzes!

In neuester Zeit deuten indessen verschiedene Anzeichen darauf hin, daß diesen Verkehrtheiten Einhalt gethan werden soll. Die Sage von den „zwei Seelen" im preußischen Ministerium hat durch die Ereignisse, welche sich während der letzten acht bis zehn Tage vollzogen oder vorbereitet haben, eine neue Auffrischung erhalten. Gleichzeitig mit der Rückkehr des Herrn v. Bismarck von seinem pommer'schen Landaufenthalte ist eine Wendung in der Behandlung der annektirten Provinzen bemerklich geworden, welche nur dem Einflusse des jetzt in die Geschäfte wieder eingetretenen Ministerpräsidenten zugeschrieben werden kann. Für die Vorschläge und Forderungen der hannöver'schen Vertrauensmänner wird die die fast ausnahmslose Zustimmung der Regierung in Aussicht gestellt, die Kurhessen sind drauf und dran, ihren Prozeß wegen des Staatsschatzes und der Gerichtsordnung gegen die Herren v. d. Heydt und zur Lippe zu gewinnen, die Einberufung von Vertrauensmännern aus Hessen, Nassau und Schleswig-Holstein wird als bevorstehend angekündigt, die finanziellen Angelegenheiten der Stadt Frankfurt gehen, allen Anzeichen zufolge, einer befriedigenden Erledigung entgegen.

Angesichts dieser Erscheinungen kann man unbefangener Weise gar nicht umhin, jener Sage einen gewissen thatsächlichen Grund beizumessen. Durch den Spott und die Witzeleien der ultrapreußischen Presse über die „Vertrauensseligkeit" und den „Selbstbetrug" der Nationalliberalen, welche in einer erdichteten Zwiespältigkeit der Berliner Cabinetspolitik sich den Strohhalm des Entrinnenden geschaffen haben sollen, wird sich kein gesunder Kopf an handgreiflichen Thatsachen irre machen lassen. „Vertrauensselig" ist, dem Ministerium Bismarck gegenüber, kein vernünftiger Mensch in ganz Deutschland, und am wenigsten irgend ein namhafter Theil der liberalen Partei, und wenn, auf der andern Seite, vor gelegentlichem Selbstbetrug Niemand sicher ist, so wird in diesem Punkte doch sicherlich das Stärkste nicht von den Nationalliberalen geleistet, welche das eigne Interesse der Machthaber für sich anrufen, sondern von ihren radikalen Gegnern, deren ganze Rechnung auf irgend einen Umschwung der Dinge gestellt ist, von welchem sie selbst nicht zu sagen wissen, wer er kommen, welche Richtung er nehmen und was er bewirken soll. Die Nationalpartei ist weit davon entfernt, dem Ministerpräsidenten liberalere Gesinnungen zuzuschreiben, als seinen Collegen; sie nimmt lediglich an, daß Herr v. Bismarck mehr politischen, oder auch nur mehr gesunden Menschenverstand hat, als die Departementschefs des Innern, der Justiz und der Finanzen — eine Annahme, für welche immerhin allerlei kleine und große Erfahrungen sprechen, und welche vollkommen ausreicht, um die Erwartung zu rechtfertigen, daß Herr v. Bismarck sich endlich dazu entschließen werde, dem geradezu widersinnigen Verfahren jener seiner Mitminister einen schließlichen Einhalt zu thun. Es ist allerdings möglich, daß auch diese bescheidene Erwartung lügenhaft wird, aber auch in diesem Falle werden wir in unsern Rechte gewesen sein mit der Voraussetzung, daß ein Staatsmann, der die Leistungen des Herrn v. Bismarck hinter sich hat, seine ungeheuern Erfolge nicht preisgeben werde durch eine Ausbeutung derselben, bei welcher sich Unvernunft, Gehässigkeit und Armseligkeit um den Vorrang streiten.

— Das Hauptgespräch des politischen Marktes dreht sich fortwährend um die Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Frankreich und die von derselben zu gewärtigende Einwirkung auf die europäische Politik. Der Gedanke einer öster-

Digitized by Google

reichisch-französischen Bundesgenossenschaft, mit der gegen Preußen gekehrten Spitze, tritt dabei allmälig in den Hintergrund. Man neigt mehr und mehr der Meinung zu, daß Oesterreich nicht in der Lage sei und nicht Willens sein könne, irgend einen Krieg zu führen, der ihm nicht geradezu aufgedrungen wird. Daß aber Preußen seinerseits nicht den mindesten Anlaß zur Herausforderung Oesterreichs, wohl aber hundert triftige Gründe habe, sich mit dem Hause Habsburg auf einen möglichst guten Fuß zu stellen, ergiebt sich aus dem oberflächlichsten Blicke auf die innere preußische und auf die allgemeine europäische Lage. Im offenbaren Widerspruch mit aller Wahrscheinlichkeit, ja mit der politischen Möglichkeit, steht die hie und da erhobene Verdächtigung, als ob man in Berlin, im Einverständniß mit St. Petersburg, auf den Untergang Oesterreichs sinne, mit Theilungsplänen, deren Opfer Oesterreich werden solle, umgehe. Eine solche Beschuldigung anssprechen, heißt, die preußischen Machthaber für das Tollhaus reif erklären. Was es mit der russischen Freundschaft auf sich hat, weiß man im Berliner Schloß und im Berliner Ministerium wahrhaftig eben so gut, wie in dem Bureau dieses oder jenes Winkelblatts, oder auch des Augsburger Organs für Fürsten, Staatsmänner und Diplomaten, und daß selbst ein grollendes Oesterreich einem wohlwollenden Rußland, als Herr von Galizien, Ungarn u. s. w. vorzuziehen sei, braucht man wohl am wenigsten einem Herrn v. Bismarck zu beweisen. Kurz, der Gedanke einer preußisch-russischen Offensiv-Allianz gegen Oesterreich ist das eitelste aller politischen Hirngespinnste, und nur zur Vertheidigung gegen ein mit Frankreich verbündetes Oesterreich könnte Preußen zu jener gefährlichen Bundesgenossenschaft gedrängt werden. Von der Selbstverkanntniß und der Selbstbeherrschung des Wiener Cabinets ist zu hoffen, daß Oesterreich und Preußen und Deutschland und dem ganzen civilisirten Europa das Unglück solcher widernatürlichen Verbindungen und des furchtbaren Zusammenstoßes zweier halben Welten erspart werden wird. Wo nicht, würde Niemand sicherer und früher das Opfer der Katastrophe werden, als das Haus Habsburg selbst.

— Die unlängst beendigten Wahlen zu den französischen Departementsversammlungen — den sogenannten Generalräthen — haben den thatsächlichen Beweis geliefert, daß die Verstimmung des französischen Volkes gegen den Bonapartismus und die öffentliche Unzufriedenheit mit den herrschenden Verfassungszuständen noch weit davon entfernt ist, einen bedrohlichen Umfang, oder eine gefährliche Tiefe angenommen zu haben. Von nahezu tausend Wahlen sind nur einige vierzig auf Oppositionsmänner gefallen, zum unabweislichen Zeugniß für die fortdauernd regierungsfreundlichen Gesinnungen der großen Masse des Volks, das Napoleon III. seiner Zeit mit vielen Millionen Stimmen an die Spitze des Staats berufen und wiederholt als Alleinherrscher bestätigt hat. Es ist richtig, daß in Frankreich, wie in andern Ländern, bei großen politischen Entscheidungen nicht die Zahl der Stimmen, sondern die Summe der Willens- und Thatkraft den Ausschlag giebt; immerhin aber enthalten die jüngsten Wahlergebnisse eine thatsächliche Widerlegung des Geredes von einer Verfassung des französischen Volksgeistes, welche dem Bonapartismus nur die Wahl lasse zwischen Krieg und Revolution. Möglich, daß die Dinge über kurz oder lang bis zu diesem Punkte kommen; heute aber sind sie, wie gesagt, noch weit entfernt davon.

Die Lust zu weit aussehenden Unternehmungen ist dem Tuileriencabinette, über dem traurigen Verlaufe und dem kläglichen Ende des mexikanischen Abenteuers, noch keineswegs vergangen. Der „Moniteur“ verkündigt mit glasserner Miene die Annexion von drei großen Provinzen in Hinterindien, die natürlich, dem amtlichen Blatte zufolge, unter dem einmüthigen Enthusiasmus der Bevölkerung vor sich gegangen ist. Die Pariser Presse, so weit sie in der Lage ist, ihre Herzensmeinung auszusprechen, oder wenigstens anzudeuten, nimmt diese Nachricht mit einer Rückternheit entgegen, welche der Natur der Sache entspricht. Ist es doch klar, daß sich Frankreich mit dem Erwerbe jener Besitzungen nur eine neue Ruthe für seine Finanzen, seine Diplomatie und besonders für seine militärischen Interessen gebunden hat. Das sind freilich nicht unsere Sorgen. Möge Frankreich sich zu Cochinchina auch noch halb China erobern — Deutschland und das übrige Europa wird nicht das Mindeste dagegen einzuwenden haben, sondern sich im Gegentheil den neuen asiatischen Bildableiter sehr gern gefallen lassen.

Die auswärtige Politik der Parteien in Deutschland.

L In Bezug auf Theilnahme und Aufmerksamkeit für die politischen Vorgänge in andern Ländern haben wir in Deutschland neuerdings zwei Extreme durchgemacht: erst das des Uebermaßes, dann das eines an Gleichgiltigkeit streifenden allzu geringen Grades derselben. Natürlich floß das eine wie das andere Verhalten ganz von selbst aus unserer innern Lage. Sobald es nach den Befreiungskriegen der von Wien aus dirigirten Reaction gelungen war, Deutschland mit dumpfer Kirchhofsruhe zu erfüllen, wendete sich der nicht zu erstickende Ueberrest politischen Interesses nothwendig auswärtigen Vorgängen zu: den revolutionären Schilderhebungen in Spanien, Italien und vor Allem Griechenland, der Ablösung der spanischen Colonien in Mittel- und Südamerika vom Mutterlande. Den Mangel einer parlamentarischen Rednerbühne in Berlin vermochten die Tribünen in Karlsruhe, Stuttgart, München u. s. f. nicht ganz zu ersetzen: die Pariser Kammer-Redner sprachen lange Jahre, vor wie nach der Juli-Revolution, für einen großen Theil des deutschen Publikums mit. Dies begann sich erst einigermaßen zu ändern, als mit den vierziger Jahren in Preußen die politische Bewegung der Geister anbrach, und namentlich, als dort mit dem vereinigten Landtag das parlamentarische Leben eröffnet wurde. Es machte erst einer entschiedenen allgemeinen Rückwendung zu den nationalen Angelegenheiten und Vorgängen Platz, als im Jahre 1848 die Massen des Volkes von dem Bann der Unthätigkeit in der Politik erlöst wurden. Während des Rückschlags der fünfziger Jahre lehrte zwar noch einmal zeitweilig der alte Zustand wieder, und der Krim-Krieg führte auch Deutschlands Sympathien gegen Rußland ins Feld, aber mit der 1859 anhebenden neuen nationalen Bewegung war jener frühere unnatürliche Zustand, die Folge der inneren Unmündigkeit, für immer zu Ende. Man kann heute getrost behaupten, daß etwas Aehnliches nie wiederkehren wird. Wie für Engländer und Nordamerikaner, wird in Zukunft auch für uns immer die innere Politik im Vordergrunde des allgemeinen Interesses stehen. Für den Augenblick hat sie die auswärtige Politik sogar beinahe ganz verdrängt; die Völker schreiten eben meist in Extremen fort, und so interessirt man sich dermalen in Deutschland offenbar viel zu wenig für die Vorgänge innerhalb der öffentlichen Meinung anderer Völker.

Es versteht sich, daß von der Nation im Allgemeinen nicht erwartet werden kann, sie werde jemals die Theilnahme des Historikers, oder auch nur des sinnigen Touristen für die innere Entwicklung ihrer Nachbarinnen an den Tag legen. Um ein objectives, wissenschaftliches Interesse handelt es sich nicht. Es handelt sich um eine gewisse mittlere Aufmerksamkeit, weder zu flau noch zu besorgt, für die Stimmung der uns umgebenden Völker gegen uns. Diese ist heutzutage ein anerkanntes Element der Tagesgeschichte, kann und unter Umständen Schaden bringen, oder Vortheil leisten, und sollte deßhalb aus den Mittelpunkten unserer patriotischen Parteien heraus insoweit beobachtet werden, daß falsche Auffassungen von Streitfragen thunlichst berichtigt, Vorurtheile bischichtlich unsrer Denkart und unserer politischen Ziele zerstreut, freundliche Gesinnungen genährt und feindselige entkräftet würden.

Nicht allen unsern Parteien ohne Ausnahme kann man übrigens vorwerfen, daß sie die Haltung des Auslandes, Deutschland gegenüber, zu wenig in Rechnung zögen. Diejenige, welcher die entthronten Fürsten (bis auf den unschädlichen ehemaligen Beherrscher von Kurhessen) offenkundig, andere Individuen und Kreise mehr insgeheim angehören, achtet mit der größten Spannung auf jedes Wort, das im Auslande über Deutschland ausgestoßen oder gestüstert wird, no-

Digitized by Google

tirt sich alle solche Aeußerungen sorgfältig, zieht von Zeit zu Zeit die Summe derselben, und berechnet, welche Handlungen unter gewissen Voraussetzungen nach solchen Worten zu erwarten sind. Ja, sie begnügt sich nicht einmal mit genauer und unablässiger Beobachtung. Sie gibt sich auch mit der Fabrikation von öffentlicher Meinung ab. Sie conspirirt in den Cabinetten der Kaiser und Minister, liefert den fremden Zeitungen Stoff, oder bezahlt sie dafür, daß sie so und nicht anders schreiben, stachelt die Redner auf, und thut überhaupt Alles, was eine dem Lande selbst angehörende Partei nur immer thun könnte. Gestände dies Alles im vaterländischen Interesse, mit der Tendenz Deutschland glücklich, sicher und groß zu machen, man könnte soviel aufopfernde Hingebung nicht genug loben. Leider geschieht es gerade umgekehrt, um Deutschland zu entwürdigen, um es unter die Füße fremder Heere und Gewalthaber zu bringen, damit unter deren Lebensschutz ein paar unfähige Regenten ihr kleinfürstliches Treiben aufs Neue beginnen können, — und deßhalb steigert der entwickelte Eifer und Opfermuth nur die Schuld, die schwerste und gehässigste, welche ein Mensch in öffentlichen Dingen auf sich laden kann.

Diesen infamen Wühlereien gegenüber hätten die patriotischen Parteien im Grunde nur eine einzige gemeinschaftliche Aufgabe. Aber daraus folgt noch nicht, daß sie dieselbe auch gleichmäßig würdigen und fördern werden. Die conservativen Patrioten — d. h. die conservative Partei, mit Ausnahme Derer, welche noch immer, à la Gerlach, die zerrissene Solidarität des heiligen Bundes gegen „Demokratie" und „Revolution" beweinen — sind gewohnt, die innere Politik wenigstens vorzugsweise und die auswärtige durchweg der Regierung allein anheimzustellen, vorausgesetzt, daß diese halbwegs, wie bis jetzt fast immer, von ihrer Farbe ist. Die patriotischen Radicalen — d. h. die Fortschrittspartei ohne jenes Anhängsel, welches in Augenblicken überschäumender Bosheit ausruft: „lieber französisch als preußisch", und welches bei sich beständig denkt: „lieber schweizerisch als deutsch" — haben zuviel mit der Bergung der von den Nationalliberalen angeblich schmachvoll verlassenen Freiheit für zukünftige bessere Zeiten zu thun, als daß sie Muße und Sinn übrig haben sollten für das minder klangvolle und prunkreiche Bemühen, die Sache ihres Vaterlandes in fremden Zeitungen und vor fremden Politikern zu führen. So fällt die Aufgabe denn also völlig auf die liberale Nationalpartei zurück, der sie folglich doppelte und dreifache Pflichten auferlegt.

An Herausforderungen zur Entwicklung einer aufklärenden und verständigenden internationalen Thätigkeit fehlt es wahrhaftig nicht. Nicht alle anderen Völker stehen auf dem erleuchteten Standpunkt der Engländer, daß sie selbst die Mittel einer mächtigen und hochentwickelten Tagespresse aufbieten, um sich von den Vorgängen und Bewegungen in Deutschland, seit diese dafür wichtig und interessant genug geworden sind, treu und erschöpfend zu unterrichten. Nicht in allen fremden Ländern haben wir so viele geborene Anwälte, wie in Nordamerika, dessen zahlreiche und überall hin verstreute deutsche Presse das Ihrige thut, nun auch den angelsächsischen Politikern die Vorgänge in Deutschland in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Zumal in Italien und Frankreich bedarf es unseres Zuthuns. Bei Weitem nicht alle Franzosen sind von so verrückter nationaler Eitelkeit beseelt, oder gegen uns so hoffnungslos eingenommen, daß aufrichtige Verständigungsversuche nothwendig an ihrer Verstocktheit scheitern mußten; und in Italien vollends herrscht eher die Neigung vor, uns gerecht zu werden, nur daß einstweilen meist eine hinlängliche Einsicht fehlt. Man muß nämlich nicht übersehen, daß die Italiener, gleich allen übrigen Romanen, die Welt bisher größtentheils durch die Brillen der französischen Literatur und Presse anzusehen gewohnt gewesen sind. Allerdings schöpfen sie zunächst aus ihren einheimischen Quellen; aber woraus schöpfen diese? Aus deutschen Quellen gewiß nicht vorzugsweise. Oder, wenn aus deutschen Quellen, so sind es nicht gerade die national ausgeprägten, patriotisch bewußten unserer großen Zeitungen, die ein italienischer Publicist zur Hand hat. Hier ist also eine offenbare Lücke, die man nach Kräften ausfüllen muß.

Unsre erbitterten kleinen Gegner im Norden, die Dänen, können uns in der Behandlung der öffentlichen Meinung Europa's als Muster dienen. Sie haben in Paris einen Mann, nominell Mitredacteur der „France", der nichts Anderes thut, als für Dänemark in alle möglichen Blätter schreiben, und dafür aus nationalen Fonds in Kopenhagen besoldet wird. Ferner gibt das Kopenhagener Patrioten-Organ, Dagbladet, allwöchentlich eine französisch geschriebene Uebersicht heraus, die nichts ist, als eine fortlaufende Anklage Deutschlands oder Preußens vor der französisch lesenden Welt, und die seit langer Zeit in die Pariser Blätter, seit Kurzem durch die officiöse Correspondance Havas auch in die französische Provinzialpresse, auszugsweise oder völlig übergeht. Wie kann man sich da wundern, wenn jeder Franzose die nordschleswigsche Frage mit eidverdächtigen Augen ansieht? Ja, wenn der durchschnittliche Italiener es ihm darin nachmacht? Da wäre es doch wohl hohe Zeit, einen Anfang zu machen mit planvollem folgerechtem Gegengewirken. Was auch im kommenden Herbste aus dem Nationalverein werden möge: die Organisation eines auswärtigen nationalen Dienstes in der angedeuteten Art ist eine patriotische Nothwendigkeit, für deren Erfüllung die Partei und ihre Führer in jedem Falle dem Vaterlande verantwortlich bleiben werden.

Aus Preußen, 11. August. Die Vertrauensmänner aus Hannover sind befriedigt von der Aufnahme, die ihre Rathschläge bei dem Minister des Innern gefunden haben, von Berlin heimgekehrt. Man sagt, der König wolle noch Frankfurt und Kassel besuchen und in dieser letzteren Stadt selbst die der Deputation bereits zugesagte Zurücknahme oder Sistirung der Maßregeln verkünden, welche das Land in solche Aufregung versetzten. Es heißt auch, daß jetzt noch aus Hessen, Nassau und Frankfurt Vertrauensmänner nach Berlin berufen werden sollen, um doch endlich den neuen Provinzen selbst das Wort über ihre Interessen und Wünsche zu gönnen. Das Alles wird nun ohne Zweifel die Stimmung in den neuen Provinzen wieder verbessern; aber der einmal begangene Fehler, unnöthiger Weise eine verbitterte Stimmung daselbst erregt und den Schein einer drabsüchtigen Ausbeutung auf Preußen geladen zu haben, wird leider schwerlich ganz dadurch wieder gutgemacht werden; denn die Unzufriedenheit klingt immer noch lange nach in den Gemüthern, und weicht nicht so schnell, als sie hervorgerufen wurde.

Wenn man die Anfänge der deutschen Einheitsbewegung, die Annexionen, mit den gleichen Vorgängen in Italien vor einigen Jahren vergleicht, so muß man leider gestehen, daß das italienische Volk dabei einen viel praktischeren Takt bewiesen hat. Obgleich die Diplomatie nur erst die Annexion einiger der kleinen Fürstenthümer zugestanden hatte, so wählten doch die Italiener, unbekümmert um sie, überall ihre Vertreter und schickten sie nach Florenz, sobald sie nur des Druckes des Feindes ledig waren. In unseren annektirten Provinzen dagegen konnte man vor lauter Sorge um die „berechtigten Eigenthümlichkeiten" nicht zum Entschluß kommen und sträubte sich mit aller Macht gegen die sofortige Einführung der preußischen Verfassung, ohne zu bedenken, daß das Votum ihrer Vertreter im preußischen Landtage doch ein ganz anderes Gewicht gehabt hätte, als das von Vertrauensmännern. Man schrieb der preußischen Volksvertretung sonderbarer Weise mehr Uniformirungs-Drang zu, als der preußischen Regierung. Freilich wies die Regierung die sofortige Einführung der Verfassung sogleich entschieden zurück, aus Scheu vor jenen eingebildeten Schwierigkeiten und Gefahren, welche die Bureaukratie überall sieht, wo man ihr widersprechen kann. Die Regierung ließ nur die Wahl zwischen Personal-Union, oder Einverleibung mit Diktatur auf Jahresfrist, weil sie eben nicht auf die Einsicht und den Patriotismus der Volksvertretung vertraute, wie Cavour. Dieser stellte sich auch niemals so „kühl bis ans Herz hinan"

Digitized by Google

einem noch nicht für die Einheit gewonnenen Lande gegenüber, daß seine Auslassungen wie offenbare Ablehnungen gedeutet werden konnten, wie Bismarck es den süddeutschen Staaten gegenüber that. Das ist eben der wesentliche innere Unterschied, der die Politik des großen italienischen Staatsmannes, trotz aller äußerlichen Aehnlichkeiten, von der Staatskunst des Grafen Bismarck trennt.

Die deutsche Bewegung ist einigermaßen in's Stocken gerathen; was man in der Nähe sieht, reizt nicht zu großen Hoffnungen auf das, was in weiteren Kreisen geschehen wird. Das trotz alledem und alledem aufgestellte Programm der in Stuttgart versammelten süddeutschen Volksvertreter könnte den Anstoß zu einem neuen kräftigen Anlauf geben. In seiner patriotischen Hingebung und Selbstverleugnung sollte es unseren „Entschiedenen" Barth's Wort an's Herz legen, daß man freiheitliche Institutionen eher erobert, als ein Vaterland, wenn man es verloren; und der Regierung böte es eine vortreffliche Gelegenheit, die stockende nationale Bewegung wieder in Fluß zu bringen und sie mit neuem freudigen Vertrauen zu sich selber zu erfüllen. Cavour hatte eine solche Gelegenheit mit beiden Händen ergriffen; wird Bismarck Dasselbe thun wollen oder können? Sehen wir doch, daß von Mitgliedern des Ministeriums, dessen Präsident er ist, die National-Liberalen im eigenen Lande unausgesetzt gemaßregelt und verfolgt und von der offiziellen „Prov. Korr." mit den übrigen „Widersachern der Regierung" undeutschend in einen Topf geworfen werden, was, beiläufig gesagt, der radikale Bluhm lediglich als ein Wahlmanöver zur Empfehlung der Nationalen betrachtet! Mag das Alles nun mit oder gegen Bismarck's Willen geschehen sein, so ist doch so viel klar, daß wir in nationalen Dingen nicht vorwärts kommen, so lange die innere Politik den Ansprüchen der Nation und ihren gerechten Erwartungen so schnurstracks entgegen läuft! Weite Gesichtspunkte sind nicht Jedermanns Sache, und mit der Frage: „was wird euch der deutsche Staat denn Gutes bringen, den die Männer stiften sollen, die Preußen so regieren", läßt sich viel Verwirrung anrichten.

Es ist in der That die höchste Zeit, in andere Bahnen einzulenken. Die Stimmung im Lande ist wesentlich anders, als vor einigen Monaten. An die Stelle der frischen, fröhlichen Zuversicht, der Hoffnung auf die Zukunft, ist Mißvergnügen, Mißtrauen, Sorge für die Gegenwart getreten. Der Finanzminister v. d. Heydt vollendet, was Lippe, Mühler und Eulenburg begonnen, ihm ist es gelungen, die materiellen Lasten des norddeutschen Bundes so sehr in den Vordergrund zu stellen, daß sie sich wie Bleigewichte an die Schwingen der auf ihn gesetzten idealen Hoffnungen hängen, und die „Entschiedenen", die sich das Diskreditiren des Bundes in der öffentlichen Meinung zur Hauptaufgabe setzen, hatten alle Ursache, ihm eine Dankadresse zu votiren. Tabaksteuer, Malzsteuer und Branntweinsteuer, — man hört nur immer von neuen Lasten, während von entsprechenden Erleichterungen nicht die Rede ist; — Ueberschüsse von 6 Millionen jährlich, trotz deren der Finanzminister den kargen Ertrag der Zeitungssteuer „nicht entbehren kann"; — man muß gestehen, daß der Finanzminister den Gegnern des Einheitswerkes hier ein Wahlprogramm geschaffen hat, wie sie es selbst nicht zu schaffen im Stande gewesen wären. —

So wenig es einem liberalen Manne einfallen wird, in eine Erhöhung der Staatslasten in Preußen zu willigen, so lange wir jährliche Ueberschüsse von 6 Millionen haben — und die Regierung verkündet sie offiziös, daß wir sie wieder haben werden —, so wenig kann er Bedenken tragen, im Falle des Bedürfnisses eine Reichssteuer zu bewilligen, gegen eine entsprechende Ermäßigung preußischer Steuern. Bei dieser Gelegenheit würde sich auch die lange erstrebte Kontingentirung der direkten Steuern erreichen lassen. Aber diese Beschränkung des durch den Finanzminister so populär gemachten Programms: „keine neuen Steuern" dient den „Entschiedenen" nur zu neuen Denunziationen gegen die National-Liberalen; Erleichterung der Staatslasten in Aussicht stellen, auch wenn gar keine Aussicht dazu vorhanden ist, das giebt immer eine gewisse Popularität, und zu risikiren ist nichts dabei, weil man sich schließlich hinter das charakterfeste Nein der Minorität zurückziehen kann. „Bundesstaaten, sagt die „Volksztg.", sind an sich allerdings wohl Matrikular-Umlagen vorzuziehen; aber jetzt dürfen sie auf keinen Fall bewilligt werden, weil wir uns in keinem verfassungsmäßigen Zustande befinden, indem wir zwar drei Parlamente zur Erhöhung, aber keines zur Herabsetzung der Steuern haben!" Die Bundesverfassung täglich mit den grellsten Farben als das von Renegaten mit teuflischer List ersonnene Machwerk schildern, durch welches der Despotismus das Volk nach Belieben auflagen kann, das nennt die „Volksztg.", sich dem Willen der Majorität fügen und sich auf den Boden der Verfassung stellen! Jetzt rümpft sie auch schon die Nase darüber, „daß Oesterreich mit Italiens Hülfe, unter französischer Inumität, aus Deutschland hinausgeschlagen sei"; das sei auch eine rechte Kunst und ein schöner Erfolg gewesen! Wenn man jetzt die Presse der „Entschiedenen" (Zukunft „Volksztg." Rhein. Ztg.) über die deutsche Frage reden hört, so kann man sich nur wundern, daß sie Hrn. Frese nicht längst ein Zeichen öffentlicher Anerkennung gegeben hat. —

So weit die Wahlbewegung sich bis jetzt übersehen läßt, darf man auf ein leidliches Resultat rechnen, etwas günstiger, als das vorjährige, obgleich die konservative Partei auch diesmal wieder sehr stark sein wird. Wenn die Organe der „Entschiedenen" die Sache so darzustellen suchen, als sei das ganze Land nunmehr von seinem Taumel zurückgekommen und betrachte die bunt zusammen gewürfelte kleine Zahl der Verwerfer der Verfassung als seine wahren Repräsentanten, so sind das natürlich Aufschneidereien. Ihre gehässigen Hetzereien gegen die Nationalen haben denselben durch Demoralisation und Entmuthigung der Liberalen vielfach geschadet, ohne ihnen selbst Nutzen zu bringen; sie haben nur die Chancen der festgeschlossenen konservativen Partei vermehrt. Indessen darf man doch annehmen, daß die gemäßigte liberale Partei, der es Ernst ist um den nationalen und konstitutionellen Ausbau der Verfassung, ein stärkeres Kontingent zum Reichstage stellen wird, als im vorigen Jahr. Am günstigsten sind die Aussichten der „Entschiedenen" in Rheinland und Westfalen, wo sie wenigstens bereits eine „ganze Kette" von ihren Kandidaten aufgestellt haben, von der freilich noch manches Glied reißen mag; denn wohl nirgends finden sich die besonderen Eigenthümlichkeiten der „Entschiedenen" — Demokratie, Ultramontanismus, Großdeutschthum — so dicht, wie hier, zusammen gedrängt. Wenn aber die Bundesregierung thut, was sie thun muß, wenn sie dem Reichstage gleich anfangs nicht bloß Vorlagen über die Belastung, sondern auch über die Erleichterung der Einwohner des Bundesstaates in ihren Erwerbs- und Verkehrs-Verhältnissen und in ihrer politischen Bewegung macht, so mag man doch gespannt darauf sein, auf welche Weise diese im Regiren so konsequenten Charaktere" bei positiven Vorschlägen zusammenhalten werden. Waldeck und Münchhausen, der hannöversche Partikularist; Schulze und Dr. Krebs, der Jahre lang die deutsche Fortschrittspartei in den „Köln. Bl." und im „Mainz. Journ." giftigst verlästert hat; Löwe und Mallinckrodt, der glühende Verehrer des Konkordats-Oesterreich: — wahrhaftig, es gehört Konsequenz dazu, in einer solchen Mischung seinen Charakter zu wahren! —

Die „Zukunft" erklärt die vom wärmsten Nationalgefühl diktirten Motive Schulze's gegen den Anschluß von Deutschen an die internationale Friedens-Ligue für eitel „Scheingründe". Jacoby, der dem Bunde beigetreten ist, „um die falsche Anwendung des Nationalitäts-Prinzips zu hindern", hält die Nationalitäten wohl gar für eine listige Erfindung des Despotismus — zur bequemeren Handhabung des divide et impera! Ein politischer Sonderling, wenn er dabei ein so ehrenhafter und verdienstvoller Mann ist, wie Jacoby, hat mancherlei Recht auf schonende Beurtheilung; aber er sollte doch dieses Recht nicht mißbrauchen. —

Die Antwort auf die dänische Note soll in den nächsten Tagen abgehen. Das bonapartistische Intermezzo ist zu Ende,

Digitized by Google

— einstweilen wenigstens, und auf eigenthümliche Art. Tage waren vergangen, nachdem alle Zeitungen den Inhalt der Depesche und die bestimmte Nachricht gebracht hatten, daß Bismarck jede Kompetenz Frankreich's zu irgend einer Mitwirkung bei Ausführung des Prager Friedens entschieden zurückgewiesen habe. Da „berichtigt" die „N. A. Z." plötzlich, daß die französische Depesche gar keine weitere Schritte nöthig gemacht habe, und daß man voraussetzen dürfe, Frankreich liebe den Frieden ebenso, wie Preußen. Ich lasse dahingestellt, in wie weit die Salzburger Reise dieser Voraussetzung Eintrag thut. Ich bemerke nur, daß die Friedensnote des Moniteur gleich nach einer Unterredung des Marquis Moustier mit dem Grafen Goltz erschien und daß damals das Hofjournal „France" sofort dieses preußische Dementi in Aussicht stellte. Es dementirt im Grunde nichts und ist eine bloß diplomatische Höflichkeit. Die Sache und die Methode bleiben, wie sie waren. Darum bleibt auch die „Köln. Ztg." bei ihrem täglichen Unkenruf: „Nordschleswig, Alsen, Düppel müssen den Dänen wieder überliefert werden, um ein schweres Unrecht zu sühnen und sich vor der gerechten Rache des beleidigten Europa zu schirmen!" Sie plündert die dänischen Zeitungen, um die Franzosen mit Phrasen zu versorgen. Vor zwei Jahren bewies sie täglich mit demselben Eifer, daß wir die Grafschaft Glatz an Oesterreich abtreten müßten, um den schönsten Profit machen. Diese leichtfertige Bereitwilligkeit, Stücke vom Vaterlande abzureißen, um, durchaus ungerechtfertigten Ansprüchen gegenüber, den Frieden zu erhalten, das ist in der That eine ausbündige Sorte von Patriotismus. —

= Hannover Anfangs August. Auf Herrn A. v. Bennigsen's Einladung hatten sich vor einigen Tagen hier etwa 150 Männer der nationalliberalen Partei versammelt, um über die bevorstehenden Reichstagswahlen zu berathen. Fast sämmtliche Theile des hannoverschen Landes waren durch die früheren Abgeordneten der 2. Kammer, durch Magistratsmitglieder und Bürgervorsteher vertreten, darunter auch der größte Theil der nach Berlin berufenen Vertrauensmänner, so daß deren Ansichten unzweifelhaft als die der liberalen Partei des Landes angesehen werden können. Zunächst berichtete man allseitig, daß überall die lächerlichen Ausstreuungen der Welfenpartei über eine erwartete Wiederherstellung der durch selbstverschuldete Verblendung vom Throne entfernten Dynastie in Verschiedenheit begriffen seien, auch bei der ungebildeten Masse nicht mehr Glauben finden und man sich nach und nach in das Bestehende mit Resignation schicke. Dagegen verhehlte man sich anderseits nicht, daß durch die Hast, mit der man die neue preußische Steuerbelastung, die Zeitungs-, Wechsel-, Erbschafts-, Stempel u. a. Steuern und so viele andere Gesetze, ohne Betragung der Landesvertretung, eingeführt habe, durchweg eine tiefgehende Mißstimmung erzeugt sei, die auf den Ausgang der Wahlen alsdann unglinstig wirken werde, wenn die partikularistisch-ultramontan-junkerliche Partei aus ihrer Hoffnungslosigkeit sich erhebe und geeignete Candidaten aufstelle. Bislang scheine sie, wie überall die Bevölkerung, politisch apathisch zu sein und für die Wahlen sich noch nicht zu kümmern, indessen dürfe man sich dadurch nicht beirren lassen, sondern müsse auf Grund der bisherigen Principien seinerseits für eine rege Betheiligung an den Wahlen wirken und Candidaten aufstellen, welche mit Ernst und Eifer entschlossen seien, für den Ausbau der Reichsverfassung für ganz Deutschland zu arbeiten, und auf die im Auslicht stehenden organischen Gesetze im Sinne der Freiheit einzuwirken. Zu diesem Zwecke wurde ein Centralcomité für die Provinz Hannover, bestehend aus A. v. Bennigsen, Stadtsyndikus Albrecht, Red. v. d. Horst und Senator Dr. Schläger, niedergesetzt, das für Errichtung von Distriktscomités und für Vorschlag geeigneter Abgeordnetencandidaten u. s. w. Sorge tragen soll.

Bei Durchsprechung der 19 Wahldistrikte wollte es scheinen, als sei die Auswahl geeigneter und zur Annahme geneigter Personen nicht ohne Schwierigkeiten, da unser Land nicht sehr viele Persönlichkeiten aufweisen kann, welche äußerlich unabhängig und in der Lage sind, auf eigene Kosten ihre Geschäfte zu vernachlässigen, um in Berlin mitzutagen. Man wird daher mehr oder weniger gezwungen sein, vorzugsweise solche Männer aufzustellen, die durch ihren sortlaufenden Gehalt und in der Möglichkeit Geschäftsersatz zu schaffen, eine Uebernahme des Ehrendienstes eines Reichstagsabgeordneten auf sich nehmen können, wenn nicht die Wähler für einen klingenden Ersatz sorgen, was uns indeß, nach bisherigen Erfahrungen, dauernd in Deutschland mindestens sehr problematisch erscheint. Will man daher nicht auf mittelbare oder unmittelbare liberale Staatsdiener greifen, dann wird man unzuabgesetzt auf gesetzliche Zahlung der Diäten dringen müssen, ohne die schwerlich auf die Dauer eine gesunde Volksvertretung zu erzielen ist. (?) Zur Uebernahme eines Mandats wurden als feststehend zunächst ausersehen: R von Bennigsen (im 14. Distrikt. Bremer Marschen), Bürgermeister Miquel, Osnabrück (6. Distrikt), Consul Brons (1. Distrikt Ostfriesl.), Stadtsyndicus Albrecht (8. Distrikt, Hannover), Senator Römer (10. Distrikt, Hildesheim), Gerichts-Rath Planck, Meppen (14. Distrikt Celle), Bürgermeister Grumbrecht (17. Distrikt Harburg) und Obergerichtsanwalt Weber, Stade (18. Distrikt). Außer den ersten und letzten sind die übrigen Herrn fast sämmtlich in öffentlichen Aemtern, aus denen sie ihr Einkommen beziehen; ihre Zahl reicht aber noch nicht für die Hälfte der Wahlbezirke, von denen der dritte ziemlich sicher für einen ultramontanen Candidaten (bisher Just. Minist. Bimbshorst) bestimmt sein möchte. Obgen den bisherigen Vertretern des 2. Distrikts, Wahldistrikts, Amtmann Schepler, sprachen sich alle Stimmen aus, da derselbe auf dem ersten Reichstage durchweg mit der äußersten Rechten gestimmt hat. Eine Wiederwahl lehnten die bisherigen liberalen Abgeordneten des Königs, Herode und Dr. Oiffen, Göttingen, obwohl nicht anwesend, durch Freunde ab. Auch die bei der vorigen Wahl für Minderheit gegen die Partikularisten gebliebenen Candidaten, Landrath Dr. Meyer, Essen, O.-App.-G.-Rath Roscher, Celle und Stadtsyndicus Lauenstein schienen eben so wenig Neigung zur Wiederverwendung zu bezeugen, wie die adligen Partikularisten v. Rössing, von Hammerstein, von Münchhausen und von Bothmer, obgleich wir die Ansicht noch immer nicht aufgeben, daß zuletzt Junker bald ihren Frieden mit der Regierung in beiderseitigem Interesse schließen werden.

Das einzige der ständisch-reaktionären Partei zugängliche Organ, die „Hannoversche Landeszeitung", ist stärklich, wegen eines Artikels über die erzwungene Abreise der Königin Maria von ihrer Marienburg, bei Androhung einer Strafe von 1000 Thlr. und Versiegelung der Pressen, durch das General-Gouvernement unterdrückt und der als politischer Charakter nicht sonderlich in Achtung stehende Redacteur, Herr Weichelt in Nienburg verhaftet, weil er sich bislang geweigert hat, den Schreiber jenes nörgelnden Artikels zu nennen. Wir bedauern derartiges scharfes Vorgehen gegen Jedermann, noch mehr aber gegen ein so wenig geschätztes und so einflußloses Blatt, weil wir Meinung sind, daß mit gesetzlichen Proceduren alle Ausschreitungen scharf genug getroffen werden könnten. Das Seufzen der Partikularisten über Polizeidruck u. s. w., trotzdem man den Magistraten in Hildesheim, Emden, Stade und Osnabrück die Polizeiverwaltung zurückgeben will, während hier, in Celle und Harburg u. A. Polizeidirektionen zu verbleiben scheinen, greift daher in weiteren Kreisen um sich, zumal auch ob und zu, wegen allerlei Neckereien, Abführungen nach Minden erfolgen. Versuche, durch persönlichen Verkehr die vorhandene Mißstimmung zu mindern, werden von den hiesigen hervorragenden altpreußischen Beamten und Officieren so gut wie gar nicht gemacht, daher das Bewußtsein der Okkupation in der Bevölkerung lebendig erhalten.

Während man glaubte, daß die neuen Steuerveranlagung ist nicht uninteressant. ist nicht uninteressant. Während man glaubte, daß die hannoverschen Grundbesitzer viel zu niedrig besteuert seien, sind sie jetzt noch um 112,920 Thlr und die Hausbesitzer um 12,832 Thlr. herabgesetzt, während die der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer Angehörigen um 712,408 Thlr. (60,ss%) und die Gewerbesteuerpflichtigen um 241 Thlr. (15,ss%) erhöht sind, was letztere zum Theil hart trifft. Im Ganzen bringt Hannover nunmehr an direkten Steuern 3,743,873 Thlr. auf, 628,819 Thlr. (20,ss%) mehr als früher; dies macht auf den Kopf 10 gr. mehr als sonst. was nicht viel Geschrei verursachen würde, wenn bei Einzelvertheilung nicht eine andere, und, wie wir die sehr sehen, eine gerechtere wäre. Die Herabgesetzten schweigen begreiflich, während die in die Höhe Geschrobenen Alles daran setzen werden, um sich zu entlasten.

Aus der großen Zahl der hannoverschen Staatsminister a. D. ist am 1. August der erste Nachfolger des Märzministers Stüve, Dr. Lindemann in Lüneburg, verstorben, der mit v. Münchhausen in den letzten Jahren des Königs Ernst August das Land regierte und sofort bei der Thronbesteigung Georg's V von letzterm entlassen ward, weil er sich niemals zu Verfassungsbrüchen hatte mißbrauchen lassen. Zuerst Oberlandgerichtsrath in Lüneburg, war er längere Zeit hindurch unparteiischer und kalter Präsident der zweiten Kammer, dann liberalbureaukratischer Staatsminister des Innern, endlich, als ein scharfer Jurist, guter Obergerichtsdirektor und schließlich sich an sein Ende als Bürgervorsteher dem Gemeinwesen seiner Vaterstadt Lüneburg nützlich.

⁂ Aus Thüringen, Mitte August. Die Volkspartei, wie sie sich nennt, ist in der letzten Zeit ungemein rührig in ihren Angriffen gegen die nationale Partei Thüringens gewesen. In Eisenach und Jena sind wiederholt Versammlungen gehalten und dabei die Mitglieder der nationalen Partei als Verräther an der Sache des Volksfreiheit in Acht und Aberacht erklärt worden. Die Führer dieser Volkspartei sind zum größten Theil Leute, deren politische Thätigkeit bis jetzt wenig oder gar nicht and Tageslicht getreten ist, und die nun sich als die Apostel der allein rechtgläubigen demokratischen Kirche gerirren, so sie die vorbedeutsame Bemerkung, als den Hauptfehler des crassesten Militärdespotismus verdammen, so wählen sie in den Reichstag nur mit dem Vorbehalt, diese Verfassung auf Tod und Leben zu bekämpfen. Der Hauptsitz dieser Agitation ist Jena, wo das Comite der Volkspartei seine zahlreichen Vertreter hat. Von Einfluß auf den Ausfall der Wahlen wird übrigens diese mit soviel Lärm geführte Agitation nicht sein. Die Mehrheit der Wähler wird vorausschtlich, nach wie vor, zu den Männern der nationalen Partei stehen, deren Arbeiten für die freiheitliche, wie die einheitliche Entwicklung des Vaterlandes das Volk schon seit den Jahren der dürftigsten Reaction kennt. Daran wird auch das merkwürdige Bündniß nichts än-

Digitized by Google

dern, welches hie und da zwischen Partikularisten, Reactionären und Volkspartei abgeschlossen wird. Es ist das eine ebenso unnatürliche, unwahre Verbindung, wie die, welche in Sachsen zwischen dem Herrn Bebel und Schraps eingetreten, und dem Männern der particularistisch-reactionären „Sächsischen Zeitung" anderseits abgeschlossen worden ist. Unseren demokratischen Freunden von der Volkspartei aber wollen wir wünschen, daß ihre gegenwärtigen Verbündeten nicht wieder zur Herrschaft gelangen. Es könnten sich somit Ereignisse wiederholen, welche an die Tage von Waldheim, nach den Mairereignissen von 1849, erinnern würden.

Für die großen Erfolge, welche für die Freiheit dadurch erzielt worden sind, daß ganz Nordeutschland ein Staatsbürgerrecht, eine Freizügigkeit hat,*) daß es auf dem Gebiete des Verkehrs, der Posten, Eisenbahnen und Telegraphie geeint ist, daß in dem Reichstage die große Hälfte der Nation, durch Abgeordnete, aus Urwahlen hervorgegangen, vertreten ist: dafür haben sie kein Verständniß. Sie suchen auch nicht, diese Herren der Volkspartei, Süddeutschland für den Eintritt in den norddeutschen Bund zu gewinnen. Ihr Bestreben geht vielmehr darauf hinaus: auf dem Boden einer möglichst losen Foederativ-Verfassung Deutschland zu reorganisiren. Ueber das Wie? machen sie sich keine Scrupel. Partikularistische Absichten, schutzherrliche Ideen gehen ihnen ab. Sie suchen und finden ihre Aufgabe zunächst in der Bekämpfung der Reichsverfassung für den norddeutschen Bund und in Anfeindung und Verdächtigung der nationalliberalen Partei, die sich, wie ein Buchhändler in Jena bei einer Versammlung der Volkspartei daselbst äußerte, „leider" national, noch liberal nennen dürfe, da sie Keines von Beiden sei!

Man könnte sich wundern, wie heut zu Tage eine solche Partei überhaupt möglich ist, wenn man nicht zwei Momente hätte, die man nur zu nennen braucht, um einen hinreichenden Erklärungsgrund zu haben. Diese Momente heißen: fanatischer Preußenhaß und politische Unreife, die Folge der politischen Krähwinkelei und Kleinstaaterei, in welchen wir groß geworden sind. Jeder dieser Volksirrthümer der Volkspartei glaubt die deutsche Frage von seinem Standpunkte aber Alle schmarotzen aus ihnen zu können. Wie es ist, da ist der Mittelpunkt der Action; von hier aus, so denkt er, muß der Umschwung eintreten. Bei nur einigermaßen richtigem Verständniß für die Kräfte, mit welchen politische Umwälzungen vollzogen werden, müßte sich die Volkspartei sagen, daß ihr Ausspielen so traurig wie möglich sind, daß sie im günstigsten Falle nur für den dynastischen Particularismus, für das souveräne Kleinfürstenthum, für die Kleinstaaterei mit ihrer Betriebsamkeit unter der Bureaukratie, mit ihrem Hofeinfluß, mit ihrer kleinlichen Weltereifrigkeit, mit der Topfguckerei und wie das Kleinstaatliche Alles noch heißt, arbeitet. Um aber diesen günstigen Fall zu erzielen, müßte ein nationales Elend sonder Gleichen über uns hereinbrechen, eine Besiegung Preußens, also Deutschlands, durch Frankreich. Dann würde der alte kleinstaatliche, breifigfarbige Lappen wieder von den Sieg Deutschlands gewonnen, eine Art Bundestag wieder errichtet werden und der alte „historische Zug" der Foederation wieder die Oberhand gewinnen.**) Was aber dann mit den Heeren von der Volkspartei gesehen würde? Daß die Herren nur durch derartige, äußere Ereignisse eine Herrschaft der gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisse erwarten können, das erscheint uns unbestritten. Auf eine Revolution von Unten werden sie, zu Gunsten ihres politischen Scharfblickes wollen wir es glauben, gewiß nicht rechnen. Dazu fehlen alle Vorbedingungen. Wer da weiß, welche Mühe es dem jetzt von der Volkspartei so arg verketzerten Nationalverein gekostet hat, in den thüringischen Kleinstaaten, sowie in den andern deutschen Kleinstaaten die unter dem Druck der Reaction in Lethargie gefallenen und erstarrten Volksmassen wieder in Bewegung zu bringen, wer beobachtet hat, welche Mühe es der nationalen Partei und den einzelnen Mitgliedern derselben gekostet hat, dem Grundsatz der allgemeinen Freizügigkeit, des freien Gewerbebetriebs, der freieren Aufnahme in den Gemeindeverband Eingang bei dem an der alten Absperrung, dem alten Zunftzopf hängenden kleinen Handwerkerstand zu schaffen, den wird das zugestehen müssen, daß diese ländliche, wie städtische Bevölkerung weder Lust noch Energie hat, den Männern der „Zukunft" auf ihrem kühnen Gedankenflug in's Reich der politischen Träume zu folgen.

Im Schweiß unseres Angesichts müssen wir unser Brod essen; und im Schweiße unseres Angesichts müssen wir das Gebäude der Freiheit und Einheit Deutschlands aufführen, Stein auf Stein legend, mühsam, unter inneren und äußeren Gefahren. Die Nation wird, geleitet von ihrem guten Genius, den Bau vollenden, zu welchem der Grund in den wunderbaren Jahren 1866 gelegt worden ist. Sie wird den Eckstein des Bau's, d. h. Preußen, nicht verwerfen, wie es thörichte Bauleute thun, sie wird vor Allem darauf sehen, daß wir eine mächtige, starke Nation sind, die ihr Selbstbestimmungsrecht, auch dem Kaiser Napoleon sammt seinen Franzosen gegenüber, zu wahren weiß. Das ist die erste Selbstbestimmung, für die wir Sorge zu tragen haben! Die Unabhängigkeit vom Auslande. Dann kommt die Selbstbestimmung im Innern, die bürgerliche Freiheit. Die zu erkämpfen, müssen sich alle liberale Männer und Parteien die Hand reichen.

*) Zur Zeit freilich nur auf dem Papier. D. H.

**) Unter allen Möglichkeiten, welche aus einem Siege Frankreichs über Preußen hervorgehen könnten, ist diese wohl eine der unwahrscheinlichsten. D. H.

Statt Dessen suchen die Männer der Volkspartei ihren Ruhm darin, die Partei zu schmähen und anzugreifen, welche die erste in Deutschland seit 1850 war, die den Kampf für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes wieder aufgenommen. Oder will die Volkspartei den Tag von Eisenach im Jahre 1869, welcher den Nationalverein schuf, aus unserer Geschichte streichen?

Aus Würtemberg. In einer am 3. d. M. in Stuttgart abgehaltenen Versammlung von Landtagsmitgliedern und anderen namhaften Männern der vier Südstaaten wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt: 1) Die Wiedervereinigung der südwestlichen Staaten mit Norddeutschland ist die unzweifelhafte Lebensbedingung des deutschen Volkes. Erst wenn diese Zusammenschluß vollzogen sein wird, kann die deutsche Nation ihren Frieden wiederfinden, erst dann wird auch der Friede Europa's gesichert sein. 2) So wenig die deutsche Nation ein anderes Volk verpflichtet, sich nach seinen Wünschen einzurichten, so zuversichtlich weiß sie jede fremde Einmischung in ihre Selbstgestaltung zurück. Jeder Versuch eines solchen Eingriffes muß und wird Deutschland einig finden. 3) Die Schutz- und Trutzbündnisse der südwestlichen Staaten mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde sind ein erster Schritt, um die militärischen Kräfte zu Einem deutschen, von dem Bundesfeldherrn geführten Heereskörper zusammenzufassen und die politische Freiheit gegen außen zu sichern. Die damit verbundenen Anstrengungen des Volkes sind unerläßlich zur Sicherung der Unverletztheit, Freiheit und Ehre des Vaterlandes. 4) Die Zolleinigung ist die nothwendige Vorläuferin der höheren, tiefer greifenden Handels- und Gewerbegesetzgebung. Das sogenannte Zollparlament ist ein Mittel, dem deutschen Volke endlich die gebührende Mitwirkung bei der Ordnung seiner wirthschaftlichen Angelegenheiten zu sichern und die freie Bewegung des Ganzen nicht länger durch den engherzigen Widerspruch einzelner Staaten hemmen zu lassen. 5) Mit diesen Anfängen nationaler Gemeinschaft darf aber die Einwirkung nicht stehen bleiben. Indem die Bevölkerung sich den unverwirklichten Lasten der erhöhten Militär- und Steuerpflicht unterzieht, muß sie auch bringend verlangen, an den Rechten, welche die Norddeutsche Bundes-Verfassung gewährt, ihren vollen Antheil zu erhalten. 6) Die Abgeordneten in das Berliner Zollparlament, sowie in den Reichstag des Nordbundes sind zu berufen, aus den Urwahlen der ganzen Nation hervorzugehen. Nur durch eine solche Einsetzung sind die deutschen Völker endlich die nothwendigen Organe seines Willens und seiner Thatkraft erhalten hat, dann wird es auch für seine Interessen sorgen, sein Bedürfniß nach freier Entwicklung bethätigen und seine Kulturbestimmung für die Menschheit erfüllen.

Nachdem bei den einzelnen Abstimmungen Mehrheiten und Minderheiten sich ergaben und ihellweise dieselben sehr zweifelhaft waren, regte die Schluß-Abstimmung über das Ganze Stimmenenthalt für Annahme der Erklärung. Die Versammlung war vielfach bedauert, daß Abgeordnete der reichen Fortschritts-Partei Württemberg zur zeitweiligen Widerbetretung der südwestlichen freisinnigen Abgeordneten und Vertrauensmänner zu geben.

Preußisch-österreichische Interessen.

Der Chefredacteur des Pariser Temps, Herr Neffzer, hat auf seiner politischen Beobachtungsreise durch Süddeutschland einen richtigen Eindruck empfangen, wenn er erklärt: es sei ihm überall die sehr entschiedene öffentliche Meinung aufgefallen, welche das Ziel der deutschen Einheit unverrückt im Auge behalte und keine französische Einmischung dulden wolle. Auch hat Herr Garnier-Pages in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 15. Juli treffend bemerkt: Deutschland wolle diese Einheit nicht durch militärische Dictatur, sondern auf verfassungsmäßiger Rechtsgrundlage: wenn jedoch Frankreich die Vollendung jenes Einigungswerks gewaltsam unterbrechen wolle, so werde die Einheit sofort durch das deutsche Volk hergestellt. Dagegen glaubt Niemand von gesunden Menschenverstand der Versicherung des Staatsministers Rouher in derselben Sitzung: „die französische Regierung betrachte die deutsche Neugestaltung in den ihren Bürgen und Kraft, ohne daß Geschehene zu hindern und ohne Besorgniß für die Zukunft;" vielmehr ist Jedermann von der Aufrichtigkeit der frühern Versicherung desselben Ministers überzeugt: der überraschende Ausgang der Schlacht bei Sadowa habe das Zuilerriencabinet mit großer Sorge erfüllt, weil dazu, wenn anders das europäische Gleichgewicht in der Art erhalten werden soll, daß der französischen Nationaleitelkeit in Bezug auf das sog. prestige von allen Nationen und für alle Zeiten Rechnung getragen werden soll, triftige Gründe vorhanden waren.

Freilich hat Rouher zugleich bemerkt: „die Einheit Deutschlands ist eine ernstliche Thatsache, welche in Erfüllung gehen mußte, sei es unter dem Scepter Oesterreichs oder Preußens;" allein in einem kleinen Satze, welchen er bestätigte, nämlich: „he hat ihre Gränzen abgesteckt," ward die Zweideutigkeit verborgen. Es fragt sich: was man unter diesen „Gränzen" versteht? Das deutsche Volk begreift darunter nicht die durch den Prager Frieden unter französischer Mitwirkung gezogene „Mainlinie," sondern das wahre im Geist längst einige Deutschland,

Digitized by Google

es hat die wiederholte Zusage des preußischen Monarchen von der „nationalen Neugestaltung Deutschlands" in der vollen historischen Bedeutung dieser Worte, und nicht als eine Hinweitung auf die Gestaltung des jetzigen Uebergangszustandes in eine definitive deutsche „Gränze," angenommen, und es kommt daher alles darauf an, daß die preußische Politik diese deutsche und patriotische Richtung verfolge, und sich nicht auf die „Gränzen" des Nordbeutschen Bundes beschränke, wodurch „Deutschland" zersplittert würde.

Wenn Hr. Rouher und die französische Politik mit dieser Auffassung übereinstimmen, so wird man der Versicherung des Ministers über das ernste Streben der Regierung zur Erhaltung des Friedens vertrauen, und erwarten können, daß die deutsche Entwicklung sogar „ohne Reibungen" sich vollziehe, weil Deutschland, wie Herr Garnier-Pagès ebenfalls richtig erwähnte, „Frankreichs Ehre, Würde und Gränzen" niemals antasten wird, wenn nicht alle diese Güter von dort gegen Deutschland angegriffen werden. Darin liegt gerade der Unterschied der französischen und der deutschen Auffassung, daß man dort die „Maininie" für die deutsche, den Rhein für die natürliche Gränze Frankreichs und Süddeutschland, vom Rheinbund her, noch als ein Gebiet des französischen Protectorats ansieht, während man hier darin einen annaßlichen Eingriff in die deutsche Selbstbestimmung und Nationalunabhängigkeit erkennt. Auf wessen Seite in dieser Meinungsdifferenz das nationale Recht ist, begreift das gebildete Europa; aber das Recht kommt dabei nicht zur Anerkennung, weil in solchen völkerrechtlichen Streitfragen kein europäisches Tribunal besteht, und deßhalb die Macht entscheidet.

Die „Ehre und Würde" einer Nation ist nur ein Attribut ihrer Lebensbedingungen, welche sich in ihrer Einheit concentriren. Das Interesse einer Dynastie kann aber niemals der einzige bestimmende Regulator für die Anwendung des Nationalitätsprincips sein, und es stellt sich deßhalb jedes französische Unternehmen, mittelst deutscher dynastischer Einmischungen den Zerfall in drei nationalen Ausgleichung Deutschlands" hindernd entgegenzutreten, als eine Verletzung deutscher „Ehre und Würde" dar, welche Abwehr und Zurückweisung von Seite der Nation mit Entschiedenheit gebietet.

Wenn Oesterreich nach der Niederlage von 1866 die Intervention Napoleons zu Hülfe rief, so geschah es als desperater Act seines Bestehens, es widersprach seiner „Ehre und Würde." Die Folgen dauern fort, indem nun in Frankreich eine österreichische Allianz nicht als einen Act freier österreichischer Beurtheilung, sondern als einen auch der Pflicht natürlicher Dankbarkeit folgenden Zeitlauf in seiner Lebensstrebung ansieht. Diesen Dank hat die napoleonische Politik nicht verdient, weil sie nicht eine solche Rettung, sondern nur die Stärkung der französischen Supermatie in Deutschland bezweckt hatte. Mit gleichem Grund könnte Preußen von Oesterreich dafür Dank, zum Theil fordern, daß durch die Niederlage vom 3. Juli v. J. die Erhebung mittelst des „parlamentarischen Systems" möglich geworden sei.

Indem Preußen aus Rücksicht für die französische Neutralität während des Krieges, welche den ersteren Sieg sicherte, sich bewußt der französischen Vermittlung hingab, gerieth auch seine Politik in eine mit nationaler Selbstständigkeit nicht zu vereinbarende Abhängigkeit vom Tuilerienkabinet, welche jetzt von Paris nach allen Seiten hin auszubeuten versucht wird, um der neuesten preußischen Politik überall entgegenzutreten wo sie, zum Nutzen erhöhte Macht gestützt, die Aufgabe Deutschlands, ohne weitere Abhängigkeit, aus eigener Einsicht, selbstthätig verfolgt.

Hienach bedarf es zu fernerer Abwehr französischen Einmischungen in die vollständige Lösung der deutschen Frage, welche allmählich eine Art schiedsrichterlicher Competenz angenommen haben, die ihren erneuerten Rekrutin in der Hinweisung auf diplomatische Congresse findet, bei welchen Frankreich prädominiren soll, einer weiten Emancipation von Seiten Oesterreichs und Preußens, und darin liegt die sicherste Einleitung und Gewähr einer neuen Ausgleichung zwischen Cabinetsinteressen durch französisch-diplomatische Schachzüge von jeher antagonistisch gestaltet wurden. Die Besorgniß, welche man in Paris vor einem solchen Verständniß hegt, ist der sicherste Beweis seines Werthes.

Allerdings ist, bei der historisch eingewurzelten Rivalität Oesterreichs und Preußens, welche durch den vorjährigen Krieg an Bitterkeit nur steigen konnte, eine solche Versöhnung zum Vortheil Deutschlands schwer, aber sie enthielte den Triumph wahrhaft deutscher Politik gegen die französische Interventionspolitik, zum Vortheil beider Staaten. Mit solcher Aussöhnung wären die Allianzbestrebungen Frankreichs, welche im Grund auf dem Ruin der einen oder der andern Macht beruhen und einen permanenten Schwächezustand der getrennt gehaltenen Cabinette bezwecken, vereitelt; es würde Frankreich gegenüber Deutschland, isolirt und zugleich jene Annäherung an das deutsch-österreichische Element angebahnt, welche gerade in Süddeutschland, im Sinne des jüngsten echt deutschen Gesinnungsausdrucks der Diener „Presse," stets ein Ziel der Wiedervereinigung bleiben wird, so gewaltsam auch dynastische Interessen die jetzige Trennung bewirken.

Wir verkennen nicht, daß gerade die Stellung der süddeutschen Staaten, in ihrer doppelten Beziehung zu Oesterreich und Frankreich, die gewünschte Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich erschwert; allein es ist, selbst bei oberflächlicher Prüfung, kaum zu verkennen, daß es besonders im Interesse dieser Staaten liegt, die Akakt zwischen den ehemaligen deutschen Protectoren im Bund ausfüllen zu helfen und ein französisches Protectorat in jeder Form abzulehnen, welches bei dem allgemeinen nationalen Widerwillen dagegen, eine sichere und beschleunigte Aufhebung jeder südstaatlichen Souveränetät bald zur Folge haben würde. In der That haben deßhalb diejenigen süddeutschen Kammern, welche neuerdings für den engen Anschluß der Einstaaten an den Nordbeutschen Bund stimmten, mehr für Erhaltung der Selbstständigkeit derselben auf föderativer Grundlage gewirkt, als jene verhärteten Großdeutschen, welche aus demokratischer oder ultramontaner Monomanie unter keinen Umständen eine preußisch-monarchische Centralgewalt zulassen wollen.

Die deutsche Geschichte würde es stets als eine politische That ersten Rangs anerkennen, wenn es zwei deutschen diplomatischen Gegnern von hervorragenden Befähigung, wie den Reichskanzlern Graf Bismarck und Frhr. v. Beust, durch gemeinsames aufrichtiges Streben für deutsches Nationalinteresse gelingen sollte, statt, wie in den Freiheitskriegen, durch vereinte Energie die Selbstständigkeit und Einigung der preußisch-österreichischen Interessen, die französische Interventionspolitik vollständig zu besiegen und auszurotten. Dazu gehört aber vor Allem, daß die preußische Politik nicht bloß in Gemäßheit des Art. 79 der Nordbeutschen Bundesverfassung den Anschluß der deutschen Südstaaten an den Nordbeutschen Bund erstrebe, sondern auch an specifisch-preußischen Particularismus, durch Anschluß an die nationalen Begriffe von verfassungsmäßigem Recht (wie vermieden absichtlich die Phrase der „parlamentarischen Freiheit"), ein patriotisches Ufer bringe. Aber ist die wechselseitige stille Abneigung der zum Ausgleich Berufenen so groß, daß ein praktischer Vorschlag solcher Natur in die reichhaltige Mustes derselben Localpolitik registrirt zu werden verdient? (Allg. Ztg.)

Zeitungsschau.

Ueber die orientalische Angelegenheit läßt sich die „Allg. Ztg." schreiben: „Das preußische Cabinet wird sich auf keine weitere Hoffnungen mehr einlassen, höchstens noch ein letztes Angebot machen und eine runde Erklärung, Ja oder Nein, verlangen, sodann aber die Ausführung des Art. 5 als durch Dänemark verhindert erklären. Wer dann intervenirt will, mag es thun, aber nicht mit Worten. Sobald es so steht, ist der Wunsch unter und der sogenannten dänischen Besitzung der Todesstoß versetzt. Ohne Zweifel werden die Dänen sich auf den Kopf stellen, das wird Jedermann sagen; muß finden. Bekanntlich lassen sie sich jetzt von den in Dänemark ansässig gewordenen Deutschen bezeugen, daß letztere daselbst gut behandelt werden. Ein „Hr. Lundahlmann" dieser Sorten entdeckt in der Universitäten „Nord. Tidende" eine interessante Auslassung von einem kürzlich aus Italien zurückgekehrten Reisenden. Damit bei der Sammlung dieser Unterschriften der Schein eines freiwilligen Beitritts gewahrt werde, ergeht der Verfassungsfreund, wird in den Zeitungen zuerst zu einer Versammlung an einem näher bezeichneten Ort aufgefordert. Wenn dann weder auf diese Aufforderung sich nur Wenige einfinden, so wird die Sache von Predigern, Schullehrern und andern sich qualificirenden Persönlichkeiten in die Hand genommen, indem dieselben die Adresse in den Kirchspielen, wo deutsch geredet Einwohner sich finden, colportiren, und die Betreffenden durch Ueberredungen und Drohungen zum Unterschreiben bewegen. Es ist Sorge getragen, daß den sich Weigernden schließlich die Fenster eingeworfen und ihnen anderweitige Misshandlungen in Aussicht gestellt werden. In einem mir speciell bekannten Fall wandte sich der betreffende Einwohner um Schutz an die Behörde, erhielt aber zur Antwort: „Solche Leute verdienen noch mehr zu bekommen." Das ist die freundliche und liebevolle Behandlung von der die Adressen erzählen. Stellen sie zum Unterschreiben Aufforderungen die Frage: ob die Unterschrift auf Befehl geschehen solle, so wird natürlich die Freiwilligkeit derselben hervorgehoben, aber gewisse Andeutungen kommen hinzu die es den Betreffenden gerathen erscheinen lassen sich zu fügen."

— Das Bremer Handelsblatt schreibt über den nämlichen Gegenstand: „Die nordschleswigsche Frage kann nicht als ein bloßer deutsch-dänischer Zankapfel betrachtet werden; sie ist ein Theil der Bitterne, in welche Frankreichs impotente Wuth über Deutschlands innere Consolidirung und verwickelt hat. Ohne Frankreich wäre der fünfte Artikel des Prager Friedensvertrages unausführbar und unerfunden geblieben. Ohne den förmlich zugesagten oder mündlich in Aussicht gestellten Rückhalt an Frankreich würde es Dänemark nicht einfallen, das Gesichert zu bemängeln, welches Preußen ihm machen will. Die nationale Eitelkeit verführt auch sonst ehrbare französische Blätter, den Dänen in den Kopf zu setzen, ihre Sache sei Frankreichs, ja der gesitteten Menschheit Sache. Diese Einbildungen werden sich zuletzt natürlich an Niemanden schlimmer rächen, als an den Dänen, grade wie sie sich wiederholt an den Polen, und ganz neuerdings an dem unglücklichen Habsburger gerächt haben. Vorläufig aber sind wir es, denen sie Weitläufigkeiten und Hindernisse bereiten; wir müssen sie in eine Rechnung schreiben, die schon lang ist, und deren Summe den Vorschuß eines Gerichts mit knabenhaften Launen bald überstiegen wird. Wohin man in Deutschland hört, ist die Erbitterung über dieses Gezeter und Gebrumme im Steigen. Der Abzug der preußischen Truppen aus Lauenburg, gefaßt wie er durchschnittlich hingenommen worden ist, hat einen Stachel zurückgelassen, der jenes, das so geringfügig Erscheinende in der nordschleswigschen Frage an Frankreich unmöglich machen wird."

— Die österreichischen Blätter, faßt ohne Ausnahmen, erklären sich mit Nachdruck gegen die französische Bundesgenossenschaft zu kriegerischen Zwecken. So sagt die Wiener „Presse." „Der Kaiser von Frankreich wird sich mit dem Anblicke Salzburgs, freilich wohl der reichen Perle des an Naturschönheiten so gesegneten Oesterreich, begnügen. Ueber Salzburg liegt die erhebende Ruhe majestätischer Natur. Käme Napoleon weiter in das Land,

Digitized by Google

so würden wir ihn lehren, die Lage Oesterreichs völlig zu erkennen. Wir würden ihm zeigen den tief gesunkenen Volkswohlstand, die drachtlegende Volkswirthschaft, eine durch zahlreiche Parteiungen zerklüftete staatliche Gesellschaft, eine Bevölkerung, welche in dem Glauben an eine bessere Zukunft erschüttert ist und verstehen nur besorgnen noch nicht aufgegeben hat, weil ein neues Regime ihr dafür Bürgschaft zu bieten scheint, daß alle Kräfte des Staates der inneren Neorganisation gewidmet, daß alle äußeren Verwicklungen, auch um den höchstmöglichen Preis, hintangehalten werden sollen. Jene größen Veränderungen in Europa, welche sich, unter theils directer, theils indirecter Betheiligung Napoleon's, auf unsere Kosten vollzogen haben, tragen wir nicht mehr nach. Die Bevölkerung Oesterreichs hat die Einigung Italiens und die Neugestaltung Deutschlands ohne allen Nachhalt acceptirt und vertraut sowaf, auf unserer Seite Gesinnungen zu den Handlungen der Regierung zu finden. Wir in Oesterreich wünschen, sortan die besten Beziehungen mit Italien zu unterhalten, und schauen vor dem Gedanken zurück, daß unsere Staatsmacht zu Zwecken der Einwirkung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verwendet werden könnte. In die sem Gefühle stimmen Staaten und Völker, Preußen und Bayern überein. Wir wollen die Neugestaltung des Reichs durch das einzig richtige Mittel, durch die innere Entwicklung, angehredt wissen, und sind darüber beruhigt, daß die gegenwärtig sachen bestehenden oder angebohrten Machtverhältnisse der europäischen Staaten von den Bestrebungen einer vergangenen Epoche nicht gefährden können. Vor jeder auswärtigen Aktion schrecken wir zurück, weil wir von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sie nur uns in keinem Falle ein Vortheil zu holen, daß ein Ländergewinn unserer Verlegenheiten nur vermehren könnte, daß selbst die glänzendsten Lage den finanziellen Ruin, daß Niederlagen den Zerfall des Reiches zur Folge hätten. — —

— Der eigenthümliche Lage des Reiches läßt uns wünschen, daß unsere Staatsmänner sich ernstlich zu Salzburg darauf beschränken möchten, dem hohen Gaffenrathe die nothgedrungene Beschiedenheit und Ansprachslosigkeit Oesterreichs zu demonstriren, und ihn zu versichern, daß man die Verwirklichung seiner Gesinnungen sur unseren Staat nicht dieser bethätigen könne, als wenn man dem tiefgefühlten Bedürfnisse der Völker nach Erhaltung des europäischen Friedens zur Bestriedigung verhilft."

— Der Stuttgarter „Beobachter" hat einen neuen Grund, gegen den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund auszutreten gemacht, wem wenigstens das Verbleibt der deutschen Zollvereins zugeschrieben werden muß: es ist die Furcht vor der Kriegswüthigkeit der Bayern und Schwaben, welche die Welt in Brand stecken würde. „Die Nationalsolteren, sagt der „Beobachter" erklären, wenn nur erst der Zusammenschluß des Nordens mit dem Süden vollzogen sei, so werde auch der Frieden Europas gesichert sein. Das Gegentheil ist wahr. Wenn die beiden kriegerische Mächte vollends ernstlich sich durch die der obendeutschen Stämme, die im neuen germanischen Kaiserthum bald ganz gewiß ebenso die thatlustigen, kriegsschichtigsten und kriegsthätigsten sein werden, wie unsere altmannlichen Stammverwandten im Osten und Westen, so ist es um Europäischen Kasernirung sind. — Kann wehe der Welt und ihrem Frieden! Für das entgangene innere Glück und für die vom Hohenzollerngeschlecht namhaftlich zu gewährende Freiheit in äußeren Sturm und Drang Ersatz suchend, wurden gewiß die Obertonischen Bayern auf die Bahn der Eroberungen und der Gründung einer Weltmacht antreten. Die Deutschland, in seinen Grundvesten erschüttert, in Trümmern über unsern Häupten zusammenbräche."

— Der Nürnberger „Correspondent" welcher bekanntlich nicht zu den Freunden Preußens und der jetzigen Ordnung der Dinge in Deutschland gehört macht das österreichisch-preußische Wechselverhältniß zum Gegenstande folgender Bemerkungen: „Leider will es den Anschein gewinnen, als wenn Napoleon und das französische Volk Krieg gegen Preußen im Sinne haben, bloß um zu beweisen, daß sie immer noch die Hauptmacht in Europa sind; wie Rußland und Oesterreich, soll auch Preußen noch erfahren, daß Frankreich der Meister. Natürlich will Frankreich nicht blos Dänemark und Schweden, sondern auch Italien und Oesterreich zum Bundesgenossen haben, und das Letzte ist es, was uns ängstigt. Wir würden es für noch größes Unglück halten, wenn wirklich Oesterreich sich aus dem Gefühl der erst erlittenen Kränkung verleiten ließe, mit Frankreich gegen Preußen zu gehen, in der Hoffnung, dadurch wieder die alten Verhältnisse herstellen zu können. Vergegenwärtigen kommt nicht mehr wieder. Und einen ähnlichen deutschen Bund unter Führung Oesterreichs wieder aufzurichten, dazu gehörte, daß man Preußen völlig zertrümmerte und zu gänzlicher Ohnmacht verdammte; ohne den schrecklichsten Krieg wird das aber nicht geschehen, wenn es je geschieht, und dann werden sicher die Rheinlande an Frankreich gerissen, wenn es auch jetzt noch nicht will, das es keine Entschädigung weiß. So wie die man auch im Jahre 1859. Für Deutschland wäre das also nur Verlust, wenn auch Oesterreich etwa das süße Gefühl der Rache gewönne."

„Wie aber, wenn Preußen siegte? Es bleibt ihm, wenn Oesterreich mit Frankreich geht, kein anderer Ausweg, als ein Bündniß mit Rußland zu schließen, und dieses wird gerne bereit sein; dann aber wird nicht Preußen, sondern olet ehrt Oesterreich in Trümmer gehen. Durch alle Länder Oesterreichs spinnt Rußland seine Fäden, und Preußen wird nicht zurückbleiben. Bricht heute Krieg zwischen Oesterreich und Rußland aus, so wird Alles, was slawisch ist, aufgerufen werden, und der Kriegslärm wird bis nach Montenegro hinauf ertönen. Hoffe dabei Oesterreich nicht auf Italien! Tyrol bis zum Brenner ist Italien lieber, als die österreichische Herrschaft in Galizien, und die Begnahme Triests angenommen, als die Erhaltung Prags. Wenn also auch Oesterreich, Italien und Frankreich sich einigen wollten gegen Preußen und Rußland, so hatten wir Oesterreich doch für sehr geschwächt und dem völligen Untergange ausgesetzt. Eine Schlacht bei Jena, die mit einem Male dahin Preußen in die Hände Napoleons brächte, wird sicherlich nicht geschlagen werden, und auch in Süddeutschland will man von einer Einwirkung Frankreichs nichts wissen, sondern lieber Preußisch, als Französisch werden. Wir wünschen sehr für Oesterreich, wenn wirklich Frankreich Krieg anfangen will, seinen anderen Rath, als völlig neutral zu bleiben, wenn es nicht lieber mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß gegen entsprechende Dankbarkeit schließen will."

— Ueber die Schwierigkeiten des finanziellen Ausgleichs mit Ungarn, über welchen die Verhandlungen zwischen den Ausschüssen beider Reichstage jetzt begonnen haben, läßt sich die F. Z. aus Wien schreiben: „Es kursiren bereits gerüchtweise Angaben über den Betrag Ungarns zu den gemeinsamen Ausgaben, namentlich in Bezug auf die Staatsschuld. Die Mitglieder der ungarischen Deputation sollen Aeußerungen gethan haben, welche die Möglichkeit eines praktischen Ausgleichs zwischen den beiden Reichshälften sehr in Frage stellen würden. Diese Gerüchte dürften zum größten Theil auf Uebertreibung beruhen. Man hat lange davon abgesehen, die Quote Ungarns nach dem Verhältniß des territorialen Flächenraums oder der Bevölkerung zu bemessen; nach dem Flächenraum müßte Ungarn (mit Einschluß der Nebenländer) 51 Procent, nach der Bevölkerung 48 Procent der gemeinsamen Ausgaben tragen. Man sand es billig, daß der Procentsatz betrug als Maßstab gewählt wurde. Nach den effektiven Steuer-Verausschlagen müßte Ungarn 35½ Procent, nach dem Netto-Ertrage jedoch nur 27½ Procent betragen. Der Ertrag der Steuern war bisher in Ungarn mit geringen Schwierigkeiten verbunden, als in den übrigen Ländern der österreichischen Monarchie. Die Durchschnittsberechnung aus einer fünfjährigen Steuerperiode ergibt für Ungarn mit seinen Annexen nahezu drei Millionen Militärerekutions-, Strafkosten- und Pfändungsfälle! Die Steuerrückstände bei den direkten Abgaben ergeben für die Jahre 1862 bis 1866 folgende steigende Prozentzahlen: 12, 16, 19, 22, 32 Procent. Während in Bayern auf eine Million Steuergulden nur 2000 fl. Rückstände entfallen, blieben von den direkten und indirecten Steuern Oesterreich im Jahr 1866, deren Voranschlag 354 Millionen betrug, 71 Millionen im Rückstand. Ungarn war auch bisher am meisten betheiligt. In den drei ersten Monaten des Jahres 1867 regnß sich für ganz Oesterreich bereits wieder ein Defizit von 16 Millionen. Das folgende Trimester wird nicht viel besser ausgefallen sein; authentische Belege fehlen noch. Die Bitten und Ermahnungen des ungarischen Finanzministers an die Komitatsbehörden, die Finanzgesetze bei der Einziehung der Steuern zu unterstützen, stießen bisher meistens auf taube Ohren; die alte süße Gewohnheit des Nichtzahlens ist zu tief eingewurzelt, zumal seit 1850 der ungarische Patriotismus das neuen passiven Widerstand gegen die Gewaltspolitik der Wiener Hofburg betrachtet. Ungarn klagt nun heute noch über zu große Belastung. Ein offizielles Organ der Pester Regierung hebt hervor, daß Ungarn bei den inneren Handelsverkehr Oesterreichs repräsentirenden Summe von 2800 Millionen Gulden mit höchstens 25 Prozent partizipire, und erklärt es für gerecht und billig, daß man sich bei der Vertheilung der gemeinsamen Reichslasten damit begnüge, wenn Ungarn sich zu einer Beitragsquote von 30 Procent verstehe. Die reiche Ernte dieses Jahres, welche drei hohen Preisen einen außerordentlich starken Export ermöglicht, wird die Transactionen erleichtern; ohne sie wäre eine finanzielle Katastrophe in naher Zukunft unvermeidlich gewesen. Auch hat nunmehr der ungarische Finanzminister, auf die überaus günstige Ernte hinweisend, sämmtliche Finanzorgane aufgefordert, von jetzt an nöthigenfalls mit der äußersten Strenge gegen die Steuerrückstände vorzugehen." — Eine zweite Schwierigkeit des österreichisch-ungarischen Wechselverhältnisses, welche zur Zeit noch seine unmittelbare Beachtung hat, aber im Laufe der nächsten Jahre schwere Conflikte herbeizuführen droht, wird in dem nämlichen Blatte folgender Maßen besprochen: „Die Errichtung einer nationalen Armee wird von einer zahlreichen Partei in Ungarn beharrlich angestrebt, obgleich sie einem ebenso beharrlichen Widerstande von Seiten der obersten militärischen Autorität begegnet, welche am seinen Preis die Einheit der österreichischen Armee zerstören lassen wird. Daß die Honvedorganisation, über deren Dignitation ich schon berichtet habe, sich nicht blos mit der Ordnung von Unterstützungsfragen beschäftigen würden, war vorauszusehen; in Pest ist soeben die erste Nummer des „Honvéd" erschienen. Dieses Wochenblatt wird von dem Grafen Oliver-Vezthen redigirt und ist Eigenthum des Honved-Centralcomite's. Das Programm betont die Erhaltung der ungarischen Verfassung gegen jeden Angriff; sie zu vertheidigen, sei die heilige Pflicht jedes ungarischen Soldaten. Die treffache Ehre der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bilde das Fundament der Verfassung und durch sie werden die Nationalitäten verstöhnt werden. Der „Honvéd" will eine „Organisation der Landesvertheidigung in Vorschlag bringen, welche dem Gesetz der Nation entspricht;" ferner will er die Kriegs-Wissenschaft in zusammenhängenden Aufsätzen vertheilen.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 Kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 Kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 118. Heidelberg, den 22. August. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Denkschrift an die Regierungen und das Volk der Südstaaten. — Zur Parteipolitik. — Aus Thüringen. — Zur Reichstagswahlagitation. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Frankfurt, 20. August.

*† Die nervöse Erregtheit, von welcher, seit dem Kriege des vorigen Sommers, die öffentliche Meinung Europa's und besonders Deutschlands ergriffen war, fängt allmälig an zu weichen. Man sieht nicht mehr in jedem Wölkchen den Vorboten eines neuen Sturms, man nimmt die bedrohlichen Winke allarmbedürftiger Blätter über bevorstehende welterschütternde Allianzen mit lüdlem Unglauben auf, kurz das Vertrauen, daß der Friede, für die nächste Zeit wenigstens, nicht gestört werden wird, gewinnt endlich auch in weitern Kreisen, in der Geschäftswelt, wieder Boden und wird seine belebenden Wirkungen auf Handel und Wandel hoffentlich bald verspüren lassen. Ein deutliches Anzeichen dieser gesäfteren Stimmung ist der Gleichmuth, um nicht zu sagen die Gleichgültigkeit, womit die Salzburger Zusammenkunft im Allgemeinen betrachtet, das geringe Interesse, welches den angeblichen Enthüllungen über ihre Zwecke und Absichten geschenkt wird. Und in der That muß auch dem Schwarzsichtigsten einleuchten, sobald er die allgemeine Lage und im Besonderen diejenige Oesterreichs unbefangen in's Auge faßt, daß an eine dem Weltfrieden verderbliche Abrede der beiden Kaiser, an ein Bündniß für gemeinsame Aktien, zur Zeit nicht im Ernste zu denken ist. Die leichte Mühe, das nachzuweisen, haben unter Anderem österreichische und französische Blätter selbst übernommen.

Um den Besuch Napoleons bei Franz Joseph zu erklären, dazu würde am Ende schon ein rein menschliches Motiv genügen: der Wunsch, sich wegen der Hinopferung Maximilians persönlich zu verantworten; ein Motiv, das man vielleicht nur darum nicht gelten lassen wird, weil man, nach der Hälfte eines bekannten geflügelten Wortes, gewohnt ist das Herz dieses Mannes zu unterschätzen. Nur diese Eile seines Bemühens, den blutigen Schatten zwischen sich und dem Haupte des Hauses Oesterreich zu bannen, ist ohne Zweifel politischen Rücksichten entsprungen. Der Souverain gerade desjenigen Staates, dessen Freundschaft zu gewinnen, und vor Allem, sie der Welt zu zeigen, man heute so eifrig bemüht ist, gerade er war nicht nach Paris gekommen und konnte nicht wohl kommen, wenn man ihm nicht eine Brücke baute, nicht zuerst die Hand über die Kluft hinüber reichte. Kurz, was Napoleon in Salzburg zu erreichen hoffen wird und hoffen kann, ist zunächst nicht viel mehr als die Wiederherstellung des Verhältnisses, wie es vor der Katastrophe des 19. Juni bestanden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gemeinsamkeit des Gegensatzes gegen Preußen, weiterhin vielleicht auch gegen Rußland, nicht eine vorläufige Verständigung für gewisse Eventualitäten herbeiführen könne; nur ist davon noch weit bis zum Abschluß einer förmlichen Bundesgenossenschaft, vollends mit Angriffszwecken. Der entscheidende Wendepunkt, der Augenblick der Wahl für Oesterreich wird immer erst erscheinen, wenn es sich darum handelt, die norddeutsche Bundesakte über den Main zu tragen. Denn daß Oesterreich in den Gedanken, die Zusammenfassung von ganz Deutschland doch nicht mehr aufhalten zu können, sich bereits gefunden habe, dies müssen wir, der optimistischen Auffassung von heute gegenüber, auf das Stärkste bezweifeln. Wenn man freilich in Wien nur für den Fall einer Nöthigung Süddeutschlands, eines gewaltsamen Vorgehens von Seite Preußens gesonnen sein sollte, gemeinsam mit Frankreich sich einzumischen, so hat es damit gute Wege, der Fall wird nicht eintreten. Und gewiß, das freiwillige Herreinkommen zu hindern, dem einmüthigen Willen des deutschen Volkes sich entgegenzustemmen, bloß aus diesem Anlaß einen Weltkrieg zu entzünden, werden die beiden Mächte sich weislich hüten. Aber darin liegt, unseres Bedünkens, die Gefahr, daß, trotz Zollparlament und Alledem, die deutschen Dinge so lange in dem heutigen Schwebezustand bleiben, bis die allgemeine europäische Lage sich zu unseren Ungunsten verändert und z. B. die östliche Verwicklung den heute noch fehlenden Kitt für das vielberufene Bündniß herbeigebracht hat. Und schon darum, oder vielmehr, darum vor Allem ist auf's Innigste zu wünschen, daß jener unwiderstehliche Drang des Anschlusses im Süden, der jeden Versuch des Widerspruchs und Widerstands dahein und draußen vornewog ausschließt, nicht allzulange auf sich warten lasse. Was ihn zur Stunde aufhält, wissen wir Alle. Es ist nicht die geringste Hoffnung, daß das, was die neulich Versammlung süddeutscher Patrioten als Ziel für ihre Agitation aufgestellt hat, in Fleisch und Blut der großen Menge übergehe, wenn nicht endlich ein freierer, frischerer, freudigerer Luftzug über den Main herüberweht. Kurz und gut, zum hundertsten Male sei es gesagt, das innere System der preußischen Regierung, es ist in Wirklichkeit der einzige gefährliche Widersacher, den ihre deutsche und auswärtige Politik im Augenblick sich gegenüber hat.

Die Hartnäckigkeit, womit dieses System und seine Träger festgehalten werden, erscheint um so räthselhafter, nachdem der Monarch, auf seiner Reise durch einige der neuen Provinzen, ohne Rückhalt und Einschränkung selbst zugestanden, daß Irrungen vorgekommen, daß eine Ausgleichung nothwendig, daß er, der König, übel unterrichtet gewesen, mit andern Worten, daß die Art, wie das Ministerium diese wichtigste der heutigen Staatsaufgaben Preußens behandelt, eine verkehrte und unhaltbare sei. In der That, wenn man die Urheber dieser „Irrungen" nicht besser kennte, wäre man versucht, sie für patriotische Märtyrer zu halten, die damit bloß eine Gelegenheit schaffen wollten, um die neuen Staatsangehörigen mit Dankbarkeit und Liebe für die Person des Landesherrn zu erfüllen. Zum Lohn für solche Selbstverleugnung sollten sie denn der weiteren Mühe, Irrungen hervorzurufen, baldmöglichst überhoben werden. Im Ernste gesprochen, diese Unsicherheit, dieses Schwanken, dieser Widerspruch in der Staatsleitung wird nicht lange mehr dauern dürfen, wenn nicht zuerst die moralischen und schließlich vielleicht selbst die ma-

Digitized by Google

eriellen Früchte der vorjährigen Thaten ernstlich in Frage gestellt werden sollen. Wir sind noch nicht über den Berg, und wir kommen nicht hinüber, so lange der Staatswagen nach vorn und hinten zugleich gezogen wird.

Die auf den letzten dieses Monats ausgeschriebenen Reichstagswahlen fangen an, wenn auch allerdings nicht in dem Maße wie das Erstemal, das öffentliche Interesse lebhafter in Anspruch zu nehmen. Am bedeutendsten ist die jetzt die Wahlbewegung im alten Preußen, noch ziemlich schwach dagegen in den annektirten Provinzen und den bundesgenössischen Staaten. Es kommt dies wohl daher, daß in den beiden letzteren so ziemlich überall noch die alten bekannten Parteiverhältnisse vorliegen, während dort der neue Gegensatz der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei in das Land geworfen ist. Die Berichte über die Haltung und die Absichten der liberalen preußischen Wählerschaften, diesem Zwiespalt im eigenen Lager gegenüber, lauten widerspruchsvoll; doch darf man annehmen, daß die Lösung des Berliner radikalen Unverstands: lieber einen Conservativen als einen Nationalliberalen, im Fortschrittslager nur sehr vereinzelten Anklang finden wird. Dem von den Nationalliberalen für das Zusammenhalten der Opposition aufgestellten Argument, daß die liberalen Parteien, selbst ohne Zersplitterung, so gut wie keine Aussicht haben, die Mehrheit zu erlangen, wird man sich nirgends verschließen, wo neben der Entscheidendsein auch noch einiger Menschenverstand geblieben ist.

Wenn übrigens diese, ziemlich allgemeine Annahme sich bestätigt und die Opposition eine neue Schlappe erhält, so wird sie die Schuld davon und von den unberechenbar üblen Folgen die sich daran knüpfen, noch ausschließlicher als das vorigemal, lediglich sich selbst, das heißt ihrem radikalen Bestandtheil zuzuschreiben haben. Denn ohne dieses widerliche Gezänke und Gebelfer, welches eine Menge von Leuten wo nicht in das gegnerische Lager treibt, so doch in dem Grade erkältet und verstimmt, daß sie der ganzen Geschichte den Rücken kehren und einfach vom Wahlrisch wegbleiben — ohne diese jämmerliche Kapbalgerei würde und müßte, Angesichts der fortgesetzten Mißgriffe der Regierung, Angesichts der drohenden Mehrbelastung ohne entsprechendes Entgelt u. s. w., die nächste Mehrheit unfehlbar der Opposition gehört haben. Aber, wider Willen und unbewußt, die Regierung und konservative Partei zu stärken, die Entwicklung der Freiheit zu stören und aufzuhalten, das mögliche Gute auf dem Götzenaltar des unmöglichen Bessern zu schlachten: das war von je bei uns die Mission des Radikalismus, die er auch diesmal mit einem Eifer zu erfüllen strebt, der einer besseren Sache werth wäre.

Oesterreich. Der Finanzausgleich mit Ungarn ist in's Stocken gerathen, die Ausgleichsdeputation hat sich, ohne zu einem Ergebniß gekommen zu sein, bis zum 24. d. M. vertagt. Die Ungarn halten nämlich den Antrag gestellt, die Quote Ungarns nach dem Modus, nicht der ausgeschriebenen Steuern, sondern der thatsächlichen Leistungen ihres Landes in den letzten Jahren zu berechnen, indem die Leistungsfähigkeit Ungarns bereits bis zur höchstmöglichen Höhe heraufgeschraubt sei. Hienach würde Ungarn nicht mehr als 25% der Gesammteinnahme beizusteuern haben, während die Reichsrathsdeputation, welche die direkten Steuern als Maßstab angelegt wissen will, die ungarische Quote wenigstens auf $^1/_3$ des Ganzen, also $33^1/_3$% berechnet. Die Differenz, um welche es sich handelt, beträgt etwa 20 Millionen Gulden, immerhin keine Kleinigkeit, besonders wenn man bedenkt, daß so gut wie in Ungarn auch in den cisleithanischen Ländern die Steuerfähigkeit auf das Neußerste angespannt ist. Indeß erwartet man doch, daß auch beiderseitigen Entgegenkommen dieser Streitpunkt demnächst erledigt werden, und man etwa in dem Verhältniß von 3 : 7 sich zusammenfinden wird.

Frankreich. Was die Napoleonische Regierung unter der „Freiheit bis zur Willkür" versteht, welche „in Frankreichs Institutionen nicht zu verlernen" sei — wie der Kaiser in seiner Rede vom 1. Juli, zum großen Erstaunen seiner Zuhörerschaft, bekanntlich versicherte — das hat sie neuerdings wieder durch das Verbot der Abhaltung des Congresses der Cooperativgesellschaften auf's Unzweideutigste bewiesen. Mehr noch, den Letztern des Unternehmens ist sogar verboten worden, den Congreß, wie sie beabsichtigten, in das Ausland zu verlegen, und sie haben sich gefügt, eingeschüchtert durch Drohungen, welche aller Wahrscheinlichkeit nach gegen den Fortbestand der Gesellschaften selbst gerichtet waren. Die Maßregel ist um so kränkender und für die Franzosen um so demüthigender, da die Gäste aus allen Herren Ländern schon geladen waren, und es sich mithin um keine bloß häusliche, sondern gewissermaßen um eine europäische Angelegenheit handelte; sie werden damit den Deutschen, Engländern, Belgiern u. s. w. sämmtlich gegenübergestellt wie Kinder, die der Zuchtrute noch nicht entlaufen sind, mündigen Erwachsenen. Trotz alledem, und obgleich noch nicht einmal die am 19. Januar angekündigten „liberalen Reformen" zur Ausführung gebracht sind, war doch auch heuer wieder die Mähr von einem für den Napoleonstag zu erwartenden Freiheitsangebinde im Umlauf gesetzt worden. Aber erst drei Tage später kam die Bescherung; das Dekret nämlich, welches in feierlicher Sprache eine gründliche und allseitige Verbefferung der Communikationsmittel, insbesondere der Vicinalwege, in Aussicht stellt. Der Humor der Geschichte wird noch bedeutend verstärkt dadurch, daß bereits vor sechs Jahren, ebenfalls von Chalons aus und genau an demselben Tage, ein kaiserliches Handschreiben mit dem nämlichen Vicinalstraßenprogramm erschienen war — gerade wie man Kindern an Weihnachten alte Spielsachen, neu aufgeputzt, wieder auf den Tisch legt. Die Sache ist indeß noch nicht so posthumist, als sie nach Alledem und wegen des Contrastes mit dem Erwarteten, auf den ersten Blick erscheint; das kaiserliche Handschreiben sagt selbst, daß es sich um eine Wohlthat für die ländliche Bevölkerung handle, welche dem Kaiser „immer so viel Sorgen bereitet habe." Und die Regierung hat auch damit wieder zu verstehen, daß sie ihre Hauptstütze nach wie vor im Landvolk suche und finde. Möglich immerhin, daß das Ergebniß der Wahlen für die Generalräthe, welches in den meisten größeren Städten oppositionell ausgefallen ist, diese Hindeutung mit veranlaßt hat. Die große Straßenreformation soll in zehn Jahren vollendet sein — vorausgesetzt natürlich, daß keine Störung dazwischen kommt.

England. Die Reformbill hat die königliche Sanktion erhalten. Die beschränkenden Amendements des Oberhauses waren bekanntlich vom Hause der Gemeinen durchweg verworfen worden, mit Ausnahme des einen auch von liberaler Seite warm vertheidigten, wodurch, zum ersten Male seit es parlamentarische Verfassungen in der Welt gibt, der Grundsatz der Minoritätsvertretung eingeführt wird. Freilich vorerst nur in sehr beschiedenem, praktisch kaum in's Gewicht fallendem Maße, (nur in 12 Wahlbezirken, bei 5 auf fünfzigfache Fälle nur ebenso viele Erwählte von Minderheiten in's Parlament kommen), aber es wird nicht ausbleiben, daß das einmal angenommene Prinzip späterhin weitere Eroberungen macht. Man kann dasselbe immerhin als antidemokratisch betrachten, sofern die Demokratie auf ausschließliche Herrschaft der Mehrheit abzielt, dagegen in gewissem Sinne als einen Fortschritt der konstitutionellen Freiheit, d. h. eben der Sicherung der Minoritäten. Im Uebrigen ist durch das neue Gesetz, und seine bedeutende, einen großen Theil der Arbeiterklasse mit dem Stimmrecht ausrüstende Herabsetzung des Wahlzensus allerdings ein ziemlicher Fortschritt zur Demokratie gemacht. Nur ist davon immer noch weit zu einer Ausführung des ältenglischen Staatsgrundsatzes und seines aristokratischen Grundcharakters, wie sie Biele, selbst Engländer, davon hoffen oder fürchten. Zeigt auch das Oberhaus bergleichen Sorgen nicht theilt, bewegt der geringe Widerstand, welchen es den bezüglichen Bestimmungen und dem schließlichen Durchdringen der Bill entgegengesetzt hat, wie denn überhaupt die diesmalige Wahlreform ungleich leichter und rascher von Statten gegangen ist als ihre Vorgängerin vor 35 Jahren.

Denkschrift an die Regierungen und das Volk der Südstaaten.

** So lautet der Titel eines Schriftstücks, welches von einigen zwanzig Männern bekannten und unbekannten Namens, der Oeffentlichkeit übergeben wird, und dessen Zweck es ist, den Gedanken des Südbundes von den Todten aufzuerwecken.

Die „Denkschrift" beginnt mit einer dreisten Unwahrheit, begleitet von einer durchsichtigen Heuchelei. Die gänzliche Fruchtlosigkeit der Bemühungen für das Eintreten der deutschen Südstaaten in den Norddeutschen Bund, sagt sie, steht heute über allem Zweifel, — weil nämlich der Art. 5 des Prager Friedens entgegensteht. Das ist die Unwahrheit, „Alle wahren Vaterlandsfreunde, fährt die „Denkschrift" fort, müssen allerdings aufs tiefste dieses Werk der Diplomatie beklagen (nämlich den Art. 5 des Prager Friedens), durch welches — leider sogar zum Theil in Folge eines von Frankreich geübten Drucks — die Zerreißung Deutschlands in drei große Stücke vollendet, somit dem unveräußerlichen Rechte unserer Nation auf ihre Zusammengehörigkeit Hohn gesprochen wird." Das ist die Heuchelei.

Es ist unwahr, daß der Prager Friede und die demselben entsprechende Zurückhaltung Preußens ein ernstliches, geschweige denn ein unüberwindliches Hinderniß des Anschlusses der Südstaaten an den neuen Bund bilden, unwahr nicht allein der Sache nach, sondern auch in der Ueberzeugung Derer, welche diesen Satz aufstellen. Wahr ist nur so viel, daß der Prager Friede und die aus demselben hervorgegangene Situation die Südstaaten vor gewaltsamer Annexion

Digitized by Google

schützt, und Preußen nöthigt, jeden Verdacht und Schein gewaltthätiger Absichten zu vermeiden; dazu dagegen dem eignen Verlangen der Südstaaten, in den Bund einzutreten, kein völkerrechtlicher Riegel vorgeschoben ist und dazu am wenigsten Preußen selbst einem solchen Verlangen Schwierigkeiten entgegensetzen würde, weiß jeder urtheilsfähige Mensch. Nicht minder ist es gewiß, daß Deutschland, unter der Voraussetzung des freiwilligen Entgegenkommens der Südstaaten, Manns genug sein würde, jede dennoch etwa erfolgende Einsprache gebührend zurückzuweisen, und wenn gar die streitbaren Herren, welche die Denkschrift unterzeichnet haben, ein eventuelles französisches Veto für ein unbeseitigliches Hinderniß der von beiden Seiten gewollten politischen Vereinigung von Süd und Nord erklären, so geben sie ihrer eignen Tapferkeit ein Dementi, welches ihnen, glücklicher Weise für sie, Niemand glauben wird.

Wie wenig man diese Herren beim eignen Worte nehmen darf, wird das Weitere durch den schon angeführten patriotischen Stoßseufzer über das „Werk der Diplomatie" bewiesen, welches sich angeblich zwischen den Süden und den Norden des Vaterlandes gedrängt hat. Die Wahrheit ist, daß die Unterzeichner der Denkschrift sehr erfreut sind, in dem Prager Frieden einen Vorwand zur Absage gegen den Nordbund zu finden, vermöge dessen sie ihren Herzenswunsch hinter den Zwang der Umstände verstecken zu können meinen.

Wie leicht man sich mit diesem angeblichen Zwange absindet, gesteht man hintendrein durch die Erklärung, daß derselbe allerdings mit dem deutschen Interesse, wie die „Denkschrift" dasselbe auffaßt, zusammenfalle. Vor allen Dingen freilich mit dem Interesse und der „Pflicht der Selbsterhaltung der vier Südstaaten", die sich durch engen Anschluß aneinander in Stand zu setzen haben, „bemächtigt mit vereinten Kräften nach außen — und insbesondere dem Nordbunde gegenüber — ihre gemeinsamen Anliegen und Ansprüche und namentlich ihr Recht der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung, als lebendiger und lebensfähiger Glieder des ganzen Deutschland, zu wahren, so weit nicht wirklich die nothwendige Abhängigkeit der Glieder vom Ganzen eine Beschränkung jenes Rechts erfordert." Leider findet man sich nicht veranlaßt, auch nur andeutungsweise die Punkte zu bezeichnen, in denen die Verfassung des Norddeutschen Bundes in das Gebiet der berechtigten Selbstbestimmung der Einzelstaaten eingreift, so daß eine „Wahrung" desselben durch die vereinigten Kräfte der Südstaaten nöthig wird. Freilich würde sich bei jedem Versuch dieser Art alsbald herausstellen, daß keine Beschränkung der in der neuen Bundesverfassung der Bundesgewalt zugewiesenen Befugnisse, zu Gunsten der Einzelstaaten, möglich ist, ohne Preisgebung irgend eines wichtigen Bundeszwecks.

Die „Denkschrift" schildert alsdann die innern und äußern Gefahren, welche „die preußische Gewaltspolitik schon heute über das ganze Vaterland gebracht hat." Die innern Gefahren laufen darauf hinaus, daß die verfassungsmäßige Freiheit in einer rein militärischen Einheit untergehe, daß ein mechanischer Einheitsstaat nach preußischem Muster Alles verschlinge und den Wohlstand des Volks zu Grunde richte. Die erste der äußern Gefahren besteht in der Schwächung der deutschen Gesammtkraft, gegenüber Rußland und Frankreich, durch die Herausdrängung Oesterreichs aus Deutschland — ein Satz, mit welchem die Forderung der Denkschrift, daß also auch der Süden draußen zu bleiben habe, in einem höchst originellen logischen Verhältniß steht. Die zweite Gefahr der preußischen Gewaltspolitik aber besteht darin, daß Preußen jetzt, nach dem Zeugniß französischer Minister, für Frankreich zu einem drohenden Nachbar geworden ist, während Frankreich „in dem alten deutschen Bunde nur einen überaus friedliebenden und schwerfälligen, also ungefährlichen Nachbar sah" — so, daß also die Ereignisse des vorigen Jahres Deutschland zwar geschwächt, zu gleicher Zeit aber selbst für Frankreich furchtbar gemacht haben, eine Doppelwirkung, welche für die Unterzeichner der Denkschrift gar nichts Auffälliges zu enthalten scheint.

Von all diesem Uebel nun kann uns nur der Südbund erlösen, der sich „auf Grundlage einer freiheitlichen Gesammtverfassung selbstständig und fest vereinigt — selbstverständlich unter Baierns Vortritt, wie es später heißt — demgemäß eine Bundesregierung schafft, und eine Gesammtvertretung des Volks, ein Südparlament nach dem Reichswahlgesetz von 1849 einberuft, so wie die nöthigen Einleitungen trifft zu einer gerechtern, zweckmäßigern und weniger drückenden Uebervertheilung, als es die preußische ist." Mit diesen Sätzen ist Alles erschöpft, was die „Denkschrift" über die Verfassungsverhältnisse ihres Südbundes vorzubringen weiß. Statt Preußens, soll Baiern den „Vortritt" haben, statt der preußischen Uebervertheilung (die bis jetzt freilich unbestritten die beste ist, die irgend ein auf den gelegentlichen Gebrauch der Waffen wirklich angewiesener Staat besitzt), soll eine bessere eingeführt werden — das sind die beiden einzigen positiven Gedanken, mit welchen die „Denkschrift" ihren Entwurf des Südbundes auszustatten vermag. Mit dieien beiden armen Gedanken will man eine Partei werben und drei oder vier Regierungen auf seine Seite bringen, welche nach allen bisherigen Erfahrungen der Ueberredung schwerlich zugänglicher sind, als Herr v. Bismarck!

Läßt uns die „Denkschrift" gänzlich im Dunkel darüber, wie der Südbund sich durch seine Einrichtungen vom Nordbunde unterscheiden soll, so sagt sie uns auch kein Wort von der Art und Weise, in welcher hintenherein die Vermittlung zwischen beiden zu bewerkstelligen sei. Man wird indessen wohl nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, daß der unausgesprochene Gedanke der Denkschrift auf nicht mehr und nicht weniger, als eine demnächstige Zertrümmerung, nicht bloß des Nordbundes, sondern auch des preußischen Staats selbst hinauslauft, da ohne ein radikales Verfahren dieser Art schließlich doch nichts übrig bleiben würde, als entweder auf die Wiedervereinigung von Süd und Nord überhaupt zu verzichten, oder den ersteren dem zweiten zuletzt doch im Wesentlichsten auf die nämlichen Bedingungen anzuschließen, die man auch heute haben kann. Wie sich ernsthafte Männer mit solchen Hintergedanken tragen, wie verständige Patrioten solche Hoffnungen hegen und pflegen können, das überlassen wir den Unterzeichnern der „Denkschrift" mit sich selbst abzumachen.

Diese Herrrn sehen „nicht den Schatten eines Grundes", weßhalb die Südstaaten ihre „berechtigte Selbstständigkeit" und „alle mühsamen Errungenschaften eines langjährigen Verfassungslebens" aufopfern sollten, um sich dem neuen Bunde „auf Gnade und Ungnade" unterzuordnen. Lassen wir die „berechtigte Selbstständigkeit" als eine Phrase ohne Inhalt auf sich beruhen, verzichten wir darauf, durch Jahreszahlen und Namen nachzuweisen, daß die „mühsamen Errungenschaften eines langjährigen Verfassungslebens" in Baden und Hessen, in Baiern und Würtemberg keine taube Nuß werth sind, und geben wir mit schonendem Stillschweigen über die ganze sittliche Entrüstung hinweg, die uns auf der „Denkschrift" bei dieser Gelegenheit entgegentritt. Aber statt des „Schattens eines Grundes" wollen wir den Unterzeichnern zwei massive Gründe nennen, welche den Eintritt der Südstaaten in den neuen Bund verlangen würden, auch dann noch, wenn derselbe wirklich mit politischen Opfern für das Volk der Einzelstaaten verbunden wäre. Diese beiden Gründe heißen: Frankreich und Rußland. Wer dieselben nicht versteht, der hat kein Recht in Sachen der Politik mitzusprechen, und wer sie versteht, ohne sie gelten zu lassen, ohne die nächstliegenden Folgerungen daraus zu ziehen, ohne darin den Ausschlag für die hier aufgeworfene Frage zu erkennen, der ist das Gegentheil eines deutschen Patrioten.

Zur Parteipolitik. An den Herausgeber.*)

(Durch Zufall verspätet.)

§ Sie haben unlängst in diesem Blatte einen Artikel der

*) Selbstverständlich bleibt dem, gegenwärtig verreisten, Herausgeber vorbehalten, falls er es nöthig findet, gegen einzelne, von seiner Ansicht abweichende Aeußerungen dieses Artikels zu replizieren. D. R.

Digitized by Google

Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wiedergegeben, welcher den im Lager der preußischen liberalen Parteien entbrannten Bruderkrieg als Argument gegen den Parlamentarismus zu verwerthen bemüht war. Der fragliche Artikel — es wird nicht überflüssig sein, dem Gedächtniß der Leser zu Hilfe zu kommen — deducirte nämlich wie folgt: Wenn die Krone, etwa vor Jahresfrist, einen Theil der damals von aller Welt als Führer der gesammten liberalen Opposition betrachteten Männer in's Ministerium berufen hätte, in der Meinung, hiedurch nun auch die Unterstützung der ganzen Partei zu erhalten, so würde sie sich, wie die jetzige Erfahrung zeigt, damit gröblich verrechnet, vielmehr nur die Gunst der einen, zugleich aber die unerbittliche Feindschaft der andern Hälfte des Liberalismus erworben haben. So lange aber die angeblich ungeheure Mehrheit ein so leicht zerbrechliches Ding sei, gehöre eine Herrschaft derselben, die doch immer nur durch die Führer ausgeübt werden könne, zu den Unmöglichkeiten. Die Verfechter des Parlamentarismus möchten daher vor Allem die Mittel angeben, mit Hilfe deren ein einigermaßen dauerndes Band zwischen den Führern und deren Parteien zu knüpfen sei u. s. w.

Sie bemerken zu dem Artikel, man müsse leider gestehen, daß derselbe in manchen Punkten ganz Recht habe, und daß es den Organen des angegriffenen Theils bis jetzt nicht gelungen sei, die Hauptargumente der N. A. Z. zu widerlegen. Ich stimme Ihnen hierin vollkommen zu — bis auf Eines, was aber freilich höchst wesentlich ist. Nach meiner Ansicht geht nämlich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung von einer irrthümlichen Voraussetzung aus, und wie ich aus verschiedenen Aeußerungen von Ihnen an anderen Stellen ersehe, theilen Sie diese Voraussetzung. Bevor ich dieselbe nenne, erlauben Sie mir eine Frage.

Wenn die Nordd. Allg. Zeitung Recht hat, das heißt also rund und nett, wenn der heutige Liberalismus in der That regierungsunfähig ist — was folgt daraus für uns, die Liberalen? Natürlich, da wir auf unseren Anspruch, daß nach unseren Grundsätzen und von unseren Männern regiert werde, nicht verzichten wollen noch können, doch nur dies, daß wir eifrig bedacht sein müssen, jene Schwäche und Zerbrechlichkeit unserer Partei in Kraft und Festigkeit zu verwandeln. Aber wie soll das geschehen?

Von Ihrem Standpunkt aus werden Sie, oder vielmehr, können Sie auf diese Frage nur antworten: Durch Verbreitung besserer Einsicht in der Partei über ihr wahres Interesse, dadurch daß man diesen sinn-, grund- und zwecklosen Hader fallen läßt und gegen den gemeinsamen Widerpart, die Conservativen, einträchtig zusammenhält. Allein diese Forderung kann ich zu meinem Leidwesen nicht anders als in die Klasse der bekannten frommen Wünsche einreihen, deren Erfüllung eine andere Natur der Menschen und Dinge erheischt als die wirklich vorhandene. Vielmehr behaupte ich: es ist die Volkspolitik aus der Theorie in die Praxis übergetreten ist, in Frankreich wie in Deutschland, daß sich die bisherige Einheit der sog. liberalen Opposition auflesst und in die heftigste Fehde verwandelt, und so wird es mit Nothwendigkeit immer wieder gehen, so lange diese Opposition, so lange die sog. liberale Partei das sein wird, was sie bisher war, nämlich gar keine wirklich geschlossene, in ihren hauptsächlichsten Grundsätzen und Zielen einmüthige, liberale Partei. Sie war vielmehr stets nur eine Allianz, richtiger eine Verquickung, entweder von inconsequenten Radikalen, die sich Liberale nannten und von Radikalen, welche wußten was sie wollten — in Frankreich war dies fast ausschließlich der Fall, in Deutschland nur zum Theil — oder es waren wirkliche liberale Elemente mit radikalen verkeppelt; wie namentlich in der preußischen Fortschrittspartei. In beiden Fällen kann die Einträchtigkeit niemals länger dauern als die, im Interesse der bisherigen Gemeinschaft des Opponirens allerdings erwünschte, Unklarheit über das was man eigentlich will, was man unter dem schönen aber vieldeutigen Namen Freiheit u. s. w. als Ziel aufgestellt hat. Sobald es aber an praktische, positive Aufgaben geht, läßt sich diese Unklarheit schlechterdings nicht mehr festhalten; die Nebel lösen sich und es tritt als grundverschieden und scharfabgegrenzt hervor, was vorher verschwommen ineinanderfloß.

Dieses Schicksal ist denn auch der preußischen Fortschrittspartei nicht erspart geblieben. Nun sind freilich Sie der Meinung, daß der Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen, in welche sich dieselbe gespalten hat, „sachlich gar nicht vorhanden, vielmehr höchstens auf einigen Verschiedenheiten der Taktik beruhe und im Wesentlichen nichts sei als die Wirkung persönlicher Erbitterung." Ich muß dies entschieden bestreiten; was Sie zu diesem Urtheil führt, ist vielleicht der Umblick auf gewisse einzelne Männer, welche aus Versehen bei der Fortschrittspartei stehen geblieben sind, wie z. B. Löwe oder Schulze, und welche allerdings in ihrem Kern und Wesen von den Nationalliberalen sich ungefähr ebenso stark unterscheiden wie ein Ei vom andern. Aber man muß auf die Masse der Partei, ihr Programm, ihre Methode sehen. Ich will Sie nicht fragen, ob zwischen Annahme und Verwerfung der Bundesverfassung kein sachlicher Unterschied ist, denn diese Frage gehört der Vergangenheit an, und unter den Nein's waren immerhin mehrere nicht so böse gemeint, d. h. mehrere, die sich in Ja's verwandelt hätten, wenn die Annahme nicht auch ohne sie gesichert, die Verfassung nicht bereits außer der Schußweite des Nein gewesen wäre. Aber hat die Fortschrittspartei nicht seitdem erklärt, bei dem Programm von 1861 und dem Waldeck-Virchow-Hoverbeck'schen Antrage „beharren" zu wollen, und sich damit auf einen Standpunkt gestellt, der von demjenigen der Nationalliberalen fundamental verschieden ist? Und wenn sie auch später, offenbar unter dem Druck der öffentlichen Stimmung im Lande, versichert hat, sich auf den Boden der neuen Verfassung stellen zu wollen, geschieht dies etwa, um auf diesem Boden weiter zu bauen, oder nicht vielmehr, wie die Organe der Partei nicht müde werden zu versichern, um das „für jede freiheitliche Entwicklung unbrauchbare Fundament der norddeutschen Bundesverfassung von Grund aus umzuarbeiten", d. h. ein ganz neues, der radikalen Doktrin vollkommen gerechtes Gebäude an ihre Stelle zu setzen? Sind das keine sachlichen Unterschiede?

Uebrigens selbst zugegeben, es walteten wirklich bloß taktische Verschiedenheiten zwischen beiden Parteien ob, so ist gerade die Taktik im politischen Leben etwas sehr Wesentliches, und ein taktischer Zwiespalt Grund genug für besondere Parteibildung. Gesetzt auch, beide Parteien wären in Bezug auf eine Reihe ihrer Ziele, z. B. auf gewisse Freiheitsrechte, welche sie anstreben, vollkommen einig, die Einen suchten aber diese Ziele auf dem Wege des Vergleichs und der schrittweisen Erfolge, die anderen durch starres steifes Wiederholen ihres Gesammtanspruchs und Abweisen jeder Abschlagszahlung zu erreichen, so ist klar, daß beide Parteien vielleicht mitunter eine Strecke weit, aber gewiß nicht auf die Dauer und regelmäßig mit einander gehen könnten.

Es war die „Kreuzzeitung", welche vor einigen Wochen den Gegensatz der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei in diesem Sinne charakterisirte. Letztere, sagte sie, habe vornehmlich den Hang, mit Worten für „Grundsätze" zu fechten, während es Jenen vor Allem darum zu thun sei, im Einzelnen etwas durchzusetzen und wirklich zu erreichen. Sie glaubt deßhalb auch, daß die Nationalliberalen der Regierung viel mehr zu schaffen machen, ihr eine größere Rücksichtnahme abnöthigen würden, als jemals die alte Fortschrittspartei. Hierin hat sie ohne Zweifel so weit Recht, auch wir hoffen, was sie fürchtet; aber daß sie die beiden Parteien, nicht bloß in diesem Falle, sondern bei jeder Gelegenheit, als im Wesen gar nicht, und nur in der Taktik verschieden hinzustellen sucht, das thut sie offenbar in ihrem wohlverstandenen Parteiinteresse. Schon daraus ließe sich schließen, daß unser Interesse das entgegengesetzte sei, daß wir durchaus keinen Grund haben, nach altem Brauche den Gegensatz zu vertuschen, ihn als ein bloßes Mißverständniß hinzustellen.

Damit will ich natürlich weder die skandalöse Polemik

Digitized by Google

der Berliner Parteiorgane in Schutz nehmen, noch überhaupt einer unnöthigen Schärfung des vorhandenen Gegensatzes das Wort reden, noch läugnen, daß er in manchen einzelnen Fällen durch die Uebermacht eines gemeinsamen Interesses zeitweise aufgehoben werden kann und wird, sondern nur darauf will ich dringen, daß man sich nicht länger fräuhe anzuerkennen, daß dieser Gegensatz wirklich besteht, daß er von wesentlicher und bleibender Bedeutung ist, und daß man mit ihm rechnen, sich auf ihn einrichten muß. Und dies zwar aus einem sehr praktischen, sehr naheliegenden Grunde.

Damit komme ich auf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, und die Ihnen mit ihr gemeinsame irrthümliche Voraussetzung zurück. Ich brauche nach dem Bisherigen nicht mehr zu sagen, daß ich diesen Irrthum in der Annahme finde, als sei es die „liberale", überhaupt eine im Grunde ihres Denkens und Wollens einige Partei gewesen, welche sich in die beiden Fractionen gespalten habe. Vielmehr vertreten dieselben nach meiner Ueberzeugung zwei grundsätzlich verschiedene Parteien, oder sind wenigstens unaufhaltsam unterwegs dazu, nämlich die liberale und die radikale Partei. Daß das in der That der Fall, wenn auch erst noch keimartig, noch keineswegs nach allen Seiten und Folgerungen entwickelt, ist in diesem Blatte schon früher dargelegt worden, wesshalb ich auf jeden weiteren Nachweis verzichte. Uebrigens ließen sich schon jetzt, z. B. aus der Presse der beiden Fraktionen, hunderte von Belegen dafür beibringen. Nicht minder darf ich voraussetzen, daß die Hauptzüge des Gegensatzes zwischen liberaler und radikaler Politik Jedermann bekannt sind.*)

Nun wohl, dies ist freilich gewiß: der Liberalismus, wenn er, sei es im Besitz der Regierung, sei es in einer Stellung, wie sie die Nationalliberalen auf dem ersten Reichstag inne hatten, kurz wenn er für irgend eine positive Aufgabe jemals darauf rechnen sollte, die Unterstützung der radikalen Partei zu gewinnen, so würde er stets und unvermeidlich auf das Bitterste enttäuscht werden. Denn selbst wenn er z. B. auf dem Gebiete der inneren Fragen die ausgedehntesten freiheitlichen Reformen durchsetzt, so würde er, seiner Natur wie der Natur der Dinge nach, dabei doch immer gewisse Rücksichten auf die konkreten und geschichtlichen Lebensbedingungen des Staates zu nehmen haben. Aber in den Augen des Radikalismus ist das ein Verbrechen am Prinzip; ganz abgesehen davon, daß derselbe gewohnt ist, seine Forderungen immer und immer zu steigern, um, so lange er nicht am Ruder, mit ungeschwächten Kräften fortopponiren zu können. Seine Befriedigung würde sein Tod sein.

Daraus folgt also, daß die liberale Partei danach trachten muß, statt durch das Bündniß mit den radikalen Elementen, welches spätestens eine Stunde nach dem gemeinsamen Siege in Feindschaft umpringt, durch andere Hebel und Kräfte sich und ihre Anschauungen zur Herrschaft zu bringen und darin zu behaupten. Vor Allem gehört dazu innere Stärkung und Consolidirung; hat erst einmal die Partei, in Theorie und Praxis, sich von allen unächten Anhängseln befreit und über eine Reihe von Grundsätzen verständigt, an denen sie nach Oben wie nach Unten unerschütterlich festhält: alsdann wird auch der Kern des gebildeten Bürgerthums mit größerem Nachdruck als bisher auf ihre Seite treten, und auf ihrer Seite bleiben. Auf eine solche Partei, von der nicht bei jedem Windhauch ein Theil entweder nach rechts oder nach links wieder fortgeweht wird, hört die Argumentation der Nordd. Allg. Zeitung vollkommen auf zutreffend zu sein.

Uebrigens würden die Angriffe des Radikalismus schon jetzt noch viel weniger zu bedeuten haben als es der Fall, wäre nur die innere Politik der Regierung etwas verständiger als sie bis heute gewesen ist. Daß man diese, im Innern steif reaktionäre Regierung dennoch auf einem einzelnen Gebiete, dem der deutschen Frage, wenn auch mit schwerem Herzen unterstützen muß, obgleich, so sogar weil man ein Liberaler ist, das will manchem ehrlichen Freiheitsfreunde nicht in den Kopf, und er wendet sich daher lieber den Radikalen zu, die die „Consequenz" für sich haben. Und diese ihrerseits, da sie der Regierung direkt nicht so scharf zu Leib rücken können als sie gern möchten, lassen ihren Ingrimm um so zügelloser an den „abgefallenen" Genossen aus; man schlägt auf den Sack und meint den Esel. Von diesem Zündstoff der radikalen Preßpolemik schweigt die Nordd. Allg. Zeitung natürlich mäuschenstill.

*) Wir würden den Gegensatz zwischen beiden Fraktionen doch anders bestimmen; denn zwischen liberal und radikal liegt nach dem herkömmlichen Sprachgebrauch, die Meinungsverschiedenheit hauptsächlich auf dem Gebiete der Freiheitsfragen; eine solche ist aber bei jenen beiden Fraktionen keineswegs in irgend ausgeprägter Weise vorhanden; sie weichen vielmehr nur darin von einander ab, daß die Nationalliberalen ungleich mehr Werth auf das Zustandekommen und die Förderung des Einheitswerkes legen als die Fortschrittspartei. D. R.

*) Aus Thüringen 17. August. „Worte, mein Prinz, nichts als Worte," sagt Horatio zu Hamlet und diese Worte fallen uns ein, wenn wir die Programme lesen, mit denen unsere Gegner bei den Reichstagswahlen die nationale Partei anfallen. Da ist in Jena ein Professor Hildebrand, früher Vorsteher des statistischen Büreaus für die Kleinstaaten Thüringens, aufgetreten und erklärt uns, daß wir verkappte Anhänger des Einheitsstaates wären, nämlich wir, die nationale Partei, daß der Einheitsstaat mit seiner strammen Zentralisation das Grab der Freiheit sei, daß nur eine solche Bundesverfassung, welche die Fortentwicklung der Einzelstaaten garantire, und die hohen Güter des deutschen Kulturlebens erhalten könne. Ein oder Weiteres ist mir nicht den Gebieten des politischen, socialen, künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens würde sich entwickeln, die schönen Blüthen einer Mannichfaltigkeit, wie sie eben nur Deutschland zeige, würden auch ferner und mehr noch entfalten. „Worte, nichts als Worte, mein Prinz!" Wer da es immerhin eine nicht geringe Anzahl Menschen giebt, welche jedes Wort für baare Münze nehmen, Menschen, die bloß den Stempel ansehen, aber nicht den wirklichen Gehalt prüfen, so wollen wir uns diese edlen Blüthen der deutschen Kleinstaaterei etwas bei sicht betrachten, indem wir dabei sogleich erklären, daß wir keine verkappten Anhänger des Einheitsstaates, sondern offene, ehrliche Bekenner desselben sind, daß wir die deutsche Nationalbewegung auch nicht eher für abgeschlossen halten, als bis sie dieses Ziel: den Einheitsstaat, erreicht hat. — Was aber nun den edlen Blüthen des Einzelstaaten anlangt, jenen Wettlauf auf der Bahn der Freiheit und der Cultur, so gestattet uns der Herr Professor, der übrigens hier bloß als Typus einer sehr zahlreichen Klasse auftritt, wohl einige bescheidene Zweifel.

Ist es zunächst erlaubt, von der Vergangenheit einen Schluß auf die Zukunft zu ziehen? Welche schrankenlose Freiheit im edlen Wetteifer war den Einzelstaaten Deutschlands nicht verliehen? Und wie benutzten sie dieselbe? Der deutsche Patriotismus die Liebe zum Vaterlande, die Begeisterung für die Nation, diese Urquelle großer und edler Thaten und Bestrebungen, sie wurde geächtet, strafrechtlich und polizeilich verfolgt, sobald sie sich in Wort oder That äußerte. Eine elende Carriertour, das Zerrbild der Vaterlandsliebe, wurde an ihre Stelle gesetzt, der anhaltliche, schwarzburg'sche, teutsche, tippe-tettmann'sche Particularismus wurde großgezüchtet und dem Volke zugerufen, vor diesem Wechselbalg niederzuknieen und ihm seine Huldigungen darzubringen. Wie stand es mit der Freiheit? Wetteifernd in der Unterdrückung und Erdrosselung derselben, arbeiteten die Regierungen am Frankfurter Bundestag und daheim. Was waren ihnen Preußen und Oesterreich anders, als die Schildwachen vor den kleinfürstlichen Schlöfern, die großen Polizeiagenten, deren Hülfe angerufen wurde, wenn die getreuen Unterthanen anfingen unruhig zu werden?.. Würde, wenn die norddeutsche Bundesverfassung den Einzelstaaten eine konservative Existenz sichert, sich dies Alles, nur in veränderter Gestalt, nicht wiederholen? Würde man nicht mit allen Mitteln, öffentlich, wie im Geheimen die Liebe zu dem angestammten Fürstenhaus zu steigern, den Particularismus zu pflegen suchen? Welcher Zwiespalt aber würde dadurch in den Gemüthern entstehen! Ein fortwährender Kampf zwischen dem großen Nationalgefühl und dem kleinen Schalenpatriotismus würde stattfinden, unser Vaterland der Schauplatz ewiger Zwistigkeiten zwischen den Anhängern des Kleinbunsestenthums und der Nationalvertretung sein. Die Freiheit würde nicht gedeihen; denn, wer man es schon erlebt hat, suchen solche kleine, nach Willkühr ohnmächtige Regierungen durch desto größere Autoritätsentfaltung im Innern die Einbuße wieder auszugleichen, die ihre äußere Machtstellung erlitten hat. Kunst und Wissenschaft und alle andern Blüthen unseres Kulturlebens können nicht vom Gemeinwesen gepflegt sein, keinen Einwohner und Steuerträhle sehr häufig nicht einmal denen eines preußischen Landrathskreises gleichkommen. Das Beispiel von dem weimarischen Hof und Schiller und Göthe beweist nichts. Denn hier war bloß die Zufälligkeit entscheidend, daß hier weimarische Kleinfürsten eben ein — Karl August war. Es ist das eine reine Personensache; das Nämliche hätte man einem reichen Privatmann gleichfalls werden können, mit der Kleinstaaterei hat das nichts zu schaffen. Was ist die weimarische, was die meiningische Bühne jetzt für die deutsche dramatische Kunst, trotzdem daß hier Herr von Bodenstedt, dort Herr von Dingelstedt Intendant ist? Jedes Berliner Theater zweiten Ranges übt einen größeren Einfluß aus, als diese kleinen Hoftheater, denen vor Allem das Eine fehlt: in der Mitte eines großen, bewegten Volkslebens zu stehen, wie es Berlin z. B. hat.

Deutschlands Fluch war die Dezentralisation. Diese jammervolle

Digitized by Google

Zerstückelung einer großen, mächtigen Nation in so viele Bruchtheile dagegen die Gesammtheit, wie den Einzelnen; nur der unverwüstlichen Zähigkeit und Lebenskraft des deutschen Charakters ist es zuzuschreiben, daß wir nicht Polens Schicksal theilten. Dazu kommt noch, daß alle diese kleinen Staaten, selbst wenn sie wollten, selbst wenn ihre Fürsten nicht in erster Linie die dynastischen Rechte und Interessen berücksichtigten, nicht anders können. Es sind eben keine Staaten, die eine selbstständige, auf sich selbst gestellte Existenz führen können. Es sind ganz anomale Erscheinungen, die nur auf Deutschlands Boden gedeihen konnten — und wir haben, Gott weiß es, diese Merkwürdigkeit theuer genug bezahlen müssen.

Der Zug unserer Entwicklung geht nach dem Einheitsstaat, das predigen die Steine am Wege. Wer diese einheitliche Strömung bekämpft, der arbeitet nicht für den Bundesstaat, welcher nur als ein Uebergangsstadium betrachtet werden kann, sondern für den Particularismus. Der Particularismus hat gezeigt, daß er weder die einheitlichen, noch die freiheitlichen Interessen befriedigen kann, er ist der Feind beider. Wozu, diese Frage richten wir an alle ächtliche Patrioten, den Todeskampf dieses Partikularismus verlängern? Die den Kämpfern für die Freiheit in den Kleinstaaten das Pathos gewandt wurde durch die Kleinheit und Kleinlichkeit der Verhältnisse, die immer den Sturm im Glas Wasser darstellten, so geht es auch diesen kleinstaatlichen Rittern. Sie verfallen dem Fluch der Lächerlichkeit.

Zur Reichstagswahlagitation.

In einer Versammlung der Nationalliberalen der Provinz Preußen in Danzig, worin u. A. die Gründung eines Reformvereins beschlossen wurde, hielt Herr v. Forckenbeck eine längere Rede, welcher wir Folgendes entnehmen: „Das Thema, welches für diese Versammlung aufgestellt ist: „Berathung über Ziele und Wege der national-liberalen Partei" soll uns nicht blos für die nächste Gegenwart beschäftigen, sondern nimmt unsere ganze Thätkraft für immer in Anspruch. M. H.! Ich finde es gerechtfertigt, daß eine Trennung der verschiedenen Elemente innerhalb der liberalen Partei sich vollzogen hat. Daraus folgt aber nicht, daß die liberalen Elemente sich da bekämpfen, wo sie nothwendig zusammengehen müssen. Zu meiner großen Freude hat man sich denn auch fast überall in unserer Provinz in Bezug auf die Reichstagswahlen geeinigt. Wir wollen nur wünschen und hoffen, daß die gesammte liberale Partei ihre ganze Kraft einsetze und vereinigt überall in der Provinz durchdringe, damit der Osten unseres Vaterlandes zum künftigen Reichstage mehr Vertreter des Liberalismus hinsende, als es im letzten der Fall war. Wenn ich, meine Herren, hier kurz noch einmal einen Rückblick auf die Vergangenheit unserer national-liberalen Partei werfe und auf ihr Verhalten im Reichstage zurückgehen möchte, so thue ich es wahrhaftig nicht, um neuen Zwiespalt hervorzurufen, sondern um unser Verhalten zu erklären und dadurch die Ansichten zu berichtigen. Ich räume ein, meine Herren, daß die Norddeutsche Bundesverfassung ganz erhebliche Mängel besitzt, ich behaupte aber auch, daß sie auf der andern Seite große Vorzüge hat. Ich behaupte ferner, daß, wenn die vereinigte liberale Partei ihre Ziele nicht weiter sollte fordern können, dies dann weniger an der Bundesverfassung liegt, als vielmehr an dem Mangel an Energie und Thatkraft innerhalb der Partei. Es hat in letzter Zeit eine Umwälzung unserer öffentlichen Verhältnisse stattgefunden, sie sind durch die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts in ein neues Stadium eingetreten, und neue, große Pflichten treten an uns heran. Die Bundesverfassung hat, es ist wahr, ihre Mängel, aber sie ist nicht so schlecht, daß sie dem deutschen Volke nicht große Aussichten für die Zukunft gewährte, wenn es seine Pflichten erfüllt. Der Reichstag vereinigt die Vertreter von 30 Millionen Deutschen und verleiht dem Liberalismus viel mehr Aussichten zum Siege, als die bisherige Vertretung von 19 Millionen im preußischen Abgeordnetenhause gewähren konnte. Wir müssen es offen gestehen: in den neu hinzugetretenen Theilen sind, wie die Reichstagswahlen bekundet haben, verhältnißmäßig mehr liberale Elemente vorhanden, als in den alten preußischen Provinzen. Also schon in dieser Vereinigung von 30 Millionen Deutschen, wenn sie auch vorerst mit eisernen Klammern zusammengehalten werden, in dieser Repräsentation von 30 Millionen liegt eine Verstärkung der Kraft des Liberalismus, die hoch anzuschlagen ist. Der Bundesverfassung fehlt namentlich eine genügende Ministerverantwortlichkeit, und die vierjährige Vorausbewilligung des Militäretats konnte nicht ohne erhebliche Bedenken erfolgen. Auf der andern Seite, und das sind Vorzüge, die nicht unterschätzt werden dürfen, räumt sie dem Parlament das Recht ein, in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten besser, durchgreifender und spezieller zu wirken, als die preußische Verfassung dies je gewährt hat. Ich erwähne in dieser Beziehung nur das Handels- und Wechselrecht — Fragen, welche für die Existenz jedes Einzelnen von Einfluß sind. Früher, bei der zersplitterten Gesetzgebung in den einzelnen Ländern, wurden die Gesetze von den Regierungskommissionen vorbereitet, unter ihnen vereinbart und dann schließlich den Volksvertretungen vorgelegt, welche sie nur entweder im Ganzen annehmen oder ablehnen konnten. Ein zweiter Vorzug der Bundesverfassung ist das Steuerbewilligungsrecht: es ist ein besseres und durchgreifenderes, als das des preußischen Abgeordnetenhauses, weil es nicht blos die direkten Steuern, sondern auch das ganze Gebiet der indirekten Steuern der Abstimmung des Reichstages unterwirft. M. H.! Das sind erhebliche Vorzüge, und ich wiederhole noch einen großen Vorzug, der von der Fortschrittspartei vielfach bestritten ist: das ist der, daß sie gegenüber den deutschen Fürsten eine Macht organisirt hat unter dem Präsidium des mächtigsten Fürsten, unseres Königs, und dieser unmittelbar gegenübergestellt die Repräsentation des deutschen Volkes ohne Standesunterschiede, ohne Vertretung nach Klassen: daß sie kein Herrenhaus kennt. Aber, möchte man wohl erwidern, der Bundesrath ist ein weit schlimmeres Herrenhaus! M. H.! Das sind erhebliche Vorzüge, und ich wiederhole noch einen großen Vorzug, der von der Fortschrittspartei vielfach bestritten ist: das ist der, daß sie gegenüber den deutschen Fürsten eine Macht organisirt hat unter dem Präsidium des mächtigsten Fürsten, unseres Königs, und dieser unmittelbar gegenübergestellt die Repräsentation des deutschen Volkes ohne Standesunterschiede, ohne Vertretung nach Klassen: daß sie kein Herrenhaus kennt. Aber, möchte man wohl erwidern, der Bundesrath ist ein weit schlimmeres Herrenhaus! M. H.! Es ist nicht richtig, was Zene behaupten: die Herren vergessen, daß die deutschen Fürsten immer ein absolutes Veto hatten, und daß in den deutschen Staaten, welche jetzt im Reichstage vereinigt sind, zwischen den Fürsten und den Vertretungen des Volkes die ersten Kammern mit bevorzugter Repräsentation standen. Ich erwähne ferner, daß die kleinen deutschen Fürsten, wenn sie überhaupt noch ihre Existenz fristen können, dies nur dadurch erringen können, daß sie sich bestreben, innerhalb des Bundesrathes den Forderungen der Nation gerecht zu werden; man kann also nicht sagen, der Bundesrath repräsentire ein Herrenhaus, sondern man muß zugeben, den Fürsten gegenüber steht unmittelbar die Repräsentation des Volkes. — M. H.! Ich habe schon erwähnt, daß die Bundesverfassung uns große Opfer auferlegt: sie verlangt ein Kriegsheer von 300,000 Mann und 13,000 Offizieren und an Kosten für dieses Heer 225 Thlr. pro Kopf. Aber, m. H., die gegenwärtigen Zeitverhältnisse gebieten diese Opfer. Wenn wir sehen, wie jede kleine Frage, welche die deutsche Einigung ihrem Ziele näher führen soll, vom Auslande neidisch angesehen wird, dann können wir uns der Ansicht nicht verschließen, daß die deutsche Einigung nicht zu schaffen ist ohne Lasten und Anstrengungen, und daß wir nur im Stande sind, sie ohne Einwirkung des Auslandes und ohne Kriege zu vollziehen, wenn wir ihm gerüstet mit der ganzen Kraft der Nation gegenüberstehen. Es gilt hier das alte Wort: Wenn Du den Frieden willst, dann bereite den Krieg vor. Lieber wollen wir größere Lasten tragen, als die Provocirung des Auslandes hervorrufen; das ist der Grund, weshalb ich unter den obwaltenden Verhältnissen der Forderung der Regierung nachgegeben und für Bewilligung des Militäretats bis zum Dezember 1871 gestimmt habe. M. H.! Abgesehen von der vorübergehenden Last, welche dies Interimistikum uns auflegt, sind die Bestimmungen über das Heerwesen in der norddeutschen Bundesverfassung in mancher Beziehung besser, als die, welche wir gehabt haben. Allerdings ist als ihre Grundlage die Armee-Reorganisation, welche der jahrelange Gegenstand des Streites zwischen dem preußischen Ministerium und Abgeordnetenhause war, eingeräumt worden, aber unter mehrfachen Modifikationen. Erstens ist ein Prozent der Bevölkerung zur Aushebung bewilligt. Es gewährt dies allerdings den alten Provinzen Preußens keine erhebliche Erleichterung, aber es vermindert doch den bisherigen Bestand von 213,000 Mann (die Bevohnerzahl der alten Provinzen

Digitized by Google

auf 19 Millionen angenommen) jetzt auf 203- bis höchstens 205,000 Mann. Zweitens, meine Herren, die Reorganisation offerirte die 16jährige Dienstzeit, hier zum ersten Male wurde uns die Bestimmung geboten, daß der Mann schon mit seinem 32. Jahre seiner Militärpflicht erledigt sein soll. Das ist uns früher niemals geboten und ich lege großes Gewicht darauf, daß jeder Mann mit Vollendung des 32. Lebensjahres sich ganz seinen bürgerlichen Geschäften widmen und eine Familie gründen kann, daß er dann von den Anforderungen des Militairstaates befreit ist und sich seine Dienstpflicht nicht in noch spätere Jahre verschleppt. (Bravo.) Es ist in der That ein großer Unterschied, ob Jemand mit dem 32. oder mit dem 39. Jahre von seiner Militairpflicht entbunden wird. Der dritte Unterschied ist meiner Ansicht nach noch viel wichtiger. Bisher hatte die Regierung niemals anerkannt, daß der §. 3 des Gesetzes vom 3. September 1814 der Volksvertretung die Befugniß ertheilt, die jedesmalige Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr, also die Stärke des Friedensheeres überhaupt, nach der Kopfzahl der Bewohner zu normiren; sie hatte immer nur der Landesvertretung das Recht zugestanden, durch Bewilligung der Ausgaben auf die Stärke des Heeres zurückzuwirken. Anders ist es in der norddeutschen Bundesverfassung: hier ist von der Regierung zum ersten Male eingeräumt, daß die Feststellung der Stärke des Friedensheeres der gesetzlichen Zustimmung der Volksvertretung unterworfen sein soll. Für jetzt bis zum Jahre 1871 bestimmt die Verfassung die Ausdehnung von 1 Prozent der Kopfzahl der Bevölkerung, von da ab muß die Ausdehnungsziffer im Wege der Bundesgesetzgebung geregelt werden. Es ist dies nicht blos eine formelle, sondern eine innere und sachliche Nothwendigkeit, weil die Gesammtleistung des Volkes nicht anders als durch Gesetz festgestellt werden kann. Die friedliche Lösung des Militärkonflikts ist dadurch verbürgt, und wir können zuversichtlich hoffen, daß, wenn endlich ein einiges kräftiges Deutschland konstruirt sein wird, daß dann auch die für das Heer von dem Volke aufzubringenden Lasten erleichtert werden. (Redner geht nunmehr auf das Amendement Usedom-Bennigsen ein und weist nach, daß dasselbe den Partikularismus der Kleinstaaten niederschlage. Dieser Partikularismus, der nicht gesiegt habe, sich mit auswärtigen Feinden zu verbinden, habe es bewirkt, daß in jedem Jahrhundert auf unsern Fluren die unheilvollsten Kriege geführt wurden. Ihm müsse der Boden entzogen und die Entwickelung und die Befugniß des großen nationalen Staates festgestellt werden. Redner schließt dann etwa wie folgt): Ich wiederhole, meine Herren, die norddeutsche Bundesverfassung ist nicht so schlecht, daß nicht mit ihr und durch sie das deutsche Volk einer besseren, freieren politischen und wirthschaftlichen Entwickelung entgegengehen könnte. Die Frage der zukünftigen Entwickelung der Thätigkeit im Volke ist meiner Ueberzeugung nach viel wichtiger als die Frage der Rechte des Reichstages. Er besitzt nicht vollkommene, aber sehr wirksame Rechte, und werden diese wirksamen Rechte gebraucht, dann hat er eine einsichtsvendere Macht, als das preußische Abgeordnetenhaus sie besaß. Meine Herren, es handelt sich zunächst eben nicht so sehr darum, ob mehr oder weniger Rechte, als darum: sind wir im Stande, durch das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht liberale Männer für den Reichstag zu wählen? M. H., täuschen wir uns nicht darüber, daß die bisher von den Liberalen entwickelte Thätigkeit gegenüber dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht nicht ausreicht; dasselbe legt der liberalen Partei in höherem Maße Energie und Rührigkeit auf. Wenn wir uns zu einer solchen Thätigkeit nicht entschließen, dann haben wir es nicht der Verfassung, sondern uns selbst, unserer Lässigkeit, unserem Mangel an Einsicht und Opferwilligkeit zuzuschreiben, wenn es anders kommen sollte, als wir gewünscht haben. Aber, m. H., nicht blos Thätigkeit bei den Wahlen, auch in anderer Beziehung sind der liberalen Partei ernste Pflichten auferlegt: sie muß die Bedürfnisse des Landes ernstlich studiren, sie muß die Wünsche der großen Masse der Wähler kennen lernen und ihren gerechten Anforderungen Nachdruck verschaffen. Der Schwerpunkt der Wahlbewegung beruht in der größten Mehrzahl der Kreise nicht in den Städten, sondern auf dem flachen Lande. Hierhin insbesondere müssen die liberalen Parteien ihre Aufmerksamkeit richten; von der nächsten Entwickelung der Wählerschaft in den Landkreisen hängt es ab, ob das allgemeine Wahlrecht in Deutschland dieselbe Wirkung haben wird, wie in Frankreich, oder nicht. Von unseren Freunden werden Ihnen heute noch Vorschläge zur Begutachtung vorgelegt werden, welche dahin zielen, eine solche dauernde Thätigkeit in Bezug auf spezielle, wichtige Fragen unseres Staatslebens anzubahnen. Wenn wir gemeinsam uns einer solchen Arbeit unterziehen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Wir werden unabhängige Männer im Reichstage haben und die dem Lande nothwendigen Reformen endlich durchgesetzt werden. (Nat. Ztg.)

Zeitungsschau.

Unter den an den Bundesrath gebrachten Vorlagen für den Reichstag befindet sich bekanntlich auch ein Freizügigkeits- und Bundespaßgesetz. Ueber den Inhalt verlauten ist noch nichts bekannt; um so weniger kann es Zweifel darüber sein, wie sie ungefähr beschaffen sein müssen, um gerechten Ansprüchen zu genügen. Im Gang auf die Freizügigkeit erinnert die Nat. Ztg an das bereits im ersten Reichstag von Braun und Genossen eingebrachte Amendement zu Art. 4, dahin lautend: „Keinem Angehörigen des Norddeutschen Bundes darf innerhalb des Bundesgebiets die Niederlassung, der Geschäftsbetrieb oder die Erwerbung von Grundeigenthum verweigert werden. Die blose Niederlassung verleiht jedoch weder Heimathsnoch Gemeindebürger-, noch sonstige kurpurative Rechte an den Niederlassungsorten. Die durch gegenwärtiges Gesetz angeordnete wirthschaftliche Freigebigkeit tritt mit dem 1. Januar 1868 in Kraft, mit welchem Tage alle entgegenstehenden Vorschriften der Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten erlöschen."

Einem solchen Entwurfe ließe sich sage ohne zu große Schwierigkeit das Minimum von Bedingungen anreihen, welche in den Einzelgesetzgebungen fordern für den Erwerb des Ortsbürgerrechts gestellt werden dürfen, mit Feststellung einer Frist, innerhalb deren die Einzelgesetzgebungen demgemäß abgeändert werden müssen.

Eine dahin gehörige Bestimmung, welche die Anhebung der Einzelgesetzgeber, Bürgerrechtsgeber und ähnlicher Abgaben ausspreche, würde hierzu Gesetz zu einem werthvollen Eigenthum aller Bundesangehörigen machen, die nun erkennen würden, daß ihnen das Land, für dessen Unabhängigkeit sie durch die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Steuerpflicht einzutreten haben, auch ein sie überall mit gleicher Gesetzlichkeit anerkennendes Vaterland, ein freier Markt ihrer Arbeits- und Kapitalkräfte sein werde. Ueber die materiellen Vortheile der Zugfreiheit brauchen wir kein Wort weiter zu verlieren. Wir wollen nur daran erinnern, welchen unschätzbaren politischen Werth die Freizügigkeit hat, nicht nur vermöge des wirthschaftlichen Fortschritts, welches sie gewährt, sondern auch vermöge der innigen Interessenverschmelzung und der Hebung des Vaterlandsbewußtseins bei allen Einwohnern des Bundesgebiets."

In Bezug auf die Paßgesetzgebung bemerkt die Nat. Ztg.: „Dicht hieran knüpft sich eine weitere gesetzliche Maßregel, die ohne Störung durchgeführt werden könnte und vermöge einer gleichen humanen Tendenz den Werth der neugeschaffenen staatlichen Ordnung dem letzten Gesellen und Arbeiter zum Bewußtsein bringen, und die Liebe zu derselben erwecken und beleben würde. Durch ein neu Wirksamkeit und Genossen gestelltes Amendement zur Bundesverfassung ist die Schranken dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Paßzwanges vor. In Folge der Auflösung des Abgeordnetenhauses kam der Entwurf nicht zur Erledigung, aber der neue Minister des Innern, v. Jagow, legte dem neugewählten Abgeordnetenhause denselben Entwurf sofort wieder vor. Das Abgeordnetenhaus des Gesetzes scheinbar damals darauf, daß Abgeordnetenhaus und Herrenhaus sich nicht zu einigen vermochten. Der jetzige Minister des Innern hat den Entwurf nicht wieder zum Vorschein gebracht. Ob er des Paßzwanges zu bedürfen glaubt, obgleich seine beiden Vorgänger desselben entrathen konnten, wissen wir nicht. Was er aber will setzen Instinkt, welches eben so sorglos, wie erbittend ist, nichts Vernünftiges anfangen kann, davon ist die ganze gebildete Welt überzeugt, und wenn er nur einiges Studium auf die Sache verwenden will, so wird er die gleiche Ueberzeugung gewinnen. Was in aller Welt kann ihn abhalten, den Gesetzentwurf aus der repositalen Registratur hervorzuholen und ihn, den neuen Verhältnissen angepaßt, sofort einzubringen? Dasselbe würde ja das einfachste Mittel sein, dem letzten Handwerksburschen plausibel zu machen, daß der Norddeutsche Bund ein wohlthätiges Institut bildet."

— Aus Württemberg schreibt man der Wes. Ztg. unterm 9. August: „Während sich im Norden der nationale Horizont zu hrüben scheint, kann ich vom Süden mit gutem Gewissen berichten, daß trotz Allem, was die

Digitized by Google

Lippe und Gulenburg sämtlichen mögen, trotz allen Klagen aus Hessen und Hannover, der Prozeß der nationalen Umstimmung unaufhaltsam fortschreiten. Die Lebenserscheinungen der Völker haben ihr eigenes Gesetz, das nicht immer mit dem Kalcul des nüchternen Verstandes zusammentrifft. Große geschichtliche Ereignisse vertangen vor allen Dingen Zeit, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Die großen Begebenheiten des vorigen Sommers konnten die feindlich Gesinnten zunächst nur betäuben, nicht übertigen, wenigstens diejenigen, welche nicht wie die Badener durch einen allernen Zufall auf eine Weile gewonnen waren, zu sehr in Furcht und Schrecken gehalten. Es brauchte langen ernsten Nachdenkens, bei in verschiedenen Richtung wirkenden Kraft, der zahlreichen Conzessionen jener Ereignisse, des handgreiflichen Beweises der Hülfsbedürftigkeit des Südens, um einen tiefer greifenden Wechsel der Meinungen auch da hervorzubringen, wo ihr Vorhandensein mit ihrem innersten Wesen, mit der Gegenseite des Herzens, Dach war, wie Sie wissen, hauptsächlich in Württemberg der Fall. Der Württemberger steht von Seiten seiner Bildung, seines Wissens, seiner ernsten Thätigkeit, seiner ganzen Gesinnung unter allen Süddeutschen dem norddeutschen Wesen am nächsten. Ich sind mehr gewisse Aeußerlichkeiten der Lebensart und die sehr unglückliche Abgeschiedenheit seines compacten Heimathlandes, welche den Württemberger weniger als einen anderen deutschen Stamm mit der Außenwelt in Berührung kommen läßt, worauf er in der letzten Zeit eine so ganz andere Stellung einzunehmen schien, die er kaum mit den rechten Maßstaben seiner Zuneigung nach allen Seiten wohl bemahrte. Er konnte unmöglich wie der flüchtige Abenländer heute zum Kriege gegen Preußen treiben und morgen diesem selben Preußen sich in die Arme werfen. Die Zähigkeit, mit welcher er den Standpunkt vom Frühling 1866 auch nach im Winter festhielt, machte ihn Mißtrauen der Südstaaten gegenüber gelegentlich als eine seltsame Art von Verschrobenheit erscheinen, hatte aber, wie Sie mir zugeben werden, ihren guten psychologischer Grund. Endlich scheint jetzo der Moment gekommen zu sein, in dem die Stärke der Ehrliebe und der Treue der spröselichsten Verschlossenheit und die schwäbische Hartnäckigkeit siegt. Sie wissen, es ist nichts schwieriger, als über die Stimmung eines auch nur kleinen Landes ein einigermaßen zu verlässiges Urtheil zu gewinnen. Nichtsdestoweniger glaube ich, auf das übereinstimmende Resultat ganz verschiedenartiger Beobachtungen mich berufen zu dürfen, sagen zu können, daß während der letzten Monate vielleicht nirgend die nationale Gesinnung so erstaunliche Fortschritte gemacht hat als in Württemberg. Die Bevölkerung des Landes an der Versammlung der deutschen Partei, welche vor acht Tagen in Stuttgart stattfand, bietet dafür seinen richtigen Maßstab. Denn es handelte sich da um einen Zusammentritt derjenigen, welche den sofortigen, unbedingten Anschluß des Südens an den Nordteutschen Bund wünschen. Auf diesem Punkte ist allerdings die Meinung Württemberge noch nicht angelangt. Da jenes Programm aber mehr eine vielleicht noch noch ziemlich ferne Zukunft als unmittelbare Aufgaben der Gegenwart ins Auge faßt, so ist es für den Moment nicht von erheblicher Bedeutung, ob das Land mit dem ganzen Umfange der Stuttgarter Resolutionen einverstanden ist. Die eigentlich praktische Frage möchte vielmehr darin zu erblicken sein, wie sich die südliche württembergische Kammer zu der Umbildung des Herrenhauses verhalten wird. Die Zustimmung dazu gehen wird, daß das württembergische Contingent in allen wichtigen Punkten nach preußischem Fuß eingerichtet werde. Denn die württembergische Regierung hat, wie bestimmt versichert wird, den lebhaften Entschluß gefaßt, allen abweichenden Organisationen, mit denen man sich so lange in Stuttgart den Kopf zerbrechen, zu entsagen und einfach das einzig richtige zu thun: das württembergische Militär nach dem Muster des norddeutschen umzubilden. Noch vor einigen Monaten würde man es für ein ganz tolles Unternehmen gehalten haben. Heute aber giebt es verständige Männer, die sagen: die Sache wird auch in diesem Stück Ernst. Dann Barbüler folgen. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß sie Recht haben mögen. Sie haben mich schwerlich in Verdacht, ein Bewunderer des württembergischen Parmlier zu sein. Aber die Wahrheit verlangt anzuerkennen, daß Freiherr v. Varnbüler in der wichtigen Zeitfrage sich sehr verständig und richtig bewiesen und seitdem nichts gethan hat, was im Widerspruch mit jenem Verhalten stände. Trägt er aber dazu bei, durch seinen Einfluß dem Süden das norddeutsche Wehrsystem zu verschaffen, die Widersacher desselben an dem Punkte zu besiegen, wo sie noch vor Kurzem die Fürsten zu sein schienen, so erwächst er sich ein unleugbares Verdienst um das Vaterland. Daß die letzten Monate dem württembergischen Particularismus manche Verlockung gebracht haben, können Sie denken. Aber so viel man weiß, haben alle französischen Künste wenig vermocht. Die Tugend seiner Haltung verdient vielleicht seine Bewunderung. Aber wir sind zufrieden mit dem richtigen Verstand."

— Daß die Kölnische Zeitung, sobald sie aus ihre fire Idee, die Zurückgabe Nordschleswigs, kommt, an Verkehrtheit und Unstandswürdigkeit das Unglaubliche leistet, weiß alle Welt. Daß sie hier bisherigen Leistungen hierin noch überbieten könnte, sollte man nicht für möglich halten, aber es ist so. In ihrem zweiten Blatte vom 14. August spricht sie nämlich, aus Anlaß eines Wiener Briefes, ihr höchstes Bedauern darüber aus, daß Oesterreich immer noch nicht an die Ausführung des Artikel V des Prager Friedens in Berlin gemahnt habe; und sie kann sich dieses, in den Augen der Kölnischen Zeitung geradezu pflichtvergessene Entschweigen nur dadurch erklären, daß man auf österreichischer Seite Preußen sicher zu wähnen scheint, um ihm dann später um so nachdrücklicher zu leide zu gehen. Auch gegen alle und jede von Dänemark zu leistende Garantie erklärt sich die K. Z. bei dieser Gelegenheit; höchstens will sie sich gefallen lassen, daß Dänemark einen entsprechenden Theil der Staatsschulden übernehme, obschon — doch man muß sie selbst hören um es zu glauben. „Nun ist aber doch klar," sagt sie, „daß das Verfahren Preußens in Schleswig fortwährend in ganz Europa den herbsten Tadel erfuhr, daß es um das Gesammte zu sagen, bisher fast danach aussah, als ob Preußen gar nicht daran dächte, seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und Nordschleswig an Dänemark zurückzugeben; daß Preußen ohne allen Zweifel neun Monate nicht den kleinsten Schritt that, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, und selbst die ersten vorbereitenden Schritte, die es seitdem in Kopenhagen gethan, außerordentlich Preußen so wenig Ehre machen, als es es nur Verwirrung suche, sich seinen eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Und Oesterreich hat während der ganzen Zeit still gesch wiegen. Es hatte nicht dieß das Recht sondern auch die Pflicht, sich um die Ausführung des Artikels V des Prager Friedens zu kümmern; es hat aber davon gänzlich abgestanden. Kann auch Oesterreich sich entschließen, wenn man sie nur eine so offenbare Handlungsweise versteckte Bewegründe sucht! Wenn man ihm zutraut, es möchte Preußen nur erbsad ungewarnt auf einem falschen Wege fortgehen, um, wenn der Augenblick gekommen ist, ihm um so lauter Halt! zuzurufen! Die Folge wird es lehren, ob diese Vermuthung zutrifft; wir aber sehen jetzt schon so sich zu bestätigen. Wir wissen bereits, daß die Verfassung Preußens, die Abtretung Nordschleswigs an Bedingungen zu knüpfen, von denen im Prager Frieden nicht die Rede war, nicht bloß bei Dänemark, sondern bei allen ausmärtigen Mächten Bestürzung und Mißbilligung hervorgerufen. Das kann nicht Wunder nehmen. Als selbstverständlich kann man allerdings ansehen, daß, wenn Preußen Land abtritt, Dänemark auch einen der Bevölkerung entsprechenden Antheil an der Staatsschuld übernimmt, obgleich Preußen nach den öffentlichen Blättern einen kleinen holsteinischen Gebietstheil an Oldenburg abgetreten hat, ohne daß die Sache eine Reine gebracht ist. Wenn von Garantien die Rede ist, so würde die ganze Welt über Unbilligkeit schreien, wenn Preußen für die wenigen Deutschen in Nordschleswig Garantien fordern wollte, die es für die zahlreichen Dänen im mittleren und südlichen Schleswig verweigerte. Liegen aus diesem Grunde wird Preußen davon abstehen müssen, solche Garantien zu verlangen, die zu bestänrigter Einmischung einer fremden Schutzmacht Veranlassung geben könnten."

— „Der beste Beweis dafür, bemerkt die Schwäbische Volkszeitung, daß der Norddeutsche Bund durch den Willen der nach allgemeinem und direktem Wahlrecht in die Volksvertretung berufenen Abgeordneten des Volkes zu Stande kam, liegt in der einfachen Vergleichung der Stimmenzahlen bei der endgiltigen Abstimmung. Von den 297 Sitzen im Reichstag kamen auf die alten preuß. Provinzen 193, auf die neuen 41, auf die Kleinstaaten 62. Die Bundesverfassung wurde angenommen mit 230 Stimmen gegen 53; mit der Minderheit gingen aus den alten Provinzen 29, aus den neuen 10 und 14 aus den Kleinstaaten. Jede weitere Bemerkung darüber ist unnöthig. Wenn selbst von den Kleinstaaten verhältnißmäßig nicht einmal ein volles Viertel der Stimmen zur Annahme der neuen Bundesverfassung." Was natürlich die radikale Presse nicht hindert fort und fort zu versichern, das bloßliebe ein gegen den Willen des „wahren Volkes", lediglich durch Verschwörung der Nationalliberalen mit Bismarck zu Stande gekommenes Machwerk ist.

— Die österreichischen Blätter sprechen sich fortwährend mit großer Entschiedenheit gegen den Gedanken eines österreichisch-französischen Bündnisses aus. So schreibt z. B. die N. Fr. Presse: „Welchen Vortheil hätte Oesterreich von Frankreich zu erwarten? Wenn man den besten Fall annimmt, daß es nämlich den verbündeten Kaiserreichen gelänge, Preußen und alle die Staaten, welche zu ihm halten möchten, wie etwa Rußland, Italien ꝛc., zu überwinden, was gewänne Oesterreich? Etwa die verlorene Stellung in Deutschland? Der schließliche Verband muß erkennen, daß selbst durch die Hingabe der Rheinprovinzen an den Bundesgenossen Oesterreich den Bruch mit Deutschland erst vollendete, unheilbar machte. Und träumte es seine Kriegsrosse aus der Spree, welchen seine Fahnen an den Küsten der Ostsee, es hätte doch die letzte Spanne Bodens auf deutschem Gebiete für immer verloren. Denn darüber kann sich heutzutage Niemand mehr täuschen, daß, wer Deutschland beherrschen will, das deutsche Volk für sich haben muß."

Verlag von Hermann Gotsenoble in Jena.

Die Alpen

in Natur- und Lebensbildern

dargestellt von

H. A. Berlepsch.

Mit 16 Illustrationen und einem Titelbilde in Tondruck nach Originalzeichnungen von

Emil Rittmeyer.

Nr. I Prachtausgabe. Lexikon-Octav. 1 starker Band. Eleg. brosch. 3 Thlr. 26 Sgr. Eleg. geb. 4 Thlr. 10 Sgr. Goldschnittband 4 Thlr. 20 Sgr.

Nr. II. Wohlfeile Volksausgabe mit 16 Illustrationen ohne Tondruck, Octav brosch. 1 Thlr. 20 Sgr. Eleg. geb. 2 Thlr 5 Sgr.

Nr III Taschen-Ausgabe für den Reisegebrauch mit 6 Illustrationen Sedez-Format. Eleg. geb. 1 Thlr. orn. 20 Sgr. netto.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei hiesiger Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 119. Heidelberg, den 29. August. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Die fünftehn Franzosen in Kopenhagen. — Die würtembergische Freiheit. — Aus Baden. — Aus Thüringen. — Zur Parteistellung in Thüringen. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Frankfurt, 27. August.

*† Auch in der verflossenen Woche drehte sich das politische Gespräch beinahe ausschließlich um die Salzburger Begegnung. Es war aufs Ausgiebigste dafür gesorgt, daß die öffentliche Neugierde ununterbrochen rege erhalten blieb. Niemals, unseres Erinnerns, ist der bei solchen Anlässen übliche Missbrauch des elektrischen Telegraphen zu so schamloser Höhe getrieben worden, und die Wiener Zeitungskorrespondenten, die in Masse zugeströmt waren, haben ihr anerkanntes Talent, eine Welt von Nachrichten aus dem Nichts zu schaffen, niemals so glänzend erprobt, wie dieses Mal. Alles den Umständen nach Mögliche und Naheliegende, nebst verschiedenem Unmöglichen und Abenteuerlichen, kam zur Verwendung; neben Humoristischem, z. B. daß Oesterreich an der Tilgung der merikanischen Schuld betheiligt werden solle, lief entschieden Tragisches einher, z. B. daß Napoleon dem österreichischen Kaiser den Text des russisch-preußischen Bündnisses vorgelegt habe. Im Ganzen überwog jedoch die Idylle, die Betheuerung des „eminent friedlichen" Charakters und Zwecks der Zusammenkunft. Salzburg ist der Friede, so hieß die schließliche, offenbar von Oben ausgegebene Losung, wie sie von einem Wiener Blatte formulirt wurde. Diese Nachbildung einer der übelberüchtigsten Napoleonischen Phrasen mag ebenso harmlos gemeint sein als sie wohlfeil ist, jedenfalls dient sie vortrefflich dazu, die besondere Art von Friedlichkeit zu beleuchten, welche man für die Salzburger Absichten und Ergebnisse in Anspruch nimmt.

Denn wenn anders in jener Wolke von Spreu und Lügen einige Körner Wahrheit sind, und wenn anders das das allgemeine Urtheil dieselben richtig herausgefunden hat, so ist dieses Wenige bedrohlich genug, wenn auch nicht für den Augenblick, so doch für eine nicht sehr entfernte Zukunft. Wir haben zunächst die, in den mannichfachsten Lesarten und mit auffallender Bestissenheit, vor Allem in den der österreichischen Regierung vertrauten Blättern wiedergegebene Andeutung im Auge, daß eine der Bedingungen, von welchen die beiden Mächte die von ihnen angestrebte friedliche Entwickelung abhängig machen, die Einhaltung des Prager Friedens sei. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es sich dabei weit weniger um das Schmerzenskind der Kölnischen Zeitung, um den fünften, als um den vierten Artikel, das Verhältniß zum deutschen Süden, mit Einem Wort, um unsere nationale Lebensfrage handelt. Freilich, daß in diesem Punkte die beiden Kaiser sich verstehen, darin vor Allem ein gemeinsames Interesse finden würden, war nicht anders zu erwarten; auch sind wir heute wie vor acht Tagen überzeugt, daß es bei einer Verständigung „im Princip" vorerst geblieben, zu bestimmten und förmlichen, auch nur eventuellen Abmachungen nicht gekommen ist. Aber was wir nicht erwartet hatten, was auffallen und beunruhigen muß, das ist die ostensible, pomphafte, geräuschvolle Weise, mit der von Wien aus dieses Einverständniß in die Welt posaunt wird. Waltet hier nicht ein ganz besonderes Ungeschick ob, so muß eine böse Absicht zu Grunde liegen, die Absicht, für eine baldige neue Verwicklung Preußens mit Frankreich die Saat auszustreuen. Denn diese unerträgliche Anmaßung Napoleons, Preußen, wenn auch nur durch den Mund eines Dritten, in einer inneren deutschen Frage ein Bischieber und nicht weiter zuzurufen, es ist kaum zu glauben, daß man sie in Berlin stillschweigend und ohne einen Gegenzug hinnehmen sollte. Werden also jene dreisten Angaben der Wiener Blätter nicht alsbald in der bündigsten und unzweideutigsten Weise widerrufen, so steht binnen Kurzem ein neuer Wortwechsel mit Frankreich zu erwarten, unter der stillen Begleitung verstärkter Rüstungen hüben und drüben.

Dazu kommt nun weiter die mit großer Bestimmtheit auftretende Nachricht der Kreuzzeitung, wonach die Herstellung eines deutschen Südbundes unter Betheiligung Oesterreichs den Kern der Salzburger Uebereinkunft gebildet habe. So unglaublich das klingt, unglaublich vor Allem, daß die beiden Mächte in dem nämlichen Augenblick, wo sie den Prager Frieden als Grundsäule der Zukunft hinstellen, diesen nämlichen Frieden zu brechen sich vornehmen: so scheint doch, nach einer Reihe sonstiger Anzichten, kaum noch ein Zweifel daran gestattet. Nicht als wäre bereits irgend ein Ergebniß erreicht, im Gegentheil, soweit zur Grundlegung des Südbunds schon in Salzburg ein erster Versuch gemacht wurde, ist derselbe allem Anschein nach vollständig gescheitert. Ob wirklich der junge König von Bayern der Einladung Napoleons Folge leisten wollte, und nur durch die entschiedene Einsprache Hohenlohe's sich abhalten ließ, mag dahin gestellt bleiben. Genug, von den vier süddeutschen Fürsten, die man sämmtlich hätte dabei haben müssen, war nur einer erschienen, der zufällig in der Nähe befindliche Großherzog von Hessen, dessen unzweifelhaft große Willigkeit glücklicher Weise zu seiner Bedeutung im umgekehrten Verhältnisse steht. Und daß auch die weiteren Bemühungen, dem Dinge zum Leben zu helfen, in ein klägliches Nichts auslaufen werden, dafür ist, aus allbekannten Gründen, vor Allem durch die unüberwindliche Abneigung Baierns, hinlänglich Sorge getragen.

Bei Alledem ist schon der bloße Versuch, angestellt unter dem Vorwitt Frankreichs, eine offene Herausforderung, eine grobe Beleidigung Preußens und Deutschlands. Es bedarf darüber keiner Worte und keiner Gründe; diese Schmach muß Jeder empfinden, der nur einen Anhauch vaterländischen Ehrgefühls hat. Einerlei, ob und wie die preußische Regierung dagegen auftreten wird; vor Allem ist es Pflicht der Nation, diese bodenlose Unverschämtheit nach Gebühr zurückzuweisen. In erster Linie müssen sich die Nächstbetheiligten, die Süddeutschen, rühren, und durch unmissverständliche Kundgebungen dem Bonapartismus das Gelüste, Rheinbund zu spielen, gründlich und einfürallemal verleiden. Es darf über ihre Gesinnungen hierüber, mögen sie über den Eintritt in den Norddeutschen Bund und alles Andere denken wie sie

Digitized by Google

wollen, dem Ausland nicht der mindeste Zweifel gelassen werden. Selbst Diejenigen, welche dem Südbund, mit oder ohne Oesterreich, früher das Wort geredet haben, werden sich nicht ausschliessen können und dürfen, wollen sie nicht den Verdacht verrätherischer Hintergedanken auf sich laden. Heute übrigens, nachdem dieser Südbund zum ausgesprochenen Programm der Napoleonischen Politik degradirt ist, heute werden alle diejenigen seiner Anhänger, in denen noch ein Rest von nationalem Schamgefühl lebendig, ihm ohne Weiteres den Abschied geben, und was alsdann noch übrig bleibt, wird man getrost als die französische Partei im Lande bezeichnen dürfen. Kurz, die Klärung und Besserung des öffentlichen Geistes in Süddeutschland ist als eine der nächsten Wirkungen des Attentats zu erwarten. Und sofern wir mit dieser Hoffnung uns nicht betrügen, hätte die Politik des Bonapartismus sich für Deutschland wieder einmal als jener Factor bewährt, der „stets das Böse will und stets das Gute schafft“....

Aber auch die preußische Regierung hätte allen Grund, nicht bloß für ihre auswärtige Politik, was sie ohne Zweifel thun wird, sondern auch für das Innere nützliche Lehren aus diesem Einmischungsversuche zu ziehen. Ein so auerkannt kluger und vorsichtiger Mann wie Napoleon, würde denselben sicher nicht unternommen haben, wenn er die Ueberzeugung gehabt hätte, dem einmüthigen Zurück! der gesammten Nation zu begegnen, wenn ihn nicht die zahlreichen Anzeichen der wachsenden Unlust und Mißstimmung in den neuen Provinzen, wie der wenigstens nicht verminderten Abneigung gegen Preußen im Süden, dazu ermuthigt hätten. Er hat den Grad und die Stärke dieser Stimmungen und ihres Einflusses auf die süddeutschen Kabinette überschätzt und der Rheinbund ist mißglückt; aber das bringt uns nicht vorwärts in der Hauptsache, in der Constituirung Deutschlands. Das Wahrscheinlichste ist ja ohnehin, daß der eigentliche Zweck der Salzburger Reise nicht sowohl ein förmliches Bündniß oder sonst greifbares Ergebniß, als eine Demonstration war, um Preußen zurückzuhalten, es am Main festzubannen, so lange bis die Zeit gekommen, wo der Schein der Allianz zur Wirklichkeit zu werden vermag. Ist dem so, dann versteht sich die Pflicht und das Interesse Preußens, baldigst weiterzuschreiten, von selbst. Aber nicht Gewalt noch Diplomatie, nur ein entgegenkommender Aufschwung des Volksgeistes kann ihm den Weg dazu ebnen. Und wenn die beiden Mächte darauf rechnen, daß ein solcher Aufschwung nicht erfolgen, daß die öffentliche Stimmung passiv, gedrückt, gelähmt bleiben wird, so lange das gegenwärtige System am Ruder ist, so rechnen sie ohne Zweifel richtig. Daß dieses System und sein erkältender Hauch nicht das einzige Hinderniß bildet, das eine Last von Vorurtheilen und Marotten im Süden sich zugesellt, wissen wir recht wohl. Aber das Haupthinderniß ist es trotz Alledem und Alledem.

Aus Preußen, 25. August. Man nimmt allgemein an, und ich glaube mit vollem Recht, daß im deutschen Volke eine weit größere Summe von Bildung verbreitet sei, als im italienischen. Aber wenn man die Organe unserer „entschiedenen“ Fortschrittspartei oder die der süddeutschen „Volkspartei“ jetzt über die nationale Einheit und ihre Bedeutung schwadroniren hört, so muß man sich beschämt eingestehen, daß die liberale Presse jenes Volkes während seiner Kämpfe um die nationale Einheit niemals einen so absoluten Mangel an politischer Einsicht und an politischem Takt gezeigt hat, und daß das italienische Volk ihr eine so völlige Verleugnung alles Nationalgefühls, wie sie sich in jenen Blättern breit macht, niemals nachgesehen haben würde. Namhafte Führer der Fortschrittspartei erklären, daß sie sich, dem Gesetze der Demokratie gemäß, dem Votum der Majorität unterwerfen, und man darf bei ihrem ehrenhaften Charakter annehmen, daß sie sich ehrlich auf den Boden der Verfassung stellen wollen, um an ihrem Ausbau zu helfen. Die „Entschiedenen“ aber, die in ihrer Entschiedenheit niemals durch die Einwendungen ihres politischen Verstandes gehemmt werden und die trotzdem das große Wort in der Presse der Fortschrittspartei führen, zucken die Achseln über diese „Schwachheit“ und „sehen die Nothwendigkeit der Existenz des Norddeutschen Bundes gar nicht ein“, wie die „Zukunft neulich sagte.“ Sie stellen sich offenbar nur auf den Boden der Verfassung, weil das für die Wahlen absolut nicht anders geht, aber mit dem Vorbehalt, sie möglichst zu ruiniren. Etwas anderes läßt sich auch aus einem Wahlbriefe des Abg. Ziegler nach Breslau kaum herauslesen, wenn anders das geistreiche Gerede dieses Novellisten einen politischen Inhalt hat. Es ist fast unbegreiflich! So lange als man lediglich durch Singen und Springen an der Einheit Deutschlands arbeitete, so lange waren die „allseitigen Opfer“, welche die Fürsten und die „Stämme“ ihr auf dem Altare des Vaterlandes bringen müßten, der Refrain jeder Festrede. Jetzt, wo die Einheit praktisch verwirklicht werden soll, verräth das Anstimmen irgend welches Opfers für sie, die schwärzeste reaktionäre Gesinnung! Unsere „Entschiedenen“ drücken dem „edlen“ Gagern still die Hand, dessen „bundesstaatlicher“ Einheitsdrang schon vor der Uebergabe der darmhessischen Post an Preußen erschrocken und emrüstet still steht. Sie stellen die nationale Einheit jetzt plötzlich als eine ziemlich gleichgültige Angelegenheit dar, als eine fürstliche Ergötzlichkeit, als ein Ding, „das Bismarck jedenfalls viel nützlicher brauche, wie das Volk,“ und welches „wir“ also nur annehmen dürfen, wenn „wir“ eine bestimmte Summe von Rechten und Freiheiten als Lohn für unsere Zustimmung baar herausbekommen! —

Der Wahltermin (31. l.) steht vor der Thüre und es ist noch immer fast unmöglich, sich auch nur mit einiger Sicherheit ein Urtheil über das Ergebniß der Wahlbewegung zu bilden. Die vorherige Kontrole und Berechnung, die früher nach der Vollziehung der Wahlmänner-Wahlen so leicht angestellt werden konnten, sind bei dem allgemeinen direkten Wahlrecht mit geheimer Abstimmung ganz unzuverlässig. Ich fürchte, die alte Fortschrittspartei hat vielfach liberale Wahlen, die beim Zusammenhalten aller Kräfte der liberalen Partei möglich gewesen wären, ernstlich gefährdet. Zwar die Windbeutelcien und die perfiden Hetzereien ihrer reisenden Agenten (Richter, Angerstein u. s. w.) muß man am Ende bei jeder Wahlbewegung in den Kauf nehmen, und man darf es auch nicht zu tragisch auffassen, wenn die Berliner Wahlversammlungen sich von Agitatoren dritten und vierten Ranges beherrschen lassen und unverdrossen Jeden, wie neulich den Abg. v. Hennig, niederbrüllen und niedertrommeln, der nicht, unbekümmert um alle Wirklichkeit, das Lied des „standhaften Zinnsoldaten“ unverändert nachsingt, wie es die „Volkszeitung“ und Konsorten allen verständigen Menschen zum Ekel täglich vorlleiern. Gegen diesen Unfug müssen die Berliner selbst Abhülfe schaffen und die Reaktion der Bildung gegen diesen Terrorismus der absoluten Mittelmäßigkeit wird auch nicht ausbleiben. Komisch ist nur die sittliche Entrüstung der über die Berliner „Entschiedenheit“ so entzückten „Rhein.-Ztg.“, als sie in Düsseldorf plötzlich entdeckte, daß es noch unverständigere und wüstere Gesellen gebe, als jene „Entschiedenen“, nämlich die Lassalleaner, die den Kandidaten der Entschiedensten der Entschiedenen, Herr Bürgers von der „Rhein. Ztg.“, als einen „elenden Bourgeois“, sogar als einen „National-Liberalen“ niederbrüllen und niedertrommeln, um nachher unter einigen angelernten, der ganzen Gesellschaft den Krieg erklärenden Phrasen für einen unrichtigen Abentheurer und Charlatan, wie z. B. Schweitzer, oder im milden Freiheitsdrange — für Bismarck zu stimmen. Ueber das Alles kann man schon hinweg; aber die Fortschrittspartei hat schwerere Fehler gemacht. Die kolossalen Uebertreibungen der in das Ungeheuerlichste ausgemalten Steuerprojekte der Regierung haben vielfach Furcht und Schrecken erregt und mögen der Partei auch eine ganze Anzahl von Anhängern geworben haben in jenen Kreisen, die Den für den besten Abgeordneten halten, der ihnen eine Abschaffung aller Steuern verspricht. Aber indem sie die Nationalen, die als neue Partei nicht sogleich eine tief in das Volk dringende Presse besaßen, in der

Digitized by Google

unwürdigsten Weise als Renegaten verläumdete, die alle Fehler und Mißgriffe der Regierung (und sie sind ja noch immer zahlreich genug!) verschulderen, weil sie in der deutschen Frage sie unterstützt hätten, und die alle Forderungen derselben unbedenklich bewilligen würden, mag sie allerdings hier und da das Vertrauen in den Charakter der Nationalen einigermaßen erschüttert haben, denn die Masse, welche nur das Nächstliegende fühlt und sieht, ist am Ende nicht im Stande, den Unterschied zwischen der innern und der nationalen Politik zu erfassen. Aber mit der Discreditirung der Personen demoralisirte jene hetzende und schimpfende Presse zugleich die liberale Partei, und darum ist es sehr zweifelhaft, ob sie nicht trotz einzelner Erfolge, die sie der reaktionären Haltung der Regierung, polizeilichen Brutalitäten oder Wahlbeeinflussungen der tollsten Art verdankt, deren Verfolgung die Staatsanwälte als „nicht böse gemeint" ablehnen, schließlich für die konservative Partei gearbeitet hat. Nicht nur daß sich manche sonst wackere liberale Leute von diesem wüsten Treiben abwenden; noch viel schlimmer ist es, daß durch die kolossale Uebertreibung der Mängel der Verfassung und der drohenden Steuererhöhung der Norddeutsche Bund ein Gegenstand des Mißtrauens wird, unter dessen Asche der erst so hoch aufgeloderte nationale Geist wieder erstickt. Die heillose Frucht des täglich ausgefäten Pessimismus ist nicht das erhöhte Interesse an den Wahlen, sondern eine höchst bedenkliche Gleichgültigkeit gegen dieselben. „Wenn doch einmal Alles verloren ist, wozu soll ich mir dann noch Unbequemlichkeiten machen:" — das ist die Logik, die der gemeine Mann aus der „Volkszeitung" und ihres Gleichen zieht, wie das jeder vernünftige Mensch voraussehen konnte. Der schlimmste Feind der liberalen Partei bei den bevorstehenden Wahlen ist die Trägheit und Gleichgültigkeit der Wähler, denen man nur mit neuem Druck und neuen Lasten durch den Norddeutschen Bund droht, statt sie durch dessen nationale Bedeutung zu begeistern. Es ist zu fürchten, daß die geringe Betheiligung der liberalen Wähler den Conservativen, die ihre Leute amtlich und polizeilich zur Urne treiben können, auch da Siege in die Hände spielt, wo sie in der Minorität sind, und wenn wir eine zweite Auflage der Landrathskammer im Reichstage sehen, so trägt die Presse der Fortschrittspartei daran einen nicht geringen Theil der Schuld. Als Kandidaten aufgestellt sind bereits achtzig Landräthe! —

Der „Staatsanz." soll heute eine Verordnung über die Bildung der Provinzial-Landtage in Hannover enthalten, und wir wollen hoffen, daß sie nicht der Gleichförmigkeit wegen ebenso schlecht zusammengesetzt werden sollen, wie die preußischen. Aus diesem Vorgange darf man aber wohl schließen, daß die letzten Wochen der Diktatur noch emsig zur fernern Ausbeutung des „Regime's der Verordnungen" benutzt werden sollen. Morgen schon sollen die Berathungen der kurhessischen Vertrauensmänner beginnen, denen die der schleswig-holsteinischen folgen werden; dann wird weiter oktroyirt. Daß der König die begangenen „Irrthümer" der Minister anerkannt und ihre Beseitigung verheißen hat, wird sicher einen guten Eindruck machen, namentlich wenn auch die unerhörte Degradirung der Mitglieder der hessischen Obergerichte zu diesen „Irrthümern" gerechnet, am allermeisten, wenn die Urheber dieser „Irrthümer" mit ihnen zugleich beseitigt würden! Doch daran ist allem Anschein nach nicht zu denken; das widerspricht der bei uns leider noch immer herrschenden Auffassung des persönlichen Regiments des Königs im konstitutionellen Staate! Und unsere Büreaukratie sorgt auch schon sonst dafür, uns die Unergründlichkeit ihrer Staatsweisheit stets wieder aufs Neue in's Gedächtniß zurückzurufen. Die heftige Bekämpfung der Landtdatur des Abg. Braun durch den Reg. Präs. v. Diest mit der des Grafen Bismarck ist ein ebenso unbegreiflicher Fehler, wie die Bezeichnung der nationalen Politik Preußens als einer konservativen in der im Bureau des Ministeriums des Innern redigirten „Prov. Correspondenz." Konservative Politik, wenn man den deutschen Bund stürzt, Oesterreich aus Deutschland verdrängt, Throne zerbricht und „angestammte Reiche" konfiszirt! Das ist freilich eine Thorheit, aber auch ein großer Fehler, und es ist die böseste Zeit, dieser überdienstfertigen Büreaukratie die Gelegenheit zu nehmen, noch weitere solche Fehler zu begehen. —

Denn mir scheint die Situation allerdings sehr ernst. In Salzburg ist gewiß kein förmliches Schutz- und Trutzbündniß geschlossen; aber der die Politik der beiden Kaiser beherrschende Gedanke war doch offenbar die Verbinderung des Anschlusses des Südens an den Nordbund, wenn nicht die Bildung eines Südbundes unter Theilnahme oder gar unter Führung Oesterreichs. — mit direkter Verletzung des Prager Friedens. Das Erstere geht gerade aus der scharfen Betonung der Anerkennung des bereits Geschehenen hervor, die fast wie eine Drohung gegen weitere Schritte zur Einheit aussieht, und das Zweite soll ja nur an der Weigerung der Regierungen von Baiern und Würtemberg einstweilen gescheitert sein, — die vielleicht nicht unbesiegbar ist. Sie haben ja schon jetzt auf den Beifall der HH. Benedey, Welcker ꝛc. zu rechnen, die bereits auf die Intervention des Auslandes zur Verhinderung der Ueberdrückung der Mainlinie hoffen(?D.R.) — und sich doch noch für große deutsche Patrioten halten! Die hartnäckige Voraussetzung der einstweilen gewiß noch nicht erstirbenden russisch-preußischen Allianz unter steter Betonung der Identität der französisch-österreichischen Interessen kann leicht, und soll auch vielleicht eine solche provoziren, und dergleichen Gruppirungen der Staaten sind immer für den Frieden gefährlich. Ueberhaupt ist es eine sonderbare Art, den Frieden zu befestigen, wenn sich zwei mächtige Herrscher zu seinen Rittern mit solchem Geräusch aufwerfen, ehe ihn Jemand bedroht. Erst der Einmischungsversuch in Berlin; dann das Fraternisiren mit den Dänen, die nur darauf sinnen, Preußen einen Krieg auf den Hals zu hetzen; nun diese angebliche Besorgniß vor den preußischen „Machterweiterungstrieben", der den Frieden bedrohen soll, — das erweckt eine unerträgliche Unruhe und Unsicherheit, die schlimmer ist, als der Krieg selbst, und das ist die Methode des Bonapartismus zur Erzeugung des Krieges. Es mag in Preußen unter der orthodoxen Junkerpartei Anhänger einer „konservativen" Nationalpolitik geben, die sich gern mit Oesterreich an der Mainlinie auf Kosten der konstitutionellen Freiheit verständigten, und sie haben wahrscheinlich an der Königin-Wittwe eine Vorkämpferin für Konferenzen des Königs mit dem Kaiser u. dgl. Aber Bismarck wird gewiß niemals ohne Kampf die Verewigung der Mainlinie und den Wiedereintritt Oesterreichs zugeben, wegen dessen Verdrängung er im vorigen Jahr die Existenz Preußens einsetzte. Die Zeit ist sehr ernst. Das Bündniß mit der Nationalpartei im Süden ist uns geboten und wird vom größten Nutzen für das Vaterland sein; aber — es darf kein Fehler mehr gemacht werden! —

Die fünfzehn Franzosen in Kopenhagen.

L „Es kostet so wenig, Glücklicke zu machen" — so mag man in Paris denken, wenn man gewahrt, welche Seligkeit in Kopenhagen über den Besuch der fünfzehn französischen Deputirten und Journalisten herrscht, denen irgend eine persönliche Bedeutung nachzuweisen selbst ihre dänischen Wirthe nicht versucht haben. Die dänische Presse zehrt von dieser einen Woche anderthalb Monate. Vierzehn Tage dauerte die Vorfreude; dann folgte die Festwoche selbst, während welcher die Redaktionen (und hoffentlich auch ihr Publikum) kaum noch für etwas anderes Sinn hatten, als für den kostbaren Besuch; und nun schwelgt man abermals mindestens drei Wochen lang in den Berichten, welche die federgewandten dankbaren Gäste nach Paris an ihre eigenen Blätter geschickt haben.

Die fünfzehn Franzosen haben sich ohne Zweifel herrlich amüsirt. Es lohnt schon die vierzigstündige Fahrt durch Staub und Hitze und vielleicht auch einen kleinen Anflug von Seekrankheit, wenn man sich nachher die heitere dänische Hauptstadt mit ihren grünen Umgebungen von liebenswürdigen Ei-

Digitized by Google

rerone's zeigen lassen, und Huldigungen entgegennehmen kann, die sonst nur Fürsten oder Volkshelden in ähnlich überschwenglichem Maße dargebracht werden. Hat man dabei auch im Herzen das Gefühl, eine etwas ärmliche Figur zu spielen inmitten von Scenen, bei denen die hervorragendsten Glieder Dänemarks den Gegenpart machen, so läßt man sich doch gern darüber hinwegtäuschen durch die leidenschaftliche Aufrichtigkeit, mit welcher die Anderen ihre Schmeichelreden halten und ihr Weihrauchfaß schwingen. Denn ihnen freilich war es bitterer Ernst mitten im Rausche der Festmahle und Fahrten; sie glaubten in jenen fünfzehn Jean's, Jacques' und Pierre's Frankreichs Hand gepackt zu haben, und waren entschlossen sie nicht wieder fahren zu lassen, bevor sie nicht gelobt hätte, Dänemark zu einem tüchtigen Stück von Schleswig zu verhelfen.

Wir brauchen nicht erst urkundlich nachzuweisen, daß dies, und dies allein, der Sinn und Zweck des Zuges der fünfzehn Franzosen an den Sund war. Haß und Rachedurst gegen Deutschland hatte die Einladungen diktirt, und Haß gegen Deutschland schürten die Reisenden in ihr Bündel, als sie Paris verließen. Ein dänisches Blatt hat uns verrathen, daß der Zug wahrscheinlich gar nicht zu Stande gekommen wäre, wenn sich nicht der Ehrenredacteur der mit welfischem Gelde gegründeten „Situation", ein gewisser Grenier, die Beine daraus abgelaufen und die Finger lahmgeschrieben hätte. Zwei Mitarbeiter der „Situation", mit Namen Genevay und Jules Richard, waren denn auch die Hauptsprecher unter den Journalisten. Da sie kein irgend erhebliches Darstellungs-Talent mit auf die Reise zu nehmen vermochten — Zeuge ihre wahrhaft ledernen Berichte —, so nahmen sie mindestens die nöthige Portion Deutschenhaß mit, um sich ihren charmanten Wirthen angenehm zu machen. In Herbsthal antworteten sie dem preußischen Steuerbeamten auf die Frage, ob sie etwas zu „deklariren" hätten: „Jawohl, den Krieg!" — und den Kölner Dom versprachen sie sich näher anzusehen, sobald die Stadt wieder französisch geworden. Da wir diese geistreichen Scherze nur durch ihre eigene Berichterstattung kennen, so ergibt sich, welches Gewicht sie selbst auf diese Beweise korrekter antideutscher Gesinnung legen. In Kopenhagen mußten sie damit allerdings etwas mehr an sich halten, d. h. wo sie öffentlich und für die Zeitungen sprachen. Ohne Zweifel hat ihnen ihr dortiger Gesandter M. Dotézac, den sie gleich am Morgen ihrer Ankunft aufzusuchen hatten, darüber einen ernsthaften Wink zukommen lassen. Sie überliefern dieses Gebiet den dänischen Politikern, deren Lage einfacher, und deren Gewandtheit zehnmal so groß war. Die Aufgabe selbst kam dabei keineswegs zu kurz. Es erscheint fast unmöglich, mehr Energie des Hasses und der aufbrausenden Leidenschaft in eine kurze Tischrede zu legen, als z. B. Orla Lehmann bei dem Bankett in Klampenborg gethan. Er nannte das dänische Volk einen eifrigen Schüler der französischen Cultur, und Frankreich eine Nation mit zu großem Herzen, als daß sie irgend eine edle und gerechte Sache im Stiche lassen könnte. Nordschleswig, fügte er hinzu, setzt mit richtigem Instinkt seine Hoffnung allein noch auf das französische Volk, das nicht zulassen wird, daß man hier ein zweites Polen schaffe!

Nicht darum also entwindet sich Dänemark der deutschen Cultur, um fortan auf eigenen Beinen zu stehen, höchstens an den stammverwandten scandinavischen Norden gelehnt; sondern um sich der französischen Civilisation in die Arme zu werfen. Diese Aufklärung aus einem Munde von solcher Autorität ist schätzbar, wenn sie auch an der Thatsache der Auflehnung gegen die deutsche Cultur, der Dänemark so viel verdankt, nichts ändert. Eine Auflehnung zum Zwecke des Ueberganges zur vollen Selbstständigkeit hätte uns imponiren, ja im Gedächtniß an eigene frühere Anstrengungen von gleicher Tendenz sogar sympathisch berühren können; ein bloßer Tausch hingegen zwischen deutscher und französischer Bildung hat an sich nichts ehrwürdiges, und da wir doch nicht bloß zufällig und äußerlich Deutsche sind, erfüllt er uns unvermeidlich mit einem von Hochachtung sehr entfernten Mitleid. Oder war auch diese Aeußerung des erfahrenen dänischen Staatsmanns nur eine wohlberechnete Schmeichelei? Opfert er seinen nordischen Gulturstolz auf dem Altar der Politik, um die französische Nationaleitelkeit zu einem Marsche über den Rhein hinzureißen? Er ist Fanatiker genug, um uns diese Erklärung glaublich zu machen, die wir im Interesse des dänischen Gulturstandpunkts und Patriotismus jedenfalls vorziehen würden.

Einer der reisenden Pariser Journalisten, der Abgesandte des „Figaro", war naiv genug, in seinem ersten aus Altona datirten Briefe zu schreiben, er wisse eigentlich gar nicht recht, was er in Dänemark solle. Im zweiten Briefe aber erinnert er sich schon mit Scham und Reue dieser leichtfertigen Aeußerung. Er wußte jetzt, daß er seinen Landsleuten von einer Frankreich völlig ergebenen, leidenmüthigen kleinen Nation im fernen Norden erzählen sollte — und nebenbei natürlich auch ein wenig von den königlichen Ehren, die man ihm und seinen Reisegefährten fünf Tage lang erwiesen. Dies charakterisirt uns die ganze Begebenheit. Die angeborne Eitelkeit der Franzosen wird von den klugen und leidenschaftlichen dänischen Politikern benutzt, um die einzige ihnen zugängliche Großmacht für ihre Sonderzwecke ins Feuer zu treiben. Man versucht das Aeußerste an Schmeichelei und Selbsterniedrigung, um den Degen in der Scheide zu lockern, der mitunter für „Ideen" gezogen wird, d. h. für Abenteuer à la Mexico oder Rettungsthate wie gegen Italien.

Die Wirkung wollen wir ruhig abwarten. Was wir mit hinlänglicher Deutlichkeit erkennen, ist, daß die Dänen um jeden Preis und Frankreich auf den Hals zu hetzen suchen, und daß es in Paris einige obscure Schriftsteller und Volksvertreter gibt, die sich zu deutschfeindlichen Demonstrationen hergeben. Das Erstere kann uns nur immer abgeneigter stimmen, bei der Aufführung des Artikels V. des Prager Vertrages auf Dänemarks Wünsche Rücksicht zu nehmen oder Dänemarks Macht zu stärken. Das Letztere ist an sich ziemlich gleichgültig; ja es wird positiv werthvoll, insofern wir daraus schließen dürfen, daß Politiker ernstern Schlages und höherer Bedeutung nicht gerathen gefunden haben, sich an diesem wüsten Unternehmen zu betheiligen. Alle namhaften Leute ohne Ausnahme, von denen im Zusammenhang mit diesem Zuge die Rede gewesen ist, Havin, Henri, Martin, Plée, Bonneau u. s. f., schicken Entschuldigungen, anstatt persönlich mitzugehen. Die großen Talente und Charaktere der Pariser Presse vollends, einen Girardin, einen Neffzer, einen Foreade, scheint man gar nicht gewagt zu haben, anzugehen oder aber schon beim ersten Worte übel angelaufen zu sein. Wir dürfen also die Franzosen im Bausch und Bogen für diese Orgie des Deutschenhasses nicht verantwortlich machen. Höchstens auf die kaiserliche Regierung fällt ein Schatten von Verdacht, denn Männer, wie die beiden mitgefahrenen Deputirten Morin und Piccioni reisen nicht ohne höhere Erlaubniß, und dann ist es auch augenscheinlich, daß der Gesandte in Kopenhagen die Deputation von Anfang bis zu Ende dirigirt hat. Wir mögen die Reise der fünfzehn Franzosen nach Kopenhagen demnach am füglichsten als ein Anhängsel der Kaiserfahrt nach Salzburg ansehen, die ebenfalls nicht gerade zu Gunsten der politischen Wiedergeburt Deutschlands erdacht und vollendet worden sein wird. Auf diese Rechnung den Posten!

Die würtembergische Freiheit,

beleuchtet von einem Würtemberger.

I.

†† Die preußenfeindlichen Blätter Süddeutschlands pflegen bekanntlich zu ihren Angriffen gegen Preußen und die Verfassung des Norddeutschen Bundes, ihre meisten und perfidesten Waffen aus dem Arsenal der preußischen radikalen Presse zu holen. So lief denn auch dieser Tage durch mehrere von ihnen ein Erguß der Berliner Volkszeitung, der selbst für dieses Blatt auffallend unverständig war und mit Neid und Bewunderung die süddeutsche — Freiheit feierte.

Hier nur ein paar Hauptstellen: „Die Süddeutschen, ohne

Digitized by Google

Ausnahme", (nicht einmal Hessen-Darmstadt's!) „haben seit zwei Menschenaltern das beneidenswerthe Glück, wenn auch nicht mustergültige, so doch gute Verfassungen zu besitzen, die ihre konstitutionellen Rechte verbürgen. Sie haben Regierungen, die seit ⅓ Jahrhundert die Grundfeller des konstitutionellen Staatslebens nicht gerüttelt. Ihr Steuerbewilligungsrecht ist den Kammern nie bestritten worden. Ein budgetloses Regiment kennen sie nur dem Namen nach . . . . Mit a. W., die Süddeutschen genießen in staatsbürgerlicher Freiheit ein für uns beneidenswerthes Maß" u. s. w.

Der Artikel des Berliner Blattes, worin der süddeutschen Freiheit dieser Hymnus gesungen wurde, hatte eigentlich die vom Standpunkt der W. Z wohlgemeinte Tendenz, die neuliche Stuttgarter Versammlung und ihre Resolutionen gegen den etwaigen Verdacht des Nationalliberalismus zu verwahren und vielmehr für die Fortschrittspartei zu reklamiren. Die Süddeutschen, ja, die könnten ganz gut ausschließlich nach der Einheit streben, denn die Freiheit besäßen sie ja längst in merkwürdiger Fülle, während die armen Preußen im Schweiß ihres Angesichts, wer weiß wie lange noch sich abmühen müßten, um halbwegs auf die nämliche Höhe zu kommen. „Wir hätten", versichert die Volkszeitung sogar, „in gleicher Situation und in gleicher Lage" (sic!) mit den Süddeutschen dieselben Beschlüsse gefaßt". Woran der Weise den Gran eines Skrupels, ja sogar einen ganzen Skrupel wird beugen dürfen. Doch einerlei; wie sich von selbst versteht, druckten die radikalen Geschwister der Volkszeitung im Süden, diesen Theil der Ausführungen des Berliner Blatts nicht mit ab, sondern eben nur das Lob der süddeutschen Freiheit, oder aber, sie setzten der Volkszeitung die vom Standpunkt der radikalen Familie ganz richtige Bemerkung entgegen, daß ja besagte Freiheit gerade durch den, von den Stuttgartern begehrten Eintritt in den Norddeutschen Bund gefährdet werde, und daher, „in dieser Situation und in dieser Lage" die Stuttgarter in Wahrheit von dem Verbrechen des Nationalliberalismus mit Nichten freigesprochen werden könnten.

Die Volkszeitung, wenn sie zum Lernen nicht leider schon zu alt wäre, überhaupt alle diese sonderbaren Schwärmer, welche mit der stets fixen Idee der süddeutschen Freiheit, im Gegensatz zur preußisch-norddeutschen Knechtschaft, behaftet sind, können gründliche Heilung finden durch die Lektüre eines vor Kurzem erschienenen Schriftchens, welches den Titel führt: „Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und die süddeutsche, insbesondere die würtembergische Freiheit*). Dasselbe ist von einem der Theilnehmer der Stuttgarter Versammlung, Professor R. Römer in Tübingen, verfaßt, also von einem der Männer, in deren „Situation und Lage" die Volkszeitung ebenso würde gehandelt haben, ein Grund mehr für sie, es einer ernsten Beachtung zu würdigen. Aber auch in politisch gebildeten Kreisen, wo man im Allgemeinen das wahre Wesen der süddeutschen Freiheit hinlänglich kennt, sind doch die Details, die staatsrechtlichen Verhältnisse der einzelnen süddeutschen Staaten im Einzelnen, in der Regel nicht ebenso bekannt; überdies leistet die genannte Broschüre mehr als ihr Titel verspricht, indem sie nicht blos die freiheitlichen, sondern auch noch die übrigen landläufigen Bedenken (z. B. wegen der hohen Steuer- und Militärlast) gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund eingehend kritisirt, weßhalb wir sie Allen, welche sich für diese Frage interessiren, auf das Nachdrücklichste empfehlen.

Allerdings, sie beschäftigt sich zunächst nur mit den staatlichen Zuständen Würtembergs. Indeß von dort wird ja, und vor Allem Namens der Freiheit, der lauteste Protest gegen den Eintritt erhoben; wird er daher dort als nichtig aufgezeigt, so ist schon ein Hauptwerk gethan. Namens der Freiheit im Staate des Herrn von Dalwigk haben wir ohnehin noch keine Einsprache vernommen; was dann die Bayern betrifft, so sind sie zu sehr mit den Gespenstern beschäftigt, welche ihnen endlich die ersten Elemente der menschlichen und sozialen Freiheit verschaffen sollen, um sich wegen ihrer politischen Freiheitsrechte Sorgen zu machen; sollten aber dennoch Hypochonder dieses Schlags bei ihnen auftreten, so hoffen wir, daß auch ihnen, von einem bayerischen Römer, baldigst ihre Gemüthsruhe wiedergegeben wird. Bleiben nur die Badenser übrig, welche noch am meisten wirkliche Freiheit zu verlieren hätten, aber vielleicht gerade deßhalb am wenigsten gegen den Eintritt einzunehmen haben.

Daß gerade die Würtemberger sich von jeher besonders viel mit ihrer „Freiheit" gewußt haben, daran erinnert der Verfasser gleichsam spielend durch ein paar fösliche Motto's, die er dem Schriftchen vorsetzt, und von denen wir uns nicht versagen können, wenigstens eines unsern Lesern mitzutheilen.*) Wie es nun heute in Wahrheit mit dieser würtembergischen Freiheit bestellt ist, davon wollen wir das von Römer gezeichnete Bild unsern Lesern wenigstens in seinen Hauptzügen vorführen; alles Uebrige mögen sie selbst nachlesen.

Römer weist übrigens, zu allem Ueberfluß, im Eingang des bezüglichen Abschnitts, darauf hin, daß ja die Verfassung des Norddeutschen Bundes diesem gar kein Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete des Verfassungslebens der Einzelstaaten einräumt, letztere daher durch die Bundesverfassung durchaus nicht gebindert sind, „sich so freisinnig zu konstituiren, daß selbst die Phantasie des tollsten süddeutschen Demokraten nichts weiter zu Tage zu fördern vermag". Indeß, fährt der Verf. fort, ein Gut kann nur derjenige verlieren, der es hat, die Würtemberger haben aber nur sehr wenige Freiheiten zu verlieren. Denn:

„1) Die Zusammensetzung der würtembergischen Volksvertretung ist so wenig freisinnig als möglich. Sie besteht aus zwei Körpern, der Kammer der Standesherren, gebildet aus den Prinzen des königlichen Hauses, den Standesherren d. h. den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien, auf deren Besitzungen ehemals eine Reichs- oder (und?) Kreistagsstimme ruhte, und den vom König erblich oder lebenslänglich ernannten Mitgliedern, deren Zahl aber ein Drittheil der übrigen Mitglieder nicht übersteigen darf, und der Kammer der Abgeordneten, gebildet aus 13 Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, 6 protestantischen Generalsuperintendenten (Prälaten), dem katholischen Landesbischof, einem Abgeordneten des Domkapitels, dem ältesten katholischen Dekan, dem vom dem König ernannten Kanzler der Universität, je einem Abgeordneten der 7 sog. guten Städte und 63 Abgeordneten der Oberamtsbezirke.

Die Wahlcollegien in den Städten und Oberämtern bestehen zu ⅔ aus den höchstbesteuerten Gemeindebürgern (Urwählern) und zu ⅓ aus Wahlmännern, welche von den übrigen Gebäude-, Grund- oder Gewerbesteuer zahlenden Gemeindebürgern gewählt sind. In der That. Zusammensetzung der Volksvertretung und Wahlgesetz sind ungläublich und nach den Nachrichten, welche über die von der Regierung beabsichtigte Revision der Zusammensetzung der Volksvertretung in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, wird an diesem jämmerlichen Zustande kaum erheblich gebessert werden.

Damit vergleiche man nun die Volksvertretung des Norddeutschen Bundes: Blos Ein Haus, das Volkshaus, gewählt auf Grundlage des allgemeinen direkten Stimmrechts — bisher das Ideal der süddeutschen Demokratie! Eine mehr demokratische Einrichtung ist gar nicht denkbar, in den Einzelstaaten hätte man niemals eine solche rein demokratische Volksvertretung errungen, und es ist unbegreiflich für Würtemberg sehr wenig Aussicht vorhanden, sie zu erringen.

Der Eintritt in den Norddeutschen Bund ist also von größtem Vortheil, denn er gewährt die Möglichkeit, wenigstens auf dem Gebiet, welches der Bundesgewalt zugewiesen ist, die kreationären Bestrebungen in den Einzelstaaten, namentlich die ersten Kammern, zu schlagen, und auf die Dauer ist ein so greller Contrast zwischen der Zusammensetzung des Reichstags und der Volksvertretung der dem Bund angehörigen einzelnen Staaten unmöglich, diese muß sich jener mit der Zeit anpassen.

Die Wahl der Abgeordneten ist nach Würtembergischem Recht öffentlich (B.U. §. 150), nach der Norddeutschen Bundesverfassung geheim (Art. 20).

*) Tübingen, bei H. Laupp.

*) „Dingegen haben auch viele Würtemberger nicht nur ein besonders Zutrauen in ihre Landesverfassung, (welches sehr löblich ist, indem in diesem Zutrauen eben so viel Vortheilhaftes zum Glücke des Bürgers als zur Energie jedes Staats liegt;) sondern auch eine sehr hohe Meinung von den Vorzügen derselben. Sie dünken sich vermöge derselben eine Art von freyen Bürgern zu sein, welche vor den Unterthanen anderer deutschen Fürsten einen großen Vorzug hätten. Besonders bemerkte ich zuweilen, mit einigem Lächeln, bey meinem Aufenthalte im Würtembergischen (auch außer Stuttgard) wie diese freyen Leute, beim gesellschaftlichen Lobpreisen der dortigen landschaftlichen Verfassung, auf uns arme Brandenburger, wie auf Sklaven herabsähen; denn es hielten damals einige dieser Herren den Preußischen Staat für unmäßig despotisch, den übrigen hingegen ganz für das Gegentheil." Friedrich Nicolai, Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781. Bd 10. S. 24—25.

Nach der Württembergischen Verfassung können Staats- und Kirchendiener die auf sie gefallene Wahl zum Abgeordneten nur mit Genehmigung der ihnen vorgesetzten höchsten Behörden annehmen (B.U. §. 146), nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes (Art. 21) bedürfen sie keines Urlaubs.

Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes (Art. 21) verliert ein Mitglied des Reichstags Sitz und Stimme in demselben und kann seine Stelle im Reichstag nur durch neue Wahl wieder erlangen, wenn es in dem Bunde oder einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Bundes- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist. Die Württembergische Verfassung enthält keine Bestimmung hierüber Inhalts.

Die Kammer der Abgeordneten wird nach der Württembergischen Verfassung auf 6 Jahre gewählt (B.U. § 157). Die N.B.V. hat eine nur dreijährige Wahlperiode (Art. 24).

Die Württembergische Ständeversammlung braucht blos innerhalb des Zeitraums von 3 Jahren einmal zusammenberufen zu werden, weil die Württembergische Verfassung ein dreijähriges Budget hat, der Norddeutsche Reichstag hat einjähriges Budget, muß daher jedes Jahr berufen werden (Art. 13).

Die Württembergische Ständeversammlung kann vom König beliebig vertagt werden (B.U. § 186). Der Reichstag kann ohne seine Zustimmung nicht auf länger als auf 30 Tage und während derselben Session nicht wiederholt vertagt werden. (N.B.V. Art. 26).

Kein Ständemitglied kann wegen seiner in der Ständeversammlung gehaltenen Vorträge und gegebenen Abstimmungen zur Verantwortung gezogen werden. Jedoch sind nach Württembergischem Recht Beleidigungen oder Verläumdungen der Regierung, der Ständeversammlung oder einzelner Personen der Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen in dem ordentlichen Wege Rechtens unterworfen (B.U. §. 185).

Nach dem preußischen Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 15. October 1866. §. 17 ist letztere sehr weit gehende Beschränkung der Redefreiheit ganz ausgeschlossen und diese Freiheit eine absolute, denn es darf kein Mitglied des Reichstags zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

2) Die Rechte der Ständeversammlung sind nach der Württembergischen Verfassung sehr beschränkt.

a) Was die Theilnahme an der Gesetzgebung betrifft, so ist den Ständen die Initiative der Gesetzgebung ausdrücklich abgesprochen (B.U. 172), die N.B.V. (Art. 23) erkennt dieses Recht ausdrücklich zu.

b) In der Theilnahme an der Ordnung des Staatshaushalts sind die Württembergischen Stände wesentlich beschränkt.

Sie haben das Budgetrecht nicht.

Darunter versteht man gewöhnlich das unbeschränkte Recht der Volksvertretung, alle Einnahmen und alle Ausgaben des Staats zu verwilligen oder zu verweigern. Dieses Recht haben nun die Württembergischen Stände nicht.

Die Württembergische Verfassung giebt darüber folgende Bestimmungen:

a) Soweit der Ertrag des Kammerguts nicht zureicht, wird der Staatsbedarf durch Steuern bestritten.

b) Ohne Verwilligung der Stände kann weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten eine hieher oder indirecte Steuer ausgeschrieben und erhoben werden (B.U. §. 129).

c) Dem Ansinnen einer Steuerverwilligung muß jedesmal eine genaue Nachweisung über die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit der zu machenden Ausgaben, über die Verwendung der früheren Staatseinnahmen und über die Unzulänglichkeit der Kammereinkünfte vorangehen (B.U. § 110).

d) Zu dem Ende hat der Finanzminister den Hauptetat den Ständen zur Prüfung vorzulegen. Die einzelnen Minister haben die Ausgaben für ihre Ministerien zu motiviren (B.U. § 111).

e) Die Verwilligung von Steuern darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, welche die Verwendung dieser Steuern nicht unmittelbar betreffen (B.U. § 113).

f) Zu § 124 wird die Ausgabe der Landstände u. A. dahin bestimmt, sie „haben die nach gewissenhafter Prüfung für nothwendig erkannten Steuern zu verwilligen"

Es kann sich hier nicht um die eingehende Erörterung des Sinnes dieser Verfassungsbestimmungen im Einzelnen handeln, aber so viel ergeben dieselben (a, c. f) schon auf den ersten Anblick, daß den Württembergischen Ständen kein Budgetrecht in dem gewöhnlichen Sinne zusteht.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes räumt dem Reichstag das Budgetrecht ohne Beschränkung ein (Art. 69. 72. Allerdings müssen die Zuschüsse zu Bestreitung des Aufwands für das Bundesheer mit 225 Thaler für den Kopf von den einzelnen Staaten auch ohne Verwilligung durch den Reichstag gezahlt werden, allein das ist eine Beschränkung nicht des Budgetrechts des Reichstags, sondern der Einzelstaaten, welche sich im Bundesstaate sehr empfiehlt. Das Budgetrecht des Reichstags, auch in Beziehung auf den Aufwand für das Heer, ist vollständig gewahrt durch die Bestimmung, daß die Verausgabung der von den einzelnen Staaten gezahlten Beiträge für das gesammte Bundesheer und dessen Einrichtungen durch das Etatsgesetz festzustellen ist (Art. 62. Abs. 4).

Uebrigens steht die gesetzliche Fixirung einer bestimmten Staatsausgabe gar nicht im Widerspruch mit dem richtig verstandenen Budgetrecht, in England ist ein großer Theil der Staatseinnahmen (beinahe 60,000,000 Pfund) und ein großer Theil der Staatsausgaben (ungefähr 30,000,000 Pfund) gesetzlich fixirt, diese sind ganz unabhängig von der Verwilligung des Parlaments, sie dürfte das Finanzministerium trotz der Verwerfung des ganzen Etatsgesetzes durch das Unterhaus fortführen. (Doch nicht richtig. D. R.)

Zur Nichtertheilung dafür, daß der Aufwand für das Bundesheer bis Ende 1877 verwilligt, daher für diese Zeit der Etat über die Ausgaben für das Bundesheer nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen ist (Art. 62. Abs. 1. 2. Art. 71. Abs. 2), bedarf es keines Wortes, sie liegt Allen vor Augen — in dem Verhältniß Deutschlands zum Auslande.

Das Budgetrecht des Reichstags wird sich in hohem Grade wirksam erweisen, weil sehr bald zur Bestreitung der Bundesausgaben Verwilligung neuer Einnahmen erforderlich sein wird, der Reichstag hat damit die mächtigste Waffe in der Hand.

Weiterhin wird dann in Bezug auf die einzelnen Volksrechte, Preßfreiheit, Vereinsrecht u. s. w. die würtembergische Freiheit mit der norddeutschen Knechtschaft verglichen. Hierüber in einem zweiten Artikel.

= **Aus Baden**, 25. August. Auf unserem Lande lastet gegenwärtig, und zwar in allen Schichten der Bevölkerung, eine so tiefe politische Apathie, wie sie nur die Reaktionsperiode der fünfziger Jahre aufzuweisen hatte. Es finden in diesen Tagen die Erneuerungswahlen für die zweite Kammer statt. Ihre Zahl sollte sechzehn betragen, da bekanntlich in jedem zweiten Jahre der vierte Theil der Deputirten durch das Loos ausgeschieden wird. Außer den Ausgelooften sind jedoch nicht wenige Mandate durch den freiwilligen Verzicht ihrer Inhaber erloschen, sodaß nahezu für die Hälfte der Abgeordnetensitze Neuwahlen zu vollziehen sind.

Es ist diese Erscheinung, welche eine schwere Erschlaffung des öffentlichen Geistes in unwiderlegtlichster Weise konstatirt, so beachtenswerth, daß es sich wohl der Mühe verlohnt, unsere politischen Zustände etwas näher zu beleuchten.

Das badische Volk steht zu Preußen im Ganzen der neuen Ordnung der Dinge keineswegs feindselig gegenüber. Unsere jetzigen Abgeordneten insbesondere sind, vier oder fünf Anhänger des Südbundsprojektes abgerechnet, für den thatsächlich dadurch Anschluß an den Nordbund. Die Stimmung der Menge ist trotz allem, was der Partikularismus und Ultramontanismus Gegentheiliges behauptet, die gleiche. Nur in einem einzigen Wahlbezirk (Waldhirn, wo man die Fabel aufgestreut hat, die Nationalliberalen wollten das Waisenhaus abschaffen,) hat der Partikularismus und zwar der jesuitische katholische, seinen Kandidaten durchgesetzt. Die Demokraten hat für die Wahlen nirgends erhebliche Aussichten. Die Quellen des Indifferentismus für öffentliche Dinge in unserem Lande können, wie gesagt, durchaus nicht in etwaiger Antipathie gegen die durch die Katastrophe des vorigen Jahres herbeigeführten Neugestaltungen gesucht werden. Sie sind wesentlich anderen Ursprungs.

Zunächst hat man in Baden lebhafter als in irgend einem andern süddeutschen Staate, gerade weil man die Verschmelzung mit dem Norden für dringend nothwendig hält, die unbehagliche Empfindung, daß wir zur Zeit in einem Provisorium leben, und jeder Uebergangszustand lähmt und beeinträchtigt erwiesener Maaßen den Trieb zu energischer Thätigkeit. Vielen erscheint alles politische Wirken so lange jeder sichern Grundlage zu entbehren, bis unser Verhältniß zu Norddeutschland ein endgültig festgestelltes ist. Offenbar giebt man sich hier einer sehr bedenklichen Täuschung hin. Die bevorstehende Kammersession wird unleugbar eine der folgenschwersten für die Entwicklung unserer öffentlichen Zustände werden. Unter den jahrlichen Gesetzesvorlagen, welche das Ministerium einbringen wird, ist namentlich die unserer Heeresreorganisation betreffende im Hinblick auf die schweren finanziellen Opfer, die sie dem Lande in Aussicht stellen muß, von tiefeinschneidender Bedeutung. Die Frage, in welcher Weise die erforderliche Erhöhung des Budgets zu regeln ist, kann sehr bedeutungsvolle Erörterungen über mannigfache Ersparungen im Staatshaushalt und Vereinfachungen unserer Verwaltung hervorrufen. Die norddeutschen Ländchen, welche über Nacht zu Bestandtheilen eines größeren politischen Gemeinwesens wurden, sind noch immer in ziemlicher Rathlosigkeit, wie sie ihren neuen gesteigerten Pflichten gerecht werden sollen. Wir haben gottlob Zeit, unsere künftige Existenz in staatlicher Beziehung schon gegenwärtig mit Ein- und Voraussicht zu begründen. Und diese Aufgabe ist wahrlich keine geringfügige und leichte, abgesehen davon, daß auch wenn wir mit dem Norden verknüpft sind, gewisse spezifische Landesinteressen noch wie vor eine sorgsame Pflege beanspruchen werden.

Eine andere Ursache unserer politischen Indolenz ist unstreitig in dem vollständigen Mangel an jeder festeren Organisation der nationalen Partei zu suchen. Der Nationalverein als solcher konnte in dieser Beziehung in Baden aus mannigfachen Gründen nichts irgend Nennenswerthes leisten. Wir wollen indeß hoffen, daß die Stuttgarter Zusammenkunft einen wohlthätigen Anstoß zur Bildung eines wirklichen Parteiehens geben wird. Zur Zeit kann aber von einem solchen nicht gesprochen werden. In Verbindung mit diesem Mißstand

Digitized by Google

steht unsere derzeitige drückende Armuth an politischen Kapacitäten, die sich einer wahrhaften Popularität erfreuen. Mit Häuffer haben wir die einzige Persönlichkeit verloren, welche die Massen zu erwärmen, zu überzeugen und kräftig anzuregen verstand.

Der Modus unserer Abgeordnetenwahlen trägt auf der Grundlage der Enge unserer kleinstaatlichen Verhältnisse auch nicht wenig dazu bei, die Masse dem Indifferentismus in die Arme zu treiben. Durch direkte Wahlen und zwar zum Behuf der Erneuerung sämmtlicher Kammersitze würde eine wohlthätige Aufregung über das Land kommen. So aber fühlen sich die Urwähler fast alle als politische Nullen, und hümmern sich um die Obliegenheiten der Wahlmänner so gut wie gar nicht. Unter diesen fühlen wieder bei der Ausübung ihrer Pflicht nicht selten persönliche Beeinflussungen unerquicklicher Art eine sehr verdrießliche Rolle. Daß unsere täglichen Verhältnisse, über die wir früher in diesem Blatte ausführlicher gesprochen haben, nicht dazu angethan sind, den politischen Geist des Landes zu beleben, bedarf keines Nachweises. Leider thut unsere Regierung noch immer nicht das Mindeste, den Unwillen der zahlreichen amtlichen Bekanntgebungsblättchen, welche allen größeren Zeitungen Luft und Raum zum Emporkommen rauben, den Untergang zu betreiben, und eine zweckmäßig geleitete offiziöse Presse zu schaffen. Die Mehrzahl unserer Journale erblickt geradezu systematisch das Interesse an öffentlichen Dingen in ihren Lesern, statt ihr politisches Urtheil zu bilden.

Die im Vorstehenden angeführten Motive würden aber dennoch nicht so unheilvoll wirken, wenn durch der Kirchenfrieg, unter dem wir gelitten haben und noch immer leiden, die Thatsachen für handfestere Dinge nicht auf das Unheilvollste geschädigt wäre. Langdauernde religiöse Fehden ziehen, wie die Geschichte nur allzuoft gelehrt hat, den Volksgeist von den wichtigsten Dingen des öffentlichen Lebens ab, und erzeugen unausbleiblich jene Apathie, welche sich jetzt bedauerlich heimsucht. Noch heute werden in Baden diejenigen Versammlungen, in denen man kirchliche Fragen debattirt und insbesondere gegen den Ultramontanismus zu Felde zieht, sehr zahlreich besucht, während die bedeutungsvollsten rein politischen Gegenstände, welche außer Berührung mit Kirchlichem stehen, die Masse höchst gleichgültig lassen.

Es thäte daher vor Allem noth, daß unsere Bevölkerung kirchenpolitischen Dingen nur das ihrer wahren Bedeutung entsprechende Maaß von Aufmerksamkeit zu widmen sich entschlösse, und den steten Bildungsbestrebungen, sich zu orientiren, die Thatsachen des Lebens an anderen zweifellos inhaltbereicheren Fragen des öffentlichen Wohles auszurasten. Eine vollbefriedigende definitive Auseinandersetzung mit der klerikalen Partei ist zwar in mehr als einer Hinsicht in jeder Weise wünschenswerth, bis dieselbe aber erfolgt, sollte der Volksgeist sanftgenug schlummern unseres thatlichen Daseins nicht eine kümmerliche Nichtsnutzigkeitsexistenz anweisen. —

---

*) Aus Thüringen, 22. August. Man darf sich in der That nicht wundern, wenn die gegenwärtige nationale Entwicklung Deutschlands eine Menge ecbiterter Gegner hat. Zu viel Sonderinteressen werden verletzt, zu viel alte bundesklägliche Gewohnheit in den Einzelstaaten hinweggefegt. Freilich geschieht das zum allgemeinen Besten, aber das entwaffnet Diejenigen nicht, deren Privat-Besitzes dadurch verletzt wird. Wie kommen diese Gedanken bei einer Erscheinung, die in den thüringischen Kleinstaaten jetzt in den Kreisen des großen Publikums Aufsehen erregt.

Wie bekannt treten am 1. Oktbr. d. J. die Militärconventionen in Kraft, welche Preußen mit den thüringischen Kleinstaaten abgeschlossen hat. In Folge dessen haben in fast allen diesen Kleinstaaten eine Menge Offiziere um ihre Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. Wenn diese Pensionsgesuche von allen oder ältern Offizieren ausgehen, so hat das eine Berechtigung. Aber wir erblicken mit Erstaunen, daß nicht nur sehr junge Stabsoffiziere, sondern auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Subaltern-Offizieren, jüngere Hauptleute und Lieutnants am Pension einkommen sind. Was ist der Grund dieser Erscheinung? Ist diesen Herren plötzlich das Waffenhandwerk so verleidet, daß sie um keinen Preis den Soldatenrock länger tragen wollen? Oder ist ihnen der Gedanke unerträglich in Zukunft einem großen, ruhmreichen Heere anzugehören? Waren sie so verleidet in die kleinstaatliche Nationalität und in das kleinstaatliche Armeewesen mit seinen wenigen Compagnien, daß es ihnen nicht möglich ist, in einen großen Armeeverband einzutreten? Oder sind die Herren vielleicht der Meinung, daß die Anforderungen, die an einen preußischen Offizier in Bezug auf wissenschaftliche Ausbildung und militärische Tüchtigkeit gestellt werden, zu hohe sind, die sie zu erfüllen nicht in der Lage? Ich weiß es nicht, soviel aber weiß ich, daß zu Lebzeiten des unseligen Bundestags die Bundesgenerale, welche zur Inspection nach den thüringischen Kleinstaaten geschickt wurden, nach den Versicherungen unserer Landesoffiziere mit der Kriegstüchtigkeit der Truppen dieser Kleinstaaten stets zufrieden waren. Und ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wie diese Versicherungen auch in diesem Herbst den Gelegenheit von Bundesinspectionen gegeben hätten, wenn nicht, Gott sei Lob und Dank, der Bund selbst im Jahr 1866 in einen Ruhestand versetzt worden wäre. Zur Kriegstüchtigkeit der Truppen gehört doch aber vor Allem auch die Kriegstüchtigkeit der Offiziere. Wie ist es aber möglich, daß soviel jüngere Offiziere plötzlich kriegsuntüchtig werden, nachdem sie, ohne die Strapazen eines Feldzugs zu erleben, in den friedlichen Gewohnheiten eines freundlichen und behaglichen Garnisonlebens hinlänglich Zeit und Gelegenheit hatten sich zu pflegen und ihre Kräfte zu schonen? Denn nur mit einer urplötzlich eingetretenen Kriegsuntüchtigkeit können wir diese Pensionsgesuche erklären, da wir die übrigen Vermuthungen im Interesse jener Pensionsbedürftigen für unzugründet halten wollen.

Die Wahlbewegung fängt an ein frischeres Leben, mehr Bewegung und Energie zu bekommen. Nicht ohne Einfluß hierauf ist der französische Kaiserbesuch in Salzburg, die Ovationen, welche man Ludwig Napoleon an verschiedenen Orten Süddeutschlands, besonders in Stuttgart, bereitete und vor Allem der Glanz und Lärm Allen Oesterreichs mit Frankreich. In dem thüringischen Volk lebt eine tiefe Abneigung nicht gegen Frankreich, sondern gegen den napoleonischen Cäsarismus, dessen Politik Deutschland von jeher zum Gegenstand seiner Intrigiren und Kämpfe außersehen hat. Die Octoberwoche zur Erinnerung an die Leipziger Schlacht von 1813 brachten noch immer am 18. Oktober von den Thüringer Bergen herab in die Thäler, und in vielen Gemeinden Thüringens wird noch alljährlich in den Kirchen zum Andenken des bei Leipzig erfochtenen Sieges von den Kanzeln ein Kirchengebet verlesen, worin auf die Schmach, auf den Schrecken hingewiesen wird, der auf dem deutschen Volke vor jener glorreichen Befreiungsschlacht lag. Man glaubt nun, daß die Salzburger Zusammenkunft die Einleitung zu einer neuen Politik der Feindseligkeit gegen Deutschland ist. Man ist erbittert, daß man an gewissen Orten Süddeutschlands so wenig Takt und deutschen Patriotismus hatte, und den Kaiser der Franzosen, wenn man ihn Seitens des Volkes überhaupt empfangen wollte, nicht mit jenem kalten Schweigen empfangen hat, welches hier allein am Platze war. Statt dessen hat man den Besten des Mannes, der Deutschlands als eroberte Provinz behandelte, hat man den Souverain des Landes, dessen ehrgeizige Politiker und Presse den Gedanken nicht ertragen können, daß Deutschland eine ihm ebenbürtige Macht, den Kaiser desselben Frankreichs, dessen Lebensinteressen und Dynastie zur selben Zeit in Kopenhagen mit den dänischen Fanatikern eine Verbrüderung abschlossen, die gegen unsere Nation gerichtet ist — hat man Ludwig Napoleon III. mit Jubel empfangen, wie einen Befreier, einen Erlöser! Wahrlich die deutsche Kleinstaaterei, die eine so schmachvolle Gesinnung großgezüchtet hat, sie hat den Untergang verdient, den unmittelbar, klaglosen Untergang von Rechtswegen. — Und wenn die Herren Preußenhasser in Süddeutschland zur Entschuldigung sagen, daß dies nur eine Demonstration gegen Preußen gewesen, so ist das eine jämmerliche, höchst lämmerische Entschuldigung. Wenn eine Demonstration gegen Preußen, d. h. gegen 23 Millionen Deutsche, die innerhalb des preußischen Staates wohnen, eine Demonstration gegen den Staat, ohne dessen Volk in Waffen wir noch heute nach der Pfeife des Mannes tanzen müßten, der in den Tuilerien wohnt. Die süddeutschen Radicalen aber, jene Demokraten vom reinsten Blute, die so allerliebst bei jetzt geduldeten Balgen, daß in Würtemberg, im Schwabenlande noch die — Todesstrafe gesetzlich galt und executirt wurde, sie mögen sich erinnern, daß der Mann, welchen sie in Stuttgart und anderswo so stürmisch empfingen, daß dieser zweiten Dezember Taufene von französischen Demokraten nach Lambessa und Cayenne schickte, daß der Reichskanzler des Monarchen, den er in Salzburg besucht, derselbe Minister von Beust ist, der 1849 nach den Dresdner Maitagen die Kämpfer für die Reichsverfassung in das Zuchthaus von Waldheim schickte, auf jene trockene Guillotine, deren Schilderung die süddeutschen Demokraten aus den früheren Jahrgängen der Wochenschrift des Nationalvereins und aus dem Buche Rödels erfahren können, nach jenem Waldheim, in welchem ein Heint, ein Bertruner des Herrn von Beust, die politischen Gefangenen unter den rothen Wisch legen und blutig hauen ließ, oder sie in Zellen steckte, die schlimmer waren, als die Kasche, in welche man wilde Thiere sperrt.

Glauben Sie aber nicht, daß diesen Gefühlen irgendwelche Sympathien des Volkes in Thüringen, wie in ganz Norddeutschland, zu Grunde liegt. Man fürchtet das Bündniß Oesterreichs und Frankreichs nicht, nur wird man auf der Wacht stehen und durch die Ereignisse sich nicht überraschen lassen! — Was nun die Wahlresultate selbst anlangt, so sieht jetzt schon so ziemlich fest, daß die nationale Partei in Thüringen, welches 12 Abgeordnete zum Reichstag zu wählen hat, seinen Platz einbüßen wird. Sie wird ebensoviel zur nationalen Partei gehörige Abgeordnete nach Berlin schicken, wie im Februar; vielleicht sogar noch Einen mehr, da an Stelle des weimarischen Ministers von Watzdorf, der wohl aus Scheu vor einer Ablehnung eine Wiederwahl abgelehnt hat — seine Mitgliedschaft als Bundesstaatsbevollmächtigter dürfte kein Hinderniß sein — Professor Endemann, Oberappellationsgerichtsrath in Jena, ein entschiedener Anhänger der Nationalpartei, alle Aussicht hat gewählt zu werden. —

Zur Parteistellung in Thüringen.

*Aus Salzungen vom 13. August erhalten wir folgende, gegen die Korrespondenz aus Thüringen in Nr. 117 dieses Wochenbl. gerichtete Zuschrift eines Nationalvereinsmitgliedes, welche wir unverkürzt wiedergeben, jedoch selbstverständlich unseren Korrespondenten vorbehalten, gegen den darin enthaltenen Vorwurf fachwidriger Mittheilungen nach Gebühr zu replitiren. Die Zuschrift lautet:

„Das Wochenblatt des Nationalvereins bringt schon längere Zeit Korrespondenzen aus Thüringen, welche in vielfacher Beziehung unrichtig

Digitized by Google

sind, oder vielmehr keinesweges den Anschauungen aller Mitglieder des Nationalvereins in Thüringen entsprechen. So lange indeß dieselben nur einzelnig, den Thatsachen nicht direkt widersprechend waren, konnte man dieselben mit so vielen anderen hinnehmen. Nr. 117 des Wochenblatts bringt aber einen Artikel, welcher nicht nur dem wirklichen Sachverhalt entgegenläuft, sondern auch nicht frei von Verdächtigungen ist, welche eine Erwiederung nöthig erscheinen lassen.

Seit den großen Ereignissen im vorigen Jahre war allerdings unter den Mitgliedern des Nationalvereins in Thüringen wie überall eine gewisse Apathie eingetreten, doch führte dieselbe noch nicht zum Bruche, nur man hoffte immer noch von der künftigen Bundesverfassung und dem Reichstage das Heil; deßhalb stellen auch faß sämmtliche Wahlen in Thüringen auf Nationalvereinsmitglieder. Als jedoch die Verhandlungen des Reichstages das nie Gehoffte, Unerwartete zu Tage förderten und viele der Hauptsitzer des Nationalvereins durch allzubereitwilliges Nachgehen, um das Einbetstwerk zu fördern, die Rechte und Freiheiten des Volkes preisgaben, als auch im Wochenblatte des N. B. das nie Geglaubte Eingang fand, und Männer wie unser Schulz und F. Duncker in Briefen und Broschüren wegen Vertheidigung der Volksrechte Angriffe erleiden mußten, ohne daß vom Heimgeheer auch nur eine Bemerkung hinzugefügt wurde, da fielen viele sonst treue und eifrige Mitglieder vom Vereine ab, und die Apathie schlug entlich in Antipathie um.

Kurz vor den neuen Reichstagswahlen, welche in den nächsten Tagen vollzogen werden sollen, regte es sich zu einer neuen Parteibildung, und nahm namentlich Dr. Kreuznacher aus Eisenach, ein früher sehr thätiges Mitglied des Nationalvereins, ein sehr achtungswerther Charakter, die Sache in die Hand. Er versuchte unter den demokratischen Elementen eine Verbindung zu ergielen, um mit gemeinsamen Kräften in die neue Ordnung der Dinge mit thatkräftig einzutreten und auf gesetzlichem Wege im Reichstage für die Erhaltung der Volksrechte zu wirken. Auf einer Vorversammlung in Gotha einigte sich für den angedeuteten Zweck die extreme und gemäßigte Partei; auf dieser Versammlung ging allerdings die Versammlung vom 5. August in Eisenach hervor, in welcher es freilich gleich am Anfang zu einem kleinen Conflikt, an sich von keiner großen principiellen Wichtigkeit, in Folge einer Urlaubrung des Programms durch den Vorsitzenden kam, was den Austritt einiger früheren Mitglieder des Vereins im Nationalverein im Gefolge hatte. Und sichen der Austritt etwas übereilt und wir selbst kamen schon etwas zu spät, um mit zur Ausgleichung zu wirken.

Die weiter fortgesetzten Verhandlungen erwiesen, daß man sich bei guten Willen verständigte, da der Vorsitzende sein Amendement zu dem früher aufgestellten Programm auf unsere Opposition hin fallen ließ und daß selbst auch von Niemanden in der Versammlung selbst wieder aufgenommen wurde, um also der Sund gänzlich wegfiel, weshalb viele der Ausgetretenen Herren, wie Katenstein und Hertog, die Versammlung verließen.

Zweck der Versammlung war die Gründung eines Wahlvereins für Thüringen, zu welchem jedes Mitglied mindestens 5 Thlr. jährlich beizusteuern hat. Aus diesem Fonds sollen die Agitationen für Wahlen auf Grund des Programms bestritten und womöglich den Abgeordneten auch die Kosten zu Reichstage ersetzt werden. Der Sitz des Vereins ist vorläufig Jena, sein Vorstand Dr. Wilh oert. Ausschußmitglieder sind 1) Justizamtmann Aufseß in Waltershausen. 1) Dr. Kreuznacher in Eisenach. 3) Kaufmann Felgenhaun in Suhl. 4) Oberbürgermeister Hertel in Saalfungen. 5) Pastor R. Oberlin in Posneck.*)

Schreiber dieser zeilen hält es für einen großen Fortschritt, daß sich die verschiedenen wetteifenden Elemente gesammelt, und auf Grund der Norddeutschen Bundesverfassung mit auf den neuen Ordnung der Dinge theilnehmen wollen. Auch müssen wir erwarten, obgleich wohl verschiedene Richtungen in der Versammlung vertreten waren, daß man von Dem weit entfernt war, was Ihr Correspondent aus Thüringen angibt, und daß ja die nationalstaatliche Partei angeblich dasselbe erstreben will, was sich dieser Verein für Thüringen als Ziel gesetzt hat; es ist Niemanden in der Versammlung eingefallen, den Gedanken des Bundes, das preußische zu vermeiden, man will mitarbeiten und dem Bau seine Kräfte gerne widmen. Aber man ist sich auch dabei bewußt, daß, will man das ganze deutsche Volk mit zur Arbeit heranziehen, auch die Rechte desselben gewahrt werden müssen und keine weiteren weiß gegeben werden dürfen, sondern man für Erringung derselben kräftvoll eintreten hat.

Es haben sich mehrere Mitglieder des Nationalvereins an diesem Bestreben betheiligt und sind der Meinung, daß der Nationalverein dasselbe Ziel verfolgt habe, und nur diesem Ziel seine frühere Popularität verdankt; man weiß nun aber mit großem Unrecht vor, daß vor den Nationalvereins verbergerten, diesen Mitgliener mit theilweise noch sind, und für dessen Verbreitung wir mit unseren schwachen Kräften seiner Zeit eifrig gewirkt haben. Wir sind ferner der Meinung, daß es hohe Zeit, mit den etwaigen seitherigen Verdächtigungen einzuhalten und sich lieber wieder die Hände zur gegenseitigen Unterstützung zu reichen, aber mit solchen unrichtigen Mittheilungen, wie Sie Ihr Here Correspondent aus Thüringen macht, schürt man nur das Feuer um nährt dasselbe im eigenen Hause.

*) Herr Richard Oberlin gehört zu unserer Minorität im Volksparlament in schwäbisch-reichsfalen Sinne, und ist aus diesen Grunde, unter heftigen Kundgebungen der Feindschaft gegen die preußische Führung, längst aus dem Nationalverein ausgeschieden. In Bezug auf ihn wenigstens hat also unser Herr Correspondent jedenfalls Recht. D. R.

Zeitungsschau.

— „Nur nicht verzagt", lautet die Aufschrift eines Leitartikels des Stuttgarter „Beobachters" vom 20. d. M. Und was ist es, welches Unheil, welche Gefahr, wogegen es Trost und Muth einzuflößen gilt? Nichts anderes, als, wie und der Ausgang des Artikels beweist, die höchst bedenkliche, höchst niederschlagende Nachricht von dem Projekt einer Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit — dem König von Preußen! Denn natürlich! wenn diese Nachricht sich bewahrheitete, müßte das patriotische Herz des Beobachters und seiner Gesinnungsfreunden erzittern in banger Sorge, daß das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen sich wieder freundlicher gestalten, und am Ende gar das schöne österreichisch-französische Bündniß. Diese letzte Hoffnung, aller wahrhaften Deutschen, in Rauch aufgehen möchte; auch das „Volk" von Stuttgart würde dann, beklärlig gesagt mit seinem Dogmelen auf Napoleon III. sich recht unsanft hingesetzt haben. Freilich, der „Beobachter" gesteht die Hoffnung auf das Ausland nicht ein, wir wollen zu seiner Ehre annehmen, nicht einmal sich selber; vielmehr erhamel er nach wie vor, das die deutsche Nation das Joch der preußischen Gewaltherrschaft nächstens und eigener Kraft abschütteln werde. „Mögen daher", ruft er aus, „alle neben Herrn wimmeln die uns wieder retten und sich wie die Aweisen bei allen möglichen Renderungen und Besuchen mit diplomatischen Fuchsfeten betasten und dreischaffeln, mit all ihrer Familienpolitik, mit all ihren dynastischen Verschränkungen und mit all ihren hochfürstlichen Naturanlagen werden sie die Thatsache nicht ändern, daß ein großes Culturvolk wie das deutsche, wenn es einmal auf so hoher Stufe der Civilisation und des nationalen Bewußtseins angekommen ist, sich den Weg zu seiner freien Selbstgestaltung, wie zu seiner nationalen Einheit bahnt und ein künstliches, kleinliches und geistloses Stümperwerk, wie das des Grafen Bismarck, in ihrer Entwicklung unbedenklich niederreißt."

In derselben Nummer ist der neulich „Wahlprügel" des alten Harkort, „Schwaben und Preußen zu Ruh und Frommen" abgerennt, wie denn überhaupt dieses Machwerk, in welchem Unwürdigkeit und Aberwitz mit einander den Ring streitig machen, im Triumph durch die ganze preußenfeindliche Presse getragen worden ist.

— Ueber das neulich bürschlich-französische Spektakel äußert die Bad. Landerzeitung! „Den französischen Gästen mag man über Verbrüderung gut halten; die Franzosen sind nicht die einzigen Sterblichen, denen es wohl thut, sich betrachten zu lassen, wohl aber gehören die Franzosen den zweiten Kaiserreich zu Denen, für die das hohe Schauspiel eines Festes, wo ein freies Wort straflos gesprochen werden darf, ein Reiz eines interessanten und überaus seltenen Naturgenusses hat. Der Franzose Nestor ist neulich vor Staunen fast auf den Rücken gefallen, als er der Versammlung eines preußischen Arbeitervereins beiwohnen durfte und die Ortsbehörde machte, daß sich unter dem Kommando der verreisten preußischen Säbelregiments recht gut wohnen laße. Wie werden die Gäste der Herren Bille und Orla Lehmann erst im Rausche bäuischer Volkserhebelt geschwelgt haben!

Die Lallung der Tänen aber bei diesem Feste hat aus uns einen überaus klaglichen Eindruck gemacht.

Die französische Presse wird zu einem Besuche in Dänemark stürmisch gepreßt, sie schickt einige Herren, die sie gut kutschen kann, von deren Namen aber die Welt nie auch nur das Mindeste vernommen hat, und denen sichtlichen sich zwei ganz dunkle Mitglieder des gesetzgebenden Körpers an, die vielleicht viel persönliche Sympathie, aber lediglich keinen Anflug von Ruf in die Oeffentlichkeit mitbringen und vor dieser Hand voll Privatleuten weint sich das ganze amtliche Dänemark, die Ministerium an der Spitze, einige Tage schwelgerisch in den Strand.

Nicht ohne Ekel kann man die Toaste lesen, die dort von wohlbekannten Größen auf die französische „Gleichstsation" ausgebracht worden sind. Die Gleichstsation war das einzige Schlagwort, das diese armselige Abteilung anzufachen wußte, um etwas zum Preise des zweiten Kaiserreichs zu singen.

„In den Fußspuren französischer Civilisation sei Dänemark stets gewandelt", so ließ sich Orla Lehmann vernehmen. Er hat recht. Der Mann, der gelagt hat, „man müsse den Schleswig-Holsteinern mit blutigen Striemen auf den Rücken schreiben, daß sie Dänen seien," der darf sich der französischen Civilisation rühmen. Er und sein Anhang waren in den Herzogthümern in der That die Erben des Napoleonismus, den 1813 das preußische Volk in Blasen blutig gebrochen hat, und es kann nicht schaden, daß er uns bei seiner Gelegenheit an die allen unverlebte Analogie erinnert hat; das wird uns vor unzeitigen Annwandlungen mißleiteter Humanität bewahren helfen.

Die anmüthigen Seelen aber, die heute noch des Jammers kein Ende finden, daß der Deutsche Bund nicht mehr unter den Lebenden ist, wollen wir daran erinnern, daß es ein Tänne war, der 1861 auf den Düppeler Schanzen einen Trinkspruch ausbrachte auf das Gedeihen und lange Leben des Deutschen Bundes, denn sie langebeehebehe, habe Dänemark nichts für seine Herrschaft über die Herzogthümer zu fürchten."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

№ 120. Heidelberg, den 5. September. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Das neueste Kriegsmanifest des Hrn. Dono Klopp. — Deutschland auf dem Marsfelde. — Zur Frage der Reform der Volksvertretung. — Aus Thüringen. — Aus Süddeutschland. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Frankfurt, 3. September.

†* In dem Augenblicke, wo wir schreiben, läßt sich das Ergebniß der Reichstagswahlen noch nicht einmal annähernd übersehen. Voraussberechnungen sind bei dem direkten allgemeinen Wahlrecht an sich schwierig, und um so schwieriger bei dem unentwickelten und verworrenen Stand unserer gegenwärtigen Parteiverhältnisse. Vor Allem ist noch völlig unerkennbar, ob in der Mehrzahl der Bezirke, wo liberale Candidaten verschiedener Schattirungen mit einem altconservativen zu ringen hatten, die politische Vernunft, die Erkenntniß der liberalen Solidarität gegenüber dem stärkeren, im Volksgeiste der Macht befindlichen Gegner, oder ob Leidenschaft und Fanatismus den schließlichen Sieg davon getragen haben. Zu hoffen ist, daß man an vielen Orten wenigstens in der letzten Stunde, bei den engeren Wahlen, die diesmal wohl noch zahlreicher nöthig sein werden als im Januar, sich auf das wahre Interesse des „Fortschritts“ besinnen wird. Das heißt, in den Reihen der gemäßigten Fortschrittspartei; mit den Eigentlichen des Radikalismus eine Wahlallianz eingehen zu wollen, besonders mit ihrer vaterlandslosen Species, deren Hauptorgan die Berliner „Zukunft“, wäre ein ebenso vergebliches, als kompromittirendes Unternehmen. Ohnehin wird auch durch die jetzt vollzogenen Wahlen die hoffnungslose Schwäche dieser Partei wieder aufs Gründlichste offenbar werden.

Uebrigens, trotz aller Zerklüftung innerhalb der Opposition, und trotz der beklagenswerthen Lauheit und Verdrossenheit, durch die in vielen Bezirken gerade die bürgerlichen Wähler von der Erfüllung der Wahlpflicht sich abhalten ließen, sind wir dennoch überzeugt, daß die liberale Partei auf dem bevorstehenden Reichstage zum Mindesten keine schwächere Stellung erhalten wird, als sie das vorige Mal inne hatte. Auf eine entschiedene und geschlossene Mehrheit wird sie nicht rechnen dürfen, wohl aber, in Verbindung mit den verwandten Gruppen zur Rechten und Linken, im Stande sein, bei wichtigen Entscheidungen den Ausschlag zu geben, und der Feudalpartei mit Erfolg die Spitze zu bieten. Kurz, auch diesmal wohl werden die Nationalliberalen zusammen mit den Freikonservativen das Schicksal der Abstimmungen in der Hand halten. Wie es denn überhaupt ziemlich wahrscheinlich ist, einen normalen Verlauf der weitern Entwicklung vorausgesetzt, daß in der ganzen nächsten Zukunft des norddeutschen, ja vielleicht selbst des deutschen Reichstags das parlamentarische Uebergewicht weder den Liberalen noch den Conservativen ausschließlich, sondern vielmehr einer Coalition der gemäßigten Elemente beider gehören wird.

Der Lärm über Salzburg ist so ziemlich verrauscht. Die Wiener Blätter, die officiösen wie die mehr oder minder unabhängigen, haben sich bewegen gefunden, reichlich Wasser in ihren Allianzwein zu gießen, bis schließlich nichts übrig blieb als die dünne Versicherung, daß es den beiden Kaisern gelungen sei, die wesentliche Gleichheit der beiderseitigen Reichsinteressen einander zur „Anschauung“ zu bringen. Natürlich ist aus dieser Dämpfung des Tons allein noch nicht auf die thatsächliche Ergebnißlosigkeit des Salzburger Gespräches zu schließen; wohl aber ist sie aus anderen, hinlänglich bekannten Gründen wahrscheinlich genug. Von den nachträglichen Versionen dürfte die innerlich glaubwürdigste immerdin die sein, wonach Napoleon und Franz Joseph zwar vollkommen einig waren in dem innigsten Wunsche, Preußen am Main festzubannen, Franz Joseph sich aber vorerst außer Stand erklärte, bestimmte Verpflichtungen einzugehen für den Fall, daß eines schönen Morgens der Bann sich gebrochen fände. Ob man bei der nächsten Zusammenkunft im Oktober zu bestimmteren Vereinbarungen kommen wird, ist abzuwarten. Gleichwohl wird man die Salzburger Zusammenkunft nicht für völlig bedeutungslos halten dürfen. Oesterreich stand in Bezug auf die süddeutsche Frage vorher noch gänzlich unentschieden, es konnte sein Interesse in der Wiederanknüpfung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Preußen finden, sich mit dem Gedanken der vollen und ganzen deutschen Einheit aussöhnen, auf ihre Hemmung entgültig verzichten. Mit Salzburg hat es zwar die Brücke zu dem Allem noch nicht völlig abgebrochen, aber immerhin einen ersten Schritt gethan auf dem entgegengesetzten Wege, und der erste Schritt ist in der Regel der entscheidende.

Freilich, der in Norddeutschland vorherrschenden Ansicht zufolge können uns alle diese Zetteleien und Zukunftspläne der beiden böswilligen Nachbarn vollkommen gleichgültig sein, da sa die, vor Allem durch das Zollparlament angebahnte Entwickelung ganz unmerklich und wie von selbst, ohne daß das Ausland auch nur einen greifbaren Anlaß fände zur Einsprache, in den völligen Anschluß hinüberleiten werde. Wir können das nicht so ganz finden; ein staatsrechtliches Band mit dem Süden ist durch all' Das was bis jetzt vorliegt, noch nicht geknüpft, und um es zu knüpfen, dazu wird immer der förmliche Eintritt in die Bundesverfassung und der förmliche Entschluß der süddeutschen Fürsten, sich der Krone Preußen verfassungsmäßig unterzuordnen, gehören müssen. Gerade in dem bedeutendsten der Südstaaten scheint aber der Gedanke an ein solches Ende des jetzigen Zwischenzustands den leitenden Kreisen neuerdings vielmehr ferner statt näher zu rücken. Die Erinnerung an die Lehren des vorigen Jahrs verblaßt dort immer mehr, und die alten bojoarischen Träumereien von selbstständiger Wichtigkeit und Machtstellung spuken wieder bei hellem Tage. Von einem Südbund will man freilich nichts wissen; mit Oesterreich verabscheut man ihn selbst, und ohne Oesterreich und mit bayerischer Spitze, weiß man, verabscheuen ihn die Andern. Aber man sucht aus der Noth eine Tugend und sich und der Welt glauben zu machen, gerade der Zustand von heute sei für Bayern, für Deutschland, ja für Europa der vortrefflichste und wünschenswertheste, den es geben könne. Diese wunderbare Weltanschauung wird insbesondere in dem Programm

Digitized by Google

gepredigt, welches die Nachfolgerin der verblichenen „Bayerischen Zeitung", die Süddeutsche Presse, vor einigen Tagen veröffentlicht hat. Ueber den Inhalt desselben ist kein Wort weiter zu verlieren, es ist die alte wohlbekannte v. d. Pfordten'sche Trias, gehüllt in Ringelmann's Mantel der „providentiellen Bestimmung Bayerns", neu daran nur etwa die hochpolitische europäische Anfassung. Aber als Symptom ist dieses Wiederauftauchen immerhin von Bedeutung, besonders wenn es wahr wäre, daß das neue Blatt keineswegs bloß irgend einer Nebenregierung, wie das in Bayern ja wohl möglich, sondern dem offiziellen Ministerium, also, in deutschen und auswärtigen Dingen, dem Fürsten Hohenlohe selber als Mundstück zu dienen hat. Wenn das am grünen Holze geschieht, was soll dann mit dem dürren werden? Allerdings, man ist in der letzten Zeit ziemlich davon zurückgekommen, in dem Fürsten einen wenn auch staatsmännisch vorsichtigen, doch immerlich entschiedenen Vertreter des nationalen Gedankens zu sehen; aber von Unsicherheit und Schwanken ist doch noch ein weiter Schritt zu so ausgebildeter positiver Verkehrtheit. Vorläufig, als nunmehrsöbliche Beweise vorliegen, wollen wir daher hoffen, daß Fürst Hohenlohe seinestheils an dem Fröbel'schen Programm unbetheiligt ist. —

Von dem neulichen Excek im Stuttgarter Bahnhofe hat die ganze deutsche Presse Akt genommen; daggegen scheint ein um nichts geringerer Verstoß gegen die einfachsten Gebote des nationalen Takts und Anstands, obendrein nicht von Schwaben, sondern von Preußen verübt, fast unbemerkt geblieben zu sein. Wir meinen die Mitwirkung einer Aachener Sängergesellschaft bei dem neulichen Einvertebungsfest in Lille. Daß deutsche Sänger sich herbeilassen, ein politisches Fest von diesem Charakter, und bei der heutigen Stellung Frankreichs zu Deutschland, verherrlichen zu helfen, das heißt denn doch die erlaubten Grenzen der Harmlosigkeit stark überschreiten, auch zugegeben, daß an den politischen Sinn und Verstand von Sängervereinen erfahrungsmäßig keine anderen Ansprüche als die denkbar niedrigsten gestellt werden dürfen.

Aus Preußen, 31. August. Während ich schreibe, werden die Wahlen vollzogen. Es ist leider sehr ungewiß, ob die Betheiligung des Volkes an denselben eine starke sein wird. Vielfach herrscht in Bezug auf dieselben Gleichgültigkeit oder Resignation. Selbst der „Volksztg." wurde es unheimlich bei dieser Stimmung des Volkes, zu deren Erzeugung sie doch selbst nach besten Kräften beigetragen hat, und gestern, am Tage vor der Wahl, mahnte sie dringend zu lebhafter Betheiligung. Aber wenn man das Volk tagtäglich mit Mißtrauen gegen den Norddeutschen Bund erfüllt und ihn als ein Hinderniß der nationalen Einheit schildert, statt als einen großen Schritt zur Herstellung derselben; wenn man täglich mit Rabulisterein aller Art beweist, daß die Bundesverfassung nicht im' Entferntesten die Volkswünsche erfüllt, vielmehr die Volksrechte ernstlich gefährdet; wenn man sich mit „unserem" Duncker (s. die Korrespondenz aus Thüringen in der vorigen Nummer) zu der kühnen Behauptung aufschwingt, „daß das preußische Volk durch die Bundesverfassung mehr Rechte verloren hat, als es besaß", und wenn man dann doch sich auf den Boden dieser Verfassung stellen muß, weil man nicht zu ihrem Umsturz auffordern darf, und dann zur Bekundung seiner Loyalität — nach Hrn. Bürgers von der „Rhein. Ztg." — ja ihr die Stellung nimmt, „welche die Feudalen seit 1851 zu der preußischen Verfassung genommen haben:" — dann kann sich kein verständiger Mensch wundern, daß man dadurch Gleichgültigkeit oder Resignation hervorruft, die nachher nicht gleich wieder auf eine Mahnung hin verschwinden. Eine solche Volksstimmung fördert aber die Gefahr einer konservativen Majorität auf dem Reichstage, die dann allerdings der „Volksztg." und ihren Genossen die Genugthuung verschaffen könnte, ihre düsteren Prophezeiungen mehr oder weniger in Erfüllung gehen zu sehen. Sie haben dann ja Recht gehabt, — freilich auf Kosten des Vaterlandes! —

Die offizielle „Prov. Korr." fordert unter Hinweisung auf die Salzburger Zusammenkunft und die noch immer thätigen Gegner der deutschen Einheit die Wähler auf, durch „patriotische" Wahlen (30 Landräthe!) ihr Einverständniß mit der Regierung zu dokumentiren. Für die sog. konservative Partei wäre diese Aufforderung nicht einmal nöthig gewesen. Diese Partei hat ihre alten Grundsätze längst preisgegeben und nimmt sich gar nicht mehr die Mühe, neue aufzustellen. Sie folgt, wenn auch ungern, dem Grafen Bismarck, wie sie früher dem Hrn. v. Manteuffel folgte und wie sie ihm morgen wieder folgen würde, wenn er wieder zur Gewalt käme, — selbst bis nach Olmütz! Zwischen diesen „Konservativen" (Junkern) und den englischen Tories besteht eine unausfüllbare Kluft. Die „freikonservative Vereinigung" auf dem ersten Reichstage, die Ujest, Bethusy-Huc, die gewisse große Grundsätze des Rechts, der gesetzlichen Verwaltung, des Schutzes der Bürger und der Gemeinden vor willkürlichen Eingriffen der Bürokratie, gewisse Grundzüge der Selbstverwaltung mit den Liberalen gemein haben, wenn sie denselben auch eine möglichst enge Auslegung geben, sind unsern „wahren" Konservativen reichlich zu verhaßt, wie die Demokraten. Für sie gibt es nur ein Programm: Unterstützung der jeweiligen Regierung, unter bestimmter Voraussetzung dankbarer Gefälligkeit gegen die Personen der Partei, und Vertheidigung aller Maßregeln der Regierung, selbst offenbarer Fehler und offenbar mit den Gesetzen nicht in Einklang zu bringender Handlungen (Oberg'scher Fall). Diese „Patrioten" wählen natürlich überall die Männer, die der Regierung genehm sind, und fügen auch in der Regel nichts zur Empfehlung derselben in ihren Wahlaufrufen hinzu, als den stehenden Refrain: Mit Gott für König und Vaterland. Das scheint aber der Staatsregierung gar nicht einzufallen, daß sie den freigesinnten Männern, deren Unterstützung sie in Anspruch nimmt, auch ihrerseits durch ihre Handlungen und ihre ganze Haltung entgegenkommen muß, und das ist begreiflicher Weise gerade für die Erfolge der national-liberalen Partei bei den Wahlen von großem Nachtheil gewesen.

Man darf diese Erfolge natürlich nicht nach den zuversichtlichen Behauptungen der Fortschrittspartei messen, nach denen sich das Volk „überall" von den National-Liberalen abgewendet hat. Die bürgerlichen Kreise, in denen sie ihre Stütze haben, sind wenig beweglich und wenig geneigt zu öffentlichen Kundgebungen; die Partei ist noch jung und der zu ihrer Organisation von den Nationalen angergte Reform-Verein besteht eben noch nicht; indessen erst der Ausfall der Wahlen wird ein sicheres Urtheil darüber gestatten, wie viel Wähler denn hinter dieser lärmenden Agitation (Waldeck ist z. B. bloß in Rheinland und Westfalen sechsmal aufgestellt!) der Fortschrittspartei stehen; ich glaube nicht, daß das Resultat den großen Worten entsprechen wird. Freilich war die Fortschrittspartei bei diesen Wahlen in einer viel günstigeren Stellung, als die National-Liberalen. Es gab eine Zeit, wo die große Mehrheit des Volkes ganz in dem Sinne dachte und fühlte, in welchem die National-Liberalen im Abgeordnetenhause und auf dem Reichstage sprachen und stimmten. Wenn es der Fortschrittspartei gelungen wäre, die Gesetze über die Indemnität und die Amerikenen und die Bundesverfassung zu Falle zu bringen, und wenn die Regierung in diesem Falle an das Volk appellirt hätte, so würde dasselbe ein furchtbares Gericht über die „Hätlernen" Charaktere verhängt haben. Aber durch die konsequente Aufrechthaltung des „Systems" in den alten und neuen Provinzen (durch bureaukratische Uebergriffe zu Gunsten der feudalen Partei, durch das „energische" Vorgehen des Grafen Lippe gegen die hessischen Richter, welches seine Stellung sogar befestigt haben soll, durch die der preußischen nachgebildeten Zusammensetzung des hannoverschen Provinziallandtags mit besonderer Begünstigung der „Ritterschaften" trotz ihrer preußenfeindlichen welfischen Gesinnungen u. s. w. u. s. w.) hat die Regierung eine tiefe Verstimmung im Lande hervorgerufen und der Fortschrittspartei wieder in die Bügel geholfen, die sie im vorigen Jahr gänzlich verloren hatte. Bei dieser

Digitized by Google

Verstimmung des Volkes gelang es den perfiden Verdrehungen und Verdunkelungen der bekannten Fortschrittszeitungen, den Unterschied zwischen der nationalen und der innern Politik als eitle Täuschung des Volkes hinzustellen und so mehr und mehr der frechen Verläumdung einen fruchtbaren Boden zu schaffen, daß die nationale Partei lediglich eine gouvernementale sei und nur zum Schein noch hie und da liberale Opposition mache, um ihr Einverständniß mit der Regierung zu verhüllen. Etwas bleibt von solchem täglichen Denunziationen weitverbreiteter Blätter immer hängen; Gouvernementalität ist jetzt schon wieder ein gut erdachtes Schreckmittel für den gefinnungstüchtigen Urwähler, für dessen Unterscheidungsvermögen die Trennung der nationalen Politik von der Verwaltung im Innern vielleicht schon zu kompliziert ist. Die Radikalen werfen Alles in einen Topf und rufen ohne im Sturm zu wanken? „Was kann von Nazareth Gutes kommen?“ Das ist viel einfacher und „entschiedener.“ Zudem ist es viel leichter und für die Agitation wirksamer, wenn man alles Positive tief herunterreißt und verwirft, unter dreister Anpreisung schöner, aber sehr dunkler Zukunftsziele, als wenn man ein mangelhaftes Werk vertheidigen und nachhaltige ernste Arbeit für die nationale Einheit fordern muß, namentlich einem Ministerium gegenüber, dessen meiste Mitglieder offenbar keine Ahnung vor der Erschwerung des Einheitswerkes durch die fortgesetzte Reaktion im Innern haben, die vielmehr augenscheinlich der thörichten Ueberzeugung leben, daß die deutsche Einheit recht wohl mit Junkerpolitik im Innern bestehen könne. Was hilft es, die Unmöglichkeit aus den Verhältnissen zu beweisen? Die Regierung versucht es ja doch! —

So ist es den Agitatoren der alten Fortschrittspartei durch die Schuld der Regierung in der That mehrfach gelungen, die nationale Einheit in Mißkredit zu bringen und den nationalen Aufschwung zu lähmen. Sie sprechen vollständig in dem Tone und in dem Geiste, in welchem Hr. Dr. Freese auf der berühmten Kanonenschlag-Versammlung in Frankfurt sprach. Welche Rolle könnte dieser in der gegenwärtigen Agitation neben Duncker und Weiß und Richter spielen: — sollte dem wackeren Schulze-Delitzsch unter Denen, die ihn jetzt noch, wenn auch widerstrebend, zu ihren Kroppzähen rechnen, niemals das Lockenhaupt Freese's erscheinen sein? Freilich wird der nationale Geist bald wieder erstarken, wenn der Reichstag die rechte Stellung einzunehmen vermag; aber reden hilft nicht, er muß durch seine Thaten die öffentliche Meinung gewinnen, die gegen ihn gewendet ist. Was die Furcht vor dem Verlust der Volksrechte nicht gethan hat, das hat die Angst vor den neuen Steuern gethan, die den durch kolossale Uebertreibungen gränzsteten Steuerzahler für Harkort'sche Wahlprogramme und sonstige Kapuzinaden empfänglich macht. Nun soll gar der Tabak besteuert werden: — es ist ja sicher eine sehr ernste Frage, ob im Fall des Bedürfnisses eine direkte Reichssteuer oder eine Vermehrung der indirekten Steuern vorzuziehen ist; aber wenn man die Fortschrittspresse liest, so sollte man meinen, die nationale Einheit sei vollständig in Rauch aufgegangen; solche Opfer darf sie uns nicht zumuthen! Wenn der volkswirthschaftliche Kongreß die Tabaksteuer für nicht absolut unzulässig erklärt, so schreit diese Presse: „Reaktion, Reaktion! Nun wisst ihr, was die — Nationalen eigentlich beabsichtigen!“ Und wenn Fortschrittsmänner in Halberstadt und Halle für gemäßigte Liberale stimmen, wahrscheinlich weil sie keinen anderen durchsetzen können, so giebt die „Volkstg.“ die ganze Schaale ihres Zorns auf diese „national-liberalen-Fortschritts-Demokraten“ herab und ruft zum Schutze gegen die „verpfeffmeierten Führer!“ die — Cigarrenmacher auf, statt wie Unruh und Virchow die liberalen Fraktionen zur Einigung zu mahnen.

Die Kreuzzeitung beharrt dabei, daß die Bildung eines Südbunds unter Theilnahme Oesterreichs beabsichtigt werde, und auch die „Prov. Korr.“ läßt wenigstens die Möglichkeit von „Thaten“ der Feinde der deutschen Einheit durchblicken. An bösem Willen fehlt es gewiß nicht; er könnte rasch zum Guten führen, wenn die annaßende Einmischung der Fremden überall eine kräftige Regung des Nationalgefühls hervorriefe und wenn die preußische Regierung durch das Verlassen ihres Systems den Anstoß zur Beseitigung der letzten Vorurtheile zwischen Süd und Nord gäbe. Das Gerücht, durch eine Zusammenkunft des Königs mit den südbeutschen Fürsten eine Gegendemonstration gegen Salzburg zu bilden, ist bis jetzt wenigstens nicht dementirt. Die Berufung dänischer Vertrauensmänner zur Berathung der von Preußen bei etwaigen Abtretungen geforderten Garantien hat dem Auslande und den Schatten eines Vorwandes zur Einmischung in den deutsch-dänischen Streit genommen, und die Dänen haben bei den lächerlichen Festen zu Ehren der 15 dunkeln Ehrenmänner aus Paris so viel guten Willen zu neuen Feindseligkeiten gegen Deutschland an den Tag gelegt, daß gewiß außer der „Köln. Ztg.“ es Jedermann für eine unverzeihliche Thorheit halten wird, wenn man dem Art. 5 des Prager Friedens nicht eine möglichst enge Auslegung gibt. —

Die Redaktion hat ein Fragezeichen zu meiner Bemerkung gemacht, daß die HH. Welcker, Venedey u. s. w. auf die Intervention des Auslandes hoffen; ich hätte vielleicht besser: rechnen gesagt. Ich meine mich aber bestimmt zu erinnern, daß in der Denkschrift über die Errichtung der Südbunds gleichsam zur Aufmunterung oder zum Beweise der leichten Ausführbarkeit ohne weitere Einrede gesagt ist, das Ausland würde die Ueberschreitung der Mainlinie durch Preußen nicht dulden. Ich will mich herzlich freuen, wenn ich Unrecht habe; denn ich setze sonst wackere Männer wahrlich nicht gern auf solchen Wegen.*) —

*) Die „Denkschrift“ beruft sich auf die Einsprache des Auslands gegen den Mainübergang nicht sowohl „zur Aufmunterung“ für den Südbund, als zur Erhärtung der Unmöglichkeit oder Schwierigkeit des Eintritts in den Nordbund, wobei sogar die Miene des patriotischen Bedauerns angenommen wird. Krokodilsthränen ohne Zweifel; nur gerade von den beiden oben genannten Männern sind wir überzeugt, daß sie einer irgend bewußten Spekulation auf auswärtige Einmischung schlechterdings unfähig sind. Daß die Conseanenz ihres Standpunkts gleichwohl dahin führt, ist wohl richtig; indeß wird wenigstens Herr Venedey, unter Berufung auf seine ganze Vergangenheit, sich mit vollem Recht dagegen verwahren dürfen, daß man ihm als Heuchelei und Mangel an Nationalgefühl in das Gewissen schiebe, was bloß Verworrenheit und Mangel an Logik ist. D. R.

Digitized by Google

Das neueste Kriegsmanifest des Herrn Onno Klopp.

† Wie man in den vierziger Jahren dem Herrn Thiers nachsagte, daß er den Kaiser Napoleon als seinen „persönlichen Feind“ betrachte, so kann man von Herrn Onno Klopp sagen, daß er auf seine eigne Hand einen Vertilgungskrieg gegen den Staat Preußen führt. Er oder ich — scheint das Losungswort des grimmen Ostfriesen zu sein. Nach längerer nothgedrungener Waffenruhe wirft Herr Onno Klopp heute aus seinem verschanzten Lager zu Hietzing eine neue feurige Bombe gegen den Todfeind, in Gestalt einer Flugschrift, welche vom „Fridericianismus nach Friedrich II“ handelt.“

Der „Fridericianismus“ ist nämlich eine Art von politischem Desdeuthum, durch und durch aus Teufeleien zusammengesetzt, welches die Grundsätze und Regeln der preußischen Politik enthält, und das besonders durch Friedrich II in ein System der Theorie und der Praxis gebracht worden ist, wiewohl die Anfänge desselben ohne Zweifel bis in den Ursprung des brandenburgischen Markgrafenthums hinaufreichen. Durch jenen König, welchen die Preußen und ihre Nachbeter den Großen nennen, ist die nackte politische Sünde in die bis dahin vorhandene staatliche Unschuldswelt gekommen, und in zwischen in vermehrtem Wachsthum riesengroß geworden, zum Verderben Deutschlands und zur Gefahr für die ganze europäische Menschheit.

Wie aber in der alten orientalischen Götterlehre dem Ahriman der Ormuzd, dem urböses das urgute Prinzip gegenüberstehe, so dem Fridericianismus das — Habsburgerthum. Oesterreich ist in der Geschichte Deutschlands der Träger des öffentlichen Rechts, der öffentlichen Moral, der Treue des Glaubens, und wenn seiner Politik ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es der des allzu großen Vertrauens, der kindlichen Arglosigkeit, der übertriebenen Ritter-

lichkeit, mit einem Worte, das Zuviel der uneigennützigen Tugend.

Die Hauptsünde des „Fridericianismus“ und die Quelle der meisten seiner Laster ist natürlich der Trieb nach Erweiterung der Gränzen des preußischen Staats. Von diesem Vorwurfe läßt sich nun allerdings die preußische Politik, besonders seit Friedrich II nicht freisprechen, nur daß derselbe jeden andern Staat, welcher eine Rolle in der Geschichte gespielt hat, in gleichem Maße trifft, mit dem einzigen Unterschiede, daß Preußen in seinen Vergrößerungsbestrebungen glücklicher gewesen ist, und daß es seine Erfolge besser zu verwerthen gewußt hat, als die meisten seiner Nebenbuhler. Jener Erscheinung, die zu allen Zeiten und in allen Ländern der Welt gleichmäßig auftritt, liegt ohne allen Zweifel ein in der Natur der öffentlichen Dinge selbst fußendes Gesetz zum Grunde, dessen gebieterischste Forderung die der Selbsterhaltung ist. Der Staat, wie jedes lebendige Ding, verlangt einen gesicherten Bestand und findet denselben nur in der eignen Stärke, das heißt insbesondere in einer dem Bedürfnisse seiner Sicherheit entsprechenden Ausdehnung und Menschenzahl. Kein Staat, welcher diesen Namen verdient, der anders als durch Krieg und Eroberung zu seiner vollen Machtentfaltung gekommen wäre. Und die Geschichte hat von jeher jede Eroberung gutgeheißen, welche sich zu ihrer Rechtfertigung auf den Erfolg berufen kann, das heißt, die schließlich zum gemeinsamen Vortheil beider Theile ausgeschlagen ist, die Entwickelung des neuen Ganzen vorwärts gebracht, die Menschen dem Ziele des staatlichen Glücks einen Schritt näher geführt hat.

Für Preußen war die Vergrößerung seiner Macht von Anbeginn eine dringendere Bedingung der Existenz, als für alle anderen deutschen Staaten. An den äußersten Gränzen des Reichs gelegen, konnte es auf wirksamen Schutz desselben am wenigsten rechnen, obgleich es denselben gegen seine slavischen Nachbarn, mochten sie nun Wenden, Polen oder Russen heißen, am meisten bedurft hätte. Die Noth machte Preußen zum Eroberer und die Noth wurde mit der Zeit zur Tugend, zur unberechenbaren Wohlthat für die Gesammtsache der deutschen Nation.

Man muß in der That völlig blind sein für die grellsten Lehren und die blutigsten Erfahrungen der deutschen Geschichte, um zu verkennen, daß inmitten des tiefen Verfalls des Reichs das Entstehen und Wachsen der preußischen Staatsmacht allein die Nation vom Untergange gerettet hat. Es ist richtig, daß, wie Herr Onno Klopp sagt, der politische Geist Deutschlands viele Jahrhunderte lang der des staatlichen Föderalismus und der militärischen Defensive gewesen ist, während der preußische Staatsgeist der der Centralisation und des Angriffs ist. Mit dem Föderalismus und der Defensive ließ sich ausreichen, so lange das übrige Europa in mehr oder weniger ähnlicher Verfassung war. Wohin aber wären wir damit gekommen, seitdem uns ein einheitliches Frankreich zur Seite stand! Holland und Belgien, Elsaß und Lothringen, die Schweiz sind uns abhanden gekommen, Hannover und Holstein wurden uns mehr als halb entfremdet, wir mußten die Zeit des Rheinbundes erleben, die Franzosen den Herrn und Meister in allen unsern Hauptstädten spielen sehen, und nur der Bundesgenossenschaft des ganzen übrigen Europa und einem wunderbaren Zusammentreffen günstiger Umstände hatten wir es zu verdanken, daß wir endlich wieder auf die eignen Füße zu stehen kamen. Aber selbst dann blieben wir uns bewußt, trotz eines Bundesheeres von so und so viel hunderttausend Mann, kein ebenbürtiger Gegner Frankreichs zu sein. Und wohin würde es vollends mit uns kommen, oder schon gekommen sein, seit sich die ungeheure Masse Rußlands an unsrer Ostgränze gelagert hat, wenn nicht die achtunggebietende preußische Macht an der Weichsel und der Memel Wacht hielte!

In Antwort auf solche Fragen wird kein ehrlicher Mann auf Wien hindeuten und sprechen: das Haus Habsburg würde das Schwert und der Schild Deutschlands sein, ohne die Nebenbuhlerschaft Preußens. Daß der österreichische Kaiserstaat sich überlebt hat, und in vollem Verfall begriffen ist, läßt sich nachgerade mit Händen greifen. Unnöthig, nach dem Warum zu fragen. Jeden Falls ist nicht die Wegnahme von Schlesien Schuld daran, daß das Haus Habsburg die belgischen Provinzen, seine Vorlande im Elsaß und Breisgau, die Lombardei und Venetien verloren, daß ihm Ungarn dem Gehorsam aufgekündigt, daß seine slavischen Provinzen vom Geiste des Abfalls erfüllt sind, daß selbst in den deutschen Erblanden die Muthlosigkeit und der Zweifel an der Zukunft des Staats alle Tage lauter werden. Kurz, wir haben der Merkmale genug und im Ueberfluß, daß die Uhr Oesterreichs demnächst abgelaufen sein wird, und wer da meinen sollte, daß eine bundesfreundliche Hand etwa im Stande gewesen wäre, dieselbe vom Neuen aufzuziehen, der hat keinen Begriff von dem Mechanismus, um den es sich hier handelt.

Kehren wir indessen zu Herrn Onno Klopp zurück, um mit seinen eignen Worten einen Begriff von der Tiefe seiner politischen Auffassung und der Würde seines historischen Stylo zu geben. Die Mäßigung und Schonung, welche sich die Berliner Staatsklugheit in der Zeit des Bundestags den schwächern Bundesstaaten gegenüber zur Pflicht gemacht und bekanntlich insbesondere gegen Baiern und Sachsen geübt hatte, nennt Herr Onno Klopp: „ein Verfahren, analog demjenigen, nach welchem die Raubthiere des Katzengeschlechts, je nach Zeit und Umständen, die beweglichen Krallen einziehen können.“ Von Oesterreich dagegen heißt es: „Keine andre Großmacht in Europa kann mit solcher moralischen Zuversicht auf ihre Geschichte zurückblicken, hat eben darum von der Klarlegung dieser Geschichte eine solche Fülle von Anregungen zu moralischer Kraft ihrer Angehörigen zu erwarten, wie Oesterreich.“ Demgemäß ist es denn auch Preußen, welches im Jahre 1850 Oesterreich „zum Kriege provocirt“, während Oesterreich „in Olmütz Gnade für Recht ergehen läßt.“ Für Hannover entfaltet Herr Onno Klopp die ganze Blumenpracht des welfischen Hofhistoriographenstyls. Man höre: „Der König erhob sich nach Göttingen, um südwärts zu ziehen. Dorthin rief er seine Getreuen. Sie kamen. Sie waren nicht kriegsgerecht gerüstet. Aber es ruhte auf ihnen der alte Geist des Stammes der Niedersachsen, der Geist der Treue, der Ausdauer, der Geduld, der Hingabe für ihren König und das Vaterland. Sie zogen südwärts, geschaart um ihren König und seinen Prinzen, den Erben des Thrones, beide bereit und willig, die Mühen und Beschwerden mit dem Letzten zu theilen. Deutschland und Europa staunten ob eines solchen nie erhörten Kriegszuges. Das Staunen wuchs zur Bewunderung, als die Kunde erscholl, daß dieses nicht kriegsmäßig ausgerüstete Heer einen glänzenden Sieg errungen. Es war die einzige Niederlage der Preußen im ganzen Kriege.“ Man wird Herrn Onno Klopp wenigstens nicht streitig machen, daß er im rechten Augenblicke und für die rechten Ohren den Mund voll genug zu machen weiß. Eine der bemerkenswerthesten Stellen der Onno Klopp'schen Schrift findet sich auf S. 48 derselben, wo der Beweis geführt wird, daß der „Fridericianismus“ in Preußen heute noch viel schlimmer ist, als er zur Zeit seines Urhebers war. Friedrich II, sagt Herr Onno Klopp, antwortete auf den Vorschlag Voltaire's, die türkischen Sultane zu stürzen: ein souveräner Fürst dürfe nicht entthront werden, wenn er sich nicht eines Verbrechens schuldig gemacht, das für einen Privatmann die Todesstrafe nach sich ziehen würde. In der That, fährt der Verfasser fort, habe Friedrich II diesen Grundsatz niemals verläugnet; er habe seinen besiegten Gegnern niemals ihr ganzes Land, sondern immer nur ein Stück desselben weggenommen. „Angenommen auch, heißt es weiter, daß der Verdacht, den man im Ostfriesland im Jahre 1744 bei dem jähen Tode des letzten Fürsten aussprach, gegründet wäre: so wäre das zwar ein Verbrechen, welches den Weg bahnte zur Ergreifung eines ganzen Fürstenthums, der ganzen Erbschaft des Verstorbenen, aber doch immer ein Verbrechen ganz andrer Art, als wenn er den unvorbereiteten schwächern Fürsten erst durch Anerbietungen in Sicherheit gewiegt, dann plötzlich ihn überfallen, des Landes verlustig erklärt, dieses dem Königreiche Preußen einverleibt hätte.“ Mit andern

Digitized by Google

Worten: wenn Friedrich II, wie ja das ganz wohl sein kann, den letzten Fürsten von Ostfriesland hat ermorden lassen, so ist diese That noch lange nicht so schwarz, wie die Entthronung des Königs von Hannover. Mit solchen Trümpfen ist Herr Onno Klopp seiner Stiche sicher.

Um nun mit einem Knalleffekt zu schließen, welcher alles bisher Geleistete übertrifft, bleibt dem Verfasser nur noch eine jener Redefiguren übrig, die auf orthodoxen Kanzeln im Schwange gehen, deren Inhaber in der Hölle besser Bescheid zu wissen pflegen als im Himmel. „Es gab, spricht Herr Onno Klopp mit frommer Salbung, „es gab bei unsern Vorfahrern eine Tradition, daß das einstige römische Reich fortbestehe, daß die römischen Kaiser deutscher Nation die wirklichen und wahren Nachfolger des Augustus seien. Gemäß der Weissagung des Daniel werde das römische Reich dauern, bis der Antichrist komme. Das Reich ist dahin. Es ist nicht der Antichrist gekommen, aber der Fridericianismus, dessen Wesen ein verwandtes ist.“ In dem Augenblick, wo der Teufel selbst in Person des preußischen Königthums auf der Bühne erscheint, lassen wir entsetzt den Vorhang fallen.

Deutschland auf dem Marsfelde.

L. Die einheitliche Vertretung Deutschlands in der gegenwärtigen Weltausstellung zu Paris ist bekanntlich nicht erreicht worden; neben Preußen und dem Norddeutschen Bunde, die als Eins erschienen, figurirten gesondert Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. Die Hauptschuld dieses Widerspruchs gegen das nationale Einheitsbewußtsein wird bei Preußen zu suchen sein. Es hat sich nicht von Anfang an hinlänglich für die Einheitlichkeit der deutschen Ausstellung interessirt. Vor den Ereignissen des vorigen Sommers ließ es sich sogar durch einzelne Mittelstaaten an Interesse für die einheitliche Vorführung der vaterländischen Industrie überbieten. Hätte die Stiftung des Norddeutschen Bundes die Frage nicht für ganz Norddeutschland von selbst erledigt, wir würden wahrscheinlich in aller unserer schamerregenden Zersplitterung und Blöße auf dem Marsfelde erschienen sein. Natürlich war es auch den französischen Leitern der Sache ganz genehm, daß Deutschland nicht eifriger, entschlossener und unwiderstehlicher auf einer Gesammtausstellung bestand, aber sie hatten leider gar nicht einmal nöthig, besondere Künste aufzubieten, um Preußen auf diesem technisch-culturhistorischen Gebiet von einer Verletzung der tractatmäßigen Mainlinie zurückzuhalten.

Demgemäß sehen wir uns denn das noch übrige Einheitstagewerk zu Gemüthe geführt durch fünf deutsche Commissionen statt einer einzigen, durch die entsprechenden Abtheilungen, Ueberschriften, Fahnen, und durch die aufdringliche Raumverschwendung, welche in der bayerischen sowohl als in der würtembergischen Partie mit der Darstellung der beiden Souveraine getrieben wird, welche sich gegen die vollständige Unterordnung unter den Nationalwillen noch am erfolgreichsten sträuben. Die Reiter-Statue des regierenden Königs von Preußen ist wenigstens ein allgemein anerkanntes Meisterwerk von seiner geringeren Hand als Drake's; und überdies ist es der Träger einer wirklichen Macht, was durch sie um Raum und Aufmerksamkeit inmitten der versammelten Wunder der Welt bittet. Aber welchen Anspruch können die Bilder des jüngeren Königs von Bayern und des alles eher als schönen Königs von Württemberg auf solche öffentliche Beachtung erheben? Sie erinnern den herumwandernden Deutschen nur daran, daß es in seinem Vaterlande immer noch zu viel „Staat“ gibt — und wenn er sieht, wie sie die Fremden ebenfalls daran erinnern, deste schlimmer!

Unter den ausgestellten Producten deutschen Kunst- und Gewerbfleißes ist ohne Frage, wie nach dem Dichter in der Stadt Berlin, „Manches, dem ein Lob gebührt“, aber charakteristischer Weise nichts was so hervorstäche, so die Augen aller nach so flüchtigen Besucher fesselte, wie die Krupp'sche Riesenkanone. Dieses Nonplusultra-Geschütz und das schon erwähnte Standbild des Siegers von Sadowa in Uniform sind nicht bloß die augenfälligsten, sondern wirklich die merkwürdigsten und gelungensten Stücke der preußischen Ausstellung; was Wunder, wenn die Fremden vom Marsfelde den verstärkten Eindruck mitfortnehmen, daß die Preußen ein specifisch kriegerisches und militärisches Volk seien?

In einem anderen hervorragenden Theile der Ausstellung des Nordeutschen Bundes erkennen wir an den Früchten, daß Staatsindustrie nicht Schritt zu halten vermag mit Privatindustrie: da nämlich, wo im Hauptdurchgang, in der Nue de Belgique, welche von Rechtswegen Nue de Prusse heißen müßte, den ältesten und berühmtesten Porzellanfabriken Europas (neben Sèvres), der Meißener, und der Berliner die kaum noch sehr bekannte des Grafen Schaffgotsch zu Warmbrunn in Schlesien gegenübersteht, und sie beide, was Geschmack und Farbe, Form und Zeichnung anbetrifft, vollkommen ausstticht.

Im Maschinenraum frappirt es, mitten in Süddeutschland eine hellgraue Locomotive anzutreffen, welche den Namen East-Indla auf dem Kessel trägt. Sie ist das Probestück einer großen Bestellung, welche für die ostindischen Eisenbahnen bei der Keßler'schen Maschinenfabrik in Eßlingen (Würtemberg) gemacht worden. So überflügeln wir die Engländer nachgerade sogar im Locomotivenbau, bei welchem sie den Vorsprung einer fast doppelt so langen Praxis voraus haben.

Die Bremer Cigarren, in einer Gesammtausstellung vernünftiger Weise vereinigt, haben anfänglich viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Aber da das französische Tabaksmonopol den Bezug wesentlich erschwert, so wird dieser Triumph einer deutschen Industrie ohne erhebliche und praktische Folgen bleiben.

Rund um das Ausstellungsgebäude herum in der äußeren Galerie liegen bekanntlich die Kaffehäuser und Restaurationen der verschiedenen Völker. Da muß man sich denn wundern, das Bier von München, Nürnberg, Erlangen u. s. f. eine so geringe Rolle spielen zu sehen, während schwerlich Einer die Ausstellung verläßt, ohne Wiener Biee getrunken zu haben. Es sind nicht etwa die hübschen leichtgeschürzten Wienerinnen, denen Oesterreich diese Ueberlegenheit zu danken hat. Das Bier von Dreher aus Schwechat bei Wien ist wirklich über allen anderen Bieren. Dies wird wenigstens von jetzt an der herrschende Glaube sein, und die bayerische Brauerei mag gut thun sich darauf einzurichten.

Bei dem Dreher'schen Biere oder bei dem ebenfalls recht genießbaren Moselwein des preußischen Restaurators Becker aus Solingen ist man den ganzen Tag über sicher, deutsche Landsleute zu treffen. Wo freilich träfe man sie nicht? Wessen Ohr von deutschen Lauten leichter zum Aufmerken gereizt wird als von französischen, der könnte sowohl auf dem Marsfelde als auf den großen Boulevards und wo sonst die Fremden zusammenströmen, alles Ernstes auf den Gedanken kommen, die Deutschen machten unter den Besuchern von Paris in diesem Sommer das stärkste Contingent aus, selbst die Franzosen nicht ausgenommen. Auf jeden Fall ist es eine friedliche Invasion in Masse, womit wir uns an unseren lieben unruhigen Nachbaren für die Herausforderung zu einer neuen militärischen Wallfahrt nach Paris rächen, die sie uns im letzten Frühjahr zukommen ließen. Bis zu Gevatter Schneider und Handschuhmacher herab aus Krähwinkel und Fischhennfingen haben sich Angehörige aller Stände in Scharen auf den Weg gemacht, um das neue Paris und sein jüngstes zauberisches Phänomen, die vierte wirkliche Weltausstellung in Augenschein zu nehmen. Sollte dies nicht einen Fingerzeig über den Platz geben, an welchem die fünfte Weltausstellung gehalten werden wird?

Weit entfernt in der That, daß die diesjährige Ausstellung, wie Einige wähnen, die Reihe der Weltausstellungen abschließen sollte, wird sie im Gegentheil nur den Anfang einer höheren Stufe des Ausstellungswesens bezeichnen. Sie hat sowohl was die Anordnung als was den Inhalt der Ausstellungen anbetrifft, eine Anzahl neuer Gedanken eingebürgert, aber meist noch in ungenügender, oberflächlicher,

Digitized by Google

planloser, ja schwindelhafter Ausführung. Auch ohne weitere neue Ideen kann sich folglich die Nachfolgerin schon ein wesentliches Verdienst erwerben, wenn sie jene Neuerungen tiefer und besser begründet. Jahrmarktmäßige oder mußenhafte Auswüchse müssen abgeschnitten, wirkliche Verbesserungen vollkommener durchgeführt werden. Ist das nicht gerade eine Aufgabe für den ernsten deutschen Geist? Manche der Auserungen, welche auf dem Marsfeld unangenehm berühren, finden ihre Erklärung in der sehr mangelhaft behandelten finanziellen Seite der Sache. An Preußen, dessen Finanzen zu den blühendsten gehören, das im Besitz hervorragender Finanzgenie's sowohl unter Beamten als Abgeordneten ist, wird es sein, die finanzielle Behandlung des Ausstellungswesens unter die rechten, erfolgsichernden Gesichtspunkte zu rücken. Zu diesen wird unter anderm unzweifelhaft auch die Abschaffung der Prämien gehören, deren Vertheilung in Paris abermals so vielen gerechten Verdruß hervorgerufen hat, zumal unter den deutschen Ausstellern. Man setze an ihre Stelle einen von lauter anerkannten Kennern bearbeiteten officiellen Bericht oder Augenscheinsbefund, so wird bald Niemand die auf lauter ungerechte Urtheile und falsche Eindrücke hinauslaufenden Prämien mehr vermissen. Wo aber könnte das Ausstellungswesen dieses Kinderkleid leichter von sich streifen als in dem geistig freien und wirthschaftlich aufgeklärten Berlin?

Seit Italien seine nationale Selbstständigkeit und Einheit errungen hat, ist jede Weltausstellung, selbst die unechten kleinen in Dublin und Oporto, sorgfältig benutzt worden, um die schwachentwickelte Gewerbthätigkeit des Landes der Welt im günstigsten Lichte zu zeigen. Etwas ähnliches geschähe für Deutschland, wenn die preußische Regierung auf eins der ersten siebziger Jahre eine Weltausstellung nach Berlin hin ausschriebe. Damit würde Deutschland seinen Rang unter den Nationen auf eine ebenso tadellose als unmißverständliche Weise bezeichnen. Es muß aber bald geschehen. Zu einer Weltausstellung im großen Stil gehören jahrelange Vorbereitungen, zumal wenn man die Fehler vermeiden will, die bisher gemacht worden sind. Berlin muß Paris überbieten: das ist ein Ehrgeiz, der Niemandem schadet und die Menschheit als ein Ganzes vorwärtsbringt.

Zur Frage der Reform der Volksvertretung.

I In allen Verfassungskämpfen der neueren Zeit hat die Frage nach der Bildung der Volksvertretungen eine hervorragende Bedeutung gehabt. Die französischen Revolutionen der Jahre 1789 und 1848 fanden in derselben ihren Ausgangspunkt. In England hat die Reformbill eine sehr folgenreiche Station in der Entwicklung des öffentlichen Lebens bezeichnet, und in Deutschland stand die Alternative „landständische oder Repräsentativverfassung" Jahrzehnte lang im Vordergrunde des politischen Interesses. Für den preußischen Konstitutionalismus insbesondere bildete die Einführung des Dreiklassensystems einen entscheidenden Wendepunkt.

Auch die wissenschaftliche Theorie hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehrfach mit Untersuchungen über eine möglichst angemessene Organisation der Volksvertretung beschäftigt. Ueber den Vorzug der direkten oder indirekten Wahl, der öffentlichen oder geheimen Stimmabgebung, der allgemeinen oder auf Censusbestimmungen zu gründenden Wahlen ist wiederholt von Staatsrechtslehrern und Publicisten in der eingehendsten Weise verhandelt worden. Aber über solche Einzelpunkte hinaus ist das ganze Wesen der heutigen Repräsentation des Volkes als ein der Verbesserung und Umgestaltung dringend bedürftiges angegriffen worden.

Es haben sich in diesem Kampfe namentlich zwei durchaus verschiedene Richtungen geltend gemacht, deren eine vorzugsweise deutschen, die zweite englischen Ursprungs ist. Mohl, *) Winter, **) Levita ***) wollen eine Vertretung des Volkes auf der Grundlage socialer Verbindungen, eine Vertretung der „Interessen" begründet wissen. Für die praktische Durchführung dieses Grundsatzes weichen sie in ihren Vorschlägen weit von einander ab. Wir glauben aber, daß das Princip selbst ein entschieden irriges ist, und überhehen uns deßhalb einer detaillirten Erörterung ihrer Systeme. Die Interessen der einzelnen socialen Genossenschaften und der verschiedenen Berufsklassen sind im Allgemeinen keineswegs von staatlichem, die Gesammtheit berührendem Belang. Das Heer-, das Finanz- und Steuerwesen, die auswärtige Politik, das Verhältniß von Staat und Kirche — dies Alles und manches Andere liegt weit über die Interessen einzelner socialer Gemeinschaften hinaus. Ebenso sind die Interessen der Gemeinden, der Kreise und selbst der Provinzen nicht selten zu denen des Staatsganzen in gegensätzlichen Beziehungen, oder es fehlen wenigstens die erforderlichen Anknüpfungspunkte zwischen ihnen. Wenn daher z. B. Levita meint, die Landesvertretung solle bald aus den Vertretungen der socialen Gemeinschaften in Gemeinde, Bezirk und Provinz, bald aus jenen socialen Gemeinschaften selbst hervorgehen, so liegt offenbar die Gefahr sehr nahe, daß der gesetzgebende Körper zum großen Theil aus Männern zusammengesetzt wird, welche die großen und allgemeinen Interessen des gesammten Staatsverbandes nach Gebühr zu würdigen und zu pflegen nicht befähigt und geneigt sind.

Dieser Richtung steht in England eine andere, namentlich von Hare und Stuart Mill befürwortete gegenüber, welche von dem Grundgedanken ausgeht, daß, soweit es irgend thunlich, jeder einzelne Staatsbürger thatsächlich eine Vertretung seiner Anschauungen in der Kammer gewinne, und daß daher wenigstens größere Minoritäten in die Lage gesetzt werden sollen, Abgeordnete in das Parlament bringen zu können. Von localen Gemeinschaften oder territorialen Distrikten wird hiebei vollständig abgesehen. Hare will, daß die Stimme eines jeden Wählers für das ganze Staatsgebiet ihre Bedeutung habe, und daß die Wahl eines Deputirten durch die Zusammenzählung aller der in den verschiedensten Theilen des Landes für ihn abgegebenen Stimmen ermöglicht werde. Die Gesammtzahl der Wähler soll nämlich durch die der Abgeordneten getheilt und dadurch ermittelt werden, wie viel Stimmen der einzelne Deputirte nöthig habe. Es würde uns zu weit führen, wenn wir die Theorie Hare's in allen ihren Einzelnheiten erörterten. Dieselbe ist offenbar in der Weise, wie ihr Urheber vorschlägt, praktisch nicht durchführbar. Der Kardinalgrundsatz derselben aber hatte sich unlängst in England, bei den Debatten über die Wahlreform, thatsächlich der Anerkennung des Ober- und Unterhauses zu erfreuen. Das Parlament hat bekanntlich ein ursprünglich von Lord Cairns beantragtes Amendement angenommen, welches eine Vertretung der Minoritäten sicherstellt. In den Wahlbezirken Englands, welche drei Deputirte zu ernennen haben, wird künftighin jeder Wähler nur zwei Stimmen abgeben, so daß die Minorität einen Abgeordneten durchbringen kann, falls sie zwei Fünftel der Gesammtheit der Abstimmenden bildet. Die Annahme dieses Gesetzvorschlages wird ohne Zweifel vorläufig keine sehr bedeutenden praktischen Folgen haben, da in ganz England nur 12 Wahlbezirke vorhanden sind (städtische und 8 in Grafschaften vertheilte), welche drei Abgeordnete zu wählen haben, aber trotzdem ist es unstreitig von Bedeutung, daß die Anhänger der Vertretung der Minoritäten jetzt Gelegenheit zu einer realen Probe des Werthes ihrer Marime erhalten. Uns selbst scheint eine wirksame Reform der Volksvertretungen auch auf der Grundlage des eben berührten Princips in keiner Weise günstige Aussichten von weitreichender Bedeutung zu haben. Wir fürchten im Gegentheil, daß hasselbe die verderbliche Thätigkeit reaktionärer und „zukunfts"politischer Minoritäten, welche beide außerhalb des Stromes der geschichtlichen Entwicklung stehen und den gegebenen Thatsachen keine Rechnung tragen, dieser Minoritäten, welche namentlich in Deutschland eine gesunde Entwicklung unseres staatlichen Lebens schon gegenwärtig so vielfach beeinträchtigen, noch sehr bedenklich erweitern und befestigen würde.

*) Staatsrecht, Völkerrecht und Politik Bd. I.
**) Die Volksvertretung in Deutschlands Zukunft.
***) Die Volksvertretung in ihrer organischen Zusammensetzung im repräsentativen Staat der Gegenwart.

Digitized by Google

Eine wahrhaft gedeihliche Umgestaltung der Volksvertretungen kann unserer Ansicht nach nur dadurch erzielt werden, daß sich mehr und mehr eine wirkliche Berufsklasse von solchen Männern bildet, welche das Studium der Staatswissenschaften zu ihrer ausschließlichen Lebensaufgabe machen. Die Politik ist ebensogut eine Wissenschaft als jedes andre Erkenntnißgebiet, sie will ebenso studirt sein als die Medizin, die Jurisprudenz u. s. w., und für eine bestimmte politische Frage kann es unter bestimmten realen Verhältnissen immer nur eine einzige richtige Antwort geben. Diese Antwort werden Politiker, die wirklich auf der Höhe ihres Gebietes stehen, jederzeit ohne große Mühe zu geben wissen, während der Laie, der in einen gesetzgebenden Körper gewählt ist, sehr häufig sein Votum nicht auf die allein maßgebenden Thatsachen, sondern auf Sympathien und Antipathien, Vorurtheile und Ueberlieferungen zu gründen pflegt. Es ist leider gerade in Deutschland noch immer der Glaube allgemein verbreitet, daß ein jeder Mensch, der im Besitze einiger allgemeiner Bildung und eines gesunden Urtheils ist, damit auch zugleich die Befähigung besitze, Politik zu treiben. Weil wir in jedem Augenblick in Beziehungen zu staatlichen Dingen treten, so wähnen wir, dieselben auch zu verstehen. Nichts irriger als das. Gerade die Staatswissenschaften sind ein Gebiet, dessen Beherrschung jahrelange und sehr ernste historische, staatsrechtliche, nationalökonomische, finanzielle und sonstige Studien erfordert. Das Parteiwesen, unter dem der politische Fortschritt jetzt oft auf das Schwerste leidet, würde viel weniger verderblich sein, wenn in den Volksvertretungen zahlreiche Politiker von Fach sich befänden, und der Liberalismus und Konservativismus würde sich bei sehr vielen praktischen Fragen, wenn dieselben lediglich nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten ihre Erledigung fänden, ohne Frage leichter zu gemeinsamen Beschlußfassungen vereinigen.

, Aus Thüringen 30. August. In Nr. 119 des Wochenblattes ist eine Entgegnung aus Salzungen d. d. 18. Aug. enthalten, welche meine Berichterstattung betrifft. Ich habe darauf nur Weniges zu erwidern. Insofern sind die mir gemachten Vorwürfe, indem sie von Verdächtigungen und wahrheitswidrigen Angaben sprechen, zu allgemein gehalten. Worin bestehen meine Verdächtigungen, worin meine wahrheitswidrigen Angaben? Ich habe den Versammlungen in Eisenach, wie in Jena nicht persönlich beigewohnt, das, was ich darüber Thatsächliches berichtet habe ich wesentlich den Berichten der „Weimarischen Ztg." und den „Blättern an der Saale" entnommen. Der geehrte Herr Einsender aus Salzungen mag in der „Weimarischen Ztg." den Bericht über die Eisenacher Versammlung selbst lesen und dann wird er mir zugestehen, daß ich weder verschärfend, noch übertrieben habe. Uebrigens erwähnt der Salzunger Herr Correspondent selbst eine Thatsache, die mich vollständig rechtfertigt: Er theilt mit, daß der Vorstand des in Eisenach gegründeten Vereins seinen Sitz in Jena habe und daß Dr. Wild daselbst an der Spitze des Vorstandes stehe. Nun ist aber Herr Dr Wild notorisch einer der entschiedensten Gegner der nationalen Partei, ein Gegner, der in Jena z. B die Candidatur des Professors Endemann, welcher unserer Partei angehört, entschieden bekämpft, dagegen die Candidatur des Professors Hildebrand, welcher entschieden kleinstaatliche Tendenzen hat, nach Kräften unterstützt. Die Feindschaft des Herrn Dr. Wild gegen den Nationalverein wie gegen die nationale Partei offenbarte sich schon im Jahre 1861 bei der Generalversammlung des Nationalvereins in Eisenach. Herr Wild gehörte zu Denjenigen, welche schon damals eine Sprengung des Nationalvereins beabsichtigten. Schreiber dieser Zeilen war bei den betreffenden Verhandlungen im „Thüringer Hof." wo die linke der nationalen Partei tagte, anwesend und ergriff selbst das Wort gegen diese Sprengung des Nationalvereins, wie die Herren Fries und Träger, die mit zugegen waren und von denen der Erstere gleichfalls heftig angegriffen wurde, mir bezeugen werden. Schließlich möchte ich aber dem Herrn Correspondenten aus Salzungen zu bedenken geben, daß nicht wir es sind, die das Feuer im eigenen Hause schüren. Die Angriffe sind von der sogenannten Volkspartei, welcher Herr Dr. Wild und Herr Eberlein angehören, ausgegangen. Wir haben lange geschwiegen, indessen am Ende es für nothwendig gehalten, die „Entschiedenheit" gewisser Phrasen ins Licht zu stellen. Wir weisen nicht an der Thatsache und Aufrichtigkeit der nationalen Gesinnung bei Herrn aus Salzungen, aber uns däucht, daß es zu sehr durch die „entschiedenen" Redensarten der Volkspartei sich hat täuschen lassen, mehr auf Worte als auf Thaten und eine langjährige politische Vergangenheit sieht. —

Aus Süddeutschland.

T Bei der augenblicklichen politischen Lage Europa's und Deutschlands insbesondere ist die öffentliche Meinung der süddeutschen Bevölkerung gewiß von Bedeutung. Die Haltung Süddeutschlands kann je nach Umständen den unberechenbaren Herrscher der unruhigen Nachbarn jenseits des Rheins zu einem Abenteuer ermuthigen oder auch ihn bestimmen, mit verhaltenem Groll der ferneren Entwicklung der deutschen Verhältnisse ruhig zuzuschauen. Sie gestatten deshalb vielleicht einem Mann, welcher möglichst unbefangen die allgemeine Stimmung zu ermitteln sucht, welcher vielleicht verschiedene Berührungspunkte mit einer Reihe von Menschen hat, und welcher die letzten paar Wochen in einem nicht zurückzuhaltenden, nun Freunden aller Länder besuchten bayerischen Badeorte zubrachte, folgende wenige Mittheilungen; welche zur Verständigung der augenblicklichen Stimmung in süddeutschen Kreisen etwas beitragen und zugleich die Perspektive der ultramontanen Partei klarstellen sollen.

Vor Allem läßt sich nicht verkennen, daß die Einsicht in die Nothwendigkeit der preußischen Führung in allen halbwegs politisch gebildeten Kreisen Süddeutschlands täglich wächst und sich verallgemeinert. Die Kopflosigkeit der staatsmännischen und militärischen Leitung in den süddeutschen Staaten gegenüber der vortrefflichen Führung der preußischen Armee und der energischen Haltung Bismarck's bei verschiedenen Gelegenheiten hat Vielen die Augen geöffnet. Man hat zwischen einem kleinstaatlichen Scheinleben und einem wirklichen Großstaate unterschieden gelernt; was daß Jahr 1848 von „monarchischem Glanze" der Mittel- und Kleinstaaten noch übrig gelassen hatte, das ging im Jahr 1866 verloren. Auch die großentheils unfruchtbare Aufklärung der französischen Zeitungen trug dazu bei, eine Menge Vorurtheile zu zerstreuen. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß Süddeutschland schon jetzt durch Preußen moralisch erobert sein würde, falls nicht die stets wiederkehrenden, allerdings kaum begreiflichen und nur durch die Gewohnheit, jeder sogenannten „Volksthümlichkeit" ins Angesicht zu schlagen, erklärlichen Mißgriffe in den neu annektirten Provinzen sowohl wie in Altpreußen selbst, immer wieder einer gerechten Verstimmung und Erbitterung neue Nahrung gäben. Einfender dieses hat ferner aus dem Munde einer Reihe von durchaus national gesinnten und von jeher der preußischen Führung zugethanen Männern aus annektirten Landestheilen gehört, daß die theilweise bedeutend erhöhten Steuern in Verbindung mit der sehr strassen und peinlichen Ueberwachung der indirecten Abgaben, und mit den wieder eingeführten Denunciationsgebühren für die Anzeige von Contraventionen, die Stimmung wesentlich verschlechtert hätten, während gleichzeitig nichts geschehe, um diesen Nachtheilen entgegenzuwirken. Derartige Berichte treiben natürlich nicht sehr zum Anschluß an den Norddeutschen Bund, zumal in Baden und Bayern die innern Zustände augenblicklich mindestens thatsächlich leidlich sind. Mehr wie Ein Bayer und Schwabe meinte im Privatgespräch, daß alle Süddeutschen doch „preußisch" werden müßten, daß man aber in Berlin vorläufig gegenüber den Neigungen unserer Höfe und Kasten, gegenüber der Behandlung der Richter in Kurhessen u. s. w. nicht noch zu beschleunigen brauche. „Etwas ganz anders wäre es, wenn der König von Preußen wirklich ein einiges Deutschland erstrebte, und wenn Bismarck seinen Herrscher zur Annahme der Krone des Deutschen Kaisers unter Verzichtleistung der nutzlosen Rechte und Freiheiten veranlassen wollte!" Auch insofern aber hat eine wesentliche Umstimmung der öffentlichen Meinung stattgehabt, als auf Oesterreich nur noch sehr wenige Hoffnungen gebaut werden und als das Vertrauen auf seine Hülfe und seine freiheitlichen Anläufe nur bei noch sehr Wenigen sich findet.

Wenn man nun diese Thatsachen zusammenhält mit den hie und da hervortretenden feindseligen Demonstrationen gegen Preußen, wie die z. B. heftig in Darmstadt gegenüber der dort spielenden preußischen Regimentsmusik nach dem Concert veranstaltet wurden, so sind dieselben einestheils durch die niedrigsten Volksklassen, „die Residenz-Lazzaroni's" verübt, und andernheils darf man sicher behaupten, daß sie von „gewisser Seite" absichtlich herbeigeführt worden. Im Deutschen Kaiserthum herrscht bekanntlich ein System, welches seinen Vertheidigern die mannigfachsten Gelegenheiten nicht vorbergen kann, welches unzweifelhaft von den „rothen Hosen" Wiederherstellung der alten Zustände erwartet (der Großherzog von Hessen ist der einzige verbrannte Fürst, welcher mit Napoleon in Leipzig war), täglich an der kaiserlichen Hoftafel speist und demnächst mit dem österreichischen Kaiser nach Paris reisen soll) und welches endlich seine einzige Stütze in der ultramontanen Partei hat. Gerade die ultramontanen aber sind, in Süddeutschland wenigstens, die erbittertsten Feinde des Norddeutschen Bundes und seiner Entwicklung, welcher der Sieg von Königgrätz angebahnt hat. Mögen in Preußen und anderswo die Ultramontanen eine andere Taktik verfolgen oder auch nur zur Schau tragen, in Süddeutschland bekämpfen sie gesetzlosen und jeweilen gewaltsamen Widerstand gegen jede Führung, kennen, falls dies bestritten werden wollte, eine hübsche Reihe von ultramontanen Predigten und sonstigen Auslassungen aufgeführt werden, wie sie zu verschiedenen Zeiten gehalten wurden; es liefern sich Zeugen dafür auftreiben, wie ultramontane Geistliche wiederen und höheren Rangs öffentlich uns insgeheim gegen den „norddeutschen Staat, dessen Herrscher des Diebstahls und Raubes sich schuldig gemacht habe", hetzten und wühlten. Wir wollen aber heute nur Einen Beweis dafür geben, indem wir aus dem „Beiwagen zum Volksboten", dem berüchtigten ultramontanen Münchner Blatte „An den Bürger und Landmann" einige Verse aus zwei poetischen Ergüssen abdrucken, welche offenbar absichtlich unmittelbar hinter einander gegeben sind, um den unerhörten Hetzereien gegen den König von Preußen in ebenso starker Lobhudelei auf den vertriebenen König Georg von Hannover ein richtiges Relief zu geben.

Digitized by Google

Die beiden Gedichte finden sich in dem „Botwagen zum Volksboten" vom 19. August 1867, unter dem Titel „Siegesfeier" und „König Georg." Das erste beginnt:

Was drängt das Volk auf neuen weiten Plan?
Das ist zu „Gottes Ehre" gethan;
Es stehen die Truppen in weitem Kreis,
Man dankt für den Sieg, auf Königs Geheiß!

In der Nacht auf die, in Saus und Braus vollbrachte Siegesfeier hat aber der König folgenden Traum: Er wird von einer Geisterschwadron auf das Schlachtfeld von Sadowa geführt:.

Ach, wär' sie vorüber die grausige Stund'!
Schon thut sich Sadowa den Blicken kund,
Und wie der Hauf das Schlachtfeld schlägt,
Ha! wie sich's von Todtengebeinen regt!

Und wo er hindickt, da starret ihn an
Mit hohlen Augen Mann für Mann,
Und einer hervorreitet, der zeigt mit der Hand,
Der knöchernen, auf des Hügels Sand.

Da stehen drei Fässer groß und rund;
Wer thut der Fässer Bedeutung kund?
Es tönt aus der Tiefe in stiller Nacht
Eine Stimme, wie wenn der Donner kracht:

„Im ersten Faß ist das Bruderblut,
„Es ruhet um Rache, und nimmer ist ruht —
„Und das weite birgt ein Thränenmeer,
„Es füllet sich täglich je mehr und mehr!

„Und das dritte ist morsch und leer und hohl,
„Und weißt du, was dieses bedeuten soll?
„Es ist des Preußenreiches Macht,
„Die ihm die Sadowaschlacht gebracht!"

Und als die Geisterstimme schweigt,
Das Heer wie im Sturm sich mächtig beugt,
Es sinket in Trümmer das große Gebäu. —
Da war die bange Nacht vorbei.

Von dem zweiten, unmittelbar folgenden, mit dem Titel: König Georg, geben wir nur die erste und die letzte Strophe:.

Ich bin ein Fürst im fremden Lande,
Mein Königreich ist mir geraubt.
Zerrissen sind viel heil'ge Bande,
An deren Dauer ich geglaubt.
Es hat mich Mancher schnöd' verlassen,
Auf dessen Treu ich fest gebaut —
Doch wenn des Glückes Stern' erblassen,
Mein Aug' spendet zum Ew'gen schaut.

Ich hab' als Fürst bewahrt die Ehr',
Es hat gesiegt mein tap'res Heer,
Mein Volk hält meine Fahne hoch.
Und Gott im Himmel lebet noch.

Wie sich das Schicksal mag gestalten,
Ich halt' im Sturme männlich aus.
Ist auch mein Reich in Feind's Gewalten,
Und ob mein einst so glücklich Haus,
Nur Muth! es wird sich einst anders werden,
Die inn're Stimme sagt es mir.
Dann winkt nach Sturm und Beschwerden,
Mein Volk, auch neue Freude dir.
Ich hab als Fürst ꝛc. ꝛc.

Welche menschliche Macht nun könnte „des Preußenreiches Macht brechen, zu einer hohlen, leeren und morschen machen" als das mit inneren Verrath verbundene Frankreich? Worauf kann die Zeile „Nur Muth! es wird sich anders werden"

hinweisen, welchen „Sturm" kann das Gedicht meinen, als den Krieg mit Frankreich, dessen Sieg als Rettung Deutschlands gepriesen wird?

Zeitungsschau.

— Auch von der österreichischen Presse wird das Fröbel'sche Programm: und der in demselben ausgesprochene ganz Versuch einer bayerischen Großmachtspolitik mit merkwürdiger Uebereinstimmung verurtheilt. Die „Presse" erklärt dasselbe für eine Ausgeburt des „Doctrinarismus", der sich Zustände und Verhältnisse nach eigenem Belieben konstruire und darauf ein Gebäude aufführe, welches beim ersten Anhauche der Wirklichkeit wie ein Kartenhaus zusammenstürze." „Gefahr ist übrigens, meint sie weiter, bei der Sache keine; Baiern ist das Land der Anläufe, und so wird man ohne Zweifel bald sehen, wie Fröbel auf seinem zerrissenen Programme sitzen wird, wie Jeremias auf den Trümmern von Jerusalem. Bleibt beschleunigt sein Flotz in Baiern das Unsicherheitsgefühl der Erkenntniß, daß die süddeutschen Staaten keinen anderen Beruf haben, als sich dem Nordbunde zu nähern, und in denselben jenes freiheitliche Element hineinzutragen, welches Fröbel dort mit Recht so schwer vermißt." Schließlich wendet sich die Presse gegen jedwede Betheiligung Oesterreichs an süddeutschen Projekten. „Man würde sich wahrlich lächerlich machen, sagt sie, wenn man das Programm Fröbels mit der Salzburger Entrevue in irgend eine Verbindung bringen wollte. Napoleon hat wohl in Salzburg einen Julius zu sich reiten lassen, dieser war aber Julius Schindler, nicht Julius Fröbel. Er spinne sich nach der Restaurir, nicht aber nach dem Doctrinarismus. Indem das neue offiziöse Organ Baierns für einen selbstständigen süddeutschen Staat plaidirt, wird es hoffentlich im Gegentheile das in Folge der Salzburger Zusammenkunft aufgetauchte Gerücht zerstreuen, daß Oesterreich die Führung Süddeutschlands an sich zu nehmen suche. Die öffentliche Meinung in Oesterreich will von dieser Führung nichts wissen: wir scheuen neue Verwicklungen und lassen uns auch durch die Vorspiegelung nicht täuschen, daß Süddeutschland jetzt wieder in besser Hoffnung sei uns entbrennt. Wir wollen, daß vor allem Ordnung gemacht werde im eigenen Hause, was wissen, daß Niemand für uns Sympathien fühlen wird, so lange wir dem Auslande mit dem Generalat in einer und der unerquicklichen Bankrotte in der anderen Hand entgegentreten." — Die „Debatte" nennt das Fröbel'sche Programm ein „merkwürdiges Gemisch von Antiklerikal und Unvorgreiflich", und noch schärfer wird dasselbe von der „Neuen Freien Presse" gerichtet. Dieselbe sagt am Schlusse ihres das Programm besprechenden Leitartikels: „Die baierische Regierung scheint hochfliegende Ideen zu haben. Sie benimmt sich schon seit einigen Monaten, als ob Baiern so fest und unlöslich dastünde, daß es Niemanden zu fürchten brauche. Man versteht in München Berlin, ohne sich um Wien zu bemühen. Die Westen in Hannover trieben im letzten Jahrzehnt beklagt dieselbe Politik, und sie hat sie nicht an die Spitze eines norddeutschen Fürstenbundes, von dem man sich einst an der Seine Großes versprochen, sondern auf dem Irrwege Wege nach Hietzing geführt. Das möge man in München nicht vergessen. Bayern kann selbst kein Ganzes werden, es muß sich einem großen Ganzen anschließen, wenn es sein ruhiges Gedeihen fortsetzen will. Isolirt es und falscher Vielheit sich selbst, setzt es sich wie ein eigenwüchsiges Glud abgeschnitzt in den Winkel, weil ihm der grünende Zweig fehlt, wird dann mag es sich vorsehen. Die bayerische Schaukel spielt schon zu lange, und sie könnte bei einem starken Sturm, dessen Ausbruch man in München am oberwenigsten zu verhindern im Stande ist, sehr klaglich zerbrechen." Und an einer anderen Stelle: „Wenn wir die russischen Staaten als Kinder der Mutter Germania betrachten, welche an den weniten von ihnen allerdings viel Leides erlebt, so ist Baiern ein hübsches, hatzwischiger Junge, der an dem vielen Schmerze leider, daß er noch kein Mann ist, und sich wie „Bübchen" noch einem lieb zeigt. Sagen wir es ihm, damit es den Nachbarn mehr Respekt einflößen kann. Die Finanzen Bayerns sind geordnet, seine Verwaltung ist gut, seine inneren Zustände mit Ausnahme von Altbayern befriedigend, aber die bayerische Regierung leidet seit beinahe zwei Decennien, seit der kunstliebende König Ludwig das Scepter seinem Sohne übergeben, an einer tiefgehenden Verstimmung. Sie begnügt sich nicht damit, einen natürlichen und berechtigten Einfluß in Deutschland auszuüben, sie will Oesterreich und Preußen gleichgestellt sein und wenigstens eine europäische Rolle spielen. Ob sie den Ursprung auf diese nach dem Wachstreibkünstlern Baierns unmöglige Stellung auf den riesigen Bier-Export gründet, der von München aus die Kaiserreichen und Kaufralen betrieben wird, vermögen wir nicht zu sagen; wir kennen aber den Satz des Ibex, daß Baiern müße eine Großmacht werden. Es ist kein Anderer als Herr v. Pfordten. Sein Ministerium hat längst weichen müssen, aber sein Geist, der Geist des Großmachtstrebs und der trennenden Schaukelpolitik, lebt in München fort und manifestirt sich von Zeit zu Zeit in solchen Kundgebungen, wie dem jetzt erschienenen Programm der „Süddeutschen Presse". Man kann sagen, Herr v. Pfordten gehe in München um, er reitet seit seinem Rücktritte als „knochener Reiter."

Mit noch größerer Entschiedenheit und Lebhaftigkeit als die Wiener Blätter, spricht sich die deutsch-oesterreichische Provinzialpresse nicht nur gegen ein Bündniß mit Frankreich, sondern auch gegen jede Störung des deutschen Einheitswerkes aus. So sagt z. B. der Prager „Lotse": „Wer heute von der „deutschen Mission" spricht, die Oesterreich zunächst wieder in Süddeutschland auszunehmen berufen sei, der ist ein Träumer oder ein Feind Oesterreichs. Die deutsche Mission kann nicht darin bestehen, Deutschland in seinem Einigungsgange zu stören. Wenn heute der Kaiser der Franzosen Oesterreich zu eine Reise in den Prager Frieden einlud, kann ist das Oesterreich an die Spitze des süddeutschen Bundes tritt, so bietet er uns nichts Anderes, als den Haß Deutschlands, den Krieg, wohl gar den Verfall des Reiches; denn eine Reaktion des Prager Friedens bedeutet nichts Anderes, als die Verwerfung und Verläugnung desselben." Und ein Prager Blatt, das mannhaft einsteht für deutsche Interessen, sagt: „Hat sich Oesterreich mit Frankreich geeint, dann hat es eine Kluft gezogen nicht nur zwischen sich und Deutschland, sondern auch zwischen der Richtung seiner eigenen Politik und den Deutschen in seinem eigenen Lande, kann ist das Ausgleichswerk in Oesterreich in Frage gestellt, kann müssen in die Reihe jener Nationen, welche die Opposition der Regierung in der äußeren Politik üben, auch die Millionen Deutschen in Oesterreich eintreten, die bisher der Aktion fern geblieben sind."

— In den wenigen „Landesstimmen," die „das Heil ihres Vaterlandes, oder vielmehr ihr eigenes vom Feind erkoren" — um mit der Kreuzzeitung zu reden — gehört unzweifelhaft der Correspondent des in München erscheinenden Volksboten aus Hannover. Derselbe schreibt diesem Schimpfblatte unterm 27. August wörtlich das Folgende: „Wir Hannoveraner werden die Franzosen freudig willkommen heißen, lieber heute als morgen, um frei zu werden von der perpetuirlichen Tyrannei der Brutalität und der Heuchelei des Preußenthums." Wie erinnern uns nicht, jemals in einem in deutscher Sprache geschriebenen Blatte eine solche Schamlosigkeit gelesen zu haben. (K. Z.)

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 Sr. oder 1 Fl. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 Sr. oder 1 Fl. 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 Sr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 121. Heidelberg, den 12. September. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Der Frank und die deutsche Münzeinheit. — Die würtembergische Freiheit. — Das Programm der „Süddeutschen Presse“. — Aus Thüringen. — Aus Hannover. — Aus Franken. — Zeitungsschau.

Wochenbericht.

Frankfurt, 10. September.

*† Das directe allgemeine Wahlrecht hat seinen zweiten, für drei Jahre giltigen Spruch gethan. Wie wir erwartet, ist derselbe ganz ebenso schwankend und getheilt ausgefallen wie das vorige Mal: keiner der beiden Hauptparteien ist ein entschiedener Sieg zugesprochen, weder die Regierung noch die liberale Opposition wird über eine feste, von vornherein und für alle Fälle gesicherte Mehrheit zu gebieten haben. Doch sind wir, wie es scheint, der Mehrheit wenigstens um ein paar kleine Schritte näher gekommen, so daß die beiden großen liberalen Fractionen, unterstützt von ihren partikularistischen und sonstigen Mitwotanten, zur Erlangung des Uebergewichts nur eine geringere Verstärkung aus dem rechten Centrum, von Seite der Altliberalen und Freikonservativen, nöthig haben wird, als auf dem ersten Reichstage. Doch ist diese Verbesserung unserer Stellung keineswegs schon ganz außer Zweifel, und wird schwerlich von tiefgreifendem Belang sein.

Daß wir auch nur so viel erreicht, und nicht eine ausgemachte Niederlage zu beklagen haben, ist auch bei diesem Wahlgang ausschließlich den neuen Provinzen und den bundesgenössischen Staaten zu verdanken. Es sind hier über drei Viertel, beinahe vier Fünftel, der Wahlen auf Liberale, und zwar der weit überwiegenden Mehrzahl nach auf Nationalliberale gefallen, während das alte Preußen reichlich drei Fünftel seiner Vertreter aus den beiden Gruppen der konservativen Partei erkoren hat. Und mag auch immerhin die Fortschrittspartei ein paar Sitze mehr erobert haben als im Februar, so ist das doch nur ein geringer Trost, angesichts der Erinnerung an jene, noch gar nicht lang entschwundene Zeit, wo ihr, von der Memel bis zum Rhein, das ganze Land gehörte, wo die Regierung, mit dem Aufgebot aller ihrer Mittel, nicht mehr als 11, sage elf der Übrigen, noch nicht ein Dreißigstel also der Gesammtzahl der Abgeordneten, in das Volkshaus zu bringen vermochte. Auch heute wieder fehlt es nicht an Stimmen, welche die Erklärung dieses auffallenden Wandels lediglich in äußeren Hemmnissen und Schwierigkeiten suchen, vor Allem in dem stärkeren Antheil, welchen das allgemeine Wahlrecht den ländlichen, abhängigen, ungebildeten Bevölkerungsklasse einräumt, in dem Mißbrauch der landräthlichen Autorität, in der ungleichen Vertheilung von Wind und Sonne vor und bei dem Wahlkampf u. s. w. Gewiß hat dies Alles mitgewirkt, aber daß es nicht allein, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie den Ausschlag gegeben, darüber sind schon das vorige Mal alle Unbefangenen einig gewesen. Als wirksamste der inneren Ursachen betrachtete man damals das überwiegende Interesse der Wählerschaften an dem Zustandekommen des Einheitswerks, und die daran sich knüpfende Besorgniß, daß die Fortschrittspartei demselben allzuviel Steine in den Weg werfen möchte. Diese Rücksicht konnte nun aber heute nicht mehr maßgebend sein; die Bundesverfassung ist so weit im Trocknen, und es handelt sich jetzt gerade um den Weiterbau in möglichst freiheitlicher Richtung. Dazu kommt, daß das Gebahren der Regierung in den inneren Fragen nichts weniger als geeignet war, ihr Anhänger zu werben und die Opposition zu entwaffnen. Wenn nun trotzdem die Wahlen so und nicht anders ausgefallen sind, so wird man füglich Recht haben, dem unerbaulichen Schauspiel des Haders im eigenen Hause, das die liberale Familie bei offenen Thüren und Fenstern aufführte, einen großen Antheil von Schuld daran beizumessen. Ueberhaupt aber, auch ohne jene verbitterte, unvermeidlich Mißtrauen gegen beide Theile erzeugende Polemik, und vollkommen zugegeben, daß die Scheidung an sich ebenso nothwendig als nützlich war, so konnte sie doch, durch die Unklarheit, den Zweifel und das Schwanken, worein sie die große Menge versetzte, der liberalen Sache zunächst nur Abbruch thun. An die Fortschrittspartei hat man in weiten Kreisen den Glauben verloren, und an die junge und unfertige Partei der Nationalliberalen noch keinen rechten gewonnen; man fand sich so zwischen ein Nicht mehr und ein Noch nicht gestellt, und wählte entweder gar nicht, oder einen Conservativen, von dem man wenigstens sicher war, daß er — mit Bismarck gehen würde. Hat sich der gegenwärtige Neubildungsproceß des preußischen Parteiwesens erst abgeklärt, so wird es auch rasch wieder besser gehen. So weit aber, was besonders von der Provinz Preußen gelten mag, der Sieg der Conservativen wirklich nichts war, als ein Sieg der dritten Klasse (des alten Wahlgesetzes) über die zweite und erste, so liegen die Lehren, welche diese Thatsache dem Liberalismus predigt, zu sehr auf der Hand und sind schon zu häufig ausgesprochen, als daß wir sie hier zu wiederholen brauchten.

Unbedingt erfreulich ist an dem diesmaligen Wahlergebniß, neben der Eroberung des zweiten schleswig'schen Wahlbezirks für das Deutschthum, die Einbuße an Terrain, welche der Partikularismus, zunächst in Hannover, dann aber auch, wenn schon in geringerem Maße, im Königreich Sachsen erlitten hat. Besonders in Hannover werden, bei der anerkannten Zähigkeit des dortigen Volkscharakters, ein so rasches Umsichgreifen der nationalen Erkenntniß nur die Wenigsten erwartet haben. Von dem Menschenalter, welches Graf Bismarck seinerzeit für nöthig hielt, um das Welfenthum vergessen zu machen, mag hienach wohl Einiges abgehen. Am Hofe zu Hietzing wird man über dieses Weiterfressen des Abfalls nicht wenig bestürzt sein, wenn man sich nicht etwa mit dem Gedanken tröstet, daß hier nur eine teuflische Blendung oder Fälschung im Spiele sei, kurz ein neuer Betrug des Bösewichts, genannt Fridericianismus, der mit Alledem nur schneller ausreife für die Zeit des Gerichts, wo ihn die beiden Erzengel von Salzburg hinabwerfen in den Pfuhl, der da mit Feuer und Schwefel brennet. —

Auch die Lassalleaner werden diesmal einige ihrer Wortführer im Reichstag sitzen haben. Dagegen ist an sich Nichts

Digitized by Google

einzuwenden, vielmehr kann es für diese, in ihrer bisherigen Abgeschiedenheit immer mehr verwildernde Sekte, und damit für das Ganze, nur vortheilhaft sein, wenn sie in nähere, offizielle Berührung mit den politischen Parteien und Aufgaben gebracht wird. Von demselben Gesichtspunkte betrachten wir das Wahlabkommen, welches zwischen Radikalen und Lassalleanern in der Rheinprovinz getroffen worden ist; auch wird man kaum berechtigt sein, den Vorwurf politischer Unsittlichkeit gegen die daran betheiligten Radikalen zu erheben*) — die Lassalleaner ihrerseits, als eingeständlich bloß soziale Partei, machen auf politischen Charakter ohnehin keinen Anspruch — denn zwischen beiden Gruppen besteht immerhin eine nicht allzu entfernte Verwandtschaft, wie sehr auch von Seite der Socialdemokraten dieselbe bisher verleugnet worden ist. Der Sache des Liberalismus aber, gegen welche dieser Pakt gerichtet war, wird er hoffentlich den Vortheil bringen, daß er die Loslösung der gemäßigten Elemente der alten Fortschrittspartei von ihrem radikalen Schweife beschleunigen hilft. In der That, sich hier, wie in Lennep-Mettmann u. s. w., durch ein Bündniß mit den Lassalleanern den Triumph über Liberale sichern, und dort, wie in Barmen-Elberfeld, durch ein Bündniß der nämlichen Lassalleaner mit den Conservativen geschlagen werden — es kann unmöglich eine und die nämliche „fortschrittspartei" sein, die gleichzeitig dies beides thun und erleiden. Sie müßte dann außer dem reinen Fortschritte auch noch die reine Confusion auf ihre Fahne geschrieben haben. Uebrigens, daß zum Vertreter des Wupperthals gerade eine Persönlichkeit wie Herr von Schweitzer erwählt worden, das ist eine Ironie, deren Eindruck durch jede Anmerkung nur abgeschwächt würde, und ihre Spitze richtet sich einzig gegen jene Abart von Conservativen, welche durch die Unterstützung des Arbeiterkandidaten den Liberalismus zu treffen hofften, in der That aber nur sich selbst in's Gesicht geschlagen haben. —

Frankreich und Oesterreich haben nun, wie sie, nach dem selbsterregten Lärm, nicht anders konnten, offiziell die vollkommene Harmlosigkeit der Salzburger Visite betheuert, Preußen hat diese Betheuerungen mit dem Ausdruck der reinsten und unbedingtesten Gläubigkeit entgegengenommen, und so ist denn Salzburg endlich von der Tagesordnung abgesetzt. Bei Alledem scheint das neu aufgescheuchte Mißtrauen nur langsam wieder zur Ruhe kommen zu wollen, am schwersten gerade in Frankreich, wo, allen Friedensreden des Kaisers zum Trotz, das Gefühl der Unsicherheit fortdauert und mit bleiernem Druck auf den Geschäften lastet. Die Ursache davon ist klar genug; selbst das Rundschreiben über Salzburg legt sie blos, indem es von der „abwartenden Stellung" spricht, welche Frankreich nach wie vor den Ereignissen in Deutschland gegenüber einnehme. Zur rückhaltlosen Anerkennung unseres Rechts, in unserem Hause zu thun, was wir wollen, vermag sich Frankreichs heutige Regierung nicht zu erheben, den Hintergedanken einer Einsprache kann und darf sie deßhalb auch nicht förmlich und ausdrücklich verläugnen, und so bleiben alle ihre Friedensversicherungen unbestimmt, zweideutig, und mithin wirkungslos. Das volle Vertrauen wird erst zurückkehren, wenn das Werk der deutschen Einigung vollendet ist, und Frankreich, wie es trotz aller heutigen Vorbehalte höchst wahrscheinlich thun wird, sich mit schmerzlichem Zuschauen begnügt hat. Uebrigens muß man gerechter Weise anerkennen, daß die Einsicht in die Vergeblichkeit wie die Verwerflichkeit eines Versuchs, uns zu stören, in der französischen Presse heute schon bedeutend breiteren Boden und ungleich offenere und unbedingtere Vertretung findet, als dies z. B. noch vor einem halben Jahre der Fall gewesen.

Von Deutschlands unbeirrter und einmüthiger Entschlossenheit, das Werk seiner Neugestaltung zu Ende zu führen, ist so eben aus dem Munde eines süddeutschen Fürsten, und darum doppelt beredtes und bedeutungsvolles Zeugniß abgelegt worden. Was die Thronrede des Großherzogs von Baden, in den Stellen wo die vaterländischen Dinge behandelt werden, besonders wirkungsvoll macht, das ist diese einfache, klare, jeden Prunk der Worte verschmähende, aber auch jeden Zweifel und jede Zweideutigkeit ausschließende Bestimmtheit, womit der Entschluß des Großherzogs „der nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben", sowie seine und des badischen Volkes Bereitschaft, die „von dem Eintritt in dieselbe unzertrennlichen Opfer zu bringen", verschärft, und alle bisherigen Anknüpfungen mit dem Noeden als bloße vorbereitende Schritte bezeichnet werden. In Wahrheit, eine schlagendere und zugleich würdigere Antwort aus Süddeutschland auf die neuesten Kockereien hätte nicht ertheilt werden können. Und man hat sie in Paris verstanden, dies beweist schon die Bestürztheit, womit sämmtliche große französische Blätter von dem „Manifest", wie sie es nennen, Akt zu nehmen sich beeilen.

Die Verhandlungen mit Dänemark werden also demnächst in Berlin eröffnet werden. Zunächst, wie es heißt, nur über die Garantiefrage, aber es versteht sich von selbst, daß sogleich der gesammte Streithandel auf die Tagesordnung kommen wird. Sollte sich dabei Dänemark wirklich so nachgiebig zeigen, wie neuerdings von einigen Seiten verlautet hat, so würde damit allerdings eine thatsächliche Bürgschaft geliefert, daß Napoleon nicht gesonnen ist, sich so bald in einen neuen Conflikt mit Preußen einzulassen. So lange ihnen aber nicht jede Aussicht auf Unterstützung Frankreichs unbedingt abgeschnitten ist, abgeschnitten wenigstens für die ganze übersehbare nächste Zukunft, so lange werden die Dänen ungefügig bleiben. Vorläufig bezweifeln wir stark, daß sie zur Annahme eines Angebots, wie es Preußen machen darf und machen wird, schon hinlänglich würde sein werden.

Aus Preußen, 8. Sept. Die Wahlen sind vorüber. Die Betheiligung an denselben war eine erheblich geringere, als das vorige Mal, selbst in den Städten. Ich glaube kaum, daß durchschnittlich mehr als 40—50% der Wähler ihre Stimmen abgegeben haben. Obgleich fast alle Wahlen (bis auf 13) bekannt sind, so sind doch die Berechnungen über die Stärke der einzelnen Fraktionen, welche die Zeitungen bereits anstellen, nicht sehr zuverlässig, weil es sehr schwierig ist, für neue, mehr oder weniger unbekannte Männer aus der bunten Musterkarte der Fraktionsnamen des Reichstages die richtige Etikette zu finden. Die Physiognomie des diesmaligen Reichstags wird sich nicht wesentlich von der des vorigen unterscheiden. Die Conservativen sind wiederum sehr stark und „der Landrath wimmelt auf der Eisenbahn", wie „Kladder." singt; in den östlichen Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien haben nur die Nationalen einige Sitze neben ihnen behaupten können, mit Ausnahme der beiden Hauptstädte Berlin und Breslau, welche ausschließlich für die Candidaten der Fortschrittspartei gestimmt haben. Trotzdem kann man heute schon sagen, daß unter Hinzurechnung der Wahlen der kleinen Bundesländer die verschiedenen Fraktionen der Linken zusammen genommen die konservative Partei an Mitgliederzahl übertreffen werden. (?) Dieses Verhältniß wird sich voraussichtlich durch die 19 Nachwahlen noch günstiger gestalten. Und da es sich jetzt nicht mehr um Annehmen oder Ablehnen der Verfassung handelt, so darf man wohl auch, ohne allzu sanguinisch zu sein, annehmen, daß die Altliberalen sich diesmal nicht so unbedingt von der Regierung in's Schlepptau nehmen lassen werden, als Bincke und die Seinen auf dem ersten Reichstage es thaten. Für diese günstigere Stellung der liberalen Partei spricht auch die bittere Unzufriedenheit der „N. A. Ztg." mit dem Ausfall der Wahlen. Herr Braß wärmt bereits die frühere „Theorie" von den „Minoritäts-Wahlen" wieder auf, nach welcher die Gleichgültigen und Faulen, die nicht zur Wahl kommen, die „wahre" öffentliche Meinung repräsentiren und natürlich sämmtlich begeisterte Anhänger der Politik des Ministeriums sind, weßhalb dieses denn auch an die Beschlüsse der „zufälligen" Parlaments-Majorität sich nicht

*) Indessen scheinen sie doch nicht ganz ohne Scham auf die glücklich vollzogene Verbindung zu blicken; in der öffentlichen Anzeige derselben ist jede Bezeichnung des Parteicharakters des Herrn Dr. Reincke auf's Sorgfältigste vermieden, so daß denselben Niemand errathen konnte, dem er nicht sonst schon bekannt war; die Lassalleaner werden, ungemein zart, immer nur die „politischen Freunde" des Herrn Dr. Reincke genannt.

Digitized by Google

zu kehren braucht. Man darf wohl bis auf Weiteres annehmen, daß aus Herrn Braß, der trotz der offiziösen Stellung seines Blattes öfters politische Freischärlerzüge auf eigene Faust unternimmt, hier nur der Haß und die Kriecherei des Renegaten spricht. — (Wir haben von einem Zorn der N. A. Z. über das Wahlergebniß Nichts bemerkt, im Gegentheil. D. R.)

Die größte Einbuße an Mitgliedern scheinen die „Bundesstaatlich-Constitutionellen", wie sich euphemistisch die Parikularisten nennen, erlitten zu haben. Nationale und Altliberale haben an 30 Sitze gewonnen, von denen 20—25 auf die ersteren fallen sollen. Auch die Fortschrittspartei oder die Linke hat sich, obgleich sie trotz der lärmenden Agitation nur ein sehr kleines Häuflein bilden wird, nach den Angaben der „Volksztg." um 15 Mitglieder verstärkt. In den westlichen Provinzen, Rheinland und Westphalen, ist nämlich unter dem stillen Einfluß des katholischen Klerus ein Umschwung in der Stimmung eingetreten, der selbstverständlich nach der ganzen Lage der Dinge dem Radikalismus zu Gute kommt. In den katholischen Distrikten ist wenig Boden für national-liberale Anschauungen. Seit die Einigung Deutschlands unter Ausschluß Oesterreichs sich als Kern der Politik Bismarck's herausstellte, sind die liberalen Katholiken fast überall um einige Grade röther geworden, und Ultramontane und Jesuiten, wie Mallinkrodt, Dr. Krebs ꝛc., die bis zu dem Zerwürfnisse mit Oesterreich die eifrigsten Anhänger des Ministeriums und die giftigsten Feinde der Fortschrittspartei waren, stehen jetzt Schulter an Schulter mit ihr in radikalster Opposition zusammen. Bigotte Katholiken (Pius-Vereine u. dgl.) erklärten z. B. im Beginn der Wahlen, sie würden aus kirchlichen Gründen niemals für Waldeck stimmen, weil dieser für die Trennung der Schule von der Kirche und für Civilehe sich erklärt habe; aber schließlich haben sie augenscheinlich die Weisung erhalten, aus höheren politischen Rücksichten die radikale Opposition auf dem Reichstage nach Kräften zu verstärken, um dadurch die fortschreitende Einigung Deutschlands zu erschweren, wenn nicht zu hindern! Es ist eine bunte Gesellschaft, die sich in der Fortschrittspartei zusammenfinden wird, Annexionisten und Anti-Annexionisten, Anhänger der preußischen Hegemonie unter Ausschluß von Oesterreich und rabiatte radikale oder ultramontane Großdeutsche, Demokraten und neben ihnen Harkort, der unter Mantenuffel so grimmig gegen dieselben zu Felde zog, und am Ende noch gar Schulzeianer und Lassalleaner, die sich draußen so wüthend befehden! Wie soll diese Partei „fortschreiten", ohne daß sich die Einen vorn, die Anderen hinten am Wagen angespannt finden? Einig ist sie nur im Negiren. —

Wie es zu erwarten war, hat der Zwiespalt in der liberalen Partei vielfach zu Nachwahlen geführt, bei denen der Sieg leider öfters den Conservativen zufallen wird. Die Altliberalen werden bei der engeren Wahl schwerlich alle für die Radikalen stimmen, wie es die national-liberale Partei als solche natürlich thut, und die Radikalen sträuben sich nach Kräften gegen Nationale und Altliberale. Bei den engeren Wahlen in Mettmann, Solingen, Hagen und Düsseldorf hat die Fortschrittspartei, wahrscheinlich durch die „Gewandtheit" ihres „Generalbevollmächtigten", mit den Lassalleanern einen förmlichen Contrakt geschlossen, der auf dem Büreau der „Rhein. Ztg." zur Einsicht jedes Unglaubigen aufliegt. Darnach verpflichtet sich die Fortschrittspartei, für den Lassalleaner Dr. Reincke zu stimmen, wenn dessen Leute für die Fortschrittsmänner (Bürgers, Richter, Harkort) votiren, trotz der früheren wüthenden Angriffe der Lassalleaner gegen Herrn Bürgers. Zur Vernichtung der Nationalen und Liberalen (Bunsen, Michaëlis, Wincke, Camphausen) treten Schulze und Lassalle in Conjunktur! Davon will nun aber der „Präsident" v. Schweitzer nichts wissen, der vor Allem die Erlangung eines Parlamentssitzes im Auge hat. In Waldenburg (Schlesien) hat er den Sieg des konservativen Fürsten Pleß über den nationalliberalen Reichenheim durch die Arbeiter entschieden. In Elberfeld rechnete und wie sich zeigte, er dafür, nicht ohne Grund, auf die Stimmen der Konservativen; in Düsseldorf aber empfiehlt er nach der „Volksztg.", vielleicht in der Hoffnung, dadurch unter den Elberfelder Anhängern des Herrn Alexander von Sybel Stimmen zu gewinnen, den Arbeitern die Unterstützung des Herrn Michaëlis, wo für die perfide Bestialität der „Volksztg." vollständig genügt, um diesen Redakteur der „Nat.-Ztg." zu einem Regierungs-Kandidaten in des Wortes verwegenster Bedeutung zu stempeln. Und nun erklärt wieder der Kupferschmied Försterling, der sich ebenfalls Präsident des Lassalle'schen Arbeitervereins nennt, daß der „Parlaments-Kandidat" Herr v. Schweitzer gar nicht Mitglied desselben sei! —

Von den Ministern sind bis jetzt gewählt v. d. Heydt, Roon und Itzenplitz; Graf Lippe hat in Arnswalde eine Stimme erhalten. Auch die Generale Moltke, Steinmetz und Vogel v. Falkenstein sind wiedergewählt, letzterer zweimal, auch in Königsberg, der Stadt der „reinen Vernunft", gegen Hoverbeck, der nun jedenfalls in Berlin gewählt werden wird. Dreimal gewählt sind der radikale Waldeck und der altliberale Camphausen, und beide stehen außerdem noch auf der engeren Wahl, ersterer sogar noch zweimal (Bielefeld und Münster). Doppelt gewählt sind von der Fortschrittspartei Löwe-Calbe, von den Nationalen Forckenbeck, Simson, Planck, Miquel, Weigel; von den Konservativen drei, darunter Savigny. Die Nationalen haben zwei Sitze eingebüßt, Lette in Königsberg in der Neumark und Reichenheim; Twesten und Michaëlis stehen noch auf der engeren Wahl, letzterer zweimal, einmal gegen Rodbertus. Die Wahl Twesten's in seinem früheren Wahlkreise (Reichenbach-Neurode) ist allem Anschein nach völlig gesichert. Interessant ist noch das Wahlergebniß im Kreise Straßburg (Westpreußen). Hier erhob sich plötzlich eine fortschrittliche Opposition gegen die Wiederwahl des nat.-liberalen Abg. v. Henning, des langjährigen Vertreters dieses Kreises. Unter dem lebhaftesten Beifall der Jacobyschen „Zukunft", die es auch nicht genug zu rühmen weiß, daß „der Katholizismus am meisten seinen liberalen Traditionen treu geblieben ist", und die über Oesterreich's Rolle in der Weltgeschichte klagender, wie Herrn Onno Klopp, denkt, fraternisirte in Straßburg die deutsche Demokratie mit der polnischen gegen die Nationalen, und stellte Herrn Frenzel als Kandidaten auf. „Die nationalen Hetzereien", sagte die „Zukunft" mit froher Hoffnung, weichen, wenn auch langsam, einer Verständigung auf dem gesunden und hoffentlich auch über die Wahl hinaus fruchtbaren Boden gemeinsamer politischer Bestrebungen." Nun, die Deutschen des Kreises haben eine sehr verständliche Antwort darauf gegeben. Hennig ist mit bedeutender Majorität (5—6000 Stimmen) gewählt und Frenzel hat — 300 Stimmen erhalten! Aber was werden die Herren Löwe und namentlich Schulze, der vor einigen Jahren in jener Gegend eine so vortreffliche Rede über die civilisatorische Bedeutung des Kampfes des Deutschthums gegen das Polenthum hielt, dazu sagen, daß ein sich zu ihrer Partei rechnendes Blatt diesen civilisatorischen Kampf jetzt schon als „nationale Hetzerei" qualifizirt? „Herr, schütze mich vor meinen Freunden!" —

Auf den 10. k. M. ist der Reichstag einberufen und ihm wird die Session des Abgeordnetenhauses auf dem Fuße folgen müssen, wenn es möglich werden soll, das Budget vor Beginn des neuen Finanzjahres festzustellen. Damit wird denn auch das öffentliche Leben, durch die Erörterung bestimmter Fragen der Gesetzgebung und der staatlichen Organisation, wieder einen greifbaren, fruchtbringenden Inhalt gewinnen, der ihm durch die äußerst unfruchtbaren und widerwärtigen Parteizänkereien der letzten Wochen und Monate schier verloren gegangen war. Verstummen werden die unnützen, bimesstürmenden Phrasen zwar keineswegs; der Radikalismus betrachtet sich ja gern dem Staate gegenüber als anfeindeten, den Zuschauer und ungebundenen Kritiker, und überhaupt es naturrümpfend den „Rechnungsträgern", durch Kenntnisse, Arbeitslust und Hingebung die Entwickelung des Staatswesens nach den Anforderungen der Zeit zu fördern und allen Bedürfnissen gerecht zu werden; aber das Volk wird doch durch die Verhandlungen unterscheiden lernen zwischen denen, die

Digitized by Google

überhaupt nicht zufrieden zu stellen sind, weil sie, wie Jago, Nichts sind, wo sie nicht lästern können, und denen, welche den erreichbaren Fortschritt nicht um trügerischer Phantasien willen verschmähen. Namentlich in einer Zeit des Werdens ist es vor Allem nöthig, den Moment zu ergreifen. Vor Einem nur muß sich der Reichstag hüten. Nach dem, was man von den Vorarbeiten des Bundesrathes hört, soll ihm ein überreiches Material vorgelegt werden. Er darf sich aber nicht dazu verleiten lassen, die Vorlagen über das Knie zu brechen. Das entspricht weder der Würde der Volksvertretung, noch fördert es ihr Ansehen, — und der Reichstag muß sich allen den Hetzereien gegenüber seine Stellung im Volke erst schaffen. —

Die schleswig-holsteinischen Vertrauensmänner sollen in der nächsten Woche nach Berlin kommen. Die kurhessischen sind durch die Zusicherungen über die Verwendung des Staatsschatzes und die Umwandlung der Landstände in eine Provinzial-Vertretung befriedigt, wenn auch aus ihrem Schweigen nach der „Erörterung“ des Justizministers über die neue Gerichtsordnung und die Degradation der Appellations-Gerichtsräthe schwerlich auf ihre Zustimmung geschlossen werden darf. Nachdem die Regierung den Wünschen der Kurhessen in Bezug auf die Provinzial-Vertretung in dieser Weise entgegen zu kommen scheint, begreift man nur um so weniger, weshalb der Unfriedenheit in Hannover durch die übermäßige Begünstigung der preußenfeindlichen Ritterschaften neue Nahrung zugeführt werden mußte. Weil man wenig, daß die Regierung wohl an die Beschwichtigung derselben denken mögt, deutete man eine Notiz der „Prov.-Korresp.“ über die künftige Besetzung des Oberpräsidiums in Hannover, für die bisher der ultrakonservative Hr. v. Nordenflycht bestimmt sein sollte, auf Hrn. Vincke oder gar auf Hrn. v. Bennigsen. Die radikalen Zeitungen, die schon die Ernennung Braun's zum Rechtsanwalt an dem neuen obersten Gerichtshofe für die neuen Provinzen in Berlin mit Hohngeschrei und Verdächtigungen begleitet hatten, hätten natürlich auch diese Ernennung nur als einen neuen Beweis des Renegatenthums der Nationalen begeifert. Alle Uebrigen würden sie als den ersten entschieden glücklichen Griff begrüßt haben. Nur fürchtete man gleich, dieser Gedanke sei zu schön oder zu klug, — und jetzt hört die Kreuzzeitung, daß jene Anspielung der „Prov.-Korresp.“ sich auf den „regierenden“ Grafen Otto Stolberg bezogen habe, dem seine Mittel gestatten, eine Art von Hof in Hannover zu halten! —

Wo Confusion zu machen ist, da zieht es Hrn. Fröbel nach alter Erfahrung unwiderstehlich hin; uns aber hat die badische Thronrede wunderbar über seine Süddunds- und baierischen Großmachts-Projekte beruhigt, selbst wenn Fürst Hohenlohe sie theilen sollte. — Der Brief des Herrn Mouslier über die Salzburger Zusammenkunft soll auf den dringenden Wunsch des Grafen v. d. Goltz veröffentlicht sein und durch ein Cirkular an die preußischen Diplomaten im gleichen Sinne bekräftigt werden. Salzburg ist also der Friede! Wer's erlebt, wird sehen! Für heute erkennt der Kladderadatsch mit Sicherheit nur das eine Resultat: „Er war verreist und ist — zurückgekommen!“ —

Der Frank und die deutsche Münzeinheit.

I. Der Beschluß des volkswirthschaftlichen Congresses für sofortigen Uebergang Deutschlands zur Goldwährung verspricht den Bestrebungen nach Münzeinheit, welche namentlich im Handelsstande seit Jahren thätig sind, einen neuen kräftigen Anstoß zu geben, und auf deutschen Boden jene von Paris ausgegangene hoffnungsvolle Bewegung zu verpflanzen, die uns binnen nicht zu langer Frist eine einheitliche Weltmünze in Aussicht stellt.

Wie der Kaiser von Oesterreich, als er den Fürstentag um sich versammelte, von den deutschen Bundeszuständen sagte, so kann man auch von den deutschen Münzzuständen sagen, sie seien „schlechthin chaotisch.“ Der Wiener Münzvertrag von 1857 war ein Flickwerk, wie es dem damals in Deutschland herrschenden Altflicker-Geiste nur zu gut entsprach, ein bloßes Erzeugniß der Münztechniker, ohne allen höheren volkswirthschaftlichen Werth. Die Goldmünze, welche er schuf, war technisch wohlberechnet, aber sie hatte den Fehler, daß der Verkehr sich nicht gemüthigt fand sie aufzunehmen. Die Krone ist im wirthschaftlichen Sinne des Worts niemals recht eine Münze geworden, sondern eine Medaille oder ein Schaustück geblieben; nicht aus republikanischer Abneigung der Massen gegen ihre Benennung, sondern weil sie kein einfaches ungebrochenes Verhältniß zu den umlaufenden Silbermünzen hatte. Unter diesen Silbermünzen ließ der Wiener Münzvertrag, von dem man die Einheit erwartete, die Freiheit bestehen, welche er vorfand: den Thaler, den österreichischen Gulden und den süddeutschen oder rheinischen Gulden. Er rückte sie nur ein wenig zurecht, so daß sie sich gegenseitig etwas näher kamen; ihre Auflösung in eine gemeinschaftliche Einheit unternahm er nicht. Der Dualismus war eben noch nicht beseitigt; wie in der politischen Sphäre Oesterreich und Preußen, so standen sich in der Sphäre des Münzwesens Gulden und Thaler gleichberechtigt gegenüber, und „keiner wankte, keiner wich.“ Ja noch mehr. Im Norden von Deutschland konnte man sich nicht einmal über gleiche Eintheilung des Thalers verständigen. Zwar nehmen alle Staaten die Eintheilung in dreißig Groschen an, aber den Groschen theilten Sachsen, Hannover u. s. f. in zehn Pfennige, während Preußen bei seinen zwölf Pfennigen blieb. Daneben behielt Bremen seine Goldwährung mit fünf Thalern auf den Louisdor (den die Krone verdrängen sollte und der auch ohne ihre Nachhilfe aus dem Verkehr immer spurloser verschwand) und zweiundsiebzig Groten auf den Thaler, — Hamburg seine Schillinge, deren vierzig auf den preußischen Thaler gingen, — Mecklenburg die seinigen, von denen erst achtundvierzig einen Thalerausmachen, und endlich Schleswig-Holstein das wiederum abweichende dänische System mit Thaler, Mark und Schillingen. Diese bunte Musterkarte von Münzsorten hat noch heutzutage in unserem Vaterlande Gesetzeskraft, und wenn ein Holsteiner über Hamburg und Süddeutschland nach Oesterreich reist, oder ein Oesterreicher über Süddeutschland und Bremen nach Norderney oder Helgoland, so muß er seinen Geist viermal auf ein neues Münzsystem spannen, was, wenn binnen zwei bis drei Tagen Eisenbahnfahrt auszuführen, eine recht hübsche moderne Folter-Erfindung genannt werden darf.

Welche Ariadne reicht uns nun den Faden, um aus diesem Labyrinth herauszukommen? Frankreich — so anstößig es auf den ersten Blick patriotischen Augen erscheinen mag, von Frankreich eine Einrichtung auf Kosten der bestehenden deutschen Institutionen zu übernehmen. Der Frank, wie sonderbar es auch klinge, ist in der That das Mittel, um in Deutschland Münzeinheit herzustellen. Es gibt kein anderes, soweit man irgend sehen kann; und dieses erfüllt den Zweck zugleich mit einem noch höheren allgemeinen Culturzwecke.

Der Uebergang zur Goldwährung, dessen Nothwendigkeit auf dem volkswirthschaftlichen Congreß kein Mensch mehr anfocht und alle deutschen Regierungen auf der Pariser Münz-Conferenz von diesem Sommer durch ihre Bevollmächtigten ausdrücklich anerkannt haben, bedeutet soviel als eine vollständige Revolution des Münzwesens für Deutschland. Die Silbervorräthe können nicht mehr mit dem bisherigen Zeingehalt ausgeprägt werden; man wird auch ihre bisherige Stückelung nicht beibehalten lassen, sondern mehr oder minder unbedingt zum Decimalsystem übergehen wollen. Vor allen Dingen aber wird in sie nun endlich eine durch ganz Deutschland reichende Einheit kommen sollen, so daß der Deutsche, wenn er andere Gegenden seines Vaterlandes aufsucht, nicht länger genöthigt ist, sich mit neuen Münzen zu versehen, als gehe es in einen fremden Staat. Wenn alle diese radicalen Abänderungen aber doch erforderlich sind, dann kostet es auch nicht mehr, die neue, das Münzsystem beherrschende Goldmünze gleich so zu wählen, daß sie zu fremden Goldmünzen von ausgedehntem Curse auf den Weltmarkt in ein einfaches ungebrochenes Verhältniß tritt. Daß diese fremden Goldmünzen nur diejenigen des französisch-italienisch-belgisch-schweizerischen Münzvertrags

Digitized by Google

vom 23. Dezember 1865 (20-, 10- und 5- Franken-Stücke) sein können, darüber ist man in Paris zu einem allgemeinen Einverständniß gekommen; auch der Vertreter Englands, dessen Souverain, und der Vertreter Nordamerika's, dessen Goldadler allenfalls mit dem Napoleonsdor noch concurriren konnte, haben sich den höheren Vorzügen des letzteren gebeugt. Nordamerika will seine Eagles inskünftig auf den Fuß der Franken-Goldstücke ($^{9}/_{10}$-Feinheit) ausprägen und in ein einfaches Verhältniß der Multiplication mit Fünf zu ihnen bringen; England hält mit einer gleich entschiedenen Erklärung zwar noch zurück, läßt sie aber für spätere Zeit hoffen. Der Anschluß an die französische Goldmünze ergibt sich für Deutschland also von selbst, wenn wir uns den unschätzbaren Vortheil verschaffen wollen, beständig in ausgiebigster Fülle eine Münze zur Hand zu haben, die in den meisten Ländern, wohin wir reisen oder Handel treiben mögen, gesetzliches Zahlungsmittel ist, und Ausdehnung hat, es im ganzen Umfang der civilisirten Welt zu werden. Welch unsägliche Belästigungen fallen damit für Tausende hinweg! Die Schwere des Silbergeldes, der beschränkte Curs des Papiergeldes hören dann auf, für den deutschen Reisenden ein an seinen Genuß gehängter Fluch zu sein; unser auswärtiger Handel wird mit Einem Schlage frei von einer Quelle zahlloser Verluste und Beschwerden.

Machen wir auf diese Weise ein Goldstück, das irgend einem Vielfachen des französischen Fünffrankenstücks entspricht, also 5, 10, 15, 20, 25 u. s. w.= Franken ist, zur bestimmenden Einheit unseres nationalen Münzwesens, so kann uns auch der zweite Schritt, die Centesimi des ersten, nicht schwer werden, der darin besteht, daß wir die französischen Franks und Centimes ebenfalls adoptiren. Mit ihnen haben wir ein streng durchgeführtes Decimalsystem, d. h. die theoretisch brauchbarste und praktisch bewährteste Theilung; mit ihnen bequeme Stücke für den täglichen Gebrauch. Der Vortheil einer auch jenseits der Staatsgrenzen giltigen Münze, der sonst sich auf das Gold beschränken würde, erstreckt sich nun bis zu Silber- und Kupfer-Geld (Billon) herab, was für den Grenzverkehr und selbst für Reisende immerhin wichtig ist. Adoptiren wir das Franken-System dagegen nicht, so ist die Wahl eines einheitlichen nationalen Münzsystems von der einmal gegebenen Goldmünze abwärts äußerst schwierig. Im Angesicht der sich vollziehenden Ausgleichung der Münzen durch die ganze civilisirte Welt kann der Norden dem Süden seinen disharmonischen Thalerfuß so wenig aufdrängen, wie der Süden dem Norden Gulden und Kreuzer. Der Zoll, den österreichischen Gulden ($^{2}/_{3}$ Thaler) zur Einheit zu erheben, entzieht Oesterreichs zuverlässig bevorstehender Uebergang zum Franken den Boden, und jene andre, verwandte Idee, auf dem Drittelthaler oder der „Mark" das universelle deutsche Münzgebäude zu errichten, ist überhaupt niemals etwas anderes als ein Zukunftstraum gewesen, der nun, wo sich der Horizont europäisch-amerikanischer Münzeinigung öffnet, in Nebel zerfließt. Der Frank hat keinen ebenbürtigen Gegner mehr, darum wird er, früher oder später, siegreich eindringen. Ohne ihn keine deutsche Münzeinheit: darum müssen wir ihm sogar baldigen Sieg wünschen.

Nur zwei Fragen mehr nebensächlicher Art können vorläufig noch als offene angesehen werden: die Benennungsweise, und die Stückelung auf der untersten Stufe. In Betreff der letzteren hält man in Preußen sehr zähe an der Zwölftheilung fest, und es ist wahr, daß die größere Theilbarkeit der Zwölf im Vergleich zur Zehn (in Folge des mehr darin enthaltenen Factors Drei) für den Kleinverkehr des Tages ihre Vorzüge hat. Es mag also einstweilen dahingestellt bleiben, ob der Frank in Deutschland hundert Centimen erhält oder hundertundzwanzig kleinste Theilstücke. Ebenso ließe sich denken, daß das erregte patriotische Gefühl vielleicht gerade im Augenblick des Uebergangs zu neuen Münzen nicht ohne wirkliche oder scheinbare Berechtigung Anstoß nähme an der Adoption der Namen Frank, Sou und Centime, obgleich Frank wenigstens gut deutsch klingt und sogar einen richtigen Begriff andeutet, nämlich die von den Franken (Franzosen) zu uns gekommene neue universelle Münze. Es ist aber sicherlich, sachlich genommen, nichts im Wege, wenn wir dieselben Münzen, wie die Italiener sie Lire und Centesimi nennen, unsrerseits Mark und Pfennige taufen wollen, nöthigenfalls auch noch den Groschen=2 Sous darwischen einschieben, um gute geschichtlich überlieferte Benennungen zu erhalten und dem Volke damit die Aneignung des neuen Wesens zu erleichtern.

Die würtembergische Freiheit,

beleuchtet von einem Würtemberger.

II.

††Wie es mit dem Hauptbollwerk der politischen Freiheit, der Volksvertretung und ihren Rechten, in Würtemberg aussieht, haben wir das Vorigemal gezeigen. Noch schlechter indessen steht es mit den Rechten der Einzelnen, den sog. Grundrechten. Es herrscht nämlich hierin im Wesentlichen noch der Rechtszustand vor dem März 1848, weil eine Revision der würtembergischen Verfassung nicht zu Stande kam, und die in Würtemberg verkündigten Grundrechte des deutschen Volks sowohl durch Bundesbeschluß als durch die würtembergische Landesgesetzgebung wieder beseitigt wurden.

Wir heben aus der Römer'schen Darstellung folgende Züge heraus:

a) Der Schutz der Person ist gleich null, denn die Verhaftung ist im Wesentlichen ganz in das Ermessen der Gerichte ja sogar der Polizeibehörden gestellt, es fehlt beinahe gänzlich an gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz gegen willkürliche Verhaftung. Strafprozeßordnung vom 22. Juni 1843. Art. 149– 193. Art. 18.

Insbesondere sind die Polizeibehörden gar nicht beschränkt hinsichtlich der Verhaftung wegen blos polizeilicher Vergehen und machen auch von dieser Schrankenlosigkeit sehr umfassenden Gebrauch.

b) Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist gesetzlich gar nicht anerkannt, und es erlaubt sich insbesondere die Polizei, sang nach Belieben in die Wohnung einzuдringen da sie allerdings durch ein Gesetz nicht beschränkt ist.

c) Nach dem Polizeistrafgesetzbuch Art. 1 ist Strafe gesetzt auf den Ungehorsam gegen alle von einer obrigkeitlichen Person oder Stelle in ihrem amtlichen Wirkungskreise erlassenen und ordnungsmäßig verkündeten Anordnungen oder Befehle, ja es ist den Polizeistellen vorbehalten, innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit auf die Uebertretung ihrer Anordnungen besondere Strafen festzusetzen.

Damit ist der von dem Strafgesetzbuch Art. 1 ausgesprochene Grundsatz, daß nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen eine Strafe erkannt werden darf, zu einem guten Theile illusorisch gemacht, und die Allmacht der Polizei gesetzlich sanktionirt.

d) Vorzüglichst und freie Wahl des Aufenthalts gibt es in Würtemberg insofern nicht, als nach dem erwähnten Bürgerrechtsgesetz vom 4. Dezember 1833 Art. 11 Jedem der Aufenthalt an einem bestimmten Ort „wegen sittlichen Prädikats oder aus anderen politischen Gründen durch die zuständige Regierungsbehörde verlegt" werden kann.

e) Die Befugniß, sich zu versammeln, ist im höchsten Grade beschränkt durch das Gesetz vom 5. Mai 1852, sofern sie verlegt werden kann wegen mangelnden Nahrungsstands oder „schlechten Prädikats", deren Beurtheilung ganz den Gemeindebehörden anheimgegeben ist.

f) Die Gesetzgebung über die Presse ist sehr mangelhaft und die Preßfreiheit wesentlich beschränkt. Das in Folge der Aufhebung der auf den Bundesbeschlüssen ruhenden Verordnungen der fünfziger Jahre über die Presse durch K. Verordnung vom 24. Dezember 1864 wieder hergestellte Gesetz über die Preßfreiheit vom 30. Januar 1817 gestattet zwar ein Einschreiten gegen die Presse nur wegen der Begehung einer im Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohten Handlung mittelst der Presse, und kennt keine Präventivmaßregeln gegen die Presse, aber dasselbe enthält auch sehr drückende Bestimmungen.

Es legt z. B. der Ortspolizeibehörde die Pflicht auf, den Debit von Druckschriften, durch welche ein Vergehen begangen wird, vorläufig zu untersagen, auch dieselben nach Umständen in Beschlag zu nehmen, jedoch hievon der geeigneten Regierungsbehörde (Kreisregierung) innerhalb 24 Stunden die Anzeige zu machen.

Römer zählt noch eine große Anzahl von Preßbeschränkungen auf, von welchen wir, der Kürze halber, nur noch die folgenden hervorheben:

Den die Preßfreiheit beschränkenden Verordnungen des Preßgesetzes sind auch die von den Landständen veranstalteten oder in ihrem Namen und mit ihrer Genehmigung herausgegebenen Druckberichten, es mögen landständische Verhandlungen oder Deductionen von Rechten sein, unterworfen.

Demnach gilt nach würtembergischem Recht nicht die Bestimmung der R.V.B (Art. 22), wonach wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags von jeder Verantwortlichkeit frei bleiben.

Digitized by Google

g) Ganz schlimm steht es mit dem Vereinsrecht. Durch die K. Verordnung vom 24. Dezember 1864 ist zwar die Verordnung vom 26. Januar 1855 betreffend die Regelung des Vereinswesens aufgehoben, aber es sind auch die bis zu ihrer Erlassung bestandenen Vorschriften der Landesgesetze wieder hergestellt. Diese Landesgesetze sind nun das Polizeistrafgesetzbuch und das Strafgesetzbuch und sie schreiben hinsichtlich der politischen Vereine vor:

„Wer einen politischen Verein mit besonderen Statuten gründet, hat unter Vorlegung der Statuten der Obrigkeit hievon Anzeige zu machen, und ist im Unterlassungsfall mit einer Geldbuße bis zu 20 Gulden zu bestrafen. (Polizeistrafgesetz Art. 18.)

Die Theilnahme an Vereinen für gesetzwidrige politische Zwecke wird, wenn sie nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, an dem Anstifter oder Vorsteher mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten, an den übrigen Genossen mit Gefängniß von vier Wochen bis zu Einem Jahre geahndet.

Bei einer anderen, unter bestimmten Vereinsformen oder Satzungen eingegangenen politischen Verbindung wird, sofern die Fortdauer derselben von der Staatsregierung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung besonders verboten worden ist, jede fernere Theilnahme an dem Stifter oder Vorsteher mit Kreisgefängniß bis zu Einem Jahre, an den übrigen Genossen mit Gefängniß bis zu vier Wochen oder mit Geldbuße von fünfzig bis zweihundert Gulden bestraft. Dieselben Bestimmungen sind auf Würtemberger anwendbar, welche unter den oben bezeichneten Voraussetzungen an auswärtigen politischen Vereinen der einen oder der anderen Art Theil nehmen. (Strafgesetzbuch Art. 149.) —

Hiernach kann also die Staatsregierung jede unter bestimmten Vereinsformen oder Satzungen eingegangene politische Verbindung „wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung" verbieten.

Davon hat die Regierung auch energischen Gebrauch gemacht durch Verfügung vom 1. Februar 1852 (Regierungsblatt S. 84) und vom 14. März und 31. Mai 1853 (Reg.-Bl. S. 77 und 241).

Es ist klar, daß mit jener Befugniß das politische Vereinsrecht einfach verneint ist.

Einige dieser beschränkenden Bestimmungen, wollen wir hier einschalten, finden sich allerdings auch im preußischen Vereinsgesetz vom 11. März 1854. Auch hier ist die Einreichung der Statuten und überdies des Mitgliederverzeichnisses bei Strafe von 5—50 Thalern geboten. Ferner dürfen politische Vereine keine Frauen, Schüler und Lehrlinge aufnehmen, auch nicht unter sich in Verbindung treten (Wahlvereine unterliegen den letzteren Beschränkungen jedoch nicht.) Dagegen fehlt im preußischen Vereinsgesetz jede materielle Beschränkung, kein Verein kann wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" oder aus sonstigen dehnbaren Gründen der Art verboten werden, die Vereine sind lediglich den allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen unterworfen. — Doch weiter:

h) Die Administrativjustiz hat in Würtemberg eine Ausdehnung wie nirgends, nicht einmal in Frankreich, und die Anrufung der Gerichte ist in vielen Fällen ausgeschlossen, in welchen man in keinem anderen Staate auch nur an die Ausschließung der gerichtlichen Zuständigkeit denkt. Daher entstehen die Rechte der Einzelnen vielfach des sichern unzuverlässigen öffentlichen Schutzes.

Es mag hier zum Beleg nur angeführt werden, daß die Verwaltungsbehörden eine sehr umfassende Strafgerichtsbarkeit haben, und nach der würtembergischen Praxis jeder Streit über Rechte und Verbindlichkeiten von staatsrechtlicher Natur den Gerichten entzogen ist, diese überhaupt auf die Entscheidung rein privatrechtlicher Streitigkeiten beschränkt sind.

i) Die Verantwortlichkeit der Minister ist zwar anerkannt (V.-U. §. 51. 52), allein sie ist ziemlich illusorisch durch das Institut des Geheimen Raths, welcher eben den König unmittelbar berathende unverantwortliche Behörde ist (V.-U. §. 54. 58. 59) und durch die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs, der Behörde, welche über Ministeranklagen zu verhandeln und zu entscheiden hat, sofern die eine Hälfte seiner Mitglieder und der Präsident vom König ernannt, die andere Hälfte von der Ständeversammlung, d. h. beiden Kammern gemeinsam gewählt wird. (V.-U. §. 196.)

Daher versteht Würtemberg auch in dieser Beziehung durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund auf keinen Fall recht.

k) Endlich ist noch mit besonderem Nachdruck hervorzuheben §. 89 der Würtembergischen Verfassungsurkunde, wornach der König das Recht hat, „in dringenden Fällen zur Sicherheit des Staats das Nöthige vorzuverfügen". Damit ist dem König eine ganz unbeschränkte Dictatur eingeräumt und alle und jede Freiheit zu einem höchst precären Gute gemacht, da jene Befugniß des Königs in gar keiner Weise beschränkt ist.

Die würtembergische Verfassung geht hier viel weiter als alle übrigen Verfassungen. Die meisten (in namentlich die preußische §. 63) enthalten die Beschränkung, daß eine solche Verordnung keine Abänderung der Verfassung enthalten und daß sie nur erlassen werden dürfe, wenn die Kammern nicht versammelt sind, endlich, daß sie den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen sei.

„Wahrlich, sagt Römer am Schluß dieses Abschnitts, Würtemberg hat keine Ursache, sich seiner Freiheit zu rühmen, wer die verstehenden, überall genau durch die Anführung der betreffenden Gesetze belegten Betrachtungen auch nur oberflächlich durchgeht, muß erkennen, daß Würtemberg zu denjenigen Staaten gehört, in welchen die Freiheiten des Volks auf das geringste Maß herabgedrückt und die Befugnisse der Regierung auf's Maß hinaufgeschraubt sind, und daß namentlich die Ueberhebung über Preußen auch auf diesem Gebiete ganz unbegründet ist. Allerdings macht die Regierung zu Zeiten und so insbesondere jetzt von ihren Befugnissen wenig Gebrauch, sie läßt den Demokraten und Ultramontanen in Versammlungen, Vereinen und in der Presse nach Herzenslust schreien, allein das kann sich jeden Augenblick ändern, und wenn die Regierung genug, und energisch vorzugehen den Muth und den Willen hat, so werden diejenigen, welche die unübergesetzige Freiheit so hoch preisen, schon ihrer Selbstbetäubung wegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit aller Kraft bekämpfen zu müssen glauben, mit Schrecken die Freiheit — der Regierung fernen lernen. Haben denn die Würtemberger die sämtlichen Jahre schon ganz vergessen? Vergessen die Maßregeln der politischen Vereine, die Zeitungsbeschlagnahme, die Ausweisungen, die Verausgabung von der Volksvertretung verweigerter Gelder, wie des Aufwandes für die Kriegsrüstungen gegen Preußen im Jahr 1850 und der Ministeranklagen, welche die Minister sich einstens erhöhe kaum 1 unserer Acte, welche erfolgten auf Grund der oben dargelegten Gesetzgebung.

Die Freiheit können wir uns nur erringen — und nach der obigen Auseinanderfassung muß sie erst errungen werden — mit vereinten Kräften, nur im Verein mit unseren Brüdern rechts vom Main und eben darum nur im Norddeutschen Bunde. Dann von Verfassung des Norddeutschen Bundes hat durch den norddeutschen Reichstag, namentlich durch Anträge der nationalliberalen Partei, welche sich überhaupt um das Verfassungswerk die größten Dienste erworben hat, diese (oft erhebliche Verbesserungen im Sinne der Freiheit erhalten (vgl. Art. 4. 7. 11. 18. 20. 21. 22. 23. 25. 26. 31. 59. 60. 61. 62. 69. 70. 72. 75. 77). Ein deutscher Reichstag wird sicher die Freiheit erringen, die Deutschland braucht und will.

Daß noch immer Viele diese Sachlage verkennen, daß sie für die Freiheit schwärmen, die gar nicht existirt, daß sie das öffentliche Recht Würtembergs gar nicht kennen, ist wahrlich kein Zeichen politischer Reife und Befähigung.*)

Ein Volk, das sein öffentliches Recht so wenig kennt, ist nicht frei, selbst, wenn seine Gesetzgebung die allerfreisinnigste ist, es ist dann eben frei blos auf dem Papier." —

Das Programm der „Süddeutschen Presse".

Aus Bayern. Dieses Programm, das vom offiziösen Federn dem Publikum vorgeführt und vielfach als eine mittelbare Kundgebung der allerneuesten bayerischen Regierungspolitik aufgefaßt wurde, hat zu zahlreichen Besprechungen Anlaß gegeben. Die Diskussion kann auch jetzt noch nicht geschlossen werden, da sie immer noch unerledigte Frage, ob man es hier mit den Ansichten eines Privatmannes, oder mit den politischen Grundsätzen einer Regierung zu thun hat, von praktischer Bedeutung ist.

Es werden zunächst in dem Programm zwei politische Gedanken, die das Losungswort entgegengesetzter Parteien sind, summarisch abgefertigt. Was nämlich die Aufdehnung des Norddeutschen Bundes auf Süddeutschland betrifft, so kann dawon nach Fr. Löbel gar nicht die Rede sein. Anderseits hat auch die Gründung eines Süddeutschen Bundes „wenig Aussicht auf Erfolg." Man sieht, das das Programm diesen zweiten Gedanken mit Vorsicht behandelt: er wird nicht wie der erste grundsätzlich verworfen, sondern nur vorläufig in den Hintergrund gestellt; sollten sich seine Aussichten künftig bessern, so ist die „Süddeutsche Presse" durch ihr Programm nicht gehindert, für den Süddeutschen Bund in die Schranken zu treten.

Einstweilen aber „muß der europäische Beruf Süddeutschlands sich in der bayerischen Politik zusammendrängen," d. h. also Bayern hat eine politische Mission von europäischer Bedeutung selbständig zu vollziehen. Welche Bewandtniß hat es mit dieser Mission?

Fröbel verkündigt uns, daß das deutsche Staatensystem durch die Ereignisse von 1866 zerstört ist, und daß es „im Gang der Geschichte liegt," nicht etwa an der Stelle des zerstörten ein neues und besseres deutsches Staatswesen zu schaffen, sondern „ein in sich geschlossenes

*) Die letzten Wochen liefern wieder ein schlagendes Beispiel für das eben Gesagte. Der „Beobachter" hetzt wieder gegen Preußen durch die Behauptung auf die preußische Militärgerichtsverfassung, nach welcher nicht blos militärische, sondern auch gemeine Verbrechen der Offiziere und Soldaten durch die Militärgerichte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit der Verhandlungen abgeurtheilt werden. Nun verhält es sich aber in Würtemberg vgl. Militärstrafgesetz vom 20. Juli 1818. Art. 128. 129) ganz ebenso, nur die noch den allgemeinen Landesgesetzen zu beurtheilenden Kapitalverbrechen der Militärpersonen sind von den ordentlichen Kriminalgerichten abzuurtheilen, aber erst, wenn der Schuldige der Civilbehörde abgetreten, und wofern er ein Offizier, entlassen oder entsetzt ist. Auch das Institut der Ehrengerichte besteht in Würtemberg wie in Preußen. Das wird von der gemeinsinnlosen radikalen Presse einfach verschwiegen, ihre Polemik wäre ja unmöglich, wenn das Publikum, welches freilich die Wahrheit selbst kennen sollte, sie erfahren würde. A. d. V.

Digitized by Google

europäisches Staatensystem," dem Oesterreich, Nord- und Süddeutschland als „die drei deutschen Glieder der großen europäischen Familie" angehören. Das heißt also: man muthet uns zu, auf die staatliche Einheit der deutschen Nation für alle Zeit zu verzichten und in der jetzigen Dreitheilung, die wir als einen thatsächlichen Uebergangszustand betrachtet hatten, die bleibende Ordnung der Dinge zu respektiren. Man fordert von der süddeutschen und insbesondere der bayerischen Politik, daß sie sich bestrebe, diesen Zustand als die Grundlage ihrer weiteren Wirksamkeit, als den Ausgangspunkt ihrer europäischen Mission, zu befestigen und zu organisiren.

Insoweit klingt das Programm, bei allem sonstigen Reichthum an dunkeln und vieldeutigen Wendungen, verzweifelt deutlich, und dies ist mehr als genug. Wir können hier absehen ohne auf die Sätze des Programms einzugehen, in welchen die europäische „Mission" näher bezeichnet wird. Das Gesammtergebniß der Betrachtung würde sein, daß Fröbel von der bayerischen Politik unmögliche Leistungen zu einem verderblichen Zwecke verlangt.

Er selbst bemerkt im Vorbeigehen, seiner Auffassung werde vielleicht der Vorwurf eines undeutschen Charakters nicht erspart bleiben, allein „die klare Erkenntniß eines richtig erkannten Zieles (so lautet die Stelle wörtlich) darf sich durch den Tadel nicht irren lassen". Es ist uns nicht um Lob oder Tadel zu thun, wir gönnen dem Politiker, dessen Anschauungen im Verlaufe seines öffentlichen Lebens so manchen Wandel erfahren haben, den zuversichtlichen Glauben an die Klarheit und Richtigkeit seiner dermaligen Erkenntniß. Und kümmert nur die Frage, wie sich die bayerische Regierung zu dieser Doktrin verhalte. Die Antwort darauf ist aufgestellt und noch jetzt noch keineswegs genügend widersprochen worden. Das Programm des neuen Blattes sei von der Regierung „genehmigt". Es wird hiemit behauptet, die bayerische Regierung bekenne sich zu einer Politik, die nach unserem Dafürhalten gemeinschädlich ist, in einem Falle aber von den, dem Fürsten Hohenlohe bisher zugeschriebenen Grundsätzen wesentlich abweicht. Diese Behauptung wird unter Umständen aufgestellt, die ihr einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit verleihen. Man hat also das Recht, bestimmten, unzweideutigen Aufschluß zu erwarten, denn es gilt die wichtigsten Interessen, und wir wenden uns ausdrücklich mit der Bitte um solche Auskunft an die Regierungsorgane. Die offiziöse Versicherung, daß Dr. Fröbel die Redaktion des neuen Blattes selbständig und auf eigene Verantwortung führen werde, liegt bereits vor. Darum handelt es sich also nicht. Sondern um die Richtigkeit der Angabe, das Programm der „Süddeutschen Presse" sei in den Regionen, von welchen die Leitung der bayerischen Politik ausgeht, geprüft und gutgeheißen worden. Ist dieß wahr oder falsch? (Wochenschrift d. d. F.)

, **Aus Thüringen**, 4. Septbr. Soviel sich bis jetzt übersehen läßt, hat die nationale Partei in Thüringen bei den soeben beendigten Reichstagswahlen keinen Sitz verloren; im Gegentheil, an die Stelle des Ministers von Wadzdorf ist ein der national-liberalen Richtung angehörender Abgeordneter gewählt worden. Die Betheiligung an der Wahl war überall gestiegen, als im Februar. Die Gegner der nationalen Partei, sowohl Kleinstaatler, wie Reactionäre, suchen dies auszubeuten und sich damit über die erlittene Niederlage zu trösten. Sie wollen die Meinung erwecken, das das Volk der Grundlage unserer nationalen Entwicklung, der norddeutschen Reichsverfassung, gleichgiltig gegenüber stehe. Dadurch ist dies eine falsche Deutung. Die Nichtbetheiligung hat bei uns in Thüringen locale Ursachen. Zuvörderst waren auf dem platten Lande die Erntearbeiten noch im vollen Gange. Sodann war für den Wahltag der zu einem solchen Zwecke ungünstigste Tag der Woche, der Sonnabend, bestimmt worden. Die Bevölkerung des platten Landes wandert am Sonnabend in die Städte und die Stadtbevölkerung, besonders die arbeitenden Klassen, sind an diesem Tag mehr als sonst an ihre Geschäfte und Arbeiten gebunden. Außerdem fielen in die Zeit unmittelbar vor der Wahl und in die Wahlwoche selbst die unter dem Namen der Vogelschießen bekannten thüringischen Volksfeste. Es üben diese Feste auch ein erschlaffendem Eindruck, eine Abziehung von den großen, öffentlichen politischen Interessen aus. Daß zu allen diesen Momenten auch noch eine gewisse Abspannung und Mattheyzigkeit trat, ist nicht in Abrede zu stellen. — Wie lächerlich es übrigens ist, aus dieser geringeren Betheiligung an den Wahlen einen Schluß auf die Sympathien oder Antipathien der Bevölkerung der norddeutschen Bundesverfassung gegenüber zu ziehen, das ergiebt sich aus einer Reihe anderer Thatsachen. Zu den besten und freisinnigsten Gesetzen, die wir in Thüringen haben, gehören unsern Gemeindeordnungen. Trotzdem ist die Betheiligung bei den Gemeinderathswahlen in gewissen thüringischen Ländern, besonders im Weimarischen und Gothaischen, eine sehr geringe. Dasselbe ist mit den Landtagswahlen der Fall. Noch gestern sah sich die Weimarische Zeitung veranlaßt, zu einer regeren und lebhafteren Betheiligung bei der am 3. Sept. stattfindenden Landtagswahl anzueuern.

Hier in Thüringen kommen übrigens noch ganz andere Momente in's Spiel. Alles, was freisinnig, liberal, demokratisch ist, das steht mit verschiedenen Ausnahmen, die zu der schmählichen Volksparteien zu rechnen sind, auf Seite der nationalen Partei. Was kleinstaatlich, reactionär, conservativ ist, das steht auf Seite der Gegner der Nationalen, das Gros des Beamtenthums voran.

Die Freiheit in den Kleinstaaten, ist wiederholt es, war keinen Pfifferling werth; und wenn sich jetzt gewisse Leute geberden, als wären sie durch die nationale Partei an den preußischen Militärdespotismus verrathen und ihrer kleinstaatlichen Freiheit beraubt worden, so ist das eine reine Komödie. Selbst auf dem Gebiet der communalen Selbstverwaltung waren wir in den Kleinstaaten vor den merkwürdigsten Einfällen unserer Regierungsmänner nicht sicher, und mit welchen mißgünstigen Augen man unsere freisinnigen Gemeindeordnungen betrachtete, ist allbekannt. Daß man dieselben nicht mehr anfastete, das lag in Umständen, die von dem Willen gewisser kleinstaatlicher Machthaber unabhängig waren. — Betrachten wir dagegen die Preßzustände. Noch heute gelten in den meisten thüringischen Staaten, in dem freisinnigen, von dem „liberalen" Herrn von Wadzdorf regierten Weimar, wie in Schwarzburg, Reuß, Altenburg u. s. w — das infame Verdikten ausgenommen — die berüchtigten Frankfurter Bundestagsbeschlüsse von 1854, denn die berüchtigten Bundesbeschlüsse über die Vereine! Von Zeit zu Zeit hört man wohl, daß Weimar mit Reuß und Schwarzburg über Erlaß eines gemeinschaftlichen, liberalen Preßgesetzes verhandelt, aber im Publikum denkt man bei solchen Nachrichten: die Vorsicht sür ihn wohl, allein wir fehlt der Glaube! — Nicht den Verlust der Freiheit fürchtet man durch die nationale Neugestaltung, denn dieses hohe Gut haben wir nicht besessen, wir hatten nur gnadigst geschenkte Freiheiten, die auf Widerruf gegeben worden waren, wie die Constitutionen unserer Verfassungen in den 30er Jahren beweisen, man fürchtet den Verlust unseres politischen Schlaraffenlebens, unserer nichtswürdigen Behaglichkeit, die Andere für Deutschlands Sicherheit sorgen ließ, man fürchtet die Anstrengungen, die ein großes, mächtiges Staatswesen an jeden Einzelnen stellt; die Bürcaukratie fürchtet die strenge, gesetzliche Ordnung, die Zerstörung ihrer kleinoeterlichen Verhältnisse u. s. w. Die wenigen Anhänger der Föderatio Republik nehme ich aus. Sie meinen es aufrichtig, bedenken aber nicht, daß sie mit ihren Agitationen nur dem freiheitsfeindlichen Particularismus in die Hände arbeiten. —

† **Hannover**, Anfang September. Die Reichstagswahlen werden unser Partei zur aufseitigen Befriedigung gereichen können, da sie bewiesen, daß in unserem Lande die Tendenzen derselben festen und unerschütterlichen Boden gefaßt haben. Mochte bei der Frühjahrserregung der Masse vorzespiegelt sein, daß ihre Stimmen den König Georg auf den seitherigerberg zurückführen könnten, so hat hiemand sog eine solche Darstellung der Lage der Dinge eigentlich nur noch in der, durch den Mangel eines Hostebens in mancher Persönlichkeit gegschädigten Hauptstadt, in welcher wunderbarerweise die Arbeiter noch mit einem gewissen Fanatismus für den Aristokraten, Staatsminister a. D. Br. Münchhausen in die Schranken treten, ihn, dem niemals volksthümlichen, mit 6484 Stimmen den Sieg über den Stadtsyndikus Albrecht (2874 Stimmen), der seit 1848 stets in den Vorbersreihen des Fortschritts gekämpft, verschaffen. 1116 Stimmen erhielt der Lassallaner, Tischler Hoch, wesentlich in der Arbeitervorstadt Linden, der zugleich dem Bürgermeister Grumbrecht (4172 Stimmen) mit 1310 Stimmen vergeblich Concurrenz zu machen suchte. Daß übrigens die Lassallaner eine nicht unbedeutet zu lassende Thätigkeit entwickelten, müssen wir bei der Gelegenheit bedauernd hervorheben. Die unnatürliche Verbindung unserer Junker mit der äußersten demokratischen Partei sicherte auch nicht mehr recht innig zu sein, obwohl die Beiden äußerlich diesmal noch gemeinsame Anstrengungen für ihre Candidaten gemacht haben, indessen nicht mit altem Eifer; vielleicht scheint unser Adel auf schlichte Weise mit dem preußischen Regierente Frieden schließen zu wollen und wiederum einen einträglichen Platz an der Staatskrippe zu suchen, den er auch sicherlich trotz seines bisherigen Schmollens in Berlin immer noch finden wird. Namentlich empfiehlt sich wir nicht an baldiger ernstlicher Arbeit bei in Berlin mit 2037 Stimmen gegen Albrecht (1960) gewählten ehem. Staatsministers Frhr. v. Hammerstein und des ultramontan-gefärbten Staatsministers Windthorst, der im katholischen Wahlkreis Meppen-Lingen 6077 erhielt, dagegen sein freisinnigerer kath. Gegencandidat Russel nur 2633. Wahlkreis Hannover den oben genannten drei Männern ist nur noch im Wendlande der Majoratsherr Herr Graf Grote-Bresse (Schwager Münchhausens) gewählt, dessen politische Thätigkeit bislang unbedeutend war. Der Harz entschied sich für den bisherigen hannoverschen Ordinalmarschall Grafen Münster, der sich rascher und energischer in die Lage gefunden hatte, wie seine Standesgenossen, und den Anschauungen v. Bennigsen's nicht sehr fern steht. Letzterer ist beinahe einmüthig im 19. Wahlkreis (Lehe-Otterndorf) mit 5541 St. wieder gewählt, ebenso Miquel nach hartem Wahlkampf mit 9062 Stimmen gegen den kath. v. Korff mit 6892 Stimmen i. Osnabrück und in Nordhrim Emden, für welchen letzteren Bezirk nunmehr Syndikus Albrecht als Candidat aufgestellt ist. Auch der Obergerichtsrath Planck ist doppelt gewählt, in Celle und in Osterisland, ein Zeichen für die Regierung, daß das Soll dessen Tüchtigkeit besser zu würdigen weiß, als der Graf Lippe, der ihn längst aus seiner hannover'schen Verbannung Meppen hatte zurückberufen und befördern müssen. Ferner sind den national liberalen Senator Römer in Hildesheim der 10. Wahlkreis und dem Obergerichtsanwalt Weber der 18. Wahlkreis mit großen Mehrheiten treu geblieben. Als neugewählt sind die als entschiedene Anhänger unserer Partei bekannten Hrn. Bürgermeister Hantelmann in Emden, Gutsbesitzer Buddenberg in Bippen (4. Wahlkreis), Senator Dr. Schläger (7. Wahlkreis) mit 2022 Stimmen gegen 1021 für Landdrost Dr. Jürgen, Gutsbesitzer

Digitized by Google

Redecker (10. Wahlbezirk Hameln) und Oberbürgermeister Fromme in Lüneburg (16 Wahlkreis), so daß wir von unsern 19 Distrikten 13 mit National-Liberalen, 1 Freikonservativen und 5 Partikularisten besetzt haben, (da wir oben von den letzteren den Amtmann a. D. Jordan, z. Z. in Frankfurt a. M. vergessen hatten,) der in Göttingen über den politisch wenig bekannten liberalen Prof. Sartorius siegte. Nicht wieder gewählt sind von den vorigen Abgeordneten zum Reichstage: Amtmann Schepeler (absolutistisch), Regierungsrath v. Wöfling, Landrath v. Bothmer, Ass. Frhr. Hammerstein, Dr. Zacharia und C. Eichholz von den Partikularisten, von den Liberalen nach freimüthigem Bericht: Dr. Elissen, Dr. König und Consul Brons, also fast die Hälfte der diesmaligen hannoverschen Abgeordneten sind neu. — Daß die Theilnahme an den Wahlen in der Bevölkerung im allgemeinen keine lebhafte war, liegt in der Natur der Sache, bei der Landbevölkerung wesentlich auch an den Erndteverhältnissen. Allgemein freute man sich hier 24 Stunden über eine mystische Andeutung der Prov. Corr., aus der man herauslas, die Regierung wolle Hrn. v. Bennigsen die Civilleitung des Landes anbieten; statt dessen scheint sich daraus die ziemlich unbekannte Person des 30 Jahr alten Grafen Stolberg-Wernigerode als Oberpräsident, mit dem jetzigen Civilcommissär Frhr. v. Hardenberg, zu entpuppen. Daß v. Bennigsen der richtige Mann zur versöhnenden Ueberleitung gewesen sein würde, wenn man ihm gleich freie Hand als Oberpräsident hätte, darüber dürfte kein Zweifel bei irgend Jemand, aber desto mehr in Berlin. Daneben erhalten wir auch einen Hrn. v. Leipziger als neuen Polizeidirektor, aus Königsberg.

† Aus Franken. Wenn die Salzburger Zusammenkunft in der That ohne alle weitere Wirkung wäre, was sich aber erst noch zeigen muß, eine Wirkung steht fest: durch sie sind wieder einmal die Verzweigungsbahnen und Neigungen unserer Ultramontanen offenbar gemacht worden. Man konnte sich dieselben zwar schon vorher denken, allein es ist denn doch immer ein Unterschied zwischen Vermuthung und dem vor aller Welt offen liegenden Beweis. Die Frechheit und Schamlosigkeit, mit der jetzt unser „Volksbote" für die Franzosen und ihre Berechtigung zu jeder Einmischung in's Zeug geht, ist geradezu unglaublich. Wäre es nicht so unendlich traurig und zugleich für uns Deutsche tief beschämend, daß wir solches Gesindel unter uns haben, so wäre es wahrhaft erheiternd zu sehen, wie „leibiges Blättl" in seiner Gottesligkeit und Frömmigkeit sich jetzt abmüht. Verzgnügen vergessen zu machen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß es den Kaiser der Franzosen, den es in seiner „gemüthlichen" Sprache nur den „Lumperöhr" nannte, auf alle mögliche Weise im Koth herumschleifte; und das nun dem „Blättl" sein Freund wäre, das ist in dieser Beziehung vermag es etwas zu leisten. Und jetzt muß auf einmal „Seine Majestät der Kaiser Napoleon III" als der politische Heiland gepriesen werden. Es ist gar zu dumm, wenn es nur nicht so traurig wäre. Und die Wirkung dieses Raisonnens? Das kann ich Sie versichern, von dieser haben die Brodherrn des „Blättl's" gewiß keine Ahnung. Die Kreise, in denen der „Volksbote" gelesen wird, muß man abrechnen, diese sind aber ihren anderweitigen Führern und Lenkern zugethan; nicht durch den Volksboten, sondern umgekehrt, sie lesen den Volksboten auf Geheiß eben dieser ihrer Lenker. Hier kann er also nichts mehr verderben. Ueber diese Kreise hinaus herrscht aber eine so allgemeine Verachtung, ein solcher Ekel und Haß gegen dieses Blatt, daß ich überzeugt bin, wenn seine Oberen von dieser Wirkung eine Ahnung hätten, sie würden sich ihres Pudels Zauber lieber heut' als morgen entledigen. Ist diese Stimmung ein Gewinn, so hat man ihn dem Auftreten dieses Blattes und seiner Gesinnungsgenossen zu danken. Uebrigens hat sich bei uns die öffentliche Theilnahme mehr den Stuttgarter Absolutionen zugewendet, als der Salzburger Begegnung, für die man vorwiegend doch nur das Gefühl der Langeweile hegte. Für dieselben wäre bei uns auch durch Versammlungen mehr geschehen, wenn nicht die allgemeine Meinung jetzt dahin ginge, daß mit Versammlungen und dergleichen gegenwärtig doch nichts auszurichten sei. Dazu kommt die Haltung eines Theiles unserer demokratischen Presse. Zwar ein so vollständig übergeschnapptes Organ, wie „Beobachter," haben wir nicht, aber unser Nürnberger Anzeiger verhält sich zu dem Stuttgarter Programm doch ziemlich kühl, um nicht zu sagen feindselig. Zwar „befahl er sich nicht" gerne mit Nationalverein, Fortschrittlern, und überhaupt „solchen Leuten", gibt aber doch dem „Bruder Gothaer" gelegentlich mit Vergnügen einen freundschaftlichen Rippenstoß. Daß man dabei im eigenen Lager nicht ganz einig ist, bewies ein neulich erschienener Briefwechsel zwischen einem „Entschiedenen", und dem Abgeordneten Crämer aus dort, der freilich um einige Klafter über diese „Entschiedenen" hinausragt. In rechten Zug wird die ganze nationale Bewegung aber nicht eher kommen, als bis Preußen unwiderleglich gezeigt hat, daß es ihm wirklicher Ernst ist mit der Aufnahme der Süddeutschen in den Nordbund. Das Beste wäre, mit Darmbesten nächstens einmal den Anfang zu machen.

Zeitungsschau.

In einem ihrer letzten Leitartikel bemerkt die Nat. Ztg. über die Rothwendigkeit einer reinlichen Abtrennung der liberalen Bestandtheile der Opposition von den reaktionären Elementen u. A. Folgendes: „In jedem Staate besteht die Opposition aus zwei Hauptklassen, welche wesentlich verschiedenartig sind: aus denen erstens, welche den bestehenden Staat nach ihrem Sinne verbessern wollen und welche mit einer schrittweisen Entwicklung in ihrer Richtung freilich einverstanden sind, sodann aus solchen, deren Unzufriedenheit mit dem Bestehenden so weit und tief geht, daß vom Staate wenig oder nichts übrig bleiben könnte, wenn alle ihre Wünsche in Erfüllung gesetzt werden sollten. Zur Bekämpfung einzelner Handlungen oder Absichten der Regierung, die sich in solchen Oppositionsklassen allerdings im Parlament und im Volke verbinden werden, reichen; wenn sie sich aber innerlich verschmelzen, so ist das ein Beweis von Unreife und Gedankenlosigkeit auf Seiten der Gemäßigten. Diese werden dann von denjenigen, deren Opposition nicht blos der Regierung, sondern dem Staate selber gilt, gewißbraucht und ihre gesührt; sie werden nicht, daß sie zu Zwecken benutzt werden, die gar nicht die ihrigen sind. Sie selber sind nur wegen einer gerade vorherrschenden Richtung oder wegen einzelner Vorgänge im Staatsleben in den Reihen der Opposition und wirken somit die Regierung unterstützend; hingegen ihre radikalen Verbündeten sind stets und überall gegen das Bestehende und gehören daher innerlich nicht zu ihnen. Man kann nicht leugnen und wir haben es oft hervorgehoben, daß die neuerdings sogenannte Fortschrittspartei aus solchen eigentlich nicht zusammengehörigen Bestandtheilen gebildet wird; Zeugniß davon wird abgelegt, wenn in Kurhessen ein radikaler Bolksmann Mantenffel's gegen die Demokraten, und seinen Grundsätzen nach ein Alt-liberaler, heute von dieser neuen Fortschrittspartei in Dienst genommen wird in ihrem Kampfe gegen die Anhänger der schrittweisen Entwicklung."

Aus Süddeutschland, 3. Sept. schreibt man der Weserzeitung: Angesichts des Judels französischer Blätter über die neueste Ausgeburt der Fröbel'schen Phantasie wird es erlaubt sein, noch einmal mit kurzen Worten auf diese wunderliche Erscheinung zurück zu kommen, namentlich insofern sie charakteristisch ist für die bayerischen Zustände. Das Programm Fröbel's irgendwie mit der Politik des Fürsten Hohenlohe zu identifiziren, fällt in Bayern Niemand ein. Man sollte es zwar sehr sonderbar finden, daß ein aus der Gbatulle des Königs beruhendes Blatt mit einer Ankündigung eingeleitet wird, welche sich das Ansehen giebt, das Programm der bayerischen Politik zu enthalten, während der leiter dieser Politik in einer ganz anderen Richtung steuert; aber man ist in Bayern längst an noch viel sonderbarere Dinge gewöhnt; man wundert sich nicht anders, als daß in den höchsten Sphären sich alle möglichen Strömungen durchkreuzen, derart, daß eigentlich nie gesagt werden kann, welche von ihnen die Oberhand hat. Die Confusion der Zustände wird aber am schlimmsten dadurch gefördert, daß über die wichtigsten Fragen nicht nach politischen Absichten, sondern nach den zufälligen persönlichen Launen entschieden wird. Einer solchen Laune scheint Fröbel's Zeitungsunternehmen seine Entstehung zu verdanken. Der bekannte Dramaturg Bödel, ein Apostel Wagner's, wird in der „Süddeutschen Presse" den musikalischen Theil besorgen, und es liegt die Vermuthung nahe, daß durch diesen musikalischen Kanal die ganze Angelegenheit hindurch gegangen ist. In der That hat die Fröbel'sche Zukunftspolitik mit der Wagner'schen Zukunftsmusik eine gewisse Verwandtschaft: sie ist ebenso arrogant und ebenso confus wie diese. Doch sei dem wie ihm wolle, in Bayern sieht man diesem neuesten Kind der Laune mit unverholenem Verdruß entgegen. Das fehlte nur noch, klagen die Patrioten, daß man uns vor aller Welt lächerlich macht, nachdem man unsere Thronsaal so empfindlich an das Tagelicht gebracht hat! Kein einziges bayerisches Blatt will von diesem Gedankenei etwas wissen, zu kein einziges süddeutsches Blatt hat sich die jetzt auch nur einigermaßen freundlich über des Project einer süddeutschen Politik geäußert. Sogar die „Allgemeine Zeitung," deren Alterspräsident neuerdings bedauernd weist, daß für den Rhein, der seit Jahren so manche Spalte gefüllt hat, keine dieser Verhandlungen als nie; seine Arbeit ist zu sehr durchdacht, um so furzer Hand abgethan zu werden. Und wie die süddeutsche, so hat auch die österreichische Presse für diese neueste Münchner Kuschneiderei nur Hohn und Spott. Die Oesterreicher wissen freilich von Herrn Fröbel Einiges zu erzählen, wie wirksam er den Bankerott der Schwerling'schen Politik befördert, nachdem er im Herbst 1848 in Wien dem Galgen nur durch Protection einer früheren Oesterreich günstigen Schrift entgangen sein soll. Nachdem er in Wien Herrn v. Schwerling glücklich zu Falle gebracht durch seine verderbliche Freundschaft, begab er sich nach Stuttgart, um in der Hauptstadt des Preußenhasses sür die Berechtigung der norddeutschen Macht zu arbeiten. Hier brauchte er sich nicht so lange anzustrengen, als in Wien, und mit seinen Stuttgarter Bemühungen war er nach wenigen Monaten zu Ende. Da er so die umgekehrte Natur der Rute hat, v. h. sich jedesmal auf ein Schiff begiebt, wenn es im Begriff ist zu sinken, ein wahrer Todtengräber seiner Freunde, so hat man in München Recht, in seiner Ueberseeberufung an die Isar ein sehr bedenkliches Omen zu erblicken."

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei directem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 122. Heidelberg, den 19. September. 1867.

Inhalt:

Wochenbericht. — Aus Preußen. — Deutsche und Dänische Agitation. — Finanzlage der Kleinstaaten. — Jugendwehr und Turnen. — Aus Thüringen. — Aus Spanien. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Heidelberg, 17. September.

*Die Eröffnung des ersten verfassungsmäßigen Reichstags des norddeutschen Bundes ist weder unter Donner und Blitz, noch unter Sphärenmusik und Hallelujah vor sich gegangen, wie es sonst in ähnlichen Fällen zu geschehen pflegt. Die nüchterne Sprache und der rein geschäftsmäßige Inhalt der Thronrede hat Freund und Feind überrascht, das öffentliche Urtheil im ersten Augenblicke irre gemacht, nach allen Seiten hin eine Art von Ernüchterung hervorgebracht. Nach einigen Tagen der Verwunderung und der Unsicherheit indessen findet man sich in den Worten und in den Dingen zurecht, kommt man mehr und mehr zu der Erkenntniß, daß die Thronrede, im Ganzen genommen, der zutreffende Ausdruck der obwaltenden Verhältnisse ist, daß das in derselben aufgestellte bescheidene Programm der Reichstagssessionen eine ziemlich richtige Mitte hält zwischen den Geboten und den Verboten der heutigen Lage.

In der That ist der Zeitpunkt so wenig zu großen Redensarten, wie zu großen Unternehmungen angethan. Was dem norddeutschen Bunde noththut, ist Sammlung. Weder die Erweiterung seiner Gränzen, noch die Berichtigung seiner Verfassung — so wenig diese beiden Zwecke jemals aus den Augen verloren werden dürfen — gehört zu den Aufgaben des heutigen Tages. Organisatorische Arbeiten, innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Spielraums, sind Alles, was die Bundesgewalten bis auf Weiteres leisten können. Zu weiter ausgreifenden Unternehmungen fehlt es bis jetzt an mancherlei thatsächlichen Voraussetzungen, von denen hier nur die eine genannt werden soll, welche von der Tagesmeinung am wenigsten in Anschlag gebracht zu werden pflegt, obgleich sie für sich allein schon entscheidend ins Gewicht fällt: die Zeit nämlich zu den erforderlichen Vorarbeiten. Selbst die heftigsten Widersacher der preußischen Regierung müssen gestehen, daß dieselbe, seit Beendigung des Kriegs, nicht die Hände in den Schooß gelegt, sondern zum Ausbau der neuen Provinzen sowohl, wie des norddeutschen Bundes, unermüdlich geregt hat. Aber die menschliche Arbeitskraft hat ihre Gränzen und auch einem Bundeskanzler wird durch seine Bestallung der Tag nicht um eine Stunde verlängert. Nichts natürlicher also, als daß die Regierung dem Reichstage nicht mit einer fertigen Antwort auf jede schwebende Staatsfrage entgegentritt, daß sie sich vielmehr einstweilen auf die Lösung einer Reihe nächstliegender Probleme beschränkt. Ob diese Reihe nicht um einige weitere Nummern hätte verlängert werden können und sollen, mag Gegenstand des Zweifels sein; daß man aber nicht am Tage nach dem Abschluß der Verfassung allen durch dieselbe anerkannten öffentlichen Bedürfnissen Genüge leisten und am wenigsten an wesentliche Bestandtheile derselben die ändernde Hand legen kann, darüber gibt es unter verständigen Leuten nicht zweierlei Meinung.

Wenn die preußische Regierung, wie gesagt, die Erweiterung der Gränzen des norddeutschen Bundes zur Zeit nicht in ihr Reichstagsprogramm aufnehmen konnte, so folgt daraus natürlicher Weise keineswegs, daß die Volkspolitik sich eine ähnliche Enthaltsamkeit aufzulegen habe. Im Gegentheil, je weniger die Staatskunst in der Lage ist, diesen großen Nationalzweck unmittelbar zu fördern, desto mehr wird es Sache des Volksgeistes, sich denselben anzunehmen. Wie schon oft in deutschen Verfassungsangelegenheiten, so auch dies Mal geht Baden mit dem Beispiele der nationalen Pflichterfüllung voran. Bei der Neuwahl eines übervollen Drittheils der Mitglieder der zweiten Kammer hat die bundesstaatliche Partei allenthalben, mit einer einzigen Ausnahme, die Oberhand behalten, beide Kammern des Landtags haben sich von Neuem so gut wie einstimmig im Sinne des Anschlusses an den Norddund ausgesprochen und im ganzen badischen Volke wird kaum ein anderer, als ein ultramontaner Widerspruch dagegen laut. Eine im Sinne solchen Widerspruchs an den Großherzog gerichtete „liberale" Adresse ist so kläglich ausgefallen, daß deren Unterzeichner selbst sich ihres eignen Machwerks zu schämen scheinen, da kein einziger derselben öffentlich mit seinem Namen dafür einzustehen wagt.

Im nachbarlichen Würtemberg stehen die Dinge leider weniger günstig. Im Schwabenland werden der ultramontan-radikalen Opposition gegen den Anschluß an Preußen durch Vorurtheil und Krähwinkelei so viele Bundesgenossen zugeführt, daß dieselbe, wenn nicht das politische Uebergewicht, so doch die Mehrheit der Stimmen auf ihre Seite zu bringen droht. Ein Glück, daß ein Mann sich an die Spitze dieser Opposition gestellt hat, dessen Führung auch eine bessere Sache zu Grunde richten würde, nämlich Herr Moriz Mohl, der eigensinnigste und verschrobenste aller schwäbischen Doktrinäre und Pedanten. Herr Moriz Mohl schießt von vornherein so weit über das Ziel hinaus, daß er nicht bloß den Eintritt in den Bund, sondern auch das bereits abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß, ja sogar den neuen Zollvereinsvertrag unbedingt verurtheilt und von dem würtembergischen Landtage ohne Weiteres verworfen wissen will. Würtemberg kann und soll sich, nach Herrn M. Mohl, im Nothfalle politisch, militärisch und wirthschaftlich ganz auf die eignen Füße stellen, Würtemberg braucht weder den norddeutschen noch einen süddeutschen Bund, es kann Oesterreich so gut entbehren wie Preußen, es bedroht Niemand und wird also auch von Niemand bedroht; im Kriegsfalle wird Frankreich, wie Herr M. Mohl versichert, sich lediglich an Preußen halten, welches dann zusehen mag, wie es mit Frankreich fertig wird — für Würtemberg ist der Ausgang eines solchen Kampfes gleichgültig, und wenn es sich während der Dauer desselben neutral verhält, so ist damit das Aeußerste geleistet, was man ihm irgend zumuthen kann. Und der Mann, welcher solchen Unverstand und solche Nichtswürdigkeit zu Papier bringt, hält sich alles Ernstes für einen Politiker und für einen Patrioten! Und der volkswirthschaftliche Ausschuß der würtembergischen

Digitized by Google

Kammer wählt ihn zum Berichterstatter über den neuen Zollvereinsvertrag!

Eben so unsicher, wie in Würtemberg, ist in Baiern die Verfassung des öffentlichen Geistes in Bezug auf die deutsche Frage. Hier wie dort darf man annehmen, daß die bevorstehenden Beschlüsse der Landtage wesentlich bedingt sein werden durch die Gesinnungen und Absichten der Regierungen. Herr von Varnbüler und der Fürst Hohenlohe theoretisiren werden ohne Zweifel das Ihrige thun, um die Genehmigung der im vorigen Jahre abgeschlossenen Verträge in den Kammern durchzusetzen; ein weiteres Entgegenkommen im Sinne der bundesstaatlichen Einigung aber wird zur Zeit in München wohl eben so wenig erwartet werden dürfen, wie in Stuttgart. Aus einer solchen Lage der Dinge ergibt sich von selbst die Bedeutung, welche eine kräftige nationale Agitation für unsre nächste Zukunft gewinnen kann.

— Bei der Prüfung der Reichstagswahlen kommen Skandale zum Vorschein, wie man sie nur bei verrotteten öffentlichen Zuständen und unter verkommenen Völkern für möglich halten sollte — handgreifliche Verletzungen der Wahlordnung, schaamlose Unterschlagung von Wahlzetteln, freche Fälschung der Abstimmungsergebnisse. Solchen Anzeichen und Anfängen des schlimmsten Verfalls der politischen Moral kann nicht schonungslos genug begegnet werden. Unseres Erachtens sollte der Reichstag jede Wahl vernichten, bei welcher auch nur ein einziger Betrug nachgewiesen ist, gleichviel, ob derselbe auf das Wahlergebniß vom Einfluß gewesen, oder nicht. Um so mehr, als von der Regierung leider, nach allen bisherigen Erfahrungen ein ernstliches Einschreiten gegen Wahlcommissarien, welche zu Gunsten der ministeriellen Candidaten sich der gröbsten und selbst verbrecherischer Mißbräuche schuldig machen, nicht zu erwarten ist. Man muß solchen Leuten, auch wenn sie das Zuchthaus verdient haben, doch die gute Absicht anrechnen und den wohlgemeinten Eifer, selbst wenn er sich bis zur offenbaren Schurkerei überschlägt, darf man natürlich nicht entmuthigen.

— In Berlin gibt eine Versammlung von „Vertrauensmännern“ aus den neuen Provinzen der andern die Thür in die Hand. Schade, daß diese Einberufungen um ein Jahr zu spät kommen. Zur rechten Zeit hätte man damit große Wirkungen erzielen und sich manchen groben Mißgriff ersparen können, der sich nachträglich wohl zurücknehmen, aber nicht ungeschehen machen läßt. Eine Maßregel, deren Nothwendigkeit der einfachste Verstand in der ersten Stunde begriff, und deren Anordnung die öffentliche Stimme von vorn herein dringend verlangte — die Berliner Cabinetskunst hat Jahr und Tag gebraucht, um sich dazu zu entschließen. Um indessen nicht zu viel zu sagen, muß man einräumen, daß auch eine verspätete Einberufung der Vertrauensmänner immerhin besser ist, als gar keine, wenn auch nur insofern, als das Bewußtsein der begangenen Versäumniß sich darin ausspricht.

— Einem längst angekündigten Vorhaben gemäß hat der Fürst von Waldeck seine Souverainetätsrechte an den König von Preußen abgetreten. Wenn der brüchliche Vertrag nur auf zehn Jahre lautet, so kann man in dieser Zeitbeschränkung nur ein formelles Zugeständniß des Augenblicks an die Eifersucht Dritter sehen, welchem keine Art von sachlicher Bedeutung zuzuschreiben ist. Bevor jene zehnjährige Frist abläuft, wird der preußisch-waldeck'sche Vertrag vermuthlich so weit vervollständigt sein, daß von einer Erneuerung desselben nicht mehr die Rede zu sein braucht. Ueberhaupt ist die Vereinfachung des jetzigen deutschen Staatswesens, sowohl was die Zahl seiner Glieder, als seine politische Maschinerie anbetrifft, eine so einleuchtende Forderung der politischen Vernunft und der geschäftlichen Nothwendigkeit, daß eine große Reformbewegung in der bezeichneten Richtung nicht lange ausbleiben kann, eine Bewegung, welche in der norddeutschen Bundesverfassung ihr fertiges Geleise und in dem übereinstimmenden Interesse der obersten Staatsgewalt und der Volksmassen eine Triebkraft finden wird, gegen welche kein historisches Hinderniß Stich hält.

— Der Genfer Friedenskongreß ist an seinem innern Unwohlsein zu Grunde gegangen. Im Gegensatze zu dem Geiste der Versammlungen, welche in früheren Jahren zu Frankfurt und Brüssel unter diesem Namen tagten, und denen es voller schwärmerischer Ernst war mit der Losung, die sie ausgaben, war der Zweck des Genfer Congresses, oder doch eines überwiegenden Theils seiner Mitglieder, kein anderer, als die Revolution. Mit gewohnter Ehrlichkeit bekannte sich Garibaldi zu diesem Widerspruche zwischen dem Worte und dem Willen. Nur durch Blut und Eisen, das war der Inhalt seiner Rede, können und werden wir zum Ziele gelangen; nach dem Siege wollen wir uns und brüderlich vertragen und — Jeden zu Boden schlagen, der uns in dem gewonnenen Besitze zu stören wagt. Auf solche Bedingungen würde sich auch ein Alexander der Große, oder ein Napoleon I den ewigen Frieden gefallen lassen. Nichts natürlicher aber, als daß alle verständigen Leute, die nicht daran glauben, daß die politische Glückseligkeit ein Mal für alle mit den Waffen in der Hand erobert werden könne, sich im Sturm gegen das naive Ansinnen des Mannes von Caprera auflehnten. — Deutschland darf sich Glück wünschen, daß nur sehr wenige seiner Angehörigen den Genfer polnischen Reichstag mitgemacht haben. Auf der andern Seite müssen wir leider gestehen, daß unsre dabei betheiligten Landsleute fast durchweg eine Rolle gespielt haben, auf die wir nicht eben stolz sein dürfen. Eine namhafte Romanschreiberin macht sich lächerlich durch eine Zuschrift, aus welcher erhellt, daß sie nicht das leiseste Verständniß der Sache hat, um welche es sich handelt und in die sie sich unberufen einmischt; ein Mann unbekannten Namens, in London ansässig, mit mächtiger Lunge und dem ganzen Wörterbuche der Lassalle'schen Schule und der Winkelknieperei ausgestattet, bringt das Plebejerthum in seiner widerwärtigsten Gestalt auf die Rednerbühne; ein ehemaliges Frankfurter Parlamentsmitglied endlich schändet sich selbst und seine Vergangenheit, indem es der eigenen Nation im Angesichte des Auslandes Hohn spricht. Freilich, Herr Simon von Trier ist nicht „ein nationales Heerdenthier“, sondern „ein freier Mensch“ und als solcher ohne Zweifel auch frei von den bei allen Völkern geltenden Gesetzen der Schaam und der Ehre.

— Obgleich die kriegerische Bewegung in der französischen Presse jetzt endlich in augenscheinlichem Rückgange begriffen ist, will das Mißtrauen gegen die friedlichen Absichten des Tuilleriencabinets weder in Frankreich selbst, noch in dessen Nachbarländern weichen, und nicht eher wird die europäische Geschäftswelt dieses Alpdruckes ein für alle Mal entledigt werden, als bis Deutschland in militärischer und nationaler Volkkraft unantastbar für Frankreich dasteht. Mögen Thoren und Lügner die neue deutsche Macht als eine Gefahr für die Ruhe Europas verschreien, so bleibt es darum nicht weniger eine angegemachte Sache, daß nur ein starkes, jedem französischen Angriff mindestens vollkommen gewachsenes Deutschland eine sichere Bürgschaft des Weltfriedens sein kann. Deßhalb ist die Vollendung des im vorigen Jahre begonnenen deutschen Verfassungswerks nicht blos eine Nationalsache, sondern auch ein allgemeines europäisches Interesse, welches denn auch im Auslande mehr und mehr zur Anerkennung gelangt, und das man neuester Zeit namentlich in England würdigen gelernt hat.

— Nachdem die Regierung Kaiser Alexanders II die Polen, so weit dies durch Ukase und Verwaltungsmaßregeln geschehen kann, zu Russen umgestempelt hat, legt sie die Hand auch an die deutsche Nationalität in den Ostseeprovinzen. Zunächst ist die russische Sprache in Kur-, Ehst- und Livland, wo unser Eingewanderten und studirten Leuten kein Mensch dieselbe verstedt, zur Amtssprache erklärt worden. Aus dieser Anordnung wird denn demnächst wohl die Nothwendigkeit der Einsetzung russischer Beamten gefolgert werden. Um aber die Eingeborenen nicht von dem Beamtenthum auszuschließen, bleibt natürlich kein anderes Auskunftsmittel übrig, als die Russificirung der Schule. Mit der Schule wiederum steht die Kirche im engsten Zusammenhange und bei der bekannten „Energie“ der moskowitischen Nationalpropaganda, die in Lit-

Digitized by Google

thaun z. B. in den Händen eines Murawieff binnen kürzester Zeit Wunder gewirkt hat, wird sich das Uebrige bald finden. Vorausgesetzt allerdings, daß die Geschichte der nächsten Jahrzehnte nicht irgend einen groben Strich durch die russische Rechnung macht, die von einer geheimen Furcht vor den Dingen, welche eine nahe Zukunft bringen könnte, nicht frei, vielmehr wesentlich beeinflußt zu sein scheint.

Aus Preußen, 15. Sept. Mit dem üblichen Ceremoniell ist der Reichstag am 10. d. M. im weißen Saale des Berliner Schlosses vom König in Person eröffnet. In der ersten, der provisorischen Konstituirung gewidmeten Sitzung war der Reichstag entschieden nicht beschlußfähig; dazu gehören 149 Mitglieder. Erst am 13. d. M. hatten sich etwa 200 (von 297) zusammengefunden, so daß man Geschäfte (Wahlprüfungen) vornehmen konnte. —

Die Thronrede hat, allem Anschein nach, Europa eine große Ueberraschung bereitet, nicht wegen drastischer oder drohender Wendungen, wie sie der Kaiser Napoleon in seiner aktiven Zeit liebte, sondern wegen ihres nüchternen, rein geschäftlichen Charakters. Namentlich nach der trefflichen Thronrede des Großherzogs von Baden, welche unsere offizielle „Prov.-Korr." unter der verdienten Ueberschrift „eine deutsche Rede" wiedergibt, hatte man vielfach eine warme Betonung der nationalen Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden, statt der geschäftsmäßigen Erwähnung des mit dem Zollparlament geschehenen „Schrittes zur Ordnung der nationalen Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten" erwartet, und die Salzburger Zusammenkunft hatte doch so viel Staub aufgewirbelt, daß ein abklärender Platzregen Manchen erforderlich schien, um ihn zu löschen. Möglich, daß die ruhige Zurückhaltung der Thronrede eine Gegenleistung für die überaus friedliche Interpretation der Salzburger Zusammenkunft durch den auswärtigen Minister Frankreichs, unter der stummen Zustimmung Oesterreichs, ist, welche Graf Bismarck in einer Cirkular-Depesche an die preußischen Gesandschaften vom 2. d. M. bestens acceptirt; möglich, daß die Diplomatie einen Waffenstillstand verabredet hat. Aber bedurfte denn überhaupt, vom Standpunkt der Volkspartei aus, die deutsche Rede des badischen Großherzogs einer direkten Antwort und die resultatlose Salzburger Zusammenkunft einer besonderen Verurtheilung? Bedurfte es einer drohenden Zurückweisung nicht eingetretener Voraussetzungen, welche unnöthiger Weise die eitle Empfindlichkeit unserer überreizbaren Nachbarn auf's Neue aufgeregt haben würde? Salzburg hat sich selbst gestraft. Es ist immer ein politischer Fehler, seinen bösen Willen zu verrathen, wenn man nicht die Macht hat, die That unmittelbar folgen zu lassen. Darum ist Salzburg ein Fehler des Kaisers Napoleon, weil don nichts zu Stande gekommen ist, als daß alle Welt — Herrn Fröbel und die Seinen natürlich ausgenommen — die Unmöglichkeit einer Süd- und Rheinbunds-Politik erkannt hat; aber das braucht man den Franzosen, nach den Briefen Neffzer's und Ollivier's aus Deutschland, nicht mehr zu sagen, und die Deutsch-Oesterreicher haben es von vorn herein gewußt.

Die beste Antwort auf die Salzburger Drohung ist die ruhige Einberufung der Organe des konstituirten Bundes zum Beginn ihrer regelmäßigen Thätigkeit, unter der bestimmten Versicherung, daß ihre Arbeit eine „Arbeit des Friedens" sei. Das heißt doch auch, daß Niemand wagen werde, der Volleadung des Bundes gewaltthätig entgegen zu treten. Darum wird auch die Absicht einer Gegendemonstration durch eine Zusammenkunft des Königs mit den süddeutschen Fürsten auf seiner Stammburg Hohenzollern in Abrede gestellt. Jedenfalls soll er auf dieser Reise nur von dem unpolitischen Hausminister v. Schleinitz begleitet werden, um etwaigen fürstlichen Besuchen den politischen Charakter zu nehmen. —

Preußen hat wohl Ursache, auch den Schein der Absicht einer gewaltsamen Ueberschreitung des Mains zu vermeiden. Wohl haben die 30 Millionen Deutsche im norddeutschen Bunde das nationale Recht und die nationale Pflicht, die 10 Millionen Süddeutsche, bei etwa brabsichtigter Losreißung, bei Deutschland fest zu halten, selbst mit Gewalt, wie die Union die Südstaaten; aber der Norden hat keine Veranlassung, sich dem Süden voreilig aufzudrängen und den natürlichen Gang der Dinge zu überstürzen, zumal er die Trennung, im Gefühl der durch seine eigene Kraft gewährleisteten nationalen Sicherheit, doch leichter ertragen kann, als der Süden. Darum muß die Initiative zur Wiedervereinigung vom Süden ausgehen; daran hindert ihn der Prager Frieden in keiner Weise. Möge der Süden seine Interessen befragen und sie gegen seine Vorurtheile ins Feld führen! Wer denkt nach der maunbaften, deutschen Rede des badischen Großherzogs noch an die Möglichkeit der mühsam zusammengeflickten Politik Fröbels, der undeutsch genug ist, der deutschen Nation, um seiner bokratischen Schablone willen, den ewigen Verzicht auf ihre nationale Einheit zuzumuthen? Wer glaubt nach den schlagenden Ausführungen Römers, zu welchen die Darmstädter sicher auch viel schätzbares Material liefern könnten, noch an die Deklamationen Moritz Mohl's und seiner preußenfresserischen radikalen und ultramontanen Genossen über die ganz aparte süddeutsche Freiheit, die im norddeutschen Bunde preisgegeben sein soll? Wohl sind noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden und Niemand kann wissen, ob nicht schließlich jenseits des Rheins die „schmerzlichen patriotischen Erregungen" den Sieg über die Resignation davon tragen. Aber wenn eine Thronrede, wie die badische, überall im Süden eine Antwort fände, wie sie in der ersten badischen Kammer sie bereits gefunden hat, wie sie von der hessischen Kammer schon vorweg gegeben ist, dann würde die hinterhaltige Grossmachtssucht und der egoistisch engherzige Partikularismus der Kabinette vergebens den Strom zurückzudämmen suchen, und keine Macht der Erde würde den Versuch wagen, die Wiedervereinigung der deutschen Nation gewaltsam zu verhindern. Dann würde der Friede in Europa besser gesichert sein, als durch die überschwänglichen Deklamationen des Genfer Friedenskongresses, den Herr Ludwig Simon aus Trier durch die originelle Ansicht entzückte, daß lediglich die aggressive Haltung Deutschlands die Eroberungskriege des ersten Napoleon verschuldet habe! —

Die etwas günstigere Stellung, welche die liberale Partei auf dem gegenwärtigen Reichstage einnehmen wird, verdankt sie lediglich den überwiegend national-liberalen Wahlen der neuen Provinzen und der kleineren Bundesstaaten. Auch die „Prov. Corresp." spricht ihre Freude über die Wahl jener Männer aus, die Preußens hohen Beruf stets anerkannt haben und ihm immer entgegen gekommen seien. Ob aber die preußische Regierung darum begreift, daß Preußen nun auch seinerseits den Liberalen entgegen kommen muß, wenn es seinen Beruf erfüllen will, dafür gibt leider die Ernennung des „regierenden" Grafen Stolberg zu der höchst wichtigen Stelle eines Oberpräsidenten in Hannover wenig Gewähr. Die Ernennung eines so jungen Mannes, von dem man nichts weiß, als daß er sich nie mit Staatsgeschäften befaßt hat und daß er die Durchschnittsbildung eines jungen Standesherrn und Gardelieutnants besitzt, ist so sehr allen unsern bureaukratischen Traditionen entgegen, daß man, neben seinem großen Reichthu- - seiner von der Kreuzzeitung gerühmten persönliche ...-auswürdigkeit, wohl seine ultrakonservativen Gesinnungen als maßgebend für die Ernennung ansehen darf, — und das ist eben schlimm. Denn es zeigt, daß man die Gesinnungsmacherei noch immer für die Hauptaufgabe der höchsten Verwaltungsbeamten hält, und wenn wirklich der frühere Minister v. Bodelschwingh als Statthalter nach Waldeck geschickt werden sollte, so wäre das nur ein weiterer Schritt auf dieser verkehrten Bahn.

Von dem ungeheuren Einfluß des Landraths und des polizeiherrlichen Gutsbesitzers in den östlichen Provinzen, die jedes selbstständigen Gemeindelebens, in Folge des Mangels einer deselbe nur einigermaßen sichernden Gemeinde-Ordnung, entbehren, macht man sich außerhalb kaum einen Begriff, und zum großen Theil beruht darauf die Stärke der Feudalen. Die persönliche Beliebtheit Forckenbeck's und die hohe Achtung vor dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses

Digitized by Google

vermag im Kreise Mohrungen nichts gegen den Einfluß von 11 Herrenhäuslern, die in demselben ihre Güter haben und ihm den Heern von Below oktroyiren. Aber man muß zugeben, daß die Sorge vor einer Störung des Einheitswerkes durch die Radikalen und die verläumderischen Hetzereien der betaunten Fortschrittspresse gegen die Nationalen dießmal den Feudalen noch außerdem in die Hände gearbeitet haben. Die Stärke der konservativen Partei legt nun den Fraktionen der Liberalen gebieterisch die Pflicht eines rücksichtsvollen Zusammenwirkens auf, wie es im Abgeordnetenhause unter den befreundeten Fraktionen der Fortschrittspartei und des linken Centrums stattfand. Einer Verständigung der Nationalen mit Männern wie Schulze und Löwe steht ja, nach Ueberwindung einer vorübergehenden Verbitterung, nichts im Wege; aber in der Linken, die sich nun wieder die „deutsche Fortschrittspartei" zu nennen beschlossen hat, obgleich sie den einzig möglichen Fortschritt in Deutschland nach Kräften zu hindern entschlossen ist, hat sich neben ihnen ein krauses Gemisch von Ultrarabikalen, Großdeutschen, Partikularisten, und nun gar von Lassalleanern, zusammengefunden. Hat doch Schulze bereits in einer Bezirksversammlung das Lob des Dr. v. Schweitzer, wegen seiner Verdienste um das Genossenschafts-Wesen, erleiden müssen, auf welche die Lassalleaner sonst mit so unsäglicher Geringschätzung herabsahen! So lange die Fortschrittspartei diesen bunten Ballast mit sich führt, können die Nationalen wohl mit ihr bei Wahlen und Abstimmungen, den Konservativen gegenüber, Compromisse schließen; aber sie würden sich durch engeres Anschließen an eine Partei, die angeblich ihre politische Einsicht jetzt gleich wieder durch einen Antrag auf Radikalreform der eben erst publizirten Bundesverfassung, nach Maßgabe des Waldeck-Hoverbeck-Virchow'schen Antrags, dokumentiren will, nur in Nachtheil bringen. Einstweilen ist die national-liberale Partei, um sich die ihr gebührende Stellung im öffentlichen Leben zu sichern, auch gezwungen, eigene Candidaten denen dieser Fortschrittspartei gegenüber zu stellen. Darum wird sie auch bei den Nachwahlen im 1. u. II. Berliner Wahlbezirk den Herren Hagen und Hoverbeck die Herren Jung und Richter gegenüberstellen, neben denen auch noch die Altliberalen und die Konservativen besondere Candidaten haben. Als ein erfreuliches Zeichen für das politische Leben in Berlin meldet die „Reform", daß zum ersten Mal in einer zahlreich besuchten Bezirksvereins-Versammlung eine ruhige Diskussion über die verschiedenen Anschauungen der Radikalen und der Nationalen stattgefunden habe, ohne daß die letzte Entscheidung durch die Lungenstärke gegeben sei.

Von Wichtigkeit ist die zu erwartende Entscheidung über die Zulässigkeit der Bildung besonderer Militär-Wahlbezirke. Die Abtheilung beantragt, wegen derselben die Wahl des General Vogel v. Falckenstein in Königsberg für ungültig zu erklären. Auch für die Wahlen von Düsseldorf und Posen (Michaëlis und Krieger) soll die Entscheidung der Frage wichtig sein. Daß die Lassalleaner einige Vertreter in den Reichstag gebracht haben, das wird sicher zur Klärung der öffentlichen Meinung und zur Beseitigung hohlen Phrasengeklingels dienen. Sehr unangenehm ist es freilich, daß die Arbeiter auf einen Mann von dem Werthe des Dr. Schweitzer gefallen sind; aber interessant wird es jedenfalls sein, die 3 oder 4 Sozialdemokraten, von denen natürlich jeder auf einem ganz besonderen prinzipiellen Standpunkte steht, sich gegenseitig „vernichten" zu sehen. Die beiden Gegenpräsidenten, Schweitzer und Försterling, haben sich längst einander in Acht und Aberacht gethan, weil jeder behauptet, der wahre Erbe des „Meisters" zu sein. —

Neben den Beratungen der schleswig-holsteinischen Vertrauensmänner in Berlin sollen nun auch die Verhandlungen mit Dänemark über die Feststellung der Gränzlinie beginnen. Die „Köln. Ztg." ist völlig unterrichtet über den Wahlsieg der Deutschen im zweiten schleswig'schen Wahlbezirk und scheint ganz einverstanden zu sein mit der dänischen Forderung einer Gränzlinie südlich von Alsen, Düppel und Flensburg! Zu solchem politischen Unsinn und zu einer so gewissenlosen Preisgebung deutscher Stammesgenossen an dänische Willkür kann eine eigensinnige Schrulle einen Doktrinär bringen? Zum Glück steht die „Köln. Ztg." mit dieser Monomanie ganz vereinsamt da, und wenn sie versichert, schon seit 30 Jahren auf diesem Standpunkte zu stehen, so ist das für ihr politisches Urtheil und für ihren oft selbstgerühmten Patriotismus nur ein erschwerender Umstand! —

Deutsche und dänische Agitation.

L Das Feuerwerk des dänisch-französischen Verbrüderungsfestes in Kopenhagen, wenn es auch voraussichtlich ohne nachhaltige Wirkung verpufft, wirft doch ein Licht auf die dänische Agitations-Methode, das wir uns zu Nutze machen mögen. Dieses Fest steht keineswegs vereinzelt da. Es ist nur gewissermaßen der Höhepunkt einer ganzen Reihe gleichartiger Vorgänge, die alle demselben politischen Gedanken dienten. Das Land hatte sich kaum von den Anstrengungen und Opfern des Krieges von 1864 erholt, als seine Patrioten auch darüber aus waren, die Wiedergewinnung des im Kriege Verlorenen, mitten im Frieden, allmählich und mit kluger Consequenz vorzubereiten. Zunächst ließ man, schon im Sommer 1865, eine Anzahl dänischgesinnter Schleswiger nach Kopenhagen kommen, und erfüllte sie dort, unter bester gastfreundschaftlicher Bewirthung, mit dem lebendigen Entschluß, nicht von Dänemark zu lassen. Dies Verfahren wiederholte sich dann in den nächstfolgenden beiden Sommern, in kleinerem Maßstabe, aber häufig und systematisch. Die Schleswig gegenüberliegenden schmucken kleinen Hafenstädte Fünen's, wie Middelfort, Assens, Faaborg, Svendborg, ferner die Hauptstadt Fünen's, Odense, Nakskov auf Laaland u. s. f. haben abwechselnd Sonntags die Kinder Dänemarks, welche noch in der babylonischen Gefangenschaft schmachteten, auf geschmückten, mit Musik besetzten Dampfschiffen in hellen Haufen über den Kleinen Belt herüberkommen, um mit ihren glücklichen Landsleuten Schwüre ewiger Zusammengehörigkeit, felsenfester Treue und steter gegenseitiger Unterstützung auszutauschen. Diese Zusammenkünfte nahmen fast regelmäßig den Charakter von Volksfesten an, und es ging dabei zuweilen so lustig her, daß die Berichterstatter der hauptstädtischen Blätter hinterdrein ordentlich das Bedürfniß fühlten, zu erklären, wie es möglich sei, aus einer so traurigen Veranlassung, wie die Fremdherrschaft in Schleswig, so verzagnügt und ausgelassen zu sein. Für die Dänen selbst bedurfte es aber keiner Rechtfertigung: ihrem leidenschaftlichen Patriotismus galt die Uebertreibung der Nothstände Schleswigs ohne Weiteres für erlaubt, ja geboten, falls sie nur wirkte, und über den Werth dieser alle paar Wochen erneuerten Verbrüderungen in Masse waren sie mit sich einig. In der That konnte es kein besseres Verfahren geben, um den Mangel an freier Bewegung für die dänische Propaganda, der im Herzogthum Schleswig natürlich bestand, zu ersetzen und auszugleichen. Zu einer Lustfahrt zogen die Schleswiger aus, und als Fanatiker für die Rückkehr ihres Heimathlandes zu Dänemark kehrten sie zurück. Der dänische Boden wurde für sie gleichbedeutend, nicht nur mit dem Begriff des Vaterlandes, sondern auch mit den Begriffen Freiheit, Glück und heiteren Lebensgenuß; der deutsche Boden gleichbedeutend mit Druck, Zwang und öder Langweiligkeit. So vorbereitet, konnte die dänische Partei in Nordschleswig, auch ohne Presse und Versammlungsfreiheit, getrost und zuversichtlich in den Wahlkampf gehen. Sie hatte die Ihrigen bei Zeiten gemustert und zu den äußersten Anstrengungen entflammt. Dazu kam dann, vom nationaldänischen Standpunkt, noch die günstige Rückwirkung auf das Volk der Inseln. Jene Massenbesucher, mit ihrer vorsichtig beigemischten kleinen aber starken Dosis politischer Tendenz, verbinderten, daß die Erstarrung, Niedergeschlagenheit und Gleichgiltigkeit gegen ernstere vaterländische Aufgaben, welche die natürliche Folge des zermalmenden Krieges gegen die Uebermacht waren, lange anhielten und den öffentlichen Geist in neue Richtungen drängten. Sie machten die nordschleswig'sche Frage zu einer volksthümlichen Angelegenheit, und breiteten die Herrschaft der Kopenhagener Patrioten oder Demagogen (wie man sie nun nennen will) auf's Neue

Digitized by Google

über die Masse des Volkes aus, die derselben fast schon entschlüpft war. Die Taktik der dänischen Presse stand hiermit im schönsten Einklang. Sie unterließ insbesondere nie, die Namen und Verdienste der beiden dänischgesinnten Reichstagsmitglieder, Krüger und Ahlmann, bei jeder Gelegenheit hervorzuheben. In ihnen, die gleichsam als Märtyrer ihrer dänischen Gesinnung erschienen, verkörperte sich das Interesse Dänemarks an der Wiedergewinnung Nordschleswigs dem dänischen, ja dem gesammten nordischen Volke; ihr Führer-Beruf wurde so zugleich dem dänisirstrebenden Schleswigvern selbst bestätigt, falls diese aus ihrer genauesten Bekanntschaft mit den beiden guten Leuten etwa Zweifel an der Fähigkeit und Würdigkeit geschöpft hätten. Erschien Einer von ihnen vollends persönlich auf seelandischem Boden, so ging es nicht ohne brausende Ovationen ab, ganz ähnlich, wie unlängst für das Dutzend Franzosen.

Allen diesem tief und mannigfaltig wirksamen Agitations-Apparat gegenüber, was thun wir Deutsche nun? Wir lassen es mehr oder weniger geben, wie es Gott gefällt. Deutschlands patriotische Politiker frenen sich wohl, wenn sie von einem Wahlsiege der nordschleswig'schen Deutschen hören, oder ärgern sich mitunter ein wenig über den täglich verübten Vaterlandsverrath der Kölnischen Zeitung, aber weiter reicht ihr Interesse nicht. Zu denken, sie hätten in der nationalen Angelegenheit ebenfalls eine persönliche Aufgabe, fällt ihnen nicht ein. Das Handeln überlassen sie einerseits der preußischen Regierung, andererseits den Deutschen in Nordschleswig selbst. Diese Letzteren entbehren also ganz der kräftigen und niemals versagenden Stütze, welche ihre unmittelbaren Widersacher an den dänischen Nationalpolitikern, ja am ganzen dänischen Volke finden; und die preußische Regierung ist auf ihre eigenen Mittel allein angewiesen, die in einer solchen Sache doch naturnothwendig von sehr begrenztem Gebrauch und Erfolg sind.

Dies darf nicht dauern. Wir müssen anfangen, zu der nordschleswig'schen Frage eine positive Stellung und ein actives Verhalten zu gewinnen. Mittel müssen gefunden werden, das Interesse an jenem Vorposten der deutschen nationalen Cultur in weitere Volkskreise zu tragen, und bis nach Hadersleben hin unter allen guten Deutschen das Bewußtsein anzufachen, daß sie nicht vergessen sind, sondern auf warmschlagende Bruderherzen rechnen können in jeder Bedrängniß.

Finanzlage der thüringischen Kleinstaaten.

I.

⚔ Wenn wir Thüringen „das Herz von Deutschland" nennen, so gebrauchen wir diese Bezeichnung nur für seine Lage, denn in politischer Beziehung hätte dieses „Herz" kenn doch zu wenig Pulsirkraft und wäre gar zu sehr zerrissen Man betrachte nur auf der Karte das Durcheinander von bunten Klecksen und Lappen in unserem Mittelteutschland! Da besteht das Großherzogthum Sachsen-Weimar mit seinen 65³/₅ Q.-M aus drei größeren Theilen und nicht weniger als 24 umhergestreuten Parzellen; das Herzogthum Sachsen-Meiningen mit 43 Q.-M. hat, neben der Kernmasse am Thüringerwald, noch 13 zerstreute Gebietstheilchen; Sachsen-Koburg-Gotha, 35¹/₅ Q.-M. groß, bildet zwei, etwa 4 Meilen von einander geschiedene Hauptlheile und hat außerdem noch 8 kleine, weit aus einander zerstreute Landestheilchen; Sachsen-Altenburg umfaßt, bei einer Größe von 24 Q.-M., zwei durch die Reußische Herrschaft Gera getrennte Landestheile und noch 12 kleine Exklaven; im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, im Ganzen 17²/₅ Q.-M., begreift die in Thüringen liegende Oberherrschaft das Hauptland, ferner den Verwaltungsbezirk Leutenberg, der von jenem durch meiningisches und preußisches Gebiet geschieden ist, und noch vier Stückchen, die von Preußen, Weimar und Reuß eingeschlossen sind. Die Unterherrschaft besteht aus Frankenhausen und zwei unbedeutenden Exklaven. In Schwarzburg-Sondershausen, 15 Q.-M., zerfällt die thüringische Oberherrschaft in die zwei Landrathsämter Arnstadt und Gehren, die wieder durch weimarische, gothaische und rudolstädtische Landestheile getrennt sind. Das Fürstenthum Reuß j. L., 15 Q.-M., wird von drei größeren und mehreren kleineren Theilen gebildet, zwischen die beiden Haupttheile, das Ober- und Unterland, schiebt sich weimarisches und greizer Gebiet. Reuß ä. L., mit kaum 7 Q.-M., hat neben dem Hauptlande, oder dem Justizamte Greiz, mit der Exklave Zeulenroda, noch das Amt Burgk, das durch das Schleizische vom Hauptlande abgesondert ist. In dieses wirre Durcheinander von Inklaven und Exklaven sind noch dazu Stücke des preußischen Regierungsbezirks Erfurt eingestreut. Ein nettes und treffendes Bild dieser Kleinstaaterei giebt der Freiherr von Stein-Kochberg in seiner Broschüre: „Preußens Politik und die Kleinstaaten." Wir erlauben uns, Einiges wörtlich daraus vorzuführen:

„Das Rittergut Groß-Kochberg und das Dorf gleichen Namens bildet eine Exklave des Herzogl. Sachsen-Meiningischen Verwaltungsamtes Kranichfeld. Das Rittergut ragt, gleichsam seine eigene Gebietseinheit selbst ironisirend, mit einem Zipfel in das Herzogthum Sachsen-Altenburg hinein, während andererseits Theile desselben, in Folge eines alten Grenzstreites, dem Hypothekengericht zu Rudolstadt unterliegen, welches, den außergerichteten Grenzsteinen zum Trotz, bis jetzt nicht zu bewegen gewesen ist, die betreffenden Akten an das Herzogthum Sachsen-Meiningen auszuliefern. Nördlich grenzt diese Exklave an das Großherzogthum Sachsen-Weimar, östlich an das Herzogthum Sachsen-Altenburg, südlich und westlich an das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt. (Weimar und Rudolstadt gehören zum Thurn- und Taxis'schen, Altenburg zum königl. Sächsischen Postgebiet. Beide Postgebiete liegen in einem beständigen Kampf um jeden Brief, der eine Gebührenstufe in Aussicht stellt, und führen ihn, wo es gilt, den gesürchteten Konkurrenten zu schädigen, auf den raffinirtesten Umwegen um das feindliche Postgebiet herum.) — Die hiesige Meiningische Mutterkirche hat ein Schwarzburg-Rudolstädtisches Filial in dem Dorfe Milbitz. — Unser Weg nach der drei Stunden entfernten Amtsstadt Kranichfeld, welche halb zu Weimar, halb zu Meiningen gehört, führt uns zunächst durch Rudolstädter, dann durch Weimarisches Gebiet. Der Weg nach unserm, eine Meile entfernten Marktplatz, der Haupt- und Residenzstadt Rudolstadt, bietet die angenehme Abwechslung dar, uns durch eine Sachsen-Altenburgische Exklave zu führen. In Meiningen und Rudolstadt regiert der Gulden, in Weimar und Altenburg der Thaler. In Weimar hat der Groschen 12, in Altenburg 10 Pfennige, ein Unterschied, welchen wir den Reisenden an den Chausseehäusern wohl zu beachten bitten. Der Jagdliebhaber findet hier gute Gelegenheit zur Anlegung einer Jagdkartensammlung zu den verschiedensten Preisen, da ihn das edle Waidwerk in wenig Stunden durch drei bis vier verschiedene Staaten führt, von welchen jeder seinen Tribut verlangt; er wird wohlthun, seine Jagdeinladungen nicht vorellig anzunehmen, da die Beschaffung der Legitimation von den verschiedenen Justiz- und Verwaltungsämtern und theilweise die Beschaffung eines eingebornen Bürgen für dieselben doch einige Vorbereitung in Anspruch nimmt."

Die thüringischen, wie die deutschen Kleinstaaten überhaupt, sind seit dem Jahr 1866 offenbar einem nahen Umwandlungsprozeß unterworfen. Wer die Verhältnisse offen und ehrlich beurtheilt, kommt zu dem Schlusse, daß sie über kurz oder lang ihre Selbstherrlichkeit, d. h. die Herrlichkeit, sich von eigenen eingebornen Fürsten regiert zu sehen, aufgeben und dem Drange der Zeit und des Vaterlandes für große geschlossene Staatenbildung weichen müssen.

Man kann diese mikroskopischen Gebilde nicht wohl eigentliche Staaten nennen, wenn sie auch ihre eigenen Höfe und Hofgeschichte, Gesandten, Truppen und Finanzen haben, denn es ist kein politisches Wesen in diesen kleinen Organismen, es verbindet nicht ein innerliches Lebensprinzip ihre Glieder zu einer lebendigen Einheit. Sie konnten sich deßhalb auch nur während einer Periode politischer Apathie, man könnte am besten sagen: durch „Gemüthlichkeit", halten; in der neuen Zeit, die in ihrem Streben nach weiteren Zielen auch ein reges politisches Leben erheischt, werden die Kleinstaaten ihre „gemüthliche" Existenz dem Gedeihen des gemeinsamen Ganzen opfern müssen.

Sie werden übrigens, eben weil sie keine lebensfähigen Staatsbildungen sind, auch nicht einmal die materiellen Mittel aufbringen können, um ihre Scheinexistenz fortzuerhalten.

Schon bei den Ministerkonferenzen über den Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung äußerten die Bevollmächtigten der verbündeten Kleinstaaten ihre Bedenken. Unter andern erklärte der herzogl. sachsen-koburg-gothaische Bevollmächtigte, daß die Mehrzahl der kleineren Staaten außer Stand sein werden, den für militärische Zwecke gestellten Anforderungen, für die Dauer, durch erhöhte Besteuerung Genüge zu leisten. Eine

Digitized by Google

Vergleichung der Steuerkräfte der thüringischen Staaten mit den nunmehr gesteigerten Lasten dürfte jene ministerielle Erklärung rechtfertigen.

Für Sachsen-Weimar beträgt der finanzielle Mehraufwand für die Zeit vom 1. Oktober 1867 bis 31. Dezember 1868, bis zum Beginn der neuen Finanzperiode, 365,028 Thlr. Zur Deckung dieses Mehrbedarfs sind die bereiten Mittel, die aus den Rechnungsjahren 1867 und 1868 sich ergebenden etatsmäßigen Ueberschüsse, die außerordentliche Schuldentilgung u. dgl. bestimmt, womit 195,331 Thlr. aufgebracht werden; zur Deckung des Restes von 169,697 Thlr. werden alle Sporteln um 50 Prozent und die gesammte Einkommensteuer ebenfalls um 50 Prozent erhöht.

In Reuß j. L., mit jährlicher Staatsausgabe von circa 300,000 Thlr., berechnet sich die Mehrausgabe vom 1. Juli bis 31. Dezember 1868, also für 1½ Jahre, ohne die Marinebeiträge, auf 134,370 Thlr. Zur Deckung müssen noch 2 Termine Grund- und 3 Termine Gewerbe- und Personalsteuer mehr für 1867, und 4 Grund-, 5 Gewerbe- und 9 Personalsteuer-Termine mehr für 1868 ausgeschrieben; ferner die Etatsüberschüsse vom 1. Juli 1867 bis 31. Dezember 1868, auf 9754 Thlr. veranschlagt, dann die etatisirte Schuldentilgungsrate für 2 Jahre mit zusammen 8400 Thlr., endlich ein Theil der Bestände der Haupt-Staatskasse, zur Zeit circa 100000 Thlr. betragend, verwendet werden. Kurz, die Steuerkraft wird bis zum Höchsten angespannt, es werden keine Schulden getilgt und der letzte Sparpfennig im Haushalt aufgezehrt.

Das sind die verzweiflungsvollen Mittel, welche die einzelnen thüringischen Kleinstaaten zur Fristung ihrer Existenz aufzuwenden gezwungen sind.

Man wird allerdings im Innern mit Ersparungen und Verbesserungen vorgehen müssen, und hat auch damit theilweise schon begonnen. Aber im Ganzen können diese Ersparnisse doch keinen erheblichen Anschlag geben, und erst allmälig sich geltend machen. Werden z. B. Beamte entlassen, so müssen sie pensionirt und dafür andere besser bezahlt werden.

Nach der bekannten Konvention mit Preußen steigt nun aber der jährliche Einheitssatz von 162 Thlr. für den Soldaten allmählich bis 225 Thlr. Für Reuß j. L. würde die Erigenz für das Militär in jedem Jahr um 7938 Thlr steigen, bis sie im Jahr 1875 die Summe von 198,450 Thlr. jährlich erreichte d. h. 43,659 Thlr. mehr, als im Jahr 1869. Schon im Jahr 1869 würden im Ganzen 19 Termine Grund- und 24 Termine Gewerbe- und Personalsteuer nothwendig werden.

Wenn also bis zum Jahr 1875 die Staatskasse nicht außerordentliche Einnahmen erhält oder ganz erheblich gespart werden kann, so müßten dann durch direkte Steuern mindestens 233000 Thlr. aufgebracht werden, oder es käme, bei entsprechendem Zuwachs der Bevölkerung, eine direkte Steuerlast von circa 2 Thlr. 13 Sgr. auf den Kopf.

Werden nun die kleinen Staaten Thüringens im Stande sein, eine so bedeutende und nachhaltige Steuerkraft aufzuwenden?

Die Regierungen hoffen dies ihrer Souveränetät willen, die einzelnen Landesvertretungen und das Volk selbst haben keinen rechten Glauben an solche Möglichkeit, obwohl ihnen der gute Wille nicht fehlt. Und wir werden, bei einem kurzen Blick auf die einschlägigen Verhältnisse, diesen Unglauben nur zu gerechtfertigt finden.

Jugendwehr und Turnen.

f So wünschenswerth eine thunlichste Abkürzung der militärischen Präsenzzeit erscheint, so ist andrerseits kein Einsichtiger darüber in Zweifel, daß wir für eine Folgezeit, deren Dauer sich gegenwärtig noch keineswegs absehen läßt, eines nach den höchsten Anforderungen der neueren Kriegskunst fachmäßig geschulten Heeres nicht entbehren können. Wir wissen namentlich unseren westlichen Nachbarn gegenüber in jedem Augenblick schlagfertig dastehen, nicht nur für die Defensive, sondern unter Umständen auch für den Angriff. Den Nachweis der Unerläßlichkeit dieser unserer Pflicht zu führen wird und Niemand zumuthen, der irgend die heutige Weltlage zu übersehen fähig ist. Mit sogenannten Milizen können wir uns, wie gesagt, nicht begnügen. Ein tüchtiges stehendes Heer ist zur Wahrung unserer Sicherheit unentbehrlich.

Wie aber trotzdem eine Abkürzung der Präsenzzeit ermöglichen?

Mancher wohlmeinende Patriot glaubt, das Jugendwehrwesen sei ein angemessenes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Daß hier eine grobe Selbsttäuschung vorliegt, wollen wir etwas eingehender darzuthun suchen.

Ein tüchtiger Soldat muß unstreitig noch verschiedenes Andere verstehen als seine Waffen handhaben und in Reih' und Glied marschiren zu können. Er soll vor Allem neben einer gründlichen technischen Ausbildung (und die Kriegswissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten sehr bedeutende Fortschritte gemacht,) auch die Fähigkeit erworben haben, harte Anstrengungen und Entbehrungen mannigfacher Art zu ertragen. Dies will aber gleichfalls erlernt sein. Er muß sich ferner als integrirendes Glied einer größeren Gemeinschaft zu fühlen, sich unterzuordnen wissen; er muß Geistesgegenwart, ausdauernden Muth, rasche Entschlußkraft gewinnen, er muß endlich zu seinen Führern in einem engeren sittlichen Verhältniß stehen, da er nur so ihnen willig zu gehorsamen und Noth und Gefahr mit ihnen freudig zu theilen befähigt sein wird.

Die so eben bezeichneten Eigenschaften kann auch Derjenige, der vielleicht acht Jahre lang Mitglied einer Jugendwehr war, und allwöchentlich ein paar Stunden paraderereirt und nach der Scheibe geschossen hat, unmöglich in wenigen Monaten sich aneignen. Was der Jugendsoldat lernt, ist nur ein überaus geringer Bruchtheil der großen Summe von Kenntnissen und moralischen Errungenschaften, die dem heutigen Soldaten nicht fehlen dürfen. Die Zeitersparniß, welche durch das in der Jugendwehr Erlernte erzielt wird, beträgt nach dem Urtheil von Sachverständigen unter günstigen Umständen etwa fünf bis sechs Wochen. Aber selbst diese Ersparniß ist noch keineswegs sichergestellt. Wer bürgt dafür, daß der frühere Jugendsoldat beim Eintritt in das Heer nicht ein ganz neues Exercierreglement vorfindet? In diesem Fall hat er vielleicht mehr Mühe als sein vollständig ungeschulter Nebenmann, weil ihn die alte Gewöhnung stört. Wie oft wird es ferner gestehen, daß die früh aus der Jugendwehr Ausgetretenen Jahre lang keine Gelegenheit haben, ihre Fertigkeiten in Uebung zu erhalten und als Soldaten sogut wie von vorn anfangen müssen! Daß die Jugendwehren keine Kavalleristen, Ingenieure u. s. w. vorbilden können, verdient ebenfalls in Betracht gezogen zu werden.

Schon von dem so eben erörterten lediglich praktischen Gesichtspunkt aus kann daher durch die Jugendwehren keine nennenswerthe Abkürzung der Präsenzzeit bewirkt werden. Man könnte uns indessen einwenden, und wenn der Gewinn auch nur ein paar Wochen beträgt, so ist das bei der Kostspieligkeit der gegenwärtigen stehenden Heere immer der Berücksichtigung werth.

Auf diesen Einwurf ist zweierlei zu erwidern.

Erstens hat die Schule keine Fachbildung irgend welcher Art zu vermitteln. So wenig fertige Techniker, Juristen, Kaufleute u. s. w. aus ihr hervorgehen sollen, so wenig kann sie berufen sein, Fachsoldaten zu liefern. Ihre Aufgabe ist eine viel allgemeinere, und wesentlich propädeutischer Natur. Sie soll die geistigen und körperlichen Kräfte entwickeln. Das Letztere geschieht aber durch einen zweckmäßig eingerichteten Turnunterricht viel sicherer und angemessener als durch die Jugendwehrspielerei.

Daß zweitens das Jugendwehrwesen überdieß etwas Unnatürliches und namentlich auch sittlich Gefährliches ist, unterliegt nach zahlreichen Erfahrungen keinem Zweifel. Kein einziger Pädagog von Bedeutung hat dies abzuläugnen gesucht, während an sehr bestimmt gehaltenen verurtheilenden Stimmen aus schulmännischen Kreisen kein Mangel ist. Der

Digitized by Google

verdienstvolle Oberstudienrath Klumpp schrieb in diesem Betreff in der Deutschen Vierteljahrsschrift (Nr. 114 J. 1866): „Wenn es sich um das eigentlich Technische der Wehrübungen handelt, so haben so frühe Exercier- und Schießübungen keinen Sinn und keine Bedeutung. Das Wenige, was in so frühem Alter schon in dieser Richtung gelernt und eingeübt werden kann, das eignet sich sonst der leiblich und geistig tüchtig vorgeübte Jüngling in der allerkürzesten Zeit an. . . . Dem Jugendwehrwesen steht jedoch vor Allem, und hierin liegt eigentlich das Entscheidende, das pädagogische Bedenken entgegen, daß es eine Verfrühung, und daher wie jede Verfrühung, sittlich nachtheilig ist. Lasset nur unsere zehn- und zwölf- und meinetwegen auch vierzehnjährigen Knaben mit gepreßtem Pathos das ernste männliche Waffenhandwerk treiben, lasset sie von unklugen Vätern und Jugendfreunden gelobt und gehätschelt und als die Hoffnung und Rettung des Vaterlandes gepriesen werden, wie das schon geschehen ist, lasset sie in Uniform und Chargenzeichen zu Schaustellungen verwenden, und von dem Publikum, das natürlich an dem zierlichen Puppenspiel seine Freude hat, beklascht werden, lasset sie vollends, wie das gleichfalls (in Bruchsal und Frankfurt) geschehen ist, an den Jugendwehrversammlungen theilnehmen und vor ganz Deutschland sagen, und wundert euch dann, wenn den armen Kindern dies alles zu Kopfe steigt, und sie schwindlich, eitel und frühreif macht, und die also künstlich getriebene taube Blüthe abfällt, ohne eine Frucht anzusetzen." Es ist unnöthig, diesem Votum, dessen volle Berechtigung leider die Erfahrung schon mehrfach bestätigt hat, etwas hinzuzufügen, so weit es sich um Allgemeines handelt. Im Einzelnen ist jedoch noch besonders hervorzuheben, daß die Jugendsoldaten sehr oft rasch die Freude an dem schlichten und glanzlosen Turnen verlieren und dasselbe als einen überwundenen Standpunkt ansehen. Turnlehrer haben in dieser Hinsicht sehr oft Grund zu gerechter Klage gehabt.

Unsere Aufgabe, das Jugendwehrwesen als praktisch zwecklos und pädagogisch verwerflich zu erweisen, ist nach dem Gesagten wohl als gelöst zu betrachten. Gleichwohl wollen wir für diejenigen, denen die paar Wochen Zeitersparniß für die Präsenzzeit, welche sich durch die Knabensoldatenspielerei erzielen lassen, das allein Ausschlaggebende sind, noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Wenn in alle Schulen (die ländlichen nicht ausgenommen) das Turnen als obligatorischer Unterrichtszweig eingeführt wird, wenn die Knaben wenigstens täglich eine Stunde der Ausbildung der körperlichen Kraft und Gewandtheit widmen, wenn wöchentlich ein größerer, anstrengenderer Ausflug veranstaltet wird, so lassen sich ohne Frage für die Minderung der Präsenzzeit ebenso viel oder noch mehr Monate als durch das Jugendwehrwesen Wochen gewinnen. Leider gibt es auch in Deutschland noch immer genug Leute, die von dem Turnwesen sehr unklare Vorstellungen haben, und lediglich an Reck, Barren, Kletterstange u. dgl. zu denken gewöhnt sind. Die neuere Entwicklung des Turnwesens, wie sie namentlich Spieß zu verdanken ist, löst aber ihre Aufgabe, den Körper allseitig zu bilden, in so umfassender Weise, daß selbst für den späteren Fachsoldaten eine sehr gewichtige Vorbildung begründet wird. Die Spieß'schen Freiübungen schließen sich den bei den militärischen Exercitien geltenden Regeln an, und werden dadurch eigentliche taktische Uebungen. Ein gegliederter Reihenkörper bewegt sich hier unter mannigfachem Wechsel der Formation, so daß der Schüler später die spezifisch militärischen Evolutionsbewegungen, die zum Theil sogar viel weniger komplizirt sind als die Spieß'schen, außerordentlich schnell begreift. Hiernach kann man auch die Ansicht Derer nicht theilen, welche das Turnen durch soldatische Exercitien „ergänzt" wissen wollen. Während das erstere geisterfrischend wirkt und für den Körper allseitig bildend und kräftigend ist, fördern die letzteren in ihrer ärmlichen Einseitigkeit nur gewisse, sehr begränzte und leicht zu mechanischer geisttödtender Dressur führende Fertigkeiten. Gerade zugedrillte Knabensoldaten zeigen auf dem Turnplatz oft eine außerordentliche Schwerfälligkeit des Leibes und Geistes. Das ewige Einerlei des Paradexerrcirens wirkt ohne Frage versteifend und abstumpfend. Daß wir den Werth des neueren Spieß'schen Turnens nicht überschätzen, ist selbst durch Stimmen aus der Schweiz, der Heimathsstätte des Jugendwehrwesens, durch Stimmen, die noch dazu militärischen Kreisen angehören, zu erhärten. So schreibt, um nur eine Autorität anzuführen, der verdienstvolle eidgenössische Hauptmann Lemp: „das gesammte Soldatenwesen der Schuljugend wird von den „Ordnungeübungen" des neueren Schulturnens weit überflügelt."

Für die allgemeine Einführung des Turnwesens zu agitiren, sollte jeder Patriot als eine der eifrigsten Bemühungen werthe Pflicht erkennen. Mit ihr würde eine namhafte Verkürzung der Präsenzzeit ohne Zweifel erreicht werden, denn der tüchtige Turner ist, wie die Erfahrung zeigt, sehr bald immer ein guter Soldat. Die Beförwerkung des Jugendwehrwesens kann, abgesehn von der Verwerflichkeit der Sache an sich, der so höchst nöthigen allgemeinen Verbreitung des Turnwesens nur bedenklichen Eintrag thun, und es ist daher sehr begreiflich, daß fast alle Turnlehrer und verständigen Pädagogen von der Kindersoldatenspielerei absolut nichts wissen wollen.

Charakteristisch ist, daß besonders der süddeutsche Radikalismus die Jugendwehren in Schutz nimmt. Es entspricht das seinen bekannten Liebhabereien, mit kleinen Mitteln große Dinge erreichen und auf das Dach steigen zu wollen, ohne die Leiter zu betreten. In der Schweiz, der wir die Jugendwehren nachgeäfft haben, wie wir denn das Fremde noch immer ohne gebührende Prüfung anzunehmen pflegen, hat sich das öffentliche Urtheil über das Kindersoldatenthum in neuster Zeit außerordentlich ernüchtert. Gerade von Militärs (leider erlaubt uns der beschränkte Raum keine Citate) liegen Aeußerungen in Menge vor, die entschieden mißbilligend lauten. Auch die oberste Bundesbehörde überläßt es bekanntlich dem freien Ermessen der einzelnen Kantone, ob sie die Cadettenübungen zur obligatorischen Schulsache machen oder überhaupt einführen wollen. Darüber aber sind in der Schweiz seit den letzten Jahren alle kompetenten Stimmen einig, daß als Grundlage für die Wehrhaftmachung der gesammten männlichen Landesbevölkerung das Turnen von Staatswegen in alle Knabenschulen einzuführen sei.

Das Turnen, wenn es mittelbar in den Kreis des Wehrwesens eingeführt wird, kann unläugbar ein höchst gedeihliches Mittel zu einer Volkserziehung im umfassendsten, auch die Wehrhaftigkeit der Nation in sich schließenden Sinne des Wortes werden. Das Jugendwehrwesen aber ist nichts als eine nicht nur müßige, sondern sogar schädliche Spielerei, die wir uns füglich von vornherein hätten fern halten sollen.

, Aus Thüringen, 10. Septbr. Der Zersetzungsprozeß, welcher sich im thüringischen Kleinstaatenthum vollzieht, nimmt seinen ungestörten Fortgang. Abgesehen von Meiningen, wo man einige Attitüde, wenn auch nur schwache Anläufe gemacht hat, ist Nichts geschehen, um sich der Neugestaltung Deutschlands anzupassen. Die Kleinstaaten hatten seit dem Tage bei Königgrätz eine doppelte Aufgabe zu erfüllen, wenn sie ihre Existenz verlangern wollten. Zuvörderst mußten sie eine Revision ihrer Gesetzgebung, die überall noch mit dem reaktionären bundestäglichen Stempel aus den 50er Jahren behaftet war, vornehmen; und dann, im Einklang mit dieser Revision, ihren großstaatliche Verhältnisse nachäffenden Verwaltungsmechanismus vereinfachen. Weder das Eine, noch das Andre ist geschehen. Nach wie vor beurkunden die thüringischen Kleinstaaten durch ihr Verhalten, daß die Kraft der Initiative in dem Kleinstaatenthum vergebens gesucht wird. Auf dem Gebiete der Preßgesetzgebung und des Vereinsrechts gelten noch die alten Bundesverordnungen; weder Herr von Wagdorf in Weimar, noch Herr von Harbou in Gera, oder Betrod in Rudolstadt oder die herzogliche Regierung von Altenburg haben an diesen berüchtigten Verordnungen zu rütteln gewagt. Es ist fast, als flöße die Fortexistenz dieser bundestäglichen Reactionsobschlüsse dem Kleinstaatenthum die Hoffnung auf Wiederkehr schönerer, besserer Zeiten ein. Vielleicht glaubt man, daß Alles, was jetzt geschieht nur ein Provisorium ist; und daß, wie Anno 1850, der Bundestag demnächst wieder einzieht in das Palais der Eschenheimer Gasse. Die revidirten Landesverfassungen mit ihren engherzigen Wahlgesetzen sind auch unbeerührt geblieben. Daß diese Landesverfassungen mit ihren conservativen künstlich destillirten Wahlgesetzen, gegenüber der norddeutschen Reichsverfassung mit ihrem allgemeinen Wahlrecht, immer mehr in den Hintergrund treten, das Kleinstaatenthum aber dadurch immer mehr an Bo-

Digitized by Google

den verliert: das scheinen unsere Staatsmänner nicht zu begreifen. Die particularistisch-reactionäre Partei thut das Ihrige, um diesen Zersetzungsprozeß zu beschleunigen. In ihrem Haß gegen die nationale Partei und in ihrer Angst vor dem nationalen Groß- und Einheitsbaat greift sie zu den albernsten und geschrieensten Mitteln. Lassen Sie sich aus der eben beendeten Wahlbewegung ein Stücklein davon erzählen. In Reuß-Gera war als Candidat Dr. Jäger, einer der Gründer des Nationalvereins und Mitglied der national-liberalen Fraction auf dem ersten Reichstag, wieder aufgestellt worden. Sein Gegencandidat war Freiherr Dr. von Fischer in Jena, Oberappellationsrath daselbst. Unmittelbar vor dem Wahltag erscheint ein anonymes, von der Groß'schen Partei ausgegangenes Inserat, welches sagte: „Wer den Dr. Jäger wählt, der will preußisch werden, wie aber wollen denn preußisch (!) bleiben, Jeder, der deßhalb wählen will wie Dr. v. Groß." Mit einem derartigen Manöver auf die Wähler einzuwirken, ist jedenfalls geführlich. Denn was ist die logische Folgerung aus der am Tage darauf mit großer Majorität erfolgten Wiederwahl des Dr. Jäger? Daß das Land preußisch werden will.

Indessen nehmen wenigstens die in Folge der neodeutschen Bundesverfassung oder in Folge besonderen Conventionen mit Preußen nothwendigen militärischen Reorganisationen ihren ungehinderten Fortgang. In den sämmtlichen thüringischen Kleinstaaten sind seit dem 1. Sept. die kaiserlichen Commissäre thätig und die Landwehr-Bureaux ersetzen Werben. Mit dem ersten Oktober wird die Reorganisation des Militärs nach preußischem Muster vollendet sein und wir haben dann eine einheitlich organisirte Bundesarmee, deren kleinstaatliche Regimenter im Fall eines Krieges ganz anders Dienste leisten werden als Glieder einer großen Armee, als wie die ehemaligen Bundescontingente, von denen ein jedes nicht nur seinen besondern Kriegsherrn, sondern auch seine spezielle Organisation, Bewaffnung, eigenes Exercierreglement u. s. w. hatte.

Die Wahl vom 31. August hat recht deutlich gezeigt, wie schwach die Föderativ- oder Volksparteien, im Schooße derselben, in Thüringen vertreten ist. Herr Dr. Wild in Jena, Vorstand und Chef dieser Partei, hat es im ersten Wahlbezirk Weimars, trotz der Rührigkeit seiner Partei, nur auf 972 Stimmen bringen können, während der Candidat der nationalen Partei, Fries, 2915 Stimmen erhielt. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß dem thüringischen Volk nicht vor der Centralsation, sondern vor der Decentralisation oder Föderation, was ja bei uns auf dasselbe hinauskauft, graut. Wir sind so decentralisirt, so in zahllose Lappen und Läpchen zerschnitten, daß wir mehr als genug an diesen glücklichen, decentralisirten Zuständen haben.

„Mein Vaterland muß größer sein." Unsere Vaterländchen waren so klein, daß wir überall uns an den Ecken stießen, wenn wir frei handthieren wollten, daß wir ängstlich ängstlich abmessen, abwägen mußten, um nicht einen falschen Tritt über die Grenze zu thun und mit den Nachbarbehörden in Collision zu gerathen.

Welche Noth, welcher Jammer, wenn eine Eisenbahnlinie angelegt werden sollte. Da erzittert in Thüringen ein Project, wie eine einer Linie von Gera über Saalfeld nach Sonneberg und von Gera über Schleiz nach Hof betreffend Diese Bahnlinie ist für jene Gegenden so nothwendig, wie den Menschen das tägliche Brod. Aber seit zehn Jahren kommt die Sache nicht vorwärts — und nach 10 Jahren wird sie auf demselben Fleck sein, wenn sie dahin die Kleinstaaten nicht die Vergänglichkeit alles Irdischen an sich selbst erfahren haben sollten.

In dem Kampf um die Freiheit waren wir gleich traurig daran. Jetzt haben wir im Reichstag, unsere Vertreter, haben Füglang mit den Abgeordneten von beinahe Millionen Deutscher, jetzt kämpfen wir auf einem großen, weltgeschichtlichen Kampfplatz, auf der Tribüne des norddeutschen Parlamentes, während wir vordem auf unsere bescheidenen Landtagssälchen angewiesen waren, auf denen der Ruf unserer Vertreter nach Recht und Freiheit nicht über die nächsten Grenzsteine drang und in der Regel wirkungslos verhallte, denn Alle wußten es, daß diese Kämpfe die Stürme im Glas Wasser waren. Wenn jetzt die Volksvertretung im Parlament ein Recht erkämpft, so erkämpft sie es für dreißig Millionen, während bei den früheren Zuständen heute einmal die Meimaraner, morgen die Schwarzburger, übermorgen die Reußen und Meininger oder Altenburger sich ein Stücklein mühselig erwarben — und Alles doch nur ein elendes Flickwerk blieb. —

Aus Spanien.

V. H. Barcelona, 27. August. Wer Lutzem lasen wir hier in den deutschen Zeitungen, daß die Mehrheit(?) der zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen nur „unter großem Bedauern" den Vertrag angenommen hat, der die Postverwaltung dieses Landes an den Staat Preußen überträgt. Wie Schade, daß diese Herren nicht so wie wir die großen Uebel, die eine eigne Postverwaltung eines kleinen Landes auf das gesammte Interesse des correspondirenden Publikums ausübt, selbst geschaut haben! Sie hätten sonst sicherlich kein „Bedauern" über die Aufhebung der großherzogl. Postverwaltung gefühlt, sondern würden mit uns ausrufen: Gott sei Dank, daß wieder eine „unbeschränkte Eigenthümlichkeit" in unserm großen Vaterlande zum allgemeinen Besten verschwunden ist. Wir wollen hier nur kurz einen Beweis für unser Urtheil beibringen, der vielleicht selbst einen Herrn von Gagern zu überführen im Stande sein dürfte. Vor einigen Jahren schloß Preußen einen Postvertrag mit Spanien ab, der manchen Vortheil enthält, so z. B. daß das Porto für einfache Briefe soll um die Hälfte ermäßigt wurde. Da diesen Vortheilen nahmen alle diejenigen Staaten Theil, die sich behufs Besserung ihrer Correspondenz nach Spanien der preuß. Post bedienten, also außer Nord- und Mitteldeutschland auch Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark rc. Dagegen war Süddeutschland, (Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen) wegen seiner geographischen Lage davon ausgeschlossen; um aber nächstdemjenige Theil daran zu bekommen, verfiel man auf den Ausweg, die Briefe aus Süddeutschland den großen Umweg durch Preußen machen zu lassen, damit sie auf der Grenzpost in Saarbrücken mit in den preußischen Briefbeutel genommen werden konnten. Die Idee war ganz gut ausgedacht, aber wie war die Ausführung? Gleich wie bei der Reichs-Armee in vorigen Jahre, so ging auch hier Alles drunter und drüber; es hatte den Anschein, als wenn die verschiedenen Postverwaltungen vor der süddeutschen Staaten sich in einem Wettstreit befänden, wer von ihnen die meisten Fehler zu machen im Stande sei; ein ganz beträchtlicher Theil der nach Spanien bestimmten Briefe wurde nicht über Saarbrücken gesandt, sondern die Beförderung geschah unthätiger Weise über Straßburg, Basel rc. und die Empfänger der Briefe mußten in Folge dessen die Erfahrung machen, daß die spanische Post die Frankaturen dieser Briefe nicht anerkannte, sondern sie als unfrankirt behandelte. Auf diese Weise ging nicht allein der in Deutschland gezahlte Frankatur-Vortheil verloren, sondern die Briefe mußten obendrein den alten hohen Portosatz für unfrankirte Briefe bezahlen. Manche Geschäftshäuser haben dann auch bald wieder auf den verwandten Vortheil verzichtet, dessen Süderstattung durch den preuß. Postvertrag theilhaftig werden sollte, die aber in Wirklichkeit sich in Schaden verwandelt hatte; sie ziehen vor, nicht zu frankiren und den um 50 Procent höhern Portosatz zu zahlen. Es unterliegt leiser Frage, daß eine einheitliche Postverwaltung für ganz Deutschland unter preußischer Leitung von großem Vortheil sein würde und je eher die noch bestehenden drei verschiedenen fürstenthum Post-Verwaltungen fallen, desto besser für das allgemeine Wohl. Ebenso wenig wie der spanische, wird sich auch ein anderer Staat herbeilassen, mit den drei kleinen deutschen Staaten besondere Postverträge abzuschließen und geschähe es dennoch, so wäre uns auch dadurch keine Sicherheit gegeben, daß nicht, nach wie vor, dieselben Fehler in der Correspondenz Beförderung vorkämen, wobei dann sicherlich die eine Postverwaltung die Schuld auf die andere zu schieben suchen würde. Auf uns, die wir im Ausland leben, macht es jedesmal einen traurigen Eindruck, wenn wir sehen, daß es noch immer in Deutschland Männer giebt, die, wenn irgend ein unbetheiligtes Hohelterecht ihrer Sonderjäätchens zum Wohl des Ganzen fällt, gleich mit „Jammern und Bedauern" zur Hand sind. Welche Misere! könnte man mit Herrn von Binde ausrufen.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Heidelberg, 15. Sept. Unter der Ueberschrift: Zur Parteistellung in Thüringen, enthält die Nr. 119 des „Wochenblatts" einen Artikel aus Salzungen, welchen der Unterzeichnete zum Gegenstande einiger nachträglichen Bemerkungen machen muß. Wenn in jenem Artikel gesagt ist, daß „die Verhandlungen des Reichstags das nie Geahnte, Unerwartete zu Tage förderten, daß viele der Hauptführer des Nationalvereins durch allzuberitwilliges Nachgeben, um das Einheitswerk zu fördern, die Rechte und Freiheiten des Volks preisgaben" so können wir nicht umhin, in diesem Sahe einen Widerspruch mit den Thatsachen zu finden, insofern ein „Preisgeben" von öffentlichen „Freiheiten" und „Rechten" von Seiten der Nationalvereinspartei im Reichstage überhaupt nicht stattgefunden hat, sondern höchstens ein einstweiliger Verzicht auf „Forderungen", die sich zur Zeit nicht durchsetzen ließen. Nicht minder grundlos ist die Klage des Correspondenten aus Salzungen darüber, daß „Männer, wie unser Schulze und F. Duncker (im Wochenbl. des N. V.) wegen Vertheidigung der Volksrechte Angriffe erleiden mußten, ohne daß vom Herausgeber auch nur eine Bemerkung hinzugefügt wurde." Wenn das „Wochenblatt" über die genannten Männer einige mißbilligende Worte gesprochen hat, so ist es niemals geschehen „wegen Vertheidigung der Volksrechte", sondern aus ganz andern Gründen auf die wir hier nicht zurückkommen wollen. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß, während der Correspondent aus Salzungen im Namen dortiger Nationalvereinsmitglieder zu sprechen scheint, die Verzeichnisse und Rechnungsbücher des Vereins seit dem Jahre 1864 kein einziges Mitglied desselben in der genannten Stadt mehr nachweisen.

Der Herausgeber.

Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

Wegen geschäftlicher Verhinderung wird die auf den 27. d. M. fällige Nummer des Wochenblatts erst in der nächsten Woche erscheinen.

Heidelberg, den 27. September 1867.

Die Redaktion.

Digitized by Google

Digitized by Google

Abonnementspreis: bei direktem Bezug von der Expedition 36 kr. oder 10½ Sgr., bei Bezug durch die Post oder den Buchhandel 45 kr. oder 13 Sgr. für das Quartal.

Wochen-Blatt

Inserate werden mit 7 kr. oder 2 Sgr. für die doppelspaltige Petitzeile berechnet.

des

National-Vereins.

Herausgegeben im Auftrage des Vereins-Ausschusses.

№ 123. Heidelberg, den 30. September. 1867.

Der Ausschuß des Nationalvereins hat in seiner am 29. Sept. in Berlin abgehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt, in der demnächst einzuberufenden Generalversammlung den Antrag auf Auflösung des Vereins zu stellen. Dießgleichen wurde beschlossen, das Wochenblatt des Nationalvereins mit der gegenwärtigen Nummer einzustellen.

Inhalt:
Wochenbericht. — Zur Parteiorganisation. — Von den Reichstagsdiäten. — Eine Stimme aus Baiern. — Nationalvertretung im Auslande. — Finanzlage der thüringischen Kleinstaaten. — Zweierlei Maß und Gewicht. — Aus Konstantinopel. — Mittheilungen aus dem Nationalverein.

Wochenbericht.

Berlin, 28. September.

* Ob eine Beantwortung der Thronrede durch den Reichstag rathsam sei oder nicht, mochte von vornherein zweifelhaft sein und selbst innerhalb der engsten politischen Gesinnungsgenossenschaft von den Einen bejaht, von den Andern verneint werden. Aber von dem Augenblicke an, wo die Frage durch die Einbringung des Miquel'schen Antrags und Entwurfs so gut wie entschieden war, von diesem Augenblicke an hatte, wie uns scheint, für die einzelnen Mitglieder jeder Partei, welche ehrlich auf dem Boden der Bundesverfassung steht, die Freiheit des Entschlusses aufgehört. Jetzt galt es, das Zeugniß, um das es sich handelte, einmüthig abzulegen, das Zeugniß der Gesinnungen des Reichstags gegenüber Süddeutschland und seiner Willensmeinung gegenüber Frankreich. Daß sich die „Fortschrittspartei" dieser Verpflichtung mit Hülfe von Zweifeln über „Aktiv- und Passivlegitimation" und ähnliche Spitzfindigkeiten entzogen hat, ist ein trauriger Beweis von dem Uebergewichte, welches bei ihr die Stimme der Leidenschaft über die Forderungen des politischen Gewissens gewonnen hat. Unter solchen Umständen und für die Dauer derselben ist denn allerdings eine Wiederherstellung der früheren Gemeinschaft mit der nationalliberalen Partei nicht länger zu hoffen und auch nicht im Mindesten wünschenswerth.

Unserer Meinung nach ergab sich die Nothwendigkeit einer Adresse von selbst aus der Aufnahme, welche das Bismarck'sche Rundschreiben in Frankreich gefunden hat. Der Uebermuth des französischen Nationalgefühls ist selten so nackt zu Tage getreten, wie in dem einstimmigen und nachhaltigen Wuthschrei, den die kaltblütige Aeußerung des preußischen Ministers hervorgerufen hat, daß das Ausland in die deutschen Angelegenheiten nichts darein zu reden habe. Der Reichstag war es sich selbst und der Nation und sogar Herrn v. Bismarck schuldig, in irgend einer Form die Erklärung abzugeben: in diesem Punkte denken wir gerade so wie der Minister. Es ist ein großer Irrthum, ein solches Wort, weil sich die Sache ja von selbst versteht, für überflüssig oder für wirkungslos zu halten. Eine parlamentarische Versammlung, wenn sie aus der Seele einer ganzen Nation heraushorcht, spricht nicht in den Wind hinein, und am wenigsten, wenn sie ein Volk mit dem feinen Gehör der Franzosen vor sich hat. Je empfindlicher das französische Ohr, desto mehr thut es Noth, daß dasselbe an mißfällige Töne gewöhnt werde. Noch eine Weile der bisherigen Uebung und die Franzosen werden mit sich reden lassen wie andere vernünftige Leute.

— In Hamburg ist wegen der Frage der Reform der städtischen Verfassung wieder einmal einer jener leidenschaftlichen Parteikämpfe entbrannt, deren die freie Stadt an der Elbe in den letzten Jahrzehnten so manche erlebt hat, und deren häufige Wiederholung jeden Falls kein Zeichen politischer Gesundheit ist. Nach allseitigem Eingeständnisse steht bei dem jetzigen Zerwürfniß zwischen dem Senat und der Opposition nicht weniger als der Fortbestand des Freistaats auf dem Spiele, ohne daß diese Gefahr die streitenden Theile einem Ausgleiche geneigt zu machen scheint. Die „demokratische" Partei in der „Bürgerschaft", das heißt die Minderheit des gesetzgebenden Körpers, zeigt sich vielmehr entschlossen, die Staatsmaschine durch verzweifelte Auskunftsmittel zum völligen Stillstand zu bringen, wenn und so lange der Senat und die Mehrheit sich nicht ihrem Willen fügt. Alles im Namen der republikanischen Freiheit und zu Ehren des demokratischen Prinzip's. Wenn die politische Gewissenlosigkeit in weiten Kreisen des Bürgerthums bis zu einem solchen Grade gediehen, dann freilich pflegt die geschichtliche Strafe nicht lange auf sich warten zu lassen, welche jedem Gemeinwesen vorbehalten ist, das an sich selber zum Verräther wird.

Zur Parteiorganisation.

N Ueber ein kleines also, und der Nationalverein wird der Natur, oder vielmehr der Geschichte, seine Schuld bezahlt haben. Es fragt sich: wird an seine Stelle alsbald eine andere ähnliche Organisation treten, oder will man es wieder bei der alten lockeren Form des Parteizusammenhangs bewenden lassen?

Wir wissen es nicht. Eines aber scheint uns zweifellos. Will das deutsche liberale Bürgerthum seine freiheitlichen Hoffnungen und Ansprüche nicht bedeutend herabstimmen, oder wenigstens nicht erst in einer Zukunft von ungewisser Ferne verwirklicht sehen: alsdann wird er suchen müssen, seine politische Kraft und Leistungsfähigkeit auf ein höheres Maß, als das gegenwärtige, zu bringen, und eines der wesentlichsten Mittel hiezu ist und bleibt der Gebrauch des Vereinsrechts.

Wenn wir von einer, dem Nationalverein „ähnlichen", Organisation sprechen, so versteht sich, daß wir damit eben nur seine Form, nicht seinen Inhalt im Auge haben. Dieser letztere hat sich ohne Frage überlebt. Zwar, was das Programm anlangt, so könnte dasselbe gewiß ohne Schwierigkeit

Digitized by Google

mit der heutigen Lage und Aufgabe in Einklang gebracht werden. Etwas Anderes dagegen ist es mit der ganzen innern Anlage des Vereins, die ihn zu dem machte, was er war, zu dieser bestimmten historisch-politischen Individualität, und die seine ganze Entwicklung bedingte und beherrschte. „Jedes Ding urständet in seiner Zeugung.“ Der Nationalverein war die Frucht einer Verbindung der liberalen und der radikalen (oder wie man 1859 noch sagte, der konstitutionellen und der demokratischen) Partei; diese Verbindung aber hat sich aufgelöst und eine neue wird so leicht und so bald nicht mehr zu Stande kommen. Heute wird sich jede der beiden Parteien besonders organisiren müssen. Sie können deßhalb immerhin für gewisse Zwecke und eine gewisse Strecke zusammengehen, aber als freie Alliirte, die durch Nichts gehindert sind, sich jeden Augenblick wieder zu trennen und zu bekämpfen. Tritt in der Demokratie, oder, wenn das hübscher lautet, in der „deutschen Fortschrittspartei“ keine Säuberung von den staatsfeindlichen Elementen ein, so wird die gegenseitige Befehdung, so bedauerlich sie im Gesammtinteresse der Opposition auch sein mag, sogar die Regel bilden.

Unsere Mahnung, sich zu organisiren, wendet sich zunächst an die Partei, zu welcher wir selbst gehören, an die nationalliberale. Dieselbe hat ein besonderes Partei-Interesse, ihre Kraft und ihren Einfluß durch den Hebel der Organisation zu erhöhen und mittelst derselben eine stetige und planmäßige Propaganda für ihre An- und Absichten zu unterhalten. Erstens ist sie, neben der freiconservativen, die gleichfalls ein Kind des Jahres 1866, die jüngste der gegenwärtigen Parteien, und als solche theils innerlich noch unfertig und in der Gährung begriffen, theils im äußeren Wachsthum zurück; ihre Anschauungen und Motive sind den weiteren Volkskreisen noch nicht hinlänglich bekannt und geläufig. In beider Hinsicht, sowohl die Klärung nach Innen, als die Verbreitung nach Außen zu fördern und zu beschleunigen, dient am besten die Vereinsbildung. Die Parteipresse, für sich allein und ganz sich selbst überlassen, vermag bei Weitem nicht so viel. Die Wirksamkeit der Vereine schlägt z. B. Tocqueville (in seinem Buche über die amerikanische Demokratie) selbst für den Fall höher an, als die der Presse, daß die Vereine des Versammlungsrechts noch entbehren (was er die erste Stufe des Vereinswesens nennt) und lediglich auf die gemeinsame Abgabe von öffentlichen Erklärungen beschränkt sind. „Sobald eine Meinung“, sagt er mit Recht, „von einer Assoziation vertreten wird, ist sie genöthigt, eine klarere und bestimmtere Form anzunehmen. ... Ihre Anhänger lernen sich einander kennen, und ihr Eifer wächst mit ihrer Zahl.“ Natürlich steigert sich die Wirkung, wenn regelmäßige Versammlungen dazu kommen, mit öffentlichen Debatten und der Ueberzeugungskraft der mündlichen Worte, welche von den geschriebenen niemals erreicht wird.“

Ein weiterer Antrieb für die Nationalliberalen, ihrer Partei eine festere geschlossenere Form zu geben, liegt darin, daß die übrigen Parteien entweder im Besitz einer Organisation und ihrer Vortheile sich bereits befinden, oder dieselben ungleich leichter enthehren können. Die conservative Partei verfügt über die ganze bureaukratische Maschinerie; außerdem aber ist ihr der aristokratischer Bestandtheil durch ein soziales Band verknüpft, dessen Festigkeit von keiner künstlichen Organisation erreicht, geschweige überboten wird. Sehr stramm organisirt ist dann, nach unten hin, die Arbeiterpartei, deren Bedeutung zwar zur Zeit noch gering, aber allem Anschein nach im Wachsen ist. Die Radikalen endlich, auch wenn sie unorganisirt bleiben würden, was aber kaum zu erwarten, haben schon von Haus aus mehr agitatorische Rührigkeit, mehr Lust und Trieb, und, vermöge stärkeren Wirthshausbesuchs ihrer Mitglieder, auch mehr Gelegenheit zur Propaganda, als die Genossen der gemäßigten Parteien.

Sprechen wir ganz von der Leber weg, es ist ja das letzte Mal. Diejenige der preußischen liberalen Parteien, welche in der Beurtheilung der Personen und Dinge während der letzten Jahre, insbesondere in der Zeit vor dem Kriege, unbedingt die meiste politische Einsicht bewiesen hat, ist, wir können es nicht anders finden, die altliberale*). Gleichwohl hat diese Partei es zu keinem neuen Aufschwung gebracht, auch nachdem durch die Geschichte des vorigen Jahres ihre Auffassung glänzend gerechtfertigt worden, ja ihre hervorragendsten Männer haben es mit Recht für das Klügste und Beste gehalten, sich der nationalliberalen Partei anzuschließen. Diese geringe Lebenskraft, um nicht zu sagen, diese Lebensunfähigkeit, erklärt sich nach unserer Ansicht vor Allem durch die vornehme Zsolirung, in der sich diese Partei von jeher gehalten hat, durch ihren gewohnheitsmäßigen thatsächlichen Verzicht auf populäre Agitation. Nun ist die nationalliberale Partei, durch die Vergangenheit der meisten ihrer Führer, namentlich Derer, welche vom Nationalverein herkommen, vor der Gefahr einer ähnlichen Verkehrtheit für's Erste geschützt. Aber die Versuchung, sich abzuschließen als eine Art politischer Aristokratie, bis man zuletzt zu einem Offizierkorps ohne Mannschaft zusammenschrumpft, wird in die Länge bei keiner Partei ausbleiben, in welcher, statt der Schlagwörter und Leidenschaften, staatsmännische Anschauungen Geltung haben. Ein Radikaler kann stets sofort und ohne alle Mühe jeden nächsten Volkshaufen begeistern. „Keine neuen Steuern, meine Herrn“! Allgemeiner Jubel. Dagegen kostet es schon Anstrengung und Ueberwindung, den Leuten, wie sie nun einmal vorläufig noch sind, die verschiedenen Zwar's und Aber's, Wenn's und Obgleich's begreiflich zu machen, sie von der Politik der Phrase und der wohlfeilen Unbedingtheit ab und zum Verständniß der wirklichen Politik und ihrer verwickelten Rücksichten und Voraussetzungen zu bringen. Es ist begreiflich, daß diese Mühe für Viele etwas Abschreckendes hat. Das Vereinswesen wirkt nun dieser Abneigung entgegen, indem es fortwährend nöthigt, den Zusammenhang der Führer mit den Parteigenossen frisch zu erhalten und zugleich den Drang rege erhält, der Partei selber stets neuen Anhang zuzuführen. Die eigentliche Masse wird ohnehin immer den Radikalen — oder den Reaktionären, je nach Umständen — zuschwören, alles Mittlere ist ihr wider die Natur; aber der Boden, wo Terrain gewonnen werden kann und muß, ist das Kleinbürgerthum, das heute noch, wenigstens in den größeren Städten, vor Allem in Berlin, größtentheils den „Entschiedenen“ huldigt, wiewohl es von Haus aus keineswegs für die Extreme angelegt ist. Eine Partei aber, die sich bloß auf die großbürgerlichen und höheren Beamtenkreise stützen wollte, wird schwerlich jemals große Kraft entwickeln.

An die eingreifende Wirksamkeit, welche Vereine bei den Wahlen auszuüben vermögen, und daß es unter der Herrschaft des allgemeinen direkten Wahlrechts doppelt geboten ist, der zufälligen Gruppirung der Zahlen durch ein organisirtes Zusammenwirken die Stange zu halten, daran wollen wir nur im Vorübergehen erinnern. An die Thätigkeit im Speziellen Parteiinteresse schließt sich dann von selbst die Beschäftigung mit den Anliegen der Gesammtheit. Die heutige Lage ist dafür ungleich günstiger, als diejenige von 1866, mit deren Widrigkeiten der Nationalverein zu kämpfen hatte. Dieses nahm wohl auch, außer seinem Hauptthema, besondere Fragen vor, z. B. Kurhessen, Schleswig-Holstein, die Bundeskriegsverfassung; aber es stellte überall die praktische Handhabe, wodurch das ganze Bewußtsein den Anschein der Vergeblichkeit erhält. Heute ist die Sache sehr einfach: bringt man ein bestimmtes Anliegen auf die Tagesordnung der Volkspolitik und ihrer Vereine, so geschieht es, um die Ein- und Durchbringung eines darauf bezüglichen Gesetzentwurfs im Reichstage vorzubereiten. Eine Agitation wie die so oft als Muster aufgestellte englische, ist, wenigstens auf dem Boden der allgemeinen deutschen Angelegenheiten, im Grunde erst heute bei uns möglich, oder wenigstens erst heute am richtigen Platze.

Wir sind überzeugt, wenn die nationalliberale Partei in dieser Weise sich organisirt, so wird sie den Nationalverein reichlich ersetzen. Ohnehin fällt ihr das ganze Erbe der Erfahrungen in den Schoß, die derselbe, nicht ohne saueren Schweiß, in den acht Jahren seines Bestehens gesammelt hat.

*) Wir lassen dem Herrn Verfasser die alleinige Verantwortlichkeit für diese Behauptung. D. H.

Digitized by Google

Sie verhält sich zu ihm überhaupt, was die ganze äußere Glückslage anlangt, wie der nachkommende Ansiedler, der den Boden bereits urbar findet und bloß seine Saat zu streuen braucht, zu dem vorausgegangenen Pionier, der sein Leben lang sich abmühte, das Urwaldgestrüpp zu lichten — bis der Waldbrand gekommen ist, der es in Einem Tage verzehrt hat.

Von den Reichstagsdiäten.

† „Der Stock steht im Winkel, deßhalb regnet es" — die Reichstagsabgeordneten erhalten keine Taggelder, deßhalb sind die Wahlen schlecht ausgefallen: man traunt seinen eigenen Ohren nicht, obgleich man es alle Tage zehn Mal hören muß. In Wahrheit ist der Reichstag ein so weit richtiges Abbild des Volks, aus welchem er hervorgegangen, daß keine Partei große Ursache hat, sich über unzulängliche Vertretung zu beklagen, und wenn in einzelnen Fällen ein conservativer Wahlbewerber die Stimmenmehrheit gewonnen, auf welche die Liberalen Anspruch zu haben glaubten, so ist es doch glücklicher Weise niemals geschehen, weil es wegen der Diätenlosigkeit an liberalen Gegenkandidaten gefehlt hätte. Die Wahl einer Anzahl „socialdemokratischer" Abgeordneten liefert überdies den praktischen Beweis, daß selbst die ungünstigsten äußeren Glücksumstände einer Partei kein Hinderniß für dieselbe sind, sich diejenige Vertretung im Parlamente zu verschaffen, zu welcher ihre Stimmenzahl sie berechtigt.

Wenn, gegenüber den Bebel und Schraps, der Försterling und Reinke u. s. w., zum großen Aergernis des Radikalismus, eine ganze Reihe von Herzogen und Fürsten Eingang in den Parlamentssaal gefunden, so mag es damit hie und da seine besondere Bewandtniß haben, sicherlich aber ist es nicht geschehen, weil die letzteren die Diäten leichter entbehren können, als die ersteren. Ehrenhafte Erscheinungen sind jene Herren im großen Rathe der deutschen Nation allerdings. Der „hohe" deutsche Adel hat sich seit langer Zeit so sehr vom Volke abgelöst, daß dasselbe ganz entwöhnt worden ist, diesen Stand sich zuzuzählen, und daß es die Männer desselben nicht ohne große Mißtrauen in den Reihen seiner parlamentarischen Vertreter Platz nehmen sieht. Diese Entfremdung indessen könnte doch möglicher Weise einem bessern Verhältnisse Platz machen, das dem Lande ohne Zweifel zu gut kommen würde, so daß ein Versuch zu der Mühe wohl werth ist. Dieser „hohe Adel", mit seinem großen Grundbesitz, seinem gesellschaftlichen Einfluß, seinen in die regierenden Häuser hineinreichenden Familienverbindungen u. s. w. ist nun einmal vorhanden, und wenn er sich endlich von dem Lotterbette erhebt, auf dem er viele Menschenalter hindurch gelegen, um in den Dienst der Nation einzutreten, so ist es deren augenscheinliches eigenes Interesse, ihm die Probe der Brauchbarkeit nicht zu verjagen. Wenn England sich nicht übel dabei gestanden hat, daß das Volk und die Barone Jahrhunderte lang gemeinschaftliche Sache mit einander gemacht, so könnte auch für Deutschland die Zeit gekommen sein, wo beide Theile bei einer solchen Bundesgenossenschaft ihre Rechnung fänden. Frankreich freilich hat vorgezogen, sich des Adels überhaupt in der bekannten Weise zu entledigen; aber abgesehen davon, daß das angewendete Mittel denn doch ein sehr kostspieliges war, steht uns dasselbe, unglücklicher oder glücklicher Weise, zur Zeit nicht zu Gebote, und kann also hier überhaupt nicht in Frage kommen. In Deutschland muß die Frage vielmehr dahin gestellt werden, ob es besser sei, daß eine zwar wenig zahlreiche aber sehr einflußreiche Klasse der Bevölkerung in das Interesse der Nation gezogen, oder demselben ferngehalten werde. In dem einen Falle kann man den Eintritt einer Anzahl von Vertretern jenes Standes in den Reichstag nur willkommen heißen; im andern Falle muß man sich mit dem Gedanken abfinden, daß eine beträchtliche Summe von öffentlichen Kräften für die großen, Nationalzwecke verloren geht, wenn nicht gar zur Bekämpfung derselben verwendet wird.

Ganz von selbst versteht es sich übrigens, daß nicht davon die Rede sein kann, den Bestand der Herren aus dem Gothaischen Kalender durch Zugeständnisse auf Kosten des allgemeinen und gleichen Staatsbürgerrechts zu erkaufen. Im Gegentheil wird eine der ersten Forderungen an das politische Gewissen dieser Herren auf einen Verzicht von ihrer eigenen Seite gerichtet werden müssen, den endgültigen Verzicht auf alle jene Bruchtheile der ehemaligen Landesherrlichkeit, welche den Standesherren durch die weiland Bundesakte und neuerdings durch die Schwäche und Verkehrtheit der preußischen Cabinetspolitik zurkannt worden sind. Die Fortdauer des Skandals einer Art von Doppelregierung in den Standesherrschaften wird sich Deutschland nun keinen Preis gefallen lassen, und wenn die „regierenden" Fürsten von Wied, oder die „regierenden" Grafen von Stollberg und ihre Genossen nicht Selbstüberwindung genug haben, um den lächerlichen Herrlichkeiten des Schattens einer Achtels-Souveränetät freiwillig zu entsagen, so bekennen sie sich ihrerseits damit zu der Rolle unversöhnlicher Feinde der Ehre und der Würde der deutschen Nation. Alsdann bleibt dem Volke freilich nichts übrig als ein entschlossenes: Wie Du mir, so ich Dir.

Um indessen auf die Frage von den Taggeldern der Abgeordneten zurückzukommen, so wollen wir hier mit den gelegentlichen Worten des Geschichtsschreibers des Krimkrieges, Kinglake, ein Schlaglicht auf dieselbe fallen lassen, das vielleicht manchem Auge eine neue Ansicht des Gegenstandes gewähren wird. Bei Schilderung des Staatsstreichs vom 2. Dez. 1851 erzählt Kinglake, wie die in der Mairie des zehnten pariser Stadtbezirks versammelten Volksvertreter durch Militärgewalt aus ihrem Sitzungssaale vertrieben, und, unter dem gleichgültigen Zuschauen der in den Straßen zusammengedrängten Menge, ins Gefängniß geschleppt wurden. Diese Gleichgültigkeit des sonst so erregbaren Pariser Volks bei einem so empörenden Schauspiele veranlaßt Kinglake zu folgenden Bemerkungen:

„In einer Lösen Stunde hatten die Republikaner die gesetzliche Bestimmung getroffen, daß die Abgeordneten des Volks für ihre Dienste bezahlt werden sollten. Diese Bestimmung brachte die Nationalversammlung natürlicher Weise in Mißachtung, denn sie zerstörte das stolze Gefühl, mit welchem ein freies Volk auf sein Parlament zu blicken pflegt. Der Pariser Arbeiter, herzhaft und tapfer, aber berechnend und nicht ohne Neid, verglich seinen Tagesverdienst mit dem Taggelde der Abgeordneten, und kam zu der Folgerung, daß es nicht seine Sache sei, für Männer aufzustehen, welche der Staat mit 25 Franken täglich dazu gemiethet hatte, Patrioten zu sein."

Wer die Zeit des Frankfurter Parlaments an Ort und Stelle mit durchlebt hat, dem wird, wenn er anders von seinen Augen und Ohren damals guten Gebrauch gemacht, seine Erinnerung sagen, daß das Zeugniß Kinglake's von den Wirkungen der Besoldung der Volksvertreter auf die öffentliche Stimmung und die öffentliche Achtung nicht bloß für Paris gilt. Die Gallerie der Paulskirche, die Repräsentanten des politischen Unverstandes und der tollen Leidenschaft von Hunderttausenden der damaligen Generation, betrachtete und behandelte die Reichsversammlung wie eine Genossenschaft von Dienstmännern, die ihren Tagelohn abzuarbeiten haben. Jede aufsallende Sitzung galt für eine Unterschlagung der dem Brotherrn schuldigen Leistungen, jede Abstimmung, die nicht im Sinne der souveränen Zuhörerschaft ausfiel, für eine Auflehnung gegen den Willen des Arbeitgebers. Der erste beste Sachsenhäuser Schoppenstecher war von dem Bewußtsein durchdrungen, daß das Parlament auf seine Kosten lebe, und glaubte sich deßhalb berechtigt, die Parteien in der Paulskirche, je nach Umständen, mit seiner Gönnerschaft zu beehren, oder zur Rechenschaft zu ziehen. Kurz, um fünf Gulden auf den Tag war das Ansehen und sogar die Sicherheit der Parlamentsmitglieder an die Gedanken- und Gefühlsrohheit des großen Haufens verkauft.

Daß die Diätenlosigkeit der Reichstagsmitglieder einige Uebelstände mit sich bringt, soll keineswegs bestritten werden. Aber diesen Uebelständen läßt sich nöthigen Falls durch bekannte Auskunftsmittel abhelfen, und überdies fallen sie doch bei Weitem nicht so schwer ins Gewicht, wie die entgegengesetzten Nachtheile, unter denen nicht der kleinste die Gefahr

Digitized by Google

ist, daß die Volksvertretung nach und nach in eine Art von Handwerk ausarte, wie dies zum Beispiel in Nordamerika geschehen. Nach dem in Deutschland bisher üblichen Tarif der Tagegelder ist die Versuchung, aus der parlamentarischen Thätigkeit einen Broderwerb zu machen, freilich sehr gering, um so stärker aber der in den Verhältnissen selbst gegebene Antrieb zur Steigerung jener beschriebenen Sätze, mit welcher denn die oben bezeichnete Gefahr alsbald näher rücken würde. Wenn es anerkannter Maßen unmöglich ist, die zahllose parlamentarische Mannschaft, welche unsre hundert Kreis- und Landtage erfordern, ohne eine mehr oder weniger angemessene Besoldung aufzubringen, so steht es doch glücklicher Weise nicht so kümmerlich um das deutsche Volk, daß dasselbe Mühe haben sollte, drei oder vierhundert Männer ohne Beihülfe der Staatskasse in sein Centralparlament zu schicken. In dieser Hinsicht hat auch keine Partei vor der andern einen nennenswerthen Vorzug. Jede Partei, welche in einem Wahlkreise von hundertausend Einwohnern die Stimmenmehrheit hat, also wenigstens zehn bis zwölftausend Männer in sich begreift, kann ihren Vertreter, wenn es sein muß, mit den zur Uebernahme und Führung seines Vertrauensamts erforderlichen Mitteln reichlich ausstatten, wenn sie sich eine Kopfsteuer von einem Silbergroschen auflegt. Eine Partei aber, die ein solches „Opfer“ etwa verweigerte, würde sich selbst ein Nullitätszeugniß ausstellen, kraft dessen ihr jeder Anspruch auf parlamentarische Vertretung aberkannt werden müßte. — Es versteht sich übrigens von selbst, daß solche Fälle nur als Ausnahmen wünschenswerth sind und daß als die Regel des gesunden öffentlichen Lebens die Entbehrlichkeit jeder Entschädigung der Reichstagsabgeordneten festgehalten werden muß.

Eine Stimme aus Baiern.

A C Erlangen, 25. September. Der Adreßentwurf, welchen die national-liberalen Mitglieder des norddeutschen Reichstages ausgearbeitet haben, enthält eine Lücke. Nach den Worten: „Wohl sind wir davon durchdrungen, daß die Wiedervereinigung mit den süddeutschen Staaten nur durch freiwilligen und freudigen Entgegenkommen aller Theile erreicht werden kann“ wäre ein Zusatz etwa folgenden Inhalts nicht unpassend gewesen: „Wir begreifen auch vollständig, daß dieses freudige Entgegenkommen durch den reaktionären Charakter der innern preußischen Politik im höchsten Grade erschwert wird.“

Mit einer derartigen Aeußerung hätte man jedenfalls die Wahrheit getroffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der bezeichneten Thatsache das eigentlich entscheidende Hinderniß des Anschlusses zu suchen ist. Nach den vorjährigen Ereignissen war das Einheitsbedürfniß im Süden hinlänglich erklärt, um jeden Widerstand zu überwinden, wenn eine freisinnige preußische Politik ihm die Hand gereicht hätte. Die Ultramontanen und Partikularisten hätten sich beugen müssen, die Masse der Schwankenden hätte sich den Vertretern der nationalen Sache angeschlossen, die Regierungen hätten es nicht gewagt, einer Aufforderung zum Eintritt in den Bund ihr Nein entgegenzusetzen. An der preußischen Politik liegt zum größten Theil die Schuld, daß es anders gekommen ist. Statt den Gegensatz der Einheits- und der Freiheitsinteressen durch ihr Verhalten aufzuheben, hat sie ihm täglich neue Nahrung gegeben. Die Verwaltung und Rechtspflege wird in den alten und neuen Provinzen von demselben kleinlich büreaukratischen Geiste beherrscht, der in Preußen und Deutschland schon so lang ein Gegenstand, bald der kalten Anwiderung, bald der erbitterten Verwünschung war. Es ist auf diesem Gebiet nichts besser geworden und kaum eine leise Richtung zum Bessern, zu einer größeren und würdigeren Auffassung wahrzunehmen.

Dieser Zustand mußte eine lähmende Wirkung auf die nationale Partei im Süden ausüben. Er mußte zunächst, da sie selbst aus liberalen Elementen gebildet ist, die Energie ihres eigenen Willens schwächen. Denn die Zahl derjenigen wird immer gering sein, die ganz von der Einsicht durchdrungen sind, daß die Freiheit erst in der Einheit ihren wahren Werth und gesicherten Bestand erhalte, die folglich, wenn zwischen beiden Gütern gewählt werden muß, ohne Zaudern vorziehen, im Besitze der Einheit für die Freiheit zu kämpfen. Die Mehrzahl wird irre vor einer solchen Wahl und in keinem Falle erhebt sie sich zu dem begeisterten Aufschwung, der nur dann möglich ist, wenn Einheit und Freiheit auf derselben Fahne geschrieben stehen.

Das Uebel, durch welches die Energie der nationalen Partei gelähmt wird, verdreifacht zugleich die Kraft ihrer Gegner. Ganz Deutschland, soweit man der Einheit unter preußischer Führung widerstrebt, wird liberal in dem Augenblicke, wo Preußen es nicht ist. Politiker von erprobt reaktionären Gesinnungen fangen an, für die Freiheit ihrer Mitbürger zu zittern; öffentliche Blätter, die niemals daran gedacht haben, die Mißregierung im eigenen Lande zu bekämpfen, regalriren täglich mit tiefer Entrüstung die Sünden des preußischen Regiments; Ultramontane und Radikale fassen ihren Bannfluch in dieselbe Formel. Aber soviel auch Gleißnerei und großer Selbstbetrug bei Allem unterläuft, so bleibt doch der Thatbestand unverrückt, daß durch die Haltung der inneren preußischen Politik eine Stimmung erzeugt worden ist, aus welcher jenes „freudige Entgegenkommen“ des Berliner Adreßentwurfs unmöglich entspringen konnte.

Graf Bismarck gibt in seinem Rundschreiben vom 7. September die unter den obwaltenden Umständen sehr glaubwürdige Versicherung, Preußen mache den Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund von der freien Entschließung seiner süddeutschen Verbündeten abhängig. Zu solchen Entschließungen besteht aber in München und Stuttgart nicht die mindeste Neigung, und für einen moralischen Druck der öffentlichen Meinung, der stark genug wäre, sie hervorzurufen, fehlt es, wie wir gesehen haben, an der unerläßlichen Voraussetzung. Man muß sich also auf die Fortdauer des jetzigen, das wirthschaftliche und politische Leben zerrüttenden Zustandes gefaßt, machen, bis ein Umschwung in Preußen oder eine europäische Krisis die Dinge zum Abschluß bringt. Bis dahin wird sich die nationale Partei damit begnügen müssen, auf ihren Forderungen standhaft zu beharren, den Phrasen der partikularistischen Selbstsucht die Maske abzuziehen und alle falschen, vom Ziel ablenkenden Schritte zu bekämpfen.

Die nationale Vertretung im Ausland.

L Aus der ersten Reichstags-Session wird man sich einer Aeußerung des Grafen Bismarck entsinnen, welche im Wesentlichen dahingieng, daß es mit der Centralisation der diplomatischen Vertretung beim Norddeutschen Bunde nicht so genau genommen zu werden brauchte. Wenn es auch natürlich sehr auffiel, den eigentlichen activen Repräsentanten der Einheitsidee sich so auslassen zu hören über ein Gebiet, das bis dahin Freund und Feind ihr für unwiderruflich und ohne Rest verfallen angesehen hatten, so mochte doch Mancher denken, der Ausdruck sei mehr aus einer augenblicklichen Stimmung geflossen, als aus festbegründeter Ueberzeugung. Diese wohlwollende und beruhigende Auslegung aber machen jetzt neue, die Keterei nur zu sehr bestätigende Thatumstände zu Schanden.

Man erwäge folgende Dinge in ihrem inneren Zusammenhang. Dem Bundesrath ist aus jedem preußischen Ministerium, das für die Competenz des Bundes überhaupt in Betracht kommt, ein Mitglied beigegeben worden, nur nicht aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Auf den Consularetat des Bundesbudgets ist nur ein Theil der bisherigen preußischen Consuln gebracht worden; die übrigen sollen dem preußischen Budgetbudget vorbehalten bleiben, und zwar anscheinend unter dem Vorwande, daß sie nicht rein commercielle, sondern mehr politische Agenten seien. Den Einzelstaatsregierungen, insbesondere den Senaten der Hansestädte, soll es unbenommen sein, mit den künftigen Consuln des Bundes direct zu correspondiren. Was hat das Alles zu bedeuten?

Die Annahme, Graf Bismarck halte es hier zur Abwechselung einmal mit den Gegnern der nationalen Einheit, ver-

Digitized by Google

bietet sich natürlich von selbst. Eine eigne Politik will er den Regierungen in Dresden, Schwerin, Hamburg u. s. f. gewiß nicht einräumen, Handelspolitik so wenig, als eigentliche Politik. Es wird ihm auch wohl nicht darauf ankommen, einen politischen Unterschied und Gegensatz zwischen dem Bundeskanzler-Amt und dem preußischen Ministerium des Auswärtigen zu begründen, das letztere gegen Uebergriffe des ersteren zu sichern, da er doch auf jeden Fall leichter und eher auftreten wird preußischer Minister des Auswärtigen zu sein, als norddeutscher Bundeskanzler. Allein man weiß ja, wie tief in ihm die absolutistischen Neigungen wurzeln. Nur mit Selbstüberwindung, aus Erkenntniß der Nothwendigkeit und innerhalb der von einer höheren Nothwendigkeit gegogenen Grenzen läßt er sich constitutionelle Controle, parlamentarische Mitregierung gefallen. Die auswärtige Politik nun muß er wohl nicht als der constitutionellen Domäne schon unerbittlich verfallen erachten. Jene lare Behandlung der diplomatisch-konsularischen Centralisation wäre schlechterdings nicht zu erklären, dürfte man nicht annehmen. Graf Bismarck hoffe so am ehesten zu erreichen, daß Bundesrath und Reichstag nicht bis in das Allerheiligste der auswärtigen Politik vordringen. Darum gibt er dem Bundesrath von den Arbeitskräften und den Acten des Ministeriums des Aeußeren nichts ab; darum zieht er jene geradezu phantastische Scheidelinie zwischen diplomatischen und handelspolitischen Consuln; darum findet er die Einzelstaatsregierungen ab, indem er ihnen directe Correspondenz mit den Bundesconsulaten gestattet.

Der Reichstag indessen mag sich im übrigen zum Bundeskanzler stellen, wie er will: in diesem Stücke kann er ihm nicht nachgeben. Er könnte es nur um den Preis, vor den halbgeöffneten Zäunen eines Feldes umzukehren, das seiner säubernden Thätigkeit und Durchpflügung mehr als irgend ein anderes bedarf. In den militärischen Fragen mag er das Technische mit Ruhe den vorzüglichen Kräften des Kriegsministeriums und des Generalstabes überlassen; in den diplomatisch-consulairischen Fragen ein Gleiches zu thun, wäre unverantwortlicher Leichtsinn.

Die blendenden Eigenschaften und Thaten des Grafen Bismarck verdunkeln leider für ungeschützte Augen zu sehr den Hintergrund, auf welchem er steht: die Beschaffenheit des preußischen auswärtigen Dienstes. Wäre das nicht, so würde nicht alle Welt so schnell vergessen haben, wie traurig es mit diesem Dienstzweige Deutschlands aussieht. Die Leistungen und Erfolge des einen Mannes an der Spitze haben die Körperschaft als Ganzes, allem Anschein nach, keineswegs gehoben. Vielmehr wiederholt sich in ihren Reihen offenbar, was sich auch auf dem weiteren und freieren Gebiet des deutschen öffentlichen Lebens bemerken läßt: die außergewöhnliche Energie des Einen drückt die geringe Thatkraft der Anderen meistens nur noch mehr herab. Graf Bismarck ist von keiner Schule hoffnungsvoller, junger Talente umgeben, wie einst Cavour. Es gehört, scheint es, zu seinen Ansprüchen auf Unsterblichkeit nicht, daß er begabte Jünger herausfinden und aufzuziehen wüßte. Darum ist in unbefangenen patriotischen Kreisen auch so weit verbreitet das geheime Grauen vor seinem Tode oder Rücktritt, nicht wegen der inneren, sondern wegen der auswärtigen Politik. Die ganze preußische Diplomatie hat keine Kraft, welche man die seiner Hand entfallenen Zügel vertrauensvoll könnte aufnehmen sehen. Eine Aufgabe vollends, wie die Reform des nationalen Consularwesens, wird nicht nur nicht gelöst, sondern gar nicht wirklich in die Hand genommen, ja vielleicht nicht einmal begriffen, so lange der Chef nicht selbst die Muße und Geistesfreiheit findet, ihr seine persönliche Fürsorge zu widmen.

Muß aber deßhalb der Schleier über diese Blässe und Unmannbarkeit geworfen werden? Verlangt der Patriotismus, daß wir den Grafen Bismarck in seinem mehr psychologisch erklärbaren als politisch gerechtfertigten Verhüllungs- und Abweisungs-Streben unterstützen? Erheischt der Patriotismus nicht vielmehr, daß auf alle Art frische nationale Kräfte in das versumpfte Bett der diplomatisch-consulairischen Vertretung geleitet werden, und ist der erste unentbehrliche Schritt zu solchem Einströmen nicht die vollste und rücksichtsloseste Oeffentlichkeit der Verhandlung?

Der diplomatische Dienst hat in Preußen bisher, wahrscheinlich vorzugsweise aus zwei Gründen, keine halbwegs hinlängliche Zahl begabter Träger gefunden: erstens wegen der langen Verkommenheit der preußischen auswärtigen Politik, welche frischere und kraftvollere Geister von sich abstoßen mußte, und zweitens wegen der Beschränkung der Auswahl auf eine kleine Anzahl von Familien. Für den consularischen Dienst aber hat man wahrhaft competente Träger bisher gar nicht einmal gesucht. Allein unter allen größeren Staaten Europas blieb Preußen bei dem alten unwirksamen Consularsystem, das auf die unvergüteten Dienste von Geschäftsmännern ohne amtliche Stellung und oft sogar von fremder Nationalität gegründet war. Es ließ sich nicht bloß von England und Nordamerika, Rußland, Oesterreich und Italien überholen in der Aneignung des in allen Hauptstaaten mustergiltigen französischen Consularsystems, sondern selbst von Dänemark und Portugal. Die wenigen wirklichen Consuln, welche es besaß, waren so erfinderisch unklug über den Erdball vertheilt, daß sie nicht einmal so viel werth waren, wie ihre geringe Zahl andeutete. Die Mehrzahl von ihnen saß im Orient, wo sie angestellt worden waren im Schlepptau der russisch-österreichischen Politik von 1815 her. Anderswo in der Welt kommt der preußische Consul nur höchst vereinzelt vor; in ganz Nordamerika z. B. nur in einem einzigen Exemplar, und das von wahrhaft exemplarischer Untauglichkeit. Auf mehr als neunzehn Zwanzigstein aller Posten, darunter den allerwichtigsten, behielt sich die Großmacht Preußen mit dem guten Willen und den Mußestunden von Leuten, über welche die Regierung keine Macht hat, vielfältig nicht einmal jene entfernte und mittelbare Macht, welche die Landsmannschaft mit sich bringt. Wenn es dem sogenannten Consul beliebt, überläßt er die Amtsgeschäfte wohl gar dem ersten besten Commis, und ein Hans Hasenfuß spricht, handelt und unterschreibt dann im Namen des preußischen Staats.

Dies würde nach den Ereignissen des vorigen Jahres nicht länger dauern dürfen, auch wenn weiter nichts hinzukäme. Nun aber kommt die Uebertragung aller übrigen norddeutschen Consulardienste auf das preußische Consularcorps hinzu. Der ungeheure hanseatische Verkehr, der den preußischen Verkehr mit fremden Welttheilen weit überragt, wird fortan ebenfalls auf die Dienste der von Berlin aus bestellten Consuln angewiesen sein. Das zukünftige deutsche Consulat in Newyork, beispielsweise, wird, seinem Geschäftsumfange nach, unzweifelhaft das erste und wichtigste Consulat der Welt werden. Da würde also, was bisher nur große Fahrlässigkeit gewesen sein mag, förmlich zum Verbrechen. Wenn nach dieser Richtung hin das Bundespräsidium und der Bundesrath nicht ihre volle Schuldigkeit thun, so fällt eine hohe Verantwortlichkeit auf die patriotischen Politiker des Reichstags.

Die öffentliche Stimme der Geschäftswelt hat sich auch in Deutschland längst, durch den Mund des deutschen Handelstages, und des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen, für den Uebergang zu einem hauptsächlich auf Fachconsuln gegründeten System ausgesprochen. Wenn sie sich nicht in diesem Augenblick aufs neue laut und kräftig erhebt, so ist der Grund nicht, daß sie den leitenden Mächten zu viel, sondern daß sie ihnen zu wenig vertraut. Sie wünscht Fachconsuln für alle bedeutenden und entlegenen Plätze, aber sie fürchtet, dieselben könnten ebenfalls aus dem engen Kreise entnommen werden, der bisher die preußische Diplomatie ergänzt hat. Dagegen muß der Reichstag also eine rechtzeitige und wirksame Verwahrung einlegen. Man braucht sich bei der Auswahl von Consuln an keine anderen Vorschriften zu binden, als daß man Männer ermittle, welche durch Charakter, Urtheilsvermögen, Weltverkehrung und allgemeines Wissen eben so fähig als würdig erscheinen, die Nation und ihren Staat allen fremden Gewalten gegenüber zu repräsentiren. Solche vollkommen geeignete und ausgerüstete Persönlichkeiten zu finden, wird auf einmal in größerer Zahl kaum möglich sein; deßwegen, und deßwegen allein empfiehlt sich ein allmähliches

Digitized by Google

Vorgehen mit der Reform. Der Plan der Reform aber muß unverzüglich festgestellt und mit seiner Durchführung ohne Säumen begonnen werden.

Es ist lange nicht allein der Handel, geschweige denn bloß der Handel der deutschen Seestädte, was diese Maßregel gebieterisch fordert. Es ist ebensosehr das commercielle Interesse der Deutschen im Auslande und vor Allem ist es das von diesen meist so warm empfundene und so anerkennenswerth geltend gemachte nationale Interesse. Tüchtige, jeder Lage und Aufgabe gewachsene Consuln sind die besten Herolde, welche wir aussenden können andern Völkern zu verkündigen, daß Deutschland eins geworden, der Deutsche hinfort eines ihn mächtig schirmenden Vaterlandes theilhaftig ist. Die gemeinschaftliche Handelsflagge ist gut, aber nur, wenn ihr vom ersten Tage an der Respect der Fremden nöthigenfalls erzwungen werden kann. Zu solchem Schutze reicht unsre kleine, und erst ganz kürzlich von dem Alp unfähiger Verwaltung erlöste Kriegsflotte bei Weitem nicht hin: es bedarf der Organe, die immer am Platze, die der Verwendung von Kriegsschiffe erst wahren praktischen Werth zu geben im Stande sind. Das sind in den Meeren und Ländern, um die es sich hier handelt, nicht Diplomaten, sondern Consuln.

Unsre auswärtigen Landsleute warten mit ungeduldigem Verlangen auf die Nachricht, daß der nationale Consulardienst endlich zeitgemäß und der Stellung der Nation unter ihresgleichen entsprechend reorganisirt werde. Wie lange wollen wir sie noch warten lassen?

Finanzlage der thüringischen Kleinstaaten.

II.

× Wir haben zwar aus dem Munde von Ministern in den verschiedenen Landtagsverhandlungen der thüringischen Kleinstaaten vernommen, daß auch die Regenten gern Opfer brächten, um die staatliche Selbstherrlichkeit zu erhalten. Aber diese bloßen Worte werden die Lasten des Volkes schwerlich erleichtern. Die Tagesgeschichte hat über die Haltbarkeit und wirkliche Nutzbarkeit solcher Redensarten schon hinlänglich Aufschluß gegeben. Im Weimarischen Landtage stellten die Abgeordneten Fries und Hering den sicherlich bescheidenen Antrag: „die Staatsregierung zu ersuchen in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine der gegenwärtigen Finanzlage des Landes entsprechende Ermäßigung der Domänenrente, unter Vorbehalt späterer Wiederherstellung der dermaligen Höhe, auszuführbar erscheine. Der Antrag wünschte die Civilliste von 380,000 Thlr. auf jährlich 350,000 Thlr. herabgesetzt. Minister v. Watzdorf wies dieses Ansinnen entschieden zurück, die Mehrheit des Landtags stand dem Minister zur Seite und warf den Antrag ab. Der gleiche Fall kam im Landtage von Reuß j. L. vor. Auch dort empfahl der Finanzausschuß die Herbeiziehung eines Theils der fürstlichen Domäneneinkünfte, die sich auf ca. 300,000 Thlr. belaufen sollen. Der bezügliche Abschnitt des Berichtes bemerkt: „Die vor mehreren Jahren stattgehabte Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der fürstlichen Kammer, bei welcher dem ganzen Domänialbesitz die gesetzlichen in ihrem Gesammtbetrage nicht unbedeutenden Grundsteuern aufgelegt worden sind, mag zu ihrer Zeit als eine angemessene und zweckentsprechende erschienen sein; die Vergleichung der damaligen Verhältnisse des Staates, welche als nicht ungünstig bezeichnet werden konnten, mit den jetzigen, deren Bezeichnung als ungünstige eine sehr milde sein würde, die Erwägung, daß eine fortdauernde derartige Belastung des Staats, wie sie jetzt in Aussicht steht, leicht zur völligen Zerrüttung des noch im Lande vorhandenen Wohlstands führen, ja den Fortbestand des Fürstenthums als Einzelstaat in Frage stellen kann, führen die Bevölkerung zu der Frage, ob nicht Seitens der fürstlichen Kammer die Geneigtheit vorliege, in irgend welcher Weise die Finanzlast des Staats erleichtern zu helfen?“ Der Herr Minister, der kurz vorher die Opferwilligkeit des Fürsten zu Gunsten des Landes emphatisch betont hatte, erklärte sofort, er könne eine große Geneigtheit der fürstlichen Kammer auf diese Empfehlung des Finanzausschusses einzugehen, nicht voraussetzen, und er selbst könne eine solche auch nicht befürworten. Und so zog sich dieser schwache Versuch der Landesvertretung auch schüchtern zurück. Der jetzige Fürst soll „dem Vernehmen nach“ ein Opfer von 6000 Thlr. von Seiten der Kammerkasse ausgesprochen haben.

Auch im Altenburger Landtage wurde ein Versuch des Abgeordneten Wagner die Domänenfrage zum Nutzen des Landes zu lichten, von der Landschaft selbst beseitigt.

Die Domänenfrage, für die Existenz der thüringischen Kleinstaaten eine überaus wichtige, ist überhaupt noch theilweise ziemlich verschleiert, theilweise noch ein vielfach verwirrter Knoten, der am Ende auch nur wie der gordische gelöst werden kann.

In Weimar fließen die Kammereinkünfte in die Staatskasse und der Großherzog bezieht eine Civilliste von 380,000 Thlr. aus den Staatsdomänen.

In Meiningen wurden die Domänen durch ein Gesetz vom 3. Juni 1854 als Eigenthum des herzoglichen Hauses anerkannt, zugleich bestimmt, daß ein Verzeichniß der Domänengüter binnen Jahresfrist den Landständen zur Prüfung vorgelegt werden solle, worauf die als Eigenthum des Landes nachgewiesenen Bestandtheile diesem zuzuweisen seien. Ueber das vorgelegte Verzeichniß erstattete der Domänenausschuß des Landtags 1860—1861 einen Bericht, in welchem der Hauptstock des Domänenvermögens als Staatsgut nachgewiesen werden soll. Eine endgültige Entscheidung darüber steht noch zu erwarten. Aus dem Domänenvermögen wird bis jetzt die herzogliche Haus- und Hofverwaltung mit jährlich 225,000 fl. bestritten, einen Theil der Ueberschüsse der Domänen-Einnahme erhält die Landesverwaltung.

In Coburg-Gotha gab es seit 1840 Differenzen über den Maßstab der Konkurrenz des Domänenvermögens zu den Kosten der Landesverwaltung; 1848 wurden die Domänen für Staatsgut erklärt, 1853 wurde das Domänengut wieder als Eigenthum des herzoglichen Hauses anerkannt. Der Herzog erhält von dem abgesonderten Domänenvermögen für Coburg den halben Ueberschuß (33,000 fl.) für Gotha einen Ueberschuß von 120,151 Thlr., ohne die Revenuen der drei Special-Fideikommisse.

In Altenburg war im Jahr 1849 durch einen Vertrag mit dem Herzog das Domanialvermögen für Staatsgut erklärt und später 1854, als Eigenthum des herzoglichen Hauses anerkannt worden. Im Jahr 1859 wurde zwischen dem Herzog und dem Landtag ein Receß abgeschlossen, durch den die meisten nutzbaren Regalien an den Staatsfiscus abgetreten und der übrige Theil des Domänenvermögens für Eigenthum des herzoglichen Hauses erklärt wurden, das mit besonderen staatsrechtlichen Verpflichtungen nicht weiter behaftet wäre. Der Umfang dieser Freiheit von besonderen Verpflichtungen ist übrigens noch nicht näher festgestellt, die einzelnen Bestandtheile des Domanialvermögens sind noch nicht anerkannt und auch die Richtigkeit des von der Regierung darüber vorgelegten Inventars wird noch in vielen und wesentlichen Objekten bestritten. Der Herzog bezieht aus dem Domänenvermögen, das von den Staats-Finanzbehörden verwaltet wird, gegenwärtig eine Civilliste oder Domanialrente von ca 170,000 Thalern, ohne die Benutzung verschiedener zum Domanialvermögen gehöriger Gebäude und Grundstücke.

In Reuß-Greiz, wo die Einkünfte des Kammervermögens noch bis 1866 als Staatseinnahmen verwendet wurden, gegen Gewährung einer jährlichen Civilliste von 40,000 Thalern, erklärte der neue Fürst 1867 die Domänen, mit Verzicht auf die Civilliste, für abgesondertes Eigenthum des Fürstenhauses.

Das rechtliche Verhältniß des Domänenwesens zu dem Staatsvermögen in Reuß j. L. ist noch nicht vollständig geklärt. Der Fürst, ohne Civilliste, beansprucht und bezieht seit längerer Zeit die Einkünfte des ganzen Domänenvermögens, ca 300,000 Thlr., als Hauseigenthum. Eine genauere Prüfung und Sichtung des rechtlichen Besitzes durch eine selbstständige Landesvertretung steht zu erwarten.

In Schwarzburg-Rudolstadt werden die Erträg-

Digitized by Google

nisse des Domanialvermögens zunächst für die Kosten des Fürstenhauses verwendet, nach dem Budget von 1866 jährlich 160,300 fl.; in Schwarzburg-Sondershausen hat die Staatskasse die Verwaltung und Nutzung des Kammerguts und das fürstliche Haus bezieht eine feste Domänenrente von 155,000 Thlr. Nur unmittelbaren Benutzung des fürstlichen Hauses sind vom Kammergute noch bestimmte Bestandtheile ausgeschieden.

Die Domänenerträgnisse machen in den thüringischen Kleinstaaten eine der bedeutendsten Staatseinnahmen aus und werden zum größten Theil (beläufig 1,400,000 Thlr. für die sächsischen Herzogthümer, die reußischen und schwarzburgischen Fürstenthümer mit zusammen circa 1,700,000 Einwohnern) für die Regentenfamilien verwendet.

In der neueren konstitutionellen Geschichte der deutschen Kleinstaaten überhaupt bildet die Domänenfrage die wesentlichsten Konflikte zwischen Regierenden und Regierten. In günstigen Reaktionsperioden wurde sie, Dank diplomatischen Wahlgesetzen und gefügigen Landesvertretern, gewöhnlich zu Gunsten der Regierenden entschieden. Von realen und erheblichen Opfern der einzelnen Fürstenhäuser zur Unterstützung der schwerbelasteten Steuerkraft der Landesangehörigen dürfte auch gegenwärtig wenig zu hoffen sein. Man scheint nicht einmal die völlig nutzlose eigene diplomatische Vertretung aufgeben zu wollen. Es ist eher anzunehmen, daß die kleinen Souveräne das unausbleibliche und baldige Kommen einer Katastrophe einsehen und sich deßhalb den höchsten Satz der Domänenrenten sichern wollen, denn Preußen ist, wie die neueste Tagesgeschichte lehrt, in Domänensachen den Fürsten, selbst den depossedirten gegenüber, äußerst freigebig.

Wenn nun dem Volk dieser Kleinstaaten unverhältnißmäßig erhöhte, kaum zu tragende Lasten aufgebürdet werden, um mit Sorg, und Noth die Souveränetät ihrer Regentenfamilien zu halten, wenn die Regenten selbst geringe Opfer zu diesem Zwecke scheuen, wenn, trotz der enormen Opfer von Seiten des Volks, diese Souveränetät jetzt schon eine impotente Zwitterform geworden ist, soll es sich da wirklich noch der Mühe lohnen, für eine solche Scheinexistenz von inprodukitiver Selbstherrlichkeit, nur der Pietät, Gemüthlichkeit zu Liebe, die letzte Kraft anzustrengen? — Mit nichten, glauben wir.

Natürlichscheweise ist es schmerzlich, sich plötzlich der kleinen Selbständigkeit, dem Leben in dem beschränkten Kreise, das zur süßen Gewohnheit des Daseins geworden ist, entrückt zu wissen; in den Syrup der „Vaterlandsliebe" manches Greizer und Geraer Unterthanen würde herber Wermuth geträufelt, wenn er die Greizer Nationalkokarde ablegen müßte und sein kleines „Vaterland" nicht mehr in Cannabichs Geographie unter den souveränen Staaten verzeichnet fände, aber trotz der Wehmuth und Wermuths wird sich sein Vaterländchen doch dem Vaterlande anpassen müssen.

Der Glaube, daß diese kleinen Souveränetäten auf die Dauer nicht mehr zu halten sind, hat übrigens auch in der Mehrheit der thüringischen Bevölkerung festen Boden gefaßt. Die Wahlen zum ersten Parlament des norddeutschen Bundes haben davon Zeugniß gegeben. Ueberwiegend sind Männer des nationalliberalen Programms zu Reichstagsabgeordneten gewählt worden.

Zweierlei Maß und Gewicht.

Daß die freie Stadt Frankfurt, seit ihrem Eintritt in den Zollverein, das Vierfache desjenigen Antheils an den Zolleinkünften, der den übrigen Zollvereinsstaaten zukam, bezogen, daran hat man in Frankfurt selbst unseres Wissens niemals Anstoß genommen und eben so wenig wird dieses „Präcipuum" wohl in Hamburg als ein böses Beispiel angesehen worden sein. Heute jedoch, wo es sich um ein umgekehrtes Präcipuum zu Lasten Hamburgs handelt, heute ist es natürlich „ganz was Anderes." Alle gesinnungtüchtigen Zeitungen und insbesondere die Frankfurter Blätter hallen wider von sittlicher und wirthschaftlicher Entrüstung über die von der Stadt Hamburg, bei Fortdauer ihrer Zollfreiheit, verlangten Leistungen an die Reichskasse. Zwar ist es nicht ein vierfacher Kopftheil, wie man ihn an Frankfurt zahlte, den man von Hamburg fordert, sondern nur ein Mehr von drei Fünftheilen Dessen, was die Bewohner des Zollvereinsgebiets durchschnittlich leisten, aber gleichwohl wird darüber gewehklagt, als über eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und Bedrückung. Und nicht allein die Mehrbelastung Hamburgs ist in den Augen seiner Wortführer und guten Freunde in der Presse eine unerträgliche Tyrannei, sondern seine Heranziehung zu dieser Art von Besteuerung überhaupt. Man hore:

„Daß bei Forderung eines Aversums von den Hansestädten überhaupt eine große Unbilligkeit obwalte, indem die historische Entwicklung und Segnungen, welche die Hansestädte, zum Theil mit großen Opfern und Leistungen ihrerseits, dem Allgemeinen zuführten, hiebei gänzlich ignorirt werden und ohne jede Compensation bleiben, liegt auf der Hand. Schon die Aufwendungen, welche die Hansestädte im Interesse des allgemeinen Verkehrs seit Jahrhundernten gemacht haben, die mindestens ihren deutschen Nachbarstaaten sehr wesentlich zu gute kommen, hätten sie vor einer dermaligen außerordentlichen Heranziehung zu den Kosten des Bundes bewahren sollen."

So die „Allg. Ztg." deren starke Seite allerdings das wirthschaftliche Urtheil nicht ist.

Auch der die „Neue Frankfurter Zeitung", die für eine nationalökonomische Autkorität gelten will, weiß ihre baierische Kollegin noch zu überbieten.

„Der Ansatz zum Zollaversum, schreibt sie, ist, das muß bekannt werden, geringer ausgefallen, als man hier auf Grund früherer Angaben über die in dieser Beziehung in Berlin herrschenden Ideen und Absichten zu fürchten hatte, und insofern fühlt man sich erleichtert und beruhigt, aber es fehlt viel, daß man in dem Zollaversum selbst eine gerechte und naturgemäße Belastung erblicke und seine jetzige ermäßigte Höhe nicht drückend empfände. In erfterer Beziehung gilt hier allgemein die Ueberzeugung, daß es verhelft sei, weil in den zum Zollverein gehörigen Staaten des nordeutschen Bundes die Kosten bestritten sowelt möglich aus den Zollvereinsverträgen bestritten werden sollen, die nicht zum Zollverein gehörigen Staaten von vornherein zu einem Beitrage zu diesen Kosten zu verurtheilen, welcher der Summe entspräche, die diese Staaten der Zollvereinskasse einbringen würden, wenn sie gleichfalls dem Zollverein angehörten. Man macht mit vollem Rechte geltend, daß die merkantilische Stellung und Bedeutung der Hansestädte, welche auf der Nichtzugehörigkeit derselben zum Zollverein unter den jetzigen Verhältnissen als conditio sine qua non besteht, den übrigen Bundesgliedern so viele Kräfte, Vortheile, Mittel des leichteren Bestehens zuführt, daß sie dadurch mehr als hinreichend den durch ihr Außenstehen der Zollvereinklasse erwachsenden Ausfall aufwiegen. Es braucht, um nur eins hervorzuheben, z. B. nur daran hingewiesen zu werden, welche Opfer und Leistungen sich die Hansestädte bei langer Zeit im Interesse des gemeinschaftlichen Verkehrs auferlegt haben, die wahrlich nicht ihnen allein, sondern mindestens ebenso sehr ihren Nachbarländern zu Gute kommen. Ihnen ein Zollaversum auferlegen, heißt nichts Anderes, als sie dafür züchtigen, daß sie große bedeutende durch ihren Handelsstor zum Wohle des Ganzen beitragende Städte sind."

Es ist nicht der Mühe werth, sich mit diesen Albernheiten anderweitig zu beschäftigen, als durch den Hinweis, daß die darin angeblich enthaltenen Gründe zur Steuerbefreiung gerade eben so viel für die Ackerbauer, für die Gewerbtreibenden jeder Art, kurz für alle Inhaber irgendwelcher nützlichen Thätigkeit gelten wie für die Hamburger Kaufleute, und daß selbst der Millionär, dessen ganze Arbeit im Einstreichen von Zinsen besteht, mit den Bewelsmitteln der N. F. Z. dagegen protestiren kann, daß er etwa durch eine Einkommensteuer dafür gezüchtigt werde, ein reicher und durch sein Geld zum Wohle des Ganzen beitragender Mann zu sein.

---

§§ Konstantinopel, Anfang September. Zu einer Zeit, wo die orientalische Frage in Fluß geraihen zu sollen scheint, ist es vielleicht von Interesse einige Bemerkungen darüber von hier zu hören, welche von den landläufigen Ansichten in Deutschland in manchen Beziehungen abweichen werden. Zur besseren Würdigung derselben sei es mir erlaubt, vorauszuschicken, daß bei uns Deutschen hier der Türke als Individuum beliebter als der Grieche ist, wie denn überhaupt bei den Europäern oder „Franken", wie wir von den Orientalen genannt werden, von Schwärmerei für die Griechen nicht viel aufzuweisen ist. Bericht sich demnach die Meinung mehr und mehr dahin, daß die türkische Herrschaft sich unmöglich gemacht hat, so spricht nur der Kopf und nicht das Herz dabei; es ist also eine ruhige Würdigung der Eindrücke und Thatsachen. Daß die Herrschaft der Osmanen sich ihrem Ende zuneigt, ist in- und außerhalb der Türkei seine feste Ueberzeugung, nur darüber herrscht ein Chaos der Meinungen, was an die Stelle zu treten hat. Von den Türken gilt das alte Wort noch immer, sie verstehen wohl zu zerstören, aber nicht aufzubauen, und heute ist es noch so wahr, wie vor dreihundert Jahren. Die Masse des türkischen Volkes ist für europäische Fortschrittsbegriffe unempfänglich, die europäisirten Schichten desselben haben leider fast ausschließlich mit der äußeren noth-

Digitized by Google

wendigen Politur nur die lazen Gewohnheiten einer sogenannten Civilisation in sich aufgenommen, womit von Paris aus Egoerthandel getrieben wird. Es geht ihnen ungefähr wie den Indianern; wo die sich Anglo-Sächsischen Einflüssen genetzt zeigen, ist Völlerei und Treulosigkeit das Zeichen der Annäherung. Mit einem Worte, die Türken, wie andere rohe Völker nehmen von unsern Sitten und Gebräuchen das Schlechte an, und sind für das Gute daran unzugänglich. So lange, dem Koran gemäß, die Vielweiberei besteht und mit ihr die Negation des Familienlebens, ist an eine Reformation an Haupt und Gliedern nicht zu denken. Ohne Komik ist es daher, wenn den Türken mehr Zeit vor nicht langer Zeit verschienene Flugschrift türkischer Ulemas (Geistliche) gibt alle Uebelstände im Reich zu, erkennt an, daß es gerecht und billig sei, die Christen in jeder Weise gleichberechtigt zu stellen, sagt klar heraus, die Dinge können so unmöglich weiter gehen, um zuletzt zu dem Schluß zu kommen, daß alle diese nothwendige Reformen dennoch aber unstatthaft und für die osmanische Herrschaft unmöglich sei, weil die Christen den Türken an Intelligenz, Ausdauer und Arbeitslust überlegen seien; es müsse also ein anderes Mittel zur Erhaltung des Reiches gefunden und dieses sei in einer zweien Bedeutung dem Buchstaben nach dargethan werden. Dieser zweite Theil ist nicht erschienen, dürfte voraussichtlich auch nie das Tageslicht erblicken, da es eben für die Türken keinen andern Ausweg gibt, als durch die einander kreuzenden Intriguen der Großmächte noch eine Zeitlang fortzuvegetiren, oder in Ästen einen neuen Lebensbereich zu suchen.

Wie gesagt, dagegen daß das Regiment der Türken am längsten gewährt hat, ist wohl am wenigsten Widerspruch zu besorgen; nur darüber, wer ihnen in der Herrschaft nachfolgen soll und muß, darüber herrscht die größtmögliche Verschiedenheit der Ansichten. Was Rom da nicht schon für Vorschläge zur Welt gefördert worden, z. B. der einen vergrößerten Griechenland, eines unabhängigen Bulgarien und Rumelien, eines erweiterten Serbien und Rumänien, einer Freistadt Constantinopel unter europäischem Schutz; dann der Gründung einer Föderativrepublik der ihm zunächst gelegenen türkischen Provinzen in Oesterreich, als ob dieses nicht schon genug der unverträglichen und halbbarbarischen Elemente hätte und mit solcher Zuflucht etwa besser im Stande wäre, Rußlands Begehrlichkeit aufzuhalten. Was ist zunächst europäisches Interesse, was ist deutsches Interesse fragen wir, ist es ein Conglomerat von sich beneidenden und befeindeten Kleinstaaten, sollte der seelige deutsche Bund — ewiger Friede sei seiner Asche — vielleicht einen Nachfolger in der Conföderation orientalischer Staaten haben, um in Ohnmacht und Bielstaaterei den möglichst besten Modder als gefügige Spielpuppe zu dienen? Was heißt eine Freistadt unter Schutz der Großmächte anders, als ein ewiger Zankapfel und ein nie brach liegendes Intriguenfeld!

Wollen wir Europa seine Sicherheit und seine Stelle in der Geschichte bewahren, so habe vor Aller Augenmerk darauf gerichtet sein, dem Moscovitenthum das Vordringen an den Hellespont unmöglich zu machen; aber dazu bedarf es eines einheitlichen Staates mit Constantinopel als Hauptstadt und, um diesen zu bilden, eines culturfähigen, intelligenten, freiheitsamen und gesitteten Volksstammes. Die slavischen Stämme in der Türkei sind gespalten, sie haben keinen unabhängigen Staat, wie die Griechen ihr kleines Königreich, um als Grundlage oder Operationsbasis zu dienen, die Intelligenz ist bei ihnen auf einer sehr niedrigen Stufe, der Begriff Nationalität und Patriotismus ist ihnen neu, und wenn die Serben mit ihrem Fürstenthum davon eine bescheidene Ausnahme machen, so können sie doch nach Lage der Dinge weder als ein westenlicher Faktor, noch als etwaiger Crystallisationspunkt in Betracht kommen. Die Armenier, welche nur den einen Zweck im Auge zu haben scheinen, sich zu bereichern und dereinstens mit ihren Patronen, den Türken, den letzten Para aus der Tasche zu holen, sind zu unbedeutend und moralisch verkommen, als daß es sich der Mühe lohnte sie in den Kreis der Berechnung zu ziehen. Wer bleibt nun im Orient, wenn es nicht die Griechen sind, und diese, an nur diese scheinen die Fähigkeit und den Beruf zu haben, ein neues byzantinisches Reich zu gründen und als solches die Vormauer gegen russisches Umsichgreifen zu bilden.*)

Die Griechen haben das Recht, daß wir ihre Fehler und Charakterfesten milde beurtheilen und wenn man in Betracht zieht, daß Jahrhunderte lang ihre Religion zugleich das einzige Bindemittel des nationalen Zusammenhaltens war, so wird man auch entschuldigen, wenn sie sich heute noch derselben als politischen Agitationsmittels bedienen. Der aufgeklärte Grieche, und deren gibt es eine gute Anzahl, ist kein religiöser Fanatiker und obwohl er, um die Wahrheit zu sprechen, mit den Begriffen Ehrenhaftigkeit und Aufrichtigkeit mitunter in bedenkliche Collision geräth, so ehrt und achtet er diese Vorzüge und Tugenden doch bei andern Nationen, zum Beispiel bei der deutschen. Der intelligente Grieche denkt in religiöser Beziehung nicht anders, als bei uns in Deutschland jeder aufgeklärte Mann, sei er nun Katholik, Protestant oder Israelit. Manch der gebildete Hellene das Formenwesen der orthodox-griechischen Kirche mit, so erscheint ihm doch für den Augenblick auch politischen und nationalen Gründen nothwendig. Die Geistlichkeit hat wenig Macht in Händen. Die niedere ist weder sehr geachtet noch beliebt. Die Synode, vorwiegend aus gewählten Laien zusammengesetzt, ist die oberste kirchliche Behörde. In dieser Beziehung könnten wir in Deutschland etwas lernen, wo selbst in protestantischen Ländern der Einfluß der Gemeinde meistens ein sehr beschränkter ist, und die Herrn Seelsorger mit ihrer bekannten Herrschsucht den Löwenantheil davon argwöhnisch bewahren.

Es ist viel, sehr viel an den Griechen aufzusetzen, ja es ist wahr, daß die hiesigen Franken die Herrschaft der Türken, als das ihnen bei weiterem Kleiner scheinende Uebel, dem etwaigen Regiment der Griechen vorziehen; aber man will und kann dem Interesse einer Gesammtheit Fremder beharren, wenn es sich um weltgeschichte Dinge handelt. Bei politischen Umwälzungen muß mit dem Verstande gerechnet werden, individuelle Antipathien haben der eisernen Nothwendigkeit zu weichen, und diese liegt darin, daß es keinen anderen Volksstamm im Orient gibt, der Energie, Ausdauer und Aufopferungsgabe genug besitzt, um ein Reich zu gründen und es eifersüchtig zu bewachen als die Griechen. Man wirft ihnen vor, sie sympathisiren mit den Russen und sie antworten darauf: wenn man keinen andern Freund in der Noth finden kann, so nimmt man auch den schlechtesten. „Glauben Sie etwa, sagte mir neulich ein Grieche, daß wir, wo wir uns auch in der Welt zerstreut finden, Tausende und Hunderttausende von Pfunden (das ist feine Uebertreibung) nach Athen zur Aufrechterhaltung der Revolution in Creta senden, Schiffe in England u. s. w. kaufen, daß wir reichen oder wohlhabenden Kaufleute deßhalb bei jeder Gelegenheit die nationale Sache mit so großen Summen unterstützen, um schließlich in Rußlands Hände zu fallen? Aber, wäre es nicht thöricht, wollten wir den einzigen Freund, welchen wir seit Jahrzehnten gehabt, von uns stoßen? Alle Griechen sind ein freiheitliebendes Volk und für den Despotismus nicht zugänglich. Was die Türken in Europa besitzen, war unser, und wir wollen nicht ruhen, bis wir es wieder haben." Das griechische Element in Konstantinopel nimmt ungemein zu, der Groß- und Kleinhandel hier und im ganzen Reich ist fast ausschließlich in seinen Händen, zu allen Gewerben, besonders dem der Tischler, Schuster und Bäcker liefern sie das größte Contingent. Es gibt eine große Anzahl griechischer Aerzte, und darunter manche, die in Paris, Berlin, Wien, oder sonst in Deutschland ihre Studien vollendet haben, von Advocaten besitzen sie eine so überaus große Menge, daß damit zur Noth das ganze zukünftige byzantinische Reich versorgt werden könnte. Die Griechen aus dem Königreich und die unter türkischer Herrschaft (Rajahs) sind in politischer Beziehung ganz einverstanden und mit großer Energie und Ausdauern strebt sämmtlich ein jeder einem glühenden Haß gegen ihre Unterdrücker im Herzen.

Ist es nun nach dem Gesagten nicht die beste Politik der Großmächte, ist es nicht vor allen Dingen die Deutschlands, den Griechen zum Mindesten in ihren nationalen Bestrebungen kein Hinderniß im Wege zu legen? Es gibt in der Orientalischen Frage nur zwei Möglichkeiten: entweder Rußland setzt sich am Bosporus fest, oder es wird ein neues byzantinisches Reich gegründet, alles Andere wären eitle und schnell vergängliche Experimente.

Keine der Großmächte will einer anderen, und mit Recht, glauben, daß sie sich hier festsetze, aber sieht denn z. B. England gar nicht ein, wie der kranke Mann immer mehr seiner Auflösung entgegengeht, aber die unter intelligenterer kräftigerer Regent könne der Türkei emporhelfen, aber ich antworte: nein; es müßte denn vorher der Türke aufhören Türke zu sein. Corruption, Luxus und Verschwendung nebst etwas äußerem Anstrich hat man wohl einigen Türken zutragen können, aber Auflärung und Verständniß für Staatsaufgaben in diese Leute zu bringen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Gibt es noch Kraft und Energie in den hiesern Reichen, sind die Türken nur im Stande gewesen, nachdem sie fast ihre halbe reguläre Armee nach Candien geschickt, den Aufstand völlig zu bemeistern, haben sie nicht vor den Serben auf der Festung Belgrad weichen, und zugeben müssen, daß Rumänien, Serbien und Aegypten so gut wie unabhängig geworden sind? Nein, die Herrschaft der Türken hat am längsten gedauert, ein neues Reich muß an ihre Stelle treten, alles Bemänteln und Flicken führt zu Nichts, eine Radicalcur ist nothwendig, das sehe man endlich ein und handle darnach.

*) So schwierig das Problem der Aufrechterhaltung der Türken sein mag, so scheint und doch die Aufgabe der Gründung eines griechischen Reichs mit der Hauptstadt Konstantinopel noch schwieriger.

D. H.

Mittheilungen aus dem Nationalverein.

In einer am 29. d. Mts. in Berlin abgehaltenen Sitzung beschloß der Ausschuß des Nationalvereins, die Generalversammlung auf einen der nächsten Sonntage nach Kassel einzuberufen und auf die Tagesordnung der selben die folgenden Gegenstände zu setzen.

1) Geschäftsbericht.
2) Berufung über die Flottengelder.
3) Antrag auf Auflösung des Vereins.
4) Verwendung des Vereinsvermögens.

Des Weitern wurde beschlossen, mit Rücksicht auf den Punkt 3 der Tagesordnung der Generalversammlung das Wochenblatt des Nationalvereins mit Ende des laufenden Quartals, also mit der gegenwärtigen Nummer eingehen zu lassen.

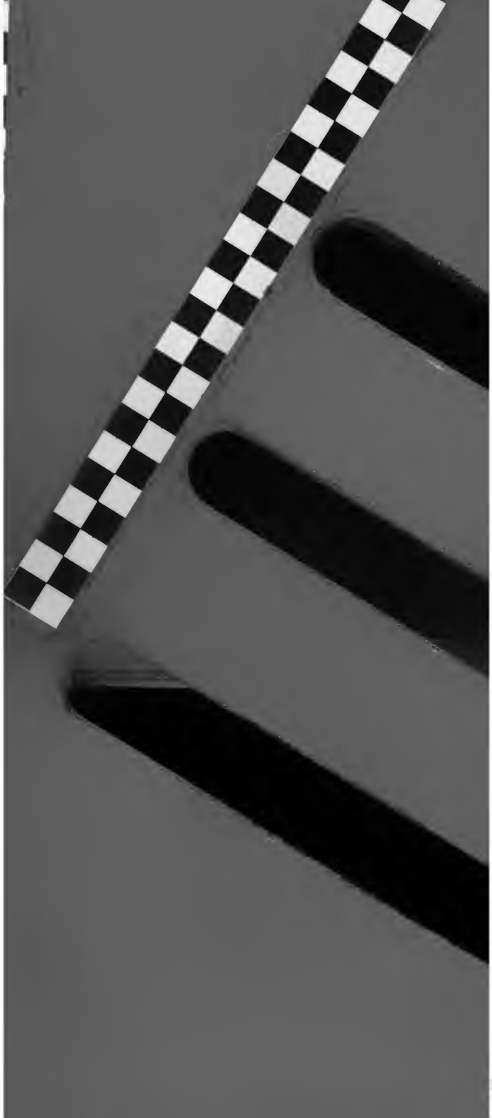
Verlag der Expedition des Wochenblatts des Nationalvereins. — Redigirt unter Verantwortlichkeit von K. Schwab in Heidelberg.
Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Bayerische Staatsbibliothek MÜNCHEN
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google